

Dario Galli

Geboren 1988, aufgewachsen in Bern. 2009–2014 Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bern (BLaw 2013; MLaw 2014 mit Schwerpunkt Privatrecht). 2014–2016 Anwalts- und Gerichtspraktika in Bern, Burgdorf und Zürich. 2017 Erwerb des Berner Anwaltspatents. 2017–2021 Doktorand an der Universität Freiburg. 2018–2020 als Rechtsanwalt in Zürich tätig. Seit September 2020 LL.M.-Kandidat an der University of Chicago Law School.

Diese Freiburger Dissertation untersucht die Haftung für Stauanlagen nach dem Stauanlagengesetz vom 1. Oktober 2010. Das gesetzliche Haftungskonzept ist mehrteilig und unterscheidet zwischen der Gefährdungshaftung für Stauanlagenunfälle sowie für Schadenabwehrkosten. Zu diesem Haftungskonzept gehören überdies Regeln zur Beweissicherung bei grösseren Schadensereignissen und zur Entschädigungsordnung bei Grossschadensfällen. Den damit verbundenen Fragen geht diese Dissertation auf den Grund. Zudem setzt sie sich mit IPR-Fragen auseinander, die sich im Zusammenhang mit internationalen Stauanlagen stellen können. Den Abschluss machen Kurzfassungen (D, F, I und E), die einen raschen Zugriff auf die wesentlichen Erkenntnisse erlauben.



www.schulthess.com

Galli

Die Haftungsbestimmungen des
Stauanlagengesetzes (Art. 13–21 StAG)

AIStUF
418

ARBEITEN AUS DEM IURISTISCHEN SEMINAR DER UNIVERSITÄT FREIBURG SCHWEIZ

Herausgegeben von

Jacques Dubey und Hubert Stöckli

Dario Galli

Die Haftungsbestimmungen des Stauanlagengesetzes (Art. 13–21 StAG)

UNI
FR
UNIVERSITÉ DE Fribourg
UNIVERSITÄT FREIBURG



ARBEITEN AUS DEM IURISTISCHEN SEMINAR
DER UNIVERSITÄT FREIBURG SCHWEIZ

Begründet von Max Gutzwiller

Fortgesetzt von Felix Wubbe (Bände 31–50) und Peter Gauch (Bände 51–400)

Herausgegeben von Jacques Dubey und Hubert Stöckli

FREIBURGER DISSERTATION
bei Professor Hubert Stöckli

ARBEITEN AUS DEM IURISTISCHEN SEMINAR
DER UNIVERSITÄT FREIBURG SCHWEIZ

Herausgegeben von Jacques Dubey und Hubert Stöckli

418

DARIO GALLI

Die Haftungsbestimmungen des Stauanlagengesetzes (Art. 13–21 StAG)

Dissertation zur Erlangung der Würde eines Doktors der Rechte, vorgelegt der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg in der Schweiz.

Genehmigt von der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Freiburg am 22. Februar 2021 auf Antrag von Herrn Professor Dr. Hubert Stöckli (erster Referent) und Herrn Professor Dr. Franz Werro (zweiter Referent).

Mit der Annahme einer Dissertation beabsichtigt die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Freiburg nicht, zu den darin enthaltenen wissenschaftlichen Meinungen des Verfassers Stellung zu nehmen (Fakultätsratsbeschluss vom 1. Juli 1916).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, vorbehalten. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

© Schulthess Juristische Medien AG, Zürich · Basel · Genf 2021
ISBN 978-3-7255-8323-2

www.schulthess.com

Vorwort

Die Schweiz ist mit kleinen sowie grossen Stauanlagen übersät und kann somit wahrlich als «Stauanlagen-Land» bezeichnet werden. Aufgrund der hohen Stauanlagendichte bin ich meinem Dissertationsthema auch in der Freizeit, namentlich beim Joggen oder Wandern, immer wieder begegnet. Ich fühlte mich daher zeitweise von meiner Dissertation regelrecht «verfolgt».

Fast alle, die je vor oder auf einer imposanten Talsperre gestanden sind, dürften sich die «Was wäre, wenn»-Frage gestellt haben: Wer haftet unter welchen Voraussetzungen für Schaden bei einem Stauanlagenunfall (oder einem «Beinahe-Stauanlagenunfall»)? Dieses Buch setzt sich erstmals vertieft mit den Haftungsbestimmungen im Stauanlagengesetz vom 1. Oktober 2010 (StAG) auseinander und liefert Antworten auf diese Frage.

Meinem Doktorvater Prof. Dr. HUBERT STÖCKLI danke ich herzlich für die umsichtige Betreuung der Arbeit, sein reges Interesse am Dissertationsthema und die konstruktive Kritik. Danken möchte ich ihm auch dafür, dass ich die Dissertation neben meiner anwaltlichen Tätigkeit ohne eine Anstellung an seinem Lehrstuhl verfassen durfte.

Prof. Dr. FRANZ WERRO danke ich bestens für die Übernahme des Zweitgutachtens und seine Hinweise. Danken möchte ich ihm insbesondere für die Durchsicht der französischen Übersetzung des fünften Teils meiner Dissertation und seine wertvollen Verbesserungsvorschläge.

Dieses Buch wäre ohne die Unterstützung von Dipl. Bau-Ing. ETHZ, Prof. em. der EPFL, RICHARD SINNIGER nicht möglich gewesen. Er hat mir in vielen Gesprächen geduldig die technischen Grundlagen von Stauanlagen erklärt und meine zahlreichen Fragen per E-Mail beantwortet. Zudem hat er mehrmals die Dissertation gegengelesen und mir wertvolle Rückmeldungen gegeben. Ihm gebührt daher ein ganz besonderer Dank.

Herzlich bedanken möchte ich mich auch bei Dipl. Bau-Ing. ETHZ ROCCO PANDURI (Leiter der Sektion «Aufsicht Talsperren» des Bundesamtes für Energie). Er hat mir bereitwillig verschiedene Fragen zur Praxis des Bundesamtes für Energie BFE zu Stauanlagen beantwortet, mich bei der Akteneinsicht unterstützt und zudem im Archiv des BFE verschiedene Fotografien herausgesucht und mir zur Verfügung gestellt. Auch er hat verdankens-

werterweise die Dissertation gegengelesen und mir wichtige technische Hinweise gegeben.

MSc ETHZ Bau-Ing. STEPHANIE MATTHIAS danke ich für die Beantwortung physikalischer Fragen im Zusammenhang mit der Energie von Wasser.

Weiter danke ich Prof. Dr. JACQUES DUBEY und Prof. Dr. HUBERT STÖCKLI für die Aufnahme meiner Dissertation in die AISUF-Reihe.

Dank gebührt auch meiner Arbeitgeberin, der Walder Wyss AG: RA Dr. URS P. GNOS, LL.M., (Leiter des Transactions-Teams) und RA Dr. ALEX NIKITINE, LL.M., (Leiter des Corporate/M&A-Teams) haben mir zweimal unbezahlten Urlaub gewährt. Danken möchte ich auch weiteren «WWlern»: RA MLaw MICHAEL KÜNDIG hat sich immer wieder Zeit genommen und mit mir zahlreiche Einzelfragen der Dissertation intensiv diskutiert. ALESSANDRA CALLIGARIS, KEVIN VON MURALT und MELANIE RÜEGG haben mich in den letzten Jahren in zahlreichen administrativen und computertechnischen Belangen unterstützt. Auch ihnen sei gedankt.

Einem «WWler» schulde ich ganz grossen Dank: RA Dr. MARKUS VISCHER, LL.M., hat mich in den letzten Jahren unentwegt stark gefördert. Ohne unsere zahlreichen gemeinsamen Publikationen hätte die Dissertation nicht in dieser Form entstehen können.

Schliesslich danke ich meiner Partnerin und meinen Eltern von ganzem Herzen für ihre Unterstützung. Meine Partnerin hat mich stets liebevoll aufgemuntert und meinem Dissertationsprojekt enormes Verständnis (auch auf unseren gemeinsamen Wanderungen, wenn wir mal wieder einer Stauanlage begegnet sind...) entgegengebracht. Meine Eltern haben die Dissertation mehrmals akribisch gegengelesen und mich bei der Bereinigung des Textes tatkräftig unterstützt. Diese Arbeit ist meinen Eltern und Grosseltern in Dankbarkeit gewidmet.

Ich habe das Manuskript Ende Oktober 2020 fertiggestellt und vereinzelt auf den Stand Ende März 2021 gebracht.

Chicago, Ende März 2021

DARIO GALLI

Inhaltsübersicht

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis.....	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
Literaturverzeichnis.....	XXXIX
Materialienverzeichnis.....	XCI
Verzeichnis amtlicher Dokumente.....	XCIII
Abbildungsverzeichnis.....	XCVII
Entwurf eines Bundesgesetzes über die Haftpflicht für Stauanlagen.....	XCIX
Unpublizierte Urteile des Bundesgerichts.....	CXXIII
Einleitung.....	1
I. Untersuchungsinteresse.....	2
II. Gegenstand der Untersuchung.....	14
III. Gang der Untersuchung.....	45
Erster Teil: Grundlagen.....	47
I. Zweck des StAG.....	47
II. Der Geltungsbereich des StAG.....	91
III. Haftungssubjekt.....	129
Zweiter Teil: Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG.....	175
I. «Verwirklichung der Risiken, die mit Wassermassen verbunden sind».....	175
II. Die weiteren Haftungsvoraussetzungen.....	201
III. Negative Haftungsvoraussetzungen.....	243
IV. Verjährung.....	257
V. Haftungskonkurrenz.....	264

Dritter Teil: Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG	279
I. Schadenabwehrmassnahmen	279
II. Duales Haftungssystem des StAG für Schadenabwehrkosten	287
III. Überwälzung der Kosten behördlicher Schadensabwehr	289
IV. Überwälzung der Kosten privater Schadensabwehr	321
V. Verjährung	350
Vierter Teil: Sonderfragen.....	353
I. Internationale Stauanlagenunfälle	353
II. Beweissicherung bei grösserem Schadensereignis	371
III. Grossschadensregelung	394
Fünfter Teil: Die wesentlichen Erkenntnisse	453
I. Deutsche Fassung	453
II. Version française.....	464
III. Versione italiana.....	475
IV. English version.....	487
Gesetzesregister	499
I. Internationale Erlasse	499
II. Bundeserlasse	502
III. Kantonale Erlasse	529
IV. Kommunale Erlasse	533
Sachregister	535

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	V
Inhaltsübersicht.....	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis.....	XIX
Literaturverzeichnis	XXXIX
Materialienverzeichnis.....	XCI
Verzeichnis amtlicher Dokumente	XCIII
I. Bundesamt für Energie.....	XCIII
II. Andere Bundesbehörden	XCV
Abbildungsverzeichnis	XCVII
Entwurf eines Bundesgesetzes über die Haftpflicht für Stauanlagen	XCIX
I. Deutsche Fassung.....	XCIX
II. Version française.....	CXI
Unpublizierte Urteile des Bundesgerichts	CXXIII
I. Urteil des Bundesgerichts C.376/42 vom 28. März 1944.....	CXXIII
II. Urteil des Bundesgerichts C.83/74 vom 24. September 1974	CXXXVI
Einleitung	1
I. Untersuchungsinteresse.....	2
II. Gegenstand der Untersuchung.....	14
A. Haftungsbestimmungen des StAG	14
B. Technischer Hintergrund.....	16
1. Zweck von Stauanlagen.....	16
2. Typen von Stauanlagen	18
a. Staubecken	19
i. Talsperren.....	19
ii. Flusssperren	20
iii. Besondere Erscheinungsformen	22
b. Rückhaltebecken	23
i. Hochwasserrückhaltebecken	23
ii. Geschieberückhaltebecken	25
iii. Lawinenrückhaltebecken.....	26

iv. Regenrückhaltebecken	26
3. Bestandteile einer Stauanlage	27
4. Gründe für den Wasseraustritt aus einer Stauanlage	30
a. Regulärer Wasseraustritt	31
i. Talsperren.....	31
ii. Flusssperren	41
iii. Sedimentationsbecken und Beschneiungsbecken.....	41
iv. Rückhaltebecken	41
b. Irregulärer Wasseraustritt.....	43
i. Bruch des Absperrbauwerkes.....	43
ii. Überschwappen	44
iii. Weitere Gründe	44
III. Gang der Untersuchung.....	45
Erster Teil: Grundlagen.....	47
I. Zweck des StAG	47
A. Sicherheit von Stauanlagen	47
1. Sicherheitskonzept.....	49
a. Konstruktive Sicherheit.....	50
b. Überwachung und Unterhalt	53
c. Notfallkonzept	55
2. Aufsicht über Stauanlagen.....	57
a. Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen	57
b. Bundesaufsicht.....	59
c. Kantonsaufsicht	60
3. Schadenabwehrmassnahmen	62
B. Haftung für Stauanlagen.....	62
1. Gesetzgebungsgeschichte	62
a. Wasserbaupolizeigesetz	62
b. Der lange Weg zu einer Gefährdungshaftung für Stauanlagen	65
2. Notwendigkeit einer Gefährdungshaftung für Stauanlagen.....	68
a. Die Existenz der Stauanlage: ein Risiko für die Unterlieger.....	71
b. Der Betrieb einer Stauanlage: ein Risiko für die Unterlieger.....	74
c. Ergebnis	74
3. Keine Kanalisierung der Haftung	75
4. Anwendbarkeit des OR.....	77
C. Obligatorische Haftpflichtversicherung für Stauanlagen.....	80
1. Kein bundesrechtliches Haftpflichtversicherungsobligatorium.....	81
2. Kantonales Haftpflichtversicherungsobligatorium	83

a.	Kanton Graubünden	83
b.	Kanton Obwalden	85
c.	Kanton Wallis	85
3.	Ergebnis.....	87
II.	Der Geltungsbereich des StAG	91
A.	Legaldefinition der Stauanlage.....	91
1.	Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition.....	91
2.	Keine Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition	97
B.	Sachlicher Geltungsbereich.....	98
1.	Dem StAG unterstellte Stauanlagen	99
a.	Unterstellungsmechanismus.....	99
b.	Grundsatz: automatische Unterstellung von Gesetzes wegen	101
c.	Ausnahme: Unterstellung kraft Verfügung	103
2.	Dem StAG-Haftungsregime unterstehende Stauanlagen.....	105
a.	Keine StAG-Haftung für Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken.....	105
b.	Keine Beschränkung der StAG-Haftung auf einzelne Anlageteile.....	108
C.	Räumlicher Geltungsbereich	112
1.	Verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtliche Normen	113
2.	Haftpflchtbestimmungen.....	114
a.	Privatrechtliche Haftpflchtbestimmungen	114
b.	Öffentlich-rechtliche Haftpflchtbestimmung	118
3.	Stauanlagen an Grenzgewässern	118
a.	Auslegung	120
i.	Grammatikalisches Auslegungselement.....	121
ii.	Historisches Auslegungselement.....	122
iii.	Systematisches Auslegungselement.....	122
iv.	Teleologisches Auslegungselement	123
v.	Auslegungsergebnis	124
b.	Umfang der Ermächtigung des Bundesrates	127
III.	Haftungssubjekt.....	129
A.	Betreiberin der Stauanlage	130
1.	Vor Inbetriebnahme der Stauanlage	132
a.	Bauherrin	132
b.	Sonderfall: Bauarbeiten nach Inbetriebnahme der Stauanlage.....	134
2.	Ab Inbetriebnahme der Stauanlage.....	134
a.	Besitzerin	134

i.	Besitzrechtliche Betrachtungsweise	134
ii.	Zur tatsächlichen Gewalt über eine Stauanlage.....	136
iii.	Besitzaufgabe	137
iv.	Verhinderung der Besitzausübung	140
v.	Mitbesitz	143
b.	Betreiberin im engeren Sinne.....	145
i.	Unmittelbarer wirtschaftlicher Nutzen	145
ii.	Entscheidungsbefugnis	148
iii.	Ergebnis	149
3.	Einzelfragen	150
a.	Zur Person der Betreiberin.....	150
i.	Natürliche Person, juristische Person oder Rechtsgemeinschaft.....	150
ii.	Keine (Wohn-)Sitzvorschriften und Nationalitätserfordernisse.....	150
iii.	Keine Eigenkapitalvorschriften	151
b.	Mehrzahl von Betreiberinnen?	151
c.	Wechsel der Betreiberin	155
d.	Irrelevanz von Bewilligungen	156
B.	Eigentümerin der Stauanlage.....	158
1.	Grundeigentümerin oder Inhaberin eines Baurechts.....	162
2.	Einzelfragen	165
a.	Mehrzahl von Eigentümerinnen?	165
b.	Wechsel der Eigentümerin	165
C.	Sonderfragen	165
1.	Verhalten von Hilfspersonen, Organen und Dritten	165
2.	Zur Haftung des Gemeinwesens.....	166
3.	Haftungssubjekt von Art. 21 StAG.....	169
4.	Verhältnis zwischen Betreiberin und Eigentümerin	169
5.	Konsequenzen der fehlenden Kanalisierung der Haftung.....	170
6.	Exkurs: Solidarhaftung.....	173
Zweiter Teil: Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG		175
I.	«Verwirklichung der Risiken, die mit Wassermassen verbunden sind».....	175
A.	Austritt von Wasser aus einer Stauanlage als Haftungsvoraussetzung	176
1.	Begriffe	179
2.	Alleinstellungsmerkmal von Art. 14 Abs. 1 StAG	180
3.	Zwischenergebnis: zu weite Haftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG.....	181
4.	Eingrenzung der StAG-Haftung	184
a.	Untaugliche und nicht sachgerechte Kriterien	184
i.	Wasserquantität	184

ii. Grösse der Bewegungsenergie des austretenden Wassers	185
iii. Unvorhergesehener Wasseraustritt	185
iv. Unvorhersehbarer Wasseraustritt	187
v. Unkontrollierter Wasseraustritt	188
vi. Plötzlicher Wasseraustritt	189
vii. Schadenspotenzial des austretenden Wassers	189
b. Eigenes Haftungskonzept	190
B. Kritik an der gesetzlichen Formulierung	193
1. Zum Begriff «Risiko»	194
2. Risiken im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG	197
C. Ergebnis	199
1. Charakteristisches Risiko einer Stauanlage im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG	199
2. Kein charakteristisches Risiko einer Stauanlage im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG	200
II. Die weiteren Haftungsvoraussetzungen	201
A. Schaden	202
1. Die gedeckten Schadensarten	202
a. Personenschaden	202
b. Sachschaden	203
c. Umweltschaden	204
d. Immaterieller Schaden	206
2. Die nicht gedeckten Schadensarten	207
B. Kausalzusammenhang	208
1. Kausalzusammenhang zwischen Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und Schaden	209
a. Erfordernis des Kausalzusammenhangs im Allgemeinen	209
b. Kausalzusammenhang bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG	210
2. Haftungsausschluss	214
a. Entlastungsgründe	217
i. Höhere Gewalt	217
ii. Kriegerische Ereignisse	225
iii. Sabotage und Terrorismus	228
iv. Grobes Verschulden des Geschädigten	231
b. Kritik	235
C. Widerrechtlichkeit	239

III.	Negative Haftungsvoraussetzungen	243
A.	Privatrechtsgestaltende Wirkung von Bewilligungen?	244
B.	Freizeichnungsklauseln	246
1.	Kein Freizeichnungsverbot im StAG	246
2.	Zulässigkeit der Freizeichnung von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG	247
a.	Dispositivität des Deliktsrechts	247
b.	Freizeichnungsschranken	248
c.	Ergebnis	252
3.	Praktische Bedeutung	253
IV.	Verjährung	257
A.	Verjährung richtet sich nach Art. 60 Abs. 1 und 1 ^{bis} OR	257
B.	Irrelevanz der längeren strafrechtlichen Verfolgungsverjährungsfrist	258
1.	Kein strafbares Verhalten	259
2.	Beschränkte Unternehmensstrafbarkeit	261
V.	Haftungskonkurrenz	264
A.	Mögliche Haftungstatbestände	264
1.	Werkeigentümerhaftung	264
2.	Grundeigentümerhaftung	268
3.	Geschäftsherrenhaftung und Verschuldenshaftung	268
4.	Haftung nach Art. 27 Abs. 1 EleG	268
5.	Haftung nach Art. 59a Abs. 1 USG	269
6.	Staatshaftung	270
B.	Haftungskonkurrenz	270
1.	Privatrechtliche Haftungstatbestände	270
2.	Staatshaftung	273
a.	Betrieb einer Stauanlage: amtliche oder gewerbliche Verrichtung?	275
b.	Keine Haftungskonkurrenz zwischen Art. 14 Abs. 1 StAG und Staatshaftung	277
Dritter Teil: Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG		279
I.	Schadenabwehrmassnahmen	279
A.	Private Schadenabwehrmassnahmen	281
B.	Behördliche Schadenabwehrmassnahmen	284
II.	Duales Haftungssystem des StAG für Schadenabwehrkosten	287
III.	Überwälzung der Kosten behördlicher Schadensabwehr	289

A. Haftungsart	290
1. Keine Verursacherhaftung	290
2. Art. 21 StAG: eine öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung	291
B. Anspruchsberechtigter	294
1. Behörde	295
2. Fakultative Geltendmachung des Kostenanspruchs	296
C. Behördliche Schadenabwehrmassnahmen	296
1. Arten	297
2. Erforderlichkeit der Schadensabwehr	301
a. Unmittelbare Gefahr wegen drohender Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG	301
i. Gefahr	301
ii. Unmittelbarkeit	304
iii. Gefahrenquelle	306
iv. Bedrohte Rechtsgüter	307
v. Ergebnis	307
b. Ermessensentscheid	308
3. Verhältnismässigkeit der ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen ...	309
a. Eignung der Schadenabwehrmassnahmen	309
b. Erforderlichkeit der Schadenabwehrmassnahmen	310
c. Verhältnismässigkeit im engeren Sinne der Schadenabwehrmassnahmen	311
4. Rechtsfolgen unrechtmässig ergriffener Schadenabwehrmassnahmen	312
D. Die weiteren Haftungsvoraussetzungen	314
1. Kosten	314
a. Die gedeckten Kosten	314
b. Die nicht gedeckten Kosten	315
2. Kausalzusammenhang	316
a. Im Allgemeinen	316
b. Haftungsausschluss	316
3. Widerrechtlichkeit	317
E. Rechtsschutz	317
F. Haftungskonkurrenz	320
IV. Überwälzung der Kosten privater Schadensabwehr	321
A. Haftungsart	322
B. Anspruchsberechtigter	323

1. Bedrohter.....	323
2. Durchsetzung des Schadenersatzanspruchs	324
C. Private Schadenabwehrmassnahmen	325
1. Pflicht zur Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen.....	326
2. Fiktion der Erforderlichkeit der Schadensabwehr	328
3. Verhältnismässigkeit der ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen ...	328
D. Aufwendungen	330
1. Evakuierungskosten im Besonderen	332
a. Fahrtkosten.....	332
b. Unterkunftskosten	335
c. Transport- und Lagerungskosten von Hausrat	336
d. Tierkosten	338
2. Aufwandminderungsobliegenheit hinsichtlich der Evakuierungskosten.....	340
a. Fahrtkosten.....	340
b. Unterkunftskosten	341
c. Transport- und Lagerungskosten von Hausrat	342
3. Die nicht gedeckten Aufwendungen.....	343
a. Entgangener Gewinn.....	343
b. Lebenshaltungskosten	345
c. Aufwendungen infolge nicht notwendiger und unverhältnismässiger Schadenabwehrmassnahmen	345
E. Die weiteren Haftungsvoraussetzungen	346
1. Kausalzusammenhang	346
a. Kausalzusammenhang zwischen Aufwendungen und behördlichen Schadenabwehrmassnahmen	346
b. Haftungsausschluss	348
2. Widerrechtlichkeit	350
3. Negative Haftungsvoraussetzungen.....	350
F. Haftungskonkurrenz	350
V. Verjährung	350
A. Schadenersatzforderung nach Art. 14 Abs. 2 StAG	350
B. Ersatzforderungen nach Art. 21 StAG.....	350
Vierter Teil: Sonderfragen.....	353
I. Internationale Stauanlagenunfälle	353
A. Handlungs- und Erfolgsort bei Stauanlagenunfällen	354
1. Handlungsort	354

2. Erfolgsort.....	357
B. Echte internationale Stauanlagenunfälle.....	358
1. Internationale direkte Zuständigkeit der Schweizer Gerichte.....	358
2. Schweizer Recht als Deliktsstatut.....	360
a. Wasser und Feststoffe als grenzüberschreitende Emissionen	361
b. Einzelfragen.....	366
C. Binationale Stauanlagenunfälle	369
1. Internationale direkte Zuständigkeit der Schweizer Gerichte.....	369
2. Schweizer Recht als Deliktsstatut.....	370
II. Beweissicherung bei grösserem Schadensereignis	371
A. Grösseres Schadensereignis	372
B. Sachverhaltserhebung.....	373
1. Pflicht des Bundesrates.....	374
2. Zeitpunkt	374
3. Öffentliche Bekanntmachung	375
a. Publikationsorgan	375
b. Adressaten.....	377
4. Schädigungsmeldung.....	379
a. Inhalt	380
b. Absender.....	384
c. Empfänger.....	384
d. Form.....	384
e. Frist	385
5. Schädigungsverzeichnis	386
a. Pflicht zur Überprüfung der Schädigungsmeldungen	386
b. Einsicht	387
c. Rechtswirkungen.....	388
6. Kosten des Beweissicherungsverfahrens	389
7. Rechtsschutz.....	392
a. Durchführung einer Sachverhaltserhebung.....	392
b. Nicht-Durchführung einer Sachverhaltserhebung.....	393
III. Grossschadensregelung.....	394
A. Grossschaden.....	396
1. Unterdeckung	397
a. Schadensaufstellung.....	398
b. Mittelaufstellung.....	399
2. Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens.....	401

3. Sonderfall: Notstand wegen Unterdeckung	403
B. Grossschadenordnung	405
1. Entschädigungsordnung	406
a. Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel	410
b. Bundesbeiträge.....	415
c. Verfahrensvorschriften.....	419
i. Grossschaden infolge Unterdeckung	420
ii. Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens	421
iii. Einzelfragen	425
d. Eidgenössische Erledigungsinstanz	428
2. Versicherungsrechtliche Massnahmen	433
3. Vorsorgliche Massnahmen	436
4. Sonderfragen	438
a. Echte Rückwirkung der Grossschadenordnung	438
b. Im Zweifelsfall: Erlass der Grossschadenordnung.....	439
i. Verspäteter Erlass der Grossschadenordnung	441
ii. Unrechtmässiger Erlass der Grossschadenordnung	444
c. Kostenliquidation	447
C. Umsetzung der Grossschadenordnung	448
1. Entschädigungsordnung	448
2. Versicherungsrechtliche Massnahmen	451
3. Vorsorgliche Massnahmen	451
Fünfter Teil: Die wesentlichen Erkenntnisse	453
I. Deutsche Fassung.....	453
II. Version française.....	464
III. Versione italiana.....	475
IV. English version.....	487
Gesetzesregister	499
I. Internationale Erlasse	499
II. Bundeserlasse.....	502
III. Kantonale Erlasse.....	529
IV. Kommunale Erlasse	533
Sachregister	535

Abkürzungsverzeichnis

a.M.	anderer Meinung
AB	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Abs.	Absatz
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
aGSchG (1971)	Bundesgesetz vom 8. Oktober 1971 über den Schutz der Gewässer gegen Verunreinigung (Gewässerschutzgesetz; SR 814.20), aufgehoben per 1. November 1992 (AS 1992 1860)
AHV	Alters- und Hinterlassenenversicherung
AHVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1946 über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG; SR 831.10)
AISUF	Arbeiten aus dem Juristischen Seminar der Universität Freiburg Schweiz
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Zürich/St. Gallen)
al.	alinéa
Anm.	Anmerkung
APA	Administrative Procedure Act of 20 Dezember 1968 (CC 172.021)
APARIUZ	Analysen und Perspektiven von Assistierenden des Rechtswissenschaftlichen Instituts der Universität Zürich
AppGer	Appellationsgericht
AppH	Appellationshof
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte – Zeitschrift der Bundeszentrale für politische Bildung (Bonn)
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
Art(s).	Article(s)
Art.	Artikel
art.	article <i>oder</i> articolo

Abkürzungsverzeichnis

AS	Amtliche Sammlung des Bundesrechts
ASR	Abhandlungen zum Schweizerischen Recht
aStAV	Verordnung vom 7. Dezember 1998 über die Sicherheit der Stauanlagen (Stauanlagenverordnung, StAV; SR 721.102), aufgehoben per 1. Januar 2013 (AS 2012 5995)
AT	Allgemeiner Teil
AtG	Bundesgesetz vom 23. Dezember 1959 über die friedliche Verwendung der Atomenergie (Atomgesetz, AtG; SR 732.0), aufgehoben per 1. Februar 2005 (AS 2004 4719)
Aufl.	Auflage
AVB	Allgemeine Versicherungsbedingungen
AVB Helvetia	Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) Helvetia betreffend Personalvorsorge-Freizügigkeitspolizen (Ausgabe 2017)
AVIG	Bundesgesetz vom 25. Juni 1982 über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzentschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG; SR 837.0)
AVR	Archiv des Völkerrechts (Tübingen)
BAG	Bundesarbeitsgericht (Deutschland)
BankG	Bundesgesetz vom 8. November 1934 über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz, BankG; SR 952.0)
BB1	Bundesblatt
BE	Kanton Bern (bzw. im Zusammenhang mit Diss. und Habil.: Universität Bern)
BEZ	Baurechtsentscheide Kanton Zürich
BFE	Bundesamt für Energie
BG	Bundesgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BGE	Bundesgerichtsentscheid
BGer	Bundesgericht
BGF	Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über die Fischerei (BGF; SR 923.0)

XX

BGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz, BGG; SR 173.110)
BGH	Deutscher Bundesgerichtshof
BGS	Systematische Gesetzessammlung des Kantons Zug
BJ	Bundesamt für Justiz
BJM	Basler Juristische Mitteilungen (Reinach BL)
BK	Berner Kommentar
BL	Kanton Basel-Landschaft
BR	Baurecht – Zeitschrift für Baurecht und Vergabewesen (Zürich/Basel/Genf)
BR/GR	Bündner Rechtsbuch
BRGer	Baurekursgericht
BRSG/BE	Gesetz des Kantons Bern vom 18. Juni 2003 über das Bergregal und die Sondernutzung des öffentlichen Untergrunds (BRSG; BSG/BE 931.1)
BRT	Schweizerische Baurechtstagung (Freiburg)
BS	Kanton Basel-Stadt (bzw. im Zusammenhang mit Diss.: Universität Basel)
BSG	Bundesgesetz vom 3. Oktober 1975 über die Binnenschifffahrt (BSG; SR 747.201)
BSG/BE	Systematische Gesetzessammlung des Kantons Bern
BSK	Basler Kommentar
BSzR	Basler Studien zur Rechtswissenschaft
BT	Besonderer Teil
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVGer	Bundesverwaltungsgericht
BVR	Bernische Verwaltungsrechtsprechung (Bern)
BVV 2	Verordnung vom 18. April 1984 über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2; SR 831.441.1)

BWIS	Bundesgesetz vom 21. März 1997 über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS; SR 120)
BWRG/GR	Wasserrechtsgesetz vom 25. September 2012 des Kantons Graubünden (BR/GR 810.100)
BWW	Bundesamt für Wasserwirtschaft
BZG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 2019 über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG; SR 520.1)
CA	Cour d'appel
ca.	contra
CC	Classified Compilation of the Swiss Federal Law
ch.	chiffre
CHF	Schweizer Franken
CHK	Handkommentar zum Schweizer Privatrecht
CJ	Cour de Justice
CL	Convention du 30 octobre 2007 concernant la compétence judiciaire, la reconnaissance et l'exécution des décisions en matière civile et commerciale (Convention de Lugano, CL; RS 0.275.12)
CO	Loi fédérale du 30 mars 1911 complétant le Code civil suisse (Livre cinquième: Droit des obligations) (RS 220) <i>oder</i> Legge federale del 30 marzo 1911 di complemento del Codice civile svizzero (Libro quinto: Diritto delle obbligazioni) (RS 220) <i>oder</i> Federal Act of 30 March 1911 on the Amendment of the Swiss Civil Code (Part Five: The Code of Obligations) (CC 220)
CPC	Code de procédure civile du 19 décembre 2008 (CPC; RS 272) <i>oder</i> Codice di diritto processuale civile svizzero del 19 dicembre 2008 (Codice di procedura civile, CPC; RS 272) <i>oder</i> Swiss Civil Procedure Code of 19 December 2008 (Civil Procedure Code, CPC; CC 272)
cpv.	capoverso
CR	Commentaire romand
CVP	Christlichdemokratische Volkspartei

d.h.	das heisst
DBG	Bundesgesetz vom 14. Dezember 1990 über die direkte Bundessteuer (DBG; SR 642.11)
DIN	Deutsches Institut für Normung e.V., Berlin
Dipl. Bau-Ing.	Diplomierter Bauingenieur
Diss.	Dissertation
DoubsÜ	Übereinkommen vom 19. November 1930 zwischen der Schweiz und Frankreich über die Verleihung der Wasserkräfte des Doubs bei Châtelot (SR 0.721.809.349.5)
Dr.	Doktor
E.	Erwägung
e.V.	eingetragener Verein
EBG	Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 (EBG; SR 742.101)
E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998)	Botschaft vom 15. Januar 1998 zu einem Bundesgesetz über die Haftpflicht für Stauanlagen (Stauanlagen-Haftpflichtgesetz, SHG), Entwurf (siehe Materialienverzeichnis)
EGV/SZ	Entscheide der Gerichts- und Verwaltungsbehörden des Kantons Schwyz (Schwyz)
EHG	Bundesgesetz vom 28. März 1905 über die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmen und der Schweizerischen Post (EHG; SR 221.112.742), aufgehoben per 1. Januar 2010 (AS 2009 5973)
E-KHG	Entwurf vom 10. Dezember 1979 eines Kernenergiehaftpflichtgesetzes (KHG) gemäss Botschaft des Bundesrates (BB1 1980 I 164)
ElCom	Eidgenössische Elektrizitätskommission
EleG	Bundesgesetz vom 24. Juni 1902 betreffend die elektrischen Schwach- und Starkstromanlagen (Elektrizitätsgesetz, EleG; SR 734.0)
em.	Emeritus

EmossonÜ	Abkommen vom 23. August 1963 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Französischen Republik über den Ausbau der Wasserkräfte bei Emosson (SR 0.721.809.349.1)
EPFL	École polytechnique fédérale de Lausanne
ERV	Verordnung vom 1. Juni 2012 über die Eigenmittel und Risikoverteilung der Banken und Wertpapierhäuser (Eigenmittelverordnung, ERV; SR 952.03)
E-StAG (1997)	Entwurf vom 15. Dezember 1997 eines Bundesgesetzes über die Haftpflicht für Stauanlagen (S. XCIX–CXXII)
E-StAG (2006)	Entwurf vom 9. Juni 2006 eines Bundesgesetzes über die Stauanlagen gemäss Botschaft des Bundesrates (BBl 2006 6037)
ETHZ	Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg
EVGer	Eidgenössisches Versicherungsgericht
ewb	Energie Wasser Bern (selbständige, autonome öffentlich-rechtliche Anstalt der Gemeinde Bern; CHE-109.954.395)
ewb-Reglement	Reglement Energie Wasser Bern vom 15. März 2001 (ewb-Reglement, ewr; SSSB-Nr. 741.1)
FAQ	Frequently Asked Questions
ff.	folgende
FHB	Fachhandbuch
FINIG	Bundesgesetz vom 15. Juni 2018 über die Finanzinstitute (Finanzinstitutsgesetz, FINIG; SR 954.1)
FKG	Bundesgesetz vom 28. Juni 1967 über die Eidgenössische Finanzkontrolle (Finanzkontrollgesetz, FKG; SR 614.0)
fn.	footnote
Fn.	Fussnote
FR	Kanton Freiburg (bzw. im Zusammenhang mit Diss. und Habil.: Universität Freiburg)

Fr.	Schweizer Franken
FS	Festschrift
FSCA	Federal Supreme Court Act of 17 June 2005 (CC 173.110)
FZR	Freiburger Zeitschrift für Rechtsprechung (Freiburg)
GA	Generalabonnement der SBB
GDB	Systematische Gesetzessammlung des Kantons Obwalden
GE	Kanton Genf (bzw. im Zusammenhang mit Diss.: Universität Genf)
GesKR	Gesellschafts- und Kapitalmarktrecht (Zürich/St. Gallen)
GG	Gemeindengesetz vom 16. März 1998 des Kantons Bern (GG; BSG/BE 170.11)
GL	Kanton Glarus
gl.M.	gleicher Meinung
GPk	Geschäftsprüfungskommission
GR	Kanton Graubünden
GrünhutsZ	Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart (Wien), begründet von Carl Samuel Grünhut
GSchG	Bundesgesetz vom 24. Januar 1991 über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG; SR 814.20)
GTG	Bundesgesetz vom 21. März 2003 über die Gentechnik im Ausserhumanbereich (Gentechnikgesetz, GTG; SR 814.91)
GVP	Gerichts- und Verwaltungspraxis des Kantons Zug (Zug)
Habil.	Habilitation
Haftungsgesetz/ZH	Haftungsgesetz vom 14. September 1969 des Kantons Zürich (Ordnungsnummer 170.1)
HAVE	Haftung und Versicherung (Zürich/Basel/Genf)
HB	Handbuch

HFG	Bundesgesetz vom 30. September 2011 über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz, HFG; SR 810.30)
HGer	Handelsgericht
HGG/BE	Gesetz vom 4. November 1992 über Handel und Gewerbe des Kantons Bern (HGG; BSG/BE 930.1)
HGV/BE	Verordnung vom 24. Januar 2007 über Handel und Gewerbe des Kantons Bern (HGV; BSG/BE 930.11)
Hrsg.	Herausgeber
Hundegesetz/BE	Hundegesetz vom 27. März 2012 des Kantons Bern (BSG/BE 916.31)
HWSchV/ZH	Verordnung vom 14. Oktober 1992 des Kantons Zürich über den Hochwasserschutz und die Wasserbaupolizei (HWSchV; Ordnungsnummer 724.112)
i.Br.	im Breisgau
i.e.S.	im engeren Sinne
i.S.	im Sinne
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
IGKB	Internationale Gewässerschutzkommission für den Bodensee
IllmündungÜ (1892)	Staatsvertrag vom 30. Dezember 1892 zwischen der Schweiz und Österreich–Ungarn über die Regulierung des Rheines von der Illmündung stromabwärts bis zur Ausmündung desselben in den Bodensee (SR 0.721.191.631)
IllmündungÜ (1924)	Staatsvertrag vom 19. November 1924 der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit der Republik Österreich über die Regulierung des Rheines von der Illmündung bis zum Bodensee (SR 0.721.191.632)

IllmündungÜ (1954)	Staatsvertrag vom 10. April 1954 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über die Regulierung des Rheines von der Illmündung bis zum Bodensee (SR 0.721.191.633)
IndustrieunfälleÜ	Übereinkommen vom 17. März 1992 über die grenzüberschreitenden Auswirkungen von Industrieunfällen (SR 0.814.04)
InnÜ	Abkommen vom 29. Oktober 2003 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Republik Österreich über die Nutzbarmachung des Inn und seiner Zuflüsse im Grenzgebiet (SR 0.721.809.163.1)
INR	Institut für Notariatsrecht und Notarielle Praxis an der Universität Bern
IPLA	Federal Act of 18 December 1987 on International Private Law (CC 291)
IPR	Internationales Privatrecht
IV	Invalidenversicherung
IZPR	Internationales Zivilprozessrecht
JU	Kanton Jura
KG	Bundesgesetz vom 6. Oktober 1995 über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz, KG; SR 251)
KGer	Kantonsgericht
KHG	Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 (KHG; SR 732.44)
KHV	Kernenergiehaftpflichtverordnung vom 5. Dezember 1983 (SR 732.441)
KKW	Kernkraftwerk(e)
KSprstV/ZG	Kantonale Sprengstoffverordnung vom 25. Oktober 2011 des Kantons Zug (KSprstV; BGS 942.51)
KUKO	Kurzkommentar
KVG	Bundesgesetz vom 18. März 1994 über die Krankenversicherung (KVG; SR 832.10)
L.A. Times	Los Angeles Times (Los Angeles)

LA	Universität Lausanne
LBR	Luzerner Beiträge zur Rechtswissenschaft
LDIP	Loi fédérale du 18 décembre 1987 sur le droit international privé (LDIP; RS 291) <i>oder</i> Legge federale del 18 dicembre 1987 sul diritto internazionale privato (LDIP; RS 291)
LEF	Legge federale dell'11 aprile 1889 sulla esecuzione e sul fallimento (LEF; RS 281.1)
let.	lettre <i>oder</i> lettera
LGVE	Luzerner Gerichts- und Verwaltungsentscheide
LImA	Legge federale del 1 ^o ottobre 2010 sugli impianti di accumulazione (LImA; RS 721.101)
lit.	litera
LOA	Loi fédérale du 1 ^{er} octobre 2010 sur les ouvrages d'accumulation (LOA; RS 721.101)
LP	Loi fédérale du 11 avril 1889 sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP; RS 281.1)
LTF	Loi du 17 juin 2005 sur le Tribunal fédéral (LTF; RS 173.110) <i>oder</i> Legge del 17 giugno 2005 sul Tribunale federale (LTF; RS 173.110)
LU	Kanton Luzern (bzw. im Zusammenhang mit Diss.: Universität Luzern)
LuganerseeÜ	Abkommen vom 17. September 1955 zwischen der Schweiz und Italien über die Luganerseeeregulierung (SR 0.721.325)
LugÜ	Übereinkommen vom 30. Oktober 2007 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen, LugÜ; SR 0.275.12)
LVG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2016 über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz, LVG; SR 531)
LwG	Bundesgesetz vom 29. April 1998 über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz, LwG; SR 910.1)
m.H.	mit Hinweis

m.w.H.	mit weiteren Hinweisen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Masch.	Maschinenschrift
MFG	Bundesgesetz vom 15. März 1932 über den Motorfahrzeug- und Fahrradverkehr (AS 1932 513), aufgehoben per 1. Januar 1963 (AS 1962 1364)
MG	Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG; SR 510.10)
Mio.	Million
MLaw	Master of Law
Mrd.	Milliarde
MV	Militärversicherung
N	Nota
n. marg.	numero marginale
NBG	Bundesgesetz vom 3. Oktober 2003 über die Schweizerische Nationalbank (Nationalbankgesetz, NBG; SR 951.11)
NE	Kanton Neuenburg (bzw. im Zusammenhang mit Diss.: Universität Neuenburg)
NEDB	Nationale Ereignisdatenbank
NeuhausenÜ	Übereinkunft vom 10. Mai 1879 zwischen der Schweiz und dem Grossherzogtum Baden betreffend den Wasserverkehr auf dem Rhein von Neuhausen bis unterhalb Basels (SR 0.747.224.32)
NGG	Jahresbericht der Naturforschenden Gesellschaft Graubünden (Chur)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Frankfurt am Main)
nKHG	Kernenergiehaftpflichtgesetz (KHG) vom 13. Juni 2008 (BBl 2008 5341; noch nicht in Kraft)
NR	Nationalrat
Nr.	Nummer
NW	Kanton Nidwalden

Abkürzungsverzeichnis

NZZ	Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
NZZaS	Neue Zürcher Zeitung am Sonntag (Zürich)
OFK	Orell Füssli Kommentar
OGer	Obergericht
OR	Bundesgesetz vom 30. März 1911 betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) (SR 220)
OR AT	Obligationenrecht Allgemeiner Teil
OR BT	Obligationenrecht Besonderer Teil
OR 2020	Entwurf für einen neuen Allgemeinen Teil des Schweizerischen Obligationenrechts (2013)
OrV BVD/BE	Verordnung vom 18. Oktober 1995 über die Organisation und die Aufgaben der Bau- und Verkehrsdirektion des Kantons Bern (Organisationsverordnung BVD, OrV BVD; BSG/BE 152.221.191)
ÖV	Öffentlicher Verkehr
OV-UVEK	Organisationsverordnung vom 6. Dezember 1999 für das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (SR 172.217.1)
OW	Kanton Obwalden
p. ex.	par exemple
PA	Loi fédérale du 20 décembre 1968 sur la procédure administrative (PA ; RS 172.021) <i>oder</i> Legge federale del 20 dicembre 1968 sulla procedura amministrativa (PA; RS 172.021)
para(s).	paragraph(s)
PG/BE	Personalgesetz vom 16. September 2004 des Kantons Bern (PG; BSG/BE 153.01)
PHI	Produkthaftpflicht international (Köln)
PK	Praxiskommentar
PolG/BE	Polizeigesetz vom 10. Februar 2019 des Kantons Bern (PolG; BSG/BE 551.1)

XXX

PolG/SH	Polizeigesetz vom 21. Februar 2000 des Kantons Schaffhausen (Rechtsbuch 354.100)
Pougny-ChancyÜ	Übereinkunft vom 4. Oktober 1913 mit Frankreich betreffend die Gewinnung der Wasserkräfte der Rhone zwischen dem projektierten Kraftwerk von La Plaine und einem noch zu bestimmenden Punkt oberhalb der Brücke von Pougny-Chancy (SR 0.721.809.349.2)
Pra	Die Praxis (Basel)
PrHG	Bundesgesetz vom 18. Juni 1993 über die Produktehaftpflicht (Produktehaftpflichtgesetz, PrHG; SR 221.112.944)
Prof.	Professor
PÜ	Übereinkommen vom 29. Juli 1960 über die Haftung gegenüber Dritten auf dem Gebiet der Kernenergie in der Fassung des Zusatzprotokolls vom 28. Januar 1964, des Protokolls vom 16. November 1982 und des Protokolls vom 12. Februar 2004 («Pariser Übereinkommen»; BBl 2007 5471)
PublG	Bundesgesetz vom 18. Juni 2004 über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsgesetz, PublG; SR 170.512)
PublV	Verordnung vom 7. Oktober 2015 über die Sammlungen des Bundesrechts und das Bundesblatt (Publikationsverordnung, PublV; SR 170.512.1)
QR-Code	Quick Response Code
RA	Rechtsanwalt
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (Tübingen)
RB	Rechtsbuch des Kantons Thurgau
RBS	Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Sozialversicherungsrecht (Zürich/Basel/Genf)
RDAF	Revue de droit administratif (Lausanne)
Reno di LeiÜ	Vereinbarung vom 18. Juni 1949 zwischen der Schweiz und Italien über die Verleihung der Wasserkräfte des Reno di Lei (SR 0.721.809.454.2)

resp.	respektive
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Frankfurt am Main)
RJN	Recueil de jurisprudence neuchâteloise (Neuenburg)
RKGK	Regierungskonferenz der Gebirgskantone
RLG	Bundesgesetz vom 4. Oktober 1963 über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (Rohrleitungsgesetz, RLG; SR 746.1)
RPW	Recht und Politik des Wettbewerbs (Bern)
RS	Recueil systématique du droit fédéral <i>oder</i> Raccolta sistematica del diritto federale
Rs/GE	Recueil systématique genevois
RVOG	Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz vom 21. März 1997 (RVOG; SR 172.010)
Rz.	Randziffer
S&R	Sicherheit & Recht (Zürich/St. Gallen)
S.	Seite
s.l.	sine loco
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBVR	Schweizerisches Bundesverwaltungsrecht
SchGG	Bundesgesetz vom 4. Dezember 1947 über die Schuldbetreibung gegen Gemeinden und andere Körperschaften des kantonalen öffentlichen Rechts (SR 282.11)
SchKG	Bundesgesetz vom 11. April 1889 über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; SR 281.1)
SchlT	Schlusstitel
SebG	Bundesgesetz vom 23. Juni 2006 über Seilbahnen zur Personenbeförderung (Seilbahngesetz, SebG; SR 743.01)
SG	Kanton St. Gallen (bzw. im Zusammenhang mit Diss.: Universität St. Gallen)
SG Komm.	St. Galler Kommentar

SG (Zeitschrift)	Sammelstelle Gerichtsentscheide (SG)
SGHVR	Schweizerische Gesellschaft für Haftpflicht- und Versicherungsrecht
SGRW	St. Galler Schriften zur Rechtswissenschaft
sGS	Systematische Gesetzessammlung des Kantons St. Gallen
SGS	Systematische Gesetzessammlung des Kantons Wallis
SH	Kanton Schaffhausen
SHK	Stämpflis Handkommentar
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
Sicherheitsverordnung/SG	Verordnung vom 14. Dezember 2004 des Kantons St. Gallen über die Ausübung von Bewachungs-, Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben (sGS 451.14)
SJ	La Semaine judiciaire (Genf)
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für Internationales Recht
SJZ	Schweizerische Juristen-Zeitung (Zürich/Basel/Genf)
SKG	Sicherheitskontrollgesetz (nie in Kraft getreten)
SO	Kanton Solothurn
SpölÜ	Abkommen vom 27. Mai 1957 zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Italienischen Republik über die Nutzbarmachung der Wasserkraft des Spöl (SR 0.721.809.454.1)
SPR	Schweizerisches Privatrecht
SprstG	Bundesgesetz vom 25. März 1977 über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz, SprstG; SR 941.41)
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SRIEL	Swiss Review of International and European Law (Zürich/Basel/Genf)
SSA	Schriften zum schweizerischen Arbeitsrecht

SSHW	Schweizer Schriften zum Handels- und Wirtschaftsrecht
SSSB	Systematische Sammlung des Stadtrechts von Bern
SStIR	Schweizer Studien zum Internationalen Recht
StAG	Bundesgesetz vom 1. Oktober 2010 über die Stauanlagen (Stauanlagengesetz, StAG; SR 721.101)
StAV	Stauanlagenverordnung vom 17. Oktober 2012 (StAV; SR 721.101.1)
StBOG	Bundesgesetz vom 19. März 2010 über die Organisation der Strafbehörden des Bundes (Strafbehördenorganisationsgesetz, StBOG; SR 173.71)
StFV	Verordnung vom 27. Februar 1991 über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung, StFV; SR 814.012)
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StoffR	Zeitschrift für Stoffrecht (Berlin)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung vom 5. Oktober 2007 (Strafprozessordnung, StPO; SR 312.0)
Strassburg/IsteinÜ	Vertrag vom 28. März 1929 zwischen der Schweiz und Deutschland über die Regulierung des Rheins zwischen Strassburg/Kehl und Istein (SR 0.747.224.052.1)
StromVG	Bundesgesetz vom 23. März 2007 über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz, StromVG; SR 734.7)
SVG	Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SR 741.01)
SVGer	Sozialversicherungsgericht
SVV	Schweizerischer Versicherungsverband
SVZ	Schweizerische Versicherungs-Zeitschrift (Bern)
SZ	Kanton Schwyz
SZIER	Swiss Review of International & European Law (Zürich/Basel/Genf; bis 2015)

SzU	Schriftenreihe zum Umweltrecht
SZW	Schweizerische Zeitschrift für Wirtschafts- und Finanzmarktrecht (Zürich/Basel/Genf)
Tec21	Tec21 – Schweizerische Bauzeitung (Zürich)
TI	Kanton Tessin
Tierschutzgesetz/ZH	Kantonales Tierschutzgesetz vom 2. Juni 1991 (Ordnungsnummer 554.1)
TSpV	Vollziehungsverordnung vom 9. Juli 1957 zu Artikel 3 ^{bis} des Bundesgesetzes betreffend die Wasserbaupolizei (Talsperrenverordnung; SR 721.102; Fundstelle: AS 1957 585), aufgehoben per 1. Januar 1999
Ü	Übereinkommen
u.U.	unter Umständen
URP	Umweltrecht in der Praxis (Winterthur)
US	United States
USA	United States of America
USD	US-Dollar
USG	Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG; SR 814.01)
UVEK	Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation
UVG	Bundesgesetz vom 20. März 1981 über die Unfallversicherung (UVG; SR 832.20)
v.a.	vor allem
VAW	Versuchsanstalt für Wasserbau der ETHZ
VBSTB	Verordnung vom 2. März 2018 über den Bundesstab Bevölkerungsschutz (VBSTB; SR 520.17)
VD	Kanton Waadt
VE	Vorentwurf
VE HPG	Vorentwurf eines Bundesgesetzes über die Revision und Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts (1999)
VE ¹ -StAG	Vorentwurf Nr. 1 zum StAG (siehe Rz. 198)

VE ² -StAG	Vorentwurf Nr. 2 zum StAG (siehe Rz. 199)
VG	Bundesgesetz vom 14. März 1958 über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz, VG; SR 170.32)
VGer	Verwaltungsgericht
VGG	Bundesgesetz vom 17. Juni 2005 über das Bundesverwaltungsgericht (Verwaltungsgerichtsgesetz, VGG; SR 173.32)
vgl.	vergleiche
Vor	Vorbemerkungen
VPB	Verwaltungspraxis der Bundesbehörden (Bern; bis 2017)
VReg/GR	Versicherungsreglement vom 20. Juni 1995 des Kantons Graubünden (VReg; BR/GR 810.120)
VReg/VS	Reglement vom 4. Juli 1990 des Kantons Wallis betreffend die Ausführung von Artikel 46 des Gesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (Versicherungsreglement; SGS 721.801)
VS	Kanton Wallis
vs.	versus
VSHAB	Verordnung vom 15. Februar 2006 über das Schweizerische Handelsamtsblatt (Verordnung SHAB, VSHAB; SR 221.415)
VTa	Verordnung vom 29. Oktober 2003 über die territorialen Aufgaben der Armee (VTa; SR 513.311.1), aufgehoben per 1. Januar 2019 (AS 2018 4623)
VVG	Bundesgesetz vom 2. April 1908 über den Versicherungsvertrag (Versicherungsvertragsgesetz, VVG; SR 221.229.1)
VwVG	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren (Verwaltungsverfahrensgesetz, VwVG; SR 172.021)

Wasserbaupolizeigesetz	Bundesgesetz vom 22. Juni 1877 betreffend die Wasserbaupolizei im Hochgebirge (SR 721.10; Fundstelle: AS 1878 III 193), aufgehoben per 1. Januar 2013
Wasserbaupolizeigesetz (1953)	Bundesgesetz vom 27. März 1953 über die Ergänzung des Bundesgesetzes betreffend die Wasserbaupolizei (Fundstelle: AS 1953 III 950)
Wassergesetz/GE	Loi de la République et du canton de Genève du 5 juillet 1961 sur les eaux (LEaux-GE; rs/GE L 2 05)
Wassergesetz/TI	Legge del Cantone Ticino del 7 ottobre 2002 sull'utilizzazione delle acque (Raccolta delle leggi del Cantone Ticino 721.100)
WasserläufeÜ	Übereinkommen vom 17. März 1992 zum Schutz und zur Nutzung grenzüberschreitender Wasserläufe und internationaler Seen (SR 0.814.20)
WBG	Bundesgesetz vom 21. Juni 1991 über den Wasserbau (SR 721.100)
WBG/OW	Gesetz des Kantons Obwalden vom 31. Mai 2001 über den Wasserbau und die Wassernutzung (Wasserbaugesetz; GDB 740.1)
WBSNV/TG	Verordnung vom 12. Dezember 2017 des Regierungsrates des Kantons Thurgau zum Gesetz über den Wasserbau und den Schutz vor gravitativen Naturgefahren (WBSNV; RB 721.11)
WEKO	Wettbewerbskommission
WEL	Zeitschrift «Wasser, Energie, Luft» (Baden)
WRFA	Federal Act of 1 October 2010 on Water Retaining Facilities (Water Retaining Facilities Act, WRFA; CC 721.101)
WRG	Bundesgesetz vom 22. Dezember 1916 über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (Wasserrechtsgesetz, WRG; SR 721.80)
WRG/VS	Gesetz vom 28. März 1990 des Kantons Wallis über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte (kWRG; SGS 721.8)

WuR	Wirtschaft und Recht – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsrecht mit Einschluss des Sozial- und Arbeitsrechtes (Zürich, bis 1990)
WWF	World Wide Fund For Nature
WZG	Bundesgesetz vom 22. Dezember 1999 über die Währung und die Zahlungsmittel (WZG; SR 941.10)
z.B.	zum Beispiel
ZBJV	Zeitschrift des Bernischen Juristenvereins (Bern)
ZBl	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht (Zürich/Basel/Genf)
ZG	Zollgesetz vom 18. März 2005 (ZG; SR 631.0)
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch vom 10. Dezember 1907 (SR 210)
ZH	Kanton Zürich (bzw. im Zusammenhang mit Diss. und Habil.: Universität Zürich)
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZK	Zürcher Kommentar
ZPO	Schweizerische Zivilprozessordnung vom 19. Dezember 2008 (Zivilprozessordnung, ZPO; SR 272)
ZR	Blätter für Zürcherische Rechtsprechung (Zürich/Basel/Genf)
ZSGV	Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Gemeindeverwaltung (Zürich; bis 1988)
ZStöR	Zürcher Studien zum öffentlichen Recht
ZStP	Zürcher Studien zum Privatrecht
ZStrR	Schweizerische Zeitschrift für Strafrecht
ZStV	Zürcher Studien zum Verfahrensrecht
ZV	Zollverordnung vom 1. November 2006 (ZV; SR 631.01)
ZWR	Zeitschrift für Walliser Rechtsprechung (Sitten)

Literaturverzeichnis

- * Herr Dipl. Bau-Ing. ETHZ, Prof. em. der EPFL, RICHARD SINNIGER hat mir in vielen Gesprächen und E-Mails die technischen Grundlagen von Stauanlagen erklärt. Sofern sich seine zahlreichen Hinweise nicht direkt durch Fachliteratur belegen liessen, zitiere ich seine Hinweise wie folgt: «SINNIGER, Hinweise».
- ** Herr Dipl. Bau-Ing. ETHZ, Leiter der Sektion «Aufsicht Talsperren» des Bundesamtes für Energie, ROCCO PANDURI hat mir bereitwillig verschiedene Fragen zur Praxis des Bundesamtes für Energie betreffend Stauanlagen beantwortet, mich bei der Akteneinsicht unterstützt und mir zusätzliche technische Hinweise zu Stauanlagen gegeben. Ich zitiere seine Hinweise wie folgt: «PANDURI, Hinweise».
- *** Sämtliche Websites wurden am 31. März 2021 letztmals besucht.
- **** Ich zitiere Urteile und Literatur in den Fussnoten chronologisch und zwar in absteigender Reihenfolge, wobei ich Urteile immer vor der Literatur aufführe.
- ***** Ich zitiere die nachfolgend aufgelisteten Werke – soweit nicht anders angegeben – jeweils mit dem Nachnamen des Autors und einem Stichwort (inkl. Erscheinungsdatum des Werkes) sowie Seitenzahl(en) oder Randziffer(n). Bei Zeitschriftenartikeln zitiere ich nur den Nachnamen des Autors (unter Angabe des Namens der Zeitschrift sowie ihres Erscheinungsjahrs) und die Seitenzahl(en) oder Randziffer(n).
- ***** Nachnamen, die ein Adelsprädikat («von» oder «de») enthalten, sind unter dem Anfangsbuchstaben des Nachnamens und nicht unter dem ersten Buchstaben des Adelsprädikats eingeordnet.

A

- ABEGGLEN, SANDRO/LUTERBACHER, LÉONIE: Das Verhältnis der FIDLEG-Verhaltensregeln zum Privatrecht, ZSR 3/2020 I, S. 223–252 (zit. ABEGGLEN/LUTERBACHER, ZSR 3/2020 I).
- ACHTARI, ANNICK: Le devoir du lésé de minimiser son dommage, Diss. Freiburg 2008 = AISUF Band 281, Zürich/Basel/Genf 2008 (zit. ACHTARI, Diss. FR [2008]).

- ACKERMANN SCHWENDENER, CHRISTINE: Die klassische Ersatzvornahme als Vollstreckungsmittel des Verwaltungsrechts, Diss. Zürich 1999 = ZstöR Band 132, Zürich 2000 (zit. ACKERMANN SCHWENDENER, Diss. ZH [2000]).
- ADLER, DENIS OLIVER: Das Verhältnis zwischen Verursacherprinzip und Haftpflicht im Umweltrecht, Diss. Zürich 2010 = SzU Band 24, Zürich/Basel/Genf 2011 (zit. ADLER, Diss. ZH [2011]).
- AMSTUTZ, MARC/MORIN, ARIANE: Kommentar zur Einleitung vor Art. 184 ff. OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. BSK OR I [2020]-AMSTUTZ/MORIN).
- ANDEREGG, MIRCO: Schadenabwehr: Zwischen Schadenprävention und Schadenminderung, HAVE 2/2015, S. 117–123 (zit. ANDEREGG, HAVE 2/2015).
- ANDEREGG, MIRCO: Der Ersatz von Schadenabwehrkosten, Diss. Freiburg 2014 = AISUF Band 341, Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. ANDEREGG, Diss. FR [2014]).
- ANDRES, ROGER: Die Normen der Arbeitssicherheit, Diss. Freiburg 2016 = AISUF Band 363, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. ANDRES, Diss. FR [2016]).
- ANWANDER, THOMAS: § 78 Risikomanagement, in: Fischer, Willi/Drenckhan, Helke/Gwelessiani, Michael/Theus Simoni, Fabiana (Hrsg.), Handbuch Schweizer Aktienrecht, Basel 2014 (zit. HB Aktienrecht [2014]-ANWANDER).
- ARNOLD, ROBERTA: I risvolti penali della «guerra al terrorismo», forumpoenale 3/2018, S. 199–205 (zit. ARNOLD, forumpoenale 3/2018).
- ASCHE, MICHAEL J.: Umweltschutz und anwendbares Recht, Diss. Freiburg 2000, Basel 2000 (zit. ASCHE, Diss. FR [2000]).

B

- BÄR, ROLF: Extraterritoriale Wirkung von Gesetzen, in: Jenny, Guido/Kälin, Walter (Hrsg.), Die schweizerische Rechtsordnung in ihren internationalen Bezügen. Festgabe zum Schweizerischen Juristentag 1988, Sonderband 124^{bis} der ZBJV, Bern 1988 (zit. BÄR, FS Juristentag [1988]).
- BAUDOIS, JACQUES/OVERNEY, ALEXIS: Les couvertures d'assurance responsabilité civile professionnelle, in: Werro, Franz/Pichonnaz, Pascal (Hrsg.), Les relations entre la responsabilité civile et les assurances privées. Colloque du droit de la responsabilité civile 2015 Université de Fribourg, Bern 2016, S. 99–129 (zit. BAUDOIS/OVERNEY, Colloque [2016]).

- BAUMANN, MAX: Kommentar zu Art. 2 ZGB, in: Zürcher Kommentar, Einleitung (Art. 1–7 ZGB), 3. Aufl., Zürich 1998 (zit. ZK [1998]-BAUMANN).
- BAUMGARTNER, SAMUEL/DOLGE, ANETTE/MARKUS, ALEXANDER R./SPÜHLER, KARL: Schweizerisches Zivilprozessrecht, 10. Aufl., Bern 2018 (zit. BAUMGARTNER/DOLGE/MARKUS/SPÜHLER, Zivilprozessrecht [2018]).
- BECHMANN, JUTTA: Terrorismus: Definitionskontroverse, historische Reflexion und politische Auswirkungen, Diss. Bonn 2012 (zit. BECHMANN, Diss. Bonn [2012]).
- BECK, PETER: Umwelt- und Ökoschaden – Haftung und Versicherung, HAVE 3/2009, S. 299 (zit. BECK, HAVE 3/2009).
- BECKER, HERMANN: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Allgemeine Bestimmungen (Art. 1–183 OR), 2. Aufl., Bern 1945 (zit. BK [1945]-BECKER).
- BECKSTEIN, ALEXANDRA, Kieswerk Massa – Prüfung zur Ausnahme aus der Unterstellung, in: Bundesamt für Energie BFE (Hrsg.), Aktuelle Fragestellungen bei der Wahrnehmung der Aufsicht über die kantonalen Stauanlagen, 8. Fachveranstaltung für Kantone vom 14. März 2018, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Dokumente» (zit. BECKSTEIN, Kieswerk Massa [2018]).
- BEELER, URS R.: Planerischer Schutz vor Naturgefahren, S&R 1/2008, S. 33–43 (zit. BEELER, S&R 1/2008).
- BELSER, EVA MARIA/MASSÜGER, NINA: Kommentar zu Art. 1 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-BELSER/MASSÜGER).
- BELSER, EVA MARIA/MOLINARI, EVA: Kommentar zu Art. 7 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-BELSER/MOLINARI).
- BENN, JURIJ: Kommentar zu Art. 143 ZPO, in: Spühler, Karl/Tenchio, Luca/Infanger, Dominik (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2017 (zit. BSK ZPO [2017]-BENN).
- BERGAMIN, CHRISTOF: Die längere strafrechtliche Verjährungsfrist nach Art. 60 Abs. 2 OR, in: Fellmann, Walter (Hrsg.), Das neue Verjährungsrecht, Bern 2019, S. 35–58 (zit. BERGAMIN, Verjährungsfrist [2019]).
- BERGER, BERNHARD: Allgemeines Schuldrecht, 3. Aufl., Bern 2018 (zit. BERGER, Schuldrecht [2018]).
- BERGER, BERNHARD: Kommentar zu Art. 10 ZPO, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Schweizerische Zivilprozessordnung, Band I: Art. 1–149 ZPO, Bern 2012 (zit. BK [2012]-BERGER).

- BERNARD, FRÉDÉRIC: Lois contre le terrorisme et état de droit, SJ 6/2016 II, S. 177–206 (zit. BERNARD, SJ 6/2016 II).
- BÉTRIX, ELISABETH: Les coûts d'intervention – difficultés de mise en œuvre, URP 1995, S. 370–393 (zit. BÉTRIX, URP 1995).
- BIAGGINI, GIOVANNI: Orell Füssli Kommentar, Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 2. Aufl., Zürich 2017 (zit. OFK BV [2017]-BIAGGINI).
- BIANCHI, FRANÇOIS: Rapports entre droit public et droit privé en matière de protection de l'air, RDAF 3/2000 I, S. 163–179 (zit. BIANCHI, RDAF 3/2000 I).
- BIERI, URBAN: Die Deliktshaftung des Werkunternehmers gegenüber dem Besteller für mangelhafte Werke, Diss. Freiburg 1992, Beromünster 1993 (zit. BIERI, Diss. FR [1993]).
- BINDER, ULRICH: Stauanlagen in der Schweiz, Zürich 2001 (zit. BINDER, Stauanlagen [2001]).
- BLANK, RALF: Ruhrschlacht, Essen 2013 (zit. BLANK, Ruhrschlacht [2013]).
- BLASCHKE, SONJA: «Einmal alle 500 Jahre»: Zwei Dammbüche sorgen für schwere Überschwemmungen in Michigan, NZZ Online vom 21. Mai 2020, abrufbar unter: <<https://www.nzz.ch/wirtschaft/einmal-alle-500-jahre-schwere-ueberschwemmungen-in-michigan-ld.1557590>> (zit. BLASCHKE, NZZ Online [21.5.2020]).
- BOLLIGER, THOMAS: Entwicklungen auf dem Gebiet des europäischen Umwelthaftungsrechts: Einige rechtsvergleichende Gedanken, in: Weber, Peter Johannes/Weber, Marc/Seitz, Riccardo/Künzle, Hans Rainer (Hrsg.), Liber discipulorum et amicorum. Festschrift für Prof. Dr. Kurt Siehr zum 65. Geburtstag, Zürich 2001, S. 1–20 (zit. BOLLIGER, FS Siehr [2001]).
- BONOMI, ANDREA: Kommentar zu Art. 129 IPRG, Art. 138 IPRG, Art. 142 IPRG und Art. 5 LugÜ, in: Bucher, Andreas (Hrsg.), Commentaire romand, Loi sur le droit international privé. Convention de Lugano, Basel 2011 (zit. CR LDIP/CL [2011]-BONOMI).
- BÖTSCHI, SILVAN: Die Anpassung von Anleihsenbedingungen, AJP 9/2019, S. 993–1004 (zit. BÖTSCHI, AJP 9/2019).
- BOVEY, GRÉGORIY: Kommentar zu Art. 679 ZGB, in: Pichonnaz, Pascal/Foëx, Bénédic/Piotet, Denis (Hrsg.), Commentaire romand, Code civil II, Basel 2016 (zit. CR CC II [2016]-BOVEY).
- BREHM, ROLAND: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Die Entstehung durch unerlaubte Handlungen (Art. 41–61 OR), 4. Aufl., Bern 2013 (zit. BK [2013]-BREHM).
- BREHM, ROLAND: Einige herausfordernde Gedanken zu den Grenzen des Schadenersatzrechts, ZBJV 4/2006, S. 325–337 (zit. BREHM, ZBJV 4/2006).

- BRICH, STEFANIE/HASENBALG, CLAUDIA/WINTER, EGGERT (Hrsg.): Gabler Wirtschaftslexikon, Band 4: Ko-Pe, 18. Aufl., Wiesbaden 2014 (zit. GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON).
- BROCKHAUS: NE GmbH | Brockhaus, Enzyklopädie, abrufbar unter: <<https://brockhaus.de/>> (zit. BROCKHAUS).
- BRUNNER, CHRISTOPH/WICHTERMANN, JÜRIG: Kommentar zu Art. 646 ZGB und Art. 648 ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-BRUNNER/WICHTERMANN).
- BRUNOLD, FADRI: Die Arbeitsauslagen im schweizerischen Individualarbeitsrecht, Diss. Zürich 2013 = SSA Heft 77, Bern 2014 (zit. BRUNOLD, Diss. ZH [2014]).
- BUCHER, ANDREAS/BONOMI, ANDREA: Droit international privé, 3. Aufl., Basel 2013 (zit. BUCHER/BONOMI, DIP [2013]).
- BUCHLI, MARTIN: Urteil des Verwaltungsgerichts (Verwaltungsrechtliche Abteilung) vom 12. Januar 2018 i.S. X. gegen onyx Energie Dienste AG und Regierungsstatthalteramt (VGE 100.2017.247), BVR 6/2018, S. 259–273 (zit. BUCHLI, BVR 6/2018).
- BUHR, AXEL/GABRIEL, SIMON/SCHRAMM, DOROTHEE: Kommentar zu Art. 138 IPRG und Art. 142 IPRG, in: Furrer, Andreas/Girsberger, Daniel/Müller-Chen, Markus (Hrsg.), Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, Internationales Privatrecht (Art. 1–200 IPRG), 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. CHK [2016]-BUHR/GABRIEL/SCHRAMM).
- BUOB, FRANZISKA: Interessenkonflikte und Haftungsrisiken des Staates als Aktionär, AJP 2/2009, S. 142–152 (zit. BUOB, AJP 2/2009).
- BÜREN, BRUNO VON: Schweizerisches Obligationenrecht. Besonderer Teil (Art. 184–551), Zürich 1972 (zit. VON BÜREN, OR BT [1972]).
- BÜREN, BRUNO VON: Schweizerisches Obligationenrecht. Allgemeiner Teil, Zürich 1964 (zit. VON BÜREN, OR AT [1964]).
- BÜRGI, URS: Kommentar zu Art. 256 SchKG, in: Staehelin, Adrian/Bauer, Thomas/Staehelin, Daniel (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs II, 2. Aufl., Basel 2010 (zit. BSK SchKG II [2010]-BÜRGI).
- BUSCH, ALEXANDER: Vale hat aus Fehlern nichts gelernt, NZZ vom 29. Januar 2019, S. 23 (zit. BUSCH, NZZ [29.1.2019]).
- BUSCH, RALF: Die Ubiquitätsregel im Internationalen Deliktsrecht unter besonderer Berücksichtigung des schweizerischen IPRG, Diss. Freiburg i.Br. 1993 = Reihe Rechtswissenschaft Band 162, Pfaffenweiler 1996 (zit. BUSCH, Diss. Freiburg i.Br. [1996]).

BÜSSER, ANDRES: Ohne jede Haftung? – Gedanken zum vertraglichen Ausschluss der Deliktshaftung, in: Böhme, Anna/Gähwiler, Fabian/Theus Simoni, Fabiana/Zuberbühler, Ivo (Hrsg.), Ohne jegliche Haftung. Festschrift für Willi Fischer zum 65. Geburtstag, Zürich/Basel/Genf 2016, S. 97–107 (zit. BÜSSER, FS Fischer [2016]).

BYLAND, URS: Hat Selzach neu einen Staudamm?, Schweiz am Wochenende vom 20. Januar 2018, S. 30 (zit. BYLAND, Schweiz am Wochenende [20.1.2018]).

C

CALUORI, CORINA/GRIFFEL, ALAIN: Kommentar zu Art. 76 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-CALUORI/GRIFFEL).

CARRON, BLAISE/FAVRE, NIELS: La révision de la prescription dans la partie générale du Code des obligations: ce qui change et ce qui reste, et la transition entre les deux..., in: Bohnet, François/Dupont, Anne-Sylvie (Hrsg.), Le nouveau droit de la prescription, Basel 2019, S. 1–88 (zit. CARRON/FAVRE, Prescription [2019]).

CERUTTI, HERBERT: Wie sicher sind die Schweizer Staudämme?, NZZ vom 4. Juni 1992, S. 19–20 (zit. CERUTTI, NZZ¹ [4.6.1992]).

CERUTTI, HERBERT: Gravierende Versicherungslücke bei Staudämmen, NZZ vom 4. Juni 1992, S. 19 (zit. CERUTTI, NZZ² [4.6.1992]).

CHAPPUIS, BENOÎT: L'indemnisation des mesures préventives, in: Werro, Franz/Pichonnaz, Pascal (Hrsg.), Le dommage dans tous ses états. Colloque du droit de la responsabilité civile 2013 Université de Fribourg, Bern 2013, S. 155–193 (zit. CHAPPUIS, Colloque [2013]).

CHAPPUIS, BENOÎT: Quelques dommages dits irréparables. Réflexions sur la théorie de la différence et la notion de patrimoine, SJ 8/2010 II, S. 165–218 (zit. CHAPPUIS, SJ 8/2010 II).

CHAPPUIS, BENOÎT: Le dommage environnemental: un état des lieux, in: Les entreprises et le droit de l'environnement: défis, enjeux, opportunités, Lausanne 2009, S. 1–34 (zit. CHAPPUIS, Dommage environnemental [2009]).

CHAPPUIS, BENOÎT: Le moment du dommage, Diss. Freiburg 2006 = AISUF Band 257, Zürich/Basel/Genf 2007 (zit. CHAPPUIS, Diss. FR [2007]).

CHAULMONTET, SÉBASTIEN: Verursacherhaftungen im Schweizer Umweltrecht, Diss. Freiburg 2008 = AISUF Band 290, Zürich/Basel/Genf 2009 (zit. CHAULMONTET, Diss. FR [2009]).

CONTE, GIUSEPPE/BOSS, HANS: Wörterbuch der Rechts- und Wirtschaftssprache, Band 1: Italienisch-Deutsch, 5. Aufl., München 2001 (zit. CONTE/BOSS, Wörterbuch 1 [2001]).

CRAMERI, RETO: Gemeinden im Kanton Graubünden – Aufgaben und Autonomie, Diss. Bern 2019, Zürich/St. Gallen 2019 (zit. CRAMERI, Diss. BE [2019]).

D

DAL MOLIN-KRÄNZLIN, ALEXANDRA: Die Zufallshaftung im Schuldnerverzug, ZBJV 6/2019, S. 402–420 (zit. DAL MOLIN-KRÄNZLIN, ZBJV 6/2019).

DÄPPEN, ROBERT K.: Kommentar zu Art. 60 OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. BSK OR I [2020]-DÄPPEN).

DASSER, FELIX: Kommentar zu Art. 138 IPRG, in: Grolimund, Pascal/Loacker, Leander D./Schnyder, Anton K. (Hrsg.), Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. Aufl., Basel 2021 (zit. BSK IPRG [2021]-DASSER).

DÉBIEUX, CLAUDE: La responsabilité civile des exploitants d’installations nucléaires et sa couverture, Diss. Freiburg 1986, Freiburg/Tübingen 1987 (zit. DÉBIEUX, Diss. FR [1987]).

DEHNERT, HANS: Wehr- und Stauanlagen, Berlin 1952 (zit. DEHNERT, Stauanlagen [1952]).

DELACHAUX, JEAN LOUIS: Die Anknüpfung der Obligationen aus Delikt und Quasidelikt im internationalen Privatrecht, Diss. Zürich 1960, Zürich 1960 (zit. DELACHAUX, Diss. ZH [1960]).

DERNBURG, HEINRICH: Begriff der höheren Gewalt, Zeitschrift für das Privat- und öffentliche Recht der Gegenwart 1884, S. 335–348 (zit. DERNBURG, GrünhutsZ 1884).

DESAX, MARCUS: Haftung für erlaubte Eingriffe, Diss. Freiburg 1977 = AISUF Band 46, Freiburg 1977 (zit. DESAX, Diss. FR [1977]).

DESCHENAUX, HENRI/TERCIER, PIERRE: La responsabilité civile, 2. Aufl., Bern 1982 (zit. DESCHENAUX/TERCIER, Responsabilité civile [1982]).

DEUTSCHES INSTITUT FÜR NORMUNG E.V.: Wasserbau 1, DIN-Taschenbuch 179, 6. Aufl., Berlin/Wien/Zürich 2015 (zit. DIN, Wasserbau 1 [2015]).

DEVRIENT, JEAN-NICOLAS: La responsabilité civile et l’assurance à raison du risque nucléaire, Diss. Lausanne 1964, Genf 1964 (zit. DEVRIENT, Diss. LA [1964]).

- DIAZ-MARTA PINILLA, MANUEL/FERNÁNDEZ-ORDÓÑEZ, HERNANDEZ: Historische Talsperren und Wehre in Spanien, in: Deutscher Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau (Hrsg.), Historische Talsperren 2, Stuttgart 1991, S. 131–176 (zit. DIAZ-MARTA PINILLA/FERNÁNDEZ-ORDÓÑEZ, Talsperren [1991]).
- DIEZ, EMANUEL: Probleme des internationalen Nachbarrechts, in: Schweizerische Vereinigung für internationales Recht (Hrsg.), Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht 1979, Zürich 1980, S. 9–30 (zit. DIEZ, SJIR [1980]).
- DIGGELMANN, OLIVER/ALTWICKER, TILMANN: Kommentar zu Art. 57 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-DIGGELMANN/ALTWICKER).
- DNV GERMANY GMBH: Bericht vom 22. Januar 2010 zum Sicherheitsaudit beim Bundesamt für Energie (BFE). Bericht für das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) Berichtsnummer: 27212, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Sicherheitsaufsicht Talsperren» (zit. DNV, Bericht [22.1.2010]).
- DOLGE, ANNETTE: Kommentar zu Art. 183 ZPO, in: Spühler, Karl/Tenchio, Luca/Infanger, Dominik (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2017 (zit. BSK ZPO [2017]-DOLGE).
- DOMAJ, TANJA: Kommentar zu Art. 71 ZPO, in: Oberhammer, Paul/Domej, Tanja/Haas, Ulrich (Hrsg.), Kurzkommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 2. Aufl., Basel 2013 (zit. KUKO ZPO [2013]-DOMAJ).
- DONATSCH, ANDREAS/TAG, BRIGITTE: Strafrecht I. Verbrechenslehre, 9. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. DONATSCH/TAG, Strafrecht I [2013]).
- DONATSCH, ANDREAS/THOMMEN, MARC/WOHLERS, WOLFGANG: Strafrecht IV, 5. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. DONATSCH/THOMMEN/WOHLERS, Strafrecht IV [2017]).
- DORNIS, TIM W.: Die Theorie der local data: dogmatische Bruchstelle im klassischen IPR, SZIER 2/2015, S. 183–216 (zit. DORNIS, SZIER 2/2015).
- DOSWALD, JOËL/GAMMA, SABRINA: Die Bedeutung rechtlicher Risiken im Risikobericht ausgewählter Geschäftsberichte von börsenkotierten Schweizer Unternehmen, in: Staub, Leo (Hrsg.), Beiträge zu aktuellen Themen an der Schnittstelle zwischen Recht und Betriebswirtschaft III, Zürich/Basel/Genf 2017, S. 131–160 (zit. DOSWALD/GAMMA, Risikobericht [2017]).
- DOUCET, MICHEL/FLECK, KLAUS E. W.: Wörterbuch Recht & Wirtschaft, Band 1: Französisch-Deutsch, 7. Aufl., München 2014 (zit. DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 [2014]).

- DUDEN: Bibliographisches Institut GmbH, Dudenverlag, Wörterbuch, abrufbar unter: <<https://www.duden.de/>> (zit. DUDEN).
- DUPONT, ANNE-SYLVIE: Le dommage écologique, Diss. Genf 2005, Genf/Zürich/Basel 2005 (zit. DUPONT, Diss. GE [2005]).
- DUTOIT, BERNARD: Droit international privé suisse. Commentaire de la loi fédérale du 18 décembre 1987, 5. Aufl., Basel 2016 (zit. DUTOIT, DIP [2016]).

E

- EHLERS, NADJA: Die Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftung in Deutschland, Diss. Potsdam 2014, Potsdam 2014 (zit. EHLERS, Diss. Potsdam [2014]).
- EMMENEGGER, SUSAN: Kommentar zu Art. 97 OR und Art. 103 OR, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Die Folgen der Nichterfüllung (Art. 97–109 OR), 2. Aufl., Bern 2020 (zit. BK [2020]-EMMENEGGER).
- EMMENEGGER, SUSAN/TSCHENTSCHER, AXEL: Kommentar zu Art. 1 ZGB, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Einleitung (Art. 1–9 ZGB), Bern 2012 (zit. BK [2012]-EMMENEGGER/TSCHENTSCHER).
- EPINEY, ASTRID: Nachbarrechtliche Pflichten im internationalen Wasserrecht und Implikationen von Drittstaaten. Aufgezeigt am Beispiel des Staudammprojekts «Ilisu» (Türkei), AVR 1/2001, S. 1–56 (zit. EPINEY, AVR 1/2001).
- ERNST, WOLFGANG: Kommentar zu Vorbemerkungen zu Art. 919 ff. ZGB, Art. 919 ZGB, Art. 920 ZGB, Art. 921 ZGB und Art. 922 ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-ERNST).
- ERRASS, CHRISTOPH: Recht als Risiko für die Sicherheit oder Sicherheit als Risiko für das Recht?, S&R 1/2010, S. 24–36 (zit. ERRASS, S&R 1/2010).
- ESSER, JOSEF: Grundlagen und Entwicklung der Gefährdungshaftung, 2. Aufl., München 1969 (zit. ESSER, Gefährdungshaftung [1969]).

F

- FANKHAUSER, ROLAND: Kommentar zu Vorbemerkungen zu Art. 11–21 ZGB, in: Geiser, Thomas/Fountoulakis, Christiana (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK ZGB I [2018]-FANKHAUSER).
- FAVRE, ANNE-CHRISTINE: La notion de force majeure et de cas fortuit, en relation avec des événements naturels, dans le régime de la responsabilité civile privée ou de droit public, S&R 3/2009, S. 193–205 (zit. FAVRE, S&R 3/2009).
- FELLMANN, WALTER: Das neue Verjährungsrecht, ZBJV 4/2020, S. 201–226 (zit. FELLMANN, ZBJV 4/2020).
- FELLMANN, WALTER: Kommentar zu Art. 1 PrHG, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. BSK OR I [2020]-FELLMANN).
- FELLMANN, WALTER: Schweizerisches Haftpflichtrecht Band I bis III – eine Bilanz zum gesetzgeberischen Handlungsbedarf, in: Fellmann, Walter/Weber, Stephan (Hrsg.), Haftpflichtprozess 2016, Zürich/Basel/Genf 2016, S. 173–190 (zit. FELLMANN, Haftpflichtprozess [2016]).
- FELLMANN, WALTER: Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band III, Bern 2015 (zit. FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015]).
- FELLMANN, WALTER: Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band II, Bern 2013 (zit. FELLMANN, Haftpflichtrecht II [2013]).
- FELLMANN, WALTER: Substanzbeeinträchtigungs- und Funktionsbeeinträchtigungstheorie beim Sachschaden, in: Fuhrer, Stephan/Chappuis, Christine (Hrsg.), Haftpflicht- und Versicherungsrecht. Droit de la responsabilité civile et des assurances. Liber amicorum Roland Brehm, Bern 2012, S. 133–143 (zit. FELLMANN, FS Brehm [2012]).
- FELLMANN, WALTER: Widerrechtlichkeit: drei Theorien für ein Problem – Versuch einer Zwischenbilanz, ZSR 5/2009 I, S. 473–496 (zit. FELLMANN, ZSR 5/2009 I).
- FELLMANN, WALTER: Schadenersatz für den Unterhalt eines unerwünschten Kindes, ZBJV 6/1987, S. 317–335 (zit. FELLMANN, ZBJV 6/1987).
- FELLMANN, WALTER/BURGER, YVONNE: Unterbrechung des Kausalzusammenhangs bei Gefährdungshaftung, HAVE 4/2019, S. 387–391 (zit. FELLMANN/BURGER, HAVE 4/2019).
- FELLMANN, WALTER/KOTTMANN, ANDREA: Schweizerisches Haftpflichtrecht, Band I, Bern 2012 (zit. FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I [2012]).
- FELLMANN, WALTER/MÜLLER, KARIN: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Die einfache Gesellschaft (Art. 530–544 OR), Bern 2006 (zit. BK [2006]-FELLMANN/MÜLLER).

- FERRARI-VISCA, RETO/HÄUSLER, MARC: Verwaltungsrechtliche Verfügungsbefugnis von Privaten – eine kritische Würdigung des Urteils des Verwaltungsgerichts des Kantons Bern VGE 100.2017.247 vom 12. Januar 2018, ZBl 2/2020, S. 59–79 (zit. FERRARI-VISCA/HÄUSLER, ZBl 2/2020).
- FIOLKA, GERHARD: Kommentar zu Art. 260^{quinquies} StGB, in: Niggli, Marcel Alexander/Wiprächtiger, Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht II, 4. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK StGB II [2019]-FIOLKA).
- FISCHER, WILLI: Kommentar zu Art. 41 OR und Art. 47 OR, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-FISCHER).
- FISCHER, WILLI/BÖHME, ANNA: Kommentar zu Art. 44 OR, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-FISCHER/BÖHME).
- FISCHER, WILLI/GÄHWILER, FABIAN: Kommentar zu Art. 46 OR, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-FISCHER/GÄHWILER).
- FISCHER, WILLI/URWYLER, THIERRY: Kommentar zu Art. 42 OR, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-FISCHER/URWYLER).
- FOURNIER, JACQUES: Vers un nouveau droit des concessions hydroélectriques, Diss. Freiburg 2002 = AISUF Band 212, Freiburg 2002 (zit. FOURNIER, Diss. FR [2002]).
- FREY, ANDREAS: Die Angst vor der Sintflut, NZZ am Sonntag vom 19. Februar 2017, S. 53–54 (zit. FREY, NZZaS [19.2.2017]).
- FREY, TOM: Die Ermittlung des Schadens und anderer quantifizierbarer Werte im Anwendungsbereich von Art. 42 Abs. 2 OR, Diss. Zürich 2017 = ZStP Band 278, Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. FREY, Diss. ZH [2017]).
- FRICK, MARTIN: Das Verursacherprinzip in Verfassung und Gesetz, Diss. Bern 2003 = ASR Heft 684, Bern 2004 (zit. FRICK, Diss. BE [2004]).
- FRIEDLI, DANIEL: Staumauern: Der Bund tolerierte rechtswidrigen Zustand, Der Bund vom 26. Juli 2010 (zit. FRIEDLI, Der Bund [26.7.2010]).
- FRIEDRICH, HANS-PETER: Kommentar zu Art. 7 ZGB, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Einleitung (Art. 1–10 ZGB), Bern 1962 (zit. BK [1962]-FRIEDRICH).
- FRIEDRICH, UELI: 4. Kapitel: Gemeinderecht, in: Müller, Markus/Feller, Reto (Hrsg.), Bernisches Verwaltungsrecht, 2. Aufl., Bern 2013 (zit. FRIEDRICH, Verwaltungsrecht [2013]).
- FRÖLICHER, RENÉ: Die Abgrenzung der Haftung des Werkeigentümers nach Art. 58 OR von der Verantwortlichkeit des Grundeigentümers nach Art. 679 ZGB, Diss. Bern 1950, Solothurn 1950 (zit. FRÖLICHER, Diss. BE [1950]).

- FUHLROTT, VOLKER: Mais in Bern, HAVE 1/2004, S. 13–25 (zit. FUHLROTT, HAVE 1/2004).
- FUHRER, STEPHAN: Schweizerisches Privatversicherungsrecht, Zürich/Basel/Genf 2011 (zit. FUHRER, Privatversicherungsrecht [2011]).
- FUHRER, STEPHAN: Zum Verhältnis von Haftpflicht und Privatversicherung im Vorentwurf zur Revision und Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts, ZSR 4/2001 I, S. 371–395 (zit. FUHRER, ZSR 4/2001 I).
- FUHRER, STEPHAN: Die Haftung für Umweltschäden und deren Versicherung, BJM 5/1992, S. 225–251 (zit. FUHRER, BJM 5/1992).
- FURRER, ANDREAS/GIRSBERGER, DANIEL/SIEHR, KURT: Allgemeine Lehren, in: Internationales Privatrecht, SPR Band XI/1, Basel 2008 (zit. FURRER/GIRSBERGER/SIEHR, SPR XI/1 [2008]).

G

- GABBUD, CHRYSTELLE/ROBINSON, CHRISTOPHER T./LANE, STUART N.: Summer is in winter: Disturbance-driven shifts in macroinvertebrate communities following hydroelectric power exploitation, *Science of the Total Environment* 2019, S. 2164–2180 (zit. GABBUD/ROBINSON/LANE, *Science of the Total Environment* 2019).
- GÄCHTER, THOMAS/EGLI, PHILIPP: Kommentar zu Art. 43 VwVG, in: Auer, Christoph/Müller, Markus/Schindler, Benjamin (Hrsg.), *Kommentar, VwVG – Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren*, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2019 (zit. *Kommentar VwVG [2019]-GÄCHTER/EGLI*).
- GÄHWILER, FABIAN: Kommentar zu Art. 15 BGF, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), *Haftpflichtkommentar*, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. *Haftpflichtkommentar [2016]-GÄHWILER*).
- GALLI, DARIO/VISCHER, MARKUS: Kommentar zu Art. 47 NBG, in: Plenio, Martin/Senn, Myriam (Hrsg.), *Kommentar, Nationalbankgesetz und Bundesgesetz über die Währung und die Zahlungsmittel*, Zürich/St. Gallen 2020 (zit. *Kommentar NBG/WZG [2020]-GALLI/VISCHER*).
- GARBRECHT, GÜNTHER: Der Sadd-el-Kafara, die älteste Talsperre der Welt, in: *Deutscher Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau* (Hrsg.), *Historische Talsperren*, Stuttgart 1987, S. 97–109 (zit. GARBRECHT, *Sadd-el-Kafara [1987]*).
- GASSMANN, ROCHUS: *Energiehaftung*, Diss. Zürich 1988 = ZStP Band 63, Zürich 1988 (zit. GASSMANN, *Diss. ZH [1988]*).
- GAUCH, PETER: *Der Werkvertrag*, 6. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2019 (zit. GAUCH, *Werkvertrag [2019]*).

L

- GAUCH, PETER: Bauernhilfe: Drei Fälle und wie das Bundesgericht dazu kam, die Schadenersatzregel des Art. 422 Abs. 1 OR auf den Auftrag und die Gefälligkeit anzuwenden., in: Schmid, Jörg/Seiler, Hansjörg (Hrsg.), Recht des ländlichen Raums. Festgabe für Paul Richli zum 60. Geburtstag, Zürich/Basel/Genf 2006, S. 191–223 (zit. GAUCH, FS Richli [2006]).
- GAUCH, PETER: Grenzüberschreitungen im privaten Schadensrecht, in: Forstmoser, Peter/Honsell, Heinrich/Wiegand, Wolfgang (Hrsg.), Richterliche Rechtsfortbildung in Theorie und Praxis. Festschrift für Hans Peter Walter, Bern 2005, S. 293–319 (zit. GAUCH, FS Walter [2005]).
- GAUCH, PETER: Zum Stand der Lehre und Rechtsprechung. Geschichten und Einsichten eines privaten Schuldrechtlers, ZSR 1/2000 I, S. 1–51 (zit. GAUCH, ZSR 1/2000 I).
- GAUCH, PETER: Die Haftpflicht der Eisenbahnen. Haftung nach Eisenbahnhaftpflichtgesetz, recht 5/1998, S. 194–211 (zit. GAUCH, recht 5/1998).
- GAUCH, PETER: Grundbegriffe des ausservertraglichen Haftpflichtrechts, recht 6/1996, S. 225–239 (zit. GAUCH, recht 6/1996).
- GAUCH, PETER/SCHLUEP, WALTER R./EMMENEGGER, SUSAN: Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil, Band II, 11. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2020 (zit. GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, OR AT [2020]).
- GAUCH, PETER/SINNIGER, RICHARD: Vom Nozon, der über die Ufer trat... und wie das Bundesgericht die Haftungsfrage entschied, BR 2/1997, S. 42–49 (zit. GAUCH/SINNIGER, BR 2/1997).
- GEIGER, WOLFGANG/DREISEITL, HERBERT/STEMPLEWSKI, JOCHEN: Neue Wege für das Regenwasser, 3. Aufl., München 2009 (zit. GEIGER/DREISEITL/STEMPLEWSKI, Regenwasser [2009]).
- GEIGY, PETER: Die Haftung für Schäden aus Atomenergie, Masch. Diss. Basel 1959 (zit. GEIGY, Diss. BS [1959]).
- GEISER, THOMAS: Arbeitsrechtliche Fragen bei Umweltkatastrophen, ZBJV 2/2006, S. 174–180 (zit. GEISER, ZBJV 2/2006).
- GEISER, THOMAS: Kommentar zu Art. 65 BGG, Art. 66 BGG und Art. 68 BGG, in: Niggli, Marcel Alexander/Uebersax, Peter/Wiprächtiger, Hans/Kneubühler, Lorenz (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK BGG [2018]-GEISER).
- GERMANN, SANDRO/WICKI-BIRCHLER, DAVID: Hacking und Hacker im Schweizer Recht, AJP 1/2020, S. 83–94 (zit. GERMANN/WICKI-BIRCHLER, AJP 1/2020).
- GIACOMA, LUISA/KOLB, SUSANNE: PONS, Dizionario, Band 2: Italienisch-Deutsch, Bologna 2001 (zit. GIACOMA/KOLB, PONS 2 [2001]).
- GILLIARD, FRANÇOIS: Vers l'unification du droit de la responsabilité, ZSR 1967 II, S. 193–323 (zit. GILLIARD, ZSR 1967 II).

- GIOVANNINI, MICHELANGELO: 5. Teil: Kapitel III. – Anlagen zur Erzeugung, Übertragung oder Lagerung von Energie, in: Griffel, Alain/Liniger, Hans U./Rausch, Heribert/Thurnherr, Daniela (Hrsg.), Fachhandbuch Öffentliches Baurecht, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. FHB Öffentliches Baurecht [2016]-GIOVANNINI).
- GLÖCKNER, OLGA: Der Itaipú Damm. Ökologische und sozio-ökonomische Auswirkungen des grössten Wasserkraftwerks der Welt, München 2012 (zit. GLÖCKNER, Itaipú Damm [2012]).
- GNOS, URS P.: Anspruchskonkurrenz im schweizerischen Produkthaftpflichtrecht, Diss. Zürich 1997, Schwanden (ohne Jahresangabe) (zit. GNOS, Diss. ZH [1997]).
- GÖKSU, TARKAN: Kommentar zu Art. 41 OR, in: Gauch, Peter/Aeppli, Viktor/Stöckli, Hubert (Hrsg.), Präjudizienbuch OR, 9. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Präjudizienbuch OR [2016]-GÖKSU).
- GORDON-VRBA, LUCY: Vielparteienprozesse, Diss. Zürich 2007 = ZStV Band 151, Zürich/Basel/Genf 2007 (zit. GORDON-VRBA, Diss. ZH [2007]).
- GOTTINI, MELANIE CATALINA: Die Verjährung im schweizerischen Privatrecht, Diss. Zürich 2018 = ZStP Band 290, Zürich/Basel/Genf 2019 (zit. GOTTINI, Diss. ZH [2019]).
- GRABER, CHRISTOPH K.: Kommentar zu Art. 51 OR, Art. 52 OR und Art. 143 OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. BSK OR I [2020]-GRABER).
- GRAFFENRIED, CAROLINE VON: Schadloshaltung des Dritten in zweivertraglichen Dreiparteienverhältnissen, Diss. Bern 2018 = ASR Heft 830, Bern 2019 (zit. VON GRAFFENRIED, Diss. BE [2019]).
- GREWE, KLAUS: Meisterwerke antiker Technik, Mainz 2010 (zit. GREWE, Meisterwerke [2010]).
- GRIFFEL, ALAIN: 1. Teil Grundprinzipien des Umweltrechts, in: Haller, Walter (Hrsg.), Umweltrecht, Zürich/Basel/Genf 2004 (zit. GRIFFEL, Umweltrecht [2004]).
- GRIFFEL, ALAIN/RAUSCH, HERIBERT: Kommentar zum Umweltschutzgesetz. Ergänzungsband zur 2. Auflage, Zürich/Basel/Genf 2011 (zit. Kommentar USG Ergänzungsband [2011]-GRIFFEL/RAUSCH).
- GROLIMUND, PASCAL/LOACKER, LEANDER D./SCHNYDER, ANTON K.: Kommentar zu Art. 1 IPRG, in: Grolimund, Pascal/Loacker, Leander D./Schnyder, Anton K. (Hrsg.), Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. Aufl., Basel 2021 (zit. BSK IPRG [2021]-GROLIMUND/LOACKER/SCHNYDER).
- GROSS, JOST: Schweizerisches Staatshaftungsrecht, 2. Aufl., Bern 2001 (zit. GROSS, Staatshaftungsrecht [2001]).

- GROSZ, MIRINA: Kommentar zu Art. 40b EBG, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-GROSZ).
- GRÜNEBERG, CHRISTIAN: Vorbemerkungen vor § 249 BGB, in: Palandt, Otto (Hrsg.), Beck'sche Kurz-Kommentare, Bürgerliches Gesetzbuch, 79. Aufl., München 2020 (zit. Palandt [2020]-GRÜNEBERG).
- GRÜNIG, SHIRIN: Die Haftung nach Humanforschungsgesetz, Diss. Freiburg 2020 = AISUF Band 406, Zürich/Basel/Genf 2020 (zit. GRÜNIG, Diss. FR [2020]).
- GUGGENBÜHL, MARKUS: Kommentar zu Art. 33 ZGB und Art. 34 ZGB, in: Geiser, Thomas/Fountoulakis, Christiana (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK ZGB I [2018]-GUGGENBÜHL).
- GÜNGERICH, ANDREAS: Kommentar zu Art. 22 LugÜ, in: Oetiker, Christian/Weibel, Thomas (Hrsg.), Basler Kommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. Aufl., Basel 2016 (zit. BSK LugÜ [2016]-GÜNGERICH).
- GUYAN, PETER: Kommentar zu Art. 153 ZPO und Art. 158 ZPO, in: Spühler, Karl/Tenchio, Luca/Infanger, Dominik (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2017 (zit. BSK ZPO [2017]-GUYAN).

H

- HAAB, ROBERT: Einleitung, in: Zürcher Kommentar, Das Eigentum (Art. 641–729 ZGB), 2. Aufl., Zürich 1977 (zit. ZK [1977]-HAAB).
- HAAS, RAPHAËL: Grenzen der Haftungsbeschränkungen bei der Vertragsgestaltung, in: Hürlimann-Kaup, Bettina/Eitel, Paul/Haas, Raphaël (Hrsg.), Sachenrecht, Obligationenrecht und mehr. Liber amicorum für Jörg Schmid zum 60. Geburtstag, Zürich/Basel/Genf 2019, S. 133–162 (zit. HAAS, FS Schmid [2019]).
- HABETHA, ERNST: 7. Ingenieurgeologie, in: Bentz, Alfred/Martini, Hans-Joachim (Hrsg.), Lehrbuch der angewandten Geologie, Band II: Geowissenschaftliche Methoden, Teil 2: Hydrogeologie. Ingenieur-, Talsperren- und Wasserbaugeologie. Mathematische Verfahren. Bohrprobenbearbeitung. Luftbildgeologie. Vermessung, Stuttgart 1969 (zit. HABETHA, Ingenieurgeologie [1969]).
- HAEFELI, ANDREA/GALLI, DARIO/VISCHER, MARKUS: § 1 Anpassung privatrechtlicher Verträge infolge von COVID-19, in: Helbing Lichtenhahn Verlag (Hrsg.), COVID-19, Basel 2020 (zit. HAEFELI/GALLI/VISCHER, COVID-19 [2020]).

- HÄFELE, WOLF: Risiko, Unsicherheit, Undeutlichkeit – eine Arbeit am Begriff, in: Schneider, Jörg (Hrsg.), Risiko und Sicherheit technischer Systeme, Basel 1991, S. 211–218 (zit. HÄFELE, Risiko [1991]).
- HÄFELIN, ULRICH/MÜLLER, GEORG/UHLMANN, FELIX: Allgemeines Verwaltungsrecht, 8. Aufl., Zürich/St. Gallen 2020 (zit. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht [2020]).
- HAGER, GÜNTER: Zur Berücksichtigung öffentlich-rechtlicher Genehmigungen bei Streitigkeiten wegen grenzüberschreitenden Immissionen, RabelsZ 2/1989, S. 293–319 (zit. HAGER, RabelsZ 2/1989).
- HALLER, WALTER/KÖLZ, ALFRED/GÄCHTER, THOMAS: Allgemeines Staatsrecht, 6. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2020 (zit. HALLER/KÖLZ/GÄCHTER, Staatsrecht [2020]).
- HANDSCHIN, LUKAS: «Verminderung der Aktiven ...» – Schadensbegriff und Fair Value-Bewertung, in: Böhler, Andrea/Müller-Chen, Markus (Hrsg.), Private Law. Festschrift für Ingeborg Schwenzer zum 60. Geburtstag, Band I, Bern 2011, S. 697–713 (zit. HANDSCHIN, FS Schwenzer [2011]).
- HANDSCHIN, LUKAS: Eigenkapitalvorschriften – nur für Banken?, GesKR 4/2010, S. 516–519 (zit. HANDSCHIN, GesKR 4/2010).
- HANDSCHIN, LUKAS/HUNKELER, DANIEL: Kommentar zu Art. 197 SchKG, in: Staehelin, Adrian/Bauer, Thomas/Staehelin, Daniel (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs II, 2. Aufl., Basel 2010 (zit. BSK SchKG II [2010]-HANDSCHIN/HUNKELER).
- HANDSCHIN, LUKAS/VONZUN, RETO: Zürcher Kommentar, Die einfache Gesellschaft (Art. 530–551 OR), 4. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2009 (zit. ZK [2009]-HANDSCHIN/VONZUN).
- HÄNE, STEFAN: Grüner Bruderkampf am Gletscher, Der Bund vom 9. August 2019 (zit. HÄNE, Der Bund [9.8.2019]).
- HÄNER, ISABELLE: Kommentar zu Art. 25a VwVG, in: Waldmann, Bernhard/Weissenberger, Philippe (Hrsg.), Praxiskommentar, Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. PK VwVG [2016]-HÄNER).
- HÄNNI, JULIA/MEYER, LUKAS XAVER: Kommentar zu Art. 74 BGG, in: Niggli, Marcel Alexander/Uebbersax, Peter/Wiprächtiger, Hans/Kneubühler, Lorenz (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK BGG [2018]-HÄNNI/MEYER).
- HASENBÖHLER, FRANZ: Das Beweisrecht der ZPO, Band 1, Zürich/Basel/Genf 2015 (zit. HASENBÖHLER, Beweisrecht 1 [2015]).
- HAUSHEER, HEINZ/JAUN, MANUEL: Die haftpflicht- und privatversicherungsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2002–2005, ZBJV 2/2007, S. 103–139 (zit. HAUSHEER/JAUN, ZBJV 2/2007).

- HEDIGER, CHRISTIAN: Die Haftungsbestimmungen des Gentechnikgesetzes (Art. 30–34 GTG), Diss. Luzern 2008 = LBR Band 43, Zürich/Basel/Genf 2009 (zit. HEDIGER, Diss. LU [2009]).
- HEER, BALTHASAR: Die Ersatzvornahme als verwaltungsrechtliche Sanktion, Diss. Zürich 1975, St. Gallen 1975 (zit. HEER, Diss. ZH [1975]).
- HEIN, JAN VON: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht, Diss. Hamburg 1998 = Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht Band 69, Tübingen 1999 (zit. VON HEIN, Diss. Hamburg [1998]).
- HEINI, ANTON/GÖKSU, TARKAN: Kommentar zu Art. 138 IPRG und Art. 142 IPRG, in: Zürcher Kommentar zum IPRG, Band II, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2018 (zit. ZK [2018]-HEINI/GÖKSU).
- HEPPERLE, ERWIN: Kommentar zu Art. 3 WBG, in: Hettich, Peter/Jansen, Luc/Norer, Roland (Hrsg.), Kommentar zum Gewässerschutzgesetz und zum Wasserbaugesetz/Commentaire de la loi sur la protection des eaux et de la loi sur l'aménagement des cours d'eau, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar GSchG/WBG [2016]-HEPPERLE).
- HESS, HANS-JOACHIM: Stämpfli Handkommentar, Produkthaftungspflichtgesetz (PrHG), 3. Aufl., Bern 2016 (zit. SHK PrHG [2016]-HESS).
- HESS, JÜRGEN: Die Bestimmung des Ersatzpflichtigen in der Gefährdungshaftung, Diss. Tübingen 1978 = Juristische Studien Band 63, Tübingen 1978 (zit. HESS, Diss. Tübingen [1978]).
- HESS-ODONI, URS: Bauhaftpflicht, Dietikon 1994 (zit. HESS-ODONI, Bauhaftpflicht [1994]).
- HIRSCHBERG, MAX: Die Schutzobjekte der Verbrechen, Diss. München 1910 = Strafrechtliche Abhandlungen Heft 113, Breslau 1910 (zit. HIRSCHBERG, Diss. München [1910]).
- HOCHSTRASSER, MICHAEL: Entscheidbesprechung. BGer 4A_602/2018: Haftpflicht der Eisenbahnunternehmen bei Handlungen urteilsunfähiger Dritter, AJP 10/2019, S. 1052–1054 (zit. HOCHSTRASSER, AJP 10/2019).
- HOCHSTRASSER, MICHAEL: Freizeichnung von der Haftung für Personenschäden, AJP 7/2016, S. 910–920 (zit. HOCHSTRASSER, AJP 7/2016).
- HOCHSTRASSER, MICHAEL: Der Beförderungsvertrag, Habil. Zürich 2015, Zürich/Basel/Genf 2015 (zit. HOCHSTRASSER, Habil. ZH [2015]).
- HOFMANN, DIETER A./KUNZ, OLIVER M.: Kommentar zu Art. 5 LugÜ, in: Oetiker, Christian/Weibel, Thomas (Hrsg.), Basler Kommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. Aufl., Basel 2016 (zit. BSK LugÜ [2016]-HOFMANN/KUNZ).
- HOFSTETTER, DAVID: Das Verhältnismässigkeitsprinzip als Grundsatz rechtsstaatlichen Handelns (Art. 5 Abs. 2 BV), Diss. Zürich 2014 = ZstöR Band 216, Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. HOFSTETTER, Diss. ZH [2014]).

- HOHLOCH, GERHARD: Das Deliktsstatut, Habil. 1980 Freiburg i.Br. = Arbeiten zur Rechtsvergleichung Band 106, Frankfurt am Main 1984 (zit. HOHLOCH, Habil. Freiburg i.Br. [1984]).
- HONSELL, HEINRICH: Kommentar zu Art. 2 ZGB, in: Geiser, Thomas/Fountoulakis, Christiana (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK ZGB I [2018]-HONSELL).
- HONSELL, HEINRICH: Die Haftung für Auskunft und Gutachten, insbesondere gegenüber Dritten, in: Waldburger, Robert/Baer, Charlotte M./Nobel, Ursula/Bernet, Benno (Hrsg.), Wirtschaftsrecht zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Festschrift für Peter Nobel zum 60. Geburtstag, Bern 2005, S. 939–957 (zit. HONSELL, FS Nobel [2005]).
- HONSELL, HEINRICH/ISENRING, BERNHARD/KESSLER, MARTIN A.: Schweizerisches Haftpflichtrecht, 5. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht [2013]).
- HOPP, VOLLRATH: Wasser und Energie, 2. Aufl., Berlin/Heidelberg 2016 (zit. HOPP, Wasser und Energie [2016]).
- HOSTETTLER, EVA: Der Schutz der internationalen Klimavertriebenen in Europa, Diss. Zürich 2011 = SSStR Band 139, Zürich/Basel/Genf 2012 (zit. HOSTETTLER, Diss. ZH [2012]).
- HUBER, HANS: Kommentar zu Art. 6 ZGB, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Einleitung (Art. 1–10 ZGB), Bern 1962 (zit. BK [1962]-HUBER).
- HUBER-BERNINGER, MARGRIT: Umwelthaftung aus der Sicht der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), SVZ 3–4/1996, S. 78–81 (zit. HUBER-BERNINGER, SVZ 3–4/1996).
- HUBER-WÄLCHLI, VERONIKA: Kommentar zu Art. 4 GSchG, in: Hettich, Peter/Jansen, Luc/Norer, Roland (Hrsg.), Kommentar zum Gewässerschutzgesetz und zum Wasserbaugesetz/Commentaire de la loi sur la protection des eaux et de la loi sur l'aménagement des cours d'eau, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar GSchG/WBG [2016]-HUBER-WÄLCHLI).
- HUG, HANS-JÜRG: Haftpflicht für Schäden aus der friedlichen Verwendung von Atomenergie, Diss. Zürich 1970, Zürich 1970 (zit. HUG, Diss. ZH [1970]).
- HUGUENIN, CLAIRE: Obligationenrecht. Allgemeiner und Besonderer Teil, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2019 (zit. HUGUENIN, OR AT & BT [2019]).
- HUGUENIN, CLAIRE/REITZE, CHRISTOPHE: Kommentar zu Art. 27 ZGB, in: Geiser, Thomas/Fountoulakis, Christiana (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK ZGB I [2018]-HUGUENIN/REITZE).
- HUNZIKER, FELIX: Das Jahr-2000-Problem und seine Auswirkungen im schweizerischen Rechtssystem, SJZ 1/2000, S. 1–7 (zit. HUNZIKER, SJZ 1/2000).

- HÜRLIMANN, ROLAND: Kommentar zu Art. 2 SIA-Norm 118, in: Gauch, Peter/Stöckli, Hubert (Hrsg.), Kommentar zur SIA-Norm 118, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. Kommentar SIA-Norm 118 [2017]-HÜRLIMANN).
- HÜRLIMANN-KAUP, BETTINA: Die privatrechtliche Gefälligkeit und ihre Rechtsfolgen, Diss. Freiburg 1998 = AISUF Band 179, Freiburg 1999 (zit. HÜRLIMANN-KAUP, Diss. FR [1999]).
- HÜRZELER, MARC M.: Entscheidbesprechungen. (5) Verletzung der Schadenminderungsobliegenheit, Berufung, AJP 4/2007, S. 518–521 (zit. HÜRZELER, AJP 4/2007).
- HUWYLER, FRIEDRICH: Anstalten von Bezirken und Gemeinden als Träger öffentlicher Aufgaben, EGV/SZ 1991, S. 221–230 (zit. HUWYLER, EGV/SZ 1991).

I

- INTERNATIONALE GEWÄSSERSCHUTZKOMMISSION FÜR DEN BODENSEE: Regentlastungsanlagen, Bericht Nr. 14, s.l. 1973 (zit. IGKB, Bericht [1973]).
- ISLER, PETER R./GROSS, DOMINIQUE: Kommentar zu Art. 779I ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-ISLER/GROSS).

J

- JAAG, TOBIAS: Staats- und Beamtenhaftung, in: Organisationsrecht, SBVR Band I/3, 3. Aufl., Basel 2017 (zit. JAAG, SBVR I/3 [2017]).
- JÄGER, CHRISTOPH/BÜHLER, ANDREAS: Schweizerisches Umweltrecht, Bern 2016 (zit. JÄGER/BÜHLER, Umweltrecht [2016]).
- JÄGER, FLORIAN: Kollektiver Rechtsschutz im Bereich der Streu- und Massenschäden in der Schweiz de lege lata et ferenda, Masterarbeit Bern 2016 = Magister Nr. 141 (Editions Weblaw), Bern 2017 (zit. JÄGER, Masterarbeit BE [2017]).
- JÄGGI, THOMAS: Neue Haftungsbestimmungen im Umweltschutzgesetz, SJZ 13/1996, S. 249–256 (zit. JÄGGI, SJZ 13/1996).
- JÄGGI, WALTER: Fisch-Massaker im Nationalpark», Der Bund vom 2. April 2013, S. 32 (zit. JÄGGI, Der Bund [2.4.2013]).
- JAGMETTI, RICCARDO: Energierecht, SBVR Band VII, Basel 2005 (zit. JAGMETTI, SBVR VII [2005]).

- JARASS, HANS D.: Probleme der extraterritorialen Geltung verwaltungsrechtlicher Gesetze am Beispiel des neuen Geldwäschegesetzes, RIW 10/2017, S. 642–650 (zit. JARASS, RIW 10/2017).
- JAUN, MANUEL: Haftung für Sorgfaltspflichtverletzungen, Habil. Bern 2007 = ASR Heft 738, Bern 2007 (zit. JAUN, Habil. BE [2007]).
- JAUN, MANUEL: Der Gefahrensatz – Gefahr oder Chance?, ZBJV 3/2003, S. 141–179 (zit. JAUN, ZBJV 3/2003).
- JAUN, MANUEL: Die teleologische Reduktion im schweizerischen Recht, Diss. Bern 2000 = ASR Heft 645, Bern 2001 (zit. JAUN, Diss. BE [2001]).
- JEANDIN, NICOLAS: Parties au procès: Mouvement et (r)évolution, Zürich/Basel/Genf 2003 (zit. JEANDIN, Parties [2003]).
- JEGHER, CARL/JEGHER, WERNER/GROSSMAN K.H., Der Einsturz der Talsperre bei Molare, Schweizerische Bauzeitung 26/1935, S. 307 (zit. JEGHER/JEGHER/GROSSMANN, Schweizerische Bauzeitung 26/1935).
- JOST, ARTHUR: Der Haftpflichtprozess in der Schweiz, Bern 1951 (zit. JOST, Haftpflichtprozess [1951]).
- JUNGO, ALEXANDRA: Zürcher Kommentar, Beweislast (Art. 8 ZGB), 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2018 (zit. ZK [2018]-JUNGO).

K

- KÄLIN, WALTER/EPINEY, ASTRID/CARONI, MARTINA/KÜNZLI, JÖRG: Völkerrecht, 4. Aufl., Bern 2016 (zit. KÄLIN/EPINEY/CARONI/KÜNZLI, Völkerrecht [2016]).
- KÄLIN, YANNICK: Das neue Stauanlagengesetz – Quo vadis?, HAVE 3/2017, S. 249–255 (zit. KÄLIN, HAVE 3/2017).
- KALINKA, GÜNTER: Der Betrieb und die bauliche Gestaltung von Regenüberlaufbecken, Regenrückhaltebecken und Regenklärbecken, Aachen 1980 (zit. KALINKA, Regenrückhaltebecken [1980]).
- KAST, KARL: Besonderheiten des Stauanlagentyps «Sedimentationsbecken», 2005, abrufbar unter: <http://www.kast-ptn.de/AKTUELL/Besonderheiten_Sedimentationsbecken.pdf> (zit. KAST, Sedimentationsbecken [2005]).
- KEGEL, GERHARD/SCHURIG, KLAUS: Internationales Privatrecht, 9. Aufl., München 2004 (zit. KEGEL/SCHURIG, IPR [2004]).
- KELLER, ALFRED: Haftpflicht im Privatrecht, Band I, 6. Aufl., Bern 2002 (zit. KELLER, Haftpflicht I [2002]).
- KELLER, ALFRED: Haftpflicht im Privatrecht, Band II, 2. Aufl., Bern 1998 (zit. KELLER, Haftpflicht II [1998]).

- KELLER, MAX/GABI, SONJA/GABI, KARIN: *Haftpflichtrecht*, 3. Aufl., Basel 2012 (zit. KELLER/GABI/GABI, *Haftpflichtrecht* [2012]).
- KELLER, MAX/SIEHR, KURT: *Allgemeine Lehren des internationalen Privatrechts*, Zürich 1986 (zit. KELLER/SIEHR, *IPR AT* [1986]).
- KELLER, MAX/SIEHR, KURT: *Einführung in die Eigenart des Internationalen Privatrechts*, 3. Aufl., Zürich 1984 (zit. KELLER/SIEHR, *Einführung IPR* [1984]).
- KELLER, PETER M.: *Kommentar zu Art. 7 USG*, in: *Vereinigung für Umweltrecht* (Hrsg.), *Kommentar zum Umweltschutzgesetz*, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004 (zit. *Kommentar USG* [2004]-KELLER).
- KESSLER, MARTIN A.: *Kommentar zu Art. 41 OR, Art. 42 OR, Art. 43 OR, Art. 44 OR, Art. 47 OR, Art. 49 OR, Art. 58 OR und Art. 61 OR*, in: *Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David* (Hrsg.), *Basler Kommentar, Obligationenrecht I*, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. *BSK OR I* [2020]-KESSLER).
- KETTIGER, DANIEL: *Kommentar zu Art. 13 PublG*, in: *Kettiger, Daniel/Sägesser, Thomas* (Hrsg.), *Kommentar zum Publikationsgesetz des Bundes*, Bern 2011 (zit. *Kommentar PublG* [2011]-KETTIGER).
- KIENER, REGINA/KÄLIN, WALTER/WYTENBACH, JUDITH: *Grundrechte*, 3. Aufl., Bern 2018 (zit. *KIENER/KÄLIN/WYTENBACH, Grundrechte* [2018]).
- KIESER, UELI: *Alters- und Hinterlassenenversicherung*, in: *Murer, Erwin/Stauffer, Hans-Ulrich* (Hrsg.), *Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Sozialversicherungsrecht*, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2012 (zit. *KIESER, RBS* [2012]).
- KIRSCHMER, OTTO: *Zerstörung und Schutz von Talsperren und Dämmen*, *Schweizerische Bauzeitung* 20/1949, S. 277–281 (zit. *KIRSCHMER, Schweizerische Bauzeitung* 20/1949).
- KISS, CHRISTINA/KOLLER, HEINRICH: *Kommentar zu Art. 191a BV*, in: *Ehrenzeller, Bernhard/Schindler, Benjamin/Schweizer, Rainer J./Vallender, Klaus A.* (Hrsg.), *St. Galler Kommentar, Die schweizerische Bundesverfassung*, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen und Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. *SG Komm. BV* [2014]-KISS/KOLLER).
- KLETT, BARBARA/DE MEURON, MARIANNE: *La responsabilité des chemins de fer*, in: *Werro, Franz/Pichonnaz, Pascal* (Hrsg.), *Les responsabilités fondées sur le risque. Colloque du droit de la responsabilité civile 2017 Université de Fribourg*, Bern 2018, S. 41–80 (zit. *KLETT/DE MEURON, Colloque* [2018]).
- KLETT, BARBARA/MÜLLER, DOMINIQUE: *Risikosteuerung im Umgang mit «Emerging Risks»*, *S&R* 1/2017, S. 49–57 (zit. *KLETT/MÜLLER, S&R* 1/2017).
- KLETT, KATHRIN: *Kommentar zu Art. 75 BGG*, in: *Niggli, Marcel Alexander/Uebersax, Peter/Wiprächtiger, Hans/Kneubühler, Lorenz* (Hrsg.), *Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz*, 3. Aufl., Basel 2018 (zit. *BSK BGG* [2018]-KLETT).

- KNAPP, BLAISE: La responsabilité de l'Etat en cas de catastrophes naturelles, ZSR 1986 I, S. 589–617 (zit. KNAPP, ZSR 1986 I).
- KNAPP, BLAISE: La responsabilité de la Confédération du fait de la surveillance des banques et de la direction du crédit, WuR 4/1985, S. 390–411 (zit. KNAPP, WuR 4/1985).
- KNECHT, MORRIS: Kommentar zu Art. 27 SprstG, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-KNECHT).
- KNOBLOCH, STEFAN: Joint Ventures: Vertrags- und gesellschaftsrechtliche Gestaltungsmöglichkeiten, GesKR 4/2013, S. 551–569 (zit. KNOBLOCH, GesKR 4/2013).
- KOHLER, CHRISTIAN: Umweltrechtliche Genehmigungen im internationalen Privat- und Verfahrensrecht, in: Jahrbuch des Umwelt- und Technikrechts 1991, Umwelt- und Technikrecht, Düsseldorf 1991, S. 289–312 (zit. KOHLER, Genehmigungen [1991]).
- KOLLER, ALFRED: Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil, 4. Aufl., Bern 2017 (zit. KOLLER, OR AT [2017]).
- KOLLER, THOMAS: Das Privatrecht auf dem Rückzug? – Ein (unwissenschaftliches) Plädoyer wider den Kulturpessimismus im Schuldrecht, ZBJV 5/2019, S. 311–329 (zit. KOLLER, ZBJV 5/2019).
- KOLLER, THOMAS: Kommentar zu Art. 6 ZGB, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Einleitung (Art. 1–9 ZGB), Bern 2012 (zit. BK [2012]-KOLLER).
- KOLLER, THOMAS: Die Haftung des Arbeitgebers und das Sozialversicherungsrecht, AJP 4/1997, S. 428–442 (zit. KOLLER, AJP 4/1997).
- KOLLER, THOMAS: Das Von-Roll-Urteil und die Organisationshaftung – Rezeption einer genuin zivilistischen Betrachtungsweise im Strafrecht?, SJZ 22/1996, S. 409–412 (zit. KOLLER, SJZ 22/1996).
- KÖLZ, ALFRED/HÄNER, ISABELLE/BERTSCHI, MARTIN: Verwaltungsverfahren und Verwaltungsrechtspflege des Bundes, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. KÖLZ/HÄNER/BERTSCHI, Verwaltungsverfahren [2013]).
- KÖNIG, ROGER: Die Gefährdungshaftung nach Eisenbahngesetz, Diss. Freiburg 2012 = AISUF Band 322, Zürich/Basel/Genf 2012 (zit. KÖNIG, Diss. FR [2012]).
- KORAL, JAN/SAATCI, A. CEVDET: Regenüberlauf- und Regenrückhaltebecken, 2. Aufl., Zürich 1976 (zit. KORAL/SAATCI, Regenrückhaltebecken [1976]).
- KOZIOL, HELMUT: Geringfügigkeitsschwellen im Schadenersatzrecht?, in: Wiegand, Wolfgang/Koller, Thomas/Walter, Hans Peter (Hrsg.), Tradition mit Weit-sicht. Festschrift für Eugen Bucher zum 80. Geburtstag, Bern und Zürich/Basel/Genf 2009, S. 419–434 (zit. KOZIOL, FS Bucher [2009]).

- KRAMER, ERNST A.: Juristische Methodenlehre, 6. Aufl., Bern 2019 (zit. KRAMER, Methodenlehre [2019]).
- KRAMER, ERNST A.: Das schweizerische Umwelthaftungsrecht – De lege lata, in: Haller, Matthias/Hauser, Heinz/Zäch, Roger (Hrsg.), Ergänzungen. Ergebnisse der wissenschaftlichen Tagung anlässlich der Einweihung des Ergänzungsbaus der Hochschule St. Gallen, Bern 1990, S. 565–574 (zit. KRAMER, Umwelthaftungsrecht [1990]).
- KRAMER, ERNST A.: Allgemeine Einleitung in das schweizerische OR, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Bern 1986 (zit. BK [1986]-KRAMER).
- KRATZ, BRIGITTA/LUDIN, MARTIN: Kommentar zu Art. 27 EleG, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-KRATZ/LUDIN).
- KRAUSE, LARS: Der Risikobegriff im Gefahrstoffrecht, StoffR 1/2009, S. 20–26 (zit. KRAUSE, StoffR 1/2009).
- KRAUSKOPF, FRÉDÉRIC: Zürcher Kommentar, Solidarität (Art. 143-150 OR), Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. ZK [2016]-KRAUSKOPF).
- KRAUSKOPF, FRÉDÉRIC/MÄRKI, RAPHAEL: Wir haben ein neues Verjährungsrecht!, Jusletter vom 2. Juli 2018 (zit. KRAUSKOPF/MÄRKI, Jusletter [2.7.2018]).
- KRAUSKOPF, FRÉDÉRIC/MÄRKI, RAPHAEL/WIRZ, CHIARA IMELDA: Gefahrensatz – Ding oder Unding?, in: Emmenegger, Susan/Hrubesch-Millauer, Stephanie/Krauskopf, Frédéric/Wolf, Stephan (Hrsg.), Brücken bauen. Festschrift für Thomas Koller, Bern 2018, S. 437–456 (zit. KRAUSKOPF/MÄRKI/WIRZ, FS Koller [2018]).
- KRENGER, HANS: Umweltschutz und Haftpflicht, in: Haller, Matthias/Hauser, Heinz/Zäch, Roger (Hrsg.), Ergänzungen. Ergebnisse der wissenschaftlichen Tagung anlässlich der Einweihung des Ergänzungsbaus der Hochschule St. Gallen, Bern 1990, S. 613–616 (zit. KRENGER, Umweltschutz [1990]).
- KREUZER, HARALD: Zur Ästhetik von Talsperren, Schweizer Ingenieur und Architekt 49/1983, S. 1182–1188 (zit. KREUZER, Schweizer Ingenieur und Architekt 49/1983).
- KREUZER, KARL: Umweltstörungen und Umweltschäden im Kollisionsrecht, in: Umweltschutz im Völkerrecht und Kollisionsrecht, Heidelberg 1992, S. 245–313 (zit. KREUZER, Umweltstörungen [1992]).
- KROPHOLLER, JAN: Internationales Privatrecht, 6. Aufl., Tübingen 2006 (zit. KROPHOLLER, IPR [2006]).

- KRÜSI, BENNO/SCHLEGEL, ROGER/ZOPFI, MARKUS: Kapitel D: Die betriebsrechtliche Pfändung von Grundstücken, in: Schlegel, Roger/Zopfi, Markus (Hrsg.), Die betriebsrechtliche Zwangsverwertung von Grundstücken in Theorie und Praxis, Zürich/Basel/Genf 2019 (zit. KRÜSI/SCHLEGEL/ZOPFI, Zwangsverwertung [2019]).
- KÜCHLER, REMIGIUS: § 36 Haftpflichtrecht, in: Müller-Stahel, Hans-Ulrich (Hrsg.), Schweizerisches Umweltschutzrecht, Zürich 1973, S. 430–446 (zit. KÜCHLER, Haftpflichtrecht [1973]).
- KÜCHLER, REMIGIUS: Die Haftung für Rohrleitungsanlagen und ihre Versicherung, Diss. Zürich 1968, Zürich 1968 (zit. KÜCHLER, Diss. ZH [1968]).
- KUHN, MORITZ W.: Privatversicherungsrecht, in: Müller-Studer, R. Luka/Eckert, Martin K. (Hrsg.), 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2010 (zit. KUHN, Privatversicherungsrecht [2010]).
- KUNZ, PETER V.: Grundlagen zum Konzernrecht in der Schweiz, Bern 2016 (zit. KUNZ, Konzernrecht [2016]).
- KUNZ, ROY/JÄGGI, HANS DIETER: Die Entwicklung der Kernenergiehaftpflicht in der Schweiz, SJZ 18/1986, S. 277–281 (zit. KUNZ/JÄGGI, SJZ 18/1986).
- KÜNZLI, JÖRG: Kapitel IX: Staatsverträge und Konkordate, in: Künzli, Jörg/Lienhard, Andreas/Müller, Markus/Tschannen, Pierre/Tschentscher, Axel/Wyttenbach, Judith (Hrsg.), Die staatsrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts in den Jahren 2016 und 2017, ZBJV 10/2017, S. 716–720 (zit. KÜNZLI, ZBJV 10/2017).
- KÜNZLI, JÖRG: Kommentar zu Art. 182 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-KÜNZLI).

L

- LAHUSEN, MARC A.: Die unerlaubte Handlung durch Immissionen nach Art. 138 IPRG, Diss. Zürich 2000 = ZStP Band 169, Zürich 2001 (zit. LAHUSEN, Diss. ZH [2001]).
- LANDOLT, HARDY: Genugtuungsrecht, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2020 (zit. LANDOLT, Genugtuungsrecht [2020]).
- LANDOLT, HARDY: Ersatzpflicht für den Besuchsschaden, in: Emmenegger, Susan/Hrubesch-Millaue, Stephanie/Krauskopf, Frédéric/Wolf, Stephan (Hrsg.), Brücken bauen. Festschrift für Thomas Koller, Bern 2018, S. 499–511 (zit. LANDOLT, FS Koller [2018]).
- LANDOLT, HARDY: Haftung für rechtmässige Schadenverursachung, HAVE 1/2014, S. 3–13 (zit. LANDOLT, HAVE 1/2014).

- LANDOLT, HARDY: Sachschadenhaftung. Unter besonderer Berücksichtigung von verkehrsunfallbedingten Sachschäden, in: Schaffhauser, René (Hrsg.), Jahrbuch zum Strassenverkehrsrecht 2007, St. Gallen 2007, S. 67–153 (zit. LANDOLT, Sachschadenhaftung [2007]).
- LANDOLT, HARDY: Zürcher Kommentar, Die Entstehung durch unerlaubte Handlungen (Art. 45–49 OR), 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2007 (zit. ZK [2007]-LANDOLT).
- LANDOLT, HARDY/HERZOG-ZWITTER, IRIS: Arzthaftungsrecht, Zürich/St. Gallen 2015 (zit. LANDOLT/HERZOG-ZWITTER, Arzthaftungsrecht [2015]).
- LANZ, MARCEL: Die Haftung beim medizinischen Einsatz synthetischer Nanopartikel, Diss. Freiburg 2019 = AISUF Band 401, Zürich/Basel/Genf 2020 (zit. LANZ, Diss. FR [2020]).
- LARDELLI, FLAVIO: Kommentar zu Art. 35 ZGB, in: Geiser, Thomas/Fountoulakis, Christiana (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK ZGB I [2018]-LARDELLI).
- LARDELLI, FLAVIO/VETTER, MEINRAD: Kommentar zu Art. 7 ZGB, in: Geiser, Thomas/Fountoulakis, Christiana (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch I, 6. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK ZGB I [2018]-LARDELLI/VETTER).
- LEUENBERGER, CHRISTOPH: Die Streitgenossenschaft der Abtretungsgläubiger nach Art. 260 SchKG, in: Riemer, Hans Michael/Kuhn, Moritz W./Vock, Dominik/Gehri, Myriam A. (Hrsg.), Schweizerisches und Internationales Zwangsvollstreckungsrecht. Festschrift für Karl Spühler, Zürich/Basel/Genf 2005, S. 195–206 (zit. LEUENBERGER, FS Spühler [2005]).
- LEUMANN LIEBSTER, PASCAL: Kommentar zu Art. 241 ZPO, in: Sutter-Somm, Thomas/Hasenböhler, Franz/Leuenberger, Christoph (Hrsg.), Kommentar zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (ZPO), 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar ZPO [2016]-LEUMANN LIEBSTER).
- LIEBSCHER, HANS-JÜRGEN: Erläuterung von «Gerinnestromung», in: Lexikon der Geowissenschaften, abrufbar unter: <<https://www.spektrum.de/lexikon/geowissenschaften/gerinnestroemung/5779>> (zit. LIEBSCHER, Lexikon).
- LIENHARD, ANDREAS/MÄCHLER, AUGUST/ZIELNIEWICZ, AGATA: Öffentliches Finanzrecht, Bern 2017 (zit. LIENHARD/MÄCHLER/ZIELNIEWICZ, Finanzrecht [2017]).
- LINHART, KARIN/MOROSINI, FEDERICA: Fachwörterbuch Recht (Italienisch-Deutsch/Deutsch-Italienisch), 2. Aufl., München 2020 (zit. LINHART/MOROSINI, Fachwörterbuch [2020]).
- LIPP, LORENZ: Kommentar zu Art. 959 OR, in: Roberto, Vito/Trüeb, Hans Rudolf (Hrsg.), Handkommentar zum Schweizer Privatrecht, GmbH, Genossenschaft, Handelsregister und Wertpapiere – Bucheffektengesetz, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. CHK [2016]-LIPP).

- LOCHER, PETER: Kommentar zum Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, I. Teil (Art. 1–48 DBG), 2. Aufl., Basel 2019 (zit. Kommentar DBG [2019]-LOCHER).
- LORANDI, FRANCO: Haftung für reinen Vermögensschaden, recht 1/1990, S. 19–26 (zit. LORANDI, recht 1/1990).
- LOREZ-WIEGAND, IRENE: Haftung aus Gewässerverunreinigung, Diss. Zürich 1976, Zürich 1976 (zit. LOREZ-WIEGAND, Diss. ZH [1976]).
- LOSER, PETER: Kausalitätsprobleme bei der Haftung für Umweltschäden, Diss. St. Gallen 1994, Bern/Stuttgart/Wien 1994 (zit. LOSER, Diss. SG [1994]).
- LOSER-KROGH, PETER: Kritische Überlegungen zur Reform des privaten Haftpflichtrechts – Haftung aus Treu und Glauben, Verursachung und Verjährung, ZSR 2003 II, S. 127–233 (zit. LOSER-KROGH, ZSR 2003 II).
- LUDEWIG, MARCEL/HELD, ALEXANDER: Neubau des Hochwasserrückhaltebeckens Neuwürschnitz, in: Schüttrumpf, Holger (Hrsg.), Talsperren im Wandel. 15. Deutsches Talsperrensymposium vom 14.–16. April 2010, Aachen 2010, S. 255–259 (zit. LUDEWIG/HELD, Talsperrensymposium [2010]).
- LUTERBACHER, THIERRY: Die Schadenminderungspflicht, Diss. Zürich 2005 = SSHW Band 238, Zürich/Basel/Genf 2005 (zit. LUTERBACHER, Diss. ZH [2005]).

M

- MABILLARD, RAMON: Besitzerschutz bei Hausbesetzungen. Gutachten vom 20. August 2018 zur Motion Feller (15.3531), abrufbar unter: <<https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/publiservice/publikationen.html>> (zit. MABILLARD, Gutachten [20.8.2018]).
- MANTEL, G.: Die Stabilitätsverhältnisse des Reservoirs in Sonzier, Schweizerische Bauzeitung 16/1889, S. 93–96 (zit. MANTEL, Schweizerische Bauzeitung 16/1889).
- MARKUS, ALEXANDER R./HUBER-LEHMANN, MELANIE: Rechtsprechung zum Lugano-Übereinkommen (2019), SRIEL 2/2020, S. 295–334 (zit. MARKUS/HUBER-LEHMANN, SRIEL 2/2020).
- MARTI, ARNOLD: Kommentar zu Art. 76 BV, in: Ehrenzeller, Bernhard/Schindler, Benjamin/Schweizer, Rainer J./Vallender, Klaus A. (Hrsg.), St. Galler Kommentar, Die schweizerische Bundesverfassung, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen und Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. SG Komm. BV [2014]-MARTI).

- MARTI, ARNOLD: Kommentar zu Art. 5–6 ZGB, in: Zürcher Kommentar, Einleitung (Art. 1–7 ZGB), 3. Aufl., Zürich 1998 (zit. ZK [1998]-MARTI).
- MARTI, JÜRIG: Umwelthaftung und Versicherung, SVZ 3–4/1996, S. 81–86 (zit. MARTI, SVZ 3–4/1996).
- MAYHALL, NADINE: Aufsicht und Staatshaftung, Diss. Freiburg 2007 = AISUF Band 269, Zürich/Basel/Genf 2008 (zit. MAYHALL, Diss. FR [2007]).
- MCCULLOUGH, DAVID: The Johnstown Flood, New York 1968 (zit. MCCULLOUGH, Johnstown [1968]).
- MEIER, THOMAS: Verjährung und Verwirkung öffentlich-rechtlicher Forderungen, Diss. Freiburg 2013 = AISUF Band 328, Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. MEIER, Diss. FR [2013]).
- MEIER-HAYOZ, ARTHUR: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Grundeigentum I (Art. 655–679 ZGB), 3. Aufl., Bern 1974 (zit. BK [1974]-MEIER-HAYOZ).
- MEIER-HAYOZ, ARTHUR/FORSTMOSER, PETER/SETHE, ROLF: Schweizerisches Gesellschaftsrecht, 12. Aufl., Bern 2018 (zit. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER/SETHE, Gesellschaftsrecht [2018]).
- MEIER-HAYOZ, ARTHUR/CRONE, HANS CASPAR VON DER: Wertpapierrecht, 3. Aufl., Bern 2018 (zit. MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, Wertpapierrecht [2018]).
- MERKER, MICHAEL: Wasserkraft und Wasserkraftnutzung (Kapitel 11), in: Biaggini, Giovanni/Häner, Isabelle/Saxer, Urs/Schott, Markus (Hrsg.), Fachhandbuch Verwaltungsrecht, Zürich/Basel/Genf 2015 (zit. FHB Verwaltungsrecht [2015]-MERKER).
- MERKER, MICHAEL/CONRADIN-TRIACA, PHILIP: Kommentar zu Art. 40 WRG, in: Kratz, Brigitta/Merker, Michael/Tami, Renato/Rechsteiner, Stefan/Föhse, Kathrin (Hrsg.), Kommentar zum Energierecht, Band I: WRG/EleG/StromVG/RLG, Bern 2016 (zit. Kommentar zum Energierecht [2016]-MERKER/CONRADIN-TRIACA).
- MERKLI, THOMAS: Das Territorialitätsprinzip und seine Ausnahmen, in: Schweizerisches Bundesgericht (Hrsg.), XIII. Treffen der obersten Verwaltungsgerichtshöfe Österreichs, Deutschlands, des Fürstentums Liechtenstein und der Schweiz (Vaduz 2002). Landesbericht Schweiz, abrufbar unter: <<https://www.bger.ch/index/federal/federal-inherit-template/federal-publikationen/federal-richter-publikationen.htm>> (zit. MERKLI, Territorialitätsprinzip [2002]).
- MERZ, HANS: Die privatrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts im Jahre 1991, ZBJV 4/1993, S. 235–257 (zit. MERZ, ZBJV 4/1993).
- MERZ, HANS: Die privatrechtliche Rechtsprechung des Bundesgerichts im Jahre 1964, ZBJV 11|12/1965, S. 427–452 (zit. MERZ, ZBJV 11|12/1965).

- MERZ, HANS: Sachgewährleistung und Irrtumsanfechtung, in: Vom Kauf nach schweizerischem Recht. Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Theo Guhl, Zürich 1950, S. 87–107 (zit. MERZ, FS Guhl [1950]).
- METTLER, CHRISTOPH/MOSER, NICOLA/STARKE, PATRICK: Umwelthaftung und Versicherung von Umweltrisiken, HAVE 4/2016, S. 401–416 (zit. METTLER/MOSER/STARKE, HAVE 4/2016).
- MEYER, KILIAN: Kommentar zu Art. 50 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-MEYER).
- MEYER, ULRICH: Gedanken zu einer zeitgemässen Justiz, SJZ 1/2020, S. 27–31 (zit. MEYER, SJZ 1/2020).
- MICHAUD, J.: Usine de la Société romande d'électricité à Sonzier sur Montreux, Bulletin technique de la Suisse romande 23/1909, S. 265–269 (zit. MICHAUD, Bulletin technique de la Suisse romande 23/1909).
- MOIX, PAUL-HENRI: La prévention ou la réduction d'un préjudice: les mesures prises par un tiers, l'Etat ou la victime, Diss. Freiburg 1995 = AISUF Band 146, Freiburg 1995 (zit. MOIX, Diss. FR [1995]).
- MOLL, WALTER THEODOR: Die Haftpflicht der Betriebsinhaber elektrischer Anlagen, Diss. Bern 1944, Worb 1945 (zit. MOLL, Diss. BE [1945]).
- MOOR, PIERRE/PIOTET, DENIS: La responsabilité des cantons à raison d'actes illicites: Droit public ou droit privé?, ZBl 11/1996, S. 481–504 (zit. MOOR/PIOTET, ZBl 11/1996).
- MOOR, PIERRE/POLTIER, ETIENNE: Droit administratif, Band II, 3. Aufl., Bern 2011 (zit. MOOR/POLTIER, Droit administratif II [2011]).
- MOREILLON, LAURENT/LUBISHTANI, KASTRIOT: Aspects choisis de l'incrimination du terrorisme. Etude de droit comparé suisse, allemand, français et anglais (1/2), ZStrR 4/2018, S. 499–521 (zit. MOREILLON/LUBISHTANI, ZStrR 4/2018).
- MOSER, NICOLA: Die Verjährung von haftpflichtrechtlichen Forderungen bei einer Verletzung der körperlichen Integrität, Diss. Basel 2015 = BSzR Reihe A Band 130, Basel 2017 (zit. MOSER, Diss. BS [2015]).
- MÜLLER, ANDREAS/JENNI, VITTORIO: Rahmenbedingungen bei der Privatisierung kommunaler Aufgaben – eine aktuelle Übersicht, AJP 9/1999, S. 1071–1082 (zit. MÜLLER/JENNI, AJP 9/1999).
- MÜLLER, CHRISTOPH: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Art. 1–18 OR mit allgemeiner Einleitung in das Schweizerische Obligationenrecht, Bern 2018 (zit. BK [2018]-MÜLLER).
- MÜLLER, CHRISTOPH: La responsabilité civile extracontractuelle, Basel 2013 (zit. MÜLLER, Responsabilité civile [2013]).

- MÜLLER, DIETER R.: Auflaufen und Überschwappen von Impulswellen an Talsperren, VAW Mitteilungen 137, Zürich 1995 (zit. MÜLLER, Impulswellen [1995]).
- MÜLLER, DIETER: Die Hochwasserrückhaltebecken der Schweiz, VAW Mitteilungen 102, Zürich 1990 (zit. MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken [1990]).
- MÜLLER, GEORG/UHLMANN, FELIX: Elemente einer Rechtssetzungslehre, 3. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. MÜLLER/UHLMANN, Rechtssetzungslehre [2013]).
- MÜLLER, GEORG: Rechtsgutachten vom 8. Juni 2016 betreffend Zulässigkeit der Rückwirkung der neuen Regelung der Frist beim Meldeverfahren auf dem Gebiet der Verrechnungssteuer sowie betreffend «Strafcharakter» der Forderung eines Verzugszinses beim Verpassen der Meldefrist, abrufbar unter: <<https://www.parlament.ch/centers/documents/de/13-479-rechtsgutachten-mueller-2016-06-08.pdf>> (zit. MÜLLER, Rechtsgutachten [8.6.2016]).
- MÜLLER, JÖRG PAUL/WILDHABER, LUZIUS: Praxis des Völkerrechts, 3. Aufl., Bern 2001 (zit. MÜLLER/WILDHABER, Völkerrecht [2001]).
- MÜLLER, MARKUS: Bernische Verwaltungsrechtspflege, 3. Aufl., Bern 2021 (zit. MÜLLER, Verwaltungsrechtspflege [2021]).
- MÜLLER, MARKUS: Kommentar zu Art. 5 VwVG, in: Auer, Christoph/Müller, Markus/Schindler, Benjamin (Hrsg.), Kommentar, VwVG – Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2019 (zit. Kommentar VwVG [2019]-MÜLLER).
- MÜLLER, MARKUS: Kommentar zu Art. 2 GG/BE, in: Kommentar zum Gemeindegesetz des Kantons Bern, Bern 1999 (zit. Kommentar GG/BE [1999]-MÜLLER).
- MÜLLER, MARKUS: Die internationale Zuständigkeit bei grenzüberschreitenden Umweltbeeinträchtigungen, Diss. Basel 1993 = Schriftenreihe des Instituts für internationales Recht und internationale Beziehungen Band 63, Basel 1994 (zit. MÜLLER, Diss. BS [1993]).
- MÜLLER, SUSANNA: Wenn der Damm des Sihlsees brechen würde, NZZ vom 10./11. September 2005, S. 53 (zit. MÜLLER, NZZ [10./11.9.2005]).

MÜLLER-CHEN, MARKUS: Die internationale Zuständigkeit Schweizer Gerichte bei deliktsrechtlichen Klagen, in: Fuhrer, Stephan (Hrsg.), Schweizerische Gesellschaft für Haftpflicht- und Versicherungsrecht – Société suisse du droit de la responsabilité civile et des assurances. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen – Mélanges à l'occasion de son cinquantième anniversaire, Zürich/Basel/Genf 2010, S. 399–416 (zit. MÜLLER-CHEN, FS SGHVR [2010]).

MÜLLER-CHEN, MARKUS: Entwicklungen im europäischen Umwelthaftungsrecht, SZIER 2/1997, S. 213–245 (zit. MÜLLER-CHEN, SZIER 2/1997).

N

NÄNNI, MATTHIAS: Integritätsinteresse und Ersatz fiktiver Kosten, in: Vertrauen – Vertrag – Verantwortung. Festschrift für Hans Caspar von der Crone zum 50. Geburtstag, Zürich/Basel/Genf 2007, S. 145–162 (NÄNNI, FS von der Crone [2007]).

NEUHAUS, MARKUS R./GERBER, RODOLFO: Kommentar zu Art. 959 OR, in: Honsell, Heinrich/Vogt, Nedim Peter/Watter, Rolf (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht II, 5. Aufl., Basel 2016 (zit. BSK OR II [2016]-NEUHAUS/GERBER).

NIGG, HANS: Die Krux der Anwendung der Adäquanzformel, in: Grolimund, Pascal/Koller, Alfred/Loacker, Leander D./Portmann, Wolfgang (Hrsg.), Festschrift für Anton K. Schnyder zum 65. Geburtstag, Zürich/Basel/Genf 2018, S. 681–698 (zit. NIGG, FS Schnyder [2018]).

NIGGLI, MARCEL ALEXANDER/GFELLER, DIEGO R.: Kommentar zu Art. 102 StGB, in: Niggli, Marcel Alexander/Wiprächtiger, Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht I, 4. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK StGB I [2019]-NIGGLI/GFELLER).

NIKLAUS, JÜRGE/KNECHT, MORRIS: Kommentar zu Art. 59a USG, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-NIKLAUS/KNECHT).

NOBEL, PETER: Der Risikobegriff und rechtliche Risiken, ZSR 1/2010 I, S. 3–27 (zit. NOBEL, ZSR 1/2010 I).

NUSPLIGER, KURT/MÄDER, JANA: Bernisches Staatsrecht, 4. Aufl., Bern 2012 (zit. NUSPLIGER/MÄDER, Staatsrecht [2012]).

O

- ODERMATT, HERMANN: Die Deckung von Neutralitätsverletzungsschäden in der Schweiz, Diss. Zürich 1951, Zürich 1951 (zit. ODERMATT, Diss. ZH [1951]).
- OFTINGER, KARL: Haftpflicht wegen Verunreinigung eines Gewässers, SJZ 7/1972, S. 101–109 (zit. OFTINGER, SJZ 7/1972).
- OFTINGER, KARL: L'évolution de la responsabilité civile et de son assurance dans la législation suisse la plus récente, in: Mélanges offerts à René Savatier, Paris 1965, S. 723–737 (zit. OFTINGER, FS Savatier [1965]).
- OFTINGER, KARL/STARK, EMIL W.: Schweizerisches Haftpflichtrecht. Allgemeiner Teil, Band I, 5. Aufl., Zürich 1995 (zit. OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I [1995]).
- OFTINGER, KARL/STARK, EMIL W.: Schweizerisches Haftpflichtrecht. Besonderer Teil, Band II/3, 4. Aufl., Zürich 1991 (zit. OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 [1991]).
- OFTINGER, KARL/STARK, EMIL W.: Schweizerisches Haftpflichtrecht. Besonderer Teil, Band II/2, 4. Aufl., Zürich 1989 (zit. OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/2 [1989]).
- OFTINGER, KARL/STARK, EMIL W.: Schweizerisches Haftpflichtrecht. Besonderer Teil, Band II/1, 4. Aufl., Zürich 1987 (zit. OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/1 [1987]).
- OSER, DAVID/WEBER, ROLF H.: Kommentar zu Art. 422 OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. BSK OR I [2020]-OSER/WEBER).
- OSER, HUGO/SCHÖNENBERGER, WILHELM: Zürcher Kommentar, Das Obligationenrecht (Art. 1–183 OR), 2. Aufl., Zürich 1929 (zit. ZK [1929]-OSER/SCHÖNENBERGER).

P

- PASQUIER, BRUNO: Die Schätzung nach gerichtlichem Ermessen – unmittelbare und sinngemässe Anwendung des Art. 42 Abs. 2 OR, Diss. Freiburg 2014 = AISUF Band 339, Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. PASQUIER, Diss. FR [2014]).
- PELLONI, GIOVANNI: Privatrechtliche Haftung für Umweltschäden und Versicherung, Diss. Zürich 1993 = ZStP Band 105, Zürich 1993 (zit. PELLONI, Diss. ZH [1993]).

- PENCERECI, TURGUT: Kapitel G: Die Tätigkeit der Verbände, in: Rapsch, Arnulf/Pencereci, Turgut/Brandt, Claudia (Hrsg.), Wasserverbandsrecht, 2. Aufl., München 2020 (zit. PENCERECI, Wasserverbandsrecht [2020]).
- PERGOLIS, MASSIMO/BUSENHART, JÜRGEN: Unfallbedingte Umweltschäden – Haftung und Versicherung, URP 1995, S. 408–426 (zit. PERGOLIS/BUSENHART, URP 1995).
- PERRITAZ, VINCENT: Le bois mort en forêt: quelles responsabilités pour le propriétaire forestier?, BR 3/2020, S. 117–121 (zit. PERRITAZ, BR 3/2020).
- PESTALOZZI, CHRISTOPH M./VOGT, HANS-UELI: Kommentar zu Art. 544 OR, in: Honsell, Heinrich/Vogt, Nedim Peter/Watter, Rolf (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht II, 5. Aufl., Basel 2016 (zit. BSK OR II [2016]-PESTALOZZI/VOGT).
- PETITPIERRE, DANIEL: Zivilrechtliche Haftpflicht für Umweltschädigungen nach schweizerischem Recht, Diss. Basel 1992 = Schriftenreihe des Instituts für Internationales Recht und Internationale Beziehungen Band 58, Basel 1993 (zit. PETITPIERRE, Diss. BS [1992]).
- PETITPIERRE, GILLES: Les fondements de la responsabilité civile, ZSR 4/1997 I, S. 273–295 (zit. PETITPIERRE, ZSR 4/1997 I).
- PETITPIERRE-SAUVAIN, ANNE: La responsabilité du pollueur: révision de la LPE et droit souhaitable, SJ 2/1996, S. 17–33 (zit. PETITPIERRE-SAUVAIN, SJ 2/1996).
- PETSCHALLIES, GERHARD: Schäden an Wasserbauten, Berlin/Wien/Zürich 2010 (zit. PETSCHALLIES, Wasserbauten [2010]).
- PFAHL-TRAUGHBER, ARMIN: Terrorismus – Merkmale, Formen und Abgrenzungsprobleme, ApuZ 24–25/2016, S. 10–19 (zit. PFAHL-TRAUGHBER, ApuZ 24–25/2016).
- PFISTER, FLORIAN: Murmeltiere auf der Frutt machen dem Damm zu schaffen, Luzerner Zeitung vom 3. Juli 2020, S. 25 (zit. PFISTER, Luzerner Zeitung [3.7.2020]).
- PICHONNAZ, PASCAL: Die Gefahrtragung beim Kaufvertrag: Methodologische und Diachronische Elemente, ZSR 1/2020 I, S. 7–33 (zit. PICHONNAZ, ZSR 1/2020 I).
- PICHONNAZ, PASCAL: Le devoir du lésé de diminuer son dommage, in: Werro, Franz (Hrsg.), La fixation de l'indemnité. Colloque du droit de la responsabilité civile 2003 Université de Fribourg, Bern 2004, S. 109–134 (zit. PICHONNAZ, Colloque [2004]).
- PICHONNAZ, PASCAL/WERRO, FRANZ: Le nouveau droit de la prescription: Quelques aspects saillants de la réforme, in: Werro, Franz/Pichonnaz, Pascal (Hrsg.), Le nouveau droit de la prescription, Bern 2019, S. 1–38 (zit. PICHONNAZ/WERRO, Prescription [2019]).

- PICHONNAZ, PASCAL/WERRO, FRANZ: La responsabilité fondée sur le risque: un état des lieux et quelques perspectives d'avenir, in: Werro, Franz/Pichonnaz, Pascal (Hrsg.), Les responsabilités fondées sur le risque. Colloque du droit de la responsabilité civile 2017 Université de Fribourg, Bern 2018, S. 1–26 (zit. PICHONNAZ/WERRO, Colloque [2018]).
- PLANAS, AURÉLIE: La responsabilité civile pour les atteintes transfrontalières à l'environnement, Diss. Neuenburg 2015, Basel 2016 (zit. PLANAS, Diss. NE [2016]).
- PLATZ, ERNST: Der Vergleich im schweizerischen Recht, Diss. St. Gallen 2013 = SGRW Band 24, Zürich/St. Gallen 2014 (zit. PLATZ, Diss. SG [2014]).
- POLEDNA, TOMAS: Haftpflicht von Staat und Beamten (1. Teil), SVZ 3–4/1996, S. 53–59 (zit. POLEDNA, SVZ 3–4/1996).
- POLTIER, ETIENNE: Droit suisse de l'énergie, Bern 2020 (zit. POLTIER, Énergie [2020]).
- PORTMANN, WOLFGANG/RUDOLPH, ROGER: Kommentar zu Art. 321d OR, Art. 324 OR und Art. 324a OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. BSK OR I [2020]-PORTMANN/RUDOLPH).
- PORTMANN, WOLFGANG: Erfolgsunrecht oder Verhaltensunrecht?, SJZ 14/1997, S. 273–279 (zit. PORTMANN, SJZ 14/1997).
- PRIBNOW, VOLKER/GOGNIAT, YVES: Substanziierung im Haftpflichtprozess, in: Fellmann, Walter/Weber, Stephan (Hrsg.), Haftpflichtprozess 2013, Zürich/Basel/Genf 2013, S. 106–126 (zit. PRIBNOW/GOGNIAT, Haftpflichtprozess [2013]).
- PRIBNOW, VOLKER/GROSS, JOST: § 3 Staats- und Beamtenhaftung, in: Weber, Stephan/Münch, Peter (Hrsg.), Handbücher für die Anwaltspraxis (HAP), Haftung und Versicherung, 2. Aufl., Basel 2015 (zit. HAP Haftung & Versicherung [2015]-PRIBNOW/GROSS).
- PRIBNOW, VOLKER/MENZI, ANNA: Kapitel 3.5: Haftung der Aufsichtsbehörden, in: Gross, Jost/Pribnow, Volker (Hrsg.), Schweizerisches Staatshaftungsrecht. Ergänzungsband zur 2. Aufl., Bern 2013 (zit. PRIBNOW/MENZI, Staatshaftungsrecht [2013]).
- PROBST, THOMAS: Kommentar zu Art. 58 SVG, in: Niggli, Marcel Alexander/Probst, Thomas/Waldmann, Bernhard (Hrsg.), Basler Kommentar, Strassenverkehrsgesetz, Basel 2014 (zit. BSK SVG [2014]-PROBST).

R

- RAUSCH, HERIBERT: Haftpflichtrechtliche Denkmuster: Leitplanken oder Fesseln?, URP 4/2009, S. 359–369 (zit. RAUSCH, URP 4/2009).
- RAUSCH, HERIBERT: Schweizerisches Atomenergierecht, Zürich 1980 (zit. RAUSCH, Atomenergierecht [1980]).
- RECHSTEINER, DAVID: Recht in besonderen und ausserordentlichen Lagen, Diss. St. Gallen 2015 = SGRW Band 28, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. RECHSTEINER, Diss. SG [2015]).
- REHMANN, MERET: Entscheidbesprechungen. BVGer A-2992/2017: Anspruch auf eine Verfügung über Realakte im Zusammenhang mit dem Klimaschutz, AJP 6/2019, S. 653–661 (zit. REHMANN, AJP 6/2019).
- REINHARD, URS: Arzneimittelhaftung nach schweizerischem Recht, Diss. Bern 2011, Bern 2011 (zit. REINHARD, Diss. BE [2011]).
- REY, HEINZ: Präventiver Eigentumsschutz und atomare Entsorgung, in: Forstmoser, Peter/Schluep, Walter R. (Hrsg.), Freiheit und Verantwortung im Recht. Festschrift zum 60. Geburtstag von Arthur Meier-Hayoz, Bern 1982, S. 309–329 (zit. REY, FS Meier-Hayoz [1982]).
- REY, HEINZ: Ausservertragliches Haftpflichtrecht, 4. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2008 (zit. REY, Haftpflichtrecht [2008]).
- REY, HEINZ/STREBEL, LORENZ: Kommentar zu Art. 666 ZGB, Art. 667 ZGB, Art. 679 ZGB und Art. 684 ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-REY/STREBEL).
- REY, HEINZ/WILDHABER, ISABELLE: Ausservertragliches Haftpflichtrecht, 5. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2018 (zit. REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht [2018]).
- RIEDER, HANS: Das Beschneigungsbecken Alp Dado in der Weissen Arena, WEL 11–12/2000, S. 355–357 (zit. RIEDER, WEL 11–12/2000).
- RISSLER, PETER: Talsperrenpraxis, München/Wien 1998 (zit. RISSLER, Talsperrenpraxis [1998]).
- RITTER, WILHELM: Der Einsturz des Zürcher Niederdruck-Reservoirs, Schweizerische Bauzeitung 18/1886, S. 114–117 (zit. RITTER, Schweizerische Bauzeitung 18/1886).
- RIVA, ENRICO: Wasserkraftanlagen: Anforderungen an die Vollständigkeit und Präzision des Konzessionsentscheids, URP 1/2014, S. 1–29 (zit. RIVA, URP 1/2014).
- ROBERTO, VITO: Haftpflichtrecht, 2. Aufl., Bern 2018 (zit. ROBERTO, Haftpflichtrecht [2018]).

- ROBERTO, VITO: Schweizerisches Haftpflichtrecht, Zürich/Basel/Genf 2002 (zit. ROBERTO, Haftpflichtrecht [2002]).
- ROBERTO, VITO: Schadensrecht, Habil. Zürich 1997, Basel 1997 (zit. ROBERTO, Habil. ZH [1997]).
- ROBERTO, VITO: Zur Ersatzfähigkeit verdorbener Ferien, recht 3/1997, S. 108–112 (zit. ROBERTO, recht 3/1997).
- ROBERTO, VITO/GRECHENIG, KRISTOFFEL: Rückschaufehler («Hindsight Bias») bei Sorgfaltspflichtverletzungen, ZSR 1/2011 I, S. 5–26 (zit. ROBERTO/GRECHENIG, ZSR 1/2011 I).
- ROBERTO, VITO/RICKENBACH, JENNIFER: Was ist eine Schutznorm?, ZSR 2/2012 I, S. 185–200 (zit. ROBERTO/RICKENBACH, ZSR 2/2012 I).
- RODRIGUEZ, RODRIGO/KRÜSI, MELANIE/UMBRICHT, ROBERT: Kommentar zu Art. 129 IPRG und Art. 142 IPRG, in: Grolimund, Pascal/Loacker, Leander D./Schnyder, Anton K. (Hrsg.), Basler Kommentar, Internationales Privatrecht, 4. Aufl., Basel 2021 (zit. BSK IPRG [2021]-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT).
- ROELLI, BRUNO: Kommentar zu Art. 227 StGB und Art. 228 StGB, in: Niggli, Marcel Alexander/Wiprächtiger, Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht II, 4. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK StGB II [2019]-ROELLI).
- ROHNER, THOMAS/LERCH, MATTHIAS: Kommentar zu Art. 1 LugÜ, in: Oetiker, Christian/Weibel, Thomas (Hrsg.), Basler Kommentar, Lugano-Übereinkommen, 2. Aufl., Basel 2016 (zit. BSK LugÜ [2016]-ROHNER/LERCH).
- ROMY, ISABELLE: Litiges de masse, Habil. Freiburg 1997 = AISUF Band 161, Freiburg 1997 (zit. ROMY, Habil. FR [1997]).
- ROMY, ISABELLE: Les pollutions transfrontières des eaux: l'exemple du Rhin, Diss. Lausanne 1989, Lausanne 1990 (zit. ROMY, Diss. LA [1990]).
- ROTA, ALDO: Versagen der Talsperre, Sonderheft von tec21 (Jubiläumsausgabe 130 Jahre), Beilage zu Tec21 47/2004, S. 88–91 (zit. ROTA, Beilage zu Tec21 47/2004).
- ROTEN, CHRISTIAN: Intempéries et droit privé, Diss. Freiburg 2000 = AISUF Band 196, Freiburg 2000 (zit. Roten, Diss. FR [2000]).
- ROTH, ANDREAS/BERKEMEIER, ANNE: Kommentar zu Vorbemerkungen zu Art. 122 StGB, in: Niggli, Marcel Alexander/Wiprächtiger, Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht I, 4. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK StGB I [2019]-ROTH/BERKEMEIER).
- RÖTHLISBERGER, THOMAS: Zivilrechtliche Produktbeobachtungs-, Warn- und Rückrufpflichten der Hersteller, Diss. Basel 2002 = SSHW Band 222, Zürich/Basel/Genf 2003 (zit. RÖTHLISBERGER, Diss. BS [2003]).

- ROUVÉ, GERHARD: Die Geschichte der Talsperren in Mitteleuropa, in: Deutscher Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau (Hrsg.), Historische Talsperren, Stuttgart 1987, S. 297–385 (zit. ROUVÉ, Talsperren [1987]).
- RUCH, ALEXANDER: Kommentar zu Art. 43 GSchG, in: Hettich, Peter/Jansen, Luc/Norer, Roland (Hrsg.), Kommentar zum Gewässerschutzgesetz und zum Wasserbaugesetz/Commentaire de la loi sur la protection des eaux et de la loi sur l'aménagement des cours d'eau, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar GSchG/WBG [2016]-RUCH).
- RÜEGG, VIKTOR/RÜEGG, MICHAEL: Kommentar zu Art. 95 ZPO, in: Spühler, Karl/Tenchio, Luca/Infanger, Dominik (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2017 (zit. BSK ZPO [2017]-RÜEGG/RÜEGG).
- RÜEGGER, VANESSA: Der Zugang zu Wasser als Verteilungsfrage, Diss. Freiburg 2012 = AISUF Band 323, Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. RÜEGGER, Diss. FR [2013]).
- RÜETSCHI, DAVID: Haftung für fehlgeschlagene Sterilisation, AJP 11/1999, S. 1359–1376 (zit. RÜETSCHI, AJP 11/1999).
- RUGGLE, PETER: Kommentar zu Art. 70 ZPO und Art. 71 ZPO, in: Spühler, Karl/Tenchio, Luca/Infanger, Dominik (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2017 (zit. BSK ZPO [2017]-RUGGLE).
- RUTISHAUSER, LENA: Die Fahrnisbaute gemäss Art. 677 ZGB, Diss. Freiburg 2020 = AISUF Band 407, Zürich/Basel/Genf 2020 (zit. RUTISHAUSER, Diss. FR [2020]).
- RÜTSCHÉ, BERNHARD: Staatshaftung für bewilligte Sicherheitsrisiken – warum die objektive Widerrechtlichkeitstheorie nicht funktioniert, Jusletter vom 4. April 2011 (zit. RÜTSCHÉ, Jusletter [4.4.2011]).

S

- SÄGESSER, THOMAS: Stämpfli's Handkommentar, Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetz (RVOG), Bern 2007 (zit. SHK RVOG [2007]-SÄGESSER).
- SALIBIAN KOLLY, KARINE: Kommentar zu Art. 41 GSchG, in: Hettich, Peter/Jansen, Luc/Norer, Roland (Hrsg.), Kommentar zum Gewässerschutzgesetz und zum Wasserbaugesetz/Commentaire de la loi sur la protection des eaux et de la loi sur l'aménagement des cours d'eau, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar GSchG/WBG [2016]-SALIBIAN KOLLY).
- SALIS, FRIEDRICH VON: Über den Seedamm-Bruch an der Albula, NGG 1877/78, S. 3–16 (zit. VON SALIS, NGG 1877/78).

- SAUER, HANS DIETER: So sicher wie eine Schweizer Talsperre, NZZ vom 23. Februar 2005, S. 9 (zit. SAUER, NZZ [23.2.2005]).
- SAUERMOST, ROLF/FREUDIG, DORIS (Hrsg.): Lexikon der Biologie, abrufbar unter: <<https://www.spektrum.de/lexikon/biologie/>> (zit. LEXIKON DER BIOLOGIE).
- SCHÄLCHLI, UELI/ABEGG, JOHANNES/HUNZINGER, LUKAS: Geschiebe- und Schwebstoffproblematik in Schweizer Fließgewässern, Studie vom 3. November 2005 im Auftrag des Bundesamtes für Umwelt BAFU, abrufbar unter: <<https://www.bafu.admin.ch/bafu/de/home/themen/wasser.html>> (zit. SCHÄLCHLI/ABEGG/HUNZINGER, Studie [3.11.2005]).
- SCHLUEP, WALTER R.: Einladung zur Rechtstheorie, Bern 2006 (zit. SCHLUEP, Rechtstheorie [2006]).
- SCHMID, GERHARD: Rechtsfragen bei Grossrisiken, ZSR 1990 II, S. 1–71 (zit. SCHMID, ZSR 1990 II).
- SCHMID, GERHARD: Grundsätzliche Fragen des Katastrophenschutzes aus rechtlicher Sicht, URP 1/1990, S. 1–26 (zit. SCHMID, URP 1/1990).
- SCHMID, GERHARD/COURVOISIER, MAURICE/ZOGG, CHRISTOPH: § 24 Industrieunfall – insbesondere Umwelthaftung, in: Weber, Stephan/Münch, Peter (Hrsg.), Handbücher für die Anwaltspraxis (HAP), Haftung und Versicherung, 2. Aufl., Basel 2015 (zit. HAP Haftung & Versicherung [2015]-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG).
- SCHMID, JÖRG: Fragen aus dem Nachbarrecht, ZBJV 5/2020, S. 271–296 (zit. SCHMID, ZBJV 5/2020).
- SCHMID, JÖRG/HÜRLIMANN-KAUP, BETTINA: Sachenrecht, 5. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, Sachenrecht [2017]).
- SCHMID, NIKLAUS: Einige Aspekte der Strafbarkeit des Unternehmens nach dem neuen Allgemeinen Teil des Schweizerischen Strafgesetzbuchs, in: Crone, Hans Caspar von der/Weber, Rolf H./Zäch, Roger/Zobl, Dieter (Hrsg.), Neuere Tendenzen im Gesellschaftsrecht. Festschrift für Peter Forstmoser, Zürich/Basel/Genf 2003 (zit. SCHMID, FS Forstmoser [2003]).
- SCHMID-TSCHIRREN, CHRISTINA: Kommentar zu Art. 7 ZGB, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Einleitung (Art. 1–9 ZGB), Bern 2012 (zit. BK [2012]-SCHMID-TSCHIRREN).
- SCHNEIDER KAYASSEH, EVELINE: Haftung bei Verletzung oder Tötung eines Tieres – unter besonderer Berücksichtigung des Schweizerischen und U.S.-Amerikanischen Rechts, Diss. Zürich 2009 = ZStP Band 215, Zürich/Basel/Genf 2009 (zit. SCHNEIDER KAYASSEH, Diss. ZH [2009]).
- SCHNITTER, GEROLD: Bauwerke aus Massenton, insbesondere Talsperren, Schweizerische Bauzeitung 8/1953, S. 116–119 (zit. SCHNITTER, Schweizerische Bauzeitung 8/1953).

- SCHNITTER, NIKLAUS J.: Verzeichnis geschichtlicher Talsperren bis Ende des 17. Jahrhunderts, in: Deutscher Verband für Wasserwirtschaft und Kulturbau (Hrsg.), Historische Talsperren, Stuttgart 1987, S. 9–20 (zit. SCHNITTER, Verzeichnis [1987]).
- SCHNITTER, NIKLAUS: Talsperren in der Schweiz, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1328–1333 (zit. SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987).
- SCHNITTER, NIKLAUS: Vorrömische Talsperren, Schweizer Ingenieur und Architekt 20/1986, S. 485–491 (zit. SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 20/1986).
- SCHNITTER, NIKLAUS/MÖRGELI, HANS P.: Staumauern und Staudämme, in: Schweizerisches Nationalkomitee für grosse Talsperren/Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke/Informationsstelle für Elektrizitätsanwendung (Hrsg.), Zürich 1994 (zit. SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern [1994]).
- SCHNYDER, ANTON K./LIATOWITSCH, MANUEL: Internationales Privat- und Zivilverfahrensrecht, 4. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR [2017]).
- SCHÖBI, FELIX: Der Umgang des Gesetzgebers mit Umweltschäden, URP 4/2009, S. 463–484 (zit. SCHÖBI, URP 4/2009).
- SCHÖNENBERGER, BEAT: Die dritte Widerrechtlichkeitstheorie, HAVE 1/2004, S. 3–12 (zit. SCHÖNENBERGER, HAVE 1/2004).
- SCHÖNENBERGER, BEAT: Kommentar zu Art. 50 OR und Art. 51 OR, in: Honsell, Heinrich (Hrsg.), Kurzkommentar, Obligationenrecht, Basel 2014 (zit. KUKO OR [2014]-SCHÖNENBERGER).
- SCHÖNENBERGER, BEAT: Generalklausel für die Gefährdungshaftung – ein sinnvolles Reformvorhaben?, in: Sutter-Somm, Thomas/Hafner, Felix/Schmid, Gerhard/Seelmann, Kurt (Hrsg.), Risiko und Recht. Festgabe zum Schweizerischen Juristentag 2004, Basel 2004, S. 171–194 (zit. SCHÖNENBERGER, FS Juristentag [2004]).
- SCHÖNLE, HERBERT: Die Deliktshaftung des Verkäufers wegen «Mängel der Kaufsache», in: Dufour, Alfred/Rens, Ivo/Meyer-Pritzl, Rudolf/Winiger, Bénédict (Hrsg.), Pacte, convention, contrat. Mélanges en l'honneur du Professeur Bruno Schmidlin, Basel 1998, S. 379–404 (zit. SCHÖNLE, FS Schmidlin [1998]).
- SCHRADER, LUTZ: Formen und Typen innerstaatlicher Konflikte, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), Dossier «Innerstaatliche Konflikte», 10. Dezember 2018, abrufbar unter: <<https://www.bpb.de>> und dort unter «Internationales»/«Weltweit»/«Innerstaatliche Konflikte»/«Geschichte, Definition/Tendenzen»/«Formen/Typen» (zit. SCHRADER, Konflikte [10.12.2018]).

- SCHREIBER, MARKUS: Das Ende der ehehaften Wasserrechte?, AJP 1/2020, S. 95–103 (zit. SCHREIBER, AJP 1/2020).
- SCHREIBER, MARKUS: Restrisiko vs. Nullrisiko bei technischen Innovationen, in: Haux, Dario/Picocchi, Dario/Schreiber, Markus (Hrsg.), Recht und Risiko, Zürich/Basel/Genf 2019, S. 29–52 (zit. SCHREIBER, Restrisiko [2019]).
- SCHÜLIN, MARKUS: Katastrophenschutz, Diss. Basel 1990, Basel 1990 (zit. SCHÜLIN, Diss. BS [1990]).
- SCHUMACHER, RAINER/KÖNIG, ROGER: Die Vergütung im Bauwerkvertrag, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. SCHUMACHER/KÖNIG, Bauwerkvertrag [2017]).
- SCHWANDER, IVO: Einführung in das internationale Privatrecht, Erster Band: Allgemeiner Teil, 3. Aufl., St. Gallen/Lachen SZ 2000 (zit. SCHWANDER, IPR AT [2000]).
- SCHWANDER, IVO: Einführung in das internationale Privatrecht, Zweiter Band: Besonderer Teil, 2. Aufl., St. Gallen/Lachen SZ 1998 (zit. SCHWANDER, IPR BT [1998]).
- SCHWANDER, WERNER: Probleme der Haftung und Deckung nach dem Entwurf zu einem Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 10. Dezember 1979, SVZ 1980, S. 329–341 (zit. SCHWANDER, SVZ 1980).
- SCHWARZENBACH-HANHART, HANS RUDOLF: Die vermögensrechtliche Haftung des Gemeinwesens und der Beamten in der Schweiz, ZBl 11/1979, S. 503–521 (zit. SCHWARZENBACH-HANHART, ZBl 11/1979).
- SCHWARZENEGGER, CHRISTIAN/STÖSSEL, JASMINE: Kommentar zu Vorbemerkungen zu Art. 111 StGB, in: Niggli, Marcel Alexander/Wiprächtiger, Hans (Hrsg.), Basler Kommentar, Strafrecht I, 4. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK StGB I [2019]-SCHWARZENEGGER/STÖSSEL).
- SCHWEIZER, RAINER J./MOHLER, MARKUS H. F.: Vorbemerkungen zur Sicherheitsverfassung (Art. 57–61 BV), in: Ehrenzeller, Bernhard/Schindler, Benjamin/Schweizer, Rainer J./Vallender, Klaus A. (Hrsg.), St. Galler Kommentar, Die schweizerische Bundesverfassung, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen und Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. SG Komm. BV [2014]-SCHWEIZER/MOHLER).
- SCHWEIZERISCHE GESELLSCHAFT FÜR HAFTPFLICHT- UND VERSICHERUNGSRECHT: Erläuternder Bericht vom 30. Juni 2012 zu einem Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über obligatorische Haftpflichtversicherungen und Massenkollisionen (Pflichtversicherungsgesetz, PflVG), abrufbar unter: <<https://sghvr.ch/wissenschaft/projekte/2012-pflvg/>> (zit. SGHVR, Bericht [30.6.2012]).
- SCHWENZER, INGEBORG: Grundzüge des Umwelthaftungsrechts in der Schweiz, PHI 3/1991, S. 113–120 (zit. SCHWENZER, PHI 3/1991).

- SCHWENZER, INGEBORG/FOUNTOULAKIS, CHRISTIANA: Schweizerisches Obligationenrecht Allgemeiner Teil, 8. Aufl., Bern 2020 (zit. SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT [2020]).
- SCHWERY, NADJA: Die Korrelation von Nutzen und Haftung im Vertragsrecht, Diss. Freiburg 2013 = AISUF Band 331, Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. SCHWERY, Diss. FR [2013]).
- SEFEROVIC, GORAN: Kommentar zu Art. 188 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-SEFEROVIC).
- SEILER, HANSJÖRG: Kommentar zu Art. 2 und 3 USG, in: Vereinigung für Umweltrecht (Hrsg.), Kommentar zum Umweltschutzgesetz, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004 (zit. Kommentar USG [2004]-SEILER).
- SEILER, HANSJÖRG: Recht und technische Risiken, Zürich 1997 (zit. SEILER, Risiken [1997]).
- SEILER, HANSJÖRG: Regionale Sicherheitsplanung – eine neue Staatsaufgabe?, ZBl 11/1995, S. 485–507 (zit. SEILER, ZBl 11/1995).
- SEILER, HANSJÖRG: Gedanken aus risikorechtlicher Sicht zur Gesamtrevision des Haftpflichtrechts, ZBJV 6/1995, S. 398–406 (zit. SEILER, ZBJV 6/1995).
- SIEGENTHALER, THOMAS: Grabungen und Bauten neben besonders setzungs- oder erschütterungsempfindlichen Nachbarbauten, BR 2/2020, S. 53–57 (zit. SIEGENTHALER, BR 2/2020).
- SIEGHÖRTNER, ROBERT: Internationales Strassenverkehrsunfallrecht, Diss. Erlangen-Nürnberg 2001 = Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht Band 93, Tübingen 2002 (zit. SIEGHÖRTNER, Diss. Erlangen-Nürnberg [2002]).
- SOMAINI, RINALDO: Kommentar zu Art. 2 KHG, Art. 3 KHG und Art. 4 KHG, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-SOMAINI).
- SPALINGER, ANDREA: Geldstrafen wegen Bruch einer Druckwasserleitung, NZZ vom 7. August 2007, S. 14 (zit. SPALINGER, NZZ [7.8.2007]).
- SPÜHLER, KARL/RODRIGUEZ, RODRIGO: Internationales Zivilprozessrecht, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2013 (zit. SPÜHLER/RODRIGUEZ, IZPR [2013]).
- STALDER, HELMUT: Prüfstein für die Energiewende, NZZ vom 27. Juni 2019, S. 14 (zit. STALDER, NZZ [27.6.2019]).
- STALDER, HELMUT: Der Berg brummt, NZZ vom 3. September 2016, S. 16–17 (zit. STALDER, NZZ [3.9.2016]).
- STARK, EMIL W.: Einige Gedanken zur Haftpflicht für staatliche Einrichtungen, SJZ 1/1990, S. 1–12 (zit. STARK, SJZ 1/1990).

- STARK, EMIL W.: Völkerrecht und Haftpflichtrecht, SJZ 13/1987, S. 212–214 (zit. STARK, SJZ 13/1987).
- STARK, EMIL W.: Die weitere Entwicklung unseres Haftpflichtrechts, ZSR 1981 I, S. 365–384 (zit. STARK, ZSR 1981 I).
- STARK, EMIL W.: § 37 Umweltschutz und Versicherung, in: Müller-Stahel, Hans-Ulrich (Hrsg.), Schweizerisches Umweltschutzrecht, Zürich 1973, S. 447–466 (zit. STARK, Umweltschutz [1973]).
- STARK, EMIL W.: Probleme der Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts, ZSR 1967 II, S. 1–192 (zit. STARK, ZSR 1967 II).
- STARK, EMIL W.: Das Wesen der Haftpflicht des Grundeigentümers nach Art. 679 ZGB, Habil. Zürich 1952, Zürich 1952 (zit. STARK, Habil. ZH [1952]).
- STARK, EMIL W.: Entlastungsgründe im Haftpflichtrecht, Diss. Zürich 1946 (zit. STARK, Diss. ZH [1946]).
- STARK, EMIL W./KNECHT, STEFAN: Einführung einer Zwangsgemeinschaft für Geschädigte bei Massenschäden?, ZSR 1/1978 I, S. 51–80 (zit. STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I).
- STARK, EMIL W./LINDENMANN, BARBARA: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Der Besitz (Art. 919–941 ZGB), 4. Aufl., Bern 2016 (zit. BK [2016]-STARK/LINDENMANN).
- STEHLE, BERNHARD, § 31 Internationales Haftungsrecht, in: Weber, Stephan/Münch, Peter (Hrsg.), Handbücher für die Anwaltspraxis (HAP), Haftung und Versicherung, 2. Aufl., Basel 2015 (zit. HAP Haftung & Versicherung [2015]-STEHLE).
- STEINER, E. E.: Umfang der Schadenersatzpflicht einer Eisenbahngesellschaft, SJZ 6/1931|32, S. 77–81 (zit. STEINER, SJZ 6/1931|32).
- STEINER, PETER: Die Umsetzung des Verursacherprinzips durch das Umweltschutzrecht, Diss. Basel 1998 = SzU Band 15, Zürich 1999 (zit. STEINER, Diss. BS [1999]).
- STÖCKLI, HUBERT: Abgesang auf die Werkeigentümerhaftung, in: Müller, Karin/Schwarz, Jörg (Hrsg.), Auf zu neuen Ufern! Festschrift für Walter Fellmann, Bern 2021, S. 109–122 (zit. STÖCKLI, FS Fellmann [2021]).
- STÖCKLI, HUBERT: Einleitung, in: Gauch, Peter/Stöckli, Hubert (Hrsg.), Kommentar zur SIA-Norm 118, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. Kommentar SIA-Norm 118 [2017]-STÖCKLI).
- STÖCKLI, HUBERT: Notizen zur Widerrechtlichkeit, in: Niggli, Marcel Alexander/Hurtado Pozo, José/Queloz, Nicolas (Hrsg.), Festschrift für Franz Riklin, Zürich/Basel/Genf 2007, S. 227–243 (zit. STÖCKLI, FS Riklin [2007]).

- STÖCKLI, HUBERT: Schaden und Schadenersatz beim Bauen, in: Institut für Schweizerisches und Internationales Baurecht (Hrsg.), Schweizerische Baurechtstagung 2003, Freiburg 2003, S. 7–39 (zit. STÖCKLI, BRT [2003]).
- STOLL, HANS: Die Behandlung von Verhaltensnormen und Sicherheitsvorschriften, in: von Caemmerer, Ernst (Hrsg.), Vorschläge und Gutachten zur Reform des deutschen internationalen Privatrechts der ausssvertraglichen Schuldverhältnisse, Tübingen 1983, S. 160–180 (zit. STOLL, Sicherheitsvorschriften [1983]).
- STREBEL, LORENZ: Kommentar zu Art. 655 ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-STREBEL).
- STREIFF, ULLIN/VON KAENEL, ADRIAN/RUDOLPH, ROGER: Arbeitsvertrag. Praxis-kommentar zu Art. 319–362 OR, 7. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2012 (zit. PK Arbeitsvertrag [2012]-STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH).
- STRICKLER, HANSPETER: Die Entwicklung der Gefährdungshaftung, Diss. St. Gallen 1982, Zürich 1982 (zit. STRICKLER, Diss. SG [1982]).
- STROBL, THEODOR/ZUNIC, FRANZ: Wasserbau, Berlin/Heidelberg 2006 (zit. STROBL/ZUNIC, Wasserbau [2006]).
- STRUSS, FABIA: Haftung im Rettungsdienst, Masterarbeit Zürich = Magister Nr. 220 (Editions Weblaw), Bern 2020 (zit. STRUSS, Masterarbeit ZH [2020]).
- STUCKY, ALFRED: Der Talsperrenbruch im Val Gleno, Schweizerische Bauzeitung 6/1924, S. 63–67 (zit. STUCKY, Schweizerische Bauzeitung 6/1924).
- STURM, FRITZ: Immissionen und Grenzdelikte, in: von Caemmerer, Ernst (Hrsg.), Vorschläge und Gutachten zur Reform des deutschen internationalen Privatrechts der ausssvertraglichen Schuldverhältnisse, Tübingen 1983, S. 338–360 (zit. STURM, Grenzdelikte [1983]).
- SUTTER, PATRICK/NORER, ROLAND: Kommentar zu Art. 1 WBG, in: Hettich, Peter/Jansen, Luc/Norer, Roland (Hrsg.), Kommentar zum Gewässerschutzgesetz und zum Wasserbaugesetz/Commentaire de la loi sur la protection des eaux et de la loi sur l'aménagement des cours d'eau, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar GSchG/WBG [2016]-SUTTER/NORER).

T

- TERCIER, PIERRE: L'indemnisation des préjudices causés par des catastrophes en droit suisse, ZSR 1990 II, S. 73–288 (zit. TERCIER, ZSR 1990 II).
- TERCIER, PIERRE: La responsabilité civile des centrales hydroélectriques et sa couverture, ZSR 1986 I, S. 297–335 (zit. TERCIER, ZSR 1986 I).
- TERCIER, PIERRE/ROTEN, CHRISTIAN: La responsabilité civile imposée aux exploitants d'ouvrages d'accumulation selon la Loi sur les ouvrages d'accumulation, in: Risques majeurs: perception, globalisation et management. Actes du 5^e Colloque transfrontalier CLUSE (Genf, September 2000), Anhang 3 (CD-ROM): L'expert, le politique et l'opinion publique face aux risques, Genf 2001, S. 1–6 (zit. TERCIER/ROTEN, Colloque [2000]).
- THELER, LUZIUS: Der Tod in Mattmark, NZZ vom 31. August 2015, S. 11 (zit. THELER, NZZ [31.8.2015]).
- THIELE, WOLFGANG: Die Aufwendungen des Verletzten zur Schadensabwehr und das Schadensersatzrecht, in: Kaser, Max/Weber, Werner/Thieme, Werner/Wieacker, Franz (Hrsg.), Festschrift für Wilhelm Felgenträger zum 70. Geburtstag, Göttingen 1969, S. 393–408 (zit. THIELE, FS Felgenträger [1969]).
- THÜR, ROLF: Schadenersatz bei durchkreuzter Familienplanung, Diss. Zürich 1996 (ohne Orts- und Jahresangabe) (zit. THÜR, Diss. ZH [1996]).
- THÜRER, DANIEL: Das Störerprinzip im Polizeirecht, ZSR 1983 I, S. 463–486 (zit. THÜRER, ZSR 1983 I).
- TIEFENTHAL, JÜRG MARCEL: Kantonale Polizeihochheit. Eine systematische Darstellung des kantonalen Polizeirechts anhand des Schaffhauser Polizeigesetzes, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar PolG/SH [2016]-TIEFENTHAL).
- TODESCHINI, MARIA: Terrorismusbekämpfung im Strafrecht = Impulse # 45, Zürich/Basel/Genf 2019 (zit. TODESCHINI, Terrorismusbekämpfung [2019]).
- TOLOU, ALBORZ: La forfaitisation du dommage, Diss. Freiburg 2017 = AISUF Band 372, Zürich/Basel/Genf 2017 (zit. TOLOU, Diss. FR [2017]).
- TRACHSEL, JOHN: Die Bemessung der Genugtuung: eine rechtsvergleichende Studie, Diss. Zürich 2018 = ZStP Band 288, Zürich/Basel/Genf 2018 (zit. TRACHSEL, Diss. ZH [2018]).
- TRECHSEL, STEFAN/CRAMERI, DEAN: Kommentar zu Art. 141 StGB und Art. 144 StGB, in: Trechsel, Stefan/Pieth, Mark (Hrsg.), Praxiskommentar, Schweizerisches Strafbuch, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2018 (zit. PK StGB [2018]-TRECHSEL/CRAMERI).

- TRECHSEL, STEFAN/JEAN-RICHARD-DIT-BRESSEL, MARC: Kommentar zu Art. 102 StGB, in: Trechsel, Stefan/Pieth, Mark (Hrsg.), Praxiskommentar, Schweizerisches Strafbuch, 3. Aufl., Zürich/St. Gallen 2018 (zit. PK StGB [2018]-TRECHSEL/JEAN-RICHARD).
- TROXLER, TIZIAN: Subjektive Rechtfertigungselemente im Haftpflichtrecht, recht 4/2014, S. 149–164 (zit. TROXLER, recht 4/2014).
- TRÜEB, HANS RUDOLF/WYSS, RAMONA: Haftung für induzierte Seismizität, ZBl 1/2014, S. 3–30 (zit. TRÜEB/WYSS, ZBl 1/2014).
- TRÜEB, HANS RUDOLF: Kommentar zu Art. 59 USG und Art. 59a USG, in: Vereinigung für Umweltrecht (Hrsg.), Kommentar zum Umweltschutzgesetz, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004 (zit. Kommentar USG [2004]-TRÜEB).
- TRUTMANN, VERENA: Das internationale Privatrecht der Deliktobligation, Diss. Basel 1973 = Schriftenreihe des Instituts für internationales Recht und internationale Beziehungen Heft 19, Basel 1973 (zit. TRUTMANN, Diss. BS [1973]).
- TSCHANNEN, PIERRE/ZIMMERLI, ULRICH/MÜLLER, MARKUS: Allgemeines Verwaltungsrecht, 4. Aufl., Bern 2014 (zit. TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014]).
- TSCHANNEN, PIERRE: Kommentar zu Art. 1 VwVG, in: Auer, Christoph/Müller, Markus/Schindler, Benjamin (Hrsg.), Kommentar, VwVG – Bundesgesetz über das Verwaltungsverfahren, 2. Aufl., Zürich/St. Gallen 2019 (zit. Kommentar VwVG [2019]-TSCHANNEN).
- TSCHANNEN, PIERRE: Staatsrecht der Schweizerischen Eidgenossenschaft, 4. Aufl., Bern 2016 (zit. TSCHANNEN, Staatsrecht [2016]).
- TUHR, ANDREAS VON/ESCHER, ARNOLD: Allgemeiner Teil des Schweizerischen Obligationenrechts, Band II, 3. Aufl., Zürich 1974 (zit. VON TUHR/ESCHER, OR AT [1974]).
- TUHR, ANDREAS VON/PETER, HANS: Allgemeiner Teil des Schweizerischen Obligationenrechts, Band I, 3. Aufl., Zürich 1979 (zit. VON TUHR/PETER, OR AT [1979]).
- TUOR, PETER/SCHNYDER, BERNHARD/SCHMID, JÖRG: § 90 und § 101, Das Schweizerische Zivilgesetzbuch, 14. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2015 (zit. TUOR/SCHNYDER/SCHMID, ZGB [2015]).

U

- UHLMANN, FELIX/SCHILLING-SCHWANK, ALEXANDRA: Kommentar zu Art. 36 VwVG, in: Waldmann, Bernhard/Weissenberger, Philippe (Hrsg.), Praxis-kommentar, Verwaltungsverfahrensgesetz, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. PK VwVG [2016]-UHLMANN/SCHILLING-SCHWANK).
- UNITED STATES DEPARTMENT OF JUSTICE: Manhattan U.S. Attorney Announces Charges Against Seven Iranians For Conducting Coordinated Campaign Of Cyber Attacks Against U.S. Financial Sector On Behalf Of Islamic Revolutionary Guard Corps-Sponsored Entities, Pressemitteilung Nr. 16-065 vom 24. März 2016, abrufbar unter: <<https://www.justice.gov/usao-sdny/pr/manhattan-us-attorney-announces-charges-against-seven-iranians-conducting-coordinated>> (zit. DEPARTMENT OF JUSTICE, Pressemitteilung [24.3.2016]).
- URSPRUNG, RUDOLF/RIEDI HUNOLD, DOROTHEA: Kommentar zu Art. 13 BGG, in: Niggli, Marcel Alexander/Uebersax, Peter/Wiprächtiger, Hans/Kneubühler, Lorenz (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesgerichtsgesetz, 3. Aufl., Basel 2018 (zit. BSK BGG [2018]-URSPRUNG/RIEDI HUNOLD).

V

- VARTABEDIAN, RALPH: Repair costs for Oroville Dam exceed \$1 billion, L.A. Times vom 6. September 2018, Seite B1 (zit. VARTABEDIAN, L.A. Times [6.9.2018]).
- VERDE, MICHEL: Die Verjährung nach Art. 60 Abs. 2 OR, in: Krauskopf, Frédéric (Hrsg.), Die Verjährung, Zürich/Basel/Genf 2018, S. 65–92 (zit. VERDE, Verjährung [2018]).
- VERDE, MICHEL: Straftatbestände als Schutznormen im Sinne des Haftpflichtrechts, Diss. Luzern 2014 = LBR Band 87, Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. VERDE, Diss. LU [2014]).
- VETTORI, URSULA: Haftung für Ökoschäden im Recht der USA, Diss. Zürich 1996 = Europäische Hochschulschriften Reihe II (Rechtswissenschaft) Band 2041, Bern 1996 (zit. VETTORI, Diss. ZH [1996]).
- VISCHER, DANIEL: Vorwort zu «Müller, Dieter R., Auflaufen und Überschwappen von Impulswellen an Talsperren, VAW Mitteilungen 137, Zürich 1995» (zit. VISCHER, Impulswellen [1995]).
- VISCHER, MARKUS: Kommentar zu Art. 1 SchlT ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-VISCHER).

- VISCHER, MARKUS: Entscheidbesprechungen. BGer 4A_241/2017: Alleinvertriebsvertrag, AJP 1/2019, S. 130 ff. (zit. VISCHER, AJP 1/2019).
- VISCHER, MARKUS: Der Aktionärsbindungsvertrag: Einfache Gesellschaft oder Innovativvertrag?, SZW 4/2017, S. 425–435 (zit. VISCHER, SZW 4/2017).
- VISCHER, MARKUS: Freizeichnungsklauseln in Grundstückskaufverträgen – Gegenstand einer AGB-Kontrolle oder der Selbstverantwortung?, SJZ 8/2012, S. 177–188 (zit. VISCHER, SJZ 8/2012).
- VISCHER, MARKUS/GALLI, DARIO: Wer ist die wirtschaftlich berechnigte Person gemäss Art. 697j Abs. 2 Satz 1 OR?, AJP 8/2020, S. 1022–1040 (zit. VISCHER/GALLI, AJP 8/2020).
- VISCHER, MARKUS/GALLI, DARIO: Erste Annäherung an das Global Forum-Gesetz, AJP 12/2019, S. 1289–1302 (zit. VISCHER/GALLI, AJP 12/2019).
- VISCHER, MARKUS/GALLI, DARIO: in: Brunner, Christoph/Galli, Dario/Vischer, Markus (Hrsg.), Die Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Kaufvertragsrecht im Jahr 2017, Jusletter vom 24. September 2018 (zit. VISCHER/GALLI, Jusletter [24.9.2018]).
- VISCHER, MARKUS/GALLI, DARIO: Entscheidbesprechungen. BGer 4A_141/2017: Opfermitverantwortung bei der zivilrechtlichen absichtlichen Täuschung, AJP 11/2017, S. 1393–1404 (zit. VISCHER/GALLI, AJP 11/2017).
- VISCHER, MARKUS/GALLI, DARIO: Wer ist die wirtschaftlich berechnigte Person gemäss Art. 697j OR?, SJZ 21/2016, S. 481–492 (zit. VISCHER/GALLI, SJZ 21/2016).
- VOCK, DOMINIK/NATER, CHRISTOPH: Kommentar zu Art. 1 ZPO und Art. 6 ZPO, in: Spühler, Karl/Tenchio, Luca/Infanger, Dominik (Hrsg.), Basler Kommentar, Schweizerische Zivilprozessordnung, 3. Aufl., Basel 2017 (zit. BSK ZPO [2017]-VOCK/NATER).
- VOISARD, STÉPHANE: L’auxiliaire dans la surveillance administrative, Diss. Freiburg 2013 = AISUF Band 333, Zürich/Basel/Genf 2014 (zit. VOISARD, Diss. FR [2014]).
- VOUILLOZ, FRANÇOIS: Droit énergétique – Evolutions récentes, ZWR 1997, S. 369–414 (zit. VOUILLOZ, ZWR 1997).

W

- WABER, BEAT: Absage an ein neues Sicherheitskontrollgesetz, NZZ vom 9. September 2009, S. 16 (zit. WABER, NZZ [9.9.2009]).
- WAESPI, OLIVER: Organisationshaftung, Diss. Neuenburg 2004 = ASR Heft 700, Bern 2005 (zit. WAESPI, Diss. NE [2005]).
- WAGNER PFEIFER, BEATRICE: Kommentar zu Art. 54 GSchG, in: Fischer, Willi/Luterbacher, Thierry (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016 (zit. Haftpflichtkommentar [2016]-WAGNER PFEIFER).
- WAGNER PFEIFER, BEATRICE: Kommentar zu Art. 54 GSchG, in: Hettich, Peter/Jansen, Luc/Norer, Roland (Hrsg.), Kommentar zum Gewässerschutzgesetz und zum Wasserbaugesetz/Commentaire de la loi sur la protection des eaux et de la loi sur l'aménagement des cours d'eau, Zürich/Basel/Genf 2016 (zit. Kommentar GSchG/WBG [2016]-WAGNER PFEIFER).
- WAGNER PFEIFER, BEATRICE: Umweltrecht. Besondere Regelungsbereiche, Zürich/St. Gallen 2013 (zit. WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT [2013]).
- WAGNER, BEATRICE: Das Verursacherprinzip im schweizerischen Umweltschutzrecht, ZSR 1989 II, S. 321–428 (zit. WAGNER, ZSR 1989 II).
- WALDMANN, BERNHARD: Kommentar zu Art. 8 BV und Art. 29 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-WALDMANN).
- WALDMEIER, DAVID: Insolvenz verselbständigter Verwaltungseinheiten von Bund und Kantonen, Diss. St. Gallen 2017 = SGRW Band 34, Zürich/St. Gallen 2018 (zit. WALDMEIER, Diss. SG [2018]).
- WALDNER, MICHAEL: Die Haftung der Betreiber von Kernanlagen für Nuklearschäden nach neuem schweizerischem Recht, AJP 8/2012, S. 1103–1118 (zit. WALDNER, AJP 8/2012).
- WALTER, HANS PETER: Zur Rechtsnatur des Ermessensbegriffs in Art. 42 Abs. 2 OR, in: Fuhrer, Stephan (Hrsg.), Schweizerische Gesellschaft für Haftpflicht- und Versicherungsrecht – Société suisse du droit de la responsabilité civile et des assurances. Festschrift zum fünfzigjährigen Bestehen – Mélanges à l'occasion de son cinquantième anniversaire, Zürich/Basel/Genf 2010, S. 677–687 (zit. WALTER, FS SGHVR [2010]).
- WALTHER, SIMONE: Regulierung von Energiespeichern in der Schweiz, Zürich/St. Gallen 2019 (zit. WALTHER, Energiespeicher [2019]).
- WANDT, MANFRED: Deliktsstatut und internationales Umwelthaftungsrecht, SZIER 2/1997, S. 147–175 (zit. WANDT, SZIER 2/1997).
- WATTENWYL, GÉRARD VON: Die Haftpflicht der Eisenbahnen und das Selbstverschulden des Verletzten, SJZ 22/1931|32, S. 340–343 (zit. VON WATTENWYL, SJZ 22/1931|32).

- WATTEVILLE, GÉRARD DE: Betrachtungen zu Art. 37 MFG, SJZ 14/1935|36, S. 209–214 (zit. DE WATTEVILLE, SJZ 14/1935|36).
- WEBER ROLF H.: Kommentar zu Art. 100 OR, in: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Die Folgen der Nichterfüllung (Art. 97–109 OR), 2. Aufl., Bern 2020 (zit. BK [2020]-WEBER).
- WEBER, ROLF H./KRATZ, BRIGITTA: Elektrizitätswirtschaftsrecht, Bern 2004 (zit. WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht [2004]).
- WEBER, STEPHAN: Keine Minderung von Zins und Schaden, HAVE 4/2004, S. 306–311 (zit. WEBER, HAVE 4/2004).
- WENGER, PETER: Die verwaltungsrechtliche Ersatzvornahme gegenüber dem Bürger, Diss. Basel 1975, 1975 (ohne Ortsangabe) (zit. WENGER, Diss. BS [1975]).
- WENK, THOMAS: Erdbebenberechnung von Talsperren, Schweizer Ingenieur und Architekt 43/1990, S. 1239–1241 (zit. WENK, Schweizer Ingenieur und Architekt 43/1990).
- WERRO, FRANZ: Le point sur la partie spéciale du droit des obligations/Entwicklungen im Obligationenrecht, SJZ 12/2020, S. 424–429 (zit. WERRO, SJZ 12/2020).
- WERRO, FRANZ: La responsabilité civile, 3. Aufl., Bern 2017 (zit. WERRO, Responsabilité civile [2017]).
- WERRO, FRANZ: Kommentar zu Art. 41 OR, Art. 45 OR, Vorbemerkungen zu Art. 47–49 OR, Art. 58 OR, Art. 60 OR und Art. 61 OR, in: Thévenoz, Luc/Werro, Franz (Hrsg.), Commentaire romand, Code des obligations I, 2. Aufl., Basel 2012 (zit. CR CO I [2012]-WERRO).
- WERRO, FRANZ: La responsabilité civile: à la croisée des chemins, ZSR 2003 II, S. 237–267, 287–295, 325–354, 367–374 und 384–396 (zit. WERRO, ZSR 2003 II).
- WERRO, FRANZ: Die Sorgfaltspflichtverletzung als Haftungsgrund nach Art. 41 OR, ZSR 4/1997 I, S. 343–386 (zit. WERRO, ZSR 4/1997 I).
- WESSNER, PIERRE: Au menu: bœuf, salades et fromages contaminés ou la notion d'illicéité dans tous les états, in: Aronovitz, Alberto (Hrsg.), Kochkunst, Ernährung und Recht. Festschrift zu Ehren von Pierre Widmer, Zürich/Basel/Genf 2003, S. 243–258 (zit. WESSNER, FS Widmer [2003]).
- WICHTERMANN, JÜRIG: Kommentar zu Art. 653 ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-WICHTERMANN).
- WICHTERMANN, JÜRIG: Haftung der mit öffentlichen Aufgaben betrauten Privaten, in: Rütsche, Bernhard/Fellmann, Walter (Hrsg.), Aktuelle Fragen des Staatshaftungsrechts. Tagung vom 3. Juli 2014 in Luzern, Bern 2014, S. 107–152 (zit. WICHTERMANN, Tagung [2014]).

- WICHTERMANN, JÜRIG: 3. Kapitel: Staatshaftungsrecht, in: Müller, Markus/Feller, Reto (Hrsg.), *Bernisches Verwaltungsrecht*, 2. Aufl., Bern 2013 (zit. WICHTERMANN, *Verwaltungsrecht* [2013]).
- WIDMER DREIFUSS, THOMAS: Geltendmachung von Haftpflichtansprüchen aus Umweltschäden im Zivilprozess, *URP* 4/2009, S. 439–462 (zit. WIDMER DREIFUSS, *URP* 4/2009).
- WIDMER LÜCHINGER, CORINNE/WIEGAND, WOLFGANG: Kommentar zu Art. 99 OR, Art. 100 OR und Art. 101 OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), *Basler Kommentar, Obligationenrecht I*, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. *BSK OR I* [2020]-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND).
- WIDMER, PIERRE: Anmerkungen zu den «Gedanken» von Hansjörg Seiler, *ZBJV* 6/1995, S. 406–411 (zit. WIDMER, *ZBJV* 6/1995).
- WIDMER, PIERRE: Perspektiven einer Umwelthaftung. Möglichkeiten und Grenzen, in: Haller, Matthias/Hauser, Heinz/Zäch, Roger (Hrsg.), *Ergänzungen. Ergebnisse der wissenschaftlichen Tagung anlässlich der Einweihung des Ergänzungsbau der Hochschule St. Gallen*, Bern 1990, S. 591–603, (zit. WIDMER, *Umwelthaftung* [1990]).
- WIDMER, PIERRE: Fonction et évolution de la responsabilité pour risque, *ZSR* 1977 I, S. 417–439 (zit. WIDMER, *ZSR* 1977 I).
- WIDMER, PIERRE: Gefahren des Gefahrensatzes, *ZBJV* 8/1970, S. 289–323 (zit. WIDMER, *ZBJV* 8/1970).
- WIDMER, PIERRE/WESSNER, PIERRE: Revision und Vereinheitlichung des Haftpflichtrechts, *Erläuternder Bericht*, Bern 1999 (zit. WIDMER/WESSNER, *Bericht* [1999]).
- WIEGAND, WOLFGANG: Kommentar zu Art. 18 OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), *Basler Kommentar, Obligationenrecht I*, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. *BSK OR I* [2020]-WIEGAND).
- WILDHABER, ISABELLE: Die Verantwortung von Experten beim Risikomanagement von Naturkatastrophen – Lehren aus L’Aquila für die Schweiz, *ZSR* 3/2015 I, S. 257–279 (zit. WILDHABER, *ZSR* 3/2015 I).
- WILDHABER, ISABELLE: Von Hochwasserschäden bis zu AKW-Störfällen: Wer ersetzt Katastrophenschäden?, *ZSR* 4/2013 I, S. 381–417 (zit. WILDHABER, *ZSR* 4/2013 I).
- WILDHABER, LUZIUS: Die Öldestillieranlage Sennwald und das Völkerrecht der grenzüberschreitenden Luftverschmutzung, in: *Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht* 1975, Zürich 1976, S. 97–120 (WILDHABER, *SJIR* [1976]).
- WILLI, CHRISTOPH: Schutz selektiver Vertriebssysteme durch das Urheberrecht, *SJZ* 11/1995, S. 205–210 (zit. WILLI, *SJZ* 11/1995).

- WINIGER, BÉNÉDICT: L'architecture de l'Avant-projet de loi sur la responsabilité civile, ZSR 4/2001 I, S. 299–326 (zit. WINIGER, ZSR 4/2001 I).
- WINKELMANN, THOMAS: Produkthaftung bei internationaler Unternehmenskooperation, Diss. Frankfurt am Main 1990 = Schriften zum Internationalen Recht Band 52, Berlin 1991 (zit. WINKELMANN, Diss. Frankfurt [1991]).
- WOLF, STEPHAN/WIEGAND, WOLFGANG: Kommentar zu Vorbemerkungen zu Art. 641 ff. ZGB und Art. 641 ZGB, in: Geiser, Thomas/Wolf, Stephan (Hrsg.), Basler Kommentar, Zivilgesetzbuch II, 6. Aufl., Basel 2019 (zit. BSK ZGB II [2019]-WOLF/WIEGAND).
- WÜRMLI, MARCEL: I. Einleitung/Terror woher – Terror wohin?, in: Juchli, Philipp/Würmli, Marcel (Hrsg.), Auswirkungen des Terrorismus auf Recht, Wirtschaft und Gesellschaft, Bern 2006, S. 1–13 (zit. WÜRMLI, Terror [2006]).
- WYER, HANS: Die Nutzung der Wasserkraft im Alpenraum, Zürich/Basel/Genf 2002 (zit. WYER, Wasserkraft [2002]).
- WYER, HANS: Die öffentlichen Abgaben der Wasserkraftnutzung im Alpenraum, Zürich/Basel/Genf 2006 (zit. WYER, Abgaben [2006]).
- WYSS, LUKAS: Kausalitätsfragen unter besonderer Berücksichtigung der hypothetischen Kausalität, SJZ 16|17/1997, S. 313–323 (zit. WYSS, SJZ 16|17/1997).
- WYTTEBACH, JUDITH/WYSS, KARL-MARC: Kommentar zu Art. 163 BV und Art. 164 BV, in: Waldmann, Bernhard/Belser, Eva Maria/Epiney, Astrid (Hrsg.), Basler Kommentar, Bundesverfassung, Basel 2015 (zit. BSK BV [2015]-WYTTEBACH/WYSS).

Y

- YUNG, WALTER: Principes fondamentaux et problèmes actuels de la responsabilité civile en droit suisse, in: Klein, Frédéric-Edouard (Hrsg.), Deutsch-französisch-schweizerisches Colloquium über die Grundlagen und Funktionen des Haftpflichtrechts/Colloque franco-germano-suisse sur les fondements et les fonctions de la responsabilité civile, Basel 1973, S. 93–149 (zit. YUNG, Principes [1973]).

Z

- ZÄCH, ROGER/KÜNZLER, ADRIAN: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Stellvertretung (Art. 32–40 OR), 2. Aufl., Bern 2014 (zit. BK [2014]-ZÄCH/KÜNZLER).
- ZELLWEGER-GUTKNECHT, CORINNE: Berner Kommentar zum schweizerischen Privatrecht, Verrechnung (Art. 120–126 OR), Bern 2012 (zit. BK [2012]-ZELLWEGER-GUTKNECHT).
- ZELLWEGER-GUTKNECHT, CORINNE: Kommentar zu Art. 1 OR, Art. 6 OR und Art. 125 OR, in: Widmer Lüchinger, Corinne/Oser, David (Hrsg.), Basler Kommentar, Obligationenrecht I, 7. Aufl., Basel 2020 (zit. BSK OR I [2020]-ZELLWEGER-GUTKNECHT).
- ZIEGLER, ANDREAS R.: Einführung in das Völkerrecht, 4. Aufl., Bern 2020 (zit. ZIEGLER, Völkerrecht [2020]).
- ZIRLICK, BEAT: Freizeichnung von der Deliktshaftung, Diss. Bern 2003 = ASR Heft 861, Bern 2003 (zit. ZIRLICK, Diss. BE [2003]).
- ZOBL, DIETER: Grundbuchrecht, 2. Aufl., Zürich/Basel/Genf 2004 (zit. ZOBL, Grundbuchrecht [2004]).
- ZOBL, DIETER: Kommentar zu Art. 729 ZGB, in: Zürcher Kommentar, Das Eigentum (Art. 641–729 ZGB), 2. Aufl., Zürich 1977 (zit. ZK [1977]-ZOBL).
- ZURBRÜGG, HENRI: Aspects juridiques du régime des eaux en Suisse, ZSR 1965 II, S. 201–378 (zit. ZURBRÜGG, ZSR 1965 II).

Materialienverzeichnis

* Die mit einem ♦ gekennzeichneten Dokumente sind nicht öffentlich zugänglich. Ich habe diese Dokumente beim Bundesamt für Energie einsehen können.

Botschaft vom 9. April 1952 über die Ergänzung des Bundesgesetzes betreffend die Wasserbaupolizei, BBl 1952 I 701 (zit. BOTSCHAFT Wasserbaupolizei [9.4.1952]).

Botschaft vom 5. September 1952 betreffend die Bestätigung eines Vollmachtenbeschlusses über den Schutz von Stauanlagen, BBl 1952 III 64 (zit. BOTSCHAFT Schutz von Stauanlagen [5.9.1952]).

Botschaft vom 8. Dezember 1958 betreffend den Entwurf zu einem Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz, BBl 1958 II 1521 (zit. BOTSCHAFT AtG [8.12.1958]).

Botschaft vom 28. September 1962 betreffend den Entwurf zu einem Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe, BBl 1962 II 791 (zit. BOTSCHAFT RLG [28.9.1962]).

Botschaft vom 10. Dezember 1979 über ein Kernenergiehaftpflichtgesetz (KHG), BBl 1980 I 164 (zit. BOTSCHAFT KHG [10.12.1979]).

Botschaft vom 16. August 1995 über die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte, BBl 1995 IV 991 (zit. BOTSCHAFT WRG [16.8.1995]).

Botschaft vom 1. März 2000 zu einer Änderung des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (USG), BBl 2000 2391 (zit. BOTSCHAFT USG [1.3.2000]).

Botschaft vom 2. Juli 2003 zum Entlastungsprogramm 2003 für den Bundeshaushalt (EP 03), BBl 2003 5615 (zit. BOTSCHAFT EP 03 [2.7.2003]).

Botschaft vom 9. Juni 2006 zum Bundesgesetz über die Stauanlagen, BBl 2006 6037 (zit. BOTSCHAFT StAG [9.6.2006]).

Botschaft vom 9. Juni 2006 zum Sicherheitskontrollgesetz und zur Änderung von Bundesgesetzen, die das Sicherheitskontrollgesetz für anwendbar erklären, BBl 2006 5925 (zit. BOTSCHAFT SKG [9.6.2006]).

Botschaft vom 8. Juni 2007 zum Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung von Übereinkommen zur Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie, BBl 2007 5397 (zit. BOTSCHAFT nKHG [8.6.2007]).

- ◆ Botschaft zu einem Bundesgesetz über die Haftpflicht für Stauanlagen (Stauanlagen-Haftpflichtgesetz, SHG), Entwurf vom 15. Januar 1998 (zit. E-BOTSCHAFT StAG [15.1.1998]).

Hinweis: Obwohl dieses Dokument den Titel «Bundesgesetz über die Haftpflicht für Stauanlagen (Stauanlagen-Haftpflichtgesetz, SHG)» trägt, kann aufgrund des Datums und Inhalts geschlossen werden, dass sich der Entwurf der Botschaft nicht auf den VE¹-StAG bezieht, sondern auf das E-StAG (1997), d.h. einen Entwurf des VE²-StAG. Aus den Begleitdokumenten kann zudem geschlossen werden, dass dieses Dokument dem Entwurf der Botschaft vor der Ämterkonsultation und damit auch vor der Vernehmlassung zum VE²-StAG entsprach. Aus diesem Grund zitiere ich das Dokument «E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998)».

- ◆ Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation: Bericht über die Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens zum Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (BGTS) und zum Bundesgesetz über die Stauanlagen (StAG), August 2002 (zit. EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse E-StAG [2002]).
- ◆ Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation: Bundesgesetz über die Stauanlagen. Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens/weiteres Vorgehen, 9. Oktober 2000 (zit. EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse VE²-StAG [9.10.2000]).
- ◆ Schweizer Pool für die Versicherung von Talsperren-Haftpflichtrisiken, Vernehmlassungseingabe vom 21. März 2000 zum Bundesgesetz über die Stauanlagen (zit. SCHWEIZER POOL, Vernehmlassung zum VE²-StAG [21.3.2000]).
- ◆ Schweizerisches Nationalkomitee für Grosse Talsperren: Vernehmlassungseingabe vom 21. März 2000 zum Bundesgesetz über die Stauanlagen (zit. NATIONALKOMITEE, Vernehmlassung zum VE²-StAG [21.3.2000]).

Studienkommission für die Gesamtrevision des Haftpflichtrechts: Bericht vom August 1991, in: Bundesamt für Justiz (zit. STUDIENKOMMISSION, Bericht [1991]).

Verzeichnis amtlicher Dokumente

I. Bundesamt für Energie

- * Sämtliche Websites wurden am 31. März 2021 letztmals besucht.
- ** Die mit einem ♦ gekennzeichneten Dokumente sind nicht auf der Website des Bundesamtes für Energie BFE zugänglich. Das BFE hat mir diese Dokumente freundlicherweise auf Anfrage zur Verfügung gestellt.

Bundesamt für Energie: FAQ – Stauanlagen, 3. Januar 2017, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Fragen und Antworten» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, FAQ [3.1.2017]).

Bundesamt für Energie: Schweizerische Elektrizitätsstatistik 2019, 19. Juni 2020, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Statistik und Geodaten»/«Energiestatistiken»/«Elektrizitätsstatistik» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Elektrizitätsstatistik [19.6.2020]).

Bundesamt für Energie: Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen. Teil C1: Planung und Bau, Version 2.1, 28. August 2017, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 [28.8.2017]).

Bundesamt für Energie: Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen. Teil A: Allgemeines, Version 2.0, 1. März 2015, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015]).

Bundesamt für Energie: Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen. Teil C2: Hochwassersicherheit und Stauseeabsenkung, Version 2.01, 15. Februar 2017, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C2 [15.2.2017]).

- Bundesamt für Energie: Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen. Teil D: Inbetriebnahme und Betrieb, Version 2.0, 30. Oktober 2015, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D [30.10.2015]).
- Bundesamt für Energie: Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen. Teil B: Besonderes Gefährdungspotenzial als Unterstellungskriterium, Version 2.0, 26. Juni 2014, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie B [26.6.2014]).
- Bundesamt für Energie: Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen. Teil E: Notfallkonzept, Version 2.0, 1. Mai 2015, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie E [1.5.2015]).
- Bundesamt für Energie: Richtlinie über die Sicherheit der Stauanlagen. Teil C3: Erdbebensicherheit, Version 2.0, 1. Februar 2016, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C3 [1.2.2016]).
- Bundesamt für Energie: Stand der Wasserkraftnutzung in der Schweiz am 31. Dezember 2019, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Erneuerbare Energien»/«Wasserkraft» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Wasserkraftnutzung).
- Bundesamt für Energie: Talsperren, die der Oberaufsicht des Bundes unterstellt sind, 23. März 2018, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Dokumente» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Talsperren [23.3.2018]).
- Bundesamt für Energie: Totalrevision Stauanlagenverordnung. Erläuterungen einzelner Bestimmungen der revidierten StAV, 26. Juli 2012, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Politik»/«Energie-recht»/«Wasser» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV [26.7.2012]).
- Bundesamt für Energie: Leitfaden für die Betreiber kleinerer Stauanlagen zur Wahrnehmung ihrer Pflichten gemäss der Stauanlagengesetzgebung, Version 1.0, 31. Juli 2015, abrufbar unter: <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Richtlinien und Hilfsmittel» (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Leitfaden [31.7.2015]).

- ◆ Bundesamt für Energie: Vollzugshilfe zur Stauanlagengesetzgebung betreffend den Bau und den Betrieb von Stauanlagen an der Aare unter direkter Bundesaufsicht vom 1. Januar 2015 (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Vollzugshilfe Aare [1.1.2015]).
- ◆ Bundesamt für Energie/Regierungspräsidium Freiburg i.B.: Sicherheitstechnische Anforderungen an den Bau und den Betrieb von Stauanlagen am Hochrhein vom 1. Januar 2013 (zit. BUNDESAMT FÜR ENERGIE/REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG I.B., Sicherheitstechnische Anforderungen Hochrhein [1.1.2013]).

II. Andere Bundesbehörden

Bundesrat: Kollektiver Rechtsschutz in der Schweiz – Bestandesaufnahme und Handlungsmöglichkeiten, VPB 2/2013, S. 59–112 (zit. BUNDESRAT, VPB 2/2013).

Bundesrat: Kreisschreiben vom 12. August 1987 an die kantonalen Regierungen betreffend Sicherheit kleinerer Stauanlagen, BBl 1987 III 29; aufgehoben per 10. Februar 2004, BBl 2004 478 (zit. BUNDESRAT, Kreisschreiben [12.8.1987]).

Bundesrat: Bericht vom 18. Januar 1984 über die Richtlinien der Regierungspolitik 1983–1987, BBl 1984 I 157 (zit. BUNDESRAT, Bericht [18.1.1984]).

Bundesamt für Justiz: Rechtsgutachten vom 30. Juli 1991 zur Oberaufsicht über die Sicherheitskontrollen der Talsperren, VPB 1/1993, Nr. 6, S. 60–91 (zit. BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, VPB 1/1993).

Bundesamt für Wasserwirtschaft: Wasserzinsmaximum, Mitteilung Nr. 6, Bern 1995 (zit. BUNDESAMT FÜR WASSERWIRTSCHAFT, Wasserzinsmaximum [1995]).

Geschäftsprüfungskommission des Ständerates: Bericht vom 19. Mai 1980 über ihre Inspektionen, BBl 1980 II 365 (zit. GPK STÄNDERAT, Bericht [19.5.1980]).

Wettbewerbskommission: Schlussbericht vom 10. Januar 2014 in Sachen Vorabklärung gemäss Art. 26 KG betreffend Eignerstrategie Energie Wasser Bern (ewb) wegen allenfalls unzulässiger Verhaltensweise nach Art. 7 KG, RPW 1/2014, S. 79–109 (zit. WEKO, RPW 1/2014).

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: schematische Darstellung einer Talsperre (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 11).....	20
Abbildung 2: Stauanlage «Eglisau» ZH (© Schweizer Luftwaffe)	22
Abbildung 3: geöffneter Grundablass der Stauanlage «Bärenburg» GR (© Bundesamt für Energie)	34
Abbildung 4: geöffneter Grundablass der Stauanlage «Zen Binnen» VS (© Bundesamt für Energie).....	35
Abbildung 5: Tosbecken und Grundablass der Stauanlage «Zen Binnen» VS (© Bundesamt für Energie).....	36
Abbildung 6: Überfall der Stauanlage «Carmena» TI (© Bundesamt für Energie)	38
Abbildung 7: Überfall der Stauanlage «Vasasca» TI (© Bundesamt für Energie).....	39
Abbildung 8: Überfalltrichter der Stauanlage «Malvaglia» TI (© Bundesamt für Energie).....	39
Abbildung 9: Überfalltrichter der Stauanlage «Hongrin» VD (© Bundesamt für Energie).....	40
Abbildung 10: Sicherheitskonzept nach StAG (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 6)	49
Abbildung 11: Grössenparameter von Art. 3 Abs. 2 StAG (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 8).....	59
Abbildung 12: Geltungsbereich des StAG nach Art. 2 StAG (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 5).....	101
Abbildung 13: Geltungsbereich des StAG (© Dario Galli).....	108
Abbildung 14: Warnschild im Obergoms VS (© Dario Galli)	233
Abbildung 15: Warnschild bei der Stauanlage «Engehalde» BE (© Dario Galli).....	234

Entwurf eines Bundesgesetzes über die Haftpflicht für Stauanlagen

- * Bei diesem Entwurf eines Bundesgesetzes über die Haftpflicht für Stauanlagen vom 15. Dezember 1997 – das ich als «E-StAG (1997)» zitiere – handelt es sich weder um den VE¹-StAG noch den VE²-StAG.
- ** Das E-StAG (1997) wurde gemeinsam mit der E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998) vor der Vernehmlassung zum VE²-StAG in die Ämterkonsultation gegeben.
- *** Das E-StAG (1997) ist nicht öffentlich zugänglich. Ich habe dieses Dokument beim Bundesamt für Energie einsehen können.
- **** Der nachfolgende Abdruck des E-StAG (1997) entspricht sowohl inhaltlich als auch layout-technisch dem Original. Ich habe lediglich die Verweisungen auf die Systematische Rechtssammlung entfernt, Rechtschreibfehler korrigiert und die Darstellung vereinheitlicht.

I. Deutsche Fassung

Bundesgesetz über die Haftpflicht für Stauanlagen (Stauanlagen-Haftpflichtgesetz, SHG)

vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf die Artikel 24^{bis} Absatz 1 und Absatz 2 Buchstabe b sowie 64
der Bundesverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...,

beschliesst:

1. Kapitel: Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

¹ Dieses Gesetz regelt die Haftung für Schäden, die auf das Austreten von Wassermassen aus einer Stauanlage zurückzuführen sind, und deren Deckung.

² Die Haftung für Wasser, das die Stauanlage durchfließt, untersteht dem Obligationenrecht.

Art. 2 Geltungsbereich. Allgemeines

¹ Diesem Gesetz unterstehen Stauanlagen, bei denen die Stauhöhe über Niederwasser des Gewässers oder über Geländehöhe mindestens 10 Meter beträgt oder die bei mindestens 5 Meter Stauhöhe einen Stauraum von mehr als 50 000 m³ aufweisen.

² Die zuständige Behörde kann Stauanlagen, die die Mindestmasse nach Absatz 1 nicht erreichen, diesem Gesetz unterstellen, sofern sie eine besondere Gefahr für Personen oder Sachen darstellen.

Art. 3 Ausnahmen

¹ Dieses Gesetz gilt nicht für Stauanlagen, die ausschliesslich dem Schutz vor Naturgewalten dienen.

² Die zuständige Behörde kann eine Anlage im Sinne von Artikel 2 Absatz 1 von der Unterstellung ausnehmen, wenn deren Inhaber nachweist, dass sie keine besondere Gefahr für Personen oder Sachen darstellt.

Art. 4 Stauanlagen an Grenzgewässern

Der Bundesrat kann für Stauanlagen an Grenzgewässern abweichende Bestimmungen in Verordnungen erlassen oder mit den Nachbarstaaten vereinbaren.

Art. 5 Inhaber

Als Inhaber einer Stauanlage gilt, wer eine solche Anlage baut, besitzt oder betreibt.

2. Kapitel: Haftpflicht

Art. 6 Grundsätze

¹ Der Inhaber einer Stauanlage haftet für Personen- und Sachschaden, der durch austretende Wassermassen entsteht.

² Er haftet auch für Aufwendungen, die infolge behördlich angeordneter oder empfohlener Massnahmen zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefährdung entstehen; ausgenommen ist entgangener Gewinn.

³ Ist der Inhaber nicht gleichzeitig Eigentümer der Anlage, so haften beide solidarisch.

⁴ Ist der Bund, ein Kanton, eine Gemeinde oder eine andere öffentlich-rechtliche Körperschaft oder Anstalt Inhaber der Anlage, so haftet er oder sie nach diesem Gesetz.

Art. 7 Ausschluss der Haftung, Rückgriff

¹ Den Geschädigten haften nur der Inhaber und der Eigentümer der Stauanlage.

² Der Rückgriff auf Personen, die aufgrund anderer Bestimmungen haften, ist vorbehalten.

Art. 8 Haftungsausschluss und -ermässigung

¹ Von der Haftung wird befreit, wer nachweist, dass die geschädigte Person den Schaden absichtlich verursacht hat.

² Hat die geschädigte Person den Schaden fahrlässig verursacht oder haben andere Umstände, für die sie einstehen muss, auf die Entstehung oder Verschlimmerung des Schadens eingewirkt oder die Stellung der haftpflichtigen Person sonst erschwert, so kann das Gericht die Ersatzpflicht ermässigen oder gänzlich von ihr befreien.

Art. 9 Anwendung des Obligationenrechts

Soweit dieses Gesetz keine abweichenden Bestimmungen enthält, ist das Obligationenrecht anwendbar.

Art. 10 Vereinbarungen

¹ Vereinbarungen, welche die Haftpflicht nach diesem Gesetz wegbedingen oder beschränken, sind nichtig.

² Vereinbarungen, die offensichtlich unzulängliche Entschädigungen festsetzen, sind innert zwei Jahren nach ihrem Abschluss anfechtbar.

Art. 11 Verjährung

¹ Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche, die wegen des Austretens von Wassermassen aus einer Stauanlage entstanden sind, verjähren drei Jahre nach dem Tag, an dem die geschädigte Person Kenntnis vom Schaden und von der haft- oder deckungspflichtigen Person erlangt hat, jedenfalls aber zehn Jahre nach dem Schadenereignis.

² Für das Rückgriffsrecht beginnt die dreijährige Frist am Tag, an dem die Ersatzleistung vollständig erbracht und die mithaftpflichtige Person bekannt wurde.

³ Wird die Verjährung gegenüber einer der haft- oder deckungspflichtigen Personen unterbrochen, so wirkt die Unterbrechung auch gegenüber den andern Personen.

Art. 12 Gerichtsstand

¹ Für die Beurteilung von Schadenersatz-, Genugtuungs- und Rückgriffsansprüchen, die wegen des Austretens von Wassermassen aus einer Stauanlage entstanden sind, ist das Gericht an dem Ort zuständig, wo die Talsperre gelegen ist.

² Berührt diese das Gebiet mehrerer Kantone, so ist das Gericht an dem Ort zuständig, wo der grössere Teil der Talsperre gelegen ist.

Art. 13 Beweissicherung

¹ Ist ein grösseres Schadenereignis eingetreten, so ordnet der Bundesrat eine Erhebung über den Sachverhalt an. Durch öffentliche Bekanntmachung fordert er alle Personen auf, die einen Schaden erlitten haben, sich innert drei Monaten unter Angabe des Datums und des Ortes der Schädigung zu melden.

² Die Bekanntmachung hält fest, dass die Nichtbeachtung der Anmeldefrist allfällige Ersatzansprüche nicht ausschliesst, jedoch den späteren Nachweis eines Zusammenhanges zwischen einem Schaden und dem Austreten von Wassermassen aus der Stauanlage erschweren kann.

Art. 14 Kosten für Massnahmen von Behörden

Die Kosten von Massnahmen, welche die zuständigen Behörden zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefährdung treffen, können dem Inhaber und dem Eigentümer überbunden werden.

3. Kapitel: Deckung

1. Abschnitt: Allgemeines

Art. 15 Grundsätze

¹ Die Haftung nach diesem Gesetz ist durch einen Haftpflichtversicherungsvertrag und eine ergänzende Versicherung durch den Bund sicherzustellen.

² Der Bundesrat teilt die Stauanlagen in Risikoklassen ein und legt die Deckungssummen fest.

³ Er kann für Stauanlagen mit einem Stauraum unter 1 Million m³ Deckungssummen festsetzen, die geringer als das Schadenpotenzial der Anlage sind.

⁴ Er bestimmt, unter welchen Voraussetzungen Ausgleichsbecken zusammen mit dem Staubecken, zu dem sie gehören, versichert werden können.

Art. 16 Ausnahmen

¹ Der Bundesrat kann die haftpflichtige Person von der Versicherungspflicht entbinden, soweit sie eine andere, für die Geschädigten gleichwertige Sicherheit bietet.

² Der Bund und seine öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten sind als Inhaber oder Eigentümer von Stauanlagen nicht versicherungspflichtig.

2. Abschnitt: Private Versicherungseinrichtung

Art. 17 Versicherungspflicht

¹ Wer nach diesem Gesetz haftet, muss für die Deckung der versicherbaren Risiken bei einer zum Geschäftsbetrieb in der Schweiz ermächtigten Versicherungseinrichtung eine Haftpflichtversicherung abschliessen.

² Der Bundesrat bezeichnet die Risiken, die die private Versicherungseinrichtung von der Deckung ausschliessen kann.

Art. 18 Aussetzen und Ende der Versicherung

¹ Die Versicherungseinrichtung muss das Aussetzen und das Ende der Versicherung der zuständigen Behörde melden.

² Sofern die Versicherung nicht vorher durch eine andere ersetzt wurde, werden ihr Aussetzen und Ende erst sechs Monate nach Eingang der Meldung wirksam.

3. Abschnitt: Bund

Art. 19 Versicherung

¹ Der Bund versichert im Rahmen dieses Gesetzes und der für jede Risikoklasse festgesetzten Deckungssumme die Haftpflicht für Schäden, die die Deckung durch die private Versicherungseinrichtung übersteigen oder von ihr ausgeschlossen sind.

² Die gesamte Deckungssumme beträgt je Stauanlage höchstens 600 Millionen Franken. Zusätzlich kann der Bundesrat für die Versicherung der anteilmässigen Zinsen und Verfahrenskosten der Bundesdeckung eine Summe von höchstens 60 Millionen Franken vorsehen.

Art. 20 Beiträge der Haftpflichtigen

¹ Zur Finanzierung der Bundesdeckung müssen die Inhaber von Stauanlagen Beiträge leisten; diese werden nach dem Kostendeckungsprinzip festgesetzt.

² Der Bundesrat erlässt Bestimmungen über Höhe, Veranlagung und Erhebung der Beiträge.

Art. 21 Schadenfonds

Der Bund errichtet einen Fonds, dem die Beiträge nach Artikel 20 und die Zinserträge gutgeschrieben werden.

4. Abschnitt: Nicht versicherte Anlagen

Art. 22

¹ Haftpflichtansprüche nach diesem Gesetz werden aus allgemeinen Mitteln bis zu den vom Bundesrat nach den Artikeln 15 und 19 festgelegten Summen gedeckt:

- a. vom Bund, wenn es sich um eine Stauanlage in seinem Zuständigkeitsbereich handelt und diese nicht versichert war;
- b. vom Kanton, wenn es sich um eine Stauanlage in seinem Zuständigkeitsbereich handelt und diese nicht versichert war.

² Für erbrachte Leistungen können Bund und Kanton auf die haftpflichtigen Personen Rückgriff nehmen. Sie treten in deren Rückgriffsrechte ein, soweit dadurch die Geschädigten nicht benachteiligt werden.

5. Abschnitt: Gemeinsame Bestimmungen

Art. 23 Versicherungsnachweis

Die private Versicherungseinrichtung muss das Versicherungsverhältnis der zuständigen Behörde nachweisen.

Art. 24 Unmittelbarer Anspruch und Einreden

¹ Die geschädigte Person hat im Rahmen der Deckung ein Forderungsrecht unmittelbar gegen die private Versicherungseinrichtung, andere Personen, die die Haftpflicht sicherstellen, den Bund und den Kanton.

² Einreden aus dem Versicherungsvertrag oder aus dem Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag können der geschädigten Person nicht entgegengehalten werden.

Art. 25 Rückgriff der Versicherungseinrichtung und des Bundes

¹ Die Versicherungseinrichtung und der Bund haben ein Rückgriffsrecht gegen den Versicherungsnehmer und die versicherte Person, soweit sie aus dem Versicherungsvertrag oder aus dem Bundesgesetz über den Versicherungsvertrag zur Ablehnung oder Kürzung ihrer Leistung befugt wären. Sie können ihre Rückgriffsrechte nur soweit geltend machen, als dadurch die Geschädigten nicht benachteiligt werden.

² Die Versicherungseinrichtung und der Bund treten in die Rückgriffsrechte der Haftpflichtigen ein, soweit dadurch die Geschädigten nicht benachteiligt werden.

Art. 26 Deckung durch andere Personen

Die Bestimmungen dieses Abschnittes gelten sinngemäss für Personen, die die Haftpflicht nach Artikel 16 Absatz 1 decken.

4. Kapitel: Grossschäden

Art. 27 Voraussetzungen

Ein Grossschaden liegt vor, wenn:

- a. bei dem Schadenereignis damit zu rechnen ist, dass die für die Deckung der Schäden zur Verfügung stehenden Mittel der haftpflichtigen und deckungspflichtigen Personen zur Befriedigung aller Ansprüche nicht ausreichen;
- b. gleichzeitig oder kurz nacheinander mehrere Schadenereignisse eintreten;
- c. der Bund oder eine seiner öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Anstalten Inhaber oder Eigentümer der Stauanlage ist und der Schaden voraussichtlich mehr als zwei Milliarden Franken beträgt;
- d. ein Kanton, eine Gemeinde oder eine ihrer öffentlich-rechtlichen Körperschaften oder Anstalten Inhaber oder Eigentümer der Stauanlage ist und der Schaden die vorgeschriebene Deckungssumme voraussichtlich um mehr als die Hälfte überschreitet;
- e. das ordentliche Verfahren wegen der grossen Zahl der Geschädigten nicht durchgeführt werden kann.

Art. 28 Entschädigungsordnung

¹ Im Falle eines Grossschadens kann die Bundesversammlung durch allgemeinverbindlichen, dem Referendum nicht unterstehenden Bundesbeschluss eine Entschädigungsordnung aufstellen.

² Nötigenfalls kann der Bund zusätzliche Beiträge an den nicht gedeckten Schaden leisten. Er kann diese von Leistungen des Kantons abhängig machen, in dem die Stauanlage gelegen ist.

³ Treten gleichzeitig oder kurz nacheinander mehrere Schadenereignisse ein, so können die in Artikel 19 vorgesehenen Deckungssummen der Bundesversicherung herabgesetzt werden.

⁴ Die Entschädigungsordnung legt zur gerechten Verteilung aller zur Verfügung stehenden Mittel die allgemeinen Grundsätze über die Befriedigung der Geschädigten fest. Sie kann dabei von den Bestimmungen dieses Gesetzes oder von andern schadenersatzrechtlichen Bestimmungen abweichen.

⁵ Die Bundesversammlung kann besondere Verfahrens- und Vollstreckungsbestimmungen erlassen und eine unabhängige Instanz zum Vollzug der Entschädigungsordnung einsetzen. Deren Entscheide können ans Bundesgericht weitergezogen werden.

⁶ Der Bundesrat trifft vorsorgliche Massnahmen.

Art. 29 Änderung der Leistungspflicht und Umlagebeiträge

¹ Ist durch einen Grossschaden ein Notstand eingetreten, so ist der Bundesrat ermächtigt, auf dem Gebiet der Privatversicherung, der Sozialversicherung und der öffentlichen Versicherung Vorschriften zu erlassen über:

- a. die Änderung der Leistungspflicht der Versicherungseinrichtungen;
- b. die Erhebung von Umlagebeiträgen bei den Versicherungsnehmern;
- c. den Abzug solcher Umlagebeiträge von den Versicherungsleistungen.

² Diese Ermächtigung umfasst nicht die Haftpflichtversicherungen, die nach den Artikeln 17 und 19 abgeschlossen werden müssen.

5. Kapitel: Verfahren

Art. 30 Vollzug

¹ Der Bundesrat vollzieht dieses Gesetz. Er kann die Kantone mit einzelnen Aufgaben beauftragen.

² Er kann Private mit dem Vollzug der Bestimmungen über die Bundesdeckung beauftragen.

Art. 31 Rechtsmittel

¹ Verfügungen, die ein eidgenössisches Departement oder ein Bundesamt in Anwendung dieses Gesetzes erlassen hat, unterliegen der Beschwerde an die Rekurskommission für Wasserwirtschaft.

² Deren Entscheide und letztinstanzliche kantonale Entscheide können mit Verwaltungsgerichtsbeschwerde beim Bundesgericht angefochten werden.

6. Kapitel: Strafbestimmungen

Art. 32 Nichterfüllen der Versicherungspflicht

¹ Wer vorsätzlich die Versicherungspflicht nicht erfüllt, wird mit Gefängnis und mit Busse bis zu 100 000 Franken bestraft.

² Wer fahrlässig handelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft.

Art. 33 Zuständigkeit des Bundes

¹ Der Bund verfolgt Widerhandlungen, die Stauanlagen in seinem Zuständigkeitsbereich betreffen.

² Das Verwaltungsstrafrechtsgesetz ist anwendbar. Verfolgende und urteilende Behörde ist das Bundesamt für Wasserwirtschaft.

Art. 34 Zuständigkeit der Kantone

¹ Die Kantone verfolgen Widerhandlungen, die Stauanlagen in ihrem Zuständigkeitsbereich betreffen.

² Für Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten gelten die Artikel 6 und 7 des Verwaltungsstrafrechtsgesetzes sinngemäss.

7. Kapitel: Schlussbestimmungen

Art. 35 Änderung bisherigen Rechts

1. Das Bundesrechtspflegegesetz wird wie folgt geändert:

Art. 41 Abs. 1 Bst. b:

¹ Das Bundesgericht beurteilt als einzige Instanz:

b. zivilrechtliche Ansprüche von Privaten oder Korporationen gegen den Bund, wenn der Streitwert wenigstens 8000 Franken beträgt; hiervon sind ausgenommen Klagen aus dem Bundesgesetz vom 28. März 1905 betreffend die Haftpflicht der Eisenbahn- und Dampfschiffahrtsunternehmen und der Post, aus dem Strassenverkehrsgesetz, aus dem Kernenergiehaftpflichtgesetz vom 18. März 1983 und aus dem Stauanlagen-Haftpflichtgesetz vom ... sowie sämtliche Klagen gegen die Schweizerischen Bundesbahnen;

2. Das Bundesgesetz vom 22. Juni 1877 über die Wasserbaupolizei wird wie folgt geändert:

Art. 3^{bis} Abs. 7, 10 und 11

⁷ Der Werkeigentümer hat die Kosten der ihm auferlegten Massnahmen und allfällig daraus erwachsende Nachteile zu tragen.

¹⁰ Für den unmittelbaren Schaden, der Dritten aus einer Absenkung wegen Nichtlieferung elektrischer Energie erwächst, ist der Werkeigentümer ersatzpflichtig, soweit diese Absenkung nicht nach den ihm erteilten Weisungen erfolgt.

¹¹ Aufgehoben

Art. 4

¹ Der erste Einstau einer Stauanlage muss von der zuständigen Behörde bewilligt werden.

² Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn der Versicherungsnachweis nach dem Stauanlagen-Haftpflichtgesetz vom ... erbracht worden ist.

Art. 5

¹ Wird die Versicherungspflicht nach dem Stauanlagen-Haftpflichtgesetz vom ... bei bestehenden Anlagen nicht erfüllt, so ordnet die zuständige Behörde die vollständige oder teilweise Absenkung des Stausees an.

² Bei der Absenkung müssen die Vorschriften des Bundesgesetzes vom 1. Juli 1966 über den Natur- und Heimatschutz, des Gewässerschutzgesetzes vom 24. Januar 1991 und des Bundesgesetzes vom 21. Juni 1991 über die Fischerei beachtet werden.

Art. 13^{bis}

¹ Widerhandlungen gegen die Bestimmungen der Artikel 3^{bis}, 4 und 5 und gegen die gestützt darauf erlassenen Vorschriften und Einzelweisungen werden mit Gefängnis oder Busse bestraft. Strafbar ist auch die fahrlässige Begehung.

² Aufgehoben

Art. 13^{ter}

¹ Der Bund verfolgt Widerhandlungen, die Stauanlagen in seinem Zuständigkeitsbereich betreffen.

² Das Verwaltungsstrafrechtsgesetz ist anwendbar. Verfolgende und urteilende Behörde ist das Bundesamt für Wasserwirtschaft.

³ Vorbehalten bleibt die strafrechtliche Verfolgung wegen der in den Artikeln 227, 228 und 229 des Strafgesetzbuches sowie der in den Artikeln 165 und 166 des Militärstrafgesetzes vorgesehenen Verbrechen und Vergehen.

Art. 13^{quater}

¹ Die Kantone verfolgen Widerhandlungen, die Stauanlagen in ihrem Zuständigkeitsbereich betreffen.

² Für Widerhandlungen in Geschäftsbetrieben sowie öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten gelten die Artikel 6 und 7 des Verwaltungsstrafrechtsgesetzes sinngemäss.

Art. 36 Referendum und Inkrafttreten

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

II. Version française

Loi fédérale sur la responsabilité civile en matière d'ouvrages d'accumulation (LRCOA)

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,
vu les articles 24^{bis}, alinéas 1 et 2, lettre b, et 64 de la Constitution,
vu le message du Conseil fédéral du ...,

arrête :

Chapitre 1 : Dispositions générales

Art. 1 **Objet**

¹ La présente loi règle la responsabilité civile en cas de dommages causés par de grandes quantités d'eau s'écoulant d'un ouvrage d'accumulation, ainsi que leur couverture.

² La responsabilité pour les dommages causés par des eaux qui traversent l'ouvrage d'accumulation est régie par le code des obligations.

Art. 2 **Champ d'application. Généralités**

¹ Sont soumis à la présente loi les ouvrages d'accumulation dont la hauteur de retenue au-dessus du niveau d'étiage du cours d'eau ou du niveau du thalweg est de 10m au moins, ou de 5m au moins, si le volume de retenue est supérieur à 50 000 m³.

² L'autorité compétente peut soumettre à la présente loi les ouvrages d'accumulation qui n'atteignent pas les dimensions prévues au 1^{er} alinéa, mais qui constituent un danger particulier pour les personnes ou les choses.

Art. 3 Exceptions

¹ Les ouvrages d'accumulation qui sont destinés exclusivement à la protection contre les forces naturelles ne sont pas soumis à cette loi.

² L'autorité compétente peut exclure du champ d'application les ouvrages au sens de l'article 2, 1^{er} alinéa, dont l'exploitant prouve qu'ils ne représentent aucun danger particulier pour les personnes ou les choses.

Art. 4 Ouvrage d'accumulation situé sur des eaux limitrophes

En ce qui concerne les ouvrages d'accumulation situés sur des eaux limitrophes, le Conseil fédéral peut prévoir des dispositions qui dérogent à la présente loi soit en édictant une ordonnance soit en concluant des traités avec les Etats voisins.

Art. 5 Exploitant

Par exploitant d'un ouvrage d'accumulation, on entend celui qui le construit, le détient ou l'exploite.

Chapitre 2 : Responsabilité civile

Art. 6 Principes

¹ L'exploitant d'un ouvrage d'accumulation répond des dommages corporels et matériels causés par l'écoulement de grandes quantités d'eau de cet ouvrage.

² Il répond également des impenses résultant des mesures ordonnées ou recommandées par les autorités afin de prévenir ou de réduire un danger imminent ; il ne répond pas du manque à gagner.

³ Si l'ouvrage n'appartient pas à l'exploitant, le propriétaire répond des dommages solidairement avec lui.

⁴ La Confédération, les cantons, les communes ou les autres corporations ou établissements de droit public ayant qualité d'exploitant d'un ouvrage d'accumulation répondent de celui-ci selon la présente loi.

Art. 7 Exclusivité de la responsabilité. Recours

¹ Seuls l'exploitant et le propriétaire de l'ouvrage d'accumulation répondent du dommage envers les lésés.

² Demeure réservé le droit de recours contre les personnes qui répondent en vertu d'autres dispositions.

Art. 8 Exclusion ou atténuation de la responsabilité

¹ Est libérée de sa responsabilité la personne qui prouve que le lésé a causé intentionnellement le dommage.

² Le tribunal peut réduire les dommages-intérêts, ou même n'en point allouer, lorsque le lésé a causé le dommage par imprudence ou négligence ou lorsque d'autres faits dont il est responsable ont contribué à créer le dommage ou à l'augmenter ou qu'ils ont aggravé d'une autre manière la situation de la personne responsable.

Art. 9 Application du code des obligations

Sauf dispositions contraires de la présente loi, les dispositions du code des obligations sont applicables.

Art. 10 Conventions

¹ Les Conventions qui excluent ou restreignent la responsabilité civile résultant de la présente loi sont nulles.

² Les conventions qui fixent des indemnités manifestement insuffisantes sont annulables dans le délai de deux ans à compter de leur conclusion.

Art. 11 Prescription

¹ Les actions en réparation d'un dommage ou d'un tort moral qui résulte de grandes quantités d'eau s'écoulant d'un ouvrage d'accumulation se prescrivent par trois ans à compter du jour où le lésé a eu connaissance du dommage et de la personne à qui incombe la responsabilité ou la couverture ; dans tous les cas, elles se prescrivent par dix ans à partir du jour où l'événement dommageable s'est produit.

² S'agissant du droit de recours, le délai de trois ans court à compter du jour où les dommages-intérêts ont été entièrement versés et où la personne coresponsable est connue.

³ La prescription interrompue à l'égard de l'une des personnes à qui incombe la responsabilité ou la couverture l'est également à l'égard des autres.

Art. 12 For

¹ Les actions en réparation d'un dommage ou d'un tort moral qui résulte de grandes quantités d'eau s'écoulant d'un ouvrage d'accumulation, ainsi que les actions récursoires, relèvent de la compétence du tribunal du lieu où est situé le barrage.

² Si le barrage s'étend sur le territoire de plusieurs cantons, le tribunal compétent est celui du lieu où se situe la plus grande partie du barrage.

Art. 13 Conservation des preuves

¹ Après un événement dommageable d'une certaine gravité, le Conseil fédéral ordonne une enquête. Il invite par publication toutes les personnes qui sont victimes d'un dommage à s'annoncer dans les trois mois, en indiquant la date du dommage et l'endroit où elles l'auraient subi.

² La publication doit indiquer que l'inobservation du délai pour s'annoncer n'entraîne pas la perte du droit éventuel à la réparation, mais qu'elle peut rendre plus difficile l'établissement de la preuve qu'il existe un lien entre le dommage et l'écoulement des eaux d'un ouvrage d'accumulation.

Art. 14 Coût des mesures prises par les autorités

Le coût des mesures prises par l'autorité compétente pour prévenir ou réduire un danger imminent peut être mis à la charge de l'exploitant.

Chapitre 3 : Couverture

Section 1 : Généralités

Art. 15 Principes

¹ La responsabilité prévue par la présente loi doit être couverte par un contrat d'assurance-responsabilité civile et par une assurance complémentaire de la Confédération.

² Le Conseil fédéral assigne une classe de risque à chaque ouvrage d'accumulation et fixe les montants à couvrir.

³ Pour les ouvrages dont le volume de retenue est inférieur à 1 million m³, il peut fixer des montants à couvrir qui sont inférieurs aux dommages potentiels.

⁴ Il détermine les conditions pour assurer conjointement les bassins de compensation et le bassin d'accumulation auquel ils sont rattachés.

Art. 16 Exceptions

¹ Le Conseil fédéral peut dispenser de l'obligation de s'assurer la personne responsable qui fournit d'autres sûretés équivalentes pour les lésés.

² La Confédération et ses corporations et établissements de droit public ne sont pas soumis à l'obligation de s'assurer pour les ouvrages d'accumulation qu'ils exploitent.

Section 2 : Assureur privé

Art. 17 Obligation d'assurance

¹ Quiconque encourt une responsabilité aux termes de la présente loi doit, pour couvrir les risques assurables, contracter une assurance-responsabilité civile auprès d'un assureur autorisé à opérer en Suisse.

² Le Conseil fédéral définit les risques que l'assureur privé peut refuser de couvrir.

Art. 18 Suspension et cessation de l'assurance

¹ L'assureur privé annoncera à l'autorité administrative compétente la suspension et la cessation de l'assurance.

² L'une et l'autre ne produiront leurs effets que six mois après réception de l'annonce de l'assureur privé, à moins que l'assurance n'ait, au préalable, été remplacée par une autre.

Section 3 : Confédération

Art. 19 Assurance

¹ La Confédération assure la responsabilité prévue par la présente loi, à concurrence des montants à couvrir fixés pour chaque classe de risque, dans la mesure où le dommage est supérieur au montant couvert par l'assureur privé ou s'il a été exclu par cet assureur.

² Le montant couvert total est de 600 millions de francs au maximum par ouvrage d'accumulation. Le Conseil fédéral peut prévoir une assurance complémentaire d'un montant maximum de 60 millions de francs pour les intérêts et les frais de procédure relatifs à la couverture fournie par la Confédération.

Art. 20 Contributions des personnes responsables

¹ La couverture fournie par la Confédération est financée par les exploitants, dont les contributions sont fixées selon le principe de la couverture des coûts.

² Le Conseil fédéral édicte les dispositions relatives au montant, à la taxation et à la perception des contributions.

Art. 21 Fonds de réparation

La Confédération crée un fonds auquel sont versés les contributions perçues selon l'article 20, ainsi que les intérêts.

Section 4 : Ouvrages non assurés

Art. 22

¹ La responsabilité civile prévue par la présente loi est couverte, à la charge des ressources générales et à concurrence des sommes fixées par le Conseil fédéral conformément aux articles 15 et 19 :

- a. par la Confédération lorsque l'ouvrage d'accumulation relève de sa compétence et n'est pas assuré ;
- b. par les cantons lorsque l'ouvrage d'accumulation relève de leur compétence et n'est pas assuré.

² La Confédération ou le canton peut recourir contre les personnes responsables pour le montant correspondant à ses prestations. Ils leur sont subrogés dans leur droit de recours dans la mesure où les lésés n'en subissent aucun préjudice.

Section 5 : Dispositions communes

Art. 23 Attestation d'assurance

L'assureur privé doit fournir une attestation d'assurance à l'autorité compétente.

Art. 24 Action directe et exceptions

¹ Le lésé peut agir directement contre l'assureur privé, la Confédération ou le canton dans les limites des montants couverts.

² Les exceptions découlant du contrat d'assurance ou de la loi fédérale sur le contrat d'assurance ne peuvent pas lui être opposées.

Art. 25 Recours de l'assureur et de la Confédération

¹ L'assureur privé et la Confédération ont un droit de recours contre le preneur d'assurance ou contre l'assuré dans la mesure où ils auraient été autorisés à refuser ou à réduire leurs prestations en vertu du contrat d'assurance ou de la loi fédérale sur le contrat d'assurance. Ils ne peuvent faire valoir leur droit de recours que dans la mesure où ils ne portent pas préjudice aux lésés.

² L'assureur privé et la Confédération ne sont subrogés à la personne responsable dans son droit de recours que dans la mesure où les lésés n'en subissent aucun préjudice.

Art. 26 Couverture par d'autres personnes

Les dispositions de cette section s'appliquent par analogie aux personnes qui couvrent la responsabilité en vertu de l'article 16, 1^{er} alinéa.

Chapitre 4 : Grands sinistres

Art. 27 Cas de grand sinistre

Il y a grand sinistre lorsque :

- a. pour un événement dommageable, il y a lieu de prévoir que les moyens financiers dont disposent la personne responsable, l'assureur privé, la Confédération et le canton pour couvrir les dommages ne suffiront pas à satisfaire toutes les demandes de réparation ;

- b. plusieurs événements dommageables surviennent en même temps ou à peu d'intervalle ;
- c. la Confédération ou une de ses corporations ou un de ses établissements de droit public est l'exploitant ou le propriétaire et qu'il y a lieu de prévoir que le dommage s'élèvera à plus de deux milliards de francs ;
- d. un canton, une commune ou une de leurs corporations ou un de leurs établissements de droit public est l'exploitant ou le propriétaire et qu'il y a lieu de prévoir que le dommage dépassera le montant à couvrir de plus que la moitié ;
- e. la procédure ordinaire ne peut plus être observée en raison du grand nombre de lésés.

Art. 28 Régime d'indemnisation

¹ En cas de grand sinistre, l'Assemblée fédérale peut établir un régime d'indemnisation par un arrêté fédéral de portée générale non sujet au référendum.

² Au besoin, la Confédération peut verser des contributions supplémentaires pour les dommages non couverts. Elle peut les subordonner à la condition que le canton où est situé l'ouvrage d'accumulation verse lui-même des prestations.

³ Si plusieurs événements dommageables surviennent en même temps ou à peu d'intervalle, les montants assurés par la Confédération prévus par l'article 18 peuvent être réduits.

⁴ L'arrêté fixe les principes généraux en matière d'indemnisation des lésés de manière à assurer la juste répartition de tous les moyens disponibles. Il peut déroger à la présente loi ou à d'autres normes d'indemnisation.

⁵ L'Assemblée fédérale peut édicter des dispositions spéciales de procédure et d'exécution et charger une autorité indépendante d'appliquer l'arrêté d'indemnisation. Les décisions de cette autorité peuvent faire l'objet d'un recours au Tribunal fédéral.

⁶ Le Conseil fédéral prend les mesures provisoires qui s'imposent.

Art. 29 Modification des prestations d'assurance et primes de répartition

¹ Lorsqu'un grand sinistre entraîne un état de détresse, le Conseil fédéral peut édicter, dans les domaines de l'assurance privée, de l'assurance sociale et de l'assurance de droit public, des prescriptions sur :

- a. la modification des prestations des assureurs ;
- b. la perception de primes de répartition auprès des preneurs d'assurance ;
- c. la déduction de telles primes des prestations de l'assurance.

² Cette compétence ne s'étend pas aux assurances de responsabilité civile qui doivent être contractées en vertu des articles 17 et 19.

Chapitre 5 : Procédure

Art. 30 Exécution

¹ Le Conseil fédéral est chargé de l'exécution de la présente loi. Il peut confier aux cantons l'exécution de certaines tâches.

² Il peut confier à des particuliers l'exécution des dispositions relatives à la couverture de la Confédération.

Art. 31 Recours

¹ Les décisions prises par un département ou un office fédéral en application de la présente loi peuvent faire l'objet d'un recours devant la commission de recours en matière d'économie des eaux.

² Les décisions rendues par cette commission et par la juridiction cantonale de dernière instance peuvent faire l'objet d'un recours de droit administratif devant le Tribunal fédéral.

Chapitre 6 : Dispositions pénales

Art. 32 Violation de l'obligation de s'assurer

¹ Quiconque, intentionnellement, aura violé l'obligation de s'assurer sera puni de l'emprisonnement et de l'amende jusqu'à 100 000 francs.

² Si le coupable a agi par négligence, il sera puni de l'emprisonnement pour un an au plus ou de l'amende jusqu'à 20 000 francs.

Art. 33 Compétences de la Confédération

¹ Pour les infractions relatives aux ouvrages d'accumulation qui relèvent de sa compétence, les poursuites pénales incombent à la Confédération.

² La loi fédérale sur le droit pénal administratif est applicable. L'Office fédéral de l'économie des eaux est l'autorité de poursuite et de jugement.

Art. 34 Compétences des cantons

¹ Pour les infractions relatives aux ouvrages d'accumulation qui relèvent de leur compétence, les poursuites pénales incombent aux cantons.

² Les articles 6 et 7 de la loi fédérale sur le droit pénal administratif s'appliquent aux infractions commises dans la gestion d'une entreprise ou dans la gestion d'une corporation ou d'un établissement de droit public.

Chapitre 7 : Dispositions finales

Art. 35 Modification du droit en vigueur

1. La loi fédérale d'organisation judiciaire est modifiée comme suit :

Art. 41, 1^{er} alinéa, let. B :

¹ Le Tribunal fédéral connaît en instance unique :

b. Des actions de droit civil de particuliers ou de collectivités contre la Confédération, lorsque la valeur litigieuse est d'au moins 8000 francs ; font exception les actions intentées en vertu de la loi fédérale du 28 mars 1905 sur la responsabilité civile des entreprises de chemin de fer et de bateaux à vapeur et des postes, de la loi fédérale sur la circulation routière, de la loi fédérale du 18 mars 1983 sur la responsabilité civile

en matière nucléaire et de la loi fédérale du ... sur la responsabilité civile en matière d'ouvrages d'accumulation ainsi que toutes les actions dirigées contre les chemins de fer fédéraux ;

2. La loi fédérale du 22 juin 1877 sur la police des eaux est modifiée comme suit :

Art. 3^{bis}, alinéa 7, deuxième phrase, 10 et 11

⁷ Deuxième phrase. Abrogée.

¹⁰ Si l'abaissement du niveau de l'eau a eu lieu conformément aux instructions données, le propriétaire de l'ouvrage n'est pas tenu de réparer le dommage directement causé à des tiers, lors de cet abaissement, par le fait qu'ils ont été privés d'énergie électrique.

¹¹ Abrogé

Art. 4

¹ La première mise en eau d'un ouvrage d'accumulation ne peut avoir lieu qu'avec l'autorisation de l'autorité compétente.

² L'autorisation ne peut être délivrée que sur la base de l'attestation d'assurance, prévue par la loi fédérale du ... sur la responsabilité civile en matière d'ouvrages d'accumulation.

Art. 5

¹ Si un ouvrage d'accumulation n'est pas assuré conformément à la loi fédérale du ... sur la responsabilité civile en matière d'ouvrages d'accumulation, l'autorité compétente ordonne l'abaissement complet ou partiel du niveau de l'eau dans le bassin d'accumulation.

² Lors de l'abaissement, les dispositions de la loi fédérale du 1er juillet 1966 sur la protection de la nature et du paysage, de la loi fédérale du 24 janvier 1991 sur la protection des eaux et de la loi fédérale du 21 juin 1991 sur la pêche devront être respectées.

Art. 13^{bis}

¹ Celui qui aura contrevenu aux dispositions des articles 3^{bis}, 4 et 5 ou aux prescriptions et aux instructions particulières arrêtées en vertu de ces articles, sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende. La négligence est également punissable.

² Abrogé

Art. 13^{ter}

¹ Pour les infractions relatives aux ouvrages d'accumulation qui relèvent de sa compétence, les poursuites pénales incombent à la Confédération.

² La loi fédérale sur le droit pénal administratif est applicable. L'Office fédéral de l'économie des eaux est l'autorité de poursuite et de jugement.

³ Est réservée la poursuite pénale des crimes et délits visés par les articles 227, 228 et 229 du code pénal suisse et les articles 165 et 166 du code pénal militaire.

Art. 13^{quater}

¹ Pour les infractions relatives aux ouvrages d'accumulation qui relèvent de leur compétence, les poursuites pénales incombent aux cantons.

² Les articles 6 et 7 de la loi fédérale sur le droit pénal administratif s'appliquent aux infractions commises dans la gestion d'une entreprise ou dans la gestion d'une corporation ou d'un établissement de droit public.

Art. 36 Référendum et entrée en vigueur

¹ La présente loi est sujette au référendum facultatif.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

Unpublizierte Urteile des Bundesgerichts

I. Urteil des Bundesgerichts C.376/42 vom 28. März 1944

Hinweis: Dieses Urteil wurde auszugsweise in der ZSGV 1944, S. 186–188, publiziert.

I. ZIVILABTEILUNG

* * * * *

Sitzung vom 28. März 1944

Anwesend die Herren Bundesgerichtsvizepräsident Bolla, Präsident der I. Zivilabteilung, Bundesrichter Stauffer, Leuenberger, Couchepin und Schönenberger.

-----o0o-----

In Sachen

Gemeinde Langwies, Klägerin, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Eugen Curti in Zürich,

gegen

Stadt Chur, Beklagte, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Peter Badrutt in Chur,

betreffend Werkhaftung,

-----o0o-----

hat sich ergeben:

A.– Die Stadt Chur ist Eigentümerin der auf dem Gebiet der Gemeinde Peist gelegenen Prätschalp, auf der sich in etwas über 1'900 m Höhe der Prätschsee befindet. Der Bach, der den natürlichen Abfluss des Sees bildet, fliesst zunächst das steile Seebachtobel hinunter und dann an dem in 1'450 m Höhe gelegenen Weiler Litzirüti vorbei; hierauf ergiesst er sich in die Plessur.

Am 6. Juli 1926 beschloss der Kleine Stadtrat von Chur, den Prätschsee um etwa 1¹/₂ m zu stauen und mit einem regulierbaren Abfluss zu versehen. Anlass zu diesem Beschluss gab der Pächter des im Prätschseegebiet gelegenen Hofes Maran, Hotelier Halder, der den See zum Zweck der Fischzucht und zur Erstellung einer Badehütte zu pachten wünschte. Noch im Jahre 1926 wurde die Stauanlage auf Grund einer vom städtischen Oberförster angefertigten Skizze mit einem Kostenaufwand von Fr. 1'285.15 erstellt. Seit dem 1. Januar 1927 war der See an Halder verpachtet. Nach dem Pachtvertrag war Halder berechtigt, «am See alle Vorrichtungen zu treffen, die im Interesse eines rationellen Fischereibetriebes liegen». Dagegen anerkannte er im Vertrag, dass «alle Einrichtungen an und im See nur im Zusammenhang mit der Pacht erstellt werden dürfen» und verpflichtete sich ferner, die Pläne für neue Einrichtungen der städtischen Alpverwaltung zur Genehmigung zu unterbreiten.

Am 4. Juni 1935 wurde die Stauanlage durch das Wasser des Sees zerstört. Die gestauten Wassermassen, etwa 50'000 m³, stürzten in wenigen Minuten mit grosser Wucht zu Tale. Sie lösten im Seebachtobel eine mächtige Rufe aus. Wasser und Rufe richteten in Litzirüti an Häusern, Kulturland, Bahn und Strasse erheblichen Schaden an.

Litzirüti gehört zur Gemeinde Langwies. Deren Feuerwehr leistete zusammen mit jener von Arosa die erste Hilfe. Die Gemeinde Langwies traf die vorläufigen Sicherungsmassnahmen und liess die Räumungsarbeiten ausführen.

B.– Durch eine Beweisaufnahme im Sinne von Art. 226 ff. der graubündnerischen ZPO stellte das Kreisamt Schanfigg den Zustand der Stauanlage und des Seebachtobels nach dem Dammbruch fest. Um dessen Ursache zu ermitteln und um abzuklären, ob und welche Sicherungsmassnahmen im Seebachtobel nötig seien, holte es von Ingenieur Seiler in Sarnen und Dr. Staub, Professor der Geologie in Zürich, ein Gutachten ein, das am 30. April 1936 erstattet wurde.

Am 28. April 1936 betrieb die Gemeinde Langwies die Stadt Chur für Fr. 78'000.– nebst Zins zu 5% seit 5. Juni 1935 als Ersatz für den ihr durch den Dammbruch entstandenen Schaden. In der Folge fanden unter Leitung des Finanzdepartementes des Kantons Graubünden zwischen der Stadt Chur und den durch den Dammbruch Geschädigten Vergleichsverhandlungen statt, in deren Verlauf die Stadt Chur erklärte, dass die Verjährung für die Ersatzansprüche während der Dauer der Verhandlungen nicht laufen solle.

Am 20. Dezember 1938 eröffnete die Graubündner Kantonalbank auf Grund eines «Verpflichtungsscheines», den der Kanton Graubünden, die Stadtgemeinde Chur, die Bürgergemeinde Chur und die Gemeinde Langwies als Solidarschuldner unterzeichnet hatten, einen Kredit von Fr. 70'000.–, zu dessen Lasten sie auf Anweisung des Finanzdepartementes des Kantons Graubünden Fr. 55'974.90 auszahlte, nämlich Fr. 15'405.50 an die Gemeinde Langwies, Fr. 5'900.05 an die Gemeinde Arosa und Fr. 34'669.35 an mehrere Gläubiger; der letztere Betrag diente zur Bezahlung von Sicherungsbauten, die im Jahre 1935 auf Anordnung der kantonalen Baubehörden in Litzirüti erstellt worden waren.

C.– Am 23. Juni 1939 reichte die Gemeinde Langwies beim Bezirksgericht Plessur gegen die Stadt Chur Zivilklage ein mit folgenden Rechtsbegehren:

«1. Ist die beklagte Partei verpflichtet, die Klägerschaft für allen Schaden, direkter und indirekter Natur, den sie durch den Dammbruch am Prätshsee vom 4. Juni 1935 erlitten hat, im vollen Umfang schadlos zu halten?

2. Ist die Beklagte verpflichtet, der Klägerschaft Fr. 34'570.40 nebst Zins zu 5% seit 29. April 1936 zu bezahlen?

3. Ist die Beklagte verpflichtet, die Klägerschaft von der Bürgschaft für die von der Kantonalbank Graubünden in der Angelegenheit

Dammbruch am Prätschsee geleisteten und noch zu leistenden Zahlungen auf Kosten der Beklagten zu entlasten?

4. Ist die Beklagte verpflichtet, der Klägerschaft alle Auslagen, welche ihr durch die Wahrung ihrer Interessen in der Angelegenheit Dammbruch am Prätschsee entstanden sind und noch entstehen werden, zu ersetzen und daher insbesondere die Ansprüche ihres Anwaltes zu befriedigen und der Klägerschaft persönlich für die persönlichen Umtriebe eine angemessene Entschädigung zu entrichten?

Präzision vorbehalten.

Alles unter Kosten- und Entschädigungsfolge.»

Die Beklagte beantragte Abweisung der Klage.

Am 8. August 1939 bezeichnete der Kleine Rat des Kantons Graubünden das Bezirksgericht Heinzenberg als unparteiisches Forum für die Durchführung des Prozesses.

Nach Abschluss des Schriftenwechsels wurde der Streitfall gestützt auf ein von beiden Parteien am 10. März/23. September 1942 gestelltes Gesuch vom Bundesgericht übernommen zur erst- und letztinstanzlichen Beurteilung im Sinne von Art. 52 OG. Gemäss der Vereinbarung der Parteien bildeten die dem Bezirksgericht Heinzenberg eingereichten Rechtschriften samt den damit eingelegten und angerufenen Beweismitteln die Grundlage für das Verfahren vor Bundesgericht. Auf Gesuch der Parteien erhob der Instruktionsrichter ferner die Akten der beim Bezirksgericht Heinzenberg hängigen Prozesse Esser ca. Chur und Prader ca. Chur. In diesen Prozessen sind die wegen des Dammbruchs am Prätschsee erhobenen Schadenersatzklagen von zwei privaten Geschädigten zu beurteilen. Ein von den Klägern Esser und Prader gestelltes Gesuch, im vorliegenden Verfahren als Nebenintervenienten zugelassen zu werden, wurde vom Instruktionsrichter am 30. Oktober 1942 abgewiesen.

Ingenieur Seiler und Professor Dr. Staub, die vom Instruktionsrichter als Experten bestellt wurden, bestätigten in ihrem Gutachten vom 21. Juni 1943 ihr dem Kreisamt Schanfigg erstattetes Gutachten vom 30. April 1936 und beantworteten einige Ergänzungsfragen. Für die fischereitechnischen Fragen verwiesen sie auf ein von ihnen mit Ermächtigung des Instruktionsrichters eingeholtes, am 29. April 1943 erstattetes Gutachten von Dr. Schmassmann, Liestal.

D.– Im Verfahren vor Bundesgericht wurden die Rechtsbegehren der Klage im Einverständnis mit der Beklagten wie folgt geändert.

1. Der in Rechtsbegehren 2 eingeklagte Betrag von Fr. 34'570.40 wurde auf Fr. 36'717.15 erhöht.

Am 2. November 1942 gab die Beklagte sodann die Erklärung ab, «dass sie der Klägerin gegenüber für allfälligen zukünftigen Schaden, z.B. Aufwendungen für notwendige Verbauungen im Seebachtobel, der mit dem Ausbruch des Prätschsees vom 4. Juni 1935 nachweisbar in ursächlichem Zusammenhang steht, im Sinne von Art. 58 OR die Haftung übernimmt, sofern und soweit das Bundesgericht die Haftung der Stadt Chur im anhängigen Prozess grundsätzlich feststellt.» Gestützt auf diese Erklärung liess die Klägerin den für allfällig notwendige Sicherungsarbeiten im Seebachtobel eingeklagten Betrag von Fr. 15'000.– fallen, sodass die Klagforderung des Rechtsbegehrens 2 auf Fr. 21'717.15 herabgesetzt wurde.

2. Rechtsbegehren 3 wurde wie folgt ergänzt: «Ist die Beklagte verpflichtet, die Klägerschaft von der Solidarverpflichtung bzw. Bürgschaft zu entlasten».

Durch Schreiben vom 19. Dezember 1942, dem die Klägerin am 31. Januar 1944 zustimmte, erklärte die Beklagte, dass die aus dem Kredit der Graubündner Kantonalbank bezahlten Aufwendungen des Kantons für Sicherungsbauten im Betrag von Fr. 34'669.35 «vorläufig nicht im Streite» seien.

E.– An der heutigen Hauptverhandlung hat die Klägerin die Gutheissung der Klage beantragt, unter Kosten- und Entschädigungsfolge für die Beklagte.

Die Beklagte hat die Abweisung der Klage beantragt unter Kosten- und Entschädigungsfolge für die Klägerin.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1.– Die Stauanlage am Prätschsee steht im Eigentum der Beklagten. Sie stellt ein Werk im Sinne von Art. 58 OR dar. Die Beklagte hat daher

für den eingeklagten Schaden aufzukommen, sofern dieser durch fehlerhafte Herstellung oder mangelhafte Unterhaltung der Stauanlage verursacht wurde.

Nach den Feststellungen der Sachverständigen bestand die Stauanlage aus einem Erddamm, der in der Mitte durch eine dem Abfluss dienende Schleuse unterbrochen war. Zwei quer zum Damm stehende, in Zementbeton ausgeführte Mauern von 40 cm Dicke schlossen die Schleuse seitlich ab. Sie waren durch eine knapp über dem Fundament angebrachte Zementsohle miteinander verbunden. In der durch die Mauern gebildeten Abflussrinne von 70 cm Breite wurde das Wasser durch Bretter gestaut, die aufeinandergestellt und mit ihren beidseitigen Enden in Einschnitte der Seitenmauern eingelassen waren. Wurden alle Bretter eingelegt, so hob sich der Seespiegel um etwa 2 Meter. Seit dem Jahre 1931 befand sich senkrecht über dem obersten Brett ein 40 cm hohes, die ganze Breite der Abflussrinne einnehmendes Sieb, das vom Pächter des Sees angebracht worden war, um die Abwanderung der in den See eingesetzten Fische zu verhindern.

Wie den Ausführungen der Sachverständigen zu entnehmen ist, war die Stauanlage «technisch ungenügend, unfachmännisch und ohne lange Überlegungen erstellt». Die Seitenmauern der Schleuse waren zu schwach dimensioniert und namentlich gegen unten nicht verstärkt; ihre Ausführung war wegen Steineinlagen nicht fachgerecht; ihr Fundament von nur 20 cm genügte nicht, sodass mit einer Unterkolkung gerechnet werden musste. Der Erddamm war mangelhaft fundiert und zu wenig abgedichtet; seine Abmessungen entsprachen nur knapp dem Wasserdruck; das verwendete Material enthielt zu wenig Lehm und wurde beim Bau nicht genügend komprimiert, sodass sich der Damm setzen konnte; vor überströmendem Wasser war der Damm nicht geschützt; vor allem fehlte ein Überlauf. Besitzt aber eine unbewachte Stauanlage keinen unbedingt zuverlässig wirkenden Überlauf, so kann sie selbst bei sonst fehlerfreier Ausführung niemals als fachgemäss bezeichnet werden, es sei denn, die Staumauer sei so hoch, dass sie in jedem Fall genügt. Dies traf aber beim Erddamm am Prätschsee nicht zu. Er war im Gegenteil zu niedrig. Der Abstand vom oberen Rand des obersten Schleusenbrettes bis zur Oberkante der Seitenmauern betrug 65 cm. Diese Abflussöffnung «hätte für sogenannte normale Verhältnisse genügt, nicht aber für ausserordentliche Verhältnisse». Überdies verschlimmerte die Anbringung des Siebes die Abflussverhältnisse wesentlich, auch wenn das Sieb stets gut gereinigt wurde. Das Speichervolumen des Sees wurde dadurch herabgesetzt, der nutzbare Querschnitt des Schleusenüberlaufs verkleinert und die Abflussgeschwindigkeit erheblich verringert. Wie

sich aus der Verfärbung des Betons an einer Schleusenmauer und aus den Spuren am Seeufer ergab, befand sich denn auch der Seespiegel vor dem Dammbbruch gewöhnlich nur 35 cm unter der Oberkante der Schleusenmauern und sogar nur 20 cm unter der Krone des Erddammes, der sich mit der Zeit um 15 cm gesetzt hatte. Zur Abführung von Hochwasser stand daher bei der Schleuse nur eine Überlauföffnung von $0,7 \times 0,2 \text{ m} = 0,14 \text{ m}^2$ zur Verfügung, was einer Abflussmenge von nur 111 Sekundenlitern entspricht. Diese Öffnung war viel zu klein, da das Einzugsgebiet des Sees $1,179 \text{ km}^2$ beträgt und für einen km^2 mit einer maximalen Zulaufmenge von 10 m^3 in der Sekunde oder 10'000 Sekundenlitern gerechnet werden muss. Bei einer solchen Zulaufmenge und der Schwankungshöhe von nur 20 cm war die Speicherungsmöglichkeit des eine Oberfläche von etwa 30'000 m^2 aufweisenden Sees sehr rasch erschöpft, sodass der Damm bald überflutet werden musste. Die verkleinerte Überlauföffnung der Schleuse bot selbst für «sogenannte normale Zeiten» keine hinlängliche Sicherheit mehr.

Nach den Feststellungen der Sachverständigen ist der Dammbbruch vom 4. Juni 1935 aller Wahrscheinlichkeit nach darauf zurückzuführen, dass dem Prätischsee wegen der raschen Schneeschmelze grosse Wassermengen zuflossen, die durch die Schleusenöffnung nicht abfliessen konnten. Der See stieg daher an, überflutete den ganzen Damm und zerfrass ihn. Schliesslich gab die rechte Dammhälfte dem Wasserdruck nach. Sie wurde weggespült und die rechte Schleusenmauer umgerissen, sodass die gestauten Wassermassen ausbrechen konnten. Möglicherweise wurde die Zerstörung der Anlage auch dadurch eingeleitet, dass sie an ihrem Fuss ausgekolkelt war oder dass infolge der fehlerhaften Herstellung Wasser durchgesickert war und den Damm ausgewaschen hatte. «Die unsachgemässe Ausführung des Dammes, die nicht mit den in dieser Höhenlage möglichen meteorologischen Verhältnissen rechnete, hat das erlangte Retentionsvermögen des Sees zur Ursache der angerichteten Katastrophe werden lassen.»

2.– Die Beklagte hat zum Gutachten der Sachverständigen vom 21. Juni 1943 weder Ergänzungsfragen gestellt, noch Einwendungen erhoben. Sie hat auch nicht die Abnahme weiterer Beweise über die Beschaffenheit der Stauanlage und die Ursache des Dammbbruches beantragt. Das Bundesgericht hat sich daher in tatsächlicher Hinsicht an den Befund der Sachverständigen zu halten. Aus diesem ergibt sich aber zwingend der Rechtsschluss, dass die Stauanlage im Sinne von Art. 58 OR fehlerhaft her-

gestellt und – wegen der ständigen Höherstauung durch das später angebrachte Sieb – auch mangelhaft unterhalten war. Der rechtserhebliche Kausalzusammenhang zwischen den Werkmängeln und dem eingeklagten Schaden steht ebenfalls einwandfrei fest. Denn dieser Schaden wurde, wie die Beklagte nicht bestreitet, durch die Rufe und die Überschwemmung in Litzirüti, diese aber wieder durch den Dammbruch am Prätschsee verursacht. Dass aber der Dammbruch die adäquate Folge der Werkmängel war, lässt sich nach den Darlegungen der Sachverständigen nicht in Abrede stellen. Wegen der zu geringen Ausflussöffnung und des fehlenden Überlaufes – zwei Werkmängeln – überflutete das Hochwasser den ungeschützten Damm und zerstörte ihn.

Demgegenüber wendet die Beklagte ein, die Überflutung des Dammes sei auf das Zusammenwirken von zwei Umständen zurückzuführen, die sie nicht zu vertreten habe, nämlich auf die ganz rasche Schneeschmelze, die wegen ihrer aussergewöhnlichen Seltenheit einen Fall höherer Gewalt darstelle, und auf das Verhalten des Pächters Halder, der das den Höherstau bewirkende Sieb angebracht habe. Diese Umstände hätten eine ganz neue Kausalreihe eingeleitet, sodass die ursprünglichen Mängel der Anlage als Ursachen des Dammbruchs ausser Betracht fielen. Die Beklagte hafte auch nicht für den mangelhaften Unterhalt, da sie in dieser Richtung das ihr Zumutbare vorgekehrt habe; denn ihr Angestellter, der Förster Padrutt, habe den Pächter Halder auf die Gefährdung der Stauanlage durch das Sieb aufmerksam gemacht und ihn aufgefordert, das Sieb immer rein zu halten.

Diese Einwände halten indessen nicht stand. Die Berufung auf höhere Gewalt fällt dahin mit der Feststellung der Sachverständigen, dass am Prätschsee bei rascher Schneeschmelze mit einer Zulaufwassermenge von 12 m³ in der Sekunde gerechnet werden muss und dass die Abflussverhältnisse der Stauanlage bei einem solchen Zulauf bei weitem nicht genügen. Die Sachverständigen bemerkten denn auch: «Die Schneemengen von Arosa waren bekannt, desgleichen die oft rapiden Schneeschmelzen in dieser Höhe, und man hätte daher diesen für diese Höhenlage durchaus normalen Verhältnissen mit einer entsprechenden technisch richtigen und den Verhältnissen entsprechenden Anlage Rechnung tragen sollen».

Die Anbringung des Siebes war allerdings eine Massnahme, die sich nach dem Gutachten der Sachverständigen «unter Umständen katastrophal auswirken konnte resp. musste. Es ist absolut nicht ausgeschlossen, eher wahrscheinlich, dass beim Fehlen des Siebes .. die Katastrophe nicht

eingetreten wäre.» Allein dieser Umstand entlastet die Beklagte nicht. Denn nach Anbringung des Siebes befand sich die Stauanlage in einem Zustand mangelhafter Unterhaltung, für den sie als Eigentümerin einzustehen hat ganz ohne Rücksicht darauf, dass nicht sie, sondern ihr Pächter diesen Zustand herbeigeführt hat. Die Haftung gemäss Art. 58 OR ist nämlich rein kausal. Sie wird allein schon durch die Tatsache begründet, dass ein Schaden durch einen Werkmangel verursacht wurde. Der Eigentümer hat für den mangelhaften Zustand als solchen einzustehen, nicht bloss für ein Verhalten, auf das allfällig dieser Zustand zurückzuführen ist. Auf die Ursache des Mangels kommt es daher nicht an (BGE 69 II 398), im vorliegenden Fall schon deshalb nicht, weil der Angestellte der Beklagten, der Förster Padrutt, der mit der Aufsicht über die Prätschalp betraut war, den durch das Sieb herbeigeführten mangelhaften Zustand seit langem kannte und duldete. Ebensowenig kann sich die Beklagte der Werkhaftung Dritten gegenüber mit dem Hinweis entziehen, dass sie den Unterhalt des Werkes ihrem Pächter übertragen habe und dass dieser das Sieb entgegen dem Pachtvertrag ohne ihre vorherige Genehmigung angebracht und entgegen der Weisung ihres Angestellten nicht gereinigt habe. Denn Art. 58 OR lässt den Werkeigentümer nicht zum Nachweis zu, dass er die ihm zur Verhütung und Behebung von Werkmängeln zumutbaren Vorkehren getroffen habe (BGE 69 II 398 f.). Der weitere Einwand der Beklagten, das vom Pächter angebrachte Sieb sei weder Bestandteil noch Zugehör des ihr gehörenden Werkes gewesen, ist ganz unbehelflich, selbst wenn diese Behauptung zutreffen sollte. Denn es kommt nicht auf die sachenrechtlichen Verhältnisse, sondern darauf an, dass das Sieb mit dem Werk verbunden und dass dadurch das Werk als Ganzes mangelhaft war.

3.– Die Beklagte ist somit verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, den die Klägerin durch den Dammbruch am Prätschsee erleidet. Die Klägerin verlangt mit ihrem ersten Rechtsbegehren die grundsätzliche Feststellung dieser Rechtspflicht. Diesem Feststellungsbegehren ist zu entsprechen, da nicht ausgeschlossen ist, dass sich zwischen den Parteien in der Folge noch Streit über den im vorliegenden Verfahren nicht zu beurteilenden Schaden erhebt. Das Interesse der Klägerin an der sofortigen Feststellung der grundsätzlichen Haftung der Beklagten ist daher gegeben. Zu ersetzen ist der im Sinne des Gesetzes verursachte Schaden, sodass es der von der Klägerin verlangten nähern Kennzeichnung (direkter und indirekter Schaden) nicht bedarf.

Den Schaden, dessen Ersatz im vorliegenden Verfahren verlangt wird, beziffert die Klägerin gemäss Rechtsbegehren 2 und nach Abschluss des hievor erwähnten Teilvergleichs vom 2. November 1942 noch auf Fr. 21'717.15.

An diesen Betrag wurden der Klägerin aus dem Kredit der Graubündner Kantonalbank bereits Fr. 13'597.15 (nebst Zinsen im Betrag von Fr. 1'808.35) ausbezahlt, sodass sie für ihre folgenden, für die Abwehrmassnahmen und Räumungsarbeiten in Litzirüti geleisteten Zahlungen bereits entschädigt ist:

Pos.d.Klageschrift:

5.	An Zaugg für Betten an die Sicherungsmannschaft	Fr.	12.–
6.	An Prader für Verpflegung an Feuerwehr Langwies	Fr.	280.60
7.	An Danuser für Verpflegung an Feuerwehr Langwies	Fr.	200.50
8.	An Burkhardt für Bauaufsicht	Fr.	234.–
9.	do.	Fr.	403.10
10.	An J. & G. Mattli für Lohn	Fr.	165.–
11.	An Chur-Arosa-Bahn für Holztransporte	Fr.	77.70
12.	An Pirovino für Bauaufsicht	Fr.	204.–
13.	An Securitas für Bewachungsdienst	Fr.	66.30
14.	An Internationale Zivildienstvereinigung für Räumungsarbeiten	Fr.	7'000.–
15.	An Brandt für Photo-Aufnahmen	Fr.	72.–
16.	An Wittmer für Taxi-Fahrten	Fr.	10.20
17.	An Telephonverwaltung für Gespräche und Material	Fr.	4.–
18.	An Hug, Silberfuchsfarm	Fr.	95.30
19.	An Gemeindepräsident Mettler für Telephon- und Portoauslagen	Fr.	126.05
20.	An Feuerwehr Langwies für Räumungs- und Sicherungsarbeiten	Fr.	2'646.40

22. An die Beamten der Klägerin als Entschädigung für besondere Bemühungen und Auslagen in der Dammbbruch-Angelegenheit	Fr.	2'000.–
Gleich dem oben angeführten Betrag	Fr.	<u>13'597.15</u>

Alle angeführten Zahlungen sind durch Quittungen ausgewiesen. Die Beklagte hat die Höhe und die Angemessenheit dieser Aufwendungen anerkannt für den Fall, dass sie grundsätzlich haftbar ist (Protokoll des Rechtstages vom 4. November 1942).

Noch nicht entschädigt ist die Klägerin somit nur für einen Betrag von Fr. 8'120.–. Hievon fällt ein Betrag von Fr. 1'200.– ausser Betracht, da es sich hiebei um eine Zahlung an den Anwalt der Klägerin handelt (Pos. 23 der Klageschrift), die bei der Bemessung der Prozesskostenentschädigung zu berücksichtigen ist. Der Rest von Fr. 6'920.– setzt sich wie folgt zusammen:

Fr. 3'000.– zahlte die Klägerin zur Tilgung der Restforderung der Internationalen Zivildienstvereinigung (Pos. 21 der Klageschrift). Dieser Posten wird von der Beklagten nicht bestritten.

Das Kreisamt Schanfigg auferlegte den «Geschädigten von Lit-zirüti» einen Drittel der Kosten der vorläufigen Beweisaufnahme, nämlich Fr. 3'920.–. Diesen Betrag hat die Klägerin bezahlt (Pos. 1–4 der Klageschrift). Auch dieser Posten wird von der Beklagten nicht bestritten.

Das Rechtsbegehren 2 ist somit noch im Betrag von Fr. 6'920.– zuzusprechen. Auch den eingeklagten Zins von 5% seit 29. April 1936 kann die Klägerin nur von diesem Betrag verlangen. Denn mit den am 20. Dezember 1938 ausbezahlten Fr. 13'597.15 erhielt sie an Zins bereits Fr. 1'808.35, nämlich den Zins von Fr. 11'597.15 bis zum 20. Dezember 1938, der allerdings nur zu 4½ %, aber schon vom 25. Juni 1935 an berechnet wurde. Nur für den Betrag von Fr. 2'000.–, der zur Entschädigung der Beamten der Klägerin diente, wurde kein Zins ausbezahlt. Der Klägerin erwuchs aber daraus kein Nachteil, da sie diesen Betrag vorher nicht aus eigenen Mitteln ausgerichtet hatte. Unter diesen Umständen kann die Klägerin für die ihr am 20. Dezember 1938 ausbezahlten Beträge keinen Zins nachfordern.

Die Zahlung von insgesamt Fr. 15'405.50, welche die Klägerin am 20. Dezember 1938 erhielt, ging zu Lasten eines Kredites, den sie selbst als Solidarschuldnerin aufgenommen hatte, zusammen mit der Beklagten, der

Bürgergemeinde Chur und dem Kanton Graubünden. Die Klägerin ist daher für die Fr. 15'405.50 nur dann im vollen Umfang entschädigt, wenn die Beklagte im Sinne des Rechtsbegehrens 3 verpflichtet wird, die Klägerin im ausbezahlten Betrag von ihrer Solidarschuld zu befreien. Die weiteren Zahlungen, welche die Graubündner Kantonalbank aus diesem Kredit leistete, stehen gemäss den Erklärungen der Parteien im vorliegenden Verfahren nicht im Streite. Der Klägerin ist aber für den Fall, dass sie für diese Zahlungen von der Bank belangt werden sollte, das Recht zu wahren, die Frage eines Rückgriffs auf die Beklagte erneut zum Gegenstand eines Prozesses zu machen.

4.– Das Rechtsbegehren 4 erweist sich als Begehren auf Prozesskostenersatz, das begründet ist, da die Beklagte in der Hauptsache unterliegt. Die Beklagte hat daher der Klägerin die gesamten ihr durch die Wahrung ihrer Interessen in der Dammbbruchangelegenheit entstandenen Auslagen zu ersetzen, nämlich Fr. 4'000.– für Anwaltshonorar und – gemäss der heute zu den Akten gegebenen Aufstellung – Fr. 1'085.95 für Auslagen des Anwalts. In diesen Beträgen sind Pos. 23 der Klageschrift und die der Klägerin vor Bezirksgericht Heinzenberg erwachsenen Auslagen inbegriffen.

Demnach erkennt das Bundesgericht:

1.– Die Beklagte ist verpflichtet, den Schaden zu ersetzen, den die Klägerin durch den Dammbbruch am Prätschsee vom 4. Juni 1935 erleidet.

2.– Die Beklagte hat der Klägerin Fr. 6'920.– nebst Zins zu 5% seit 29. April 1936 zu bezahlen.

3.– Die Beklagte hat die Klägerin von der Solidarverpflichtung für die von der Graubündner Kantonalbank in der Angelegenheit Dammbbruch am Prätschsee geleisteten Zahlungen von Fr. 15'405.50 zu entlasten, mit der Massgabe, dass die Frage der Entlastungspflicht bezüglich weiterer Zahlungen der Bank, für welche die Klägerin in Anspruch genommen werden sollte, offenbleibt.

4.– Die bundesgerichtlichen Kosten, bestehend in:

a) den Instruktionskosten von Fr. 811.85

- | | | | | |
|----|----------------------|-----|-----|-------|
| b) | einer Gerichtsgebühr | von | Fr. | 800.– |
| c) | den Schreibgebühren | von | Fr. | 74.– |
| d) | den Kanzleiauslagen | von | Fr. | 41.10 |

werden der Beklagten auferlegt; diese hat ausserdem der Klägerin an Prozesskosten Fr. 5'085.95 zu vergüten (Fr. 4'000.– für Anwaltshonorar und Fr. 1'085.95 für Auslagen des Anwalts).

5.– Dieses Urteil ist den Parteien schriftlich mitzuteilen.

-----oOo-----

Lausanne, den 28. März 1944.

Im Namen der

I. ZIVILABTEILUNG

des SCHWEIZERISCHEN BUNDESGERICHTS,

Der Präsident:

Der Sekretär:

II. Urteil des Bundesgerichts C.83/74 vom 24. September 1974

I. ZIVILABTEILUNG

Sitzung vom 24. September 1974

Es wirken mit: Bundesrichter Schmid, präsidierendes Mitglied, Chatelain,
Rüedi, Stoffel, Ersatzrichter Goepfert und Gerichtsschreiber Imboden.

In Sachen

Verband A. _____,

Beklagter und Berufungskläger, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. E. Bru-
hin,

gegen

B. _____ AG

Klägerin und Berufungsbeklagte, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Simon
Frick,

betreffend Haftung des Werkeigentümers; Verjährung,

hat sich ergeben:

A. ---

B. ---

C. ---

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. ---

2. Nach Art. 58 Abs. 1 OR hat der Eigentümer eines Gebäudes oder eines andern Werkes den Schaden zu ersetzen, den diese infolge von fehlerhafter Anlage oder Herstellung oder von mangelhafter Unterhaltung verursachen.

a) Unter Werken im Sinne dieser Bestimmung sind Gebäude sowie bauliche oder technische Anlagen zu verstehen, die mit Grund und Boden dauernd verbunden sind. Der Begriff umfasst auch Teile und Zugehör, wenn sie mit dem Werk oder mit dem Erdboden fest verbunden sind, z.B. Mauern, Abschränkungen und Schutzbauten als Teile einer Strasse, Treppen, Aufzüge und Leitungen als Bestandteile eines Hauses (BGE 61 II 325, 63 II 96, 69 II 398 Erw. 3, 74 II 156, 88 II 420 Erw. 2, 90 II 229 Erw. 2, 94 II 153, 96 II 35). Art. 58 OR ist jedoch nicht anwendbar, wenn ein Werk sich erst im Bau oder vorübergehend in einem Reparaturzustand befindet. Die Kausalhaftung des Werkeigentümers setzt vielmehr voraus, dass der Schaden auf einen Fehler in der Anlage oder einen Unterhaltsmangel eines fertiggestellten und bestimmungsgemäss gebrauchten Werkes zurückzuführen ist (BGE 95 II 233 Erw. 2 mit Zitaten, 96 II 341 Erw. b).

Diese Voraussetzung ist hier nicht erfüllt. Das Kantonsgericht stellt zwar fest, der Einbau des Kanals unter dem Bach C. _ samt den Dammaufschüttungen sei 1971 beendet worden. Dass der Sammelkanal von U. _____ 1971, als der Bach den linken Damm an der wieder

aufgeschütteten Stelle durchbrach, bereits fertig erstellt gewesen und benutzt worden sei, ist dem angefochtenen Urteil aber nicht zu entnehmen und ist auch von keiner Seite behauptet worden. Aus den bei den Akten liegenden Tagesrapporten des Unternehmers erhellt im Gegenteil, dass am Sammelkanal noch während Wochen gearbeitet, insbesondere mit dem Tieflöffel noch Erde ausgehoben, Schächte eingebaut, Sohlen betoniert und Rohre verlegt wurden. Nach dem Verlauf der Dinge muss sogar angenommen werden, dass 1971 selbst die Wiederherstellung des Dammes noch nicht abgeschlossen war. Die Klägerin warf dem Beklagten im kantonalen Verfahren denn auch vor, die Einschnitte seien nach dem Verlegen der Rohre nur mangelhaft zugeschüttet, das wasserdurchlässige Kies- und Sandmaterial nicht gefestigt, die Wehrsteine auf der Innenseite nur lose aufeinandergeschichtet und die Oberflächen des Dammes nicht mit Pflanzen gesichert worden. Das Wiederanpflanzen war nach dem angefochtenen Urteil erst für die Zeit nach dem Unwetter vorgesehen. Entscheidend ist indes, dass der Sammelkanal sich 1971 noch im Bau befand und, was unbestritten ist, erst später seiner Bestimmung gemäss benutzt wurde.

Das schliesst eine Haftung des Beklagten als Werkeigentümer der D.____ und deren Sammelkanäle zum vorneherein aus.

b) Fehl geht das Kantonsgericht übrigens auch mit der Annahme, der Damm des Baches gehöre an der Stelle, an der er zur Verlegung der Rohre abgetragen und wieder aufgeschüttet worden ist, zum Sammelkanal, sei als Teil dieses Werkes zu betrachten.

Richtig ist, dass ein Werk im Sinne von Art. 58 OR auch im Eigentum Dritter befindliche Teile umfassen kann, weil sich nicht nach Sachenrecht, sondern nach der Bestimmung des Werkes entscheidet, was zu diesem gehört; sein Umfang kann daher weiter gehen als das Eigentum am Werk (vgl. BGE 59 II 176, 63 II 96, 74 II 156, 79 II 77). Diese Rechtsprechung beruht auf der Überlegung, dass wer ein Werk als Ganzes erstellt hat und es benutzt, auch für dessen Unterhalt sorgen und allfällige Mängel beheben soll (BGE 91 II 283 ff.). Das heisst nicht, dass eine räumliche Beziehung genüge. Boden oder Sachen, die im Eigentum Dritter stehen, müssen mit dem Werk auch funktionell zusammenhängen. Das trifft zu, wenn sie ihm dienen.

Dieser Zusammenhang ist hier nicht gegeben. Der über dem Sammelkanal liegende Damm wurde abgetragen, um die Rohre ohne Pressverfahren verlegen zu können; dann wurde er wieder aufgeschüttet. Mit der

Benützung des Kanals, die damals übrigens noch ausstand, hat der darüber liegende Damm nichts zu tun. Dieser soll die Talebene vielmehr vor Überschwemmungen schützen, wenn der Bach Hochwasser führt.

Dass die Gemeinde U. _____ als Eigentümerin des Dammes dem Beklagten ein Durchleitungsrecht eingeräumt hat und die Haftung des Eigentümers nach Rechtsprechung und Lehre abzulehnen ist, wenn der Dienstbarkeitsberechtigte für eine Eigentumsüberschreitung aus selbständigem Verhalten passiv legitimiert ist (BGE 91 II 287/8 mit Zitaten), ändert nichts. Weder das eine noch das andere hilft darüber hinweg, dass die mangelhafte oder jedenfalls zu späte Instandstellung des Dammes nach Verlegen der Rohre nicht mit der Benützung des Kanals, sondern nur mit dessen Einbau zusammenhing. Diese Arbeit ist übrigens von einem selbständigen Unternehmen, nicht vom Beklagten selber ausgeführt worden.

c) Ist somit eine Haftung des Beklagten aus Art. 58 OR zu verneinen, so kann offen bleiben, ob die Verjährungseinrede begründet sei.

3.- ---

Demnach erkennt das Bundesgericht:

1.- Die Berufung wird gutgeheissen, das Urteil des Kantonsgerichtes – II. Zivilkammer – St. Gallen vom 21. Dezember 1973 aufgehoben und die Klage abgewiesen.

2.- Die bundesgerichtlichen Kosten, bestehend aus:

- | | | | | |
|----|----------------------|-----|-----|-----------|
| a) | einer Gerichtsgebühr | von | Fr. | 1'200.--, |
| b) | den Schreibgebühren | von | Fr. | 120.--, |
| c) | den Kanzleiauslagen | von | Fr. | 30.--, |

werden der Klägerin auferlegt.

3.- Die Klägerin hat die Beklagte für das Berufungsverfahren mit Fr. 1'200.-- zu entschädigen.

4.– Die Sache wird zu neuer Entscheidung über die Kosten und Entschädigung für das kantonale Verfahren an das Kantonsgericht St. Gallen zurückgewiesen.

5.– Dieses Urteil ist den Parteien und dem Kantonsgericht – II. Zivilkammer – St. Gallen schriftlich mitzuteilen.

Lausanne, den 24. September 1974

Fk

Im Namen der I. Z I V I L A B T E I L U N G
des SCHWEIZERISCHEN BUNDESGERICHTS

Das präsidierende Mitglied:

Der Gerichtsschreiber:

Einleitung

1. In dieser Monografie untersuche ich die **Haftungsbestimmungen des StAG**.¹ Ich untersuche mit anderen Worten die Haftung für Stauanlagen. 1

Der DUDEN versteht unter «Stauanlage» ein Stauwerk und verwendet die Wörter «Staudamm», «(Stau-)Wehr» und «Talsperre» synonym.² Die Fachsprache misst diesen Wörtern jedoch unterschiedliche Bedeutungen zu (Rz. 54–92).³ Ich verwende das Wort «Stauanlage» als Sammelbegriff für alle Typen von Stauanlagen (Rz. 54–71). Wenn ich von «Stauanlage» spreche, meine ich damit jeweils den ganzen Komplex einer Stauanlage, das heisst alle Bestandteile der Stauanlage (Rz. 72–92) und somit nicht nur das Absperrbauwerk (Rz. 73 und Fn. 3). In der juristischen Literatur wird teilweise statt von «Stauanlage» auch von «Staueinrichtung» oder «Einrichtung zur Stauhaltung» gesprochen.⁴ 2

2. In der Einleitung erläutere ich zuerst das Untersuchungsinteresse (Rz. 4–25). Anschliessend umreisse ich den Gegenstand der Untersuchung (Rz. 26–116) und zuletzt skizziere ich den Gang der Untersuchung (Rz. 117–122). 3

1 Art. 13–21 StAG.

2 DUDEN, zu «Stauanlage».

3 Ein «Staudamm» ist ein Damm, also ein aus Erd- und Felsmaterial bestehendes Bauwerk (Rz. 73), wohingegen eine «Staumauer» eine Mauer und damit ein aus Beton oder Natursteinen bestehendes Bauwerk ist (Rz. 73). Das «Wehr» (Rz. 73) ist ein Bauwerk, das aus Stein, Holz und/oder Eisen besteht. Der Staudamm, die Staumauer und das Wehr sind das Absperrbauwerk einer Stauanlage (Rz. 73). Sperrt das Absperrbauwerk einer Stauanlage ein ganzes Tal ab, handelt es sich bei der Stauanlage um eine Talsperre (Rz. 56). Sperrt das Absperrbauwerk einer Stauanlage hingegen nur einen Flussquerschnitt ab, handelt es sich bei der Stauanlage um eine Flusssperrre (Rz. 58).

4 Z.B. STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 165; BOTSCHAFT Wasserbaupolizei (9.4.1952), S. 704 *in initio*.

I. Untersuchungsinteresse

- 4 1. Der Staudamm «Sadd-el-Kafara», die erste Stauanlage der Welt,⁵ wurde um etwa 2600 vor Christus rund 30 Kilometer südlich von Kairo (Ägypten) gebaut.⁶ Dieser Staudamm war 14 Meter hoch, wies eine Kronenlänge⁷ von 110 Metern auf und verfügte über ein Stauvolumen von 0,5 Millionen Kubikmetern Wasser.⁸ Dies entspricht einem Stauvolumen von 500 Millionen Litern oder 200 olympischen Schwimmbecken.⁹ Infolge eines Hochwassers wurde der dem Hochwasserschutz dienende Staudamm «Sadd-el-Kafara» jedoch nicht vollendet.¹⁰
- 5 2. Die Menschen bauten im Laufe der Jahrhunderte immer wieder Stauanlagen. Neben dem Staudamm «Sadd-el-Kafara» (Rz. 4) wurden in vor- und früh-römischer Zeit viele andere Talsperren, insbesondere im arabischen Raum und in Sri Lanka, errichtet.¹¹ Die Menschen verfügten also schon früh über fortgeschrittene Techniken, um solch komplexe Projekte realisieren zu können. Die

5 HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 241, dem zufolge sogar Überreste von Bewässerungskanälen im heutigen Iran aus der Zeit um 8000 vor Christus gefunden wurden.

6 GARBRECHT, Sadd-el-Kafara (1987), S. 99 und 102; SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 20/1986, S. 486.

7 Die «Krone» ist der obere Abschluss eines Absperrbauwerkes (DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 50 *in initio*). Als Kronenlänge gilt die Länge der Krone zwischen den Talflanken (DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 50 *in initio*).

8 GREWE, Meisterwerke (2010), S. 9; GARBRECHT, Sadd-el-Kafara (1987), S. 102; SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 20/1986, S. 486.

9 Ein olympisches Schwimmbecken mit einer Länge von 50 Metern, einer Breite von 25 Metern und einer Tiefe von 2 Metern fasst 2500 Kubikmeter Wasser. 2500 Kubikmeter Wasser entsprechen 2,5 Mio. Litern Wasser. Das olympische Schwimmbecken verwende ich in der vorliegenden Monografie jeweils als Vergleichsgrösse.

10 GARBRECHT, Sadd-el-Kafara (1987), S. 101 und 107–108; SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 20/1986, S. 485–486; siehe auch GREWE, Meisterwerke (2010), S. 9, dem zufolge der Staudamm «Sadd-el-Kafara» jedoch nur möglicherweise gar nie fertiggestellt wurde.

11 SCHNITTER, Verzeichnis (1987), S. 11; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 11.

Römer errichteten viele Stauanlagen und entwickelten dabei die Technik weiter.¹² So bauten die Römer etwa im 2. Jahrhundert nach Christus die sich immer noch in Betrieb befindliche «Proserpina-Talsperre» bei Mérida (Spanien).¹³ Die Proserpina-Talsperre ist 427 Meter lang und rund 21 Meter hoch.¹⁴

3. Nach dem Untergang des römischen Reichs wurden in Europa erst im Hochmittelalter wieder grössere Wasserbauten errichtet.¹⁵ Treiber dieser Entwicklung waren die Bevölkerungszunahme im 12. Jahrhundert und die industrielle Revolution.¹⁶ Die Menschen stauten zum Beispiel Mühleweiher oder -teiche durch Erddämme auf.¹⁷ Diese Stauanlagen erreichten jedoch nie das architektonische Niveau römischer Stauanlagen.¹⁸ 6

4. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts wurden in der Schweiz diverse Stauanlagen, insbesondere Talsperren, gebaut.¹⁹ Darunter befand sich auch die erste Betonsperre Europas, die Stauanlage «Pérolles» an der Sarine bei Maigrauge (FR).²⁰ Aufgrund des Ausbaus der Wasserkraft zwischen 1950 und 1970 herrschte in diesen Jahren ein regelrechter Talsperren-Bauboom.²¹ In diesen Jahrzehnten wurden rund 80 Talsperren von über 15 Metern Höhe errichtet, darunter auch die 285 Meter hohe Monumentalbaute «Grande Dixence» (VS), die noch heute 7

12 SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 20/1986, S. 485.

13 DIAZ-MARTA PINILLA/FERNÁNDEZ-ORDÓÑEZ, Talsperren (1991), S. 140, denen zufolge die «Proserpina-Talsperre» heute noch für die Bewässerung von Gärten genutzt wird.

14 GREWE, Meisterwerke (2010), S. 19.

15 Vgl. ROUVÉ, Talsperren (1987), S. 302.

16 SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1328.

17 SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1328.

18 SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1328.

19 SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1330–1333.

20 BINDER, Stauanlagen (2001), S. 2; SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 10;

SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1332.

21 Vgl. POLTIER, Énergie (2020), Rz. 209; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6040; WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 6 Rz. 6.

zu den höchsten²² Stauanlagen²³ der Welt zählt.²⁴ Seither wurden in der Schweiz nur noch vereinzelt neue Projekte realisiert, wie zum Beispiel das im Jahre 2016 fertiggestellte Pumpspeicherwerk «Limmern» (GL).²⁵ Seit Juni 2019 bauen zudem die Kraftwerke Oberhasli AG beim Grimsensee (BE) eine neue Stauanlage²⁶, die das Absperrbauwerk der bestehenden Stauanlage «Spitallamm» «ersetzen» soll.²⁷ Schliesslich wurden einzelne Talsperren zwecks Vergrösserung des Speichervolumens erhöht.²⁸ So erhöhte etwa der Energiekonzern «Alpiq» das Absperrbauwerk der Stauanlage «Vieux-Emosson» (VS) um 20 Meter auf 65 Meter.²⁹

- 8 **5. Stauanlagen sind Ingenieurmeisterleistungen.**³⁰ Trotzdem wohnt Stauanlagen – unabhängig von ihrer Grösse – ein **erhebliches Gefährdungs- und Schädigungspotenzial** inne,³¹ das zum Beispiel mit jenem von Kernkraftwerken vergleichbar ist.³² Wie die folgenden Beispiele belegen (Rz. 9–21), kann

22 Nach ihrer Fertigstellung verfügte die Stauanlage «Grande Dixence» über das höchste Absperrbauwerk (Rz. 73) der Welt (PANDURI, Hinweise). Inzwischen sind zwar Stauanlagen mit einem höheren Absperrbauwerk gebaut worden. Allerdings verfügt die Stauanlage «Grande Dixence» nach wie vor über die höchste Gewichtsstaumauer der Welt, d.h., es gibt höhere Dämme und Bogenstaumauern, nicht aber höhere Gewichtsstaumauern (PANDURI, Hinweise; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern [1994], S. 4).

23 In der Fachsprache als «Absperrbauwerk» bezeichnet (Rz. 2 und 73).

24 BINDER, Stauanlagen (2001), S. 5–9; SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 10; siehe auch SCHNITTER, Schweizerische Bauzeitung 8/1953, S. 116.

25 STALDER, NZZ (3.9.2016), S. 16.

26 Das Absperrbauwerk dieser Stauanlage ist eine Bogenmauer (Rz. 73; PANDURI, Hinweise).

27 Die neue Stauanlage wird unmittelbar vor die alte Stauanlage gebaut («Bau der neuen Staumauer beginnt im Juni», Der Bund [23.3.2019], S. 27; siehe dazu auch BGer 1C_356/2019 [4.11.2020]); die Kraftwerke Oberhasli AG planen zudem beim Triftgletscher (BE) eine neue Stauanlage (HÄNE, Der Bund [9.8.2019], S. 8; STALDER, NZZ [27.6.2019], S. 14).

28 SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 12.

29 «Höhere Staumauer», NZZ (26.9.2014), S. 10.

30 In diesem Sinne auch FOURNIER, Diss. FR (2002), S. VII; BINDER, Stauanlagen (2001), S. 2; TERCIER/ROTEN, Colloque (2001), S. 1 *in initio* «imposant structure»; KREUZER, Schweizer Ingenieur und Architekt 49/1983, S. 1182 und 1188, der Talsperren als «monumental» (S. 1182) bzw. «Monumentalbauten» (S. 1188) bezeichnet.

31 Siehe TERCIER/ROTEN, Colloque (2001), S. 1.

32 KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 255.

insbesondere das Versagen des Absperrbauwerkes aufgrund der zerstörerischen Kraft von austretendem Wasser katastrophale Folgen zeitigen.³³ Eine Stauanlage kann jedoch auch während des Normalbetriebs Schaden verursachen. Darauf werde ich zurückkommen (Rz. 225 und 543–621).

a. Am 31. Mai 1889 brach das Absperrbauwerk der im US-Staat Pennsylvania gelegenen «South-Fork-Talsperre» infolge heftiger tagelanger Niederschläge.³⁴ In der Folge entleerte sich der Stausee innert 45 Minuten, wobei eine Wasserwand von über 10 Metern Höhe mit rund 4,5 Millionen Pferdestärken ins Tal donnerte.³⁵ Sie zerstörte Johnstown und weitere Ortschaften.³⁶

33 Die weltweite Liste von Stauanlagenunfällen ist lang und wird jedes Jahr länger. So barst am 25.1.2019 das Rückhaltebecken des Eisenerzförderers Vale in Brasilien; dabei kamen 270 Menschen ums Leben. Im September 2019 verurteilte ein brasilianisches Gericht den Bergbaukonzern Vale zur Zahlung einer Entschädigung von umgerechnet CHF 2,8 Mio. an eine Familie, die drei Angehörige verloren hatte. Im Februar 2020 liess die brasilianische Justiz die Anklage u.a. gegen den Bergbaukonzern Vale und eine Tochtergesellschaft des Prüfunternehmens TÜV Süd zu (zu alledem «Anklage wegen Dammbruch in Brasilien zugelassen», NZZ [17.2.2020], S. 2; «Vale muss Entschädigung wegen Dammbruchs zahlen», NZZ [21.9.2019], S. 28; «Verhaftungen nach Dammbruch», NZZ [30.1.2019], S. 22; BUSCH, NZZ [29.1.2019], S. 23). Ferner brach ein Deich im April 2019 im Osten Kanadas, weshalb über 5000 Menschen evakuiert werden mussten («Flucht vor Flutwelle», Der Bund [30.4.2019], S. 28). Schliesslich brachen im Mai 2020 zwei Dämme im US-Staat Michigan, weshalb über 10 000 Menschen evakuiert werden mussten (BLASCHKE, NZZ Online [21.5.2020], *passim*).

34 «Der Einsturz des South-Fork Dammes und die Zerstörung von Johnstown in Pennsylvanien», Schweizerische Bauzeitung 3/1889, S. 13 und 15.

35 «Der Einsturz des South-Fork Dammes und die Zerstörung von Johnstown in Pennsylvanien», Schweizerische Bauzeitung 4/1889, S. 19–20; «Der Einsturz des South-Fork Dammes und die Zerstörung von Johnstown in Pennsylvanien», Schweizerische Bauzeitung 3/1889, S. 13 und 15; siehe auch McCULLOUGH, Johnstown (1968), S. 147. Augenzeugen haben die Flutwelle laut McCULLOUGH wie folgt beschrieben: «Those who actually saw the wall of water would talk and write of how it «snapped off trees like pipestems» or «crushed houses like eggshells» or picked up locomotives (and all sorts of other immense objects) «like so much chaff». But what seemed to make the most lasting impression was the cloud of dark spray that hung over the front of the wave.» (McCULLOUGH, Johnstown [1968], S. 146).

36 «Der Einsturz des South-Fork Dammes und die Zerstörung von Johnstown in Pennsylvanien», Schweizerische Bauzeitung 4/1889, S. 19; «Der Einsturz des South-Fork Dammes und die Zerstörung von Johnstown in Pennsylvanien», Schweizerische Bauzeitung 3/1889, S. 13; siehe auch McCULLOUGH, Johnstown (1968), S. 184 «Nearly all of Johnstown had been destroyed. That it was even the same place was very difficult to comprehend.».

Aufgrund des Versagens des Absperrbauwerkes der «South-Fork-Talsperre» starben rund 4000 Personen, und es entstand ein Sachschaden von USD 35 Millionen.³⁷

- 10 **b.** Im Zweiten Weltkrieg griff die 617. Bomberstaffel³⁸ der *Royal Air Force* in der Nacht vom 16. auf den 17. Mai 1943 im Rahmen der Operation «Chastise» in Deutschland unter anderem die «Möhnetalsperre» mit Spezialbomben (sogenannten Rollbomben) an.³⁹ Eine Rollbombe explodierte circa 10 Meter unterhalb des Wasserspiegels und riss ein Loch von 76 Metern Breite und 23 Metern Tiefe in das Absperrbauwerk.⁴⁰ Innerhalb von 12 Stunden liefen 116 Millionen Kubikmeter Wasser⁴¹ aus.⁴² Die 10 Meter hohe Flutwelle tötete mindestens 1500 Menschen und zerstörte oder beschädigte bis zu 65 Kilometer flussabwärts Häuser und Brücken.⁴³
- 11 **c.** Am 9. Oktober 1963 brachen 260 Millionen Kubikmeter Gestein aus einer Talflanke beim Stauraum in den durch die «Vajont-Talsperre» gestauten See und verursachten am Gegenhang einen Wasserschwall von 200 Metern Höhe.⁴⁴ Dieser Wasserschwall brandete zurück und schwappte über das Absperrbauwerk der «Vajont-Talsperre».⁴⁵ 25 Millionen Kubikmeter Wasser⁴⁶

37 «Der Einsturz des South-Fork Dammes und die Zerstörung von Johnstown in Pennsylvania», Schweizerische Bauzeitung 4/1889, S. 20; siehe ferner McCULLOUGH, Johnstown (1968), S. 269–285, der jedoch von rund 2200 Toten spricht.

38 Die 617. Bomberstaffel der *Royal Air Force* ist auch noch heute im Einsatz und trägt aufgrund der Operation «Chastise» den Rufnamen «*Dambusters*», wobei ihr Staffelsymbol den Wahlspruch «*Après nous le déluge*» ziert (BLANK, Ruhrschlacht [2013], S. 180).

39 BLANK, Ruhrschlacht (2013), S. 174 und 176–177.

40 KIRSCHMER, Schweizerische Bauzeitung 20/1949, S. 277; siehe auch BLANK, Ruhrschlacht (2013), S. 179.

41 Dies entspricht 116 Mrd. Litern oder 46 400 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

42 KIRSCHMER, Schweizerische Bauzeitung 20/1949, S. 277.

43 BLANK, Ruhrschlacht (2013), S. 174; KIRSCHMER, Schweizerische Bauzeitung 20/1949, S. 277, insbesondere S. 278–280 zum Ablauf der Hochwasserwelle.

44 SAUER, NZZ (23.2.2005), S. 9. MÜLLER spricht von 310 Mio. Kubikmetern Gestein (MÜLLER, Impulswellen [1995], S. 129).

45 SAUER, NZZ (23.2.2005), S. 9.

46 Dies entspricht 25 Mrd. Litern oder 10 000 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

ergossen sich auf das in der italienischen Region Venetien gelegene Dorf Longorone und zerstörten dieses beinahe vollständig.⁴⁷ Über 2000 Menschen starben beim *Disastro del Vajont*.⁴⁸

6. Die Schweiz blieb bislang von grösseren Stauanlagenunfällen verschont.⁴⁹ 12
Soweit ersichtlich, haben nur fünf Schweizer Stauanlagen versagt (Rz. 13–19).⁵⁰ Allerdings starben aufgrund einer gebohrten Druckwasserleitung mehrere Personen (Rz. 20).⁵¹

a. Ein Wirt erstellte ohne technische Unterstützung auf der Weissenstein-Alp 13
in der Nähe des Albula-Passes (GR) einen 115 Meter langen und 3,5 Meter

47 SAUER, NZZ (23.2.2005), S. 9. MÜLLER spricht von 40 Mio. Kubikmetern Wasser (MÜLLER, Impulswellen [1995], S. 129).

48 SAUER, NZZ (23.2.2005), S. 9; MÜLLER, Impulswellen (1995), S. 17 und 129; STRICKLER, Diss. SG (1982), S. 68.

49 Nicht als Stauanlagenunfall gilt die Gletscherabbruchkatastrophe bei der Stauanlage «Mattmark». Am 30.8.1965 verschüttete eine Eislawine die Baustelle der Stauanlage «Mattmark». Dabei starben 88 Menschen (zu alledem THELER, NZZ [31.8.2015], S. 11; siehe auch «Die Katastrophe von Mattmark», NZZ [31.8.1965], S. 25–26 [bzw. Blatt 3 der Abendausgabe]; siehe auch TERCIER/ROTEN, Colloque [2001], S. 1 [Anm. 2]; STRICKLER, Diss. SG [1982], S. 68).

50 Bei zwei Schweizer Stauanlagen schwappte Wasser über, verursachte jedoch keine Schäden (Fn. 109) im Unterliegergebiet (Fn. 167). Es handelt sich um die Uferrutschung am Davosersee (GR) am 7.2.1923 und die Schneelawine in den Räterichsbodensee (BE) am 22.12.1962 (beide zitiert nach MÜLLER, Impulswellen [1995], S. 128–129). Kein Wasser schwappte hingegen über die Stauanlage «Gigerwald» (SG) beim Lawinenniedergang am 20.1.1981 (MÜLLER, Impulswellen [1995], S. 131).

51 Die nachfolgende Liste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. So hat sich nämlich laut STARK Mitte der 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts ein weiterer Stauanlagenunfall ereignet: «Wenn Wasser aus dem Wasserschloss einer Druckleitung ausbricht – wie am 30.7.1966 oberhalb Stalden/VS – und Verwüstungen anrichtet, dürfte normalerweise ebenfalls eine Haftpflicht aus OR 41/55, eventuell auch aus OR 58 bestehen.» (STARK, ZSR 1967 II, S. 135 [Anm. 65]). Zudem stürzten am 1.4.1886 drei Kammern des in der Nähe der ETHZ gelegenen Wasserreservoirs ein; das austretende Wasser verursachte einen Sachschaden von circa CHF 30 000 («Einsturz eines Reservoirs der Zürcher-Wasserversorgung», Schweizerische Bauzeitung 14/1886, S. 91; siehe auch RITTER, Schweizerische Bauzeitung 18/1886, *passim*). Im Jahre 1979 ereignete sich wegen eines Hochwassers zudem eine Beinahe-Katastrophe im Zusammenhang mit der im Centovalli (TI) gelegenen Talsperre «Palagnedra» (CERUTTI, NZZ¹ [4.6.1992], S. 20).

hohen Erddamm.⁵² Nach Fertigstellung des Damms schloss der Wirt am 18. September 1877 die Schleuse und staute den See.⁵³ Drei Tage später, nachdem das Staubecken bis 0,5 Meter unter der Dammkrone⁵⁴ gefüllt war, brach der Erddamm.⁵⁵ In den Fluten starben verschiedene Tiere, und etliche Gebäude, Strassen sowie Kulturland wurden beschädigt.⁵⁶ Menschen wurden nicht verletzt.⁵⁷

- 14 **b.** Am 6. November 1888 brach das Absperrbauwerk der in der Nähe von Montreux (VD) erst circa ein Jahr zuvor fertiggestellten Stauanlage «Sonzier».⁵⁸ Das circa 345 Meter über dem Genfersee gelegene Reservoir lieferte das Motorenwasser für die erste, seit 1888 verkehrende elektrische Strassenbahn der Schweiz, die «Vevey-Montreux-Chillon-Villeneuve».⁵⁹ Zum Zeitpunkt des Bruchs des Absperrbauwerkes belief sich der Inhalt des Reservoirs auf 6300 Kubikmeter Wasser⁶⁰.⁶¹ Die Flutwelle tötete mindestens fünf Personen und richtete grossen Sachschaden an.⁶²

52 VON SALIS, NGG 1877/78, S. 3–5; siehe auch SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1332.

53 VON SALIS, NGG 1877/78, S. 6 *in initio*.

54 Die «Dammkrone» ist der oberste Teil eines Dammes (DUDEN, zu «Dammkrone»).

55 VON SALIS, NGG 1877/78, S. 6; siehe auch SCHNITTER, Schweizer Ingenieur und Architekt 46/1987, S. 1332.

56 VON SALIS, NGG 1877/78, S. 7–8.

57 VON SALIS erwähnt keine Toten oder Verletzten (siehe VON SALIS, NGG 1877/78, S. 7–8).

58 «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 13/1889, S. 76; «Der Bruch des Reservoirs in Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 19/1888, S. 123.

59 «Der Bruch des Reservoirs in Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 19/1888, S. 123; siehe ferner «Das älteste Tram weicht dem Trolleybus», Hotel-Revue 4/1958, S. 6; MICHAUD, Bulletin technique de la Suisse romande 23/1909, S. 265.

60 Dies entspricht 6,3 Mio. Litern oder 2,5 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

61 «Der Bruch des Reservoirs in Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 19/1888, S. 123.

62 «Der Bruch des Reservoirs in Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 19/1888, S. 123. Gemäss MICHAUD tötete die Flutwelle acht Personen (MICHAUD, Bulletin technique de la Suisse romande 23/1909, S. 265).

Die Gründe für den Bruch des Absperrbauwerkes waren vielfältig. 15
Erstens war die Stauanlage – entgegen den genehmigten Bauplänen – auf einem instabilen tonhaltigen Humusboden gebaut worden.⁶³ Zweitens war das Absperrbauwerk unsorgfältig erstellt worden.⁶⁴ Drittens fehlte der Überlauf.⁶⁵ Sämtliche Angeklagten wurden im Strafverfahren jedoch freigesprochen.⁶⁶ Die Stauanlage «Sonzier» wurde wieder aufgebaut und dabei durch zwei Stauanlagen ersetzt.⁶⁷

c. Ein Alphofpächter liess 1926 den etwas oberhalb von Arosa (GR) gelegenen, der Stadt Chur gehörenden Prätschsee unter anderem zwecks Fischzucht circa 1,5 Meter höher stauen, sodass etwa 50 000 Kubikmeter⁶⁸ Wasser gestaut wurden. Am 4. Juni 1935 wurde das Absperrbauwerk infolge einer ausserordentlich raschen Schneeschmelze überflutet und teilweise weggerissen. Die austretenden Wassermassen verursachten eine grosse Rufe⁶⁹, die den zur Gemeinde Langwies (GR) gehörenden Weiler «Litzirüti» verwüstete und einen Sachschaden von rund CHF 20 000 verursachte. Die Stadt Chur wurde als Eigentümerin des Prätschsees im Jahre 1944 vom Bundesgericht verurteilt, der

63 «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 14/1889, S. 83; «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 13/1889, S. 76.

64 «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 14/1889, S. 83; «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 13/1889, S. 76.

65 «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 14/1889, S. 83.

66 «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 14/1889, S. 84; siehe auch MANTEL, Schweizerische Bauzeitung 16/1889, S. 93. Einer der Strafverteidiger führte in seinem Plädoyer aus: «Die Natur lässt sich nicht ungestraft ihre Geheimnisse rauben; nur durch wiederholten Kampf können dieselben errungen werden. Oft rächt sie sich hiefür und der endgültige Sieg kann nur durch das Blut der Opfer errungen werden.» (zitiert nach «Der Bruch des Wassersammlers zu Sonzier», Schweizerische Bauzeitung 14/1889, S. 84).

67 MICHAUD, Bulletin technique de la Suisse romande 23/1909, S. 265.

68 Dies entspricht 50 Mio. Litern oder 20 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

69 Eine «Rufe» ist eine «Mure», d.h. ein Strom von Schlamm und Gesteinsschutt (DUDEN, zu «Rufe» und «Mure»; siehe auch BEELER, S&R 1/2008, S. 35).

Gemeinde Langwies Schadenersatz gestützt auf die Werkeigentümerhaftung⁷⁰ zu zahlen.⁷¹

- 17 **d.** Die «Drize» ist ein Nebenfluss des Flusses «Aire». Bei normaler Witterung führt die «Drize» nicht viel Wasser. Allerdings steigt ihr Wasserstand bei Hochwasser unterschiedlich stark an. Aus diesem Grund wurde die Ebene Praille (GE) immer wieder überflutet. Der Kanton Genf korrigierte in der Folge den Flussverlauf und führte die «Drize» durch einen gedeckten Kanal. Am stromaufwärts gelegenen Eingang zum Kanal baute er zudem ein Geschieberückhaltebecken (Rz. 108). Weiter verbreiterte der Kanton Genf das Flussbett der «Drize» zu einem Becken, in welches das Wasser stromaufwärts durch ein Absturzbauwerk hineinfloss und stromabwärts durch zwei trichterförmige Mauern eingedämmt wurde. In diesem Becken sammelten sich insbesondere bei Hochwasser zahlreiche Feststoffe (Rz. 69) an. Da das Becken nicht genug Feststoffe zurückhalten konnte, wurde ein Treibgutrechen (Rz. 95) am Eingang zum unterirdischen Kanal angebracht.⁷²
- 18 Im November 1938 wurden verschiedene Nachbargrundstücke aufgrund eines Hochwassers überschwemmt. Der Fluss war über die Ufer getreten, weil der Treibgutrechen durch verschiedene Feststoffe verstopft worden war. Aus diesem Grund entfernte der Kanton Genf zweimal verschiedene Gitterstäbe des Treibgutrechens. In der Nacht vom 14. auf den 15. November 1940 trat der Fluss während eines Hochwassers infolge der Verstopfung des Treibgutrechens über die Ufer und beschädigte die nachbarlichen Gebäude. Der Kanton Genf wurde in der Folge von den Nachbarn gestützt auf die Grundeigentümerhaftung⁷³ für den Schaden haftbar gemacht.⁷⁴
- 19 **e.** Im Kanton St. Gallen wurde unter einem Bach ein Sammelkanal erstellt. Über dem Sammelkanal befand sich ein Damm, der die Talebene vor Überschwemmungen schützen sollte, wenn der Bach Hochwasser führte. Während den Bauarbeiten wurde dieser bereits bestehende Damm abgetragen und anschliessend mindestens teilweise wieder aufgeschüttet. Im Jahre 1971 durchbrach der Bach den Damm und richtete Schäden an. Die Geschädigten versuchten erfolglos, den Eigentümer des Sammelkanals für den verursachten

70 Art. 58 Abs. 1 OR.

71 Zu alledem BGer C.376/42 (28.3.1944), in: ZSGV 1944, S. 186–188 (siehe auch S. CXXIII–CXXXV).

72 Zu alledem CJ/GE (24.5.1946), in: SJ 1947, S. 113–115.

73 Art. 679 Abs. 1 ZGB i.V.m. Art. 684 ZGB.

74 Zu alledem CJ/GE (24.5.1946), in: SJ 1947, S. 115–124.

Schaden gestützt auf die Werkeigentümerhaftung haftbar zu machen. Das Bundesgericht verneinte die Werkeigentümerhaftung aus zwei Gründen. Erstens habe sich der Sammelkanal (und auch der Damm) noch im Bau befunden. Folglich sei die Werkeigentümerhaftung zum vornherein ausgeschlossen. Zweitens könne der Damm ohnehin nicht als Teil des Werkes «Sammelkanal» angesehen werden.⁷⁵

f. Der letzte Schweizer Stauanlagenunfall⁷⁶ ereignete sich am 12. Dezember 2000.⁷⁷ Eine Druckwasserleitung der Stauanlage «Cleuson-Dixence» (VS) barst auf einer Länge von neun Metern.⁷⁸ In der Folge flossen mehrere Tausend Kubikmeter Wasser ab.⁷⁹ Die dadurch entstandene Schlammlawine riss mehrere Gebäude mit und tötete drei Menschen.⁸⁰

Die Stauanlage «Cleuson-Dixence» wurde nach dem Unfall stillgelegt und erst nach mehrjähriger Reparatur im Jahre 2010 wieder in Betrieb genommen.⁸¹ Die Wiederinstandsetzung der Druckleitung wurde mit CHF 365 Millionen budgetiert.⁸² Die Betreiberin der Stauanlage «Cleuson-Dixence» verlangte deswegen in der Folge vom Baukonsortium CHF 150 Millionen Schadenersatz.⁸³ Im Jahre 2010 bestätigte das Bundesgericht zudem die strafrechtliche Verurteilung⁸⁴ des damaligen Projektleiters der Betreiberin⁸⁵ und des damaligen Projektleiters der Werkunternehmerin «Giovanela Frères

75 Zu alledem BGer C.83/74 (24.9.1974) E. 2 (siehe auch S. CXXXVI–CXL).

76 Bei diesem Sachverhalt handelt es sich nicht um einen Stauanlagenunfall *stricto sensu*. Ob dieser Sachverhalt heute eine Haftung des Haftungssubjekts (siehe Rz. 410 zu diesem Begriff) nach Art. 14 Abs. 1 StAG auslösen würde, hängt davon ab, ob die gesamte Stauanlage dem StAG-Haftungsregime untersteht (siehe Rz. 330–339).

77 SPALINGER, NZZ (7.8.2007), S. 14.

78 SPALINGER, NZZ (7.8.2007), S. 14.

79 SPALINGER, NZZ (7.8.2007), S. 14.

80 SPALINGER, NZZ (7.8.2007), S. 14.

81 «Kraftwerk nach Unfall repariert», NZZ (28.1.2010), S. 15.

82 «Cleuson-Dixence teurer als angenommen», NZZ (7.11.2006), S. 13.

83 «150 Millionen Schadenersatz», NZZ (8.7.2003), S. 13; siehe ferner JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4708 (Anm. 1027).

84 Betreffend die erstinstanzlichen Strafurteile: SPALINGER, NZZ (7.8.2007), S. 14.

85 BGer 6B_338/2008 (7.1.2009).

SA»⁸⁶ unter anderem wegen fahrlässiger Tötung⁸⁷ und Verursachen einer Überschwemmung oder eines Einsturzes^{88, 89}

- 22 **7.** Nicht nur Stauanlagenunfälle verursachen hohe Kosten, sondern auch der drohende Bruch des Absperrbauwerkes oder das drohende Überschwappen von Wasser.⁹⁰ Im Frühjahr 2017 wurden wegen des drohenden Bruchs des Absperrbauwerkes der im US-Staat Kalifornien gelegenen «Oroville-Talsperre» fast 200 000 Personen evakuiert.⁹¹ Ursächlich für den drohenden Bruch des Absperrbauwerkes waren beschädigte Abflusskanäle.⁹² Die Kosten für Notfallmassnahmen und Reparaturen beliefen sich auf über USD 1 Milliarde.⁹³
- 23 **8.** TERCIER hielt bereits im Jahre 1990 am Schweizerischen Juristentag fest: «La Suisse est l'un des pays au monde où existe la plus forte concentration de barrages et de digues en tous genres: deux cents environ sont de grande dimension et soumis à des contrôles réguliers; huit cents plus petits relèvent en revanche d'un régime cantonal (quand il en existe un!).»⁹⁴ Heute existieren in der Schweiz rund 1200 Stauanlagen^{95, 96} wovon 25 höher als 100 Meter und

86 BGer 6B_305/2008 (7.1.2009).

87 Art. 117 StGB.

88 Art. 227 Ziff. 1 Abs. 1 und Ziff. 2 StGB.

89 BGer 6B_311/2008 (7.1.2009) und BGer 6B_337/2008 (7.1.2009) betrafen die Anfechtung der Kostenverteilung durch zwei freigesprochene Personen.

90 So drohte z.B. im August 2019 das «Toddbrook Reservoir» in Whaley Bridge bei Manchester (UK) zu brechen. Aus diesem Grund wurden über 1500 Menschen evakuiert («Wachsende Angst vor Dammbruch», NZZ [5.8.2019], S. 16).

91 FREY, NZZaS (19.2.2017), S. 53–54; «Neuer Regen in Oroville erwartet», NZZ (15.2.2017), S. 24.

92 FREY, NZZaS (19.2.2017), S. 53–54; «Neuer Regen in Oroville erwartet», NZZ (15.2.2017), S. 24; siehe auch Fn. 286.

93 VARTABEDIAN, L.A. Times (5.9.2018), S. B1.

94 TERCIER, ZSR 1990 II, S. 143; siehe auch ROTEN, Diss. FR (2000), S. 485 (Rz. 1520).

95 Nach der Legaldefinition (Art. 3 Abs. 1 StAG) sind jedoch noch viel mehr Bauwerke als Stauanlagen zu qualifizieren (Rz. 281–295).

96 Antwort des Bundesrates vom 5.12.2008 auf die parlamentarische Anfrage 08.1111 («Sicherheit unserer Staudämme») BAUMANN vom 3.10.2008, wo von rund 1000 Stauanlagen unter Kantonsaufsicht und 222 Stauanlagen unter Bundesaufsicht gesprochen wird; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6038 und 6040, die von «mehreren Hundert Anlagen» spricht; siehe auch CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 19; BUNDESRAT, Kreisschreiben (12.8.1987), S. 29 «Demgegenüber kann das EVED die grosse Zahl kleinerer Stauanlagen, die von der geltenden Talsperrenverordnung nicht erfasst werden, in Wirklichkeit kaum kontrollieren.» Im April 2020 beaufsichtigte der Bund 203

vier davon sogar höher als 200 Meter sind.⁹⁷ Die Schweiz kann daher als «**Stauanlagen-Land**» bezeichnet werden.⁹⁸ Die Vielzahl von Stauanlagen ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass im Alpenland Schweiz viele topografische und hydrologische Vorteile den Bau von Stauanlagen begünstigen. Aus diesem Grund werden in der Schweiz rund 60% der Elektrizität durch Wasserkraft produziert.⁹⁹

9. Obwohl das Haftpflichtrecht zu den erforschteren Rechtsgebieten zählt,¹⁰⁰ 24 fehlt bis dato eine umfassende Darstellung der Haftungsbestimmungen des StAG. In der Lehre befassten sich einzig POLTIER in dem im Jahre 2020 erschienenen Lehrbuch «Droit suisse de l'énergie» und FELLMANN in dem im Jahre 2015 erschienenen Band III zum «Schweizerischen Haftpflichtrecht» mit der StAG-Haftung.¹⁰¹ Darüber hinaus beschäftigte sich die Lehre nur punktuell mit den Haftungsbestimmungen des StAG.¹⁰² Gar nicht behandelt wurden die StAG-Haftungsbestimmungen in dem im Jahre 2016 erschienenen «Haftpflichtkommentar».¹⁰³

Stauanlagen bzw. 225 Absperrbauwerke (PANDURI, Hinweise). Entgegen der ursprünglichen Annahme dürften inskünftig nicht 1000 Stauanlagen unter Kantonsaufsicht stehen, sondern nur circa 250 Stauanlagen (PANDURI, Hinweise; siehe auch Fn. 415).

97 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Talsperren (23.3.2018), *passim*.

98 SCHNITTER/MÖRGELI, Stau mauern (1994), S. 10, welche die Schweiz als «Talsperrenland» bezeichnen; Motion 80.336 («Wasserkraftwerke. Haftpflicht») GUNTERN vom 6.3.1981 (AB 1981 S 7), wonach die Schweiz ein «überaus üppig mit Stauhaltungen dotierte[s] Land» sei.

99 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Wasserkraftnutzung, S. 1.

100 Vgl. FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), S. V *in initio*.

101 POLTIER, Énergie (2020), Rz. 506–519; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1811–1939.

102 KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 250–254.

103 FISCHER/LUTERBACHER (Hrsg.), Haftpflichtkommentar, Zürich/St. Gallen 2016. Die Lehre scheint die Haftungsbestimmungen des StAG aber auch sonst nicht «auf dem Radar zu haben» (z.B. BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 41 N 1a; HONSELL/ISERING/KESSLER, Haftpflichtrecht [2013], S. 195; MÜLLER, Responsabilité civile [2013], Rz. 481; siehe aber REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht [2018], Rz. 1533).

- 25 Die fehlende wissenschaftliche Erforschung der StAG-Haftungsbestimmungen dürfte auf das junge Alter des StAG zurückzuführen sein.¹⁰⁴ Weitere Gründe für das fehlende wissenschaftliche Interesse dürften aber auch der hohe Sicherheitsstandard von Schweizer Stauanlagen und die wenigen Stauanlagenunfälle in der Schweiz sein. Aufgrund der vielen Stauanlagen in der Schweiz und des damit verbundenen hohen Gefährdungs- und Schädigungspotenzials ist es jedoch sinnvoll, die Haftungsbestimmungen des StAG umfassend darzustellen und diese wissenschaftliche Lücke zu schliessen.¹⁰⁵

II. Gegenstand der Untersuchung

A. Haftungsbestimmungen des StAG

- 26 1. Ich untersuche in dieser Monografie die **Haftungsbestimmungen des StAG** (Art. 13–21). Ich untersuche mit anderen Worten die *ausservertragliche* Haftung¹⁰⁶ für Stauanlagen nach den drei Gefährdungshaftungen des StAG (Art. 14 Abs. 1, Art. 14 Abs. 2 und Art. 21).¹⁰⁷ Wenn ich von «StAG-Haftung» oder «StAG-Haftungsregime» spreche, meine ich damit diese drei Gefährdungshaftungen.

104 Das StAG ist am 1.1.2013 in Kraft getreten.

105 Weiter spricht auch die meistens fehlende vertragliche Beziehung zwischen dem Haftungssubjekt (siehe Rz. 410 zu diesem Begriff) und den Geschädigten (siehe aber Rz. 735–755) dafür, die ausservertraglichen Anspruchsgrundlagen des StAG darzustellen.

106 Ich messe dem Wort «Haftung» die Bedeutung ausservertraglicher Haftung bei (vgl. dazu auch KELLER, *Haftpflicht I* [2002], S. 32). Vertragliche Ansprüche werden in dieser Monografie folglich nicht von diesem Begriff erfasst (siehe auch OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht I* [1995], § 1 Rz. 5–6; DESCHENAUX/TERCIER, *Responsabilité civile* [1982], § 1 Rz. 3; anders hingegen z.B. KOLLER, *OR AT* [2017], Rz. 2.100; KÜCHLER, *Haftpflichtrecht* [1973], S. 430).

107 Gl.M. POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 508 und 514, wonach Art. 14 Abs. 1 StAG eine Gefährdungshaftung sei. Ich untersuche nur die Haftung für Stauanlagen nach der *lex lata*. Folglich setze ich mich nicht mit der Haftung für Stauanlagen gestützt auf die von der Lehre vorgeschlagene, aber vom Bundesrat nicht weiter verfolgte Generalklausel der Gefährdungshaftung (Art. 50 VE HPG oder Art. 60 OR 2020) auseinander, obwohl Stauanlagen vom Geltungsbereich der Generalklausel erfasst wären (vgl. Art. 50 Abs. 2 VE HPG; Art. 60 Abs. 2 OR 2020).

2. Ich beantworte folgende Forschungsfragen:	27
– Was ist eine Stauanlage im Sinne des StAG?	28
– Welche Stauanlagen unterstehen der StAG-Haftung? Zu klären ist mit anderen Worten der sachliche und räumliche Geltungsbereich der StAG-Haftungsbestimmungen.	29
– Untersteht die gesamte Stauanlage oder unterstehen bloss einzelne Anlageteile der StAG-Haftung?	30
– Wie gewährleistet der Staat die Sicherheit von Stauanlagen und mit welchen Massnahmen minimiert er die einer Stauanlage innewohnenden Risiken?	31
– Wer haftet für eine Stauanlage, die dem StAG-Haftungsregime unterliegt?	32
– Unter welchen Voraussetzungen haftet das Haftungssubjekt ¹⁰⁸ nach Art. 14 Abs. 1 StAG für den durch eine Stauanlage verursachten Schaden ¹⁰⁹ ? Im Fokus steht dabei die Frage, was das charakteristische Risiko einer Stauanlage ist, bei dessen Verwirklichung das Haftungssubjekt für den verursachten Schaden haftet.	33
– Droht sich das charakteristische Risiko einer Stauanlage zu verwirklichen, werden die Behörden und die Privaten meistens Schadenabwehrmassnahmen ergreifen. Es stellt sich daher die Frage, unter welchen Voraussetzungen das Haftungssubjekt ¹¹⁰ nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG für Schadenabwehrkosten der Behörden und der Privaten haftet.	34
– Welche besonderen Massnahmen kann der Staat bei grösseren Schadensereignissen und einem Grossschaden ergreifen?	35
3. Hingegen behandle ich unter anderem folgende Themenbereiche nicht:	36
– Die Haftung für Stauanlagen, die nicht dem StAG unterstehen;	37
– Die Haftung für nicht der StAG-Haftung unterstehende Stauanlagen;	38

108 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

109 Ich verwende «Schaden» und «Schäden» – im Gegensatz zu vielen Juristen – nicht synonym. Unter *Schaden* verstehe ich den Schaden im Rechtssinne (dazu z.B. BGer 4A_202/2019 [11.12.2019] E. 6.1). Demgegenüber meine ich mit *Schäden* die tatsächlichen Folgen einer Rechtsgutsverletzung, also z.B. die Beschädigung oder Zerstörung einer Sache (siehe z.B. BGer 6B_53/2019 [22.1.2020] E. 4.1 «Schäden an der Karosserie») oder (temporäre oder bleibende) körperliche Beeinträchtigungen, wie z.B. die verminderte Sehfähigkeit (zu alledem DUDEN, zu «Schaden»).

110 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

- 39 – Die Haftung für zwar der StAG-Haftung unterstehende Stauanlagen, bei denen sich aber nicht das charakteristische Risiko einer Stauanlage verwirklichte;
- 40 – Die Haftung für Stauanlagen nach anderen Haftungsbestimmungen, wie zum Beispiel die Werkeigentümerhaftung (Art. 58 Abs. 1 OR)¹¹¹ oder die Grundeigentümerhaftung (Art. 679 Abs. 1 ZGB in Verbindung mit Art. 684 ZGB);
- 41 – Allfällige vertragliche Ansprüche im Falle eines Stauanlagenunfalls;
- 42 – Die verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtlichen Bestimmungen des StAG; auf solche Bestimmungen gehe ich, sofern notwendig, nur punktuell ein.

B. Technischer Hintergrund

- 43 In diesem Kapitel lege ich die technischen Grundlagen von Stauanlagen dar, um ein besseres Verständnis der StAG-Haftung zu ermöglichen.¹¹² Einleitend erläutere ich, aus welchem Grund Stauanlagen überhaupt gebaut werden (Rz. 44–53). Sodann stelle ich die verschiedenen in der Praxis vorkommenden Stauanlagen vor (Rz. 54–71) und zeige auf, aus welchen Bestandteilen eine Stauanlage besteht (Rz. 72–92). Abschliessend erkläre ich, aus welchen Gründen Wasser aus einer Stauanlage austritt (Rz. 93–116).

1. Zweck von Stauanlagen

- 44 **1.** Im April 2020 beaufsichtigte der Bund direkt 203 Stauanlagen (Rz. 168).¹¹³ Der Zweck dieser 203 Stauanlagen¹¹⁴ wird statistisch erfasst (Rz. 45). Nicht statistisch erfasst wird hingegen – soweit ersichtlich – der Zweck (i) von Stau-

111 Auf die Werkeigentümerhaftung gehe ich nur am Rande ein (Rz. 780–788).

112 Herr Dipl. Bau-Ing. ETHZ, Prof. em. der EPFL, RICHARD SINNIGER hat mir in vielen Gesprächen und E-Mails die technischen Grundlagen von Stauanlagen erklärt. Sofern sich seine zahlreichen Hinweise nicht direkt durch Fachliteratur belegen liessen, zitiere ich seine mündlichen Hinweise wie folgt: «SINNIGER, Hinweise».

113 PANDURI, Hinweise. Einzelne dieser 203 Stauanlagen verfügen über mehrere Absperrbauwerke. Aus diesem Grund beaufsichtigte der Bund im April 2020 insgesamt 225 Absperrbauwerke (PANDURI, Hinweise).

114 Viele dieser 203 Stauanlagen gelten als «grosse Stauanlagen» (Rz. 161).

anlagen, die zwar dem StAG unterstellt sind, jedoch von den Kantonen beaufsichtigt werden (Rz. 169),¹¹⁵ und (ii) von Stauanlagen, die nicht dem StAG unterstellt sind.¹¹⁶

2. Rund 80% dieser 203 Stauanlagen dienen der Erzeugung elektrischer Energie mittels Wasserkraft.¹¹⁷ Die restlichen dieser 203 Stauanlagen dienen dem Hochwasserrückhalt, der Bewässerung oder der Erholung beziehungsweise als Biotop.¹¹⁸ 45

3. Die vom Bund beaufsichtigten Stauanlagen dienen somit hauptsächlich der **Erzeugung elektrischer Energie** (Rz. 45). Dies setzt nicht nur den Betrieb einer Stauanlage voraus, sondern auch eines Elektrizitätswerkes. Darauf komme ich später zurück (Rz. 814–818). 46

Elektrische Energie wird durch Wasserkraft erzeugt, indem das Gefälle zwischen dem im Stauraum gespeicherten Wasser und den Turbinen in der tiefer gelegenen Kraftwerkszentrale (Rz. 77) genutzt wird.¹¹⁹ Das Wasser im Stauraum stammt in den meisten Fällen aus dem direkten Einzugsgebiet des Flusslaufs an der Sperrstelle. Diese Wassermenge kann durch Hochpumpen von Wasser aus einem tiefer gelegenen Stauraum, Flusslauf oder natürlichen See vergrössert werden. Im Sonderfall besitzt der Stauraum keinen oder nur geringen direkten Wasserzufluss und das Wasser wird ausschliesslich oder grösstenteils in den Stauraum gepumpt (Pumpspeicherwerk). Die zum Hochpumpen des Wassers benötigte elektrische Energie stammt in jedem Fall aus dem Netz zu Zeiten geringen Strombedarfs.¹²⁰ Das auf diese Weise im Stauraum gespeicherte Wasser wird bei Spitzenbedarf im Netz turbinert, das heisst zur Erzeugung elektrischer Energie verwendet.¹²¹ 47

115 Art. 2 Abs. 2 lit. b StAG.

116 Art. 2 Abs. 1 *e contrario* StAG.

117 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Talsperren (23.3.2018), *passim*.

118 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Talsperren (23.3.2018), *passim*.

119 Dazu und im Folgenden: SINNIER, Hinweise; siehe auch JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4201.

120 Siehe auch HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 290 *in initio*; BUNDESAMT FÜR WASSERWIRTSCHAFT, Wasserzinsmaximum (1995), S. 81.

121 Siehe Rz. 57; HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 291 *in initio*.

- 48 4. Eine Stauanlage kann neben den bereits erwähnten Zwecken (Rz. 45) auch
folgenden weiteren Zwecken dienen:¹²²
- 49 – Künstliche Beschneidung¹²³
- 50 – Fischzucht
- 51 – Löschreserve
- 52 – Seeregulierung
- 53 5. Eine Stauanlage kann auch mehrere Zwecke erfüllen.¹²⁴

2. Typen von Stauanlagen

- 54 «Stauanlagen sind Einrichtungen zum Aufstau oder zur Speicherung von Wasser oder Schlamm.»¹²⁵ Gemäss Legaldefinition gelten aber auch «Bauwerke für den Rückhalt von Geschiebe, Eis und Schnee oder für den kurzfristigen Rückhalt von Wasser» als Stauanlagen.¹²⁶ Das Begriffsmerkmal einer Stauanlage ist dem StAG zufolge der *Aufstau*, die *Speicherung* oder der *Rückhalt* von Wasser oder Feststoffen (Rz. 69).
- 55 Ausgehend von der Legaldefinition der Stauanlage (Rz. 281–306) unterscheide ich zwischen Stauanlagen, die Wasser aufstauen oder speichern und damit über ein Staubecken¹²⁷ beziehungsweise ein Speicherbecken¹²⁸ verfügen (Rz. 56–64),¹²⁹ und Stauanlagen, die Wasser oder Feststoffe (Rz. 69) zurückhalten und damit über ein Rückhaltebecken verfügen (Rz. 65–71). Ich verwende das Wort «Stauroaum» als Oberbegriff für Stau-, Speicher- und Rückhaltebecken.

122 Siehe HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 239–240; siehe ferner SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 3.

123 RIEDER, WEL 11–12/2000, S. 355–357.

124 SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 3.

125 Art. 3 Abs. 1 Satz 1 StAG.

126 Art. 3 Abs. 1 Satz 2 StAG.

127 Als «Staubecken» gilt der vom Absperrbauwerk (Rz. 73) und Gelände umschlossene Raum zum Stauen von Wasser (DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 47 *in fine*).

128 Als «Speicherbecken» gilt ein Staubecken (Fn. 127), mit dem Wasser gespeichert wird (DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 48 *in initio*).

129 Ich verwende das Wort «Staubecken» als Sammelbegriff für Stau- und Speicherbecken. Wird Wasser aufgestaut, wird es nämlich gleichzeitig auch gespeichert (Rz. 283).

a. *Staubecken*

i. *Talsperren*

1. Talsperren sind Bauwerke, die über den Querschnitt des Wasserlaufs hinaus 56
den ganzen Talquerschnitt, also das ganze Tal, absperren.¹³⁰ Eine Talsperre
staut somit mit einem Absperrbauwerk in einem Tal ein Fliessgewässer oder
ein stehendes Gewässer zu einem Stausee¹³¹ auf.¹³²

2. Talsperren mit dem im Stauraum gespeicherten Wasser und mit der Kraft- 57
werkszentrale (Rz. 77) nennt man **Speicherkraftwerke**.¹³³ Die potenzielle
Energie des im Stauraum gespeicherten Wassers wird in der Kraftwerkszent-
rale mittels Turbinen und Generatoren in elektrische Energie umgewandelt.¹³⁴
Das Gefälle bei Talsperren ist in der Regel gross, der Druck dadurch hoch, die
durchfliessende Wassermenge hingegen eher klein. Speicherkraftwerke lassen
sich je nach Bedarf innert kurzer Zeit in Betrieb nehmen; ihre Elektrizitätser-
zeugung kann somit der Deckung des Spitzenbedarfs (zum Beispiel bei Ar-
beitsbeginn oder um die Mittagszeit) dienen.¹³⁵

130 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 47.

131 Kleinere Stauseen werden auch «Stauteiche» (DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 47) oder
«Stauweiher» genannt.

132 SINNIGER, Hinweise.

133 SINNIGER, Hinweise.

134 SINNIGER, Hinweise.

135 SINNIGER, Hinweise; HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 291 *in initio*; siehe auch
Rz. 47; WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 6 Rz. 2.

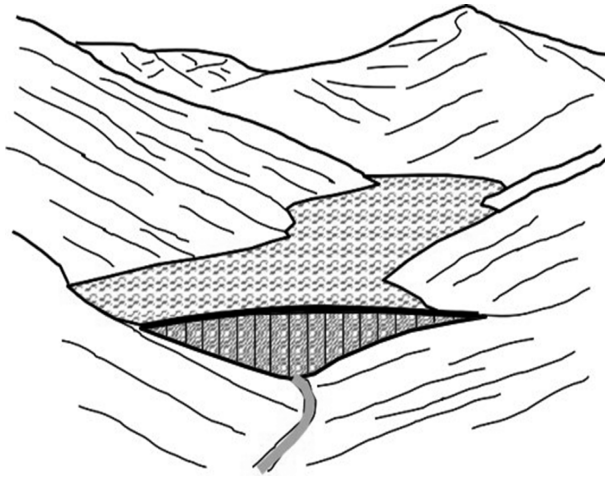


Abbildung 1: schematische Darstellung einer Talsperre (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 11)

ii. *Flusssperren*

- 58 **1.** Um das Gefälle eines Flusses für die Erzeugung von elektrischer Energie zu nutzen, wird ein Absperrbauwerk erstellt, das den Wasserspiegel anhebt.¹³⁶ Eine Flusssperre ist folglich eine Stauanlage, die – im Gegensatz zur Talsperre (Rz. 56) – nur einen Fluss und nicht die ganze Talbreite absperrt.¹³⁷ Werden mehrere Flusssperren nahe beieinander gebaut, entstehen «Stautufen».¹³⁸
- 59 Das Absperrbauwerk, mit dem ein Fluss abgesperrt wird, nennt man *Wehr*.¹³⁹ Flusssperren können mit festen (das heisst nicht steuerbaren) oder mit beweglichen (das heisst steuerbaren) Wehren ausgestattet sein.¹⁴⁰ Mit einem Wehr wird der Wasserstand im Oberwasser¹⁴¹ angehoben und meistens

136 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 199; SINNIGER, Hinweise.

137 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 47; DEHNERT, Stauanlagen (1952), S. 7.

138 SINNIGER, Hinweise.

139 STROBL/ZUNIC, Wasserbau (2006), S. 125 und 131; teilweise wird das Bauwerk «Flusssperre» fälschlicherweise auch als «Wehr» bezeichnet (z.B. Art. 228 Ziff. 1 StGB), obwohl das Wehr nur das Absperrbauwerk einer Flusssperre ist (siehe Art. 1 Abs. 2 lit. c StAV).

140 SINNIGER, Hinweise; siehe auch DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 203–205; STROBL/ZUNIC, Wasserbau (2006), S. 130.

141 Das Oberwasser ist das Wasser oberhalb bzw. vor der Stauanlage (DEHNERT, Stauanlagen [1952], S. 7).

auch der Wasserabfluss geregelt.¹⁴² Flusssperren halten daher nicht primär Wasser zurück.¹⁴³ Allerdings können Flusssperren im Falle eines Hochwassers dazu genutzt werden, um Wasser zeitlich begrenzt zurückzuhalten.¹⁴⁴

2. Bestandteil einer Flusssperre ist häufig¹⁴⁵ auch ein **Laufwasserkraftwerk**,⁶⁰ das teilweise «Laufkraftwerk» oder «Flusskraftwerk» genannt wird.¹⁴⁶ Die Turbinen der Laufwasserkraftwerke werden durch das Flusswasser angetrieben.¹⁴⁷ Im Gegensatz zu Talsperren ist bei Flusssperren das Gefälle zwischen Oberwasser und Unterwasser¹⁴⁸ relativ gering, dafür stehen jedoch meist größere Wassermengen zur Verfügung.¹⁴⁹ Laufkraftwerke arbeiten grundsätzlich ununterbrochen und liefern Bandenergie^{150, 151}

142 SINNIGER, Hinweise; siehe auch DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 48.

143 SINNIGER, Hinweise.

144 SINNIGER, Hinweise.

145 PANDURI, Hinweise.

146 HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 289.

147 SINNIGER, Hinweise.

148 Das «Unterwasser» ist das Wasser unterhalb bzw. nach der Stauanlage (DEHNERT, Stauanlagen [1952], S. 7).

149 SINNIGER, Hinweise.

150 Unter «Bandenergie» wird die elektrische Energie verstanden, die zur Deckung des Grundverbrauchs benötigt wird (SINNIGER, Hinweise).

151 POLTIER, Énergie (2020), Rz. 211; WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 6 Rz. 2.



Abbildung 2: Stauanlage «Eglisau» ZH (© Schweizer Luftwaffe)

iii. Besondere Erscheinungsformen

- 61 **1.** Der Stauraum gewisser Stauanlagen bezweckt nicht nur die Speicherung von Wasser, sondern erfüllt zusätzlich einen besonderen Zweck.¹⁵²
- 62 **2. Pumpspeicherbecken** stellen Wasser für die Erzeugung von elektrischer Energie bereit; Mehrzwecknutzungen sind jedoch denkbar.¹⁵³ Pumpspeicherwerke¹⁵⁴ verfügen über einen oberen und einen unteren Stauraum.¹⁵⁵ Damit der durch den Höhenunterschied realisierte Druck genutzt werden kann, wird

152 Teilweise werden diese einem besonderen Zweck dienenden Stauräume auch als besondere Erscheinungsform einer Stauanlage bezeichnet (siehe betreffend Pumpspeicherbecken: DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 218).

153 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 47 und 218.

154 Z.B. das Pumpspeicherwerk «Limmern» (Rz. 7).

155 HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 289–290; siehe auch POLTIER, Énergie (2020), Rz. 211.

das Wasser bei geringer Stromnachfrage in das höher gelegene Speicherbecken zurückgepumpt.¹⁵⁶ In der Schweiz wird nur circa 16% der elektrischen Energie auf diese Weise erzeugt.¹⁵⁷

3. Sedimentationsbecken – teilweise auch als «Klärteiche», «Absinkweiher» oder «industrielle Absetzanlagen» bezeichnet¹⁵⁸ – halten absetzbare Schwebstoffe (zum Beispiel Sand, siehe Rz. 69) zurück.¹⁵⁹ Mit einem Sedimentationsbecken – in der Fachsprache als *tailings dam* bezeichnet – werden meist Rückstände dauernd entsorgt, die bei der Gewinnung von Rohstoffen (zum Beispiel Bergbau) oder anderen technischen Prozessen in grossen Mengen und über einen längeren Zeitraum anfallen.¹⁶⁰ Das Absperrbauwerk besteht aus einem Schüttdamm, wobei der Übergang zwischen dem eigentlichen Stauraum und dem Absperrbauwerk oft fliegend ist.¹⁶¹

4. Beschneiungsbecken – auch «Beschneigungsteiche» genannt – werden im Alpingelände künstlich angelegt und dienen als Wasserspeicher für Beschneigungsanlagen.¹⁶² Jeweils im Frühling wird das von der Schneeschmelze anfallende Wasser direkt in den Stauraum geleitet und bis zum Winter darin gespeichert.¹⁶³

b. Rückhaltebecken

i. Hochwasserrückhaltebecken

1. Der Bund verpflichtet die Kantone zum Hochwasserschutz an allen oberirdischen Gewässern.¹⁶⁴ Die Kantone gewährleisten den Hochwasserschutz in erster Linie durch den Unterhalt der Gewässer und durch raumplanerische

156 Es kann sogar das im Ausgleichsbecken (Rz. 83) gespeicherte Wasser in den Stauraum zurückgepumpt werden (SINNIGER, Hinweise); siehe WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 6 Rz. 2.

157 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Wasserkraftnutzung, S. 1.

158 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 227.

159 KAST, Sedimentationsbecken (2005), S. 1; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6040.

160 SINNIGER, Hinweise; KAST, Sedimentationsbecken (2005), S. 1.

161 SINNIGER, Hinweise; DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 47 und 227–228.

162 SINNIGER, Hinweise.

163 RIEDER, WEL 11–12/2000, S. 355; SINNIGER, Hinweise.

164 Art. 1 Abs. 1 WBG und Art. 2 WBG.

Massnahmen.¹⁶⁵ Reichen diese zwei Instrumente nicht aus, hat der Staat den Hochwasserschutz durch bauliche Sekundärmassnahmen, wie zum Beispiel Hochwasser- oder Geschieberückhaltebecken,¹⁶⁶ sicherzustellen.

- 66 2. Bezweckt eine Stauanlage ausschliesslich oder teilweise den vorübergehenden Rückhalt von Hochwasser und dient sie damit dem Schutz der Unterlieger, das heisst der Menschen und der Natur im Unterliegergebiet¹⁶⁷, wird ihr Stauraum¹⁶⁸ als Hochwasserrückhaltebecken¹⁶⁹ bezeichnet.¹⁷⁰ Viele solcher Stauanlagen verfügen über keine Steuerung oder nur über kleine Betriebsräume.¹⁷¹ Sperren Stauanlagen mit einem Hochwasserrückhaltebecken den Querschnitt des Wasserlaufs über den ganzen Talquerschnitt ab,¹⁷² erfüllen sie die Begriffsvoraussetzungen einer Talsperre (Rz. 56).¹⁷³

165 Art. 3 Abs. 1 WBG. Einlässlich zu Unterhalts- und Planungsmassnahmen: Kommentar GSchG/WBG (2016)-HEPPERLE, Art. 3 WBG N 4–20; siehe auch BEELER, S&R 1/2008, S. 37–38.

166 Art. 3 Abs. 2 WBG; siehe auch Art. 37 Abs. 1 lit. a GSchG.

167 Zum «Unterliegergebiet» zählt die Fläche unterhalb einer Stauanlage (SINNIGER, Hinweise). Deswegen werden die Menschen und die Natur unterhalb der Stauanlage als «Unterlieger» bezeichnet. Das Gegenstück zum «Unterlieger» ist der «Oberlieger», also die Menschen und die Natur oberhalb der Stauanlage (siehe aber für ein anderes Verständnis der Begriffe «Unterlieger» und «Oberlieger» im internationalen Wasserrecht, z.B. DIEZ, SJIR [1980], S. 13).

168 Solche künstlich angelegten Retentionsgebiete werden auch als «Hochwasserpolder» oder «Hochwasserschutzpolder» bezeichnet (siehe DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 499).

169 Im Jahre 1990 waren 25 Hochwasserrückhaltebecken in Betrieb, deren drei im Bau und deren 71 in Planung (MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken [1990], S. 27).

170 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 47; MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken (1990), S. 16.

171 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 185; siehe auch MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken (1990), S. 14. Abzugrenzen von den hier interessierenden künstlichen Hochwasserrückhaltebecken sind die natürlichen Hochwasserrückhaltebecken, wie z.B. Seen oder Überschwemmungsgebiete (dazu z.B. DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 499; MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken [1990], S. 14).

172 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 185.

173 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 185; siehe auch MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken (1990), S. 14, der von «Talsperren-Becken» spricht.

3. Eine Stauanlage kann so konzipiert sein, dass das Gewässer durch das Hochwasserrückhaltebecken fließt.¹⁷⁴ Das Hochwasserrückhaltebecken kann jedoch auch seitlich neben dem Gewässer liegen, sodass es über Zuleitungskanäle oder andere Bauwerke gefüllt wird.¹⁷⁵ Fließt bei einem Hochwasser derart viel Wasser durch die Stauanlage, dass es ihre Durchlasskapazität übersteigt, beginnt der Einstau des Wassers in das Hochwasserrückhaltebecken.¹⁷⁶ Nachdem das Hochwasser abgeklungen ist, entleert sich das Hochwasserrückhaltebecken – gesteuert oder ungesteuert¹⁷⁷ – wieder.¹⁷⁸ Hält eine solche Stauanlage nur temporär Wasser zurück, wird der Stauraum als *Trockenbecken* bezeichnet.¹⁷⁹ Hält die Stauanlage hingegen permanent Wasser zurück, wird der Stauraum als *Hochwasserrückhaltebecken mit Dauerstau*¹⁸⁰ bezeichnet.¹⁸¹

ii. *Geschieberückhaltebecken*

Hält eine auf dem Wasserlauf angeordnete Stauanlage ausschliesslich Geschiebe, das als Feststoff (Rz. 69) gilt, zurück, wird ihr Stauraum als Geschieberückhaltebecken, teilweise auch als «Geschiebesperre» oder «Geschiebesammler»¹⁸², bezeichnet.¹⁸³ Solche Stauanlagen schützen – wie Stauanlagen mit einem Hochwasserrückhaltebecken (Rz. 65–67) – vor Naturgefahren.

Feststoffe sind nicht wasserlösliche Stoffe, die von der Strömung fortbewegt oder zum Beispiel in Form von Schlamm¹⁸⁴ abgelagert werden.¹⁸⁵

174 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 187; LUDEWIG/HELD, Talsperrensymposium (2010), S. 257; siehe ferner KGer/LU 7H 15 253 (9.1.2017) E. 7.6.2.

175 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 187.

176 SINNIGER, Hinweise; siehe auch DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 187.

177 MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken (1990), S. 14 und 52–54.

178 SINNIGER, Hinweise; LUDEWIG/HELD, Talsperrensymposium (2010), S. 257; siehe ferner KGer/LU 7H 15 253 (9.1.2017) E. 7.6.2.

179 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 190; LUDEWIG/HELD, Talsperrensymposium (2010), S. 256–257; siehe ferner KGer/LU 7H 15 253 (9.1.2017) E. 7.5.

180 Vgl. in diesem Zusammenhang: KGer/LU 7H 15 308 (11.1.2017) E. 3.5.6.2.

181 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 190.

182 BVGer A-112/2018 (17.5.2018) Sachverhalt Teile A und B sowie E. 3.2.

183 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 47.

184 Unter «Schlamm» versteht der DUDEN eine weiche, schmierige Ablagerung aus Sand, Erde und organischen Stoffen am Grund von Gewässern (DUDEN, zu «Schlamm»); siehe auch Rz. 555.

185 DUDEN, zu «Feststoff»; siehe auch PETSCHALLIES, Wasserbauten (2010), S. 28 *in initio*.

Zu den Feststoffen zählen sowohl das *Geschiebe* (Kies und Steine) als auch *Schwebstoffe* (zum Beispiel Sand), das heisst Feinpartikel.¹⁸⁶

iii. *Lawinenrückhaltebecken*

- 70 Hält eine Stauanlage ausschliesslich Eis oder Schnee zurück, wird ihr Stauraum als Lawinenrückhaltebecken, teilweise auch als «Lawinenaufgangssperre», bezeichnet. Solche Stauanlagen schützen – wie Stauanlagen mit einem Hochwasserrückhaltebecken (Rz. 65–67) oder mit einem Geschieberückhaltebecken (Rz. 68–69) – vor Naturgefahren.

iv. *Regenrückhaltebecken*

- 71 Speichert eine Stauanlage kurzfristig grosse Mengen von Niederschlagswasser und leitet sie dieses Wasser verlangsamt in den Entwässerungskanal ein, wird ihr (offener oder geschlossener)¹⁸⁷ Stauraum als Regenrückhaltebecken bezeichnet.¹⁸⁸ Regenrückhaltebecken können als *Trockenbecken* oder als *Regenrückhaltebecken mit Dauerstau* konzipiert sein.¹⁸⁹ Wie Stauanlagen mit einem Hochwasserrückhaltebecken (Rz. 65–67) schützen auch Stauanlagen mit einem Regenrückhaltebecken vor Hochwasser (Rz. 65).¹⁹⁰ Sie entlasten zudem die Pumpwerke.¹⁹¹ Im Gegensatz zu Stauanlagen mit einem Hochwasserrückhaltebecken sind Stauanlagen mit einem Regenrückhaltebecken nicht in oder an einem Flusslauf angeordnet.¹⁹²

186 SCHÄLCHLI/ABEGG/HUNZINGER, Studie (3.11.2005), S. 1. Der DUDEN versteht unter Geschiebe hingegen «von Gletschern transportierte und in Moränen abgelagerte Gesteinsbrocken» (DUDEN, zu «Geschiebe»).

187 KALINKA, Regenrückhaltebecken (1980), S. 15–16; siehe auch KORAL/SAATCI, Regenrückhaltebecken (1976), S. 110.

188 KALINKA, Regenrückhaltebecken (1980), S. 5; IGKB, Bericht (1973), S. 32. Das Bundesamt für Energie unterscheidet nicht zwischen Hochwasserrückhaltebecken im beschriebenen Sinne (Rz. 65–67) und Regenrückhaltebecken, sondern fasst diese Bauwerke, die alle letztlich dem Hochwasserschutz dienen, unter dem Sammelbegriff «Hochwasserrückhaltebecken» zusammen (PANDURI, Hinweise).

189 Siehe Rz. 67 zur Bedeutung dieser beiden Begriffe.

190 Vgl. GEIGER/DREISEITL/STEMPLEWSKI, Regenwasser (2009), S. 92 und 103.

191 KORAL/SAATCI, Regenrückhaltebecken (1976), S. 110; IGKB, Bericht (1973), S. 54 *in initio*.

192 Vgl. GEIGER/DREISEITL/STEMPLEWSKI, Regenwasser (2009), S. 92 und 103–104.

3. Bestandteile einer Stauanlage

1. Eine Stauanlage besteht aus einem oder mehreren¹⁹³ Absperrbauwerk(en) 72
und dem zugehörigen Stauraum (Rz. 54).¹⁹⁴
- a. Das **Absperrbauwerk** einer Talsperre ist eine Beton- oder Natursteinmauer 73
(zum Beispiel Bogen-, Gewichts- oder Pfeilerstaumauer)¹⁹⁵ oder ein Schüttdamm.¹⁹⁶ Bei Flusssperren ist das Absperrbauwerk ein Wehr^{197, 198}
- b. Der **Stauration** ist ein künstlich angelegter Speicher, der durch die Absperrbauwerke gebildet wird.¹⁹⁹ Auch künstlich vergrößerter natürlicher Stauration gilt als Stauration (Rz. 293). 74
2. Stauanlagen können auch über **Nebenanlagen** verfügen. Gemäss Legaldefinition gilt ein Bauwerk jedoch auch ohne Nebenanlagen als Stauanlage 75
(Rz. 281 und 294).²⁰⁰
- a. Nebenanlagen sind Bauten und Einrichtungen, die im Vergleich zur eigentlichen Anlage eine untergeordnete Funktion und Bedeutung haben.²⁰¹ Als Nebenanlagen von Stauanlagen gelten zum Beispiel die folgenden Bauten und Einrichtungen:²⁰² 76
- Die *Kraftwerkszentrale* – auch «Krafthaus» oder «Turbinenhaus» genannt 77
– ist jener Teil eines Wasserkraftwerkes²⁰³, wo sich die maschinellen und

193 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 15.

194 Art. 1 Abs. 1 lit. a und b StAV.

195 Dazu z.B. RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 82–90 (Gewichtsstaumauern), 90–92 (Bogenstaumauern) und 92–95 (Pfeilerstaumauern).

196 Art. 1 Abs. 2 lit. a und b StAV; SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 8–9; siehe auch RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 81.

197 Unterschieden werden «feste Wehre», «bewegliche Wehre» und «Schützenwehre» (PETSCHALLIES, Wasserbauten [2010], S. 27 und 31; siehe auch Rz. 59).

198 Art. 1 Abs. 2 lit. c StAV; HABETHA, Ingenieurgeologie (1969), S. 1690.

199 Art. 1 Abs. 3 StAV.

200 A.M. Art. 1 Abs. 1 StAV; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Leitfaden (31.7.2015), S. 8.

201 DUDEN, zu «Nebenanlagen»; a.M. StAV und Bundesamt für Energie (siehe Rz. 88–92).

202 Siehe ferner STROBL/ZUNIC, Wasserbau (2006), S. 170 mit weiteren Beispielen von Nebenanlagen (z.B. Floss- und Bootsgassen).

203 Darunter ist eine Anlage zu verstehen, mithilfe derer die Energie des fließenden oder stürzenden Wassers in elektrische Energie umgewandelt wird (DUDEN, zu «Wasserkraftwerk»).

elektrischen Einrichtungen und Betriebsräume befinden.²⁰⁴ Die Kraftwerkszentrale kann im Innern eines Gebirges (Kavernenkraftwerk) oder in einem Schacht (Schachtkraftwerk) gebaut werden.²⁰⁵ Sie kann aber auch ein freistehendes Gebäude sein.²⁰⁶

- 78 – *Druckleitungen* sind mit Wasser gefüllte Leitungen, die unter Innendruck stehen.²⁰⁷ Mittels Druckleitungen kann das im Stauraum einer Talsperre gespeicherte Wasser entnommen und via Wasserschloss (Rz. 82) der Kraftwerkszentrale (Rz. 77) zugeführt werden.²⁰⁸ Man unterscheidet Druckrohrleitungen, Druckschächte und Druckstollen:
- 79 – Druckrohrleitungen – auch «Triebwasserleitungen» oder «Betriebswasserentnahmeleitungen»²⁰⁹ genannt – sind unterirdisch oder oberirdisch verlegte Druckleitungen.²¹⁰
- 80 – Druckstollen sind als Stollen ausgeführte Druckleitungen mit einem Neigungswinkel gegen die Horizontale bis circa 30 Grad.²¹¹
- 81 – Druckschächte sind vertikale Druckleitungen.²¹²
- 82 – Das *Wasserschloss*²¹³ dient dazu, den Druckstoss²¹⁴ des Wassers, das in Druckleitungen (Rz. 78) grosses Gefälle überwindet, abzufedern beziehungsweise auszugleichen²¹⁵. Dieser Druckstoss entsteht in den Druckleitungen infolge plötzlicher Schliessung der Turbine.²¹⁶
- 83 – Speicherkraftwerke (Rz. 57) können über mehrere Kraftwerkszentralen (Rz. 77) verfügen.²¹⁷ Dabei wird das im Stauraum einer Talsperre gespeicherte Wasser mittels Druckleitungen entnommen und via erstes (höher

204 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 64.

205 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 64–65.

206 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 64–65.

207 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 65.

208 SINNIGER, Hinweise; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

209 GLÖCKNER, Itaipú Damm (2012), Kapitel 3.1.

210 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 65.

211 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 66.

212 DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 66.

213 Je nach Topografie ist das Wasserschloss entweder eine unterirdische (d.h. ein Bauwerk im Fels) oder eine oberirdische (d.h. ein Turm) Baute (SINNIGER, Hinweise).

214 Aus diesem Grund wird der Druckstoss auf Französisch *coup de bélier* genannt.

215 Aus diesem Grund wird das Wasserschloss auf Französisch *chambre d'équilibre* genannt.

216 SINNIGER, Hinweise.

217 SINNIGER, Hinweise.

gelegenes) Wasserschloss (Rz. 82) der ersten (höher gelegenen) Kraftwerkszentrale zugeführt. Dieses Wasser fliesst anschliessend in ein *Ausgleichsbecken* und wird darin gespeichert, bevor es anschliessend wieder mittels Druckleitungen via zweites (tiefer gelegenes) Wasserschloss der zweiten (tiefer gelegenen) Kraftwerkszentrale zugeführt wird.²¹⁸

- *Wasserkänäle*, die zum Beispiel zur Hochwasserentlastung dienen. 84
- Bei Pumpspeicherkraftwerken (Rz. 47) wird das Wasser mithilfe eines *Pumpwerkes* – das heisst einer Einrichtung zur Beförderung von Wasser mithilfe einer oder mehrerer Pumpen – durch die Pumpspeicherröhren in das Pumpspeicherbecken (Rz. 62) gepumpt.²¹⁹ 85
- Der *Abflusskanal* unterhalb der Kraftwerkszentrale (Rz. 77). 86
- Eine *Fischtrappe*, das heisst, eine «Vorrichtung mit Stufen [...], die Fischen bei der Wanderung ermöglicht, ein sonst unüberwindliches Hindernis zu passieren».²²⁰ 87

b. Die StAV versteht unter «Nebenanlagen» hingegen lediglich die für den sicheren Betrieb einer Stauanlage notwendigen Bauten und Einrichtungen beim Stauraum und beim Absperrbauwerk.²²¹ Ausgehend von diesem engen Begriffsverständnis zählen gemäss Bundesamt für Energie BFE die Entlastungs- und Ablassvorrichtungen (Hochwasserentlastung, Grund- und Mittelablass) sowie Instrumente zur Überwachung der Stauanlagen beim Stauraum und Absperrbauwerk zu den Nebenanlagen.²²² Fehlen solche Nebenanlagen, darf die Genehmigungsbehörde die Plangenehmigung nicht

218 Ausgleichsbecken müssen wie Staubecken (Fn. 129) regelmässig gespült werden. Zur Haftung für Schwallwasser (Rz. 97) siehe Rz. 591 sowie KGer/VS (13.11.1968), in: ZWR 1969, S. 189–194, und KGer/VS (13.11.1968), in: ZWR 1969, S. 195–199, beide Urteile betreffend die «Verschlammung der Zermatter-Vispe» infolge Spülung eines Ausgleichsbeckens.

219 DUDEN, zu «Pumpwerke»; SINNIGER, Hinweise.

220 DUDEN, zu «Fischtrappe»; Stauanlagen sind nämlich für alle Fischarten unüberwindbare Hindernisse (DEHNERT, Stauanlagen [1952], S. 127).

221 Art. 1 Abs. 4 StAV. Solche Bauten und Einrichtungen i.S.v. Art. 1 Abs. 4 StAV gelten auch nach meinem Verständnis (Rz. 76) als Nebenanlagen.

222 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2; siehe auch Art. 1 Abs. 4 StAV.

erteilen.²²³ Dem BFE zufolge sind – abstrakt formuliert – folgende Bauten und Einrichtungen für den sicheren Betrieb einer Stauanlage notwendig:²²⁴

- 89 – Bauten und Einrichtungen, die bei ihrem Versagen einen irregulären Wasseraustritt (Rz. 110–116) hervorrufen könnten;
- 90 – Bauten und Einrichtungen, die einen irregulären Wasseraustritt (Rz. 110–116) verhindern; oder
- 91 – Bauten und Einrichtungen, mithilfe derer ein irregulärer Wasseraustritt (Rz. 110–116) frühzeitig erkannt werden kann.²²⁵
- 92 Nicht als Nebenanlage im Sinne von Art. 1 Abs. 4 StAV gelten im Umkehrschluss gemäss Bundesamt für Energie Bauten und Einrichtungen, die hauptsächlich betrieblichen Zwecken dienen, wie zum Beispiel Hochdruckleitungen (Rz. 78) zu Kraftwerkszentralen (Rz. 77) und Wasserschlössern (Rz. 82).²²⁶ Diesem engen Begriffsverständnis zufolge sind etwa aber auch Kraftwerkszentralen (Rz. 77), Wasserschlösser (Rz. 82) und Ausgleichsbecken (Rz. 83) keine Nebenanlagen im Sinne von Art. 1 Abs. 4 StAV.

4. Gründe für den Wasseraustritt aus einer Stauanlage

- 93 Eine Stauanlage staut Wasser auf.²²⁷ Allerdings soll das Wasser an bestimmten Stellen aus der Stauanlage wieder austreten können.²²⁸ Einen solchen «gewollten» Wasseraustritt bezeichne ich als «regulären Wasseraustritt» (Rz. 94–109). Tritt hingegen Wasser an hierfür nicht vorgesehenen Stellen aus der Stauanlage aus, liegt ein «ungewollter» Wasseraustritt vor. Diesen bezeichne ich als «irregulären Wasseraustritt» (Rz. 110–116).

223 Vgl. Art. 6 Abs. 3 StAG.

224 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2 «Der Betrieb einer Stauanlage wird als sicher bezeichnet, wenn kein signifikantes Risiko eines unkontrollierten Austretens von grösseren Wassermengen aus dem Stauraum besteht [...]».

225 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2, spricht von frühzeitiger Risikoerkennung eines unkontrollierten Wasseraustritts. Genau besehen muss jedoch nicht das Risiko eines Wasseraustritts frühzeitig erkannt werden, sondern lediglich der Wasseraustritt an sich (zur Bedeutung des Begriffs «Risiko» siehe Rz. 604).

226 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2.

227 Siehe Rz. 285 und 287 zur Unterscheidung zwischen Aufstau und Rückhalt von Wasser.

228 SINNIKER, Hinweise.

a. *Regulärer Wasseraustritt*

i. *Talsperren*

1. Bei Talsperren tritt Wasser zum Beispiel durch den Normalablass (Rz. 95), den Grundablass (Rz. 97–98) und die Hochwasserentlastung (Rz. 99) regulär aus.²²⁹ Zusätzlich kann im Stauraum gespeichertes Wasser durch Leitungen entnommen werden (Rz. 101).²³⁰

2. Das von einer Talsperre wirtschaftlich genutzte Wasser fliesst durch die tief unten im Stauraum angeordnete Wasserfassung – vor der ein Rechen²³¹ angebracht ist – der Druckrohrleitung (Rz. 78 und 101) zu.²³² Die Dotierwassermenge – auch «Dotierwasser» genannt – ist jene Wassermenge, die bei einer Wasserentnahme im Gewässer belassen werden muss (Restwassermenge).²³³ Bei Talsperren ist es jene Wassermenge, die unterhalb des Absperrbauwerkes mittels **Normalablass** ins Gewässer zurückgegeben wird.²³⁴

Bei Talsperren, mit denen elektrische Energie gewonnen wird, begrenzt die Dotierwassermenge folglich die zulässige Wasserentnahmemenge für die Energienutzung.²³⁵ Sie ist damit die wichtigste Massnahme zur Gewährleistung einer angemessenen Restwassermenge, das heisst der Abflussmenge des Fliessgewässers, die nach einer oder mehreren Wasserentnahmen verbleibt.²³⁶ Das Dotierwasser fliesst folglich permanent aus einer Talsperre ab.²³⁷ Die Wassermenge, die aus einer Talsperre abfliesst, kann sich wegen der Stromproduktion kurzfristig vergrössern und zeitweise grösser als die Dotierwassermenge sein.²³⁸

229 SINNIGER, Hinweise.

230 Auf diese Weise kann dem Stauraum auch Wasser zugeführt werden.

231 Der Rechen ist eine aus Stäben bestehende Vorrichtung, die Treibgut zurückhalten soll (DIN, Wasserbau 1 [2015], S. 65).

232 SINNIGER, Hinweise. Das mittels der Wasserfassung kontrollierte Wasservolumen im Stauraum nennt man Nutzvolumen (SINNIGER, Hinweise).

233 Art. 4 lit. l GSchG; siehe auch JÄGER/BÜHLER, Umweltrecht (2016), Rz. 745; WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT (2013), Rz. 935.

234 SINNIGER, Hinweise.

235 SINNIGER, Hinweise.

236 Art. 4 lit. k GSchG; siehe ferner Kommentar GSchG/WBG (2016)-HUBER-WÄLCHLI, Art. 4 GSchG N 74.

237 SINNIGER, Hinweise.

238 SINNIGER, Hinweise.

- 97 3. Damit die Wasserfassung (Rz. 95) und der Treibgutrechen (Rz. 95) kontrolliert und unterhalten werden können, muss der Stausee tiefer abgesenkt werden als die Wasserfassung.²³⁹ Dazu dient der **Grundablass**.²⁴⁰ Mit dem Grundablass – auch «Tiefschütze»²⁴¹ genannt – wird folglich der Stauraum einer Talsperre entleert.²⁴² Der Grundablass, der sich am tiefsten Absenkziel der Talsperre befindet,²⁴³ ist geschlossen und wird mit den Grundablass-Schützen²⁴⁴ – zwei hintereinander angeordneten Stahltafeln, die vertikal bewegt werden – bedient.²⁴⁵ Er kann manuell oder automatisch geöffnet und wieder geschlossen werden.²⁴⁶ Mit dem Grundablass wird auch der Stauraum gespült.²⁴⁷ Solche Spülungen sind notwendig, weil sonst die im Stauraum abgelagerten Sedimente (Rz. 555) die Wasserfassung und den Grundablass verstopfen.²⁴⁸ Das bei einer Spülung austretende Wasser wird als *Schwallwasser* bezeichnet.²⁴⁹ Schliesslich kann bei einem Hochwasser das Wasser im Stauraum nicht nur durch die Hochwasserentlastung (Rz. 99) abgelassen werden, sondern auch mittels des Grundablasses.²⁵⁰

239 SINNIGER, Hinweise.

240 SINNIGER, Hinweise; SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

241 Art. 5 Abs. 3 Satz 2 StAG.

242 Art. 5 Abs. 3 Satz 2 StAG.

243 Das mittels des Grundablasses kontrollierte Wasservolumen im Stauraum ist grösser als das Nutzvolumen (Fn. 232). Aus diesem Grund nennt man es «Totalvolumen» (SINNIGER, Hinweise).

244 Gewisse Talsperren verfügen nur über eine Grundablass-Schütze (PANDURI, Hinweise).

245 SINNIGER, Hinweise; siehe auch RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 162; SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

246 SINNIGER, Hinweise.

247 SINNIGER, Hinweise; siehe auch Art. 40 GSchG; WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT (2013), Rz. 980–985; JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4519.

248 SINNIGER, Hinweise. Solche Spülungen können sich negativ auf den *Fischbestand* (z.B. «Probleme bei der Reinigung des Luzzone-Stausees», NZZ [14.5.1985], S. 39; «Protest gegen Entleerung des Luzzone-Stausees», NZZ [17.4.1985], S. 7) und die *Insektenvielfalt* (GABBUD/ROBINSON/LANE, Science of the Total Environment 2019, S. 2176) im Unterwasser (Fn. 148) auswirken.

249 SINNIGER, Hinweise. Zur Schwallwasserproblematik infolge Spülung einer Stauanlage siehe z.B. BGer 6B_221/2009, 6B_222/2009, 6B_223/2009 und 6B_231/2009 (2.9.2009) Sachverhalt Teil A und E. 2.1.

250 GLÖCKNER, Itaipú Damm (2012), Kapitel 3.1.

Der Grundablass mündet in aller Regel im **Tosbecken**.²⁵¹ Das Tosbecken ist ein Auffangbecken²⁵², das durch eine mechanische Verzögerung der Strömung das aus der Stauanlage abfliessende Wasser bremst, bevor es dem Unterwasser (Fn. 148) zugeführt wird.²⁵³ Dabei wird der «schiessende Wasserabfluss»²⁵⁴ in einen «strömenden Wasserabfluss»²⁵⁵ umgewandelt.²⁵⁶ Da das Tosbecken die Bewegungsenergie (Rz. 208–209) des austretenden Wassers in Wärmeenergie umwandelt, wird das Tosbecken auch «Energieumwandlungsanlage» genannt.²⁵⁷

251 SINNIGER, Hinweise. Statt eines Tosbeckens kann z.B. eine sogenannte «Sprungschanze» gebaut werden (RISSLER, Talsperrenpraxis [1998], S. 161).

252 Das Tosbecken ist in der Regel ein Auffangbecken «in Betonbauweise», wobei es ausnahmsweise auch aus sogenannten Kolkseen («d.h. mit Wasserbausteinen gesicherte und ständig eingestaute Mulden») bestehen kann (RISSLER, Talsperrenpraxis [1998], S. 151 *in fine* und 161).

253 SINNIGER, Hinweise; siehe auch STROBL/ZUNIC, Wasserbau (2006), S. 162; RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 151 *in fine* und 161.

254 Ist bei geringer Wassertiefe mit kleiner potenzieller Energie bei einer bestimmten Wasserführung die kinetische Energie gross, d.h. die Fliessgeschwindigkeit des Wassers hoch, spricht man vom «schiessenden Abfluss» (LIEBSCHER, Lexikon, *passim*). Bei einem schiessenden Abfluss ist die Fliessbewegung des Wassers daher schnell und heftig (LIEBSCHER, Lexikon, *passim*).

255 Ist bei grosser Wassertiefe mit grosser potenzieller Energie bei einer bestimmten Wasserführung die kinetische Energie klein, d.h. die Fliessgeschwindigkeit klein, spricht man vom «strömenden Abfluss» (LIEBSCHER, Lexikon, *passim*). Bei einem strömenden Wasserabfluss ist die Fliessbewegung des Wassers ruhig (LIEBSCHER, Lexikon, *passim*).

256 SINNIGER, Hinweise.

257 SINNIGER, Hinweise; siehe auch DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 168.

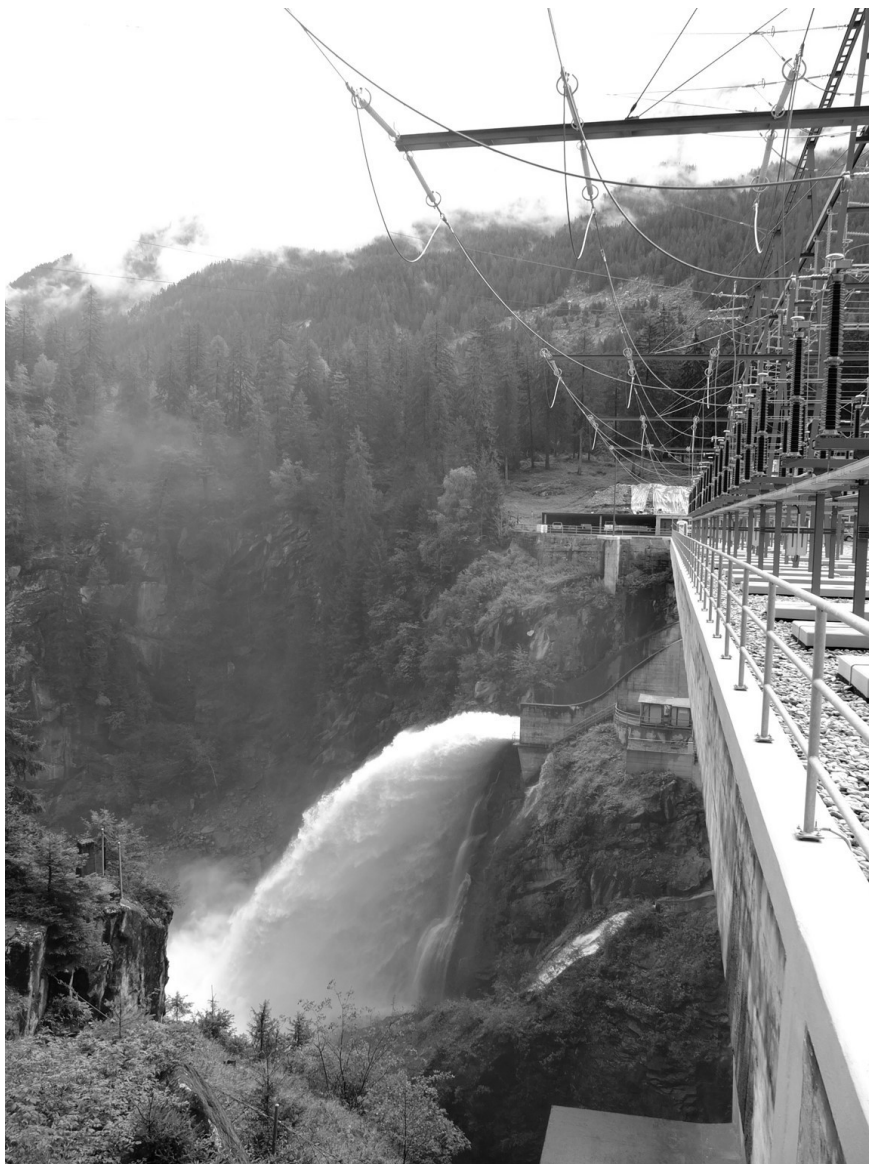


Abbildung 3: geöffneter Grundablass der Stauanlage «Bärenburg» GR (© Bundesamt für Energie)



Abbildung 4: geöffneter Grundablass der Stauanlage «Zen Binnen» VS (© Bundesamt für Energie)

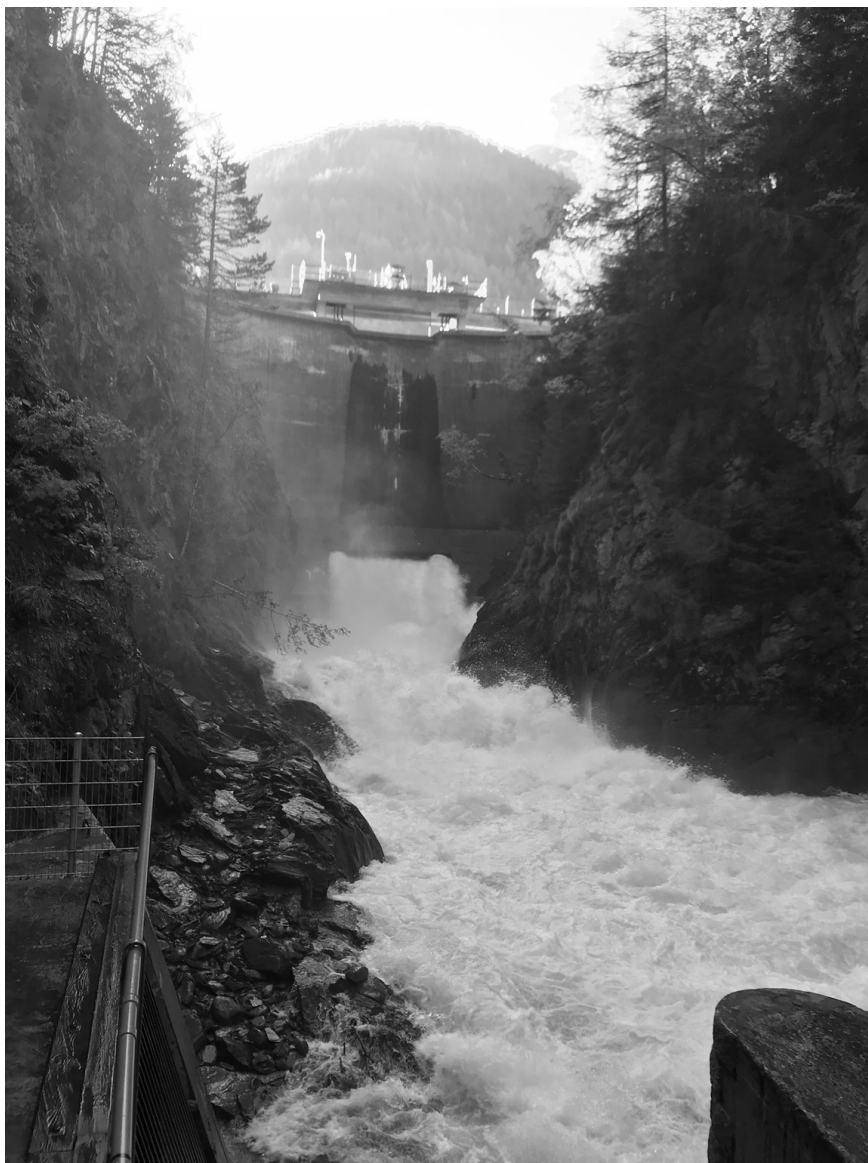


Abbildung 5: Tosbecken und Grundablass der Stauanlage «Zen Binnen» VS (© Bundesamt für Energie)

4. Die **Hochwasserentlastung** ist ein Überfallbauwerk, das den maximalen 99
Normalstauspiegel begrenzt und bei weiterem Wasserzufluss zum
Staubecken²⁵⁸ den Abfluss des Wassers ohne menschliches Zutun erlaubt.²⁵⁹
Dieses austretende Wasser mündet im Tosbecken und wird dadurch gebremst,
bevor es dem Unterwasser (Fn. 148) zugeführt wird (Rz. 98).²⁶⁰

Die Hochwasserentlastung ist entweder in die Talsperre selbst inte- 100
griert (Abbildungen 6 und 7) oder in einer oberwasserseitigen Talflanke mit
seitlichem Überfall – auf Französisch *déversoir lateral* genannt – angeord-
net.²⁶¹ Das Bauwerk kann aber auch im Staubecken²⁶² selbst als Turm mit
kreisförmiger Überfallkrone (Abbildungen 8 und 9) – in der Fachsprache als
morning glory bezeichnet – gebaut werden.²⁶³ In diesem Fall erfolgt der Ab-
fluss des Hochwassers in einem geschlossenen Querschnitt mit freiem Was-
serspiegel.²⁶⁴ Zur Kontrolle des Stauspiegels verfügen grössere Stauanlagen
über einen *Mittelablass*, dessen Einlauf unterhalb des Stauziels liegt und des-
sen Abfluss mittels eines Schiebers geregelt wird.²⁶⁵ Dieser Mittelablass kann
bei Bedarf zur präventiven Absenkung des Stauspiegels oder zur Unterstüt-
zung der Hochwasserentlastung dienen.²⁶⁶

258 Siehe Fn. 129.

259 SINNIGER, Hinweise. Siehe aber BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6051 «Hochwasser
müssen in jedem Fall, auch bei vollem Becken, sicher abgeleitet werden können
(Abs. 3). Dies erfolgt in der Regel durch spezielle Entlastungsorgane. Nur wenn der
Stauroaum allfällige Hochwasser in jedem Fall aufzunehmen vermag (z.B.
Grande Dixence), kann auf eine spezielle Hochwasserentlastung verzichtet werden.»;
vgl. in diesem Zusammenhang aber Art. 5 Abs. 4 StAG.

260 SINNIGER, Hinweise.

261 SINNIGER, Hinweise; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

262 Siehe Fn. 129.

263 SINNIGER, Hinweise; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

264 SINNIGER, Hinweise; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

265 SINNIGER, Hinweise; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

266 SINNIGER, Hinweise; siehe auch SCHNITTER/MÖRGELI, Staumauern (1994), S. 22.

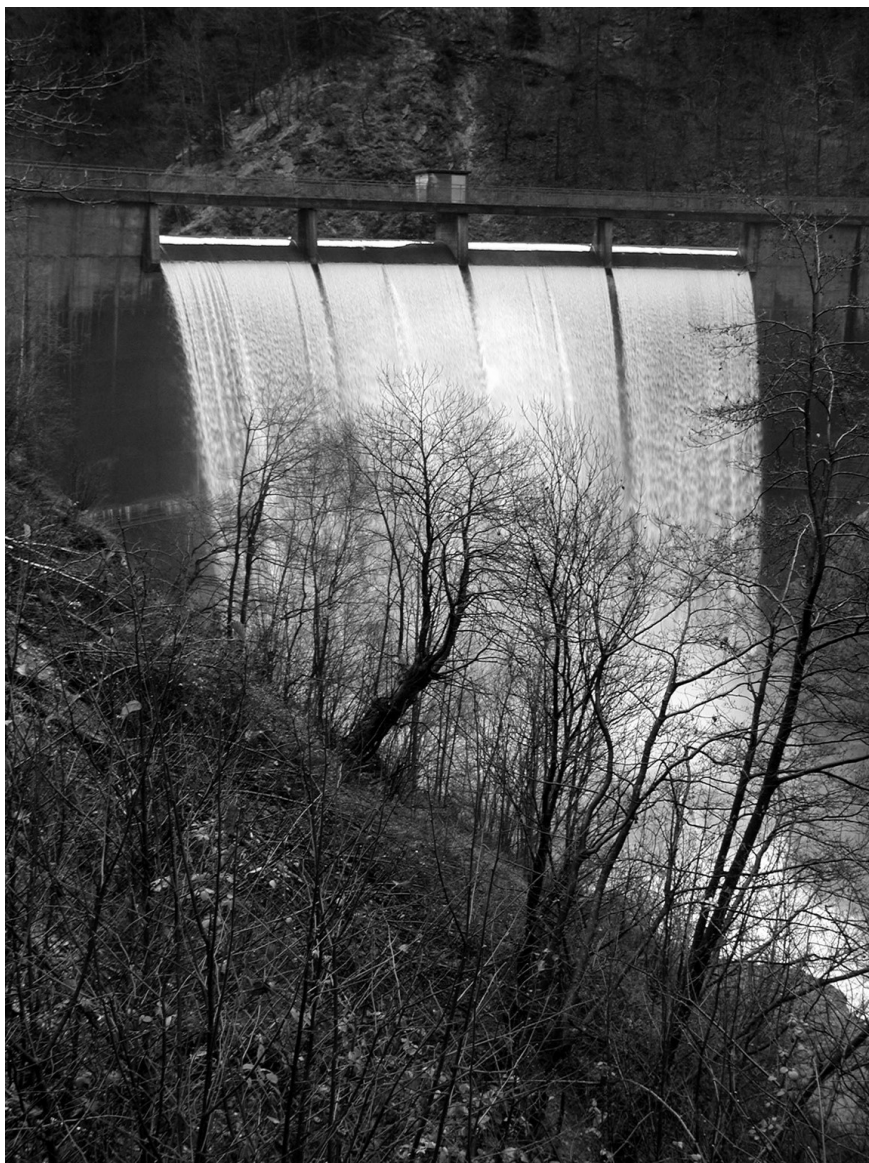


Abbildung 6: Überfall der Stauanlage «Carmena» TI (© Bundesamt für Energie)



Abbildung 7: Überfall der Stauanlage «Vasasca» TI (© Bundesamt für Energie)



Abbildung 8: Überfalltrichter der Stauanlage «Malvaglia» TI (© Bundesamt für Energie)

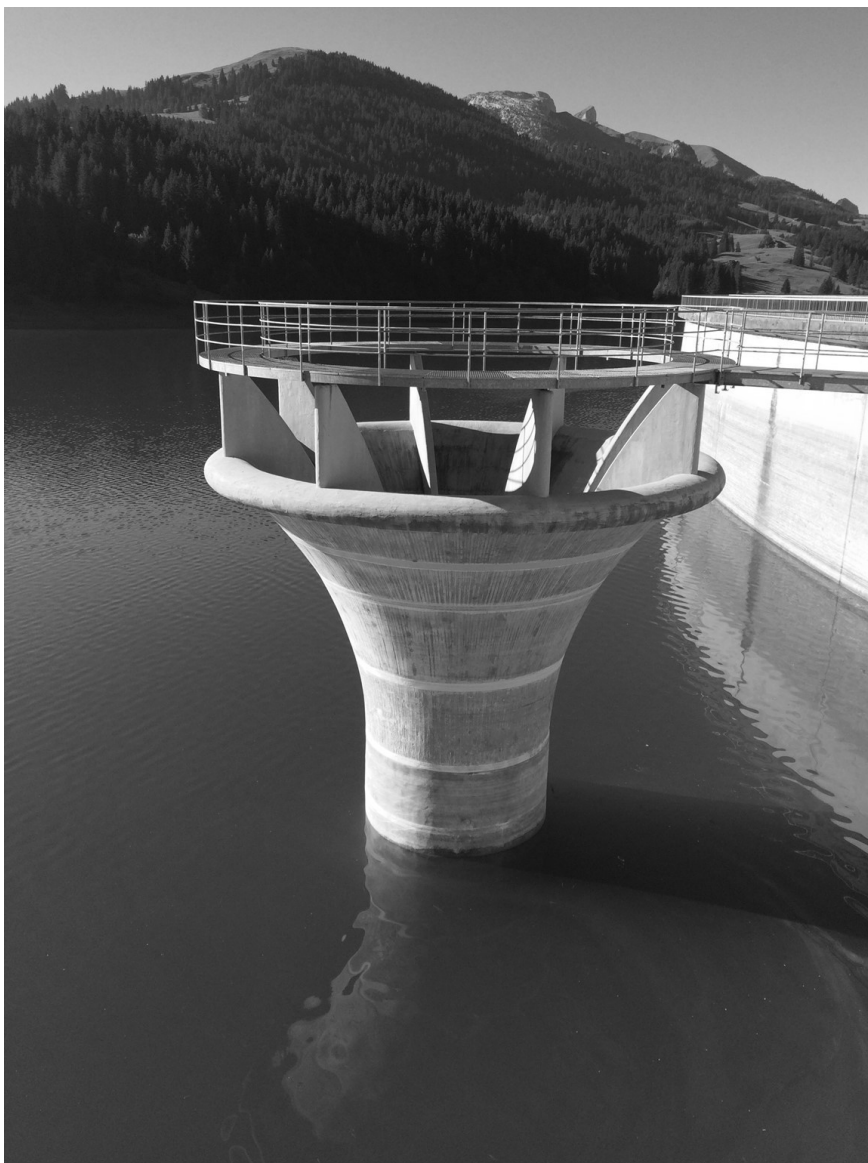


Abbildung 9: Überfalltrichter der Stauanlage «Hongrin» VD (© Bundesamt für Energie)

5. Das im Stauraum einer Talsperre gespeicherte Wasser kann schliesslich 101
mittels Druckleitungen entnommen und via Wasserschloss der Kraftwerks-
zentrale zugeführt werden (Rz. 78). Mithilfe von Pumpspeicherröhren kann
Wasser dem Stauraum einer Talsperre zugeführt werden (Pumpspeicherbe-
cken, Rz. 62).²⁶⁷ Das in diesen Leitungen transportierte Wasser bewegt sich,
je nach Talsperre, mit einem hohen Druck fort.²⁶⁸

ii. *Flusssperren*

Bei Flusssperren fliesst das Wasser in der Regel²⁶⁹ nur an einer Stelle, nämlich 102
bei der **Kraftwerkszentrale** (Rz. 77), vom Oberwasser ins Unterwasser.²⁷⁰
Bei Hochwasser fliesst das Wasser zusätzlich beim Wehr²⁷¹ vom Oberwasser
ins Unterwasser.²⁷²

iii. *Sedimentationsbecken und Beschneiungsbecken*

Bei Stauanlagen mit einem Sedimentationsbecken (Rz. 63) oder Beschnei- 103
ungsbecken (Rz. 64) wird das Wasser nicht regulär abgelassen, sondern dem
Zweck der Stauanlage entsprechend gespeichert.²⁷³

iv. *Rückhaltebecken*

1. Ist das **Hochwasserrückhaltebecken** als Trockenbecken (Rz. 67) konzi- 104
piert, wird bei normalem Wasserstand beziehungsweise normaler Witterung
das Wasser mithilfe eines Durchlasses aus der Stauanlage ungehindert abge-
leitet.²⁷⁴ Ist das Hochwasserrückhaltebecken hingegen als Hochwasserrück-

267 SINNIGER, Hinweise.

268 SINNIGER, Hinweise.

269 Bei gewissen Flusssperren fliesst das Wasser permanent über das Wehr. Zu denken ist etwa an Flusssperren, die der Erzeugung elektrischer Energie dienen (sofern ausnahmsweise in der Wasserrechtskonzession festgehalten), oder an Flusssperren, die der Seeregulierung dienen (PANDURI, Hinweise).

270 SINNIGER, Hinweise.

271 Das Wehr entspricht aus sicherheitstechnischer Sicht der Hochwasserentlastung (Rz. 99) bei Talsperren (PANDURI, Hinweise).

272 PANDURI, Hinweise.

273 SINNIGER, Hinweise.

274 PANDURI, Hinweise.

haltebecken mit Dauerstau (Rz. 67) konzipiert, kann der Stauraum bei normalem Wasserstand beziehungsweise normaler Witterung mithilfe des Grundablasses entleert werden.²⁷⁵

- 105 Bei Hochwasser wird das Hochwasserrückhaltebecken (sei es ein Trockenbecken oder ein Hochwasserrückhaltebecken mit Dauerstau) mit Wasser gefüllt und das Wasser wird anschliessend über Entlastungsvorrichtungen verzögert abgelassen.²⁷⁶
- 106 **2. Die Ausführungen zum Hochwasserrückhaltebecken** gelten auch für das **Regenrückhaltebecken** (Rz. 71). Ist das Regenrückhaltebecken als Trockenbecken (Rz. 67) konzipiert, fliesst bei trockener Witterung kein Wasser in die Stauanlage. Ist das Regenrückhaltebecken hingegen als Regenrückhaltebecken mit Dauerstau (Rz. 67) konzipiert, kann der Stauraum auch bei trockener Witterung mithilfe des Grundablasses entleert werden.²⁷⁷
- 107 Bei Regenfällen wird das Regenrückhaltebecken (sei es ein Trockenbecken oder ein Regenrückhaltebecken mit Dauerstau) mit Regenwasser gefüllt, das Regenwasser gestaut und anschliessend langsam über einen Entwässerungskanal abgelassen (Rz. 71).
- 108 **3. Da das Geschieberückhaltebecken** (Rz. 68–69) auf dem Wasserlauf selbst angeordnet ist, fliesst bei jeder Witterung Wasser ab. Damit wird sichergestellt, dass sich das Geschiebe (Rz. 69) infolge des Rückstaus absetzen kann.
- 109 **4. Ein Lawinenrückhaltebecken** (Rz. 70) hält nur in bestimmten Situationen Schnee und Eis zurück. Es fliesst folglich nur dann Wasser aus einem Lawinenrückhaltebecken ab, wenn sich eine Lawine löst, diese vom Lawinenrückhaltebecken zurückgehalten wird und in der Folge das Schmelzwasser abfliesst.

275 SINNIGER, Hinweise.

276 SINNIGER, Hinweise.

277 Vgl. KALINKA, Regenrückhaltebecken (1980), S. 9–10 und 27; KORAL/SAATCI, Regenrückhaltebecken (1976), S. 33.

b. *Irregulärer Wasseraustritt*

i. *Bruch des Absperrbauwerkes*

1. Das Absperrbauwerk einer Stauanlage kann infolge menschlichen Versagens (zum Beispiel Fehlkonstruktion, Fehlmanipulation, Krieg oder Sabotage) oder eines Naturereignisses (zum Beispiel Erdbeben²⁷⁸, Erdbeben, Lawine, Murgang, Gebirgsverschiebung, Hochwasser, extrem hohe oder tiefe Temperaturen, Tiere²⁷⁹, Verstopfung von Abflüssen durch Eis, Schnee oder Sedimente²⁸⁰) brechen.²⁸¹ Die Faktoren Mensch und Natur können auch zusammenspielen.²⁸² 110

2. Das Versagen des Absperrbauwerkes ist häufig auf folgende drei Gründe zurückzuführen:²⁸³ 111

- Ungenügende Kenntnisse der Geologie des Baugrundes²⁸⁴ und der Baustoffe (zum Beispiel Kies und Sand für die Betonherstellung). 112
- Das Absperrbauwerk einer Stauanlage kann infolge mangelhafter (das heisst nicht den Regeln der Baukunde entsprechender) Projektierung brechen.²⁸⁵ 113
- Das Absperrbauwerk kann auch brechen, wenn eine Stauanlage mangelhaft unterhalten wird.²⁸⁶ 114

278 Siehe dazu im Allgemeinen: WENK, Schweizer Ingenieur und Architekt 43/1990, S. 1239–1241.

279 So können z.B. die von Marmotieren erstellten Gänge und Höhlen die Stabilität des Absperrbauwerkes gefährden (betreffend Stauanlage «Melchsee» [OW]: PFISTER, Luzerner Zeitung [3.7.2020], S. 25).

280 Siehe Rz. 555.

281 Siehe auch GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 132 *in initio*.

282 SINNIGER, Hinweise.

283 Dazu und im Folgenden: SINNIGER, Hinweise.

284 Siehe auch DIN, Wasserbau 1 (2015), S. 137–140. So brach etwa das Absperrbauwerk der «Barrage de Malpasset» in Fréjus (Frankreich) beim Ersteinbau 1954, weil der Felsuntergrund nicht angemessen erkundet und abgedichtet worden war (SINNIGER, Hinweise; siehe auch CERUTTI, NZZ¹ [4.6.1992], S. 19).

285 So brach das Absperrbauwerk des im US-Staat Idaho gelegenen «Teton-Staudamms» beim Ersteinbau am 5.6.1976 infolge eines Lecks (SINNIGER, Hinweise; siehe auch RISSLER, Talsperrenpraxis [1998], S. 280–282; CERUTTI, NZZ¹ [4.6.1992], S. 19).

286 Ursache der Beinahe-Katastrophe im Zusammenhang mit dem «Oroville Dam» (Rz. 22) war der mangelhafte Unterhalt der Hochwasserentlastungsvorrichtung. Als

ii. *Überschwappen*

- 115 Das im Stauraum gespeicherte Wasser kann über das Absperrbauwerk der Talsperre schwappen.²⁸⁷ In aller Regel schwappt Wasser infolge durch Naturereignisse (zum Beispiel Felsstürze, Rutschungen, Lawinen, Eisstürze, Erdbeben, Eiseinbrüche, Kalben von Gletschern oder Gasausbrüche) verursachte Impulswellen über das Absperrbauwerk.²⁸⁸ Diese Impulswellen können auch durch den Menschen verursacht werden (Rz. 110).²⁸⁹ Kein Überschwappen im hier verstandenen Sinn ist der Abfluss von Wasser durch den Überlauf bei Hochwasser (Rz. 100), da das Wasser regulär aus der Talsperre austritt.

iii. *Weitere Gründe*

- 116 Wasser kann aus einer Stauanlage auch infolge eines Lecks im Absperrbauwerk austreten.²⁹⁰ Sofern das Leck nicht zu einer Erosion des Absperrbauwerkes führt, wird nur wenig Wasser austreten.²⁹¹ Wasser kann auch aus einer Stauanlage austreten, wenn die Grundablass-Schützen (Rz. 97) versagen.²⁹² Wasser kann schliesslich durch das Gestein sickern.²⁹³

das Hochwasser abgelassen wurde, wurde die betonverkleidete Rinne stark beschädigt, was fast zum Bruch des Absperrbauwerkes geführt hätte.

287 SINNIGER, Hinweise.

288 MÜLLER, Impulswellen (1995), S. 17–18, 28–31 und 127–131; siehe auch VISCHER, Impulswellen (1995), Vorwort; siehe ferner Postulat 96.3116 («Tsunamis in Stauseen durch Bergstürze») PLATTNER vom 21.3.1996; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 488–489 (Rz. 1527–1528).

289 SINNIGER, Hinweise.

290 SINNIGER, Hinweise.

291 SINNIGER, Hinweise.

292 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049.

293 SINNIGER, Hinweise.

III. Gang der Untersuchung

Ich gliedere diese Monografie in **fünf Teile**:

117

- Im **ersten Teil** (Rz. 123–540) lege ich die rechtlichen Grundlagen dar. 118
Dabei erläutere ich den Zweck des StAG und den Geltungsbereich des StAG. Zudem führe ich aus, wer das Haftungssubjekt²⁹⁴ ist.
- Im **zweiten Teil** (Rz. 541–824) zeige ich auf, unter welchen Vorausset- 119
zungen das Haftungssubjekt²⁹⁵ für einen durch eine Stauanlage verursachten Schaden nach Art. 14 Abs. 1 StAG haftet.
- Im **dritten Teil** (Rz. 825–1059) untersuche ich, unter welchen Vorausset- 120
zungen das Haftungssubjekt²⁹⁶ für Schadenabwehrkosten von Behörden und Privaten haftet (Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG).
- Im **vierten Teil** (Rz. 1060–1394) beantworte ich verschiedene Sonderfra- 121
gen im Zusammenhang mit der StAG-Haftung. Einerseits zeige ich auf, wann bei Stauanlagenunfällen mit internationalem Bezug Schweizer Recht und damit die Haftungsbestimmungen des StAG anwendbar sind. Andererseits erläutere ich die bei grösseren Schadensereignissen und einem Grossschaden anwendbaren Spezialbestimmungen.
- Im **fünften Teil** (Rz. 1395–1587) fasse ich die wesentlichen Erkenntnisse 122
zusammen.

294 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

295 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

296 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

Erster Teil: Grundlagen

Im Grundlagenteil erläutere ich zuerst den Zweck des StAG (Rz. 124–279).¹²³ Anschliessend zeige ich den Geltungsbereich des StAG auf (Rz. 280–408). Schliesslich untersuche ich, wer das Haftungssubjekt ist (Rz. 409–540).²⁹⁷

I. Zweck des StAG

1. «Dieses Gesetz regelt die Sicherheit der Stauanlagen sowie die Haftung für Schäden, die auf das Austreten von Wassermassen aus einer Stauanlage zurückzuführen sind.»²⁹⁸ Genau genommen kann das StAG nicht die Sicherheit von Stauanlagen *regeln*. Mit dieser Formulierung drückt das StAG aus, dass es neben der Haftung für Stauanlagen auch die Sicherheit von Stauanlagen zum Gegenstand hat. In diesen Bereichen stellt das StAG denn auch Vorschriften auf beziehungsweise erlässt Haftungsbestimmungen.

2. Die StAG-Normen sind vorwiegend öffentlich-rechtlicher Natur. Der grösste Teil dieser Gesetzesbestimmungen macht Sicherheitsvorgaben für Stauanlagen (Rz. 126–176). Das StAG enthält jedoch auch privat- und öffentlich-rechtliche Haftungsnormen (Rz. 177–246), verwaltungsstrafrechtliche Bestimmungen und eine haftpflichtversicherungsrechtliche Bestimmung (Rz. 247–279).

A. Sicherheit von Stauanlagen

1. Der Bau und der Betrieb von Stauanlagen ist risikobehaftet (Rz. 202–225).²⁹⁹ Der Staat erachtet das Stauanlagen innewohnende Risiko jedoch als annehmbar klein.³⁰⁰ Aus diesem Grund sind in der Schweiz der Bau und der Betrieb von Stauanlagen erlaubt.

²⁹⁷ Ich untersuche in diesem Kapitel mit anderen Worten den räumlich-persönlichen Geltungsbereich des StAG-Haftungsregimes.

²⁹⁸ Art. 1 StAG.

²⁹⁹ Vgl. GPK STÄNDERAT, Bericht (19.5.1980), S. 414 (erstes Lemma).

³⁰⁰ Vgl. BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, VPB 1/1993, S. 63; GPK STÄNDERAT, Bericht (19.5.1980), S. 414 (erstes Lemma) «Eine absolute Sicherheit gibt es nicht, doch muss das Risiko möglichst klein gehalten werden. Im internationalen Vergleich können die schweizerischen Talsperren als sicher bezeichnet werden, d.h. das Risiko ist annehmbar klein.»

- 127 **2.** Der Staat ist verpflichtet, das Stauanlagen innewohnende Risiko zu minimieren.³⁰¹ Ihre Pflicht erfüllen der Bundesgesetzgeber und -verordnungsgeber durch den Erlass des StAG beziehungsweise der StAV,³⁰² welche die Sicherheit von Stauanlagen und damit den Schutz der Unterlieger (Fn. 167) mithilfe von drei Massnahmen gewährleisten sollen.³⁰³ Erstens enthält das StAG ein auf drei Säulen fussendes Sicherheitskonzept für den Bau und Betrieb von Stauanlagen (Rz. 129–159). Zweitens gewährleistet die staatliche Aufsicht die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften (Rz. 160–175). Drittens können die Behörden und die Privaten bei einem drohenden Stauanlagenunfall die Kosten von Schadenabwehrmassnahmen zur Verhinderung von Rechtsverletzungen auf das Haftungssubjekt³⁰⁴ überwälzen (Rz. 176).
- 128 **3.** Diese drei Massnahmen (Rz. 127) bezwecken zweierlei: Einerseits minimiert der Staat mithilfe des Sicherheitskonzepts das Stauanlagen innewohnende Risiko.³⁰⁵ Trotz dieses Sicherheitskonzepts bergen Stauanlagen ein **Restrisiko**, das auch als «erlaubtes Risiko» (Rz. 203) bezeichnet wird.³⁰⁶ Da in der Schweiz der Bau und der Betrieb von Stauanlagen zulässig ist, versucht der Staat andererseits mittels verschiedener Massnahmen (zum Beispiel Not-

301 Vgl. Art. 9 Abs. 2 lit. c OV-UVEK; vgl. betreffend Gentechnik: HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 26 *in initio*.

302 Vgl. betreffend Wasserbaupolizeigesetz: SCHMID, ZSR 1990 II, S. 28–29.

303 Das Bundesamt für Energie hat zudem als Aufsichtsbehörde des Bundes (Rz. 168) eine Vollzugshilfe zur Stauanlagengesetzgebung betreffend den Bau und Betrieb von Flusssperren an der Aare erlassen (BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Vollzugshilfe Aare [1.1.2015], *passim*).

304 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

305 Vgl. CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 19; vgl. betreffend GTG: HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 26 *in initio*; dazu im Allgemeinen: SCHMID, ZSR 1990 II, S. 33–35.

306 Vgl. CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 19; BOTSCHAFT Wasserbaupolizei (9.4.1952), S. 705–706 «Der Grad der bei Kraftwerkanlagen zu verlangenden Sicherheit ist nach den bei einer Zerstörung des betreffenden Bauobjektes zu erwartenden Schäden und den für die erhöhte Sicherheit nötigen Mehraufwendungen zu beurteilen. Es gibt keine absolute Sicherheit. Unter den verschiedenen möglichen Lösungen soll aber diejenige bestimmt werden, die die relativ grösste Sicherheit bietet.» Siehe zum Restrisiko im Allgemeinen: BGER 2C_905/2010 (22.3.2011) E. 3.2.1; GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 386; SCHREIBER, Restrisiko (2019), S. 35; ANDRES, Diss. FR (2016), Rz. 9; SEILER, Risiken (1997), S. 44–45; SEILER, ZBJV 6/1995, S. 399–400.

fallkonzept oder Schadenabwehrmassnahmen), das Stauanlagen innewohnende charakteristische haftungsbegründende Restrisiko zu beherrschen.³⁰⁷ Sollte sich das Stauanlagen innewohnende charakteristische haftungsbegründende Restrisiko verwirklichen, haftet das Haftungssubjekt³⁰⁸ nach Art. 14 Abs. 1 StAG für den verursachten Personen- und Sachschaden (Rz. 177).³⁰⁹

1. Sicherheitskonzept

Der Bundesgesetzgeber hat das aStAV-Sicherheitskonzept *tel quel* ins StAG 129 überführt. Das StAG-Sicherheitskonzept fusst auf folgenden drei Säulen:³¹⁰

1. Konstruktive Sicherheit (Rz. 133–148); 130
2. Überwachung und Unterhalt (Rz. 149–152); und 131
3. Notfallkonzept (Rz. 153–159). 132

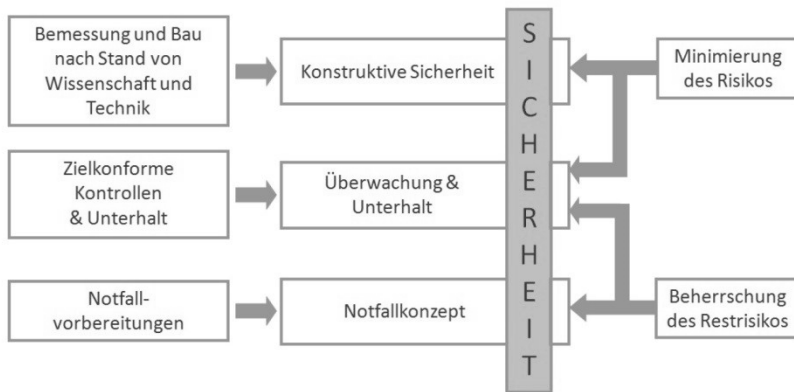


Abbildung 10: Sicherheitskonzept nach StAG (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 6)

307 Zum Restrisiko betreffend Stauanlagen: TERCIER/ROTEN, Colloque (2001), S. 1 «Le juriste ne peut y rester indifférent puisqu'il s'agit d'une part de prévenir la réalisation de ces risques [...]»; CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 19; CERUTTI, NZZ² (4.6.1992), S. 19; siehe ferner RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 900. Zum Restrisiko im Allgemeinen: REINHARD, Diss. BE (2011), S. 42; HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 26; WIDMER, ZSR 1977 I, S. 428.

308 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

309 Siehe zur absoluten Sicherheit z.B. ERRASS, S&R 1/2010, S. 25.

310 SG Komm. BV (2014)-MARTI, Art. 76 N 23.

a. *Konstruktive Sicherheit*

- 133 **1.** Stauanlagen müssen allen voraussehbaren Betriebs- und Lastfällen (zum Beispiel Eigengewicht, Wasser- und Eisdruck, Erdbebenbeanspruchung³¹¹, Druck aus Lawinen und Murgängen oder Temperaturveränderungen)³¹² standhalten, um einen irregulären Wasseraustritt (Rz. 110–116) zu verhindern.³¹³ Die konstruktive Sicherheit ist ein wesentlicher Bestandteil der Planung und des Baus von Stauanlagen. Wer eine Stauanlage (um-)bauen will, ist verpflichtet, die möglichen Einwirkungen auf die Stauanlage zu eruieren, die entsprechenden Sicherheitsnachweise³¹⁴ zu erbringen und die baulichen Anforderungen zu erfüllen.³¹⁵
- 134 **2.** Wer eine Stauanlage (um-)bauen will, bedarf einer **Plangenehmigung**³¹⁶ der Genehmigungsbehörde.³¹⁷ Damit stellt der Staat sicher, dass die komplexen technischen Anforderungen an die konstruktive Sicherheit einer Stauanlage erfüllt sind. Die Aufsichtsbehörde (Rz. 160–175) kontrolliert während der Bauphase, ob sämtliche Sicherheitsanforderungen eingehalten werden.³¹⁸
- 135 **3.** Für den Bau und den Umbau von Stauanlagen existiert **keine spezifische SIA-Norm**. Die Parteien des Werkvertrages können jedoch vertraglich, das

311 Zur Erdbebensicherheit: BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C3 (1.2.2016); siehe ferner die Antwort von Bundesrätin LEUTHARD vom 8.6.2015 (AB 2015 N 912) auf die Frage 15.5245 («Ist die Erdbebensicherheit von Staudämmen und AKW gewährleistet?») von Nationalrätin SEMADENI vom 2.6.2015 und die Stellungnahme des Bundesrates vom 25.5.2011 auf das Postulat 11.3213 («Erdbebensicherheit sensibler Bauten») HEIM vom 17.3.2011.

312 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 (28.8.2017), S. 13–14.

313 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 (28.8.2017), S. 11, das jedoch von «unkontrolliertem und schadenverursachendem Wasserabfluss» spricht.

314 Z.B. Nachweis der ausreichenden Abflusskapazität bei Hochwasser (Art. 5 Abs. 4 StAG; zur Hochwassersicherheit im Allgemeinen: BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C2 [15.2.2017]) oder Nachweis der strukturellen Integrität (BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 [28.8.2017], S. 12).

315 Vgl. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 6 *in fine*.

316 Neben der Plangenehmigung und der Inbetriebnahmebewilligung (Rz. 137) bedarf es meistens noch weiterer spezialgesetzlicher Bewilligungen (FHB Verwaltungsrecht [2015]-MERKER, Rz. 11.117).

317 Art. 6 Abs. 1 StAG (einlässlich dazu: BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 [28.8.2017], S. 8–9). Die Plangenehmigung wird laut RIVA nach dem vorherrschenden Modell des «gestuften Verfahrens» in der 2. Etappe erteilt (RIVA, URP 1/2014, S. 10, allerdings bezugnehmend auf das Wasserbaupolizeigesetz).

318 Art. 6 Abs. 8 StAG.

heisst rechtsgeschäftlich,³¹⁹ verschiedene SIA-Einzelnormen³²⁰ betreffend den Stauanlagenbau für anwendbar erklären.

Demgegenüber erliess das DIN spezifische Normen betreffend den Wasserbau im Allgemeinen und betreffend Stauanlagen im Besonderen.³²¹

4. Eng mit der konstruktiven Sicherheit hängt die **Inbetriebnahmebewilligung** zusammen. Wer eine Stauanlage (wieder) betreiben möchte, benötigt eine Bewilligung der Aufsichtsbehörde.³²² Die Plangenehmigung (Rz. 134) schliesst also die Inbetriebnahmebewilligung nicht ein.³²³

a. Das *Inbetriebnahmegesuch* muss alle Angaben enthalten, die für die sicherheitstechnische Beurteilung notwendig sind.³²⁴ Die Betreiberin³²⁵ ist verpflichtet, ein solches Gesuch nicht nur für Stauanlagen mit einem Staubecken³²⁶ (Rz. 56–64) zu stellen, sondern auch für Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken (Rz. 65–71). Dem Inbetriebnahmegesuch sind grundsätzlich folgende Dokumente beizulegen:³²⁷

- Abnahmeprotokoll der Bauarbeiten;³²⁸
- Inbetriebnahmeprogramm, bestehend aus dem Einstauprogramm³²⁹ und dem Überwachungsreglement für die Inbetriebnahmephase^{330,331}

319 Betreffend SIA-Norm 118: Kommentar SIA-Norm 118 (2017)-STÖCKLI, Einleitung N 24.

320 Z.B. SIA-Norm 267 (Geotechnik) oder SIA-Norm 269/8 (Erhaltung von Tragwerken – Erdbeben).

321 Z.B. DIN, Wasserbau 1 (2015).

322 Art. 7 Abs. 1 StAG.

323 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 (28.8.2017), S. 10 *in fine*.

324 Art. 7 Abs. 2 StAG.

325 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

326 Siehe Fn. 129.

327 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 5.

328 Art. 9 Abs. 3 StAV.

329 Ein Einstau ist in der Regel bei Rückhaltebecken nicht möglich (BOTSCHAFT StAG [9.6.2006], S. 6052 *in initio*).

330 Für die Betriebsphase ist ein neues Überwachungsreglement zu erstellen (Art. 14 Abs. 2 StAV).

331 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 6 *in fine*.

- 141 – Wehrreglement (Rz. 157);³³²
- 142 – Notfallreglement (Rz. 155).³³³
- 143 **b.** Die Betreiberin³³⁴ ist verpflichtet, nach dem Ersteinstau oder einem Wiedereinstau der Aufsichtsbehörde einen *Inbetriebnahmebericht* zuzustellen.³³⁵ Dieser Bericht enthält insbesondere:³³⁶
- 144 – eine Übersicht über den Ablauf des Ersteinstaus oder Wiedereinstaus;
- 145 – eine Analyse des Verhaltens der Stauanlage während der Inbetriebnahme oder Wiederinbetriebnahme; und
- 146 – die Ergebnisse der Funktionskontrollen der Entlastungs- und Ablassvorrichtungen.
- 147 **5.** Unmittelbar nach Abschluss der Inbetriebnahme der Stauanlage beginnt die **Betriebsphase**. Die Betriebsphase setzt mit anderen Worten nicht mit einem formellen Akt (zum Beispiel Betriebsbewilligung) ein. Die Inbetriebnahmebewilligung gilt zugleich als Betriebsbewilligung.³³⁷
- 148 **6.** Eine Stauanlage darf nur betrieben werden, wenn das Resultat des Ersteinstaus oder des Wiedereinstaus auf einen sicheren Betrieb schliessen lässt.³³⁸ Eine weitere Voraussetzung für den Betrieb einer Stauanlage ist das Reglement für die Überwachung der Stauanlage im normalen Betrieb und bei ausserordentlichen Ereignissen.³³⁹ Die Betreiberin³⁴⁰ ist verpflichtet, dieses Überwachungsreglement zu erlassen und es durch die Aufsichtsbehörde genehmigen zu lassen (Rz. 155–156).³⁴¹ Gemäss einem im Jahre 2010³⁴²
-
- 332 Art. 11 Abs. 1 lit. a StAV.
- 333 Art. 11 Abs. 1 lit. b StAV.
- 334 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).
- 335 In der Praxis wird zwischen kontrolliertem Einstau (Art. 12 Abs. 1 Satz 1 StAV) und unkontrolliertem Einstau unterschieden (BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D [30.10.2015], S. 8).
- 336 Art. 13 Abs. 2 lit. a–c StAV.
- 337 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 20.
- 338 Art. 14 Abs. 1 StAV.
- 339 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 (28.8.2017), S. 10 *in fine*.
- 340 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).
- 341 Art. 14 Abs. 2 StAV; siehe zum Inhalt des Überwachungsreglements: BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 15–16.
- 342 Damals war noch die aStAV in Kraft. Das Sicherheitskonzept der StAV wurde jedoch *tel quel* ins StAG überführt (Rz. 129).

durchgeführten Audit verfügten allerdings gewisse Stauanlagen über kein genehmigtes Überwachungsreglement und wurden trotzdem betrieben.³⁴³ Inzwischen verfügen alle Stauanlagen über ein von der Aufsichtsbehörde genehmigtes Überwachungsreglement.³⁴⁴

b. Überwachung und Unterhalt

1. Die Betreiberin³⁴⁵ ist verpflichtet, während des Betriebs der Stauanlage den Schutz der Unterlieger (Fn. 167) zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die Entleerungs- und Entlastungsvorrichtungen betriebstüchtig sind.³⁴⁶ Diese Pflicht kann die Betreiberin³⁴⁷ nur erfüllen, wenn sie die Stauanlage unterhält (Rz. 150–151) und überwacht (Rz. 152).

2. Die Betreiberin³⁴⁸ ist verpflichtet, die Stauanlage ordnungsgemäss zu unterhalten beziehungsweise instand zu halten sowie Schäden und Sicherheitsmängel unverzüglich zu beheben.³⁴⁹ Vernachlässigt die Betreiberin³⁵⁰ ihre Unterhaltungspflicht, kann dies die Verwirklichung des der Stauanlage innewohnenden Risikos begünstigen (Rz. 208–225 und 611–616).³⁵¹ Die Betreiberin³⁵² ist verpflichtet, die Stauanlage nachzurüsten oder umzubauen, wenn die Aufsichtsbehörde dies zur Behebung von Sicherheitsmängeln verlangt.³⁵³

Indem die Betreiberin³⁵⁴ die Stauanlage unterhält, erhält sie ihre Betriebstauglichkeit.³⁵⁵ Dabei wird zwischen «vorsorglichem Unterhalt» und «korrektivem Unterhalt» unterschieden.³⁵⁶ Der vorsorgliche Unterhalt be-

343 DNV, Bericht (22.1.2010), S. 4, 25, 31, 57 und 64; siehe auch FRIEDLI, Der Bund (26.7.2010), S. 5.

344 PANDURI, Hinweise.

345 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

346 Art. 8 Abs. 1 StAG.

347 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

348 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

349 Art. 8 Abs. 3 lit. a StAG.

350 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

351 Vgl. betreffend Hochwasserrückhaltebecken: MÜLLER, Hochwasserrückhaltebecken (1990), S. 46 *in fine*.

352 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

353 Art. 8 Abs. 3 lit. b StAG.

354 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

355 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 9 *in fine*; siehe auch RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 332.

356 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 10 *in initio*.

zweckt, Funktionsstörungen an den Sicherheitsorganen oder Messeinrichtungen zu verhindern.³⁵⁷ Mithilfe des korrektiven Unterhalts sollen allfällige Schäden an der Stauanlage behoben werden, bevor sich der Zustand der Stauanlage verschlechtert.³⁵⁸ Zum korrektiven Unterhalt gehören etwa die regelmässigen Spülungen (Rz. 97) des Staubeckens oder die Bergung von Treibgut^{359, 360}

- 152 **3.** Die Überwachung von Stauanlagen soll ebenfalls ihre Sicherheit gewährleisten.³⁶¹ Die Betreiberin³⁶² ist verpflichtet zu prüfen, ob der Zustand und das Verhalten der Stauanlage den Sicherheitsanforderungen entsprechen.³⁶³ Auf diese Weise kann die Betreiberin³⁶⁴ ein anomales Verhalten³⁶⁵ der Stauanlage oder Schäden an der Stauanlage frühzeitig feststellen.³⁶⁶ Die Betreiberin³⁶⁷ ist

357 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 10 *in initio*.

358 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 10 *in initio*.

359 Art. 41 Abs. 2 GSchG; siehe auch WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT (2013), Rz. 986–987.

360 Art. 40 GSchG und Art. 41 Abs. 2 GSchG; siehe auch WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT (2013), Rz. 980–985.

361 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 10; siehe zu Messungen und Kontrollen auch RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 316–331.

362 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

363 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 10.

364 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

365 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 5 «Am besten beherrschbar ist die Verhaltensanomalie, da sie bei zweckmässiger Überwachung der Talsperre frühzeitig erkannt werden kann.»

366 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 10. *Beispiel*: Weil die Betreiberin die Talsperre «Zeuzier» (VS) ständig überwachte, konnte im Jahre 1978 ein Stauanlagenunfall verhindert werden: «Die routinemässigen Lotmessungen zeigten, dass sich der Scheitel der 156 Meter hohen Bogenmauer um 5 Millimeter in Richtung Stausee verschoben hatte – dabei hätte er in die andere Richtung wandern müssen, denn der See war randvoll. Das Becken wurde sofort geleert, trotzdem bildeten sich meterlange Risse, die später aufwendig repariert werden mussten.» (SAUER, NZZ [23.2.2005], S. 9; siehe auch CERUTTI, NZZ¹ [4.6.1992], S. 19). Die Schäden an der Talsperre «Zeuzier» wurden durch den Bau eines unter der Talsperre liegenden Sondierstollens für den «Rawyl-Tunnel» zwischen dem Pöschchenried in der Nähe von Zweisimmen (BE) und der Lienne-Schlucht in der Nähe von Sitten (VS) verursacht. Aus diesem Grund machte die Betreiberin der Talsperre «Zeuzier» Schadenersatzansprüche gegen den Bauherrn des «Rawyl-Tunnels» (Kanton Wallis) geltend. Im Jahre 1993 bejahte das Bundesgericht grundsätzlich die Haftung der Bauherrin (BGE 119 Ib 334 [= Pra 1994, Nr. 74]; siehe auch Fn. 2063).

367 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

verpflichtet, die Stauanlage laufend³⁶⁸ zu kontrollieren sowie jährlich³⁶⁹ und alle fünf Jahre³⁷⁰ durch Dritte kontrollieren zu lassen. Zudem ist die Aufsichtsbehörde verpflichtet, die ihr unterstellten Stauanlagen mindestens einmal alle drei beziehungsweise fünf Jahre zu kontrollieren.³⁷¹

c. Notfallkonzept

1. Art. 10–12 StAG enthalten ein Notfallkonzept.³⁷² Unter «Notfall» versteht das StAG eine Situation, in welcher der sichere Betrieb einer Stauanlage wegen Verhaltensanomalien, Naturereignissen oder Sabotageakten nicht mehr gewährleistet ist. Der Begriff «Notfall» wird somit in einem weiten Sinn verstanden. Dieses Notfallkonzept der aStAV³⁷³ ist inhaltlich unverändert ins StAG überführt worden.³⁷⁴

2. Der Betreiberin³⁷⁵ einer Stauanlage werden verschiedene Pflichten auferlegt:

a. Erstens ist die Betreiberin³⁷⁶ verpflichtet, bei einem Notfall alle erforderlichen Massnahmen zu treffen, um die «Gefährdung»³⁷⁷ der Unterlieger (Fn. 167) zu verhindern.³⁷⁸ Dazu gehört insbesondere die Alarmierung der Behörden und der Bevölkerung. Damit eine Betreiberin³⁷⁹ diese Pflicht zeitgerecht erfüllen kann, ist sie verpflichtet, ein **Notfallreglement** zu erlassen, das vor Inbetriebnahme der Stauanlage von der Aufsichtsbehörde zu genehmigen ist (Rz. 148).³⁸⁰

368 Art. 16 StAV (siehe dazu BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Leitfaden [31.7.2015], S. 23).

369 Art. 17 StAV.

370 Art. 18 StAV.

371 Art. 23 StAV.

372 Siehe dazu RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 900–902.

373 Art. 17–19 aStAV.

374 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053 *in initio*.

375 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

376 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

377 Art. 10 Abs. 2 StAG spricht von «Gefährdung». Bei einer Situation, die als «Notfall» i.S.v. Art. 10 Abs. 2 StAG gilt, dürfte die Gefahrenschwelle jedoch bereits überschritten sein (Rz. 603). Es sollte daher von «Gefahr» statt von «Gefährdung» gesprochen werden (Rz. 604–605).

378 Art. 10 Abs. 2 StAG.

379 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

380 Art. 10 StAG i.V.m. Art. 11 Abs. 1 lit. b StAV.

- 156 Die Betreiberin³⁸¹ ist verpflichtet, dieses Notfallreglement laufend zu überprüfen und allfällige Nachführungen durch die Aufsichtsbehörde genehmigen zu lassen.³⁸² Dieses Notfallreglement muss mindestens eine Überflutungskarte, Gefahrenanalyse, Notfallstrategie, Notfallorganisation und ein Einsatzdossier beinhalten.³⁸³ Die Betreiberin³⁸⁴ ist verpflichtet, die Überflutungskarte und das Einsatzdossier an die betroffenen Kantone und die Nationale Alarmzentrale zu übermitteln.³⁸⁵ Ob die Bevölkerung erfolgreich evakuiert werden kann, hängt massgeblich von der Alarmbereitschaft der Behörden ab. Entsprechend geht die BOTSCHAFT StAG davon aus, dass die Kantone über eine rund um die Uhr funktionierende Pikettstelle verfügen.³⁸⁶
- 157 **b.** Zweitens ist die Betreiberin³⁸⁷ einer Stauanlage (zum Beispiel einer Tal Sperre³⁸⁸ oder einer Flusssperre³⁸⁹) verpflichtet, vor deren Inbetriebnahme zusätzlich zum Notfallreglement ein **Wehrreglement** zu erstellen und dieses durch die Aufsichtsbehörde genehmigen zu lassen.³⁹⁰ Das Wehrreglement muss die Bedienung der Entlastungs- und Ablassvorrichtungen mit beweglichen Verschlüssen³⁹¹ bei Hochwasser beschreiben. Die Betreiberin³⁹² ist verpflichtet, auch das Wehrreglement laufend zu überprüfen und anzupassen. Allfällige Änderungen des Wehrreglements sind durch die Aufsichtsbehörde (Rz. 160–175) zu genehmigen.³⁹³
- 158 **c.** Drittens ist die Betreiberin³⁹⁴ einer Stauanlage mit mehr als 2 Millionen Kubikmeter Stauraum³⁹⁵ verpflichtet, ein **Wasseralarmsystem** in der Nahzone

381 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

382 Art. 11 Abs. 2 Satz 1 StAV.

383 Art. 25 Abs. 1 StAV.

384 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

385 Art. 25 Abs. 3 StAV.

386 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053.

387 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

388 Rz. 56–57.

389 Rz. 58–60.

390 Art. 10 StAG i.V.m. Art. 11 Abs. 1 lit. a StAV; PANDURI, Hinweise.

391 Z.B. der Grundablass (Rz. 97) oder die Hochwasserentlastung (Rz. 99–100) bei Talsperren (PANDURI, Hinweise).

392 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

393 Art. 11 Abs. 2 Satz 1 StAV.

394 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

395 Dies entspricht 2 Mrd. Litern oder 800 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

zu betreiben und zu unterhalten.³⁹⁶ Die Nahzone umfasst das Gebiet, das bei einem plötzlichen totalen Bruch des Absperrbauwerkes innert zwei Stunden überflutet wird.³⁹⁷ Die Aufsichtsbehörde kann die Betreiberin³⁹⁸ einer Stauanlage mit weniger als 2 Millionen Kubikmeter Stauraum durch Verfügung verpflichten, ein Wasseralarmsystem zu betreiben und zu unterhalten, wenn auf der «Überflutungsfläche eine hohe Gefahr besteht»³⁹⁹.

3. Schliesslich kann der Bundesstab Bevölkerungsschutz bei einer militärischen Bedrohung besondere Anordnungen (zum Beispiel vorsorgliche Absenkung einer Stauanlage)⁴⁰⁰ treffen.⁴⁰¹ 159

2. Aufsicht über Stauanlagen

a. Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen

1. Ob eine dem StAG unterstehende Stauanlage durch den Bund oder den Lagekanton (Rz. 1280) beaufsichtigt wird, bestimmt das StAG anhand formeller Kriterien. 160

2. Das StAG unterscheidet zwischen «grossen Stauanlagen» und Stauanlagen, die nicht als «grosse Stauanlagen» gelten. Eine Stauanlage gilt als **grosse Stauanlage**, wenn sie eines der folgenden Kriterien erfüllt: 161

- Stauhöhe von mindestens 25 Metern;⁴⁰² 162
- Stauhöhe von mehr als 15 Metern und mehr als 50 000 Kubikmeter Stauraum^{403,404} 163

396 Art. 11 Abs. 1 StAG; siehe auch Art. 17 BZG; siehe ferner JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4515.

397 Art. 11 Abs. 3 StAG.

398 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

399 Art. 11 Abs. 2 StAG i.V.m. Art. 26 Abs. 2 StAV.

400 So ausdrücklich Art. 7 Abs. 1 lit. a der per 1.1.2019 aufgehobenen VTA; siehe auch BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C2 (15.2.2017), S. 22 *in initio*, wonach der Stauraum gewisser Stauanlagen innert drei Kalendertagen bis zur militärisch kritischen Kote abgesenkt werden können muss.

401 Art. 12 Abs. 2 StAG i.V.m. Art. 28 StAV und Art. 2 Abs. 1 VBSTB.

402 Art. 3 Abs. 2 lit. a StAG.

403 Dies entspricht mindestens 50 Mio. Litern oder 20 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

404 Art. 3 Abs. 2 lit. b StAG.

- 164 – Stauhöhe von mehr als 10 Metern und mehr als 100 000 Kubikmeter Stauraum^{405,406}
- 165 – Mehr als 500 000 Kubikmeter Stauraum^{407,408}
- 166 **3.** Die Aufsichtsbehörde des Bundes und der betroffene Kanton können Stauanlagen, die diese Kriterien (Rz. 162–165) nicht erfüllen, der Bundesaufsicht unterstellen, wenn «besondere Verhältnisse» vorliegen.⁴⁰⁹ Dies gilt auch *vice versa*: Eine Stauanlage, die eigentlich der Bundesaufsicht unterstünde, kann der Kantonsaufsicht unterstellt werden, wenn «besondere Verhältnisse» vorliegen.⁴¹⁰
- 167 Wann «besondere Verhältnisse» vorliegen, kann weder dem StAG noch der StAV entnommen werden. Auch in den Gesetzesmaterialien finden sich dazu keine Hinweise. Besondere Verhältnisse können unter anderem dann vorliegen, wenn ein Kanton nur wenige Stauanlagen zu beaufsichtigen hätte und der Aufbau einer kantonalen Aufsichtsbehörde somit unverhältnismässig wäre.⁴¹¹ In einem solchen Fall kann eine von Art. 3 Abs. 2 StAG abweichende Zuständigkeitsordnung gerechtfertigt sein.

405 Dies entspricht mindestens 100 Mio. Litern oder 40 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

406 Art. 3 Abs. 2 lit. c StAG.

407 Dies entspricht mindestens 500 Mio. Litern oder 200 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

408 Art. 3 Abs. 2 lit. d StAG.

409 Art. 24 Abs. 1 StAG.

410 Art. 24 Abs. 1 StAG.

411 PANDURI, Hinweise.

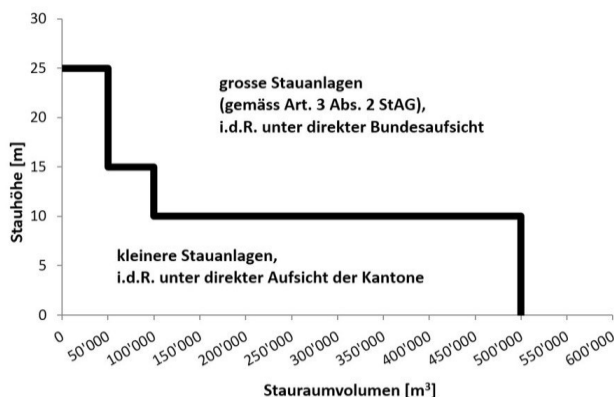


Abbildung 11: Grössenparameter von Art. 3 Abs. 2 StAG (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 8)

b. Bundesaufsicht

Das Bundesamt für Energie BFE⁴¹² beaufsichtigt direkt die grossen Stauanlagen (Rz. 161) und die Stauanlagen im Sinne von Art. 24 Abs. 1 StAG (Rz. 166–167).⁴¹³ Das BFE übt zudem die Oberaufsicht über die unter Kantonsaufsicht stehenden Stauanlagen aus.⁴¹⁴

412 Innerhalb des BFE ist gemäss «Geschäftsordnung für das Bundesamt für Energie (BFE)» die Sektion «Aufsicht Talsperren» zuständig (PANDURI, Hinweise).

413 Art. 22 Abs. 2 und 3 StAG i.V.m. Art. 29 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a StAV; siehe auch Art. 9 Abs. 3 lit. g OV-UVEK.

414 Art. 22 Abs. 3 StAG i.V.m. Art. 29 Abs. 1 und Abs. 2 lit. b StAV; siehe auch Art. 9 Abs. 3 lit. g OV-UVEK.

c. *Kantonsaufsicht*

- 169 1. Die Kantone beaufsichtigen – vorbehaltlich besonderer Verhältnisse (Rz. 166–167) – die Stauanlagen⁴¹⁵, die nicht der direkten Bundesaufsicht unterstehen (Rz. 161–165 und 168).⁴¹⁶ Damit sind jedoch nur jene Stauanlagen gemeint, die dem StAG unterstehen (Rz. 307–323). Die Abbildung 11 (Rz. 167) ist daher unzutreffend, sofern die «Aufsicht» durch eine Aufsichtsbehörde nach StAG erfolgt. Denn die nicht dem StAG unterstellten Stauanlagen werden nicht durch Aufsichtsbehörden nach StAG beaufsichtigt.⁴¹⁷
- 170 2. Der BOTSCHAFT StAG zufolge werden die Kantone «durch den Wegfall der Aufsicht über die **kleineren Stauanlagen** entlastet».⁴¹⁸ Diese Aussage ist unzutreffend:
- 171 – Erstens sprechen weder das StAG noch die StAV⁴¹⁹ von «kleineren Stauanlagen».⁴²⁰ Nur das Bundesamt für Energie verwendet diesen Begriff in seinen Richtlinien.⁴²¹ Das StAG spricht lediglich von «grossen Stauanlagen».⁴²²
- 172 – Zweitens beaufsichtigten die Kantone bereits unter der Herrschaft der aStAV⁴²³ nur jene Stauanlagen, die nicht unter Bundesaufsicht standen, aber der aStAV unterstanden.⁴²⁴

415 Es ist davon auszugehen, dass künftig circa 250 Stauanlagen unter Kantonsaufsicht stehen werden (PANDURI, Hinweise; siehe auch Fn. 96).

416 Art. 23 Abs. 1 StAG.

417 Gl.M. PANDURI, Hinweise; siehe auch Fn. 732.

418 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6059 (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie hinzugefügt).

419 Auch die aStAV verwendete den Begriff «kleinere Stauanlagen» nicht.

420 Übrigens verwenden das StAG und die StAV auch nicht den Begriff «mittlere Stauanlagen» (so aber BOTSCHAFT StAG [9.6.2006], S. 6040).

421 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C3 (1.2.2016), S. 4; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D (30.10.2015), S. 19 «Andere kleinere Stauanlagen»; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie E (1.5.2015), S. 6–7; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 7–8; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie B (26.6.2014), S. 7; siehe aber auch BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6038, 6040, 6046–6048, 6057 und 6059–6061; BOTSCHAFT SKG (9.6.2006), S. 5943.

422 Z.B. Art. 3 Abs. 2 StAG. Auch die StAV spricht lediglich von «grossen Stauanlagen» (z.B. Art. 29 Abs. 2 lit. a StAV).

423 Art. 1 aStAV i.V.m. Art. 22 Abs. 1 aStAV.

424 In diesem Sinne BOTSCHAFT SKG (9.6.2006), S. 5943.

- Drittens ist die Aussage in der BOTSCHAFT StAG unzutreffend, wonach die Aufgaben der Kantone künftig durch die Aufsichtsbehörde wahrgenommen werden. Denn die Kompetenzverteilung betreffend die Aufsicht von Stauanlagen änderte sich mit Inkrafttreten des StAG nicht grundlegend. Diese Aussage dürfte auf den geplanten Erlass des SKG zurückzuführen sein.⁴²⁵ Gemäss SKG hätte ein Sicherheitsorgan des Bundes die bis anhin durch die Kantone beaufsichtigten Stauanlagen überwachen sollen.⁴²⁶ 173

3. Die Kantone sind verpflichtet, ihre Aufsichtsbehörde zu bezeichnen.⁴²⁷ 174
Aufsichtsbehörde im Sinne des StAG ist zum Beispiel im Kanton Bern⁴²⁸ das Amt für Wasser und Abfall, im Kanton Thurgau⁴²⁹ das Amt für Umwelt oder im Kanton Zürich⁴³⁰ das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft.

4. Die Aufsichtsbehörden der Kantone sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde des Bundes verschiedene Angaben zu den von ihnen überwachten Stauanlagen zu melden.⁴³¹ Zudem sind sie verpflichtet, jährlich zuhanden der Aufsichtsbehörde des Bundes einen Bericht über ihre Aufsichtstätigkeit zu erstellen.⁴³² Schliesslich sind die Aufsichtsbehörden der Kantone verpflichtet, unverzüglich alle ausserordentlichen Ereignisse, die einen Einfluss auf die Sicherheit der unter ihrer Aufsicht stehenden Stauanlagen haben könnten, der Aufsichtsbehörde des Bundes zu melden.⁴³³ 175

425 Das SKG trat nicht in Kraft (siehe z.B. WABER, NZZ [9.9.2009], S. 16).

426 BOTSCHAFT SKG (9.6.2006), S. 5943; PANDURI, Hinweise.

427 Art. 23 Abs. 2 StAG. Die Aufsichtsbehörde eines Kantons sollte nicht zugleich auch Betreiberin einer Stauanlage sein, weil ansonsten keine unabhängige und wirksame Aufsicht über die Stauanlage besteht; ob die Aufsichtsbehörde eines Kantons in Personalunion auch Betreiberin sein darf, hat jedoch das kantonale Recht zu beantworten, da das StAG und die StAV keine Vorgaben machen (vgl. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, FAQ [3.1.2017]).

428 Art. 10 Abs. 1 lit. b OrV BVD/BE.

429 § 1 Abs. 2 WBSNV/TG.

430 § 1 lit. a HWSchV/ZH.

431 Art. 30 lit. b StAV.

432 Art. 30 lit. c StAV.

433 Art. 30 lit. d StAV.

3. *Schadenabwehrmassnahmen*

- 176 Gefährdet eine Stauanlage die Unterlieger (Fn. 167) unmittelbar, können die Behörden Schadenabwehrmassnahmen ergreifen, um den drohenden Schaden abzuwehren oder zu vermindern. Auch Private können gegebenenfalls Schadenabwehrmassnahmen ergreifen. Die Behörden und Privaten können die erlittenen Schadenabwehrkosten auf das Haftungssubjekt⁴³⁴ überwälzen.⁴³⁵ Die Sicherheit der Unterlieger wird dadurch massgeblich verbessert. Die Schadenabwehrmassnahmen behandle ich detailliert im dritten Teil dieser Monografie (Rz. 825–1059).

B. Haftung für Stauanlagen

- 177 Das 3. Kapitel («Haftpflcht») des StAG enthält die Haftungsbestimmungen. Neben einer privatrechtlichen Gefährdungshaftung für den durch eine Stauanlage verursachten Schaden (Rz. 541–824)⁴³⁶ statuiert das StAG eine weitere privatrechtliche⁴³⁷ und zudem eine öffentlich-rechtliche⁴³⁸ Gefährdungshaftung für Schadenabwehrkosten (Rz. 825–1059). Nachfolgend erläutere ich jedoch nur, weshalb es die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG für den durch eine Stauanlage verursachten Schaden braucht (Rz. 202–227). Vorgängig zeige ich die Gesetzgebungsgeschichte des StAG auf (Rz. 178–201).

1. Gesetzgebungsgeschichte

a. Wasserbaupolizeigesetz

- 178 1. Vor Inkrafttreten des StAG normierten das Wasserbaupolizeigesetz⁴³⁹ (in der Fassung vom 27. März 1953 gemäss Wasserbaupolizeigesetz [1953]) und die zugehörige TSpV (bis 31. Dezember 1998) beziehungsweise aStAV (bis 31. Dezember 2012) die Aufsicht über Stauanlagen⁴⁴⁰ und die Haftung für Stauanlagen.

434 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

435 Art. 21 StAG bzw. Art. 14 Abs. 2 StAG.

436 Art. 14 Abs. 1 StAG.

437 Art. 14 Abs. 2 StAG.

438 Art. 21 StAG.

439 Das Wasserbaupolizeigesetz wurde teilweise auch als «Bundesgesetz über die Wasserbaupolizei» (BOTSCHAFT StAG [9.6.2006], S. 6043) bezeichnet.

440 Siehe insbesondere Art. 3^{bis} Wasserbaupolizeigesetz.

Bis zum Inkrafttreten des Wasserbaupolizeigesetzes (1953) am 1. Januar 1954 war der (militärische) Schutz der Stauanlagen im «Bundesratsbeschluss vom 7. September 1943 über den Schutz schweizerischer Stauanlagen»⁴⁴¹ und im «Bundesbeschluss vom 26. September 1952 betreffend die Bestätigung des Bundesratsbeschlusses über den Schutz schweizerischer Stauanlagen»⁴⁴² geregelt. Die Stauanlagen sollten etwa durch die Absenkung der Staueeen, Härtungsmassnahmen und Alarmsysteme vor militärischen Angriffen geschützt werden.⁴⁴³

2. Im Wasserbaupolizeigesetz war die **Haftung für Stauanlagen** nur rudimentär geregelt. Grundsätzlich richtete sich die Haftung für Stauanlagen nach den allgemeinen Bestimmungen des OR über die unerlaubten Handlungen⁴⁴⁴.⁴⁴⁵ Das Wasserbaupolizeigesetz enthielt jedoch einige wenige spezifische Bestimmungen für den Fall, dass der Staat Massnahmen zur Vermeidung von durch Stauanlagen verursachten Schaden anordnete:

- Der Eigentümer der Stauanlage war verpflichtet, die Kosten solcher Massnahmen (Rz. 180) zu tragen und Dritten den unmittelbaren Schaden zu ersetzen, der ihnen aus solchen Massnahmen erwuchs.⁴⁴⁶
- Art. 3^{bis} Abs. 10 Wasserbaupolizeigesetz konkretisierte die Haftung des Eigentümers der Stauanlage: Der Eigentümer der Stauanlage war Dritten gegenüber nicht für Schaden haftbar, der aufgrund der Anordnung einer Absenkung infolge der abfliessenden Wassermassen oder wegen Nichtlieferung elektrischer Energie entstand.
- Der Bund war verpflichtet, Dritten eine angemessene Entschädigung zu leisten, wenn aufgrund einer angeordneten Absenkung infolge der abfliessenden Wassermengen erheblicher Schaden entstand.⁴⁴⁷

441 AS 1952 1052–1054; siehe auch BOTSCHAFT Schutz von Stauanlagen (5.9.1952), S. 67–69.

442 AS 1952 1050–1051; siehe dazu auch Kommentar GSchG/WBG (2016)-SUTTER/NO-RER, Art. 1 WBG N 4.

443 Art. 1–2 Bundesratsbeschluss vom 7. September 1943 über den Schutz schweizerischer Stauanlagen (AS 1952 1052–1054); siehe auch BOTSCHAFT Schutz von Stauanlagen (5.9.1952).

444 Art. 41–61 OR.

445 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6044.

446 Art. 3^{bis} Abs. 7 Wasserbaupolizeigesetz.

447 Art. 3^{bis} Abs. 11 Wasserbaupolizeigesetz.

- 184 – Wurde Schaden an Flussgerinnen bei einer angeordneten Absenkung durch abfliessende Wassermengen verursacht, waren die Bestimmungen betreffend die Bundesbeiträge⁴⁴⁸ anwendbar.⁴⁴⁹
- 185 **3.** Der Eigentümer einer Stauanlage haftete folglich für die Stauanlage primär gestützt auf die Werkeigentümerhaftung^{450, 451}. Daneben haftete er gestützt auf das Wasserbaupolizeigesetz für unmittelbaren Schaden Dritter infolge Absenkung einer Stauanlage. Ordnete der Staat die Absenkung der Stauanlage an, entfiel die Haftung des Werkeigentümers für Schaden Dritter, der auf die abfliessenden Wassermassen oder die Nichtlieferung elektrischer Energie zurückzuführen war. In diesem Fall leistete der Staat gegebenenfalls eine Entschädigung.
- 186 **4.** Die **Haftung** des Eigentümers einer Stauanlage war somit nur **lückenhaft geregelt**. Deswegen auferlegten die Kantone dem Nutzungsberechtigten in der Wasserrechtskonzession eine strenge Haftung für Schaden, der durch Stauanlagen mit Wasserkraftanlagen entstand.⁴⁵² Es ist jedoch umstritten, ob solche Konzessionsbestimmungen rechtlich zulässig sind.⁴⁵³ Ebenfalls zweifelhaft ist, ob die teilweise in der kantonalen Wasserrechtsgesetzgebung vorgesehenen Haftungsbestimmungen rechtlich zulässig sind.⁴⁵⁴ Es bestand somit Reformbedarf hinsichtlich der Haftung für Stauanlagen. Der Weg zum StAG sollte jedoch ein langer werden (Rz. 187–201).

448 Art. 9–12 Wasserbaupolizeigesetz.

449 Art. 12^{bis} Abs. 1 Wasserbaupolizeigesetz.

450 Art. 58 Abs. 1 OR.

451 BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, VPB 1/1993, S. 71–72.

452 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6044.

453 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6044–6045; siehe auch OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 1 Rz. 124; TERCIER, ZSR 1990 II, S. 144; STARK, ZSR 1967 II, S. 137 (Anm. 70); ZURBRÜGG, ZSR 1965 II, S. 261–262; siehe ferner TERCIER, ZSR 1986 I, S. 303. Das Bundesgericht hat in BGE 43 II 119 E. 2 S. 123–124 und BGE 42 II 522 E. 1 S. 526 solche Konzessionsbestimmungen als zulässig erachtet.

454 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6045 *in initio*; TERCIER/ROTEN, Colloque (2001), S. 3; TERCIER, ZSR 1990 II, S. 144. *Beispiel 1*: Art. 32 Wassergesetz/GE: «Les bénéficiaires d'autorisations ou de concessions sont responsables du dommage direct ou indirect causé à la propriété publique ou à des tiers par l'octroi de l'autorisation ou de la concession, par la présence des ouvrages et des installations et par leur exploitation.» *Beispiel 2*: Art. 11 Abs. 1 Wassergesetz/TI: «I concessionari [...] sono responsabili dei danni causati nell'esercizio della concessione, salvo gli eventi naturali straordinari.»

b. *Der lange Weg zu einer Gefährdungshaftung für Stauanlagen*

1. Im Jahre 1988 setzte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement 187 eine **Studienkommission für die Gesamtrevision des Haftpflichtrechts** ein. Die Studienkommission empfahl in ihrem Bericht von 1991 eine Verschärfung der Haftung für Stauanlagen.⁴⁵⁵ Die Lehre hatte bereits Mitte der 60er-Jahre des 20. Jahrhunderts eine solche Verschärfung der Haftung für Stauanlagen (beziehungsweise die Einführung einer Gefährdungshaftung für Stauanlagen) gefordert.⁴⁵⁶

2. In den 80er- und 90er-Jahren des 20. Jahrhunderts verlangten **politische 188 Vorstösse** wiederholt die Einführung einer unbeschränkten Haftung für Stauanlagen analog zur Regelung im KHG.⁴⁵⁷

– Motion 80.336 («Wasserkraftwerke. Haftpflicht») GUNTERN vom 6. März 189 1980;⁴⁵⁸

455 STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 165–167 und 194–195.

456 STARK, ZSR 1967 II, S. 134–137 und 185; GILLIARD, ZSR 1967 II, S. 309; OFTINGER, FS Savatier (1965), S. 736 «Nous sommes bien loin d'une clause générale de responsabilité sans faute ou, au moins de responsabilité fondée sur le risque au sens technique. Ceci est d'autant plus frappant qu'il existe de nombreux dangers aussi sérieux que ceux auxquels se rapportent les lois existantes; pour ces autres dangers, aucune aggravation de la responsabilité n'est prévue. Que l'on pense aux [...] bassins d'accumulation. L'élaboration d'une clause générale paraît désirable.»; ZURBRÜGG, ZSR 1965 II, S. 261 «Il n'y a donc aujourd'hui que la responsabilité civile du maître de l'œuvre. Selon l'art. 58 CO, «le propriétaire d'un bâtiment ou de tout autre ouvrage répond du dommage causé par des vices de construction ou par le défaut d'entretien». Ce système semble insuffisant si l'on tient compte du fait qu'une rupture de barrage peut survenir sans qu'il y ait vices de construction ou défaut d'entretien: les dommages causés n'en sont pas moins importants. Comme pour le propriétaire d'une voiture, les chemins de fer, les usines atomiques, il peut paraître justifié de prévoir une responsabilité accrue.» Die Lehre wiederholte diese Forderung später (z.B. TERCIER, ZSR 1986 I, S. 326, 328 und 334–335; STRICKLER, Diss. SG [1982], S. 69; siehe auch BK [2013]-BREHM, Art. 58 OR N 45 zu «Staudamm»; YUNG, Principes [1973], S. 139; eine Gefährdungshaftung für Stauanlagen ablehnend hingegen GASSMANN, Diss. ZH [1988], S. 131–134).

457 Die GPK STÄNDERAT forderte hingegen keine Verschärfung der Haftung für Stauanlagen (GPK STÄNDERAT, Bericht [19.5.1980], S. 414 [viertes Lemma] «Die Gesetzgebung kann überdies im wesentlichen als zweckmässig erachtet werden, obschon noch gewisse Verbesserungen denkbar scheinen.»).

458 AB 1981 S 7–9.

- 190 – Postulat 81.492 («Staudämme. Haftpflicht der Eigentümer») VANNAY vom 30. September 1981;⁴⁵⁹
- 191 – Interpellation 85.535 («Wasserkraftwerke und Stauanlagen. Haftpflicht») DIRREN vom 16. September 1985;⁴⁶⁰
- 192 – Petition 86.267 («Wasserkraftwerke und Stauanlagen. Kausale Haftpflicht und Versicherungsobligatorium») der CVP Graubünden vom 14. März 1986;⁴⁶¹
- 193 – Einfache Anfrage 88.693 («Talsperren, Haftpflichtversicherung») HILDBRAND vom 23. Juni 1988;⁴⁶²
- 194 – Standesinitiative 90.203 («Unbeschränkte Haftpflicht bei Wasserkraftanlagen») des Kantons Wallis vom 13. September 1990;⁴⁶³
- 195 – Motion 93.3027 («Einführung der unbeschränkten Haftpflicht bei Wasserkraftanlagen») der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats vom 16. Dezember 1992.⁴⁶⁴
- 196 3. Im Jahre 1992 beauftragte das Bundesamt für Justiz die Professoren WIDMER und WESSNER, einen **Vorentwurf zum Allgemeinen Teil des Haftpflichtrechts im OR** auszuarbeiten und die haftpflichtrechtlichen Spezialgesetze an diesen Allgemeinen Teil anzupassen. Im Jahre 1999 lieferten WIDMER und WESSNER den Vorentwurf und den Bericht ab. Der Bericht und der Vorentwurf äussern sich nicht zu einer Haftung für Stauanlagen.⁴⁶⁵
- 197 4. Ebenfalls im Jahre 1992 setzten das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement⁴⁶⁶ und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement

459 AB 1981 N 1754. Aufgrund der politischen Vorstösse beabsichtigte der BUNDESRAT eine Gefährdungshaftung für Stauanlagen einzuführen (BUNDESRAT, Bericht [18.1.1984], S. 230). Allerdings verschoben die Eidgenössischen Räte während den folgenden parlamentarischen Beratungen die allfällige Einführung einer Gefährdungshaftung auf die nächste Legislaturperiode (AB 1984 S 372–373 und AB 1984 N 924–925).

460 AB 1987 N 542.

461 AB 1987 N 169–170.

462 AB 1988 N 1535–1536.

463 AB 1991 S 811–814.

464 AB 1993 S 533.

465 WIDMER/WESSNER, Bericht (1999), *passim*.

466 Heute: Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK.

ment eine **Expertenkommission für die Regelung der Haftung für Stauanlagen** ein.⁴⁶⁷ Diese Kommission lieferte im August 1994 den Vorentwurf einer gesetzlichen Regelung und den Bericht ab.⁴⁶⁸

5. Am 30. Mai 1995 eröffneten das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement und das Eidgenössische Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement⁴⁶⁹ die Vernehmlassung zum «Bundesgesetz über die Haftpflicht für Stauanlagen (Stauanlagen-Haftpflichtgesetz, SHG)».⁴⁷⁰ Dieser Vorentwurf des StAG wird auch Vorentwurf 1 genannt.⁴⁷¹ Ich bezeichne den Vorentwurf 1 als «VE¹-StAG».

6. Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse (Rz. 198) wurden die Expertenkommission reaktiviert und der VE¹-StAG überarbeitet.⁴⁷² In der Folge wurde das «Bundesgesetz über die Stauanlagen» – auch Vorentwurf 2 genannt⁴⁷³ – bis 31. März 2000 in die Vernehmlassung gegeben.⁴⁷⁴ Ich bezeichne den Vorentwurf 2 als «VE²-StAG». Die Stellungnahmen fielen kontrovers aus.⁴⁷⁵

7. Am 25. September 2001 eröffnete das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK die Vernehmlassung zum «Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (BGTS), Bundesgesetz über die Stauanlagen (StAG)».⁴⁷⁶ Die Vernehmlassung endete am 20. Dezember 2001.⁴⁷⁷

Im Jahre 2006 nahm der Bundesrat infolge der im Rahmen der Verwaltungsreform vorgeschlagenen Neuregelung der sicherheitsrelevanten Aufgaben im Bereich des UVEK einen vierten Anlauf, um ein «Bundesgesetz über

467 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6045.

468 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6045; TERCIER/ROTEN, Colloque (2001), S. 3 (Anm. 13).

469 Heute: Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK.

470 BBl 1995 III 220.

471 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046.

472 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046 *in initio*.

473 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046.

474 BBl 1999 8777; siehe auch TERCIER/ROTEN, Colloque (2001), S. 3 (Anm. 13).

475 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046. 32 zustimmenden Stellungnahmen standen 33 ablehnende Stellungnahmen gegenüber (EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse VE²-StAG [9.10.2000], S. 6–9).

476 BBl 2001 4929.

477 BBl 2001 4929.

die Stauanlagen» zu erlassen.⁴⁷⁸ Am 6. Juni 2006 unterbreitete der Bundesrat den Eidgenössischen Räten die BOTSCHAFT StAG. Rund vier Jahre später, am 1. Oktober 2010, verabschiedeten die Eidgenössischen Räte das StAG^{479, 480} Die Referendumsfrist lief am 20. Januar 2011 ab; das fakultative Referendum wurde nicht ergriffen. Der Bundesrat hat das StAG per 1. Januar 2013 in Kraft gesetzt, also über 30 Jahre nach den ersten politischen Forderungen nach einer Revision des Wasserbaupolizeigesetzes.⁴⁸¹

2. *Notwendigkeit einer Gefährdungshaftung für Stauanlagen*

- 202 1. Verschuldenshaftungen setzen eine unerlaubte Handlung voraus.⁴⁸² Gefährdungshaftungen knüpfen hingegen zum Beispiel⁴⁸³ an bestimmte Anlagen an, die durch ihre Existenz oder ihren Betrieb die Menschen und Natur besonders⁴⁸⁴ gefährden.⁴⁸⁵ Die Haftung beruht mit anderen Worten «auf einer kausalen Beziehung zwischen einem bestimmten Anknüpfungspunkt [...] und dem Schaden.»⁴⁸⁶

478 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046.

479 Siehe zur verfassungsmässigen Grundlage (Art. 76 Abs. 3 BV) des StAG z.B. OFK BV (2017)-BIAGGINI, Art. 76 N 5.

480 BBl 2010 6605; AB 2010 N 1672; AB 2010 S 1007.

481 AS 2012 5985.

482 Z.B. KRAUSKOPF/MÄRKI/WIRZ, FS Koller (2018), S. 442.

483 GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 381.

484 Siehe zur «besonderen Gefahr» z.B. GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 378–384, siehe auch WIDMER, ZSR 1977 I, S. 426.

485 Vgl. SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT (2020), Rz. 54.01; GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 378 und 524, der zufolge die besondere Gefahr kein qualifizierendes Merkmal der Gefährdungshaftung darstellt, sondern in den meisten Fällen dazu dient, die Einführung der Gefährdungshaftung zu begründen (Rz. 352 und 384); POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 471; REY/WILDHABER, *Haftpflichtrecht* (2018), Rz. 101; SCHÖNENBERGER, FS Juristentag (2004), S. 180; DESCHENAUX/TERCIER, *Responsabilité civile* (1982), § 2 Rz. 38; a.M. GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 59–63 und 187.

486 KOLLER, AJP 4/1997, S. 432; vgl. auch YUNG, *Principes* (1973), S. 97, siehe auch S. 133.

Gewisse Anlagen sind zwar erlaubt (erlaubtes Risiko, Rz. 128),⁴⁸⁷ 203
 weil ihr Inhaber damit gesamtgesellschaftliche Interessen verfolgt (zum Beispiel Kernkraftwerke oder Eisenbahnen).⁴⁸⁸ Allerdings soll der Inhaber einer solchen Anlage aufgrund des *Utilitätsprinzips*⁴⁸⁹ – auch «Interessenprinzip»⁴⁹⁰ genannt – für etwaigen Schaden haften, wenn sich das der Anlage innewohnende Risiko realisiert und zwar selbst dann, wenn er alle erdenkbaren Schutzmassnahmen ergriffen hat und keine Ordnungswidrigkeit vorliegt.⁴⁹¹ Eine Befreiungsmöglichkeit besteht – ausser in den gesetzlich vorgesehen Fällen – nicht.⁴⁹²

2. Angesichts der in der Einleitung erwähnten verheerenden Stauanlagenunfälle (Rz. 9–20) dürfte es kaum bestritten sein, dass Stauanlagen die Unterlieger (Fn. 167) besonders gefährden.⁴⁹³ JAUN zählt die Stauanlagen denn auch 204

487 Siehe zum «erlaubten Risiko» z.B. VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 266–268; KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 6.

488 LANZ, Diss. FR (2020), Rz. 232; PICHONNAZ/WERRO, Colloque (2018), S. 15; DUPONT, Diss. GE (2005), Rz. 298; MÜLLER-CHEN, SZIER 2/1997, S. 223; DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 66 *in fine*; WIDMER, ZBJV 8/1970, S. 294–295; STARK, ZSR 1967 II, S. 163.

489 Einlässlich zum Utilitätsprinzip: SCHWERY, Diss. FR (2013), Rz. 100–148 und 203–233.

490 WAESPI, Diss. NE (2005), S. 19, der bezugnehmend auf die römische Parömie «*ex qua persona quis lucrum capit, eius factum praestare debet*», vom «Nutzen-Risiko-Prinzip» spricht.

491 GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 347–349 und 385–390; KLETT/MÜLLER, S&R 1/2017, S. 56; FELLMANN, Haftpflichtprozess (2016), S. 182; REINHARD, Diss. BE (2011), S. 41–42; BOLLIGER, FS Siehr (2001), S. 7; SEILER, Risiken (1997), S. 103; WIDMER, ZSR 1977 I, S. 426–427, YUNG, Principes (1973), S. 97; siehe auch LANZ, Diss. FR (2020), Rz. 231; KOLLER, SJZ 22/1996, S. 411; kritisch HOCHSTRASSER, AJP 10/2019, S. 1053.

492 HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), S. 195; siehe aber GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 350 und 660–664.

493 Gl.M. BVGer A-112/2018 (17.5.2018) E. 3.1; POLTIER, Énergie (2020), Rz. 506 *in initio*; Votum Ständerat SCHWEIGER (AB 2010 S 431); MÜLLER, Impulswellen (1995), S. 36; STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 165; TERCIER, ZSR 1986 I, S. 326 «Il est difficile de nier que les centrales hydro-électriques présentent un danger qualifié, moins en raison de la multiplication des risques qu'en fonction de la gravité des dommages qui pourraient en résulter.»; STRICKLER, Diss. SG (1982), S. 68; WIDMER, ZBJV 8/1970, S. 297 *in fine* «[...] mehrere Dammbrüche innerhalb relativ kurzer Zeit (Fréjus, Longarone, Mattmark) haben uns in drastischer Weise die Gefahren vor Augen geführt, die dem Bau und Betrieb solcher Anlagen innewohnen; [...]»; STARK, ZSR 1967 II, S. 135 *in initio*;

zu den Objekten, «die ihrer Natur nach über eine latente Schadensneigung» und damit über die Eigenschaft des «Aus-sich-heraus-Schädigens» verfügen.⁴⁹⁴ Die Mehrheit der Vernehmlassungsteilnehmer bestritt die Notwendigkeit einer Gefährdungshaftung für Stauanlagen nicht.⁴⁹⁵

- 205 **3.** Dem Bundesrat zufolge ist das **Schadenspotenzial von Stauanlagen** mit jenen Anlagen, die bereits einer Gefährdungshaftung unterstehen, vergleichbar oder sogar noch grösser.⁴⁹⁶ Dem ist beizupflichten. So stünden bei einem Bruch des Absperrbauwerkes der Stauanlage «Sihlsee» (SZ) Teile der Stadt Zürich bis zu acht Meter unter Wasser, wobei die Flutwelle die Zürcher Stadtgrenze in Leimbach nach rund eineinhalb Stunden erreichen würde.⁴⁹⁷ Bräche das Absperrbauwerk der Stauanlage «Grande Dixence» (VS), würde eine 30 Meter hohe Flutwelle die Stadt Sitten (VS) innert fünf Minuten erreichen.⁴⁹⁸

- 206 Das Schadenspotenzial von Stauanlagen ist folglich – zumindest bei jenen Stauanlagen, die dem StAG-Haftungsregime unterstellt sind (Rz. 324–339) – grösser als jenes von Starkstromanlagen, Eisenbahnen, Luftfahrzeugen, Motorfahrzeugen und Sprengstoffbetrieben.⁴⁹⁹ Vielmehr ist das Schadenspo-

BOTSCHAFT Wasserbaupolizei (9.4.1952), S. 704 *in initio*; siehe auch GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 526.

494 JAUN, ZBJV 3/2003, S. 156–157; vgl. auch WIDMER, ZBJV 8/1970, S. 299 «Die klassischen Gefährdungshaftungen gehen, wie die Reihe der Spezialgesetze zeigt, vor allem von der immanenten Gefährlichkeit bestimmter Materialien, Energien und Gerätschaften aus.»

495 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6048; siehe auch EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse (2002), S. 19 «Dem StAG wird im Übrigen in der vorliegenden Form grundsätzlich von der Mehrheit zugestimmt. Das Gesetz sei unabhängig von der weiteren Diskussion um eine Sicherheitsagentur voranzutreiben und in Kraft zu setzen (RKGK, NW, VS, JU).» und S. 20 «Die vorgeschlagene Regelung der Haftpflicht (Kausalhaftung mit Entlastungsmöglichkeiten) und der vorläufige Verzicht auf die Einführung einer Deckungspflicht (Regelung im Rahmen der Gesamtrevision des Haftpflichtrechts) werden begrüsst (RKGK, TI, WWF).»; anders aber EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse VE²-StAG (9.10.2000), S. 6–9, dem zufolge eine knappe Mehrheit den VE²-StAG ablehnte.

496 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6047; siehe auch CERUTTI, NZZ² (4.6.1992), S. 19.

497 MÜLLER, NZZ (10./11.9.2005), S. 53; CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 20, der von «Tausenden von Toten und einem Milliarden Schaden» spricht.

498 CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 20.

499 Gl.M. betreffend Eisenbahnen: POLTIER, Énergie (2020), Rz. 506.

tenzial von Stauanlagen gleich gross wie jenes von Rohrleitungen und Kernkraftwerken.⁵⁰⁰ Dabei ist die geringe Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts infolge eines Stauanlagenunfalls unerheblich.⁵⁰¹

4. Nicht restlos klar ist hingegen, was das Stauanlagen innewohnende charakteristische Risiko ist. Die Antwort auf diese Frage ist bedeutsam für die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG: Das Haftungssubjekt⁵⁰² soll nämlich nur bei Verwirklichung des einer Stauanlage innewohnenden charakteristischen Risikos haften. Nachfolgend untersuche ich daher, welches charakteristische Risiko Stauanlagen aufgrund ihrer Existenz (Rz. 208–224) und ihres Betriebs (Rz. 225) für die Unterlieger (Fn. 167) bergen.⁵⁰³

a. Die Existenz der Stauanlage: ein Risiko für die Unterlieger

1. Der Aufstau grosser Wassermengen mithilfe einer Stauanlage beziehungsweise die diesen Wassermassen innewohnende *Lageenergie*⁵⁰⁴ gefährdet die Unterlieger (Fn. 167).⁵⁰⁵ Es können nämlich jederzeit grosse Wassermengen aus einer Stauanlage austreten, wenn das Absperrbauwerk bricht oder Wasser überschwappt (Rz. 110–115). Stauanlagen wohnt vereinfacht ausgedrückt ein grosses Energiepotenzial inne.⁵⁰⁶ Tritt Wasser aus einer Stauanlage aus, verwandelt sich die Lageenergie des gestauten Wassers in *Bewegungsenergie* beziehungsweise kinetische Energie.⁵⁰⁷ Die Bewegungsenergie des austretenden Wassers kann im Unterliegergebiet grosse Schäden verursachen.

500 Gl.M. TERCIER, ZSR 1986 I, S. 326 «C'est pourquoi il serait juste à mon avis de soumettre les centrales à une responsabilité plus stricte, à l'instar de ce qui a été admis dans d'autres domaines comparables, des installations de transport par conduites aux centrales nucléaires.»

501 Siehe STARK, ZSR 1967 II, S. 134.

502 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

503 Siehe im Allgemeinen: POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 472.

504 Siehe auch WALTHER, *Energiespeicher* (2019), S. 6 *in initio*; STARK, ZSR 1981 I, S. 383.

505 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6047 und 6049.

506 RISSLER, *Talsperrenpraxis* (1998), S. 58 *in fine* («hohes Energiepotential»); siehe auch BIERI, Diss. FR (1993), S. 77 «Bricht die vom Unternehmer erstellte Staumauer und zerstört die damit verbundene Wassergewalt das angebaute, aber von einem anderen Unternehmer erstellte Kraftwerk [...]».

507 SINNIGER, *Hinweise*.

- 209 **a.** Die **grosse**⁵⁰⁸ **Bewegungsenergie** von aus einer Stauanlage austretenden Wassermassen ist folglich das unmittelbare⁵⁰⁹ und charakteristische Risiko von Stauanlagen.⁵¹⁰ Art. 14 Abs. 1 StAG versucht, dieses charakteristische⁵¹¹ Risiko durch den kryptischen Passus «Personen- und Sachschaden, der durch die Verwirklichung der Risiken entsteht, die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind» zu umschreiben.⁵¹²
- 210 Die Verwirklichung dieses charakteristischen Risikos (Rz. 209) bei einem irregulären Wasseraustritt (Rz. 110–116) soll mit dem 3-Säulen-Sicherheitskonzept verhindert werden (Rz. 129–159). Dazu gehören insbesondere eine sichere Bauweise und die permanente Überwachung der Stauanlage. Minimiert wird das Risiko ferner durch die Hochwasserentlastungsorgane (Rz. 99–100), welche die Stauhöhe beschränken, und durch weitere Vorrichtungen (zum Beispiel den Grundablass, siehe Rz. 97–98), die es jederzeit ermöglichen, die Stauhöhe zu senken.
- 211 **b.** Im Lichte dieser Ausführungen ist die Ansicht des Bundesrates abzulehnen, wonach «unvorhergesehenes Austreten von Wassermassen»⁵¹³ das Stauanlagen innewohnende charakteristische Risiko ist und daher eine Haftung gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG zu begründen vermag.⁵¹⁴ Aus einer Stauanlage austretenden Wassermassen – ob unvorhergesehen oder nicht – wohnt immer eine grosse Bewegungsenergie inne. Die Grösse der Bewegungsenergie hängt dabei massgeblich von der Menge, Dichte und Geschwindigkeit des austretenden Wassers ab (Rz. 213).

508 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053, spricht von «hoher» Bewegungsenergie, was jedoch unzutreffend ist. Energie ist entweder gross oder klein nicht aber hoch oder tief.

509 Das mittelbare Risiko einer Stauanlage ist die Lageenergie (Rz. 208).

510 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 486 (Rz. 1520).

511 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049 («das mit dem Aufstau grosser Wassermassen verbundene spezifische Risiko»).

512 Siehe Rz. 595–610 zur Kritik an dieser Formulierung.

513 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049.

514 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 14, beschreibt das besondere Risiko von Stauanlagen wie folgt: «Die Wassermassen, die sich in einer Stauanlage befinden, stellen normalerweise eine besondere Gefahr für die Unterlieger [Fn. 167] dar. Sie können beim Bruch der Talsperre oder ähnlichen Unfällen zu schwerwiegenden Schäden führen [...]»

2. Aus einer **Talsperre**⁵¹⁵ austretende Wassermassen verwandeln sich in eine *Flutwelle*⁵¹⁶ mit grosser Bewegungsenergie, die sich über das talseitige Gebiet ausbreitet.⁵¹⁷ 212

a. Die Bewegungsenergie der Flutwelle wird dabei der physikalischen Formel $E_{\text{kin}} = \frac{1}{2} * m * v^2$ beziehungsweise 213
 «kinetische Energie = 0,5 MULTIPLIZIERT Masse (m) MULTIPLIZIERT Geschwindigkeit im Quadrat (v)» zufolge primär von folgenden Faktoren beeinflusst:⁵¹⁸

- Menge (beziehungsweise Volumen) und Dichte⁵¹⁹ des austretenden Wassers;⁵²⁰ 214
- Geschwindigkeit des austretenden Wassers. 215

b. Die Bewegungsenergie der Flutwelle hängt weiter von folgenden Faktoren ab:⁵²¹ 216

- Art und Weise, wie das Wasser aus der Stauanlage austritt (zum Beispiel plötzlicher Bruch des Absperrbauwerkes oder Überschwappen); 217
- Grösse und Geometrie des gefüllten Staubeckens; 218
- Stauhöhe im Staubecken⁵²² zum Zeitpunkt des Bruchs des Absperrbauwerkes; 219
- Talform direkt unterhalb des Absperrbauwerkes; 220
- Querschnitte und Neigungen des Geländes im Unterliegergebiet (Topografie); 221

515 Dies gilt im Grundsatz auch für andere Stauanlagentypen, wie z.B. Stauanlagen mit einem Sedimentationsbecken, Beschneiungsbecken oder einem Hochwasserrückhaltebecken (Rz. 61–71). Siehe Rz. 224 betreffend Flusssperren.

516 Siehe dazu auch BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie B (26.6.2014), S. 8–9.

517 Diese Flutwelle führt auch Feststoffe (Rz. 69) mit sich (vgl. im Allgemeinen: PETSCHALLIES, Wasserbauten [2010], S. 28), die ein zusätzliches Risiko, insbesondere für die Natur im Unterliegergebiet (Fn. 167), darstellen.

518 SINNIGER, Hinweise; vgl. auch Votum Nationalrat BAADER (AB 2010 N 1396) betreffend Fliessgeschwindigkeit und Höhe der Flutwelle.

519 Siehe zu den Dichteunterschieden von Gewässern z.B. HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 65–69.

520 Die Masse (m) berechnet sich nämlich durch die Dichte (p) MULTIPLIZIERT mit dem Volumen (V) eines Körpers.

521 SINNIGER, Hinweise.

522 Siehe Fn. 129.

- 222 – Art der Oberfläche des Geländes im Unterliegergebiet (zum Beispiel Fels, Lockergestein, Wald oder Siedlungsgebiet)⁵²³;
- 223 – Da der Wasserabfluss in der Flutwelle hoch turbulent ist, kann es zu Zonen mit Staudruck (zum Beispiel bei Gebäuden) oder zu Zonen mit Sogwirkung führen.
- 224 3. Bricht das Wehr einer **Flussperre**, verwandeln sich die austretenden Wassermassen aufgrund der Topografie nicht in eine Flutwelle, sondern in einen *Wasserschwall*. Dieser Wasserschwall breitet sich im Unterliegergebiet (Fn. 167) auf dem Fluss aus. Auch einem Wasserschwall wohnt eine Bewegungsenergie inne.⁵²⁴ Diese Bewegungsenergie ist jedoch nicht mit jener einer Flutwelle vergleichbar, da die Topografie verschieden ist und der Fluss permanent Wasser führt.

b. Der Betrieb einer Stauanlage: ein Risiko für die Unterlieger

- 225 Das charakteristische Risiko einer Stauanlage verwirklicht sich bei jedem Wasseraustritt (Rz. 209–211). Während des Betriebs einer Talsperre wird immer wieder Wasser abgelassen (Rz. 95–100). Die Unterlieger (Fn. 167) sind daher auch wegen des Betriebs einer Stauanlage gefährdet. Dies gilt auch hinsichtlich Flusssperren und Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken, durch die das Wasser prinzipiell während des Betriebs fliesst (Rz. 102, 104, 106 und 108).⁵²⁵

c. Ergebnis

- 226 Das charakteristische Risiko einer Stauanlage ist die grosse Bewegungsenergie des austretenden Wassers (Rz. 209). Es verwirklicht sich bei jedem Wasseraustritt (Rz. 211). Es ist demnach irrelevant, ob das Wasser unvorhergesehen beziehungsweise vorhergesehen, unvorhersehbar beziehungsweise

523 Auf dem Fliessweg verliert die Flutwelle nämlich kinetische Energie infolge Abbaus durch Wärme und Reibung.

524 Die Berechnung richtet sich nach der physikalischen Formel in Rz. 213.

525 A.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054 (normaler Abfluss).

vorhersehbar, plötzlich beziehungsweise sukzessive oder kontrolliert beziehungsweise unkontrolliert austritt.⁵²⁶ Das Risiko für die Unterlieger (Fn. 167) bleibt stets das Gleiche. Darauf werde ich zurückkommen (Rz. 585–594).

Insbesondere zeige ich im zweiten Teil auf, dass es nicht sachgerecht wäre, wenn das Haftungssubjekt⁵²⁷ bei jeder Verwirklichung des charakteristischen Risikos einer Stauanlage für dadurch verursachten Schaden gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG haften würde (Rz. 560–566). Das Haftungssubjekt⁵²⁸ haftet nur, wenn sich das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage verwirklicht. Ich bezeichne dieses Risiko als «charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG» (Rz. 611). Das charakteristische Risiko einer Stauanlage und das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG sind nicht deckungsgleich.

3. Keine Kanalisierung der Haftung

1. Gewisse Gesetze (zum Beispiel das GTG⁵²⁹, das KHG⁵³⁰ oder das USG⁵³¹), die eine Gefährdungshaftung statuieren, kanalisieren die Haftung.⁵³² Diesem Prinzip zufolge haftet *ausschliesslich* das Subjekt der Gefährdungshaftung (oder von mehreren Subjekten der Gefährdungshaftung das gesetzlich bestimmte Subjekt) für den Schaden, der infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos der Anlage (Rz. 202) verursacht wird.⁵³³ Dies gilt selbst

526 A.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049, die nur einen unvorhergesehenen Wasseraustritt als charakteristisches Risiko anzusehen scheint bzw. den «normalen Abfluss» (S. 6054) und durch eine Stauanlage fliessendes Hochwasser (S. 6055) nicht als charakteristisches Risiko anzusehen scheint.

527 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

528 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

529 Art. 30 Abs. 2 GTG.

530 Art. 3 Abs. 6 Satz 1 KHG: «Andere als die in den Absätzen 1–5 genannten Personen haften dem Geschädigten nicht für Nuklearschäden.» (dazu z.B. Haftpflichtrecht II/3 [1991], § 29 Rz. 113–118). Eine Kanalisierung der Haftung ist auch im nKHG vorgesehen (Art. 1 Abs. 1 nKHG i.V.m. Art. 6 lit. a und b PÜ, dazu z.B. FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 2018 und 2110; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1106–1107).

531 Art. 59a^{bis} Abs. 2 USG.

532 Kritisch zur Kanalisierung der Haftung: FUHLROTT, HAVE 1/2004, S. 16 *in initio*, dem zufolge die Haftung nur in Ausnahmefällen kanalisiert werden darf.

533 Vgl. betreffend Art. 30 Abs. 2 und 4 GTG: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1459; betreffend Art. 59a^{bis} Abs. 2 USG: FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 734; betreffend KHG: KUNZ/JÄGGI, SJZ 18/1986, S. 278; BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 192 «Das Kernenergiehaftpflichtgesetz folgt dem

dann, wenn ein Dritter die Verwirklichung des charakteristischen Risikos und damit den Schaden (mit-)verursacht.⁵³⁴ Eine Mehrzahl von Ersatzpflichtigen ist daher grundsätzlich ausgeschlossen.⁵³⁵

- 229 a. Die Haftung kann unterschiedlich stark kanalisiert werden. Gewisse Gesetze schliessen die Haftung gewisser Subjekte der Haftung gestützt auf eine bestimmte Gefährdungshaftungsnorm aus.⁵³⁶ Andere Gesetze schliessen hingegen die Haftung anderer Personen als des Subjekts der Gefährdungshaftung generell, das heisst gestützt auf die Gefährdungshaftungsnorm und andere Rechtsgrundlagen, aus.⁵³⁷ Zudem erlauben gewisse Gesetze dem Subjekt der Gefährdungshaftung nur in bestimmten Fällen, auf Dritte zurückzugreifen;⁵³⁸ andere Gesetze lassen einen solchen Rückgriff hingegen generell⁵³⁹ zu.

Grundsatz der Kanalisierung der Haftung, d.h. anstelle einer Vielzahl von aus verschiedenen Gründen potentiell Haftpflichtigen wird eine einzige Person bezeichnet, die gegenüber den Geschädigten für Schäden einzustehen hat.»; siehe im Allgemeinen: POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 478.

- 534 Vgl. betreffend Art. 30 Abs. 2 und 4 GTG: REY/WILDHABER, *Haftpflichtrecht* (2018), Rz. 1459; betreffend Art. 59a^{bis} Abs. 2 USG: FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* (2015), Rz. 734.
- 535 Mehrere Subjekte der Haftung existieren nur, wenn die Gefährdungshaftung verschiedene Rechtssubjekte als Subjekte der Haftung bezeichnet (z.B. Art. 3 Abs. 4 KHG).
- 536 Art. 30 Abs. 2 und 3 GTG (dazu FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 1125–1126) und Art. 59a^{bis} Abs. 2 und 3 USG (dazu FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 737 und 796) schliessen eine Haftung von land- oder waldwirtschaftlichen Betrieben aus (FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 711 und 922 m.w.N., spricht von «Bauern- oder Landwirtschaftsprivileg»).
- 537 Art. 1 Abs. 1 nKHG i.V.m. Art. 6 lit. b PÜ (FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 2027 und 2110; WALDNER, *AJP* 8/2012, S. 1106). Immerhin können Dritte in bestimmten Ausnahmefällen in Durchbrechung des Prinzips der Kanalisierung der Haftung haftbar gemacht werden (FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 2114–2121, siehe auch Rz. 2124–2130).
- 538 Z.B. Art. 6 KHG (OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht II/3* [1991], § 29 Rz. 345–377); Art. 17 nKHG (FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 2018 und 2116; WALDNER, *AJP* 8/2012, S. 1106, siehe auch S. 1107).
- 539 Z.B. Art. 30 Abs. 3 GTG (FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 1127); Art. 59a^{bis} Abs. 3 USG (FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* [2015], Rz. 797).

Schliesslich haftet das Subjekt der Gefährdungshaftung gemäss gewissen Gesetzen nur gestützt auf die Gefährdungshaftungsnorm. Auf andere Haftungstatbestände können sich Geschädigte mit anderen Worten nicht berufen.⁵⁴⁰

b. Die Kanalisierung der Haftung wird von den Befürwortern mit zwei Argumenten gerechtfertigt: Erstens werde die Schadensabwicklung vereinfacht, da die Geschädigten nicht das «richtige» Subjekt der Haftung unter mehreren möglichen Subjekten der Haftung identifizieren müssten.⁵⁴¹ Zweitens würden durch die Kanalisierung der Haftung auch die Versicherungskosten kanalisiert, wodurch teure Mehrfachversicherungen vermieden würden.⁵⁴²

2. Das StAG kanalisiert – anders als im VE²-StAG⁵⁴³ (Rz. 199) vorgesehen – **die Haftung** des Haftungssubjekts (Rz. 409–540) **nicht**. Ergo können bei einem Stauanlagenunfall auch andere Personen als das Haftungssubjekt⁵⁴⁴ gegenüber den Geschädigten gestützt auf andere ausservertragliche Haftungsnormen haften. Darauf gehe ich in Rz. 528–534 ein.

4. Anwendbarkeit des OR

1. Unter der Marginalie «Anwendung des Obligationenrechts» bestimmt das StAG Folgendes: «Soweit dieses Gesetz keine besonderen Bestimmungen enthält, richtet sich die Haftung nach den Bestimmungen des Obligationenrechts über die unerlaubten Handlungen.»⁵⁴⁵

2. Der BOTSCHAFT StAG zufolge bezweckt Art. 16 StAG, die Bestimmungen des OR über die unerlaubten Handlungen *ergänzend* für anwendbar zu erklären.⁵⁴⁶ Unter den «Bestimmungen des Obligationenrechts über die unerlaubten Handlungen» sind die Art. 41–61 OR zu verstehen, das heisst die im zweiten

540 Z.B. Art. 1 Abs. 1 nKHG i.V.m. Art. 6 lit. a und b PÜ (FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 2110; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1106, siehe auch S. 1105).

541 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 2112–2113; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1106 *in fine*.

542 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 2113; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1106–1107.

543 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046 *in initio*.

544 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

545 Art. 16 StAG.

546 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054; so bereits E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 32.

Abschnitt des ersten Titels des OR enthaltenen Bestimmungen. Anwendbar sind gemäss BOTSCHAFT StAG insbesondere folgende OR-Bestimmungen:⁵⁴⁷

- 234 – Art. 42 OR (Festsetzung des Schadens)
- 235 – Art. 43 OR (Bestimmung des Ersatzes)⁵⁴⁸
- 236 – Art. 44 OR (Herabsetzungsgründe)
- 237 – Art. 45 OR und Art. 46 OR (Tötung und Körperverletzung)
- 238 – Art. 47 OR und Art. 49 OR (Genugtuung)
- 239 – Art. 50 OR und Art. 51 OR (Haftung mehrerer)
- 240 – Art. 52 OR (Haftung bei Notwehr, Notstand und Selbsthilfe)
- 241 – Art. 53 OR (Verhältnis zum Strafrecht)
- 242 – Art. 60 OR (Verjährung)

- 243 **3.** Art. 16 StAG ist rechtsetzungstechnisch eine **Verweisung**. Unterschieden werden unter anderem normative und informative Verweisungen.⁵⁴⁹ *Normative* Verweisungen erklären Gesetzesbestimmungen, die einen bestimmten Sachverhalt regeln, auch für einen anderen Sachverhalt anwendbar.⁵⁵⁰ Demgegenüber sollen *informative* Verweisungen die Rechtsanwendung erleichtern, indem auf andere Gesetzesbestimmungen verwiesen wird.⁵⁵¹ Informative Verweisungen haben in aller Regel keinen normativen Gehalt, das heisst, die Rechtslage ändert sich nicht, wenn solche Verweisungen weggelassen werden.⁵⁵²

- 244 **a.** Art. 16 StAG ist eine **informative Verweisung**.⁵⁵³ Denn die Art. 41–61 OR – genauer: die «allgemeinen Bestimmungen des OR»⁵⁵⁴ – wären auch ohne

547 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054.

548 Art. 43 OR ist laut OFTINGER/STARK nur beschränkt auf Kausalhaftungen anwendbar (OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht I* [1995], § 7 Rz. 3 und 12a).

549 MÜLLER/UHLMANN, *Rechtssetzungslehre* (2013), Rz. 360–363.

550 MÜLLER/UHLMANN, *Rechtssetzungslehre* (2013), Rz. 362.

551 MÜLLER/UHLMANN, *Rechtssetzungslehre* (2013), Rz. 363.

552 MÜLLER/UHLMANN, *Rechtssetzungslehre* (2013), Rz. 363.

553 Art. 16 StAG ist zudem eine *dynamische* Verweisung, d.h., die Gesetzesbestimmungen des OR sind in der jeweils geltenden Fassung anwendbar (dazu im Allgemeinen: MÜLLER/UHLMANN, *Rechtssetzungslehre* [2013], Rz. 368; siehe auch in anderem Zusammenhang: Kommentar NBG/WZG [2020]-GALLI/VISCHER, Art. 47 NBG N 3).

554 Mit «allgemeine Bestimmungen des OR» sind alle «allgemeinen Bestimmungen» des OR gemeint und zwar unabhängig davon, ob sie im AT oder BT des OR enthalten sind (BK [2012]-SCHMID-TSCHIRREN, Art. 7 ZGB N 36).

Art. 16 StAG (subsidiär) anwendbar.⁵⁵⁵ Diese informative Verweisung in Art. 16 StAG ist folglich unnötig⁵⁵⁶ und darüber hinaus zu eng gefasst, da – der Marginalie folgend – alle⁵⁵⁷ allgemeinen Bestimmungen des OR anwendbar sind.⁵⁵⁸

b. Folglich ist auch Art. 44 Abs. 2 OR im Rahmen der StAG-Haftung anwendbar. Im Gegensatz zum KHG⁵⁵⁹ schliesst das StAG nämlich die Anwendbarkeit von Art. 44 Abs. 2 OR nicht aus.⁵⁶⁰ Allerdings sollte der Richter Art. 44 Abs. 2 OR im Rahmen der StAG-Haftung nicht anwenden, weil dies der *ratio* der Gefährdungshaftung widerspricht.⁵⁶¹ Das Haftungssubjekt⁵⁶² soll nämlich

555 Art. 7 ZGB (dazu im Allgemeinen z.B. BK [1962]-FRIEDRICH, Art. 7 ZGB N 43, 45 und 50–64). Siehe zur Notwendigkeit der *Auslegung der Spezialgesetze*: BK (2012)-SCHMID-TSCHIRREN, Art. 7 ZGB N 45–50, wonach durch Auslegung ermittelt werden müsse, ob eine «spezialgesetzliche Vorschrift in begrifflicher, dogmatischer und systematischer Hinsicht auf dieselbe Grundlage wie das ZGB und das OR zurückgeht». Diese Voraussetzungen sind betreffend die StAG-Haftungsbestimmungen erfüllt. Die «allgemeinen Bestimmungen des OR» (Fn. 554) können daher auf das StAG angewendet werden (im Allgemeinen: BK [2012]-SCHMID-TSCHIRREN, Art. 7 ZGB N 47). Siehe zur *Art der Anwendung des OR AT*: BSK ZGB I [2018]-LARDELLI/VETTER, Art. 7 N 6–9; siehe auch GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 478; KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 71.

556 Gl.M. betreffend RLG: KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 71, der von «entbehrlichen Verweisungen» spricht; wohl a.M. betreffend StAG: KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 252.

557 Gl.M. im Allgemeinen: GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 472; siehe auch FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1893 *in initio*, dem zufolge die Verweisung auf die OR-Bestimmungen umfassend zu verstehen ist.

558 Kritisch zu informativen Verweisungen im Allgemeinen: MÜLLER/UHLMANN, Rechtssetzungslehre (2013), Rz. 363.

559 Art. 7 Abs. 1 Satz 2 KHG.

560 Siehe auch BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054.

561 A.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 32 «Im Gegensatz zum [VE¹-StAG] und zu Artikel 7 KHG ist die Anwendung von Artikel 44 Absatz 2 OR nicht ausgeschlossen. [...] [Seine] Anwendung ist gerechtfertigt, weil gewisse kleinere Anlagen aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der vollen Höhe ihres Schadenspotenzials versichert werden können [...], so dass der Schaden die Deckungssumme übersteigen kann und der Inhaber der Anlage die Schäden aus seinem eigenen Vermögen ersetzen muss.» Siehe zu dieser Problematik im Allgemeinen: GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 474–477.

562 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

gerade unabhängig von jedem Verschulden haften. Zudem dürfte es – vorbehaltlich eines Grossschadens (Rz. 1202–1394) – ohnehin an der Notlage des Haftungssubjekts fehlen, wenn es freiwillig haftpflichtversichert ist.⁵⁶³

- 246 **4.** Die Marginalie zu Art. 16 StAG spricht von «Anwendung des Obligationenrechts». Obwohl viele Juristen die Wörter «Anwendung» und «Anwendbarkeit» synonym verwenden, scheint es mir falsch, von «Anwendung des OR» zu sprechen. Denn dieses Wort insinuiert, dass das OR (Rz. 244) beziehungsweise die OR-Bestimmungen über die unerlaubten Handlungen in jedem Fall anzuwenden sind. Dies dürfte der Gesetzgeber mit dieser Wortwahl jedoch nicht beabsichtigt haben. Vielmehr wollte er wohl klarstellen, dass das OR ergänzend anwendbar ist. Die Marginalie zu Art. 16 StAG sollte daher besser «Anwendbarkeit des Obligationenrechts» lauten.⁵⁶⁴

C. Obligatorische Haftpflichtversicherung für Stauanlagen

- 247 **1.** «Die Kantone können vorsehen, dass die Haftung nach [StAG] nach Massgabe der Art und des Umfangs der Risiken durch den Abschluss von Versicherungsverträgen ganz oder teilweise oder auf andere, gleichwertige Weise sichergestellt werden muss.»⁵⁶⁵ Bei einem Stauanlagenunfall sollte ein Geschädigter somit prüfen, ob der Kanton, auf dessen Territorium die Stauanlage liegt, dem Haftungssubjekt⁵⁶⁶ eine Versicherungspflicht auferlegt. Falls ja, hat ein Geschädigter in einem zweiten Schritt zu prüfen, wie diese Versicherung ausgestaltet ist.⁵⁶⁷
- 248 **2.** Nachfolgend erläutere ich die Entstehungsgeschichte von Art. 18 StAG (Rz. 249–256). Sodann zeige ich auf, welche Kantone gestützt auf Art. 18

563 Siehe betreffend freiwillige Haftpflichtversicherung: BK (2013)-BREHM, Art. 44 OR N 71–72.

564 Auch die französische und italienische Fassung der Marginalie zu Art. 16 StAG sprechen von Anwendung («Application du code des obligations» bzw. «Applicazione del Codice delle obbligazioni») und nicht von Anwendbarkeit (vgl. DOUCET/FLECK, Wörterbuch I [2014], S. 57, zu «application» und «applicabilité»; CONTE/BOSS, Wörterbuch I [2001], S. 27, zu «applicazione» und «applicabilità»).

565 Art. 18 StAG.

566 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

567 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1902, der jedoch von «Deckungspflicht» statt von «Versicherungspflicht» spricht.

StAG ein kantonales Haftpflichtobligatorium eingeführt haben (Rz. 257–272). Abschliessend fasse ich die Erkenntnisse zusammen (Rz. 273–279).

1. Kein bundesrechtliches Haftpflichtversicherungsobligatorium

1. Vor Inkrafttreten des StAG auferlegten einzelne Kantone den Wassernutzungsberechtigten in der Wasserrechtskonzession eine strenge Haftung für den durch Wasserkraftanlagen verursachten Schaden (Rz. 186). Nach wie vor auferlegen einzelne Kantone den Wassernutzungsberechtigten in der kantonalen Wasserrechtsgesetzgebung zudem eine strenge Haftung für solchen durch Wasserkraftanlagen verursachten Schaden. Es ist umstritten, ob solche Haftungsbestimmungen zulässig sind (Rz. 186). 249

2. Unbestritten ist seit jeher hingegen, dass die Kantone den Wassernutzungsberechtigten den Abschluss einer Haftpflichtversicherung vorschreiben können. Vor Inkrafttreten des StAG kannten einzig die Kantone Graubünden, Obwalden und Wallis ein Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen.⁵⁶⁸ 250

3. Der VE¹-StAG und der VE²-StAG (Rz. 198–199) statuierten ein bundesrechtliches Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen analog dem KHG.⁵⁶⁹ Der VE²-StAG schlug eine maximale Versicherungssumme von CHF 600 Millionen vor.⁵⁷⁰ Die Vernehmlassungsteilnehmer lehnten jedoch das bundesrechtliche Haftpflichtversicherungsobligatorium mehrheitlich ab.⁵⁷¹ Die Gegner des Versicherungsobligatoriums führten folgende Argumente ins Feld: 251

568 JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 2627 (Anm. 819); a.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1898, und BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6045 und 6055, die beide nur die Kantone Graubünden und Wallis erwähnen.

569 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6045–6046; siehe auch betreffend VE²-StAG: FUHRER, ZSR 4/2001 I, S. 380.

570 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046.

571 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046.

- 252 – Bevor man Inhabern von Stauanlagen zusätzliche Kosten auferlege,
müsse man die Auswirkungen des Elektrizitätsmarktgesetzes⁵⁷² kennen.⁵⁷³
- 253 – Die Gesamtrevision des Haftpflichtrechts stehe bevor. Darin könne die
Haftung von Stauanlagen, abgestimmt auf andere vergleichbare Risiken
(zum Beispiel Rohrleitungen), geregelt werden.⁵⁷⁴
- 254 – «Die Sicherheit werde durch die Verschärfung der Haftpflicht und die
Einführung einer Versicherungspflicht nicht erhöht, sondern geschwächt,
weil die Mittel, die für die Prämien ausgegeben werden müssten, für Si-
cherheitsinvestitionen fehlen könnten [...].»⁵⁷⁵
- 255 – Ein Haftpflichtversicherungsobligatorium vermittele ein «falsches Sicher-
heitsgefühl [, das sich] psychologisch negativ auf die Anstrengungen im
Sicherheitsbereich auswirken [werde]. («Wir sind ja versichert.»)⁵⁷⁶
- 256 4. Aufgrund dieser von den Vernehmlassungsteilnehmern mehrheitlich vorge-
brachten Einwände (Rz. 199) verzichtete der Bundesrat darauf, ein bundes-
rechtliches Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen einzufüh-
ren.⁵⁷⁷ Das StAG ermächtigt jedoch die Kantone, ein solches Obligatorium
einzuführen: Art. 18 StAG stellt klar, dass die Kantone bis zum Inkrafttreten

572 Das Elektrizitätsmarktgesetz wurde in der Volksabstimmung vom 22.9.2002 abge-
lehnt (BB1 2002 7821).

573 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046. Man ging nämlich davon aus, dass die Betrei-
berinnen von Stauanlagen aufgrund der geplanten Strommarktöffnung unter stärkerem
wirtschaftlichen Druck stehen würden (vgl. EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR
UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergeb-
nisse VE²-StAG [9.10.2000], S. 2 und 6); in diesem Sinne auch NATIONALKOMITEE,
Vernehmlassung zum VE²-StAG (21.3.2000), S. 3 «Im Zuge der Strommarktlibera-
lisierung kommt die Wasserkraft unter einen sehr grossen Konkurrenzdruck, was
dazu führt, dass die Verantwortlichen vermehrt für die erforderlichen Mittel für die
Sicherheit der Stauanlagen kämpfen müssen. Gemäss dem vorliegenden Gesetzesent-
wurf würden bedeutende finanzielle Mittel in Versicherungsprämien gebunden, wel-
che sinnvollerweise in effiziente Sicherheitsmassnahmen investiert werden sollten.»

574 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046.

575 EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNI-
KATION, Vernehmlassungsergebnisse VE²-StAG (9.10.2000), S. 7 *in fine*; siehe auch
Fn. 573.

576 NATIONALKOMITEE, Vernehmlassung zum VE²-StAG (21.3.2000), S. 3.

577 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6047.

einer bundesrechtlichen Regelung – wie bis anhin (Rz. 250) – ein Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen einführen (beziehungsweise ein bestehendes Haftpflichtversicherungsobligatorium beibehalten) können.⁵⁷⁸

2. *Kantonales Haftpflichtversicherungsobligatorium*

Soweit ersichtlich schreiben heute lediglich die Kantone Graubünden, Obwalden und Wallis ein Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen vor. Die anderen Kantone kennen kein Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen.⁵⁷⁹

a. *Kanton Graubünden*

1. Eigentümer⁵⁸⁰ von Kraftwerkanlagen sind verpflichtet, für ihre Haftung nach Bundesrecht eine Haftpflichtversicherung bei einem zum Geschäftsbetrieb in der Schweiz ermächtigten Versicherer abzuschliessen (Art. 27 Abs. 1 und 2 BWRG/GR).⁵⁸¹ Das BWRG/GR ordnet «die Nutzung der öffentlichen Gewässer des Kantons Graubünden zur Produktion von elektrischer Energie».⁵⁸² Stauanlageneigentümer haben folglich nur jene Stauanlagen zu versichern, die Elektrizität mithilfe von Wasserkraft erzeugen (Wasserkraftanlagen).⁵⁸³ Dafür spricht auch das systematische Auslegungselement: Der Art. 27 BWRG/GR vorangehende und nachfolgende Artikel sprechen von «Wasserkraftanlagen».⁵⁸⁴

578 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

579 Siehe Rz. 277 zur Kritik.

580 Als Eigentümer i.S. des VReg/GR gelten alle Personen, die eine Stauanlage (bzw. Wasserkraftwerkanlage) bauen, besitzen oder betreiben (Art. 3 Abs. 1 VReg/GR). Diese Definition stimmt mit der Definition der «Betreiberin» nach Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG überein (Rz. 409).

581 Siehe auch Art. 23 Abs. 1 lit. h BWRG/GR.

582 Art. 1 Abs. 1 BWRG/GR; ebenso die italienische Fassung von Art. 1 Abs. 1 BWRG/GR («La presente legge disciplina lo sfruttamento delle acque pubbliche del Cantone dei Grigioni per la produzione di energia elettrica [...]»); siehe auch Art. 6 Abs. 1 lit. a und b BWRG/GR.

583 Die italienische Fassung von Art. 27 Abs. 1 BWRG/GR, die von «impianti idroelettrici» spricht, bestätigt dieses Auslegungsergebnis.

584 Art. 26 Abs. 1 und Art. 28 Abs. 1 BWRG/GR. Das BWRG/GR scheint die Wörter «Kraftwerkanlagen» und «Wasserkraftanlagen» synonym zu verwenden. So spricht es in Art. 29 Abs. 1 Satz 1 BWRG/GR von «Kraftwerkanlagen», meint jedoch «Wasserkraftwerkanlagen» wie Art. 29 Abs. 1 Satz 2 BWRG/GR entnommen werden kann.

- 259 **2.** Der Regierungsrat des Kantons Graubünden erliess gestützt auf das BWRG/GR⁵⁸⁵ das VReg/GR. Dem VReg/GR unterstehen sämtliche auf dem Territorium des Kantons Graubünden liegenden Wasserkraftwerkanlagen (Rz. 258).⁵⁸⁶
- 260 **a.** Das VReg/GR regelt «die Deckung der bundesrechtlichen Haftung für Personen- und Sachschäden aus Unfallereignissen, welche durch den Bau, Bestand und Betrieb von Anlagen entstehen, die der Wasserkraftnutzung (Kraftwerkanlagen) dienen.»⁵⁸⁷ Das Versicherungsobligatorium gilt mit anderen Worten für Schaden (Personen- und Sachschaden), für den das Haftungssubjekt (Rz. 409–540) einer Stauanlage (genauer: einer Wasserkraftanlage)⁵⁸⁸ infolge eines Stauanlagenunfalls gegenüber den Geschädigten gestützt auf bundesrechtliche Haftpflichtbestimmungen haftet.
- 261 **b.** Das Haftpflichtversicherungsobligatorium gilt nur für den Schaden infolge eines Stauanlagenunfalls.⁵⁸⁹ Es stellt sich die Frage, ob unter «Unfallereignisse» im Sinne von Art. 1 Abs. 1 VReg/GR auch *drohende* Stauanlagenunfälle zu verstehen sind. Die Frage kann offengelassen werden, weil das Haftpflichtversicherungsobligatorium nur für «Personen- und Sachschäden»⁵⁹⁰ gilt. Da die Kosten behördlicher Schadensabwehr gar kein Schaden im Rechtssinne (Rz. 933) und die Kosten privater Schadensabwehr reiner Vermögensschaden sind (Rz. 983), werden sie ohnehin nicht vom Haftpflichtversicherungsobligatorium erfasst (Rz. 260).
- 262 Das Haftpflichtversicherungsobligatorium gilt folglich für Personen- und Sachschaden, der durch eine im Kanton Graubünden stehende Wasserkraftwerkanlage verursacht wird und für den das Haftungssubjekt (Rz. 409–540) gestützt auf eine bundesrechtliche Haftpflichtbestimmung (zum Beispiel Art. 14 Abs. 1 StAG,⁵⁹¹ Art. 58 Abs. 1 OR⁵⁹² oder Art. 679 Abs. 1 ZGB in Verbindung mit Art. 684 ZGB⁵⁹³) dem Geschädigten haftet.

585 Art. 27 Abs. 4 BWRG/GR.

586 Art. 2 Abs. 1 VReg/GR.

587 Art. 1 Abs. 1 VReg/GR.

588 Die italienische Fassung von Art. 1 Abs. 1 VReg/GR spricht von «centrali idroelettriche».

589 Art. 1 Abs. 1 VReg/GR («Unfallereignisse»).

590 Art. 1 Abs. 1 VReg/GR.

591 Rz. 541–778.

592 Rz. 780–788.

593 Rz. 789.

3. Die Versicherung muss pro Schadensfall mindestens **CHF 5 Millionen** betragen.⁵⁹⁴ Hiervon macht das VReg/GR zwei Ausnahmen:⁵⁹⁵ 263

- Für kleine Wasserkraftwerkanlagen mit einer Leistung bis 300 Kilowatt muss die Versicherung nur CHF 2 Millionen betragen.⁵⁹⁶ 264
- Eigentümer von Wasserkraftwerkanlagen mit Stauseen sind verpflichtet, für Unfälle, die durch wasserführende Teile verursacht werden, eine **Zusatzversicherung** abzuschliessen. Die Gesamtversicherung – bestehend aus der regulären Versicherung (Rz. 263) und der Zusatzversicherung – muss mindestens CHF 50 Millionen betragen.⁵⁹⁷ Die Gesamtversicherung muss mindestens CHF 200 Millionen betragen, wenn der Nutzinhalt der Stauanlage (Stausee und Ausgleichsbecken) 5 Millionen Kubikmeter⁵⁹⁸ Wasser übersteigt.⁵⁹⁹ 265

b. *Kanton Obwalden*

Der Eigentümer einer Wasserkraftwerkanlage ist verpflichtet, für seine Haftung nach Bundesrecht eine Haftpflichtversicherung bei einem zum Geschäftsbetrieb in der Schweiz ermächtigten Versicherer abzuschliessen.⁶⁰⁰ Im Gegensatz zu den Kantonen Graubünden (Rz. 258–265) und Wallis (Rz. 267–272) regelt der Kanton Obwalden – soweit ersichtlich – die Einzelheiten dieses Haftpflichtversicherungsobligatoriums (zum Beispiel Versicherungshöhe oder versicherter Schaden) nicht in einer Verordnung oder einem Reglement. 266

c. *Kanton Wallis*

1. «Der Nutzungsberechtigte⁶⁰¹ hat für seine Haftung nach Bundesrecht am Bau, Bestand und Betrieb des Werkes eine Haftpflichtversicherung bei einem 267

594 Art. 4 Abs. 1 lit. a VReg/GR.

595 Siehe auch die weiteren Ausnahmebestimmungen in Art. 5 VReg/GR und Art. 6 VReg/GR.

596 Art. 4 Abs. 1 lit. b VReg/GR.

597 Art. 4 Abs. 2 lit. a VReg/GR.

598 Dies entspricht mindestens 5 Mrd. Litern oder 2000 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

599 Art. 4 Abs. 2 lit. b VReg/GR.

600 Art. 39 Abs. 1 und 2 WBG/OW.

601 Damit ist die Person gemeint, der die Wasserrechtskonzession erteilt wurde (Art. 10 WRG/VS).

zum Geschäftsbetrieb in der Schweiz ermächtigten Versicherer abzuschliessen.»⁶⁰² Mit «Werk» ist – wie im BWRG/GR (Rz. 258) – eine Wasserkraftanlage zu verstehen, also eine Anlage, welche die Wasserkräfte nutzbar macht und elektrische Energie gewinnt.⁶⁰³ Denn das WRG/VS «regelt die Nutzbarmachung der Wasserkräfte im Kanton» Wallis.⁶⁰⁴

268 **2.** Der Staatsrat des Kantons Wallis erliess gestützt auf das WRG/VS⁶⁰⁵ das VReg/VS. Jeder Nutzungsberechtigte (Rz. 267) ist verpflichtet, «bei einem zum Geschäftsbetrieb in der Schweiz zugelassenen Versicherer eine Versicherung abzuschliessen zur Deckung seiner bundesrechtlichen Haftung für Personen- und Sachschäden aus Unfallereignissen, die durch Bau, Bestand und Betrieb seiner Anlagen zur Nutzung der Wasserkraft verursacht werden.»⁶⁰⁶

269 Diese Formulierung im VReg/VS stimmt inhaltlich mit jener im VReg/GR (Rz. 260) überein. Das Haftpflichtversicherungsobligatorium gilt folglich für Personen- und Sachschaden,⁶⁰⁷ der durch eine im Kanton Wallis stehende Wasserkraftwerkanlage verursacht wird und für den der Nutzungsberechtigte (Rz. 267), das heisst das Haftungssubjekt (Rz. 409–540), gestützt auf eine bundesrechtliche Haftpflichtbestimmung (zum Beispiel Art. 14 Abs. 1 StAG, Art. 58 Abs. 1 OR oder Art. 679 Abs. 1 ZGB in Verbindung mit Art. 684 ZGB) dem Geschädigten haftet (Rz. 261).

270 **3.** Die Versicherung muss pro Schadensfall mindestens **CHF 5 Millionen** betragen.⁶⁰⁸ Hiervon macht das VReg/VS – wie das VReg/GR (Rz. 263–265) – zwei Ausnahmen:⁶⁰⁹

271 – Für kleine Wasserkraftwerkanlagen mit einer Leistung bis 73 Kilowatt⁶¹⁰ muss die Versicherung nur CHF 2 Millionen betragen.⁶¹¹

602 Art. 46 Abs. 1 WRG/VS.

603 Die französische Fassung von Art. 46 Abs. 1 WRG/VS spricht wie die deutsche Fassung nur von «installations», also von «Anlagen» (DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 [2014], S. 502, zu «installation»).

604 Art. 1 Abs. 1 WRG/VS.

605 Art. 46 Abs. 3 WRG/VS.

606 Art. 1 Abs. 1 VReg/VS.

607 Das Haftpflichtversicherungsobligatorium gilt folglich nicht für die Kosten (behördlicher und privater) Schadensabwehr (Rz. 261).

608 Art. 1 Abs. 2 lit. a VReg/VS.

609 Siehe auch die weiteren Ausnahmegestimmungen in Art. 1 Abs. 4 und 6 VReg/VS.

610 300 Kilowatt im Kanton Graubünden (Rz. 264).

611 Art. 1 Abs. 2 lit. b VReg/VS.

- Nutzungsberechtigte von Wasserkraftwerkanlagen mit Stauseen sind verpflichtet, für Unfälle, die durch wasserführende Teile verursacht werden, eine **Zusatzversicherung** abzuschliessen. Die Gesamtversicherung – bestehend aus der regulären Versicherung (Rz. 270) und der Zusatzversicherung – muss mindestens CHF 50 Millionen betragen.⁶¹² Die Gesamtversicherung muss mindestens CHF 200 Millionen betragen, wenn der Nutzinhalt der Stauanlage (Stausee und Ausgleichsbecken) 5 Millionen Kubikmeter⁶¹³ Wasser übersteigt.⁶¹⁴ 272

3. *Ergebnis*

1. Nur drei Kantone (Graubünden, Obwalden und Wallis) kennen ein Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen (Wasserkraftwerkanlagen). 273
Während die Kantone Graubünden und Wallis dieses Haftpflichtversicherungsobligatorium detailliert regeln, beschreibt der Kanton Obwalden dieses nur rudimentär. Aus diesem Grund würdige ich nur das Haftpflichtversicherungsobligatorium der Kantone Graubünden und Wallis (Rz. 274–276).

a. Diese kantonalen Haftpflichtversicherungsobligatorien gelten nur für Personen- und Sachschaden, der durch Stauanlagen, die mit Wasserkraft elektrische Energie erzeugen (Wasserkraftanlagen, Rz. 258 und 267), verursacht wurde und für den das Haftungssubjekt (Rz. 409–540) dem Geschädigten gestützt auf bundesrechtliche Haftpflichtnormen haftet (Rz. 261 und 269). 274

b. Die Versicherung muss in beiden Kantonen grundsätzlich CHF 5 Millionen betragen (Rz. 263 und 270). Für Stauanlagen mit Stauseen ist eine Zusatzversicherung von mindestens CHF 50 Millionen abzuschliessen (Rz. 265 und 272). Die Zusatzversicherung muss mindestens CHF 200 Millionen betragen, wenn der Stausee mindestens 5 Millionen Kubikmeter Wasser fasst (Rz. 265 und 272). In beiden Kantonen muss die Versicherung nur CHF 2 Millionen betragen, wenn die Stauanlage eine Leistung bis 300 Kilowatt (Kanton Graubünden, Rz. 264) beziehungsweise 73 Kilowatt (Kanton Wallis, Rz. 271) erbringt. 275

c. Die Versicherungswirtschaft schuf für die freiwillige und obligatorische (Rz. 257) Haftpflichtversicherung von Talsperren den «Schweizer Pool für die 276

612 Art. 1 Abs. 3 lit. a VReg/VS.

613 Dies entspricht mindestens 5 Mrd. Litern oder 2000 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

614 Art. 1 Abs. 3 lit. b VReg/VS.

Versicherung von Talsperren-Haftpflichtrisiken (SPT)».⁶¹⁵ Die in diesen **Talsperren-Pool** einbezahlten Gelder hätten zur Deckung des durch Talsperren verursachten Schadens verwendet werden sollen. Allerdings wurde dieser Talsperren-Pool vor circa zehn Jahren aufgelöst.⁶¹⁶ Es mutet daher etwas befremdlich an, dass das VReg/GR und das VReg/VS beide von der Existenz des Talsperren-Pools auszugehen scheinen.⁶¹⁷

- 277 2. Stauanlagenunfälle können grossen Schaden verursachen, das heisst, es kann eine grosse Gesamtschadenssumme entstehen (Rz. 8–21).⁶¹⁸ Das Fehlen eines bundesrechtlichen Haftpflichtversicherungsobligatoriums für die dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlagen ist vor diesem Hintergrund für mich nicht nachvollziehbar.⁶¹⁹ Dies erstaunt umso mehr, als verschiedene Gesetze (zum Beispiel das SVG, das KHG, das RLG oder das EBG), die eine Gefährdungshaftung statuieren, auch ein bundesrechtliches Haftpflichtversicherungsobligatorium vorsehen.⁶²⁰ Mit Ausnahme des EBG⁶²¹

615 JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 47.06; CERUTTI, NZZ² (4.6.1992), S. 19; siehe auch Art. 7 Abs. 1 und 2 VReg/GR; Art. 1 Abs. 5 VReg/VS; einfache Anfrage 97.1179 («Neues Bundesgesetz über die Haftpflicht für Stauanlagen») SCHMID vom 17.12.1997 (AB 1998 N 822).

616 Schriftliche Auskunft des SVV vom 18.2.2020 an den Autor dieser Monografie.

617 Art. 7 Abs. 1 VReg/GR: «Die Pflicht zum Abschluss der Zusatzversicherung kann dadurch erfüllt werden, dass diese bei einer Gesellschaft abgeschlossen wird, die das Risiko in den «Schweizer Pool für die Versicherung von Talsperren-Haftpflichtrisiken (SPT)» einbringt.»; Art. 1 Abs. 5 Satz 1 VReg/VS: «Die Pflicht zum Abschluss der Zusatzversicherung kann dadurch erfüllt werden, dass diese bei einer Gesellschaft abgeschlossen wird, die das Risiko in den «Schweizer Pool für die Versicherung von Talsperren-Haftpflichtrisiken (SPT)» einbringt.»

618 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 6, der zufolge bei einzelnen Stauanlagenunfällen die Gesamtschadenssumme CHF 10 Mia. übersteigen kann.

619 Dafür spricht weiter, dass Anfang der 1990er-Jahre das jährliche Prämienvolumen auf circa CHF 6 Mio. beziffert wurde, was laut CERUTTI angesichts des Geschäftsvolumens ein «marginaler Betrag» ist (CERUTTI, NZZ² [4.6.1992], S. 19). Siehe auch im Allgemeinen FUHRER, ZSR 4/2001 I, S. 378, dem zufolge ein möglichst wirksamer Geschädigtenschutz mittels einer Versicherungspflicht erreicht wird.

620 Art. 63 Abs. 1 SVG; Art. 11 Abs. 1 Satz 1 KHG; Art. 35 Abs. 1 RLG; Art. 8d Abs. 1 lit. b EBG (siehe dazu z.B. MÜLLER, Responsabilité civile [2013], Rz. 485). Kein Haftpflichtversicherungsobligatorium kennt hingegen z.B. das SprstG (siehe FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 1660).

621 Art. 8d Abs. 1 lit. b EBG räumt den Geschädigten kein direktes Forderungsrecht ein (FELLMANN, Haftpflichtrecht II [2013], Rz. 1336, der sich jedoch auf die bis

räumen diese Gesetze den Geschädigten zudem ein direktes Forderungsrecht gegen den Versicherer ein und schliessen die Einreden aus dem Versicherungsvertrag oder VVG aus.⁶²²

a. Nicht nachvollziehbar ist zudem, weshalb die Kantone – mit Ausnahme der Kantone Graubünden, Obwalden und Wallis (Rz. 257) – kein kantonales Haftpflichtversicherungsobligatorium für Stauanlagen eingeführt haben. So verpflichten die Kantone die Rechtsunterworfenen nämlich, verschiedene andere Risiken (zum Beispiel Hunde,⁶²³ Betrieb eines Pfandleihgewerbes,⁶²⁴ Aufsuchen und Ausbeuten von mineralischen Rohstoffen oder von Erdwärme aus tiefen Erdschichten,⁶²⁵ gefährliche Wildtiere,⁶²⁶ Ausübung von Bewachungs-, Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben⁶²⁷ oder Schiesspulver⁶²⁸) – die nicht mit dem Stauanlagen innewohnenden Risiko vergleichbar sind – zu versichern.⁶²⁹

b. *De lege ferenda* ist im StAG folglich ein bundesrechtliches Haftpflichtversicherungsobligatorium einzuführen und den Geschädigten ein direktes Forderungsrecht (verbunden mit einem Einredenausschluss)⁶³⁰, unter anderem gegenüber dem Versicherer, einzuräumen.⁶³¹ Zu prüfen ist, ob gewisse

30.6.2013 in Kraft gewesene Bestimmung des EBG, nämlich Art. 9 Abs. 2 lit. d, bezieht; Art. 9 Abs. 2 lit. d aEBG wurde per 1.7.2013 in Art. 8d Abs. 1 lit. b EBG überführt).

622 Art. 65 Abs. 1 und 2 SVG; Art. 19 Abs. 1 und 2 KHG; Art. 37 Abs. 1 und 2 RLG.

623 Art. 11 Abs. 1 Hundegesetz/BE.

624 Art. 4 Abs. 1 lit. b HGG/BE i.V.m. Art. 14a Abs. 1 lit. b HGV/BE.

625 Art. 15 Abs. 3 lit. c BRSG/BE.

626 § 6 Abs. 1 Satz 2 Tierschutzgesetz/ZH.

627 Art. 3 Abs. 1 lit. g Sicherheitsverordnung/SG.

628 § 3 Abs. 1 lit. b KSprstV/ZG.

629 Siehe ferner zu weiteren kantonalen Haftpflichtversicherungsobligatorien: SGHVR, Bericht (30.6.2012), S. 20–29.

630 Dazu im Allgemeinen: FUHRER, ZSR 4/2001 I, S. 385–386; siehe auch REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1510.

631 Gl.M. Art. 15 Abs. 1 E-StAG (1997) und Art. 24 Abs. 1 und 2 E-StAG (1997); STARK, ZSR 1967 II, S. 137; teilweise gl.M. SGHVR, Bericht (30.6.2012), S. 27, 35 und 84; STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 114 und 165; GPK STÄNDERAT, Bericht (19.5.1980), S. 415–416; gl.M. im Allgemeinen: FELLMANN, Haftpflichtprozess (2016), S. 183–184. Vgl. auch SCHWEIZER POOL, Vernehmlassung zum VE²-StAG (21.3.2000), S. 3 «Auf die Frage, warum die Stauanlagen in diesen beiden Kantonen [Graubünden und Wallis] versichert werden müssen, die Anlagen in den übrigen Kantonen aber nicht, gibt es ohne gesamtschweizerische Lösung keine befriedigende Antwort.» Zur Wichtigkeit von Massnahmen zur Sicherstellung der Erfüllung des Versicherungsobligatoriums z.B. FUHRER, ZSR 4/2001 I, S. 383.

Haftungssubjekte⁶³² – analog dem KHG⁶³³ – zusätzlich verpflichtet werden sollten, bestimmte Risiken, die private Versicherer von der Versicherung ausschliessen dürfen,⁶³⁴ beim Bund zu versichern (Bundesversicherung)^{635, 636}. Nur auf diese Weise kann bei einem Stauanlagenunfall, vor allem auch bei einem Grossschaden (Rz. 1211–1247), ein möglichst grosser Teil des Schadens gedeckt werden.⁶³⁷

632 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

633 Art. 11 Abs. 3 KHG und Art. 12 KHG (dazu z.B. OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 [1991], § 29 Rz. 644–649).

634 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 18 *in initio*, der zufolge «keine private Deckung für ausserordentliche Naturvorgänge und kriegерische Ereignisse erhältlich» sei.

635 Eine andere Möglichkeit wäre die Schaffung eines Bundesfonds, der von den Betreiberinnen finanziert wird (vgl. E-BOTSCHAFT StAG [15.1.1998], S. 12; TERCIER, ZSR 1986 I, S. 333; siehe betreffend Schaffung eines Spezialfonds im Allgemeinen: GASSMANN, Diss. ZH [1988], S. 133–134).

636 STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 165–166; siehe auch E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 18 «Angesichts dieser Begrenzungen der privaten Versicherung muss die Deckung der Stauanlagen-Haftpflicht wie im KHG ergänzend durch den Bund vorgenommen werden.» Ferner sind gegebenenfalls auch die ordentlichen Risiken, die private Versicherer nicht versichern, bei der Bundesversicherung zu versichern (siehe E-BOTSCHAFT StAG [15.1.1998], S. 17 «Die Deckungsmöglichkeiten der privaten Versicherungseinrichtungen sind begrenzt. Denn weltweit werden wenig Versicherungen für die Stauanlagen-Haftpflicht abgeschlossen.»; E-BOTSCHAFT StAG [15.1.1998], S. 17 [Anm. 13] «Eine bedeutsame Haftpflichtversicherungsregelung ist 1992 in Norwegen und Schweden eingeführt worden. 1300 Staudämme wurden für 2 Milliarden norwegische Kronen [circa CHF 400 Mio.] versichert.»; E-BOTSCHAFT StAG [15.1.1998], S. 20 «Für ordentliche Risiken muss der Bund nur allenfalls jene Summen decken, welche die Möglichkeiten der privaten Versicherungseinrichtungen übersteigen [...]»).

637 FUHRER, ZSR 4/2001 I, S. 379 *in initio* (im Allgemeinen), und GEIGY, Diss. BS (1959), S. 89 (betreffend AtG), die beide jedoch die Bundesversicherung nicht erwähnen; siehe auch KLETT/MÜLLER, S&R 1/2017, S. 57; JAGMETTL, SBVR VII (2005), Rz. 2627.

II. Der Geltungsbereich des StAG

Nachfolgend untersuche ich den sachlichen (Rz. 307–339) und örtlichen (Rz. 340–408) Geltungsbereich des StAG. Dazu zeige ich einleitend auf, was als Stauanlage im Sinne der Legaldefinition gilt (Rz. 281–306).

A. Legaldefinition der Stauanlage

1. *Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition*

1. «Stauanlagen sind Einrichtungen zum Aufstau oder zur Speicherung von Wasser oder Schlamm. Als Stauanlagen gelten auch Bauwerke für den Rückhalt von Geschiebe, Eis und Schnee oder für den kurzfristigen Rückhalt von Wasser (Rückhaltebecken).»⁶³⁸ Das StAG unterscheidet somit zwischen Stauanlagen mit einem Staubecken⁶³⁹ und solchen mit einem Rückhaltebecken (Rz. 54–71).

2. Der *Aufstau*, die *Speicherung* oder der *Rückhalt* von Wasser oder Feststoffen (Rz. 69) ist das **gesetzliche Begriffsmerkmal** einer Stauanlage (Rz. 54).⁶⁴⁰ Gemäss StAG muss ein Bauwerk (Rz. 288) folglich lediglich eine dieser drei Funktionen (Aufstau, Speicherung oder Rückhalt) erfüllen, damit es als Stauanlage im Sinne der Legaldefinition⁶⁴¹ gilt.

Diese Ansicht des StAG ist **technisch unzutreffend**. Wird Wasser aufgestaut, wird es zwangsläufig auch, wenn auch gegebenenfalls nur temporär, gespeichert.⁶⁴² So staut zum Beispiel eine Fluss Sperre das Wasser auf und speichert dieses dadurch auch temporär, obwohl das Wasser langsam durch die Kraftwerkszentrale oder über das Absperrbauwerk fliesst (Rz. 102). Auch bei Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken wird das zurückgehaltene Wasser (wenigstens temporär) gespeichert.

638 Art. 3 Abs. 1 StAG.

639 Siehe Fn. 129.

640 Art. 3 Abs. 1 StAG.

641 Art. 3 Abs. 1 StAG.

642 Vgl. auch DEHNERT, Stauanlagen (1952), S. 7 «Wehr- und Stauanlagen sind Einbauten im Bett oder Tal eines Wasserlaufes. Sie werden in der ausgesprochenen Absicht angelegt, eine Hebung des Wasserspiegels, einen Stau, und damit eine Aufspeicherung von Wasser zu erzielen.» Vgl. aber HABETHA, Ingenieurgeologie (1969), S. 1690, dem zufolge gestautes Wasser nicht in jedem Fall auch gespeichert wird.

- 284 **3.** Wird Wasser aufgestaut oder zurückgehalten, wird es folglich zugleich auch immer gespeichert (Rz. 283). Trotzdem ist die vom StAG getroffene Unterscheidung (Rz. 282) hilfreich, um Wasserbauten (Rz. 293) anhand ihres Zwecks zu qualifizieren:
- 285 – Eine Stauanlage **staut** ein Fließgewässer oder ein stehendes Gewässer⁶⁴³ auf, wenn das Wasser nicht längerfristig gespeichert werden soll beziehungsweise die Wasserspeicherung nur eine temporäre Nebenerscheinung des Aufstaus ist. Zu diesen Stauanlagen zählen Flusssperren (Rz. 58–60).⁶⁴⁴ Das im Gewässer enthaltene Geschiebe (Rz. 69) wird hingegen gespeichert, da es grundsätzlich nicht über beziehungsweise durch die Stauanlage fließen kann.
- 286 – Eine Stauanlage **speichert** im Stauraum (zum Beispiel Staubecken⁶⁴⁵, Beschneiungsbecken oder Trinkwasserreservoir) Wasser und Feststoffe (Rz. 69), wenn das Wasser und die Feststoffe für einen längeren Zeitraum (Tage, Wochen, Monate) gespeichert werden.⁶⁴⁶ Eine solche Stauanlage ist die Talsperre (Rz. 56–57).
- 287 – Eine Stauanlage hält Wasser und Geschiebe (Rz. 69) zurück, wenn sie im Normalfall, das heisst bei normalen Witterungsverhältnissen, kein Wasser **zurückhält**, sondern das Wasser durchfliessen kann.⁶⁴⁷ Bei Hochwasser, Lawinen- und Murgängen oder Erdbeben wird das Wasser (beziehungsweise der Schnee und das Eis) jedoch temporär zurückgehalten, bis es sukzessive wieder abgelassen wird oder versickert. Das Geschiebe hingegen wird grundsätzlich permanent zurückgehalten. Zu diesen Stauanlagen zählen zum Beispiel solche mit einem Hochwasserrückhaltebecken (Rz. 65–67).
- 288 **4.** Eine solche Stauanlage (Rz. 282–287) gilt nur als Stauanlage im Sinne der Legaldefinition (Rz. 281), wenn sie eine «Einrichtung»⁶⁴⁸ oder ein «Bauwerk»⁶⁴⁹ ist.

643 A.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6040 *in initio*, der zufolge nur Fließgewässer aufgestaut werden können.

644 HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 290 *in fine*.

645 Siehe Fn. 129.

646 HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 291.

647 Siehe KGer/LU 7H 15 253 (9.1.2017) E. 7.6.2.

648 Art. 3 Abs. 1 Satz 1 StAG.

649 Art. 3 Abs. 1 Satz 2 StAG.

a. Eine *Einrichtung* ist eine technische Vorrichtung oder Anlage.⁶⁵⁰ Ein *Bauwerk* ist ein körperliches Werk, das durch die Ausführung von Bauarbeiten entsteht.⁶⁵¹ Es ist unklar, wieso das StAG teils von «Einrichtungen»⁶⁵² und teils von «Bauwerken»⁶⁵³ spricht. Es tut dies aber auch in der italienischen Fassung.⁶⁵⁴ So spricht das StAG einmal von «impianti» (also von Anlagen)⁶⁵⁵ und ein andermal von «manufatti» (also von kleinen Bauwerken)⁶⁵⁶. Nur in der französischen Fassung verwendet das StAG konsequent das Wort «aménagement» (also das Wort «Anlagen»)^{657, 658}. Die BOTSCHAFT StAG äussert sich nicht dazu, wieso das StAG verschiedene Wörter verwendet.⁶⁵⁹ Dies spricht dafür, dass die beiden Wörter die gleiche Bedeutung haben. Dafür spricht auch das teleologische Auslegungselement: Es leuchtet nicht ein, wieso das StAG Stauanlagen mit einem Staubecken⁶⁶⁰ und solche mit einem Rückhaltebecken im Rahmen der Legaldefinition anders erfassen sollte.

b. Unter einer «Einrichtung» und einem «Bauwerk» im Sinne von Art. 3 Abs. 1 StAG ist das Gleiche gemeint (Rz. 289). Es stellt sich jedoch die Frage, was das StAG unter «Einrichtung» und «Bauwerk» versteht. Eine Stauanlage darf nur gebaut oder geändert werden, wenn die Plangenehmigung (Rz. 134) erteilt wurde.⁶⁶¹ Der Gesetzeskonzeption zufolge werden Stauanlagen somit von Menschen künstlich errichtet. Stauanlagen im Sinne des StAG – seien es solche mit einem Staubecken⁶⁶² (Rz. 56–64) oder solche mit einem Rückhaltebecken (Rz. 65–71) – sind folglich **Bauwerke**.⁶⁶³

650 DUDEN, zu «Einrichtung».

651 GAUCH, Werkvertrag (2019), Rz. 32.

652 Art. 3 Abs. 1 Satz 1 StAG.

653 Art. 3 Abs. 1 Satz 2 StAG.

654 Siehe zur Wichtigkeit der Berücksichtigung der «sprachlichen Dreifaltigkeit der schweizerischen Gesetze» z.B. GAUCH, ZSR 1/2000 I, S. 20 (Anm. 74).

655 CONTE/BOSS, Wörterbuch 1 (2001), S. 248, zu «impianto».

656 GIACOMA/KOLB, PONS 2 (2001), S. 1809, zu «manufatto».

657 DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 (2014), S. 49, zu «aménagement».

658 Art. 3 Abs. 1 StAG.

659 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049.

660 Siehe Fn. 129.

661 Art. 6 Abs. 1 StAG.

662 Siehe Fn. 129.

663 Vgl. Art. 3 Abs. 1 Satz 2 StAG.

- 291 Es stellt sich die Frage, inwiefern sich Einrichtungen von Bauwerken unterscheiden. Eine «Einrichtung» ist eine technische Vorrichtung oder Anlage (Rz. 289). Eine «Anlage» ist laut DUDEN eine «Vorrichtung oder Einrichtung».⁶⁶⁴ Auch Einrichtungen werden folglich – wie Bauwerke – von Menschen künstlich errichtet und gelten als Bauwerke, sofern man den Begriff «Bauarbeiten» weit versteht.⁶⁶⁵ Allerdings ist nicht jedes Bauwerk auch eine Einrichtung. «Einrichtungen» sind nach dem allgemeinen Sprachverständnis technische Anlagen, die bestimmten Zwecken dienen.⁶⁶⁶ Zudem können «Einrichtungen» dem allgemeinen Sprachverständnis zufolge auch bloss Teil eines grösseren Bauwerkes sein.⁶⁶⁷ Der Begriff «Bauwerk» erfasst daher mehr Objekte als der Begriff «Einrichtung». Deswegen sollte Art. 3 Abs. 1 StAG besser konsequent von «Bauwerk» sprechen.
- 292 **5. Stauanlagen sind Bauwerke (Rz. 290–291).** Entsprechend bezeichnet das StAG die Eigentümerin der Stauanlage teilweise auch als Werkeigentümerin.⁶⁶⁸ Dies wirft die Frage auf, ob Stauanlagen als **«Werke» im Sinne der Werkeigentümerhaftung**⁶⁶⁹ gelten. Das Bundesgericht definiert solche Werke als *stabile, künstlich hergestellte, bauliche oder technische Anlagen, die mit dem Erdboden dauerhaft verbunden sind*.⁶⁷⁰ Dabei gelten nach bundesgerichtlicher Rechtsprechung auch von der Natur geschaffene, aber vom Menschen geänderte oder neu angeordnete Sachen (zum Beispiel ein korrigiertes Bachbett)⁶⁷¹ als Werke.⁶⁷²

664 DUDEN, zu «Anlage».

665 Vgl. GAUCH, Werkvertrag (2019), Rz. 206.

666 DUDEN, zu «Anlage» (technische, elektronische Anlage).

667 DUDEN, zu «Anlage» (sanitäre Anlagen).

668 Art. 5 Abs. 2 Satz 2 StAG.

669 Art. 58 Abs. 1 OR.

670 BGer 2C_560/2019 (22.7.2019) E. 3.2.1; BGE 130 III 736 E. 1.1 S. 740; siehe auch RUTISHAUSER, Diss. FR (2020), Rz. 464, insbesondere Rz. 465–469 betreffend das Kriterium «Stabilität»; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 12 m.w.N.; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 58 OR N 6–11.

671 BGE 122 III 229 E. 5a/bb S. 235–236 (besprochen von GAUCH/SINNIGER, BR 2/1997, *passim*); BGE 91 II 474 E. 6 S. 484–485; BGE 49 II 254 E. 1 S. 260; BGE 40 II 216 E. 2 S. 222 *in fine*.

672 PERRITAZ, BR 3/2020, S. 118 «À noter que les choses naturelles peuvent acquérir la qualité d'ouvrage lorsqu'elles sont artificiellement aménagées (p. ex. une haie d'arbres servant d'abri contre le vent ou une installation de loisir construite dans les arbres).»; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 927; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 58 OR N 9; TERCIER, ZSR 1986 I, S. 305 *in initio*; vgl. BGE 44 II 187

a. Stauanlagen gelten als Werke im Sinne der Werkeigentümerhaftung.⁶⁷³ 293
Denn das Absperrbauwerk (Rz. 73) und die Nebenanlagen sind stabile⁶⁷⁴ Bauwerke, die dauerhaft mit dem Erdboden verbunden sind und von Menschen künstlich hergestellt (das heisst gebaut) werden.⁶⁷⁵ Aber auch der mit Wasser gefüllte Stauraum (Rz. 74) gilt gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung⁶⁷⁶ als Werk im Sinne der Werkeigentümerhaftung.⁶⁷⁷ Ob ein solcher Stauraum durch Aushubarbeiten künstlich errichtet oder vergrössert⁶⁷⁸ wurde oder automatisch durch Errichtung des Absperrbauwerkes entstand, ist irrelevant. Der Stauraum wurde nämlich künstlich⁶⁷⁹ angelegt und kann infolge dauerhafter Bodenveränderung die Unterlieger (Fn. 167) schädigen. Er gilt daher als Werk im Sinne der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zur Werkeigentümerhaf-

E. 2 S. 189 «Demnach ist der Boden als Werk im Sinne des Art. 58 OR aufzufassen, soweit er durch Bearbeitung so umgebildet worden ist, dass er in seiner neuen Gestalt infolge der Art der Umformung oder wegen mangelhafter Unterhaltung geeignet ist, Dritte zu schädigen.»

673 Gl.M. BGer C.376/42 (28.3.1944), in: ZSGV 1944, S. 186–188, insbesondere S. 187 (siehe auch S. CXXIII–CXXXV) betreffend Stausee (Fn. 676) und Absperrbauwerk (siehe Rz. 16); implizit gl.M. wohl BGer C.83/74 (24.9.1974) E. 2a betreffend Staudamm (siehe S. CXXXVI–CXL).

674 Siehe Rz. 133 betreffend konstruktive Sicherheit; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 485 (Rz. 1519); TERCIER, ZSR 1990 II, S. 143.

675 Gl.M. TERCIER, ZSR 1986 I, S. 305.

676 BGer C.376/42 (28.3.1944), in: ZSGV 1944, S. 186–188 (siehe auch S. CXXIII–CXXXV), wo das Bundesgericht den «Prätschsee ob Arosa» (GR) – zumindest implizit (S. 187) – als Werk i.S.v. Art. 58 Abs. 1 OR qualifizierte (siehe Rz. 16), obwohl es in der Folge bei der weiteren Prüfung der Haftungsvoraussetzungen den Fokus auf die Stauanlage legte. So wurden von der Rechtsprechung auch Lehmgruben (BGE 61 II 254 S. 255) und künstliche Teiche (KGer/VS [28.3.1969] E. 2, in: ZWR 1970, S. 285 *in initio* betreffend «Weiher des Kieswerkes Fisch») als Werke i.S.v. Art. 58 Abs. 1 OR qualifiziert.

677 Gl.M. TERCIER, ZSR 1986 I, S. 305, dem zufolge auch das umliegende Gelände des Stauraums als Werk i.S. der Werkeigentümerhaftung gelten kann: «Ce pourrait même être le cas pour les surfaces avoisinantes et les terrains alentour du bassin d'accumulation dès lors qu'ils ont été spécialement aménagés ou qu'ils font géographiquement et fonctionnellement partie de l'ensemble.»

678 Der Stauraum kann aufgrund der topografischen Verhältnisse teilweise schon vorhanden sein und durch das Absperrbauwerk vergrössert werden.

679 Vgl. Art. 1 Abs. 3 StAV.

tung. Dies gilt grundsätzlich auch für den Stauraum von Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken, selbst wenn der Stauraum nicht permanent mit Wasser gefüllt ist.⁶⁸⁰

294 **b.** Gemäss Legaldefinition gelten jene Bauwerke als Stauanlagen, die Wasser und Feststoffe (Rz. 69) aufstauen, speichern oder zurückhalten (Rz. 282–287). Folglich sind nur das «Absperrbauwerk» und der «Stauraum» konstitutiv für eine Stauanlage im Sinne der Legaldefinition⁶⁸¹. Nebenanlagen (Rz. 75–92) sind hingegen kein Bestandteil einer Stauanlage im Sinne der Legaldefinition.⁶⁸²

295 **6. Ergebnis:** Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition⁶⁸³ sind Bauwerke mit einem künstlichen Absperrbauwerk und einem künstlichen Stauraum, die Wasser und Feststoffe (Rz. 69) aufstauen, speichern oder zurückhalten (Rz. 282–287). Sie gelten als Werk im Sinne der Werkeigentümerhaftung⁶⁸⁴. Nebenanlagen (Rz. 75–92) sind hingegen kein Bestandteil einer Stauanlage im Sinne der Legaldefinition. Aber auch sie gelten als Werke im Sinne der Werkeigentümerhaftung. Irrelevant für die Qualifikation als Stauanlage sind der Typ (Rz. 54–71) und die Grösse (Rz. 160–165) des Bauwerkes.⁶⁸⁵ Ein Bauwerk, das kein Wasser und keine Feststoffe mehr aufstauen, speichern oder zurückhalten kann, gilt nicht als Stauanlage. Stillgelegte Stauanlagen gelten solange als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition, als sie Wasser und Feststoffe aufstauen, speichern oder zurückhalten.⁶⁸⁶

680 Vgl. BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 69, wonach ein Gericht im Kanton Graubünden zwar die Werkeigentümerhaftung betreffend ein leeres Ausgleichsbecken (Rz. 83) eines Kraftwerkes wegen Fehlens eines Werkmangels verneinte, aber damit dem Ausgleichsbecken die Werkqualität zusprach.

681 Art. 3 Abs. 1 StAG.

682 A.M. Art. 1 Abs. 1 lit. c StAV.

683 Art. 3 Abs. 1 StAG.

684 Art. 58 Abs. 1 OR.

685 Gl.M. SG Komm. BV (2014)-MARTI, Art. 76 N 23, dem zufolge das StAG von einem «weiten Begriff der Stauanlagen» ausgeht.

686 In diesem Sinne auch Art. 8 Abs. 6 Satz 1 StAG; wohl gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 15.

2. Keine Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition

1. Nachfolgend untersuche ich, welche Zustände und Bauwerke nicht als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition (Rz. 281–295) gelten. 296

2. Durch die **Natur** (zum Beispiel infolge einer Lawine, eines Murgangs oder eines Erdbebens) **geschaffene Zustände**, die Wasser aufstauen, speichern oder zurückhalten, gelten nicht als Stauanlagen.⁶⁸⁷ Duldet der Staat jedoch einen solchen (bestehenden oder neu geschaffenen) Zustand, kann er im Falle eines Unfallereignisses gegebenenfalls gestützt auf Staatshaftungsnormen haftbar gemacht werden. 297

3. Das Bundesamt für Energie BFE qualifiziert – ausgehend von der Definition des Absperrbauwerkes in Art. 1 Abs. 2 StAV⁶⁸⁸ – folgende Bauten nicht als Stauanlagen:⁶⁸⁹ 298

- Netze und andere leichte Verbauungen zum Schutz vor Steinschlägen, Murgängen und Lawinen; 299
- Längsdämme (auch «Deiche» oder «Hochwasserdeiche» genannt)⁶⁹⁰, die zum Hochwasserschutz angeordnet sind, sofern sie nicht innerhalb des Einflussbereichs einer Stauanlage liegen; 300
- Anlagen des Siedlungswasserbaus, insbesondere Wasserreservoirs (zum Beispiel Trinkwasser- und Löschwasserreservoirs); 301
- Schwimmbecken; 302
- natürliche Seen sowie deren Regulierbauwerke, sofern der Stauraum der Seen nicht durch Absperrbauwerke künstlich erhöht oder vergrößert wurde. 303

687 Wohl gl.M. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2, dem zufolge natürliche Seen nur dann Stauanlagen i.S. des StAG sind, wenn der Stauraum künstlich durch Absperrbauwerke erhöht oder vergrößert worden ist.

688 PANDURI, Hinweise.

689 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 11; siehe auch BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2.

690 Der Deich als eine Art Stauanlage ist vom «Damm» bzw. «Wall» i.S. des Absperrbauwerkes nach Art. 1 Abs. 2 lit. b StAV abzugrenzen.

- 304 **4.** Ich teile die Auffassung des BFE (Rz. 298–303) nicht. Ob ein Bauwerk als Stauanlage gemäss Legaldefinition gilt, hängt einzig davon ab, ob das gesetzliche Begriffsmerkmal erfüllt ist (Rz. 282–287 und 295).
- 305 **a.** Natürliche Retentionsräume (zum Beispiel Seen, Teiche oder Überschwemmungsgebiete) gelten mangels Vorliegen eines Bauwerkes nicht als Stauanlagen. Wird hingegen der Stauraum eines natürlichen Retentionsraums durch ein Absperrbauwerk vergrössert, gelten dieses Absperrbauwerk und der natürliche Retentionsraum als Stauanlage.⁶⁹¹
- 306 **b.** Netze und andere leichte Verbauungen, Deiche, Anlagen des Siedlungswasserbaus und Schwimmbecken sowie Fisch- und Feuerwehrweiher gelten ebenfalls als Stauanlage.⁶⁹² Es handelt sich um Bauwerke mit einem künstlichen Absperrbauwerk und einem Stauraum, die Wasser und Feststoffe aufstauen, speichern (zum Beispiel Anlagen des Siedlungswasserbaus, Schwimmbecken oder Fisch- und Feuerwehrweiher) oder zurückhalten (zum Beispiel Deiche⁶⁹³ und Netze). Damit ist jedoch nicht gesagt, dass solche Bauwerke dem StAG und gegebenenfalls auch dem StAG-Haftungsregime unterstehen (Rz. 307).

B. Sachlicher Geltungsbereich

- 307 **1.** Viele Bauwerke gelten als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition (Rz. 295 und 306).⁶⁹⁴ Sogar kleinste Bauwerke⁶⁹⁵ können als Stauanlagen gelten. Untersteht eine Stauanlage dem StAG, treffen die Betreiberin⁶⁹⁶ und die Aufsichtsbehörde verschiedene, teils weitgehende Pflichten (Rz. 124–279). Würden alle Bauwerke, die als Stauanlagen gelten, dem StAG unterstehen,

691 Gl.M. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2.

692 Gl.M. betreffend Lawinenschutzdämme: E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 27; gl.M. betreffend Mühleweiher und Fischweiher: Votum Nationalrat BAADER (AB 2010 N 1395); parlamentarische Initiative 17.467 («Änderung des Stauanlagengesetzes») WALLISER vom 12.9.2017 (AB 2018 N 2107; dazu Rz. 319).

693 Schwierig nachzuvollziehen ist, wieso das Bundesamt für Energie Deiche, die an Flüssen oder Seen zum Hochwasserschutz gebaut werden, nicht als Stauanlagen qualifiziert, zumal das Bundesamt für Energie Absperrbauwerke, die natürliche Seen erhöhen, als Stauanlagen ansieht (BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 11; siehe auch BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV [26.7.2012], S. 2).

694 Vgl. auch HOPP, Wasser und Energie (2016), S. 239 *in initio* «Die Zahl der Talsperren ist Definitionssache».

695 Z.B. von Menschen in einem Fluss aufgetürmte, grössere Steine, sofern diese dauerhaft mit dem Erdboden verbunden werden.

696 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

müsste insbesondere der Staat viele Ressourcen aufwenden, um seinen Pflichten nachzukommen. Zudem gefährden nicht alle Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition (Rz. 281–306) die Unterlieger (Fn. 167) im gleichen Ausmass.

Es ist daher sachgerecht, dass das StAG nur bestimmte Stauanlagen 308 im Sinne der Legaldefinition dem StAG unterstellt. Die Unterstellung aller Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition unter das StAG wäre unverhältnismässig. Indem nur bestimmte Stauanlagen dem StAG unterstehen, richtet sich der Fokus der Betreiberinnen⁶⁹⁷ und der Aufsichtsbehörden richtigerweise auf Stauanlagen, denen ein besonderes Risiko innewohnt.

2. Das StAG schränkt seinen **Anwendungsbereich** doppelt ein. Erstens erfasst 309 das StAG nur solche Stauanlagen, die gewisse Kriterien erfüllen (Rz. 310–323). Zweitens sind die Haftungsbestimmungen (Art. 13–21 StAG) nur auf gewisse, dem StAG an sich unterstellte Stauanlagen anwendbar (Rz. 324–329). Das StAG ist folglich auf eine Stauanlage im Sinne der Legaldefinition⁶⁹⁸ integral, partiell oder gar nicht anwendbar.

1. Dem StAG unterstellte Stauanlagen

a. Unterstellungsmechanismus

1. Eine Stauanlage untersteht dem StAG entweder automatisch von Gesetzes 310 wegen oder kraft Verfügung.

2. Stauanlagen, die gewisse Grössenparameter erreichen oder überschreiten, 311 unterstehen **automatisch von Gesetzes wegen**⁶⁹⁹ dem StAG (Rz. 314–320).⁷⁰⁰ Das StAG vermutet, dass diese Stauanlagen ein «besonderes Gefährdungspotenzial» (Rz. 321–323) bergen, das die Unterstellung rechtfertigt.⁷⁰¹

697 Gemeint sind die Betreiberinnen i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

698 Art. 3 Abs. 1 StAG.

699 Am 1.1.2013 existierende, aber auch künftige Stauanlagen, die gewisse Grössenparameter erreichen oder überschreiten, unterstehen *automatisch* dem StAG (siehe zum Geltungsbereich eines Bundesgesetzes in einem anderen Zusammenhang: VISCHER/GALLI, AJP 12/2019, S. 1290 *in fine*).

700 Art. 2 Abs. 1 StAG.

701 Art. 2 Abs. 2 lit. a StAG *e contrario*.

- 312 Die Betreiberin⁷⁰² kann diese **gesetzliche Vermutung** des «besonderen Gefährdungspotenzials» **widerlegen** und der Aufsichtsbehörde des Bundes (Rz. 168) beantragen, dass die Stauanlage vom Geltungsbereich des StAG ausgenommen wird.⁷⁰³ Ihrem Antrag hat die Betreiberin⁷⁰⁴ sämtliche zur Prüfung des Gefährdungspotenzials notwendigen Unterlagen beizulegen.⁷⁰⁵ Heisst die Aufsichtsbehörde des Bundes den Antrag der Betreiberin⁷⁰⁶ gut, nimmt sie die fragliche Stauanlage durch Verfügung vom Geltungsbereich des StAG aus.⁷⁰⁷
- 313 **3.** Die Aufsichtsbehörde des Bundes (Rz. 168) kann jedoch auch Stauanlagen, die zwar die gesetzlichen Grössenparameter nicht erreichen oder überschreiten, aber ein **besonderes Gefährdungspotenzial** bergen, durch Verfügung dem StAG unterstellen (Rz. 321–323). Damit widerlegt die Aufsichtsbehörde des Bundes die gesetzliche Vermutung, dass diese Stauanlagen kein besonderes Gefährdungspotenzial (Rz. 311) bergen.⁷⁰⁸

702 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

703 Art. 2 Abs. 2 lit. b StAG i.V.m. Art. 3 Abs. 1 StAV.

704 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

705 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie B (26.6.2014), S. 5.

706 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

707 *Beispiel:* Kieswerk Massa (VS), siehe dazu BECKSTEIN, Kieswerk Massa (2018), *passim*.

708 Art. 2 Abs. 1 lit. a StAG i.V.m. Art. 2 StAV.

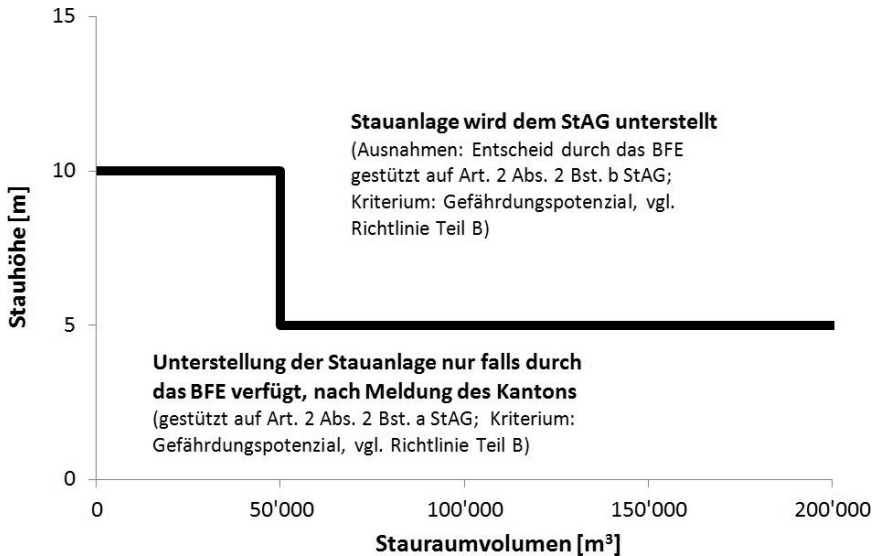


Abbildung 12: Geltungsbereich des StAG nach Art. 2 StAG (© Bundesamt für Energie, siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 5)

b. Grundsatz: automatische Unterstellung von Gesetzes wegen

1. Eine Stauanlage untersteht automatisch von Gesetzes wegen dem StAG, 314 wenn sie eines von zwei formellen Kriterien (Grössenparameter) erfüllt.⁷⁰⁹ Diese *Grössenparameter*, die bereits unter der TSpV⁷¹⁰ und aStAV⁷¹¹ galten, sind Mindestmasse.⁷¹² Dieser Unterstellungsmechanismus schafft Rechtssicherheit, da einfach – auch schon während des Planungsprozesses – geklärt werden kann, ob eine Stauanlage dem StAG untersteht.

2. Stauanlagen mit einer **Stauhöhe von mindestens 10 Metern** über Nieder- 315 wasser des Gewässers oder über Geländehöhe unterstehen dem StAG.⁷¹³ Welches Kriterium (Niederwasser oder Geländehöhe) anwendbar ist, hängt von den topografischen Verhältnissen ab.⁷¹⁴ Unter «Niederwasser des Gewässers»

709 Art. 2 Abs. 1 lit. a und b StAG.

710 Art. 1 TSpV.

711 Art. 1 Abs. 1 aStAV.

712 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049.

713 Art. 2 Abs. 1 lit. a StAG.

714 Vgl. auch im Allgemeinen: Kommentar GSchG/WBG (2016)-RUCH, Art. 43 GSchG N 17.

wird der durchschnittlich niedrigste Wasserstand bei Flüssen und Seen verstanden⁷¹⁵. Die «Geländehöhe» ist die amtliche Höhe eines bestimmten Geländes in Metern über Meer.⁷¹⁶

- 316 Die Stauhöhe muss nicht – und tut es in der Regel auch nicht⁷¹⁷ – mit der Höhe des Absperrbauwerkes korrelieren. Denn unter der «Stauhöhe» wird die «zum Stauraumvolumen zugehörige, durch das Absperrbauwerk gestaute Höhe» verstanden.⁷¹⁸ Diese wird ausgehend vom Referenzpunkt «Niederwasser des Gewässers» oder von der Geländehöhe aus gemessen.⁷¹⁹
- 317 **3. Stauanlagen mit einer Stauhöhe von mindestens 5 Metern über Niederwasser des Gewässers oder über Geländehöhe und einem Stauraum von mehr als 50 000 Kubikmetern**⁷²⁰ unterstehen ebenfalls dem StAG.⁷²¹
- 318 **a.** Das Bundesamt für Energie BFE bezeichnet den Stauraum im Sinne von Art. 2 Abs. 1 lit. b StAG als Stauraumvolumen.⁷²² Darunter versteht das BFE das Volumen der Stauanlage, das bei einem Bruch des Absperrbauwerkes bei gefülltem Stauraum entweichen kann.⁷²³ Das Stauraumvolumen entspricht gemäss BFE in der Regel nicht dem Nutzvolumen⁷²⁴ oder Totalvolumen⁷²⁵ der Stauanlage.⁷²⁶

715 DUDEN, zu «Niederwasser».

716 Vgl. DUDEN, zu «Meeresspiegel».

717 PANDURI, Hinweise.

718 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 12.

719 Für weitere Einzelheiten: BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 12–16.

720 Dies entspricht mindestens 50 Mio. Litern oder 20 gefüllten olympischen Schwimmbecken (Fn. 9).

721 Art. 2 Abs. 1 lit. b StAG.

722 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 12.

723 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 12.

724 Siehe Fn. 232 zu diesem Begriff.

725 Siehe Fn. 243 zu diesem Begriff.

726 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 12. Es ist nicht auf den ersten Blick klar, wieso das Stauraumvolumen in der Regel nicht dem Totalvolumen entsprechen soll. So dürfte bei einem Bruch des Absperrbauwerkes das im Stauraum gespeicherte Wasser (= Totalvolumen) austreten. In bestimmten Fällen kann aber das Volumen des austretenden Wassers tatsächlich grösser als das Totalvolumen sein (zu alledem SINNIGER, Hinweise): Beim plötzlichen Versagen des gesamten Absperrbauwerkes, wie dies für die Flutwellenberechnung angenommen wird (dazu Rz. 212–223), schießt eine gewaltige Wassermasse durch den Talquerschnitt zum Ort, wo

b. Am 12. September 2017 reichte Nationalrat WALLISER die **parlamentarische Initiative 17.467 «Änderung des Stauanlagengesetzes»** ein. Nationalrat WALLISER verlangte, dass Stauanlagen erst mit einem Stauraum von 100 000 Kubikmetern (statt wie bisher bereits mit 50 000 Kubikmetern) unter das StAG fallen sollen. Er begründete die vorgeschlagene Änderung von Art. 2 Abs. 1 lit. b StAG wie folgt: Das StAG führe zu hohen Mehrkosten, wenn «Feuerwehrweiher und ähnliche Stauweiher» unter das StAG fielen.⁷²⁷ Am 11. Dezember 2018 lehnte der Nationalrat diese parlamentarische Initiative mit 113 gegen 73 Stimmen ab.⁷²⁸

4. Das Bundesamt für Energie unterscheidet in seinen Richtlinien zwischen drei Klassen von Stauanlagen.⁷²⁹ Diese Stauanlagenklassen basieren nur teilweise auf den dargestellten Grössenparametern. Je nach Stauanlagenklasse hat die Betreiberin⁷³⁰ die strukturelle Integrität unter statischer Belastung anders nachzuweisen.⁷³¹

c. *Ausnahme: Unterstellung kraft Verfügung*

1. Die Aufsichtsbehörde des Bundes (Rz. 168) kann Stauanlagen, die nicht von Gesetzes wegen dem StAG unterstehen (Rz. 314–320), durch Verfügung

sich das Absperrbauwerk befand. Dies kann bewirken, dass dieser ursprüngliche Talquerschnitt durch Erosion in einem weiteren Umfeld vergrössert und vertieft wird. So haben z.B. beim Versagen der «Barrage de Malpasset» (Fn. 284) in Fréjus (Frankreich) Teile der Mauer den Felsen im Fundationsbereich mitgerissen, da die Schwachstelle vor dem Bruch unentdeckt im Untergrund lag. Dadurch konnte ein etwas grösseres Wasservolumen als das Totalvolumen abfliessen (zu alledem SINNIGER, Hinweise).

727 AB 2018 N 2107.

728 AB 2018 N 2108.

729 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 (28.8.2017), S. 21; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C2 (15.2.2017), S. 6; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C3 (1.2.2016), S. 5–6.

730 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

731 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C1 (28.8.2017), S. 21 *in initio*; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C3 (1.2.2016), S. 5–6.

dem StAG unterstellen, wenn sie ein «besonderes Gefährdungspotenzial» bergen.⁷³² Das StAG ist auf solche Stauanlagen mit anderen Worten erst anwendbar, wenn sie von der Aufsichtsbehörde des Bundes dem StAG unterstellt wurden.⁷³³ Die Kantone sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde des Bundes jene Stauanlagen zu melden, die voraussichtlich ein besonderes Gefährdungspotenzial aufweisen.⁷³⁴

- 322 **2. Ein «besonderes Gefährdungspotenzial»** besteht, wenn bei einem Bruch des Absperrbauwerkes Menschenleben gefährdet oder grösserer Sachschaden verursacht werden könnten.⁷³⁵ Gemäss BOTSCHAFT StAG besteht ein besonderes Gefährdungspotenzial, wenn «mindestens ein Wohn- oder Arbeitsraum oder ein wichtiger Verkehrsweg betroffen ist»⁷³⁶. Das Bundesamt für Energie BFE konkretisiert in einer Richtlinie,⁷³⁷ wann ein besonderes Gefährdungspotenzial vorhanden ist.⁷³⁸ Betreiberinnen⁷³⁹ können die Unterstellung ihrer Stauanlage durch bauliche Schutzmassnahmen verhindern, wenn dadurch das besondere Gefährdungspotenzial verkleinert wird. Freilich dürften Betreiberinnen⁷⁴⁰ solche Objektschutzmassnahmen nur bei kleineren Stauanlagen ergreifen.⁷⁴¹
- 323 **3.** Soweit ersichtlich beschäftigten sich die Gerichte erst zweimal mit der Unterstellung einer Stauanlage wegen besonderen Gefährdungspotenzials. In einem Urteil vom 17. Mai 2018 schützte das Bundesverwaltungsgericht die Unterstellung des «Geschiebesammlers Lindli», der auf dem Territorium der

732 Art. 2 Abs. 2 lit. a StAG; so schon Art. 1 TSpV und Art. 1 Abs. 2 aStAV. Denn für Stauanlagen, die nicht dem StAG unterstehen, gibt es nämlich keine Aufsichtsbehörde i.S. des StAG (BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A [1.3.2015], S. 7 *in fine*; Rz. 169).

733 VGer/BE VGE 100.2015.167 (25.4.2017) E. 5.5, in: URP 2018, S. 69.

734 Art. 2 Abs. 2 StAV.

735 Art. 2 Abs. 1 StAV.

736 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049.

737 Art. 29 Abs. 2 lit. c StAV ermächtigt das Bundesamt für Energie, diese Richtlinie zu erlassen (BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV [26.7.2012], S. 11).

738 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie B (26.6.2014), *passim*.

739 Gemeint sind die Betreiberinnen i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

740 Gemeint sind die Betreiberinnen i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

741 Siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie B (26.6.2014), S. 7; siehe ferner BVGer A-112/2018 (17.5.2018) E. 4.4.2.

Einwohnergemeinde Selzach (SO) liegt, durch das BFE.⁷⁴² Hingegen hiess das Bundesverwaltungsgericht mit Urteil vom 20. Mai 2015 das von der Stadt Neuenburg (NE) gegen die Unterstellung der Stauanlage «Etang des Sagnettes» erhobene Rechtsmittel aus formellen Gründen (Verletzung des rechtlichen Gehörs) gut und wies die Sache zu neuer Beurteilung an das BFE zurück.⁷⁴³

2. Dem StAG-Haftungsregime unterstehende Stauanlagen

a. Keine StAG-Haftung für Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken

1. Eine Stauanlage untersteht dem StAG-Haftungsregime, wenn zwei Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: Die Stauanlage untersteht dem StAG (Rz. 310–323)⁷⁴⁴ und schützt nicht ausschliesslich vor Naturgefahren^{745, 746} Ein Geschädigter hat im Haftpflichtprozess jeweils darzulegen, dass diese beiden Voraussetzungen erfüllt sind.

2. Die Gesetzesmaterialien⁷⁴⁷ und die Lehre⁷⁴⁸ legen nicht dar, was unter «Stauanlagen, die ausschliesslich dem Schutz vor Naturgefahren dienen», im Sinne von Art. 13 StAG zu verstehen ist.

742 BVGer A-112/2018 (17.5.2018); siehe auch BYLAND, Schweiz am Wochenende (20.1.2018), S. 30.

743 BVGer A-4784/2014 (20.5.2015) Sachverhalt Teile A, C und D sowie E. 3.3 und 4.

744 In der Vernehmlassung zum VE²-StAG wurde kritisiert, dass nicht alle Stauanlagen dem Haftungsregime unterstehen (SCHWEIZER POOL, Vernehmlassung zum VE²-StAG [21.3.2000], S. 3: «Für die Versicherer ist vom Risikostandpunkt her nicht einsehbar, weshalb gewisse Stauanlagen vom Haftpflichtobligatorium ausgenommen werden sollten, sei es aus Prämienüberlegungen, sei es weil sie nicht der Energiegewinnung dienen. Das Gefährdungspotenzial ist genau gleich, oder, wenn es sich um alte, bis anhin nicht überwachte Anlagen handelt, manchmal eben grösser. Wir beantragen deshalb in Art. 2 StAG die Streichung der Absätze 2, 3 und 4 und schlagen vor, Absatz 1 wie folgt zu formulieren: «Dieses Gesetz gilt für alle künstlichen Stauanlagen, ungeachtet ihrer Ausmasse und ihrer Zweckbestimmung».»).

745 Art. 13 StAG.

746 Gl.M. POLTIER, Énergie (2020), Rz. 509–510, der festhält, dass dem StAG-Haftungsregime alle Stauanlagen unterstellt sind, die über ein Kraftwerk (*ouvrages hydro-électriques*) verfügen; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1815–1818.

747 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053.

748 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1818.

- 326 **a.** Nur Stauanlagen mit einem **Rückhaltebecken** (Rz. 65–71) gelten als Stauanlagen im Sinne von Art. 13 StAG. Sie dienen nämlich dem Rückhalt von Wasser und Feststoffen (Rz. 69) bei besonderen Witterungsverhältnissen. Solche Stauanlagen schützen somit die Unterlieger (Fn. 167) vor Naturgefahren. Im Umkehrschluss unterstehen folglich Stauanlagen (Rz. 310–323) mit einem Staubecken⁷⁴⁹ (Rz. 56–64) dem StAG-Haftungsregime.
- 327 **b.** Durch den Zusatz «ausschliesslich» verdeutlicht Art. 13 StAG, dass diese Ausnahmeregelung restriktiv anzuwenden ist. Deswegen sind nur Stauanlagen vom StAG-Haftungsregime ausgenommen, die *ausschliesslich* vor Naturgefahren schützen. Eine Stauanlage, die verschiedenen Zwecken (Rz. 44–53) dient, untersteht folglich dem StAG-Haftungsregime, selbst wenn sie unter anderem vor Naturgefahren schützt. Bilden mehrere Stauanlagen eine betriebliche Einheit,⁷⁵⁰ ist die StAG-Haftung somit auf alle Stauanlagen anwendbar, die nicht ausschliesslich vor Naturgefahren schützen.
- 328 **3.** Die Einschränkung des Geltungsbereichs des StAG-Haftungsregimes ist nicht gerechtfertigt.⁷⁵¹ Stauanlagen, die ausschliesslich vor Naturgefahren schützen, können die Unterlieger (Fn. 167) gleich stark gefährden wie Stauanlagen, die anderen Zwecken dienen.⁷⁵² Daran ändert auch der Umstand nichts, dass solche Stauanlagen häufig nicht permanent Wasser und Feststoffe zurückhalten (Rz. 65–71).⁷⁵³ Es ist nämlich unerheblich, ob sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 611–616) permanent oder nur temporär verwirklichen kann.
- 329 FELLMANN begründet diese Einschränkung des Geltungsbereichs des StAG-Haftungsregimes mit dem Utilitätsprinzip (Rz. 202). Betreiberinnen – in aller Regel das Gemeinwesen – solcher Stauanlagen, die ausschliesslich vor Naturgefahren schützen, zögen keinen besonderen Nutzen aus dem Betrieb
-
- 749 Siehe Fn. 129.
- 750 Art. 24 Abs. 2 StAG.
- 751 **A.M.** FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1818; **BOTSCHAFT** StAG (9.6.2006), S. 6053; **E-BOTSCHAFT** StAG (15.1.1998), S. 27 «Diese Ausnahme wurde in der Vernehmlassung [zum VE¹-StAG] von der Regierungskonferenz der Gebirgskantone gewünscht. Sie ist gerechtfertigt, weil diese Anlagen nicht eine neue Gefahr schaffen, sondern eine bestehende Gefahr, die von Naturgewalten ausgeht, vermindern.»
- 752 Vgl. SCHWEIZER POOL, *Vernehmlassung zum VE²-StAG* (21.3.2000), S. 3 (zitiert in Fn. 744).
- 753 Stauanlagen mit einem Hochwasserrückhaltebecken oder Regenrückhaltebecken können sich aber auch im Dauerstau befinden (Rz. 67 und 71).

dieser Stauanlage. Folgerichtig sei eine einfache Kausalhaftung ausreichend.⁷⁵⁴ Diese Meinung vertritt auch POLTIER.⁷⁵⁵ Allerdings überzeugt dieses Argument nicht. Es ist zweitrangig, ob eine Betreiberin einen besonderen Nutzen aus der Stauanlage zieht. Die Gefährdungshaftung ist bei Stauanlagen – auch bei solchen mit einem Rückhaltebecken – aufgrund der Gefährdung der Unterlieger (Fn. 167) angezeigt. Zudem zieht auch die Betreiberin einer Stauanlage, die vor Naturgefahren schützt, einen besonderen Nutzen aus der Stauanlage. Dieser besondere Nutzen – der Schutz von Leib, Leben und Eigentum der Unterlieger – ist zwar nicht nur monetarisch.⁷⁵⁶ Dies rechtfertigt es jedoch keinesfalls, die Stauanlagen, die ausschliesslich vor Naturgefahren schützen, vom StAG-Haftungsregime auszunehmen.

754 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1818; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053.

755 POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 509 «La solution paraît justifiée, dans la mesure où il s'agit précisément d'ouvrages de protection et non d'ouvrages destinés à la valorisation des forces hydroélectriques [...]» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt) und 509 (Anm. 489).

756 Durch Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken sollen Sach- und Personenschaden ganz verhindert werden. Damit schützt das Gemeinwesen sich selbst und die Unterlieger (Fn. 167) vor Vermögenseinbussen.

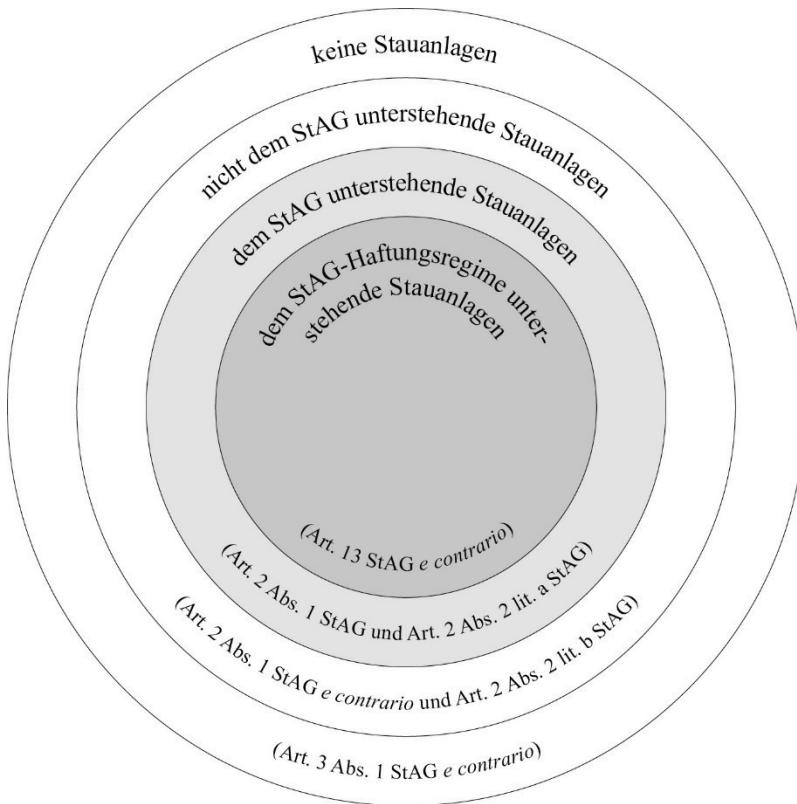


Abbildung 13: Geltungsbereich des StAG (© Dario Galli)

b. Keine Beschränkung der StAG-Haftung auf einzelne Anlageteile

- 330 **1.** Eine Stauanlage besteht aus verschiedenen Bestandteilen (Rz. 72–92). Dabei gelten nicht nur das Absperrbauwerk und die Nebenanlagen, sondern auch der Stauraum als Werk im Sinne von Art. 58 Abs. 1 OR und damit als Anlageteil (Rz. 293). Der E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998) zufolge hätte nur die

Hauptanlage (das heisst das Absperrbauwerk und der Stauraum) der Gefährdungshaftung unterstanden.⁷⁵⁷ Die Nebenanlagen (Rz. 75–87) wären im Umkehrschluss nicht von der Gefährdungshaftung erfasst gewesen.⁷⁵⁸ Diese Ansicht der E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998) wird zumindest durch das E-StAG (1997) nicht gestützt.⁷⁵⁹

2. Es stellt sich die Frage, ob das StAG-Haftungsregime wirklich nur für einzelne Anlageteile gilt. Die Frage ist bedeutsam, weil Wasser nicht nur aus der Hauptanlage (Absperrbauwerk), sondern auch aus Nebenanlagen (zum Beispiel Druckleitungen, Rz. 78) austreten kann.

a. Nach Art. 14 Abs. 1 StAG haftet die «Betreiberin einer Stauanlage für Personen- und Sachschaden, der durch die Verwirklichung der Risiken entsteht, die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind.» Der **Wortlaut** schränkt die Gefährdungshaftung nicht auf einzelne Anlageteile ein. Die Verwendung des Wortes «Stauanlage» spricht im Gegenteil dafür, dass sich die Gefährdungshaftung auf alle Bestandteile einer Stauanlage und weitere zugehörige Bauten erstreckt. Für diese Auslegung spricht weiter, dass lediglich der Bundesverordnungsgeber die Bestandteile einer Stauanlage bezeichnet.⁷⁶⁰ Das StAG unterscheidet nicht zwischen den verschiedenen Bestandteilen einer Stauanlage.⁷⁶¹ Die französische («L'exploitant d'un ouvrage d'accumulation répond») und italienische («Il gestore di un impianto di accumulazione risponde») Fassung von Art. 14 Abs. 1 StAG schränkt die Haftung ebenfalls nicht auf einzelne Anlageteile ein.⁷⁶²

Auch der Wortlaut der beiden anderen Gefährdungshaftungen (Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG) schränkt die Haftung nicht auf einzelne Anlageteile ein. Art. 14 Abs. 2 StAG verwendet wegen seiner Stellung direkt nach Art. 14 Abs. 1 StAG nicht einmal das Wort «Stauanlage». Auch

757 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 26; siehe auch JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 47.05 *in fine* (Anm. 1020).

758 Kritisch JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 47.05.

759 Vgl. Art. 1 Abs. 1 E-StAG (1997) und Art. 6 Abs. 1 E-StAG (1997).

760 Art. 1 Abs. 1 StAV (siehe Rz. 72–92 zu den Bestandteilen einer Stauanlage).

761 Siehe aber Art. 5 Abs. 3 Satz 2 StAG, der von «Grundablass» und «Tiefeschütze» spricht.

762 Das Wort *ouvrage* (DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 [2014], S. 651, zu «ouvrage») bzw. *impianto* (CONTE/BOSS, Wörterbuch 1 [2001], S. 248, zu «impianto») bedeutet nämlich «Werk» (= ouvrage) bzw. «Anlage» (= impianto).

Art. 21 StAG spricht nicht von «Stauanlage». Dies könnte damit zusammenhängen, dass Art. 21 StAG die Zwillingsnorm von Art. 14 Abs. 2 StAG ist (Rz. 845).

- 334 **b.** Abgesehen von der E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), welche die Haftung auf einzelne Anlageteile beschränken wollte (Rz. 330), kann den **Gesetzesmaterialien** nicht entnommen werden, dass eine solche Beschränkung beabsichtigt gewesen wäre. Der Bundesrat spricht in der BOTSCHAFT StAG jeweils von «Stauanlage» oder «Anlage», ohne die Haftung auf einzelne Anlageteile zu beschränken.⁷⁶³
- 335 **c.** Das systematische Auslegungselement hilft bei dieser Frage nicht weiter.
- 336 **d.** Das Haftungssubjekt⁷⁶⁴ haftet gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG für Personen- und Sachschaden, «der auf das Austreten von Wassermassen aus einer Stauanlage zurückzuführen»⁷⁶⁵ ist (Rz. 543–621). Dabei haftet das Haftungssubjekt⁷⁶⁶ für Personen- und Sachschaden jedoch nur, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 208–209) verwirklicht. Weiter haftet das Haftungssubjekt⁷⁶⁷ für Kosten von Schadenabwehrmassnahmen, die Behörden und Private wegen der unmittelbar

763 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6047, 6049 und 6053. Auch in den parlamentarischen Beratungen wurde keine solche Einschränkung diskutiert (AB 2010 S 429–434; AB 2010 S 902; AB 2010 N 1393–1400; AB 2010 N 1581). Ganz im Gegenteil: Votum Ständerat SCHWEIGER (AB 2010 S 429) «Heute ist die Haftung bei den Stauanlagen eigentlich noch die gleiche, wie sie dann gelten würde, wenn nur das OR bestünde. Es wäre also eine Werkeigentümerhaftung. Das ist zwar auch eine Kausalhaftung, aber immerhin muss nachgewiesen werden, dass für den Schadenseintritt der Mangel an einem Werk kausal war. Nun will man diese Kausalität, wie das auch bei anderen Einrichtungen grösseren Umfangs der Fall ist, etwas ausweiten, eine reine Kausalabgabe machen.»; Votum Ständerat FREITAG (AB 2010 S 432) «Mit der Einführung einer Gefährdungshaftung soll der Betreiber einer Stauanlage neu auch ohne Werkmangel für Personen- und Sachschäden Dritter verantwortlich gemacht werden.»; Votum Nationalrat SCHMIDT (AB 2010 N 1393) «Neu gilt eine sogenannt scharfe Kausalhaftung, eine reine Gefährdungshaftung: Die Betreiberin einer Stauanlage soll für Personen- und Sachschäden haften, die durch austretende Wassermassen verursacht werden, und zwar auch dann, wenn sie kein Verschulden trifft und die Anlage keinen Mangel aufweist.»

764 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

765 Art. 1 StAG.

766 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

767 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

drohenden Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG ergriffen haben (Rz. 825–1059).⁷⁶⁸

Vor diesem Hintergrund ist die Beschränkung der StAG-Haftung auf bestimmte Anlageteile nicht sachgerecht.⁷⁶⁹ Ob sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG beim Absperrbauwerk, bei den Nebenanlagen oder sonst wo verwirklicht, ist aus Sicht der Unterlieger (Fn. 167) irrelevant. Freilich dürfte sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG in der Regel beim Absperrbauwerk realisieren. Gegen eine Ausdehnung der Haftung auf Nebenanlagen spricht auch nicht, dass die Menge des in den Nebenanlagen befindlichen Wassers – sei es, weil das Wasser darin gespeichert ist (zum Beispiel im Ausgleichsbecken, Rz. 83) oder durch sie fliesst (zum Beispiel in Druckleitungen, Rz. 78) – im Vergleich zur im Stauraum befindlichen Wassermenge kleiner ist. Denn auch viele Nebenanlagen gefährden (Rz. 208) die Unterlieger. Für die Unterstellung der Nebenanlagen unter die StAG-Haftung spricht auch, dass die Stauanlagen ohne diese Nebenanlagen gar nicht betrieben werden könnten.

4. Dem StAG-Haftungsregime untersteht die **gesamte Stauanlage.**⁷⁷⁰ Folglich ist irrelevant, wo sich bei einer Stauanlage (Absperrbauwerk, Stauraum oder Nebenanlagen⁷⁷¹) oder bei sonstigen zur Stauanlage gehörenden Bauwerken und Einrichtungen das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht.

Für diese Auslegung spricht das grammatikalische Auslegungselement: Das StAG beschränkt das StAG-Haftungsregime nicht, sondern verwendet das Wort «Stauanlage»⁷⁷², was gegen eine solche Beschränkung spricht.

768 Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG.

769 Vgl. JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4217, wonach bei den Nebenanlagen «ein Gefahrenherd liegt». A.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 26 «Die Unterstellung dieser [Nebenanlagen] unter eine Gefährdungshaftung mit Beschränkung der Entlastungsgründe wäre aber unverhältnismässig, da von ihnen erheblich geringere Gefahren ausgehen als selbst von kleineren Stauanlagen.» Dieser Auffassung kann nicht gefolgt werden. Auch Nebenanlagen können – wie der Stauanlagenunfall «Cleuson-Dixence» (Rz. 20–21) zeigt – grossen Schaden verursachen.

770 Wohl gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1815–1816.

771 Rz. 75–87. Dem Bundesamt für Energie zufolge (Rz. 92) fallen diverse Bauwerke (z.B. Hochdruckleitungen oder Wasserschlässe) nicht unter den Begriff «Nebenanlagen» i.S.v. Art. 1 Abs. 4 StAV. Dieses enge Begriffsverständnis ist im Anwendungsbereich des StAG-Haftungsregimes abzulehnen (Rz. 339).

772 Art. 14 Abs. 1 StAG.

Zudem widerspräche eine Beschränkung des StAG-Haftungsregimes auf einzelne Anlageteile der *ratio legis*, wonach die Unterlieger (Fn. 167) bei (drohender) Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer Stauanlage das Haftungssubjekt⁷⁷³ haftbar machen können sollen. Schliesslich finden sich in den Gesetzesmaterialien zum StAG keine Hinweise, wonach der Bundesrat oder das Parlament eine solche Beschränkung beabsichtigt hätten.

C. Räumlicher Geltungsbereich

- 340 1. Die auf dem Schweizer Staatsgebiet befindlichen Stauanlagen, die vom sachlichen Geltungsbereich des StAG (Rz. 310–323) erfasst sind, bezeichne ich als «**Binnenstauanlagen**».
- 341 2. Gegenstück zu den Binnenstauanlagen sind die «**ausländischen Stauanlagen**», also solche Stauanlagen, die sich vollständig auf ausländischem Staatsgebiet befinden.
- 342 3. Einige Stauanlagen befinden sich sowohl auf Schweizer Staatsgebiet als auch auf ausländischem Staatsgebiet. Diese Stauanlagen bezeichne ich als «**binationale Stauanlagen**».⁷⁷⁴ Der Bund beaufsichtigt direkt folgende binationale Stauanlagen:⁷⁷⁵
- 343 – Stauanlage «Albbruck-Dogern» (Kanton Aargau/Deutschland)
- 344 – Stauanlage «Augst-Whylen» (Kanton Basel-Landschaft/Deutschland)
- 345 – Stauanlage «Chancy-Pougny» (Kanton Genf/Frankreich)
- 346 – Stauanlage «Châtelot» (Kanton Neuenburg/Frankreich)
- 347 – Stauanlage «Eglisau» (Kanton Zürich/Deutschland)
- 348 – Stauanlage «Laufenburg» (Kanton Aargau/Deutschland)
- 349 – Stauanlage «Punt dal Gall» (Kanton Graubünden/Italien)
- 350 – Stauanlage «Rheinau» (Kanton Zürich/Deutschland)
- 351 – Stauanlage «Rheinfelden» (Kanton Aargau/Deutschland)

773 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

774 Man könnte sie in Anlehnung an DIEZ auch als «grenzüberschreitende Werke» bezeichnen (DIEZ, SJIR [1980], S. 17, der z.B. im Zusammenhang mit Grenzbahnhöfen von «grenzüberschreitenden öffentlichen Werken» spricht).

775 PANDURI, Hinweise; siehe auch <<https://www.bfe.admin.ch>> und dort unter «Versorgung»/«Aufsicht und Sicherheit»/«Talsperren»/«Links»/«Karte Stauanlagen».

- Stauanlage «Reckingen» (Kanton Aargau/Deutschland) 352
- Stauanlage «Ryburg-Schwörstadt» (Kanton Aargau/Deutschland) 353
- Stauanlage «Säckingen» (Kanton Aargau/Deutschland) 354

4. Nachfolgend zeige ich den räumlichen Geltungsbereich der verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtlichen Rechtsnormen (Rz. 356–357) und der Haftpflichtbestimmungen (Rz. 358–369) des StAG auf. Ferner untersuche ich, welche Stauanlagen als «Stauanlagen an Grenzgewässern» im Sinne von Art. 4 StAG gelten (Rz. 370–408). 355

I. Verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtliche Normen

1. Dem völkerrechtlichen Territorialitätsprinzip⁷⁷⁶ zufolge kann jeder Staat 356 grundsätzlich nur auf seinem Staatsgebiet Recht setzen, sprechen und vollziehen.⁷⁷⁷ Ob eine Rechtsnorm auch ausserhalb des Erlassstaates wirken darf (Territorialität der Normwirkung)⁷⁷⁸, beantwortet dieser Grundsatz jedoch nicht. Die Antwort auf diese Frage hängt von der Rechtsnatur der Rechtsnorm ab.⁷⁷⁹ Verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtliche Rechtsnormen gelten – im Gegensatz zu privatrechtlichen Rechtsnormen (Rz. 359–368 und 1063–1107)⁷⁸⁰ – grundsätzlich nur im Erlassstaat.⁷⁸¹ Gemäss Auswirkungsprinzip kann öffentliches Schweizer Recht aber auch auf Sachverhalte angewandt

776 HALLER/KÖLZ/GÄCHTER, Staatsrecht (2020), Rz. 44; ZIEGLER, Völkerrecht (2020), Rz. 593; KELLER/SIEHR, IPR AT (1986), S. 184–186.

777 HALLER/KÖLZ/GÄCHTER, Staatsrecht (2020), Rz. 42–44; ZIEGLER, Völkerrecht (2020), Rz. 593; KÄLIN/EPINEY/CARONI/KÜNZLI, Völkerrecht (2016), S. 184–202; MÜLLER/WILDHABER, Völkerrecht (2001), S. 373; siehe auch BÄR, FS Juristentag (1988), S. 4.

778 BÄR, FS Juristentag (1988), S. 6; siehe ferner KROPHOLLER, IPR (2006), S. 154–155; MERKLI, Territorialitätsprinzip (2002), S. 4.

779 Die extraterritoriale Wirkung einer Rechtsnorm setzt nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts einen hinreichenden sachlichen Anknüpfungspunkt zum Hoheitsgebiet des rechtsetzenden Staates voraus (JARASS, RIW 10/2017, S. 643 *in fine*; MERKLI, Territorialitätsprinzip [2002], S. 3–4 und 8–12).

780 Vgl. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 309.

781 BGE 133 II 331 E. 6.1 S. 341; HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 310; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 24 Rz. 3; FURRER/GIRSBERGER/SIEHR, SPR XI/1 (2008), Rz. 945; siehe auch BOT-SCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049.

werden, die sich zwar im Ausland zugetragen haben, sich aber ausreichend auf das Schweizer Staatsgebiet auswirken.⁷⁸²

- 357 **2.** Die verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtlichen Normen des StAG sind dem völkerrechtlichen Territorialitätsprinzip (Rz. 356) zufolge nur auf **Binnenstauanlagen** anwendbar.⁷⁸³ Deswegen können Aufsichtsbehörden nur betreffend Binnenstauanlagen hoheitlich tätig werden.⁷⁸⁴ Allerdings können Aufsichtsbehörden auch binationale oder ausländische⁷⁸⁵ Stauanlagen überwachen, da es sich hierbei um eine faktische Tätigkeit handelt.

2. *Haftpflichtbestimmungen*

- 358 Das StAG enthält privatrechtliche, aber auch öffentlich-rechtliche Haftungsnormen (Rz. 177). Ihren Anwendungsbereich untersuche ich daher gesondert.

a. *Privatrechtliche Haftpflichtbestimmungen*

- 359 **1.** Auf Binnenstauanlagen sind die privatrechtlichen Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG in *reinen Binnenverhältnissen* gemäss völkerrechtlichem Territorialitätsprinzip (Rz. 356) zweifellos anwendbar. Ein «reines Binnenverhältnis» ist ein Sachverhalt ohne Auslandsbezug.⁷⁸⁶ Darunter sind Stauanlagenunfälle zu verstehen, die sich einzig auf Schweizer Staatsgebiet ereignen. Dies ist dann der Fall, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer Binnenstauanlage einzig auf Schweizer Staatsgebiet verwirklicht (oder unmittelbar zu verwirklichen droht), das heisst kein Wasser auf ausländisches Staatsgebiet fliesst (oder zu fließen droht). Solche Stauanlagenunfälle, in denen Handlungs- und Erfolgsort in der Schweiz zusammenfallen, bezeichne ich als «Platzdelikt»⁷⁸⁷.

782 BGE 133 II 331 E. 6.1 S. 341–342; HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 311; KÜNZLI, ZBJV 10/2017, S. 717–718.

783 Gl.M. POLTIER, Énergie (2020), Rz. 511. Auf Binnenstauanlagen sind die verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtlichen Normen des StAG immerhin teilweise anwendbar.

784 Siehe Rz. 370–408 betreffend binationale Stauanlagen.

785 Das Bundesamt für Energie beaufsichtigt derzeit keine ausländischen Stauanlagen (PANDURI, Hinweise).

786 Z.B. BSK IPRG (2021)-GROLIMUND/LOACKER/SCHNYDER, Art. 1 N 1.

787 Z.B. BSK LugÜ (2016)-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 552; DORNIS, SZIER 2/2015, S. 211.

2. Ereignet sich ein Stauanlagenunfall, der als Platzdelikt gilt, kann trotzdem ein *anknüpfungsrelevanter Bezug zum Ausland* vorliegen. Diese Konstellation liegt zum Beispiel vor, wenn Schädiger und Geschädigter ihren (Wohn-)Sitz in verschiedenen Staaten haben.⁷⁸⁸ Obwohl durch den Stauanlagenunfall weder im Ausland befindliche Rechtsgüter verletzt werden noch eine ausländische oder binationale Stauanlage involviert ist, besteht ein (minimaler) anknüpfungsrelevanter Bezug zum Ausland. Deswegen bezeichne ich solche Stauanlagenunfälle als **«unechte internationale Stauanlagenunfälle»**.

Auf solche unechte internationale Stauanlagenunfälle ist materielles Schweizer Recht als *lex loci delicti commissi* anwendbar, sofern die Schweizer Gerichte international direkt zuständig sind.⁷⁸⁹ Ob auch die Haftungsbestimmungen des StAG anwendbar sind, prüfe ich später (Rz. 366–368). Schweizer Gerichte sind international direkt zuständig, wenn das Haftungssubjekt⁷⁹⁰ (als Beklagter) seinen (Wohn-)Sitz in der Schweiz hat.⁷⁹¹

3. In zwei Konstellationen liegt bei Stauanlagenunfällen aus Sicht der Schweiz schliesslich ein starker anknüpfungsrelevanter Bezug zum Ausland vor:

- Das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer *ausländischen* Stauanlage verwirklicht sich auf Schweizer Staatsgebiet (oder droht sich unmittelbar auf Schweizer Staatsgebiet zu verwirklichen). Dies ist dann der Fall, wenn das aus einer ausländischen Stauanlage austretende Wasser⁷⁹² auch oder nur auf Schweizer Staatsgebiet fliesst (oder zu fliesen droht) und dort Rechtsgüter verletzt (oder zu verletzen droht). In die-

788 BSK IPRG (2021)-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT, Art. 129 N 2; MÜLLER-CHEN, FS SGHVR (2010), S. 401–403.

789 Art. 133 Abs. 2 Satz 1 IPRG. Die anderen Anknüpfungspunkte von Art. 133 IPRG sind nicht einschlägig. Erstens dürfte bei Stauanlagenunfällen ein vorbestehendes Rechtsverhältnis fehlen (Abs. 3, siehe Rz. 751–755). Zweitens dürften Haftungssubjekt (Rz. 410) und Geschädigter auch keinen gemeinsamen Aufenthaltsort haben (Abs. 1), da andernfalls kein internationaler Sachverhalt vorliegen würde.

790 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

791 Art. 2 Ziff. 1 LugÜ oder Art. 129 Abs. 1 Satz 1 IPRG.

792 Z.B. der Bruch des Absperrbauwerkes der italienischen Talsperre «Gleno» im «Valle di Scalve» am 1.12.1923 (dazu z.B. STUCKY, Schweizerische Bauzeitung 6/1924, *passim*), die weniger als 25 Kilometer Luftlinie von der Schweizer Grenze (Grenzübergang «Campocologno») entfernt war (ROTA, Beilage zu Tec21 47/2004, S. 88).

sem Fall sind Handlungs- und Erfolgsort nicht identisch (Distanzdelikt),⁷⁹³ da der Ort der Begehung der schädigenden Handlung und der Eintritt ihrer Folgen nicht im gleichen Staat liegen (Rz. 1065–1079).⁷⁹⁴ Solche Stauanlagenunfälle bezeichne ich als «**echte internationale Stauanlagenunfälle**».⁷⁹⁵

- 364 – Das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer *binationalen* Stauanlage verwirklicht sich auf Schweizer Staatsgebiet (oder droht sich unmittelbar auf Schweizer Staatsgebiet zu verwirklichen). Dies ist dann der Fall, wenn aus einer binationalen Stauanlage Wasser austritt (oder auszutreten droht) und – wie bei echten internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 363) – Rechtsgüter in der Schweiz verletzt werden (oder verletzt zu werden drohen). Solche Stauanlagenunfälle bezeichne ich als «**binationale Stauanlagenunfälle**».
- 365 Privatrechtliche Normen dürfen sich nach einhelliger Auffassung auch ausserhalb ihres Erlassstaates auswirken.⁷⁹⁶ Wann dies der Fall ist, beantwortet das IPR. Ob materielles Schweizer Recht bei echten internationalen Stauanlagenunfällen⁷⁹⁷ und bei binationalen Stauanlagenunfällen – die ich als «**internationale Stauanlagenunfälle**» bezeichne – anwendbar ist, untersuche ich im vierten Teil (Rz. 1080–1107).⁷⁹⁸

793 Zum Begriff «Distanzdelikt»: BSK LugÜ (2016)-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 553; DORNIS, SZIER 2/2015, S. 213 *in fine*.

794 BSK IPRG (2021)-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT, Art. 129 N 2.

795 Vgl. betreffend deutsches Recht: SIEGHÖRTNER, Diss. Erlangen-Nürnberg (2002), S. 162, der im Zusammenhang mit Strassenverkehrsunfällen auch von «echten Distanzunfällen» spricht.

796 KELLER/SIEHR, IPR AT (1986), S. 134–135.

797 Ausgeklammert werden jedoch *internationale Stauanlagenunfälle*, bei denen die Wassermassen aus einer *Binnenstauanlage* austreten und auf ausländisches Staatsgebiet fliessen und dort Rechtsgüter verletzen. In diesem Fall ist – wie bei Platzdelikten (Rz. 359) – das StAG anwendbar, sofern die Schweizer Gerichte international direkt zuständig sind (Gerichtsstand in der Schweiz z.B. nach Art. 2 Ziff. 1 LugÜ oder Art. 5 Ziff. 3 LugÜ) und materielles Schweizer Recht anwendbar ist (Rz. 1084–1101).

798 A.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1820, der den räumlichen Geltungsbereich der StAG-Haftung zu Unrecht mithilfe von Art. 4 StAG (Stauanlagen an Grenzgewässern) bestimmen möchte. Dieser Artikel dient nicht dazu, den räumlichen Anwendungsbereich der StAG-Haftung zu bestimmen (Rz. 370–408). Die BOTSCHAFT StAG äussert sich nicht dazu, ob das StAG auch auf internationale Stauanlagenunfälle anwendbar ist.

4. «Nicht jede Sachnorm des ermittelten Sachrechts gilt auch für Auslands- 366
sachverhalte.»⁷⁹⁹ Mit diesem Zitat von KELLER/SIEHR werfe ich die Frage auf,
ob Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG bei Stauanlagenunfällen mit internationalem
Bezug anwendbar ist, wenn gemäss IPR das materielle Schweizer Recht die
lex causae (Deliktsstatut) ist. Ich halte zwei Konstellationen auseinander:

a. Bei unechten internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 360) spricht auf- 367
grund des starken Inlandsbezugs nichts gegen die Anwendbarkeit der Gefähr-
dungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG. Insbesondere das Anknüp-
fungskriterium des ausländischen (Wohn-)Sitzes rechtfertigt es keinesfalls,
Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG nicht anzuwenden. Es wäre nämlich stossend, wenn
die **Binnenstauanlage** zwar den verwaltungs- und verwaltungsstrafrechtli-
chen Vorschriften des StAG unterstünde, die privatrechtlichen StAG-Haft-
pflichtbestimmungen aber nicht anwendbar wären.

b. Ob die privatrechtlichen StAG-Haftungsbestimmungen auch auf **binatio-** 368
nale und ausländische Stauanlagen anwendbar sind, ist wegen des ge-
ring(er)en Inlandsbezugs schwieriger zu beantworten. Die Frage ist jedoch zu
bejahen.⁸⁰⁰ Die Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG knüp-
fen nicht an räumliche, sondern ausschliesslich an sachliche Kriterien (Grösse,
Gefährdungspotenzial und Typ der Stauanlage, Rz. 307–329) an. Zudem be-
hält sich das StAG auch nicht ein Gegenrecht⁸⁰¹ vor. Bei binationalen Stauan-
lagen spricht zudem für die Anwendbarkeit der Gefährdungshaftungen nach
Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG, dass die Schweiz – zumindest teilweise – auch
verwaltungsrechtliche Vorschriften erlassen kann (Rz. 357). Kein Argument
gegen die Anwendbarkeit der Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und

799 KELLER/SIEHR, IPR AT (1986), S. 521. Von dieser Problematik abzugrenzen ist die
Frage, ob eine Gesetzesbestimmung als Sach- oder als Verweisungsnorm gilt, wenn
die Sachnorm ihrerseits selbst auch noch ortsbezogen anknüpft (dazu z.B. KE-
GEL/SCHURIG, IPR [2004], S. 52–58; siehe auch SCHWANDER, IPR AT [2000],
Rz. 519–523). Da die Art. 13–21 StAG und das StAG im Allgemeinen nicht ortsbe-
zogen anknüpfen, behandle ich diese Problematik nicht.

800 Gl.M. betreffend Art. 36 aGSchG (1971): STARK, SJZ 13/1987, S. 212 (Anm. 2);
keine Stellungnahme zur Frage des räumlichen Geltungsbereichs von Art. 36
aGSchG (1971) hingegen von LOREZ-WIEGAND, Diss. ZH (1976), S. 19–22; gl.M.
betreffend Schweizer Rohrleitungsanlagen, die im Ausland einen Schaden verursa-
chen: KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 105–107; tendenziell ablehnend betreffend
Schweizer KKW, das im Ausland Schäden verursacht: GEIGY, Diss. BS (1959), S. 27
(betreffend AtG).

801 In diesem Fall käme eine Haftung nur infrage, wenn das ausländische Recht eine
gleichwertige Haftungsregelung vorsähe (siehe z.B. Art. 34 KHG).

2 StAG ist, dass es sich beim StAG um ein Spezialgesetz handelt und die Haftung gegebenenfalls schärfer ist als in ausländischen Rechtsordnungen.

b. Öffentlich-rechtliche Haftpflichtbestimmung

- 369 Der Grundsatz, wonach die öffentlich-rechtlichen Normen des StAG nur auf Binnenstauanlagen anwendbar sind (Rz. 357), gilt nicht für die öffentlich-rechtliche StAG-Haftungsbestimmung (Rz. 849–950). Art. 21 StAG ist aufgrund des Auswirkungsprinzips (Rz. 356) anwendbar, wenn eine binationale oder ausländische Stauanlage Rechtsgüter in der Schweiz unmittelbar bedroht. Zwar trägt sich der Sachverhalt nur teilweise (= binationale Stauanlage) oder gar nicht (= ausländische Stauanlage) in der Schweiz zu, da sich die Risikoquelle (Rz. 558) nur teilweise oder gar nicht auf Schweizer Staatsgebiet befindet. Da sich allerdings die von der (ausländischen oder binationalen) Stauanlage ausgehende Gefahr so stark auf das Schweizer Staatsgebiet auswirkt, ist die Anwendbarkeit von Art. 21 StAG gerechtfertigt.⁸⁰² Der (Wohn-)Sitz des Haftungssubjekts ist dabei irrelevant, da auch ein Haftungssubjekt⁸⁰³ mit (Wohn-)Sitz im Ausland gestützt auf Art. 21 StAG ersatzpflichtig werden kann.⁸⁰⁴

3. Stauanlagen an Grenzgewässern

- 370 **1.** Binationale Stauanlagen befinden sich auf dem Territorium von zwei Staaten.⁸⁰⁵ Es ist daher unklar, welcher Staat zuständig ist. Da beide Staaten aufgrund des Territorialitätsprinzips (teilweise) zuständig sind, kann sich weder das eine noch das andere öffentliche Recht komplett durchsetzen (Rz. 356).
- 371 **2.** Binationale Stauanlagen unterstehen den verwaltungsrechtlichen Bestimmungen der Schweiz und eines ausländischen Staates. Auf die Anlageteile, die sich auf Schweizer Staatsgebiet befinden, ist das StAG anwendbar

802 A.M. betreffend USG und GSchG: BGer 1A.178/2003 (27.8.2004) E. 4 «Entgegen der Meinung des Regierungsrates kann aus dem Territorialitätsprinzip nur abgeleitet werden, dass Art. 59 USG und Art. 54 GSchG einzig auf Ereignisse anzuwenden sind, die auf schweizerischem Boden stattgefunden haben.»

803 Siehe Rz. 410 zu diesem Begriff.

804 Gl.M. betreffend USG und GSchG: BGer 1A.178/2003 (27.8.2004) E. 4 «Ob jemand als Verursacher zu betrachten sei und kostenpflichtig werden könnte, hängt nicht von seinem Wohnsitz ab.»; gl.M. betreffend GSchG: Haftpflichtkommentar (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 97.

805 Zu solchen Sachverhalten im Allgemeinen: MÜLLER/WILDHABER, Völkerrecht (2001), S. 373.

(Rz. 356).⁸⁰⁶ Die Anlageteile auf ausländischem Staatsgebiet unterstehen demgegenüber ausländischem Verwaltungsrecht.

3. Die Betreiberin⁸⁰⁷ einer binationalen Stauanlage ist verpflichtet, die verwaltungsrechtlichen Normen zweier Staaten einzuhalten. Dies ist unpraktikabel. Sollten sich die verwaltungsrechtlichen Normen der beiden Staaten sogar widersprechen, stünde die Betreiberin⁸⁰⁸ vor einer unlöslichen Aufgabe.⁸⁰⁹ Diese Probleme können durch Abschluss eines Staatsvertrages gelöst werden. Idealerweise erklären die betroffenen Staaten qua **Staatsvertrag** die Rechtsordnung jenes Staates für anwendbar, auf dessen Staatsgebiet sich die Stauanlage mehrheitlich befindet.⁸¹⁰ Alternativ können die beiden Staaten die Rechtsordnung jenes Staates für anwendbar erklären, der im Falle eines Stauanlagenunfalls vorwiegend betroffen wäre.

4. Der Bundesgesetzgeber erkannte dieses Problem und ermächtigte deswegen den Bundesrat, für **Stauanlagen an Grenzgewässern** mit den Nachbarstaaten besondere Bestimmungen zu vereinbaren.⁸¹¹ Zudem ermächtigte der Bundesgesetzgeber den Bundesrat, für Stauanlagen an Grenzgewässern solche besondere Bestimmungen unilateral zu erlassen.⁸¹² Der Bundesrat kann folglich Gesetzgebungskonflikte betreffend Stauanlagen an Grenzgewässern rasch und einseitig lösen, sofern ein Staatsvertrag nicht (zeitnah) abgeschlossen werden kann. Schliesslich ist der Bundesrat befugt, von den Bestimmungen über das

806 Vgl. zum Flughafen Genf-Cointrin: LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 259–260.

807 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

808 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

809 Siehe zu dieser Problematik: BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049.

810 Gl.M. betreffend binationale Flughäfen: LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 258 «Bei einem bi- oder multinationalen Flughafen sollte grundsätzlich diejenige Rechtsordnung für anwendbar erklärt werden, auf deren Staatsgebiet sich der Flughafen wenigstens mehrheitlich befindet.»; siehe auch betreffend den Flughafen Basel-Mulhouse: DIEZ, SJIR (1980), S. 18–19 «Es handelt sich rechtlich gesehen um einen schweizerischen Flugplatz auf französischem Hoheitsgebiet, mit einer schweizerischen Abfertigungszone, in der sowohl schweizerische Zollorgane wie auch die baselstädtischen Polizeiorgane tätig sein dürfen. Der Staatsvertrag enthält Vorschriften, die den schweizerischen Beamten die zur Ausübung ihrer hoheitsrechtlichen Tätigkeit erforderlichen Befugnisse einräumen. Soweit der Staatsvertrag keine abweichenden Bestimmungen enthält, gilt allerdings subsidiär französisches Recht.»

811 Art. 4 Abs. 1 StAG.

812 Art. 4 Abs. 1 StAG.

anwendbare Recht und den Gerichtsstand in Bundesgesetzen oder in Staatsverträgen abzuweichen.⁸¹³

374 Der Bundesrat ermächtigte das Bundesamt für Energie BFE, die sicherheitstechnischen Anforderungen an den Bau und den Betrieb von Stauanlagen an Grenzgewässern im Einzelfall in Zusammenarbeit mit den ausländischen Aufsichtsbehörden festzulegen.⁸¹⁴ Das BFE ist verpflichtet, sich möglichst an die Schweizer Stauanlagengesetzgebung zu halten und in jedem Fall ein gleichwertiges Sicherheitsniveau zu gewährleisten.⁸¹⁵

375 5. Nachfolgend untersuche ich, was unter «Stauanlagen an Grenzgewässern» zu verstehen ist (Rz. 376–403). Insbesondere kläre ich, ob unter diesem Begriff auch andere als binationale Stauanlagen zu subsumieren sind. Anschliessend lege ich dar, wie weit die dem Bundesrat eingeräumten Befugnisse reichen (Rz. 404–408).

a. Auslegung

376 1. Die Formulierung «Stauanlagen an Grenzgewässern» ist mehrdeutig und deshalb auslegungsbedürftig:

377 – Was ist ein Grenzgewässer? Was meint das StAG mit «Grenze»? Ist ein Grenzgewässer ein stehendes oder fliessendes Gewässer? Gelten als Grenzgewässer nur solche Gewässer, welche die (Landes-)Grenze berühren?

378 – Erfasst der Begriff «Stauanlagen an Grenzgewässern» alle Typen von Stauanlagen?

379 – Was bedeutet die Präposition «an»? Sind damit binationale Stauanlagen oder Binnenstauanlagen in der Nähe von Grenzgewässern beziehungsweise der (Landes-)Grenze gemeint?

380 2. Ich habe bereits ausgeführt, was eine Stauanlage im Sinne der Legaldefinition⁸¹⁶ ist (Rz. 281–295) und welche Stauanlagen dem StAG sachlich unterstehen (Rz. 310–323). Ich komme später noch auf die Frage zurück, ob mit

813 Art. 4 Abs. 2 StAG.

814 Art. 4 Abs. 1 StAV; siehe auch Art. 7 Abs. 1 lit. d WRG, wonach das Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (Art. 6 Abs. 1 WRG) Stauanlagen an Grenzgewässern zu bewilligen hat.

815 Art. 4 Abs. 2 StAV.

816 Art. 3 Abs. 1 StAG.

«Stauanlagen an Grenzgewässern» wirklich alle Typen von Stauanlagen gemeint sind (Rz. 402). Im Rahmen der Auslegung lege ich daher den Fokus auf das Wort «Grenzgewässer» und die Präposition «an».

i. Grammatikalisches Auslegungselement

1. Im Rahmen der grammatikalischen Auslegung prüfe ich, was unter «Grenz- 381
gewässer» (Rz. 382–385) und «an» (Rz. 386) zu verstehen ist. Das Doppel-
wort «Grenzgewässer» ist im Schweizer Recht kein Novum. Verschiedene Ge-
setze und Verordnungen verwenden das Wort «Grenzgewässer»,⁸¹⁷ ohne
dieses aber zu definieren.⁸¹⁸ Nur Art. 7 WRG definiert das ähnliche Wort «in-
ternationale Gewässer» als «Gewässerstrecken, welche die Landesgrenzen be-
rühren».⁸¹⁹

2. Das Wort «**Grenzgewässer**» ist im DUDEN nicht verzeichnet. Zu untersu- 382
chen sind daher die beiden Wörter dieses Doppelwortes. Unter «Gewässer» ist
ein sich in direkter räumlicher Nähe zu einer Grenze fliessendes (Bach oder
Fluss) oder stehendes (Weiher, Teich oder See) Gewässer zu verstehen. Das
Wort «Grenze» ist weit zu verstehen. Es können Grundstücks-, Gemeinde-,
Kantons- oder Landesgrenzen gemeint sein.

a. Wo sich das Gewässer genau befinden muss, ist unklar. Der Begriff «Grenz- 383
gewässer» ist daher weit zu verstehen: Erfasst werden Gewässer, die (i) über
eine Grenze fliessen beziehungsweise diese berühren, (ii) gleichsam die
Grenze markieren, weil die Grenze durch das Gewässer hindurchgeht (zum
Beispiel beim Boden- oder Genfersee), oder (iii) sich in unmittelbarer räumli-
cher Nähe zur Grenze befinden, diese aber nicht berühren oder überschreiten.
Der deutsche und gleichbedeutende italienische («*acque di confine*»)⁸²⁰ Wort-
laut legen dies nahe.

b. Nach dem französischen Wortlaut («*eaux limitrophes*») scheinen weniger 384
Sachverhalte als vom deutschen Wortlaut («Grenzgewässer») erfasst zu sein.

817 Z.B. Art. 21 Abs. 3 BGF und Art. 25 BGF; Art. 1 Abs. 1 BSG; Art. 4 Abs. 2 ZG und
Art. 107 Abs. 2 ZG; Art. 26 ZV.

818 Siehe immerhin Art. 1 InnÜ: «Grenzgewässer: die Gewässer des Inn, des
Schalklbachs, des Zandersbachs und des Malfragbachs jeweils im Bereich der ge-
meinsamen Staatsgrenze».

819 In diesem Sinne auch DIEZ, SJIR (1980), S. 13–17.

820 Vgl. CONTE/BOSS, Wörterbuch 1 (2001), S. 119, zu «*confine*».

Limitrophe bedeutet «angrenzend».⁸²¹ Unter «angrenzend» versteht der DUDEN «an etwas stossen» oder «eine gemeinsame Grenze mit etwas haben». Damit wären lediglich jene Gewässer erfasst, die eine Grenze berühren oder sie markieren.

- 385 c. Zusammenfassend kann ich festhalten: Ein Grenzgewässer ist nach grammatikalischer Auslegung ein fliessendes oder stehendes Gewässer in räumlicher Nähe zu irgendeiner Grenze und kann diese auch überschreiten.
- 386 3. Die **Präposition «an»** weist darauf hin, dass sich die Stauanlage in räumlicher Nähe zu einem Grenzgewässer befindet. Das Wort «an» ist weit zu verstehen. Erfasst werden nicht nur an einem Grenzgewässer liegende (das heisst anliegende) Stauanlagen, sondern auch Stauanlagen, die ein Grenzgewässer aufstauen, speichern oder zurückhalten.
- 387 4. Gemäss grammatikalischer Auslegung ist der Begriff «Stauanlagen an Grenzgewässern» weit zu verstehen. Darunter fallen Stauanlagen, die sich an einem (das heisst auf einem oder in unmittelbarer räumlicher Nähe eines) fliessenden oder stehenden Gewässer(s) befinden. Das Gewässer hat sich in unmittelbarer räumlicher Nähe zu einer Grenze – verstanden als Grundstücks-, Gemeinde-, Kantons- oder Landesgrenze – zu befinden, muss diese aber nicht zwangsläufig überschreiten. Erfasst werden folglich sowohl Binnenstauanlagen als auch binationale Stauanlagen.

ii. *Historisches Auslegungselement*

- 388 Die BOTSCHAFT StAG scheint unter «Stauanlagen an Grenzgewässern» nur **binationale Stauanlagen** zu verstehen: «Für Stauanlagen an Grenzgewässern ergeben sich besondere Probleme bezüglich der Aufsicht: Die Schweiz kann die Aufsicht nur für jene Anlageteile regeln, die sich auf ihrem Gebiet befinden.»⁸²²

iii. *Systematisches Auslegungselement*

- 389 1. Bei der systematischen Auslegung sind **Art. 4 Abs. 1 und 2 StAV** zu berücksichtigen. Diese Verordnungsbestimmungen legen nahe, dass mit «Stauanlagen an Grenzgewässern» binationale Stauanlagen gemeint sind. In einem reinen Binnensachverhalt, der den Standardfall im StAG darstellt, ist nämlich

821 DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 (2014), S. 550, zu «limitrophe».

822 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049 *in fine*.

keine Koordination mit ausländischen Behörden notwendig.⁸²³ Zudem sind in einem reinen Binnensachverhalt die Sicherheitsvorschriften des StAG direkt anwendbar.⁸²⁴ Es besteht somit kein Grund, bei einem reinen Binnenprojekt die Sicherheitsanforderungen vorgängig noch mit einem ausländischen Staat abzustimmen.⁸²⁵

2. Zum gleichen Ergebnis gelange ich nach systematischer Auslegung von **Art. 4 Abs. 2 StAG**. Diese Norm dient dazu, in internationalen Sachverhalten Probleme betreffend den Gerichtsstand und das anwendbare Recht zu vermeiden. Zwar gelten Distanzdelikte als internationaler Sachverhalt und auch Platzdelikte können gegebenenfalls als internationaler Sachverhalt gelten (Rz. 360 und 363). Allerdings lassen sich in solchen Konstellationen der Gerichtsstand und das anwendbare Recht mithilfe des IPR problemlos bestimmen. Schwierigkeiten bei der Feststellung des Gerichtsstands und des anwendbaren Rechts treten einzig bei binationalen Stauanlagen auf (Rz. 1102–1107).

3. Somit sind gemäss systematischem Auslegungselement mit «Stauanlagen an Grenzgewässern» nur binationale Stauanlagen gemeint.

iv. *Teleologisches Auslegungselement*

1. Die Schweiz kann auf ihrem Staatsgebiet Gesetze erlassen und durchsetzen. Sie kann diese Gesetze – ohne vertragliche Vereinbarung⁸²⁶ – jedoch nicht auf fremdem Staatsgebiet durchsetzen (Rz. 356).⁸²⁷

2. Bei binationalen Stauanlagen kann die Schweiz folglich nur hinsichtlich jener Teile der Stauanlage legisfizieren, die sich auf ihrem Staatsgebiet befinden. Ebenso kann ein Nachbarstaat nur die auf seinem Staatsgebiet liegenden Anlageteile gesetzlich regeln. In solchen Konstellationen haben die Schweiz und der betroffene Nachbarstaat insbesondere die gesetzlichen Anforderungen an den Bau und Betrieb dieser Stauanlage zu koordinieren und weitere Punkte zu regeln.⁸²⁸

⁸²³ Art. 4 Abs. 1 StAV *e contrario*.

⁸²⁴ Art. 4 Abs. 2 StAV *e contrario*.

⁸²⁵ Staaten sind vorbehaltlich völkerrechtlicher Verpflichtungen nämlich souverän (z.B. KÄLIN/EPINEY/CARONI/KÜNZLI, Völkerrecht [2016], S. 159–168).

⁸²⁶ KÜNZLI, ZBJV 10/2017, S. 718.

⁸²⁷ Z.B. HALLER/KÖLZ/GÄCHTER, Staatsrecht (2020), Rz. 44 *in fine*; KÜNZLI, ZBJV 10/2017, S. 718.

⁸²⁸ Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049–6050.

- 394 – Festlegung (einheitlicher) technischer (Sicherheits-)Anforderungen;⁸²⁹
- 395 – Festlegung (einheitlicher) umweltschutzrechtlicher Vorgaben;⁸³⁰
- 396 – Festlegung der Unterlagen, die dem Bewilligungsgesuch beizulegen sind;
- 397 – Strukturierung des Bewilligungsverfahrens (zum Beispiel zuständige Leitbehörde oder anwendbares Recht).

398 Die zwischen der Schweiz und ihren Nachbarstaaten betreffend Grenzgewässer abgeschlossenen Staatsverträge sehen denn auch ein partnerschaftliches Zusammenwirken beider Staaten vor.⁸³¹ Findet keine solche Koordination statt, können Kompetenzkonflikte entstehen. Zudem müsste die Betreiberin⁸³² das Bewilligungsverfahren in zwei Staaten durchlaufen, die beide jedoch nur über einen Teil des Gesuchs entscheiden könnten. Schliesslich könnten unterschiedliche Anforderungen an den Bau und Betrieb ein Sicherheitsrisiko darstellen.

399 **3.** Auch gemäss teleologischer Auslegung von Art. 4 Abs. 1 StAG sind somit mit «Stauanlagen an Grenzgewässern» nur binationale Stauanlagen gemeint. Denn nur diese Stauanlagen weisen einen direkten Auslandsbezug auf, der eine Koordination zwischen der Schweiz und dem jeweiligen Nachbarstaat erfordert.

v. *Auslegungsergebnis*

400 **1.** «Stauanlagen an Grenzgewässern» ist eine **missglückte Formulierung**. Dem Wortlaut von Art. 4 Abs. 1 StAG zufolge werden alle Stauanlagen erfasst, die sich in räumlicher Nähe zu einem Gewässer befinden, das in der Nähe irgendeiner Grenze ist (Rz. 387). Die historische, systematische und teleologische Auslegung spricht hingegen überzeugend dafür, dass der Begriff «Stauanlagen an Grenzgewässern» deutlich weniger Sachverhalte erfasst. Der

829 Vgl. im Allgemeinen: WYER, Abgaben (2006), Rz. 177 (erstes und viertes Lemma).

830 Vgl. im Allgemeinen: WYER, Abgaben (2006), Rz. 177 (fünftes Lemma).

831 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6050 *in initio*. *Deutschland*: Art. 5 NeuhausenÜ; Art. 6 Strassburg/IsteinÜ; *Frankreich*: Art. 2–5 EmossonÜ; Art. 3 und 6–9 Pougny-ChancyÜ; Art. 3 und 6–12 DoubsÜ; *Italien*: Art. VI und X–XI LuganerseeÜ; Art. 11–18 SpölÜ; Art. 3 und 6–13 Reno di LeiÜ; *Österreich*: Art. 7–10 und 16–17 IllmündungÜ (1892); Art. 8–12 und 14–17 IllmündungÜ (1924); Art. 2–3, 9–13, 16–17 und 32–33 IllmündungÜ (1954).

832 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

Wortlaut von Art. 4 Abs. 1 StAG ist entsprechend sachgerecht teleologisch zu reduzieren.⁸³³

Stauanlagen an Grenzgewässern sind folglich Stauanlagen (1), die an beziehungsweise auf einem Gewässer liegen (2), das die Schweizer *Landesgrenze*⁸³⁴ berührt⁸³⁵ (3).⁸³⁶ Eine solche Stauanlage steht damit zwangsläufig auf dem Staatsgebiet von zwei Staaten. Art. 4 Abs. 1 StAG erfasst somit einzig **binationale Stauanlagen**.⁸³⁷

2. Stauanlagen an Grenzgewässern sind Stauanlagen, die vom sachlichen Geltungsbereich des StAG erfasst sind (Rz. 281–295 und 310–323). Damit können **alle Typen** (Rz. 54–71) von Stauanlagen als Stauanlagen an Grenzgewässern gelten. Dies ist sachgerecht. Denn sowohl bei Stauanlagen mit einem Staubecken⁸³⁸ als auch bei solchen mit einem Rückhaltebecken⁸³⁹ ist ein koordiniertes Vorgehen der involvierten Staaten notwendig. Zudem ist bei allen Typen von Stauanlagen das Wasser als Rohstoff betroffen. Aufgrund der

833 Zu den Voraussetzungen der teleologischen Reduktion im Allgemeinen: BGE 145 III 109 E. 5.1 S. 114; KRAMER, Methodenlehre (2019), S. 236; JAUN, Diss. BE (2001), S. 152–165, insbesondere S. 157; siehe auch SCHLUEP, Rechtstheorie (2006), Rz. 822.

834 Da Art. 4 StAG als Gesetzesbestimmung eines Bundesgesetzes der internationalen Koordination dient, sind mit «Grenzgewässer» einzig Gewässer an der Landesgrenze gemeint. Dies ergibt sich teilweise schon aus dem Wortlaut von Art. 4 StAG, wo von «Nachbarstaaten» (Abs. 1) und «Staatsverträgen» (Abs. 2) die Rede ist. Das gleiche Verständnis vom Begriff «Grenzgewässer» haben auch JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4138, und das BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 4 *in initio* («Anrainerstaaten»).

835 Der französische Wortlaut («eaux limitrophes») impliziert, dass die Gewässer die Grenze berühren und ist somit präziser als der deutsche und italienische Wortlaut. Die Wörter «Grenzgewässer» und «acque di confine» legen nahe, dass auch in unmittelbarer räumlicher Nähe zur Grenze befindliche Stauanlagen erfasst sind (Rz. 383).

836 Es wäre folglich präziser, wenn Art. 4 Abs. 1 StAG statt von «Grenzgewässern» wie Art. 1 Ziff. 1 WasserläufeÜ von «grenzüberschreitenden Gewässern» sprechen würde.

837 A.M. PANDURI, Hinweise, dem zufolge «Stauanlagen an Grenzgewässern» Grenzkraftwerke (siehe Rz. 403) sind, die für ihren Betrieb eine Wasserrechtskonzession verschiedener Staaten bedürfen (vgl. Art. 7 Abs. 1 WRG).

838 Siehe Fn. 129.

839 Zurzeit existieren keine binationalen Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken (PANDURI, Hinweise).

Wichtigkeit dieses Rohstoffs ist bei allen Typen von Stauanlagen ein koordiniertes Vorgehen⁸⁴⁰ der betroffenen Staaten angezeigt.⁸⁴¹

- 403 3. Zurzeit überwacht der Bund⁸⁴² folgende zu einem Grenzkraftwerk⁸⁴³ gehörende Stauanlagen:⁸⁴⁴

Zum Grenzkraftwerk gehörende Stauanlage	Massgebende Gesetzgebung	Zuständige Aufsichtsbehörde
Albbruck-Dogern	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Deutschland)
Augst-Whylen	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Schweiz)
Birsfelden	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Schweiz)
Chancy-Pougny	Frankreich und Schweiz	Frankreich und Schweiz (beide Aufsichtsbehörden treten auf)
Châtelard CFF	Schweiz	Schweiz
Châtelot	Frankreich und Schweiz	Frankreich und Schweiz (beide Aufsichtsbehörden treten auf)
Châtelard ESA	Schweiz	Schweiz
Eglisau	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Schweiz)
Emosson	Schweiz	Schweiz
Innerferrera	Schweiz	Schweiz
Laufenburg	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Schweiz)
Les Esserts	Schweiz	Schweiz

840 Vgl. zu den nachbarrechtlichen Pflichten im internationalen Wasserecht: EPINEY, AVR 1/2001, S. 6–36; siehe ferner zu den nachbarrechtlichen Pflichten im internationalen Kontext betreffend Luftverschmutzung: WILDHABER, SJIR (1976), S. 102–114.

841 Vgl. zur Wichtigkeit dieses Rohstoffs: RÜEGGER, Diss. FR (2013), S. 76; EPINEY, AVR 1/2001, S. 1 *in fine*.

842 Es existieren jedoch noch weitere Grenzkraftwerke, die jedoch nicht vom Bund beaufsichtigt werden (PANDURI, Hinweise).

843 Siehe auch WYER, Abgaben (2006), Rz. 169–173.

844 PANDURI, Hinweise. Zu beachten ist, dass nicht alle Stauanlagen (z.B. die Stauanlage «Birsfelden») als binationale Stauanlagen (Rz. 342–354) bzw. als Stauanlagen an Grenzgewässern gelten.

Ovella ⁸⁴⁵	Österreich	Österreich
Preda	Schweiz	Schweiz
Punt dal Gall	Schweiz	Schweiz
Reckingen	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Deutschland)
Rheinau	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Schweiz)
Rheinfelden	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Deutschland)
Ryburg-Schwörstadt	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Schweiz)
Säckingen	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Deutschland)
Schaffhausen	Deutschland und Schweiz	Deutschland und Schweiz (federführend: Schweiz)
Valle di Lei	Schweiz	Schweiz
Vieux-Emosson (Nant de Drance)	Schweiz	Schweiz

b. Umfang der Ermächtigung des Bundesrates

1. Der Bundesrat kann für Stauanlagen an Grenzgewässern mit den Nachbarstaaten besondere Bestimmungen vereinbaren oder solche unilateral erlassen (Rz. 373).⁸⁴⁶ Bereits abgeschlossene bi- und multilaterale Staatsverträge bleiben jedoch trotz Inkrafttreten des StAG gültig und somit vorbehalten.⁸⁴⁷

Es stellt sich die Frage, was unter «**besonderen Bestimmungen**» im Sinne von Art. 4 Abs. 1 StAG zu verstehen ist. Besondere Bestimmungen sind verwaltungsrechtliche Bestimmungen sicherheitstechnischer Natur (zum Beispiel Sicherheitsvorschriften oder Vorschriften betreffend die Aufsicht).⁸⁴⁸

⁸⁴⁵ Diese Stauanlage befindet sich derzeit noch im Bau (PANDURI, Hinweise).

⁸⁴⁶ BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6050.

⁸⁴⁷ Dies ergibt sich aus allgemeinen völkervertragsrechtlichen Grundsätzen (vgl. im Allgemeinen: KÄLIN/EPINEY/CARONI/KÜNZLI, Völkerrecht [2016], S. 39–42).

⁸⁴⁸ So haben das Bundesamt für Energie und das Regierungspräsidium Freiburg i.B. gemeinsam die sicherheitstechnischen Anforderungen an den Bau und den Betrieb von Stauanlagen am Hochrhein festgelegt (BUNDESAMT FÜR ENERGIE/REGIERUNGSPRÄSIDIUM FREIBURG I.B., Sicherheitstechnische Anforderungen Hochrhein [1.1.2013], *passim*). Es handelt sich hierbei um eine Vollzugshilfe («Anforderungspapier»), wobei jeweils der eine Staat federführend ist, d.h. mit der Betreiberin der Stauanlage in

Dies ergibt sich aus Art. 4 Abs. 1 StAV, den der Bundesverordnungsgeber gestützt auf Art. 4 Abs. 1 StAG erlassen hat.⁸⁴⁹ Das Sicherheitsniveau hat jedoch mindestens jenem des StAG zu entsprechen.⁸⁵⁰

- 406 **2.** Der Bundesrat kann zudem betreffend Stauanlagen an Grenzgewässern «von den Bestimmungen über das anwendbare Recht und den Gerichtsstand in Bundesgesetzen oder in Staatsverträgen abweichen».⁸⁵¹ Art. 4 Abs. 2 StAG gilt als **Delegationsnorm** zum Erlass gesetzvertretender Verordnungen.⁸⁵² Die Delegation dieser Rechtsetzungsbefugnis an den Bundesrat ist auf das IPR beschränkt.⁸⁵³ Der Bundesrat kann im Umkehrschluss weder von den verwaltungsrechtlichen Bestimmungen noch von den Haftpflichtbestimmungen des StAG abweichen.⁸⁵⁴
- 407 **a.** Es stellt sich die Frage, wie weit die Gesetzgebungsbefugnisse des Bundesrates reichen. Der Bundesrat kann einzig vom IPRG und von Staatsverträgen (zum Beispiel vom LugÜ) abweichen, die das anwendbare Recht und den Gerichtsstand bei einem Unfall im Zusammenhang mit einer binationalen Stauanlage regeln. Vom IPRG kann der Bundesrat durch den Erlass einer *unselbstständigen, gesetzvertretenden Rechtsverordnung* abweichen.⁸⁵⁵ Von einem bestehenden Staatsvertrag kann der Bundesrat hingegen nur abweichen, wenn die Schweiz und alle Vertragsparteien des bestehenden Staatsvertrages einen *neuen oder zusätzlichen Staatsvertrag* abschliessen.⁸⁵⁶
- 408 **b.** Das Parlament befähigt den Bundesrat somit, das anwendbare Recht und die internationale direkte Zuständigkeit bei einem Unfall im Zusammenhang

Kontakt ist, und der andere Staat seine Stellungnahme zuhanden des federführenden Staates einreicht (PANDURI, Hinweise). Eine Vollzugshilfe existiert auch betreffend die binationalen Stauanlagen (Rz. 342) «Chancy-Pougny» und «Châtelot» (PANDURI, Hinweise).

849 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6050 «ausgewählte Fragen weitgehend technischer Natur».

850 Art. 4 Abs. 2 StAV; siehe auch BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6050.

851 Art. 4 Abs. 2 StAG.

852 Dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 46 Rz. 24.

853 Zur Zulässigkeit der Delegation von Rechtsetzungsbefugnissen im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 27 Rz. 27–34, insbesondere Rz. 31.

854 Wohl gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6050.

855 Zur unselbstständigen, gesetzvertretenden Rechtsverordnung im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 46 Rz. 7–8, 14 und 22–24.

856 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6050 (Anm. 8).

mit einer binationalen Stauanlage unilateral oder qua Staatsvertrag abweichend vom IPRG oder von Staatsverträgen zu regeln.⁸⁵⁷ Damit können laut BOTSCHAFT StAG widersprüchliche Ergebnisse, wie zum Beispiel negative Kompetenzkonflikte, verhindert werden.⁸⁵⁸

III. Haftungssubjekt

1. Subjekt der StAG-Haftung ist jene Person, die eine Stauanlage besitzt, baut oder betreibt.⁸⁵⁹ Diese Person bezeichnet das StAG als «Betreiberin».⁸⁶⁰ Obschon das StAG implizit davon ausgeht, dass die Betreiberin zugleich Eigentümerin der Stauanlage ist,⁸⁶¹ spielt es bei der Qualifikation einer Person als Betreiberin keine Rolle, ob sie zugleich Eigentümerin ist. Ist die Betreiberin nicht Eigentümerin der Stauanlage, haftet die Eigentümerin solidarisch mit der Betreiberin.⁸⁶² 409

Eine Person gilt folglich entweder qua Betreiberstellung oder qua Eigentümerstellung als Subjekt der StAG-Haftung. Ich bezeichne diese Person(en) als «*Haftungssubjekt*», wobei ich auch von Haftungssubjekt⁸⁶³ spreche, wenn (i) es sich um mehrere Personen handelt oder (ii) das Haftungssubjekt sich wegen eines Haftungsausschlussgrunds (Rz. 652–720) von seiner StAG-Haftung befreien kann. Personen, die einen Stauanlagenunfall mitverursachen, aber nicht als Haftungssubjekt gelten, bezeichne ich als «*Mitschädiger*». Ein Geschädigter hat im Haftpflichtprozess jeweils darzulegen, dass die beklagten Personen als Haftungssubjekt gelten. 410

2. Nachfolgend untersuche ich, wer Betreiberin (Rz. 412–491) und wer Eigentümerin (Rz. 492–509) einer Stauanlage ist. Bei der Beantwortung dieser 411

857 Der Bundesrat könnte z.B. den Handlungsort (Rz. 1066–1069) bei binationalen Stauanlagen regeln (siehe Rz. 1103–1105 zu dieser Problematik).

858 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6050.

859 Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG.

860 Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG; siehe Rz. 412 und 491 zum mehrdeutigen Begriff «Betreiberin».

861 Das StAG spricht im 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG stets von Betreiberin und geht implizit davon aus, dass die Betreiberin auch Eigentümerin der Stauanlage ist (vgl. z.B. Art. 14 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 StAG). Nur Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG befasst sich mit dem Sonderfall, dass Betreiberin und Eigentümerin verschiedene Personen sind.

862 Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG.

863 Ausnahmsweise spreche ich von «Haftungssubjekte» und meine damit mehrere Personen, die alle als Haftungssubjekt gelten.

Frage kann die Lehre zum KHG beigezogen werden.⁸⁶⁴ Die Legaldefinition von «Betreiberin» und die Solidarhaftung von Betreiberin und Eigentümerin orientieren sich nämlich am KHG.⁸⁶⁵ Ferner beantworte ich verschiedene Sonderfragen zum Haftungssubjekt (Rz. 510–540).

A. Betreiberin der Stauanlage

- 412 **1.** Betreiberin einer Stauanlage für die Zwecke der Haftung ist, wer eine Stauanlage besitzt, baut oder betreibt.⁸⁶⁶ Von der «haftpflichtigen Betreiberin»⁸⁶⁷ abzugrenzen ist die Betreiberin im Sinne des 2. Kapitels («Sicherheit der Stauanlagen») und 4. Kapitels («Aufsicht und Rechtsschutz») des StAG, also die Inhaberin der Inbetriebnahmebewilligung (Rz. 485–491).⁸⁶⁸ Wenn ich von «Betreiberin» spreche, meine ich damit – ausser anderweitig festgehalten – stets die Betreiberin im Sinne des 3. Kapitels («Haftpflicht») des StAG, also das Haftungssubjekt.
- 413 **2.** Das StAG ermittelt die Betreiberin mithilfe eines *funktionalen* Tests:⁸⁶⁹ Wer eine Stauanlage besitzt, baut oder betreibt, gilt als Betreiberin. Das StAG unterscheidet bei der Ermittlung der Betreiberin grundsätzlich **zwei Phasen**: die Bauphase und die Phase nach dem Bau der Stauanlage. Das StAG spricht nämlich von «baut» (= Bauphase) und «besitzt» beziehungsweise «betreibt» (= Phase nach dem Bau).⁸⁷⁰ Die Person, welche die Stauanlage baut, und die Person, welche die Stauanlage besitzt und/oder betreibt, können, müssen aber nicht identisch sein (Rz. 467–468).
- 414 **a.** Da auch jene Person, welche die Stauanlage baut, als Haftungssubjekt gilt, ist das StAG-Haftungsregime folglich auch anwendbar, wenn sich das charak-

864 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1822.

865 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053 *in fine*.

866 Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG, der von «haftpflichtiger Betreiberin» spricht.

867 Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG.

868 Art. 1 Abs. 5 StAV.

869 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 143; vgl. auch im Allgemeinen: WIDMER, Umwelthaftung (1990), S. 597, der von einem «materiellen Kriterium» spricht. Die Eigentümerin einer Stauanlage wird hingegen nach Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG mithilfe eines *formellen* Tests bestimmt (so bereits betreffend EleG: MOLL, Diss. BE [1945], S. 33).

870 Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG.

teristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer sich im Bau befindlichen Stauanlage verwirklicht oder unmittelbar zu verwirklichen droht.⁸⁷¹ Diese Regelung ist aus Sicht des Geschädigtenschutzes sachgerecht. Denn einer sich im Bau befindlichen Stauanlage kann – vor allem bei fortgeschrittenem Baustadium – das gleiche Risiko wie einer fertiggestellten Stauanlage innewohnen.

b. Es stellt sich die Frage, ab wann die Bauphase beendet ist. Inadäquat wäre es, diese Frage mithilfe des Werkvertragsrechts beantworten zu wollen und damit auf die Vollendung oder Abnahme der Stauanlage abzustellen.⁸⁷² Nach Vollendung des Werkes kann der Unternehmer nämlich immer noch nachbessern und infolgedessen sind die Bauarbeiten noch nicht abgeschlossen.⁸⁷³ Es ist deshalb sachgerecht, die Bauphase ab dem Zeitpunkt als abgeschlossen anzusehen, in dem die Stauanlage in Betrieb genommen wird und zweckgemäss verwendet werden kann. Unter Inbetriebnahme der Stauanlage verstehe ich den Zeitpunkt, in welchem die Inbetriebnahmebewilligung rechtskräftig wird (Rz. 137).

c. Vor Inbetriebnahme der Stauanlage, das heisst während der Bauphase, gilt nur jene Person, welche die Stauanlage baut, als Betreiberin. Demgegenüber gelten ab Inbetriebnahme der Stauanlage nur jene Person, welche die Stauanlage besitzt, und jene Person, welche die Stauanlage betreibt, als Betreiberinnen. Dafür sprechen folgende Argumente:

- Ab Inbetriebnahme wird an einer Stauanlage – vorbehaltlich Umbauarbeiten und dergleichen (Rz. 426–427) – nicht mehr gebaut. Folglich existiert keine Person, die eine Stauanlage baut und als Betreiberin gelten könnte.
- Bis zur Inbetriebnahme kann die Stauanlage nicht betrieben werden. Deswegen gibt es auch keine Person, die als Betreiberin gilt.
- Besitzen kann man eine Stauanlage erst, sobald sie in Betrieb genommen wurde. Dafür spricht Sinn und Zweck der Tatbestandsvariante «betreibt». Als Haftungssubjekt werden nur die unmittelbaren Besitzer (Rz. 455–457) erfasst. Es würde zu inadäquaten und ungewollten Ergebnissen führen und zudem die Daseinsberechtigung der Tatbestandsvariante «baut»

871 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053 *in fine*. Siehe zur Rechtslage bei der Werkeigentümerhaftung: STÖCKLI, FS Fellmann (2021), S. 113; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 12a; HESS-ODONI, Bauhaftpflicht (1994), Rz. 875–879.

872 Wohl gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1826.

873 GAUCH, Werkvertrag (2019), Rz. 101 und 106.

infrage stellen, wenn während der Bauphase alle unmittelbaren Besitzer der Stauanlage – einschliesslich vieler auf der Baustelle tätiger Personen, die nicht vom Begriff «Bauherr» erfasst werden (Rz. 422–425) – als Haftungssubjekt gälten. Wäre dies wirklich die Absicht des Gesetzgebers gewesen, hätte er Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG anders formulieren müssen.⁸⁷⁴

- 420 **3.** Nachfolgend untersuche ich, wer vor Inbetriebnahme der Stauanlage (Rz. 421–429) und wer ab Inbetriebnahme der Stauanlage (Rz. 430–468) als Betreiberin gilt. Weiter beantworte ich verschiedene Sonderfragen betreffend die Betreiberin (Rz. 469–491).

1. Vor Inbetriebnahme der Stauanlage

a. Bauherrin

- 421 **1.** Es stellt sich die Frage, wer die Person ist, die eine Stauanlage baut. Ich bezeichne diese Person – im Wissen um die Mehrdeutigkeit dieses Begriffs⁸⁷⁵ – als «Bauherrin». Damit greife ich der Auslegung der Tatbestandsvariante «baut» vor und stelle bereits jetzt klar, dass nicht alle in den Bau einer Stauanlage involvierten Personen (zum Beispiel Generalunternehmer, Totalunternehmer, Subunternehmer, Handwerker oder Planer) als Haftungssubjekt infrage kommen.
- 422 **2.** Sinn und Zweck der Tatbestandsvariante «baut» ist es, das Haftungssubjekt vor und während des Baus, das heisst vor Inbetriebnahme der Stauanlage, zu bestimmen. Als **Bautätigkeit** gilt nicht nur die Erstellung der Stauanlage, sondern jede bauliche Massnahme (Umbau-, Anbau-, Unterhalts-, Wiederherstellungs-, Erneuerungs- oder Rückbauarbeiten).⁸⁷⁶ Der Einfachheit halber spreche ich vom «Bau» einer Stauanlage, schliesse darin jedoch alle möglichen baulichen Massnahmen ein.

874 Z.B. «Als Betreiberin gilt, wer eine (im Bau befindliche) Stauanlage besitzt oder betreibt.»

875 GAUCH, Werkvertrag (2019), Rz. 208; Kommentar SIA-Norm 118 (2017)-HÜRLIMANN, Art. 2 N 4.1–4.5.

876 Vgl. Art. 8 Abs. 3 lit. b StAG; Art. 10 StAV.

a. Es wäre nicht sachgerecht und würde zudem der Tatbestandsvariante «baut» 423 ihre Daseinsberechtigung rauben, wenn alle in den Bau einer Stauanlage involvierten Personen als Bauherrin anzusehen wären.⁸⁷⁷ FELLMANN will daher in Analogie zum KHG nur jene Person, auf deren Rechnung und in deren Auftrag die Stauanlage gebaut wird, als Bauherrin ansehen.⁸⁷⁸ Es ist für mich unklar, wieso nur Personen, die beide Kriterien («auf Rechnung» und «im Auftrag») erfüllen, als Bauherrin gelten sollen, zumal im KHG nur auf das Kriterium «auf eigene Rechnung» abgestellt wird.⁸⁷⁹ Diese von FELLMANN vertretene Auffassung engt den Kreis potenzieller Haftungssubjekte⁸⁸⁰ unnötig ein und findet keine Stütze im KHG. Sie ist daher abzulehnen.

b. **Bauherrin** ist jene Person, die den Bau einer Stauanlage, das heisst die 424 diesbezüglichen Planer- und Bauleistungen, veranlasst. Es handelt sich um jene Person, die auf der «obersten Vertragsebene» eine vertragliche Beziehung zu den in den Bau involvierten Personen (zum Beispiel Planer, Totalunternehmer oder Generalunternehmer) hat. Ich bezeichne diese Person als «*direkte Bauherrin*». Ist diese Person nicht die eigentliche Initiatorin des Baus der Stauanlage, ist die Person, die den Bau der Stauanlage indirekt (zum Beispiel via verschiedene Rechtssubjekte)⁸⁸¹ veranlasste, das heisst in Auftrag gab, auch als Bauherrin anzusehen (*indirekte Bauherrin*).

3. Nicht als direkte Bauherrin gelten hingegen Personen, die mit der direkten 425 Bauherrin in einer vertraglichen Beziehung stehen, jedoch ihrerseits auf «unteren Vertragsebenen» selbst auch Verträge betreffend den Bau der Stauanlage

877 Gl.M. FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1826 *in fine*; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053 *in fine*; E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 29; gl.M. betreffend KHG: *Haftpflichtkommentar* (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 31; REY, *Haftpflichtrecht* (2008), Rz. 1361, dem zufolge an sich auch Total- und Generalunternehmer, Baumeister sowie Handwerker vom zu weit gefassten Wortlaut von Art. 2 Abs. 7 KHG («baut») erfasst sind; OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht* II/3 (1991), § 29 Rz. 136.

878 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1826.

879 STEINER, Diss. BS (1999), S. 156; OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht* II/3 (1991), § 29 Rz. 141; siehe auch Art. 1 Abs. 6 E-KHG «Inhaber der Kernanlage ist, wer eine Kernanlage auf eigene Rechnung baut, betreibt oder sonstwie innehat oder den Besitz einer solchen Anlage ohne Zustimmung der zuständigen Behörde aufgegeben hat.» (zitiert nach BOTSCHAFT KHG [10.12.1979], S. 209).

880 Siehe Fn. 863.

881 So könnte eine indirekte Bauherrin z.B. eine neu gegründete Zweckgesellschaft (*Special Purpose Vehicle* bzw. *Special Purpose Entity*) oder eine bestehende Gesellschaft als Vertragspartnerin einsetzen.

eingehen (zum Beispiel Vertrag zwischen Generalunternehmer und Subunternehmer). Es sollen nämlich nur Personen als Haftungssubjekt gelten, die den Bau veranlasst haben und in der Entscheidungskette zuoberst stehen.

b. Sonderfall: Bauarbeiten nach Inbetriebnahme der Stauanlage

- 426 **1.** Während des Baus einer Stauanlage gibt es keine Besitzerin und Betreiberin der Stauanlage (Rz. 418–419). Ob dies auch zutrifft, wenn nach Inbetriebnahme der Stauanlage an dieser gebaut wird, untersuche ich nachfolgend.
- 427 **2.** Wird nach Inbetriebnahme der Stauanlage an dieser gebaut, gilt – wie vor Inbetriebnahme der Stauanlage – die Bauherrin (Rz. 424) als Haftungssubjekt. Ob neben der Bauherrin auch die Besitzerin (Rz. 430–457) und die Betreiberin im engeren Sinne (Rz. 458–468) als Haftungssubjekt gelten, hängt von der **Intensität der Bauarbeiten** ab.
- 428 **a.** Wird die Stauanlage trotz der Bauarbeiten betrieben und somit auch besessen, wäre es nicht sachgerecht, die Besitzerin und die Betreiberin nicht als Haftungssubjekt zu qualifizieren und damit von der StAG-Haftung auszunehmen. Folglich gelten die Besitzerin, Bauherrin und Betreiberin der Stauanlage als Haftungssubjekt.
- 429 **b.** Wird hingegen nach Inbetriebnahme einer Stauanlage gebaut und der Betrieb wegen der Bauarbeiten eingestellt, ist die Situation mit jener vor der Inbetriebnahme der Stauanlage vergleichbar. Es kann daher keine Besitzerin und Betreiberin geben, die neben der Bauherrin als Haftungssubjekt gilt.

2. Ab Inbetriebnahme der Stauanlage

a. Besitzerin

i. Besitzrechtliche Betrachtungsweise

- 430 **1.** Unter dem Wort «besitzen» verstehen OFTINGER/STARK im Kontext des KHG die tatsächliche Verfügungsgewalt über das Kernkraftwerk und «wohl nicht [den Besitz] im juristisch-technischen Sinne mit allen Komplikationen des Besitzrechts».⁸⁸²

882 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 138; so auch Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 32.

FELLMANN zufolge muss dieses Begriffsverständnis (Rz. 430) auch 431 für Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG gelten. Folglich ist laut FELLMANN die Besitzerin einer Stauanlage jene Person, die nicht nur über die Stauanlage, sondern auch «über die zum Betrieb notwendigen Gegenstände und Personen die tatsächliche, unmittelbare Verfügungsgewalt» innehat.⁸⁸³

2. Dieses Verständnis (Rz. 431) von «besitzen» ist abzulehnen. Bei der Tatbestandsvariante «besitzt» – deren Bedeutung gering ist (Rz. 468) – geht es um eine **rein besitzrechtliche Betrachtungsweise**. Weder der Wortlaut noch die systematische Stellung von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG unterstützen einen anderen Schluss. Auch in den Gesetzesmaterialien findet sich kein Hinweis, dass Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG eine andere als eine rein besitzrechtliche Betrachtungsweise zugrunde liegt. Schliesslich spricht auch Sinn und Zweck von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG für eine rein besitzrechtliche Betrachtungsweise. Die Daseinsberechtigung der Tatbestandsvariante «betreibt» (Rz. 458–468) wäre zumindest teilweise infrage gestellt, wenn es bei der Tatbestandsvariante «besitzt» – wie von FELLMANN vertreten (Rz. 431) – auch darum ginge, wer über die zum Betrieb notwendigen Personen die tatsächliche Verfügungsgewalt besitzt.⁸⁸⁴ Gegen dieses Verständnis spricht auch, dass man gemäss Schweizer Sachenrecht keine Menschen besitzen kann,⁸⁸⁵ sondern ihnen lediglich, etwa auf vertraglicher Basis (zum Beispiel Arbeitsvertrag)⁸⁸⁶, Weisungen erteilen kann.⁸⁸⁷

883 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1825 beziehend auf BGE 26 II 14 E. 2 S. 19 (Eisenbahnhaftpflicht nach EHG).

884 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1825; a.M. betreffend KHG: *Haftpflichtkommentar* (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 32.

885 Vgl. BSK ZGB II (2019)-WOLF/WIEGAND, Vor Art. 641 ff. N 13 und 16–17, siehe auch BSK BV (2015)-BELSER/MOLINARI, Art. 7 N 31, 52 und 60.

886 Zum arbeitsvertraglichen «Weisungsrecht» z.B. BSK OR I (2020)-PORTMANN/RUDOLPH, Art. 321d N 1–6.

887 Siehe zur Weisungsbefugnis z.B. GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 188 und 197, der jedoch von «Befehlsgewalt» spricht.

ii. *Zur tatsächlichen Gewalt über eine Stauanlage*

- 433 1. Die Besitzerin einer Stauanlage ist anhand der Besitzregeln zu ermitteln (Rz. 432).⁸⁸⁸ Besitzerin einer Stauanlage (Rz. 434) ist jene Person, die nach Art. 919 Abs. 1 ZGB die tatsächliche Gewalt über sie hat.⁸⁸⁹
- 434 Mit «Stauanlage» im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG (Tatbestandsvariante «besitzt») sind das Absperrbauwerk, der Stauraum und die Nebenanlagen gemeint (Rz. 73–75), wobei der Begriff «Nebenanlagen» (Rz. 75–87) weit zu verstehen ist (Rz. 337 und Fn. 771). Wer die zum Betrieb einer Stauanlage notwendigen Fahrnisgegenstände besitzt, ist hingegen bei der Tatbestandsvariante «besitzt» unerheblich, da sie in sachlicher Hinsicht nicht vom StAG-Haftungsregime erfasst sind (Rz. 338).⁸⁹⁰
- 435 2. Nach einhelliger Lehrmeinung können auch unbewegliche Sachen besessen werden.⁸⁹¹ Wie genau die tatsächliche Gewalt an einem Grundstück ausgeübt wird, diskutiert die Lehre – soweit ersichtlich – jedoch nicht.⁸⁹² Gemäss STARK/LINDENMANN ist «der Besitz bei Grundstücken weniger augenfällig [...] als in den meisten Fällen bei Fahrnis.»⁸⁹³
- 436 a. Besitzerin einer Stauanlage ist jene Person, welche die **technischen Mittel** besitzt, die ihr die tatsächliche Gewalt über die Stauanlage vermitteln (zum

888 Art. 919–921 ZGB.

889 Vgl. immerhin betreffend KHG: OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht* II/3 (1991), § 29 Rz. 138, die auch Art. 919 Abs. 1 ZGB erwähnen. Wieso OFTINGER/STARK nicht auf den Besitz am KKW «im juristisch-technischen Sinne mit allen Komplikationen des Besitzrechts» abstellen wollen (Rz. 430), in der Folge jedoch die tatsächliche Verfügungsgewalt – die in Art. 919 Abs. 1 ZGB verankert ist – als entscheidendes Kriterium ansehen, ist für mich unklar. Dies gilt umso mehr als OFTINGER/STARK nicht erläutern, was sie mit «Komplikationen des Besitzrechts» meinen.

890 A.M. FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1825.

891 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Vor Art. 919 ff. N 9; SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, *Sachenrecht* (2017), Rz. 84; BK (2016)-STARK/LINDENMANN, *Einleitung zu Art. 919–941 ZGB* N 38 und 50; ZOBL, *Grundbuchrecht* (2004), § 3 Rz. 13.

892 Siehe immerhin BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 937 ZGB N 1, die den dauernden Unterhalt eines Grundstücks als Besitz und damit als Ausübung tatsächlicher Verfügungsgewalt qualifizieren; siehe ferner BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 919 ZGB N 6.

893 BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 937 ZGB N 3; siehe ferner BSK ZGB II (2019)-WOLF/WIEGAND, Art. 641 N 18, wonach «[...] die Sachherrschaft an Grundstücken und beweglichen Sachen nicht in gleicher Weise ausgestaltet sein kann [...]» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

Beispiel Schlüssel oder Zugangscodes).⁸⁹⁴ Zusätzlich muss die Inhaberin der technischen Mittel wissen, über welche Stauanlage ihr die technischen Mittel die tatsächliche Gewalt vermitteln. Indizien für den Besitz an einer Stauanlage sind zudem das Unterhalten beziehungsweise Instandhalten (Rz. 150) und die Überwachung (Rz. 152) der Stauanlage.

b. Bei kleineren Stauanlagen, die lediglich aus einem Absperrbauwerk (Rz. 73) und einem Stauraum (Rz. 74) bestehen, also über keine Nebenanlagen⁸⁹⁵ (Rz. 75–92) sowie Umzäunung und dergleichen verfügen, verschafft kein technisches Mittel die tatsächliche Gewalt über die Stauanlage. In diesem Fall gilt als Besitzerin, wer (i) weiss, wo sich der Standort der Stauanlage befindet und (ii) die Stauanlage unterhält beziehungsweise instand hält sowie überwacht.

iii. *Besitzaufgabe*

1. Der Besitzer einer (beweglichen oder unbeweglichen) Sache kann seinen Besitz daran freiwillig aufgeben.⁸⁹⁶ Von der Besitzaufgabe abzugrenzen ist die Eigentumsaufgabe (Dereliktion):⁸⁹⁷ Nur der Eigentümer einer (beweglichen oder unbeweglichen) Sache kann diese derelinquieren, indem er den Besitz daran aufgibt und dabei beabsichtigt, auf das Eigentum zu verzichten.⁸⁹⁸

⁸⁹⁴ Art. 922 Abs. 1 ZGB; zur Übertragung des Besitzes an Grundstücken im Allgemeinen: BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 922 ZGB N 30 («An Häusern [...] wird der Besitz übertragen durch Übergabe der Schlüssel [...], wenn der Schlüssel für deren Zugänglichkeit genügt [...]. Der Schlüssel ist das technische Mittel zur Ausübung der Sachherrschaft [...]. Die Übergabe der Mittel verschafft unmittelbaren Besitz an der Sache [...]»); BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 922 N 5. Zur Besitzausübung durch eine juristische Person: BGE 81 II 339 E. 5 S. 343–344; BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 919 N 31; BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 919 ZGB N 47 und Art. 920 ZGB N 68.

⁸⁹⁵ In der Regel verfügen die meisten Stauanlagen über Nebenanlagen (Rz. 88 und Fn. 221), da grundsätzlich (siehe aber Art. 5 StAV) jede Stauanlage über einen Grundablass (Rz. 97) i.S.v. Art. 5 Abs. 3 Satz 2 StAG verfügen muss (PANDURI, Hinweise).

⁸⁹⁶ BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 666 N 4 (unbewegliche Sache); SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, Sachenrecht (2017), Rz. 205 (mit Beispielen von der Besitzaufgabe an beweglichen Sachen).

⁸⁹⁷ REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1168.

⁸⁹⁸ ZK (1977)-ZOBL, Art. 729 ZGB N 7–13.

- 439 **2.** Es stellt sich die Frage, ob die Besitzerin einer Stauanlage ihren Besitz daran aufgeben und damit einer StAG-Haftung entgehen kann. Im Gegensatz zum KHG regelt das StAG diesen Fall nicht.⁸⁹⁹ Ich prüfe nachfolgend, ob eine Besitzaufgabe zulässig ist und falls ja, welche Konsequenzen diese zeitigt:
- 440 **a.** Zu differenzieren ist, ob die Besitzerin vor oder nach dem Stauanlagenunfall ihren Besitz an der Stauanlage aufgibt. Gibt die Besitzerin erst nach dem Stauanlagenunfall ihren Besitz an der Stauanlage auf, kann sie sich betreffend diesen Stauanlagenunfall nicht auf diese Weise von ihrer StAG-Haftung entledigen. Entscheidend ist nämlich, dass die Besitzerin im Zeitpunkt der (unmittelbar drohenden) Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG die Stauanlage besass (Rz. 483).⁹⁰⁰ Problematisch ist folglich die Besitzaufgabe vor einem Stauanlagenunfall.⁹⁰¹ Ich konzentriere mich daher nachfolgend auf diese Konstellation.
- 441 **b.** Das StAG regelt die Besitzaufgabe nicht. Gemäss besitzrechtlichen Prinzipien ist die Besitzaufgabe zulässig. Die Besitzerin einer Stauanlage kann sich daher grundsätzlich (Rz. 442) ihrer StAG-Haftung entledigen, indem sie den Besitz an der Stauanlage aufgibt.⁹⁰² Die Besitzerin kann ihren Besitz an der

899 Art. 2 Abs. 7 KHG lautet wie folgt: «Inhaber einer Kernanlage ist, wer eine Kernanlage baut oder besitzt oder den Besitz daran ohne Zustimmung der zuständigen Behörde aufgegeben hat.»; E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 29 begründet diese Nichtregelung wie folgt: «Im Unterschied zum KHG wird nicht ausdrücklich festgelegt, dass auch als Inhaber gilt, wer den Besitz an der Anlage ohne Zustimmung der zuständigen Behörde aufgegeben hat. Denn für Stauanlagen gibt es keine ausdrückliche Norm, wonach die Besitzaufgabe der Zustimmung einer Behörde bedarf. Es soll deshalb der Rechtsprechung überlassen bleiben, ob sie eine Person, die den Besitz an einer Stauanlage missbräuchlich aufgegeben hat, weiterhin als Inhaber betrachten will.»

900 Gibt jemand seinen Besitz während des Stauanlagenunfalls auf, kann er sich dadurch nicht von seiner Haftung befreien. Entscheidend ist, dass er im Zeitpunkt, als sich erstmals das charakteristische Risiko i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG zu verwirklichen begann bzw. drohte, noch Besitzer war (Rz. 483).

901 Damit sind auch Fälle gemeint, in denen die Verwirklichung des charakteristischen Risikos i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG nur unmittelbar drohte und die Besitzerin in der Folge den Besitz an der Stauanlage aufgab, sich das charakteristische Risiko i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG jedoch nach wie vor verwirklichen könnte.

902 Gl.M. betreffend Aufgabe der Halterschaft bei Tieren im Anwendungsbereich von Art. 56 Abs. 1 OR: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/1 (1987), § 21 Rz. 57; **a.M.** betreffend die Aufgabe der Halterschaft bei Tieren im Anwendungsbereich von Art. 56 Abs. 1 OR: BK (2013)-BREHM, Art. 56 OR N 23; **a.M.** betreffend deutsches

Stauanlage dadurch aufgeben, indem sie den Besitz an den technischen Mitteln (Rz. 436) aufgibt und/oder die beschriebenen Tätigkeiten (Rz. 437) definitiv einstellt. Eine solche einfach zu bewerkstellende Besitzaufgabe ist jedoch nur möglich, wenn die Besitzerin nicht Eigentümerin der Stauanlage ist. Ist die Besitzerin nämlich zugleich *Grundeigentümerin* (Rz. 502), kann sie aufgrund des Akzessionsprinzips den Besitz an der Stauanlage nur durch Dereliktion des Grundstücks, auf dem die Stauanlage steht, aufgeben. Dies setzt eine schriftliche Dereliktionserklärung und die Anpassung des Grundbucheintrags voraus.⁹⁰³ Ist die Besitzerin qua selbständiges (Rz. 503) und dauerndes⁹⁰⁴ *Bau-recht* Eigentümerin der Stauanlage (Rz. 505), ist eine Dereliktion nach der Lehre nicht möglich.⁹⁰⁵ Eine Besitzaufgabe an einer Stauanlage ist somit gar nicht oder nur unter gleichzeitiger Dereliktion des Grundstücks, auf dem die Stauanlage steht, möglich.

c. Gibt die Besitzerin rechtsgültig ihren Besitz an der Stauanlage auf, wird sie 442 deswegen nicht in jedem Fall von ihrer StAG-Haftung befreit. Gibt sie nämlich den Besitz an der Stauanlage unmittelbar vor der (unmittelbar drohenden) Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG in **rechtsmissbräuchlicher Weise**⁹⁰⁶ zum Zweck der Haftungs-befreiung auf, befreit sie sich dadurch nicht von ihrer StAG-Haftung.⁹⁰⁷ Trotz des Korrektivs von Art. 2 Abs. 2 ZGB ist das StAG *de lege ferenda* betreffend die Besitzaufgabe durch eine Art. 2 Abs. 7 KHG nachgebildete Gesetzesbestimmung zu ergänzen.

Recht: HESS, Diss. Tübingen (1978), S. 189 «Ein Haftpflichtsubjekt hat zwei Möglichkeiten, sich von der Verantwortung zu entbinden. Entweder er überträgt die gefährliche Sache oder Anlage dergestalt auf einen Dritten, dass dieser in die Haftungsposition einrückt, oder er vernichtet die gefährliche Sache bzw. stellt den Betrieb ein. Einen dritten Weg gibt es nicht. Insbesondere führt eine Dereliktion nicht zur Befreiung vom Betriebsrisiko. Solange die Gefahrenquelle weiterwirkt, muss auch eine Zurechnungslinie zu einem Haftpflichtschuldner führen.»

903 Im Allgemeinen: SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, Sachenrecht (2017), Rz. 868.

904 Art. 655 Abs. 3 Ziff. 2 ZGB (siehe dazu z.B. BSK ZGB II [2019]-STREBEL, Art. 655 N 16).

905 Z.B. BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 666 N 11, wonach – mit Zustimmung der Berechtigten – jedoch auf das Baurecht verzichtet werden könne.

906 Art. 2 Abs. 2 ZGB.

907 Siehe Fn. 899.

iv. *Verhinderung der Besitzausübung*

- 443 1. Mit der freiwilligen Besitzaufgabe (Rz. 438–442) thematisch verwandt ist die Verhinderung der Ausübung des Besitzes durch die Besitzerin der Stauanlage. Ich lege nachfolgend den Fokus auf die (gewaltsame) Einnahme einer Stauanlage durch Stauanlagenbesetzer. Es stellen sich in einem solchen Fall zwei Fragen:
- 444 – Verliert die Besitzerin bei (gewaltsamer) Einnahme einer Stauanlage durch Dritte ihren Besitz an der Stauanlage (Rz. 446–447)?
- 445 – Werden die Stauanlagenbesetzer (Mit-)Besitzer der Stauanlage und damit ein Haftungssubjekt (Rz. 448–450)?
- 446 2. Verliert eine Person die tatsächliche Gewalt über eine Sache, gilt sie nicht mehr als ihre Besitzerin.⁹⁰⁸ Kann eine Person der Natur nach jedoch nur vorübergehend die tatsächliche Gewalt nicht ausüben, bleibt sie Besitzerin der Sache.⁹⁰⁹ Wie lange die Unterbrechung der tatsächlichen Gewalt über eine Sache noch als vorübergehend gilt, muss der Richter unter Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls entscheiden.⁹¹⁰ Die Verhinderung der Ausübung der tatsächlichen Sachherrschaft ist ihrer Natur nach vorübergehend, wenn aufgrund der Umstände (zum Beispiel der Lebenserfahrung) anzunehmen ist, dass sie wieder aufleben wird.⁹¹¹ Das Weiterdauern des Besitzes muss mit anderen Worten trotz Unterbrechung der Sachherrschaft mit der Besitzfunktion vereinbar sein.⁹¹²
- 447 Entzieht ein Dritter dem Besitzer die bewegliche Sache, gilt dies nicht mehr als eine der Natur nach vorübergehende Unterbrechung der Sachherrschaft.⁹¹³ Auch unbewegliche Sachen können dem Besitzer entzogen werden.⁹¹⁴ Allerdings muss für unbewegliche Sachen ein anderer Massstab gelten

908 BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 921 ZGB N 1.

909 Art. 921 ZGB.

910 BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 921 ZGB N 3. Der Richter muss dabei gemäss Art. 1 Abs. 2 ZGB und Art. 4 ZGB generalisierend (d.h. typisierend und somit *modo legislatoris*) entscheiden (vgl. im Allgemeinen: VISCHER, AJP 1/2019, S. 133).

911 BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 921 ZGB N 4.

912 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 921 N 4.

913 BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 921 ZGB N 5; siehe auch BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 921 N 6.

914 Art. 926 Abs. 2 ZGB; BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 921 N 6 *e contrario* (Berg-hütte); MABILLARD, Gutachten (20.8.2018), S. 51; BK (2016)-STARK/LINDENMANN,

als für bewegliche Sachen, da – wie der Besitz selbst (Rz. 435) – auch der Sachentzug weniger augenfällig ist.⁹¹⁵ Besetzen Personen (zum Beispiel Terroristen oder Saboteure) eine Stauanlage, entziehen sie damit der Besitzerin – mindestens teilweise⁹¹⁶ – die Sachherrschaft, da diese während der Dauer der Besetzung nicht mehr die tatsächliche Sachherrschaft ausüben kann. Allerdings wird die Sachherrschaft der Besitzerin bloss vorübergehend unterbrochen.⁹¹⁷ Besetzungen von Gebäuden sind ihrer Natur nach nicht auf Dauer ausgerichtet. Nach der Lebenserfahrung verlassen die Besetzer – freiwillig oder unfreiwillig infolge Zugriffs durch polizeiliche Spezialkräfte – das von ihnen besetzte Gebäude früher oder später. Die Besetzung einer Stauanlage ist mit dem Fall vergleichbar, in dem ein Grundstück infolge eines Naturereignisses (zum Beispiel eines Erdbebens) kurzzeitig nicht mehr zugänglich ist. Auch in solchen Fällen gilt die Unterbrechung der tatsächlichen Sachherrschaft als bloss vorübergehend.⁹¹⁸

3. Ich prüfe nachfolgend, ob Besetzer einer Stauanlage (zum Beispiel Terroristen oder Saboteure) zu unmittelbaren Besitzern der Stauanlage werden, 448

Art. 921 ZGB N 5 und Art. 926 ZGB N 13 und 16. Anders präsentiert sich die Rechtslage im Strafrecht: Tatobjekt von Art. 141 StGB (Sachentziehung) können nur bewegliche Sachen sein (z.B. PK StGB [2018]-TRECHSEL/CRAMERI, Art. 141 StGB N 2).

915 Siehe die Nachweise in Fn. 893 betreffend Verschiedenheit von Besitz an beweglichen und unbeweglichen Sachen.

916 MABILLARD, Gutachten (20.8.2018), S. 51 m.w.N., weist darauf hin, dass bei Hausbesetzungen sich die Besitzstörung (Art. 926 Abs. 1 ZGB) und die Besitzentziehung (Art. 926 Abs. 2 ZGB) nicht immer klar voneinander abgrenzen lassen, weil eine Liegenschaft praktisch nur teilweise entzogen werden könne.

917 Gl.M. betreffend Einbruch in eine Berghütte durch einen Touristen: BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 921 N 6.

918 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 921 N 8; BK (2016)-STARK/LINDENMANN, Art. 921 ZGB N 9 *in initio*.

wenn sie diese besetzen. Die Bejahung dieser Frage hätte weitreichende Konsequenzen, da Stauanlagenbesetzer neben der «rechtmässigen»⁹¹⁹, mittelbaren Besitzerin als Haftungssubjekt gälten.⁹²⁰

- 449 **a.** Personen, die eine Stauanlage besetzen, gelten – wie frühere Mieter⁹²¹ einer Wohnung und Hausbesetzer⁹²² – als Besitzerinnen der Stauanlage.⁹²³ Die Stauanlagenbesetzer üben nämlich in unmittelbarer örtlicher Nähe zur Stauanlage die tatsächliche Sachherrschaft in der direktesten Form aus, indem sie sich in der Stauanlage aufhalten, gegebenenfalls den Betrieb der Stauanlage verhindern und der «rechtmässigen», mittelbaren Besitzerin sowie der Polizei den Zutritt verweigern. Daran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, dass sich die Stauanlagenbesetzer die tatsächliche Gewalt über die Stauanlage gewaltsam oder heimlich angeeignet haben.⁹²⁴
- 450 **b.** Verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG zu einem Zeitpunkt, in dem die Stauanlagenbesetzer als Besitzer anzusehen sind,⁹²⁵ gelten die «rechtmässige», mittelbare Besitzerin und die Stauanlagenbesetzer als Haftungssubjekt.⁹²⁶ Allerdings kann sich die «rechtmässige», mittelbare Besitzerin von ihrer Haftung befreien, falls die

919 Es gibt aus Sicht des Besitzrechts keinen «rechtmässigen» Besitzer (siehe aber BGer 6B_1257/2016 [12.6.2017] E. 5.2), da jedermann, der die (rechtmässig oder unrechtmässig erlangte) tatsächliche Verfügungsgewalt über eine Sache hat, Besitzer ist (vgl. BSK ZGB II [2019]-ERNST, Art. 921 N 4 betreffend Dieb). Das Wort «rechtmässig» verdeutlicht, dass die üblicherweise unmittelbare Besitzerin und Inhaberin eines (beschränkten) dinglichen oder persönlichen Rechts an der Stauanlage gemeint ist.

920 Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG (Tatbestandsvariante «besitzt»).

921 Vgl. AppGer/BS (7.12.1984), in: SJZ 1985, S. 291.

922 BGE 118 IV 167 E. 3b S. 174 (= Pra 1993, Nr. 19, S. 60 *in initio*), wonach der Eigentümer mittels Art. 927 ZGB gegen die Hausbesetzer vorgehen könne; MABIL-LARD, Gutachten (20.8.2018), S. 20 *in initio*, wonach Hausbesetzer «über keinen gültigen Besitzesgrund» verfügen.

923 Nicht als Besetzung der Stauanlage gilt, wenn die Terroristen oder Saboteure die Stauanlage oder das Gelände kurzfristig betreten, um die Stauanlage zu beschädigen oder zu zerstören (z.B. um Sprengsätze anzubringen).

924 TUOR/SCHNYDER/SCHMID, ZGB (2015), § 90 Rz. 4, wonach auch Diebe als Besitzer gelten.

925 Gleiches gilt, wenn sich das charakteristische Risiko i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG zu verwirklichen droht und die Stauanlagenbesetzer als Besitzer gelten.

926 TERCIER weist im Zusammenhang mit der Werkzeigentümerhaftung zu Recht darauf hin, dass es schwierig ist, den Schadenersatz- oder Genugtuungsanspruch durchzusetzen, wenn Saboteure oder Terroristen die Schädiger sind (TERCIER, ZSR 1986 I,

Stauanlagenbesetzer die (unmittelbar drohende) Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursachten und ihr Verhalten als Terrorismus oder Sabotage gilt (Rz. 701–706).⁹²⁷ Die Stauanlagenbesetzer können sich hingegen nicht von der StAG-Haftung befreien. Der Haftungsausschluss greift nur, wenn das Haftungssubjekt von den Terroristen oder Saboteuren verschieden ist und damit ein grobes Drittverschulden (Rz. 701–706) vorliegt.⁹²⁸ Eine andere Auslegung widerspräche dem Sinn und Zweck des Haftungsausschlusses.

v. *Mitbesitz*

1. Mehrere Personen können die gleiche Sache besitzen.⁹²⁹ Es gibt verschiedene Erscheinungsformen des Mitbesitzes: den koordinierten Besitz (Rz. 452) und den gestuften Besitz (Rz. 453–457).⁹³⁰ 451

2. Können mehrere Personen nur gemeinsam die tatsächliche Gewalt über die Stauanlage ausüben (Gesamtbesitz), gelten alle diese Personen als Besitzerinnen und damit als Haftungssubjekt. Kann jede von mehreren Personen allein die tatsächliche Gewalt über die Stauanlage ausüben, gilt jede dieser Personen als Besitzerin und damit als Haftungssubjekt (Mitbesitz im engeren Sinne).⁹³¹ 452
Der **koordinierte Besitz** an einer Stauanlage bereitet somit keine Probleme bei der Bestimmung des Haftungssubjekts.

3. Jene Person, welche die tatsächliche Gewalt über eine Sache ausübt, gilt als *unmittelbare* Besitzerin.⁹³² Ist diese Person zugleich Eigentümerin der Sache, hat sie daran selbstständigen Besitz.⁹³³ Besitzt diese Person (das heisst die unmittelbare Besitzerin) die Sache jedoch zu einem beschränkten dinglichen 453

S. 315 «Il est difficilement imaginable en effet qu’elles puissent se retourner contre les auteurs des actes d’agression et, si elles le pouvaient, ceux-ci seraient de toute façon le plus souvent incapables de verser des indemnités suffisantes.»).

927 Art. 15 StAG.

928 Auf den Haftungsausschluss (Art. 15 StAG) kann sich natürlich auch nicht jenes Haftungssubjekt berufen, das die Terroristen oder Saboteure beauftragte.

929 Art. 920 Abs. 1 ZGB.

930 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 919 N 38.

931 Siehe zu den Erscheinungsformen Mitbesitz i.e.S. und Gesamtbesitz: BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 919 N 39.

932 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 920 N 2.

933 Art. 920 Abs. 2 ZGB.

Recht oder einem persönlichen Recht, gilt sie als unselbstständige Besitzerin.⁹³⁴ Als *mittelbarer* Besitzer gilt, wer (als selbstständiger oder unselbstständiger Besitzer) die ihm zustehende Sachherrschaft einer anderen Person übertragen hat.⁹³⁵ Besteht an einer Stauanlage **gestufter Besitz**, ist zu prüfen, ob alle Besitzer als Haftungssubjekt gelten.

- 454 a. Die Eigentümerin des Grundstücks, auf dem die Stauanlage steht, ist aufgrund des Akzessionsprinzips auch Eigentümerin der Stauanlage (Rz. 502). Ausnahmsweise ist die Grundeigentümerin nicht auch Eigentümerin der Stauanlage und zwar, wenn die Stauanlage im Baurecht erstellt wurde (Rz. 505). Vermietet die Eigentümerin die Stauanlage oder verpachtet sie das Grundstück, ist die Inhaberin des persönlichen Rechts an der Stauanlage als unmittelbare Besitzerin und die Eigentümerin als mittelbare Besitzerin zu qualifizieren.⁹³⁶
- 455 b. Gilt neben der unmittelbaren Besitzerin auch die mittelbare Besitzerin als Haftungssubjekt? Diese Frage ist aus zwei Gründen zu verneinen.
- 456 – Erstens übt der unmittelbare Besitzer einer Sache die Sachherrschaft in aller Regel ausschliesslich aus.⁹³⁷ Dem mittelbaren Besitzer fehlt somit die tatsächliche, direkte Sachherrschaft über die Sache.⁹³⁸ Um genau diese tatsächliche, direkte Sachherrschaft geht es jedoch im Rahmen von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG (Rz. 433–437). Die Besitzerin der Stauanlage soll nämlich ermittelt werden, also jene Person, die effektiv die Stauanlage besitzt und dadurch eine besondere Nähe zur Stauanlage aufweist. Daran fehlt es bei der mittelbaren Besitzerin der Stauanlage.
- 457 – Zweitens würde Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG (Solidarhaftung zwischen Betreiberin und Eigentümerin) seines Sinns entleert, wenn bei gestuftem Besitz an der Stauanlage auch die Eigentümerin als selbstständige und mittelbare Besitzerin der Stauanlage als Betreiberin gälte. Würden nämlich auch mittelbare Besitzerinnen der Stauanlage als Besitzerinnen im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG gelten, wäre die Eigentümerin der Stauanlage qua Betreiberstellung als Haftungssubjekt zu qualifizieren. Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG wäre in diesem Fall folglich überflüssig. Dies kann

934 Art. 920 Abs. 1 und 2 ZGB.

935 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 920 N 2.

936 Im Allgemeinen: BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 920 N 4.

937 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 920 N 6.

938 BSK ZGB II (2019)-ERNST, Art. 920 N 4.

nicht vom Bundesgesetzgeber beabsichtigt gewesen sein. Deswegen gelten nur unmittelbare, nicht aber mittelbare Besitzerinnen als Haftungssubjekt.

b. Betreiberin im engeren Sinne

1. Betreiberin einer Stauanlage ist auch jene Person, welche die Stauanlage 458 betreibt.⁹³⁹ Diese Legaldefinition ist unglücklich formuliert.⁹⁴⁰ Sie ist darauf zurückzuführen, dass im StAG – anders als in anderen Spezialgesetzen⁹⁴¹ – neben der Eigentümerin nicht die *Inhaberin*, sondern die Betreiberin der Stauanlage haftet.⁹⁴² Das StAG sollte besser – analog Art. 2 Abs. 2 aStAV – konsequent von «Inhaberin»⁹⁴³ statt von «Betreiberin» sprechen.⁹⁴⁴ *De lege ferenda* sollte Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG wie folgt angepasst werden: «Als Inhaberin gilt, wer eine Stauanlage baut, besitzt oder betreibt.»⁹⁴⁵

2. Es stellt sich die Frage, wer die Person ist, welche die Stauanlage betreibt. 459 Ich bezeichne sie als «Betreiberin im engeren Sinne», damit ich sie vom Haftungssubjekt «Betreiberin» unterscheiden kann.

i. Unmittelbarer wirtschaftlicher Nutzen

1. Dem Utilitätsprinzip (Rz. 202) zufolge soll jene Person für den gefährlichen 460 Betrieb haften, die daraus den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen zieht.⁹⁴⁶ Betreiberin im engeren Sinne ist folglich jene Person, die den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen aus der Stauanlage zieht.⁹⁴⁷ Unter wirtschaftlichem

939 Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG.

940 Ähnlich FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1827.

941 Art. 2 Abs. 7 KHG; Art. 40b Abs. 1 EBG; Art. 33 Abs. 1 Satz 1 RLG; Art. 27 Abs. 1 SprstG.

942 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1827.

943 Kritisch zu diesem Begriff im Allgemeinen: GASSMANN, *Diss. ZH* (1988), S. 190–191.

944 Gl.M. FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1827.

945 Das Wort «Betreiberin» wäre im 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG durch das Wort «Inhaberin» zu ersetzen.

946 Betreffend SprstG: BGE 131 III 61 E. 2.3 S. 66 (= Pra 2005, Nr. 121, S. 840 *in fine*); betreffend SVG: BGE 129 III 102 E. 2.2 S. 104.

947 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht* II/3 (1991), § 29 Rz. 152, bezeichnen diese Person als «wirtschaftliche Eigentümerin».

Nutzen ist der (künftige) **Geldzufluss**⁹⁴⁸ zu verstehen;⁹⁴⁹ dabei ist unerheblich, ob die Betreiberin im engeren Sinne gewinnstrebig ist.⁹⁵⁰

- 461 **a.** Auf wessen *Gefahr* die Stauanlage betrieben wird, ist hingegen irrelevant. Massgeblich ist einzig der wirtschaftliche Nutzen. Häufig dürften zwar die wirtschaftlichen Folgen – seien sie positiv (= monetärer Nutzen) oder negativ (= monetärer Verlust)⁹⁵¹ – die gleiche Person treffen. Es können jedoch vertragliche Abreden bestehen, wonach die eine Person den wirtschaftlichen Nutzen aus der Stauanlage ziehen und die andere Person die Betriebskosten und (allfällige) Verluste tragen soll. Aus diesem Grund ist einzig auf das Kriterium des wirtschaftlichen Nutzens abzustellen.⁹⁵² Damit wird auch verhindert, dass aufgrund der zwei Kriterien (das heisst wirtschaftlicher Nutzen und Gefahr) keine Person als Betreiberin im engeren Sinne gilt.
- 462 **b.** Die Lehre stellt im Zusammenhang mit dem StAG und anderen Gefährdungshaftungen statt auf den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen auf das Kriterium **«Rechnung und Gefahr»** ab.⁹⁵³ Dieses unechte Doppelkriterium hat das Bundesgericht im Jahre 1900 im Zusammenhang mit der Eisenbahnhaftpflicht aufgestellt und in der Folge mehrfach bestätigt.⁹⁵⁴ Es handelt sich

948 Z.B. Betriebseinnahmen (BGE 82 II 62 E. 4 S. 71; KGer/VS [11.9.1975] E. II.1., in: ZWR 1976, S. 189). Ob wegen des Mittelzuflusses ein Jahresgewinn resultiert, ist irrelevant.

949 Vgl. BSK OR II (2016)-NEUHAUS/GERBER, Art. 959 N 19; CHK (2016)-LIPP, Art. 959 OR N 24.

950 Siehe zur Gewinnstrebigkeit (auch «Gewinnabsicht» genannt) z.B. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER/SETHE, Gesellschaftsrecht (2018), § 4 Rz. 17 und 56.

951 Verstanden als Betriebskosten (BGE 82 II 62 E. 4 S. 71; KGer/VS [11.9.1975] E. II.1., in: ZWR 1976, S. 189) und gegebenenfalls Jahresverlust.

952 **A.M.** im Allgemeinen: GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 191–194, der dieses Kriterium generell ablehnt.

953 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), 1264 (betreffend Art. 27 Abs. 1 EleG) und 1693 (betreffend Art. 27 Abs. 1 SprstG); HOCHSTRASSER, Habil. ZH (2015), Rz. 45 (betreffend Art. 58 Abs. 1 SVG) und 66 (betreffend Art. 40b Abs. 1 EBG); FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 1129 (betreffend Art. 40b Abs. 1 EBG); KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 270 (betreffend Art. 40b Abs. 1 EBG); siehe auch OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 131; MOLL, Diss. BE (1945), S. 35 *in initio* (betreffend Art. 27 Abs. 1 EleG). Siehe ferner im Allgemeinen: WIDMER, Umwelthaftung (1990), S. 597, der von «auf [...] eigene Rechnung und ökonomische Gefahr» spricht.

954 BGE 26 II 14 E. 2 S. 18; z.B. bestätigt in BGE 102 II 23 E. 3a S. 25; BGE 82 II 62 E. 4 S. 69.

um ein unechtes Doppelkriterium, weil die wirtschaftliche Gefahr⁹⁵⁵ einer bestimmten Tätigkeit stets im Wort «Rechnung» enthalten ist. Unter «Rechnung» versteht die Lehre zum Stellvertretungsrecht nämlich, dass ein Geschäft eine bestimmte Person wirtschaftlich treffen soll.⁹⁵⁶ Zu den wirtschaftlichen Folgen eines Geschäfts zählen Gewinn und Verlust.⁹⁵⁷ Deswegen ist es unnötig, von Rechnung und Gefahr zu sprechen.⁹⁵⁸ Zudem ist der Begriff «Rechnung» zu weitgehend, da eben auch die negativen wirtschaftlichen Folgen erfasst sind, die bei der Bestimmung der Betreiberin im engeren Sinne keine Rolle spielen (Rz. 460).

2. Betreiberin im engeren Sinne ist jene Person, die aus der Stauanlage *unmittelbar* den wirtschaftlichen Nutzen zieht (Rz. 460). Unter Betreiberin im engeren Sinne wird somit nicht wie teilweise im Gesellschaftsrecht die natürliche Person am Ende der Kontrollkette oder der Vermögensträger verstanden.⁹⁵⁹

Gründet eine Gesellschaft für den Betrieb einer Stauanlage eine Tochter- oder Enkelingesellschaft, so gilt diese **Betriebsgesellschaft** als Betreiberin im engeren Sinne, da sie wirtschaftlich unmittelbar von der Stauanlage profitiert. Dies gilt selbst dann, wenn die Betriebsgesellschaft die erwirtschafteten Gewinne in Form von Dividenden an die sie kontrollierende Muttergesellschaft ausschüttet.⁹⁶⁰ Betrachtete man die die Betriebsgesellschaft direkt kontrollierende Muttergesellschaft oder indirekt kontrollierende (Ur-)Grossmuttergesellschaft als Betreiberin im engeren Sinne, käme dies einem *Durchgriff* gleich. Dies wäre nicht sachgerecht, zumal ein solcher Durchgriff aufgrund

955 Gefahr ist in diesem Kontext daher nicht so zu verstehen wie in Rz. 603.

956 Z.B. BK (2014)-ZÄCH/KÜNZLER, Art. 32 OR N 175 *in initio*; BK (2006)-FELLMANN/MÜLLER, Art. 543 OR N 29.

957 Vgl. DUDEN, zu «wirtschaftlich», wonach unter «wirtschaftlich» u.a. «geldlich oder finanziell» zu verstehen ist. «Geldlich oder finanziell» sind nicht nur negative, sondern auch positive Folgen eines Geschäfts (vgl. auch WILLI, SJZ 11/1995, S. 201 *in initio*).

958 Gl.M. betreffend EHG: BGE 19 I 178 E. 2 S. 181 «Als Betriebsunternehmer ist derjenige zu betrachten, auf dessen Rechnung der Betrieb geführt wird.»; BGE 9 I 278 E. 2 S. 282 *in initio* «Betriebsunternehmer nun aber ist [...] derjenige, auf dessen Rechnung der Betrieb geführt wird [...]».

959 VISCHER/GALLI, SJZ 21/2016, S. 481–486 und 491–492, siehe insbesondere S. 483 zum Vermögensträger.

960 Wohl gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 152.

des im Schweizer Gesellschaftsrecht geltenden Trennungsprinzips⁹⁶¹ nur in Ausnahmefällen zulässig ist.⁹⁶²

- 465 **3.** Anders gestaltet sich die Rechtslage, wenn eine (natürliche oder juristische) Person oder Rechtsgemeinschaft⁹⁶³ keine Betriebsgesellschaft gründet, sondern einen Dritten mittels eines «**Betriebsvertrages**» beauftragt, die Stauanlage zu betreiben und ihn hierfür entschädigt. In dieser Konstellation zieht die Auftraggeberin – trotz des vertraglich zwischengeschalteten Beauftragten – den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen aus der Stauanlage.⁹⁶⁴ Sie gilt daher als Betreiberin im engeren Sinne. Der beauftragte Dritte gilt jedoch als Besitzer, da ihm die unmittelbare tatsächliche Verfügungsgewalt (Rz. 433–437) über die Stauanlage zukommen dürfte.⁹⁶⁵

ii. Entscheidungsbefugnis

- 466 Als Betreiberin im engeren Sinne gilt auch jene Person, die darüber entscheiden kann, ob sie die Stauanlage betreiben will.⁹⁶⁶ Es handelt sich um jene Person, welche die Befehlsgewalt⁹⁶⁷ über die für den Betrieb notwendigen Personen und die tatsächliche Gewalt über die notwendigen Fahrnisgegenstände innehat.⁹⁶⁸ Diese Person besitzt die Entscheidungsbefugnis betreffend den (technischen) Betrieb der Stauanlage und kommt somit einer «Betreiberin» am nächsten. Es wäre folglich nicht sachgerecht, wenn als Betreiberin im engeren Sinne nur jene Person gälte, die den unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen aus der

961 Dazu z.B. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER/SETHE, Gesellschaftsrecht (2018), § 24 Rz. 61.

962 BGE 145 III 351 E. 4.2 S. 360–361; MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER/SETHE, Gesellschaftsrecht (2018), § 2 Rz. 54 und 60; siehe auch KUNZ, Konzernrecht (2016), Rz. 792–794, siehe ferner Rz. 757 und 759.

963 Siehe zu diesem Begriff z.B. VISCHER/GALLI, AJP 8/2020, S. 1024–1025.

964 Vgl. auch MOLL, Diss. BE (1945), S. 34–35.

965 So schon betreffend KHG und EleG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 151 (betreffend KHG), und MOLL, Diss. BE (1945), S. 35 (betreffend EleG), die beide jedoch die Auftraggeberin nicht als Inhaberin ansehen, sondern nur als Eigentümerin.

966 Vgl. betreffend deutsches Recht: HESS, Diss. Tübingen (1978), S. 176 «grundsätzlichen Entscheidungen über die Existenz des Betriebes wie etwa über Beginn, Art des Betriebes und Betriebsbeendigung bestimmen oder mitbestimmen kann».

967 Z.B. das arbeitsvertragliche «Weisungsrecht» (siehe BSK OR I [2020]-PORTMANN/RUDOLPH, Art. 321d N 1–6).

968 Siehe FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1825.

Stauanlage zieht.⁹⁶⁹ Zudem wäre das Begriffsverständnis von Betreiberin im engeren Sinne zu eng und würde ohne ersichtlichen Grund den Kreis der Haftungssubjekte⁹⁷⁰ einengen.

iii. Ergebnis

1. Betreiberin im engeren Sinne ist jene Person, die unmittelbar wirtschaftlich von der Stauanlage profitiert. Betreiberin im engeren Sinne ist jedoch auch jene Person, die entscheiden kann, die Stauanlage zu betreiben.⁹⁷¹ Diese beiden Personen können, müssen aber nicht identisch sein.⁹⁷² 467

2. Jene Person, welche die Entscheidbefugnis hat, wird immer zugleich auch Besitzerin sein. Es ist nämlich kaum vorstellbar, dass die Betreiberin im engeren Sinne die Stauanlage betreibt, ohne zugleich unmittelbare Besitzerin der Stauanlage zu sein. Ohne die tatsächliche Sachherrschaft über die Stauanlage kann sie diese nicht betreiben. Folglich erlangt die Tatbestandsvariante «besitzt» nur in Ausnahmefällen, wenn die Stauanlage besetzt wird, eine eigenständige rechtliche Bedeutung.⁹⁷³ 468

969 A.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1828.

970 Siehe Fn. 863.

971 A.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1828, der einzig auf das Kriterium «Rechnung und Gefahr» abstellt.

972 Sollten diese beiden Personen identisch sein, übt die Betreiberin i.e.S. – in den Worten von WIDMER – die «wirtschaftlich-organisatorische Kontrolle» aus (im Allgemeinen: WIDMER, Umwelthaftung [1990], S. 597). Vgl. aber betreffend deutsches Recht: HESS, Diss. Tübingen (1978), S. 176, dem zufolge nur jene Person Subjekt einer Gefährdungshaftung ist, die den gefährlichen Betrieb wirtschaftlich veranlasst (S. 175) und eine Entscheidbefugnis besitzt (S. 176).

973 Im Ergebnis gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1831.

3. *Einzelfragen*

a. *Zur Person der Betreiberin*

i. *Natürliche Person, juristische Person oder Rechtsgemeinschaft*

- 469 Betreiberin einer Stauanlage kann eine natürliche Person⁹⁷⁴, eine juristische Person (des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts)⁹⁷⁵ oder eine Rechtsgemeinschaft⁹⁷⁶ sein.⁹⁷⁷ In aller Regel dürfte es sich um eine juristische Person (das heisst Kapitalgesellschaft, selbstständige öffentliche Anstalt oder Genossenschaft) handeln, vor allem wenn der Betrieb der Stauanlage eine Wasserrechtskonzession voraussetzt.⁹⁷⁸

ii. *Keine (Wohn-)Sitzvorschriften und Nationalitätserfordernisse*

- 470 Der (Wohn-)Sitz des Haftungssubjekts, also des Beklagten, ist bei internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 365) hinsichtlich der internationalen direkten Zuständigkeit bedeutsam (Rz. 1080–1083 und 1103–1105). Das StAG stellt keine (Wohn-)Sitzvorschriften auf und enthält keine Nationalitätserfordernisse für Betreiberinnen im Sinne des 2. («Sicherheit der Stauanlagen»), 3. («Haftpflicht») und 4. («Aufsicht und Rechtsschutz») Kapitels des StAG.⁹⁷⁹ Aufgrund der Liberalisierung des europäischen Energiemarkts⁹⁸⁰ wurden im Zuge der Teilrevision des WRG im Jahre 1996 die Nationalitätserfordernisse bei den Konzessionären ersatzlos gestrichen.⁹⁸¹ Allerdings stellen gewisse

974 Siehe zu diesem Begriff z.B. BSK ZGB I (2018)-FANKHAUSER, Vor Art. 11–21 N 3.

975 Siehe zu diesem Begriff z.B. VISCHER/GALLI, AJP 8/2020, S. 1024.

976 Siehe zu diesem Begriff z.B. VISCHER/GALLI, AJP 8/2020, S. 1024–1025.

977 Vgl. betreffend Person des Konzessionärs: JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4224.

978 Kommentar zum Energierecht (2016)-MERKER/CONRADIN-TRIACA, Art. 40 WRG N 7; JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4224; WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 6 Rz. 33; siehe ferner zu ehehaften Wasserrechten: SCHREIBER, AJP 1/2020, *passim*.

979 Die Betreiberin (als Inhaberin der Inbetriebnahmebewilligung) i.S. der verwaltungsrechtlichen Bestimmungen des StAG und die Betreiberin für die Zwecke der Haftung sind auseinanderzuhalten. Die Betreiberin kann jedoch mit der Betreiberin für die Zwecke der Haftung übereinstimmen (Rz. 412 und 485–491).

980 Z.B. VOUILLOZ, ZWR 1997, S. 399–404.

981 JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4225; WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 6 Rz. 35; FOURNIER, Diss. FR (2002), S. 90; BOTSCHAFT WRG (16.8.1995), S. 1013; zum alten Recht z.B. VOUILLOZ, ZWR 1997, S. 382. Die Nationalitätserfordernisse sind in jüngerer Zeit wieder auf das politische

Staatsverträge (Wohn-)Sitzvorschriften für die Betreiberinnen⁹⁸² von Stauanlagen auf.⁹⁸³

iii. *Keine Eigenkapitalvorschriften*

Banken im Sinne des BankG und kontoführende Wertpapierhäuser nach dem FINIG sind verpflichtet, über angemessene Eigenmittel zu verfügen.⁹⁸⁴ Die Einzelheiten regelt die ERV. Das StAG und die StAV stellen keine Eigenkapitalvorschriften betreffend das Haftungssubjekt auf. Bei Stauanlagenunfällen kann ein grosser Schaden, das heisst eine grosse Gesamtschadenssumme, entstehen. Es ist daher aus Gründen des Gläubigerschutzes erwägenswert, ob dem Haftungssubjekt ein bestimmtes Eigenkapital vorgeschrieben werden sollte.⁹⁸⁵

b. *Mehrzahl von Betreiberinnen?*

1. Vor und ab Inbetriebnahme der Stauanlage können mehrere Betreiberinnen existieren, weil verschiedene Personen mindestens eines der drei Kriterien («besitzt», «baut» oder «betreibt») erfüllen.⁹⁸⁶ Es stellt sich die Frage, ob pro Phase (Rz. 413) nach der Konzeption des StAG mehrere Personen Betreiberinnen und damit ein/das Haftungssubjekt sein können.

a. Die Gesetzesmaterialien liefern keine Antwort auf diese Frage. Auch der Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 und Abs. 3 Satz 1 StAG beantwortet diese Frage nicht. Zwar spricht das StAG von «Betreiberin» im Singular. Damit schliesst das StAG jedoch keine Mehrzahl von Haftungssubjekten aus. Im Gegenteil spricht die alternative Aufzählung der drei Tätigkeiten («besitzen», «bauen», «betreiben») dafür, dass dem StAG zufolge mehrere Personen als Betreiberinnen gelten können.

Tapet gekommen: Interpellation 16.3283 («Verkäufliche Stauanlagen. Eine Gefahr für die Schweiz!») GRIN vom 26.4.2016 und die Anfrage 13.1034 («Fallen unsere Stauanlagen bald in ausländische Hände?») SCHWAAB vom 13.6.2013.

982 Gemeint sind die Betreiberinnen i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

983 Siehe z.B. Art. 7 Abs. 1 EmossonÜ.

984 Art. 1 Abs. 1 ERV, Art. 3 ERV und Art. 14 Abs. 1 ERV.

985 Siehe zur Frage, ob Eigenkapitalvorschriften auch ausserhalb des Finanzsektors gelten sollten: HANDSCHIN, GesKR 4/2010, *passim*.

986 Gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1829 und 1831; siehe Rz. 428 für einen Anwendungsfall.

- 474 **b.** Sinn und Zweck des StAG spricht dafür, dass zeitgleich mehrere Betreiberinnen und damit Haftungssubjekte⁹⁸⁷ existieren können. Die StAG-Haftung sollte die rechtliche Situation der Geschädigten bei einem Stauanlagenunfall verbessern.⁹⁸⁸ Zu diesem Geschädigtenschutz gehören nicht nur die scharfen Gefährdungshaftungen, sondern auch die Möglichkeit der Schadensüberwälzung (Rz. 829) auf mehrere Personen. Eine eventuelle Mehrheit von Haftungssubjekten soll nicht nur die prozessuale Durchsetzung des Schadenersatzanspruchs erleichtern, sondern auch sicherstellen, dass bestenfalls der ganze Schaden (oder mindestens ein möglichst grosser Teil des Schadens) gedeckt wird.⁹⁸⁹
- 475 Folglich können mehrere Personen Betreiberinnen und damit ein/das Haftungssubjekt sein. Die von FELLMANN vertretene gegenteilige Auffassung ist abzulehnen.⁹⁹⁰ Das StAG will durch die alternative Aufzählung der drei Tätigkeiten möglichst viele Personen als Haftungssubjekt erfassen. Es leuchtet nicht ein, wieso man laut FELLMANN diese Mehrzahl von Betreiberinnen künstlich unter Berufung auf das Utilitätsprinzip (Rz. 202) einschränken sollte:
- 476 – Erstens handelt es sich beim Utilitätsprinzip im Anwendungsbereich von Gefährdungshaftungen nicht um ein normatives Prinzip, sondern um ein

987 Siehe Fn. 863.

988 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6038.

989 Gl.M. betreffend deutsches Recht: HESS, Diss. Tübingen (1978), S. 179–180 «Nach der traditionellen [...] Rechtsprechung ist Haftpflichtschuldner derjenige, bei dem die Haftungsmerkmale am stärksten hervortreten. Demzufolge scheiden weitere mögliche Ersatzpflichtige, bei denen die Merkmale nur in geringerer Intensität festzustellen sind, aus der Haftung aus. Dies ist schon insofern inkonsequent, als dann der Geschädigte, wenn sein Haftpflichtanspruch nicht realisiert werden kann, den Schaden endgültig trägt [...]. Sieht man dagegen sämtliche Veranlasser [siehe Fn. 999] stets als Haftungsgemeinschaft, so erzielt man einen dreifach günstigen Effekt. Erstens vergrössert die Schuldnermehrheit das haftende Vermögen, insbesondere ist die Insolvenz eines Schuldners nicht das Risiko des Geschädigten, sondern des anderen Gesamtschuldners [...]»

990 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1831. Gegen eine Mehrzahl von Betreiberinnen liesse sich immerhin das Argument der Risikonähe ins Feld führen.

informatives Prinzip^{991, 992} Das Utilitätsprinzip mag bei der Einführung einer Gefährdungshaftung oder je nach Gefährdungshaftung auch bei der Bestimmung des Haftungssubjekts eine Rolle spielen. Keinesfalls soll damit aber der Kreis der Haftungssubjekte⁹⁹³ künstlich eingeengt werden.

- Zweitens ist der von FELLMANN zitierte BGE 131 III 61 nicht einschlägig. 477 Darin entschied das Bundesgericht, dass jene Person als «Inhaber eines Betriebs oder einer Anlage, in denen Sprengmittel oder pyrotechnische Gegenstände hergestellt, gelagert oder verwendet werden»,⁹⁹⁴ gelte, die den wirtschaftlichen Nutzen aus dem Betrieb oder der Anlage ziehe.⁹⁹⁵ Es stimmt zwar, dass das Bundesgericht dieses Urteil auf das Utilitätsprinzip abgestützt hat.⁹⁹⁶ Allerdings sind die SprstG-Gefährdungshaftung und die StAG-Haftung betreffend das Haftungssubjekt grundverschieden. Art. 27 Abs. 1 SprstG spricht nur von «Inhaber». Aus diesem Grund müssen Rechtsprechung und Lehre dem Begriff «Inhaber» Konturen verleihen.⁹⁹⁷ Dies tat das Bundesgericht, wie erwähnt, indem es gestützt auf das Utilitätsprinzip entschied, welche von mehreren möglichen Personen Haftungssubjekt im Sinne von Art. 27 Abs. 1 SprstG ist. Das StAG hingegen definiert die Betreiberin als die besitzende, bauende oder betreibende Person. Mit anderen Worten entscheidet bereits das StAG, welche von mehreren Personen als Haftungssubjekt gilt. Eine weitere Einengung widerspricht daher der Absicht des StAG.

991 Normative Prinzipien sind materiell anwendbar, wohingegen informative Prinzipien lediglich als Leitprinzip bei der Problementwicklung dienen (z.B. HOFSTETTER, Diss. ZH [2014], Rz. 85).

992 Vgl. aber Art. 99 Abs. 2 OR, dem das Utilitätsprinzip zugrunde liegt (SCHWERY, Diss. FR [2013], Rz. 498–501), betreffend die vertragliche Verschuldenshaftung (z.B. BSK OR I [2020]-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 99 N 3; siehe aber SCHWERY, Diss. FR [2013], Rz. 427, wonach die vertragsrechtlichen Haftungsmilderungen auch auf den konkurrierenden Deliktsanspruch durchschlagen können).

993 Siehe Fn. 863.

994 Art. 27 Abs. 1 SprstG.

995 BGE 131 III 61 E. 2.3 S. 66–67 (= Pra 2005, Nr. 121, S. 841).

996 Kritisch HAUSHEER/JAUN, ZBJV 2/2007, S. 116, denen zufolge «der Gedanke der Nutzen-Risiko-Kompensation nicht von ausschlaggebender Bedeutung sein konnte».

997 BGE 131 III 61 E. 2.3 S. 66 (= Pra 2005, Nr. 121, S. 840); Haftpflichtkommentar (2016)-KNECHT, Art. 27 SprstG N 4.

478 2. Es kann mehrere Betreiberinnen und damit verschiedene Haftungssubjekte⁹⁹⁸ geben (Rz. 472–477).⁹⁹⁹ Existieren verschiedene Betreiberinnen, haften diese solidarisch für Schaden, der infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursacht wurde.¹⁰⁰⁰

479 Ein einzelnes Haftungssubjekt kann aus mehreren Rechtssubjekten bestehen. Dies ist dann der Fall, wenn mindestens zwei Personen vertraglich vereinbaren, eine Stauanlage zu bauen (Bauherrenkonsortium) oder zu betreiben. Ein solches *Contractual-Joint-Venture* ist der Lehre zufolge meistens als einfache Gesellschaft¹⁰⁰¹ zu qualifizieren.¹⁰⁰² Da eine einfache Gesellschaft keine Rechtspersönlichkeit besitzt, treten die solidarisch haftenden Gesellschafter (Rz. 537) nach aussen auf.¹⁰⁰³ Aus diesem Grund gelten die Gesellschafter als Haftungssubjekt. Dies dürfte jedoch die Ausnahme darstellen. Bauen oder betreiben mindestens zwei Personen gemeinsam eine Stauanlage,

998 Siehe Fn. 863.

999 Gl.M. betreffend RLG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 30 Rz. 68 und 87; gl.M. betreffend Art. 59a Abs. 1 USG: TRÜEB/WYSS, ZBl 1/2014, S. 12; gl.M. betreffend deutsches Recht: HESS, Diss. Tübingen (1978), S. 179–180, der jedoch einzig mithilfe des Kriteriums «wirtschaftliche Veranlassung» (S. 174–175) das Subjekt der Gefährdungshaftung bestimmen will. A.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1831; a.M. betreffend SprstG: BGE 131 III 61 E. 2.3 S. 67 (= Pra 2005, Nr. 121, S. 841); OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 31 Rz. 75; a.M. betreffend EleG: MOLL, Diss. BE (1945), S. 38; a.M. betreffend RLG: KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 59–60, dem zufolge eine Person nur dann als Inhaberin anzusehen ist, wenn (i) sie die tatsächliche und unmittelbare Verfügung über die Anlage und die Personen besitzt sowie (ii) die Anlage auf ihre Rechnung und Gefahr betrieben wird.

1000 Art. 51 Abs. 1 OR (dazu im Allgemeinen z.B. BSK OR I [2020]-GRABER, Art. 51 N 7; REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht [2018], Rz. 1697 und 1700; KUKO OR [2014]-SCHÖNENBERGER, Art. 50/51 N 9; BK [2013]-BREHM, Art. 51 OR N 128–130).

1001 Art. 530–551 OR.

1002 BSK OR I (2020)-AMSTUTZ/MORIN, Einl. vor Art. 184 ff. N 402 m.H. auf den Meinungsstand in der Lehre. Vgl. aber VISCHER/GALLI, AJP 8/2020, S. 1026, und KNOBLOCH, GesKR 4/2013, S. 555, die beide die vorschnelle Qualifikation von vertraglichen *Joint Ventures* als einfache Gesellschaft ablehnen (ebenso ablehnend die vorschnelle Qualifikation von Aktionärbindungsverträgen als einfacher Gesellschaftsvertrag i.S.v. Art. 530–551 OR: VISCHER/GALLI, AJP 8/2020, S. 1026; VISCHER, SZW 4/2017, S. 427–430).

1003 ZK (2009)-HANDSCHIN/VONZUN, Art. 543 OR N 1 und 71; BK (2006)-FELLMANN/MÜLLER, Art. 543 OR N 16; VON BÜREN, OR BT (1972), S. 247–248; siehe auch BK (2012)-BERGER, Art. 10 ZPO N 33.

dürften sie die gemeinsame Geschäftstätigkeit – unter anderem aus Haftungsgründen – in einer Kapitalgesellschaft bündeln, an der sie beteiligt sind (*Equity-Joint-Venture*)^{1004, 1005} In dieser Konstellation gilt nur die Gesellschaft als Haftungssubjekt.

c. *Wechsel der Betreiberin*

1. Die Betreiberin einer Stauanlage und damit das Haftungssubjekt kann 480 wechseln (zum Beispiel weil eine andere Betriebsgesellschaft die Stauanlage betreibt). Kein solcher Subjektswechsel findet statt, wenn ab Inbetriebnahme der Stauanlage die Haftung – bildlich gesprochen – von der Bauherrin (Rz. 421–429) auf die Besitzerin (Rz. 430–457) und Betreiberin (Rz. 458–468) übergeht.

2. Kommt es nach einem Subjektswechsel zu einem Stauanlagenunfall, haftet 481 grundsätzlich nur die neue Betreiberin.¹⁰⁰⁶ Es stellt sich die Frage, in welchen Fällen die alte Betreiberin trotz Subjektswechsel für die Stauanlage haftet.

a. OFTINGER/STARK stellen im KHG auf den Zeitpunkt der Schadensverwirklichung ab:¹⁰⁰⁷ Wurde der Schaden vor dem Subjektswechsel verursacht, ist 482 die alte Betreiberin haftbar, nach dem Subjektswechsel hingegen die neue Betreiberin.

b. Diese von OFTINGER/STARK vertretene Auffassung (Rz. 482) ist abzu- 483 lehnen. Richtig scheint mir, ausgehend vom Zeitpunkt des Subjektswechsels als Stichzeitpunkt zu untersuchen, in wessen Risikosphäre der Schaden «verursacht» wurde und wem dieser somit zuzurechnen ist. Es wäre falsch, auf den Zeitpunkt der Schadensverwirklichung abzustellen. Denn ein Schaden kann zeitlich erst nach der Rechtsgutsverletzung entstehen.¹⁰⁰⁸ Richtigerweise ist daher bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG auf den Zeitpunkt der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG abzustellen.¹⁰⁰⁹ Bei der Haftung gestützt auf Art. 14 Abs. 2 StAG

1004 Siehe zum Begriff «*Equity-Joint-Venture*» z.B. KNOBLOCH, GesKR 4/2013, S. 552 *in initio*; siehe auch VISCHER/GALLI, AJP 8/2020, S. 1026.

1005 Vgl. betreffend KKW: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 153.

1006 Implizit gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 160.

1007 Betreffend KGH: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 160.

1008 Vgl. BGE 137 III 16 E. 2.4.4 S. 22; LANZ, Diss. FR (2020), Rz. 321.

1009 Im Ergebnis wohl trotzdem gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 160.

und Art. 21 StAG erscheint es hingegen sachgerecht, anstelle des Zeitpunkts der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG auf den Zeitpunkt der Ergreifung der behördlichen Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 873–887) abzustellen. Damit ist auch sichergestellt, dass sich eine Betreiberin nach einem Stauanlagenunfall nicht mithilfe eines Subjektswechsels ihrer StAG-Haftung entledigen kann.

- 484 Unterliess die alte Betreiberin notwendige Massnahmen¹⁰¹⁰ oder nahm sie sogar einen Stauanlagenunfall in Kauf¹⁰¹¹ und verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG erst nach dem Subjektswechsel, mag es stossend sein, wenn die neue Betreiberin haften muss. In einer solchen Situation kann sich die neue Betreiberin gegebenenfalls vor Gericht auf den Haftungsausschluss berufen (Rz. 652–720) und falls sie unterliegt, Regress auf die vormalige Betreiberin nehmen.

d. Irrelevanz von Bewilligungen

- 485 1. Die StAV ermittelt die Betreiberin¹⁰¹² mithilfe eines formellen Tests, indem sie die Inhaberin der Inbetriebnahmebewilligung¹⁰¹³ als Betreiberin¹⁰¹⁴ qualifiziert (Rz. 412).¹⁰¹⁵ Neben der Inbetriebnahmebewilligung kennt das StAG noch die Plangenehmigung.¹⁰¹⁶ Verfügt eine Stauanlage über ein Gewässer, hat die Betreiberin¹⁰¹⁷ zudem zum Beispiel eine oder mehrere Sondernutzungskonzessionen einzuholen.¹⁰¹⁸

1010 Z.B. unterlassene Unterhalts- und Instandsetzungsarbeiten.

1011 Z.B. der Bau der Stauanlage auf Grund, der bekanntermassen instabil ist.

1012 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1013 Art. 7 Abs. 1 StAG.

1014 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1015 Art. 1 Abs. 5 StAV.

1016 Art. 6 Abs. 1 StAG.

1017 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1018 Sondernutzungskonzessionen (siehe Art. 38–71 WRG) bedarf es für Stauanlagen, die durch Nutzung des natürlichen Gefälles (Wasserrechtskonzession) und/oder mittels Pumpspeicherung (Pumpwerkkonzession; vgl. dazu z.B. WYER, Abgaben [2006], Rz. 102) elektrische Energie erzeugen (z.B. FHB Öffentliches Baurecht [2016]-GIOVANNINI, Rz. 5.148 und 5.176; BSK BV [2015]-CALUORI/GRIFFEL, Art. 76 N 24–25; SG Komm. BV [2014]-MARTI, Art. 76 N 15; JAGMETTI, SBVR VII [2005], Rz. 4201–4202; WYER, Wasserkraft [2002], S. 35; BUNDESAMT FÜR WASSERWIRTSCHAFT, Wasserzinsmaximum [1995], S. 11 und 81; siehe auch OFK BV [2017]-BIGGINI, Art. 76 N 4).

2. Zu untersuchen ist, welche Rechtsfolgen diese Bewilligungen (Rz. 485) betreffend die StAG-Haftung zeitigen. Dabei sind zwei Fragen auseinanderzuhalten: 486

- Befreien solche Bewilligungen das Haftungssubjekt von seiner Haftung? 487
- Welche Rolle spielen solche Bewilligungen bei der Bestimmung des Haftungssubjekts? 488

Die erste Frage beantworte ich im 2. Kapitel (Rz. 732–734) und 4. Kapitel (Rz. 1101). Nachfolgend beantworte ich zunächst die zweite Frage. 489

3. Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG liegt kein formeller, sondern ein funktionaler Test zugrunde (Rz. 413). **Bewilligungen sind** folglich bei der Qualifikation einer Person als Betreiberin **belanglos**.¹⁰¹⁹ Die Bewilligungen können höchstens ein Indiz dafür sein, dass ihre Inhaberin als Betreiberin gilt.¹⁰²⁰ So dürfte meistens die Bauherrin jene Person sein, welcher die Plangenehmigung erteilt wurde. Ebenso dürfte die Inhaberin der Inbetriebnahmebewilligung meistens die Besitzerin und die Betreiberin sein. 490

4. Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG stellt für das 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG, das heisst für die Zwecke der Haftung, eine eigenständige Definition von Betreiberin auf (Rz. 490). Die in Art. 1 Abs. 5 StAV enthaltene Definition 491

1019 Gl.M. betreffend aGSchG (1971): OFTINGER, SJZ 7/1972, S. 106; **a.M.** betreffend StAG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-SALIBIAN KOLLY, Art. 41 GSchG N 12 «L'exploitant d'un ouvrage de retenue est donc celui qui est au bénéfice d'une concession ou d'une autorisation pour disposer de la force hydraulique d'un cours d'eau, accordée par la collectivité publique concernée. L'exploitant n'est pas nécessairement le propriétaire de l'ouvrage mais, en cas de dommage, le propriétaire et l'exploitant répondent solidairement en vertu de l'art. 14 al. 3 LOA et de l'art. 58 CO.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt); **a.M.** betreffend KHG: DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 79 *in initio*. Siehe aber zur Rechtslage im GTG: HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 86–94 und 131.

1020 Gl.M. KHG: BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 199 «Als Inhaber kommen demnach ausser dem Bauherrn oder dem Eigentümer auch der Mieter oder der Pächter oder andere Besitzer im weitesten Sinne in Frage; in den meisten Fällen wird es sich um den Inhaber einer Betriebsbewilligung handeln oder um diejenige Person, die von den zuständigen Behörden dafür gehalten wird.»; gl.M. betreffend RLG: KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 60 (Anm. 95).

von «Betreiberin» ist daher nur für das 2. Kapitel («Sicherheit der Stauanlagen») und 4. Kapitel («Aufsicht und Rechtsschutz») des StAG einschlägig.¹⁰²¹ Die Aufsichtsbehörde (Rz. 168–169) soll mithilfe eines formellen Tests¹⁰²² einfach und permanent¹⁰²³ jene Person ermitteln können, welcher die vom StAG aufgestellten Pflichten obliegen und die zur Erfüllung dieser Pflichten angehalten werden kann. Es erstaunt daher, dass gemäss Bundesamt für Energie BFE auch jene Person als Betreiberin gilt, welche die Inbetriebnahmebewilligung «de facto innehat»¹⁰²⁴. Wann eine Person *de facto* eine Inbetriebnahmebewilligung innehat, ist unklar. Das BFE erläutert dies nicht.¹⁰²⁵ Unabhängig davon, was unter einer *de facto*-Inbetriebnahmebewilligung zu verstehen ist, widerspricht diese vom BFE postulierte materielle Betrachtungsweise dem Wortlaut und Regelungszweck von Art. 1 Abs. 5 StAV.

B. Eigentümerin der Stauanlage

- 492 1. Die Betreiberin und die Eigentümerin der Stauanlage können die gleiche Person sein (Rz. 409).¹⁰²⁶ Sind die Betreiberin und die Eigentümerin verschiedene Personen, haften sie solidarisch.¹⁰²⁷ Finanzstarke Eigentümerinnen können sich also nicht von ihrer StAG-Haftung befreien, indem sie eine finanzschwache Betriebsgesellschaft (Rz. 464) vorschieben, die bei einem Stauanlagenunfall haftet.¹⁰²⁸ Die Solidarhaftung von Betreiberin und Eigentümerin schützt die Geschädigten. Sähe das StAG nämlich keine Solidarhaftung

1021 Die StAV ist dem StAG nachgeordnet, d.h., das StAG geht der StAV vor (dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht [2016], § 46 Rz. 1). Deswegen ist die vom Bundesverordnungsgeber in der StAV aufgestellte Definition für das 3. Kapitel («Haftpflcht») des StAG belanglos (vgl. im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht [2016], § 8 Rz. 2).

1022 Vgl. Kommentar GSchG/WBG (2016)-SALIBIAN KOLLY, Art. 41 GSchG N 12–13.

1023 Die Inbetriebnahmebewilligung ist persönlich und nicht übertragbar (betreffend Inbetriebnahmebewilligung: BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie D [30.10.2015], S. 6).

1024 BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 10.

1025 Eine *de facto*-Inbetriebnahmebewilligung könnte evtl. vorliegen, wenn keiner Person eine Inbetriebnahmebewilligung formell ausgestellt wurde, die Stauanlage dennoch in Betrieb genommen wurde und die Aufsichtsbehörde diesen rechtswidrigen Zustand toleriert.

1026 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 123; DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 80.

1027 Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG.

1028 Vgl. betreffend KKW: KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 342; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 124 und § 30 Rz. 69; RAUSCH,

vor, stünde – abgesehen von einer allfälligen Haftpflichtversicherung (Rz. 257–272) – nur das geringe Vermögen der Betriebsgesellschaft zur Deckung des Schadens zur Verfügung.¹⁰²⁹

a. Für die Solidarhaftung von Betreiberin und Eigentümerin spricht laut FELL- 493
MANN, dass die Geschädigten bei fehlender Solidarhaftung nicht auf den *Wert der Anlage selbst* zugreifen können.¹⁰³⁰ FELLMANN führt jedoch nicht weiter aus, was er mit «Wert der Anlage selbst» meint. Falls damit allfällige Leistungen des Sachversicherers¹⁰³¹ gemeint sein sollten, die der Sachversicherer zugunsten der Eigentümerin im Falle eines Stauanlagenunfalls erbringt,¹⁰³² handelt es sich um ein stichhaltiges Argument für die Solidarhaftung von Betreiberin und Eigentümerin.¹⁰³³ Dies gilt selbst dann, wenn die Eigentümerin grosse Teile der Sachversicherungsleistung in die Erstellung einer Ersatzstauanlage investiert, bevor die Geschädigten ihre Forderungen geltend machen beziehungsweise durchsetzen.¹⁰³⁴ Denn nicht nur die Sachversicherungsleistung, sondern auch die Ersatzstauanlage stellt ein (werthaltiges) Aktivum dar.¹⁰³⁵

Atomenergierecht (1980), S. 222; BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 200 *in initio* «Es ist denkbar, dass die Anlage durch eine besondere Betriebsgesellschaft und nicht durch den Eigentümer betrieben wird: Damit nun nicht durch den Betrieb der Anlage durch eine natürliche oder juristische Person mit geringem eigenem finanziellem Rückhalt das zur Verfügung stehende Inhabervermögen und damit das Haftungssubstrat kleingehalten werden kann, wird der Anlageeigentümer ebenfalls mit seinem ganzen Vermögen als solidarisch Haftpflichtiger neben den Inhaber gestellt.» Vgl. betreffend Rohrleitungsanlagen: BOTSCHAFT RLG (28.9.1962), S. 820.

1029 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1832.

1030 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1832.

1031 Zur Sachversicherung z.B. FUHRER, Privatversicherungsrecht (2011), Rz. 19.1–19.2.

1032 So betreffend KKW: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 26 und 124.

1033 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 26 (Anm. 34), weisen betreffend KKW jedoch darauf hin, dass ein Teil der Sachversicherungsleistung für die Aufräumungs- und Entsorgungskosten benötigt wird. Auf diesen Teil der Sachversicherungsleistung werden die Geschädigten folglich nicht greifen können.

1034 Betreffend KKW: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 26 (Anm. 34).

1035 Betreffend KKW: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 26 (Anm. 34).

- 494 Hat jedoch die Eigentümerin die Stauanlage nicht sachversichert, überzeugt das von FELLMANN angeführte Argument (Rz. 493) für die Solidarhaftung von Betreiberin und Eigentümerin nur teilweise, da der Wert der Stauanlage tief sein dürfte. In einem solchen Fall muss nämlich mit «Wert der Anlage selbst» der Erlös gemeint sein, der im Konkursverfahren der Eigentümerin, die nicht als Gemeinwesen (Rz. 511) gilt, bei einer öffentlichen Versteigerung der Stauanlage (beziehungsweise des Grundstücks) erzielt würde.¹⁰³⁶ Dieser Erlös dürfte jedoch aus verschiedenen Gründen gering ausfallen:¹⁰³⁷
- 495 – Erstens ist das Aktivum «Stauanlage» nur werthaltig, wenn die Stauanlage beim Unfall gar nicht¹⁰³⁸ oder nur leicht¹⁰³⁹ beschädigt wurde.
- 496 – Zweitens stellt sich die Frage, wie stark die Nachfrage auf dem Markt nach Stauanlagen ist. Nur wenige Rechtssubjekte können überhaupt eine Stauanlage betreiben. Das Aktivum «Stauanlage» dürfte daher schwierig zu verwerten sein.¹⁰⁴⁰ Aufgrund der schwierigen Verwertbarkeit des Aktivums «Stauanlage» dürfte tendenziell ein tiefer Erlös erzielt werden.¹⁰⁴¹
- 497 **b.** Anders als von SOMAINI zum KHG vertreten,¹⁰⁴² steht die Solidarhaftung von Betreiberin und Eigentümerin im Einklang mit dem gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzip.¹⁰⁴³ Denn die Eigentümerin haftet nicht qua Durchgriff für die Verbindlichkeiten der Betreiberin. Die Eigentümerin haftet aufgrund

1036 Art. 256 Abs. 1 und 3 SchKG. Da es sich bei der Stauanlage um ein Grundstück handelt, ist der freihändige Verkauf nur unter bestimmten Voraussetzungen zulässig (BSK SchKG II [2010]-BÜRGI, Art. 256 N 19–21).

1037 Ich lege nachfolgend den Fokus auf die Stauanlage selbst. Obwohl genau besehen das Grundstück verkauft wird, kann dieses aufgrund seiner geografischen Lage ohne Stauanlage nur wenig wert sein.

1038 *Beispiel:* Es schwappt Wasser über die Stauanlage und verursacht einen Schaden.

1039 *Beispiel:* Eine Druckrohrleitung birst und das austretende Wasser verursacht einen Schaden.

1040 Die negative Berichterstattung über den Stauanlagenunfall und gegebenenfalls politischer Druck können den Wert der Stauanlage zusätzlich weiter nach unten drücken.

1041 Vgl. betreffend die schwierige Verwertbarkeit von Miteigentumsanteilen: KRÜSI/SCHLEGEL/ZOPFI, Zwangsverwertung (2019), Rz. 333, die bei der Schätzung eines Miteigentumsanteils einen Abzug aufgrund der schwierigen Verwertbarkeit tätigen.

1042 Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 3 KHG N 31.

1043 Zum gesellschaftsrechtlichen Trennungsprinzip z.B. MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER/SETHE, Gesellschaftsrecht (2018), § 24 Rz. 61.

ihrer dinglichen Berechtigung an der Stauanlage für ihre eigenen Verbindlichkeiten ausservertraglicher Natur infolge des Stauanlagenunfalls und nicht für jene der Betreiberin.

2. Die Eigentümerin haftet solidarisch mit der Betreiberin, wenn die beiden 498 verschiedene Personen sind.¹⁰⁴⁴ Aufgrund des Wortlauts von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG ist jedoch nicht klar, gestützt auf welche Haftungsgrundlage die Eigentümerin solidarisch mit der Betreiberin haftet. Es stellt sich daher die Frage, ob die in den privatrechtlichen¹⁰⁴⁵ Gefährdungshaftungsbestimmungen (Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG) nicht erwähnte Eigentümerin auch gestützt auf das StAG oder nur gestützt auf andere Haftungstatbestände solidarisch haftet. Das historische, teleologische und systematische Auslegungselement sprechen dafür, dass auch die Eigentümerin der Stauanlage gestützt auf Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG haftet.¹⁰⁴⁶

a. Der BOTSCHAFT StAG zufolge entspricht Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG der 499 Regelung im KHG.¹⁰⁴⁷ Nach der Lehre zum KHG haftet die Eigentümerin in Durchbrechung des Prinzips der Kanalisierung der Haftung (Rz. 228–231) auch gestützt auf das KHG.¹⁰⁴⁸ Da sich die Regelung im StAG an jene im KHG anlehnt, spricht dies dafür, dass auch die Eigentümerin der Stauanlage gestützt auf das StAG haftet.¹⁰⁴⁹

b. Solidarität zwischen mehreren Schädigern entsteht – vorbehaltlich einer 500 vertraglichen Vereinbarung¹⁰⁵⁰ – nur, wenn jede dieser Personen gegenüber dem Geschädigten gestützt auf einen Haftungstatbestand haftet.¹⁰⁵¹ Dieses bereits in den allgemeinen Bestimmungen des OR (Fn. 554) festgehaltene Prinzip gilt auch im StAG (Rz. 244). Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG kann daher nicht dazu dienen, die Solidarhaftung anzuordnen. Sinn und Zweck dieser Bestimmung ist ein anderer: Das StAG geht davon aus, dass Betreiberin und Eigentümerin identisch sind (Rz. 409). Deswegen spricht Art. 14 Abs. 1 StAG nur

1044 Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG.

1045 Anders hingegen Art. 21 StAG.

1046 Vgl. betreffend RLG: BOTSCHAFT RLG (28.9.1962), S. 820.

1047 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053 *in fine*.

1048 So wohl implizit betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 123 und 143.

1049 Vgl. auch betreffend RLG: BOTSCHAFT RLG (28.9.1962), S. 820, wonach der Inhaber «in erster Linie» haften solle, der Eigentümer aber solidarisch mithaften müsse.

1050 Art. 143 Abs. 1 OR (dazu z.B. BSK OR I [2020]-GRABER, Art. 143 N 5).

1051 Art. 143 Abs. 2 OR (dazu z.B. BSK OR I [2020]-GRABER, Art. 143 N 7; ZK [2016]-KRAUSKOPF, Art. 143 OR N 97).

davon, dass die Betreiberin haftet. Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG regelt den Ausnahmefall, wenn die Betreiberin und die Eigentümerin verschiedene Personen sind, und ordnet an, dass auch die Eigentümerin haftet. Systematisch betrachtet, steht Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG am falschen Ort. Richtigerweise gehört diese Gesetzesbestimmung zu Art. 14 Abs. 1 StAG. Denn Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG definiert die Betreiberin für die Zwecke der Haftung (Rz. 412) und statuiert nicht die Haftung für Stauanlagen.

- 501 **c.** Das StAG definiert in Art. 14 Abs. 3 Satz 1 das Haftungssubjekt «Betreiberin». Die systematische Stellung von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG spricht dafür, dass die Eigentümerin ein Haftungssubjekt ist. Dies bestätigt auch Art. 21 StAG, wonach neben der Betreiberin auch die Eigentümerin für Kosten behördlicher Schadensabwehr haftet. Es wäre nicht sachgerecht, wenn die Eigentümerin nur Haftungssubjekt der öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftung, nicht aber der privatrechtlichen Gefährdungshaftungen wäre. Deswegen spricht auch die systematische Auslegung von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG dafür, dass die Eigentümerin gestützt auf das StAG haftet.

1. Grundeigentümerin oder Inhaberin eines Baurechts

- 502 **1.** Stauanlagen sind Bauwerke, die fest mit dem Grund und Boden verbunden sind, auf dem sie stehen (Rz. 295).¹⁰⁵² Dem *sachenrechtlichen Akzessionsprinzip* zufolge erstreckt sich das Eigentum an Grund und Boden auch auf die darauf liegenden Dauerbauten.¹⁰⁵³ Folglich ist die **Grundeigentümerin**¹⁰⁵⁴ auch die Eigentümerin der Stauanlage.¹⁰⁵⁵

1052 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1833.

1053 Art. 667 Abs. 1 und 2 ZGB; BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 667 N 11; TUOR/SCHNYDER/SCHMID, ZGB (2015), § 101 Rz. 4.

1054 Grundeigentümerin kann eine natürliche Person, eine juristische Person (des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts) sein (siehe Rz. 469 zu den Begriffen). Das StAG stellt keine (Wohn-)Sitzvorschriften auf (siehe auch Rz. 470) und enthält keine Nationalitätserfordernisse für Eigentümerinnen im Sinne des 2. («Sicherheit der Stauanlagen») Kapitels des StAG (siehe auch Rz. 470).

1055 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1833.

2. Das sachenrechtliche Akzessionsprinzip wird nur in Ausnahmefällen durchbrochen.¹⁰⁵⁶ Stauanlagen können im (selbstständigen¹⁰⁵⁷ oder unselbstständigen)¹⁰⁵⁸ **Baurecht**¹⁰⁵⁹ (Rz. 441) erstellt werden, da sie die Voraussetzungen eines «Bauwerkes» im Sinne von Art. 779 Abs. 1 ZGB erfüllen (Rz. 292).¹⁰⁶⁰ In diesem Fall sind die Grundeigentümerin und die Eigentümerin der Stauanlage verschieden.

a. Ein Baurecht kann als Personaldienstbarkeit zugunsten einer oder mehrerer natürlichen und/oder juristischen Personen errichtet werden.¹⁰⁶¹ Ein Baurecht kann jedoch auch als Grunddienstbarkeit, also zugunsten des Eigentümers eines bestimmten herrschenden Grundstücks errichtet werden.¹⁰⁶² Inhaberin eines Baurechts und damit Eigentümerin der Stauanlage kann somit eine (natürliche oder juristische)¹⁰⁶³ Person oder ein anderes Grundstück (und damit dessen Grundeigentümer) sein.¹⁰⁶⁴

b. Wird eine Stauanlage im Baurecht errichtet, fallen das Eigentum an der Stauanlage als Baute und am Grundstück, auf dem die Stauanlage steht, auseinander. Die Eigentümerin der Stauanlage ist als Werkeigentümerin¹⁰⁶⁵ anzusehen und von der Grundeigentümerin abzugrenzen.¹⁰⁶⁶ In einem solchen Fall

1056 BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 667 N 11.

1057 Art. 655 Abs. 3 Ziff. 1 ZGB (siehe dazu z.B. BSK ZGB II [2019]-STREBEL, Art. 655 N 13).

1058 Zu den beiden Begriffen: BSK ZGB II (2019)-ISLER/GROSS, Art. 779/ N 3–4; SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, Sachenrecht (2017), Rz. 1374.

1059 Art. 675 Abs. 1 ZGB.

1060 TUOR/SCHNYDER/SCHMID, ZGB (2015), § 101 Rz. 38, denen zufolge «Dämme» und «Schleusen» Gegenstand des Sondereigentums sein können. Siehe zum Begriff «Bauwerk» im Allgemeinen: SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, Sachenrecht (2017), Rz. 1370a. Siehe zum Baurecht im Allgemeinen: TUOR/SCHNYDER/SCHMID, ZGB (2015), § 101 Rz. 37.

1061 BGE 133 III 311 E. 3.2.2. S. 316 und E. 4.2.2 S. 321 (= Pra 2007, Nr. 125, S. 867 und 872); BSK ZGB II (2019)-ISLER/GROSS, Art. 779/ N 8; SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, Sachenrecht (2017), Rz. 1322 und 1373.

1062 SCHMID/HÜRLIMANN-KAUP, Sachenrecht (2017), Rz. 1263, 1257 und 1373; TUOR/SCHNYDER/SCHMID, ZGB (2015), § 101 Rz. 39.

1063 Siehe Fn. 974 und 975 zu diesem Begriff.

1064 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1833, der jedoch nur von natürlicher und juristischer Person spricht; siehe auch betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 144.

1065 Vgl. Art. 5 Abs. 2 Satz 1 StAG.

1066 Gl.M. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie A (1.3.2015), S. 10.

gilt aufgrund der *ratio legis* von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG (Rz. 492) – vorbehaltlich rechtsmissbräuchlicher Konstrukte – nur die Werkeigentümerin, nicht aber die Grundeigentümerin als Haftungssubjekt.¹⁰⁶⁷

506 Gegen dieses Auslegungsergebnis spricht auch nicht Art. 8 Abs. 6 Satz 2 StAG, wonach bei Fehlen einer Betreiberin¹⁰⁶⁸ die Grundeigentümerin verpflichtet ist, die der Betreiberin¹⁰⁶⁹ auferlegten Pflichten zu erfüllen.¹⁰⁷⁰ Diese Bestimmung gilt nur im 2. Kapitel («Sicherheit der Stauanlagen») des StAG, nicht aber im 3. Kapitel («Haftpflcht») des StAG. Zudem ist Art. 8 Abs. 6 Satz 2 StAG ohnehin unvollständig. Richtigerweise sollte bei den im Baurecht erstellten Stauanlagen bei Fehlen einer Betreiberin¹⁰⁷¹ die Inhaberin des Baurechts für die Einhaltung der Pflichten der Betreiberin¹⁰⁷² verantwortlich sein, da sie Eigentümerin der Stauanlage ist.

507 **3. Die Eigentümerin, sei es eine natürliche oder juristische Person,**¹⁰⁷³ einer Stauanlage wird – im Gegensatz zur Betreiberin (Rz. 413) – mithilfe eines *formellen* Tests bestimmt.¹⁰⁷⁴ Die Grundeigentümerin ist kraft des Akzessionsprinzips zugleich auch Eigentümerin der Stauanlage. Wird eine Stauanlage im Baurecht errichtet, ist nicht die Eigentümerin des Grundstücks, auf dem die Stauanlage steht, sondern die Inhaberin des Baurechts die Eigentümerin der Stauanlage.

1067 Gl.M. betreffend Grundeigentümerhaftung (Art. 679 Abs. 1 ZGB i.V.m. Art. 684 ZGB): BGE 132 III 689 E. 2.3.4 S. 696 (= Pra 2007, Nr. 69, S. 463) «Si le superficiaire cause un dommage parce qu'il excède son droit, il apparaît logique qu'il en réponde seul et que la responsabilité du propriétaire du fonds de base ne soit pas engagée à raison de l'usage d'un droit sur lequel il n'a aucune maîtrise.» Schreibt eine Grundeigentümerin jedoch vor, wie die tatsächliche Sachherrschaft über das Grundstück und damit die Stauanlage auszuüben ist, kann sie gegebenenfalls als Betreiberin (Rz. 466) gelten und aus diesem Grund gestützt auf Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG haftbar gemacht werden (vgl. BGE 132 III 689 E. 2.3.4 S. 696 [= Pra 2007, Nr. 69, S. 463] «[...] si les propriétaires de plusieurs parcelles ont été tenus pour coresponsables du dommage [...], l'élément déterminant était que ces propriétaires [...] avaient ainsi déterminé la manière dont devait s'exercer la maîtrise de fait sur leurs fonds [...]»).

1068 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1069 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1070 Ein solcher Fall tritt z.B. ein, wenn die Inhaberin der Inbetriebnahmebewilligung stirbt oder infolge Konkurses aufgelöst wird.

1071 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1072 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1073 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1833.

1074 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 143.

2. Einzelfragen

a. Mehrzahl von Eigentümerinnen?

Befindet sich das Grundstück, auf dem die Stauanlage steht, im **Mit- oder Gesamteigentum**, gelten alle Mit- oder Gesamteigentümer als Haftungssubjekt. Wird das Baurecht mehreren Personen verliehen (Rz. 504) oder steht das beherrschte Grundstück im Mit- und Gesamteigentum, existieren ebenfalls mehrere Haftungssubjekte¹⁰⁷⁵.

b. Wechsel der Eigentümerin

Ändern die Eigentumsverhältnisse an einer Stauanlage, ist mithilfe des beschriebenen Prüfschemas (Rz. 483) zu ermitteln, ob die alte oder die neue Eigentümerin bei einem Stauanlagenunfall haftet. Haftbar ist jene Eigentümerin, die im Zeitpunkt der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG beziehungsweise der Anordnung der behördlichen Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 873–887) Eigentümerin der Stauanlage ist.

C. Sonderfragen

1. Verhalten von Hilfspersonen, Organen und Dritten

Das Haftungssubjekt haftet für Personen- und Sachschaden, der infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG entsteht. Zudem haftet das Haftungssubjekt für Kosten behördlicher und privater Schadensabwehr, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG unmittelbar zu verwirklichen droht. Dies gilt selbst dann, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG wegen dem Verhalten einer Hilfsperson des Haftungssubjekts,¹⁰⁷⁶ einem Organ des Haftungssubjekts oder sogar einem Dritten verwirklicht (beziehungsweise unmittelbar zu verwirklichen droht). Das Verhalten dieser Personen wird dem Haftungssubjekt grundsätzlich¹⁰⁷⁷ zugerechnet.¹⁰⁷⁸

¹⁰⁷⁵ Siehe Fn. 863.

¹⁰⁷⁶ FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1840, versteht unter dem Wort «Hilfsperson» auch Dritte; das gleiche Verständnis von «Hilfsperson» i.S. des KHG haben OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 156–159.

¹⁰⁷⁷ Siehe Rz. 701–706 zu den Ausnahmen.

¹⁰⁷⁸ Dazu im Allgemeinen: FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 670.

2. Zur Haftung des Gemeinwesens

- 511 1. «Bund, Kantone, Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Anstalten haften nach diesem Gesetz, soweit sie Stauanlagen betreiben.»¹⁰⁷⁹ Das StAG-Haftungsregime ist folglich auch anwendbar, wenn der Staat oder ein staatsnaher Betrieb – beide als «Gemeinwesen» bezeichnet – eine Stauanlage betreiben.¹⁰⁸⁰ Aus Sicht der StAG-Haftung ist es nämlich irrelevant, ob es sich um einen privaten oder staatlichen Schädiger handelt. Die Haftung knüpft ausschliesslich an die Betriebsgefahr (Rz. 208–227) der Stauanlage an.¹⁰⁸¹
- 512 Staatliches Haftungssubjekt ist nur, wer als einer der vom StAG bezeichneten Akteure gilt und zudem eine Stauanlage betreibt. Nachfolgend untersuche ich, welche Akteure als Haftungssubjekt infrage kommen (Rz. 513–516) und was unter dem Wort «betreiben» zu verstehen ist (Rz. 517–522).
- 513 2. «Bund, Kantone, Gemeinden oder andere öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Anstalten»¹⁰⁸² kommen als Haftungssubjekt infrage:
- 514 – Die BV definiert, was unter «Bund» und «Kantonen» zu verstehen ist.¹⁰⁸³ Haftungssubjekt ist der Bund oder der jeweilige Kanton, selbst wenn eine bestimmte Einheit der Zentralverwaltung¹⁰⁸⁴ des Bundes oder des Kantons die Stauanlage betreibt.¹⁰⁸⁵

1079 Art. 14 Abs. 4 StAG.

1080 Ob das Gemeinwesen auch gestützt auf das Staatshaftungsrecht des Bundes oder der Kantone haftet, prüfe ich im zweiten Teil (Rz. 808–824).

1081 Dazu im Allgemeinen: BGE 139 III 110 E. 2.2.2 S. 113; BK (2013)-BREHM, Art. 61 OR N 11; KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 58.

1082 Art. 14 Abs. 4 StAG.

1083 Art. 1 BV (siehe dazu z.B. BSK BV [2015]-BELSER/MASSÜGER, Art. 1 N 6).

1084 Zur Zentralverwaltung des Bundes im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 6 Rz. 1–2.

1085 Vgl. JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 205; WICHTERMANN, Tagung (2014), S. 126.

- Das kantonale Recht bestimmt, ob es Gemeinden kennt und falls ja, welche.¹⁰⁸⁶ Gemeinden im Sinne von Art. 14 Abs. 4 StAG und damit Haftungssubjekt¹⁰⁸⁷ können nicht nur politische Gemeinden oder Einwohnergemeinden sein, sondern auch Spezialgemeinden¹⁰⁸⁸ (zum Beispiel Bürgergemeinden, gemischte Gemeinden oder Kirchgemeinden).¹⁰⁸⁹ 515
- «Öffentlich-rechtliche Körperschaften» und «Anstalten» sind Trägerinnen der dezentralen Verwaltung.¹⁰⁹⁰ Sie können durch den Bund, die Kantone oder die Gemeinden geschaffen werden.¹⁰⁹¹ Da das StAG nicht weiter präzisiert, welche «öffentlich-rechtlichen Körperschaften» und «Anstalten» es meint, können alle Typen von Körperschaften und Anstalten als Haftungssubjekt gelten. Unter Art. 14 Abs. 4 StAG fallen daher Gebiets-, Personal- oder Realkörperschaften¹⁰⁹² sowie alle Arten von Anstalten, das heisst rechtsfähige oder nicht rechtsfähige¹⁰⁹³, autonome oder nicht autonome.¹⁰⁹⁴ 516

3. Ein Gemeinwesen untersteht nur dem StAG-Haftungsregime, wenn es eine Stauanlage «betreibt»¹⁰⁹⁵. Ein privates Haftungssubjekt haftet hingegen, wenn es eine Stauanlage besitzt, baut oder betreibt (Rz. 413). Es stellt sich daher die Frage, ob ein Gemeinwesen nur dann dem StAG-Haftungsregime untersteht, wenn es als Betreiberin im engeren Sinne (Rz. 458–468) gilt, nicht aber, wenn es Bauherrin (Rz. 421–429) oder Besitzerin (Rz. 430–457) einer Stauanlage ist. 517

1086 NUSPLIGER/MÄDER, Staatsrecht (2012), S. 28; siehe ferner BSK BV (2015)-MEYER, Art. 50 N 11.

1087 Wie auf Bundes- und Kantonsstufe wird die Stauanlage letztlich von einer bestimmten Einheit der Zentralverwaltung betrieben (Rz. 514).

1088 Z.B. CRAMERI, Diss. BE (2019), S. 31–32; FRIEDRICH, Verwaltungsrecht (2013), Rz. 21–27.

1089 Zu den verschiedenen Gemeindearten z.B. CRAMERI, Diss. BE (2019), S. 185; Kommentar GG/BE (1999)-MÜLLER, Art. 2 N 1–11.

1090 TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 5 Rz. 16 und 21a sowie § 7 Rz. 1.

1091 Vgl. WICHTERMANN, Tagung (2014), S. 126.

1092 Dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 8 Rz. 5–9.

1093 Haftungssubjekt ist in diesem Fall das jeweilige Trägergemeinwesen (TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014], § 7 Rz. 10).

1094 Zu den verschiedenen Arten: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 7 Rz. 7–12.

1095 Art. 14 Abs. 4 StAG.

- 518 **a.** Die grammatikalische Auslegung von Art. 14 Abs. 4 StAG liefert keine eindeutige Antwort auf diese Frage. Art. 14 Abs. 4 StAG kann so verstanden werden, dass eine StAG-Haftung des Gemeinwesens nur bestehen soll, wenn das Gemeinwesen als Betreiberin im engeren Sinne (Rz. 458–468) gilt. Art. 14 Abs. 4 StAG kann aber auch so gelesen werden, dass das StAG mit dem Verb «betreiben» die Betreiberin (Rz. 412 und 459) gemeint hat. Nach dieser Leseart gilt auch ein Gemeinwesen, das eine Stauanlage baut oder besitzt, als Haftungssubjekt.
- 519 **b.** Die BOTSCHAFT StAG äussert sich zu dieser Frage nicht.¹⁰⁹⁶
- 520 **c.** Die systematische Auslegung von Art. 14 Abs. 4 StAG spricht dafür, dass mit dem verwendeten Wort «betreibt» alle in Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG aufgezählten Tätigkeiten erfasst werden. Die Marginalie zu Art. 14 StAG lautet «Haftung der Betreiberin». Das StAG definiert in Art. 14 Abs. 3 Satz 1 für das gesamte 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG die Betreiberin für die Zwecke der Haftung (Rz. 412). Deswegen gilt diese Definition von «Betreiberin» (Rz. 412–491) auch, wenn ein Gemeinwesen eine Stauanlage betreibt.
- 521 **d.** Sinn und Zweck des StAG spricht ebenfalls dafür, dass ein Gemeinwesen nicht nur als Betreiberin im engeren Sinne (Rz. 458–468), sondern auch als Bauherrin (Rz. 421–429) und Besitzerin (Rz. 430–457) einer Stauanlage nach StAG haftet. Der Bundesgesetzgeber führte eine Gefährdungshaftung für Stauanlagen ein, weil ihnen ein besonderes Risiko (Rz. 208) innewohnt. Vor diesem Hintergrund lassen sich keine stichhaltigen Argumente ins Feld führen, wieso ein Gemeinwesen nur dann nach StAG haften soll, wenn es die Stauanlage betreibt, nicht aber, wenn es die Stauanlage besitzt oder baut. Dies gilt umso mehr, als das StAG deutlich macht, dass es nicht zwischen privatem und staatlichem Schädiger unterscheiden will (Rz. 511).
- 522 **e.** Die Formulierung von Art. 14 Abs. 4 StAG ist missglückt. Entgegen dem zu engen Wortlaut von Art. 14 Abs. 4 StAG haftet ein Gemeinwesen auch dann nach StAG, wenn es eine Stauanlage besitzt (Rz. 430–457), baut (Rz. 421–429) oder betreibt (Rz. 458–468).
- 523 **4.** Art. 14 Abs. 4 StAG zufolge haftet ein Gemeinwesen nur nach StAG, wenn es die Betreiberin einer Stauanlage ist. Unklar ist, ob ein Gemeinwesen auch als **Eigentümerin** einer Stauanlage nach StAG haftet. Private und staatliche Schädiger sind einander im StAG gleichgestellt (Rz. 521). Dies spricht dafür,

1096 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053–6054.

dass ein Gemeinwesen auch als Eigentümerin einer Stauanlage nach StAG haftet.¹⁰⁹⁷ Wäre dem nicht so, könnte ein Gemeinwesen, das Eigentümerin einer Stauanlage ist, sich seiner StAG-Haftung entledigen, indem es die Stauanlage durch eine (finanzschwache) Betriebsgesellschaft betreiben lässt (Rz. 492).

3. *Haftungssubjekt von Art. 21 StAG*

Die Behörden können nach Art. 21 StAG die ihnen aufgrund ergriffener Schadenabwehrmassnahmen entstandenen Kosten auf die Betreiberin und die Eigentümerin überwälzen. Es handelt sich hierbei um eine öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung (Rz. 851–860).¹⁰⁹⁸ Haftungssubjekt ist – wie bei den privatrechtlichen Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG – die Betreiberin (Rz. 412–491) und Eigentümerin (Rz. 492–509) der Stauanlage.

4. *Verhältnis zwischen Betreiberin und Eigentümerin*

1. Nicht nur das StAG, sondern auch andere Gesetze, die Gefährdungshaftungen statuieren, ordnen die Solidarhaftung von Betreiberin (beziehungsweise Inhaberin) und Eigentümerin an, wenn es sich um verschiedene Personen handelt.

Die Lehre zum **RLG** hat die Frage aufgeworfen, ob sich der Eigentümer der Rohrleitungsanlage gegenüber dem Inhaber der Rohrleitungsanlage auf die RLG-Gefährdungshaftung berufen könne, wenn er selbst einen Schaden erleidet.¹⁰⁹⁹ Die RLG-Lehre geht in Analogie zur Rechtsprechung des Bundesgerichts zur Haftung zwischen Mithaltern von Fahrzeugen davon aus, dass der solidarisch für das gleiche Ereignis haftende und nicht mit dem Inha-

1097 Hingegen haftet ein Gemeinwesen – zumindest nicht gestützt auf das StAG – in seiner Eigenschaft als Anteilseigner und damit als Eigentümer z.B. einer (spezialgesetzlichen) Aktiengesellschaft (siehe BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Elektrizitätsstatistik [19.6.2020], S. 41 *in fine*, wonach «am gesamten Grundkapital (Aktien-, Genossenschafts- und Dotationskapital) [von Elektrizitätsunternehmen] die öffentliche Hand zu 89,3% [...] beteiligt [...]» ist), die als Betreiberin oder Eigentümerin einer Stauanlage gilt.

1098 A.M. im Allgemeinen: KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 3.

1099 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1468.

ber identische Eigentümer nicht als Dritter im Sinne des Haftpflichtrechts anzusehen sei.¹¹⁰⁰ Der RLG-Lehre zufolge richtet sich die Haftung zwischen einem oder mehreren Inhabern und dem Eigentümer der Rohrleitungsanlage daher nach dem zwischen ihnen bestehenden Rechtsverhältnis.¹¹⁰¹

- 527 2. FELLMANN vertritt vor diesem Hintergrund zu Recht die Auffassung, dass diese Überlegungen auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der Betreiberin und Eigentümerin einer Stauanlage einerseits und mehreren Betreiberinnen einer Stauanlage andererseits gelten müssen.¹¹⁰² Diese Überlegungen gelten aber auch, wenn eine Stauanlage im Eigentum verschiedener Personen steht (Rz. 508). Die Haftungssubjekte¹¹⁰³ haften einander gegenüber folglich nicht gestützt auf das StAG.¹¹⁰⁴ Die Haftung beurteilt sich in allen diesen Fällen in erster Linie nach dem zwischen diesen Personen bestehenden Rechtsverhältnis (zum Beispiel Betriebsvertrag, siehe Rz. 465)¹¹⁰⁵ und in zweiter Linie nach den Bestimmungen des OR¹¹⁰⁶ über die unerlaubten Handlungen.¹¹⁰⁷

5. *Konsequenzen der fehlenden Kanalisierung der Haftung*

- 528 1. Das StAG kanalisiert – im Gegensatz zum KHG¹¹⁰⁸, zu Art. 7 Abs. 1 E-StAG (1997) und zum VE²-StAG¹¹⁰⁹ – die Haftung bei einem Stauanlagenunfall nicht auf die Betreiberin und Eigentümerin der Stauanlage.¹¹¹⁰ Deswegen können bei einem Stauanlagenunfall auch andere Personen als die Betreiberin

1100 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1468 m.w.N.

1101 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1468 m.w.N. und 1469 m.w.N.

1102 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1835 und 1837.

1103 Siehe Fn. 863.

1104 Eine Haftung eines Haftungssubjekts gegenüber einem anderen Haftungssubjekt gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG scheitert in aller Regel ohnehin am fehlenden Personen- und Sachschaden, da das geschädigte Haftungssubjekt einen reinen Vermögensschaden erleidet. Auch eine Haftung gestützt auf Art. 14 Abs. 2 StAG dürfte meistens nicht infrage kommen, da die Aufwendungen, die auf private Schadenabwehrmassnahmen zurückzuführen sind, fehlen.

1105 Vgl. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 151.

1106 Z.B. Art. 41 Abs. 1 OR und Art. 55 Abs. 1 OR.

1107 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1835 und 1837.

1108 Art. 3 Abs. 6 Satz 1 KHG (dazu z.B. JAGMETTI, SBVR VII [2005], Rz. 5811; DÉBIEUX, Diss. FR [1987], S. 67–69). Auch das nKHG kanalisiert die Haftung (FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 2109–2113).

1109 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6046 *in initio*.

1110 Siehe Rz. 228–231 zur Kanalisierung der Haftung.

und Eigentümerin der Stauanlage gestützt auf ausservertragliche Haftungsnormen gegenüber den Geschädigten haften (Rz. 228–231).

Die Konsequenzen der fehlenden Kanalisierung der Haftung illustriere ich mit folgendem Beispiel:¹¹¹¹ Eine Sprengstoffexplosion – die weder von Saboteuren noch von Terroristen verursacht wurde – führt dazu, dass sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht und deswegen Personen- und Sachschaden entsteht. In diesem Fall haftet das Haftungssubjekt nach StAG für den verursachten Schaden.¹¹¹² Zusätzlich haftet aber auch der Inhaber des für die Sprengung verantwortlichen Betriebs solidarisch¹¹¹³ für den gleichen Schaden gestützt auf das SprstG.¹¹¹⁴ Käme es aufgrund der Sprengung nicht zu einem Stauanlagenunfall, sondern zu einem Kernkraftwerkunfall, würde demgegenüber einzig der Inhaber des Kernkraftwerkes haften,¹¹¹⁵ der nur in wenigen Konstellationen ein Rückgriffsrecht auf die mitverursachenden Personen besitzt.¹¹¹⁶ 529

2. Die fehlende Kanalisierung der Haftung im StAG zieht folgende Konsequenzen nach sich: 530

- Ist die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG auch anderen Personen als der Betreiberin und Eigentümerin der Stauanlage zuzurechnen, haften diese Personen gegebenenfalls ausservertraglich gegenüber den Geschädigten. So können gegebenenfalls die Arbeitnehmer der Betreiberin (zum Beispiel wegen einer 531

¹¹¹¹ Beispiel teilweise übernommen von OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 113 (Anm. 114).

¹¹¹² Art. 14 Abs. 1 StAG.

¹¹¹³ Art. 51 Abs. 1 OR.

¹¹¹⁴ Art. 27 Abs. 1 SprstG.

¹¹¹⁵ Art. 3 Abs. 1 und 6 KHG i.V.m. Art. 2 Abs. 7 KHG.

¹¹¹⁶ Art. 6 KHG.

Fehlmanipulation),¹¹¹⁷ Planer,¹¹¹⁸ Handwerker sowie die gesamte Zuliefererindustrie^{1119,1120} die Fachperson im Sinne von Art. 17 StAV, der Experte für Bau und Geologie im Sinne von Art. 18 StAV¹¹²¹ oder sogar die Aufsichtsbehörde (Rz. 734) haftbar gemacht werden.¹¹²²

532 – Diese Überlegungen (Rz. 531) gelten auch, falls sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG nur unmittelbar zu verwirklichen droht. In einem solchen Fall können gegebenenfalls auch andere Personen als das Haftungssubjekt für Schadenabwehrkosten haftbar gemacht werden (Rz. 950).¹¹²³

533 – Sofern sich das Haftungssubjekt nicht von seiner StAG-Haftung befreien kann,¹¹²⁴ haftet es solidarisch mit diesen anderen Schädigern.¹¹²⁵ Die verschiedenen Haftungssubjekte¹¹²⁶ können auf einander Regress nehmen.¹¹²⁷

534 **3.** Ein Stauanlagenunfall kann gleich grossen Schaden wie ein Kernkraftwerkunfall verursachen. Vor diesem Hintergrund wäre *de lege ferenda* – in Analogie zum KHG und nKHG – eine Kanalisierung der Haftung inklusive

1117 Siehe auch STARK, ZSR 1967 II, S. 135 («Personal»).

1118 Siehe auch STARK, ZSR 1967 II, S. 135 («Ingenieure, Geologen»); TERCIER, ZSR 1986 I, S. 319 («géologues, ingénieurs»).

1119 Damit sind jene Unternehmen gemeint, die Teile zum Bau der Stauanlage produziert oder geliefert haben (siehe auch STARK, ZSR 1967 II, S. 135 [«Bauunternehmer»]).

1120 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 114–115; TERCIER, ZSR 1986 I, S. 319 («entrepreneurs et autres spécialistes»).

1121 Siehe auch VOISARD, Diss. FR (2014), Rz. 351. Zu den strafrechtlichen und haftpflichtrechtlichen Konsequenzen der Fehlbeurteilung durch einen Experten: WILDHABER, ZSR 3/2015 I, S. 259–268 (Strafrecht) und 269–275 (Haftung).

1122 Vgl. aber STRICKLER, Diss. SG (1982), S. 69, und STARK, ZSR 1967 II, S. 135, denen zufolge die Voraussetzungen der Verschuldenshaftung kaum je erfüllt sein dürften: «Neben der fast bedeutungslosen Haftung aus Verschulden (von Ingenieuren, Bauunternehmern oder dem Wartungspersonal) [...]» (STRICKLER) bzw. «[e]in solches Verschulden [i.S.v. Art. 41 Abs. 1 OR und Art. 55 Abs. 1 OR liegt] kaum je vor [...]» (STARK).

1123 Gl.M. betreffend KHG: CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 27, dem zufolge die Kosten behördlicher Schadensabwehr aufgrund der Kanalisierung der Haftung nicht gestützt auf andere öffentlich-rechtliche Kostenauflagen (z.B. Art. 54 GSchG oder Art. 59 USG) auf andere Personen überwältzt werden können.

1124 Art. 15 StAG.

1125 Art. 51 Abs. 1 OR.

1126 Siehe Fn. 863.

1127 Art. 51 Abs. 1 OR i.V.m. Art. 50 Abs. 2 OR.

eingeschränktem Regressrecht des Haftungssubjekts wünschenswert.¹¹²⁸ Damit würden die Zuliefererindustrie und alle weiteren Mitschädiger vor Schadenersatzklagen geschützt.¹¹²⁹ Zudem könnten aufgrund der Kanalisierung der Haftung auch die Versicherungskosten kanalisiert werden (Rz. 230).

6. *Exkurs: Solidarhaftung*

1. Betreiberin und Eigentümerin der Stauanlage haften gestützt auf die StAG-
Haftung solidarisch.¹¹³⁰ Im Aussenverhältnis kann somit die Betreiberin oder
die Eigentümerin von den Geschädigten zum Ersatz des gesamten Schadens
verpflichtet werden.¹¹³¹ Die Schuldnermehrheit setzt sich mindestens aus einer
Betreiberin und einer Eigentümerin zusammen. Sie kann sich aber auch aus
mindestens zwei Betreiberinnen (Rz. 478) oder mindestens zwei Eigentüme-
rinnen (Rz. 508) zusammensetzen.

2. Bei einem Stauanlagenunfall können die Schädiger noch aus weiteren
Rechtsgründen solidarisch haften:

a. Besteht eine Betreiberin aus verschiedenen Rechtssubjekten (Rz. 479), das
heisst, gilt die Betreiberin als Rechtsgemeinschaft¹¹³², haften ihre Mitglieder
solidarisch (Art. 51 Abs. 1 OR).¹¹³³ Nach richtiger Ansicht ergibt sich folglich
auch die Solidarhaftung der Mitglieder der einfachen Gesellschaft aus Art. 14
Abs. 1 StAG in Verbindung mit Art. 51 Abs. 1 OR, nicht aber aus Art. 544
Abs. 3 OR. Denn Art. 544 Abs. 3 OR ist hinsichtlich unerlaubter Handlungen
nicht anwendbar.¹¹³⁴

1128 A.M. STARK, ZSR 1967 II, S. 138.

1129 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 116.

1130 Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG (siehe auch Rz. 525); siehe ferner Art. 143 Abs. 2 OR.
Die Solidarhaftung gilt auch, wenn von mehreren Haftungssubjekten eines ein Ge-
meinwesen (Rz. 512) ist (gl.M. im Allgemeinen: JAAG, SBVR I/3 [2017], Rz. 50b).

1131 Art. 144 Abs. 1 OR (siehe dazu im Allgemeinen z.B. ZK [2016]-KRAUSKOPF,
Vor Art. 144–147 OR N 2 und 10).

1132 Siehe zu diesem Begriff z.B. VISCHER/GALLI, AJP 8/2020, S. 1024–1025.

1133 Dazu im Allgemeinen z.B. BSK OR I (2020)-GRABER, Art. 51 N 7; REY/WILDHA-
BER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1697 und 1700; KUKO OR (2014)-SCHÖNENBER-
GER, Art. 50/51 N 9; BK (2013)-BREHM, Art. 51 OR N 128–130.

1134 BSK OR II (2016)-PESTALOZZI/VOGT, Art. 544 N 17 m.w.N.; ZK (2009)-HAND-
SCHIN/VONZUN, Art. 544 OR N 98; BK (2006)-FELLMANN/MÜLLER, Art. 544 OR
N 136 und 140; siehe auch MEIER-HAYOZ/FORSTMOSER/SETHE, Gesellschafts-

- 538 **b.** Mehrere Betreiberinnen (Rz. 478)¹¹³⁵ und auch mehrere Eigentümerinnen einer Stauanlage haften solidarisch.¹¹³⁶
- 539 **c.** Schliesslich können neben dem Haftungssubjekt aufgrund der fehlenden Kanalisierung der Haftung (Rz. 228–231) bei einem Stauanlagenunfall gegebenenfalls weitere Personen ausservertraglich solidarisch haften (Rz. 531).¹¹³⁷
- 540 **3.** Haften mehrere Schädiger solidarisch, kann der vom Geschädigten belangte Schädiger gegebenenfalls Rückgriff auf die anderen Schädiger nehmen. Die Regressordnung beurteilt sich nach Art. 51 Abs. 2 OR,¹¹³⁸ wobei unter den Haftpflichtigen keine (interne) Solidarität besteht. Im internen Regressverhältnis haftet folglich jeder Haftpflichtige nur für sich.¹¹³⁹

recht (2018), § 12 Rz. 89; VON BÜREN, OR BT (1972), S. 249. **A.M.** betreffend Geschäftsherrenhaftung: BGE 72 II 255 E. IV.4 S. 266, wobei sich das Bundesgericht auf Art. 544 Abs. 3 OR stützt.

1135 Art. 51 Abs. 1 OR.

1136 *Miteigentum*: BGE 117 II 50 E. 5b S. 63–64 (= Pra 1992, Nr. 140, S. 517–518); siehe auch BSK ZGB II (2019)-BRUNNER/WICHTERMANN, Art. 646 N 43; WERRO, *Responsabilité civile* (2017), Rz. 770. *Gesamteigentum*: BSK ZGB II (2019)-WICHTERMANN, Art. 653 N 18; WERRO, *Responsabilité civile* (2017), Rz. 770.

1137 Art. 51 Abs. 1 OR; BSK OR I (2020)-GRABER, Art. 51 N 7.

1138 Dazu im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-GRABER, Art. 51 N 25–26 (eintypische Solidarität; siehe Rz. 535 und 537–538 zu dieser Konstellation), siehe aber auch N 14–19 (mehrtypische Solidarität; siehe Rz. 539 zu dieser Konstellation).

1139 BSK OR I (2020)-GRABER, Art. 51 N 21.

Zweiter Teil: Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG

1. «Die Betreiberin einer Stauanlage haftet für Personen- und Sachschaden, 541
der durch die Verwirklichung der Risiken entsteht, die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind.»¹¹⁴⁰

2. Im zweiten Teil dieser Monografie untersuche ich, unter welchen Voraussetzungen das Haftungssubjekt für Stauanlagen gestützt auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG haftet.¹¹⁴¹ Einleitend zeige ich auf, was unter der «Verwirklichung der Risiken» im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG zu verstehen ist, «die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind» (Rz. 543–621). Anschliessend erläutere ich die weiteren Haftungsvoraussetzungen der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 622–728) und lege dar, wann das Haftungssubjekt nicht nach Art. 14 Abs. 1 StAG haftet (Rz. 729–755). Schliesslich beantworte ich verjährungsrechtliche Fragen (Rz. 756–778) und zeige auf, gestützt auf welche anderen Haftungstatbestände ausservertraglich für Stauanlagen gehaftet wird, wobei ich insbesondere auf Haftungskonkurrenzen eingehe (Rz. 779–824).

I. «Verwirklichung der Risiken, die mit Wassermassen verbunden sind»

1. Mit einer Stauanlage werden grosse Wassermassen aufgestaut, denen Lageenergie innewohnt. Tritt Wasser aus einer Stauanlage aus, verwandelt sich 543
seine Lageenergie in grosse Bewegungsenergie. Das charakteristische Risiko

¹¹⁴⁰ Art. 14 Abs. 1 StAG.

¹¹⁴¹ Die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG ist als Betriebshaftung ausgestaltet (zu Betriebshaftungen im Allgemeinen: MÜLLER, *Responsabilité civile* [2013], Rz. 20; KELLER/GABI/GABI, *Haftpflichtrecht* [2012], S. 6; siehe auch BOLLIGER, FS Siehr [2001], S. 9). Man könnte Art. 14 Abs. 1 StAG auch als *verschärfte Werkigentümerhaftung* bezeichnen, da die Geschädigten nicht verpflichtet sind, zu beweisen, dass die Stauanlage (d.h. das Werk, siehe Rz. 293) mangelhaft ist (vgl. BOTSCHAFT StAG [9.6.2006], S. 6047 *in fine*).

einer Stauanlage ist daher die grosse Bewegungsenergie austretender Wassermassen. Die Grösse der Bewegungsenergie hängt dabei von verschiedenen Faktoren ab (Rz. 208–224).

- 544 **2.** Die Verwirklichung des charakteristischen *haftungsbegründenden* Risikos einer Stauanlage, das heisst des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 227), ist eine Haftungsvoraussetzung der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG.¹¹⁴² Das StAG beschreibt diese Haftungsvoraussetzung mit dem Passus «Verwirklichung der Risiken [...], die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind»¹¹⁴³. Diese gesetzliche Umschreibung ist jedoch widersprüchlich und beschreibt die zentrale Haftungsvoraussetzung nicht genug präzise (Rz. 595–610). Das charakteristische Risiko einer Stauanlage verwirklicht sich genau besehen, wenn Wasser aus einer Stauanlage austritt (Rz. 545–594). Das Ergebnis meiner Analyse halte ich am Schluss dieses Kapitels fest (Rz. 611–621).

A. Austritt von Wasser aus einer Stauanlage als Haftungsvoraussetzung

- 545 **1.** Art. 14 Abs. 1 StAG zufolge ist das charakteristische Risiko einer Stauanlage der Austritt von «Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien». An anderer Stelle umschreibt das StAG das charakteristische Risiko einer Stauanlage als das «Austreten von Wassermassen».¹¹⁴⁴ Diese Umschreibung des charakteristischen Risikos einer Stauanlage ist enger als jene in Art. 14 Abs. 1 StAG.
- 546 **a.** Diese Diskrepanz ist auf einen Antrag der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrats vom 28. Juni 2010 zurückzuführen.¹¹⁴⁵

¹¹⁴² Art. 14 Abs. 1 StAG.

¹¹⁴³ Art. 14 Abs. 1 StAG.

¹¹⁴⁴ Art. 1 StAG und Art. 17 Abs. 2 Satz 2 StAG.

¹¹⁴⁵ Geschäftsnummer 06.060 (Fahne 2010 III N «06.060s: N2 D.pdf. – Fahne Herbstsession 2010 Nationalrat»); Votum Nationalrat VAN SINGER (AB 2010 N 1394) «En effet, notre commission propose de préciser, à l'article 15 alinéa 1, que les dégâts que l'exploitant doit assumer ne sont pas seulement les dégâts inhérents à l'écoulement de grandes quantités d'eau, mais aussi ceux qui sont dus à l'écoulement de grandes quantités de boues et d'autres matériaux.»

Art. 14 Abs. 1 StAG¹¹⁴⁶ lautete ursprünglich nämlich wie folgt: «Die Betreiberin einer Stauanlage haftet für Personen- und Sachschaden, der durch die Verwirklichung der Risiken entsteht, die mit austretenden Wassermassen verbunden sind».¹¹⁴⁷ Mit anderen Worten umschrieb das E-StAG (2006) das charakteristische Risiko einer Stauanlage in allen Gesetzesbestimmungen gleich. Als Art. 14 Abs. 1 StAG im Rahmen der parlamentarischen Beratungen geändert wurde, dürfte vergessen worden sein, Art. 1 StAG und Art. 17 Abs. 2 Satz 2 StAG an Art. 14 Abs. 1 StAG anzupassen.

b. Da sich die Haftung einzig nach Art. 14 Abs. 1 StAG beurteilt, ist diese 547 Diskrepanz zwischen den erwähnten Gesetzesartikeln jedoch bedeutungslos. Allerdings ist diese Erkenntnis (Rz. 546) wichtig für das Verständnis der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG. Der Bundesgesetzgeber erkannte richtigerweise, dass bei einem Wasseraustritt auch Feststoffe (Rz. 69) – «Schlamm oder andere Materialien»¹¹⁴⁸ in der Terminologie des StAG – die Stauanlage verlassen und vom Wasser fortbewegt werden sowie im Unterliegergebiet (Fn. 167) Rechtsgüter verletzen können.¹¹⁴⁹ Mit anderen Worten können nicht nur die austretenden Wassermassen, sondern auch die mitgeschwemmten Feststoffe die im Unterliegergebiet befindlichen Rechtsgüter verletzen. Deswegen ordnet das StAG zu Recht an, dass das Haftungssubjekt für Schaden haftet, der durch austretende Wassermassen, austretenden Schlamm oder andere austretende Materialien verursacht wird (Überflutungsschaden)^{1150, 1151}

Diese Regelung ist aus Sicht des Geschädigtenschutzes sachgerecht: 548 Es dürfte *ex post* teilweise nicht mehr zweifelsfrei festgestellt werden können, ob ein Schaden durch das Wasser und/oder Feststoffe verursacht wurde. Der heute geltende Art. 14 Abs. 1 StAG verhindert somit komplizierte Beweiserhebungen und schliesst eine Haftungslücke¹¹⁵².

1146 Art. 15 Abs. 1 E-StAG (2006).

1147 Geschäftsnummer 06.060 (Fahne 2010 III N «06.060s: N2 D.pdf. – Fahne Herbstsession 2010 Nationalrat»).

1148 Art. 14 Abs. 1 StAG.

1149 Z.B. KGer/VS (13.11.1968), in: ZWR 1969, S. 189–194, und KGer/VS (13.11.1968), in: ZWR 1969, S. 195–199, beide Urteile betreffend die «Verschlammung der Zermatter-Vispe» infolge Spülung eines Ausgleichsbeckens.

1150 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

1151 Siehe FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1876 und 1880.

1152 Das Haftungssubjekt hätte nämlich behaupten können, der Schaden sei gar nicht durch das Wasser, sondern die Feststoffe verursacht worden, und es folglich nicht

- 549 c. Diese Ausführungen (Rz. 547) ändern jedoch nichts daran, dass das charakteristische Risiko einer Stauanlage nur die grosse Bewegungsenergie austretender Wassermassen ist (Rz. 226). Denn Feststoffe können ohne gleichzeitigen Wasseraustritt die Stauanlage nicht verlassen. Eine Haftung gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG kommt daher nur infrage, wenn Wasser aus einer Stauanlage austritt. Ob das austretende Wasser auch Feststoffe mitschwemmt, ist für die Frage, ob sich das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage, das heisst das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichte, irrelevant. Ist erstellt, dass sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichte, spielen die Feststoffe jedoch bei der Frage, ob ein Rechtsgut verletzt wurde, eine Rolle.
- 550 2. Nach diesen einleitenden Bemerkungen erläutere ich in einem ersten Schritt die Wörter «Wassermassen», «Schlamm» und «andere Materialien» (Rz. 551–556). Anschliessend zeige ich auf, wieso die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG in der geltenden Rechtsordnung ein Unikum ist (Rz. 557–559). Weiter lege ich dar, wieso gemäss Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 StAG zu viele Sachverhalte unter die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG fallen (Rz. 560–568). Deswegen untersuche ich anschliessend, wie die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG eingegrenzt werden kann. Aufgrund dieser Erkenntnisse zeige ich auf, wann sich das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage, das heisst das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, verwirklicht und wann nicht (Rz. 569–594).

haftbar sei. Zudem kann Schaden nur durch Feststoffe entstehen oder diesen vergrössern (z.B. Beseitigungs- bzw. Säuberungskosten von Schlamm, vgl. BGer 4A_156/2016 [23.8.2016]; KGer/VS [13.11.1968], in: ZWR 1969, S. 189–194, und KGer/VS [13.11.1968], in: ZWR 1969, S. 195–199, beide Urteile betreffend die «Verschlammung der Zermatter-Vispe» infolge Spülung eines Ausgleichsbeckens; BAUDOIS/OVERNEY, Colloque [2016], S. 118).

I. Begriffe

1. Art. 14 Abs. 1 StAG spricht von «austretenden Wassermassen, Schlamm und anderen Materialien». Dieser Passus ist grammatikalisch falsch. Das Adjektiv «austretenden» bezieht sich nur auf die Wörter «Wassermassen» und «andere Materialien», nicht aber auch auf das Wort «Schlamm». Es dürfte sich hierbei um ein redaktionelles Versehen handeln. Das Haftungssubjekt haftet nur für Schaden, der durch aus einer Stauanlage austretende Wassermassen, austretenden Schlamm oder austretende andere Materialien entsteht (Rz. 549). 551

2. Das StAG spricht von Austritt von «Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien»¹¹⁵³. Im Gegensatz zu Schlamm und anderen Materialien muss das austretende Wasser somit eine gewisse Quantität erreichen, das heisst als Wassermasse gelten. Unter «**Wassermasse**» versteht der DUDEN eine grosse Menge Wasser.¹¹⁵⁴ Das StAG und die StAV definieren nicht, was eine grosse Menge Wasser ist. Auch die Gesetzesmaterialien äussern sich nicht dazu. 552

Die fehlende Definition von «Wassermasse» lässt sich durch zwei Gründe erklären. Erstens ist anzunehmen, dass das StAG trotz Verwendung des Wortes «Masse» das Wasser gar nicht quantifizieren will. Vielmehr dürfte der Bundesgesetzgeber beim Erlass von Art. 14 Abs. 1 StAG den physikalischen Begriff der Masse, die aus Volumen und Dichte berechnet wird (Fn. 520), vor Augen gehabt haben. Zweitens dürfte das durch eine dem StAG-Haftungsregime unterstehende Stauanlage gestaute Wasser immer das Ausmass einer Wassermasse erreichen.¹¹⁵⁵ 553

3. Wird Wasser gestaut, werden gleichzeitig auch Feststoffe (Rz. 69) gestaut. Der Bundesgesetzgeber war sich dessen bewusst (Rz. 547). Aus diesem Grund erstreckt sich die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG auch auf den durch Feststoffe verursachten Schaden.¹¹⁵⁶ Das StAG spricht nicht von «Feststoffen», sondern umschreibt diesen Begriff mit den Wörtern «Schlamm» und «andere Materialien»: 554

- «**Schlamm**» ist eine weiche, schmierige Ablagerung aus Sand, Erde und organischen Stoffen am Grund von Gewässern (Sediment).¹¹⁵⁷ Er besteht aus Feinpartikeln, die fein verteilt im Wasser schweben (Schwebstoffe, 555

1153 Art. 14 Abs. 1 StAG.

1154 DUDEN, zu «Wassermasse».

1155 Siehe STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 165.

1156 Vgl. im Allgemeinen: PETSCHALLIES, Wasserbauten (2010), S. 28.

1157 Fn. 184; LEXIKON DER BIOLOGIE, zu «Schlamm».

Rz. 63 und 69).¹¹⁵⁸ Bleibt ein solches Gemisch für eine gewisse Dauer ruhig stehen, setzen sich die Schwebstoffe am Boden ab, sofern sie eine höhere Dichte als die sie umgebende Flüssigkeit haben.¹¹⁵⁹

- 556 – Das StAG definiert nicht, was es unter «**andere Materialien**» versteht. Hierbei handelt es sich ebenfalls um Feststoffe in Form von Geschiebe (Rz. 69), Holz,¹¹⁶⁰ Treibeis, Schnee oder Geröll. «Andere Materialien» sind aber auch künstliche Gegenstände (zum Beispiel Fahrzeuge oder Möbel), die von der Flutwelle mitgerissen werden.

2. Alleinstellungsmerkmal von Art. 14 Abs. 1 StAG

- 557 Art. 14 Abs. 1 StAG unterscheidet sich in zweifacher Hinsicht von anderen Gefährdungshaftungen. Aufgrund dieser zwei Besonderheiten (Rz. 558–559) ist die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG ein Unikum in der «Gefährdungshaftungslandschaft»:

- 558 – Das StAG bezeichnet nicht explizit die Risikoquelle¹¹⁶¹, welche die Einführung der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG rechtfertigte.¹¹⁶² Es ergibt sich nur implizit¹¹⁶³ aus Art. 14 Abs. 1 StAG, dass die Risikoquelle eine Stauanlage ist. Das Haftungssubjekt haftet somit nur nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn Wasser aus einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage (Rz. 324–329) austritt.
- 559 – Das StAG bezeichnet indirekt das charakteristische Risiko einer Stauanlage, das heisst der Risikoquelle.¹¹⁶⁴ Zudem stellt das StAG klar, wie ein Rechtsgut bei Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne

1158 LEXIKON DER BIOLOGIE, zu «Sediment» und zu «Schwebstoffe»; DUDEN, zu «Schwebstoff».

1159 SINNIER, Hinweise.

1160 Siehe zum Treibgut: Art. 41 GSchG; JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4520.

1161 Nicht zu verwechseln mit der «Gefahrenquelle» (Rz. 908).

1162 Anders Art. 40b Abs. 1 EBG («Eisenbahn»); Art. 33 Abs. 1 RLG («Rohrleitungsanlage»); Art. 58 Abs. 1 SVG («Motorfahrzeug»); Art. 3 Abs. 1 KHG («Kernanlage»); Art. 27 Abs. 1 SprstG («Sprengmittel oder pyrotechnische Gegenstände»); Art. 30 Abs. 1 GTG («gentechnisch veränderte Organismen»); Art. 19 Abs. 1 Satz 1 HFG («Forschungsprojekt»).

1163 Dies kann aus den Formulierungen «Betreiberin einer Stauanlage» und «austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien» geschlossen werden.

1164 Art. 14 Abs. 1 StAG («austretende Wassermassen»). Daraus kann auf die grosse Bewegungsenergie (Rz. 226) der austretenden Wassermassen geschlossen werden.

von Art. 14 Abs. 1 StAG verletzt werden muss,¹¹⁶⁵ damit das Haftungs-
subjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG haftet. Verwirklichen sich andere, nicht
charakteristische Risiken einer Stauanlage, haftet das Haftungssubjekt ge-
genüber dem Geschädigten folglich nicht gestützt auf Art. 14 Abs. 1
StAG. Die anderen Gefährdungshaftungen beschreiben demgegenüber
das charakteristische Risiko der Risikoquelle nicht.¹¹⁶⁶ Aus diesem Grund
müssen Rechtsprechung und Lehre bestimmen, was darunter zu verstehen
ist.¹¹⁶⁷

3. *Zwischenergebnis: zu weite Haftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG*

1. Es ist positiv zu bewerten, dass Art. 14 Abs. 1 StAG das charakteristische 560
Risiko einer Stauanlage indirekt umschreibt (Rz. 559).¹¹⁶⁸ Im Gegensatz zu
anderen Gefährdungshaftungen¹¹⁶⁹ muss somit nicht noch ermittelt werden,
welches das charakteristische Risiko einer Stauanlage ist.

2. Die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG erfasst jedoch zu viele 561
Sachverhalte, was sich als der grosse Schwachpunkt des StAG erweist. Dem
Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 StAG zufolge haftet das Haftungssubjekt nämlich

1165 Art. 14 Abs. 1 StAG («Personen- und Sachschaden, der durch die Verwirklichung der
Risiken entsteht, die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Mate-
rialien verbunden sind»).

1166 Art. 40b Abs. 1 EBG («charakteristische Risiken, die mit dem Betrieb der Eisenbahn
verbunden sind»); Art. 33 Abs. 1 RLG («Betrieb einer Rohrleitungsanlage oder durch
einen Mangel oder die fehlerhafte Behandlung einer nicht in Betrieb stehenden An-
lage»); Art. 58 Abs. 1 SVG («Betrieb eines Motorfahrzeuges»); Art. 19 Abs. 1 Satz 1
HFG («Durchführung eines Forschungsprojekts»). Gleich wie Art. 14 Abs. 1 StAG
hingegen: Art. 3 Abs. 1 KHG («Nuklearschäden, die durch Kernmaterialien in seiner
Anlage verursacht werden»); Art. 27 Abs. 1 SprstG («Explosion solcher Mittel oder
Gegenstände»); Art. 30 Abs. 1 GTG («Schäden, die bei diesem Umgang [mit gen-
technisch veränderten Organismen] wegen der Veränderung des genetischen Materi-
als entstehen»).

1167 Z.B. betreffend Art. 58 Abs. 1 SVG («Betrieb eines Motorfahrzeuges»):
BSK SVG (2014)-PROBST, Art. 58 N 153–170; betreffend Art. 40b Abs. 1 EBG
(«charakteristischen Risiken, die mit dem Betrieb der Eisenbahn verbunden sind»):
KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 54–87.

1168 Siehe zum charakteristischen Risiko im Allgemeinen z.B. GRÜNIG, Diss. FR (2020),
Rz. 564–577.

1169 Siehe z.B. GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 537–545.

für Personen- und Sachschaden, der durch austretende Wassermassen verursacht wird.¹¹⁷⁰ Mit anderen Worten haftet das Haftungssubjekt gestützt auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG für jeden Schaden, der durch das aus einer Stauanlage austretende Wasser verursacht wird. Erfasst wäre sogar der Summationsschaden, das heisst Schaden, der durch die «unzähligen täglichen Nadelstiche»¹¹⁷¹ von Wasser über einen längeren Zeitraum verursacht wird.¹¹⁷²

562 Auch dem Bundesrat war diese Problematik (Rz. 561) bekannt. Aus gewissen Passagen der BOTSCHAFT StAG kann nämlich geschlossen werden, dass der Bundesrat die weitreichende StAG-Haftung einschränken wollte:

- 563 – Das Haftungssubjekt soll nur für Schaden haften, der auf «unvorhergesehenes Austreten von Wassermassen zurückzuführen» ist.¹¹⁷³
- 564 – Das Haftungssubjekt soll nur für Personen- und Sachschaden haften, der «durch die Verwirklichung der charakteristischen Risiken entsteh[t], welche austretenden Wassermassen innewohnen, die also durch die hohe Bewegungsenergie der Wassermassen verursacht werden.»¹¹⁷⁴
- 565 – Das Haftungssubjekt soll nicht für Schaden infolge des normalen Abflusses¹¹⁷⁵ oder eines Hochwassers¹¹⁷⁶ haften. Laut der BOTSCHAFT StAG

1170 A.M. POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 515, der unter Berufung auf Art. 2 Abs. 1 StAV festhält, dass nur der Wasseraustritt infolge des Bruchs des Absperrbauwerkes erfasst ist. Allerdings scheint POLTIER kritisch gegenüber dieser Leseart von Art. 14 Abs. 1 StAG eingestellt zu sein: «Mais cette solution, conforme à l'article 2 al. 1 OSOA, mériterait d'être débattue, on peut en effet se demander si cette règle de l'ordonnance s'écartere de la lettre de la loi, voire restreint indûment le champ d'application de l'article 14 LOA.» (POLTIER, *Énergie* [2020], Rz. 515).

1171 KELLER, *Haftpflicht I* (2002), S. 353.

1172 Zum Begriff «Summationsschaden»: KELLER, *Haftpflicht I* (2002), S. 353; siehe auch KÜCHLER, *Haftpflichtrecht* (1973), S. 439 «Summation mehrerer kleiner und zeitlich aufeinanderfolgender Einwirkungen»; siehe ferner HONSELL/ISENRING/KESSLER, *Haftpflichtrecht* (2013), § 22 Rz. 41, HUBER-BERNINGER, SVZ 3–4/1996, S. 80, und STARK, *Umweltschutz* (1973), S. 449 *in fine*, die von «Allmählichkeitsschäden» (HONSELL/ISENRING/KESSLER und HUBER-BERNINGER) bzw. von «allmählichen Einwirkungen» (STARK) sprechen.

1173 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049 *in initio*.

1174 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053, siehe auch S. 6054 («durch die charakteristischen Risiken bestimmt werden, die austretenden Wassermassen innewohnen.»).

1175 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054.

1176 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049 und 6055.

verwirklicht sich bei einem Hochwasser nämlich nicht das charakteristische Risiko einer Stauanlage, da das Hochwasser auch entstünde, wenn die Stauanlage nicht existierte.¹¹⁷⁷

3. Als der Bundesrat Art. 14 Abs. 1 StAG formulierte, dürfte er primär das Versagen des Absperrbauwerkes vor Augen gehabt haben.¹¹⁷⁸ Auch der Bundesgesetzgeber dürfte bei der Verabschiedung von Art. 14 Abs. 1 StAG vorwiegend an dieses und ähnliche Szenarien gedacht haben.¹¹⁷⁹ Das Haftungssubjekt haftet dem Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 StAG zufolge gleichwohl für jeden Personen- und Sachschaden, der durch das aus einer Stauanlage austretende Wasser verursacht wird.¹¹⁸⁰ Es ist folglich irrelevant, ob der Schaden durch einen regulären (Rz. 94–109) oder irregulären (Rz. 110–116) Wasseraustritt verursacht wird.

a. Der Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 StAG geht somit zu weit beziehungsweise erfasst zu viele Sachverhalte (Rz. 566). Der Bundesrat und ihm folgend der Bundesgesetzgeber formulierten Art. 14 Abs. 1 StAG fehlerhaft.¹¹⁸¹ Das Haftungssubjekt sollte nach Art. 14 Abs. 1 StAG nicht für jeden erdenklichen Schaden haften, der infolge eines Wasseraustritts aus einer Stauanlage verursacht wird.¹¹⁸² Die *ratio legis* von Art. 14 Abs. 1 StAG ist eine andere: Das Haftungssubjekt soll nur für den durch das Wasser entstehenden Schaden haften, der letztlich durch die Stauanlage verursacht wurde. Nicht haften soll das Haftungssubjekt hingegen für den durch das Wasser verursachten Schaden,

1177 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

1178 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6047 und 6049; vgl. auch ROTA, Beilage zu Tec21 47/2004, S. 88, der das «vollständige Versagen des zentralen Bereichs einer Talsperre bei maximal gefülltem Speichersee» als «ultimatives Katastrophenszenario» bezeichnet.

1179 Der Bundesgesetzgeber diskutierte nämlich keine anderen Szenarien (AB 2010 S 429–434; AB 2010 S 902; AB 2010 N 1393–1400; AB 2010 N 1581).

1180 A.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054.

1181 Es ist zweifelhaft, ob das von Art. 14 Abs. 1 StAG verwendete Wort «Wassermasse» impliziert, dass nicht jeder Wasseraustritt als Verwirklichung des charakteristischen Risikos einer Stauanlage gilt (Rz. 553).

1182 Vgl. betreffend das deutsche Recht: ESSER, Gefährdungshaftung (1969), S. 16, dem zufolge sich eine Gefährdungshaftung für Talsperren nur auf betriebseigentümlichen Schaden erstrecken sollte.

der auch ohne Stauanlage (zum Beispiel infolge eines Hochwassers) entstanden wäre. Aus diesen Gründen darf beziehungsweise muss Art. 14 Abs. 1 StAG **teleologisch reduziert** werden.¹¹⁸³

- 568 **b.** Ich untersuche nachfolgend mithilfe welcher Kriterien auf dem Wege einer *norminternen teleologischen Reduktion*¹¹⁸⁴ die Haftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG sachgerecht eingeengt werden kann. Diese Kriterien sollen es ermöglichen, das charakteristische Risiko einer Stauanlage (Rz. 226) auf das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage, das heisst das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, einzugrenzen (Rz. 227). In einem ersten Schritt stelle ich die untauglichen und nicht sachgerechten Kriterien vor (Rz. 569–584). In einem zweiten Schritt lege ich dar, mithilfe welcher Kriterien die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG sachgerecht *contra verbiis legis* eingeschränkt werden sollte (Rz. 585–594).

4. *Eingrenzung der StAG-Haftung*

a. *Untaugliche und nicht sachgerechte Kriterien*

i. *Wasserquantität*

- 569 Ob beziehungsweise in welchem Fall viel Wasser aus einer Stauanlage austritt, ist relativ. Mangels gesetzlicher Mengenangaben – die aber ohnehin inadäquat wären – kann die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG daher durch das Kriterium «Wasserquantität» nicht eingeschränkt werden.¹¹⁸⁵ Deswegen kann auch aus dem von Art. 14 Abs. 1 StAG verwendeten Wort «Wassermasse» nichts geschlossen werden (Rz. 553). Richtigerweise spricht die französische Fassung – im Gegensatz zur deutschen und italienischen Fassung – des StAG in gewissen Gesetzesbestimmungen denn auch von Wasseraustritt

1183 Zu den Voraussetzungen der teleologischen Reduktion im Allgemeinen: BGE 145 III 109 E. 5.1 S. 114; KRAMER, Methodenlehre (2019), S. 236; JAUN, Diss. BE (2001), S. 152–165, insbesondere S. 157; siehe auch SCHLUEP, Rechtstheorie (2006), Rz. 822.

1184 Zu diesem Begriff z.B. BK (2012)-EMMENEGGER/TSCHENTSCHER, Art. 1 ZGB N 398–402.

1185 A.M. die strafrechtliche Lehre betreffend Art. 227 StGB, die «entfesselte Wassermassen von grösserem Umfang» voraussetzt (BSK StGB II [2019]-ROELLI, Art. 227 N 5 m.w.N.).

(«écoulement de leurs eaux»¹¹⁸⁶ und «écoulement des eaux»¹¹⁸⁷) statt von Wassermassenaustritt.

ii. *Grösse der Bewegungsenergie des austretenden Wassers*

Laut BOTSCHAFT StAG stellt die «hohe¹¹⁸⁸ Bewegungsenergie der Wassermassen»¹¹⁸⁹ das charakteristische Risiko einer Stauanlage dar. Ich stimme der BOTSCHAFT StAG zwar zu, dass die grosse Bewegungsenergie des austretenden Wassers das charakteristische Risiko einer Stauanlage ist (Rz. 226). Allerdings taugt dieses Kriterium nicht dazu, die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG einzugrenzen:

- Gestautem Wasser wohnt Lageenergie inne. Tritt Wasser aus einer Stauanlage aus, verfügt es – wie jedes Fliessgewässer¹¹⁹⁰ – über Bewegungsenergie (Rz. 208–209). Da Wasser regulär aus Stauanlagen austritt beziehungsweise durch sie fliesst (Rz. 94–109),¹¹⁹¹ ist die *Bewegungsenergie* des Wassers kein taugliches Kriterium, um die StAG-Haftung einzugrenzen, zumal eine Stauanlage sogar die Bewegungsenergie des Fliessgewässers verringern und damit zur Risikominimierung beitragen kann.¹¹⁹² 571
- Auch die *Grösse* der Bewegungsenergie des austretenden Wassers taugt nicht als Kriterium. Ob die Bewegungsenergie des austretenden Wassers gross ist, ist relativ.¹¹⁹³ Mangels gesetzlicher Mengenangaben – die wiederum (Rz. 569) nicht sachgerecht wären – ist auch dieses Kriterium ungeeignet, um die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG einzugrenzen. 572

iii. *Unvorhergesehener Wasseraustritt*

1. Der BOTSCHAFT StAG zufolge haftet das Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG nur für Personen- und Sachschaden, der auf «unvorhergesehenes 573

1186 Art. 1 StAG.

1187 Art. 17 Abs. 2 Satz 2 StAG.

1188 Dieses Wort ist unzutreffend (Fn. 508).

1189 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053.

1190 Schon ein kleiner Bach weist eine grosse Bewegungsenergie auf.

1191 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049 («durchfliessenden Hochwasserwelle»), 6054 («durch die Stauanlage hindurchgeflossenen Wassermenge») und 6055 («Für Hochwasser, das eine Stauanlage durchflossen hat»); Art. 1 Abs. 2 E-StAG (1997).

1192 Siehe Fn. 1221.

1193 Siehe Rz. 213 zur Berechnung der Bewegungsenergie.

Austreten von Wassermassen zurückzuführen»¹¹⁹⁴ ist. Aus wessen Sicht der Wasseraustritt unvorhergesehen und damit «überraschend» und «ohne Vorwarnung» sein muss,¹¹⁹⁵ führt die BOTSCHAFT StAG nicht aus.

- 574 **2.** Es ist aus Sicht des Geschädigtenschutzes nicht sachgerecht, mithilfe des Kriteriums «unvorhergesehener Wasseraustritt» die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG einzuschränken. Einerseits würde die Durchsetzung des Schadenersatz- und Genugtuungsanspruchs verkompliziert, da die Geschädigten beweisen müssten, dass der Wasseraustritt – aus wessen Sicht auch immer (Rz. 575–577) – nicht vorhergesehen wurde.¹¹⁹⁶ Andererseits würde dem Haftungssubjekt eine zusätzliche¹¹⁹⁷ Möglichkeit eingeräumt, sich von seiner StAG-Haftung zu befreien. Dieser zusätzliche «Entlastungsgrund» dürfte jedoch kaum vom Bundesgesetzgeber beabsichtigt gewesen sein und widerspräche zudem der Natur der Gefährdungshaftung, wonach sich das Haftungssubjekt nur in den gesetzlich vorgesehenen Fällen von seiner Haftung befreien können soll (Rz. 202).
- 575 **a.** Haftete das Haftungssubjekt nur, wenn es den Wasseraustritt nicht vorhersah, könnte es im Haftpflichtprozess vorbringen, es habe den Wasseraustritt (zum Beispiel wegen des ungenügenden Unterhalts) nicht vorhergesehen und sich damit von seiner StAG-Haftung befreien. Dies wäre nicht sachgerecht. Das Haftungssubjekt soll nach Art. 14 Abs. 1 StAG haften, wenn Wasser aus der Stauanlage austritt, wobei unerheblich ist, ob es diesen Wasseraustritt vorhersah oder nicht. Insbesondere soll das Haftungssubjekt auch dann haften, wenn das Wasser (zum Beispiel infolge einer Lawine) ohne Vorwarnung und damit aus seiner Sicht überraschend aus der Stauanlage austritt.
- 576 **b.** Haftete das Haftungssubjekt nur, wenn der Geschädigte den Wasseraustritt nicht vorhersah, könnte sich das Haftungssubjekt erneut von seiner StAG-Haftung befreien. Dazu müsste es im Haftpflichtprozess beweisen, dass der Geschädigte den Wasseraustritt (zum Beispiel wegen des angekündigten Erdbebens oder der Warnungen des Haftungssubjekts oder der Behörden) vorhersah. Aufgrund dieses Kriteriums würden viele Stauanlagenunfälle nicht von der

1194 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049 *in initio*; siehe auch Rz. 563.

1195 DUDEN, zu «unvorhergesehen».

1196 Nach heute vorherrschender Auffassung sind auch negative Tatsachen (hier: Unvorhergesehenheit des Wasseraustritts) zu beweisen, d.h., der Grundsatz «*negativa non sunt probanda*» gilt nicht mehr (z.B. ZK [2018]-JUNGO, Art. 8 ZGB N 303; BAUMGARTNER/DOLGE/MARKUS/SPÜHLER, Zivilprozessrecht [2018], § 43 Rz. 54).

1197 Siehe Art. 15 StAG.

Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG erfasst, bei denen sich der Wasseraustritt (zum Beispiel wegen vorgängiger Evakuierung) andeutete. Eine solche Haftungsbefreiung wäre nicht sachgerecht. Zudem ist dieser *subjektive* Ansatz¹¹⁹⁸ impraktikabel, da der Richter bei jedem Geschädigten prüfen müsste, ob dieser den Wasseraustritt vorhersah. Es darf keine Rolle spielen, ob ein Geschädigter den Wasseraustritt vorhersah oder nicht. Er soll in beiden Konstellationen Schadenersatz und Genugtuung vom Haftungssubjekt verlangen können.

c. Haftete das Haftungssubjekt nur, wenn die Aufsichtsbehörde den Wasseraustritt nicht vorhersah, könnte sich das Haftungssubjekt ebenfalls von seiner Haftung befreien. So könnte es im Haftpflichtprozess beweisen, dass die Aufsichtsbehörde den Wasseraustritt (zum Beispiel wegen Kontrollen der Stauanlage) vorhersah. Dies wäre aus Sicht des Geschädigten überhaupt nicht sachgerecht. Ob das Haftungssubjekt haftet, darf nicht vom Wissen einer Drittpartei – die weder Schädiger noch Geschädigter ist – abhängig gemacht werden. 577

3. Aufgrund der dargelegten Gründe (Rz. 574) ist auch das Kriterium «vorhergesehener Wasseraustritt» nicht sachgerecht. 578

iv. *Unvorhersehbarer Wasseraustritt*

1. Im Lichte des soeben Ausgeführten (Rz. 573–577) eignet sich auch das Kriterium «unvorhersehbarer Wasseraustritt» nicht, um die StAG-Haftung einzugrenzen. Zwar handelt es sich im Gegensatz zum Kriterium «Unvorhergesehenheit des Wasseraustritts» um ein *objektives* Kriterium. Damit würden Haftpflichtprozesse insofern vereinfacht, als der Richter nur einmal entscheiden müsste, ob der Wasseraustritt unvorhersehbar war. Allerdings würde die Haftungsschwelle erheblich erhöht, da das Haftungssubjekt nur haften würde, wenn der Wasseraustritt für niemanden vorhersehbar war. Aus Sicht des Geschädigtenschutzes ist dieses Kriterium inadäquat, da wiederum viele Sachverhalte zu Unrecht nicht von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG erfasst würden. 579

2. Nicht sachgerecht ist auch das Kriterium «vorhersehbarer Wasseraustritt». 580
Aufgrund der technischen Möglichkeiten dürfte ein Wasseraustritt – zumin-

1198 Siehe Rz. 579–580 zum objektiven Kriterium «Unvorhersehbarkeit».

dest ab einem bestimmten Zeitpunkt vor dem Stauanlagenunfall – immer vorhersehbar sein. Auch mit diesem Kriterium lässt sich die StAG-Haftung nicht sachgerecht eingrenzen.

v. *Unkontrollierter Wasseraustritt*

- 581 **1.** Die StAG-Haftung lässt sich auch mithilfe des Kriteriums «unkontrollierter Wasseraustritt»¹¹⁹⁹ nicht sachgerecht eingrenzen.¹²⁰⁰ Ob das Wasser eine Stauanlage kontrolliert, das heisst von Menschen gesteuert (zum Beispiel durch vollständige Öffnung der Entlastungs- und Ablassvorrichtungen), oder unkontrolliert (zum Beispiel infolge eines Felssturzes in den Stauraum) verlässt, darf haftungstechnisch keine Rolle spielen. Es wäre stossend, wenn das Haftungssubjekt nur nach Art. 14 Abs. 1 StAG für Schaden haftete, wenn das Wasser unkontrolliert die Stauanlage verliesse, jedoch nicht nach StAG haftbar wäre, wenn es das Wasser kontrolliert (zum Beispiel bei einer Stauseeentleerung) abliesse.¹²⁰¹
- 582 **2.** Typisch für Gefährdungshaftungen ist, dass das Haftungssubjekt für Schaden haftet, der durch Verwirklichung des charakteristischen Risikos der gefährlichen Anlage entstanden ist. Dabei ist irrelevant, aus welchem Grund sich

1199 Mit «unkontrolliertem Wasseraustritt» ist der Moment gemeint, in dem das Wasser die Stauanlage verlässt, wobei unerheblich ist, dass sich das Wasser nach Verlassen der Stauanlage nicht mehr beherrschen lässt (siehe aber BSK StGB II [2019]-ROELLI, Art. 227 N 5 «Um den Tatbestand einzugrenzen, sind entfesselte Wassermassen von grösserem Umfang vorauszusetzen, die zudem nicht mehr beherrscht werden können [...]»); siehe auch DONATSCH/THOMMEN/WOHLERS, Strafrecht IV [2017], S. 58).

1200 Wohl a.M. BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Erläuterungen StAV (26.7.2012), S. 2, welches das unkontrollierte Austreten grösserer Wassermengen als Risiko ansieht.

1201 Gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 24 «Als «Austreten von Wassermassen» ist auch das beabsichtigte Austretenlassen von Wasser aus dem Stauraum im Zusammenhang mit dessen Spülung, Absenkung oder Entleerung zu betrachten. Die Expertenkommission hatte die Frage geprüft, ob nur ein unbeabsichtigtes, unfallartiges Austreten oder auch das beabsichtigte Austreten von Wassermassen im Zusammenhang mit dem Spülen, Absenken oder Entleeren von Stauräumen der Haftung unterstehen soll. Die Unterscheidung zwischen «unfallartigen» und «nichtunfallartigen» Ereignissen wirft jedoch in der Praxis schwierige Abgrenzungsprobleme auf, wie die Erfahrungen mit entsprechenden Bestimmungen in Versicherungsverträgen über die Umwelthaftpflicht zeigen. Zudem gehört es zum Wesen der Gefährdungshaftung, dass sie für jede Verwirklichung der Gefahr gilt, sei es bei einem Störfall, sei es beim ordnungsgemässen Betrieb.»

das Risiko verwirklicht hat.¹²⁰² Das Kriterium «unkontrollierter Wasseraustritt» widerspräche diesem Grundsatz diametral und ist deswegen abzulehnen. Ob sich das charakteristische Risiko einer Stauanlage wegen ihres Verhaltens (zum Beispiel Fehlmanipulation oder Baumängel), des Fundaments oder der Umgebung (Menschen oder Naturereignisse) verwirklicht, darf keine Rolle spielen.¹²⁰³ Das Haftungssubjekt haftet mit anderen Worten auch für den gewöhnlichen Zufall (Rz. 689 und Fn. 1520).¹²⁰⁴ Aus den gleichen Überlegungen ist auch das Kriterium «kontrollierter Wasseraustritt» abzulehnen.¹²⁰⁵

vi. *Plötzlicher Wasseraustritt*

Gewisse Befürworter einer Gefährdungshaftung für Stauanlagen erachten den plötzlichen Wasseraustritt als das charakteristische Risiko von Stauanlagen.¹²⁰⁶ Dieses Kriterium ist jedoch untauglich, um die StAG-Haftung einzuschränken. Wasser tritt immer plötzlich aus einer Stauanlage aus, sobald es nicht mehr gestaut wird, und zwar unabhängig davon, ob es sich um einen regulären oder irregulären Wasseraustritt handelt (Rz. 93–116).

vii. *Schadenspotenzial des austretenden Wassers*

Rechtsprechung und Lehre verstehen unter dem Wort «Wassermasse» eine Menge Wasser, die zu Schaden führte oder führen könnte.¹²⁰⁷ Allerdings ist auch das Kriterium des Schadenspotenzials des austretenden Wassers untauglich, um die StAG-Haftung einzugrenzen. Es ist nämlich nicht hilfreich, die

1202 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* II (2013), Rz. 113; FELLMANN/KOTTMANN, *Haftpflichtrecht* I (2012), Rz. 31.

1203 Siehe FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1879.

1204 Gl.M. betreffend EleG: *Haftpflichtkommentar* (2016)-KRATZ/LUDIN, Art. 27 EleG N 37 *in fine*.

1205 Gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 24 (siehe dazu Fn. 1201).

1206 STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 165; vgl. auch Art. 11 Abs. 3 StAG («plötzlicher totaler Bruch»); Motion 80.336 («Wasserkraftwerke. Haftpflicht») GUNTERN vom 6.3.1981 (AB 1981 S 7) «plötzlicher Bruch einer Sperre»; GPK STÄNDERAT, Bericht (19.5.1980), S. 415 «plötzlicher Bruch einer Sperre».

1207 Vgl. BGer 6B_221/2009, 6B_222/2009, 6B_223/2009 und 6B_231/2009 (2.9.2009) Sachverhalt Teil A; EVGer U 548/06 (20.9.2007) E. 3.1; SVGer/ZH UV.2006.00159 (31.10.2006) E. 4.2; VGer/BE VGE 18672 (2.8.1993) E. 4a, in: BVR 1994, S. 447; VGer/LU (22.11.1978) E. 2, in: LGVE 1978 II, Nr. 31, S. 88; DONATSCH/THOMMEN/WOHLERS, *Strafrecht* IV (2017), S. 58; Kommentar GSchG/WBG (2016)-SUTTER/NORER, Art. 1 WBG N 4; siehe auch GAUCH/SINNIGER, BR 2/1997, S. 45.

StAG-Haftung vom Resultat her einzugrenzen, da das Haftungssubjekt für gewissen Schaden, der durch den Wasseraustritt verursacht wurde, eben gerade nicht haften soll. Wurde durch den Wasseraustritt Schaden verursacht, ist bewiesen, dass das austretende Wasser über ein Schadenspotenzial verfügte.¹²⁰⁸

b. Eigenes Haftungskonzept

- 585 **1.** Eine Stauanlage greift in den natürlichen Wasserlauf ein, indem sie ein Gewässer aufstaut und das Wasser gegebenenfalls speichert (Rz. 54–92 und 281–295). Eine Stauanlage gefährdet die Unterlieger, weil der **Wasserstand im Unterliegergebiet** (Fn. 167) beziehungsweise Unterwasser (Fn. 148) infolge eines Wasseraustritts – objektiv betrachtet – **plötzlich**, das heisst von einem Augenblick zum anderen, und **unnatürlich stark ansteigen**¹²⁰⁹ kann.¹²¹⁰ Der Wasseranstieg im Unterliegergebiet ist dann unnatürlich stark, wenn er ohne die Stauanlage nicht in dieser Art und Weise stattgefunden hätte.

- 586 Dieses Doppelkriterium «plötzlicher und unnatürlich starker Wasseranstieg im Unterliegergebiet» ist in zeitlicher und räumlicher Hinsicht solange erfüllt, als die im Unterliegergebiet (Fn. 167) vorhandene Wassermenge wegen des Wasseraustritts wesentlich¹²¹¹ erhöht ist. Sobald die Wassermenge an einem bestimmten Ort im Unterliegergebiet wieder zurückgegangen ist,¹²¹² gilt ein durch das Wasser herbeigeführter Schaden nicht mehr durch die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG

1208 Aus einer Stauanlage austretendes Wasser verfügt wegen seiner Bewegungsenergie ohnehin immer – kleine Rinnsale ausgenommen – über ein kleineres oder grösseres Schadenspotenzial.

1209 Im Gegensatz zur BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6049, die auf einen unvorhergesehenen Wasseraustritt aus einer Stauanlage abstellt (Rz. 573–577), stelle ich auf den plötzlichen Wasserzuwachs im Unterliegergebiet (Fn. 167) ab. Diese beiden Kriterien sind strikt auseinanderzuhalten.

1210 Vgl. auch BGer 6B_221/2009, 6B_222/2009, 6B_223/2009 und 6B_231/2009 (2.9.2009) E. 5.3 *in fine*, wo das Bundesgericht die «Gefahr von plötzlich und stark anschwellenden Wassermassen in einem Bachbett» als «ungewöhnlich, untypisch und nicht natürlich» bezeichnet.

1211 Die Wassermenge im Unterliegergebiet (Fn. 167) ist dann nicht wesentlich erhöht, wenn z.B. Stunden oder sogar Tage später Hunderte Kilometer von der Stauanlage entfernt der Wasserstand eines fliessenden oder stehenden Gewässers leicht erhöht ist.

1212 Wird an gewissen Stellen im Unterliegergebiet (Fn. 167) üblicherweise kein Wasser geführt, hat sich die Situation erst wieder normalisiert, wenn kein Wasser mehr vorhanden ist.

verursacht. Werden im Unterliegergebiet Rechtsgüter durch austretende Wassermassen und/oder Feststoffe verletzt, ist für jedes Rechtsgut einzeln zu prüfen, ob am Ort der Schädigung (das heisst der Rechtsgutsverletzung) dieses Doppelkriterium erfüllt ist.

2. Dank diesen beiden Kriterien haftet das Haftungssubjekt sachgerecht nach Art. 14 Abs. 1 StAG für Schaden, der durch *irregulären Wasseraustritt* (Rz. 110–116) verursacht wurde. Denn bei einem irregulären Wasseraustritt steigt der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) in aller Regel¹²¹³ aufgrund der Flutwelle (Rz. 212–223) oder des Wasserschwalls (Rz. 224) plötzlich und unnatürlich stark an.

3. Mithilfe dieser beiden Kriterien kann zudem die StAG-Haftung bei *regulärem Wasseraustritt* (Rz. 94–109) adäquat eingegrenzt werden. Für Schaden, der zum Beispiel durch den normalen Wasserabfluss¹²¹⁴ verursacht wird, haftet das Haftungssubjekt solange nicht, als dieser normale Wasserabfluss dem natürlichen Wasserabfluss (Fn. 1214) entspricht.¹²¹⁵ Deswegen haftet das Haftungssubjekt nicht nach Art. 14 Abs. 1 StAG für Schaden, der durch den «normalen Abfluss»¹²¹⁶ oder durch ein durch die Stauanlage fließendes Hochwasser¹²¹⁷ verursacht wurde.

4. Aus **Talsperren** tritt an verschiedenen Stellen regulär Wasser aus. Ich zeige nachfolgend mithilfe des von mir entwickelten Haftungskonzepts auf, wann sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, das heisst das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage verwirklicht:

- Für Schaden, der durch das *Dotierwasser* (Rz. 95) verursacht wird, haftet das Haftungssubjekt nicht, weil der Wasserstand im Unterliegergebiet

1213 Ausgenommen sind z.B. die Sachverhalte i.S.v. Rz. 116.

1214 Unter «normalem Wasserabfluss» verstehe ich die Menge Wasser, die eine Stauanlage durchschnittlich im fraglichen Zeitraum (z.B. bei normaler Witterung oder Hochwasser) verlässt und minimal der Dotierwassermenge (Rz. 95) entspricht. Dieser normale Wasserabfluss kann, muss aber nicht dem «natürlichen Wasserabfluss» entsprechen. Mit «natürlichem Wasserabfluss» meine ich die Menge Wasser, die das Gewässer bzw. das Unterwasser (Fn. 148) im fraglichen Zeitraum führte, wenn die Stauanlage nicht existierte.

1215 Dies setzt einen *hypothetischen Vergleich* zwischen dem Wasserstand mit und ohne Stauanlage voraus.

1216 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054.

1217 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055 *in initio*.

(Fn. 167) nicht plötzlich und unnatürlich stark ansteigt. Hingegen haftet das Haftungssubjekt gegebenenfalls für Schaden, der durch den *normalen Wasserabfluss* verursacht wird, wenn die abgeflossene Wassermenge (zum Beispiel wegen der Stromproduktion) grösser als die Dotierwassermenge ist (Rz. 95) und der Wasserstand im Unterwasser (Fn. 148) plötzlich und unnatürlich stark ansteigt.

- 591 – Das Haftungssubjekt haftet gegebenenfalls für Schaden, den das mithilfe des *Grundablasses* (Rz. 97) abgelassene Wasser verursacht. So steigt etwa bei Spülungen der Stauanlage der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) wegen des Schwallwassers plötzlich und unnatürlich stark an. Das Haftungssubjekt haftet folglich für den durch das Wasser verursachten Schaden (zum Beispiel tödlicher Badeunfall)¹²¹⁸.¹²¹⁹ Aber auch bei einer Entleerung des Staubeckens verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn der Wasserspiegel im Unterliegergebiet plötzlich und unnatürlich stark ansteigt.
- 592 – Ein Hochwasser fliesst *automatisch* durch eine Talsperre, wenn ein bestimmtes Stauziel erreicht wird (Rz. 99). Wird ein Schaden infolge eines automatisch durch die Talsperre geflossenen Hochwassers verursacht, haftet das Haftungssubjekt nicht für Schaden, obwohl der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) plötzlich ansteigt.¹²²⁰ Denn der Wasserstand wäre auch ohne die Stauanlage stark angestiegen (Rz. 588).¹²²¹

1218 Für einen solchen Fall siehe BGer 6B_221/2009, 6B_222/2009, 6B_223/2009 und 6B_231/2009 (2.9.2009).

1219 Wohl **a.M.** FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1881, dem zufolge sich das charakteristische Risiko einer Stauanlage nicht verwirklicht, wenn ein Mensch im Abfluss eines Stausees ertrinkt.

1220 Gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 24–25 «Das Hochwasser wäre auch gegeben, wenn die Stauanlage nicht existierte. Der Anlageninhaber soll daher nur haften, wenn er ein Hochwasserschutzreglement oder eine analoge Verpflichtung missachtet hat, durch einen vorsorglichen Verzicht auf das vollständige Auffüllen des Stauraums Hochwasserschäden zu vermeiden.»; siehe auch Art. 1 Abs. 2 E-StAG (1997) «Die Haftung für Wasser, das die Stauanlage durchfliesst, untersteht dem Obligationenrecht.» Kritisch POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 515 (siehe auch das Zitat von POLTIER in Fn. 1170).

1221 Talsperren bewahren im Gegenteil vielfach das Unterliegergebiet (Fn. 167) bei Hochwasser vor noch grösserem Schaden, da die aus der Talsperre fliessende Wassermenge immer kleiner ist, als wenn die Talsperre nicht existierte. Talsperren dämpfen mit anderen Worten die Hochwasserwelle (PANDURI, *Hinweise*; SINNIGER, *Hinweise*; siehe auch Rz. 571).

- Lässt das Haftungssubjekt bei einem Hochwasser vorsorglich *manuell* 593 Wasser ab, bevor das Wasser die Stauanlage automatisch durch die Hochwasserentlastung verlässt, haftet es nicht für den vom Wasser verursachten Schaden, sofern zwei Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: Erstens muss feststehen, dass das Hochwasser die Talsperre automatisch verlassen hätte, selbst wenn das Wasser nicht manuell abgelassen worden wäre. Zweitens darf das Haftungssubjekt maximal so viel und so lange Wasser ablassen, wie es automatisch durch die Hochwasserentlastung der Stauanlage abgefließen wäre.¹²²² Sind diese beiden Kriterien nicht erfüllt, haftet das Haftungssubjekt für den vom Wasser verursachten Schaden, da in diesem Fall nämlich der Wasserstand im Unterliegegebiet (Fn. 167) – wie in der Rz. 591 beschriebenen Situation – plötzlich und unnatürlich¹²²³ stark ansteigt.
- Die StAG-Haftung ist nicht auf einzelne Anlagenteile beschränkt (Rz. 330– 594 339). Birst eine Triebwasserleitung oder eine Pumpspeicherröhre (Rz. 101),¹²²⁴ haftet daher das Haftungssubjekt für den dadurch verursachten Schaden, wenn der Wasserstand im Unterliegegebiet (Fn. 167) plötzlich und unnatürlich stark ansteigt.

B. Kritik an der gesetzlichen Formulierung

Das StAG beschreibt die Haftungsvoraussetzung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (das heisst des charakteristischen *haftungsbegründenden* Risikos einer Stauanlage) mit der Formulierung «Verwirklichung der Risiken, die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind.»¹²²⁵ In diesem Kapitel erläutere ich, wieso diese gesetzliche Formulierung widersprüchlich ist und wieso nach richtiger Ansicht – wie dargelegt (Rz. 549) – der Wasseraustritt das charakteristi-

1222 Beim vorsorglichen Wasserablass stellt sich allerdings das Problem, dass die tatsächliche Wassermenge, die ohne Betätigung der beweglichen Organe automatisch abgefließen wäre, nicht von vornherein, sondern erst nach dem Ereignis ermittelt werden kann. Es besteht somit eine Unsicherheit, wieviel Wasser manuell abgelassen werden darf: Einerseits könnte man durch vorsorgliches Wasserablassen Schaden verhindern, andererseits stellt sich erst im Nachhinein heraus, welche Wassermenge maximal abgelassen hätte werden können (PANDURI, Hinweise).

1223 Das Wasser wäre im Unterliegegebiet (Fn. 167) ohne die Talsperre nämlich viel weniger stark angestiegen.

1224 Siehe Fn. 51.

1225 Art. 14 Abs. 1 StAG.

sche Risiko einer Stauanlage ist (Rz. 606–610). Da meine Kritik an der gesetzlichen Formulierung Kenntnis der Bedeutung des Wortes «Risiko» voraussetzt, gehe ich vorgängig auf diesen Begriff ein (Rz. 596–605).

1. Zum Begriff «Risiko»

- 596 **1.** Es existiert keine allgemeinverbindliche Definition des Begriffs «Risiko». ¹²²⁶
- 597 **a.** Die Alltagssprache misst dem Wort «Risiko» folgende Bedeutung bei: «möglicher negativer Ausgang bei einer Unternehmung, mit dem Nachteile, Verlust, Schäden verbunden sind». ¹²²⁷
- 598 **b.** Unter «Risiko» werden im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich «mögliche zukünftige Folgen eines gegenwärtigen und andauernden Gewinns aus dem Einsatz bestimmter technischer Mittel oder bestimmter Naturereignisse» verstanden. ¹²²⁸
- 599 **c.** Im Versicherungswesen wird das Risiko «als Produkt aus Wahrscheinlichkeit für den Eintritt eines Schadens einerseits und der Schadensfolge andererseits berechnet». ¹²²⁹
- 600 **2.** Die Bedeutung des Wortes «Risiko» im Versicherungswesen deutet bereits an, dass «Risiko» und «Schaden» korrelieren können. ¹²³⁰ Im juristischen Sprachgebrauch muss das Risiko daher vom Schaden im Rechtssinne abgegrenzt werden (Rz. 602–605). Der Betriebswirtschaftslehre zufolge kann aus einem Risiko ein Verlust oder Gewinn entstehen. ¹²³¹ Die Juristen messen dem

¹²²⁶ HB Aktienrecht (2014)-ANWANDER, Rz. 78.7.

¹²²⁷ DUDEN, zu «Risiko»; siehe auch NOBEL, ZSR 1/2010 I, S. 3; SEILER, Risiken (1997), S. 38; HUG, Diss. ZH (1970), S. 11. A.M. HÄFELE, Risiko (1991), S. 211 *in initio*, dem zufolge in der Alltagssprache unter Risiko «das Wagnis eines Einsatzes für zukünftigen Gewinn» verstanden wird.

¹²²⁸ HÄFELE, Risiko (1991), S. 211 *in initio*.

¹²²⁹ HÄFELE, Risiko (1991), S. 212; siehe auch HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 25; SEILER, Risiken (1997), S. 39; HUG, Diss. ZH (1970), S. 11.

¹²³⁰ ERRASS, S&R 1/2010, S. 26; siehe auch PICHONNAZ, ZSR 1/2020 I, S. 8 «Im römischen Recht wurde der Begriff des *periculum* aber nicht immer in einem technischen Sinne verwendet. *Periculum* bedeutete sowohl Schaden als auch Risiko und wurde oft im Sinne eines aktionenrechtlichen Denkens als «Verfahrensrisiko» bezeichnet.»; NOBEL, ZSR 1/2010 I, S. 3.

¹²³¹ Siehe DOSWALD/GAMMA, Risikobericht (2017), S. 139; SCHÜLIN, Diss. BS (1990), S. 44.

Wort «Risiko» hingegen nicht diese doppelte Bedeutung zu: Im juristischen Sprachgebrauch resultiert aus einem Risiko kein Gewinn (beziehungsweise Geldzufluss), sondern nur ein Verlust (beziehungsweise Geldabfluss).¹²³²

a. Das Wort «Risiko» taucht in der Systematischen Sammlung des Bundesrechts rund fünfhundertmal auf,¹²³³ wobei es – soweit ersichtlich – nur einmal in einer Verordnung definiert wird.¹²³⁴ Bundesrat und Parlament scheinen offenbar die Kenntnis der Bedeutung dieses Wortes im jeweiligen Rechtsgebiet vorauszusetzen. Auch das Bundesgericht hat bislang – soweit ersichtlich – das Wort «Risiko» nicht definiert.

b. Bei der Lektüre von Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG fällt mir auf, dass das StAG in Abs. 1 von «Risiken» und in Abs. 2 von «Gefahr» spricht. In Art. 21 StAG – der Zwillingsnorm von Art. 14 Abs. 2 StAG (Rz. 845) – spricht das StAG von «Gefährdung». Diese Verwendung der unterschiedlichen Wörter «Risiko» und «Gefahr» spricht dafür, dass sie nicht das Gleiche bedeuten.¹²³⁵ Meine Schlussfolgerung wird dadurch bestätigt, dass die deutsche Lehre seit geraumer Zeit das Risiko von der Gefahr abgrenzt.¹²³⁶ Gefahr und Risiko unterscheiden sich im ausservertraglichen Haftpflichtrecht wie folgt voneinander:¹²³⁷

- **Gefahr** bedeutet eine Sachlage, aufgrund derer nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und nach der allgemeinen Lebenserfahrung mit hoher

1232 Z.B. LANZ, Diss. FR (2020), Rz. 385; HB Aktienrecht (2014)-ANWANDER, Rz. 78.7.

1233 A.M. SEILER, Risiken (1997), S. 41 *in initio* und 200–201, dem zufolge das Wort «Risiko» in der Gesetzessprache kaum vorkomme.

1234 Art. 2 Abs. 5 StFV: «Das Risiko wird bestimmt durch das Ausmass der möglichen Schädigungen der Bevölkerung oder der Umwelt infolge von Störfällen und der Wahrscheinlichkeit, mit der diese eintreten.»; siehe aber auch Art. 42 BVV 2: «Als Risiken nach Artikel 67 BVG gelten die Risiken Alter, Tod und Invalidität.»

1235 Gl.M. CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 605 *in initio*.

1236 Vgl. KRAUSE, StoffR 1/2009, S. 21 m.w.N.; siehe für die Schweiz CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 605.

1237 Wohl a.M. betreffend ausservertragliches Haftpflichtrecht: KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 249, und MÜLLER, Responsabilité civile (2013), Rz. 20, die beide die Wörter «Risiko» und «Gefahr» synonym zu verwenden scheinen. A.M. betreffend Vertragsrecht: DAL MOLIN-KRÄNZLIN, ZBJV 6/2019, S. 404–406, die Gefahr und Risiko mithilfe eines anderen Kriteriums voneinander unterscheidet; siehe auch PICHONNAZ, ZSR 1/2020 I, S. 8, dem zufolge «man heute den Begriff des «Risikos» (*periculum*) in Situationen [benutzt], in welchen keine der Parteien eine Verantwortung an der Nicht- bzw. Schlechterfüllung des Vertrages trägt.»

Wahrscheinlichkeit ein Schaden entstehen kann.¹²³⁸ Die Gefahrenschwelle¹²³⁹ ist in diesen Fällen somit bereits überschritten, das heisst, die Rechtsgüter sind bedroht (Rz. 894).¹²⁴⁰

- 604 – Unter **Risiko** ist eine Sachlage zu verstehen, aufgrund derer nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und nach der allgemeinen Lebenserfahrung zwar ein Schaden entstehen kann.¹²⁴¹ Im Gegensatz zur Gefahr (Rz. 603) ist die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts jedoch tief¹²⁴², das heisst, die Gefahrenschwelle ist in solchen Fällen (noch) nicht überschritten.¹²⁴³ Dieses Verständnis von «Risiko» entspricht dem Verständnis, das ich dem Wort «Gefährdung» beimesse (Rz. 895).¹²⁴⁴ Nach meinem Begriffsverständnis sind die Wörter «Risiko» und «Gefährdung» folglich Synonyme.

- 605 3. «Gefahr» – auch «konkrete Gefahr» genannt – und «Risiko» beziehungsweise «Gefährdung» – auch als «abstrakte Gefahr» bezeichnet – unterscheiden

1238 Vgl. betreffend deutsches Recht: BAG 9 AZR 1117/06 (12.8.2008) E. I.3.b)bb)(1), und KRAUSE, StoffR 1/2009, S. 21, die beide jedoch statt von «nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und nach der allgemeinen Lebenserfahrung» von «ungehinderter Ablauf des Geschehens» sprechen. Zudem stellen die deutsche Judikatur und Lehre nicht auf eine «hohe Wahrscheinlichkeit» des Schadenseintritts ab, sondern auf eine «hinreichende Wahrscheinlichkeit» (BAG 9 AZR 1117/06 [12.8.2008] E. I.3.b)bb)[1]; KRAUSE, StoffR 1/2009, S. 21). Siehe für das Schweizer Recht: BGE 144 II 454 E. 6.3 S. 471; KRAUSKOPF/MÄRKI/WIRZ, FS Koller (2018), S. 440.

1239 Zu diesem Begriff: SEILER, Risiken (1997), S. 46.

1240 Vgl. VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 92 (Anm. 338); CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 604–605; MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 113; SCHÜLIN, Diss. BS (1990), S. 39.

1241 Stauanlagen sind risikobehaftet, da sie z.B. beim Bruch des Absperrbauwerkes Schaden anrichten können, jedoch ungefährlich, weil im Normalfall die Wahrscheinlichkeit eines solchen Schadenseintritts tief ist.

1242 Die Wahrscheinlichkeit des Schadenseintritts kann dabei im Einzelfall variieren, d.h. kleiner oder grösser sein (siehe dazu auch BGer 2C_905/2010 [22.3.2011] E. 3.2.1 «Jede Anlage birgt ein gewisses Risiko, das auch mit allen denkbaren und möglichen Massnahmen nie auf Null reduziert werden kann.»).

1243 Vgl. betreffend deutsches Recht: KRAUSE, StoffR 1/2009, S. 21 m.w.N.; siehe für die Schweiz: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 605.

1244 A.M. SCHREIBER, Restrisiko (2019), S. 31–32, der unter «Risiko» die Multiplikation von Schaden und Schadenswahrscheinlichkeit versteht; ERRASS, S&R 1/2010, S. 26, dem zufolge das «Risiko eine Funktion von Eintrittswahrscheinlichkeit und Schaden» darstellt; CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 605, der «Gefahr» und «Gefährdung» einander gleichzusetzen scheint; E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 6, die unter «Risiko» die Multiplikation von Schaden im Versagensfall (Schadenspotenzial) und Eintrittswahrscheinlichkeit des Versagensfalls versteht.

sich somit aufgrund der Eintretenswahrscheinlichkeit des Schadens voneinander¹²⁴⁵ und sind keine Synonyme.¹²⁴⁶ Ich verstehe unter «Risiko» die abstrakte Gefahr eines Schadenseintritts aufgrund einer bestimmten Sachlage, wobei die Eintretenswahrscheinlichkeit des Schadens tief ist (Rz. 895).¹²⁴⁷

2. Risiken im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG

1. Das Haftungssubjekt haftet nur nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn der Schaden aufgrund der «Verwirklichung der Risiken entsteht, die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind.» Die Art und Weise, wie das StAG das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko umschreibt, ist einzigartig (Rz. 559). 606

Vorbildnorm von Art. 14 Abs. 1 StAG dürfte – obwohl die Gesetzmaterien keine Hinweise¹²⁴⁸ enthalten – Art. 40b Abs. 1 EBG gewesen sein:¹²⁴⁹ «Der Inhaber eines Eisenbahnunternehmens haftet für den Schaden, wenn die charakteristischen Risiken, die mit dem Betrieb der Eisenbahn verbunden sind, dazu führen, dass ein Mensch getötet oder verletzt wird oder ein Sachschaden entsteht.»¹²⁵⁰ 607

1245 Gl.M. betreffend deutsches Recht: KRAUSE, StoffR 1/2009, S. 21 *in fine*; siehe auch Rz. 897; a.M. ANDRES, Diss. FR (2016), Rz. 9 (Anm. 13), der den entscheidenden Unterschied zwischen Gefahr und Risiko darin erblickt, dass das Risiko sich durch menschliches Zutun beeinflussen lässt.

1246 Gl.M. HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 25; SCHÜLIN, Diss. BS (1990), S. 44–45; SCHMID, ZSR 1990 II, S. 8; a.M. betreffend Vertragsrecht: SCHUMACHER/KÖNIG, Bauwerkvertrag (2017), Rz. 425; HUG, Diss. ZH (1970), S. 11; wohl a.M. Art. 59a Abs. 1 Satz 1 USG, der von Verwirklichung einer Gefahr spricht.

1247 Im Ergebnis im Allgemeinen wohl gl.M. GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 563. Aus diesem Grund wird richtigerweise von *Gefährdungshaftung* und nicht von *Gefährhaftung* gesprochen.

1248 Siehe immerhin BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053, die von «Verwirklichung der charakteristischen Risiken» spricht.

1249 Vgl. FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 122, wonach die neueren Gefährdungshaftungstatbestände von EBG, BSG und SebG von «charakteristischen Risiken» sprächen.

1250 Zu den charakteristischen Risiken des Eisenbahnbetriebs: KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 54–87; siehe auch Haftpflichtkommentar (2016)-GROSZ, Art. 40b EBG N 9–15.

- 608 2. Art. 14 Abs. 1 StAG bezeichnet indirekt das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage (Rz. 559). Angesichts der Bedeutung des Wortes «Risiko» (Rz. 604–605) stellt sich die Frage, wieso Art. 14 Abs. 1 StAG den **Zusatz «Verwirklichung von Risiken, die mit [...] verbunden sind»**¹²⁵¹ enthält.
- 609 a. Gestaute Wassermassen gefährden die Unterlieger (Fn. 167), weil sich ihre Lageenergie in Bewegungsenergie umwandelt, wenn sie aus der Stauanlage austreten (Rz. 208–209). Die Bewegungsenergie des Wassers ist das charakteristische Risiko einer Stauanlage, weil das Wasser und die mitgeschwemmten Feststoffe (Rz. 547) im Unterliegergebiet Rechtsgüter verletzen können. Tritt folglich Wasser aus einer Stauanlage aus, verwirklicht sich ihr Risiko, da die Rechtsgüter Leib, Leben oder Eigentum verletzt werden könnten.
- 610 b. Der Zusatz «Verwirklichung von Risiken» ist daher unnötig und verwirrend. Tritt Wasser aus einer Stauanlage aus, verwirklicht sich das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage. Art. 14 Abs. 1 StAG sollte daher – analog Art. 1 StAG und Art. 17 Abs. 2 StAG¹²⁵² – wie folgt revidiert werden: «Die Betreiberin einer Stauanlage haftet für Personen- und Sachschaden, der durch die aus der Stauanlage austretenden Wassermassen, den austretenden Schlamm oder die anderen austretenden Materialien entsteht.»¹²⁵³

1251 Die französische («concrétisation des risques inhérents à l'écoulement de grandes quantités d'eau, de boues ou d'autres matériaux») und italienische («realizzazione dei rischi connessi alla fuoriuscita di masse d'acqua, fango o altri materiali») Fassung von Art. 14 Abs. 1 StAG enthalten diesen Zusatz auch.

1252 Siehe auch Rz. 545 und 569.

1253 Diese Neufassung von Art. 14 Abs. 1 StAG entspräche auch dem gesetzgeberischen Willen, wonach das Haftungssubjekt nur nach Art. 14 Abs. 1 StAG haften soll, wenn Wasser aus einer Stauanlage austritt und Personen- und Sachschaden entsteht (BOT-SCHAFT StAG [9.6.2006], S. 6053 «Nur bei Personen- und Sachschäden verwirklicht sich das typische Risiko, das die Einführung einer Gefährdungshaftung rechtfertigt.»).

C. Ergebnis

1. Charakteristisches Risiko einer Stauanlage im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG

1. Das charakteristische *haftungsbegründende* Risiko einer Stauanlage – das ich als «charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG»¹²⁵⁴ bezeichne (Rz. 227) – verwirklicht sich, wenn aus einer Stauanlage Wasser austritt und deswegen der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) plötzlich und unnatürlich stark ansteigt (Rz. 585–586).¹²⁵⁵ 611

a. Tritt Wasser irregulär (Rz. 110–116) aus einer Stauanlage aus, verwirklicht sich in aller Regel¹²⁵⁶ das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, da das Doppelkriterium «plötzlicher und unnatürlich starker Anstieg des Wasserstands im Unterliegergebiet» erfüllt ist. 612

b. Hingegen verwirklicht sich nicht bei jedem regulären (Rz. 94–109) Wasseraustritt das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG. Es ist mithilfe des Doppelkriteriums «plötzlicher und unnatürlich starker Anstieg des Wasserstands im Unterliegergebiet» zu prüfen, ob sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG im Einzelfall tatsächlich verwirklicht hat. 613

2. Verwirklicht sich aufgrund eines Wasseraustritts im Einzelfall das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, haftet das Haftungssubjekt für den vom Wasser und/oder von den mitgeschwemmten Feststoffen (das heisst Schlamm oder anderen Materialien, Rz. 555–556) verursachten Schaden im Unterliegergebiet. 614

Hingegen haftet das Haftungssubjekt nicht für Schaden, der durch Feststoffe verursacht wird, sofern nicht gleichzeitig der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) plötzlich und unnatürlich stark ansteigt, das heisst sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht. 615

1254 Ähnlich betreffend RLG: BGE 144 III 319 E. 5.4.1 S. 324 («Verwirklicht sich das Rohrleitungsanlagen für flüssige und gasförmige Brenn- und Treibstoffe inhärente Risiko [...]»).

1255 A.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1880, dem zufolge das «3-Säulen-Sicherheitskonzept» (Rz. 129–159) versagt haben muss.

1256 Ausgenommen sind z.B. die Sachverhalte i.S.v. Rz. 116.

616 3. Das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG kann sich nicht nur bei einer in Betrieb genommenen Stauanlage verwirklichen. Wasser kann nämlich auch vor Inbetriebnahme der Stauanlage austreten und den Wasserstand im Unterliegergebiet plötzlich und unnatürlich stark ansteigen lassen (Rz. 413). Verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, haftet das Haftungssubjekt unabhängig davon, ob die Stauanlage schon in Betrieb genommen wurde oder nicht.¹²⁵⁷

2. *Kein charakteristisches Risiko einer Stauanlage im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG*

617 Der BOTSCHAFT StAG zufolge können Stauanlagen aufgrund ihres Betriebs Schaden verursachen, der nicht von Art. 14 Abs. 1 StAG gedeckt ist, weil sich nicht das charakteristische Risiko einer Stauanlage verwirklicht hat.¹²⁵⁸ Diese Auffassung ist zutreffend: Das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht sich in folgenden Fällen nicht, da der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) nicht plötzlich und unnatürlich stark ansteigt:

618 – Verursacht der normale Abfluss (Fn. 1214) oder das Dotierwasser im Unterliegergebiet einen Schaden (zum Beispiel einen Personenschaden infolge eines Badeunfalls), haftet das Haftungssubjekt nicht nach Art. 14 Abs. 1 StAG.¹²⁵⁹

619 – Erfüllt das durch eine Stauanlage fliessende Wasser einen bestimmten Soll-Wert (Dotierwassermenge) nicht, haftet das Haftungssubjekt nicht nach Art. 14 Abs. 1 StAG für allfälligen dadurch (zum Beispiel Verendung von Fischen¹²⁶⁰ oder Austrocknung von Gebieten im Unterliegergebiet) verursachten Schaden. Gleiches gilt, wenn gar kein Wasser die Stauanlage verlässt.

620 – Nicht nur aus einer Stauanlage austretendes Wasser kann Schaden verursachen, sondern auch zur Stauanlage gehörende Nebenanlagen¹²⁶¹

1257 Gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1826; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053 *in fine*.

1258 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054.

1259 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054; wohl gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1881.

1260 Im Frühjahr 2013 versorgte die Stauanlage «Punt dal Gall» (GR) den Bach «Spöl» nicht mehr mit Dotierwasser und überschwemmte diesen mit Schlamm. Aus diesem Grund starben Tausende Fische (zu alledem JÄGGI, Der Bund [2.4.2013], S. 32).

1261 *Beispiel*: Eine herunterfallende Stromleitung verletzt oder tötet einen Menschen.

(Rz. 75–92) oder Arbeiten¹²⁶² an der Stauanlage. Für solchen durch eine Stauanlage verursachten Schaden haftet das Haftungssubjekt nicht nach Art. 14 Abs. 1 StAG.

- Das Haftungssubjekt haftet nach Art. 14 Abs. 1 StAG auch nicht für Personenschaden, wenn das Rechtsgut Leib oder Leben ohne dass Wasser aus der Stauanlage austrat (i) auf, im oder bei dem Absperrbauwerk,¹²⁶³ (ii) im Stauraum¹²⁶⁴ oder (iii) auf, in oder bei den Nebenanlagen (Rz. 75–92) verletzt wurde. 621

II. Die weiteren Haftungsvoraussetzungen

1. Zu den weiteren Haftungsvoraussetzungen der ausservertraglichen Haftung zählen neben dem Haftungsgrund – der bei Gefährdungshaftungen in der Verwirklichung des charakteristischen Risikos der gefährlichen Anlage besteht – der Schaden (1), der Kausalzusammenhang zwischen dem Haftungsgrund und dem Schaden (2) sowie die Widerrechtlichkeit (3).¹²⁶⁵ 622

2. Nachfolgend erläutere ich die weiteren Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 1 StAG. Dabei lege ich dar, dass nur der Schaden (Rz. 624–635) und der Kausalzusammenhang zwischen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und der Rechtsgutsverletzung beziehungsweise dem Schaden (Rz. 636–720) weitere Haftungsvoraussetzungen sind. Die Widerrechtlichkeit der Rechtsgutsverletzung ist keine Haftungsvoraussetzung von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 721–728). 623

1262 *Beispiel*: Das Auffüllen des Stauraums verursacht einen Erdbeben, der Schaden verursacht (BOTSCHAFT StAG [9.6.2006], S. 6054).

1263 *Beispiel*: Eine Person stürzt vom Absperrbauwerk.

1264 *Beispiel*: Eine Person ertrinkt im Stauraum (FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 1881).

1265 Siehe REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 69. In jüngerer Zeit wurde jedoch darauf hingewiesen, dass der *haftungsbegründende Tatbestand* (Haftungsgrund, Rechtsgutsverletzung, adäquater Kausalzusammenhang zwischen Haftungsgrund und Rechtsgutsverletzung sowie gegebenenfalls Rechtswidrigkeit und Verschulden) nicht (genügend) von den *Haftungsfolgen* abgegrenzt werde (BGE 143 III 254 E. 3.2 S. 257; ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 03.04–03.09; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 63–64).

A. Schaden

- 624 Das Haftpflichtrecht unterscheidet zwischen materiellem und immateriellem Schaden.¹²⁶⁶ Sind die Voraussetzungen eines Haftungstatbestandes erfüllt, kann der Geschädigte für den erlittenen materiellen Schaden *Schadenersatz* und für den erlittenen immateriellen Schaden *Genugtuung* beanspruchen. Nachfolgend zeige ich auf, für welche Schadensarten der Geschädigte vom Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG Ersatz verlangen kann (Rz. 625–633) und für welche nicht (Rz. 634–635).

1. Die gedeckten Schadensarten

- 625 Das Haftungssubjekt haftet nach Art. 14 Abs. 1 StAG nur für Personen- und Sachschaden. Die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG grenzt somit wie andere Gefährdungshaftungen den gedeckten Schaden auf Personen- und Sachschaden ein.¹²⁶⁷ Für reinen Vermögensschaden haftet das Haftungssubjekt im Umkehrschluss nicht.¹²⁶⁸ Hingegen haftet das Haftungssubjekt auch für immateriellen Schaden, obwohl Art. 14 Abs. 1 StAG diesen (beziehungsweise den Genugtuungsanspruch) nicht erwähnt.

a. Personenschaden

- 626 Der Schaden, der auf die Tötung oder Körperverletzung eines Menschen und damit auf die Verletzung des Rechtsgutes Leib oder Leben zurückzuführen ist, wird als Personenschaden – teilweise auch als Körperschaden¹²⁶⁹ – bezeichnet.¹²⁷⁰ Nicht als Schaden im Rechtssinne gilt folglich die Schädigung des Körpers an sich, nur die daraus resultierenden wirtschaftlichen Nachteile¹²⁷¹

1266 BK (2012)-ZELLWEGER-GUTKNECHT, Art. 125 OR N 198; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 41 OR N 7–8.

1267 FELLMANN, Haftpflichtprozess (2016), S. 181–183; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 130.

1268 Art. 14 Abs. 1 StAG *e contrario*.

1269 GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, OR AT (2020), Rz. 2879; BERGER, Schuldrecht (2018), Rz. 1855.

1270 FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 128 und 153; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 41 OR N 18.

1271 Dazu gehören auch Vermögenseinbussen in Form des entgangenen Gewinns (z.B. Haftpflichtkommentar [2016]-FISCHER, Art. 41 OR N 46; LORANDI, recht 1/1990, S. 19), welche die adäquat-kausale Folge eines Personenschadens sind. Dieser Schaden wird nämlich beim ursprünglichen Personenschaden eingegliedert (statt vieler: BK [2013]-BREHM, Art. 41 OR N 85–86; siehe auch WERRO, ZSR 4/1997 I, S. 361).

sind ersatzfähig.¹²⁷² Welche Schadensposten bei der Tötung oder Verletzung eines Menschen zu ersetzen sind, definieren Art. 45 OR und Art. 46 OR.¹²⁷³

b. *Sachschaden*

Sachschaden ist nach einer weit verbreiteten Auffassung der Schaden, der durch Beschädigung, Zerstörung oder Verlust einer Sache entsteht.¹²⁷⁴ Zu ersetzen sind die wirtschaftlichen Folgen¹²⁷⁵ der Beschädigung, der Zerstörung oder des Verlustes der Sache.¹²⁷⁶ Schadensposten sind vorab die Anschaffungskosten oder Reparaturkosten.¹²⁷⁷

1272 BERGER, Schuldrecht (2018), Rz. 1855; Haftpflichtkommentar (2016)-FISCHER, Art. 41 OR N 46.

1273 Rz. 232–246; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1857. Einlässlich zu den Schadensposten: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 267–359; ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 27.05–27.41; WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 1112–1244; BK (2013)-BREHM, Vor Art. 45 und 46 OR N 1–69, Art. 45 OR N 1–203 und Art. 46 OR N 1–171; KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 88–105; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 153–227; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 6 Rz. 89–353.

1274 BGer 4A_113/2017 (6.9.2017) E. 4.3.3; BGE 118 II 176 E. 4b S. 179; BGE 116 II 480 E. 4 S. 490–491; GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, OR AT (2020), Rz. 2879; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 12; HUGUENIN, OR AT & BT (2019), Rz. 1863; Haftpflichtkommentar (2016)-FISCHER, Art. 41 OR N 47; KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 17 *in initio*; KELLER, Haftpflicht II (1998), S. 103 *in initio*; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 6 Rz. 354. Eine Minderheitsmeinung qualifiziert den Sachschaden hingegen als Verletzung des Eigentumsrechts (z.B. REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht [2018], Rz. 365; VERDE, Diss. LU [2014], Rz. 75; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I [2012], Rz. 266; FELLMANN, FS Brehm [2012], S. 139–140).

1275 Siehe Fn. 1271.

1276 REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 371; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 41 OR N 19.

1277 Z.B. BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 12; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 233.

c. *Umweltschaden*

- 628 **1.** Bei einem Stauanlagenunfall dürften häufig auch Naturbestandteile (beziehungsweise Naturgüter)¹²⁷⁸, wie zum Beispiel Pflanzen oder (Wild-)Tiere (insbesondere Wassertiere), beschädigt oder sogar zerstört werden. Auch der Naturhaushalt kann nachteilig gestört werden. Es stellt sich die Frage, ob das Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG für solchen Umweltschaden monetären Ersatz zu leisten hat.¹²⁷⁹ Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, ob die beschädigten oder zerstörten Naturbestandteile als haftpflichtrechtlich relevanter Umweltschaden (Rz. 629) oder als ökologischer Schaden (Rz. 630) – auch «Ökoschaden», «reiner Umweltschaden» oder «eigentlicher Umweltschaden» genannt¹²⁸⁰ – gelten.¹²⁸¹
- 629 **a.** Ein haftpflichtrechtlich relevanter **Umweltschaden** liegt unter anderem vor, wenn Naturbestandteile beschädigt oder zerstört werden, die zum rechtlich geschützten Vermögen eines Rechtssubjekts gehören.¹²⁸² In diesem Fall handelt es sich beim Umweltschaden um einen ersatzfähigen Sachschaden.¹²⁸³
- 630 **b.** Werden demgegenüber nicht eigentumsfähige beziehungsweise nicht im Privateigentum stehende Naturbestandteile (zum Beispiel Umweltmedium

1278 BECK, HAVE 3/2009, S. 299.

1279 Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmer forderten, dass auch ein allfälliger Umweltschaden ersetzt werden müsse (EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse VE²-StAG [9.10.2000], S. 9 *in fine*).

1280 METTLER/MOSER/STARKE, HAVE 4/2016, S. 403; HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.64; BECK, HAVE 3/2009, S. 299; HUBER-BERNINGER, SVZ 3–4/1996, S. 79.

1281 Vgl. Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59a N 13.

1282 HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.62 («Schäden an Individualgütern infolge von Umweltbeeinträchtigungen»), 24.65 und 24.70; Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59a N 13 und 70; MÜLLER-CHEN, SZIER 2/1997, S. 229; VETTORI, Diss. ZH (1996), S. 204 «Als «Umweltschaden» im haftpflichtrechtlichen Sinn gilt eine Vermögensverminderung infolge schädlicher Einwirkungen auf eines der drei Umweltmedien Wasser, Luft oder Boden. Der Umweltschaden ist damit eigentlich ein Umwelt«folge»schaden.»; PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 56–57.

1283 Z.B. WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 115; HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 184; CHAPPUIS, SJ 8/2010 II, S. 175; BOLLIGER, FS Siehr (2001), S. 12; MARTI, SVZ 3–4/1996, S. 84.

«Wasser»¹²⁸⁴ oder Wildtiere¹²⁸⁵ oder -pflanzen) beschädigt oder zerstört, spricht man von einem **ökologischen Schaden**.¹²⁸⁶ Solcher ökologischer Schaden gilt nach einer weit verbreiteten Auffassung nicht als haftpflichtrechtlich relevanter Schaden, da kein Individualrechtsgut¹²⁸⁷ verletzt wurde und die Naturbestandteile häufig keinen wirtschaftlichen Wert¹²⁸⁸ aufweisen.¹²⁸⁹ Ein Schädiger ist gemäss dieser Auffassung nur verpflichtet, solchen ökologischen

1284 Vgl. HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.64.

1285 *Beispiel*: Frei lebende, d.h. herrenlose Rehe.

1286 Haftpflichtkommentar (2016)-NIKLAUS/KNECHT, Art. 59a USG N 5; HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.64 m.w.N.; Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59a N 13 und 70; SCHWENZER, PHI 3/1991, S. 117.

1287 ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 16.11; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 494; CHAPPUIS, SJ 8/2010 II, S. 175; CHAPPUIS, Dommage environnemental (2009), S. 5–6 und 25–26; BIANCHI, RDAF 3/2000 I, S. 178 (Anm. 48); MARTI, SVZ 3–4/1996, S. 85; LOSER, Diss. SG (1994), S. 10; KRENGER, Umweltschutz (1990), S. 613–614; KÜCHLER, Haftpflichtrecht (1973), S. 433; siehe auch WIDMER DREIFUSS, URP 4/2009, S. 442 *in fine*; PETITPIERRE-SAUVAIN, SJ 2/1996, S. 23 *in fine*; VETTORI, Diss. ZH (1996), S. 208.

1288 HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.65–24.66; DUPONT, Diss. GE (2005), Rz. 438; MARTI, SVZ 3–4/1996, S. 85; KÜCHLER, Haftpflichtrecht (1973), S. 434; siehe auch VETTORI, Diss. ZH (1996), S. 208.

1289 So die *Mehrheitsmeinung*: WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 116; Haftpflichtkommentar (2016)-NIKLAUS/KNECHT, Art. 59a USG N 5; HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.64–24.65 und 24.67; HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 22 Rz. 34 und 39; BOTSCHAFT USG (1.3.2000), S. 2414; MÜLLER-CHEN, SZIER 2/1997, S. 231; JÄGGI, SJZ 13/1996, S. 251 *in initio*; PERGOLIS/BUSENHART, URP 1995, S. 413; PELLONI, Diss. ZH (1993), S. 53; KRENGER, Umweltschutz (1990), S. 613–614. *Pro Ersatzfähigkeit ökologischer Schäden gestützt auf die lex lata*: METTLER/MOSER/STARKE, HAVE 4/2016, S. 403–405; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 491–492; WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT (2013), Rz. 1821; Kommentar USG Ergänzungsband (2011)-GRIFFEL/RAUSCH, Art. 59a N 5–6; SCHÖBI, URP 4/2009, S. 478; DUPONT, Diss. GE (2005), Rz. 673–693, 895–905 und 906–922; PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 64; siehe auch BGE 127 III 73 E. 4c S. 76–77, wo das Bundesgericht den Schaden ausgehend vom Wert des zerstörten Baumes berechnete (dazu und zum ähnlich gelagerten BGE 129 III 331: GAUCH, FS Walter [2005], S. 298–301); BGE 90 II 417 E. 5 S. 427–428, wo das Bundesgericht einen Ersatzanspruch für die Wiederbelebungskosten eines geschädigten Flusses bejahte (besprochen von MERZ, ZBJV 11|12/1965, S. 439–440); siehe ferner KRAMER, Umwelthaftungsrecht (1990), S. 574.

Schaden zu ersetzen, wenn eine haftpflichtrechtliche¹²⁹⁰ *lex specialis* dies anordnet.¹²⁹¹

- 631 **2.** Das Haftungssubjekt haftet folglich nach Art. 14 Abs. 1 StAG nur für beschädigte oder zerstörte Naturbestandteile, wenn diese zum rechtlich geschützten Vermögen des Geschädigten gehören und damit ein ersatzfähiger Sachschaden vorliegt (Umweltschaden).¹²⁹² Werden infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG herrenlose Fische und andere Wassertiere¹²⁹³ getötet, haftet das Haftungssubjekt ausnahmsweise für diesen ökologischen Schaden nach Art. 14 Abs. 1 StAG in Verbindung mit Art. 15 Abs. 2 BGF,¹²⁹⁴ sofern das Ertragsvermögen des Unterwassers vermindert wird.¹²⁹⁵

d. Immaterieller Schaden

- 632 **1.** Wer in seiner physischen oder psychischen Integrität verletzt wird, kann eine Genugtuung beanspruchen.¹²⁹⁶ Auch die Angehörigen einer getöteten oder verletzten Person haben Anspruch auf eine Genugtuung.¹²⁹⁷ Einen Genugtuungsanspruch hat schliesslich, wer sonstwie in seiner Persönlichkeit¹²⁹⁸ verletzt wird, sofern die Schwere der Verletzung es rechtfertigt und diese nicht

1290 Existiert keine solche privatrechtliche *lex specialis*, können einzig die Kosten des unmittelbaren Vollzugs des Verwaltungsrechts (z.B. Kosten von Abwehr- oder Wiederherstellungsmassnahmen, siehe Rz. 839) gestützt auf eine öffentlich-rechtliche Anspruchsgrundlage auf den Verursacher überwält werden (vgl. z.B. SCHWENZER/FOUNTOLAKIS, OR AT [2020], Rz. 54.15; HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.69).

1291 WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 119–120 m.H. auf Art. 31 Abs. 2 GTG.

1292 Gl.M. POLTIER, Énergie (2020), Rz. 516 *in fine*.

1293 Herrenlose Wassertiere sind wilde Wassertiere, die sich in privaten oder öffentlichen Gewässern frei bewegen können (z.B. OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/1 [1987], § 23 Rz. 89 und 89 [Anm. 136]).

1294 Haftpflichtkommentar (2016)-GÄHWILER, Art. 15 BGF N 21.

1295 Zur Schadensberechnung im Detail: Haftpflichtkommentar (2016)-GÄHWILER, Art. 15 BGF N 26–46.

1296 Art. 47 OR (siehe dazu CR CO I [2012]-WERRO, Vor Art. 47–49 OR N 3).

1297 Art. 47 OR (Tötung) und Art. 49 Abs. 1 OR (Körperverletzung; dazu im Allgemeinen: BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 49 N 6; ROBERTO, Haftpflichtrecht [2018], Rz. 34.10).

1298 Z.B. Leib, Leben, persönliche Freiheit und Eigentum (BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 49 N 13).

anders wiedergutmacht worden ist.¹²⁹⁹ Der Schädiger schuldet jedoch nur dann eine Genugtuung, wenn die Haftungsvoraussetzungen – mit Ausnahme des materiellen Schadens – einer Haftpflichtnorm erfüllt sind.¹³⁰⁰

2. Der Wortlaut von Art. 14 Abs. 1 StAG gewährt keinen Genugtuungsanspruch. Erleidet eine Person infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einen immateriellen Schaden, kann sie trotzdem – sofern die anderen Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 1 StAG erfüllt sind – eine **Genugtuung** vom Haftungssubjekt fordern.¹³⁰¹ Denn Art. 47 OR und Art. 49 OR, welche die Leistungspflicht des Haftungssubjekts bemessen, sind im gesamten Haftpflichtrecht anwendbar.¹³⁰² 633

2. Die nicht gedeckten Schadensarten

1. Als reiner Vermögensschaden – auch «sonstiger Schaden» genannt¹³⁰³ – gilt Schaden, der das Vermögen direkt betrifft, der aber weder als Personen- noch als Sachschaden qualifiziert werden kann.¹³⁰⁴ Für den infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursachten 634

1299 Art. 49 Abs. 1 OR; siehe z.B. HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 10 Rz. 17 und 19.

1300 BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 47 N 14–15 m.w.N.; siehe auch KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 129–132.

1301 Gl.M. POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 516; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1860; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054; gl.M. betreffend Art. 27 SprstG: BK (2013)-BREHM, Art. 47 OR N 16 (Art. 27 Abs. 2 SprstG ist gleich wie Art. 16 StAG ausgestaltet); gl.M. betreffend Art. 40b Abs. 1 EBG: KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 165. Zur Bemessung der Genugtuung im Allgemeinen: TRACHSEL, Diss. ZH (2018), S. 69–160, 172–193 und 215–223; Haftpflichtkommentar (2016)-FISCHER, Art. 47 OR N 48–63; KELLER, Haftpflicht II (1998), S. 138–166; siehe Rz. 1270 zur Bemessung der Genugtuung bei einem Grossschaden.

1302 BK (2013)-BREHM, Art. 47 OR N 15–16 und 20 sowie Art. 49 OR N 5; siehe auch die informative Verweisung in Art. 16 StAG (Rz. 232–246); siehe ferner BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 47 N 3, der unter Berufung auf BGE 112 Ib 322 E. 6 S. 331–332 festhält, dass ein Genugtuungsanspruch auch dort bestehen könne, wo das Gesetz nur von Schadenersatz, nicht aber von Genugtuung spreche.

1303 Z.B. BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 13.

1304 SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT (2020), Rz. 14.16.

reinen Vermögensschaden haftet das Haftungssubjekt nicht nach Art. 14 Abs. 1 StAG.¹³⁰⁵

- 635 2. Auch für ökologischen Schaden haftet das Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG bei Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG grundsätzlich nicht (Rz. 630–631).

B. Kausalzusammenhang

- 636 Der Schädiger ist nur dann verpflichtet, Schadenersatz zu leisten, wenn zwischen dem Schaden und dem Haftungsgrund¹³⁰⁶ – das heisst dem Tatbestand, an den die Haftung anknüpfen soll¹³⁰⁷ – ein Kausalzusammenhang besteht.¹³⁰⁸ Am Kausalzusammenhang fehlt es, wenn dieser «unterbrochen» wurde. Art. 15 StAG listet unter der Marginalie «Haftungsausschluss» die Gründe auf, die den Kausalzusammenhang «unterbrechen». Nachfolgend untersuche ich, wann bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG der Kausalzusammenhang gegeben ist (Rz. 637–651). Zudem lege ich dar, wann ein Haftungsausschlussgrund vorliegt, der diesen Kausalzusammenhang «unterbricht» (Rz. 652–720).

1305 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053. Für reinen Vermögensschaden haftet das Haftungssubjekt jedoch nach Art. 14 Abs. 2 StAG (Kosten privater Schadensabwehr, siehe Rz. 951–1059).

1306 Es kann zwischen *haftungsbegründender* und *haftungsausfüllender* Kausalität unterschieden werden (z.B. BGer 4A_710/2012 [20.3.2013] E. 3.2; BK [2013]-BREHM, Art. 41 OR N 103; LUTERBACHER, Diss. ZH [2005], Rz. 128–134). Rechtsprechung und Lehre unterscheiden jedoch nicht strikt zwischen diesen beiden Kausalitätsformen. Vielmehr wird nur der Kausalzusammenhang zwischen dem Anknüpfungspunkt der Haftung (d.h. dem Haftungsgrund) und dem Schaden geprüft (FELLMANN/KOTTMANN, *Haftpflichtrecht I* [2012], Rz. 418–420 m.w.N.). Folglich müssen beide Kausalitätsformen erfüllt sein (BK [2013]-BREHM, Art. 41 OR N 103).

1307 LORANDI, *recht I*/1990, S. 21.

1308 FELLMANN/KOTTMANN, *Haftpflichtrecht I* (2012), Rz. 401; KELLER, *Haftpflicht I* (2002), S. 79; siehe auch STARK, Diss. ZH (1946), S. 2–3.

1. Kausalzusammenhang zwischen Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und Schaden

a. Erfordernis des Kausalzusammenhangs im Allgemeinen

1. Ein Schädiger haftet nur dann gestützt auf eine Gefährdungshaftung, wenn ein Rechtsgut infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos der gefährlichen Anlage verletzt wurde und dadurch ein Schaden entstand.¹³⁰⁹ Mit anderen Worten muss zwischen Verwirklichung des charakteristischen Risikos und dem Schaden ein natürlicher (Rz. 638) und adäquater (Rz. 639) Kausalzusammenhang bestehen.

a. Der natürliche Kausalzusammenhang ist gegeben, wenn ein Umstand – der bei Gefährdungshaftungen in der Verwirklichung des charakteristischen Risikos besteht¹³¹⁰ – *conditio sine qua non* für den Eintritt des Schadens ist, das heisst, wenn ohne diesen Umstand kein Schaden eingetreten wäre.¹³¹¹ Ob der natürliche Kausalzusammenhang besteht, ist eine Tatfrage.¹³¹²

b. Zusätzlich muss die Ursache – die bei Gefährdungshaftungen wiederum in der Verwirklichung des charakteristischen Risikos besteht¹³¹³ – nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und nach der allgemeinen Lebenserfahrung an sich geeignet sein, den verursachten Schaden herbeizuführen oder mindestens zu begünstigen.¹³¹⁴ Ob ein adäquater Kausalzusammenhang besteht, ist eine Rechtsfrage.¹³¹⁵ Der Richter beantwortet sie aus einer *ex post*-Perspektive.¹³¹⁶

1309 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* II (2013), Rz. 119–122.

1310 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* II (2013), Rz. 119.

1311 Vgl. BGE 128 III 174 E. 2b S. 177 (= Pra 2002, Nr. 124, S. 702).

1312 Statt vieler: *Haftpflichtkommentar* (2016)-FISCHER, Art. 41 OR N 133.

1313 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* II (2013), Rz. 121–122.

1314 Statt vieler: BGE 123 III 110 E. 3a S. 112; kritisch betreffend Adäquanzformel: NIGG, FS Schnyder (2018), S. 687–698.

1315 Z.B. BGer 4A_169/2010 (23.8.2010) E. 3.2.

1316 BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 16 m.w.N.

640 2. Der Geschädigte ist verpflichtet zu beweisen, dass der natürliche Kausalzusammenhang gegeben ist.¹³¹⁷ Dabei gilt *in praxi* grundsätzlich das Beweismass der überwiegenden Wahrscheinlichkeit.¹³¹⁸ Das Vorliegen des adäquaten Kausalzusammenhangs ist hingegen – da es sich um eine Rechtsfrage handelt (Rz. 639) – rechtlich zu begründen.¹³¹⁹

b. *Kausalzusammenhang bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG*

641 1. Das Haftungssubjekt haftet nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn zwischen Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem Schaden ein (adäquater) Kausalzusammenhang besteht.¹³²⁰ Das Vorliegen dieses (adäquaten) Kausalzusammenhangs ist grundsätzlich zu bejahen, wenn Wasser aus einer Stauanlage austritt und deswegen der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) plötzlich und unnatürlich stark ansteigt und in der Folge Schaden durch das ausgetretene Wasser und/oder die ausgetretenen Feststoffe verursacht wird (Rz. 611).

642 Wieso sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht hat, ist unbedeutend.¹³²¹ Zu prüfen ist lediglich, ob sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht hat und deswegen Schaden (adäquat) kausal verursacht wurde.

1317 Art. 8 ZGB; GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, OR AT (2020), Rz. 2959; ZK (2018)-JUNGO, Art. 8 ZGB N 357; BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 117; VON BÜREN, OR AT (1964), S. 70. Entsprechend hat der Geschädigte auch die Beweise zu sammeln (BREHM, ZBJV 2/2006, S. 327).

1318 GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, OR AT (2020), Rz. 2959; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 15 m.w.N.; ZK (2018)-JUNGO, Art. 8 ZGB N 357; BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 117; siehe auch Präjudizienbuch OR (2016)-GÖKSU, Art. 41 N 20.

1319 BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 122 m.w.N.; VON BÜREN, OR AT (1964), S. 70 *in fine*.

1320 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1877–1879; siehe aber GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 584–595 und 643–645, die bei Gefährdungshaftungen strikt zwischen haftungsbegründender (= rechtsgenügender Zusammenhang zwischen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos und der Rechtsgutsverletzung) und haftungsausfüllender (= [adäquater] Kausalzusammenhang zwischen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos und dem Schaden) Kausalität (siehe Fn. 1306 zu diesen beiden Kausalitätsformen) unterscheidet.

1321 A.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1180, dem zufolge das 3-Säulen-Sicherheitskonzept (Rz. 129–159) versagt haben muss.

2. Im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG ist der **natürliche Kausalzusammenhang** gegeben, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht und anschließend Schaden – sei es durch Wasser und/oder mitgeschwemmte Feststoffe (Rz. 547) – entsteht. Ob dieser Schaden noch auf andere Ursachen zurückzuführen ist, ist irrelevant.¹³²² Andere «stauanlagenfremde»¹³²³ Ursachen» des Schadens bleiben mit anderen Worten unberücksichtigt. Dies kann aus Sicht des Haftungssubjekts weitreichende Folgen zeitigen, wie die folgenden Beispiele¹³²⁴ verdeutlichen:

- Ein Personenschaden entsteht, weil infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG ein Strommast umfällt und deswegen ein Mensch durch einen Stromschlag getötet wird. 644
- Ein Sachschaden entsteht, weil infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG eine im Unterliegergebiet (Fn. 167) vorbeifahrende Eisenbahn, die explosive Stoffe transportiert, weggespült wird und diese Stoffe aufgrund des Wasseraufpralls explodieren und die umliegenden Fahrzeuge und Gebäude zerstören. 645
- Ein Sachschaden entsteht, weil infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG der Zaun eines Viehgeheges zerstört wird und das entlaufene Vieh von einem Fahrzeug getötet wird. 646

a. Es fehlt am natürlichen Kausalzusammenhang, wenn der Schaden nicht durch das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht wurde.¹³²⁵ Umstritten dürften dabei jene Fälle sein, in denen unklar ist, ob das Doppelkriterium erfüllt ist (zum Beispiel ein Badeunfall in einem See im Unterliegergebiet [Fn. 167], dessen Wasserstand leicht erhöht ist). Nicht erfüllt ist das Doppelkriterium, wenn der Wasserstand aus natürlichen Gründen (zum Beispiel wegen eines Hochwassers) plötzlich und stark ansteigt

1322 So wohl auch FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1879; siehe auch betreffend EBG: KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 167.

1323 Vgl. betreffend EBG: KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 167, der von «eisenbahnfremden Ursachen» spricht.

1324 Vgl. auch BGE 139 II 185 E. 14.3.2 S. 226 «Vorab ist dazu festzuhalten, dass mit der damit angesprochenen Erdbebengefährdung das KKW Mühleberg nicht direkt bedroht wird, sondern dadurch, dass die oberhalb des KKW Mühleberg gelegene Stau-mauer des Wohlensees brechen könnte und dadurch das KKW Mühleberg überflutet würde.»

1325 Siehe die in Rz. 615 und 617–621 erwähnten Fallgruppen.

(Rz. 592).¹³²⁶ In diesem Fall fließt das Wasser nämlich nur durch die Stauanlage.¹³²⁷ Der Schaden wäre mit anderen Worten auch eingetreten, wenn die Stauanlage nicht existiert hätte. Die Stauanlage ist folglich grundsätzlich¹³²⁸ keine notwendige Bedingung, das heisst nicht *conditio sine qua non*, für den Schadenseintritt.

- 648 **b.** Je nach Schadensfall kann es für den Geschädigten (selbst mit Gutachten) schwierig sein, den natürlichen Kausalzusammenhang zu beweisen (zum Beispiel bei gentechnisch veränderten Organismen¹³²⁹ oder bei radioaktiver Strahlung¹³³⁰). Bei Stauanlagenunfällen dürften die Geschädigten den natürlichen Kausalzusammenhang leichter beweisen können. Die Rechtsgutsverletzungen lassen sich nämlich – im Gegensatz zum Beispiel zu radioaktiven Strahlungen – von blossen Auge erkennen; zudem erübrigen sich wegen der Ausweitung der StAG-Haftung auf Feststoffe komplizierte Beweiserhebungen (Rz. 547).
- 649 **3.** Der adäquate Kausalzusammenhang ist im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG gegeben, wenn die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und nach der allgemeinen Lebenserfahrung an sich geeignet ist, den verursachten Schaden herbeizuführen oder mindestens zu begünstigen. Es ist ausreichend, wenn das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG *eine* wesentliche Ursache des Schadens ist.¹³³¹ Der

1326 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

1327 Dies gilt natürlich nur, wenn es sich um eine Stauanlage handelt, die den Aufstau und/oder die Speicherung von Wasser bezweckt (z.B. Fluss- und Talsperren). Fließt das Hochwasser hingegen durch eine Stauanlage mit einem Rückhaltebecken (z.B. einem Hochwasserrückhaltebecken, Rz. 65–67) – also eine Stauanlage, die das Hochwasser eigentlich hätte zurückhalten sollen – wäre kein Schaden eingetreten, wenn diese Stauanlage ihren Zweck erfüllt hätte. In einem solchen Fall ist eine Haftung des Haftungssubjekts z.B. gestützt auf Art. 58 Abs. 1 OR zu prüfen, da das StAG-Haftungsregime auf solche Stauanlagen nicht anwendbar ist (Rz. 324–329).

1328 Siehe aber Rz. 593 betreffend manuellen Wasserablass bei einem Hochwasser.

1329 HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 107–108 und 113–116.

1330 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 313–316; siehe auch KOLLER, ZBJV 5/2019, S. 320.

1331 Betreffend EHG bzw. EBG: BGE 87 II 117 E. 6c S. 127; KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 170; siehe auch betreffend SVG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/2 (1989), § 25 Rz. 332 und Rz. 333 (Anm. 519).

Schaden wurde dann nicht adäquat kausal durch die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursacht, wenn er nur im Entferntesten darauf zurückzuführen ist.¹³³²

a. Das Vorliegen des adäquaten Kausalzusammenhangs ist zu bejahen, wenn 650
der plötzliche und unnatürlich starke Wasserzuwachs im Unterliegergebiet (Fn. 167) nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und nach der allgemeinen Lebenserfahrung an sich geeignet ist, den verursachten Schaden (zum Beispiel Personenschaden infolge Ertrinkens einer Person oder Sachschaden wegen Beschädigung von Immobilien oder wegen Verschlammung¹³³³ von Landwirtschaftsflächen) herbeizuführen oder mindestens zu begünstigen.

b. Ein Schaden kann aber auch adäquat kausal durch eine Stauanlage verursacht worden sein, wenn er nur indirekt Folge der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG ist. Dies ist dann der Fall, wenn aufgrund der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG ein anderes Ereignis ausgelöst wurde, das den Schaden direkt verursachte.¹³³⁴ Aus diesem Grund ist das Vorliegen des adäquaten Kausalzusammenhangs in den drei erwähnten Beispielen (Rz. 644–646) zu bejahen. Denn nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und der allgemeinen Lebenserfahrung kann solcher Schaden (Rz. 644–646) aufgrund der Verwüstung des Unterliegergebiets (Fn. 167) entstehen.¹³³⁵ 651

1332 Betreffend EBG: KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 170.

1333 Werden Feststoffe (Rz. 69) auf einer überfluteten Fläche abgelagert, spricht man von *Übersarung* (z.B. Kommentar GSchG/WBG [2016]-SUTTER/NORER, Art. 1 WBG N 31; BEELER, S&R 1/2008, S. 35).

1334 Zu Zwischenursachen im Allgemeinen: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 660; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 428.

1335 Der Richter kann aufgrund seines Werturteils (FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I [2012], Rz. 429) selbstverständlich zu einem anderen Ergebnis gelangen.

2. Haftungsausschluss

- 652 **1.** Der adäquate Kausalzusammenhang zwischen dem Verhalten des potenziell Haftpflichtigen und dem Schaden kann «unterbrochen» werden,¹³³⁶ wenn eine andere Ursache hinzutritt, die «einen derart hohen Wirkungsgrad (Intensität) aufweist, dass die an sich adäquate Ursache nach wertender Betrachtungsweise als rechtlich nicht mehr beachtlich erscheint.»¹³³⁷
- 653 **a.** Als «Unterbrechungsgründe» anerkennen Rechtsprechung und Lehre (i) höhere Gewalt, (ii) grobes Selbstverschulden des Geschädigten und (iii) grobes Drittverschulden.¹³³⁸ Das Haftungssubjekt¹³³⁹, das sich auf einen Haftungsausschlussgrund beruft, hat dessen Vorliegen zu beweisen.¹³⁴⁰
- 654 **b.** Gefährdungshaftungen schützen die Allgemeinheit.¹³⁴¹ Deswegen soll nach einer weit verbreiteten Auffassung bei Gefährdungshaftungen ein «Unter-

1336 Es handelt sich um eine bildhafte Umschreibung: Tritt eine andere adäquate Ursache hinzu, die einen derart hohen Wirkungsgrad aufweist, löst diese quasi die alte Ursache ab. Es fehlt aus diesem Grund am Kausalzusammenhang (FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I [2012], Rz. 457–458; ebenfalls kritisch betreffend die «Theorie der Unterbrechung des Kausalzusammenhangs»: SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT [2020], Rz. 20.03; BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 41 N 20).

1337 REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 669 (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt); siehe auch BGer 4A_602/2018 (28.5.2019) E. 3.3.3.3 (besprochen von FELLMANN/BURGER, HAVE 4/2019, S. 390–391; HOCHSTRASSER, AJP 10/2019, S. 1053–1054); BGer 4A_169/2010 (23.8.2010) E. 3.2.

1338 BGer 4A_169/2010 (23.8.2010) E. 3.2; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 459.

1339 Auch wenn sich das Haftungssubjekt wegen eines Haftungsausschlussgrunds erfolgreich von seiner StAG-Haftung befreien kann, bezeichne ich es als Haftungssubjekt (Rz. 409).

1340 Art. 8 ZGB; GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 648 (betreffend Gefährdungshaftungen im Allgemeinen); GNOS, Diss. ZH (1997), S. 34 (betreffend PrHG); JOST, Haftpflichtprozess (1951), S. 77 (betreffend MFG); VON WATTENWYL, SJZ 22/1931|32, S. 341 (betreffend EHG); siehe auch ZK (2018)-JUNGO, Art. 8 ZGB N 358.

1341 REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 675 *in initio*; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 459 *in fine*; siehe aber HGer/ZH HG140095 (4.4.2016) E. 9.5.1, dem zufolge wohl nicht alle Gefährdungshaftungen die Allgemeinheit schützen («Dabei ist zu beachten, dass im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftungen, die dem Schutz der Allgemeinheit dienen [...]»).

bruch» des Kausalzusammenhangs nur ausnahmsweise bei sehr hoher Intensität der fraglichen Mitursache bejaht werden.¹³⁴² Dies ist gemäss höchststrichterlicher Rechtsprechung dann der Fall, wenn der «Unterbrechungsgrund»¹³⁴³ «die einzige Unfallursache darstellt [Variante 1] oder gegenüber anderen Faktoren an ursächlicher Bedeutung so sehr überwiegt, dass diese als adäquate Mitursache des Unfalls ausscheiden [Variante 2].»¹³⁴⁴ Ich teile die Auffassung des Bundesgerichts hinsichtlich der Variante 2. Hingegen fehlt es in der Variante 1 bereits am natürlichen Kausalzusammenhang. Der Kausalzusammenhang kann daher genau besehen gar nicht «unterbrochen» werden.¹³⁴⁵

2. Das Haftungssubjekt haftet nicht nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn es nachweist, dass der Schaden durch eines der in Art. 15 StAG aufgezählten Ereignisse – die ich als «Entlastungsgründe» bezeichne – verursacht wurde: 655

- Höhere Gewalt; 656
- Grobes Verschulden des Geschädigten; 657
- Sabotage; 658
- Terrorismus; 659
- Kriegerische Ereignisse. 660

1342 WERRO, *Responsabilité civile* (2017), Rz. 271 *in fine*; FELLMANN, *Haftpflichtrecht III* (2015), Rz. 1887; FELLMANN/KOTTMANN, *Haftpflichtrecht I* (2012), Rz. 459 *in fine*; GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 133; KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 24; siehe auch WYSS, SJZ 16|17/1997, S. 316 *in initio*.

1343 Bei Gefährdungshaftungen muss neben der Betriebsgefahr der Risikoquelle (vgl. BGer 4A_453/2008 [22.12.2008] E. 3.2) eine weitere «Ursache» hinzutreten.

1344 Betreffend Art. 40b Abs. 1 EBG: BGer 4A_453/2008 (22.12.2008) E. 3.2; bestätigt in BGer 4A_220/2010 (11.10.2010) E. 6. Eine inhaltlich gleiche Formulierung verwendete das Bundesgericht auch unter der Herrschaft des EHG – dem Vorgängererlass des EBG (z.B. BGE 102 II 363 E. 3 S. 366 m.w.N.).

1345 In diesem Sinne auch Art. 40c Abs. 1 EBG; BGer 4A_602/2018 (28.5.2019) E. 3.3.1 und 3.3.3 (besprochen von FELLMANN/BURGER, HAVE 4/2019, S. 390–391; HOCHSTRASSER, AJP 10/2019, S. 1053–1054); GEIGY Diss. BS (1959), S. 54 *in fine* (betreffend AtG), der nur von «konkurrierender Ursache» spricht. Springt z.B. eine Person vor eine fahrende Eisenbahn, sind der Sprung und die Fortbewegungsenergie der Eisenbahn (dazu KÖNIG, Diss. FR [2012], Rz. 60–66) ursächlich. Ist die Betriebsgefahr der Eisenbahn nicht mitursächlich für den Schaden (z.B. weil sich eine Person neben einer fahrenden Eisenbahn erschiesst), fehlt es an der Verwirklichung der Betriebsgefahr und damit auch am natürlichen Kausalzusammenhang zwischen Verwirklichung der Betriebsgefahr und dem Schaden.

- 661 **a.** Der Nutzen von Art. 15 StAG ist beschränkt. Ein Geschädigter ist verpflichtet darzulegen, dass zwischen dem charakteristischen Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem Schaden ein Kausalzusammenhang besteht. Dabei gilt dieser Kausalzusammenhang nach allgemeinen Grundsätzen (Rz. 653–654) auch im Anwendungsbereich der StAG-Haftung als «unterbrochen», wenn der Schaden durch höhere Gewalt, Dritt- oder Selbstverschulden verursacht wurde.¹³⁴⁶ Art. 15 StAG ist nur insofern praktisch bedeutsam, als das StAG den Entlastungsgrund «grobes Drittverschulden» auf «Sabotage», «Terrorismus» und «kriegerische Ereignisse»¹³⁴⁷ beschränkt.¹³⁴⁸
- 662 **b.** Gemäss E-StAG (1997) konnte sich der Schädiger nur auf den Entlastungsgrund des groben Drittverschuldens berufen.¹³⁴⁹ Das E-StAG (2006) sah – wie das KHG und das RLG – als Entlastungsgründe nur höhere Gewalt und grobes Verschulden des Geschädigten vor und schloss grobes Drittverschulden als Entlastungsgrund aus.¹³⁵⁰ Der Bundesgesetzgeber ergänzte Art. 15 StAG um die Entlastungsgründe «Sabotage», «Terrorismus» und «kriegerische Ereignisse». Er rechtfertigte dies damit, dass der Schweizer Staat verpflichtet sei, das Schweizer Staatsgebiet und die darauf lebende Bevölkerung zu schützen,¹³⁵¹ wozu auch die Stauanlagen zu zählen seien.¹³⁵² Ich gehe später darauf ein, ob der in Art. 15 StAG enthaltene Katalog von Entlastungsgründen sachgerecht ist (Rz. 710–720).
- 663 **3.** FELLMANN zufolge wirft die dogmatische Qualifikation des Entlastungsgrunds «kriegerische Ereignisse» Fragen auf.¹³⁵³ Ihm ist beizupflichten. Denn «kriegerische Ereignisse» gelten gemäss einer weit verbreiteten Ansicht als Unterart der Kategorie «höhere Gewalt».¹³⁵⁴ Allerdings begrüsse ich es, dass Art. 15 StAG den Entlastungsgrund «kriegerische Ereignisse» aufzählt, da ich eine Qualifikation von kriegerischen Ereignissen als höhere Gewalt ablehne (Rz. 689).

1346 Im Allgemeinen: ROBERTO, *Haftpflichtrecht* (2018), Rz. 16.06.

1347 Es ist umstritten, ob «kriegerische Ereignisse» als höhere Gewalt oder grobes Drittverschulden gelten (Rz. 694–700).

1348 Im Allgemeinen: ROBERTO, *Haftpflichtrecht* (2018), Rz. 16.06. Siehe aber zur verschärften Rechtslage nach nKHG: WALDNER, *AJP* 8/2012, S. 1106.

1349 Art. 8 Abs. 1 E-StAG (1997).

1350 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054.

1351 Vgl. Art. 57 Abs. 1 BV; BSK BV (2015)-DIGGELMANN/ALTWICKER, Art. 58 N 15.

1352 Votum Ständerat FREITAG (AB 2010 S 431–432).

1353 FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1885.

1354 Statt vieler: REY/WILDHABER, *Haftpflichtrecht* (2018), Rz. 961.

4. Nachfolgend untersuche ich, was unter den in Art. 15 StAG genannten Entlastungsgründen zu verstehen ist: 664

- Höhere Gewalt (Rz. 668–693); 665
- Kriegerische Ereignisse, Sabotage und Terrorismus als Ausnahme vom Grundsatz, dass grobes Drittverschulden keinen Entlastungsgrund darstellt (Rz. 694–706); 666
- Grobes Verschulden des Geschädigten (Rz. 707–709). 667

a. *Entlastungsgründe*

i. *Höhere Gewalt*

1. Von höherer Gewalt wird gesprochen, wenn ein *unvorhersehbares, unvermeidliches, aussergewöhnliches Ereignis mit unabwendbarer Gewalt* von aussen hereinbricht.¹³⁵⁵ Gewisse Autoren verlangen zusätzlich, dass dieses Ereignis nicht vorhergesehen wurde (siehe Rz. 690).¹³⁵⁶ Gemäss einer weit verbreiteten Ansicht können ausserordentliche Naturereignisse (Rz. 670–693) 668

1355 Vgl. BGer 4C.45/2005 (18.5.2005) E. 4.2.3; BGE 111 II 429 E. 1b S. 433; BGE 102 Ib 257 E. 5 S. 262; BGE 90 IV 265 E. 2b S. 270; Präjudizienbuch OR (2016)-GÖKSU, Art. 41 N 26; WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT (2013), Rz. 1831; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 41 OR N 46; FAVRE, S&R 3/2009, S. 198; KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 94–95; WIDMER, Umwelthaftung (1990), S. 598 *in initio*; JOST, Haftpflichtprozess (1951), S. 17 «Höhere Gewalt (Elementarereignis) ist ein unabwendbares, aussergewöhnliches Ereignis, das nicht mit dem Werk und Betrieb zusammenhängt, sondern mit unabwendbarer Wucht von aussen hereinbricht.»; DE WATTEVILLE, SJZ 14/1935|36, S. 211.

1356 REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 690; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 460.

und kriegerische Ereignisse¹³⁵⁷ (Rz. 694–700) als höhere Gewalt gelten.¹³⁵⁸
Die Praxis bejaht das Vorliegen von höherer Gewalt nur selten.¹³⁵⁹

669 Ich lehne eine Qualifikation von menschlichem Verhalten als höhere
Gewalt ab (Rz. 689). Ich beschäftige mich nachfolgend daher nur mit der
Frage, wann Naturereignisse als höhere Gewalt gelten.

670 2. Die Lehre zählt als **ausserordentliche Naturereignisse** zum Beispiel Erd-
beben, Unwetter oder Überschwemmungen auf.¹³⁶⁰

671 a. Die Praxis bejaht das Vorliegen von höherer Gewalt zum Beispiel bei:

- 672 – Felsverschiebungen;¹³⁶¹
- 673 – aussergewöhnlich starken Gewittern;¹³⁶²
- 674 – einer Lawine;¹³⁶³
- 675 – einer Feuersbrunst;¹³⁶⁴
- 676 – einem Murenbruch, bei dem 700 Kubikmeter Material bewegt wurden.¹³⁶⁵

1357 WERRO, *Responsabilité civile* (2017), Rz. 273, und MÜLLER, *Responsabilité civile* (2013), Rz. 221, sprechen von «troubles sociaux». DESCHENAUX/TERCIER, *Responsabilité civile* (1982), § 4 Rz. 56, subsumieren auch Revolutionen unter «höhere Gewalt».

1358 Z.B. KELLER, *Haftpflicht I* (2002), S. 95; OFTINGER, *FS Savatier* (1965), S. 733 *in fine*; siehe auch HGer/SG HG.2008.42 (6.1.2010) E. III./7b; Votum Nationalrat NUSSBAUMER (AB 2010 N 1397 *in initio*) «So hat er z.B. «kriegerische Ereignisse» erwähnt, obwohl im Begriff «höhere Gewalt» kriegerische Ereignisse bereits integriert sind.»; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054; HUG, *Diss. ZH* (1970), S. 93–94.

1359 BGE 111 II 429 E. 1b S. 434 (siehe Fn. 1372); siehe auch FELLMANN/KOTTMANN, *Haftpflichtrecht I* (2012), Rz. 461; KÖNIG, *Diss. FR* (2012), Rz. 199; TERCIER/ROTEN, *Colloque* (2001), S. 2 (Anm. 8).

1360 OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht I* (1995), § 3 Rz. 150 (Anm. 167).

1361 BGE 41 II 356 E. 3 S. 365.

1362 BGE 49 II 254 E. 3 S. 266 («wolkenbruchartiges Gewitter»); AppH/BE (29.7.1982) E. 6a, in: SG (*Zeitschrift*) 1982, Nr. 204, S. 14–15 («Jahrhundertregen»).

1363 BGE 80 II 216 E. 2a S. 220.

1364 KGer/ZG (3.7.2003) E. 1.2, in: GVP 2003, S. 166.

1365 KGer/VS (10.10.2008) E. 14.5, in: ZWR 2009, S. 280.

b. Viel häufiger verneinte die Praxis jedoch das Vorliegen von höherer Gewalt, so etwa bei:

- heftigen Windstößen;¹³⁶⁶ 678
- heftigen Gewittern;¹³⁶⁷ 679
- einem heftigen Sturm;¹³⁶⁸ 680
- überraschender Vereisung;¹³⁶⁹ 681
- Schneefällen im Gebirge, die das normale Mass überstiegen;¹³⁷⁰ 682
- einem Felssturz;¹³⁷¹ 683
- heftigen Regenfällen, die zu einem Murenbruch führten;¹³⁷² 684
- Lawinen im Lawinenwinter 1998/99.¹³⁷³ 685

3. Die Gerichte qualifizierten ausserordentliche Naturereignisse in den letzten Jahrzehnten nur noch selten als höhere Gewalt (Rz. 671–676).¹³⁷⁴ Das Bundesgericht bejahte das Vorliegen höherer Gewalt wegen eines ausserordentlichen Naturereignisses, soweit ersichtlich, letztmals im Jahre 1954. Ich begrüsse diese restriktive Haltung unserer Gerichte (Rz. 687–691). Wie der

1366 Föhnstoss: BGE 90 II 9 E. 2 S. 11 (= Pra 1964, Nr. 57, S. 154); Windstoss: BGE 57 II 36 E. 2 S. 41.

1367 Heftiges Gewitter: BGE 118 II 502 E. 2a S. 504 (= Pra 1994, Nr. 13, S. 49); wolkenbruchartige Regenfälle: BGE 100 II 134 E. 5 S. 142; ungewöhnliche Niederschlagsmengen: BGE 91 II 474 E. 8 S. 487–488; heftiges Unwetter im Berner Oberland: AppH/BE (17.8.1993) E. III./3.1, in: SG (Zeitschrift) 1993, Nr. 906, S. 10.

1368 CA/FR (1.6.1973) E. b, in: FZR 1973, S. 28.

1369 OGer/AR (1.3.1976) E. 2, in: SJZ 1977, S. 191.

1370 BGE 102 Ib 257 E. 5 S. 262–263.

1371 KGer/NE (19.8.1985) E. 3b, in: RJN 1985, S. 42.

1372 BGE 111 II 429 E. 1b S. 434. Diesem Bundesgerichtsentscheid lag vereinfacht folgender Sachverhalt zugrunde (siehe auch JAGMETTI, SBVR VII [2005], Rz. 4217 [Anm. 377]): In der Nacht vom 9. auf den 10.9.1965 bildete sich aufgrund eines heftigen Regenfalls eine Masse aus Wasser, Geröll und Schlamm. Diese zerstörte in Brissago (TI) mehrere Gebäude und tötete eine Person (Sachverhalt Teil A). Das Bundesgericht prüft in E. 1b (S. 433–434), ob sich die Grundeigentümerin von ihrer Haftung mit der Einrede der höheren Gewalt wegen der heftigen Regenfälle befreien kann. Es verneinte dies: Die Grundeigentümerin habe trotz des langandauernden Wolkenbruchs mit einer Eintretenswahrscheinlichkeit von einem Mal in hundert Jahren das Unglück massgeblich verursacht, indem sie einen Ableitungskanal und eine Mülldeponie schuf, die nicht gesetzeskonform waren.

1373 BGer 4C_130/2006 (8.5.2007) E. 3.3.

1374 So bereits DESCHENAUX/TERCIER, Responsabilité civile (1982), § 4 Rz. 57.

Berner Appellationshof nämlich bereits im Jahre 1993 richtigerweise festhielt, kann für die Frage, ob höhere Gewalt vorliegt, «nicht auf die Überschriften und Texte der über ein Naturereignis berichtenden Presse abgestellt werden»¹³⁷⁵. Würde man dem Berner Appellationshof zufolge nämlich «jedes Ereignis, welches die Presse mit dem Begriff Katastrophe umschreibt, als höhere Gewalt anerkennen, würde dieser Begriff in unzulässiger Weise ausgedehnt.»¹³⁷⁶

- 687 4. Der Begriff «höhere Gewalt» wird nicht vom Resultat her definiert. Begriffsbestimmend sind die Kriterien «aussergewöhnliches Ereignis», «Unvorhersehbarkeit» und «Unabwendbarkeit».¹³⁷⁷ Diese Kriterien konkretisiere ich nachfolgend, wobei mein Augenmerk auf Stauanlagen liegt:
- 688 a. Ob ein Ereignis als aussergewöhnlich gilt, ist jeweils anhand der Umstände des Einzelfalls zu entscheiden.¹³⁷⁸ Nach einer weit verbreiteten Auffassung können Naturereignisse und kriegerische Ereignisse als **aussergewöhnliches Ereignis** im Sinne der höheren Gewalt gelten (Rz. 668). Laut KELLER bezieht sich die höhere Gewalt ihrem Wesen nach nur auf Naturvorgänge.¹³⁷⁹ Trotzdem können laut KELLER vom «Menschen getragene Vorgänge [...] höhere Gewalt darstellen, wenn sie nach Form und Umfang die [...] Merkmale»¹³⁸⁰ der höheren Gewalt (Rz. 668) aufweisen.

1375 AppH/BE (17.8.1993) E. III./3.1, in: SG (Zeitschrift) 1993, Nr. 906, S. 9.

1376 AppH/BE (17.8.1993) E. III./3.1, in: SG (Zeitschrift) 1993, Nr. 906, S. 9.

1377 AppH/BE (17.8.1993) E. III./3.1, in: SG (Zeitschrift) 1993, Nr. 906, S. 9 *in fine*.

1378 FAVRE, S&R 3/2009, S. 198; STARK, Diss. ZH (1946), S. 148; MOLL, Diss. BE (1945), S. 85. Der Richter muss dabei gemäss Art. 1 Abs. 2 ZGB und Art. 4 ZGB generalisierend (d.h. typisierend und somit *modo legislatoris*) entscheiden (vgl. im Allgemeinen: VISCHER, AJP 1/2019, S. 133).

1379 KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 95.

1380 KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 95.

Teile der Lehre¹³⁸¹ und auch das Bundesgericht¹³⁸² in einem Entscheid aus dem Jahre 1898 lehnen zu Recht ein solches unter anderem von KELLER (Rz. 688) postuliertes weites Verständnis des Begriffs «Ereignis» im Sinne der haftpflichtrechtlichen höheren Gewalt ab. Denn Sinn und Zweck des Entlastungsgrunds «höhere Gewalt» ist, dass sich ein Schädiger ausnahmsweise von seiner ausservertraglichen Haftung befreien können soll, wenn ein vom menschlichen Verhalten unabhängiges Ereignis den Schaden verursacht, das als «zu grosser Intensität gesteigerte[r] Zufall»¹³⁸³ gilt. Wird der Schaden hingegen durch menschliches Verhalten (grobes Selbstverschulden des Geschädigten oder grobes Drittverschulden) verursacht, kann sich der Schädiger mithilfe des Entlastungsgrunds «Selbstverschulden» beziehungsweise «Drittverschulden» von seiner Haftung befreien. Es ist folglich systemwidrig und zudem auch unnötig, wenn sich der Schädiger für von Menschen verursachten Schaden teilweise sowohl auf den Entlastungsgrund «höhere Gewalt» als auch auf den Entlastungsgrund «Drittverschulden» berufen kann. Aus diesem Grund gelten zum Beispiel kriegerische Ereignisse, Terror- und Sabotageakte nicht als höhere Gewalt.

1381 POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 519; FAVRE, S&R 3/2009, S. 198; STARK, ZSR 1967 II, S. 26–28; JOST, *Haftpflichtprozess* (1951), S. 17; ODERMATT, Diss. ZH (1951), S. 40; MOLL, Diss. BE (1945), S. 85; siehe auch OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht I* (1995), § 3 Rz. 150 (Anm. 167); vgl. aber STARK, Diss. ZH (1946), S. 142–143 und 148. Vgl. betreffend deutsches Recht: DERNBURG, *GrünhutsZ* 1884, S. 336 «Höhere Gewalt [...] sind zweifelsohne Ereignisse, die über Menschenkraft hinausgehen, Unfälle, die daher als eine Schickung angesehen werden müssen.»

1382 Vgl. BGE 24 II 41 E. 1 S. 45: «Sobald nämlich [...] ein Verschulden als ursächlich für den Unfall angesehen werden muss, so braucht die Einrede der höheren Gewalt [...] nicht näher geprüft zu werden. [...] Wenn aber ein Verschulden Dritter ursächlich mit dem Unfall in Zusammenhang steht, so braucht ebenfalls nicht untersucht zu werden, ob dieses sich der Bahn gegenüber als höhere Gewalt qualifiziere [...]»; siehe in diesem Zusammenhang: STARK, Diss. ZH (1946), S. 207 *in initio*, dem zufolge alle Personen als «Dritte» anzusehen sind, die nicht als Geschädigter oder Schädiger (inkl. seiner Hilfspersonen) gelten.

1383 BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 142; siehe auch STARK, Diss. ZH (1946), S. 148; MOLL, Diss. BE (1945), S. 85–86.

- 690 **b.** Ob ein Ereignis **unvorhersehbar** war, ist eine Frage, die der Richter anhand der Umstände des Einzelfalls¹³⁸⁴ und wertend¹³⁸⁵ beantworten muss. Unvorhersehbar ist ein Ereignis, wenn es aus Sicht des Haftungssubjekts¹³⁸⁶ objektiv¹³⁸⁷ betrachtet bei Erstellung der Stauanlage nicht vorhersehbar war.¹³⁸⁸ Unvorhersehbar ist nicht mit «undenkbar» (zum Beispiel ein Meteoriteneinschlag)¹³⁸⁹ oder «unvorstellbar» gleichzusetzen, weil dieses Kriterium sonst kaum je erfüllt wäre.¹³⁹⁰ An die Voraussetzungen der Unvorhersehbarkeit dürfen mit anderen Worten nicht allzu strenge Anforderungen gestellt werden.¹³⁹¹ Das Kriterium der Unvorhersehbarkeit ist erfüllt, wenn der Schädiger das Ereignis hätte vorhersehen müssen.¹³⁹² Dies ist dann der Fall, wenn der Schädiger nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge mit dem Eintritt dieses Ereignisses vernünftigerweise hätte rechnen müssen,¹³⁹³ was bei einer Eintretenswahrscheinlichkeit von 10% oder mehr zu bejahen ist.¹³⁹⁴
- 691 **c.** Ob ein Ereignis **unabwendbar** war, ist wiederum (Rz. 690) eine Frage, die der Richter anhand der Umstände des Einzelfalls und wertend beantworten

1384 FAVRE, S&R 3/2009, S. 198 *in fine*; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 383 (Rz. 1197); MOLL, Diss. BE (1945), S. 86. Der Richter muss dabei gemäss Art. 1 Abs. 2 ZGB und Art. 4 ZGB generalisierend (d.h. typisierend und somit *modo legislatoris*) entscheiden (vgl. im Allgemeinen: VISCHER, AJP 1/2019, S. 133).

1385 Vgl. betreffend *clausula rebus sic stantibus*: BK (2018)-MÜLLER, Art. 18 OR N 673.

1386 Wohl gl.M. im Allgemeinen: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 690, und FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 460.

1387 DE WATTEVILLE, SJZ 14/1935|36, S. 211.

1388 Vgl. betreffend *clausula rebus sic stantibus*: BK (2018)-MÜLLER, Art. 18 OR N 673–674.

1389 Siehe SEILER, ZBI 11/1995, S. 490 *in initio*, dem zufolge ein Meteoriteneinschlag als Extremereignis anzusehen ist; KNAPP, ZSR 1986 I, S. 603.

1390 Vgl. KNAPP, ZSR 1986 I, S. 601; vgl. betreffend *clausula rebus sic stantibus*: BK (2018)-MÜLLER, Art. 18 OR N 674.

1391 Vgl. betreffend *clausula rebus sic stantibus*: HAEFELI/GALLI/VISCHER, COVID-19 (2020), Rz. 46; BK (2018)-MÜLLER, Art. 18 OR N 674.

1392 Vgl. betreffend *clausula rebus sic stantibus*: HAEFELI/GALLI/VISCHER, COVID-19 (2020), Rz. 46.

1393 Vgl. ROTEN, Diss. FR (2000), S. 383 (Rz. 1197).

1394 Vgl. betreffend *clausula rebus sic stantibus*: HAEFELI/GALLI/VISCHER, COVID-19 (2020), Rz. 46; teilweise gl.M. FAVRE, S&R 3/2009, S. 199 *in initio* «l'événement sera alors qualifié d'imprévisible, si son temps de récurrence est supérieur à celui prévu par les normes en vigueur [...]».

muss.¹³⁹⁵ Unabwendbar ist ein Ereignis, wenn das Haftungssubjekt¹³⁹⁶ es objektiv¹³⁹⁷ betrachtet ab Erstellung der Stauanlage und bis zum Stauanlagenunfall nicht durch *zumutbare*¹³⁹⁸ Abwehrmassnahmen hätte abwenden können.¹³⁹⁹ Unabwendbar bedeutet somit nicht, dass ein Ereignis schlechthin nicht abgewendet werden kann, weil dieses Kriterium sonst – wie schon das Kriterium der Unvorhersehbarkeit (Rz. 690) – kaum je erfüllt wäre.¹⁴⁰⁰ Zumutbar sind dem letzten Stand der Technik entsprechende Abwehrmassnahmen, wenn diese gesetzlich vorgeschrieben sind.¹⁴⁰¹ Sind solche dem letzten Stand der Technik entsprechende Abwehrmassnahmen nicht gesetzlich vorgeschrieben, gelten sie solange als zumutbar, wie sie wirtschaftlich verhältnismässig, also finanziell zumutbar sind.¹⁴⁰² Das Kriterium «Unabwendbarkeit» ist jedenfalls dann nicht erfüllt, wenn der Stauanlagenunfall durch menschliches Fehlverhalten (mit-)verursacht wurde.¹⁴⁰³

5. Naturereignisse dürfen im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG nur zurückhaltend als höhere Gewalt qualifiziert werden, sodass das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG als adäquate Mitursache ausscheidet.¹⁴⁰⁴ Die Messlatte ist aufgrund der heutigen technischen Möglichkeiten (Rz. 691) und des Umstands, dass Art. 14

1395 Vgl. ROTEN, Diss. FR (2000), S. 384 (Rz. 1197); MOLL, Diss. BE (1945), S. 86. Der Richter muss dabei gemäss Art. 1 Abs. 2 ZGB und Art. 4 ZGB generalisierend (d.h. typisierend und somit *modo legislatoris*) entscheiden (vgl. im Allgemeinen: VISCHER, AJP 1/2019, S. 133).

1396 Vgl. DE WATTEVILLE, SJZ 14/1935|36, S. 211, der vom «subjektiven Moment» spricht.

1397 BGE 90 IV 265 E. 2b S. 270; FAVRE, S&R 3/2009, S. 199; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 383 (Rz. 1198).

1398 BGE 88 II 283 E. 3c S. 291 m.w.N.; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 383 (Rz. 1197).

1399 Vgl. betreffend EleG: MOLL, Diss. BE (1945), S. 86.

1400 Vgl. betreffend deutsches Recht: DERNBURG, GrünhutsZ 1884, S. 336.

1401 Vgl. betreffend EleG: MOLL, Diss. BE (1945), S. 87 *in initio*; siehe auch ROTEN, Diss. FR (2000), S. 489 (Rz. 1529).

1402 Vgl. FAVRE, S&R 3/2009, S. 199; vgl. betreffend Werkeigentümerhaftung: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 15a; wohl a.M. betreffend EleG: MOLL, Diss. BE (1945), S. 87 *in initio*.

1403 KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 95.

1404 *Beispiel*: Am 13.8.1935 brach wegen ausserordentlichen Regensfalls das Absperrbauwerk der italienischen Talsperre «Molare», weshalb über 100 Menschen in den Fluten starben (JEGHER/JEGHER/GROSSMANN, Schweizerische Bauzeitung 26/1935). JEGHER/JEGHER/GROSSMANN stellen die Qualifikation des «sintflutartigen Hochwassers» als höhere Gewalt infrage (S. 307). Gl.M. betreffend AtG: HUG, Diss. ZH (1970),

Abs. 1 StAG eine Gefährdungshaftung ist, hoch anzusetzen.¹⁴⁰⁵ Da Wetterextreme aufgrund des Klimawandels¹⁴⁰⁶ zunehmen werden,¹⁴⁰⁷ dürfen auch extreme Naturereignisse nicht reflexartig als höhere Gewalt qualifiziert werden.¹⁴⁰⁸

- 693 Für die restriktive Qualifikation von Naturereignissen als höhere Gewalt spricht auch, dass Stauanlagen für Extremereignisse gebaut werden und diesen standhalten können müssen.¹⁴⁰⁹ Zudem kann bei einer unmittelbaren Gefahr vorsorglich die Stauhöhe einer Stauanlage reduziert werden.¹⁴¹⁰

S. 92 «Wegen der ausserordentlichen Betriebsgefahr erscheint es fraglich, ob überhaupt ein Naturvorgang denkbar ist, der einen an sich bestehenden adäquaten Kausalzusammenhang abbrechen kann.»; gl.M. betreffend EHG: KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 257.

- 1405 Gl.M. im Ergebnis: POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 519; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 4492 (Rz. 1542).

- 1406 Siehe zum Klimawandel im Allgemeinen z.B. BVGer A-2992/2017 (27.11.2018) E. 7.4.2 (besprochen von REHMANN, AJP 6/2019, S. 655–661); HOSTETTLER, Diss. ZH (2012), S. 20–23.

- 1407 Vgl. WILDHABER, ZSR 4/2013 I, S. 383, wonach «die Anzahl der Katastrophen [...] seit Ende der 60er Jahre eine rasante Zunahme [erfährt]», wofür u.a. «klimatische Veränderungen durch menschliches Handeln» verantwortlich seien.

- 1408 Vgl. ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 06.41; siehe auch WILDHABER, ZSR 4/2013 I, S. 413 (m.H. auf BGer 6P.39/2006 und 6S.75/2006 [30.8.2006] [= Pra 2007, Nr. 118, S. 784–799]) «Unabhängig davon, welches die Wiederkehrhäufigkeit einer Naturgefahr ist und wie aussergewöhnlich sie ist, kann die höhere Gewalt nicht anerkannt werden, wenn gewisse konkrete Elemente zur Vorsichtigkeit einladen.»

- 1409 Vgl. Art. 5 Abs. 1 und 4 StAG sowie Art. 10 Abs. 2 StAG; vgl. auch TERCIER, ZSR 1986 I, S. 312–313; siehe auch CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 20 «Die Schweizer Talsperren müssen dem grösstmöglichen Hochwasser standhalten, und es darf selbst bei einem Hochwasser, wie es nur alle tausend Jahre zu erwarten ist, kein Wasser über die Krone fliessen.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

- 1410 Art. 5 Abs. 3 Satz 1 StAG; JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4516; BUNDESAMT FÜR ENERGIE, Richtlinie C2 (15.2.2017), S. 21, setzt folgende maximale Entleerungszeit des Staubeckens fest: 1–3 Kalendertage bei einem Stauvolumen von bis 1 Mio. Kubikmetern (1), 21 Kalendertage bei einem Stauvolumen ab 10 Mio. Kubikmetern (2) und lineare Interpolation bei einem Stauvolumen von 1 Mio. bis 10 Mio. Kubikmetern (3), d.h., die Entleerungszeit im Fall (3) entspricht der Geraden zwischen Fall (1) und Fall (2) (PANDURI, Hinweise). Vgl. aber BOTSCHAFT Wasserbaupolizei (9.4.1952), S. 704 «Dabei darf nicht ausser Acht gelassen werden, dass trotz der grössten Aufmerksamkeit es ausserordentlich schwer ist, zu bestimmen, ob und wann die Absenkung beginnen soll. In den meisten Fällen beansprucht die Durchführung

Schliesslich stellen Hochwasser und Erdbeben laut BIEDERMANN – einem früheren Leiter der Sektion «Aufsicht Talsperren» beim heutigen Bundesamt für Energie – das grösste Risiko für Stauanlagen dar.¹⁴¹¹ Es wäre daher aus Sicht der Geschädigten stossend, wenn sich das Haftungssubjekt bei einem Stauanlagenunfall trotz dieser Erkenntnis von seiner StAG-Haftung befreien kann, falls sich eine Unfallursache mit der grössten Eintretenswahrscheinlichkeit verwirklichte. Auch aus diesem Grund sollte ein Naturereignis (Hochwasser und Erdbeben) nur zurückhaltend als höhere Gewalt qualifiziert werden.

ii. *Kriegerische Ereignisse*

1. Gewisse Autoren qualifizieren kriegerische Ereignisse als höhere Gewalt 694 (Rz. 668).¹⁴¹² Das Bundesgericht anerkannte letztmals im Jahre 1925 kriegerische Ereignisse während des Ersten Weltkriegs als höhere Gewalt.¹⁴¹³

der Absenkung Tage und Wochen, so dass sie vielleicht nicht rechtzeitig erfolgen kann.»

1411 CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 19 *in fine*, siehe auch S. 20.

1412 REY/WILDHABER, *Haftpflichtrecht* (2018), Rz. 691; HONSELL/ISENRING/KESSLER, *Haftpflichtrecht* (2013), § 3 Rz. 40; TERCIER/ROTE, *Colloque* (2001), S. 2 (Anm. 8). KÜCHLER qualifiziert sogar *innere Unruhen* als höhere Gewalt (KÜCHLER, Diss. ZH [1968], S. 51; siehe auch Fn. 1357). ODERMATT erachtet *Neutralitätsverletzungen* zwar nicht als höhere Gewalt, will Neutralitätsverletzungen aber trotzdem als besonderen Entlastungsgrund ansehen (ODERMATT, Diss. ZH [1951], S. 40).

1413 BGE 51 II 190 E. 5 S. 196–197 und E. 6 S. 197–198; siehe aber auch den im Jahre 1919 gefällten BGE 45 II 37, wo das Bundesgericht den Verkäufer von «Ware englischer Provenienz» (E. 2 S. 41) trotz Nichtlieferung des Kaufgegenstands bzw. Nichterfüllung des Kaufvertrages aufgrund des 1. Weltkriegs von seiner Vertragshaftung befreite (E. 3 S. 42) und damit implizit das Vorliegen höherer Gewalt bejahte (siehe VON BÜREN, OR AT [1964], S. 402).

695 2. Kriegerische Ereignisse – verstanden als symmetrische¹⁴¹⁴ oder asymmetrische¹⁴¹⁵ Konflikte – gelten nicht als höhere Gewalt (Rz. 689). Sie sind der Kategorie «grobes Drittverschulden» zuzuordnen.¹⁴¹⁶

696 a. Der vom StAG vorgesehene Haftungsausschluss «kriegerische Ereignisse» ist – unabhängig von seiner dogmatischen Einordnung – gerechtfertigt.¹⁴¹⁷ Ständerat FREITAG führt zu Recht aus, dass bei einem bewaffneten Konflikt der Schweizer Staat für die Sicherheit des Schweizer Staatsgebiets und der Bevölkerung und damit auch für Infrastrukturanlagen wie Stauanlagen zuständig ist.¹⁴¹⁸ Den Schweizer Staat trifft somit bei kriegerischen Ereignissen eine doppelte Pflicht:

1414 In symmetrischen Konflikten stehen sich ebenbürtige Konfliktparteien gegenüber (vgl. SCHRADER, Konflikte [10.12.2018], Kapitel «symmetrischer vs. asymmetrischer Konflikt»; siehe auch BROCKHAUS, zu «Krieg» [Kapitel «Veränderte Rahmenbedingungen»]).

1415 In asymmetrischen Konflikten stehen sich ungleich starke Konfliktparteien gegenüber (vgl. BROCKHAUS, zu «Krieg» [Kapitel «Veränderte Rahmenbedingungen»]; siehe auch SCHRADER, Konflikte [10.12.2018], Kapitel «symmetrischer vs. asymmetrischer Konflikt»). Aus diesem Grund kämpft die schwächere Konfliktpartei häufig mit unkonventionellen Taktiken (z.B. Guerilla-Taktik) und unkonventionellen Waffen (vgl. BROCKHAUS, zu «Krieg» [Kapitel «Veränderte Rahmenbedingungen»]).

1416 Gl.M. OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 30 Rz. 137; STARK, ZSR 1967 II, S. 27 *in fine*; GEIGY, Diss. BS (1959), S. 57–58; a.M. KLETT/DE MEURON, Colloque (2018), S. 64, denen zufolge Kriegsakte häufig sowohl zur Kategorie «höhere Gewalt» als auch zur Kategorie «Drittverschulden» zu zählen sind; KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 95; TERCIER/ROTEN, Colloque (2001), S. 2 (Anm. 8); OFTINGER, FS Savatier (1965), S. 733 *in fine*.

1417 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 6 hielt betreffend kriegerische Ereignisse jedoch Folgendes fest: «Erheblich weniger hoch ist die Sicherheit einer Talsperre gegen eine militärische Einwirkung, da hier Waffen mit hoher Sprengkraft eingesetzt werden können. Doch muss man sich die Frage stellen, was mit einer militärischen Einwirkung auf eine Talsperre bezweckt werden soll und wie realistisch infolgedessen ein Angriff ist. Bei der Bombardierung von Talsperren im Ruhrgebiet während des Zweiten Weltkriegs [siehe Rz. 10] ging es darum, der Rüstungsindustrie das Kühlwasser zu entziehen. Ein solcher Einsatz diente einem strategischen Ziel und war deshalb als realistisch einzuschätzen. Für die schweizerischen Stauanlagen ist ein vergleichbares strategisches Ziel nicht auszumachen und eine militärische Einwirkung somit als unrealistisch einzuschätzen.»

1418 Votum Ständerat FREITAG (AB 2010 S 431–432); so auch verschiedene Vernehmlassungsteilnehmer (EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse VE²-StAG [9.10.2000], S. 8

- Einerseits ist er verpflichtet, die Stauanlagen vor terrestrischen Angriffen, 697
Luftangriffen und Cyberangriffen¹⁴¹⁹ zu schützen.¹⁴²⁰
- Andererseits ist er verpflichtet, das Schweizer Staatsgebiet und die Bevöl- 698
kerung zu schützen.¹⁴²¹ Deswegen muss der Schweizer Staat Massnahmen
anordnen, welche die Unterlieger (Fn. 167) vor der Verwirklichung des
charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG schüt-
zen.¹⁴²² Dies kann der Schweizer Staat zum Beispiel durch die Absenkung
des Staubeckens bewerkstelligen.¹⁴²³

b. Verwirklicht sich infolge eines kriegerischen Ereignisses das charakteristi- 699
sche Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und wird dadurch ein Schaden
verursacht, hat der Schweizer Staat seine Pflicht zum Schutz der Stauanlage
und der Bevölkerung nicht erfüllt.¹⁴²⁴ Eine Haftung des Haftungssubjekts nach
Art. 14 Abs. 1 StAG für solchen Schaden wäre daher nicht sachgerecht.¹⁴²⁵

«[D]ie Inhaberinnen von Stauanlagen [hätten] keinen Einfluss auf kriegerische Ereig-
nisse [...] und die Anlagen im Kriegsfall ohnehin dem Militär bzw. der öffentlichen
Hand unterstellt seien [...]»).

1419 Auch Stauanlagen können Ziel eines Cyberangriffs sein, wie das Beispiel des im US-
Staat New York gelegenen «Bowman Dam» beweist. Gemäss amerikanischem Jus-
tizministerium trug sich folgender Sachverhalt zu: «*Between August 28, 2013, and
September 18, 2013, [HAMID] FIROOZI repeatedly obtained unauthorized access
to the SCADA systems of the Bowman Dam, in Rye, New York, which allowed him to
repeatedly obtain information regarding the status and operation of the dam, includ-
ing information about the water levels and temperature, and the status of the sluice
gate, which is responsible for controlling water levels and flow rates. Although that
access would normally have permitted [HAMID] FIROOZI to remotely operate and
manipulate the Bowman Dam's sluice gate, unbeknownst to [HAMID] FIROOZI, the
sluice gate had been manually disconnected for maintenance at the time his intru-
sion.*» (DEPARTMENT OF JUSTICE, Pressemitteilung [24.3.2016], Hervorhebungen
durch den Autor dieser Monografie hinzugefügt); siehe betreffend Hacking im All-
gemeinen: GERMANN/WICKI-BIRCHLER, AJP 1/2020, *passim*.

1420 Art. 57 Abs. 1 BV; Art. 1 Abs. 1 lit. b MG und Art. 1 Abs. 2 lit. c MG.

1421 Siehe die Nachweise in Fn. 1420.

1422 Art. 12 Abs. 2 StAG i.V.m. Art. 28 StAV (siehe auch die in Rz. 179 aufgelisteten
früheren Erlasse).

1423 Vgl. BOTSCHAFT Wasserbaupolizei (9.4.1952), S. 704; siehe auch Art. 80 Abs. 5 MG.

1424 Vgl. MÜLLER, NZZ (10./11.9.2005), S. 53, wonach laut DARBRE – einem früheren
Leiter der Sektion «Aufsicht Talsperren» beim heutigen Bundesamt für Energie –
kriegerische Ereignisse «kaum als mögliche[r] Grund für einen Bruch der Talsperre»
infrage kommen.

1425 Gl.M. STARK, ZSR 1981 I, S. 383 (Anm. 55) «Ob auch kriegerische Ereignisse die
Haftpflcht auslösen sollen, ist eine sehr schwierige, politische Frage; es wäre wohl

Allenfalls kann der Schweizer Staat in solchen Konstellationen von den Geschädigten und der Eigentümerin der Stauanlage haftbar gemacht werden.

- 700 **3.** Zu klären ist schliesslich noch, was ein «kriegerisches Ereignis» im Sinne von Art. 16 StAG ist. Ein «kriegerisches Ereignis» liegt vor, wenn die Schweiz mit konventionellen oder neuartigen Mitteln (zum Beispiel *Cyberwarfare*)¹⁴²⁶ angegriffen wird, wobei irrelevant ist, ob eine Kriegserklärung¹⁴²⁷ vorliegt. Keine Rolle spielt, ob die Vereinigte Bundesversammlung vor oder nach dem Angriff auf die Schweiz den Aktivdienst im Sinne von Art. 76 Abs. 1 lit. a MG anordnete beziehungsweise anordnet.¹⁴²⁸

iii. *Sabotage und Terrorismus*

- 701 **1.** Sabotage und Terrorismus zählen zur Kategorie «grobes Drittverschulden».¹⁴²⁹ Ich lehne die Qualifikation von Sabotage und Terrorismus als «höhere Gewalt» ab, weil Terror- und Sabotageakte keine von menschlichem Verhalten unabhängige Ereignisse sind (Rz. 689).

wenig plausibel, denjenigen, der durch die Wasserfluten aus einem bombardierten Staudamm geschädigt wird, anders zu behandeln als denjenigen, dessen Haus von einer Brandbombe getroffen wurde.» Vgl. aber betreffend Sabotage: BGE 144 III 319 E. 5.3.2 S. 324, wonach «der Inhaber der Rohrleitungsanlage aus Billigkeitsüberlegungen deshalb haftet, weil nicht der (schuldlose) Geschädigte das Risiko tragen soll, leer auszugehen.»

1426 Siehe betreffend Hacking im Allgemeinen: GERMANN/WICKI-BIRCHLER, AJP 1/2020, *passim*.

1427 So bereits betreffend AtG: GEIGY, Diss. BS (1959), S. 58.

1428 Vgl. betreffend AtG: DEVRIENT, Diss. LA (1964), S. 59 «Il importera donc peu, à notre avis, de savoir si la Confédération est en état de guerre ou non [...]».

1429 Gl.M. BGE 144 III 319 E. 5.3.2 S. 324 (Sabotage); BGE 37 II 237 E. 4 S. 239 (Terrorismus, d.h. Explosion einer Bombe in einer Eisenbahn); HAP Haftung & Versicherung (2015)-SCHMID/COURVOISIER/ZOGG, Rz. 24.40 (Anm. 75); FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1885; HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 22 Rz. 47; HUG, Diss. ZH (1970), S. 94; OFTINGER, FS Savatier (1965), S. 734 *in initio* (Sabotage); a.M. betreffend Terrorismus: KLETT/DE MEURON, Colloque (2018), S. 64, denen zufolge Terrorakte häufig sowohl zur Kategorie «höhere Gewalt» als auch zur Kategorie «grobes Drittverschulden zu zählen sind; KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 199, 201 und 226; REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 961; a.M. betreffend Sabotage und Terrorismus: Votum Nationalrat SCHMIDT (AB 2010 N 1393) «Die Betreiberin ist nur dann von der Haftung befreit, wenn der Schaden durch grobes Selbstverschulden der geschädigten Person oder durch höhere Gewalt verursacht wird, das heisst durch

2. Nachfolgend untersuche ich, was unter «Sabotage» (Rz. 703) und «Terrorismus» (Rz. 704) zu verstehen ist.¹⁴³⁰ 702

a. «**Sabotage**» ist die absichtliche Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit politischer, militärischer oder wirtschaftlicher Einrichtungen, unter anderem durch Beschädigung und Zerstörung von Anlagen und Maschinen.¹⁴³¹ 703

b. Eine allgemeine Definition des Begriffs «**Terrorismus**» existiert nicht.¹⁴³² 704
Eine solche Definition ist stark von weltanschaulich-ideologischen Perspektiven geprägt.¹⁴³³ Es ist daher schwierig, eine allgemein anerkannte Definition von Terrorismus zu erarbeiten. Ich greife auf die von BECHMANN entwickelte Definition zurück: Terrorismus ist eine von ihren Akteuren (Terroristen, die sich in selbstständig gegründeten Gruppen zusammengeschlossen haben, die das gleiche politische Ziel verfolgen) angewandte *Kommunikationsstrategie*. Diese Kommunikationsstrategie charakterisiert sich unter anderem durch (i)

ausserordentliche Naturvorgänge, Sabotage, Terrorismus oder kriegserische Ereignisse.»

1430 Siehe auch Votum Nationalrat NUSSBAUMER, dem zufolge unklar ist, was unter «Terrorismus» und «Sabotage» zu verstehen ist (AB 2010 N 1397 *in initio*) «Er hat die Begriffe «Sabotage» und «Terrorismus» eingeführt. Vonseiten der Minderheit sind wir gewillt, den Begriff «Terrorismus» zu akzeptieren, obwohl das niemand genau definieren kann, aber wir erachten es als wenig hilfreich, den Begriff «Sabotage» als Haftungsausschluss festzuschreiben. Was ist «Sabotage»? Es ist schwer zu definieren. Es kann auch bedeuten, dass man eine Schraube nicht richtig anzieht, dass man etwas lockert usw.»; Votum Nationalrat MESSMER (AB 2010 N 1397) «Es ist eigentlich noch spannend, darüber zu philosophieren, was der Unterschied zwischen Sabotage und Terrorismus ist. [...] Deshalb ist der Übergang für mich fließend, sodass eben Terrorismus und Sabotage sich irgendwo überschneiden, und darum gehört dieses Wort auch in dieses Gesetz hinein.» Siehe ferner KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 51 *in initio*, dem zufolge «kriegerische Ereignisse» i.S.v. Art. 33 Abs. 2 RLG von «kriegsähnlichen oder einen Krieg vorbereitenden Handlungen» abgegrenzt werden müssen.

1431 DUDEN, zu «Sabotage»; siehe auch Art. 86a MStG; PFAHL-TRAUGHER, ApuZ 24–25/2016, S. 16. Vgl. aber KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 51 *in initio*, der Sabotageakte als Kriegsvorbereitungshandlungen ansieht.

1432 TODESCHINI, Terrorismusbekämpfung (2019), Rz. 4; MOREILLON/LUBISHTANI, ZStrR 4/2018, S. 503 und 505; siehe auch ARNOLD, forumpoenale 3/2018, S. 200 «Con la dichiarazione di «guerra» al terrorismo (termine, quest'ultimo, ancora privo di una definizione legale universale) [...]». Auch das Völkervertragsrecht definiert «Terrorismus» nicht (BSK StGB II [2019]-FIOLKA, Art. 260^{quinquies} N 4).

1433 BGE 142 IV 175 E. 4.3 S. 179 «One man's terrorist is another man's freedom fighter».

die systematische, konspirative, geplante und wiederholte Tötung oder glaubhafte Androhung der Tötung unbeteiligter Dritter und/oder (ii) die Zerstörung oder glaubhafte Androhung der Zerstörung von Sachen. Die Terroristen bedienen sich dieser Kommunikationsstrategie, um ihren politischen Willen gewaltsam oder durch Androhung von Gewalt direkt sowie indirekt beim politischen Gegner durchzusetzen.¹⁴³⁴

705 **3.** Es stellt sich indessen die Frage, inwiefern sich Sabotage und Terrorismus unterscheiden (zur Bedeutung dieser Abgrenzung, Rz. 713–715).¹⁴³⁵ Rechtsprechung und Lehre beantworten diese Frage nicht. Ob ein Akt im Einzelfall als Sabotage oder Terrorismus gilt, dürfte vielfach schwierig zu bestimmen sein.¹⁴³⁶ Denn Akteure, die Sabotage- oder Terrorattacken verüben, wollen in beiden Fällen ihren politischen Willen durchsetzen oder ihrem Willen zumindest Nachdruck verleihen. So ist zum Beispiel nicht restlos klar, ob die teilweise von militanten Tierrechtsorganisationen ausgeführten Aktionen Sabotageakte oder Terrorangriffe sind.¹⁴³⁷

706 Die **Trennlinie zwischen Sabotage und Terrorismus** dürfte anhand des Angriffsobjekts und des Motivs der Akteure gezogen werden.¹⁴³⁸ Zielen die Aktionen einzig auf die Beschädigung oder Zerstörung von Sachen ab, um den jeweiligen Prozess zu unterbrechen, liegt Sabotage vor. Werden aber bewusst auch Personen durch solche Aktionen gefährdet oder sind diese sogar das primäre Angriffsobjekt, liegt Terrorismus vor. Ein Indiz für das Vorliegen von Terrorismus kann die hohe Gewaltintensität sein.¹⁴³⁹

1434 Zu alledem BECHMANN, Diss. Bonn (2012), S. 205; ähnlich TODESCHINI, Terrorismusbekämpfung (2019), Rz. 6; MOREILLON/LUBISHTANI, ZStrR 4/2018, S. 505; siehe ferner BERNARD, SJ 6/2016 II, S. 179; WÜRMLI, Terror (2006), S. 5 *in fine*; DUDEN, zu «Terrorismus».

1435 Vgl. Votum Nationalrat MESSMER (AB 2010 N 1397).

1436 Wohl a.M. MOREILLON/LUBISHTANI, ZStrR 4/2018, S. 504, denen zufolge Sabotageakte ein Mittel (oder Instrument) des Terrorismus sind («Comme on l'a vu, le terrorisme est protéiforme, en ce qu'il peut se dévoiler à nous par des actes d'intimidation divers, tels que des attentats, des assassinats, des enlèvements, des sabotages et des prises d'otages.»).

1437 PFAHL-TRAUGHBER, ApuZ 24–25/2016, S. 16–17.

1438 Einlässlich dazu z.B. PFAHL-TRAUGHBER, ApuZ 24–25/2016, S. 16–17.

1439 Ähnlich PFAHL-TRAUGHBER, ApuZ 24–25/2016, S. 17; Votum Bundesrat LEUENBERGER (AB 2010 N 1397).

iv. *Grobes Verschulden des Geschädigten*

1. Den Kausalzusammenhang «unterbrechendes» grobes Selbstverschulden 707 liegt vor, wenn der urteilsfähige¹⁴⁴⁰ Geschädigte jene elementarsten Vorsichtsgebote nicht beachtete, die jeder verständige Mensch in der gleichen Lage und unter gleichen Umständen berücksichtigt hätte.¹⁴⁴¹ Erfüllt das Verhalten des Geschädigten diese Anforderungen nicht, liegt gewöhnliches Selbstverschulden vor, aufgrund dessen der Richter den Schadenersatz reduzieren kann.¹⁴⁴²

2. Verwirklicht sich infolge eines *irregulären* Wasseraustritts (Rz. 110–116) 708 das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, dürfte ein Geschädigter kaum je seinen erlittenen Schaden grob verschuldet haben.¹⁴⁴³ Ein grobes Selbstverschulden des Geschädigten liegt ausnahmsweise zum Beispiel jedoch vor, wenn er sich dem Evakuierungsbefehl (Rz. 878–879) widersetzt und verletzt oder getötet wird, weil sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht.

1440 BGE 105 II 209 E. 3 S. 212–213. Die Lehre (z.B. FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I [2012], Rz. 464 m.w.N.) lehnt diese Rechtsprechung grossmehrheitlich ab (vgl. aber z.B. VON WATTENWYL, SJZ 22/1931/32, S. 340) und vertritt die Auffassung, dass auch urteilsunfähige Geschädigte einen Schaden grob verschulden können.

1441 FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 462 m.w.N.; KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 127.

1442 Art. 44 Abs. 1 OR (Rz. 232–246); Haftpflichtkommentar (2016)-FISCHER/BÖHME, Art. 44 OR N 11–18; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 462–463. Kritisch zur Reduktion des Schadenersatzes bei Gefährdungshaftungen wegen Selbstverschulden des Geschädigten: WERRO, ZSR 2003 II, S. 347–348.

1443 Gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 32 «Die Herabsetzung des Schadenersatzes wegen Selbstverschuldens ist dagegen im Katastrophenfall weniger gerechtfertigt, da hier mit unüberlegten Reaktionen gerechnet werden muss.»; siehe auch POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 519 *in fine*.

- 709 3. Verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG wegen eines *regulären* Wasseraustritts (Rz. 94–109), kann grobes Selbstverschulden des Geschädigten hingegen in bestimmten Fällen die StAG-Haftung des Haftungssubjekts ausschliessen.¹⁴⁴⁴ Stirbt zum Beispiel eine Person beim Baden im Unterliegergebiet (Fn. 167) wegen der Spülung der Stauanlage, kann ein grobes¹⁴⁴⁵ Selbstverschulden der getöteten Person vorliegen, wenn vor diesem Schwallwasser mittels Schildern¹⁴⁴⁶ gewarnt wurde (vgl. Abbildungen 14 und 15).¹⁴⁴⁷

1444 Wohl a.M. FELLMANN, *Haftpflichtrecht* III (2015), Rz. 1890.

1445 Liegt kein grobes Selbstverschulden vor, kann der Richter den Schadenersatz wegen leichtem Verschulden des Geschädigten reduzieren (Rz. 707).

1446 Vgl. betreffend unbewachte Bahnübergänge: VON WATTENWYL, SJZ 22/1931|32, S. 343 *in initio*, dem zufolge Eisenbahnunternehmen «ihr eigenes Betriebsrisiko auf ein Minimum zu reduzieren» haben. Ergreift die Bahnbetreiberin folglich keine (angemessenen) Vorsichtsmassnahmen, dürfte kein grobes Selbstverschulden des Geschädigten anzunehmen sein (vgl. betreffend EHG: VON WATTENWYL, SJZ 22/1931|32, S. 343 *in initio*).

1447 Gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 24 «Das beabsichtigte Austretenlassen von Wassermassen hat in der Vergangenheit zu Unfällen geführt, wenn sich Personen trotz Warnungstafeln am Wasserlauf unterhalb der Talsperre aufhielten und von einem Anschwellen des Wasserlaufs überrascht wurden. Ein solches Verhalten ist zu meist als grobes Selbstverschulden einzustufen [...]» und S. 31 «Ein wichtiger Anwendungsfall [der fahrlässigen Verursachung des Schadens durch den Geschädigten] ist der Aufenthalt bei einem Gewässer unterhalb der Stauanlage, obwohl auf Tafeln vor dem plötzlichen Anschwellen des Wasserlaufs im Zusammenhang mit Spülungs- oder Absenkungsmassnahmen gewarnt wird.»; siehe für einen solchen Fall: BGer 6B_221/2009, 6B_222/2009, 6B_223/2009 und 6B_231/2009 (2.9.2009).



Abbildung 14: Warnschild im Obergoms VS (© Dario Galli)



Abbildung 15: Warnschild bei der Stauanlage «Engelhalde» BE (© Dario Galli)

b. Kritik

1. Art. 15 StAG listet im Vergleich zu anderen Bundesgesetzen, die eine Gefährdungshaftung statuieren,¹⁴⁴⁸ viele Haftungsausschlussgründe auf. Es stellt sich daher die Frage, ob die Liste sachgerecht ist.¹⁴⁴⁹ 710

2. Als «**höhere Gewalt**» gelten ausserordentliche Naturereignisse (Rz. 668). 711 Ich habe dargelegt, dass auch ausserordentliche Naturereignisse nicht reflexartig als höhere Gewalt qualifiziert werden sollten (Rz. 687). Hochwasser und Erdbeben sind die grössten Risiken für Stauanlagen (Rz. 692). Die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG wurde unter anderem deswegen eingeführt, weil der Eigentümer einer Stauanlage bei solchen Naturereignissen nicht gestützt auf die Werkeigentümerhaftung haften dürfte (Rz. 788). Es ist daher stossend, dass sich der Schädiger auch von seiner Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG befreien kann und die Geschädigten das Risiko tragen, leer auszugehen.¹⁴⁵⁰ Aus diesem Grund sollte aus Billigkeitsüberlegungen der Entlastungsgrund «höhere Gewalt» gestrichen werden.¹⁴⁵¹

3. Der Haftungsausschlussgrund «**kriegerische Ereignisse**» ist gerechtfertigt. 712 Der Schweizer Staat ist nämlich verpflichtet, die Stauanlagen und damit auch die Unterlieger (Fn. 167) vor kriegerischen Angriffen zu schützen.

4. Angesichts der Unterschiede zwischen «Sabotage» und «Terrorismus» 713 (Rz. 706) stellt sich die Frage, ob der Haftungsausschlussgrund «**Sabotage**» überhaupt notwendig ist.

a. Der Betrieb beziehungsweise Prozess einer Stauanlage kann zwar durch einen Sabotageakt (zum Beispiel Beschädigung oder Zerstörung von Nebenanlagen [Rz. 75–92], Elektrizitätsleitungen oder Telekommunikationseinrichtungen) unterbrochen werden, ohne dass Menschen verletzt oder getötet werden.¹⁴⁵² Im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftung nach Art. 14 714

1448 Z.B. Art. 5 KHG (bzw. Art. 4 Abs. 2 nKHG); Art. 33 Abs. 2 RLG; Art. 27 Abs. 1 EleG i.V.m. Art. 33 EleG.

1449 Kritisch POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 519.

1450 Vgl. betreffend RLG: BGE 144 III 319 E. 5.3.2 S. 324.

1451 Vgl. betreffend RLG: BGE 144 III 319 E. 5.3.2 S. 324; siehe auch ROTEN, Diss. FR (2000), S. 487 (Rz. 1523).

1452 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 6, die betreffend Sabotageakte Folgendes festhält: «Erheblich realistischer [als eine militärische Einwirkung] ist demgegenüber ein Sabotageakt, beispielsweise mit dem Ziel, die Stromproduktion zu beeinträchtigen. Doch können Saboteure nur eine teilweise Zerstörung der Anlage bewirken.»

Abs. 1 StAG ist jedoch kaum eine Konstellation denkbar, bei der sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht und nur Sachschaden entsteht, ohne dass dabei in der dicht besiedelten Schweiz auch Menschen mindestens mittelbar gefährdet werden.¹⁴⁵³ Eine Person, die «Sabotageakte» an einer Stauanlage verübt, die zu einer Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG führen können, nimmt mit anderen Worten in Kauf, dass auch Menschen verletzt oder getötet werden.¹⁴⁵⁴ Aus diesen Gründen sind solche Akte als Terroranschläge zu qualifizieren.

- 715 **b.** Das Haftungssubjekt kann sich folglich nicht auf den Haftungsausschlussgrund «Sabotage» berufen. Denn jede Beschädigung oder Zerstörung einer Stauanlage, welche die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG nach sich zieht, ist als Terroranschlag zu qualifizieren. Der Haftungsausschlussgrund «Sabotage» ist folglich unnötig und in Art. 15 StAG zu streichen.
- 716 **5.** Das KHG¹⁴⁵⁵ und das RLG¹⁴⁵⁶ sehen keinen Haftungsausschluss bei einem Terroranschlag vor. Es stellt sich daher die Frage, ob der Haftungsausschlussgrund «**Terrorismus**» nicht auch in Art. 15 StAG gestrichen werden sollte.¹⁴⁵⁷

1453 BUNDESRAT, Kreisschreiben (12.8.1987), S. 29 «Dies um so weniger, als es infolge der zunehmenden Besiedelung unseres Landes kaum eine Stauanlage gibt, die im Falle eines Bruches nicht auch Menschenleben gefährden würde.»; vgl. auch E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 6 «Das Schadenspotenzial nimmt in einem dichtbesiedelten Land wie der Schweiz zwangsläufig mit der Grösse der Anlage zu.»; vgl. auch betreffend Deutschland: RISSLER, TALSPERRENPRAXIS (1998), S. 59 *in initio*. Gleiches gilt auch betreffend Art. 14 Abs. 2 StAG: Selbst wenn sich das charakteristische Risiko i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG nur zu verwirklichen droht, werden auch immer Menschen mittelbar gefährdet sein.

1454 Vgl. MÜLLER, NZZ (10./11.9.2005), S. 53, wonach laut DARBRE – einem früheren Leiter der Sektion «Aufsicht Talsperren» beim heutigen Bundesamt für Energie – Terroranschläge «kaum als möglichen Grund für einen Bruch der Talsperre» infrage kommen, weil diese material- und zeitintensiv sind.

1455 Art. 5 Abs. 1 KHG.

1456 Art. 33 Abs. 2 RLG.

1457 Siehe auch Votum Nationalrat NUSSBAUMER (AB 2010 N 1397 *in initio*).

- a.** Der Schweizer Staat hat die auf dem Staatsgebiet der Schweiz lebende Bevölkerung vor militärischen Bedrohungen¹⁴⁵⁸ (also «kriegerischen Ereignissen») und vor Terrorismus¹⁴⁵⁹ zu schützen.¹⁴⁶⁰ Der Haftungsausschluss «Terrorismus» ist daher aufgrund der staatlichen Schutzpflicht wie bei «kriegerischen Ereignissen» sachgerecht. 717
- b.** Man kann dieser Auffassung (Rz. 717) jedoch Folgendes entgegenhalten: 718
Die Betreiberin¹⁴⁶¹ und damit auch die Betreiberin für die Zwecke der Haftung sind verpflichtet, die Stauanlage vor Sabotageakten zu schützen.¹⁴⁶² Da sich Sabotage- und Terrorakte nur hinsichtlich des Angriffsobjekts und Motivs, prinzipiell nicht aber hinsichtlich des Grads der Gewaltintensität voneinander

1458 Vgl. Art. 57 Abs. 1 BV; Art. 1 Abs. 1 lit. b MG.

1459 Vgl. Art. 1 BWIS und Art. 2 Abs. 1 BWIS.

1460 BSK BV (2015)-DIGGELMANN/ALTWICKER, Art. 57 N 33 und 35.

1461 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979).

1462 Art. 6 Abs. 7 StAG betreffend Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979); siehe auch KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 251; vgl. betreffend Deutschland: RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 333 *in initio*, dem zufolge der Betreiber «ausreichend Vorkehrungen gegen unbefugtes Eindringen in seine Anlagen zu treffen» hat.

unterscheiden, hat die Betreiberin¹⁴⁶³ die Stauanlage auch gegen Terroranschläge zu schützen.¹⁴⁶⁴ Eine solche Pflicht obliegt der Betreiberin¹⁴⁶⁵ hingegen nicht betreffend militärische Bedrohungen. Das StAG unterscheidet denn auch klar zwischen militärischen¹⁴⁶⁶ und anderen Bedrohungen,¹⁴⁶⁷ das heisst Bedrohungen aufgrund von Sabotage und Terrorismus.

- 719 c. Aufgrund dieser Ausführungen (Rz. 718) darauf zu schliessen, dass das Haftungssubjekt bei jedem Terroranschlag auf die Stauanlage für etwaigen Schaden haften sollte, scheint mir jedoch falsch. Es stimmt zwar, dass die Betreiberin¹⁴⁶⁸ verpflichtet ist, die Stauanlage vor Terroranschlägen, nicht aber vor kriegserischen Ereignissen zu schützen. Diese Schutzpflicht gilt jedoch

1463 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979) und damit auch die Betreiberin i.S. des 3. Kapitels («Haftpflicht») des StAG.

1464 Im Ergebnis gl.M. betreffend «Betreiberin»: Votum Nationalrat NUSSBAUMER (AB 2010 N 1397 *in initio*); TERCIER, ZSR 1986 I, S. 314; im Ergebnis teilweise gl.M. Votum Bundesrat LEUENBERGER, wonach der Betreiberin der Stauanlage eine «Abwehrverpflichtung» obliege, sodass «Amateurterroristen» nicht unter den Begriff «Terrorismus» zu subsumieren seien (AB 2010 S 432); Votum Nationalrat NORDMANN (AB 2010 N 1397) «La question qui se pose ici est toute simple: est-ce que la responsabilité de l'exploitant ou du propriétaire d'un barrage est exclue uniquement en cas de terrorisme ou aussi en cas de sabotage? En cas de terrorisme, c'est clair, les exploitants n'ont aucune responsabilité. Mais, à notre avis, c'est discutable en cas de sabotage, car il appartient quand même à l'exploitant de prendre des mesures pour éviter qu'un sabotage puisse être fait facilement. Si l'exploitant a pris des mesures qui empêchent un sabotage facile, commis par exemple par des enfants qui jouent, on peut alors admettre que sa responsabilité n'est pas mise en cause en cas d'incident. Si un incident est provoqué par un tiers qui vient saboter volontairement, c'est alors une forme de terrorisme. Mais l'exclusion de la responsabilité pour tout sabotage est extrêmement discutable. Par exemple, si une porte n'était pas fermée à clé et qu'un enfant entrait dans l'installation et ouvrait une vanne, l'exploitant ne serait, selon la version de la majorité, pas responsable. C'est quand même un peu excessif. L'exploitant doit prendre un minimum de précautions pour qu'il ne soit pas trop facile de commettre un sabotage, sinon n'importe quelle intervention de tiers entre dans la catégorie sabotage, excluant alors sa responsabilité.»; a.M. Votum Nationalrat KILLER (AB 2010 N 1397).

1465 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979) und damit auch die Betreiberin i.S. des 3. Kapitels («Haftpflicht») des StAG.

1466 Art. 12 Abs. 2 StAG; Art. 28 StAV.

1467 Art. 10 Abs. 1 StAG.

1468 Gemeint ist die Betreiberin i.S.v. Art. 1 Abs. 5 StAV (siehe Rz. 412 und Fn. 979) und damit auch die Betreiberin i.S. des 3. Kapitels («Haftpflicht») des StAG.

nicht absolut.¹⁴⁶⁹ Zudem ist auch der Staat verpflichtet, die Stauanlage vor Terroranschlägen (inklusive Cyberangriffen)¹⁴⁷⁰ zu schützen (Rz. 717). Es wäre daher nicht sachgerecht, den Haftungsausschlussgrund «Terrorismus» in Art. 15 StAG zu streichen. Allerdings sollte ein die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG ausschliessender Terroranschlag nur zurückhaltend bejaht werden und zwar dann, wenn die Betreiberin alle zumutbaren¹⁴⁷¹ Schutzmassnahmen ergriffen hat.¹⁴⁷²

6. Ergebnis: Art. 15 StAG sollte auf die Haftungsausschlussgründe «grobes Selbstverschulden des Geschädigten», «kriegerische Ereignisse» und «Terroranschläge» beschränkt werden.¹⁴⁷³ Die von Art. 15 StAG statuierten Haftungsausschlussgründe «höhere Gewalt» und «Sabotage» sind *de lege ferenda* zu streichen.

C. Widerrechtlichkeit

1. Nach der vom Bundesgericht¹⁴⁷⁴ und von einem Teil der Lehre¹⁴⁷⁵ vertretenen objektiven Widerrechtlichkeitstheorie besteht die Widerrechtlichkeit einer Schädigung (das heisst einer Rechtsgutsverletzung) entweder in der Verletzung eines absolut geschützten Rechtsgutes (*Erfolgsunrecht* bei Personen- und

1469 Vgl. auch TERCIER, ZSR 1986 I, S. 314 «On peut attendre de l'entreprise qu'elle prenne toute mesure (passive et active) pour prévenir des dommages de ce genre et leurs effets.»; siehe auch MÜLLER, NZZ (10./11.9.2005), S. 53. Vgl. betreffend KKW: DEVRIENT, Diss. LA (1964), S. 59.

1470 Siehe Fn. 1419.

1471 Meine Ausführungen zur höheren Gewalt (Rz. 691) gelten sinngemäss betreffend Terroranschläge. Vgl. auch TERCIER, ZSR 1986 I, S. 315 *in initio*.

1472 Siehe aber betreffend Art. 40c Abs. 1 EBG: HOCHSTRASSER, AJP 10/2019, S. 1053–1054, dem zufolge die Entlastung des Haftpflichtigen bei einem terroristischen Anschlag gelingen dürfte.

1473 Teilweise gl.M. STUDIENKOMMISSION, Bericht (1991), S. 165; teilweise gl.M. betreffend KHG: BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 200 «Haftungsausschlussgründe bestehen grundsätzlich keine. Der Inhaber hat also für die Gefahr einzustehen, welche er in die Welt setzt, auch wenn sich diese Gefahr aufgrund kriegerischer Ereignisse oder ausserordentlicher Naturvorgänge realisiert.»; a.M. betreffend KHG: SCHWANDER, SVZ 1980, S. 334.

1474 Statt vieler: BGE 139 V 176 E. 8.2 S. 188 (= Pra 2013, Nr. 119, S. 923–924).

1475 BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 32c–34; BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 35; KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 106–108; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 4 Rz. 21–22.

Sachschaden) oder im Verstoß gegen eine Schutznorm¹⁴⁷⁶ (*Verhaltensunrecht* bei reinem Vermögensschaden).

- 722 **a.** Der überwiegende Teil der Lehre lehnt mit überzeugenden Argumenten¹⁴⁷⁷ zu Recht das Konzept des reinen Erfolgsunrechts ab und versteht die Widerrechtlichkeit ausschliesslich als Verhaltensunrecht¹⁴⁷⁸, das heisst als Verletzung eines Gebots oder eines Verbots.¹⁴⁷⁹ Die Widerrechtlichkeit wird somit – entgegen den Vertretern der Lehre vom Erfolgsunrecht (Rz. 721) – nicht (erst) durch den schädigenden Erfolg begründet.¹⁴⁸⁰ Folglich ist auch die Verletzung eines absolut geschützten Rechtsgutes nur dann widerrechtlich, wenn eine Verhaltensnorm verletzt wurde.
- 723 **b.** Der Inhaber einer Mensch und Natur gefährdenden Anlage haftet gestützt auf eine Gefährdungshaftung für den Schaden, der infolge Verwirklichung des besonderen Risikos entsteht, das der gefährlichen, aber erlaubten Anlage innewohnt (Rz. 202). Gefährdungshaftungen begründen somit keine Haftung für die Verletzung von Verhaltensnormen.¹⁴⁸¹ Entgegen der höchstrichterlichen

1476 Dazu z.B. ROBERTO/RICKENBACH, ZSR 2/2012 I, S. 186–194.

1477 Siehe die Auflistung bei REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 814–821.

1478 Gewisse Autoren sprechen statt von «Verletzung einer *Verhaltenspflicht*» von «Verletzung einer *Sorgfaltspflicht*» (zu dieser Problematik z.B. SCHÖNENBERGER, HAVE 1/2004, S. 9 m.w.N.).

1479 SCHWENZER/FOUNTOLAKIS, OR AT (2020), Rz. 50.31; REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 822; ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 04.17–04.29; HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 4 Rz. 2; MÜLLER, Responsabilité civile (2013), Rz. 161; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 334; FELLMANN, ZSR 5/2009 I, S. 492–495; LOSER-KROGH, ZSR 2003 II, S. 142 «Deliktisches Unrecht ist immer Verhaltensunrecht: Nur sein eigenes Verhalten, nicht der ausgelöste Erfolg kann dem Schädiger vorgeworfen werden. Die traditionelle Rechtswidrigkeitsformel ist daher abzulehnen.»; PORTMANN, SJZ 14/1997, S. 275–277. Kritisch auch WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 379–386, und WERRO, ZSR 4/1997 I, S. 366–369, der ein Vertreter der dritten Widerrechtlichkeitstheorie ist.

1480 FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 334–344.

1481 Zu alledem REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1503; VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 336; FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 116; siehe auch GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 500.

Rechtsprechung¹⁴⁸² und der Mehrheit der Lehre¹⁴⁸³ ist die Widerrechtlichkeit der Rechtsgutsverletzung bei Gefährdungshaftungen folglich keine Haftungsvoraussetzung.¹⁴⁸⁴

2. Die Widerrechtlichkeit der Rechtsgutsverletzung ist somit im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG **keine Haftungsvoraussetzung**.¹⁴⁸⁵ Diese Streitfrage ist für die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG irrelevant, da nur Personen- und Sachschaden (Rz. 625–633) ersatzfähig sind. Da bei einem Stauanlagenunfall die Rechts-

1482 BGE 138 III 276 E. 3.2 S. 282; BGE 112 II 118 E. 5e S. 128 *in initio* («La condition de l'illicéité, également applicable en matière de responsabilité causale [...]»); offengelassen hingegen in BGE 116 II 480 E. 5a S. 492.

1483 BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 30 und 32c *in fine*; HUGUENIN, OR AT & BT (2019), Rz. 2129 (betreffend SVG); BSK SVG (2014)-PROBST, Art. 58 N 173 (betreffend SVG); ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 305; BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 33i und 35c; MÜLLER, Responsabilité civile (2013), Rz. 486 *in fine*; KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 43–44; CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 309; JAUN, Habil. BE (2007), S. 271 und 396–397; WESSNER, FS Widmer (2003), S. 250–251; KELLER, Haftpflicht I (2002), S. 106–108; GROSS, Staatshaftungsrecht (2001), S. 184; GAUCH, recht 6/1996, S. 233–234; JÄGGI, SJZ 13/1996, S. 251; WIDMER, ZBJV 6/1995, S. 407 und 411; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 4 Rz. 55–56; LORANDI, recht 1/1990, S. 21 (Anm. 25); OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/2 (1989), § 24 Rz. 27–36; STARK, ZSR 1967 II, S. 164 (Anm. 19); KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 47 (betreffend RLG).

1484 Gl.M. GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 481 und 498–502; POLTIER, Énergie (2020), Rz. 476; REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1503; ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 16.05; WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 333 und 903; VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 336 und 341; LANDOLT, HAVE 1/2014, S. 8; FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 116; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 41 OR N 90; JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 2618 (im Allgemeinen) und 5816 (betreffend KHG); LOSER-KROGH, ZSR 2003 II, S. 142 «Daraus ergibt sich konsequenterweise auch, dass für die Gefährdungshaftung keine Rechtswidrigkeit erforderlich ist (kein vorwerfbares Verhalten).»; PORTMANN, SJZ 14/1997, S. 278 (Anm. 38); PETIT-PIERRE, ZSR 4/1997 I, S. 276 und 278; SEILER, ZBJV 6/1995, S. 405; DESCHENAUX/TERCIER, Responsabilité civile (1982), § 2 Rz. 24; wohl gl.M. BGer 4A_607/2014 (9.2.2015) E. 3 Ingress; vgl. auch WINIGER, ZSR 4/2001 I, S. 322; offengelassen von STÖCKLI, FS Riklin (2007), S. 229 (Anm. 7).

1485 Gl.M. KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 251; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1854.

güter Leib, Leben oder Eigentum verletzt würden, wäre gemäss vorherrschender objektiver Widerrechtlichkeitstheorie ohnehin das Erfordernis des Erfolgsunrechts erfüllt.¹⁴⁸⁶

- 725 Hingegen ist die Antwort auf diese Streitfrage für die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG¹⁴⁸⁷ (Rz. 1053) und die Anrufung von Rechtfertigungsgründen (Rz. 726) praktisch bedeutsam.
- 726 **3.** Da die Widerrechtlichkeit bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG keine Haftungsvoraussetzung ist (Rz. 723–724), kann das Haftungssubjekt auch nicht die in Art. 52 OR erwähnten **Rechtfertigungsgründe** (Notwehr, Notstand und Selbsthilfe) anrufen.¹⁴⁸⁸ Denn diese Rechtfertigungsgründe schliessen die Widerrechtlichkeit aus,¹⁴⁸⁹ die jedoch bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG gar keine Haftungsvoraussetzung ist.
- 727 **a.** Dies ändert jedoch nichts daran, dass die in Art. 52 OR verankerten Haftungsregeln auch auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG anwendbar sind, sofern bei einem Stauanlagenunfall der Tatbestand der *Notwehr*, des *Notstands* oder der *Selbsthilfe* erfüllt ist.¹⁴⁹⁰ Denn Art. 52 OR regelt

1486 Gl.M. betreffend Gefährdungshaftungen im Allgemeinen: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1504; FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 118; gl.M. betreffend SVG: BSK SVG (2014)-PROBST, Art. 58 N 173.

1487 Wäre die Widerrechtlichkeit nämlich eine Haftungsvoraussetzung von Art. 14 Abs. 2 StAG, wären die Kosten privater Schadensabwehr nur auf das Haftungssubjekt überwälzbar, wenn dieses eine Verhaltensnorm verletzt hat (dazu im Allgemeinen: BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 41 N 35).

1488 Gl.M. LANDOLT, HAVE 1/2014, S. 8; wohl gl.M. GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 505–507; **a.M.** REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1505; FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 117; TROXLER, recht 4/2014, S. 152; JAUN, Habil. BE (2007), S. 397; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/2 (1989), § 24 Rz. 33.

1489 GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 506; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 52 N 8, 14 und 17; siehe betreffend Notstand auch BK (2013)-BREHM, Art. 52 OR N 50.

1490 Im Ergebnis gl.M. im Allgemeinen: GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 507; FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 117; JAUN, Habil. BE (2007), S. 397; im Ergebnis wohl gl.M. im Allgemeinen: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1505; TROXLER, recht 4/2014, S. 152; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/2 (1989), § 24 Rz. 33. VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 341, wirft betreffend die SVG-Gefährdungshaftung die Frage auf, ob in Fällen, in denen der Rechtfertigungsgrund der Notwehr angerufen werden kann, die SVG-Gefährdungshaftung überhaupt anwendbar ist. In einem solchen Fall fehlt es laut VERDE nämlich an der Verwirklichung des

die Ersatzpflicht bei erlaubten Handlungen.¹⁴⁹¹ Da es sich bei Gefährdungshaftungen (und damit auch bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG) um eine Haftung für rechtmässige Schädigung handelt,¹⁴⁹² ist **Art. 52 OR** – wie GRÜNIG überzeugend darlegt – auch auf Gefährdungshaftungen anwendbar, sofern das anwendbare Spezialgesetz die Anwendbarkeit von Art. 52 OR nicht ausschliesst.¹⁴⁹³ Unerheblich ist, dass die Widerrechtlichkeit keine Haftungsvoraussetzung bei Gefährdungshaftungen ist.¹⁴⁹⁴

b. Das StAG schliesst die Anwendbarkeit von Art. 52 OR nicht aus. Folglich sind die von Art. 52 OR statuierten Spezialregeln betreffend die Bemessung der Ersatzpflicht auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG anwendbar. 728

III. Negative Haftungsvoraussetzungen

In diesem Kapitel beantworte ich zwei Fragen: 729

1. Kann sich das Haftungssubjekt von seiner Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG mit dem Argument befreien, es habe alle Auflagen der Bewilligungen für den Betrieb der Stauanlage eingehalten (Rz. 732–734)? 730
2. Kann sich das Haftungssubjekt vor einem Stauanlagenunfall rechtsgültig von seiner Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG mithilfe einer Freizeichnungsklausel befreien (Rz. 735–755)? 731

charakteristischen Risikos (VERDE, Diss. LU [2014], Rz. 341 *in fine*). **A.M.** im Allgemeinen: LANDOLT, HAVE 1/2014, S. 8, dem zufolge die Rechtfertigungsgründe nur in einem allfälligen Strafverfahren bedeutsam sind.

1491 GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 507; siehe auch BK (2013)-BREHM, Art. 52 OR N 4. Art. 52 OR kann folglich als eine Norm für die Bemessung der Leistungspflicht bezeichnet werden (vgl. BK [2013]-BREHM, Art. 47 OR N 15).

1492 GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 502; siehe auch VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 341, dem zufolge bei Gefährdungshaftungen für ein erlaubtes Risiko gehaftet wird; PORTMANN, SJZ 14/1997, S. 278 (Anm. 38); **a.M.** WESSNER, FS Widmer (2003), S. 251 *in initio*; GROSS, Staatshaftungsrecht (2001), S. 184.

1493 GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 507.

1494 GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 507.

A. Privatrechtsgestaltende Wirkung von Bewilligungen?

- 732 **1.** Wer eine Stauanlage bauen und betreiben will, benötigt verschiedene Bewilligungen (Rz. 134, 137 und 485). Es stellt sich die Frage, ob das Haftungssubjekt von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG befreit wird, wenn es die notwendigen Bewilligungen – teilweise untechnisch¹⁴⁹⁵ auch «behördliche Genehmigungen»¹⁴⁹⁶ oder «öffentlich-rechtliche Genehmigungen»¹⁴⁹⁷ genannt – erhält und deren Auflagen einhält. Zu beantworten ist mit anderen Worten die Frage, ob Bewilligungen eine privatrechtsgestaltende Wirkung hinsichtlich der Haftungsfrage entfalten.¹⁴⁹⁸ In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, ob das Haftungssubjekt von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG befreit wird, weil die Stauanlage durch die Aufsichtsbehörde überwacht wird (Rz. 160–175).
- 733 **2.** Bewilligungen und die staatliche Aufsicht¹⁴⁹⁹ schliessen die Haftung eines Schädigers nicht aus.¹⁵⁰⁰ Dies gilt auch bei Stauanlagen.¹⁵⁰¹ Deswegen haftet das Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG für den infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursachten Schaden, auch wenn der Bau und der Betrieb der Stauanlage bewilligt und die

1495 Dogmatisch betrachtet, handelt es sich um Bewilligungen (dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014], § 44 Rz. 1).

1496 Z.B. KGer/OW (19.5.1998) E. 5c/bb, in: SG (Zeitschrift) 1998, Nr. 1321, S. 7; OGer/ZH (17.1.1995) E. 4, in: ZR 1996, Nr. 84, S. 260.

1497 Z.B. BGer 6B_508/2010 (13.9.2010) E. 1.1; BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 15.

1498 Vgl. BGer 4A_260/2018 (28.11.2018) E. 2.2.2.

1499 Siehe zum Begriff «Aufsicht»: MAYHALL, Diss. FR (2007), S. 93–94.

1500 Vgl. BGE 91 II 201 E. 3d S. 208 m.w.N.; KGer/OW (19.5.1998) E. 5c/bb, in: SG (Zeitschrift) 1998, Nr. 1321, S. 7; OGer/ZH (17.1.1995) E. 4, in: ZR 1996, Nr. 84, S. 260; REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1469; HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 22 Rz. 41 *in initio*; GROSS, Staatshaftungsrecht (2001), S. 301–302; WINIGER, ZSR 4/2001 I, S. 322 «En d’autres termes, l’exploitant ne peut se prévaloir ni d’une attitude irréprochable, ni du fait que son activité soit tolérée par l’ordre juridique ou même qu’il est au bénéfice d’une autorisation expresse.»; SEILER, Risiken (1997), S. 112; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 30 Rz. 72; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/1 (1987), § 19 Rz. 76; KNAPP, ZSR 1986 I, S. 598; siehe ferner CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 452–453; siehe aber METTLER/MOSER/STARKE, HAVE 4/2016, S. 411.

1501 BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, VPB 1/1993, S. 74–75; GPK STÄNDERAT, Bericht (19.5.1980), S. 413; siehe auch TERCIER, ZSR 1986 I, S. 308–309 (betreffend Werkeigentümerhaftung).

Stauanlage staatlich beaufsichtigt war. Dies gilt selbst dann, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG während des normalen Betriebs der Stauanlage verwirklichte und die in der Bewilligung vorgeschriebenen Auflagen eingehalten wurden.

Zudem können der Bund oder Kanton gegebenenfalls wegen mangelnder Aufsicht¹⁵⁰² (zum Beispiel fehlendes Einschreiten bei Sicherheitsmängeln)¹⁵⁰³ oder rechtswidrig erteilten Bewilligungen¹⁵⁰⁴ in einem Staatshaftungsverfahren haftbar gemacht werden.¹⁵⁰⁵

1502 Siehe zur Kritik an der Art und Weise der Aufgabenerfüllung durch das Bundesamt für Energie als Aufsichtsbehörde: BGer 1C_288/2014 (14.1.2015) E. 2.3.

1503 Siehe für einen solchen Fall: BGer C.376/42 (28.3.1944), in: ZSGV 1944, S. 188 (siehe auch S. CXXIII–CXXXV), wobei die Stadt Chur als Werkeigentümerin des «Prätschsees ob Arosa» (GR) sowie der zugehörigen Stauanlage nach Art. 58 Abs. 1 OR und nicht gestützt auf Staatshaftungsrecht haftete (Rz. 16 und Fn. 676): «Im vorliegenden Fall kommt aber dazu, dass der Stadtverwaltung Chur der mangelhafte Zustand, soweit er durch das Sieb bedingt war, bekannt war und dass sie ihn geduldet hat; denn von ihren Aufsichtsorganen wurde der Pächter H. auf die mit dem Sieb verbundenen Gefahren aufmerksam gemacht; doch gab man sich mit der Zusicherung des H. zufrieden, dass er für eine stete Reinhaltung des Siebes besorgt sein werde.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

1504 RÜTSCHÉ, Jusletter (4.4.2011), Rz. 17 und 19, weist richtigerweise darauf hin, dass eine (rechtmässig) erteilte Bewilligung den Unfall (mit-)verursacht. Dieser Umstand allein löst RÜTSCHÉ zufolge jedoch nicht eine Staatshaftung aus (Rz. 19 und 22); siehe dazu auch WILDHABER, ZSR 3/2015 I, S. 273–274.

1505 Gl.M. betreffend rechtswidrig erteilte Bewilligungen im Allgemeinen: KNAPP, ZSR 1986 I, S. 598; gl.M. betreffend mangelnde Aufsicht: E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 30–31; BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, VPB 1/1993, S. 77; TERCIER, ZSR 1986 I, S. 319–320; gl.M. betreffend mangelnde Aufsicht im Allgemeinen: SEILER, Risiken (1997), S. 112; KNAPP, ZSR 1986 I, S. 599; KNAPP, WuR 4/1985, S. 401 «En revanche, une autorité de surveillance pourrait et devrait être tenue pour responsable envers les tiers en faveur desquels la surveillance a été instituée si elle n'exerce pas son pouvoir avec la diligence requise. En effet, dans une telle hypothèse, le but même de la surveillance ne serait pas atteint.»; siehe betreffend GTG: HEDIGER, Diss. LU (2009), S. 183; siehe zur unterlassenen Aufsicht im Allgemeinen z.B. PRIBNOW/MENZI, Staatshaftungsrecht (2013), Rz. 306–311; MAYHALL, Diss. FR (2007), S. 274–285; GROSS, Staatshaftungsrecht (2001), S. 275–278 und 306.

B. Freizeichnungsklauseln

1. *Kein Freizeichnungsverbot im StAG*

- 735 **1.** Gemäss verschiedenen Spezialgesetzen, die eine Gefährdungshaftung statuieren, sind Vereinbarungen nichtig, mit denen sich eine Person vorgängig – das heisst vor Eintritt eines Schadens¹⁵⁰⁶ – von ihrer Haftung freizeichnet oder diese beschränkt (Haftungsfreizeichnung).¹⁵⁰⁷ Solche Vertragsklauseln werden als «Freizeichnungsklauseln» bezeichnet.¹⁵⁰⁸ Andere Spezialgesetze¹⁵⁰⁹ – unter anderem das StAG – äussern sich hingegen nicht zur Gültigkeit von Freizeichnungsklauseln.
- 736 **2.** Wieso gewisse Spezialgesetze die Nichtigkeit von Freizeichnungsklauseln anordnen und andere nicht, ist nicht restlos klar;¹⁵¹⁰ darauf gehe ich jedoch nicht ein. Für die Nichtigkeit von Freizeichnungsklauseln sprechen der Opferschutz und bei Gefährdungshaftungen gegebenenfalls auch Überlegungen zur Kanalisierung der Haftung (Rz. 228–231).¹⁵¹¹
- 737 **3.** Nachfolgend untersuche ich, ob sich das Haftungssubjekt rechtsgültig von seiner Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG freizeichnen kann (siehe Rz. 751–755 zur praktischen Relevanz). Da sich das StAG nicht zur Gültigkeit von Freizeichnungsklauseln äussert, untersuche ich mithilfe der allgemeinen Bestimmungen des OR (Fn. 554), ob solche Klauseln zulässig sind.¹⁵¹² Hierzu wende ich insbesondere Art. 100 Abs. 1 und 2 OR, nicht aber Art. 101 Abs. 2 und 3 OR (Rz. 746), analog¹⁵¹³ an.¹⁵¹⁴ Denn Art. 100 Abs. 1 und 2 OR ergänzt

1506 BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 2.

1507 Z.B. Art. 40e Abs. 1 EBG; Art. 8 Abs. 1 KHG; Art. 39 EleG; Art. 87 Abs. 1 SVG; Art. 8 PrHG (dazu GNOS, Diss. ZH [1997], S. 29); siehe ferner betreffend Haftungsfreizeichnungen im Transportrecht: VON GRAFFENRIED, Diss. BE (2019), Rz. 146–147.

1508 BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 1.

1509 Z.B. RLG und SprstG.

1510 Ein Grund könnte die «vertragliche Nähe von potenziellen Schädigern und Geschädigten» (ZIRLICK, Diss. BE [2003], S. 205, siehe auch S. 205 [Anm. 1253]) sein.

1511 Betreffend nKHG: FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 2132.

1512 Die allgemeinen Bestimmungen des OR (Fn. 554) können, auch ohne dass das StAG sie für anwendbar erklärt, auf das StAG angewendet werden (Rz. 244 und Fn. 555).

1513 Dazu im Allgemeinen z.B. BSK ZGB I (2018)-LARDELLI/VETTER, Art. 7 N 9.

1514 Betreffend die analoge Anwendbarkeit von Art. 100 OR auf die Freizeichnung von der Deliktshaftung: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 179, 183 (Verschuldenshaftung), 185–186 und 198–199 (Kausalhaftungen), 204 (Gefährdungshaftungen) und 212.

das StAG sachgerecht, angemessen und zweckmässig.¹⁵¹⁵ Bei der Beantwortung der Frage, in welchem Umfang eine Haftungsfreizeichnung zulässig ist, stellen sich nämlich im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und von Kausalhaftungstatbeständen des ZGB und des OR die gleichen Probleme. Es ist daher sachgerecht, bei der Beantwortung dieser Frage die gleichen Kriterien herbeizuziehen.

2. *Zulässigkeit der Freizeichnung von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG*

a. *Disposivität des Deliktsrechts*

Der Ausschluss oder die Beschränkung der ausservertraglichen Haftung ist nur gültig, wenn das Deliktsrecht dispositiv ist. Die diesbezügliche bundesgerichtliche Rechtsprechung ist schwankend.¹⁵¹⁶ In neueren Entscheiden bejahte das Bundesgericht die Disposivität des Deliktsrechts.¹⁵¹⁷ Die Lehre schloss sich dieser Rechtsprechung an.¹⁵¹⁸

Vgl. auch ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 183 (Verschuldenshaftung), 190 und 199 (Kausalhaftungen), 204–205 (Gefährdungshaftungen) und 212, wonach Art. 101 Abs. 2 und 3 OR nicht analog auf die Freizeichnung von der Deliktshaftung angewandt werden kann.

1515 Zu dieser Voraussetzung im Allgemeinen: BK (2012)-SCHMID-TSCHIRREN, Art. 7 ZGB N 60 und 62.

1516 Einlässlich: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 38–42.

1517 BGE 120 II 58 E. 3a S. 61; BGE 107 II 161 E. 8b S. 168.

1518 SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT (2020), Rz. 24.02; BK (2020)-WEBER, Art. 100 OR N 49; ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 86; VON TUHR/ESCHER, OR AT (1974), S. 109; siehe auch BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 230c m.w.N. und 230d; WIDMER/WESSNER, Bericht (1999), S. 258–259; kritisch BÜSSER, FS Fischer (2016), S. 102–107.

b. Freizeichnungsschranken

739 **1.** Klauseln, mit denen sich eine Person (auch) von ausservertraglichen Ansprüchen (zum Beispiel von ihrer Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG) freizeichnet, sind somit zulässig, sofern sie folgende gesetzliche Schranken beachten:

740 **2.** Gemäss **Art. 100 Abs. 1 OR** ist die vorgängige Haftungsfreizeichnung für Vorsatz oder Grobfahrlässigkeit nichtig. Im Umkehrschluss sind folglich nur vorgängige Haftungsfreizeichnungen für leichte und mittlere Fahrlässigkeit (zusammen teilweise auch als «leichtes Verschulden» bezeichnet)¹⁵¹⁹ sowie für Zufall¹⁵²⁰ zulässig.¹⁵²¹

741 Ist die Person, die sich von ihrer ausservertraglichen Haftung freizeichnet, jedoch Inhaberin eines **obrigkeitlich konzessionierten Gewerbes**, kann der Richter auch vorgängige Haftungsfreizeichnungen für leichte und mittlere Fahrlässigkeit, nicht aber für Zufall betreffend das konzessionspflichtige Geschäft¹⁵²² für nichtig erklären (Art. 100 Abs. 2 OR).¹⁵²³ Stauanlagen erfüllen unterschiedliche Zwecke (Rz. 44–53). Unter anderem aus diesem

1519 Z.B. HAAS, FS Schmid (2019), S. 138; siehe aber BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 4, denen zufolge es «terminologisch ungenau» ist, von leichtem Verschulden zu sprechen.

1520 Zum Begriff «Zufall» z.B. BK (2020)-EMMENEGGER, Art. 103 OR N 48. Laut EMMENEGGER umfasst der allgemeinere Begriff «Zufall» auch die «höhere Gewalt», wobei jedoch nur die «höhere Gewalt» über die notwendige Intensität verfügt, um den Kausalzusammenhang zu «unterbrechen» (BK [2020]-EMMENEGGER, Art. 97 OR N 424; siehe auch BK [2013]-BREHM, Art. 41 OR N 142; siehe ferner STARK, Diss. ZH [1946], S. 169, der m.H. auf BGE 37 II 99 E. 3 S. 107, BGE 24 II 531 E. 4 S. 535 und BGE 16 I 409 E. 3 S. 412 festhält, dass gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung jede höhere Gewalt einen Zufall darstellen muss; siehe ferner DE WATTEVILLE, SJZ 14/1935|36, S. 211, dem zufolge die höhere Gewalt vom reinen Zufall unterschieden werden muss).

1521 BK (2020)-WEBER, Art. 100 OR N 91; ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 210 (Anm. 1281); siehe auch BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 4.

1522 BK (1945)-BECKER, Art. 100 OR N 9. Betreibt das Haftungssubjekt somit nicht nur eine Stauanlage mit einem Staubecken, sondern auch noch weitere Geschäfte, die keine Konzession voraussetzen, ist Art. 100 Abs. 2 OR auf Haftungsfreizeichnungen betreffend die letztgenannten Geschäfte nicht anwendbar (vgl. im Allgemeinen: BK [2020]-WEBER, Art. 100 OR N 111).

1523 BK (2020)-WEBER, Art. 100 OR N 101 und 161–163; BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 1.

Grund lässt sich nicht allgemeingültig festhalten, ob der Betrieb einer Stauanlage eine Konzession voraussetzt. Betreffend die dem StAG-Haftungsregime unterstehenden (Rz. 324 und 326) Stauanlagen mit einem Staubecken¹⁵²⁴ (Rz. 56–64) ist Folgendes anzumerken: Dienen solche Stauanlagen der Elektrizitätserzeugung (Rz. 46),¹⁵²⁵ setzt deren Betrieb grundsätzlich¹⁵²⁶ eine Wasserrechtskonzession (Rz. 485) voraus (Elektrizitätswerke).¹⁵²⁷ Aber auch der Betrieb von Stauanlagen mit einem Staubecken, die nicht der Elektrizitätserzeugung dienen, setzt grundsätzlich¹⁵²⁸ eine Wasserrechtskonzession voraus,¹⁵²⁹ wenn die Stauanlagen in den Wasserkreislauf eingreifen (Wasserwerke).¹⁵³⁰ Schliesslich kann der Betrieb von Stauanlagen mit einem Staubecken eine Konzession voraussetzen, die dem Konzessionär das Recht zur Nutzung des öffentlichen Grundes einräumt.¹⁵³¹

a. *Prima vista* scheint Art. 100 Abs. 1 OR – der das Ausmass vertraglicher Haftungsbeschränkungen «mit dem Verschulden als Gradmesser»¹⁵³² begrenzt – bei der Bestimmung der Grenzen der Zulässigkeit der Freizeichnung von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG irrelevant zu sein.¹⁵³³ Denn das Haftungssubjekt haftet verschuldensunabhängig bei Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG für den

1524 Siehe Fn. 129.

1525 Siehe betreffend Deutschland: RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 336 «Viele Talsperren, auch solche, die primär anderen Zwecken dienen, sind mit einer mehr oder weniger grossen Wasserkraftanlage ausgestattet [...]».

1526 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6041 «Keine Konzession benötigt, wer selbst über das Gewässer verfügen kann, sei es, dass er als Gemeinwesen verfügbungsberechtigt ist, sei es, dass er privatrechtlich Eigentümer des Gewässers ist oder dass ihm ein altrechtliches Wasserrecht zusteht.»

1527 Gl.M. BK (2020)-WEBER, Art. 100 OR N 114; BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 10; ZK (1929)-OSER/SCHÖNENBERGER, Art. 100 OR N 5.

1528 Siehe Fn. 1526.

1529 JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4202 und 4205.

1530 Gl.M. BK (2020)-WEBER, Art. 100 OR N 114; BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 10; WYER, Wasserkraft (2002), S. 33–35; ZK (1929)-OSER/SCHÖNENBERGER, Art. 100 OR N 5.

1531 JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4222.

1532 BK (2020)-WEBER, Art. 100 OR N 4.

1533 Vgl. betreffend Gefährdungshaftungen im Allgemeinen: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 210.

dadurch verursachten Schaden.¹⁵³⁴ Es wäre aber falsch daraus zu schliessen, dass die Freizeichnungsklausel irrelevant ist und das Haftungssubjekt deswegen – unabhängig von seinem allfälligen Verschulden – nach StAG haftet.

- 743 **b.** Die Freizeichnung von einer Gefährdungshaftung zeitigt nämlich – wie ZIRLICK in allgemeiner Weise aufzeigt – folgende Konsequenzen: Zwar haftet das Haftungssubjekt nach wie vor verschuldensunabhängig bei Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, das heisst, dieser spezialgesetzliche Haftungsmechanismus wird von einer Freizeichnungsklausel nicht berührt. Allerdings kann sich das Haftungssubjekt für Zufall sowie – nach Ermessen des Richters – leichte und mittlere Fahrlässigkeit freizeichnen (Rz. 740–741), obwohl dies bei Gefährdungshaftungen atypisch ist.

- 744 Mit dieser Freizeichnungsklausel vereinbaren die Parteien (das heisst Haftungssubjekt und Geschädigter) vertraglich Folgendes: Sofern die Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 1 StAG erfüllt sind, soll der Richter in einem zweiten Schritt prüfen, ob das Haftungssubjekt ein schweres Verschulden (Vorsatz oder Grobfahrlässigkeit) trifft.¹⁵³⁵ Nur in diesem Fall haftet das Haftungssubjekt nach StAG. Mit anderen Worten kann sich das Haftungssubjekt – nachdem der Geschädigte die Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 1 StAG (exklusive Verschulden) bewiesen hat – vorbehaltlich Art. 100 Abs. 2 OR (Rz. 741 und 743) von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG befreien, indem es beweist, dass es den Schaden durch leichte oder mittlere Fahrlässigkeit verursachte oder der Schaden durch Zufall verursacht wurde.¹⁵³⁶

- 745 **3.** Ein Geschäftsherr kann sich von seiner Haftung für **Hilfspersonen** mittels vorgängiger Abrede freizeichnen (Art. 101 Abs. 2 OR). Dabei kann sich der Geschäftsherr – im Gegensatz zu Art. 100 Abs. 1 OR – auch von seiner Haftung für (hypothetischen)¹⁵³⁷ Vorsatz und (hypothetische)¹⁵³⁸ Grobfahrlässigkeit freizeichnen.¹⁵³⁹ Ist der Geschäftsherr jedoch Inhaber eines obrigkeitlich

1534 Vgl. betreffend Gefährdungshaftungen im Allgemeinen: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 204; vgl. betreffend EBG: KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 381; siehe ferner im Allgemeinen: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 12 Rz. 7.

1535 Im Allgemeinen: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 204 und 210.

1536 Vgl. betreffend Gefährdungshaftungen im Allgemeinen: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 204, 204 (Anm. 1252) und 210.

1537 Z.B. VON GRAFFENRIED, Diss. BE (2019), Rz. 181 und 183 je m.w.N.

1538 Z.B. VON GRAFFENRIED, Diss. BE (2019), Rz. 181 und 183 je m.w.N.

1539 BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 101 N 16.

konzessionierten Gewerbes (Rz. 741), kann er sich nur für leichte und mittlere (hypothetische) Fahrlässigkeit seiner Hilfspersonen von seiner Haftung freizeichnen (Art. 101 Abs. 3 OR).¹⁵⁴⁰

a. Die ausservertragliche Haftung und die vertragliche Haftung für Hilfspersonen unterscheiden sich konzeptionell. Im Deliktsrecht haftet der Geschäftsherr für eigenes Verschulden oder kausal, wohingegen er im Vertragsrecht für hypothetisches Verschulden haftet.¹⁵⁴¹ Aus diesem Grund wäre es – wie ZIRLICK einlässlich darlegt – bei Gefährdungshaftungen, bei denen das Subjekt der Gefährdungshaftung bei Verwirklichung des charakteristischen Risikos der gefährlichen Anlage für den dadurch verursachten Schaden haftet (und zwar unabhängig davon, wem¹⁵⁴² diese Verwirklichung zuzurechnen ist) systemwidrig, wenn sich das Subjekt der Gefährdungshaftung von der ausservertraglichen Hilfspersonenhaftung derart weitgehend (Rz. 745) freizeichnen könnte.¹⁵⁴³ Denn das Subjekt der Haftung haftet zwar auch «für fremdes Verhalten [...], aber aufgrund eigener Verantwortung»¹⁵⁴⁴ und somit letztlich für eigenes Verschulden. Aus diesem Grund ist es sachgerecht, dass die Freizeichnungsschranken von Art. 100 Abs. 1 und 2 OR – und nicht die von Art. 101 Abs. 2 und 3 OR – auf die ausservertragliche Hilfspersonenhaftung analog angewandt werden.¹⁵⁴⁵ 746

b. Das Haftungssubjekt kann sich folglich auch von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG freizeichnen, falls der Schaden wegen leichter oder mittlerer Fahrlässigkeit seiner Hilfspersonen¹⁵⁴⁶ (Rz. 510) verursacht wurde (Rz. 745). Der Richter hat folglich – sofern die Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 1 StAG erfüllt sind – zu prüfen, ob die Hilfspersonen des Haftungssubjekts (zusätzlich) ein schweres Verschulden (Vorsatz oder Grobfahrlässigkeit) trifft. Nur in diesem Fall haftet das Haftungssubjekt (zu alledem 747

1540 BK (2020)-WEBER, Art. 101 OR N 169 und 173; BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 101 N 17.

1541 ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 182.

1542 Dem Verhalten des Haftungssubjekts, dem Verhalten einer Hilfsperson des Haftungssubjekts oder dem Verhalten eines Dritten.

1543 ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 204–205, insbesondere auch S. 187, 197 und 199 (betreffend Kausalhaftungen).

1544 ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 189 (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt), siehe insbesondere auch S. 204–205.

1545 ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 204–205 und 210, siehe auch S. 190, 196–197 und 199.

1546 Vgl. im Allgemeinen: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 187 (Anm. 1147).

Rz. 743). Da das Haftungssubjekt jedoch Inhaber eines obrigkeitlich konzessionierten Gewerbes ist (Rz. 741), kann der Richter eine Haftung des Haftungssubjekts auch bejahen, wenn der Schaden durch leichte oder mittlere Fahrlässigkeit seiner Hilfspersonen verursacht wurde (Rz. 744).

- 748 **4.** Freizeichnungsklauseln sind schliesslich nur gültig, wenn sie nicht gegen die guten Sitten¹⁵⁴⁷ verstossen und der potenziell Geschädigte sich nicht übermässig bindet¹⁵⁴⁸. Daraus leitet ein Teil der Lehre ab, dass eine Wegbedingung der Haftung für Personenschaden nichtig¹⁵⁴⁹ sei.¹⁵⁵⁰ In früheren Urteilen erachtete das Bundesgericht die Freizeichnung für Personenschaden als zulässig.¹⁵⁵¹ In neueren Urteilen äusserte sich das Bundesgericht nicht mehr zu dieser Frage.

c. Ergebnis

- 749 **1.** Eine **vorgängige Freizeichnung** von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG ist für Personenschaden¹⁵⁵² und Sachschaden in all jenen Fällen **zulässig**, in denen der Schaden durch (i) leichte oder mittlere Fahrlässigkeit des Haftungssubjekts, (ii) leichte oder mittlere Fahrlässigkeit seiner Hilfspersonen oder (iii) Zufall verursacht worden ist (Rz. 743 und 747).¹⁵⁵³ Da das Haftungssubjekt jedoch Inhaber eines obrigkeitlich konzessionierten Gewerbes ist (Rz. 741), kann der Richter eine Haftung des Haftungssubjekts auch

1547 Art. 20 Abs. 1 OR.

1548 Art. 27 Abs. 2 ZGB.

1549 ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 389–391.

1550 SCHWENZER/FOUNTOLAKIS, OR AT (2020), Rz. 24.14; BSK ZGB I (2018)-HUGUENIN/REITZE, Art. 27 N 12; siehe auch BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 232a m.w.N.; WIDMER/WESSNER, Bericht (1999), S. 259. Diese Meinung lehnen z.B. folgende Autoren ab: KOLLER, OR AT (2017), Rz. 60.20 und 60.22; HOCHSTRASSER, AJP 7/2016, S. 915–917; ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 276–282; differenzierend BÜSSER, FS Fischer (2016), S. 106; siehe auch BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 4 *in fine*.

1551 BGE 99 II 315 E. 5b S. 322–323; vgl. auch BGE 94 II 151 E. 2 S. 153.

1552 Sofern man der Lehre folgt, wonach eine Freizeichnung von Personenschaden zulässig ist (Rz. 748).

1553 **A.M.** im Allgemeinen: GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 510 und 702–703, der zufolge eine Freizeichnung von einer Gefährdungshaftung unzulässig ist und zwar unabhängig davon, ob das Spezialgesetz ein Verbot der Haftungsfreizeichnung statuiert oder nicht.

bejahen, wenn es oder seine Hilfspersonen den Schaden durch leichte oder mittlere Fahrlässigkeit verursachten (Rz. 743, 744 und 747).

2. Stauanlagenunfälle können grossen Schaden verursachen (Rz. 205). Um die Geschädigten bei einem Stauanlagenunfall möglichst gut zu schützen, führte der Bundesgesetzgeber die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG ein. Es erscheint daher nicht sachgerecht, dass sich das Haftungssubjekt nach geltendem Recht – ungeachtet der praktischen Bedeutung von Freizeichnungsklauseln (Rz. 751) – derart weitgehend seiner Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG entledigen kann.¹⁵⁵⁴ Auch das StAG sollte *de lege ferenda* – wie die in Fn. 1507 erwähnten Spezialgesetze – solche Freizeichnungsklauseln für nichtig erklären.¹⁵⁵⁵

3. Praktische Bedeutung

1. Das Haftungssubjekt kann sich nur von seiner Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG freizeichnen, wenn der Geschädigte dem zustimmt, das heisst eine **vertragliche Abrede** vorliegt.¹⁵⁵⁶ Bei der Beantwortung der Frage, ob eine solche vertragliche Abrede existiert, sind zwei Konstellationen auseinanderzuhalten: das Vorliegen einer bestehenden Geschäftsbeziehung zwischen dem Haftungssubjekt und dem potenziell Geschädigten vor dem Stauanlagenunfall (Rz. 754–755) und das Fehlen einer solchen bestehenden Geschäftsbeziehung (Rz. 752–753).

2. Besteht zwischen dem Haftungssubjekt und dem potenziell Geschädigten vor dem Stauanlagenunfall **keine Geschäftsbeziehung**, kann sich das Haftungssubjekt nur von seiner Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG freizeichnen, wenn es und der potenziell Geschädigte eigens einen Vertrag abschliessen, der die Haftungsfreizeichnung des Haftungssubjekts gegenüber dem potenziell Geschädigten zum Gegenstand hat. Ein solcher Vertrag kommt nur zustande, wenn die übereinstimmenden gegenseitigen Willenserklärungen des Haftungssubjekts und des potenziell Geschädigten vorliegen.¹⁵⁵⁷

Das Haftungssubjekt und der potenziell Geschädigte dürften in der Praxis vor dem Stauanlagenunfall kaum je ausdrückliche Willenserklärungen

1554 Vgl. auch ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 210.

1555 A.M. im Allgemeinen: GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 510 und 702–703.

1556 Im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 2.

1557 Art. 1 Abs. 1 OR (dazu im Allgemeinen z.B. KOLLER, OR AT [2017], Rz. 3.81–3.87).

austauschen beziehungsweise austauschen können.¹⁵⁵⁸ Ein Vertragsschluss ist daher bloss möglich, wenn der potenziell Geschädigte den Antrag des Haftungssubjekts zum Abschluss des Vertrages durch eine stillschweigende Willenserklärung – verstanden als *passiv*¹⁵⁵⁹ konkludentes Verhalten, also Stillschweigen (Art. 6 OR) – annimmt.¹⁵⁶⁰ Ein solcher Antrag des Haftungssubjekts kann man etwa in Warnschildern (zum Beispiel «Vorsicht Schwallwasser», vgl. Abbildungen 14 und 15)¹⁵⁶¹ erblicken.¹⁵⁶² Allerdings dürfte das blosses Betreten eines bestimmten Gebiets durch eine Person trotz eines Warnschilds kaum je nach dem Vertrauensprinzip¹⁵⁶³ als stillschweigende Annahme des Antrags gelten.¹⁵⁶⁴ Denn die beschriebene Situation

1558 Art. 1 Abs. 2 OR; siehe zu ausdrücklichen Willenserklärungen im Allgemeinen z.B. KOLLER, OR AT (2017), Rz. 3.115.

1559 *Aktiv* konkludentes Verhalten gilt als stillschweigende Willenserklärung i.S.v. Art. 1 Abs. 2 OR und wird nicht von Art. 6 OR erfasst (BK [2018]-MÜLLER, Art. 6 OR N 13 und 22). Den Antrag des Haftungssubjekts zum Abschluss eines Vertrages kann der potenziell Geschädigte folglich nur durch aktiv konkludentes Verhalten annehmen, wenn dieses Verhalten dem Haftungssubjekt bekannt ist (dazu im Allgemeinen: BK [2018]-MÜLLER, Art. 6 OR N 22). Dies dürfte meistens nicht der Fall sein. Aus diesem Grund dürfte lediglich der Anwendungsfall des *passiv* konkludenten Verhaltens (Art. 6 OR) praktisch bedeutsam sein.

1560 Art. 1 Abs. 2 OR; siehe zu stillschweigenden Willenserklärungen im Allgemeinen z.B. KOLLER, OR AT (2017), Rz. 3.118–3.124, insbesondere Rz. 3.121 und 3.123–3.124; siehe auch BSK OR I (2020)-ZELLWEGE-GUTKNECHT, Art. 1 N 17.

1561 Siehe zu solchen Warnschildern z.B. BGer 6B_221/2009, 6B_222/2009, 6B_223/2009 und 6B_231/2009 (2.9.2009) E. 5.1

1562 Siehe betreffend Werkeigentümerhaftung: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 6, und BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 133, die beide solche Warnschilder als «einseitige Enthaltungserklärungen» bezeichnen.

1563 Siehe zur Auslegung nach dem Vertrauensprinzip z.B. BSK OR I (2020)-ZELLWEGE-GUTKNECHT, Art. 6 N 1 und 5.

1564 Gl.M. im Allgemeinen: BK (2020)-WEBER, Art. 100 OR N 82, insbesondere auch N 83 mit Beispielen von stillschweigenden Haftungsfreizeichnungen; BSK OR I (2020)-WIDMER LÜCHINGER/WIEGAND, Art. 100 N 3 *in initio*; ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 100 und 105; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 12 Rz. 13 m.w.N., denen zufolge das Vorliegen von Konsens infolge Schweigens nur zurückhaltend bejaht werden sollte; gl.M. im Allgemeinen betreffend Werkeigentümerhaftung: BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 133; siehe auch BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 6; **a.M.** betreffend AtG: GEIGY, Diss. BS (1959), S. 86 («durch einseitige Erklärungen und Bekanntmachungen oder durch vertragliche Vereinbarungen»).

dürfte nur in seltenen Fällen als Umstand, in dem keine ausdrückliche Annahme zu erwarten ist, im Sinne von Art. 6 OR anzusehen sein.¹⁵⁶⁵ Missachtet der potenziell Geschädigte solche Warnschilder und erleidet er in der Folge einen Schaden, kann der Richter – sofern die Haftungsvoraussetzungen erfüllt sind – immerhin den Schadenersatz wegen Selbstverschuldens (Rz. 707–709) reduzieren.¹⁵⁶⁶

3. Zwischen dem Haftungssubjekt und dem potenziell Geschädigten im gefährdeten Unterliegegebiet (Fn. 167) kann bereits vor dem Stauanlagenunfall eine Vertragsbeziehung wegen einer **bestehenden Geschäftsbeziehung** existieren.¹⁵⁶⁷ In aller Regel dürfte es allerdings an einer solchen Vertragsbeziehung fehlen. Deswegen dürfte die praktische Relevanz von StAG-Haftungsfreizeichnungsklauseln in bestehenden Verträgen gering sein.¹⁵⁶⁸ Eine vertragliche Beziehung zwischen Haftungssubjekt und potenziell Geschädigtem könnte immerhin dann vorliegen, wenn das Haftungssubjekt ein Elektrizitätswerk betreibt und sich im Stromlieferungsvertrag oder den zugehörigen Allgemeinen Geschäftsbedingungen¹⁵⁶⁹ mit den Endkunden (und damit dem potenziell Geschädigten) von seiner (ausservertraglichen) Haftung freizeichnet.

Eine solche Freizeichnungsklausel bewirkt jedoch nur dann eine Freizeichnung von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn dies aus dem Kontext des Vertrages hervorgeht. Mit anderen Worten muss es –

1565 Siehe zu den Situationen, die typischerweise als «Umstände» i.S.v. Art. 6 OR gelten z.B. BK (2018)-MÜLLER, Art. 6 OR N 27–54. Siehe aber BK (2018)-MÜLLER, Art. 6 OR N 25, wonach das Gericht «irgendwelche Einzeltatbestände als «Umstände» im Sinne von Art. 6 berücksichtigen [kann].» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

1566 Betreffend Werkeigentümerhaftung: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 6; BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 133. Ist das Selbstverschulden grob, kann dies sogar den Kausalzusammenhang «unterbrechen» (so betreffend Werkeigentümerhaftung: BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 58 N 6).

1567 In einem solchen Fall ist trotzdem zusätzlich zu prüfen, ob sich das Haftungssubjekt nicht noch mithilfe eines anderen Vertrages von seiner StAG-Haftung freizeichnet (siehe dazu Rz. 752–753).

1568 Vgl. auch im Allgemeinen: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 205 (Anm. 1253).

1569 Siehe zur Zulässigkeit der Freizeichnung von der Deliktshaftung mittels AGB: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 113 und 116–141.

nach der vom Bundesgericht vorgenommenen subjektiv-objektiven Auslegung¹⁵⁷⁰ – dem wirklichen Parteiwillen entsprechen, dass sich das Haftungssubjekt nicht nur für Schaden im Zusammenhang mit der Stromlieferung, sondern für jeden Schaden, der durch irgendeine Tätigkeit des Haftungssubjekts (unter anderem für seine Stauanlage) verursacht wird, ausservertraglich freizeichnet. Der Richter dürfte den wirklichen Parteiwillen in aller Regel jedoch nicht feststellen können.¹⁵⁷¹ Kann der Richter den wirklichen Parteiwillen nicht feststellen, hat er die fragliche Klausel objektiv auszulegen.¹⁵⁷² Gegen die Gültigkeit der Freizeichnung von der StAG-Haftung spricht bei einer objektiven Auslegung der Freizeichnungsklausel, dass eine solche Haftungsfreizeichnung gänzlich ausserhalb dessen lag, womit ein Geschädigter vernünftigerweise hätte rechnen müssen.¹⁵⁷³

1570 Siehe zur subjektiv-objektiven Auslegung im Allgemeinen z.B. BSK OR I (2020)-WIEGAND, Art. 18 OR N 11; **a.M.** und pro einheitliche objektive Auslegung z.B. HAEFELI/GALLI/VISCHER, COVID-19 (2020), Rz. 29 m.w.N.

1571 BK (2018)-MÜLLER, Art. 18 OR N 85; siehe auch WERRO, SJZ 12/2020, S. 428 «L'arrêt retient l'attention car, de manière inhabituelle, les juges ont pu conclure à l'existence d'un accord de fait. Ils ont ainsi pu interpréter la volonté des parties, sans recourir à une interprétation objective.»

1572 HAEFELI/GALLI/VISCHER, COVID-19 (2020), Rz. 29.

1573 Vgl. die Rechtsprechung des Bundesgerichts zu Freizeichnungsklauseln in Grundstückkaufverträgen (z.B. BGer 4A_444/2017 [12.4.2018] E. 5.1; siehe dazu VISCHER, SJZ 8/2012, S. 182–187; siehe ferner HAAS, FS Schmid [2019], S. 143–144).

IV. Verjährung

Das StAG äussert sich nicht zur Verjährung von Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen der Geschädigten gestützt auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG. Deswegen beurteilt sich die Verjährung solcher Forderungen nach Art. 60 OR, der direkt¹⁵⁷⁴ anwendbar ist (Rz. 232–246). Nachfolgend zeichne ich auf, dass solche Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen in aller Regel nach Art. 60 Abs. 1 und 1^{bis} OR verjähren (Rz. 757–759) und nicht nach der längeren strafrechtlichen Verjährungsfrist (Rz. 760–778).

A. Verjährung richtet sich nach Art. 60 Abs. 1 und 1^{bis} OR

1. Die *relative* Verjährungsfrist für Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche wegen **Sach- oder reinem Vermögensschaden**¹⁵⁷⁵ beträgt drei Jahre von dem Tage an gerechnet, an dem der Geschädigte tatsächlich¹⁵⁷⁶ Kenntnis vom Schaden (also von dessen Existenz und Beschaffenheit sowie von den wesentlichen Merkmalen) und von der ersatzpflichtigen Person (das heisst vom Haftungssubjekt) erlangte (Art. 60 Abs. 1 OR).¹⁵⁷⁷

In jedem Fall verjährt ein Schadenersatz- und Genugtuungsanspruch mit Ablauf von zehn Jahren vom Tage an gerechnet, an dem das schädigende Verhalten erfolgte oder aufhörte (*absolute* Verjährungsfrist).¹⁵⁷⁸ Bei Stauanlagenunfällen ist dies der Tag, an dem sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichte und deswegen die Rechtsgüter Leib, Leben oder Eigentum verletzt wurden. Im Anwendungsbereich von Art. 14 Abs. 2 StAG ist für den Fristbeginn – anstelle des Tages, an dem sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichte – auf

1574 Wohl a.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1912, der Art. 16 StAG erwähnt; siehe zur Verjährung in Spezialgesetzen im Allgemeinen z.B. MOSER, Diss. BS (2015), S. 182–191.

1575 Der Geschädigte kann vom Haftungssubjekt Ersatz von Sachschaden gestützt auf Abs. 1 und von reinem Vermögensschaden gestützt auf Abs. 2 von Art. 14 StAG verlangen.

1576 Z.B. BGer 2A.553/2002 (22.8.2003) E. 4.3.

1577 BSK OR I (2020)-DÄPPEN, Art. 60 N 7 m.w.N.; CARRON/FAVRE, Prescription (2019), S. 27–29 (Rz. 64–66); PICHONNAZ/WERRO, Prescription (2019), S. 12; MOSER, Diss. BS (2015), S. 159–161 und 167–168.

1578 Art. 60 Abs. 1 OR (dazu z.B. BSK OR I [2020]-DÄPPEN, Art. 61 N 9).

den Tag abzustellen, an dem die privaten Schadenabwehrmassnahmen ergriffen wurden.

- 759 **2.** Bei einem **Personenschaden** beträgt die *absolute* Verjährungsfrist für Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche 20 Jahre vom Tage an gerechnet, an dem das schädigende Verhalten erfolgte oder aufhörte (zur Fristberechnung, siehe Rz. 758).¹⁵⁷⁹ Im Übrigen entspricht Art. 60 Abs. 1^{bis} OR *tel quel* Art. 60 Abs. 1 OR (Rz. 757).

B. Irrelevanz der längeren strafrechtlichen Verfolgungsverjährungsfrist

- 760 **1.** Begeht die ersatzpflichtige Person durch ihr schädigendes Verhalten eine **strafbare Handlung**, so verjähren der Schadenersatz- und Genugtuungsanspruch in Abweichung von den dargestellten Regeln (Rz. 757–759) frühestens mit Eintritt der strafrechtlichen Verfolgungsverjährung nach Art. 97 StGB.¹⁵⁸⁰ Tritt die strafrechtliche Verfolgungsverjährung infolge Eröffnung des erstinstanzlichen Strafurteils¹⁵⁸¹ nicht mehr ein, so verjährt der Schadenersatz- und Genugtuungsanspruch frühestens nach Ablauf von drei Jahren seit Eröffnung des erstinstanzlichen Strafurteils^{1582, 1583}
- 761 **2.** Die längere strafrechtliche Verfolgungsverjährungsfrist beginnt jedoch nur zu laufen, wenn die objektiven und subjektiven (inklusive allfällige besondere subjektive Unrechtselemente)¹⁵⁸⁴ Tatbestandsmerkmale der Strafnorm erfüllt sind¹⁵⁸⁵ und keine strafrechtlichen Rechtfertigungsgründe¹⁵⁸⁶ vorliegen. So dann muss die verletzte Strafnorm das im Einzelfall verletzte Rechtsgut schüt-

1579 Art. 60 Abs. 1^{bis} OR.

1580 Art. 60 Abs. 2 OR.

1581 KRAUSKOPF/MÄRKI, Jusletter (2.7.2018), Rz. 9 (zweites Lemma).

1582 KRAUSKOPF/MÄRKI, Jusletter (2.7.2018), Rz. 9 (zweites Lemma).

1583 Art. 60 Abs. 2 OR; siehe zu den Unklarheiten im Zusammenhang mit der 3-Jahresfrist: CARRON/FAVRE, Prescription (2019), S. 22 (Rz. 50); BERGAMIN, Verjährungsfrist (2019), S. 48; HUGUENIN, OR AT & BT (2019), Rz. 2244a; KRAUSKOPF/MÄRKI, Jusletter (2.7.2018), Rz. 9 (zweites Lemma).

1584 VERDE, Verjährung (2018), S. 71.

1585 FELLMANN, ZBJV 4/2020, S. 209; BSK OR I (2020)-DÄPPEN, Art. 60 N 11.

1586 VERDE, Verjährung (2018), S. 71. Es ist umstritten, ob der Täter schuldhaft gehandelt haben muss (siehe z.B. VERDE, Verjährung [2018], S. 71–72; BK [2013]-BREHM, Art. 60 OR N 84; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I [2012], Rz. 3065).

zen und der Geschädigte muss somit dem Kreis der geschützten Subjekte angehören.¹⁵⁸⁷ Zusätzlich muss zwischen dem mit Strafe bedrohten Verhalten und dem Schaden (Fn. 109) ein Kausalzusammenhang bestehen.¹⁵⁸⁸ Nicht notwendig ist hingegen, dass eine strafrechtliche Verurteilung oder eine Strafverfolgung stattgefunden hat.¹⁵⁸⁹

3. Die längere strafrechtliche Verfolgungsverjährungsfrist ist bei Stauanlagenunfällen aus zwei Gründen kaum relevant: Erstens liegt in solchen Fällen nicht immer ein strafbares Verhalten vor (Rz. 763–765) und zweitens ist das Haftungssubjekt in aller Regel ein Unternehmen (zum Beispiel eine juristische Person, Rz. 469 und 504) und kann wegen der beschränkten Unternehmensstrafbarkeit kaum je bestraft werden (Rz. 766–778). 762

1. Kein strafbares Verhalten

1. Der objektive Tatbestand verschiedener Straftatbestände ist erfüllt, wenn 763 infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG die Rechtsgüter Leib, Leben und Eigentum verletzt werden. Im Vordergrund stehen die Tötungs-¹⁵⁹⁰ und Körperverletzungsdelikte¹⁵⁹¹ sowie die Sachbeschädigung¹⁵⁹². Auch der objektive Tatbestand von Delikten gegen die Allgemeinheit¹⁵⁹³ kann erfüllt sein.

2. Die weiteren Voraussetzungen nach Art. 60 Abs. 2 Satz 1 OR, also Rechts- 764 widrigkeit des Verhaltens und Kausalzusammenhang (Rz. 761), dürften bei einem Stauanlagenunfall ebenfalls erfüllt sein. Die erwähnten Delikte gegen

1587 FELLMANN, ZBJV 4/2020, S. 209; GOTTINI, Diss. ZH (2019), S. 90; VERDE, Verjährung (2018), S. 74.

1588 BGE 137 III 481 E. 2.4 S. 484 (= Pra 2012, Nr. 29, S. 206); BGE 136 III 502 E. 6.1 S. 503 (= Pra 2011, Nr. 39, S. 281); BGer 4C_156/2005 (28.9.2005) E. 3.3 «L'application de la prescription pénale plus longue suppose également que l'infraction visée soit en relation de causalité naturelle et adéquate avec le préjudice donnant lieu à l'action civile»; GOTTINI, Diss. ZH (2019), S. 90 *in fine*; VERDE, Verjährung (2018), S. 75; BK (2013)-BREHM, Art. 60 OR N 67; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 60 OR N 34.

1589 BSK OR I (2020)-DÄPPEN, Art. 60 N 13; GOTTINI, Diss. ZH (2019), S. 91 *in initio*.

1590 Art. 111 StGB und Art. 117 StGB.

1591 Art. 122 StGB, Art. 123 StGB und Art. 125 StGB.

1592 Art. 144 StGB.

1593 Z.B. Verletzung der Sicherheitsvorschriften (Art. 30 Abs. 1 StAG); Verursachung einer Überschwemmung oder eines Einsturzes (Art. 227 StGB); Beschädigung von elektrischen Anlagen, Wasserbauten und Schutzvorrichtungen (Art. 228 StGB).

den Einzelnen¹⁵⁹⁴ schützen die Rechtsgüter Leib¹⁵⁹⁵, Leben¹⁵⁹⁶ und Eigentum¹⁵⁹⁷. Der Geschädigte zählt als Rechtsgutsträger somit zum Kreis der geschützten Subjekte der jeweiligen Strafnorm. Gleiches gilt betreffend die Delikte gegen die Allgemeinheit^{1598, 1599}. Schliesslich besteht auch der geforderte Kausalzusammenhang zwischen dem Verbot, Personen zu töten oder zu verletzen sowie Sachen zu beschädigen, und dem infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG eingetretenen Schaden. In Einzelfällen könnte es, zum Beispiel bei Notstandshilfe, an der Rechtswidrigkeit fehlen.

- 765 **3.** Selbst wenn diese Voraussetzungen (Rz. 763–764) erfüllt sind, dürfte die Anwendung der längeren strafrechtlichen Verfolgungsverjährungsfrist am fehlenden subjektiven Tatbestand scheitern. Am ehesten könnte dieser erfüllt sein, wenn eine natürliche Person (dazu Rz. 766) eine Stauanlage weiter betreibt (oder betreiben lässt) und dabei eine Sorgfaltspflicht verletzt. Dabei könnte diese natürliche Person den subjektiven Tatbestand der fahrlässigen Tötung¹⁶⁰⁰, Körperverletzung¹⁶⁰¹, des fahrlässigen Verursachens einer Überschwemmung oder eines Einsturzes¹⁶⁰², der fahrlässigen Beschädigung von elektrischen Anlagen, Wasserbauten und Schutzvorrichtungen¹⁶⁰³ oder der fahrlässigen Verletzung von Sicherheitsvorschriften¹⁶⁰⁴ erfüllen. Sollte diese natürliche Person einen Stauanlagenunfall sogar in Kauf nehmen und die nicht sichere Stauanlage weiterhin betreiben (lassen), könnte man Eventualvorsatz annehmen und auch Vorsatzdelikte als erfüllt ansehen.

1594 Art. 111 StGB, Art. 117 StGB, Art. 122 StGB, Art. 123 StGB, Art. 125 StGB; Art. 144 StGB.

1595 BSK StGB I (2019)-ROTH/BERKEMEIER, Vor Art. 122 N 6.

1596 BSK StGB I (2019)-SCHWARZENEGGER/STÖSSEL, Vor Art. 111 N 1.

1597 PK StGB (2018)-TRECHSEL/CRAMERI, Art. 144 N 2–3.

1598 Art. 227 StGB, Art. 228 StGB; Art. 30 Abs. 1 StAG.

1599 Betreffend Art. 227 StGB: BSK StGB II (2019)-ROELLI, Art. 227 N 3; betreffend Art. 228 StGB: BSK StGB II (2019)-ROELLI, Art. 228 N 3.

1600 Art. 117 StGB.

1601 Art. 125 StGB.

1602 Art. 227 Ziff. 2 StGB.

1603 Art. 228 Ziff. 2 StGB.

1604 Art. 30 Abs. 1 StAG i.V.m. Art. 30 Abs. 3 StAG.

2. *Beschränkte Unternehmensstrafbarkeit*

1. Juristische Personen¹⁶⁰⁵ und Gesellschaften¹⁶⁰⁶ machen sich nur strafbar, wenn «in Ausübung geschäftlicher Verrichtung im Rahmen des Unternehmenszwecks ein Verbrechen oder Vergehen begangen [wird] und [...] diese Tat wegen mangelhafter Organisation des Unternehmens keiner bestimmten natürlichen Person zugerechnet werden [kann]»¹⁶⁰⁷.

2. Das in Art. 102 Abs. 1 StGB¹⁶⁰⁸ beschriebene strafbare Verhalten besteht in der mangelhaften Organisation, welche die Ermittlung des verantwortlichen Straftäters – einer natürlichen Person – verunmöglicht, und in der Begehung des jeweiligen zugrundeliegenden Delikts (Anlasstat, dazu sogleich Rz. 768).¹⁶⁰⁹ Der Tatbestand von Art. 102 Abs. 1 StGB setzt somit Folgendes voraus:

- Eine Straftat (Anlasstat) wurde begangen, wobei der objektive und der subjektive Tatbestand erfüllt sind und keine Rechtfertigungsgründe vorliegen.¹⁶¹⁰
- Die Anlasstat wurde durch eine natürliche Person (zum Beispiel einen Arbeitnehmer, ein Organ oder einen Gesellschafter) verübt, die organisatorisch in das Unternehmen eingebunden ist.¹⁶¹¹
- Die Anlasstat wurde «in Ausübung der geschäftlichen Verrichtung» begangen, das heisst, es muss ein funktionaler Zusammenhang zwischen der Anlasstat und der geschäftlichen Betätigung des Unternehmens vorliegen.¹⁶¹² Eine «geschäftliche Verrichtung» setzt eine minimale wirtschaftliche Tätigkeit voraus.¹⁶¹³ Erfasst ist nicht nur das primäre Tätigkeitsfeld

1605 Art. 102 Abs. 4 lit. a und b StGB (zum Unternehmensbegriff im Allgemeinen: BSK StGB I [2019]-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 376–424).

1606 Art. 102 Abs. 4 lit. c StGB.

1607 Art. 102 Abs. 1 Satz 1 StGB.

1608 Art. 102 Abs. 2 StGB ist bei Stauanlagenunfällen nicht erfüllt, da das Verhalten des Haftungssubjekts nicht als Katalogstraftat gilt (dazu im Allgemeinen: BSK StGB I [2019]-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 230–237).

1609 BGE 146 IV 68 E. 2.3.4; ablehnend BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 34, denen zufolge das strafbare Verhalten nur in der mangelhaften Organisation besteht.

1610 PK StGB (2018)-TRECHSEL/JEAN-RICHARD, Art. 102 N 8–9.

1611 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 66; PK StGB (2018)-TRECHSEL/JEAN-RICHARD, Art. 102 N 11.

1612 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 84.

1613 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 79.

des Unternehmens, sondern jede Tätigkeit, die einen Bezug zu den Aktivitäten des Unternehmens aufweist.¹⁶¹⁴

- 771 – Geschäftliche Verrichtungen sind nur dann von Art. 102 Abs. 1 StGB erfasst, wenn sie «im Rahmen des Unternehmenszwecks» erfolgen. «Im Rahmen des Unternehmenszwecks» bezieht sich entsprechend auf illegale, mit dem legalen Zweck des Unternehmens jedoch in einem funktionalen Zusammenhang stehende Handlungen.¹⁶¹⁵ Die Mehrheit der Lehre schränkt wegen dieses Passus Art. 102 Abs. 1 StGB auf betriebstypische Gefahren ein.¹⁶¹⁶ Betriebstypisch (das heisst branchentypisch) sind alle Handlungen, die der Verfolgung des Unternehmenszwecks mittelbar oder unmittelbar dienen.¹⁶¹⁷
- 772 – Die Anlasstat kann keiner natürlichen Person zugerechnet werden.¹⁶¹⁸ Die Nichtzurechenbarkeit bildet den Erfolg des Unternehmensdelikts (also der mangelhaften Organisation) und muss ihre Ursache im Unternehmen haben.¹⁶¹⁹
- 773 **3.** Ist das Haftungssubjekt eine juristische Person oder Gesellschaft, dürfte sie sich wegen eines **Stauanlagenunfalls** in der Regel nicht nach Art. 102 Abs. 1 StGB strafbar machen:
- 774 – Es liegt keine Anlasstat vor, weil zum Beispiel der subjektive Tatbestand der erwähnten Delikte nicht erfüllt ist (Rz. 765).
- 775 – Sind die objektiven und die subjektiven Tatbestandsmerkmale der Anlassstat ausnahmsweise erfüllt, dürfte der erforderliche funktionale Zusammenhang zwischen der Anlasstat und der Geschäftstätigkeit des Unternehmens dann zu bejahen sein, wenn die Stauanlage trotz Sicherheitsrisiken (zum Beispiel Bruch des Absperrbauwerkes) ohne Gegenmassnahmen weiter betrieben wird oder Fehlmanipulationen vorgenommen werden. Nicht erfüllt ist der funktionale Zusammenhang hingegen, wenn der Anlasstäter vorsätzlich Fehlmanipulationen vornimmt oder sogar die Stauanlage zu beschädigen beziehungsweise zu zerstören versucht.

1614 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 80.

1615 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 91; PK StGB (2018)-TRECHSEL/JEAN-RICHARD, Art. 102 N 12.

1616 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 92; PK StGB (2018)-TRECHSEL/JEAN-RICHARD, Art. 102 N 12 m.w.N.

1617 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 93.

1618 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 107.

1619 BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 108 und 113.

- Die Anlasstat muss «im Rahmen des Unternehmenszwecks» erfolgt sein, 776
das heisst dem Unternehmenszweck dienen. Die Gefährdung der Unter-
lieger (Fn. 167) durch die Existenz und den Betrieb von Stauanlagen
(Rz. 208–227) ist eine betriebstypische Gefahr. Deswegen zählen die Ge-
fährdungsdelikte gegen die Allgemeinheit¹⁶²⁰, die Delikte gegen Leib und
Leben und gegen das Eigentum als betriebstypische Gefahr.¹⁶²¹
 - Die Anlasstat darf keiner natürlichen Person zugerechnet werden können. 777
Da die Arbeitnehmer in Stauanlagen im Schichtbetrieb arbeiten, ist nicht
ausgeschlossen, dass diese anhand des Arbeitsplans¹⁶²² oder der Video-
überwachung von neuralgischen Arbeitsorten als Anlasstäter identifiziert
werden können.
4. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Haftungssubjekt, das keine nat- 778
türliche Person ist (genauer: das als Unternehmen im Sinne von Art. 102
Abs. 4 StGB gilt), durch sein «Verhalten» bei einem Stauanlagenunfall in der
Regel keine strafbare Handlung begeht. Deswegen ist nicht die längere straf-
rechtliche Verjährungsfrist nach Art. 60 Abs. 2 OR anwendbar, sondern die
reguläre Verjährungsfrist nach Art. 60 Abs. 1 und 1^{bis} OR. Sollte sich das Haf-
tungssubjekt nach Art. 102 Abs. 1 StGB strafbar machen, richtet sich die straf-
rechtliche Verfolgungsverjährung gemäss bundesgerichtlicher Rechtspre-
chung nach der Verjährungsfrist der Anlasstat.¹⁶²³

1620 Z.B. Art. 227 StGB; Art. 228 StGB; Art. 30 Abs. 1 StAG.

1621 Weitestgehend gl.M. betreffend Bauunternehmen und Chemiewerke: SCHMID, FS Forstmoser (2003), S. 775.

1622 Vgl. BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 223.

1623 BGE 146 IV 68 E. 2.3; ablehnend BSK StGB I (2019)-NIGGLI/GFELLER, Art. 102 N 35 und 46, sowie PK StGB (2018)-TRECHSEL/JEAN-RICHARD, Art. 102 N 7 (lit. b), denen zufolge Art. 102 StGB eine Übertretung ist, die innert dreier Jahre verjährt.

V. Haftungskonkurrenz

A. Mögliche Haftungstatbestände

- 779 Ein Schaden kann infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursacht werden. Ein Schaden kann jedoch auch durch das Risiko einer Stauanlage verursacht werden, das nicht als charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG gilt (Rz. 617–621). In beiden Fällen kann das Haftungssubjekt (auch) gestützt auf folgende andere ausservertragliche Haftungstatbestände für Schaden haften.

I. Werkeigentümerhaftung

- 780 1. Die Stauanlage ist ein Werk im Sinne von Art. 58 Abs. 1 OR (Rz. 293). Die Eigentümerin der Stauanlage (Rz. 502–507) haftet gestützt auf die **Werkeigentümerhaftung**¹⁶²⁴ für Schaden, den die mangelhafte Stauanlage verursacht.¹⁶²⁵ Ein Werk im Sinne der Werkeigentümerhaftung gilt der bundesgerichtlichen Rechtsprechung zufolge als mangelhaft, wenn es ausgehend von seinem zu erfüllenden Zweck und damit konkret beurteilt¹⁶²⁶ fehlerhaft angelegt oder mangelhaft unterhalten ist.¹⁶²⁷ Ein Werkmangel liegt dann vor, wenn das Werk nicht die für seinen *bestimmungsgemässen*¹⁶²⁸ Gebrauch erforderliche Sicherheit bietet.¹⁶²⁹ Bei der Beurteilung, ob ein Werk mangelhaft oder

1624 Art. 58 Abs. 1 OR.

1625 JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4703; WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 10 Rz. 21; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 486 (Rz. 1521); TERCIER, ZSR 1986 I, S. 304–315; STARK, ZSR 1967 II, S. 135–137.

1626 BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 65 *in initio*.

1627 BGer 4A_38/2018 (25.2.2019) E. 3.2; BGer 4A_81/2015 (22.3.2016) E. 4 Ingress; BGer 4A_20/2009 (23.3.2009) E. 2.1; BGE 130 III 736 E. 1.3 S. 741–742; einlässlich zu den zwei Mangelarten im Allgemeinen: BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 56–61a.

1628 BGE 130 III 736 E. 1.5 S. 743, wonach der Werkeigentümer ausnahmsweise auch für *bestimmungswidrigen* Gebrauch des Werkes nach Art. 58 Abs. 1 OR haftet; siehe dazu auch CR CO I (2012)-WERRO, Art. 58 OR N 17.

1629 BGer 4A_145/2020 (14.5.2020) E. 6; BGer 4A_38/2018 (25.2.2019) E. 3.2; BGer 4A_81/2015 (22.3.2016) E. 4 Ingress; BGer 4A_20/2009 (23.3.2009) E. 2.1; BGE 130 III 736 E. 1.3 S. 741–742; OGer/SO ZKBER.2019.27 (13.8.2019) E. 4.1, in: SJZ 2020, S. 434.

mängelfrei ist, muss berücksichtigt werden, was sich nach objektiven Gesichtspunkten¹⁶³⁰ und der Lebenserfahrung am fraglichen Ort zutragen kann.¹⁶³¹

2. Es existieren verschiedene Typen von Stauanlagen (Rz. 54–71), die unterschiedlichen Zwecken dienen (Rz. 44–53); bei gewissen Stauanlagen sind zudem zusätzliche Anlagen (zum Beispiel Elektrizitätswerke) integriert. Deswegen lässt sich nicht allgemeingültig festhalten, welches der bestimmungsgemässe Gebrauch einer Stauanlage ist, da es nicht «die» Stauanlage gibt.¹⁶³² Es ginge zu weit, an dieser Stelle für alle Stauanlagentypen zu untersuchen, welches ihr bestimmungsgemässer Gebrauch ist. Ich beschränke mich daher auf einige Ausführungen zu den *Talsperren* (Rz. 56–57):

a. Der Benutzer einer Talsperre darf davon ausgehen, dass er das öffentlich zugängliche Absperrbauwerk betreten und überqueren kann, ohne dass er in die Tiefe stürzt. Die Dammkrone¹⁶³³ beziehungsweise Mauerkrone¹⁶³⁴ ist folglich an den Seiten mit Abschränkungen zu versehen, damit niemand in die Tiefe stürzen kann.¹⁶³⁵

1630 BGer 4A_20/2009 (23.3.2009) E. 2.1.

1631 BGer 4C.386/2004 (2.3.2005) E. 2.1; siehe auch HESS-ODONI, Bauhaftpflicht (1994), Rz. 884.

1632 Ob ein Werk mangelhaft ist, prüft das Bundesgericht anhand des Kriteriums des bestimmungsgemässen Gebrauchs (Rz. 780). Mit diesem Kriterium lässt sich aber die Mangelhaftigkeit eines Werkes nur hinsichtlich des *unmittelbaren* Gebrauchs durch die Benutzer (z.B. fehlendes Treppengeländer in einem Gebäude) eruieren. Bei Stauanlagen steht jedoch der *mittelbare* «Gebrauch» der Stauanlage durch die Unterlieger (Fn. 167) im Vordergrund. Dies gilt auch betreffend andere Anlagen, wie z.B. KKW. Beim mittelbaren Gebrauch ist bei der Prüfung der Mangelhaftigkeit des Werkes anstelle des Kriteriums des bestimmungsgemässen Gebrauchs darauf abzustellen, ob das Werk die berechtigten Sicherheitserwartungen der Unterlieger bzw. der Allgemeinheit erfüllt (vgl. im Allgemeinen: STÖCKLI, FS Fellmann [2021], S. 114).

1633 Die «Dammkrone» ist der oberste Teil eines Dammes (DUDEN, zu «Dammkrone»), siehe Art. 1 Abs. 2 lit. b StAV.

1634 Die «Mauerkrone» ist der obere Abschluss einer Mauer (DUDEN, zu «Mauerkrone»), siehe Art. 1 Abs. 2 lit. a StAV.

1635 Vgl. BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 68 (fehlende Abschränkung auf einem Flachdach).

- 783 **b.** Der Benutzer einer Talsperre darf weiter davon ausgehen, nicht in den Stauraum zu fallen, wenn er daran vorbeigeht oder -fährt. Gefährliche Stellen sind daher zu sichern oder zu signalisieren.
- 784 **c.** Ist in die Talsperre ein Elektrizitätswerk integriert, müssen gefährliche Stellen umzäunt sein. Zudem muss sichergestellt sein, dass keine Person anderswie einen Stromschlag erleiden kann.
- 785 **d.** Der Benutzer einer Talsperre kann davon ausgehen, im Stauraum in sicherer Entfernung zum Absperrbauwerk und zu anderen Anlagen baden zu können, ohne durch die Stauanlage gefährdet zu sein. Mithilfe von Schildern ist daher vor Stellen zu warnen, an denen nicht gebadet werden darf. Gegebenenfalls ist sogar der Zugang zum Wasser an gewissen Uferstellen durch bauliche Vorrichtungen zu verhindern.¹⁶³⁶
- 786 Hingegen kann der Benutzer einer Talsperre nicht davon ausgehen, im Gewässer unterhalb der Stauanlage gefahrlos baden zu können. Talsperren sind so konzipiert, dass sie unterschiedlich viel Wasser ablassen (regulärer Wasseraustritt, Rz. 97). Deswegen kann im Unterliegergebiet (Fn. 167) der Wasserstand plötzlich und unnatürlich stark ansteigen (Rz. 585 und 611–616). Dies bedeutet aber nicht, dass die Talsperre mangelhaft ist, zumal häufig mit Schildern vor Schwallwasser gewarnt wird (Rz. 709 und Fn. 1446; vgl. Abbildungen 14 und 15).¹⁶³⁷
- 787 **e.** Das Absperrbauwerk darf nicht brechen.¹⁶³⁸ Die Triebwasserleitungen und Pumpspeicherröhren dürfen nicht bersten.¹⁶³⁹ Schliesslich darf kein Wasser überschwappen.¹⁶⁴⁰ Denn aus Talsperren darf Wasser nicht irregulär (Rz. 110–116) austreten.
- 788 **3.** Der Werkeigentümer haftet für eine mangelhafte (Rz. 782–787) Talsperre jedoch nur dann, wenn die Ursache¹⁶⁴¹ des Werkmangels die fehlerhafte Herstellung oder der fehlerhafte Unterhalt ist.¹⁶⁴² Mit anderen Worten haftet der

1636 Vgl. KGer/VS (28.3.1969) E. 1, in: ZWR 1970, S. 284 *in fine*; BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 65.

1637 Siehe auch BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, VPB 1/1993, S. 74.

1638 Vgl. auch TERCIER, ZSR 1986 I, S. 309–310.

1639 Vgl. auch TERCIER, ZSR 1986 I, S. 309–310.

1640 Vgl. auch TERCIER, ZSR 1986 I, S. 309–310.

1641 BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 14.

1642 Z.B. WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 793.

Werkeigentümer nicht automatisch nach Art. 58 Abs. 1 OR nur weil zum Beispiel das Absperrbauwerk der Talsperre gebrochen ist.¹⁶⁴³ Der Geschädigte muss folglich beweisen,¹⁶⁴⁴ dass beim Bau oder Betrieb der Talsperre staatliche Sicherheitsvorschriften¹⁶⁴⁵ nicht eingehalten oder verletzt wurden.¹⁶⁴⁶ Wurden zum Beispiel beim Bau der Talsperre die staatlichen Vorschriften an die Erdbebensicherheit eingehalten und bricht das Absperrbauwerk der Talsperre trotzdem wegen eines Erdbebens, dürfte es an einem Werkmangel fehlen.¹⁶⁴⁷ Etwas anderes gilt nur, wenn die Stauanlage nicht ordnungsgemäss unterhalten und überwacht wurde.

1643 Gl.M. STARK, ZSR 1981 I, S. 383 (Anm. 55); wohl **a.M.** STRICKLER, Diss. SG (1982), S. 69, dem zufolge bei einem Bruch des Absperrbauwerkes immer ein Mangel vorliegt, eine Haftung jedoch infolge «Unterbruchs» des Kausalzusammenhangs entfällt: «Folglich haftet der Eigentümer einer Dammanlage mit Vorbehalt der Einreden aus grobem Drittverschulden und höherer Gewalt schlechthin für jeden Schaden, der wegen eines Werkmangels besteht. Soweit also ein Staudamm ohne äusseren Anlass bricht, haftet der Werkeigentümer. Hingegen entfällt eine Haftung nach Art. 58 OR, wenn das Schadensereignis das Resultat einer äusseren Veranlassung wie Gletscher- und Felsabbruch, Lawinen, Erdbeben oder Sabotageakte ist. In diesen Fällen ist einer Haftbarmachung aufgrund von Art. 58 OR der Erfolg versagt, womit sich ausgerechnet bei dieser wichtigen Gruppe von Schadensursachen eine Lücke im geltenden Haftpflichtsystem offenbart.» Siehe zur Rechtslage bei Zerstörung des Werks im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 19.

1644 Z.B. OGer/SO ZKBER.2019.27 (13.8.2019) E. 5.6, in: SJZ 2020, S. 434.

1645 Sicherheitsvorschriften betreffend die konstruktive Sicherheit: Rz. 133–148; Sicherheitsvorschriften betreffend den Betrieb und Unterhalt: Rz. 149–152.

1646 Vgl. ROTEN, Diss. FR (2000), S. 489 (Rz. 1529); TERCIER, ZSR 1986 I, S. 309–311; siehe auch CERUTTI, NZZ² (4.6.1992), S. 19, wonach eine Haftung des «Talsperreneigners oder -betreibers» nach Art. 58 Abs. 1 OR infrage kommt, wenn dieser «bei Gefahr eines Dammkronenbruchs den Wasserspiegel nicht rechtzeitig absenkt.» Vgl. im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 15.

1647 Vgl. STARK, ZSR 1981 I, S. 383 (Anm. 55) «Wenn aber ein Erdbeben oder die von einem ganz ausserordentlichen Bergsturz in den Stausee verursachte Sturzwelle einen Staudamm aufreisst, wird – je nach den Umständen – der Beweis eines Mangels schwierig sein.»; siehe auch CERUTTI, NZZ² (4.6.1992), S. 19. Vgl. im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 15.

2. Grundeigentümerhaftung

- 789 Im nachbarlichen Bereich¹⁶⁴⁸ können die Eigentümerin der Stauanlage (Rz. 502–507) als Grundeigentümerin oder Inhaberin eines beschränkten dinglichen Rechts und die Betreiberin (Rz. 454) der Stauanlage als obligatorisch berechnete Mieterin oder Pächterin¹⁶⁴⁹ gestützt auf die **Grundeigentümerhaftung**¹⁶⁵⁰ haften.¹⁶⁵¹ Die Wasserzuleitung auf Nachbargrundstücke kann nämlich eine materielle Immission und damit eine unrechtmässige Überschreitung der Eigentumsbefugnisse¹⁶⁵² darstellen.¹⁶⁵³

3. Geschäftsherrenhaftung und Verschuldenshaftung

- 790 Das Haftungssubjekt kann gestützt auf die Geschäftsherrenhaftung¹⁶⁵⁴ oder die Verschuldenshaftung¹⁶⁵⁵ haftbar gemacht werden.¹⁶⁵⁶

4. Haftung nach Art. 27 Abs. 1 EleG

- 791 Infrage kommt auch eine Haftung des Haftungssubjekts gestützt auf Art. 27 Abs. 1 EleG, wenn in die Stauanlage ein Elektrizitätswerk integriert ist und

1648 CR CC II (2016)-BOVEY, Art. 679 ZGB N 23–26; HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 19 Rz. 10–11; KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 191; BK (1974)-MEIER-HAYOZ, Art. 679 ZGB N 42–43; STARK, Habil. ZH (1952), S. 204–205; FRÖLICHER, Diss. BE (1950), S. 93–94.

1649 Betreffend Mieterin und Pächterin: BGE 132 III 689 E. 2.2.1 S. 693 und E. 2.2.2 S. 693 (= Pra 2007, Nr. 69, S. 460–461); CR CC II (2016)-BOVEY, Art. 679 ZGB N 27; FRÖLICHER, Diss. BE (1950), S. 93.

1650 Art. 679 Abs. 1 ZGB i.V.m. Art. 684 ZGB.

1651 WEBER/KRATZ, Elektrizitätswirtschaftsrecht (2004), § 10 Rz. 20; ROTEN, Diss. FR (2000), S. 486 (Rz. 1521). Siehe zur Passivlegitimation im Allgemeinen: BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 679 N 26.

1652 Statt vieler: BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 679 N 1 und 8.

1653 JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 4702; siehe auch CJ/GE (24.5.1946), in: SJ 1947, S. 113–124 (betreffend die Haftung für ein Rückhaltebecken im Zusammenhang mit einer Überschwemmung ([Rz. 17–18])).

1654 Art. 55 Abs. 1 OR.

1655 Art. 41 Abs. 1 OR.

1656 Gemäss STARK liegt «[e]in solches Verschulden [i.S.v. Art. 41 Abs. 1 OR und Art. 55 Abs. 1 OR] kaum je vor [...]» (STARK, ZSR 1967 II, S. 135). Diese Meinung vertritt auch STRICKLER: «Neben der fast bedeutungslosen Haftung aus Verschulden (von Ingenieuren, Bauunternehmern oder dem Wartungspersonal) [...]» (STRICKLER, Diss. SG [1982], S. 69).

sich beim Stauanlagenunfall das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 27 Abs. 1 EleG¹⁶⁵⁷ verwirklicht.¹⁶⁵⁸

5. Haftung nach Art. 59a Abs. 1 USG

Das Haftungssubjekt dürfte auch gestützt auf Art. 59a Abs. 1 Satz 1 USG haftbar gemacht werden können.¹⁶⁵⁹ Wurde nämlich der Schaden durch die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursacht,¹⁶⁶⁰ dürfte vor allem bei irregulären Wasseraustritten (Rz. 110–116) die Art und Weise der Schadensverursachung als Einwirkung im Sinne von Art. 7 Abs. 1 USG und damit als Umweltbedrohung (das heisst zum Beispiel als Bedrohung von Menschen¹⁶⁶¹, Tieren, Pflanzen oder des Unterwassers¹⁶⁶²) gelten.¹⁶⁶³ Vor diesem Hintergrund dürften Stauanlagen zu den Anlagen zu zählen sein, «mit denen eine besondere Gefahr für die Umwelt verbunden ist»^{1664, 1665}

1657 Dazu z.B. Haftpflichtkommentar (2016)-KRATZ/LUDIN, Art. 27 EleG N 21.

1658 Vgl. TERCIER, ZSR 1986 I, S. 302.

1659 GL.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1847; E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 8, der zufolge als «besondere Gefahr» i.S.v. Art. 59a Abs. 1 USG «die Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenwelt im Unterlauf des Gewässers durch die Spülung und Entleerung des Stauraumes angesehen werden» kann.

1660 Auch der Bau von Stauanlagen kann eine Haftung nach Art. 59a Abs. 1 USG auslösen und zwar selbst dann, wenn sich nicht das charakteristische Risiko i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht. So können z.B. Erdbeben verursacht werden, welche die Umwelt bedrohen (TRÜEB/WYSS, ZBl 1/2014, S. 10–11).

1661 Unter einer «Umweltbedrohung» ist auch eine Gefährdung der Menschen zu verstehen (z.B. TRÜEB/WYSS, ZBl 1/2014, S. 10; Kommentar USG [2004]-TRÜEB, Art. 59a N 62).

1662 Infolge des Stauanlagenunfalls kann das Unterwasser (Fn. 148) verunreinigt werden, wenn die Flutwelle z.B. Behälter zerstört, in denen Chemikalien gelagert werden (vgl. BLASCHKE, NZZ Online [21.5.2020], *passim*, wonach sich das Flusswasser infolge zweier Dammbrüche im US-Staat Michigan [siehe Fn. 33] mit Chemikalien vermischt habe).

1663 Zu dieser Haftungsvoraussetzung im Allgemeinen: SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT (2020), Rz. 54.16; Haftpflichtkommentar (2016)-NIKLAUS/KNECHT, Art. 59a USG N 11 *in fine*; Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59a N 62, Kommentar USG (2004)-KELLER, Art. 7 N 10.

1664 Art. 59a Abs. 1 Satz 1 USG.

1665 Siehe die Aufzählung in Art. 59a Abs. 2 USG; siehe auch Haftpflichtkommentar (2016)-NIKLAUS/KNECHT, Art. 59a USG N 20; WAGNER PFEIFER, Umweltrecht BT (2013), Rz. 1811–1815; WIDMER DREIFUSS, URP 4/2009, S. 444.

6. Staatshaftung

- 793 Wird die Stauanlage durch das Gemeinwesen (Rz. 511–523) betrieben, kommt auch eine Haftung gestützt auf das Staatshaftungsrecht des Bundes oder eines Kantons infrage.

B. Haftungskonkurrenz

- 794 1. Verursacht eine Stauanlage einen Schaden, können neben oder anstelle der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG andere Haftungstatbestände erfüllt sein (Rz. 779–793). Sind die Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 1 StAG erfüllt, dürfte ein Geschädigter aufgrund der aus seiner Sicht vorteilhaften Haftungsregelung den Schadenersatz und die Genugtuung gestützt auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG fordern. Ein Geschädigter dürfte sich entsprechend zum Beispiel in folgenden Konstellationen auf andere Haftungstatbestände berufen:

- 795 1. Die Stauanlage untersteht sachlich nicht dem StAG-Haftungsregime (Rz. 324–329);
- 796 2. Der erlittene Schaden ist nicht von Art. 14 Abs. 1 StAG gedeckt (Rz. 634–635), das heisst, der Geschädigte kann versuchen, den erlittenen reinen Vermögensschaden gestützt auf einen anderen Haftungstatbestand auf das Haftungssubjekt und auf andere Schädiger abzuwälzen;¹⁶⁶⁶
- 797 3. Das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG hat sich nicht verwirklicht (Rz. 617–621).
- 798 2. Verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, stellt sich die Frage, ob zwischen der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und den privatrechtlichen Haftungstatbeständen (Rz. 799–807) einerseits und der Staatshaftung (Rz. 808–824) andererseits Haftungskonkurrenz besteht.

1. Privatrechtliche Haftungstatbestände

- 799 1. Nach der früher vorherrschenden Meinung besteht zwischen Gefährdungshaftungen und anderen ausservertraglichen Haftungstatbeständen (des ZGB

1666 Die Überwälzung (Rz. 829) des reinen Vermögensschadens dürfte daran scheitern, dass die Rechtsgutsverletzung nicht widerrechtlich ist.

und des OR oder von anderen Gesetzen) keine Anspruchskonkurrenz.¹⁶⁶⁷ Dieser Meinung zufolge ist die Gefährdungshaftung gemäss der Rechtsregel «*lex specialis derogat legi generali*» exklusiv anwendbar. Ein Geschädigter kann sich daher nicht auf andere ausservertragliche Haftungstatbestände als die Gefährdungshaftung berufen.¹⁶⁶⁸

2. Die Lehre nimmt heute hingegen zu Recht Haftungskonkurrenz zwischen 800 den ausservertraglichen Haftungstatbeständen des ZGB, des OR und von anderen Gesetzen einerseits und den Gefährdungshaftungen andererseits an.¹⁶⁶⁹ Wie SCHWENZER/FOUNTOULAKIS treffend ausführen, ist es nicht nachvollziehbar, wieso sich ein Geschädigter nicht auf andere ausservertragliche Haftungstatbestände berufen sollen könnte, falls diese weiter reichen als die fragliche Gefährdungshaftung.¹⁶⁷⁰ Dies gilt jedoch auch, wenn andere ausservertragliche Haftungstatbestände und die Gefährdungshaftung gleich weit reichen.

In zwei Fällen sind jedoch Gefährdungshaftungen und andere ausser- 801 vertragliche Haftungstatbestände nicht konkurrierend anwendbar:¹⁶⁷¹

- Die spezialgesetzliche Gefährdungshaftung als *lex specialis* sieht insge- 802 samt einschränkendere, das heisst ungünstigere, Bedingungen zur Geltendmachung von Ansprüchen vor als die *lex generalis* (das heisst insbesondere Haftungstatbestände des ZGB und des OR).¹⁶⁷² Damit soll das

1667 BGE 113 II 246 E. 8 S. 251; BGE 35 II 34 E. 6 S. 41; BGE 27 II 406 E. 2 S. 408; BGE 25 II 561 E. 1 S. 564; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 13 Rz. 6–7 und 11; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 27 Rz. 34 (betreffend EHG); YUNG, Principes (1973), S. 99 *in initio*; KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 71 und 108–109 (betreffend RLG); STEINER, SJZ 6/1931|32, S. 77 (betreffend EHG).

1668 Siehe die Nachweise in Fn. 1667.

1669 GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, OR AT (2020), Rz. 2944; SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT (2020), Rz. 54.04; KRAUSKOPF/MÄRKI/WIRZ, FS Koller (2018), S. 446 (Anm. 50); REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 1508; ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 16.35 (betreffend SVG); BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 160; HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 20 Rz. 24; FELLMANN, Haftpflichtrecht II (2013), Rz. 132; KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 416; FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 12; GAUCH, recht 5/1998, S. 209–210 (betreffend EHG und im Allgemeinen); GNOS, Diss. ZH (1997), S. 132 (betreffend PrHG).

1670 SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT (2020), Rz. 54.04.

1671 KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 417–421.

1672 KRAMER, Methodenlehre (2019), S. 128–129 unter Berufung auf MERZ, FS Guhl (1950), S. 94–99.

Risiko vermieden werden, dass die *lex specialis* nicht angewandt wird, was der gesetzgeberischen Intention widersprechen dürfte.¹⁶⁷³ Wird der Geschädigte demgegenüber durch die *lex specialis* begünstigt oder sind die Tatbestandsvoraussetzungen der *lex specialis* und *lex generalis* gleichwertig, so sprechen keine Gründe dagegen, beide Anspruchsnormen alternativ zuzulassen, da keine Verdrängungsgefahr der *lex specialis* besteht.

- 803 – Das Spezialgesetz ordnet an, dass die Gefährdungshaftung exklusiv anwendbar ist.¹⁶⁷⁴
- 804 **3.** Nachfolgend prüfe ich anhand dieser zwei Kriterien (Rz. 802–803), ob die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und die anderen ausservertraglichen Haftungstatbestände des ZGB, des OR und von anderen Gesetzen konkurrierend anwendbar sind.
- 805 **a.** Die Haftungsvoraussetzungen der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG sind günstiger als oder gleichwertig wie jene der ausservertraglichen Haftungstatbestände des ZGB, des OR und von anderen Gesetzen. Das Haftungssubjekt haftet gestützt auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn die drei Tatbestandselemente Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (1), Schaden (2) und Kausalzusammenhang zwischen dem charakteristischen Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem Schaden (3) erfüllt sind (Rz. 543–728). Demgegenüber müssen bei den Verschuldenshaftungen und einfachen Kausalhaftungen des ZGB, des OR und von anderen Gesetzen zusätzlich noch die Tatbestandselemente «Widerrechtlichkeit» (Verschuldenshaftung und einfache Kausalhaftung) sowie «Verschulden» (Verschuldenshaftung) erfüllt sein.¹⁶⁷⁵ Bei anderen Gefährdungshaftungen sind die Haftungsvoraussetzungen gleichwertig wie jene von Art. 14 Abs. 1 StAG.
- 806 **b.** Gemäss StAG ist die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG nicht exklusiv anwendbar. Auch die Gesetzesmaterialien enthalten keinen Hinweis, wonach die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG exklusiv anwendbar ist.
- 807 **c.** Keines der zwei Kriterien (Rz. 802–803) ist erfüllt, die gegen eine Haftungskonkurrenz zwischen der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und anderen ausservertraglichen Haftungstatbeständen des ZGB, des OR und

1673 KRAMER, Methodenlehre (2019), S. 128.

1674 Im Allgemeinen: GAUCH, recht 5/1998, S. 209.

1675 Im Allgemeinen: KÖNIG, Diss. FR (2012), Rz. 420.

von anderen Gesetzen sprechen. Folglich sind die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und die anderen ausservertraglichen Haftungstatbestände des ZGB, des OR und von anderen Gesetzen konkurrierend anwendbar.¹⁶⁷⁶

2. Staatshaftung

1. Der Staat, aber auch externe staatliche Aufgabenträger¹⁶⁷⁷ – wie öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten, sofern diese gemäss gesetzlicher Vorschrift eine öffentlich-rechtliche Aufgabe wahrnehmen – haften ausservertraglich wie folgt:

a. Verursacht ein öffentlicher Beamter¹⁶⁷⁸ oder Angestellter «in Ausübung¹⁶⁷⁹ seiner **amtlichen Verrichtung**»¹⁶⁸⁰ einen Schaden, haftet er zum Beispiel nach Art. 41 Abs. 1 oder 2 OR,¹⁶⁸¹ es sei denn, der Bund oder der Kanton hätten besondere Haftungsbestimmungen erlassen.¹⁶⁸² Der Bund und alle Kantone haben solche besondere Bestimmungen erlassen, welche die öffentlichen Beamten und Angestellten vor der ausservertraglichen Inanspruchnahme durch Dritte schützen.¹⁶⁸³ Deswegen haftet der Bund¹⁶⁸⁴ beziehungsweise der Kanton¹⁶⁸⁵ anstelle des öffentlichen Beamten oder Angestellten für den von ihm verursachten Schaden – jedoch nur, wenn er amtlich, nicht aber wenn er gewerblich (Rz. 810) handelte.

1676 Gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1845 (betreffend ausservertragliche Haftungstatbestände des ZGB und des OR).

1677 Z.B. Art. 1 Abs. 1 lit. f VG i.V.m. Art. 19 Abs. 1 VG (siehe dazu JAAG, SBVR I/3 [2017], Rz. 206–207 und 208–210a); Art. 101 Abs. 1 PG/BE (siehe dazu WICHTERMANN, Verwaltungsrecht [2013], Rz. 50 und 52).

1678 Siehe zur Aktualität dieses Begriffs auf Bundestufe z.B. JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 4–5.

1679 Gefordert ist die Erfüllung dienstlicher Aufgaben, wobei bei Fehlen des funktionalen Zusammenhangs zwischen dienstlicher Aufgabe und Schädigung die Staatshaftung verneint wird (einlässlich: JAAG, SBVR I/3 [2017], Rz. 81–87).

1680 Art. 61 Abs. 1 OR.

1681 BGE 139 III 110 E. 2.2.1 S. 112; BK (2013)-BREHM, Art. 61 OR N 26.

1682 Art. 61 Abs. 1 OR (siehe dazu im Allgemeinen z.B. BGer 4A_352/2018 (25.2.2019) E. 3.1 [= Pra 2020, Nr. 2, S. 39–40]).

1683 BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 61 N 1–2.

1684 Art. 3 Abs. 1 VG.

1685 Z.B. Art. 100 Abs. 1 PG/BE.

- 810 **b.** Verursacht ein öffentlicher Beamter oder Angestellter hingegen bei einer **gewerblichen Verrichtung**¹⁶⁸⁶ einen Schaden, haftet das Gemeinwesen gestützt auf die privatrechtlichen ausservertraglichen Haftungstatbestände¹⁶⁸⁷ (Art. 55 Abs. 2 ZGB oder Art. 55 Abs. 1 OR)^{1688, 1689}
- 811 **c.** Das Gemeinwesen haftet in jedem Fall, das heisst bei amtlicher und gewerblicher Verrichtung, gestützt auf privatrechtliche **Sonderhaftungstatbestände** des Bundesrechts¹⁶⁹⁰, sofern diese auch staatliche Schädiger erfassen.¹⁶⁹¹
- 812 **2.** Die **StAG-Haftung** differenziert nicht danach, ob es sich um einen privaten oder einen staatlichen Schädiger handelt (Rz. 511–523).¹⁶⁹² Deswegen haftet das Gemeinwesen als Betreiberin und Eigentümerin einer Stauanlage nach StAG – und zwar unabhängig davon, ob es amtlich oder gewerblich handelt.¹⁶⁹³
- 813 **3.** Wird ein Schaden infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursacht, kann dieser Sachverhalt nicht nur die Haftungsvoraussetzungen der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG erfüllen, sondern auch jene des eidgenössischen oder des kantonalen Staatshaftungsrechts, sofern das Gemeinwesen *amtlich* handelte. Nachfolgend untersuche ich daher, ob der Betrieb einer Stauanlage als amtliche oder als

1686 Art. 61 Abs. 2 OR.

1687 Die Kantone können zum Vorteil des Geschädigten von den Haftpflichtbestimmungen des OR abweichen (BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 61 N 10 m.w.N.; ablehnend TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014], § 61 Rz. 20).

1688 BGE 139 III 110 E. 2.2.2 S. 112 *in fine*.

1689 Art. 61 Abs. 2 OR; Art. 3 Abs. 2 VG; Art. 11 Abs. 1 VG; Art. 100 Abs. 1 PG/BE *e contrario*; BGE 139 III 110 E. 2.2.1 S. 112 und E. 2.2.2 S. 112; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 61 N 9; JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 25–28; POLEDNA, SVZ 3–4/1996, S. 59 (Rz. 26).

1690 Z.B. Art. 679 Abs. 1 ZGB i.V.m. Art. 684 ZGB (z.B. BSK ZGB II [2019]-REY/STREBEL, Art. 679 N 28); Art. 58 Abs. 1 OR (z.B. BK [2013]-BREHM, Art. 58 OR N 164–169a); Art. 27 Abs. 3 SprstG (z.B. Haftpflichtkommentar [2016]-KNECHT, Art. 27 SprstG N 18).

1691 Art. 3 Abs. 2 VG; BGE 139 III 110 E. 2.2.2 S. 113; JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 29–32; HAP Haftung & Versicherung (2015)-PRIBNOW/GROSS, Rz. 3.8; BK (2013)-BREHM, Art. 58 OR N 11 (betreffend Werkeigentümerhaftung); CR CO I (2012)-WERRO, Art. 61 OR N 24; GROSS, Staatshaftungsrecht (2001), S. 6 und 307; POLEDNA, SVZ 3–4/1996, S. 56 (Rz. 14) und 58 (Rz. 22); STARK, SJZ 1/1990, S. 3.

1692 Vgl. im Allgemeinen: BGE 139 III 110 E. 2.2.2 S. 113; JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 29–32 und 34–36.

1693 Art. 14 Abs. 4 StAG.

gewerbliche Verrichtung gilt (Rz. 814–818). Ausgehend vom Ergebnis dieser Untersuchung beantworte ich die Frage, ob die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und das (eidgenössische oder kantonale) Staatshaftungsrecht konkurrierend anwendbar sind (Rz. 819–824).

a. Betrieb einer Stauanlage: amtliche oder gewerbliche Verrichtung?

1. Die Abgrenzung zwischen amtlicher und gewerblicher Verrichtung ist unklar und seit jeher umstritten.¹⁶⁹⁴ Nach früherer Auffassung gilt eine Tätigkeit als amtlich, wenn sie hoheitlich ist.¹⁶⁹⁵ Der neueren Rechtsprechung und Lehre zufolge gilt eine Tätigkeit hingegen als amtlich, wenn sie unmittelbar **in Erfüllung einer öffentlichen Aufgabe** erfolgt.¹⁶⁹⁶ Ob das Gemeinwesen im konkreten Fall eine öffentliche Aufgabe erfüllt und damit amtlich handelt, ist gestützt auf die gesetzlichen Grundlagen zu entscheiden,¹⁶⁹⁷ wobei irrelevant ist, ob das Gemeinwesen hoheitlich oder nicht hoheitlich handelt.¹⁶⁹⁸ Kommt man zum Schluss, dass das Gemeinwesen keine öffentliche Aufgabe erfüllt, gilt die Tätigkeit als gewerblich, das heisst, der Staat konkurrenziert als gleichgeordnetes Subjekt des Zivilrechts die privaten Unternehmen.¹⁶⁹⁹ 814

1694 WICHTERMANN, Tagung (2014), S. 138–139; BK (2013)-BREHM, Art. 61 OR N 28; BK (1945)-BECKER, Art. 61 OR N 12.

1695 VON TUHR/PETER, OR AT (1979), S. 426; siehe auch die Erläuterungen bei BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 61 N 6, und GROSS, Staatshaftungsrecht (2001), S. 115.

1696 STRUSS, Masterarbeit ZH (2020), S. 11; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 61 N 7; JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 89–90; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 62 Rz. 10; BUOB, AJP 2/2009, S. 149–150; GROSS, Staatshaftungsrecht (2001), S. 116 und 118 (erstes Lemma); siehe auch HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2141; REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 138; MOOR/POLTIER, Droit administratif II (2011), S. 843–844; so wohl auch schon ZK (1929)-OSER/SCHÖNENBERGER, Art. 61 OR N 13 *in initio* «Gewerbliche Verrichtungen sind diejenigen, die der Staat nicht vermöge seiner öffentlich-rechtlichen Aufgabe, sondern in Ausübung einer Tätigkeit vornimmt, durch die er zum Bürger als koordiniertes Rechtssubjekt in Verkehr tritt [...]» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt); teilweise ablehnend POLEDNA, SVZ 3–4/1996, S. 57 (Rz. 17); ablehnend HAP Haftung & Versicherung (2015)-PRIBNOW/GROSS, Rz. 3.15; BK (2013)-BREHM, Art. 61 OR N 28a.

1697 BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 61 N 7.

1698 Z.B. JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 94; STARK, SJZ 1/1990, S. 4.

1699 JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 90; BK (2013)-BREHM, Art. 61 OR N 28a; BUOB, AJP 2/2009, S. 149–150.

- 815 **2.** Stauanlagen erfüllen unterschiedliche Zwecke (Rz. 44–53). Deswegen lässt sich nicht allgemeingültig entscheiden, ob der Betrieb einer Stauanlage eine amtliche oder eine gewerbliche Verrichtung ist. Vielmehr ist diese Frage für jede Stauanlage ausgehend von ihrem Zweck zu beantworten. Da viele der dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlagen der Elektrizitätserzeugung dienen (Rz. 46),¹⁷⁰⁰ gehe ich nachfolgend auf solche Stauanlagen ein.
- 816 **3.** Rechtsprechung und Lehre qualifizieren den **Betrieb eines Elektrizitätswerkes** (und damit auch den Betrieb einer solchen Stauanlage) uneinheitlich als gewerbliche¹⁷⁰¹ oder amtliche¹⁷⁰² Tätigkeit.
- 817 **a.** Die Frage, ob der Betrieb eines Elektrizitätswerkes (und damit einer Stauanlage) als amtliche oder gewerbliche Verrichtung gilt, ist schwierig zu beantworten.¹⁷⁰³ Zu prüfen ist im Einzelfall, ob das Gesetz den Betrieb des Elektrizitätswerkes (und damit der Stauanlage) als Teil der *Grundversorgung* vorschreibt. Trifft dies zu, handelt es sich um eine öffentliche Aufgabe und damit um eine amtliche Tätigkeit. Dabei ist irrelevant, ob das Rechtsverhältnis zwischen dem vom Gemeinwesen betriebenen Elektrizitätswerk (und damit der Stauanlage) und den Energiebezüglern privatrechtlicher oder öffentlich-rechtlicher Natur ist.¹⁷⁰⁴ Die öffentliche Aufgabe «Stromversorgung» kann

1700 Siehe betreffend Deutschland: RISSLER, Talsperrenpraxis (1998), S. 336 «Viele Talsperren, auch solche, die primär anderen Zwecken dienen, sind mit einer mehr oder weniger grossen Wasserkraftanlage ausgestattet [...]».

1701 ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 17.01; BK (2013)-BREHM, Art. 61 OR N 29, dem zufolge Elektrizitätswerke im Zweifelsfall als gewerbliche Verrichtungen qualifiziert werden sollten, siehe auch N 30 (erstes Lemma); HUWYLER, EGV/SZ 1991, S. 226 *in fine*; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/1 (1987), § 20 Rz. 58 m.w.N.; BK (1945)-BECKER, Art. 61 OR N 12; ZK (1929)-OSER/SCHÖNENBERGER, Art. 61 OR N 13; siehe auch WICHTERMANN, Verwaltungsrecht (2013), Rz. 21.

1702 VGer/BE VGE 22463 (28.4.2006) E. 2.4, in: BVR 2006, S. 478 *in fine*; VGer/BE (29.6.1970) E. 1, in: ZBl 1971, S. 367; HUNZIKER, SJZ 1/2000, S. 3; SCHWARZENBACH-HANHART, ZBl 11/1979, S. 507 *in initio*; wohl auch JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 89 («öffentliche Aufgaben im Bereich der Leistungsverwaltung wie [...] Versorgung»); siehe ferner MOOR/PIOTET, ZBl 11/1996, S. 490.

1703 BUOB, AJP 2/2009, S. 150 (Anm. 79).

1704 A.M. VGer/BS (3.2.1978), in: ZBl 1978, S. 208. Dem Bundesgericht zufolge unterstehen Stromlieferungsverträge innerhalb der Grundversorgung i.S.v. Art. 6 Abs. 1 und 6 StromVG dem öffentlichen Recht und ausserhalb der Grundversorgung dem Privatrecht (BGer 2C_12/2016 und 2C_13/2016 [16.8.2016] E. 3.3.2; so auch VGer/BE VGE 100.2017.247 [12.1.2018] E. 2.5.4, in: BVR 2018, S. 264 [besprochen von FERRARI-VISCA/HÄUSLER, ZBl 2/2020, *passim*; BUCHLI, BVR 6/2018, S. 266–273]).

nämlich auch erfüllt werden, wenn die Leistungen (das heisst die Stromlieferung) gestützt auf privatrechtliche Rechtsverhältnisse erbracht werden.¹⁷⁰⁵

b. Ich verdeutliche meine allgemeinen Ausführungen am Beispiel **ewb**, einer im Handelsregister des Kantons Bern eingetragenen öffentlich-rechtlichen Anstalt. ewb betreibt auf dem Territorium der Stadt Bern drei Laufwasserkraftwerke, mit denen sie elektrische Energie erzeugt.¹⁷⁰⁶ ewb ist gesetzlich verpflichtet, alle Kunden aller Abnahmekategorien auf dem Gebiet der Stadt Bern mit Elektrizität zu versorgen¹⁷⁰⁷ und folglich auf dem Gebiet der Stadt Bern die Grundversorgung sicherzustellen. Damit erfüllt ewb unmittelbar eine öffentliche Aufgabe.¹⁷⁰⁸ Der Betrieb der drei Elektrizitätswerke (und damit der drei Stauanlagen) durch ewb gilt daher als amtliche Tätigkeit.

b. Keine Haftungskonkurrenz zwischen Art. 14 Abs. 1 StAG und Staatshaftung

1. Der Betrieb einer Stauanlage gilt je nach Zweck der Stauanlage als amtliche oder gewerbliche Verrichtung (Rz. 814–818):

- Gilt der Betrieb der Stauanlage als *gewerbliche* Tätigkeit, haftet das Gemeinwesen bei einem Stauanlagenunfall ausschliesslich gestützt auf privatrechtliche Haftungstatbestände,¹⁷⁰⁹ wobei die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und die Haftungstatbestände anderer Gesetze (zum Beispiel ZGB oder OR) konkurrierend anwendbar sind (Rz. 807).
- Gilt der Betrieb der Stauanlage als *amtliche* Tätigkeit, haftet das Gemeinwesen auch gestützt auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG.¹⁷¹⁰ In einem solchen Fall käme jedoch auch eine Haftung gestützt

1705 BGer 4C.382/1995 (27.9.1996) E. 1b, in: ZBl 1997, S. 411; BGE 105 II 234 E. 2 S. 236–237; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 42 Rz. 4; MÜLLER/JENNI, AJP 9/1999, S. 1081–1082; siehe auch VGer/BE (29.6.1970) E. 2, in: ZBl 1971, S. 367; offengelassen in BGE 42 I 180 S. 183 «Il est par conséquent inutile de se prononcer en l'espèce sur la question fort controversée de savoir si les contrats passés avec les abonnés par une commune exploitant un service de distribution d'eau, de gaz, ou d'électricité rentrent dans le domaine du droit public ou dans celui du droit privé [...]».

1706 Siehe <<https://www.ewb.ch/ueber-uns/unternehmen/unsere-kraftwerke>>.

1707 Art. 4 Abs. 1 ewb-Reglement, wobei Art. 8 ewb-Reglement den Leistungsauftrag konkretisiert.

1708 Gl.M. WEKO, RPW 1/2014, S. 85–86.

1709 Im Allgemeinen betreffend VG: JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 91.

1710 Art. 14 Abs. 4 StAG (Rz. 511–523).

auf das Staatshaftungsrecht infrage (Rz. 809). Ich untersuche daher nachfolgend, ob zwischen der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und der Staatshaftung Haftungskonkurrenz besteht.

- 822 **2.** Gemäss ständiger bundesgerichtlicher Rechtsprechung sind Sonderhaftungstatbestände exklusiv und das VG somit nicht anwendbar.¹⁷¹¹ Dem Bundesgericht zufolge ist das VG auch nicht ergänzend anwendbar. Aus diesem Grund kann das VG gemäss Bundesgericht auch nicht als Auffangregelung angerufen werden, wenn das Spezialgesetz für bestimmten Schaden keinen (vollständigen) Ersatz vorsieht.¹⁷¹² Diese Überlegungen lassen sich auch auf die kantonalen Staatshaftungsgesetze übertragen.¹⁷¹³
- 823 **3.** Die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG und die Staatshaftung sind **nicht konkurrierend anwendbar**, sofern ein Sachverhalt die Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 1 StAG erfüllt.¹⁷¹⁴ Der BOTSCHAFT StAG zufolge sollte die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG nämlich die Staatshaftung ersetzen.¹⁷¹⁵
- 824 Gleiches gilt, wenn ein Sachverhalt nicht von der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 795 und 797), aber zum Beispiel von der Werkeigentümerhaftung nach Art. 58 Abs. 1 OR (Rz. 811) erfasst ist. Auch in dieser Konstellation kann das Gemeinwesen, selbst wenn es amtlich tätig ist, nur gestützt auf Art. 58 Abs. 1 OR haftbar gemacht werden.¹⁷¹⁶

1711 Art. 3 Abs. 2 VG; BGer 8C_510/2007 (3.10.2008) E. 4.1.2; BGE 129 V 394 E. 4 S. 395; BGer 5A.27/1999 (18.2.2000) E. 3a; BGE 115 II 237 E. 2a S. 242–243; zustimmend JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 22 m.w.N.; POLEDNA, SVZ 3–4/1996, S. 57 (Rz. 16); anders jedoch FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1851, der sich für eine Einzelfallprüfung ausspricht.

1712 BGer 8C_510/2007 (3.10.2008) E. 4.1.2; BGer 5A.27/1999 (18.2.2000) E. 3a.

1713 Vgl. § 5 Abs. 1 Haftungsgesetz/ZH; Art. 105 Abs. 1 PG/BE; wohl auch POLEDNA, SVZ 3–4/1996, S. 57 (Rz. 16).

1714 Im Allgemeinen gl.M. BGer 8C_510/2007 (3.10.2008) E. 4.1.2 m.w.N.; JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 22 und 35–36; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 13 Rz. 11a; a.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1851.

1715 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6054 *in initio*; ebenso E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 30.

1716 Im Allgemeinen: BGer 8C_510/2007 (3.10.2008) E. 4.1.2; JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 22.

Dritter Teil: Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG

Im dritten Teil dieser Monografie widme ich mich der Ersatzfähigkeit von Schadenabwehrkosten, das heisst von Kosten¹⁷¹⁷ beziehungsweise Schaden¹⁷¹⁸, die infolge ergriffener Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 826) entstehen.¹⁷¹⁹ Dazu erläutere ich einleitend den Begriff «Schadensabwehr» (Rz. 826–841) und zeige auf, wie das StAG die Haftung für Schadenabwehrkosten ausgestaltet (Rz. 842–848). Anschliessend untersuche ich die öffentlich-rechtliche (Rz. 849–950) und die privatrechtliche (Rz. 951–1055) Haftungsnorm, gestützt auf die das Haftungssubjekt für Schadenabwehrkosten haftet. Abschliessend thematisiere ich die Verjährung der Ersatzforderungen beziehungsweise Schadenersatzforderungen (Rz. 1056–1059).

I. Schadenabwehrmassnahmen

1. Schadenabwehrmassnahmen¹⁷²⁰ – vereinzelt auch «Schutzmassnahmen»¹⁷²¹, «Gefahrabwendungsmassnahmen»¹⁷²² oder «Vorsorgemassnahmen»¹⁷²³ genannt – dienen dazu, eine aufgrund einer Gefahr¹⁷²⁴ (Rz. 603 und

1717 Dem Staat können aufgrund der Schadensabwehr Kosten entstehen (Rz. 841).

1718 Den Privaten kann aufgrund der Schadensabwehr ein Schaden im Rechtssinne entstehen (Rz. 831).

1719 Ich spreche immer von Schadenabwehrmassnahmen, wobei darin auch eine einzelne Schadenabwehrmassnahme eingeschlossen ist.

1720 In der französischsprachigen Literatur wird von *mesures préventives* (TOLOU, Diss. FR [2017], Rz. 734, insbesondere auch Rz. 736; CHAPPUIS, SJ 8/2010 II, S. 173 *in initio*), *mesures de sécurité* (MOIX, Diss. FR [1995], Rz. 60) oder *mesures de sauvegarde* (MOIX, Diss. FR [1995], Rz. 60) gesprochen.

1721 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 271.

1722 RÖTHLISBERGER, Diss. BS (2003), S. 153.

1723 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053; siehe auch Art. 1 Abs. 1 nKHG i.V.m. Art. 1 lit. a Nr. x Ziff. 1 PÜ.

1724 Abzugrenzen ist die so verstandene Schadensabwehr von der Schadensprävention aufgrund eines Risikos (Rz. 604–605) und der Schadensminderung (ANDEREGG, Diss. FR [2014], Rz. 31–33). Siehe zur Schadensprävention z.B. TOLOU, Diss. FR (2017), Rz. 737, der von *mesures préventives anticipées* spricht, insbesondere auch Rz. 738–742 (betreffend BGer 6B_192/2014 [13.11.2014] E. 4.2);

605) drohende Rechtsgutsverletzung¹⁷²⁵ zu verhindern.¹⁷²⁶ Kann der Bedrohte eine aufgrund einer Gefahr drohende Rechtsgutsverletzung durch eine Massnahme verhindern, wird automatisch auch der nachgelagerte Schadenseintritt abgewendet. Deswegen bürgerte sich im Privatrecht für solche Massnahmen das Wort «Schadenabwehrmassnahme» ein.¹⁷²⁷

- 827 **2.** Im öffentlichen Recht wird im Zusammenhang mit dem Polizeigüterschutz (Rz. 837) von «Gefahrenabwehr», das heisst der Verhinderung einer drohenden Verletzung eines Polizeigutes, gesprochen.¹⁷²⁸ Zwischen Schadenabwehrmassnahmen Privater und der Gefahrenabwehr durch den Staat bestehen Parallelen,¹⁷²⁹ sie unterscheiden sich aber auch¹⁷³⁰. Trotzdem verwende ich auch für die Gefahrenabwehr durch den Staat das Wort «Schadensabwehr».
- 828 **a.** Ergreift ein Privater Schadenabwehrmassnahmen, spreche ich von «privaten Schadenabwehrmassnahmen». Den einem Privaten infolge privater Schadenabwehrmassnahmen entstandenen Schaden (Rz. 831) nenne ich «Kosten privater Schadensabwehr». Die vom Staat ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen bezeichne ich als «behördliche Schadenabwehrmassnahmen».¹⁷³¹

ACHTARI, Diss. FR (2008), Rz. 212–229, die von *mesures de prévention anticipées* spricht; ROBERTO, Habil. ZH (1997), S. 237–246.

1725 Gl.M. CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 548, der von «Vorbeugen einer Verletzung eines absoluten Rechts bzw. einer Schutznorm» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt) spricht.

1726 ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 29; siehe aber KUNZ/JÄGGI, SJZ 18/1986, S. 278, und VON TUHR/PETER, OR AT (1979), S. 113–114, die beide unter «Schadensabwehr» Schadenminderungsmassnahmen verstehen; siehe in diesem Zusammenhang ferner PICHONNAZ, Colloque (2004), S. 111.

1727 LANZ, Diss. FR (2020), Rz. 361–363, kritisiert im Zusammenhang mit dem Spätschaden zu Recht die Bezeichnung «Schadenabwehrmassnahme» bzw. «Schadensabwehr» und differenziert zwischen «Verletzungsabwehr» (d.h. Abwehr der Rechtsgutsverletzung) und «Schadensabwehr» (d.h. Abwehr des Schadens). Trotz dieser berechtigten Kritik spreche ich von «Schadenabwehrmassnahme» und «Schadensabwehr», da sich diese Begrifflichkeiten eingebürgert haben und die «Spätschaden-Problematic» im Anwendungsbereich der StAG-Haftung kaum relevant ist.

1728 Statt vieler: HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2546–2547.

1729 ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 474 und 486–489.

1730 Der Private ist berechtigt, während der Staat verpflichtet ist, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Daran ändert auch die den Privaten treffende Schadenminderungsobliegenheit (vgl. Rz. 980) nichts.

1731 Siehe Fn. 1719.

Entsprechend bezeichne ich die dem Staat infolge behördlicher Schadenabwehrmassnahmen entstandenen Kosten als «Kosten behördlicher Schadensabwehr».

b. Die Privatrechtler sprechen selten von der Überwälzung¹⁷³² (oder Abwälzung)¹⁷³³ des Schadens auf den Schädiger.¹⁷³⁴ Vielmehr fragen sie – der Formulierung von Art. 41 Abs. 1 und 2 OR («zum Ersatze verpflichtet») folgend – danach, ob und inwieweit der Geschädigte Ersatz (in Form von Schadenersatz oder Genugtuung) vom Schädiger für den erlittenen Schaden verlangen kann.¹⁷³⁵ Allerdings stellt die Zahlung von Schadenersatz und Genugtuung durch den Schädiger letztlich nichts anderes als eine Schadensüberwälzung auf den Schädiger dar.¹⁷³⁶ Aus diesem Grund spreche ich sowohl von der Überwälzung der Kosten behördlicher Schadensabwehr¹⁷³⁷ als auch von der Überwälzung der Kosten privater Schadensabwehr.

A. Private Schadenabwehrmassnahmen

1. Schadenabwehrmassnahmen sind die von einem Privaten (= Bedrohter) ergriffenen Massnahmen, mit denen er eine Verletzung seiner Rechtsgüter zu verhindern versucht. Der Bedrohte ergreift Schadenabwehrmassnahmen, wenn er seine Rechtsgüter wegen des Verhaltens einer anderen Person (= Angreifer) aufgrund einer konkreten Gefahr (Rz. 605) bedroht sieht.¹⁷³⁸

a. Das Vermögen des Bedrohten kann sich wegen Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen unfreiwillig (Rz. 832) vermindern, das heisst, die Passiven können sich vermehren oder die Aktiven sich verringern. Der Bedrohte kann

1732 Z.B. HUGUENIN, OR AT & BT (2019), Rz. 1831.

1733 Z.B. REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 20.

1734 Anders die Verwaltungsrechtler, die von Überwälzung einer Behörde entstehenden Kosten sprechen (z.B. BGE 144 II 454 E. 2 S. 458).

1735 Statt vieler: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 41 N 54.

1736 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 2 Rz. 65; siehe auch FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 1.

1737 Anders Art. 21 StAG, der von «überbinden» spricht. «Überbindung» und «Überwälzung» bedeuten jedoch das Gleiche (Rz. 829).

1738 ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 29.

mit anderen Worten infolge Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen einen Schaden im Rechtssinne erleiden.¹⁷³⁹ **Schadenabwehrkosten**¹⁷⁴⁰ sind somit Kosten, die dem Bedrohten entstehen, weil er Schadenabwehrmassnahmen ergreift.¹⁷⁴¹

- 832 Ein Schaden gilt als unfreiwillig erlitten, wenn das schadenstiftende Ereignis, das heisst die Ursache für die Vermögensverminderung, nicht aber die Vermögensverminderung selbst,¹⁷⁴² unfreiwillig eintritt.¹⁷⁴³ Überträgt man diese Überlegungen auf Schadenabwehrmassnahmen, die vor dem Schadenseintritt ergriffen werden, ist unter dem Kriterium der Unfreiwilligkeit Folgendes zu verstehen: Ergreift ein Bedrohter Schadenabwehrmassnahmen, gilt der dadurch allenfalls verursachte Schaden als unfreiwillig erlitten, wenn der Bedrohte die Schadenabwehrmassnahmen ergriff, weil eine Person ohne seine Einwilligung seine Rechtsgüter unmittelbar zu verletzen drohte.¹⁷⁴⁴ Im Anwendungsbereich des StAG ist dieses Kriterium der Unfreiwilligkeit erfüllt, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG un-

1739 ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 30 und 655.

1740 In der französischsprachigen Literatur wird von *coûts des mesures préventives* gesprochen (TOLOU, Diss. FR [2017], Rz. 741; CHAPPUIS, Diss. FR [2007], Rz. 437).

1741 ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 30.

1742 *Beispiel*: Wird eine Scheibe durch einen Fussball beschädigt, vermindert sich das Vermögen des Geschädigten freiwillig, wenn er sich dazu entschliesst, sie reparieren zu lassen (wohl gl.M. ANDEREGG, Diss. FR [2014], Rz. 653 m.w.N.).

1743 BGE 132 III 359 E. 4.2 S. 367; DUPONT, Diss. GE (2005), Rz. 428; RÜETSCHI, AJP 11/1999, S. 1368 und 1368 (Anm. 76); THÜR, Diss. ZH (1996), S. 74–78; FELLMANN, ZBJV 6/1987, S. 322–323; generell zustimmend OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 2 Rz. 8 (Anm. 11), die aber auch freiwillige Vermögensverminderungen als Schaden ansehen (abgelehnt durch BGer 5A_19/2012 [24.5.2012] E. 2). Kritisch zum Kriterium «Freiwilligkeit»: NÄNNI, FS von der Crone (2007), S. 155.

1744 Gl.M. ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 659, der jedoch die Unfreiwilligkeit des Schadens direkt unter dem Aspekt der Widerrechtlichkeit bzw. der Einwilligung prüft: Unfreiwillig sind laut ANDEREGG die Schadenabwehrkosten, wenn ein Bedrohter nicht in den drohenden Eingriff in sein Rechtsgut einwilligt (Rz. 586). Siehe auch STÖCKLI, BRT (2003), S. 33, der Schadenabwehrkosten für unfreiwillig hält. Vgl. betreffend deutsches Recht: Palandt (2020)–GRÜNEBERG, Vorb. v § 249 BGB N 44; THIELE, FS Felgenträger (1969), S. 395 «So werden etwa vermögensmindernde Massnahmen eines Geschädigten zur Schadensabwehr nicht mehr als «freiwillig» gewertet, da sie auf einem «faktischen Zwang» beruhen oder einem aufgezwungenen «Bedarf» als Ausdruck eines bedingten Müssens Rechnung tragen.»

mittelbar zu verwirklichen droht und die Privaten von den Behörden verpflichtet werden, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen (Rz. 971–976). Das Vorliegen einer Einwilligung durch den Bedrohten ist folglich im Rahmen von Art. 14 Abs. 2 StAG unerheblich.

b. Dem Bedrohten kann wegen Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen ein **Gewinn entgehen**, weil er sich auf die Schadensabwehr konzentriert und nicht einer gewinnbringenden Tätigkeit nachgehen kann. Der entgangene Gewinn gilt jedoch nicht als Schadenabwehrkosten *stricto sensu*, da dieser nicht die direkte, sondern lediglich die indirekte Folge der Schadenabwehrmassnahmen ist.

Deswegen sollte jedoch nicht vorschnell geschlossen werden, dass entgangener Gewinn unter dem Titel «Schadensabwehr» nicht auf den Angreifer abgewälzt werden kann. Gemäss nKHG ist nämlich auch der infolge ergriffener Schadenabwehrmassnahmen entgangene Gewinn ersatzfähig.¹⁷⁴⁵ Im StAG hingegen ist entgangener Gewinn unter dem Titel «Schadensabwehr» nicht ersatzfähig.¹⁷⁴⁶

2. Umstritten ist, ob *de lege lata* ein Angreifer ausservertraglich gestützt auf eine allgemeine privatrechtliche Haftungsnorm für Schadenabwehrkosten haftet.¹⁷⁴⁷ Das Bundesgericht hat im Jahre 1991 eine Haftung für Schadenabwehrkosten im «Böschungsfall» verneint.¹⁷⁴⁸ Die Lehre lehnt diese bundesgerichtliche Rechtsprechung grossmehrheitlich ab und geht von der Ersatzfähigkeit von Schadenabwehrkosten aus.¹⁷⁴⁹

1745 Art. 1 Abs. 1 nKHG i.V.m. Art. 1 lit. a Nr. vii Ziff. 6 PÜ (siehe dazu FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 2077; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1110).

1746 Art. 14 Abs. 2 StAG; ebenso Art. 2 Abs. 1 lit. c KHG.

1747 Z.B. POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 517; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1871; CHAPPUIS, *Colloque* (2013), S. 162–166.

1748 BGE 117 II 259 E. 3 S. 269–270; *zustimmend* BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 94a; RÖTHLISBERGER, *Diss. BS* (2003), S. 153; ROBERTO, Haftpflichtrecht (2002), Rz. 581; MERZ, ZBJV 4/1993, S. 237.

1749 SCHWENZER/FOUNTOULAKIS, OR AT (2020), Rz. 50.07; BSK OR I (2020)-FELLMANN, Art. 1 PrHG N 4d (betreffend PrHG); WERRO, *Responsabilité civile* (2017), Rz. 340, 345–346 und 380; SHK PrHG (2016)-HESS, Art. 1 N 59 (betreffend PrHG); ANDEREGG, *Diss. FR* (2014), Rz. 218–221; SCHÖNLE, FS Schmidlin (1998), S. 390; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 271–273; kritisch zur bundesgerichtlichen Rechtsprechung: STÖCKLI, BRT (2003), S. 31–33; GAUCH, *recht* 6/1996, S. 233.

- 836 **3.** Vorliegend kann offenbleiben, ob Schadenabwehrkosten gestützt auf die *lex lata* ohne ausdrückliche Anspruchsgrundlage zivilrechtlich ersatzfähig sind.¹⁷⁵⁰ Denn nach Art. 14 Abs. 2 StAG¹⁷⁵¹ haftet das Haftungssubjekt auch für Kosten privater Schadensabwehr.¹⁷⁵²

B. Behördliche Schadenabwehrmassnahmen

- 837 **1.** Zu den staatlichen Aufgaben zählt der Polizeigüterschutz.¹⁷⁵³ Der Staat ist gestützt auf die polizeiliche Generalklausel, die als ungeschriebener Grundsatz des Verfassungsrechts gilt,¹⁷⁵⁴ ermächtigt und verpflichtet¹⁷⁵⁵, schwere und unmittelbare Gefahren für Polizeigüter (zum Beispiel das Polizeigut öffentliche Sicherheit)¹⁷⁵⁶ abzuwehren.¹⁷⁵⁷
- 838 **2.** Unter staatlicher Schadensabwehr werden polizeiliche Massnahmen, das heisst behördliche Schadenabwehrmassnahmen in der hier verwendeten Ter-

1750 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 273 (Anm. 218), weisen zu Recht darauf hin, dass Schadenabwehrkosten auf den Angreifer nicht gestützt auf die (echte oder unechte) Geschäftsführung ohne Auftrag (Art. 419–424 OR) abgewälzt werden können (siehe aber Fn. 1972).

1751 Schadenabwehrkosten können auch gestützt auf andere Gesetze auf den Angreifer überwält werden (z.B. CHAPPUIS, Colloque [2013], S. 161).

1752 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1866 und 1871.

1753 Statt vieler: HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2546.

1754 In kantonalen Polizeigesetzen wurde die polizeiliche Generalklausel positiv-rechtlich verankert (z.B. Art. 4 Abs. 1 PolG/BE: «Die Behörden gemäss Artikel 2 Absatz 1 treffen auch ohne besondere gesetzliche Grundlage unaufschiebbare Massnahmen, um unmittelbar drohende oder eingetretene schwere Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung abzuwehren oder zu beseitigen.»).

1755 Zum Umfang dieser Pflicht bei Überschwemmungen siehe z.B. VGer/BE VGE 21657 (8.3.2004) E. 3.4 und 4.1, in: BVR 2005, S. 7–10.

1756 Darunter wird der Schutz von Rechtsgütern wie Leben, Gesundheit oder Eigentum verstanden (z.B. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht [2020], Rz. 2549).

1757 HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2580; TSCHANEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 19 Rz. 22a (erstes Lemma), § 56 N 4–10, siehe auch § 53 Rz. 3 sowie § 54 Rz. 1, 7, 21 und 23–27; STEINER, Diss. BS (1999), S. 117–118 und 165; BÉTRIX, URP 1995, S. 373 *in initio*; MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 186; SCHMID, URP 1/1990, S. 7–8; HEER, Diss. ZH (1975), S. 99. Die polizeiliche Generalklausel ist in der normalen Lage, bei Katastrophen und bei besonderen und ausserordentlichen Lagen anwendbar (RECHSTEINER, Diss. SG [2015], Rz. 908).

minologie (Rz. 828), verstanden, mit denen Gefahren für Polizeigüter abgewehrt werden.¹⁷⁵⁸ Befindet sich ein Polizeigut (zum Beispiel wegen Lawinen, Überschwemmungen oder einem Erdbeben) in *konkreter* Gefahr (Rz. 603 und 605), liegt ein Polizeinotstand¹⁷⁵⁹ vor.¹⁷⁶⁰

a. Bei einem Polizeinotstand wehrt der Staat die konkrete Gefahr für ein Polizeigut in aller Regel ohne vorgängige Sachverfügung mittels **Realakten** (zum Beispiel Räumung eines Areals, Sperrung einer Strasse oder amtliche Warnungen) ab.¹⁷⁶¹ Bei solchen Realakten (beziehungsweise behördlichen Schadenabwehrmassnahmen in der hier verwendeten Terminologie, Rz. 828) handelt es sich dogmatisch betrachtet um verfügungsvertretende Realakte.¹⁷⁶² Denn die Behörde vollzieht mit solchen Realakten aus Gründen der Dringlich-

1758 Der Staat kann auch präventive Massnahmen ergreifen (z.B. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht [2020], Rz. 2594).

1759 Z.B. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2633 und 2635; Kommentar PolG/SH (2016)-TIEFENTHAL, Art. 20 N 4; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 56 Rz. 11.

1760 TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 54 Rz. 23, 25 und 27 sowie § 56 Rz. 11 und 15; siehe auch HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2547; MAYHALL, Diss. FR (2007), S. 133–134. Diese Autoren sprechen jedoch statt von konkreter Gefahr für ein Polizeigut davon, dass ein Polizeigut in so hohem Mass unmittelbar bedroht ist, dass es mit hoher Wahrscheinlichkeit verletzt und deswegen ein Schaden verursacht werden könnte.

1761 RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 925; dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 32 Rz. 27, § 38 Rz. 10, 12 und 16–17 sowie § 55 Rz. 7; HEER, Diss. ZH (1975), S. 99.

1762 TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 38 Rz. 17; siehe auch Kommentar PolG/SH (2016)-TIEFENTHAL, Art. 20 N 8, der jedoch von «Polizeinotverfügung» spricht.

keit unmittelbar Verwaltungsrecht im Einzelfall, ohne vorgängig eine Sachverfügung zu erlassen.¹⁷⁶³ Diese Realakte werden daher auch als «unmittelbarer Vollzug des Verwaltungsrechts» bezeichnet.¹⁷⁶⁴

- 840 **b.** Polizeiliches Handeln hat sich grundsätzlich gegen den Störer zu richten.¹⁷⁶⁵ Bei einem Polizeinotstand können sich die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 839) ausnahmsweise jedoch auch gegen unbeteiligte Dritte (Nichtstörer) richten.¹⁷⁶⁶ Diese Dritten sind verpflichtet, diese behördlichen

1763 TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 32 Rz. 28 sowie § 38 Rz. 10 und § 38 Rz. 17; siehe auch HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2569, jedoch mit anderer Terminologie (polizeiliche Realakte ohne Verfügungscharakter); FUHRER, BJM 5/1992, S. 230 *in fine*; WENGER, Diss. BS (1975), S. 197–198. Der Staat kann auch Verwaltungsrecht unmittelbar mit einem Realakt vollziehen, wenn der Störer nicht in der Lage ist, die notwendigen Vorkehrungen selbst zu treffen (HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht [2020], Rz. 1475; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014], § 32 Rz. 27). Diese Konstellation ist im Anwendungsbereich des StAG jedoch irrelevant, da der Staat nur die Kosten behördlicher Schadensabwehr wegen einer unmittelbaren Gefahr überwälzen kann. Ob der Störer (d.h. die Betreiberin der Stauanlage als [anlagebezogene] Verhaltensstörerin und die Eigentümerin der Stauanlage als Zustandsstörerin; siehe zu den Begriffen: HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht [2020], Rz. 2612–2618; FRICK, Diss. BE [2004], S. 58–59; STEINER, Diss. BS [1999], S. 115) die unmittelbare Gefahr selbst abwenden kann, ist aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit belanglos (vgl. betreffend GSchG: Haftpflichtkommentar [2016]-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 28; siehe auch MOOR/POLTIER, Droit administratif II [2011], S. 125; GRIFFEL, Umweltrecht [2004], Rz. 127).

1764 HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 1475; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 32 Rz. 28 und § 38 Rz. 10; ADLER, Diss. ZH (2011), S. 21; siehe auch MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 59; STEINER, Diss. BS (1999), S. 165.

1765 Statt vieler: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 56 Rz. 28.

1766 HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2647; RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 643–644 und 908; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 56 Rz. 13 und 29; siehe auch Art. 7 Abs. 1 PolG/BE: «Das polizeiliche Handeln kann sich gegen andere Personen richten, wenn [...] eine schwere Störung oder eine unmittelbare erhebliche Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung abzuwehren ist und Massnahmen gegen die verantwortlichen Personen gemäss Artikel 6 nicht oder nicht rechtzeitig möglich oder nicht erfolgversprechend sind.»

Schadenabwehrmassnahmen zu dulden¹⁷⁶⁷ oder zu befolgen (zum Beispiel Evakuierungsbefehl).¹⁷⁶⁸

3. Wie den Privaten (Rz. 831) können auch dem Staat wegen der Schadensabwehr Kosten entstehen.¹⁷⁶⁹ Solche infolge behördlicher Schadenabwehrmassnahmen (beziehungsweise des «unmittelbaren Vollzugs des Verwaltungsrechts») angefallene Kosten kann der Staat nur dann auf den Angreifer – beziehungsweise den «Verursacher»¹⁷⁷⁰ in der Terminologie des Verwaltungsrechts – überwälzen, wenn eine entsprechende gesetzliche Grundlage existiert.¹⁷⁷¹ Eine solche gesetzliche Grundlage für die Kostenüberwälzung auf den Angreifer enthält das StAG in Art. 21.

II. Duales Haftungssystem des StAG für Schadenabwehrkosten

1. Das StAG enthält ein duales Haftungssystem für Schadenabwehrkosten: 842
- Art. 14 Abs. 2 StAG statuiert eine privatrechtliche Haftung des Haftungssubjekts für Kosten privater Schadensabwehr.¹⁷⁷² 843
 - Art. 21 StAG statuiert eine öffentlich-rechtliche Haftung¹⁷⁷³ des Haftungssubjekts für Kosten behördlicher Schadensabwehr. 844

1767 Kommentar PolG/SH (2016)-TIEFENTHAL, Art. 20 N 2.

1768 RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 745–752.

1769 WALDNER, AJP 8/2012, S. 1110 (betreffend Evakuierung).

1770 Siehe zum Begriff «Verursacher»: BGE 102 Ib 203 E. 2 S. 206; Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 38–42, 47–54 und 55–60 JÄGER/BÜHLER, Umweltrecht (2016), Rz. 74–75. Das Verursacherprinzip ist jedoch nicht auf Art. 21 StAG anwendbar (Rz. 851–860).

1771 Vgl. BGer 2C 995/2012 (16.12.2013) E. 5.2; GRIFFEL, Umweltrecht (2004), Rz. 92; betreffend Art. 54 GSchG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 19 und 21; ADLER, Diss. ZH (2011), S. 23; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 32 Rz. 28; STEINER, Diss. BS (1999), S. 169; BÉTRIX, URP 1995, S. 373 *in initio*; THÜRER, ZSR 1983 I, S. 469; siehe auch ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 482; MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 1087.

1772 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

1773 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057, spricht von öffentlich-rechtlicher Entschädigungspflicht. Art. 21 StAG kann auch als «öffentlich-rechtliche Kostenaufgabe» bezeichnet werden (siehe im Allgemeinen: STEINER, Diss. BS [1999], S. 131). Art. 21 StAG ist eine öffentlich-rechtliche Haftung und keine privatrechtliche Haftung, weil er dem Anspruchsberechtigten (Rz. 861–868) einen Anspruch auf Kostenersatz (Rz. 933) und nicht auf Schadenersatz einräumt (im Allgemeinen: RAUSCH,

845 Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG, die sich beide am KHG¹⁷⁷⁴ orientieren,¹⁷⁷⁵ regeln die gleiche Problematik. Ich bezeichne sie daher als **Zwillingsnormen**.

846 **2.** Das dualistische Haftungssystem des StAG ist besonders ausgestaltet, weil Private ihre erlittenen Schadenabwehrkosten nur dann auf das Haftungssubjekt überwälzen können, wenn der Staat zuvor behördliche Schadenabwehrmassnahmen ergriffen (1) und die **Privaten zur Ergreifung privater Schadenabwehrmassnahmen verpflichtet** (2) hat. Private Schadenabwehrmassnahmen müssen mit anderen Worten in Erfüllung einer rechtlichen Pflicht ergriffen werden und sich auf behördliche Schadenabwehrmassnahmen stützen können.

847 Sind diese Voraussetzungen (Rz. 846) nicht erfüllt, haftet das Haftungssubjekt nicht nach Art. 14 Abs. 2 StAG für Kosten privater Schadensabwehr.¹⁷⁷⁶ Denn Art. 14 Abs. 2 StAG hält fest, dass das Haftungssubjekt nur für «Aufwendungen»¹⁷⁷⁷ haftet, «die infolge behördlich angeordneter Massnahmen zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefahr entstehen». Mit diesen «behördlich angeordneten Massnahmen zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefahr» sind die in Art. 21 StAG genannten behördlichen Schadenabwehrmassnahmen gemeint, «welche die

URP 4/2009, S. 362–363). Der Umstand, dass viele der StAG-Bestimmungen öffentlich-rechtlicher Natur (Rz. 125) sind, ist jedoch belanglos für die Qualifikation von Art. 21 StAG als öffentlich-rechtliche Haftung (im Allgemeinen: RAUSCH, URP 4/2009, S. 362–363).

1774 Art. 2 Abs. 1 lit. c KHG lautet: «Als Nuklearschaden gilt der Schaden, der als Folge behördlich angeordneter oder empfohlener Massnahmen zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden nuklearen Gefährdung eintritt, mit Ausnahme von entgangenem Gewinn.»; Art. 4 KHG lautet: «Die Kosten von Massnahmen, welche die zuständigen Behörden zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden nuklearen Gefährdung treffen, können dem Inhaber der Kernanlage oder der Transportbewilligung überbunden werden.»

1775 POLTIER, Énergie (2020), Rz. 517 (betreffend Art. 14 Abs. 2 StAG); BOTSCHAFT STAG (9.6.2006), S. 6053 und 6057; E-BOTSCHAFT STAG (15.1.1998), S. 30 und 35.

1776 Sind diese Voraussetzungen (Rz. 846) von Art. 14 Abs. 2 StAG nicht erfüllt, haftet das Haftungssubjekt gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung nicht für diese Kosten privater Schadensabwehr (Rz. 835). Die Privaten können allenfalls den Staat wegen unterlassener Anordnung von Schadensabwehr gestützt auf das Staatshaftungsrecht haftbar machen (für einen solchen Fall im Zusammenhang mit Überschwemmungen: VGer/BE VGE 21657 [8.3.2004] in: BVR 2005, S. 3–32).

1777 Damit sind die Kosten privater Schadensabwehr gemeint (Rz. 982–1042).

zuständigen Behörden zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefährdung ergreifen»¹⁷⁷⁸.

3. Art. 21 StAG ist eine öffentlich-rechtliche Haftung für Kosten behördlicher Schadensabwehr (Rz. 849–950). Art. 21 StAG ist Teil des 3. Kapitels («Haftpflicht») des StAG. Aus diesem Grund sind die in diesem Kapitel des StAG aufgestellten Bestimmungen nicht nur auf die privatrechtliche Haftung¹⁷⁷⁹ anwendbar, sondern – soweit konzeptionell möglich – auch auf die öffentlich-rechtliche Haftung nach Art. 21 StAG.¹⁷⁸⁰ Dagegen spricht auch nicht, dass in der französischen und italienischen Fassung des StAG in der Überschrift des 3. Kapitels von «responsabilité civile» beziehungsweise «responsabilità civile» gesprochen wird. Denn unter *responsabilité civile* kann nicht nur die privatrechtliche, sondern auch die öffentlich-rechtliche Haftung verstanden werden.¹⁷⁸¹

III. Überwälzung der Kosten behördlicher Schadensabwehr

1. «Die Kosten von Massnahmen, welche die zuständigen Behörden zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefährdung treffen, können der Betreiberin und der Eigentümerin überbunden werden.»¹⁷⁸²

2. Nachfolgend untersuche ich, welche Haftung Art. 21 StAG statuiert (Rz. 851–860). Anschliessend lege ich dar, wer sich auf Art. 21 StAG berufen kann, um die erlittenen Schadenabwehrkosten auf das Haftungssubjekt zu überwälzen (Rz. 861–868). Weiter zeige ich auf, wann die Behörden berechtigt beziehungsweise verpflichtet sind, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen (Rz. 869–931) und welches die weiteren Voraussetzungen zur Überwälzung der Kosten behördlicher Schadensabwehr sind (Rz. 932–942).

1778 Art. 21 StAG.

1779 Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG.

1780 Gl.M. betreffend Art. 3 KHG: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 27 (Anm. 28); wohl a.M. betreffend KHG: BGE 144 II 454 E. 6.2 S. 471 *in initio* («sachlich zwar unbefriedigend zugeordnet»).

1781 Vgl. WERRO, Responsabilité civile (2017), Rz. 1; MÜLLER, Responsabilité civile, Rz. 1; siehe auch OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 1 Rz. 5.

1782 Art. 21 StAG.

Schliesslich erläutere ich, wie der Rechtsschutz gegenüber Kostenverfügungen ausgestaltet ist (Rz. 943–948) und gehe auf Haftungskonkurrenzen ein (Rz. 949–950).

A. Haftungsart

1. Keine Verursacherhaftung

- 851 1. Wehrt eine Behörde eine unmittelbare Gefahr für Polizeigüter mithilfe eines Realakts¹⁷⁸³ ab, erwachsen ihr aufgrund dieser behördlichen Schadenabwehrmassnahme in aller Regel Kosten. Diese Kosten behördlicher Schadensabwehr kann die Behörde nur gestützt auf eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage auf den Angreifer – beziehungsweise den «Verursacher» in der Terminologie des Verwaltungsrechts – überwälzen (Rz. 841).¹⁷⁸⁴ Solche öffentlich-rechtliche Kostenauflagen¹⁷⁸⁵ werden als Verursacherhaftungen bezeichnet.¹⁷⁸⁶
- 852 2. Eine Verursacherhaftung ist eine reine Erfolgshaftung.¹⁷⁸⁷ Die Verantwortlichkeit des Verursachers und damit seine Kostentragungspflicht setzen nur einen Erfolg (zum Beispiel Umweltbeeinträchtigung) sowie einen Kausalzusammenhang zwischen Erfolg und polizeirechtlich erheblicher Ursache¹⁷⁸⁸ voraus.¹⁷⁸⁹ Weitere Zurechnungskriterien (zum Beispiel Widerrechtlichkeit oder Verschulden) müssen nicht erfüllt sein.¹⁷⁹⁰

1783 Unmittelbarer Vollzug des Verwaltungsrechts oder antizipierte Ersatzvornahme genannt (Rz. 839).

1784 Vgl. BGer 2C_995/2012 (16.12.2013) E. 5.2; betreffend Art. 54 GSchG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 19 und 21; TSCHANEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 32 Rz. 28; ADLER, Diss. ZH (2011), S. 23; GRIFFEL, Umweltrecht (2004), Rz. 92; BÉTRIX, URP 1995, S. 373 *in initio*; THÜRER, ZSR 1983 I, S. 469; siehe auch ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 482.

1785 Das Verursacherprinzip kann auch in eine «klassische» Haftpflichtnorm (z.B. Art. 59a USG) verpackt werden (z.B. CHAUMONTET, Diss. FR [2009], Rz. 23 [Anm. 25]; STEINER, Diss. BS [1999], S. 131–137).

1786 CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 16; siehe auch STEINER, Diss. BS (1999), S. 131.

1787 CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 23 und 309.

1788 Dem Verursacher werden nur Ursachen zugerechnet, die unmittelbar eine Gefahr für Polizeigüter darstellen (siehe ADLER, Diss. ZH [2011], S. 139–152).

1789 CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 23, 186, 309 und 311; siehe auch ADLER, Diss. ZH (2011), S. 8 und 239.

1790 ADLER, Diss. ZH (2011), S. 213 und 221; CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 21.

Verursacherhaftungen knüpfen im Gegensatz zu Gefährdungshaftungen nicht an einen gesetzlich genau definierten Gefährdungstatbestand (zum Beispiel Kernkraftwerk) an.¹⁷⁹¹ Der Anwendungsbereich der Verursacherhaftung bestimmt sich mit anderen Worten nicht nach der *Ursache* der Kosten (zum Beispiel Betrieb einer Rohrleitungsanlage)¹⁷⁹², sondern nach dem eingetretenen *Erfolg* (zum Beispiel Gewässerbeeinträchtigung)¹⁷⁹³. Wie CHAULMONTET zutreffend festhält, sind Verursacherhaftungen schärfer als Gefährdungshaftungen.¹⁷⁹⁴ Diese Eigenschaft von Verursacherhaftungen an einen Erfolg anzuknüpfen, stammt aus dem Polizeirecht.¹⁷⁹⁵ 853

2. Art. 21 StAG: eine öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung

1. Art. 21 StAG ist eine verwaltungsrechtliche Kostenaufgabe (Rz. 851 und Fn. 1773) und damit eine öffentlich-rechtliche Kostenüberwälzungsregel,¹⁷⁹⁶ die jedoch letztlich auf eine Haftung hinausläuft.¹⁷⁹⁷ Viele Juristen dürften Art. 21 StAG intuitiv aufgrund seines Wortlauts und des vorgesehenen Kostenüberwälzungsmechanismus als reine Verursacherhaftung qualifizieren.¹⁷⁹⁸ Die Qualifikation von Art. 21 StAG als Verursacherhaftung ist jedoch – wie CHAULMONTET betreffend dessen Vorbildnorm Art. 4 KHG einlässlich dargelegt hat – dogmatisch nicht haltbar.¹⁷⁹⁹ 854

1791 CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 309, 311 und 363.

1792 Art. 33 Abs. 1 RLG.

1793 Art. 54 GSchG.

1794 CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 309.

1795 CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 314.

1796 Gl.M. betreffend Art. 4 KHG: CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 18; KELLER, *Haftpflcht I* (2002), S. 342; WIDMER/WESSNER, Bericht (1999), S. 341 *in fine*; siehe auch Kommentar USG (2004)-SEILER, Art. 3 N 72; STEINER, Diss. BS (1999), S. 176–177.

1797 Gl.M. betreffend Art. 4 KHG: CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 18; KELLER, *Haftpflcht I* (2002), S. 342.

1798 POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 518, der Art. 21 StAG mit Art. 59 USG und Art. 54 GSchG vergleicht. Betreffend Art. 4 KHG: BGE 144 II 454 E. 6.2 S. 471 unter Berufung auf die Voten der Nationalräte EULER und ZBINDEN (AB 1982 N 1326–1327); *Haftpflcht*kommentar (2016)-SOMAINI, Art. 4 KHG N 8; Kommentar USG (2004)-SEILER, Art. 3 N 72; WIDMER/WESSNER, Bericht (1999), S. 342.

1799 CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 24–28.

855 **2. Genau besehen ist Art. 21 StAG eine öffentlich-rechtliche¹⁸⁰⁰ Gefähr-**
dungshaftung^{1801, 1802} Dafür sprechen die folgenden zwei Argumente:

856 – Art. 21 StAG definiert wie die privatrechtlichen Gefährdungshaftungstatbestände das Haftungssubjekt¹⁸⁰³ als «Betreiberin und Eigentümerin». Der Rechtsanwender muss somit nicht wie bei den Verursacherhaftungen auf den Störerbegriff zurückgreifen,¹⁸⁰⁴ um den Haftpflichtigen zu bestimmen.¹⁸⁰⁵

1800 Art. 21 StAG bzw. die von Art. 21 StAG statuierte Gefährdungshaftung ist öffentlich-rechtlicher Natur. Denn Art. 21 StAG regelt das Unterordnungsverhältnis des Haftungssubjekts (vgl. Rz. 858 und 943 sowie Fn. 1936) zum Staat (*Subordinationstheorie*, dazu z.B. BK [2012]-KOLLER, Art. 6 ZGB N 34). Zudem dient Art. 21 StAG öffentlichen Interessen, da der Staat die ihm aufgrund von Schadenabwehrmassnahmen entstandenen Kosten auf den Angreifer überwälzen kann (*Interessentheorie*, dazu z.B. BK [2012]-KOLLER, Art. 6 ZGB N 28–31, siehe auch 32–33). Schliesslich besitzt die von Art. 21 StAG vorgesehene Rechtsfolge öffentlich-rechtlichen Charakter, da eine Kostenüberwälzung durch Verfügung stattfindet (*Sanktionstheorie*, dazu z.B. BK [2012]-KOLLER, Art. 6 ZGB N 37). Unerheblich für die Qualifikation von Art. 21 StAG als öffentlich-rechtliche Norm ist, dass die StAG-Normen vorwiegend öffentlich-rechtlicher Natur (Rz. 125) sind (im Allgemeinen: ZK [1998]-MARTI, Vor Art. 5–6 ZGB N 56; BK [1962]-HUBER, Art. 6 ZGB N 117; siehe auch in anderem Zusammenhang: ABEGGLEN/LUTERBACHER, ZSR 3/2020 I, S. 238).

1801 Es wird auch im öffentlichen Recht, so z.B. bei der Staats- und Beamtenhaftung, zwischen Verschuldens-, Kausal- und Gefährdungshaftungen unterschieden (z.B. HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht [2020], Rz. 2096–2098; JAAG, SBVR I/3 [2017], Rz. 8; siehe ferner STARK, SJZ 1/1990, S. 11; siehe zu den kausalen Freistellungshaftungen z.B. FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I [2012], Rz. 32–33; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I [1995], § 1 Rz. 119 und 119 [Anm. 169]; weiterführend zu öffentlich-rechtlichen Gefährdungshaftungen in Deutschland im Allgemeinen siehe z.B. EHLERS, Diss. Potsdam [2014], S. 4–13; siehe auch PENCERECI, Wasserverbandsrecht [2020], Rz. 565 *in fine*, der von «öffentlich-rechtlichem Gefährdungshaftungstatbestand» spricht).

1802 Vgl. betreffend Art. 4 KHG: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 28 *in initio* «Art. 4 KHG differenziert sich zudem von den Verursacherhaftungen im vorliegenden Sinne, indem er seiner Wirkung nach einer Gefährdungshaftung gleichkommt.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

1803 Siehe Rz. 524; a.M. KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 3, denen zufolge bei öffentlich-rechtlichen Haftungsnormen von «Ersatzpflichtigem» statt von «Haftpflichtigem» gesprochen werden sollte.

1804 Siehe zu diesem Rückgriff z.B. BGE 139 II 110 E. 3.1.1 S. 109; BGer 1A.366/1999 (27.9.2000) E. 2b; GRIFFEL, Umweltrecht (2004), Rz. 89; FRICK, Diss. BE (2004), S. 57–58.

1805 Betreffend KHG: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 25–26.

- Die Haftung von Art. 21 StAG knüpft an einen genau definierten Gefähr- 857
dungsstatbestand¹⁸⁰⁶ einer Stauanlage an (Rz. 908–909).¹⁸⁰⁷ Der Anwen-
dungsbereich dieser Haftung bestimmt sich somit nach der Ursache¹⁸⁰⁸ der
Kosten und nicht nach dem eingetretenen Erfolg,¹⁸⁰⁹ wie dies für Verur-
sacherhaftungen charakteristisch ist (Rz. 852).

3. Art. 21 StAG unterscheidet sich hinsichtlich des Verfahrens zur Durchset- 858
zung des Ersatzanspruchs von seinem privatrechtlichen Pendant¹⁸¹⁰. Der An-
spruchsberechtigte (Rz. 864–866) muss seinen Anspruch nicht klageweise
geltend machen, sondern kann die ihm entstandenen Kosten behördlicher
Schadensabwehr durch Verfügung auf das Haftungssubjekt überwälzen
(Rz. 943–948).¹⁸¹¹

Will das Haftungssubjekt die ihm auferlegten Kosten behördlicher 859
Schadensabwehr nicht akzeptieren, muss es die Verfügung im Beschwerde-
verfahren anfechten. Die Situation des Anspruchsberechtigten und Haftungs-
subjekts stellt sich im Anwendungsbereich von Art. 21 StAG gerade spiegel-
verkehrt zum bundesrechtlichen Staatshaftungsverfahren dar. Im
bundesrechtlichen Staatshaftungsverfahren verfügt nämlich die Behörde (als
Haftungssubjekt) über die streitigen Ansprüche, und der Private (als An-
spruchsberechtigter) kann diese Verfügung im Beschwerdeverfahren anfech-
ten.¹⁸¹²

4. Hingegen unterscheiden sich Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG nicht 860
hinsichtlich des Haftungsumfangs.¹⁸¹³ Das Haftungssubjekt haftet gestützt auf

1806 Vgl. im Allgemeinen: ZIRLICK, Diss. BE (2003), S. 203, und KOLLER, AJP 4/1997, S. 432, die beide von «Anknüpfungspunkt» sprechen.

1807 Betreffend KHG: CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 28.

1808 Die Ursache ist die unmittelbare Gefahr, die von einer Stauanlage ausgeht (Rz. 913).

1809 Z.B. Evakuierung des Unterliegergebiets (Fn. 167).

1810 Art. 14 Abs. 2 StAG.

1811 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

1812 Art. 10 Abs. 1 Satz 1 VG; JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 179 und 187; MOOR/POLTIER, Droit administratif II (2011), S. 851.

1813 Hingegen unterscheidet sich Art. 21 StAG von Art. 14 Abs. 1 StAG: Das Haftungs-
subjekt haftet gestützt auf Art. 21 StAG nur für infolge verhältnismässiger Schaden-
abwehrmassnahmen erlittene finanzielle Nachteile. Es sollen nämlich nur die effek-
tiven und notwendigen Kosten des Staates auf das Haftungssubjekt überwälzt werden
(dazu im Allgemeinen: CHAULMONTET, Diss. FR [2009], Rz. 472 m.w.N. und 539;
betreffend USG: Kommentar USG [2004]-TRÜEB, Art. 59 N 40 und 42). Demgegen-
über soll mithilfe des gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG gesprochenen Schadenersatzes

beide Haftungstatbestände nur für infolge verhältnismässiger Schadenabwehrmassnahmen entstandene Kosten behördlicher (Rz. 933–937) oder privater (Rz. 982–1042) Schadensabwehr.

B. Anspruchsberechtigter

- 861 **1.** Die «zuständigen Behörden»¹⁸¹⁴ sind berechtigt, die Kosten behördlicher Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt zu überwälzen. Nur jene Behörde (Rz. 864–866), die tatsächlich finanzielle Nachteile, also Kosten behördlicher Schadensabwehr erlitt, kann diese liquidieren. Wie im Anwendungsbereich von Art. 14 Abs. 2 StAG ist nur der «Geschädigte» anspruchsberechtigt. In dieser Hinsicht sind Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG identisch.
- 862 **2.** Anspruchsberechtigt sind einzig die **für die Schadensabwehr zuständigen Behörden**.¹⁸¹⁵ Das Verwaltungsrecht bestimmt, welche Behörden zuständig sind, um behördliche Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen.¹⁸¹⁶ Die zur Ergreifung behördlicher Schadenabwehrmassnahmen zuständige Behörde ist somit auch berechtigt und zuständig, die ihr entstandenen Kosten behördlicher Schadensabwehr durch Verfügung auf das Haftungssubjekt zu überwälzen (Rz. 943–948).¹⁸¹⁷ Aus diesem Grund ist es unnötig, wenn Art. 21 StAG präzisiert, dass nur die zuständigen Behörden die Kosten behördlicher Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzen können. Ich spreche deshalb nur von «Behörde» statt von «zuständiger Behörde», wenn ich die für die Gefahrenabwehr zuständige Behörde meine.
- 863 **3.** Nachfolgend untersuche ich, welches die Behörden im Sinne von Art. 21 StAG sind (Rz. 864–866). Ferner erläutere ich, wieso das StAG es dem Anspruchsberechtigten überlässt, ob er die Kosten auf das Haftungssubjekt überwälzt (Rz. 867–868).

der ursprüngliche Zustand wiederhergestellt werden (vgl. im Allgemeinen: KELLER, Haftpflicht II [1998], S. 27 und 43).

1814 Art. 21 StAG.

1815 Das schliesst aber nicht aus, dass die Behörde spezialisierte Dritte (MOIX, Diss. FR [1995], Rz. 708) beauftragt.

1816 MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 106 *in fine*.

1817 Siehe zur Verfügungsbefugnis im Allgemeinen z.B. TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 28 Rz. 19.

I. Behörde

1. Jene Behörden, die der Gefahr wirksam begegnen können, sind **örtlich zuständig**, um behördliche Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Infrage kommen die Behörden aller Staatsebenen¹⁸¹⁸ am Handlungsort (Rz. 1066–1074) und am Erfolgsort (Rz. 1075–1079).¹⁸¹⁹ Auch die (unmittelbar) an den Erfolgsort räumlich angrenzenden Behörden können örtlich zuständig sein.¹⁸²⁰ Häufig dürften die kommunalen und kantonalen Behörden die Schadenabwehrmassnahmen ergreifen, da sie rasch handeln können und über die erforderlichen Strukturen verfügen.¹⁸²¹ 864

Welche Behörde sachlich und funktionell zuständig ist, bestimmt der jeweils anwendbare Erlass.¹⁸²² 865

2. Bedroht ein Ereignis das Hoheitsgebiet mehrerer Gemeinwesen, so ist jedes für sich befugt und verpflichtet (Rz. 837), die notwendigen Vorkehrungen zu treffen. Die Gefahr kann in einem solchen Fall nur effizient abgewehrt werden, wenn die Gemeinwesen die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen koordinieren.¹⁸²³ Ohne solche Koordination könnten zudem widersprüchliche oder unbillige Entscheide im Kostenpunkt ergehen.¹⁸²⁴ Eine gesetzliche Pflicht zur Koordination der Schadenabwehrmassnahmen bei gemeinde- oder kantonsübergreifenden Sachverhalten existiert jedoch nicht. Eine solche Pflicht fehlt auch bei grenzüberschreitenden Sachverhalten. Trotzdem sollten die Schweiz und der betroffene ausländische Staat die Schadenabwehrmassnahmen koordinieren, um die Gefahr möglichst effizient abzuwehren.¹⁸²⁵ 866

1818 Gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1874.

1819 Vgl. Art. 12 Abs. 1 StAG; gl.M. betreffend Art. 54 GSchG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 91.

1820 Siehe betreffend USG: Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59 N 13.

1821 Betreffend Art. 54 GSchG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 91 und 93.

1822 Siehe betreffend USG: Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59 N 14.

1823 Vgl. betreffend GSchG: Haftpflichtkommentar (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 94.

1824 Einlässlich betreffend USG: Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59 N 13.

1825 Das IndustrieunfälleÜ ist nicht anwendbar, es sei denn ein «Dammbruch» verursache einen Industrieunfall i.S.v. Art. 1 lit. a IndustrieunfälleÜ (Art. 2 Ziff. 2 lit. c IndustrieunfälleÜ).

2. *Fakultative Geltendmachung des Kostenanspruchs*

- 867 1. Es liegt im Ermessen der Behörden, ob sie die erlittenen Kosten auf das Haftungssubjekt überwälzen.¹⁸²⁶ Sinn und Zweck der fakultativen Kostenüberwälzung liegt darin, weitere unnötige Kosten für die Behörden zu verhindern. Sollten die Behörden nämlich unberechtigterweise Schadenabwehrmassnahmen ergriffen haben, sollen sie darauf verzichten können, die Kosten behördlicher Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt zu überwälzen. Denn wären die Behörden in einem solchen Fall verpflichtet, die Kosten behördlicher Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt zu überwälzen, würden sie im folgenden, weitere Kosten verursachenden Gerichtsverfahren unterliegen.¹⁸²⁷
- 868 2. Da das StAG es der Behörde freistellt, ob sie ihre Kosten behördlicher Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzt, unterscheidet sich Art. 21 StAG zusätzlich (Rz. 855–857) von den Verursacherhaftungen. Die Verursacherhaftungen verpflichten nämlich den Staat, die Kosten auf den Verursacher zu überwälzen.¹⁸²⁸ Wie bei privatrechtlichen Haftungstatbeständen liegt es somit auch bei Art. 21 StAG im Ermessen des Anspruchsberechtigten (das heisst der Behörde), ob er seinen Kostenanspruch durchsetzt.

C. **Behördliche Schadenabwehrmassnahmen**

- 869 Die Behörde kann ihre infolge ergriffener Schadenabwehrmassnahmen erlittenen Kosten nur auf den Angreifer (Rz. 830), das heisst auf das Haftungssubjekt, überwälzen, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind:
- 870 1. Die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen müssen erforderlich, das heisst objektiv geboten, sein (Rz. 888–917).¹⁸²⁹
- 871 2. Die ergriffenen behördlichen Schadenabwehrmassnahmen müssen verhältnismässig sein (Rz. 918–925).
- 872 Ist eine dieser zwei Voraussetzungen nicht erfüllt, hat die Behörde die Schadenabwehrmassnahmen unberechtigterweise ergriffen. Ich untersuche deshalb auch die Rechtsfolgen unrechtmässig ergriffener behördlicher Schadenab-

1826 Art. 21 StAG («können überbunden werden»); siehe betreffend KHG: MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 712.

1827 Betreffend KHG: Votum Nationalrat LEUENBERGER (AB 1982 N 1327).

1828 CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 28 *in fine*.

1829 Im Allgemeinen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 630.

wehrmassnahmen (Rz. 926–931). Zum besseren Verständnis der Materie erläutere ich jedoch vorgängig die verschiedenen Arten behördlicher Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 873–887).

I. Arten

1. Schadenabwehrmassnahmen können an zwei Stellen ansetzen, um die Rechtsgutsverletzung¹⁸³⁰ und damit den Schadenseintritt zu verhindern. Unabhängig davon, welche Art von Schadenabwehrmassnahmen die Behörden ergreifen, gilt der Grundsatz, dass das staatliche Handeln verhältnismässig sein muss.¹⁸³¹ 873

a. Schadenabwehrmassnahmen können direkt auf die *Gefahrenquelle*, also auf die Stauanlage (Rz. 908–909), einwirken, um die Gefahr auszumerzen oder zu minimieren. Solche behördlichen Schadenabwehrmassnahmen bezeichne ich als **«direkte Schadenabwehrmassnahmen»**. 874

b. Eine aufgrund einer Gefahr¹⁸³² drohende Rechtsgutsverletzung und damit ein drohender Schadenseintritt kann aber auch dadurch verhindert werden, indem die gefährdeten Rechtsgüter (Rz. 910–912) geschützt werden. Ergreift eine Behörde nur solche Schadenabwehrmassnahmen, bleibt die unmittelbare Gefahr bestehen, weil sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG nach wie vor verwirklichen kann. Aus diesem Grund bezeichne ich solche behördlichen Schadenabwehrmassnahmen als **«indirekte Schadenabwehrmassnahmen»**. Die Ergreifung indirekter Schadenabwehrmassnahmen setzt voraus, dass die gefährdeten Rechtsgüter aus der Gefahrenzone (Rz. 878) entfernt oder geschützt werden können. 875

1830 In der Terminologie des Verwaltungsrechts würde von Verletzung des «Polizeigutes» (Rz. 827) gesprochen werden.

1831 Art. 5 Abs. 2 BV; siehe Rz. 918–925; siehe auch Rz. 926–931 zu unverhältnismässigen Schadenabwehrmassnahmen.

1832 Abzugrenzen ist die so verstandene Schadensabwehr von der Schadensprävention aufgrund eines Risikos (Rz. 604–605) und der Schadensminderung (ANDEREGG, Diss. FR [2014], Rz. 31–33). Siehe zur Schadensprävention z.B. ACHTARI, Diss. FR (2008), Rz. 212–229, die von *mesures de prévention anticipées* spricht; ROBERTO, Habil. ZH (1997), S. 237–246.

876 **2.** Nach Art. 21 StAG müssen die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen die Gefahr (und damit den Schadenseintritt) abwehren oder vermindern. SO-MAINI kritisiert die gleichlautende Bestimmung im KHG¹⁸³³ letztlich dahingehend, dass nicht restlos klar sei, inwiefern sich «Abwehr» und «Verminderung» einer Gefahr unterscheiden.¹⁸³⁴ Diese Kritik ist unbegründet. Die Schadensabwehr zielt darauf ab, den Schadenseintritt ganz zu verhindern, wohingegen die Schadensverminderung bezweckt, den eintretenden Schaden möglichst klein zu halten.

877 Der Staat ist verpflichtet, die Polizeigüter zu schützen (Rz. 837). Folglich ist die Behörde verpflichtet, immer Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen, die den Schaden abwehren und nicht bloss vermindern (Rz. 878–887).¹⁸³⁵ Es liegt somit nicht im Ermessen der Behörde, ob sie Abwehr- oder Minderungsmassnahmen ergreift. Indem das StAG von Abwehr- und Minderungsmassnahmen spricht,¹⁸³⁶ macht es lediglich klar, dass auch Kosten solcher behördlicher Schadenabwehrmassnahmen ersatzfähig sind, mithilfe derer der drohende Schaden lediglich vermindert werden konnte.¹⁸³⁷

878 **3.** Es stellt sich die Frage, welche Schadenabwehrmassnahmen eine Behörde ergreifen kann. Die BOTSCHAFT StAG¹⁸³⁸ erwähnt einzig die **Evakuierung** als mögliche indirekte Schadenabwehrmassnahme (vgl. auch Art. 12 Abs. 1 StAG und Art. 27 StAV).¹⁸³⁹ Die Evakuierung ist die behördliche Anordnung (Evakuierungsbefehl), innert einer bestimmten Frist ein bestimmtes Gebiet zu verlassen.¹⁸⁴⁰ Das bei einem drohenden Stauanlagenunfall zu evakuierende Gebiet, das heisst die Gefahrenzone, dürfte der Nahzone im Sinne von Art. 11 Abs. 3 StAG entsprechen.

1833 Art. 4 KHG, siehe auch Art. 2 Abs. 1 lit. c KHG.

1834 Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 16.

1835 Gl.M. betreffend KHG: Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 16 *in fine*.

1836 Art. 21 StAG.

1837 *Beispiel*: Ordnet der Staat an, die Häuser im Gefahrengbiet durch Sandsäcke zu schützen (Rz. 881), und werden diese dennoch infolge Überschwemmung der Keller beschädigt, haftet das Haftungssubjekt trotzdem für die Kosten solcher Massnahmen, obwohl der Schaden nicht verhindert werden konnte.

1838 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

1839 So auch POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 517. Auch die Lehre zum KHG erwähnt vorwiegend die Evakuierung: REY, *Haftpflichtrecht* (2008), Rz. 1351; MOIX, *Diss. FR* (1995), Rz. 705; DÉBIEUX, *Diss. FR* (1987), S. 101; KUNZ/JÄGGI, *SJZ* 18/1986, S. 278.

1840 Vgl. WALDNER, *AJP* 8/2012, S. 1110.

Evakuiert der Staat ein bestimmtes Gebiet,¹⁸⁴¹ können Personen- und 879
Sachschaden¹⁸⁴² abgewehrt werden. Allerdings greift der Staat mit einer Eva-
kuierung schwerwiegend in verschiedene Grundrechte ein.¹⁸⁴³ Eine Evakuie-
rung dürfte bei einem drohenden Stauanlagenunfall angesichts der unmittel-
baren Gefahr für Leib und Leben der Unterlieger (Fn. 167) in aller Regel
jedoch verhältnismässig sein (Rz. 918–925).¹⁸⁴⁴ Der Staat ist verpflichtet, je-
weils das mildeste Mittel zu wählen. Aus diesem Grund ist die Behörde ver-
pflichtet zu prüfen, welches Gebiet (Rz. 878) notwendigerweise evakuiert
werden muss.

a. Als weitere indirekte Schadenabwehrmassnahmen kommen – vor allem in 880
den an die Gefahrenzone (Rz. 878) angrenzenden Gebieten – folgende «Ver-
haltensanweisungen an die Bevölkerung»¹⁸⁴⁵ infrage:

- Anordnungen betreffend den Schutz der Häuser und der darin gelagerten 881
Mobilien (zum Beispiel Verbarrikadierung oder Auftürmen von Sandsä-
cken);
- Verkehrslenkende Massnahmen (zum Beispiel Umfahrungen, Benut- 882
zungsverbot gewisser Verkehrsmittel);

1841 Siehe zu den praktischen Schwierigkeiten einer grossräumigen Evakuierung:
CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 20 (betreffend die «Evakuierung» der Ortschaft Sieb-
nen [SZ] aufgrund von Sanierungsarbeiten an der Stauanlage «Wägitalersee» [SZ])
«Plötzlich heulte im Dorf eine Wasseralarmsirene – glücklicherweise ein Fehlalarm
(infolge eines technischen Defektes an der Sirene). Die sensibilisierten Leute von
Siebnen hetzten jedoch in panischer Flucht durch das Dorf oder warfen sich hinter
das Lenkrad ihres Autos, wobei einer sogar durch die geschlossene Garagentür ins
Freie fuhr. Und während die einen wegrasten, rasten andere wieder zurück, um zu
Hause noch Sachen zu holen. Das Chaos im Dorf war perfekt. Es wird die Aufgabe
künftiger Notfallkonzepte und Katastrophenübungen sein, Mittel und Wege zu fin-
den, damit sich eine Bevölkerung einigermaßen gefasst und geordnet auf die Flucht
begibt.»

1842 Durch eine Evakuierung kann lediglich die Zerstörung oder Beschädigung von Mo-
bilien, die aus dem Gefahrengebiet transportiert werden, verhindert werden. Immo-
bilien bleiben trotz Evakuierung im Gefahrengebiet.

1843 RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 160, 168, 171, 706, 985 und 996.

1844 In diesem Sinne betreffend Evakuierungen wegen Naturgefahren: BGE 128 I 327
E. 4.3.2 S. 344.

1845 Art. 12 Abs. 1 StAG.

- 883 – Anordnung, gefährliche Gegenstände aus der Gefahrenzone zu entfernen und anderswo zu deponieren (zum Beispiel Behältnisse mit Chemikalien);
- 884 – Verbot, gewisse Gebiete zu betreten.¹⁸⁴⁶
- 885 **b.** Eine Behörde kann den evakuierten Personen zum Beispiel Notunterkünfte, Kleider, ärztliche Versorgung oder Nahrung zur Verfügung stellen. Es handelt sich hierbei jedoch nicht um eine behördliche Schadenabwehrmassnahme, da damit weder direkt noch indirekt ein Schaden abgewehrt oder vermindert wird.¹⁸⁴⁷ Solche Kosten kann die Behörde folglich nicht gestützt auf Art. 21 StAG auf das Haftungssubjekt überwälzen. Allenfalls kann die Behörde jedoch solche Kosten gestützt auf andere (öffentlich-rechtliche) Haftungsgrundlagen auf das Haftungssubjekt überwälzen.
- 886 **4.** Eine Behörde kann schliesslich auch **direkte Schadenabwehrmassnahmen** ergreifen und zum Beispiel anordnen, die Stauhöhe der Stauanlage abzusenken,¹⁸⁴⁸ das Wasser aus der Stauanlage abzupumpen oder das Wasser aus dem Stauraum mittels Helikoptern abzutransportieren.
- 887 Aufgrund des Verhältnismässigkeitsgrundsatzes ist die Behörde verpflichtet, indirekte Schadenabwehrmassnahmen nur dann zu ergreifen, wenn die ergriffenen direkten Schadenabwehrmassnahmen fruchtlos geblieben sind. Dies gilt jedoch nicht, wenn davon auszugehen ist, dass sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG trotz direkter Schadenabwehrmassnahmen verwirklichen könnte. In einem solchen Fall ist die Behörde verpflichtet, sofort indirekte behördliche Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Im Zweifelsfall hat die Behörde immer indirekte Schadenabwehrmassnahmen – gegebenenfalls in Kombination mit direkten Schadenabwehrmassnahmen – zum Schutz der Polizeigüter zu ergreifen. Hat das Haftungssubjekt direkte Schadenabwehrmassnahmen getroffen, bevor die Behörden Schadenabwehrmassnahmen ergreifen,¹⁸⁴⁹ dürften die Behörden aufgrund der beschränkten Optionen nur indirekte Schadenabwehrmassnahmen ergreifen.

1846 Diese Schadenabwehrmassnahme sah Art. 39 Abs. 2 AtG vor (dazu im Allgemeinen: MOIX, Diss. FR [1995], Rz. 713–714).

1847 **A.M.** betreffend KHG: MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 705; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 265; DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 101.

1848 Siehe Fn. 1410.

1849 Vgl. Art. 10 Abs. 2 StAG.

2. *Erforderlichkeit der Schadensabwehr*

Eine Behörde kann die erlittenen Kosten behördlicher Schadensabwehr nur dann auf das Haftungssubjekt überwälzen, wenn von einer Stauanlage (Rz. 907–909) eine **unmittelbare Gefahr** ausging und die Schadensabwehr folglich erforderlich war (Rz. 838).¹⁸⁵⁰ Das Vorliegen einer unmittelbaren Gefahr ist somit nicht nur eine *Haftungsvoraussetzung*, sondern zugleich auch eine *Handlungsvoraussetzung*. Die Handlungsbefugnisse leitet die Behörde jedoch nicht aus Art. 21 StAG ab, sondern aus der polizeilichen Generalklausel (Rz. 837).¹⁸⁵¹ Ich untersuche nachfolgend, wann eine Stauanlage eine unmittelbare Gefahr darstellt (Rz. 889–914) und wie gross das Ermessen der Behörden bei der Beurteilung einer Gefahrensituation ist (Rz. 915–917).

a. *Unmittelbare Gefahr wegen drohender Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG*

i. *Gefahr*

1. Die Behörden können nur dann Schadenabwehrmassnahmen ergreifen, wenn eine unmittelbare Gefahr besteht (Rz. 838). Es stellt sich daher die Frage, wieso Art. 21 StAG statt von «unmittelbarer Gefahr» von «unmittelbar drohender Gefährdung» spricht.¹⁸⁵² Die Verwendung des Wortes «Gefährdung» irritiert umso mehr, als Art. 14 Abs. 2 StAG richtigerweise von einer «unmittelbar drohenden Gefahr»¹⁸⁵³ spricht.

1850 Art. 21 StAG.

1851 Vgl. im Allgemeinen: ADLER, Diss. ZH (2011), S. 21; wohl **a.M.** betreffend Art. 59 USG, Art. 54 GSchG und Art. 4 KHG: MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 106; wohl **a.M.** betreffend Art. 54 GSchG: Haftpflichtkommentar (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 22.

1852 Ich beziehe mich nachfolgend auf Art. 21 StAG, obwohl daraus keine Handlungsbefugnisse abgeleitet werden können (Rz. 888).

1853 Der Zusatz «drohend» ist jedoch unnötig (Rz. 900).

- 890 **a.** Gemäss DUDEN ist unter **Gefahr** unter anderem ein möglicher Schadenseintritt zu verstehen.¹⁸⁵⁴ Das Bundesgericht misst dem Wort «Gefahr» die gleiche Bedeutung zu: Unter «Gefahr» sei eine «Lage» zu verstehen, «welche mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden führen wird».¹⁸⁵⁵
- 891 **b. Gefährdung** und Gefahr sind gemäss DUDEN Synonyme.¹⁸⁵⁶ Auch das Bundesgericht¹⁸⁵⁷ und die Mehrheit der Lehre¹⁸⁵⁸ verwenden die Wörter «Gefahr» und «Gefährdung» synonym.
- 892 **c.** Ich halte als Zwischenfazit fest, dass die Wörter «Gefahr» und «Gefährdung» im Alltag, aber auch von Schweizer Juristen synonym verwendet werden (zur Kritik siehe Rz. 893–896). Es kann daher daraus geschlossen werden, dass das StAG unter «Gefahr» im Sinne von Art. 14 Abs. 2 StAG und «Gefährdung» im Sinne von Art. 21 StAG das Gleiche versteht. Auch in den Gesetzesmaterialien finden sich keine Hinweise, wonach die beiden Wörter nicht gleichbedeutend sind. Zudem verwendet nur die deutschsprachige Version¹⁸⁵⁹ zwei verschiedene Wörter.¹⁸⁶⁰ Unter Gefahr (beziehungsweise Gefährdung) ist nach dem Verständnis vieler Juristen folglich eine Situation zu verstehen, die mit hinreichender Wahrscheinlichkeit zu einem Schaden führen kann.¹⁸⁶¹

1854 DUDEN, zu «Gefahr». Ersetzte man in Art. 14 Abs. 2 StAG das Wort «Gefahr» durch das Wort «Schaden», würde diese Bestimmung entsprechend wie folgt lauten: «Sie haftet auch für Aufwendungen, die infolge behördlich angeordneter Massnahmen zur Abwehr oder Verminderung eines unmittelbar drohenden Schadens entstehen; davon ausgenommen ist entgangener Gewinn.»

1855 BGE 144 II 454 E. 6.3 S. 471.

1856 DUDEN, zu «Gefährdung».

1857 BGE 144 II 454 E. 6.3 S. 471.

1858 Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 15, der unter einer «unmittelbar drohenden nuklearen Gefährdung» i.S.v. Art. 2 Abs. 1 lit. c KHG die «Gefahr» eines nuklearen Schadens versteht; GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 8; SEILER, Risiken (1997), S. 46; wohl auch KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 24; STARK, ZSR 1967 II, S. 159.

1859 Die französische und italienische Fassung von Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG verwenden das gleiche Wort «danger» bzw. «pericolo».

1860 Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass *danger* und *pericolo* sowohl «Gefahr» als auch «Gefährdung» bedeuten (DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 [2014], S. 248, zu «danger»; CONTE/BOSS, Wörterbuch 1 [2001], S. 350 *in fine*, zu «pericolo»).

1861 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053, die von «unmittelbar drohendem Schadensereignis» spricht. Ebenso Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 15, der unter einer «unmittelbar drohenden nuklearen Gefährdung» i.S.v. Art. 2

2. Es ist falsch, dass das Bundesgericht und die Mehrheit der Lehre (Rz. 891) 893 sowie das StAG die Wörter «Gefahr» und «Gefährdung» synonym verwenden. Diese beiden Begriffe sind im ausservertraglichen Haftpflichtrecht streng auseinanderzuhalten.¹⁸⁶²

a. Unter einer **Gefahr** ist – wie ich bereits dargelegt habe (Rz. 603) – eine 894 Sachlage zu verstehen, aufgrund derer nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und nach der allgemeinen Lebenserfahrung mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Schaden entstehen kann.¹⁸⁶³ Die Gefahrenschwelle ist daher bereits überschritten.

b. Demgegenüber tritt eine **Gefährdung** «schon früher [als die Gefahr] ein. 895 Der Begriff der Gefährdung bezeichnet im Unterschied zur Gefahr die Möglichkeit eines Schadens [...] ohne bestimmte Anforderungen [...] an ihre Eintrittswahrscheinlichkeit [...] [zu stellen]»¹⁸⁶⁴. Bei einer Gefährdung ist die Gefahrenschwelle folglich noch nicht überschritten. Gefährdung, Risiko und abstrakte Gefahr bedeuten somit das Gleiche (Rz. 605).

Im Zusammenhang mit Gefährdungshaftungen ist unter «Gefähr- 896 dung» eine bestimmte Sachlage zu verstehen, bei der eine relativ ausgeprägte Tendenz besteht, dass ein Schaden verursacht wird.¹⁸⁶⁵

Abs. 1 lit. c KHG die «Gefahr» eines nuklearen Schadens» versteht; Haftpflichtkommentar (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 27, die unter der in Art. 54 GSchG erwähnten «Gefahr» den Schadenseintritt versteht.

1862 Wohl gl.M. ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 36–46, der zwischen abstrakter Gefahr (= «Gefährdung» in der hier verwendeten Terminologie) und konkreter Gefahr (= «Gefahr» in der hier verwendeten Terminologie) unterscheidet; wohl a.M. CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 605, der «Gefahr» und «Gefährdung» einander gleichzusetzen scheint.

1863 Vgl. zur Frage, wann eine «relevante Gefahr» im Zusammenhang mit der Präventivklage nach Art. 679 Abs. 1 ZGB vorliegt, z.B. SIEGENTHALER, BR 2/2020, S. 53–54; REY, FS Meier-Hayoz (1982), S. 316–321.

1864 Betreffend deutsches Recht: BAG 9 AZR 1117/06 (12.8.2008) E. I.3.b)bb)(2); siehe auch SCHÜLIN, Diss. BS (1990), S. 39.

1865 GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 10 und 34, der jedoch von «abstrakter Gefahr» spricht; KÜCHLER, Diss. ZH (1968), S. 24, der jedoch von «Gefahr» spricht; siehe auch STARK, ZSR 1967 II, S. 159; siehe ferner FELLMANN/BURGER, HAVE 4/2019, S. 390, die jedoch das Wort «Gefahr» verwenden.

- 897 **c.** Eine Sachlage, aufgrund derer ein Schaden entstehen kann, liegt sowohl bei einer Gefahr als auch einer Gefährdung vor.¹⁸⁶⁶ Der Unterschied zwischen einer Gefahr und einer Gefährdung besteht einzig in der **Eintretenswahrscheinlichkeit des Schadens** (Rz. 605 und 894–895). Während bei der Gefährdung die Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts tief ist, ist sie bei der Gefahr hoch.¹⁸⁶⁷ Folglich können bei einer Gefährdung (beziehungsweise abstrakten Gefahr, Rz. 605)¹⁸⁶⁸ lediglich Massnahmen ergriffen werden, die der Schadenprävention dienen.¹⁸⁶⁹ Demgegenüber können nur bei einer Gefahr (beziehungsweise konkreten Gefahr)¹⁸⁷⁰ Schadenabwehrmassnahmen ergriffen werden (Rz. 837).¹⁸⁷¹
- 898 **d.** Folglich könnten die Behörden gestützt auf Art. 21 StAG die Kosten der Schadenprävention auf das Haftungssubjekt überwälzen, obwohl sie erst bei einer unmittelbaren Gefahr handeln dürfen beziehungsweise dazu verpflichtet sind (Rz. 888). Dies kann der Gesetzgeber kaum beabsichtigt haben. Dieses gesetzgeberische Versehen (Rz. 892) dürfte auf die in der Schweizer Rechtswissenschaft nicht so geläufige terminologische Unterscheidung von Gefahr und Gefährdung zurückzuführen sein. Die Gesetze verwenden nämlich jeweils verschiedene Wörter für den Begriff der (konkreten) Gefahr.¹⁸⁷²

ii. Unmittelbarkeit

- 899 **1.** Die Gefahr muss sodann eine unmittelbare sein, damit der Staat Schadenabwehrmassnahmen ergreifen kann beziehungsweise dazu verpflichtet ist (Rz. 837–840). Es stellt sich die Frage, wieso Art. 21 StAG von «unmittelbar drohender» Gefahr spricht.

1866 GASSMANN, Diss. ZH (1988), S. 10 und 12; STARK, ZSR 1967 II, S. 160 («Jeder Unfall stellt die Verwirklichung einer Gefahr dar.»).

1867 Vgl. betreffend deutsches Recht: BAG 9 AZR 1117/06 (12.8.2008) E. I.3.b)bb)(1) und E. I.3.b)bb)(1); vgl. betreffend Schweizer Recht: BK (1945)-BECKER, Art. 58 OR N 17 («vorübergehende Gefahr»). Ein anderes Verständnis von «Gefahr» und «Risiko» im Privatversicherungsrecht hat FUHRER, Privatversicherungsrecht (2011), Rz. 2.8 und 13.63–13.122.

1868 VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 93; ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 36; CHAULMONNET, Diss. FR (2009), Rz. 607.

1869 ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 38.

1870 Rz. 605; ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 41.

1871 ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 43.

1872 Z.B. Art. 54 GSchG («Gefahr»); Art. 4 KHG («Gefährdung»); Art. 59 USG («Einwirkung»).

Unter «drohend» ist gemäss DUDEN unter anderem «Gefährliches bevorstehend» zu verstehen.¹⁸⁷³ Der **Zusatz «drohend» ist unnötig.**¹⁸⁷⁴ Besteht eine Gefahr, wurde in einer Situation bereits die Gefahrenschwelle überschritten. Nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge und der allgemeinen Lebenserfahrung könnte daher mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Schaden eintreten (Rz. 603). Bereits mit dem Wort «Gefahr» signalisiert das StAG, dass etwas «Gefährliches bevorsteht» beziehungsweise ein Schaden eintreten könnte und sich die Gefahr folglich noch nicht verwirklicht hat. In Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG sollte daher – wie in der französischen und italienischen Fassung – nur von «unmittelbarer Gefahr» gesprochen und das Wort «drohend» gestrichen werden.

2. Das Wort «unmittelbar» bedeutet gemäss DUDEN unter anderem «durch keinen oder kaum einen räumlichen oder zeitlichen Abstand getrennt».¹⁸⁷⁵ Im hier interessierenden Kontext ist das Kriterium der Unmittelbarkeit erfüllt, wenn die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 909) zeitlich nahe bevorsteht und damit die Wahrscheinlichkeit eines Schadenseintritts hoch ist.¹⁸⁷⁶

Wann die Verwirklichung der Gefahr, das heisst die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, zeitlich so nahe bevorsteht, dass die Behörden verpflichtet sind, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen, lässt sich nicht abstrakt festlegen. Die Behörden sind sicherlich nicht verpflichtet, bis kurz vor der Verwirklichung der Gefahr zuzuwarten. Die staatliche Pflicht, Polizeigüter zu schützen, verlangt vielmehr, den Behörden einen **angemessenen Zeitraum** zuzugestehen. Die Behörden sollen somit ohne übermässigen Zeitdruck und ohne die Beamten oder die Bedrohten in eine (noch grössere) Gefahr zu bringen die Schadenabwehrmass-

1873 DUDEN, zu «drohend».

1874 **A.M.** im Allgemeinen: WENGER, Diss. BS (1975), S. 213, dem zufolge unter «drohender Gefahr» ein höherer Gefahrengrad im Vergleich zur «normalen Gefahr» zu verstehen sei.

1875 DUDEN, zu «unmittelbar».

1876 Siehe auch BGE 144 II 454 E. 6.3 S. 471; **a.M.** OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 284, und Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 15, denen zufolge das Kriterium der «Unmittelbarkeit» erfüllt ist, wenn unsicher ist, ob der Schadenseintritt durch Schutzmassnahmen noch verhindert werden kann.

nahmen vollziehen können. Als angemessener Zeitraum gelten je nach Einzelfall mehrere Kalendertage bis hin zu Wochen.¹⁸⁷⁷ Bei der Entscheidung, was ein angemessener Zeitraum ist, sind folgende Faktoren zu berücksichtigen:¹⁸⁷⁸

- 903 – Die Gefahr, die sich verwirklichen könnte;
- 904 – potenzielles Schadensausmass;
- 905 – Anzahl Bedrohte;
- 906 – andere Faktoren, wie zum Beispiel die meteorologischen Verhältnisse.

iii. Gefahrenquelle

- 907 1. Der Staat ist verpflichtet, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen, wenn eine unmittelbare Gefahr für Polizeigüter besteht (Rz. 838). Das StAG äussert sich jedoch nicht dazu, von *was* diese unmittelbare Gefahr ausgehen muss.¹⁸⁷⁹
- 908 2. Die Gefahrenquelle¹⁸⁸⁰ im Sinne von Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG kann durch grammatikalische Auslegung dieser Gesetzesbestimmungen nicht ermittelt werden. Anders als zum Beispiel die Vorbildnormen im KHG¹⁸⁸¹ bezeichnet das StAG die Gefahrenquelle nicht.¹⁸⁸² Sinn und Zweck sowie die systematische Stellung von Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG sprechen dafür, dass die unmittelbare Gefahr von einer dem StAG-Haftungsregime unterstellten Stauanlage ausgehen muss.¹⁸⁸³
- 909 Mit unmittelbarer Gefahr ist jedoch nicht jede von einer solchen Stauanlage ausgehende Gefahr gemeint.¹⁸⁸⁴ Vielmehr muss sich im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21

1877 Wohl strenger betreffend Art. 54 GSchG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 24; Haftpflichtkommentar (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 27.

1878 Vgl. auch betreffend nKHG: FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 2074.

1879 Siehe dazu im Allgemeinen: VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 92 (Anm. 339).

1880 Die Gefahrenquelle ist von der Risikoquelle (Rz. 558) abzugrenzen. A.M. SEILER, Risiken (1997), S. 45.

1881 Art. 2 Abs. 1 lit. c KHG, und Art. 4 KHG, sprechen beide von «nuklearer Gefährdung».

1882 Siehe betreffend KHG: MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 703.

1883 Erfüllt eine Stauanlage diese Voraussetzungen nicht, kann bzw. sollte der Staat behördliche Schadenabwehrmassnahmen zwar trotzdem ergreifen. Die Kosten können in diesem Fall jedoch nicht gestützt auf Art. 21 StAG abgewälzt werden.

1884 Siehe Rz. 611–621 und 780–787 zu den verschiedenen Risiken einer Stauanlage.

StAG – wie bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG – das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 611–616) zu verwirklichen drohen.¹⁸⁸⁵

iv. *Bedrohte Rechtsgüter*

1. Schliesslich ist noch zu klären, *wessen* und *welche* Rechtsgüter durch die Gefahrenquelle in Gefahr sein müssen, damit die Schadenabwehrkosten gestützt auf Art. 21 StAG auf das Haftungssubjekt überwältzt werden können. 910

2. Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG halten im Gegensatz zu vergleichbaren Rechtsnormen¹⁸⁸⁶ nicht fest, welche Rechtsgüter durch die Gefahrenquelle bedroht sein müssen. Sinn und Zweck sowie die systematische Stellung von Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG sprechen dafür, dass die **Rechtsgüter Leib, Leben oder Eigentum** bedroht sein müssen.¹⁸⁸⁷ Die (behördlichen und privaten) Schadenabwehrmassnahmen werden nämlich ergriffen, um den drohenden, von Art. 14 Abs. 1 StAG gedeckten Schaden (Rz. 625–633) abzuwenden oder zu minimieren.¹⁸⁸⁸ 911

3. Rechtsgutsträger der bedrohten Rechtsgüter können Privatrechtssubjekte oder das Gemeinwesen sein. 912

v. *Ergebnis*

Eine unmittelbare Gefahr im Sinne von Art. 21 StAG liegt vor, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG von einer dem StAG-Haftungsregime unterstellten Stauanlage zeitlich nahe zu verwirklichen droht und deswegen die Rechtsgüter Leib, Leben oder Eigentum der Unterlieger (Fn. 167) bedroht sind. Ich umschreibe diese unmittelbare Gefahr mit der Formulierung «unmittelbar drohende Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG». 913

Droht sich unmittelbar das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG zu verwirklichen, liegt ein Polizeinotstand (Rz. 838–840) 914

1885 Im Ergebnis gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1873; im Ergebnis wohl gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053, siehe auch S. 6057.

1886 Z.B. Art. 54 GSchG («Gefahr für die Gewässer»).

1887 Gl.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1873; siehe auch BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053.

1888 Das schliesst nicht aus, dass der Staat zur Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen verpflichtet ist, wenn andere Polizeigüter unmittelbar bedroht sind.

vor. Sollte sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichen, gälte diese Situation – der Terminologie von RECHSTEINER folgend – als **Katastrophe**.¹⁸⁸⁹ Sollten in einem solchen Fall die zur Verfügung stehenden ordentlichen Mittel nicht zur Katastrophenbewältigung genügen, gälte diese Katastrophensituation zudem als besondere oder ausserordentliche Lage.¹⁸⁹⁰

b. *Ermessensentscheid*

- 915 **1.** Die Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen muss aus Sicht der Behörden nach dem Wissensstand **im Zeitpunkt der Entscheidung** (das heisst *ex ante*) objektiv¹⁸⁹¹ betrachtet erforderlich, also geboten sein.¹⁸⁹² Objektiv erforderlich ist eine Schadenabwehrmassnahme im Anwendungsbereich von Art. 21 StAG dann, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage zeitlich nahe zu verwirklichen droht und daher die Rechtsgüter Leib, Leben oder Eigentum verletzt werden könnten (Rz. 913).
- 916 **2.** Die Behörden verfügen über einen grossen Ermessensspielraum hinsichtlich der Frage, ob Schadenabwehrmassnahmen erforderlich sind.¹⁸⁹³ Wie OFTINGER/STARK zum KHG zu Recht ausführen, darf der Staat keine gewichtigen Risiken eingehen.¹⁸⁹⁴ Im Zweifelsfall ist der Staat verpflichtet, die Sicherheit der Bevölkerung höher zu gewichten als die Vermeidung von Schaden, der durch die Anordnung von Schadenabwehrmassnahmen entstehen könnte.¹⁸⁹⁵ Es ist somit ausreichend, wenn objektive Anhaltspunkte für das

1889 Im Allgemeinen: RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 45–63 und 77, insbesondere Rz. 47 und 60.

1890 Im Allgemeinen: RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 64 und 77.

1891 Gl.M. im Allgemeinen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 631 und 647.

1892 Gl.M. betreffend Art. 54 GSchG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 24; gl.M. im Allgemeinen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 646, CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 614 *in fine*; wohl gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 274–275.

1893 Strenger betreffend USG: Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59 N 37.

1894 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 275.

1895 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 275; vgl. auch im Allgemeinen: BRGer/ZH (15.1.2016) E. 4.3.1, in: BEZ 2016, Nr. 23, S. 53.

Vorliegen einer unmittelbaren Gefahr bestehen.¹⁸⁹⁶ In der Praxis dürfte sich der Staat dabei auf Expertenmeinungen verlassen.¹⁸⁹⁷

3. Im Gegensatz zu anderen Gesetzen ist die Genehmigung der behördlichen Schadenabwehrmassnahmen durch eine besondere Behörde, etwa durch das Bundesamt für Energie, im Anwendungsbereich des StAG nicht erforderlich.¹⁸⁹⁸ 917

3. *Verhältnismässigkeit der ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen*

Der Staat kann nur dann Schadenabwehrmassnahmen ergreifen, wenn eine unmittelbare Gefahr besteht und diese behördlichen Schadenabwehrmassnahmen somit objektiv erforderlich sind (Rz. 888–917). Ergreifen die Behörden wegen einer unmittelbaren Gefahr behördliche Schadenabwehrmassnahmen, heisst das jedoch nicht, dass sie alle Kosten behördlicher Schadensabwehr nach Art. 21 StAG auf das Haftungssubjekt überwälzen können. Die Behörden können nur Kosten verhältnismässiger Schadenabwehrmassnahmen auf das Haftungssubjekt überwälzen.¹⁸⁹⁹ Behördliche Schadenabwehrmassnahmen sind verhältnismässig, wenn sie geeignet (Rz. 919–921), erforderlich (Rz. 922–923) und verhältnismässig im engeren Sinne (Rz. 924–925) sind.¹⁹⁰⁰ 918

a. *Eignung der Schadenabwehrmassnahmen*

1. Die ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen müssen geeignet sein, die drohende Rechtsgutsverletzung (Rz. 911) und damit den drohenden Schaden abzuwenden. Die Schadenabwehrmassnahmen müssen mit anderen Worten **tauglich** sein, den Schaden abzuwehren.¹⁹⁰¹ 919

1896 Siehe betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 275, die von «vernünftigen Anhaltspunkten» sprechen.

1897 Siehe zu den haftpflichtrechtlichen Konsequenzen einer Fehlbeurteilung durch den Experten: WILDHABER, ZSR 3/2015 I, S. 269–275.

1898 Anders Art. 3 Abs. 4 nKHG (siehe dazu FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 2072–2073; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1110).

1899 ADLER, Diss. ZH (2011), S. 51–58; gl.M. betreffend private Schadenabwehrmassnahmen im Allgemeinen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 638; CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 617.

1900 ADLER, Diss. ZH (2011), S. 51–58; MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 352.

1901 Im Allgemeinen dazu: ADLER, Diss. ZH (2011), S. 53; siehe auch betreffend private Schadenabwehrmassnahmen: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 620.

- 920 **2.** Geht von einer Stauanlage eine unmittelbare Gefahr (Rz. 913) aus, können die Behörden verschiedene geeignete Schadenabwehrmassnahmen ergreifen. Tauglich sind sowohl direkte als auch indirekte Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 873–887).
- 921 **3.** Behördliche Schadenabwehrmassnahmen müssen den drohenden Schaden (beziehungsweise vorgelagert die Rechtsgutsverletzung) abwehren können. OFTINGER/STARK haben in anderem Zusammenhang ausgeführt, dass die Gefährdung (beziehungsweise in der hier verwendeten Terminologie die unmittelbare Gefahr, Rz. 913) den Gefährdeten (beziehungsweise in der hier verwendeten Terminologie den Bedrohten, Rz. 830) veranlassen könne, die «Gefahr oder deren Auswirkungen von sich abzuwenden».¹⁹⁰² Dieser Auffassung kann nicht gefolgt werden, soweit unter «Gefahr» eine konkrete Gefahr (Rz. 897) und unter «Auswirkungen» die Rechtsgutsverletzungen verstanden werden.¹⁹⁰³ Jede erfolgreiche Schadenabwehrmassnahme wendet nämlich für das fragliche Rechtsgut die Gefahr und ihre Auswirkungen ab. Mit anderen Worten können die Auswirkungen der Gefahr nicht separat von der Gefahr abgewendet werden. Das Vorhandensein und die Auswirkungen einer Gefahr können sachlogisch nicht voneinander getrennt werden.¹⁹⁰⁴

b. Erforderlichkeit der Schadenabwehrmassnahmen

- 922 **1.** Die Schadenabwehrmassnahmen müssen zudem erforderlich sein, um die drohende Rechtsgutsverletzung (beziehungsweise den drohenden Schaden) abzuwehren.¹⁹⁰⁵ Kann eine Behörde aus mehreren gleich geeigneten Schadenabwehrmassnahmen auswählen, mit denen der verfolgte Zweck erreicht werden kann, ist sie verpflichtet, stets die **mildeste Schadenabwehrmassnahme**

1902 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 269.

1903 **A.M.** betreffend KHG: Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 15 «Jede Handlung, welche die Behörden empfehlen, anordnen oder vornehmen, sollte zwingend vorab der Abwehr eines solchen Ereignisses gelten, eine *Verminderung des Schadens* als Ziel der behördlichen Massnahme ist rein grammatikalisch erst in einem zweiten Schritt anzuvissieren.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie hinzugefügt).

1904 Gl.M. betreffend Bestand und Inhalt einer absichtlichen Täuschung: VISCHER/GALLI, AJP 11/2017, S. 1403 m.w.N.; **a.M.** betreffend Bestand und Inhalt einer absichtlichen Täuschung: BGer 4A_141/2017 (4.9.2017) E. 3.3 *in fine*, nicht publiziert in: BGE 143 III 495; gl.M. betreffend Bestand und Inhalt eines Vertrags: HAEFELI/GALLI/VISCHER, COVID-19 (2020), Rz. 29.

1905 FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1874.

zu ergreifen.¹⁹⁰⁶ Mit anderen Worten können nur die Kosten notwendiger behördlicher Schadenabwehrmassnahmen auf das Haftungssubjekt überwältzt werden.¹⁹⁰⁷

2. Geht von einer Stauanlage eine unmittelbare Gefahr (Rz. 913) aus, dürfen die direkten und die indirekten Schadenabwehrmassnahmen in sachlicher, räumlicher, zeitlicher und persönlicher Hinsicht nicht weiter gehen als erforderlich. So hat die Behörde zum Beispiel bei Evakuierungen (Rz. 878) darauf zu achten, dass das zu evakuierende Gebiet nicht grösser ist und die Dauer der Evakuierung nicht länger dauert als notwendig.

c. *Verhältnismässigkeit im engeren Sinne der Schadenabwehrmassnahmen*

1. Schliesslich müssen die getroffenen behördlichen Schadenabwehrmassnahmen verhältnismässig im engeren Sinne sein. Der **Nutzen von Schadenabwehrmassnahmen** muss in einem vernünftigen Verhältnis zu ihren Kosten stehen.¹⁹⁰⁸

2. Verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, sind die Rechtsgüter Leib, Leben und/oder Eigentum in unmittelbarer Gefahr. Deswegen sind die vom Staat getroffenen indirekten Schadenabwehrmassnahmen in aller Regel verhältnismässig im engeren Sinne. Gleiches gilt für die direkten Schadenabwehrmassnahmen. Insbesondere sind direkte Schadenabwehrmassnahmen verhältnismässig im engeren Sinne, wenn eine Behörde sie trifft, um die Ergreifung indirekter Schadenabwehrmassnahmen zu

1906 Dazu im Allgemeinen: ADLER, Diss. ZH (2011), S. 53–55; betreffend nKHG: siehe auch Art. 1 Abs. 1 nKHG i.V.m. Art. 1 lit. a Nr. x PÜ, der von «angemessenen Massnahmen» spricht; siehe ferner betreffend private Schadenabwehrmassnahmen: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 621.

1907 Dazu im Allgemeinen: ADLER, Diss. ZH (2011), S. 52 *in initio*; siehe auch betreffend private Schadenabwehrmassnahmen: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 621.

1908 Dazu im Allgemeinen: ADLER, Diss. ZH (2011), S. 58 *in initio*; siehe auch betreffend private Schadenabwehrmassnahmen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 639; CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 623.

verhindern oder den Vollzug indirekter Schadenabwehrmassnahmen zu ermöglichen¹⁹⁰⁹.

4. *Rechtsfolgen unrechtmässig ergriffener Schadenabwehrmassnahmen*

- 926 1. Es kann sich *ex post*¹⁹¹⁰ herausstellen, dass (i) die Schadensabwehr gar nicht erforderlich war (Rz. 888–917) oder (ii) die ergriffenen behördlichen Schadenabwehrmassnahmen unverhältnismässig waren (Rz. 918–925). In einem solchen Fall stellt sich die Frage, welches die Rechtsfolgen solcher unrechtmässig ergriffener behördlicher Schadenabwehrmassnahmen sind. Bei der Beantwortung dieser Frage sind zwei Themenkomplexe auseinanderzuhalten: zum einen die Ersatzfähigkeit von Kosten privater Schadensabwehr (Rz. 927) und zum anderen die Frage nach der Haftung des Staates (Rz. 928–931).
- 927 2. Die Kosten privater Schadensabwehr sind nur nach Art. 14 Abs. 2 StAG ersatzfähig, wenn der Staat die Privaten mittels indirekter Schadenabwehrmassnahmen verpflichtet, private Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen (Rz. 846–847). Ergreifen Private Schadenabwehrmassnahmen gestützt auf unrechtmässig ergriffene indirekte Schadenabwehrmassnahmen, können sie den erlittenen Schaden (das heisst die Kosten privater Schadensabwehr) trotzdem nach Art. 14 Abs. 2 StAG auf das Haftungssubjekt überwälzen (Rz. 977–978). Die behördliche Fehleinschätzung beeinflusst den Bestand des Schadenersatzanspruchs des Bedrohten nicht (Rz. 978).¹⁹¹¹
- 928 3. Ergreift eine Behörde unrechtmässig behördliche Schadenabwehrmassnahmen, haftet sie gegenüber dem Haftungssubjekt (beziehungsweise dem Angreifer) gegebenenfalls gestützt auf das Staatshaftungsrecht.¹⁹¹² Die Privaten können nämlich die erlittenen Kosten privater Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzen und zwar selbst dann, wenn die Behörde unrechtmäs-

1909 *Beispiel*: Droht das Absperrbauwerk zu brechen, kann das Wasser aus dem Stauraum abgepumpt oder mithilfe von Helikoptern abgeschöpft werden. Mit solchen Massnahmen kann gegebenenfalls Zeit gewonnen werden, um die Unterlieger (Fn. 167) zu evakuieren.

1910 Vgl. auch im Allgemeinen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 646.

1911 In diesem Sinne betreffend KHG: OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht* II/3 (1991), § 29 Rz. 279 (Anm. 220).

1912 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, *Haftpflichtrecht* II/3 (1991), § 29 Rz. 274.

sig indirekte Schadenabwehrmassnahmen ergriffen hat (Rz. 927). Das Haftungssubjekt könnte daher versuchen, vom Staat Schadenersatz im Umfang des den Privaten bezahlten Schadenersatzes zu verlangen.

Eine Staatshaftung wegen unrechtmässiger behördlicher Schadenabwehrmassnahmen sollte jedoch nur zurückhaltend und nur bei krassen Fehleinschätzungen der Behörden bejaht werden.¹⁹¹³

- Die Behörden verfügen über ein grosses Ermessen.¹⁹¹⁴ Im Zweifelsfall hat der Staat die Sicherheit der Bevölkerung höher zu gewichten als die Vermeidung von Schaden, der durch die Anordnung von Schadenabwehrmassnahmen entstehen könnte (Rz. 915–917). Folglich sollten die Behörden nachträglich nicht für ihre Vorsicht «bestraft» werden.¹⁹¹⁵ 930
- Bei der Beurteilung der Haftung des Staates ist einzig das tatsächliche Wissen der Behörden im Zeitpunkt der Ergreifung der Schadenabwehrmassnahmen massgeblich.¹⁹¹⁶ Das Wissen-Müssen ist den Behörden – vorbehaltlich grobfahrlässigen oder vorsätzlichen Verhaltens – nicht zuzurechnen.¹⁹¹⁷ Folglich haftet der Staat nicht gegenüber dem Haftungssubjekt wegen unnützer behördlicher Schadenabwehrmassnahmen, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG zum Beispiel aufgrund von Umständen, die der Behörde nicht bekannt waren, gar nicht hätte verwirklichen können.¹⁹¹⁸ 931

1913 Wohl **a.M.** betreffend Art. 54 GSchG: Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 24 («eindeutig übermässig»).

1914 Gl.M. im Allgemeinen: VGer/BE VGE 21657 (8.3.2004) E. 4.3, in: BVR 2005, S. 13 «In solch schwierigen Situationen, in denen zudem in der Regel Zeit- und Entscheidungsdruck herrscht, muss den zuständigen Behörden ein erheblicher Beurteilungs- und Ermessensspielraum zugestanden werden, den sie nach bestem Wissen und Gewissen wahrzunehmen haben [...]»; siehe zur Haftung des Staates für «Katastrophenschäden» WILDHABER, ZSR 4/2013 I, S. 409–415.

1915 Vgl. im Allgemeinen: BRGer/ZH (15.1.2016) E. 4.3.1, in: BEZ 2016, Nr. 23, S. 53.

1916 Siehe zur Problematik von Rückschaufehlern z.B. ROBERTO/GRECHENIG, ZSR 1/2011 I, S. 7–8.

1917 **A.M.** im Allgemeinen: KNAPP, ZSR 1986 I, S. 596 *in initio*.

1918 Gl.M. im Allgemeinen: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 272.

D. Die weiteren Haftungsvoraussetzungen

- 932 Zu den weiteren Haftungsvoraussetzungen von Art. 21 StAG zählen die Kosten behördlicher Schadensabwehr (Rz. 933–937) sowie der Kausalzusammenhang zwischen der unmittelbar drohenden Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und den ergriffenen behördlichen Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 938–941). Ein widerrechtliches Verhalten des Haftungssubjekts ist hingegen nicht vorausgesetzt (Rz. 942).

I. Kosten

a. Die gedeckten Kosten

- 933 1. Ergreift eine Behörde Schadenabwehrmassnahmen, entstehen ihr deswegen Kosten. Wirtschaftlich betrachtet, erleidet die Behörde eine Vermögenseinbusse.¹⁹¹⁹ Solche Kosten behördlicher Schadensabwehr – auch «Massnahmenkosten» genannt – entsprechen aus juristischer Sicht jedoch nicht dem Schadensbegriff des Haftpflichtrechts.¹⁹²⁰ Art. 21 StAG und sein privatrechtliches Pendant¹⁹²¹ unterscheiden sich diesbezüglich im Ergebnis jedoch nur minimal (Rz. 934, 936 und 982–1042).
- 934 2. Unter «Kosten von Massnahmen»¹⁹²² versteht Art. 21 StAG die Kosten behördlicher Schadensabwehr. Darunter ist eine individuell erlittene finanzielle und damit quantifizierbare Vermögenseinbusse jener Behörde zu verstehen, die rechtmässig Schadenabwehrmassnahmen ergriffen hat.¹⁹²³ Ersatzfähig sind folglich nur **notwendige Kosten behördlicher Schadensabwehr**. Dazu zählen die unmittelbaren effektiven Kosten des Staates, die ihm vor (zum Beispiel Beizug von Experten) oder wegen (zum Beispiel Evakuierung¹⁹²⁴, Rz. 878) rechtmässig ergriffenen behördlichen Schadenabwehrmassnahmen erwachsen.

1919 CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 528 *in initio* und 533; MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 1051.

1920 CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 528; MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 1051.

1921 Art. 14 Abs. 2 StAG.

1922 Vgl. auch die Marginalie von Art. 21 StAG: «Kosten für Massnahmen von Behörden».

1923 Dazu im Allgemeinen: Kommentar USG Ergänzungsband (2011)-GRIFFEL/RAUSCH, Art. 2 N 12; ADLER, Diss. ZH (2011), S. 8, 58 und 95.

1924 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

3. Die Mehrheit der Lehre qualifiziert die Kosten behördlicher Schadensabwehr¹⁹²⁵ als **Gebühr**, das heisst als strikt kostenabhängige Kausalabgabe.¹⁹²⁶ 935
CHAULMONTET weist jedoch richtigerweise darauf hin, dass verwaltungsrechtliche Überlegungen, unter anderem die Gesetzmässigkeit, gegen eine Qualifikation von Kosten behördlicher Schadensabwehr als Gebühr sprechen.¹⁹²⁷ Da im Verwaltungsrecht kein *Numerus clausus* von Abgabearten existiert,¹⁹²⁸ sind Kosten behördlicher Schadensabwehr richtigerweise einer haftpflichtrechtlichen Entschädigung analog dem Schadenersatz gleichzustellen.¹⁹²⁹

b. *Die nicht gedeckten Kosten*

1. Die nicht von Art. 21 StAG gedeckten Kosten können mittels Umkehrschluss bestimmt werden. Dazu zählen einerseits die **nicht notwendigen Kosten behördlicher Schadensabwehr**. Damit sind die Kosten gemeint, die einer Behörde erwachsen, weil sie Schadenabwehrmassnahmen ergreift, obwohl sie nicht erforderlich sind (Rz. 888–917). Andererseits sind die **Kosten unverhältnismässiger Schadenabwehrmassnahmen** nicht ersatzfähig (Rz. 918–925). Ergreift eine Behörde neben unverhältnismässigen Schadenabwehrmassnahmen auch verhältnismässige Schadenabwehrmassnahmen, haftet das Haftungssubjekt trotzdem für Kosten verhältnismässiger behördlicher Schadensabwehr. Ordnet eine Behörde zum Beispiel die Evakuierung eines zu grossen Perimeters an, können nur jene Kosten behördlicher Schadensabwehr nicht auf das Haftungssubjekt überwält werden, die sich auf das Gebiet beziehen, das gar nicht hätte evakuiert werden müssen. 936

2. Nicht als Kosten behördlicher Schadensabwehr gelten zudem Kosten, die dem Staat als Rechtsgutsträger erwachsen, weil er nicht hoheitliche Schadenabwehrmassnahmen zum Schutz seiner eigenen Rechtsgüter ergreift (private 937

1925 Die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen stellen, wie dargelegt (Rz. 839), in dogmatischer Hinsicht einen Realakt in Form des «unmittelbaren Vollzugs des Verwaltungsrechts» dar.

1926 Kommentar USG Ergänzungsband (2011)-GRIFFEL/RAUSCH, Art. 2 N 12; Kommentar USG (2004)-SEILER, Art. 2 N 38; WAGNER, ZSR 1989 II, S. 363; kritisch Kommentar USG (2004)-TRÜEB, Art. 59 N 41.

1927 CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 496–509.

1928 Z.B. TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 57 Rz. 5.

1929 CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 510.

Schadenabwehrmassnahmen). Diese erlittenen Kosten privater Schadensabwehr kann der Staat – wie die Privaten – nur gestützt auf Art. 14 Abs. 2 StAG auf das Haftungssubjekt überwälzen.

2. *Kausalzusammenhang*

a. *Im Allgemeinen*

- 938 1. Eine Behörde kann die erlittenen Schadenabwehrkosten nur auf das Haftungssubjekt überwälzen, wenn zwischen der unmittelbar drohenden Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und den Kosten behördlicher Schadensabwehr ein (adäquater) Kausalzusammenhang besteht.¹⁹³⁰
- 939 2. Hat die Behörde die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen berechtigterweise ergriffen, das heisst, war die Schadensabwehr erforderlich, besteht in aller Regel ein (adäquater) Kausalzusammenhang zwischen der unmittelbar drohenden Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und den Kosten behördlicher Schadensabwehr.¹⁹³¹

b. *Haftungsausschluss*

- 940 1. Der Kausalzusammenhang kann nicht nur bei privatrechtlichen Haftungstatbeständen «unterbrochen» werden,¹⁹³² sondern auch bei öffentlich-rechtlichen.¹⁹³³ Der «Unterbruch» des Kausalzusammenhangs befreit den potenziell Haftpflichtigen von der Haftung (Rz. 652–654).
- 941 2. Es stellt sich die Frage, ob sich das Haftungssubjekt auch im Anwendungsbereich von Art. 21 StAG auf die in Art. 15 StAG vorgesehenen Entlastungsgründe (Rz. 668–720) berufen kann. Die Gesetzesmaterialien äussern sich nicht dazu. Gegen die Anwendbarkeit von Art. 15 StAG im Rahmen von Art. 21 StAG spricht, dass Art. 15 StAG von verursachtem Schaden und nicht von erlittenen Kosten spricht.¹⁹³⁴ Die systematische Stellung von Art. 21 StAG im 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG spricht jedoch dafür, dass

1930 So wohl betreffend Kosten privater Schadensabwehr: FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1853.

1931 Vgl. im Allgemeinen: CHAUMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 606.

1932 Dazu z.B. FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 457–475.

1933 Statt vieler: JAAG, SBVR I/3 (2017), Rz. 149–152.

1934 Die Kosten behördlicher Schadensabwehr gelten nicht als Schaden i.S. des Haftpflichtrechts (Rz. 933).

Art. 15 StAG auf die privatrechtlichen¹⁹³⁵ Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG und auf die öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung nach Art. 21 StAG anwendbar ist (Rz. 848). Dafür spricht auch, dass Art. 15 StAG von «Haftung» spricht (Rz. 848). Schliesslich ist nicht ersichtlich, wieso Art. 15 StAG nur auf die privatrechtlichen Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG, nicht aber auf die öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung nach Art. 21 StAG anwendbar sein sollte.

3. *Widerrechtlichkeit*

Die Widerrechtlichkeit ist bei Gefährdungshaftungen und somit auch bei der Gefährdungshaftung nach Art. 21 StAG keine Haftungsvoraussetzung (vgl. Rz. 721–728 und die Nachweise in Fn. 1484 zur Begründung, wieso die Widerrechtlichkeit bei Gefährdungshaftungen keine Haftungsvoraussetzung ist). Daran ändert auch der Umstand nichts, dass Art. 21 StAG keine privatrechtliche, sondern eine öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung (Rz. 855) ist.

E. Rechtsschutz

1. Die Behörde, die Schadenabwehrmassnahmen ergreift, kann (Rz. 867–868) die ihr erwachsenen Schadenabwehrkosten mittels **Kostenverfügung** (Rz. 858) auf das Haftungssubjekt¹⁹³⁶ überwälzen.¹⁹³⁷ Dieser Kostenüberwälzungsmechanismus kraft Verfügung geht – wie bei Art. 4 KHG, der Vorbildnorm von Art. 21 StAG – nicht explizit aus dem StAG hervor. Die Ausführungen in der BOTSCHAFT StAG¹⁹³⁸ und das Wesen dieser öffentlich-rechtlichen

1935 Das Haftungssubjekt kann sich auch im Anwendungsbereich von Art. 14 Abs. 2 StAG auf die Entlastungsgründe von Art. 15 StAG berufen (Rz. 1047–1052).

1936 Ein Begriffselement der Verfügung ist die «Einseitigkeit» (z.B. TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014], § 28 Rz. 19). An diesem Begriffselement fehlt es gemäss TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER jedoch, wenn der Behörde, die verfügen möchte, ein «rechtlich gleichgestellter Verwaltungsträger» gegenübersteht. In einem solchen Fall entfällt die Verfügungsbefugnis der fraglichen Behörde (zu alledem TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014], § 28 Rz. 20 [erstes Lemma]). Spinnt man diesen Gedanken weiter, besitzt eine Behörde auch keine Verfügungsbefugnis, wenn der potenzielle Verfügungsadressat eine übergeordnete Behörde ist. In der Praxis wird in solchen Situationen trotzdem verfügt (vgl. BGE 131 II 743, wo das Amt für Umwelt des Kantons Schwyz die Schweizerische Eidgenossenschaft als Verhaltensstörerin durch Verfügung verpflichtete, die Sanierungskosten zu tragen).

1937 Art. 21 StAG.

1938 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

Gefährdungshaftung (Rz. 854–855) sprechen jedoch dafür, dass die Behörden ihre Kosten behördlicher Schadensabwehr durch Verfügung auf das Haftungssubjekt überwälzen.¹⁹³⁹

- 944 **2.** Gegen Verfügungen gestützt auf das StAG kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde¹⁹⁴⁰ geführt werden (Art. 29 Abs. 1 StAG). Das Haftungssubjekt kann folglich gegen die Kostenverfügungen gestützt auf Art. 21 StAG Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht führen.¹⁹⁴¹ Dies gilt jedoch nur, wenn eine **Bundesbehörde** eine solche Kostenverfügung erlässt. Denn Art. 29 Abs. 1 StAG stellt trotz seines Wortlauts keinen Anwendungsfall von Art. 33 lit. i VGG dar. Etwas anderes würde nur gelten, wenn Art. 29 Abs. 1 StAG anordnen würde, dass auch gegen Verfügungen kantonaler Instanzen ein Rechtsmittel an das Bundesverwaltungsgericht ergriffen werden könnte.¹⁹⁴² Dafür spricht auch das historische Auslegungselement: Vorbildnorm von Art. 29 Abs. 1 StAG war (der per 1. Januar 2007 aufgehobene) Art. 72 Abs. 3 WRG¹⁹⁴³.¹⁹⁴⁴ Gemäss dieser Gesetzesbestimmung konnte gegen Verfügungen kantonaler Behörden kein direktes Rechtsmittel an eine Bundesbehörde ergriffen werden. Dieses Verständnis muss daher auch im Anwendungsbereich von Art. 29 Abs. 1 StAG gelten.

- 945 **Kommunale oder kantonale Behörden** überwälzen ihre Kosten behördlicher Schadensabwehr durch Verfügung auf das Haftungssubjekt. Sie stützen sich dabei zwar auf Art. 21 StAG, das heisst, sie vollziehen damit Bundesrecht.¹⁹⁴⁵ Allerdings sind gegen solche Kostenverfügungen gestützt auf

1939 Siehe zudem Art. 11 Abs. 1 KHV, der die Vorbildnorm (Art. 4 KHG) von Art. 21 StAG konkretisiert: «Die Kosten für Massnahmen der Behörden nach Artikel 4 [KHG] werden dem Kostenpflichtigen durch eine Verfügung auferlegt.»

1940 Art. 44 VwVG.

1941 Es besteht nur Rechtsschutz betreffend die Kostenverfügung. Das Haftungssubjekt kann daher nicht die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen anfechten (siehe dazu im Allgemeinen z.B. ACKERMANN SCHWENDENER, Diss. ZH [2000], S. 158–159).

1942 Vgl. z.B. Art. 166 Abs. 2 LwG, Art. 46 Abs. 2 LVG, oder Art. 125 Abs. 4 MG, die alle als Anwendungsfälle von Art. 33 lit. i VGG gelten (KÖLZ/HÄNER/BERTSCHLI, Verwaltungsverfahren [2013], Rz. 834). Gegen Verfügungen kantonaler Behörden soll nämlich nur ausnahmsweise ein Rechtsmittel an das Bundesverwaltungsgericht ergriffen werden können (z.B. MÜLLER, Verwaltungsrechtspflege [2021], S. 176).

1943 «Gegen Verfügungen einer Verwaltungseinheit des Bundes in Anwendung dieses Gesetzes kann bei der Rekurskommission UVEK Beschwerde geführt werden.»

1944 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6058.

1945 Siehe zum Vollzug von Bundesrecht durch kantonale Behörden im Allgemeinen z.B. BGE 110 Ib 297 E. 3 S. 305.

Art. 21 StAG das oder die vom kantonalen Verfahrensrecht vorgesehenen Rechtsmittel an eine kantonale Beschwerdeinstanz, nicht aber an das Bundesverwaltungsgericht zu erheben.¹⁹⁴⁶ Sind die kantonalen Rechtsmittel ausgeschöpft, kann gegebenenfalls Beschwerde¹⁹⁴⁷ in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten an das Bundesgericht ergriffen werden.¹⁹⁴⁸

3. Kantonale Instanzen sind verpflichtet, ihre anfechtbaren Verfügungen sofort und unentgeltlich der Aufsichtsbehörde zu eröffnen (Art. 29 Abs. 3 StAG). Mit «Aufsichtsbehörde» ist die Aufsichtsbehörde des Bundes (Rz. 168) gemeint. Art. 29 Abs. 3 StAG ist nämlich im Zusammenhang mit Art. 29 Abs. 2 StAG zu lesen: Die Aufsichtsbehörde des Bundes kann nur die Behördenbeschwerde¹⁹⁴⁹ ergreifen, wenn ihr die kantonalen Instanzen ihre Verfügungen eröffnen. 946

Es stellt sich die Frage, ob die kantonalen Behörden verpflichtet sind, auch Kostenverfügungen gestützt auf Art. 21 StAG der Aufsichtsbehörde des Bundes zu eröffnen. Diese Frage ist entgegen dem Wortlaut von Art. 29 Abs. 2 StAG zu verneinen. Die Behördenbeschwerde ist ein Mittel der Verbandsaufsicht.¹⁹⁵⁰ Damit wird der Aufsichtsbehörde des Bundes ermöglicht, die von ihr zu wahrenden Allgemeininteressen einzubringen und auf einen rechtsgleichen und korrekten Vollzug des StAG hinzuwirken.¹⁹⁵¹ Eine solche Verbandsaufsicht ist betreffend Kostenverfügungen nicht notwendig, da weder Allgemeininteressen gewahrt werden müssen noch ein rechtsgleicher und korrekter Vollzug des StAG angestrebt werden soll. 947

4. War die verfügende Behörde gar nicht sachlich und funktional (Rz. 865) 948 zuständig, um Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen (Rz. 864–866), ist sie folgerichtig auch nicht für den Erlass der Kostenverfügung zuständig.¹⁹⁵² Der

1946 Siehe im Allgemeinen: Kommentar VwVG (2019)-TSCHANNEN, Art. 1 N 26; siehe auch betreffend KHG: «Für Kosten, die Kantonen oder Gemeinden entstanden sind, richten sich Zuständigkeit und Verfahren nach kantonalem Recht.» (Art. 11 Abs. 2 KHV).

1947 Art. 82–89 BGG.

1948 Siehe im Allgemeinen: Kommentar VwVG (2019)-TSCHANNEN, Art. 1 N 26.

1949 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6058.

1950 MÜLLER, Verwaltungsrechtspflege (2021), S. 194.

1951 Im Allgemeinen: MÜLLER, Verwaltungsrechtspflege (2021), S. 194.

1952 Siehe zur Verfügungsbefugnis im Allgemeinen z.B. TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 28 Rz. 19.

Evidenztheorie¹⁹⁵³ zufolge droht daher die Nichtigkeit der Kostenverfügung.¹⁹⁵⁴

F. Haftungskonkurrenz

- 949 **1.** Zwischen Art. 21 StAG und anderen (privat- oder öffentlich-rechtlichen) Haftpflichtnormen besteht keine Haftungskonkurrenz. Das Haftungssubjekt haftet nur nach Art. 21 StAG für Kosten behördlicher Schadensabwehr, die einer Behörde erwachsen, weil sie die Rechtsgüter Leib, Leben und/oder Eigentum vor einer Verletzung durch eine Stauanlage (Rz. 913) schützt.
- 950 **2.** Eine dem StAG-Haftungsregime unterstehende Stauanlage kann unmittelbar die Umwelt bedrohen. In einem solchen Fall können die Behörden Schadenabwehrmassnahmen zum Schutz der Umwelt ergreifen. Ob solche Kosten der Behörden ersatzfähig sind, bestimmen die verschiedenen Verursacherhaftungen^{1955, 1956} Ersatzpflichtig ist der Verursacher. Wegen der fehlenden Kanalisierung der Haftung (Rz. 228–231 und 528–534) im StAG können solche Kosten (theoretisch)¹⁹⁵⁷ auch auf andere Personen als das Haftungssubjekt überwält werden.¹⁹⁵⁸

1953 Das Bundesgericht beschreibt die Evidenztheorie wie folgt: «Wie das Verwaltungsgericht zu Recht ausführt, wird die Nichtigkeit einer Verfügung nach der sogenannten Evidenztheorie nur ausnahmsweise angenommen, wenn der ihr anhaftende Mangel besonders schwer und offensichtlich oder zumindest leicht erkennbar ist und die Rechtssicherheit durch die Annahme der Nichtigkeit nicht ernsthaft gefährdet wird [...]. Als Nichtigkeitsgründe fallen hauptsächlich die funktionelle und sachliche Unzuständigkeit einer Behörde sowie schwerwiegende Verfahrensfehler in Betracht [...].» (BGer 2C_502/2019 [30.10.2019] E. 4.1).

1954 Im Allgemeinen: BGE 137 I 273 E. 3.1 S. 275; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 31 Rz. 14–16; MOOR/POLTIER, Droit administratif II (2011), S. 369–370.

1955 Z.B. Art. 59 USG; Art. 54 GSchG.

1956 BUNDESAMT FÜR JUSTIZ, VPB 1/1993, S. 72 betreffend Art. 36 aGSchG (1971), d.h. die Vorgängernorm von Art. 54 GSchG.

1957 Die Betreiberin oder die Eigentümerin der Stauanlage dürfte meistens als Verursacherin gelten (Fn. 1763).

1958 Anders gestaltet sich die Rechtslage im KHG aufgrund der Kanalisierung der Haftung (CHAULMONTET, Diss. FR [2009], Rz. 27).

IV. Überwälzung der Kosten privater Schadensabwehr

1. Die Rechtsgüter Leib, Leben und Eigentum der Unterlieger (Fn. 167) sind 951 in Gefahr, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage zeitlich nahe zu verwirklichen droht (Rz. 913). In einem solchen Fall ist der Staat berechtigt und verpflichtet, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen (Rz. 837–840 und 869–925).

Die Privaten können die erlittenen Kosten privater Schadensabwehr 952 nur auf das Haftungssubjekt überwälzen, wenn der Staat sie mittels indirekter Schadenabwehrmassnahmen dazu verpflichtet hat, private Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Tat er dies nicht und haben die Privaten auf eigene Initiative private Schadenabwehrmassnahmen ergriffen, können die Privaten die entstandenen Kosten privater Schadensabwehr nicht gestützt auf Art. 14 Abs. 2 StAG¹⁹⁵⁹ auf das Haftungssubjekt überwälzen (Rz. 846–847).¹⁹⁶⁰

2. Art. 14 Abs. 2 StAG bestimmt, unter welchen Voraussetzungen das Haf- 953 tungssubjekt (Rz. 409–540) für Kosten privater Schadensabwehr haftet. Einleitend untersuche ich, welche Haftung Art. 14 Abs. 2 StAG statuiert (Rz. 954–958). Anschliessend zeige ich auf, wer sich auf Art. 14 Abs. 2 StAG berufen kann (Rz. 959–964) und welche Schadenabwehrmassnahmen Private ergreifen können (Rz. 965–981). Weiter lege ich dar, für welche Kosten privater Schadensabwehr das Haftungssubjekt haftet (Rz. 982–1042) und welches die weiteren Haftungsvoraussetzungen von Art. 14 Abs. 2 StAG sind (Rz. 1043–1054). Schliesslich gehe ich auf die Thematik der Haftungskonkurrenz ein (Rz. 1055).

1959 Siehe Rz. 835 und Fn. 1776 zur Haftung des Angreifers für Schadenabwehrkosten gestützt auf die *lex lata*.

1960 Gl.M. betreffend KHG: Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 12 «Hier geht es um Schaden, der u.U. zwar durch den Geschädigten selbst verursacht wurde, jedoch aus einer behördlichen Anordnung oder Empfehlung resultiert. Der hier beschriebene Schaden hat genau genommen nichts mit der Kernreaktion an sich zu tun, sondern ist die verwaltungsrechtliche Folge einer nuklearen Gefährdung: gemäss Wortlaut entweder direkt von der Behörde angeordnet oder empfohlen und so in das Ermessen des Geschädigten selbst gestellt.»

A. Haftungsart

- 954 **1.** Die Frage, um was für eine Haftung es sich bei Art. 14 Abs. 2 StAG handelt, ist hinsichtlich der Haftungsvoraussetzungen bedeutsam.¹⁹⁶¹ Die BOTSCHAFT StAG äussert sich nicht zu dieser Frage.¹⁹⁶² Die anderen Auslegungselemente sprechen dafür, dass Art. 14 Abs. 2 StAG eine privatrechtliche **Gefährdungshaftung** ist:
- 955 – Gemäss Wortlaut knüpft die Haftung – wie typisch für Gefährdungshaftungen¹⁹⁶³ – an das charakteristische Risiko der gefährlichen Anlage (das heisst der Stauanlage) an. Wenn Art. 14 Abs. 2 StAG von «unmittelbar drohender Gefahr» spricht, meint er damit nämlich die unmittelbar drohende Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage (Rz. 913).
- 956 – Abs. 2 knüpft nahtlos («Sie haftet auch») an Abs. 1 von Art. 14 StAG an. Die systematische Stellung von Art. 14 Abs. 2 StAG spricht daher dafür, dass die beiden Haftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG eine Einheit bilden und beide Gefährdungshaftungen sind.
- 957 – Private ergreifen Schadenabwehrmassnahmen, um die Verursachung eines Personen- oder Sachschadens zu verhindern. Ergriffen die Privaten diese Schadenabwehrmassnahmen nicht und träte der Personen- oder Sachschaden ein, würde das Haftungssubjekt gegenüber den Geschädigten nach der Gefährdungshaftung von Art. 14 Abs. 1 StAG haften. Es wäre daher nicht sachgerecht, wenn das Haftungssubjekt für Personen- und Sachschaden strenger haftete als für Kosten privater Schadensabwehr (das heisst reinen Vermögensschaden), die wegen Abwendung oder Verminderung des Personen- und Sachschadens ergriffen werden. Es widerspräche auch Sinn und Zweck des StAG, den Geschädigtenschutz bestmöglich zu verbessern,¹⁹⁶⁴ wenn Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG verschiedene Haftungen wären.

1961 Siehe zu den verschiedenen Haftungsarten z.B. REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 71–105.

1962 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053.

1963 REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 99.

1964 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6038.

2. Art. 14 Abs. 2 StAG ist – wie die beiden anderen Haftungsnormen des StAG (Rz. 177 und 855)¹⁹⁶⁵ – als Gefährdungshaftung konzipiert. Es handelt sich um eine eigenständige Haftungsnorm. Dafür spricht die vom StAG verwendete Formulierung «Sie haftet auch». Zudem stellt Art. 14 Abs. 2 StAG von Art. 14 Abs. 1 StAG abweichende, eigenständige Haftungsvoraussetzungen auf. Mit anderen Worten handelt es sich bei Art. 14 Abs. 2 StAG nicht um eine Verweisungsnorm.¹⁹⁶⁶ Die Anspruchsberechtigten können die erlittenen Kosten privater Schadensabwehr somit nach Art. 14 Abs. 2 StAG und nicht etwa gestützt auf Art. 14 Abs. 1 (allenfalls in Verbindung mit Abs. 2) StAG auf das Haftungssubjekt überwälzen.

B. Anspruchsberechtigter

Das Haftungssubjekt (Rz. 409–540) haftet «für Aufwendungen, die infolge behördlich angeordneter Massnahmen zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefahr entstehen»¹⁹⁶⁷. Bevor ich im nächsten Kapitel untersuche, für welche Aufwendungen, das heisst Kosten privater Schadensabwehr, das Haftungssubjekt haftet, kläre ich vorab, um *wessen* Aufwendungen es sich handelt. Zu klären ist mit anderen Worten, wer Anspruchsberechtigter ist.

1. Bedrohter

1. Anspruchsberechtigter ist der Bedrohte (Rz. 830). Ergreift ein Privater private Schadenabwehrmassnahmen, erleidet er einen Schaden (Kosten privater Schadensabwehr) beziehungsweise Aufwendungen in der Terminologie von Art. 14 Abs. 2 StAG. Bedroht ist jene Person, die Trägerin des oder der bedrohten Rechtsgüter Leib, Leben und/oder Eigentum ist. Ein Bedrohter kann folglich vom Haftungssubjekt nur nach Art. 14 Abs. 2 StAG Ersatz für den Schaden verlangen, der ihm erwächst, weil er Schadenabwehrmassnahmen zugunsten seiner bedrohten Rechtsgüter ergreift.

Wird das Rechtsgut Eigentum bedroht, ist dieser Grundsatz (Rz. 960) zu relativieren: Sind verschiedene Personen Eigentümerinnen einer Sache

¹⁹⁶⁵ Art. 14 Abs. 1 StAG und Art. 21 StAG.

¹⁹⁶⁶ Siehe für eine klassische Verweisungsnorm z.B. Art. 827 OR: «Für die Verantwortlichkeit der Personen, die bei der Gründung mitwirken oder mit der Geschäftsführung, der Revision oder der Liquidation befasst sind, sind die Vorschriften des Aktienrechts entsprechend anwendbar.»

¹⁹⁶⁷ Art. 14 Abs. 2 StAG.

(zum Beispiel Mit- oder Gesamteigentümerinnen), kann jeder Bedrohte private Schadenabwehrmassnahmen ergreifen. Dies ergibt sich in vielen Fällen bereits aus der Unteilbarkeit der Sache.¹⁹⁶⁸ Zudem ist ein Miteigentümer berechtigt, die Interessen einer Sache als Ganzes zu wahren.¹⁹⁶⁹ Gleiches gilt der Lehre zufolge auch beim Gesamteigentum.¹⁹⁷⁰ Anspruchsberechtigt ist jedoch nur der Bedrohte, der die Schadenabwehrmassnahmen ergreift und dem deswegen ein Schaden entsteht. Ergreifen mehrere Bedrohte unabhängig voneinander Schadenabwehrmassnahmen zugunsten der gleichen Sache, ist das Haftungssubjekt verpflichtet, den Schaden aller Bedrohten, das heisst alle Kosten privater Schadensabwehr, zu ersetzen. Es wäre nicht sachgerecht, wenn das Haftungssubjekt nur die Kosten privater Schadensabwehr eines Bedrohten ersetzen müsste und die Bedrohten den erhaltenen Schadenersatz aufteilen müssten. Nur wenn mehrere Bedrohte wider besseren Wissens zugunsten der gleichen Sache Schadenabwehrmassnahmen ergreifen, hat das Haftungssubjekt lediglich die Kosten privater Schadensabwehr eines Bedrohten zu ersetzen.

- 962 2. Trägerinnen des Rechtsgutes Eigentum und somit Bedrohte können natürliche und juristische Personen sein. Auch der Staat kann Träger des Rechtsgutes Eigentum sein. Ergreift der Staat – wie die Privaten – gestützt auf behördliche Schadenabwehrmassnahmen private Schadenabwehrmassnahmen zugunsten seiner bedrohten Rechtsgüter, handelt er als Rechtsgutsträger und nicht autoritativ. Der Staat kann vom Haftungssubjekt gestützt auf Art. 14 Abs. 2 StAG – und nicht nach Art. 21 StAG – Ersatz für den entstandenen Schaden (Kosten privater Schadensabwehr) verlangen (Rz. 937).¹⁹⁷¹ Der Staat kann gestützt auf Art. 21 StAG nämlich nur die Kosten behördlicher Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzen, die ihm aufgrund behördlicher Schadenabwehrmassnahmen zugunsten einer Vielzahl unbestimmter Polizeigüter in Form eines Realakts (Rz. 838) erwachsen (Rz. 837–841).

2. *Durchsetzung des Schadenersatzanspruchs*

- 963 1. Ein Bedrohter kann private Schadenabwehrmassnahmen ergreifen («handelnder Bedrohter»), die nicht nur seine Rechtsgüter schützen, sondern gleichzeitig auch jene anderer Bedrohter. Solche Bedrohte bezeichne ich als «passive Bedrohte». In diesem Fall steht dem handelnden Bedrohten ein quotaler

1968 Siehe zu unteilbaren Sachen im Allgemeinen: ZK (1977)-HAAB, Einleitung N 31.

1969 BSK ZGB II (2019)-BRUNNER/WICHTERMANN, Art. 648 N 7.

1970 BSK ZGB II (2019)-WICHTERMANN, Art. 653 N 10.

1971 Wohl a.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

Rückforderungsanspruch gegenüber jedem passiven Bedrohten zu.¹⁹⁷² Jeder Bedrohte (das heisst der handelnde Bedrohte und jeder passive Bedrohte) kann allerdings nur jene Kosten privater Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzen, die ihm entstanden sind, weil er Schadenabwehrmassnahmen zugunsten seiner Rechtsgüter ergriffen hat (Rz. 960). Jeder Bedrohte muss anders gesagt seinen Schaden einklagen. Ergo müssten die passiven Bedrohten vom Haftungssubjekt Ersatz verlangen für ihren entstandenen Schaden, der in der Vermehrung von Passiven besteht. Den vom Haftungssubjekt erhaltenen Schadenersatz könnten die passiven Bedrohten dann zur Tilgung ihrer Schuld gegenüber dem handelnden Bedrohten einsetzen.

2. Aus Praktikabilitätsgründen dürften die involvierten Parteien daran interessiert sein, dass der handelnde Bedrohte den «gesamten» Schaden auf das Haftungssubjekt überwälzt. Dies setzt voraus, dass die passiven Bedrohten ihre Schadenersatzforderungen gegenüber dem Haftungssubjekt an den handelnden Bedrohten abtreten.¹⁹⁷³ Oft dürfte es jedoch schwierig sein, den Schadenersatzanspruch jedes einzelnen Bedrohten festzulegen. Wird zum Beispiel bei einer Evakuierung der Hausrat wegtransportiert, der im Eigentum verschiedener Personen steht, dürfte kaum nachweisbar sein, welcher Rechtsgutsträger welchen Schaden erlitten hat beziehungsweise welchen Anteil er am «Gesamtpreis» zu tragen hat. In solchen Fällen darf der Schadenersatzanspruch jedes Bedrohten geschätzt werden. Eine Schätzung der einzelnen Schadenersatzansprüche benachteiligt das Haftungssubjekt nicht, da keine Gefahr einer Überkompensation der Bedrohten besteht. 964

C. Private Schadenabwehrmassnahmen

1. Eine Behörde kann ihre Kosten behördlicher Schadensabwehr nur auf das Haftungssubjekt überwälzen,¹⁹⁷⁴ wenn die Schadensabwehr erforderlich war (Rz. 888–917) und die ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen verhältnismässig waren (Rz. 918–925). 965

1972 Anspruchsgrundlage bildet Art. 422 Abs. 1 OR, weil die Handlungen des handelnden Bedrohten als echte Geschäftsführung ohne Auftrag bzw. altruistische Fremdgeschäftsführung gelten (dazu im Allgemeinen: BSK OR I [2020]-OSER/WEBER, Art. 422 N 1 und 5–6; siehe aber Fn. 1750).

1973 Art. 164 Abs. 1 OR.

1974 Art. 21 StAG.

- 966 **2.** Kosten privater Schadensabwehr und Kosten behördlicher Schadensabwehr
sind nur teilweise unter den gleichen Voraussetzungen ersatzfähig.¹⁹⁷⁵
- 967 **a.** Kosten privater Schadensabwehr sind nach Art. 14 Abs. 2 StAG ersatzfähig, wenn zwei Voraussetzungen erfüllt sind:
- 968 – Erstens müssen die Kosten privater Schadensabwehr entstanden sein, weil
ein Privater (oder eine Behörde als Rechtsgutsträgerin) private Schaden-
abwehrmassnahmen in Erfüllung einer gesetzlichen Pflicht ergriffen hat
(Rz. 971–976).
- 969 – Zweitens werden – wie im Anwendungsbereich von Art. 21 StAG – nur
die Kosten verhältnismässiger privater Schadensabwehr ersetzt (Rz. 979–
981). Demgegenüber muss der Richter nicht prüfen, ob die Schadensab-
wehr erforderlich war.¹⁹⁷⁶ Das StAG fingiert nämlich die Erforderlichkeit
der Schadensabwehr (Rz. 977–978).
- 970 **b.** Ist eine dieser zwei Voraussetzungen (Rz. 968–969) nicht erfüllt, kann der
Geschädigte keinen oder bloss teilweisen Ersatz für die Aufwendungen ver-
langen, die ihm wegen der ergriffenen privaten Schadenabwehrmassnahmen
entstanden sind (Rz. 1041).

1. Pflicht zur Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen

- 971 **1.** Kosten privater Schadensabwehr sind nur ersatzfähig, wenn die Privaten
verpflichtet waren, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Dazu sind Pri-
vate verpflichtet, wenn die Behörde indirekte Schadenabwehrmassnahmen
trifft und den Privaten (zum Beispiel mittels eines Evakuierungsbefehls,
Rz. 878–879) einseitig Pflichten auferlegt.
- 972 Ein Privater verletzt seine Pflicht (Rz. 840), Schadenabwehrmassnah-
men zu ergreifen, wenn er untätig bleibt.¹⁹⁷⁷ Verwirklicht sich in der Folge das
charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und werden dabei
die Rechtsgüter Leib, Leben und/oder Eigentum des untätig gebliebenen Pri-
vaten verletzt, stellt sich die Frage, ob dieser trotzdem vom Haftungssubjekt

1975 Siehe Rz. 982–1054 zu den weiteren Haftungsvoraussetzungen.

1976 Anders gestaltet sich die Rechtslage hingegen bei Art. 21 StAG (siehe Rz. 888–917).

1977 Siehe zu den strafrechtlichen Folgen der Nichtbefolgung von behördlichen Anord-
nungen: RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 749–752.

Schadenersatz fordern kann.¹⁹⁷⁸ In einem solchen Fall trifft den untätigen Privaten ein Mitverschulden am Schadenseintritt:¹⁹⁷⁹

- Ist das Selbstverschulden des Geschädigten leicht, kann der Richter den Schadenersatz reduzieren.¹⁹⁸⁰ Leichtes Selbstverschulden liegt zum Beispiel vor, wenn ein Privater nicht vorschriftsgemäss sein Haus schützt oder die Gefahrenzone verspätet verlässt.¹⁹⁸¹ 973
- Grobes Selbstverschulden des Geschädigten (zum Beispiel Weigerung, den Evakuierungsbefehl zu befolgen) schliesst die StAG-Haftung des Haftungssubjekts (in diesem Beispiel für Personenschaden) aus (Rz. 708). 974

2. Die Privaten können nicht frei entscheiden, ob sie Schadenabwehrmassnahmen ergreifen wollen (Rz. 971). Die Handlungsfreiheit der Privaten wird jedoch auch hinsichtlich der Auswahl der Schadenabwehrmassnahmen, das heisst der Mittel, eingeschränkt.¹⁹⁸² Ordnet eine Behörde zum Beispiel die Evakuierung an (Rz. 878–879), können die bedrohten Privaten als Adressaten dieser Anordnung nur private Schadenabwehrmassnahmen ergreifen, die sachlich mit der Evakuierung zusammenhängen. So hängt zum Beispiel das Verlassen des Evakuierungsgebiets sachlich mit der Evakuierung zusammen, wohingegen dies etwa für bauliche Schutzmassnahmen an den Häusern nicht gilt. 975

3. Die Kosten privater Schadensabwehr sind folglich nur ersatzfähig, wenn die Privaten durch indirekte Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 875) verpflichtet wurden, private Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Die privaten Schadenabwehrmassnahmen müssen sich zudem stets in dem durch die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen abgesteckten Rahmen bewegen. Ergreift ein Privater somit freiwillig Schadenabwehrmassnahmen oder hängen die Schadenabwehrmassnahmen sachlich nicht mit den indirekten Schadenab- 976

1978 Art. 14 Abs. 1 StAG.

1979 Gl.M. im Allgemeinen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 665.

1980 Art. 44 Abs. 1 OR (dazu im Allgemeinen z.B. BSK OR I [2020]-KESSLER, Art. 44 N 7, insbesondere N 10 *in fine*).

1981 Siehe Rz. 878–880 zu diesen Verhaltensanweisungen.

1982 Siehe zum Regelfall ausserhalb des StAG: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 636; siehe auch im Allgemeinen: PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 59 m.H. auf BGH (14.1.1992), in: NJW 1992, S. 1043 «Nicht zu ersetzen sind jedoch allgemeine Aufwendungen zur Schadensverhütung (Schutzbauten, Kauf von Gasmasken [...]).».

wehrmassnahmen zusammen, kann der Private die ihm deswegen entstehenden Kosten privater Schadensabwehr nicht auf das Haftungssubjekt überwälzen.¹⁹⁸³

2. *Fiktion der Erforderlichkeit der Schadensabwehr*

977 **1.** Ob die Schadensabwehr durch einen Privaten erforderlich war, ist für die Frage der Ersatzfähigkeit von Kosten privater Schadensabwehr unerheblich. Das StAG fingiert nämlich die Existenz einer unmittelbaren Gefahr, welche die Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen durch die Privaten (oder den Staat als Rechtsgutsträger) erforderlich macht.

978 **2.** Diese gesetzliche Fiktion ergibt sich daraus, dass die Privaten vom Staat verpflichtet werden, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Ihnen steht mit anderen Worten diesbezüglich kein Ermessen zu. Die Privaten müssen sich daher darauf verlassen können, dass die Schadensabwehr tatsächlich notwendig ist. Stellt sich *ex post* heraus, dass gar keine unmittelbare Gefahr bestanden hat, haftet das Haftungssubjekt trotzdem für die Kosten privater Schadensabwehr (Rz. 927). Es wäre nämlich stossend, wenn die Privaten zwar verpflichtet sind, Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen, das Haftungssubjekt sich jedoch mit dem Argument von seiner Haftung befreien kann, diese privaten Schadenabwehrmassnahmen seien gar nicht erforderlich gewesen. Ob die Schadensabwehr erforderlich ist, prüfen vorgängig die Behörden (Rz. 888–917). War sie es nicht, haftet der Staat gegebenenfalls gegenüber dem Haftungssubjekt für den ihm dadurch verursachten Schaden (Rz. 928–931).

3. *Verhältnismässigkeit der ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen*

979 **1.** Kosten privater Schadensabwehr sind nur ersatzfähig, wenn die vom Privaten ergriffenen Schadenabwehrmassnahmen im Einklang mit dem konkretisierungsbedürftigen¹⁹⁸⁴ Grundsatz von **Treu und Glauben**¹⁹⁸⁵ stehen.¹⁹⁸⁶ Das öffentliche Recht konkretisiert den Grundsatz von Treu und Glauben unter

1983 Teilweise gl.M. betreffend KHG: MOIX, Diss. FR (1995), Rz. 711 und 1152.

1984 Z.B. BSK ZGB I (2018)-HONSELL, Art. 2 N 10.

1985 Art. 2 ZGB.

1986 Gl.M. WIDMER/WESSNER, Bericht (1999), S. 92; a.M. und pro Verhältnismässigkeitsprinzip: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 620 und 629; CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 617 (Anm. 1070) und 619; WERRO, ZSR 2003 II, S. 265–266. Allerdings teile ich im Ergebnis die Auffassung von ANDEREGG, CHAULMONTET und WERRO (Rz. 979).

anderem mithilfe des Verhältnismässigkeitsprinzips.¹⁹⁸⁷ Die drei Teilgehalte des Verhältnismässigkeitsprinzips (Eignung, Erforderlichkeit und Verhältnismässigkeit im engeren Sinne) sind griffige und erprobte Kriterien. Ob private Schadenabwehrmassnahmen mit dem Grundsatz von Treu und Glauben im Einklang stehen, sollte deswegen mithilfe dieser drei Kriterien¹⁹⁸⁸ bestimmt werden.¹⁹⁸⁹ Oder anders gesagt: Private Schadenabwehrmassnahmen sind solange nicht treuwidrig, als der Bedrohte das mildeste Mittel ergreift und zwischen den Interessen des Angreifers und des Bedrohten kein krasses Missverhältnis besteht.¹⁹⁹⁰

2. Einen Bedrohten kann die Obliegenheit treffen, seinen Aufwand zu minimieren.¹⁹⁹¹ Diese aus dem Grundsatz von Treu und Glauben¹⁹⁹² fliessende Obliegenheit, die ich als «**Aufwandminderungsobliegenheit**» bezeichne, ist der Schadenminderungsobliegenheit¹⁹⁹³ nachgebildet. 980

1987 Vgl. ZK (1998)-BAUMANN, Art. 2 ZGB N 496, der von Positivierung von Teilbereichen des Grundsatzes von Treu und Glauben spricht. Gemäss HONSELL lässt sich der Grundsatz der Verhältnismässigkeit aus dem Grundsatz von Treu und Glauben ableiten (BSK ZGB I [2018]-HONSELL, Art. 2 N 11 und 21).

1988 Private Schadenabwehrmassnahmen sind folglich verhältnismässig, wenn sie geeignet, erforderlich und verhältnismässig i.e.S. sind (Rz. 918–925). Die Erforderlichkeit der Schadenabwehrmassnahmen wird dabei fingiert (Rz. 977–978).

1989 Im Ergebnis gl.M. ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 620 und 629; CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 617 (Anm. 1070) und 619; WERRO, ZSR 2003 II, S. 265–266.

1990 Vgl. im Allgemeinen: BSK ZGB I (2018)-HONSELL, Art. 2 N 21–22.

1991 Im Ergebnis gl.M. ANDEREGG, HAVE 2/2015, S. 122; ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 621 und 625; in diesem Sinne auch DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 102–103; WEBER, HAVE 4/2004, S. 308–309; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 273, denen zufolge ein Selbstverschulden auch vor Eintritt des Schadens bestehen kann; ebenso die deutsche Doktrin: Palandt (2020)-GRÜNEBERG, Vorb v § 249 BGB N 44; vgl. auch THIELE, FS Felgenträger (1969), S. 399.

1992 Genauer: dem Teilgehalt der Erforderlichkeit.

1993 Das Bundesgericht verwendet auch den Ausdruck «Schadenminderungspflicht», siehe z.B. BGer 4A_127/2011 (12.7.2011) E. 8.2 (kritisch dazu z.B. PICHONNAZ, Colloque [2004], S. 117 *in initio*; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I [1995], § 6 Anm. 54. Siehe zur Schadenminderungsobliegenheit im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 44 N 13–13a; BK (2013)-BREHM, Art. 44 OR N 48. Siehe zum Grundsatz von Treu und Glauben im Besonderen: BGer 4C.177/2006 (22.9.2006) E. 2.2.1; ACHTARI, Diss. FR (2008), Rz. 34–40; PICHONNAZ, Colloque (2004), S. 115–117 m.w.N.

- 981 Ob eine Aufwandminderungsobliegenheit besteht, ist in Analogie zur Schadenminderungsobliegenheit zu ermitteln: Zu prüfen ist, ob eine Aufwandminderungsobliegenheit für den Bedrohten individuell zumutbar ist, wobei auch die Umstände des Einzelfalls zu berücksichtigen sind.¹⁹⁹⁴ Um den Schaden (beziehungsweise den Aufwand) im Interesse des Haftungssubjekts zu mindern, hat ein Bedrohter innerhalb des eng gesteckten Rahmens (Rz. 971 und 975) nur jene Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen, die ihm unter Berücksichtigung sämtlicher Umstände (zum Beispiel Alter, Bildung, Persönlichkeit) billigerweise zugemutet werden dürfen.¹⁹⁹⁵ Als Massstab gilt das Verhalten eines vernünftigen Menschen in der gleichen Lage, der keinerlei Schadenersatz zu erwarten hätte (Rz. 1015–1025).¹⁹⁹⁶

D. Aufwendungen

- 982 1. Das Haftungssubjekt haftet «für Aufwendungen, die infolge behördlich angeordneter Massnahmen zur Abwehr oder Verminderung einer unmittelbar drohenden Gefahr entstehen; davon ausgenommen ist entgangener Gewinn.»¹⁹⁹⁷
- 983 Mit dem Wort «Aufwendungen» – in der hier verwendeten Terminologie «Kosten privater Schadensabwehr» – drückt das StAG aus, dass das Haftungssubjekt gestützt auf die StAG-Haftung ausnahmsweise¹⁹⁹⁸ auch für reinen Vermögensschaden unter Ausschluss des entgangenen Gewinns haftet. Damit stellt das StAG sicher, dass Private, die Schadenabwehrmassnahmen ergreifen, Ersatz vom Haftungssubjekt für die entstandenen Kosten privater Schadensabwehr verlangen können. Ergreift ein Privater nämlich Schadenabwehrmassnahmen zugunsten der Rechtsgüter Leib, Leben oder Eigentum, kann sich sein Vermögen unfreiwillig (Rz. 832) verringern. Dieser Schaden

1994 Betreffend Schadenminderungsobliegenheit im Allgemeinen: BGer 4C.177/2006 (22.9.2006) E. 2.2.2; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 44 N 13; LUTERBACHER, Diss. ZH (2005); Rz. 185.

1995 Betreffend Schadenminderungsobliegenheit: HÜRZELER, AJP 4/2007, S. 519 (Ziff. 4).

1996 Im Allgemeinen: BGer 4C.83/2006 (26.6.2006) E. 4; BK (2013)-BREHM, Art. 44 OR N 48; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 6 Rz. 43 und 45 sowie § 7 Rz. 16 (Anm. 37).

1997 Art. 14 Abs. 2 StAG.

1998 Vgl. POLTIER, Énergie (2020), Rz. 517; FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1865; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053.

ist ein reiner Vermögensschaden und nicht etwa ein Personen- oder Sachschaden (Rz. 831).

2. Der Bedrohte kann die Kosten privater Schadensabwehr nur auf das Haftungssubjekt überwälzen, wenn die privaten Schadenabwehrmassnahmen auf indirekten Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 875) fussen (Rz. 971–976). Primär handelt es sich um die Kosten privater Schadensabwehr, die Privaten entstehen, weil sie wegen eines Evakuierungsbefehls (Rz. 878) Schadenabwehrmassnahmen ergreifen. Diese Kosten privater Schadensabwehr bezeichne ich als **Evakuierungskosten**; sie werden teilweise aber auch «Fluchtkosten»¹⁹⁹⁹ oder «Evakuierungsschäden»²⁰⁰⁰ genannt. Als Evakuierungskosten gelten jeder Schaden, der dem Bedrohten infolge Umsiedlung in ein ungefährdetes Gebiet erwächst (Rz. 987–1014).²⁰⁰¹ Adressaten behördlicher Anordnungen können jedoch auch ausserhalb des Evakuierungsgebiets (Rz. 878) lebende Private sein (Rz. 880). Ergreifen solche Private Schadenabwehrmassnahmen, können auch sie ihre Kosten privater Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzen.

3. Ergreift ein Privater Schadenabwehrmassnahmen, kann ihm deswegen ein Gewinn entgehen (Rz. 833). Auch das Vermögen von Personen, die nicht unmittelbar durch die Stauanlage bedroht sind, kann sich – selbst wenn diese Personen keine Schadenabwehrmassnahmen ergreifen – wegen einer indirekten Schadenabwehrmassnahme (Rz. 875) nicht vermehren.²⁰⁰² So können zum Beispiel Gastwirtschaften und Hotels in der Nähe der Gefahrenzone Ertrags-einbussen erleiden, wenn die Behörden Zugangs- oder Reiseverbote (Rz. 882 und 884) erlassen. Ersatz für entgangenen Gewinn kann vom Haftungssubjekt gestützt auf Art. 14 Abs. 2 StAG jedoch nicht verlangt werden (Rz. 983).²⁰⁰³

1999 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 276.

2000 Betreffend KHG: PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 58.

2001 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 265, die aber zu den Evakuierungskosten auch die Kosten des Staates zählen, die diesem infolge Umsiedlung der Bedrohten in ein ungefährdetes Gebiet erwachsen (siehe dazu Rz. 934).

2002 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 266, die von «Geschäftsausfall-Schäden Dritter» sprechen.

2003 Art. 14 Abs. 2 StAG («davon ausgenommen ist entgangener Gewinn»). Siehe zur Rechtslage betreffend Geschäftsausfallschaden unter der Herrschaft des nKHG: FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 2077; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1110–1111.

Die nicht unmittelbar bedrohten Personen ergreifen ohnehin keine Schadenabwehrmassnahmen. Aus diesem Grund ist ihr Schaden auch unter diesem Gesichtspunkt nicht ersatzfähig (Rz. 968).

- 986 **4.** Ein Personen- und ein Sachschaden können trotz ergriffener privater Schadenabwehrmassnahmen infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG entstehen. In einem solchen Fall können die Privaten trotzdem nach Art. 14 Abs. 2 StAG die Kosten privater Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzen. Zusätzlich können die Privaten (beziehungsweise Geschädigten) Schadenersatz vom Haftungssubjekt für den erlittenen Personen- oder Sachschaden verlangen (Rz. 541–778).²⁰⁰⁴

1. Evakuierungskosten im Besonderen

- 987 Droht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG unmittelbar zu verwirklichen, dürfte der Staat häufig die Evakuierung eines bestimmten Gebiets anordnen (Rz. 878–879). Aus diesem Grund untersuche ich nachfolgend einige typischerweise im Zusammenhang mit der Evakuierung anfallenden Kosten privater Schadensabwehr.

a. Fahrkosten

- 988 **1.** Die BOTSCHAFT StAG zählt die Fahrkosten zu den Aufwendungen von Privaten.²⁰⁰⁵ Welche Kosten genau als Fahrkosten gelten, sagt die BOTSCHAFT StAG jedoch nicht.²⁰⁰⁶ Zu den Fahrkosten zählen die Kosten der **Hin- und Rückfahrt**. Ersatzfähig sind mit anderen Worten die Fahrkosten vom Evakuierungsgebiet an den Zielort und zurück. In welcher Höhe solche Fahrkosten anfallen und durch das Haftungssubjekt zu ersetzen sind, hängt davon ab, welches Verkehrsmittel der Bedrohte verwendet (Rz. 989–996).

2004 Art. 14 Abs. 1 StAG; wohl gl.M. im Allgemeinen: ANDEREGG, Diss. FR (2014), Rz. 665, dem zufolge auch ein untätig gebliebener Bedrohter (mindestens teilweise) Schadenersatz für den entstandenen Schaden vom Schädiger verlangen kann.

2005 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053; so auch betreffend KHG: DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 102.

2006 Auch die Lehre zum KHG bzw. nKHG äussert sich nicht dazu (z.B. Haftpflichtkommentar [2016]-SOMAINI, Art. 2 KHG N 12–16; FELLMANN, Haftpflichtrecht III [2015], Rz. 2076; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1110; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 [1991], § 29 Rz. 265; DÉBIEUX, Diss. FR [1987], S. 102).

2. Steht ein Verkehrsmittel einzig der verfügbungsberechtigten Person oder den 989
von ihr bezeichneten Dritten kraft dinglicher oder obligatorischer Berechtigung zur Verfügung, gilt es als **privates Verkehrsmittel**.²⁰⁰⁷ Bei einer Evakuierung dürften Bedrohte in aller Regel einen Personenwagen verwenden. Ich lege den Fokus daher nachfolgend auf die Kosten im Zusammenhang mit einem Personenwagen. Diese Überlegungen lassen sich aber auch zum Beispiel auf Motorräder, Motorfahrräder, Boote oder Helikopter übertragen, sollten die Bedrohten eines dieser Verkehrsmittel verwenden.

a. Verwendet der Bedrohte ein privates Verkehrsmittel mit einem Verbrennungsmotor, entstehen ihm Treibstoffkosten, die sein Vermögen unfreiwillig 990
vermindern.²⁰⁰⁸ Das zu den Treibstoffkosten Ausgeführte gilt auch betreffend die anderen betriebsnotwendigen (zum Beispiel Motorenöl) oder betriebsdienlichen (zum Beispiel Scheibenwischmittel) Verbrauchsmittel. Dieser Schaden ist jedoch vernachlässigbar und folglich als Bagatellschaden nicht zu ersetzen.²⁰⁰⁹ Ersatzfähig sind hingegen Parkplatzkosten oder sonstige Mobilitätskosten (zum Beispiel Tunnelmaut), die im Zusammenhang mit der Evakuierung entstehen.

b. Man könnte in Analogie zum Arbeitsrecht²⁰¹⁰ fordern, dass der Begriff 991
«Fahrtkosten» mit dem Begriff «Kilometerkosten» gleichzusetzen und somit auch der Wertverlust²⁰¹¹ am Fahrzeug ersatzfähig sei.²⁰¹² Dies ginge jedoch zu weit. Eine Wertabnahme fällt erst ins Gewicht, wenn eine substanzielle Strecke von mehreren hundert Kilometern zurückgelegt wird. Ein solcher Fall ist in der kleinräumigen Schweiz kaum denkbar. Wertabnahmen am Fluchtfahrzeug sind nach Art. 14 Abs. 2 StAG als Bagatellschäden nicht ersatzfähig.²⁰¹³

2007 Vgl. DUDEN, zu «Privatfahrzeug».

2008 Bei Elektrofahrzeugen sind anstelle der Treibstoffkosten die Kosten für das Aufladen der Fahrzeugbatterie mit elektrischer Energie zu ersetzen.

2009 Vgl. dazu im Allgemeinen: BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 69a; kritisch zu einer *de minimis*-Regel im Schadenersatzrecht: KOZIOL, FS Bucher (2009), S. 429–433; siehe in diesem Zusammenhang jedoch Art. 6 Abs. 1 PrHG.

2010 Art. 327b Abs. 1 und 2 OR.

2011 «Abnutzung des Fahrzeugs» i.S.v. Art. 327b Abs. 2 OR (dazu z.B. BRUNOLD, Diss. ZH [2014], Rz. 409).

2012 Siehe zum Begriff «Kilometerkosten» z.B. LANDOLT/HERZOG-ZWITTER, Arzthafungsrecht (2015), Rz. 1270–1272; BRUNOLD, Diss. ZH (2014), Rz. 429–432.

2013 Vgl. dazu im Allgemeinen: BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 69a.

- 992 Zu den Kilometerkosten zählen auch die Kosten der Haftpflichtversicherung. Eine Kostenbeteiligung des Haftungssubjekts an der Haftpflichtversicherung und anderen wiederkehrenden Kosten (zum Beispiel Motorfahrzeugsteuern) ist jedoch ausgeschlossen. Es handelt sich hierbei um Ohnehin-Kosten beziehungsweise Sowieso-Kosten, also um Kosten, die dem Bedrohten auch ohne die Evakuierung entstanden wären.²⁰¹⁴ Solche Ohnehin-Kosten sind nicht ersatzfähig, weil der Bedrohte keinen Schaden im Sinne der Differenzhypothese²⁰¹⁵ erleidet.²⁰¹⁶
- 993 c. Welche Kosten bei einem **Mietwagen** ersatzfähig sind, hängt davon ab, ob dieser eigens für die Evakuierung gemietet wurde (Variante 1) oder ob der Bedrohte diesen bereits vor der Evakuierung gemietet hatte (Variante 2). In der Variante 1 ist der gemäss Mietvertrag zu entrichtende Mietzins ersatzfähig. Demgegenüber erleidet der Bedrohte in der Variante 2 keinen Schaden im Rechtssinne, da es sich beim Mietzins um Ohnehin-Kosten handelt (Rz. 992). Unabhängig davon, ob der Mietwagen eigens für die Evakuierung gemietet wurde oder nicht, sind die anfallenden Treibstoffkosten, Parkplatzkosten und sonstigen Mobilitätskosten zu ersetzen (Rz. 990).
- 994 3. Als **öffentliche Verkehrsmittel** gelten solche, die jedermann gegen Entgelt²⁰¹⁷ benutzen kann (zum Beispiel Eisenbahnen, Trams, Busse, Seilbahnen oder Schiffe).²⁰¹⁸ Benützt ein Bedrohter ein öffentliches Verkehrsmittel, sind die tatsächlich entstandenen Kosten, das heisst der Billettpreis, ersatzfähig.
- 995 Ist der Bedrohte Inhaber eines GA der SBB²⁰¹⁹ und benützt er eine Eisenbahn der SBB²⁰²⁰, verringert sich sein Vermögen nicht, da die Kosten

2014 Im Allgemeinen z.B. Haftpflichtkommentar (2016)-FISCHER/URWYLER, Art. 42 OR N 38; LANDOLT, Sachschadenhaftung (2007), S. 121.

2015 Die Differenzhypothese (z.B. HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht [2013], § 1 Rz. 28) wird auch Differenztheorie genannt (z.B. ROBERTO, Habil. ZH [1997], S. 9 *in fine*).

2016 ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 24.19 und 24.22; HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 8 Rz. 55; BK (2013)-BREHM, Art. 41 OR N 84a–84c; ROBERTO, Habil. ZH (1997), S. 34–37; ROBERTO, recht 3/1997, S. 110–112; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 6 Rz. 376; **a.M.** gewisse kantonale Gerichte (siehe LANDOLT, Sachschadenhaftung [2007], S. 121).

2017 Vereinzelt können ÖV unentgeltlich genutzt werden.

2018 Vgl. GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON, S. 2355, zu «öffentlicher Verkehr».

2019 Gleiches gilt betreffend vergleichbare Abonnemente in regionalen Tarifsystemen.

2020 Gleiches gilt, wenn der Bedrohte ein öffentliches Verkehrsmittel benützt, das vom GA erfasst ist.

des GA Ohnehin-Kosten (Rz. 992) sind.²⁰²¹ Anders gestaltet sich die Rechtslage, wenn der Bedrohte Inhaber eines Halbtax-Abonnements der SBB ist. Ersatzfähig sind in diesem Fall die tatsächlich entstandenen Kosten, die sich infolge des Halbtax-Abonnements auf 50% des eigentlichen Billettpreises belaufen.

4. Der Taxiverkehr, wozu ich auch neuartige Geschäftsmodelle gewerblicher Personenbeförderung wie zum Beispiel «Uber» zähle, hat öffentlichen und individuellen (das heisst privaten) Charakter. Der Betrieb von Taxis und ähnlichen Verkehrsmitteln kann zwar gewissen Vorschriften unterliegen.²⁰²² Allerdings kann der Benutzer temporär über das Fahrzeug verfügen, indem er – im Gegensatz zu den öffentlichen Verkehrsmitteln – das Ziel der Fahrt bestimmen kann.²⁰²³ Ersatzfähig sind wie bei öffentlichen Verkehrsmitteln (Rz. 994) jeweils die dem Bedrohten tatsächlich erwachsenen Fahrtkosten.

b. Unterkunftskosten

1. Neben den Fahrtkosten (Rz. 988–996) zählt die BOTSCHAFT StAG richtigerweise die Unterkunftskosten zu den Evakuierungskosten.²⁰²⁴ Als Unterkunftskosten gelten die Kosten für einen Wohnraum während der Dauer der Evakuierung. Ersatzfähig sind die Kosten, die dem Bedrohten entstehen, weil er für die Nutzung von Wohnraum dem Anbieter eines **Beherbergungsgewerbes** (zum Beispiel Hotelgewerbe, Parahotellerie, Zelt- und Wohnwagenplätze, Pensionen, Motels oder Jugendherbergen) ein Entgelt bezahlt.

2. Weicht ein Bedrohter während der Dauer der Evakuierung in seine **Ferienwohnung** oder seinen **Zweitwohnsitz** aus, erleidet er keinen Vermögensschaden im Sinne der Differenzhypothese²⁰²⁵. Die Fixkosten, wie zum Beispiel Mietzins, Hypothekarzins oder Versteuerung des Eigenmietwerts, fallen als

2021 **A.M.** im Ergebnis betreffend Auslagenersatz: PK Arbeitsvertrag (2012)-STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 327a OR N 2 (S. 490).

2022 Vgl. HOCHSTRASSER, Habil. ZH (2015), Rz. 48 und Rz. 48 (Anm. 130).

2023 GABLER WIRTSCHAFTSLEXIKON, S. 2355, zu «öffentlicher Personenverkehr».

2024 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6053; ebenso betreffend KHG: DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 102. Wiederum äussert sich die Literatur zum KHG und nKHG nicht dazu, was unter Unterkunftskosten zu verstehen ist (Fn. 2006).

2025 Die Differenzhypothese (z.B. HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht [2013], § 1 Rz. 28) wird auch Differenztheorie genannt (z.B. ROBERTO, Habil. ZH [1997], S. 9 *in fine*).

Ohnehin-Kosten (Rz. 992) unabhängig von der Evakuierung an. Auch die wiederkehrenden Ausgaben (zum Beispiel Strom, Wasser oder Heizung) sind als Ohnehin-Kosten nicht ersatzfähig. Diese Kosten müsste der Bedrohte auch am Hauptwohnsitz tragen.

c. Transport- und Lagerungskosten von Hausrat

- 999 **1.** Zu den ersatzfähigen Aufwendungen gehören ferner die **Kosten für den Weg- und Rücktransport** des Hausrats (Rz. 988–996). Zu diesem Schadensposten gehören auch die Kosten für Vorbereitungshandlungen, sofern der Transport einer Moblie besonderes Fachwissen voraussetzt. Transportkosten entstehen dem Bedrohten nur, wenn er die Mobilien nicht mit dem Personentransport (Rz. 988–996) befördern kann (siehe aber Rz. 1002).
- 1000 Der Bedrohte kann sich entscheiden, gewisse Mobilien nicht aus der Gefahrenzone zu transportieren, obwohl genügend Zeit für einen sachgerechten Transport bestünde. Sollten sich anschliessend das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichen und deswegen die zurückgelassenen Mobilien beschädigt oder zerstört werden, kann der Bedrohte hierfür vom Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG keinen Schadenersatz verlangen. Der Bedrohte verhält sich nämlich treuwidrig und verstösst gegen die Schadenminderungsobliegenheit.
- 1001 **2.** Der Bedrohte kann einen **professionellen Anbieter** mit dem Transport des Hausrats beauftragen. Die dem Bedrohten deswegen entstandenen Kosten kann er auf das Haftungssubjekt überwälzen. Muss der professionelle Anbieter selbst auch einen Fachmann beiziehen, sind auch diese zusätzlichen Kosten ersatzfähig.
- 1002 **3.** Transportiert der Bedrohte den Hausrat mit seinem privaten Verkehrsmittel, kann er die Fahrtkosten auf das Haftungssubjekt überwälzen (Rz. 999). Da die Bedrohten in aller Regel nicht über das notwendige Transportmittel verfügen, sind auch die Mietkosten (Rz. 993) eines solchen Transportmittels ersatzfähig. Der Bedrohte kann auch Ersatz für die Kosten eines Fachmanns für die Vorbereitung des Transports verlangen.
- 1003 **a.** Es stellt sich die Frage, ob der Bedrohte vom Haftungssubjekt eine Vergütung für die Erledigung des Transports des Hausrats verlangen kann. Erledigt der Bedrohte den Transport selbst, erleidet er keinen Schaden im Sinne der

Differenzhypothese^{2026, 2027} Der Bedrohte hat folglich keinen Anspruch auf Schadenersatz für die von ihm geleistete Arbeit, wenn er den Transport selbst durchführt.²⁰²⁸

b. Andere Personen können den Bedrohten beim Transport des Hausrats unterstützen. Die **Helfer** haben nur Anspruch auf eine Gegenleistung (Geld oder Naturalien) für ihre geleistete Arbeit, wenn sie mit dem Bedrohten einen entgeltlichen Vertrag geschlossen haben. Erbringt der Bedrohte die Gegenleistung, erleidet er einen Schaden im Sinne der Differenzhypothese²⁰²⁹, den er auf das Haftungssubjekt überwälzen kann. Diese Ausführungen gelten auch für alle weiteren «Dienstleistungen», die Verwandte und Bekannte zugunsten des Bedrohten erbringen (zum Beispiel Fahrdienste oder Beherbergungsdienstleistungen). 1004

2026 Die Differenzhypothese (z.B. HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht [2013], § 1 Rz. 28) wird auch Differenztheorie genannt (z.B. ROBERTO, Habil. ZH [1997], S. 9 *in fine*).

2027 Ist der Bedrohte (selbstständig oder unselbstständig) erwerbstätig, entsteht ihm während seiner Abwesenheit gegebenenfalls ein nicht ersatzfähiger entgangener Gewinn.

2028 Siehe aber FELLMANN/KOTTMANN, welche die Ersatzfähigkeit des *Haushaltsschadens* damit begründen, dass der Geschädigte berechtigt gewesen wäre, eine Ersatzkraft anzustellen und die dadurch entstandenen Kosten auf den Schädiger zu überwälzen; verzichtet der Geschädigte darauf, soll der Schädiger gemäss FELLMANN/KOTTMANN nicht davon profitieren (FELLMANN/KOTTMANN, Haftpflichtrecht I (2012), Rz. 125). Diese Überlegungen liessen sich auch auf die vorliegende Konstellation übertragen. Gegen eine solche Übertragung dieser Überlegungen auf die vorliegende Konstellation sprechen jedoch die von HANDSCHIN unter Zuhilfenahme eines «*True and Fair*-Schadensbegriffs» zum Haushaltsschaden gemachten Ausführungen (HANDSCHIN, FS Schwenzer [2011], S. 699–700 und 707): Im Gegensatz zur Person, die einen Haushaltsschaden erleidet, entstehen dem Bedrohten nämlich keine Wiederbeschaffungskosten, da der Bedrohte die Leistung «Transport» (im Gegensatz zur Leistung «Haushaltsarbeit») nicht wiederbeschaffen muss.

2029 Die Differenzhypothese (z.B. HONSELL/ISENRING/KESSLER, Haftpflichtrecht [2013], § 1 Rz. 28) wird auch Differenztheorie genannt (z.B. ROBERTO, Habil. ZH [1997], S. 9 *in fine*).

- 1005 Schliessen die Helfer und der Bedrohte keinen entgeltlichen Vertrag, liegt entweder eine **Gefälligkeit**²⁰³⁰ oder ein unentgeltlicher Vertrag vor.²⁰³¹ Der Bedrohte kann den Helfern in beiden Fällen im Gegenzug aufgrund der sozialen Konventionen, das heisst freiwillig, ein Geschenk in Form von Naturalien oder Geld im üblichen Rahmen übergeben. Dieser Schaden ist nicht ersatzfähig, weil sich das Vermögen des Bedrohten nicht unfreiwillig (Rz. 832) als *direkte* Folge der unmittelbar drohenden Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verminderte. Irrelevant ist, dass der Bedrohte einen grösseren Schaden erlitten hätte, wenn er sich für einen professionellen Anbieter entschieden hätte und das Haftungssubjekt aufgrund dieser Entscheidung weniger Schadenersatz leisten muss.
- 1006 4. Gegebenenfalls kann der Bedrohte wegen Platzmangels oder Sicherheitsbedenken am Zielort nicht den ganzen Hausrat unterbringen. In einem solchen Fall kann der Bedrohte den Hausrat bei einem professionellen Anbieter lagern und die **Lagerungskosten** auf das Haftungssubjekt überwälzen. Müssen gewisse Gegenstände besonders sorgfältig gelagert werden (zum Beispiel Wein oder Musikinstrumente), sind auch diese Lagerungskosten ersatzfähig.

d. Tierkosten

- 1007 1. In gewissen Haushalten leben **Haustiere**, das heisst Tiere, die nicht zu Vermögens- oder Erwerbszwecken gehalten werden.²⁰³²

2030 Die Leistung wird in diesem Fall (i) unentgeltlich, (ii) altruistisch und (iii) bei Gelegenheit erbracht (BGE 137 III 539 E. 4.1 S. 542; HUGUENIN, OR AT & BT [2019], Rz. 1663; HÜRLIMANN-KAUP, Diss. FR [1999], Rz. 4–20; BK [1986]-KRAMER, Allgemeine Einleitung in das schweizerische OR N 63–65; zu Recht kritisch betreffend das Kriterium «altruistisch»: GAUCH, FS Richli [2006], S. 208 [Ziff. 6b] und 216 [Ziff. 7b], dem zufolge eine Gefälligkeit auch im Hinblick auf einen eigenen, künftigen Vorteil erbracht werden kann [reziproker Altruismus]).

2031 Es ist durch Auslegung zur ermitteln, ob ein Vertrag oder eine Gefälligkeit vorliegt (HÜRLIMANN-KAUP, Diss. FR [1999], Rz. 112; BK [1986]-KRAMER, Allgemeine Einleitung in das schweizerische OR N 64–65). Für einen Rechtsbindungswillen (und damit einen Vertrag) «spricht ein eigenes, rechtliches oder wirtschaftliches Interesse der Person, welche die Leistung erbringt, oder ein erkennbares Interesse des Begünstigten an fachkundiger Beratung oder Unterstützung» (BGE 137 III 539 E. 4.1 S. 542).

2032 Vgl. auch Art. 43 Abs. 1^{bis} OR. Einlässlich zur Qualifikation eines Tieres als «Haustier»: SCHNEIDER KAYASSEH, Diss. ZH (2009), S. 55–63; siehe ferner BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 42 N 3d; CR CO I (2012)-WERRO, Art. 42 OR N 33.

- Bei kleineren Haustieren fallen in der Regel keine zusätzlichen Transportkosten an, da diese mit den Personen transportiert werden können und somit in diesem Schadensposten – vorbehaltlich zum Beispiel Zuschläge in öffentlichen Verkehrsmitteln – erfasst sind (Rz. 988–996). 1008
- Werden grössere (zum Beispiel Pferde), gefährliche (zum Beispiel Giftschlangen) oder schwierig zu transportierende (zum Beispiel Fische in einem grossen Aquarium) Tiere als Haustiere gehalten, können ersatzfähige Fahrtkosten wegen eines Extratransports anfallen. Gegebenenfalls muss der Tierhalter sogar ein Fahrzeug für den Transport des Tieres mieten; dieser Mietzins ist ersatzfähig (Rz. 993). 1009

Ersatzfähig sind auch besondere Zusatzkosten am Zielort, für die der Tierhalter aufkommen muss (zum Beispiel Extrakosten in einem Hotel). Hingegen sind die periodisch anfallenden Tierhaltungskosten (zum Beispiel Futter, Veterinärbesuche oder etwaige Steuern) als Ohnehin-Kosten (Rz. 992) nicht ersatzfähig. 1010

2. Tiere, die zu Vermögens- und Erwerbszwecken gehalten, also von Menschen wirtschaftlich genutzt werden, sind **Nutztiere**.²⁰³³ Wie bei Haustieren sind die periodisch anfallenden Tierhaltungskosten als Ohnehin-Kosten (Rz. 992) nicht ersatzfähig, wohingegen die Zusatzkosten am Zielort ersatzfähig sind (Rz. 1010). Nachfolgend gehe ich gesondert auf besondere Schadensposten ein. 1011

a. Dem Eigentümer von Nutztieren, insbesondere grosser Tierherden, können am Zielort erhebliche Zusatzkosten entstehen. Zu diesen Zusatzkosten zählen zum Beispiel die Kosten für die geeignete Unterbringung der Nutztiere, die je nach Produktionsart (zum Beispiel «Bio-Siegel» und ähnliche Siegel) unterschiedlich hoch sein können. Beahlt der Eigentümer der Nutztiere andere Landwirte für die «Beherbergung» seiner Tiere, kann er vom Haftungssubjekt Ersatz dieser Kosten fordern. 1012

Kann der Tierhalter innert Frist keinen geeigneten Standort für seine Nutztiere finden, bleibt ihm nur die Wahl zwischen einer **Notschlachtung** oder einem **Notverkauf**; dabei sind einzig die Transaktionskosten²⁰³⁴ ersatzfähig. Kein ersatzfähiger Schaden ist hingegen der entgangene Gewinn 1013

2033 DUDEN, zu «Nutztier».

2034 Darunter verstehe ich Kosten, die dem Bedrohten z.B. wegen Absprachen, Suchbemühungen, Offertstellungen oder Werbung entstehen und sein Vermögen vermindern.

(Rz. 985 und 1026). Verringert sich daher das Vermögen des Tierhalters, weil er zum Beispiel ein Tier mehrere Wochen vor dem eigentlichen Termin schlachtet oder das Tier aufgrund des Notverkaufs unter dem Marktpreis veräussert, ist dieser Schaden nicht ersatzfähig.

- 1014 **b.** Bei Nutztieren dürften die Transportkosten einen weiteren grossen Schadensposten darstellen, da die Nutztiere wohl in mehreren Ladungen transportiert werden müssen. Kann der Bedrohte mit seinen Transportmitteln in der verfügbaren Zeit sämtliche Tiere wegtransportieren, sind die Fahrtkosten ersatzfähig (Rz. 990). Muss der Bedrohte hingegen das Transportmittel mieten, kann er zusätzlich zu den Fahrtkosten Ersatz für den Mietzins verlangen (Rz. 993). Der Bedrohte kann einen professionellen Anbieter mit dem Transport der Nutztiere beauftragen. Die dem Bedrohten deswegen entstandenen Kosten kann er auf das Haftungssubjekt überwälzen. Eine Pflicht, den Transport selbst durchzuführen, besteht nämlich nicht.

2. Aufwandminderungsobliegenheit hinsichtlich der Evakuierungskosten

- 1015 Den Bedrohten trifft eine der Schadenminderungsobliegenheit nachgebildete Aufwandminderungsobliegenheit (Rz. 980–981). Nachfolgend zeige ich anhand von drei Schadensposten (Fahrt-, Unterkunfts- sowie Transport- und Lagerungskosten von Hausrat) auf, welche Konsequenzen diese Aufwandminderungsobliegenheit zeitigt.

a. Fahrtkosten

- 1016 Die Wahl des Transportmittels dürfte aufgrund des Zeitdrucks oftmals stark eingeschränkt sein. Die Möglichkeiten des Bedrohten, den Aufwand zu minimieren, sind daher gering. Eine Aufwandminderungsobliegenheit besteht immerhin in zwei Fällen:
- 1017 – Eine Reise im öffentlichen Verkehr in der 1. Klasse ist komfortabler als in der 2. Klasse. Ein drohender Personenschaden lässt sich jedoch auch abwehren, wenn der Bedrohte in der 2. Klasse reist. Es sind folglich nur die **Kosten eines 2.-Klasse-Billets** zu ersetzen, selbst wenn der Bedrohte üblicherweise in der 1. Klasse fährt.²⁰³⁵ Fährt der Bedrohte in der 1. Klasse, sind nur die Kosten eines 2.-Klasse-Billets ersatzfähig.

2035 Vgl. auch betreffend die sozialversicherungsrechtliche Ersatzpflicht: LANDOLT, FS Koller (2018), S. 502 *in fine*.

- Mietet der Bedrohte eigens wegen der Evakuierung ein Fahrzeug 1018 (Rz. 993), ist nur der Mietzins eines **Mittelklassefahrzeugs** ersatzfähig.²⁰³⁶ Mietet der Bedrohte ein Luxusfahrzeug, ist sein Schadenersatzanspruch entsprechend zu kürzen. Aufgrund der ihn treffenden Aufwandminderungsobliegenheit ist die Mietdauer so zu wählen, dass der Mietwagen während der Dauer der Evakuierung (inklusive einer Sicherheitsmarge) genutzt werden kann. Wählt der Bedrohte eine deutlich längere Mietdauer, ist somit sein Schadenersatzanspruch proportional zu kürzen: Das Haftungssubjekt ist folglich verpflichtet, nur jenen Teil des Schadens zu decken, der die Dauer der Evakuierung (inklusive einer Sicherheitsmarge) abdeckt. Konnte der Bedrohte aufgrund der Behördenkommunikation in guten Treuen davon ausgehen, dass er innert einer bestimmten Frist in das Gefahrengebiet zurückkehren darf, ist das Haftungssubjekt jedoch verpflichtet, den vollständigen Schaden zu ersetzen, selbst wenn die Mietdauer zu lang gewählt wurde.

b. Unterkunftskosten

1. Wenn der Bedrohte in einem **ortsüblichen Mittelklassehotel** oder für einen 1019 ähnlichen Betrag in der Parahotellerie mit Halbpension übernachtet, verstösst er nicht gegen seine Aufwandminderungsobliegenheit und die Unterkunftskosten sind ersatzfähig.²⁰³⁷
2. Ein Bedrohter verstösst insbesondere nicht gegen die Aufwandminde- 1020 rungsobliegenheit, wenn er sich gegen die Übernachtung in einer durch den Staat zur Verfügung gestellten Unterkunft (zum Beispiel Zivilschutzanlage, Turnhalle oder Kaserne) entscheidet. Gleiches gilt, wenn sich der Bedrohte dagegen entscheidet, bei Verwandten und Bekannten zu übernachten. Die **Wahl der Übernachtungsorts** ist (auch) eine persönliche Angelegenheit. Aufgrund der mit der Evakuierung zusätzlich verbundenen psychischen

2036 Vgl. aber betreffend die Schadenminderungsobliegenheit: PICHONNAZ, Colloque (2004), S. 127 «Le type de véhicule loué doit être un véhicule de la même catégorie que le véhicule endommagé. Il s'agit d'une conséquence du principe selon lequel le lésé ne doit pas être placé dans une situation plus favorable que celle dans laquelle il se serait trouvé sans l'accident.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

2037 Vgl. betreffend die Schadenminderungsobliegenheit im Zusammenhang mit einem Ersatzfahrzeug: PICHONNAZ, Colloque (2004), S. 127 «Le prix de location doit être conforme au marché.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

Belastung trifft den Bedrohten diesbezüglich daher keine Aufwandminderungsobliegenheit.

1021 **3.** Die durchschnittlichen Kosten in der Hotellerie und Parahotellerie unterscheiden sich je nach Region. Es stellt sich die Frage, ob der Bedrohte gegen seine Aufwandminderungsobliegenheit verstösst, wenn er aufgrund dieses Preisgefälles eine weit vom Evakuierungsgebiet befindliche Unterkunft wählt und deswegen der Durchschnittspreis für eine Übernachtung höher ist.²⁰³⁸

1022 Diese Frage ist aus zwei Gründen zu verneinen. Erstens sprechen praktische Gründe gegen eine solche Aufwandminderungsobliegenheit. Wird ein bevölkerungsreiches Gebiet evakuiert, dürften im näheren Einzugsgebiet kaum genügend Übernachtungsmöglichkeiten in der Hotellerie oder Parahotellerie vorhanden sein. Zweitens wäre eine solche Aufwandminderungsobliegenheit unzumutbar. Aufgrund der psychischen Belastung kann vom Bedrohten nicht verlangt werden, eine in der unmittelbaren Nähe des Evakuierungsgebiets liegende Unterkunft zu wählen.

c. Transport- und Lagerungskosten von Hausrat

1023 **1.** Man könnte die Auffassung vertreten, dass Transportkosten nur ersatzfähig seien, wenn der Transport des Hausrats ökonomisch sinnvoll sei.²⁰³⁹ Dieser Ansicht zufolge könnte kein Ersatz für die Transportkosten verlangt werden, wenn der Neuanschaffungswert der transportierten Gegenstände tiefer als die Transportkosten ist. Diese Auffassung ist abzulehnen. Ersatzfähig sind die Transportkosten aller Gegenstände.

1024 **2.** Es stellt sich die Frage, ob ein Bedrohter den Hausrat bei sich selbst (zum Beispiel in seiner Zweitwohnung) oder bei Verwandten/Bekannten einstellen sollte, um die Lagerungskosten zu reduzieren. Einen Bedrohten trifft nur dann die Obliegenheit, den Hausrat bei sich selbst zu lagern, sofern (i) sich der Lagerungsort in der Nähe zum Hauptwohnsitz befindet, (ii) genügend Platz vorhanden ist, (iii) keine besondere Lagerung der Gegenstände notwendig ist und (iv) es absehbar ist, dass der eigentliche Wohnsitz im Gefahrengbiet innert vernünftiger Frist wieder bezogen werden kann. Selbst wenn diese vier Voraussetzungen erfüllt sind, kann nicht vom Bedrohten verlangt werden, den

2038 Verstösst ein Bedrohter z.B. gegen seine Schadenminderungsobliegenheit, wenn er aus einem Bergdorf im Kanton Graubünden evakuiert wird und in einem ortsüblichen Hotel in der Stadt Zürich statt in der Stadt Chur übernachtet?

2039 Z.B. Bilder, Kunstsammlungen, Möbel, grössere technische Geräte, Teppiche, Fahrrad und Motorräder, Sportausrüstungen, Musikinstrumente oder Weinsammlungen.

Hausrat bei Verwandten/Bekannten zu lagern. Es wäre unzumutbar, wenn die Verwandten/Bekannten dermassen viele Unannehmlichkeiten auf sich nehmen müssten.

3. Schliesslich stellt sich die Frage, ob den Bedrohten eine Obliegenheit trifft, 1025 beim Transport von Hausrat Dienstleistungen von Verwandten/Bekannten anzunehmen. Diese Frage ist zu verneinen. Eine solche Aufwandminderungsobliegenheit ist unzumutbar, weil sie zu stark in die persönliche Entscheidungsfreiheit des Bedrohten eingreift. Aus diesem Grund kann der Bedrohte den Hausrat selbst transportieren oder einen professionellen Anbieter damit beauftragen (Rz. 1001).

3. Die nicht gedeckten Aufwendungen

a. Entgangener Gewinn

1. Ergreift ein Privater Schadenabwehrmassnahmen und entgeht ihm deswegen ein Gewinn, ist dieser Schaden nicht ersatzfähig.²⁰⁴⁰ Dies legt auch das Wort «Aufwendungen» nahe, das «Ausgaben und Auslagen» bedeutet.²⁰⁴¹ Das StAG macht damit klar, dass eine Person eine Massnahme treffen und ihr deswegen ein Schaden entstehen muss, was beim entgangenen Gewinn gerade nicht der Fall ist (Rz. 833).

2. Hauptanwendungsfall des entgangenen Gewinns ist der **Erwerbsausfall**.²⁰⁴² 1027

a. Bei selbstständig erwerbenden Personen beträgt der Schaden die konkret erlittene Gewinneinbusse.²⁰⁴³ Zu prüfen ist, ob der Bedrohte allenfalls eine Versicherung abgeschlossen hat. 1028

b. Bei unselbstständig erwerbenden Personen entspricht der entgangene Gewinn der konkreten Lohneinbusse.²⁰⁴⁴ Der Arbeitgeber ist grundsätzlich²⁰⁴⁵ verpflichtet, den Lohn zu zahlen, wenn der Arbeitnehmer unverschuldet nicht 1029

2040 Art. 14 Abs. 2 StAG.

2041 Vgl. DUDEN, zu «Aufwendung».

2042 Siehe dazu im Allgemeinen: BK (2013)-BREHM, Art. 46 OR N 35 m.w.N.

2043 Haftpflichtkommentar (2016)-FISCHER/GÄHWILER, Art. 46 OR N 32 m.w.N.

2044 Haftpflichtkommentar (2016)-FISCHER/GÄHWILER, Art. 46 OR N 32 m.w.N.

2045 Siehe aber Art. 324b OR.

arbeiten kann.²⁰⁴⁶ Allerdings gilt die Lohnfortzahlungspflicht nur aus Gründen, die in der Person des Arbeitnehmers liegen.²⁰⁴⁷ Bei *überpersönlichen Verhinderungsgründen* greift die Lohnfortzahlungspflicht nicht, und das Lohnrisiko ist vom Arbeitnehmer zu tragen.²⁰⁴⁸ Eine Evakuierung ist ein überpersönlicher Verhinderungsgrund. Denn die unmittelbar drohende Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG betrifft immer viele Personen und stellt daher ein objektives Leistungshindernis dar.²⁰⁴⁹ Der Arbeitgeber ist folglich nicht verpflichtet, dem Arbeitnehmer während der Dauer seiner Abwesenheit Lohn zu zahlen. Etwas anderes gilt nur, wenn zum Beispiel der Betrieb des Arbeitgebers im evakuierten Gebiet liegt und die Verhinderung der Erbringung der Arbeitsleistung durch den Arbeitnehmer als *betrieblicher Verhinderungsgrund* im Sinne von Art. 324 OR gilt.²⁰⁵⁰

- 1030 **3.** Der Ausschluss des entgangenen Gewinns in Form des Erwerbsausfalls ist stossend und läuft dem Gerechtigkeitsgedanken zuwider. Wieso sollten die Bedrohten diesen Schaden tragen müssen? Es wäre gerechtfertigt, wenn das Haftungssubjekt auch für den Erwerbs- oder Verdienstausschlag haftet.²⁰⁵¹ Um eine uferlose Haftung des Angreifers zu verhindern, könnte man den sonstigen

2046 Art. 324a Abs. 1 OR (dazu im Allgemeinen z.B. BSK OR I [2020]-PORTMANN/RUDOLPH, Art. 324a N 1, siehe zudem N 1–11 zu allen Voraussetzungen des Lohnfortzahlungsanspruchs; siehe auch Haftpflichtkommentar [2016]-FISCHER/GÄHWILER, Art. 46 OR N 68).

2047 Art. 324a Abs. 1 OR.

2048 Z.B. BSK OR I (2020)-PORTMANN/RUDOLPH, Art. 324a N 3.

2049 Vgl. im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-PORTMANN/RUDOLPH, Art. 324a N 3, die politischen Unruhen, Naturkatastrophen, allgemeine Verkehrszusammenbrüche und die Seuchengefahr als überpersönliche Verhinderungsgründe ansehen; PK Arbeitsvertrag (2012)-STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324a OR–Art. 324b OR N 6 (S. 407); GEISER, ZBJV 2/2006, S. 176, der Stromunterbrüche und Verkehrszusammenbrüche erwähnt, siehe auch S. 178–179, wonach den Arbeitgeber keine Lohnfortzahlungspflicht trifft, wenn der Arbeitnehmer aufgrund eines Umweltereignisses Schadenabwehrmassnahmen ergreift und deshalb die Arbeitsleistung nicht erbringt.

2050 Dazu im Allgemeinen: BSK OR I (2020)-PORTMANN/RUDOLPH, Art. 324 N 4 und Art. 324a N 3; PK Arbeitsvertrag (2012)-STREIFF/VON KAENEL/RUDOLPH, Art. 324 N 5 (S. 386) «Ein und dasselbe Ereignis kann also je nach den Umständen entweder den Arbeitgeberverzug nach Art. 324 auslösen (und damit den Lohnanspruch aufrechterhalten) oder aber nach der Grundregel «ohne Arbeit kein Lohn» [...] zum Erlöschen des Lohnanspruchs führen.» und Art. 324a OR–Art. 324b OR N 6 (S. 407–408); siehe auch betreffend Überschwemmungen: GEISER, ZBJV 2/2006, S. 176–177.

2051 So die Regelung im nKHG (siehe Rz. 834).

entgangenen Gewinn immer noch als nicht ersatzfähig qualifizieren. Art. 14 Abs. 2 StAG sollte daher *de lege ferenda* in diesem Sinne angepasst werden.²⁰⁵²

b. Lebenshaltungskosten

1. Nicht ersatzfähig sind die Lebenshaltungskosten, da es Ohnehin-Kosten sind (Rz. 992). Darunter sind die periodischen Aufwendungen des täglichen Bedarfs zu verstehen, mit denen der Alltag bestritten wird, mithin die persönlichen Bedürfnisse befriedigt werden.²⁰⁵³ In Einzelfällen sind die Lebenshaltungskosten jedoch ersatzfähig (Rz. 1033).

2. Zu den Lebenshaltungskosten können namentlich folgende Auslagen gezählt werden:

- Nahrung;²⁰⁵⁴ 1033
- Kleidung; 1034
- Unterkunft; 1035
- Persönliche Hygiene/Körperpflege; 1036
- Freizeit und Vergnügen; 1037
- Haltung von Tieren; 1038
- Kommunikationskosten; 1039
- Mobilitätskosten. 1040

c. Aufwendungen infolge nicht notwendiger und unverhältnismässiger Schadenabwehrmassnahmen

1. Nicht ersatzfähig sind – wie auch im Anwendungsbereich von Art. 21 StAG (Rz. 936) – Aufwendungen, die wegen nicht notwendiger und unverhältnismässiger Schadenabwehrmassnahmen entstanden sind.

2052 Vgl. betreffend nKHG: FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 2076; WALDNER, AJP 8/2012, S. 1110–1111; wohl gl.M. betreffend KHG: RAUSCH, Atomenergie-recht (1980), S. 221.

2053 Vgl. Art. 34 lit. a DBG; Kommentar DBG (2019)-LOCHER, Art. 34 N 5.

2054 Die Verpflegungskosten sind ausnahmsweise dann zu ersetzen, wenn der Bedrohte nur in der Hotellerie wohnen und nicht selbst kochen kann und daher in einem Restaurantsbetrieb essen muss. In diesem Fall fallen naturgemäss höhere Kosten als zu Hause an. Folglich ist die Differenz zwischen den üblichen Ausgaben für Selbstverpflegung zu Hause und den Kosten im Restaurant zu ersetzen.

- 1042 2. Dieser Grundsatz ist in zweifacher Hinsicht zu präzisieren: Erstens wird die Erforderlichkeit der Schadensabwehr bei privaten Schadenabwehrmassnahmen fingiert (Rz. 977). Eine Schadenabwehrmassnahme ist daher nur dann nicht notwendig, wenn sie sich sachlich nicht mehr auf die indirekte Schadenabwehrmassnahme stützt (Rz. 976). Zweitens sind hinsichtlich unverhältnismässiger Schadenabwehrmassnahmen jedoch immer noch jene Aufwendungen ersatzfähig, die durch verhältnismässige Schadenabwehrmassnahmen verursacht werden (Rz. 936).

E. Die weiteren Haftungsvoraussetzungen

I. Kausalzusammenhang

a. Kausalzusammenhang zwischen Aufwendungen und behördlichen Schadenabwehrmassnahmen

- 1043 1. Kosten privater Schadensabwehr sind nur ersatzfähig, wenn die Privaten verpflichtet waren, die Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen und diese sich sachlich auf eine behördliche Schadenabwehrmassnahme stützen können. Die Aufwendungen sind damit quasi die **verwaltungsrechtliche Folge** der indirekten Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 846).²⁰⁵⁵ So spricht Art. 14 Abs. 2 StAG davon, dass nur «infolge behördlich angeordneter Massnahmen» entstehende Kosten privater Schadensabwehr ersatzfähig sind.²⁰⁵⁶

2055 Vgl. betreffend KHG: Haftpflichtkommentar (2016)-SOMAINI, Art. 2 KHG N 12; DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 102 «Seul le préjudice consécutif aux mesures préventives ordonnées par les autorités permettra aux personnes lésées d'obtenir réparation [...]» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

2056 Art. 14 Abs. 2 StAG weicht von seiner Vorbildnorm, d.h. Art. 2 Abs. 1 lit. c KHG, ab und sieht keine behördlich *empfohlenen* Massnahmen als Schadenabwehrmassnahmen vor. Gemäss VE¹-StAG und VE²-StAG hätte das Haftungssubjekt auch für Schaden infolge behördlich empfohlener Massnahmen haftet. Diese Regelung wurde jedoch zu Recht in der Vernehmlassung kritisiert (EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR UMWELT, VERKEHR, ENERGIE UND KOMMUNIKATION, Vernehmlassungsergebnisse VE²-StAG [9.10.2000], S. 9 «Verschiedene Vernehmlassungsteilnehmer lehnen eine Haftung für behördlich empfohlene Massnahmen ab; zu haften sei bloss für behördlich angeordnete Massnahmen [SVV, Pool].»; SCHWEIZER POOL, Vernehmlassung zum VE²-StAG [21.3.2000], S. 3–4: «In der Vernehmlassung im Zusammenhang mit dem Entwurf SHG haben wir auf die Erkenntnisse aus den inzwischen gemachten, sehr negativen Erfahrungen – insbesondere im Schadenfall Tschernobyl – hingewiesen. Diese zeigen, dass es sehr fragwürdig ist, die Kosten der

2. Zwischen den vom Bedrohten infolge privater Schadenabwehrmassnahmen 1044
erlittenen Aufwendungen und den indirekten Schadenabwehrmassnahmen
muss folglich ein (adäquater) Kausalzusammenhang bestehen.²⁰⁵⁷ Ob die an-
ordnende Behörde für die Ergreifung behördlicher Schadenabwehrmassnah-
men zuständig oder ob die Schadensabwehr überhaupt notwendig gewesen ist,
ist irrelevant (Rz. 977–978). Damit wird vermieden, dass das Haftungssubjekt
sich von seiner Haftung mit der Begründung befreien kann, die behördlichen
Schadenabwehrmassnahmen seien von einer unzuständigen Behörde ergriffen
worden oder die privaten Schadenabwehrmassnahmen seien gar nicht notwen-
dig gewesen (Rz. 978).

Unzutreffend ist die Ansicht, dass der (adäquate) Kausalzusammen- 1045
hang zwischen den Kosten privater Schadensabwehr und der unmittelbar dro-
henden Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14
Abs. 1 StAG bestehen müsse.²⁰⁵⁸ Ob eine unmittelbare Gefahr besteht, muss
nur betreffend die Zulässigkeit der behördlichen Schadenabwehrmassnahmen
geprüft werden (Rz. 922 und 926). Bei den privaten Schadenabwehrmassnah-
men entfällt die Prüfung dieses Kriteriums. Das Vorhandensein einer unmit-
telbaren Gefahr für die Rechtsgüter Leib, Leben und Eigentum wird mit ande-
ren Worten fingiert (Rz. 977–978).

3. Ergreift ein Bedrohter **auf eigene Initiative** – also ohne das Vorliegen von 1046
indirekten Schadenabwehrmassnahmen – private Schadenabwehrmassnah-
men, kann er vom Haftungssubjekt keinen Ersatz für den dadurch verursachten

von den Behörden bloss empfohlenen Massnahmen zum Gegenstand der Haftung zu
erheben. Entweder ist eine Massnahme notwendig und somit anzuordnen, oder sie ist
nicht notwendig und sollte somit nicht Gegenstand der Haftung – geschweige denn
einer verschärften Haftung – sein. Den lokalen politischen Behörden darf kein Frei-
pass ausgestellt werden, auf Kosten der Industrie, der Versicherer und eventuell des
Bundes Massnahmen zu empfehlen, von denen sie selbst nicht genügend überzeugt
sind, um sie anzuordnen und somit dafür einzustehen.»).

2057 Gl.M. betreffend KHG: DÉBIEUX, Diss. FR (1987), S. 102 *in fine* «Pour que la res-
ponsabilité de l'exploitant soit engagée, il faut qu'il existe entre le préjudice et les
mesures ordonnées un rapport de causalité adéquate. Cette relation d'adéquation entre
la cause et ses conséquences est exprimée dans la loi par l'utilisation du terme «par
suite» (als Folge, consequente) [...]».

2058 So wohl FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1853.

Schaden fordern. Es fehlt in diesem Fall nämlich am erforderlichen Kausalzusammenhang (Rz. 1044).²⁰⁵⁹

b. Haftungsausschluss

- 1047 1. Es stellt sich die Frage, ob der Haftungsausschluss nach Art. 15 StAG auch für den infolge von Schadenabwehrmassnahmen erlittenen Schaden greift. Dagegen spricht, dass der adäquate Kausalzusammenhang zwischen den behördlichen Schadenabwehrmassnahmen und den Kosten privater Schadensabwehr bestehen muss (Rz. 1044). Die *direkte* Ursache der Kosten privater Schadensabwehr müssen folglich die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen sein. Die unmittelbar von einer Stauanlage ausgehende Gefahr (Rz. 913) ist nur die *indirekte* Ursache der Kosten privater Schadensabwehr.²⁰⁶⁰ Die Kosten privater Schadensabwehr werden somit lediglich indirekt durch einen Entlastungsgrund im Sinne von Art. 15 StAG verursacht, was gegen dessen Anrufung spricht. Allerdings sprechen folgende Gründe dafür, dass sich das Haftungssubjekt auch im Anwendungsbereich von Art. 14 Abs. 2 StAG auf Art. 15 StAG berufen kann:²⁰⁶¹
- 1048 – Der Wortlaut von Art. 15 StAG spricht von «Haftung» und «Schaden». Damit ist auch der Schaden beziehungsweise die Haftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG erfasst.
- 1049 – Weiter spricht das teleologische Auslegungselement dafür, dass Art. 15 StAG auch betreffend die Haftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG anwendbar ist. Es ist nämlich nicht einzusehen, wieso diese Entlastungsgründe nur bei der Haftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG angerufen werden sollen können (Rz. 941). Es wäre stossend, wenn das Haftungssubjekt für die Kosten privater Schadensabwehr haftet, obwohl ein Entlastungsgrund vorliegt, während es sich mit dem gleichen Entlastungsgrund von seiner Haftung für Personen- und Sachschaden (Art. 14 Abs. 1 StAG) befreien könnte.
- 1050 – Schliesslich spricht auch die systematische Stellung von Art. 15 StAG im 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG dafür, dass der Haftungsausschluss auch bei Art. 14 Abs. 2 StAG greift.

2059 Siehe Rz. 835 zur Ersatzfähigkeit solcher Kosten privater Schadensabwehr gestützt auf die *lex lata*.

2060 Die unmittelbar von einer Stauanlage ausgehende Gefahr (Rz. 913) ist jedoch *direkte* Ursache der behördlichen Schadenabwehrmassnahmen.

2061 Unklar FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1882 (wohl contra) und 1890 (wohl pro); unklar ebenso KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 252.

2. Ergreift der Staat wegen einer ernstzunehmenden Drohung²⁰⁶² – zum Bei- 1051
spiel wenn die Stauanlage Ziel eines terroristischen Anschlags oder Sabotage-
akts²⁰⁶³ ist beziehungsweise sein könnte – indirekte Schadenabwehrmassnah-
men,²⁰⁶⁴ kann sich das Haftungssubjekt durch Anrufung von Art. 15 StAG von
seiner Haftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG befreien.²⁰⁶⁵ Gleiches gilt, wenn die
Stauanlage bei kriegerischen Auseinandersetzungen ein militärisches Ziel sein
könnte (Rz. 696). Auch wenn der Staat wegen eines prognostizierten ausser-
ordentlichen Naturereignisses (zum Beispiel ein starkes Erdbeben oder ein
starker Regenfall), das als höhere Gewalt (Rz. 668–693) gilt, indirekte Scha-
denabwehrmassnahmen ergreift, kann sich das Haftungssubjekt durch Anru-
fung von Art. 15 StAG von seiner Haftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG befreien.

In solchen Fällen können die Bedrohten versuchen, die Kosten priva- 1052
ter Schadensabwehr in einem Staatshaftungsverfahren auf den Staat zu über-
wälzen. Sollte dies nicht gelingen, erhalten die Bedrohten keinen Ersatz für
ihren Schaden. Diese Situation ist vor allem deswegen stossend, weil den Pri-
vaten ein Schaden bei der Erfüllung einer Pflicht entstand. *De lege ferenda*
sollte daher der Anwendungsbereich von Art. 15 StAG auf die Haftung nach
Art. 14 Abs. 1 StAG und Art. 21 StAG beschränkt werden.²⁰⁶⁶

2062 Vgl. betreffend KHG: JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 5832 (zweites Lemma).

2063 Bei anderen Fällen groben Drittverschuldens würde das Haftungssubjekt hingegen
nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG haften. Verursachen z.B. wie bei der
Talsperre «Zeuzier» (VS) Bohrungen zu Rissen in einer Stauanlage (siehe dazu
Fn. 366; SAUER, NZZ [23.2.2005], S. 9; CERUTTI, NZZ¹ [4.6.1992], S. 19 und den
diesbezüglichen BGE 119 Ib 334 [= Pra 1994, Nr. 74]), würde das Haftungssubjekt
trotzdem nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG haften.

2064 Der Staat dürfte nur *ultima ratio* indirekte Schadenabwehrmassnahmen ergreifen.
Vielmehr wird der Staat versucht sein, die unmittelbar von einer Stauanlage ausge-
hende Gefahr mittels direkter Schadenabwehrmassnahmen abzuwehren oder zu ver-
mindern.

2065 Siehe Rz. 701–706 zu den Begriffen «Sabotage» und «Terrorismus».

2066 Diese Gesetzesänderung hätte folgende Konsequenz: Läge bei einer Klage nach
Art. 14 Abs. 2 StAG ein Haftungsausschlussgrund i.S.v. Art. 15 StAG vor, auf den
sich das Haftungssubjekt jedoch nicht berufen kann, könnten die Privaten die Kosten
privater Schadensabwehr auf das Haftungssubjekt überwälzen. Gegebenenfalls
könnte das Haftungssubjekt seinen deswegen erlittenen Schaden ganz oder teilweise
auf die Behörde in einem Staatshaftungsverfahren überwälzen.

2. *Widerrechtlichkeit*

- 1053 Die Widerrechtlichkeit ist bei Gefährdungshaftungen und somit auch bei der Gefährdungshaftung von Art. 14 Abs. 2 StAG (Rz. 958) keine Haftungsvoraussetzung (vgl. Rz. 721–728 und die Nachweise in Fn. 1484 zur Begründung, wieso die Widerrechtlichkeit bei Gefährdungshaftungen keine Haftungsvoraussetzung ist).

3. *Negative Haftungsvoraussetzungen*

- 1054 Das zur Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG Ausgeführte (Rz. 729–755) gilt auch für die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG, das heisst die Haftung für Kosten privater Schadensabwehr.

F. Haftungskonkurrenz

- 1055 Eine Haftungskonkurrenz zwischen Art. 14 Abs. 2 StAG und anderen Haftungstatbeständen besteht nicht, da keine anderen Haftpflichtnormen existieren, welche die Ersatzfähigkeit der Kosten privater Schadensabwehr im Zusammenhang mit Stauanlagen regeln.²⁰⁶⁷

V. Verjährung

A. Schadenersatzforderung nach Art. 14 Abs. 2 StAG

- 1056 Die Verjährung der privatrechtlichen Schadenersatzforderung nach Art. 14 Abs. 2 StAG richtet sich nach den bereits dargestellten Grundsätzen (Rz. 756–778).

B. Ersatzforderungen nach Art. 21 StAG

- 1057 1. Das StAG und die StAV äussern sich nicht zur Verjährung von Ersatzforderungen nach Art. 21 StAG.²⁰⁶⁸ Regelt das anwendbare öffentlich-rechtliche Spezialgesetz die Verjährung nicht, verjähren öffentlich-rechtliche Forderungen

2067 Nimmt man mit der Mehrheit der Autoren die Ersatzfähigkeit von Schadenabwehrkosten gestützt auf die *lex lata* an, bestünde immerhin eine Haftungskonkurrenz (Rz. 835).

2068 Siehe betreffend Verjährungsfristen im öffentlichen Recht bei Fehlen einer gesetzlichen Regel im Allgemeinen: MEIER, Diss. FR (2013), S. 166–170.

gen gemäss konstanter höchstrichterlicher Rechtsprechung innert **fünf Jahren**. Das Bundesgericht lehnt es ab, Art. 60 OR auf öffentlich-rechtliche Forderungen anzuwenden.²⁰⁶⁹

2. Dem Bundesgericht zufolge beginnt die Verjährung ab dem Zeitpunkt zu 1058 laufen, in dem die behördliche Schadenabwehrmassnahme durchgeführt ist und deren Kosten bekannt sind.²⁰⁷⁰ Da Art. 60 OR nicht anwendbar ist und die Frist erst bei Kenntnis der Kosten zu laufen beginnt, kann es zu einer faktischen Unverjährbarkeit der Forderung kommen.²⁰⁷¹

Diese Rechtsprechung (Rz. 1058) ist stossend. Die Lehre fordert daher zu Recht, diese offene Lücke²⁰⁷² zu füllen und eine absolute Verjährungsfrist vorzusehen.²⁰⁷³ Wie lange diese absolute Verjährungsfrist sein sollte, ist jedoch umstritten.²⁰⁷⁴ Unabhängig davon, sollte in Analogie zu Art. 60 Abs. 1 OR die *absolute* Verjährungsfrist an dem Tag zu laufen beginnen, an dem das schädigende Verhalten erfolgte oder aufgehört hat.²⁰⁷⁵ Die von einer Stauanlage ausgehende unmittelbare Gefahr, quasi das schädigende Verhalten, wird erst durch das Ergreifen von behördlichen Schadenabwehrmassnahmen beseitigt. Es ist daher sachgerecht, dass die absolute Verjährung am Tag, an dem die Behörde Schadenabwehrmassnahmen ergreift, zu laufen beginnt. Trifft eine Behörde ein «Bündel» von Massnahmen, beginnt die absolute Verjährungsfrist erst am Tag, an dem die letzte Schadenabwehrmassnahme ergriffen wurde, zu laufen. Die vom Bundesgericht vorgesehene 5-Jahresfrist, die erst zu laufen beginnt, wenn die Massnahme durchgeführt worden ist und die Kosten bekannt geworden sind, käme in diesem System der *relativen* Verjährungsfrist gleich.

2069 BGE 122 II 26 E. 5 S. 32 (= Pra 1996, Nr. 237, S. 929–930); BGer (17.12.1980) E. 2 Ingress, in: ZBl 1981, S. 371; BGE 105 Ib 6 E. 3c S. 13–14.

2070 BGE 122 II 26 E. 5 S. 32 (= Pra 1996, Nr. 237, S. 929); siehe dazu auch Kommentar GSchG/WBG (2016)-WAGNER PFEIFER, Art. 54 GSchG N 77.

2071 Z.B. ADLER, Diss. ZH (2011), S. 234; siehe auch MOOR/POLTIER, Droit administratif II (2011), S. 100; FUHRER, BJM 5/1992, S. 237–238.

2072 Die «offene Lücke» wird auch «echte Lücke» genannt (KRAMER, Methodenlehre [2019], S. 219; siehe ferner BGE 142 V 402 E. 4.2 S. 405).

2073 ADLER, Diss. ZH (2011), S. 235–237.

2074 ADLER, Diss. ZH (2011), S. 235–236 m.w.H.; siehe auch MEIER, Diss. FR (2013), S. 167.

2075 Gl.M. ADLER, Diss. ZH (2011), S. 236–237.

Vierter Teil: Sonderfragen

Im vierten Teil dieser Monografie beantworte ich verschiedene Sonderfragen 1060 aus zwei Themenblöcken:

- Gegenstand des ersten Themenblocks sind internationale Stauanlagenunfälle. Ich untersuche, wann bei internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 365) gemäss Kollisionsrecht materielles Schweizer Recht und damit auch das StAG anwendbar ist (Rz. 1063–1107). 1061
- Gegenstand des zweiten Themenblocks sind Art. 17 StAG, Art. 19 StAG 1062 und Art. 20 StAG, die Sonderbestimmungen zum Schutz der Geschädigten enthalten. Art. 17 StAG verpflichtet den Bundesrat, bei einem grösseren Schadensereignis eine Beweissicherung anzuordnen (Rz. 1108–1201). Art. 19 StAG und Art. 20 StAG räumen der Bundesversammlung und dem Bundesrat bei einem Grossschaden besondere Kompetenzen zur Schadensbewältigung ein (Rz. 1202–1394).

I. Internationale Stauanlagenunfälle

1. Es sprechen keine Gründe dagegen, die privatrechtlichen StAG-Haftungsbestimmungen²⁰⁷⁶ extraterritorial anzuwenden, sofern bei einem Stauanlagenunfall ein internationaler Sachverhalt vorliegt und materielles Schweizer Recht anwendbar ist (Rz. 366–368).²⁰⁷⁷ 1063

2. Der räumliche Geltungsbereich einer privatrechtlichen Norm bestimmt sich anhand des **Kollisionsrechts**.²⁰⁷⁸ Nachfolgend lege ich dar, wann bei echten internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 1080–1101) und binationalen Stau- 1064

2076 Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG.

2077 A.M. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1820, der unter Zuhilfenahme des Territorialitätsprinzips die StAG-Haftung nur angewandt sehen möchte, wenn sich das charakteristische Risiko i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG in der Schweiz verwirklicht.

2078 Z.B. FURRER/GIRSBERGER/SIEHR, SPR XI/1 (2008), Rz. 949; KEGEL/SCHURIG, IPR (2004), S. 6–7 und 24; KELLER/SIEHR, Einführung IPR (1984), S. 1 *in fine*; ablehnend betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 103, denen zufolge sich ausländische Geschädigte nur auf das KHG berufen können, «wenn dessen örtlicher Geltungsbereich das Ausland in diesem Sinne mitumfasst».

anlagenunfällen (Rz. 1102–1107) gemäss Kollisionsrecht materielles Schweizer Recht und damit auch das StAG anwendbar ist. Vorgängig skizziere ich, wo der für die Bestimmung der internationalen direkten Zuständigkeit und des in der Sache anwendbaren materiellen Rechts relevante Handlungs- und Erfolgsort bei Stauanlagenunfällen liegen (Rz. 1065–1079). Die Klärung dieser Frage drängt sich auf, weil sich internationale Stauanlagenunfälle dadurch charakterisieren, dass die Ursache und die Wirkung in zwei verschiedenen Ländern eintreten.²⁰⁷⁹

A. Handlungs- und Erfolgsort bei Stauanlagenunfällen

- 1065 Im internationalen Deliktsrecht ist das *Ubiquitätsprinzip* – auch «Überallprinzip» genannt – wichtig, um die Zuständigkeit und das in der Sache anwendbare Recht zu bestimmen.²⁰⁸⁰ Diesem Prinzip zufolge ist die unerlaubte Handlung überall dort begangen worden, wo gehandelt wurde (Rz. 1066–1074) und wo der Erfolg eintrat (Rz. 1075–1079).²⁰⁸¹

I. Handlungsort

- 1066 1. Bei Gefährdungshaftungen befindet sich der Handlungsort²⁰⁸² nach einer heute weit verbreiteten Ansicht²⁰⁸³ dort, wo die Sache, für die gehaftet wird, ausser Kontrolle gerät und deswegen anschliessend das Rechtsgut verletzt

2079 Dazu im Allgemeinen: MÜLLER, Diss. BS (1993), S. 20.

2080 Siehe für eine Auflistung von Beispielen aus der Rechtsprechung, wo das Ubiquitätsprinzip angewandt wurde: MÜLLER, Diss. BS (1993), S. 134–137; STURM, Grenzdelikte (1983), S. 344–348.

2081 BGE 76 II 110 S. 111–112; SPÜHLER/RODRIGUEZ, IZPR (2013), Rz. 221; KELLER/SIEHR, IPR AT (1986), S. 359 m.w.N.; kritisch DELACHAUX, Diss. ZH (1960), S. 146–155.

2082 MÜLLER, Diss. BS (1993), S. 104–107 mit einer Auflistung von Pro- und Contra-Argumenten betreffend den Gerichtsstand des Handlungsorts.

2083 Betreffend deutsches Recht: VON HEIN, Diss. Hamburg (1998), S. 287 m.w.N., siehe auch S. 288 zur abweichenden Lehrmeinung.

wird.²⁰⁸⁴ Mit anderen Worten ist der Ort des schadenstiftenden Ereignisses der Handlungsort.²⁰⁸⁵

2. Bei ortsfesten Anlagen – wie etwa bei einer Stauanlage – befindet sich der Handlungsort dort, wo sich die durch die Anlage begründete Gefährdung (beziehungsweise abstrakte Gefahr) konkretisiert.²⁰⁸⁶ Bei Stauanlagen befindet sich der Handlungsort folglich dort, wo das **Absperrbauwerk** (Rz. 73) und die **Nebenanlagen** (Rz. 75–92 und 338 sowie Fn. 771) stehen. An diesen Stellen kann potenziell Wasser austreten (Rz. 338) beziehungsweise sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichen (oder sich unmittelbar zu verwirklichen drohen).²⁰⁸⁷

a. Folglich existieren bei den Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG nicht mehrere Handlungsorte. Dieser Grundsatz wird jedoch in zwei Fällen durchbrochen: bei binationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 1105) und bei jenen Stauanlagenunfällen, in denen zeitgleich und jeweils aus unterschiedlichen Gründen Wasser sowohl beim Absperrbauwerk als auch bei den Nebenanlagen austritt (oder auszutreten droht).

b. Bei der Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG ist unerheblich, wieso sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht (oder unmittelbar zu verwirklichen droht). Deswegen kann neben dem Handlungsort – im Gegensatz zu Verschuldenshaftungen – nicht auch noch an den Begehungsort oder den Unterlassungsort angeknüpft werden. Der

2084 Betreffend Schweizer Recht: LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 24; wohl auch BSK LugÜ (2016)-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 561; MÜLLER, Diss. BS (1993), S. 104 *in initio*; betreffend deutsches Recht: KEGEL/SCHURIG, IPR (2004), S. 730 *in initio*; SIEGHÖRTNER, Diss. Erlangen-Nürnberg (2002), S. 161–162 (betreffend Fahrzeuge); VON HEIN, Diss. Hamburg (1998), S. 287–288, siehe auch S. 289; BUSCH, Diss. Freiburg i.Br. (1996), S. 59–60; WINKELMANN, Diss. Frankfurt (1991), S. 196; HOHLOCH, Habil. Freiburg i.Br. (1984), S. 107–108, insbesondere auch S. 110 *in initio* «Handlungsort ist auch der Ort, an dem Sachen «unerlaubt handeln» [...]».

2085 Betreffend deutsches Recht: HOHLOCH, Habil. Freiburg i.Br. (1984), S. 107 *in fine*.

2086 Gl.M. LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 24 «Bei einem Gefährdungsdelikt durch eine unbewegliche Anlage (z.B. Kernreaktor) stellt sich das Problem des Handlungsorts nicht. Der Standort der Anlage entspricht dem Handlungsort.»; zu ortsfesten Anlagen im Allgemeinen betreffend deutsches Recht: BUSCH, Diss. Freiburg i.Br. (1996), S. 60 *in initio*.

2087 Siehe aber WINKELMANN, Diss. Frankfurt (1991), S. 196, dem zufolge bei Gefährdungshaftungen «der «Handlungsort» zumindest in der Regel mit dem «Erfolgsort» [zusammenfällt]».

Begehungs- oder der Unterlassungsort dürfte in der Regel ohnehin mit dem Standort der Stauanlage identisch sein.

- 1070 **3.** Art. 14 Abs. 1 StAG zufolge müssen sich die Risiken verwirklichen, «die mit austretenden Wassermassen, Schlamm oder anderen Materialien verbunden sind». Diese Formulierung ist irreführend (Rz. 606–610): Das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht sich, wenn Wasser aus einer Stauanlage austritt und deswegen der Wasserstand im Unterliegergebiet (Fn. 167) plötzlich und unnatürlich stark ansteigt (Rz. 611–616).
- 1071 **a.** Es stellt sich die Frage, ob die Orte im Unterliegergebiet, an denen sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht, zum Handlungs- oder Erfolgsort zu zählen sind. Bei der Beantwortung dieser Frage sind folgende Überlegungen anzustellen:
- 1072 – Der Ort der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG kann weder dem Handlungsort noch dem Erfolgsort zugeordnet werden. Das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklicht sich im Unterliegergebiet (Fn. 167) direkt unterhalb des Absperrbauwerkes zum ersten Mal, nachdem das Wasser aus der Stauanlage (= Handlungsort, Rz. 1067) floss. Dieser «Risikozustand» dauert solange an, als die im Unterliegergebiet vorhandene Wassermenge wegen des Wasseraustritts wesentlich erhöht ist (Rz. 586).
- 1073 – Verletzen das Wasser und/oder die Feststoffe infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG im Unterliegergebiet ein Rechtsgut (Rz. 586), gilt der Ort der Rechtsgutsverletzung als Erfolgsort (Rz. 1075–1079).
- 1074 **b.** Der Handlungs- und der Erfolgsort (Rz. 1075–1079) lassen sich bei Stauanlagenunfällen (relativ) einfach bestimmen. Es erscheint mir weder notwendig noch sachgerecht, an jedem Ort, an dem sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichte – und damit letztlich überall, wo das Wasser durchfloss (Rz. 1070) – einen zusätzlichen Handlungs- und/oder Erfolgsort erblicken zu wollen.²⁰⁸⁸

2088 Vgl. FELLMANN, Haftpflichtrecht III (2015), Rz. 1820, der die Verwirklichung des charakteristischen Risikos i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG wohl implizit der Stauanlage und somit dem Handlungsort zuordnet; vgl. betreffend deutsches Recht: SIEGHÖRTNER, Diss. Erlangen-Nürnberg (2002), S. 162, der im Zusammenhang mit Stras-

2. Erfolgsort

1. Bei unerlaubten Handlungen (und damit auch bei den Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG) befindet sich der Erfolgsort am **Ort der Rechtsgutsverletzung**.²⁰⁸⁹ An welchem Ort der Schaden eintritt, ist hingegen irrelevant.²⁰⁹⁰ Bei internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 365) bestehen in aller Regel mehrere Erfolgsorte in verschiedenen Ländern. In einem solchen Fall gilt der Stauanlagenunfall als «Streudelikt» beziehungsweise als *Multi-State-Delikt*.²⁰⁹¹

Bei einem internationalen Stauanlagenunfall befindet sich der Erfolgsort bei einem Personenschaden am Ort, wo ein Mensch getötet oder verletzt wurde, und bei einem Sachschaden am Ort, wo eine Sache beschädigt oder zerstört wurde.

2. Droht hingegen nur unmittelbar ein internationaler Stauanlagenunfall im Sinne von Art. 14 Abs. 2 StAG (Rz. 913), werden die Rechtsgüter Leib, Leben und/oder Eigentum nicht verletzt. Der Bedrohte erleidet allerdings einen reinen Vermögensschaden, wenn er wegen indirekter Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 875) von Schweizer Behörden private Schadenabwehrmassnahmen ergreift (Rz. 951–1055). In einem solchen Fall wird folglich das Rechtsgut Vermögen²⁰⁹² verletzt.

senverkehrsunfällen festhält, dass die Zeitspanne vor einem Unfall – die er als «abstrakte Gefährdung» bezeichnet – weder zum Handlungsort noch zum Erfolgsort zu zählen ist.

2089 Im Allgemeinen: SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR (2017), Rz. 1101; BSK LugÜ (2016)-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 569.

2090 BSK IPRG (2021)-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT, Art. 129 N 27; siehe auch BGE 125 III 103 E. 2b/aa S. 105.

2091 Zu «Streudelikten» im Allgemeinen: BSK LugÜ (2016)-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 571.

2092 Nach richtiger Auffassung ist auch das Vermögen ein Rechtsgut, das jedoch nicht absolut geschützt ist (gl.M. BGE 136 III 113 E. 3.2.1 S. 119; GAUCH/SCHLUEP/EMMENEGGER, OR AT [2020], Rz. 2880; VERDE, Diss. LU [2014], Rz. 76–77 m.w.N.; FELLMANN, ZSR 5/2009 I, S. 481 *in initio*; HONSELL, FS Nobel [2005], S. 941; so auch die Vertreter *subjektiven Widerrechtlichkeitstheorie*, wonach jede Drittschädigung widerrechtlich sei, siehe zu dieser Theorie z.B. BGE 115 II 15 E. 3a S. 18 f. oder CR CO I [2012]-WERRO, Art. 41 OR N 73).

- 1078 **a.** Als Erfolgsort bei einem unmittelbar drohenden internationalen Stauanlagenunfall im Sinne von Art. 14 Abs. 2 StAG könnte man gemäss allgemeinen Grundsätzen den Lageort der konkret verletzten Vermögenswerte zum Zeitpunkt, als der Bedrohte die privaten Schadenabwehrmassnahmen ergriff, ansehen, sofern diese Vermögenswerte vom übrigen Vermögen abgegrenzt und lokalisiert werden können.²⁰⁹³ Kann dieser Lageort nicht eruiert werden, ist laut Bundesgericht auf den Sitz des Hauptvermögens des Geschädigten abzustellen.²⁰⁹⁴
- 1079 **b.** Dieser Ansatz (Rz. 1078) ist abzulehnen. Es ist sachgerechter, den **Lageort der bedrohten Rechtsgüter** (Rz. 911), als der Bedrohte die Schadenabwehrmassnahmen ergriff, als Erfolgsort des reinen Vermögensschadens anzusehen. Unerheblich ist dabei, ob sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG noch verwirklichte oder sich überhaupt je hätte verwirklichen können, nachdem der Bedrohte (Rz. 826) die privaten Schadenabwehrmassnahmen ergriffen hatte.

B. Echte internationale Stauanlagenunfälle

1. Internationale direkte Zuständigkeit der Schweizer Gerichte

- 1080 **1.** Die Schweiz hat – soweit ersichtlich – keine spezifischen Staatsverträge abgeschlossen, mit denen die internationale direkte Zuständigkeit der Gerichte bei Stauanlagenunfällen bestimmt wird.²⁰⁹⁵ Welches Gericht international direkt zuständig ist, bestimmt bei echten internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 363) das LugÜ (Rz. 1081–1082).²⁰⁹⁶ Das LugÜ ist auf echte internationale Stauanlagenunfälle anwendbar, wenn das Haftungssubjekt als Beklagter – was den Regelfall darstellen dürfte – (Wohn-)Sitz (Rz. 470) in einem durch

2093 Vgl. BGE 133 III 323 E. 2.3 S. 328 (= Pra 2008, Nr. 7, S. 54); BGE 125 III 103 E. 3b S. 107.

2094 BGE 125 III 103 E. 3a S. 106; siehe auch BSK IPRG (2021)-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT, Art. 129 N 29; DELACHAUX, Diss. ZH (1960), S. 181.

2095 Siehe auch MÜLLER, Diss. BS (1993), S. 101–103, mit einer Aufzählung einzelner Abkommen.

2096 Das LugÜ ist sachlich auf Stauanlagenunfälle bzw. auf die damit verbundenen haftpflichtrechtlichen Fragen anwendbar, da diese eine «Zivil- und Handelssache» i.S.v. Art. 1 Ziff. 1 LugÜ sind (dazu im Allgemeinen: SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR [2017], Rz. 1099; vgl. auch BSK LugÜ [2016]-ROHNER/LERCH, Art. 1 N 31; MÜLLER, Diss. BS [1993], S. 47–49).

das LugÜ gebundenen Vertragsstaat²⁰⁹⁷ hat.²⁰⁹⁸ Hat der Beklagte keinen (Wohn-)Sitz in einem LugÜ-Staat (zum Beispiel im Fürstentum Liechtenstein), bestimmt grundsätzlich das IPRG (Rz. 1083), welches Gericht international direkt zuständig ist.²⁰⁹⁹

2. Bei einem echten internationalen Stauanlagenunfall können die Geschädigten gestützt auf das LugÜ in der Schweiz gegen das Haftungssubjekt am Gerichtsstand für unerlaubte Handlungen klagen.²¹⁰⁰ Dieser Gerichtsstand befindet sich am **Erfolgsort** in der Schweiz.²¹⁰¹ Darunter ist bei Klagen gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG der Ort zu verstehen, an dem das Rechtsgut Leib, Leben oder Eigentum verletzt wird (Rz. 1075). Bei Klagen nach Art. 14 Abs. 2 StAG gilt als Erfolgsort der Ort, an dem das Rechtsgut Leib, Leben oder Eigentum hätte verletzt werden können.²¹⁰²

Ein Gerichtsstand in der Schweiz dürfte sich in aller Regel gestützt auf den allgemeinen Gerichtsstand²¹⁰³ am (Wohn-)Sitz des Haftungssubjekts nicht begründen lassen. Das Haftungssubjekt einer ausländischen Stauanlage dürfte nämlich keinen (Wohn-)Sitz in der Schweiz haben. Ebenso werden die Geschädigten in der Schweiz nicht gegen das Haftungssubjekt gestützt auf den

2097 Sämtliche EU-Mitgliedsstaaten sowie Dänemark, Island, Norwegen und die Schweiz sind LugÜ-Vertragsstaaten. Kein LugÜ-Vertragsstaat ist das Fürstentum Liechtenstein. Siehe zu den Auswirkungen des «Brexits» auf das LugÜ: MARKUS/HUBER-LEHMANN, SRIEL 2/2020, S. 297–298.

2098 Im Allgemeinen: SPÜHLER/RODRIGUEZ, IZPR (2013), Rz. 39. Der Wohnsitz des Klägers ist hingegen in aller Regel unbeachtlich (BSK LugÜ [2016]-ROHNER/LERCH, Art. 1 N 12).

2099 BSK IPRG (2021)-GROLIMUND/LOACKER/SCHNYDER, Art. 1 N 62 (erstes Lemma).

2100 Art. 5 Ziff. 3 LugÜ (dazu im Allgemeinen z.B. MÜLLER-CHEN, FS SGHVR [2010], S. 407–410). Sollten ausnahmsweise die Rechtsgüter des Geschädigten in verschiedenen Staaten verletzt worden sein, kann der Gesamtschaden nach der «Mosaiklösung» des EuGH nur am Handlungsort oder im Wohnsitzstaat des Schädigers eingeklagt werden. Am jeweiligen Erfolgsort kann nur jener Schaden eingeklagt werden, der auf die in diesem Vertragsstaat eingetretenen Rechtsgutsverletzungen zurückzuführen ist (vgl. SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR [2017], Rz. 1102; BSK LugÜ [2016]-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 631; SPÜHLER/RODRIGUEZ, IZPR [2013], Rz. 224).

2101 Siehe zum Ganzen im Allgemeinen: BSK LugÜ (2016)-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 552–553 und 556.

2102 Art. 5 Ziff. 3 LugÜ («Ort, an dem das schädigende Ereignis eingetreten ist oder eintreten droht»); BSK LugÜ (2016)-HOFMANN/KUNZ, Art. 5 N 569.

2103 Art. 2 Ziff. 1 LugÜ.

Gerichtsstand für Adhäsionsverfahren²¹⁰⁴ klagen können,²¹⁰⁵ da wohl kein Strafverfahren gegen das als Unternehmen geltende Haftungssubjekt geführt werden dürfte (Rz. 766–778).

- 1083 **3.** Bestimmt das IPRG ausnahmsweise, welches Gericht international direkt zuständig ist, können die Geschädigten ebenfalls (Rz. 1081) am Schweizer **Erfolgsort** gegen das Haftungssubjekt gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG klagen.²¹⁰⁶

2. *Schweizer Recht als Deliktsstatut*

- 1084 Dem IPRG gehen – soweit ersichtlich – keine Staatsverträge vor, mit denen das bei echten internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 363) in der Sache anwendbare Recht – «Deliktsstatut» oder *lex causae* genannt – bestimmt wird.²¹⁰⁷ Sind die Schweizer Gerichte international direkt zuständig, wird das Deliktsstatut daher gemäss dem Sondertatbestand von Art. 138 IPRG ermittelt. Danach kann ein Geschädigter wählen zwischen dem Recht des Staates, in dem das störende Grundstück (also die ausländische Stauanlage) liegt,²¹⁰⁸ und dem Recht des Staates, in dem das Rechtsgut verletzt wird (= Erfolgsort)²¹⁰⁹. Bei einem echten internationalen Stauanlagenunfall kann ein Geschädigter somit stets Schweizer Recht als eine von zwei Optionen wählen.²¹¹⁰

2104 Art. 5 Ziff. 4 LugÜ.

2105 Dazu im Allgemeinen: CR LDIP/CL (2011)-BONOMI, Art. 5 LugÜ N 155–160.

2106 Art. 129 Abs. 1 Satz 2 IPRG (siehe dazu im Allgemeinen: BSK IPRG [2021]-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT, Art. 129 N 1 und 13; SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR [2017], Rz. 1106; CR LDIP/CL [2011]-BONOMI, Art. 129 IPRG N 21).

2107 Vgl. zu solchen Übereinkommen im Allgemeinen: HAP Haftung & Versicherung (2015)-STEHLE, Rz. 31.194–31.198.

2108 Siehe Rz. 1066–1074 Handlungsort.

2109 Siehe Rz. 1075–1079 Erfolgsort; siehe Rz. 1079 zum Erfolgsort bei unmittelbar drohenden Stauanlagenunfällen (Rz. 913).

2110 Gl.M. im Allgemeinen: LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 33. Die praktische Relevanz der Rechtswahl nach Art. 132 IPRG ist daher bei echten internationalen Stauanlagenunfällen gering (siehe auch im Allgemeinen: LAHUSEN, Diss. ZH [2001], S. 33 «Die Wahl eines anderen als in Art. 138 IPRG vorgesehenen Rechts nach Art. 132 IPRG ist möglich, wird in der Praxis eher selten sein.»). Ich gehe aus diesem Grund nicht darauf ein (siehe auch BSK IPRG [2021]-DASSER, Art. 138 N 26).

a. *Wasser und Feststoffe als grenzüberschreitende Emissionen*

1. «Ansprüche aus schädigenden Einwirkungen, die von einem Grundstück 1085 ausgehen, unterstehen nach Wahl des Geschädigten dem Recht des Staates, in dem das Grundstück liegt, oder dem Recht des Staates, in dem der Erfolg einer Einwirkung eintritt.»²¹¹¹

Die Anwendung von Art. 138 IPRG setzt somit Folgendes voraus: 1086 grenzüberschreitende Einwirkungen auf die Umwelt (Immissionen, Rz. 1088–1089), die von einem Grundstück ausgehen (Emissionen, Rz. 1087) und einen Erfolg bewirken (Rz. 1090–1091), der entgegen dem Wortlaut von Art. 138 IPRG jedoch nicht schädigend sein muss (Rz. 1092–1093).²¹¹²

a. Im hier verwendeten Kontext²¹¹³ ist unter **Emission** die Aussendung elektromagnetischer Teilchen oder Wellen zu verstehen.²¹¹⁴ Als Emission gilt die Abgabe fester, flüssiger oder gasförmiger Stoffe (wie zum Beispiel Wasser) an die Umwelt.²¹¹⁵ Der Begriff «Emission» beantwortet folglich die Frage, welche physikalischen Teilchen überhaupt eine materielle Immission (Rz. 1088–1089) bewirken können.²¹¹⁶ Emissionsquelle²¹¹⁷ kann jede Immobilie (zum Beispiel Industrie- oder Verkehrsanlage) sein, sofern die Emission

2111 Art. 138 IPRG.

2112 Die Begriffe «Emission» und «Immission» sind strikt auseinanderzuhalten (einschliesslich LAHUSEN, Diss. ZH [2001], S. 35–37; siehe ferner betreffend USG: BIANCHI, RDAF 3/2000 I, S. 164 *in fine*). Vgl. aber die Schweizer Sachenrechtler, die lediglich von Immissionen sprechen (z.B. SCHMID, ZBJV 5/2020, S. 272–273; BSK ZGB II [2019]-REY/STREBEL, Art. 684 N 22, 28 und 31).

2113 Von der Aussendung elektromagnetischer Teilchen oder Wellen abzugrenzen ist die Emission von Wertpapieren, wie z.B. die Ausgabe von Aktientiteln durch eine AG (Art. 622 Abs. 5 OR).

2114 DUDEN, zu «Emission»; siehe auch Art. 7 Abs. 2 USG.

2115 BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 5; SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR (2017), Rz. 817; DUTOIT, DIP (2016), Art. 138 IPRG N 1; CR LDIP/CL (2011)-BONOMI, Art. 138 IPRG N 2.

2116 Vgl. LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 36 und 38.

2117 Deshalb ist es unpräzise von «Immissionsquelle» zu sprechen (gl.M. LAHUSEN, Diss. ZH [2001], S. 36); so aber ZK (2018)-HEINI/GÖKSU, Art. 138 IPRG N 8 und 11; SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR (2017), Rz. 817 («grenzüberschreitende Immissionen»); CHK (2016)-BUHR/GABRIEL/SCHRAMM, Art. 138 IPRG N 7; ASCHE, Diss. FR (2000), S. 209 («Immissionsquelle»).

von einem Grundstück ausgeht und durch dessen Funktion bedingt ist.²¹¹⁸ Zu fragen ist also, ob die konkrete Nutzung des Grundstücks nicht hinweggedacht werden kann, ohne dass auch die Einwirkung auf die Umwelt entfele.²¹¹⁹

1088 **b.** Unter **Immission** ist der Vorgang zu verstehen, mit dem auf das Angriffsobjekt tatsächlich, das heisst physisch, eingewirkt wird. Unter dem Begriff «Immissionen» sind die tatsächlichen Folgen von Emissionen (Rz. 1087) zu verstehen. «Schädigende Einwirkungen» im Sinne von Art. 138 IPRG und Immissionen²¹²⁰ sind folglich Synonyme.²¹²¹ Unter dem *Angriffsobjekt* – auch Tat- oder Handlungsobjekt genannt – ist die Person oder die Sache zu verstehen, an der das tatbestandsmässige Verhalten vollzogen wird. Das Angriffsobjekt im Sinne von Art. 138 IPRG umfasst folglich im Gegensatz zum Schweizer Nachbarrecht nicht nur benachbarte Grundstücke, sondern auch Menschen, Tiere und Fahrnisgegenstände.²¹²² Im Anwendungsbereich von Art. 138 IPRG muss sich der Sachverhalt auf dem Territorium von mindestens zwei Staaten abspielen, das heisst, die Emissionsquelle muss in dem einen Staat und das Angriffsobjekt in dem anderen Staat liegen.²¹²³

1089 Das Angriffsobjekt ist vom *Rechtsgut* abzugrenzen.²¹²⁴ Ein Rechtsgut ist der durch die Rechtsordnung geschützte Zustand, wobei unter «Zustand» nicht nur statische Zustände, sondern auch dynamische Abläufe (zum Beispiel Rechtsgut Leben) zu verstehen sind.²¹²⁵

2118 BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 5–6; CR LDIP/CL (2011)-BONOMI, Art. 138 IPRG N 4; LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 38–39; WANDT, SZIER 2/1997, S. 152 (Anm. 13); PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 168 *in initio*.

2119 Betreffend Art. 684 ZGB: BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 684 N 6.

2120 Marginalie zu Art. 138 IPRG.

2121 Gl.M. ASCHE, Diss. FR (2000), S. 159; in diesem Sinne auch PLANAS, Diss. NE (2016), Rz. 534.

2122 Gl.M. betreffend Fahrnisgegenstände: BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 9 («Transportgut»).

2123 Gl.M. ASCHE, Diss. FR (2000), S. 174; siehe aber MÜLLER, Diss. BS (1993), S. 20–21.

2124 VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 48; DONATSCH/TAG, Strafrecht I (2013), S. 106; vgl. auch STARK, Habil. ZH (1952), S. 171 (Anm. 128), der zwischen dem Grundstück als Eigentumsobjekt (in der hier verwendeten Terminologie als Angriffsobjekt) und der durch das Eigentumsrecht geschützten tatsächlichen Herrschaft (also dem Rechtsgut Eigentum) unterscheidet.

2125 VERDE, Diss. LU (2014), Rz. 37–38 und 46 m.w.N., insbesondere unter Berufung auf HIRSCHBERG, Diss. München (1910), S. 68–79.

c. Jede Einwirkung, das heisst Immission (Rz. 1088), auf ein Angriffsobjekt 1090 (Rz. 1088) bewirkt einen **Erfolg**.²¹²⁶ Der Begriff «Erfolg» ist im technischen Sinn zu verstehen und besteht in der (temporären oder irreversiblen) Veränderung des Zustands des Angriffsobjekts.²¹²⁷ Diese Zustandsveränderung kann mithilfe eines Vergleichs des Zustands vor und nach der Einwirkung eruiert werden.

Vom Erfolg (Rz. 1090) abzugrenzen ist der *Schaden* im Rechtssinne, 1091 das heisst die finanziellen Folgen des Eintritts des Erfolgs.²¹²⁸ Aufgrund der Einwirkung, das heisst der Immission (Rz. 1088) auf ein Angriffsobjekt (Rz. 1088) und damit des Erfolgs, kann ein Schaden entstehen.²¹²⁹ Obwohl Art. 138 IPRG irreführenderweise von «schädigenden Einwirkungen»²¹³⁰ spricht, ist damit nicht ein Schaden gemeint, sondern ein Eingriff (Rz. 1092).

d. Nicht jeder Erfolg (Rz. 1090) ist rechtlich relevant. Art. 138 IPRG versucht 1092 dies mit dem unklaren Passus «**schädigende Einwirkung**» zu umschreiben.²¹³¹ Von Art. 138 IPRG werden viele verschiedene Klagen erfasst.²¹³² Deswegen hält ein Teil der Lehre zu Recht dafür, dass einzig das anwendbare Deliktsstatut zu bestimmen habe, ob und gegebenenfalls welche Art von Schaden vorliegen müsse.²¹³³

2126 Vgl. DUDEN, zu «Erfolg»; gl.M. LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 36 *in initio*, der den Begriff «Immission» als die tatsächlichen Folgen einer Emission umschreibt.

2127 Grundlegend betreffend Grundeigentümerhaftung: STARK, Habil. ZH (1952), S. 171–173, der differenziert von «objektivem Vorgang» (S. 173) und von der «Ursache» als einer weiteren, dem objektiven Vorgang vorangehenden Phase spricht (S. 171); ähnlich im Allgemeinen: DESAX, Diss. FR (1977), S. 9; vgl. auch BSK ZGB II (2019)-REY/STREBEL, Art. 684 N 22.

2128 Betreffend Grundeigentümerhaftung: STARK, Habil. ZH (1952), S. 173.

2129 Ähnlich im Allgemeinen: DESAX, Diss. FR (1977), S. 9.

2130 In der französischen («immissions dommageables») und italienischen («immissioni nocive») Fassung spricht das IPRG von schädigenden (DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 [2014], S. 315, zu «dommageable») bzw. schädlichen (LINHART/MOROSINI, Fachwörterbuch [2020], S. 194, zu «nocivo») Einwirkungen.

2131 Statt vieler: BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 8 m.w.N.; siehe zur Entstehungsgeschichte auch ASCHE, Diss. FR (2000), S. 163–165.

2132 BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 7.

2133 BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 8; PLANAS, Diss. NE (2016), Rz. 534; LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 40; ASCHE, Diss. FR (2000), S. 165 *in fine*; wohl a.M. CR LDIP/CL (2011)-BONOMI, Art. 138 IPRG N 2 «toutes les nuisances pouvant causer un dommage».

- 1093 Ein Erfolg (Rz. 1090) ist im Schweizer Haftpflichtrecht erst dann rechtlich relevant, wenn die durch die tatsächliche Einwirkung (Rz. 1088) auf das Angriffsobjekt (Rz. 1088) bewirkte Veränderung zugleich einen widerrechtlichen Eingriff in ein fremdes Rechtsgut (Rz. 1089) darstellt. Bei Gefährdungshaftungen bedarf es keines widerrechtlichen Eingriffs (Rz. 723), sondern der Verwirklichung des charakteristischen Risikos der gefährlichen Anlage. Im Anwendungsbereich der StAG-Haftung ist folglich die Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG vorausgesetzt (Rz. 611–616). Dem Kriterium «schädigend» ist daher keine eigenständige Bedeutung beizumessen.²¹³⁴ Art. 138 IPRG verlangt demnach einzig, dass die Emission zu einer materiellen Immission führt, die einen Erfolg erzielt, der in der Veränderung des Zustands des Angriffsobjekts besteht.
- 1094 2. Treten Wasser und Feststoffe (Rz. 69) aus einer **Stauanlage** aus, gilt dies als Emission. Die Stauanlage gibt nämlich das Wasser und die Feststoffe an die Umwelt ab, und diese Stoffe wirken materiell auf verschiedene Angriffsobjekte (Menschen, Tiere und Naturbestandteile) ein (Immission).²¹³⁵ Der Erfolg besteht darin, dass der Wasserstand plötzlich und unnatürlich stark ansteigt²¹³⁶ und deswegen Menschen, Tiere und/oder Naturbestandteile weggespült oder verschlammt²¹³⁷ werden (Erfolg). Stauanlagen stellen als Wasserbauten (Rz. 293) daher Emissionsquellen im Sinne von Art. 138 IPRG dar, da die austretenden Stoffe auf die Stauanlage (beziehungsweise auf das Grundstück, auf dem die Stauanlage steht) zurückzuführen sind. Der reguläre (Rz. 94–109) oder irreguläre (Rz. 110–116) Wasseraustritt ist mit anderen Worten durch die Funktion des Grundstücks bedingt.

2134 Gl.M. im Allgemeinen: BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 8; ZK (2018)-HEINI/GÖKSU, Art. 138 IPRG N 5 und 8; ASCHE, Diss. FR (2000), S. 166; wohl a.M. PLANAS, Diss. NE (2016), Rz. 534; CR LDIP/CL (2011)-BONOMI, Art. 138 IPRG N 2 «toutes les nuisances pouvant causer un dommage»; LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 40–41.

2135 Gl.M. BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 5 («Flutwellen von Stauseen»); ZK (2018)-HEINI/GÖKSU, Art. 138 IPRG N 8 («Flutwellen von Stauseen»); LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 35 «Insbesondere kann man übermässige Wasserabgaben an die Umwelt auch zu den Emissionen zählen (Verursachung einer Überschwemmung [Immission]).»

2136 CJ/GE (24.5.1946), in: SJ 1947, S. 113–124 (betreffend die Haftung für ein Rückhaltebecken im Zusammenhang mit einer Überschwemmung [Rz. 17–18]).

2137 KGer/VS (13.11.1968), in: ZWR 1969, S. 189–194, und KGer/VS (13.11.1968), in: ZWR 1969, S. 195–199, beide Urteile betreffend die «Verschlammung der Zermatter-Vispe» infolge Spülung eines Ausgleichsbeckens.

3. Echte internationale Stauanlagenunfälle erfüllen den Verweisungsbegriff von Art. 138 IPRG (Rz. 1094).²¹³⁸ Da Schadenersatz- und Genugtuungsklagen unter den Begriff «Ansprüche» im Sinne von Art. 138 IPRG fallen,²¹³⁹ können die Geschädigten zwischen dem Recht des Handlungsorts (= ausländisches Recht) und jenem des Erfolgsorts (= Schweizer Recht) wählen. Im Gegensatz zu Art. 133 Abs. 2 Satz 2 IPRG muss die Vorhersehbarkeit des Erfolgs (beziehungsweise letztlich der Rechtsgutsverletzung) im Anwendungsbereich von Art. 138 IPRG für den Schädiger nicht (objektiv) vorhersehbar gewesen sein.²¹⁴⁰ In aller Regel dürfte dieses Merkmal jedoch ohnehin erfüllt sein, da das Haftungssubjekt vorhersehen kann, wohin das Wasser und die mitgeschwemmten Feststoffe fließen werden.

Wählen die Geschädigten materielles Schweizer Recht als Deliktsstatut, bestimmt dieses (und damit auch das StAG), ob und unter welchen Voraussetzungen für schädigende Einwirkungen Schadenersatz und Genugtuung beansprucht werden können. Dabei bestimmt auch das Deliktsstatut, das heisst bei einer Wahl des Schweizer Rechts Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG, die Aktiv-

2138 Dies gilt auch für *drohende* echte internationale Stauanlagenunfälle. Denn als Erfolgsort gilt auch der Ort, an dem die «Gefährdung» (hier: Ort, an dem sich das charakteristische Risiko i.S.v. Art. 14 Abs. 1 StAG verwirklichen könnte) eintritt (ZK [2018]-HEINI/GÖKSU, Art. 138 IPRG N 11) und zu den Ansprüchen i.S.v. Art. 138 IPRG werden auch Schutzmassnahmen gezählt (BSK IPRG [2021]-DASSER, Art. 138 N 7; BUCHER/BONOMI, DIP [2013], Rz. 1196). Folglich sind auch Schadenersatzansprüche, die auf Schadenabwehrmassnahmen (d.h. letztlich Schutzmassnahmen) fussen, vom Verweisungsbegriff von Art. 138 IPRG erfasst. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass die Kosten privater Schadensabwehr nur ersatzfähig sind, wenn die Privaten vom Staat zur Ergreifung von Schadenabwehrmassnahmen (indirekte Schadenabwehrmassnahmen) verpflichtet wurden. Denn auch wenn die unmittelbare Gefahr (Rz. 913) von einer ausländischen Stauanlage ausgeht, können die Schweizer Behörden indirekte Schadenabwehrmassnahmen (Rz. 875 und 878–885) ergreifen.

2139 Z.B. ASCHE, Diss. FR (2000), S. 158–159; SCHWANDER, IPR BT (1998), Rz. 634; siehe auch HAP Haftung & Versicherung (2015)-STEHLE, Rz. 31.222.

2140 BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 3 *in fine*; CHK (2016)-BUHR/GABRIEL/SCHRAMM, Art. 138 IPRG N 7; PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 170 *in initio*.

²¹⁴¹ und Passivlegitimation^{2142, 2143} Damit fallen unter den Verweisungsbegriff von Art. 138 IPRG nicht nur Geschädigte, die Nachbarn im Sinne von Art. 679 Abs. 1 ZGB sind, sondern auch zufällig in der Nähe der Emissionsquelle befindliche Personen.²¹⁴⁴

b. Einzelfragen

1097 **1.** Wird eine Stauanlage durch ein **Gemeinwesen** betrieben (öffentliches Werk), ist Art. 138 IPRG bei einem echten internationalen Stauanlagenunfall anwendbar, da die Schadenersatz- und die Genugtuungsansprüche privatrechtlicher²¹⁴⁵ Natur sind.²¹⁴⁶ Denn das Gemeinwesen haftet als Betreiberin und Eigentümerin einer Stauanlage auch nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG (Rz. 511–523).

1098 Keine Rolle spielt dabei, dass der Betrieb einer Stauanlage mit einem Elektrizitätswerk eine amtliche Tätigkeit im Sinne von Art. 61 Abs. 1 OR sein kann (Rz. 814–818). Im Anwendungsbereich von Art. 138 IPRG bedeutsam wäre nur, wenn der Betrieb einer Stauanlage als hoheitliche Tätigkeit gälte. In einem solchen Fall könnte sich der beklagte Staat vor einem Schweizer Gericht nämlich auf völkerrechtliche Immunität berufen.²¹⁴⁷ Hoheitliches Handeln liegt vor, wenn zwischen dem Staat und den Privaten ein Subordinationsverhältnis besteht, das den Staat ermächtigt, einseitig rechtliche Anordnungen zu treffen.²¹⁴⁸ Daran fehlt es beim Betrieb einer Stauanlage.²¹⁴⁹ Dies gilt auch

²¹⁴¹ Geschädigter i.S.v. Art. 138 IPRG kann jedermann sein (z.B. BSK IPRG [2021]-DASSER, Art. 138 N 9).

²¹⁴² Schädiger i.S.v. Art. 138 IPRG kann jede Person sein, die zur Emissionsquelle (bzw. zum Grundstück) eine Beziehung hat wie z.B. der Grundeigentümer oder Inhaber eines beschränkten dinglichen oder obligatorischen Rechts (z.B. BSK IPRG [2021]-DASSER, Art. 138 N 9). Das Haftungssubjekt (Rz. 409–540) kann zweifellos als Schädiger i.S.v. Art. 138 IPRG qualifiziert werden.

²¹⁴³ ZK (2018)-HEINI/GÖKSU, Art. 138 IPRG N 7; SCHNYDER/LIATOWITSCH, IPR & IZPR (2017), Rz. 817 *in fine*.

²¹⁴⁴ BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 9; ASCHE, Diss. FR (2000), S. 180–182; LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 34 und 43; siehe auch BUCHER/BONOMI, DIP (2013), Rz. 1196; a.M. PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 168, der von «nachbarrechtlichen Rechtsbehelfen» spricht.

²¹⁴⁵ Zu diesem Kriterium im Allgemeinen: BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 10.

²¹⁴⁶ Im Allgemeinen: BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 10; a.M. PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 168.

²¹⁴⁷ BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 10; LAHUSEN, Diss. ZH (2001), S. 45–46.

²¹⁴⁸ Z.B. HOFSTETTER, Diss. ZH (2014), Rz. 141.

²¹⁴⁹ Gl.M. betreffend KKW: BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 10.

dann, wenn ein Elektrizitätswerk in die Stauanlage integriert ist. Zwar kann die Betreiberin des Elektrizitätswerkes im Rahmen der Grundversorgung den Tarif der Stromlieferung festlegen (Tarifhoheit). Allerdings wird dieser Tarif durch die ElCom reguliert.²¹⁵⁰ Folglich fehlt es am hoheitlichen Handeln *stricto sensu*.

2. Nach einer weit verbreiteten Ansicht gilt das anwendbare Deliktsstatut umfassend, das heisst, eine Aufteilung in Haftungsgrund und Haftungsfolgen (vertikale Auffächerung) soll vermieden werden.²¹⁵¹ Dieses Prinzip wird in Art. 142 Abs. 2 IPRG durchbrochen: Dieser Bestimmung zufolge sind die Sicherheits- und Verhaltensvorschriften am Handlungsort zu berücksichtigen (Theorie der *local data*).²¹⁵²

Im Anwendungsbereich der Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG sind solche ausländischen generell-abstrakten **Sicherheits- und Verhaltensvorschriften** jedoch unbedeutend. Der Richter darf mit anderen Worten solche ausländischen öffentlich-rechtlichen Normen nicht berücksichtigen.²¹⁵³ Denn eine Berücksichtigung solcher ausländischer öffentlich-

2150 Vgl. BGer 2C_12/2016 und 2C_13/2016 (16.8.2016) E. 3.3.2.

2151 BSK IPRG (2021)-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT, Art. 142 N 3; CR LDIP/CL (2011)-BONOMI, Art. 142 IPRG N 2; TRUTMANN, Diss. BS (1973), S. 103 (Rz. 137) und 103–104 (Rz. 138); betreffend deutsches Recht: STOLL, Sicherheitsvorschriften (1983), S. 172 *in fine*.

2152 CHK (2016)-BUHR/GABRIEL/SCHRAMM, Art. 142 IPRG N 10; DORNIS, SZIER 2/2015, S. 194–216; siehe auch BSK IPRG (2021)-DASSER, Art. 138 N 16. Einlässlich betreffend deutsches Recht z.B. KOHLER, Genehmigungen (1991), S. 302–311. Kritisch betreffend deutsches Recht zur Berücksichtigung von generell-abstrakten Sicherheits- und Verhaltensvorschriften des Handlungsorts: STOLL, Sicherheitsvorschriften (1983), S. 173.

2153 BSK IPRG (2021)-RODRIGUEZ/KRÜSI/UMBRICHT, Art. 142 N 15; ZK (2018)-HEINI/GÖKSU, Art. 142 IPRG N 18 *in initio*, denen zufolge «sich allein nach dem Zweck der anwendbaren Deliktsnormen und der entsprechenden Sicherheits- oder Verhaltensvorschrift» entscheidet, ob und inwieweit solche ausländischen öffentlich-rechtlichen Normen zu berücksichtigen sind; CHK (2016)-BUHR/GABRIEL/SCHRAMM, Art. 142 IPRG N 18 *in initio* «Sicherheits- und Verhaltensvorschriften sind nicht immer und in vollem Umfang heranzuziehen, sondern das Gericht hat eine sachgerechte Lösung herbeizuführen.»; CR LDIP/CL (2011)-BONOMI, Art. 142 IPRG N 12 *in fine* «Le respect ou l'inobservation de ces règles peut avoir un impact important lors de la détermination du caractère illicite ou fautif du comportement dommageable.»; in diesem Sinne betreffend deutsches Recht: STOLL, Sicherheitsvorschriften (1983), S. 174 «Andererseits kommt es auf die Übertretung von Verhaltensnormen gar nicht an, wenn der Täter nach dem Deliktsstatut ohne Rücksicht auf ein Verschulden haftet.»

rechtlicher Normen widerspräche dem Wesen der Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG. Eine Haftung nach Art. 14 Abs. 1 oder 2 StAG setzt nämlich keine Ordnungswidrigkeit voraus (Rz. 203).²¹⁵⁴ Verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, ist – wie im Schweizer Recht²¹⁵⁵ – also unerheblich, ob die Stauanlage sämtliche öffentlich-rechtlichen Normen des ausländischen Rechts eingehalten hat oder nicht.

- 1101 **3.** Es stellt sich – wie in Binnenverhältnissen (Rz. 733) – die Frage, ob **Bewilligungen** eine privatrechtsgestaltende Wirkung zukommt.²¹⁵⁶ Ausländische Bewilligungen sind zwar gestützt auf Art. 142 Abs. 2 IPRG zu berücksichtigen.²¹⁵⁷ Allerdings schliessen solche ausländische (wie auch inländische) Bewilligungen sowie der Umstand, dass die Stauanlage gegebenenfalls durch eine ausländische Behörde überwacht wurde, die Haftung des Haftungssubjekts nicht aus.²¹⁵⁸

2154 Im Allgemeinen: GRÜNIG, Diss. FR (2020), Rz. 348–349.

2155 Siehe auch betreffend Werkeigentümerhaftung: BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 58 N 15 «Ob eine behördliche Genehmigung für das Werk vorliegt (z.B. durch die Baupolizei), polizeiliche Vorschriften befolgt worden sind und die zuständigen Behörden den Zustand des Werkes gekannt und geduldet haben, kann deshalb höchstens als Indiz für oder gegen das Vorliegen eines Werkmangels gelten [...]» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

2156 Siehe dazu BSK IPRG (2021)-DASSER Art. 138 N 15 und 18.

2157 Z.B. PLANAS, Diss. NE (2016), Rz. 542; betreffend deutsches Recht: KREUZER, Umweltstörungen (1992), S. 278–281. HAGER zufolge dürfen ausländische Bewilligungen im Inland jedoch nur berücksichtigt werden, wenn die Bewilligung «sich selbst einen extraterritorialen Wirkungsbereich beimisst» (betreffend deutsches Recht: HAGER, RabelsZ 2/1989, S. 309; so auch betreffend Schweizer Recht: CR LDIP/CL [2011]-BONOMI, Art. 142 IPRG N 17).

2158 Im Allgemeinen betreffend Schweizer Recht: ROMY, Diss. LA (1990), S. 126 und 295; implizit auch WANDT, SZIER 2/1997, S. 170–171; siehe auch PLANAS, Diss. NE (2016), Rz. 543; PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 178; differenzierend SCHWANDER, IPR BT (1998), Rz. 635. Im Allgemeinen betreffend deutsches Recht: BUSCH, Diss. Freiburg i.Br. (1996), S. 153 «Eine zivilrechtliche Zahlungsverpflichtung berührt Umfang und Bestand einer öffentlich-rechtlichen Genehmigung in keiner Weise. Auch wird dem Anlagenbetreiber klar sein, dass eine inländische Genehmigung keine präkludierende Wirkung in Bezug auf Schadensersatzforderungen ausländischer Geschädigter haben kann. Ein Ausschluss von Schadensersatzforderungen zu Lasten Dritter darf es nicht geben. Kein marktwirtschaftlich ausgerichteter Staat kann und will Wirtschaftssubjekten die Verantwortlichkeit ihres Handelns für Auswirkungen außerhalb seines Hoheitsgebietes abnehmen. Insoweit erweist sich der

C. Binationale Stauanlagenunfälle

Bei binationalen Stauanlagen stellen sich verschiedene Spezialfragen hinsichtlich der internationalen direkten Zuständigkeit der Schweizer Gerichte (Rz. 1103–1105) und der Anwendung des Schweizer Rechts als Deliktsstatut (Rz. 1106–1107). Abgesehen von diesen Spezialfragen werden die internationale direkte Zuständigkeit und das Deliktsstatut nach den bereits skizzierten Grundsätzen betreffend echte internationale Stauanlagenunfälle (Rz. 1080–1101) ermittelt.

1. Internationale direkte Zuständigkeit der Schweizer Gerichte

1. Bei Stauanlagenunfällen gilt der Standort des Absperrbauwerkes und der Nebenanlagen als Handlungsort (Rz. 1067). Mit anderen Worten befindet sich der Handlungsort in jenem Land, auf dessen Staatsgebiet die fragliche Stauanlage steht.²¹⁵⁹

2. Bei binationalen Stauanlagen kann es schwierig sein, den Handlungsort zu bestimmen.²¹⁶⁰ In Ausnahmefällen kann sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG nur auf dem Staatsgebiet eines Staates verwirklichen (zum Beispiel ein Loch im Absperrbauwerk) oder zu verwirklichen drohen. In aller Regel dürfte sich der Handlungsort jedoch nicht auf einen Staat isolieren lassen (zum Beispiel Zerstörung des ganzen Absperrbauwerkes oder Überschwappen).

Grundsatz der Territorialität öffentlich-rechtlicher Bestimmungen als interessengerecht. Dementsprechend sollte eine extraterritoriale Wirkung von Genehmigungen in Bezug auf Schadensersatzansprüche grundsätzlich verneint werden, sofern der Geschädigte nicht über internationale Abkommen in das Verfahren eingebunden wird.»; wohl **a.M.** im Allgemeinen betreffend deutsches Recht: KREUZER, Umweltstörungen (1992), S. 293. ZK (2018)-HEINI/GÖKSU, Art. 138 IPRG N 15, und PETITPIERRE, Diss. BS (1992), S. 178 *in fine*, weisen beide richtigerweise darauf hin, dass eigentliche Umweltkatastrophen (bzw. im vorliegenden Fall Stauanlagenunfälle) ohnehin nicht behördlich genehmigt sind.

2159 Anzumerken ist noch Folgendes: Art. 22 Ziff. 1 LugÜ ist – selbst wenn die binationale Stauanlage als Schweizer Staatsgebiet angesehen würde (Fiktion) – nicht bei Schadenersatzklagen anwendbar, da es an der geforderten intensiven dinglichen Natur zum Grundstück fehlt (dazu im Allgemeinen z.B. BSK LugÜ [2016]-GÜNGERICH, Art. 22 N 31).

2160 Binationale Stauanlagen stellen aus IPR-Sicht kein staatsfreies Gebiet (z.B. Arktis, Antarktis, hohe See, Luftraum über hoher See oder Meeresboden auf hoher See, siehe KEGEL/SCHURIG, IPR [2004], S. 18 und 740) dar.

- 1105 **3.** Aufgrund der praktischen Schwierigkeiten bei der Bestimmung des Handlungsorts und zwecks Vermeidung widersprüchlicher oder zufälliger Ergebnisse sollte davon ausgegangen werden, dass eine binationale Stauanlage stets **zwei Handlungsorte** (Rz. 1067) besitzt.²¹⁶¹ Bei binationalen Stauanlagen begründet somit jeder der beiden Handlungsorte (das heisst pro Staat ein Handlungsort) – vorbehaltlich staatsvertraglicher Regelungen (Rz. 408) – eine umfassende Zuständigkeit.

2. *Schweizer Recht als Deliktsstatut*

- 1106 **1.** Auch bei der Bestimmung des Deliktsstatuts stellt sich die Frage, wo bei binationalen Stauanlagenunfällen der Handlungsort ist: in der Schweiz oder im Ausland? Mit anderen Worten stellt sich die Frage, ob binationale Stauanlagenunfälle als echte internationale Stauanlagenunfälle, das heisst Distanzdelikte (Rz. 363), oder als unechte internationale Stauanlagenunfälle, das heisst Platzdelikte (Rz. 359–360), gelten.
- 1107 **2.** Es rechtfertigt sich, binationale Stauanlagenunfälle wie echte internationale Stauanlagenunfälle zu behandeln. Zwar liegt der Handlungsort (Rz. 1067) nicht vollständig im Ausland. Er liegt jedoch auch nicht vollständig in der Schweiz. Deswegen gilt ein binationaler Stauanlagenunfall nicht als Platzdelikt. Sachgerechter scheint mir, bei binationalen Stauanlagenunfällen ein Distanzdelikt zu fingieren und den Handlungsort aus Sicht des IPR ganz im Ausland anzusiedeln. Bei binationalen Stauanlagenunfällen ist somit wie bei echten internationalen Stauanlagenunfällen das Deliktsstatut gestützt auf Art. 138 IPRG zu ermitteln (Rz. 1084–1101). Dies hat zur Folge, dass die Geschädigten als eine Option immer Schweizer Recht als Deliktsstatut wählen können (Rz. 1084), da der Erfolgsort in der Schweiz liegt.

2161 Im Allgemeinen betreffend deutsches Recht: KEGEL/SCHURIG, IPR (2004), S. 732 (betreffend die alternative Geltung beider Rechte bei mehreren Erfolgsorten).

II. Beweissicherung bei grösserem Schadensereignis

1. «Prozesse werden nur selten aus rechtlichen Gründen gewonnen, gehen aber 1108
sehr oft aus tatsächlichen Gründen verloren.»²¹⁶² Das Beweisrecht ist in der
Praxis daher enorm wichtig.²¹⁶³ Art. 17 StAG regelt unter der Marginalie «Be-
weissicherung bei grösserem Schadensereignis» das Verfahren betreffend die
Beweissicherung beziehungsweise die Vorgehensweise nach grösseren Scha-
densereignissen.

Das vom StAG in der Marginalie verwendete Wort «Beweissiche- 1109
rung» ist nicht in jedem Fall zutreffend. Beweise müssen gesichert werden,
wenn sie gefährdet sind.²¹⁶⁴ Ob bei beziehungsweise nach Stauanlagenunfäl-
len wirklich alle Beweise gefährdet sind, ist fraglich.²¹⁶⁵ Unabhängig davon,
ob die Beweise gefährdet sind oder nicht, stellt die Beweissicherung im Sinne
von Art. 17 StAG eine beschränkte **Beweiserhebung** von Amtes wegen²¹⁶⁶
dar.²¹⁶⁷ Der Bundesrat – und nicht etwa die Zivilgerichte oder die Eidgenössi-
sche Erledigungsinstanz (Rz. 1318–1329)²¹⁶⁸ – ist mit anderen Worten ver-
pflichtet, die Beweise im engen Rahmen von Art. 17 Abs. 1 und 2 StAG zu
beschaffen.²¹⁶⁹ Nachfolgend spreche ich der Terminologie von Art. 17 Abs. 1
StAG folgend von «Sachverhaltserhebung», meine damit aber die Beweiser-
hebung.

2162 MEYER, SJZ 1/2020, S. 29; siehe auch KOLLER, ZBJV 5/2019, S. 320, dem zufolge
«dem Geschädigten der Nachweis der natürlichen Kausalität [oft] nicht [gelingt]».

2163 Vgl. MEYER, SJZ 1/2020, S. 29.

2164 Z.B. BSK ZPO (2017)-GUYAN, Art. 158 N 1 und 3.

2165 *Beispiel*: Wird ein Haus durch das Wasser und die Feststoffe leicht beschädigt, dürfte
weder der Verlust noch die wesentliche Veränderung des Beweismittels «Haus» dro-
hen (siehe dazu im Allgemeinen: BSK ZPO [2017]-GUYAN, Art. 158 N 3; HASEN-
BÖHLER, Beweisrecht 1 [2015], Rz. 3.120, der jedoch das Beweismittel «Haus» als
gefährdet ansieht, wenn dieses wegen Werkmängeln dringend saniert werden sollte).

2166 Art. 153 Abs. 1 ZPO analog. Dies schliesst aber eine Mitwirkung der Geschädigten
nicht aus (siehe betreffend Art. 153 ZPO: BSK ZPO [2017]-GUYAN, Art. 153 N 9).

2167 Vgl. auch Art. 17 Abs. 1 StAG, der von «Erhebung über den Sachverhalt» spricht.

2168 Siehe aber Art. 26 Abs. 1 Satz 1 KHG, der eine Sachverhaltserhebung von Amtes
wegen durch die Zivilgerichte vorsieht (Fn. 2185).

2169 Vgl. betreffend Prozesse, in denen der unbeschränkte Untersuchungsgrundsatz gilt:
HASENBÖHLER, Beweisrecht 1 (2015), Rz. 3.35.

- 1110 **2.** Art. 17 StAG ist anwendbar, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:
- 1111 – Die fragliche Stauanlage ist vom räumlichen Geltungsbereich der öffentlich-rechtlichen Bestimmung von Art. 17 StAG erfasst (Rz. 356–357); und
- 1112 – Das grössere Schadensereignis (Rz. 1114–1119) ist wegen Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 611–616) einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage eingetreten (Rz. 324–329). Kein grösseres Schadensereignis liegt hingegen vor, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG nur unmittelbar zu verwirklichen drohte (Rz. 913). Dafür sprechen der Wortlaut («Austreten von Wassermassen aus der Stauanlage») und die *ratio legis* (vgl. Rz. 1135 und Fn. 2186) von Art. 17 Abs. 2 Satz 2 StAG.
- 1113 **3.** Nachfolgend lege ich dar, wann ein «grösseres Schadensereignis» im Sinne von Art. 17 StAG vorliegt (Rz. 1114–1119). Anschliessend untersuche ich, wie der Bundesrat den Sachverhalt zu erheben hat (Rz. 1120–1201).

A. Grösseres Schadensereignis

- 1114 **1.** Der Bundesrat ist verpflichtet (Rz. 1121–1122), nach einem Stauanlagenunfall den Sachverhalt zu erheben, wenn sich ein «grösseres Schadensereignis» ereignet hat. Das StAG, die StAV und die Gesetzesmaterialien äussern sich nicht dazu, was unter einem grösseren Schadensereignis zu verstehen ist.
- 1115 **2.** Gemäss Wortlaut von Art. 17 Abs. 1 StAG handelt es sich um ein *grösseres* Schadensereignis. Es handelt sich folglich nicht um ein *grosses* Schadensereignis. Insbesondere muss kein Grossschaden im Sinne von Art. 19 Abs. 2 StAG vorliegen, damit ein Schadensereignis als grösseres Schadensereignis gilt.²¹⁷⁰ Bei einem Grossschaden im Sinne von Art. 19 Abs. 2 StAG liegt *e contrario* jedoch immer ein grösseres Schadensereignis vor. Unklar bleibt jedoch, wie das «grössere Schadensereignis» von kleineren oder mittleren Schadensereignissen abzugrenzen ist.

2170 Gl.M. betreffend nKHG: BOTSCHAFT nKHG (8.6.2007), S. 5439; siehe betreffend StAG: BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055, die Art. 17 StAG, Art. 19 StAG und Art. 20 StAG nicht gleichsetzt, sondern lediglich darauf hinweist, dass die Beweissicherung im Zusammenhang mit einem Grossschaden bedeutsam sei.

3. Der BOTSCHAFT nKHG zufolge liegt ein grösseres Schadensereignis im Sinne des nKHG unter anderem vor, wenn infolge Verwirklichung der besonderen Gefahr des Kernkraftwerkes eine Gefahr für Menschen und Umwelt besteht.²¹⁷¹ Dieses Kriterium scheint mir untauglich zu sein, um zu definieren, wann ein «grösseres Schadensereignis» im Sinne von Art. 17 Abs. 1 StAG vorliegt. Verwirklicht sich nämlich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, besteht immer eine Gefahr für Menschen und Umwelt.

4. Art. 17 StAG bezweckt, dass der Schaden rationell erledigt und ein Überblick über das Ausmass des Schadens gewonnen werden kann.²¹⁷² Mit anderen Worten soll die dem Gerichtsverfahren vorgelagerte Sachverhaltserhebung (Rz. 1109) zweckmässig ausgestaltet werden, damit Synergien genutzt werden können und somit dem Gebot der Wirtschaftlichkeit Rechnung getragen wird. Im Lichte dieser Ausführungen liegt bei einem Stauanlagenunfall ein «grösseres Schadensereignis» vor, wenn eines der folgenden zwei Kriterien erfüllt ist:

- Die Rechtsgüter vieler Personen wurden verletzt, das heisst, es gibt **viele Geschädigte**.²¹⁷³ Dies dürfte meistens der Fall sein, wenn ganze Quartiere, Ortsteile oder Ortschaften verwüstet werden. Da die Schweiz dicht besiedelt ist, dürften bei einem Stauanlagenunfall häufig die Rechtsgüter vieler Personen verletzt werden.
- Das **Schadensgebiet** ist gross oder erstreckt sich über das Territorium mehrerer Kantone.

B. Sachverhaltserhebung

Nachfolgend untersuche ich verschiedene Themenkomplexe im Zusammenhang mit der Sachverhaltserhebung. Einleitend lege ich dar, inwieweit der Bundesrat verpflichtet ist, den Sachverhalt zu erheben (Rz. 1121–1122). Anschliessend lege ich dar, innert welcher Frist der Sachverhalt zu erheben ist (Rz. 1123–1124). Weiter untersuche ich, wie der Bundesrat den Sachverhalt zu erheben hat (Rz. 1125–1140), welche Obliegenheiten die Geschädigten treffen (Rz. 1141–1166) und wie der Bundesrat mit den eingegangenen Meldungen von Geschädigten zu verfahren hat (Rz. 1167–1183). Schliesslich erläutere ich, wer die Kosten der Sachverhaltserhebung trägt (Rz. 1184–1192)

2171 BOTSCHAFT nKHG (8.6.2007), S. 5439 «eine Mensch und Umwelt gefährdende Radioaktivität ausgetreten ist».

2172 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

2173 Gl.M. betreffend nKHG: BOTSCHAFT nKHG (8.6.2007), S. 5439, die u.a. darauf abstellt, ob «mehrere Personen betroffen sind».

und ob gegen die Sachverhaltserhebung ein Rechtsmittel ergriffen werden kann (Rz. 1193–1201).

1. Pflicht des Bundesrates

- 1121 **1.** Ist ein grösseres Schadensereignis eingetreten (Rz. 1114–1119), «so ordnet der Bundesrat eine Erhebung über den Sachverhalt an.»²¹⁷⁴ Das StAG verpflichtet den Bundesrat mit anderen Worten, den Sachverhalt zu erheben, sofern ein grösseres Schadensereignis vorliegt.²¹⁷⁵ Der Bundesrat besitzt keinen Ermessensspielraum.
- 1122 **2.** Der Bundesrat verfügt jedoch insofern über ein Ermessen, als er die Frage, ob im Einzelfall ein grösseres Schadensereignis vorliegt, beantworten muss (Rz. 1114–1119). Ergo kann der Bundesrat argumentieren, es liege gar kein grösseres Schadensereignis vor und deshalb darauf verzichten, den Sachverhalt zu erheben.

2. Zeitpunkt

- 1123 **1.** Das StAG äussert sich nicht dazu, innert welcher Frist seit dem Stauanlagenunfall der Bundesrat verpflichtet ist, den Sachverhalt zu erheben. Da die Sachverhaltserhebung auch der Beweissicherung (Rz. 1109) dienen kann, sollte diese rasch nach dem Stauanlagenunfall durchgeführt werden. Zudem kann es die Sachverhaltserhebung und letztlich auch die Prüfung der Schädigungsmeldungen (Rz. 1169) verkomplizieren oder gar verunmöglichen, wenn der Bundesrat zu lange mit der Sachverhaltserhebung zuwartet. Schliesslich dürften die Bundesversammlung und der Bundesrat erst entscheiden, ob der Stauanlagenunfall als Grossschaden gilt, wenn das Ergebnis der Sachverhaltserhebung vorliegt (Rz. 1356). Aus diesen Gründen sollte der Bundesrat den Sachverhalt rasch nach dem Stauanlagenunfall erheben. Kann das betroffene Unterliegergebiet (Fn. 167) gefahrenlos betreten werden beziehungsweise ist dieses wieder zugänglich und haben die Behörden gegebenenfalls schon mit den Aufräumarbeiten begonnen, sollte der Bundesrat die Sachverhaltserhebung initiieren.

²¹⁷⁴ Art. 17 Abs. 1 StAG.

²¹⁷⁵ Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 508; BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 204 *in fine* «Die Durchführung eines Beweissicherungsverfahrens soll nicht ins Ermessen des Bundesrates gestellt, sondern zu einer gesetzlich verankerten Pflicht erhoben werden.»

2. Dem Bundesrat ist jedoch eine angemessene Frist von mehreren Tagen zu- 1124
zugestehen, innert welcher er sich ein Bild über die Situation verschaffen und
entscheiden kann, ob ein grösseres Schadensereignis vorliegt (Rz. 1114–1119
und 1122). Diese Entscheidung hat der Bundesrat aufgrund der verfügbaren
Informationen zu treffen. Somit kann der Bundesrat das Instrument «Sachver-
haltserhebung» nicht zur Beantwortung der Frage verwenden, ob überhaupt
ein grösseres Schadensereignis vorliegt. Die Sachverhaltserhebung bezweckt
einzig, Beweise zu erheben oder allenfalls zu sichern (Rz. 1109). Dafür spricht
auch der Aufbau von Art. 17 Abs. 1 StAG: «Ist ein grösseres Schadenereignis
eingetreten» (= Tatbestand), «so ordnet der Bundesrat eine Erhebung über den
Sachverhalt an» (= Rechtsfolge).

3. *Öffentliche Bekanntmachung*

a. *Publikationsorgan*

1. Der Bundesrat ist verpflichtet, «alle Personen, die einen Schaden erlitten 1125
haben», mittels öffentlicher Bekanntmachung aufzufordern, «die Schädigung
innert drei Monaten unter Angabe des Datums und des Ortes zu melden»²¹⁷⁶.
Das StAG schreibt dem Bundesrat somit vor, mit welchem Instrument er den
Sachverhalt zu erheben hat.

2. In welchem Medium hat der Bundesrat die öffentliche Bekanntmachung zu 1126
publizieren? Das StAG und die StAV beantworten diese Frage nicht.²¹⁷⁷ Auch
das RVOG äussert sich nicht dazu. Diese offene Lücke²¹⁷⁸ ist wie folgt zu

2176 Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG.

2177 Anders z.B. Art. 88 Abs. 1 StPO i.V.m. Art. 69 StBOG.

2178 Die «offene Lücke» wird auch «echte Lücke» genannt (KRAMER, Methoden-
lehre [2019], S. 219; siehe ferner BGE 142 V 402 E. 4.2 S. 405).

schliessen: Der Bundesrat hat die «öffentliche Bekanntmachung», wie in anderen Bundesgesetzen vorgesehen,²¹⁷⁹ im **Bundesblatt** zu veröffentlichen.²¹⁸⁰ Eine Publikation der «öffentlichen Bekanntmachung» zum Beispiel im *Schweizerischen Handelsamtsblatt* kommt hingegen nicht infrage, weil kein Bezug zu Handel, Gewerbe oder Industrie besteht.²¹⁸¹

1127 **3.** Der Bundesrat kann die öffentliche Bekanntmachung zusätzlich in anderen Medien publizieren.²¹⁸² Damit möglichst viele Geschädigte informiert werden, kann die öffentliche Bekanntmachung namentlich in folgenden Medien publiziert werden:

1128 1. Zeitungen;

1129 2. Internetseite der Bundes- und Kantonsverwaltung (gegebenenfalls auch auf der Internetseite der betroffenen Gemeinden);

1130 3. Soziale Medien (zum Beispiel Twitter);

1131 4. Radio und Fernsehen;

2179 Siehe für eine beispielhafte Aufzählung solcher Bundesgesetze: Kommentar PublG (2011)-KETTIGER, Art. 13 N 25. Die in diesen von KETTIGER erwähnten und anderen Bundesgesetzen angeordnete Publikation im Bundesblatt löst gemäss KETTIGER «oft Rechtsfolgen aus (z.B. einen Fristenlauf)» (Kommentar PublG [2011]-KETTIGER, Art. 13 N 24 *in fine*). Auch im vorliegenden Fall zeitigt die Publikation im Bundesblatt Rechtsfolgen (Rz. 1141 und 1164–1166). Die vorliegende offene Lücke ist daher auf dem Wege der Gesamtanalogie zu füllen (zur Gesamtanalogie im Allgemeinen: KRAMER, Methodenlehre [2019], S. 232–233) und die Publikation im Bundesblatt gestützt auf Art. 13 Abs. 1 lit. g PublG zuzulassen.

2180 Art. 13 Abs. 1 lit. g PublG (siehe dazu im Allgemeinen: Kommentar PublG [2011]-KETTIGER, Art. 13 N 24). Eine Publikation der «öffentlichen Bekanntmachung» im Bundesblatt gestützt auf die Auffangnorm von Art. 13 Abs. 2 lit. b PublG (Kann-Vorschrift) kommt hingegen nicht infrage. Unter «Mitteilungen des Bundesrates» sind nach Art. 22 lit. a–c PublV nämlich Texte zu verstehen, die «erhebliche Aussenwirkungen zeitigen oder von erheblicher allgemeiner Bedeutung sind» (siehe auch Kommentar PublG [2011]-KETTIGER, Art. 13 N 27–28).

2181 Vgl. Art. 1 VSHAB.

2182 Vgl. im Allgemeinen: PK VwVG (2016)-UHLMANN/SCHILLING-SCHWANK, Art. 36 N 3.

5. Medienmitteilungen des Bundesrates, der Kantonsregierung oder des Exekutivorgans der Gemeinde; 1132
6. Öffentlicher Anschlag (gegebenenfalls zum Beispiel mit einem QR-Code versehen) in den Schadensgebieten. 1133

b. Adressaten

1. Art. 17 StAG lehnt sich an Art. 22 KHG²¹⁸³ an.²¹⁸⁴ Diese beiden Bestimmungen unterscheiden sich hauptsächlich²¹⁸⁵ darin, dass sich nach KHG alle Personen zu melden haben, «die möglicherweise einen Nuklearschaden erlitten haben», wohingegen sich nach StAG nur jene Personen zu melden haben, die «einen Schaden erlitten haben».

a. Dieser Unterschied (Rz. 1134) ist darauf zurückzuführen, dass die Geschädigten gemäss BOTSCHAFT StAG den «Überflutungsschaden» (Rz. 547) im Gegensatz zum «Nuklearschaden» einfacher erkennen können.²¹⁸⁶ Das mag grundsätzlich zwar zutreffen. Allerdings werden im Zeitpunkt der Meldung der Schädigung auch viele Geschädigte eines Stauanlagenunfalls noch nicht

2183 Das nKHG enthält zwar immer noch eine Bestimmung (Art. 20) zur Beweissicherung. Diese ist jedoch deutlich weniger detailliert als jene des KHG. Der Bundesrat führt in der BOTSCHAFT nKHG aus, dass diese in Art. 22 KHG enthaltenen Regelungen betreffend die Vorgehensweise Verordnungscharakter hätten und daher in der Verordnung zum nKHG geregelt werden sollen (BOTSCHAFT nKHG [8.6.2007], S. 5439).

2184 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

2185 Das KHG stellt auch Vorschriften betreffend den Zivilprozess auf. So werden z.B. die Zivilgerichte verpflichtet, den Sachverhalt von Amtes wegen festzustellen (siehe Art. 26 Abs. 1 Satz 1 KHG). Solche Vorschriften betreffend den Zivilprozess kennt das StAG nicht (Fn. 2168).

2186 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055, der zufolge der Beweissicherung nach StAG nicht der gleiche Stellenwert wie im KHG beizumessen ist; in diesem Sinne auch E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 22 *in fine* «Denn der Beweis des Zusammenhangs zwischen Gesundheitsschäden und radioaktiver Verseuchung ist weit schwieriger als der Beweis der Schäden, die durch Wassermassen, welche aus einer Stauanlage austreten, verursacht worden sind.» und E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 35 «Der Beweissicherung kommt bei Überflutungsschäden allerdings nicht die gleiche Bedeutung zu wie bei den Strahlenschäden, die für die Geschädigten normalerweise nicht erkennbar sind.»

mit Sicherheit wissen, ob sie tatsächlich einen Schaden erlitten haben. Die «öffentliche Bekanntmachung» sollte sich daher richtigerweise an alle Personen richten, die annehmen, einen Schaden erlitten zu haben.

1136 **b.** *De lege ferenda* sollte Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG daher wie folgt angepasst werden: «Er fordert durch öffentliche Bekanntmachung alle Personen, die möglicherweise einen Schaden erlitten haben, auf, die Schädigung innert drei Monaten unter Angabe des Datums und des Ortes zu melden.»

1137 **2.** Nach Art. 22 KHG sollen sich alle Personen melden, «die möglicherweise einen Nuklearschaden erlitten haben». Es sollen sich somit nur Geschädigte melden, die einen Nuklearschaden²¹⁸⁷ erlitten haben. Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG zufolge können sich hingegen alle Personen melden, «die einen Schaden erlitten haben». Es stellt sich die Frage, ob aufgrund des Geltungsbereichs von Art. 17 StAG (Rz. 1112) nur Personen eine Schädigung melden können, die einen Personen- oder einen Sachschaden erlitten haben.

1138 Eine Schädigung melden können alle Personen, die möglicherweise einen Schaden, welcher Art auch immer, erlitten haben. Die Sachverhaltserhebung bezweckt, dass der Schaden rationell erledigt und ein Überblick über das Ausmass des Schadens gewonnen werden kann (Rz. 1117). Deswegen ist es sachgerecht, dass alle Schädigungen (Rz. 1141–1144) gemeldet werden, selbst wenn der Geschädigte vom Haftungssubjekt nicht Ersatz für jeden Schaden gestützt auf die Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG verlangen kann.²¹⁸⁸ Dafür spricht auch der Geschädigtenschutz: Schädigungsmeldungen (Rz. 1141) erleichtern den Geschädigten den Beweis des natürlichen Kausalzusammenhangs (Rz. 1180). Diese Erleichterung soll den Geschädigten auch zugutekommen, wenn sie vom Haftungssubjekt Ersatz für den Schaden gestützt auf eine andere Rechtsgrundlage (zum Beispiel Art. 41 Abs. 1 OR) verlangen.

1139 **3.** Adressaten der öffentlichen Bekanntmachung sind «alle Personen, die einen Schaden erlitten haben»²¹⁸⁹. Dazu zählen die **Direktgeschädigten**, das heisst jene Personen, deren Rechtsgüter verletzt worden sind und die deswegen einen Schaden erlitten haben. Ist der Geschädigte verstorben, sind seine **Erben** als

2187 Art. 2 Abs. 1 lit. a–c KHG.

2188 Art. 14 Abs. 1 StAG (Personen- und Sachschaden) und Art. 14 Abs. 2 StAG (reiner Vermögensschaden in Form von privaten Schadenabwehrkosten).

2189 Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG.

Rechtsnachfolger die Adressaten der öffentlichen Bekanntmachung. Die Adressaten der öffentlichen Bekanntmachung sind schliesslich die **Reflexgeschädigten**, das heisst jene Personen, die wegen der Tötung ihres Versorgers einen Versorgungsschaden erlitten haben.²¹⁹⁰

4. Die öffentliche Bekanntmachung richtet sich an einen offenen Adressatenkreis.²¹⁹¹ Zwar stehen im Zeitpunkt der «öffentlichen Bekanntmachung» die Adressaten grossmehrheitlich fest. Allerdings können während der 3-Monatsfrist noch Personen versterben. Aus diesem Grund müssen deren Erben und die Reflexgeschädigten neu eine Schädigung melden. 1140

4. Schädigungsmeldung

1. «Personen, die einen Schaden erlitten haben», können die «Schädigung» innert drei Monaten melden.²¹⁹² Diese Meldung bezeichne ich als «Schädigungsmeldung». «Schädigung» und «Schaden» bedeuten nicht das Gleiche: Unter «Schädigung» ist die Rechtsgutsverletzung und unter «Schaden» sind die wirtschaftlichen Folgen der Rechtsgutsverletzung zu verstehen.²¹⁹³ Die Geschädigten melden somit nicht den Schaden, sondern die Rechtsgutsverletzung. In dem durch den Bundesrat aufgrund der eingegangenen Schädigungsmeldungen zu erstellenden Verzeichnis (Rz. 1167) sind demzufolge nur die Rechtsgutsverletzungen, nicht aber der Schaden verzeichnet. 1141

2. Die Sachverhaltserhebung bezweckt, dass der Schaden rationell erledigt und ein Überblick über das Ausmass des Schadens gewonnen werden kann (Rz. 1117). Aufgrund der Schädigungsmeldung können jedoch nur bedingt Rückschlüsse auf das Ausmass des Schadens gezogen werden. Es stellt sich daher die Frage, ob die deutsche Fassung des StAG irrtümlicherweise von 1142

2190 Zu Reflexgeschädigten im Allgemeinen: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 417.

2191 Dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 28 Rz. 53–54.

2192 Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG.

2193 Z.B. ROBERTO, Haftpflichtrecht (2018), Rz. 05.11; siehe auch HONSELL/ISERING/KESSLER, Haftpflichtrecht (2013), § 1 Rz. 7; Fn. 109.

«Schädigung» statt von «Schaden» spricht.²¹⁹⁴ Diese Frage ist aus folgenden Gründen zu verneinen:

- 1143 – Das StAG verwendet das Wort «Schädigung» nur ein einziges Mal. Ansonsten spricht das StAG immer von «Schaden» oder «Schäden», wenn es den Schaden im Rechtssinne meint. Auch die Sätze 1 und 2 von Art. 17 Abs. 2 unterscheiden zwischen «Schaden» und «Schädigung».
- 1144 – Die Erstellung eines *Schadens*verzeichnisses statt eines *Schädigungs*verzeichnisses würde angesichts der zu meldenden Angaben (Datum und Ort) keinen Sinn ergeben. Denn Ort und Datum des Schadenseintritts stehen im Zeitpunkt der Schädigungsmeldung häufig noch gar nicht fest, zumal diese Angaben im Zivilprozess auch kaum bedeutend sind.²¹⁹⁵

a. *Inhalt*

- 1145 1. Was die Adressaten (Rz. 1134–1140) der «öffentlichen Bekanntmachung» in ihrer Schädigungsmeldung melden sollen, ist nicht restlos klar. Das StAG spricht davon, dass «die Schädigung [...] unter Angabe des Datums und des Ortes zu melden»²¹⁹⁶ ist. Zu melden sind somit das Datum und der Ort der Rechtsgutsverletzung.²¹⁹⁷
- 1146 a. Das **Datum** der Rechtsgutsverletzung ist der Tag, an dem infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG ein Rechtsgut verletzt wurde.²¹⁹⁸ Wurden vor dem Stauanlagenunfall private Schadenabwehrmassnahmen ergriffen, gilt der Tag, an dem der Bedrohte die Schadenabwehrmassnahme ergriff, als das Datum der Verletzung des Rechts-

2194 Die französische und die italienische Fassung von Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG sprechen von *dommage* bzw. *danno*, also von Schaden (DOUCET/FLECK, Wörterbuch 1 [2014], S. 314, zu «dommage»; CONTE/BOSS, Wörterbuch 1 [2001], S. 156, zu «danno»).

2195 Das Datum des Schadenseintritts ist aber für die Zinsberechnung relevant (vgl. BGE 131 II 217 E. 4.2 S. 227).

2196 Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG.

2197 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 508.

2198 *Beispiel*: Die Tötung eines Menschen oder die Beschädigung eines Fahrzeugs.

guts Vermögen. Bei einem Stauanlagenunfall ist das Datum der Rechtsgutsverletzung – im Gegensatz zu einem Kernkraftwerkunfall²¹⁹⁹ – bei allen Geschädigten in aller Regel das Gleiche. Nur die Uhrzeit der Rechtsgutsverletzung wird bei den Geschädigten unterschiedlich sein.

b. Der **Ort** der Rechtsgutsverletzung ist der Ort, an dem sich das Angriffsobjekt (Rz. 1088) befand (Lageort), als das Wasser und/oder die Feststoffe auf dieses aufprallten. Irrelevant ist, ob das Wasser das Angriffsobjekt wegtransportierte. 1147

Wurde das Rechtsgut Vermögen (Fn. 2092) verletzt und kann der Lageort des fraglichen Vermögenswerts nicht vom restlichen Vermögen abgegrenzt und lokalisiert werden, ist der Wohnsitz des Geschädigten als Ort der Rechtsgutsverletzung zu melden (Rz. 1078). Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt hinsichtlich der Kosten privater Schadensabwehr: Als Ort der Rechtsgutsverletzung gilt der Lageort der bedrohten Rechtsgüter, wo der Bedrohte die Schadenabwehrmassnahmen ergriff (Rz. 1079). 1148

2. Der Absender (Rz. 1159) der Schädigungsmeldung ist verpflichtet, neben dem Datum und Ort der Rechtsgutsverletzung auch die eigentliche «Schädigung»²²⁰⁰ und damit auch die Rechtsgutsträgereigenschaft des Geschädigten zu melden. Es stellt sich die Frage, wie detailliert die Schädigungsmeldung sein muss. 1149

a. Wurde das **Rechtsgut Leben** verletzt, ist der Absender verpflichtet, die getötete Person in der Schädigungsmeldung zu identifizieren (zum Beispiel Vorname, Name, Geschlecht, Geburtsdatum und Wohnadresse). Reflexgeschädigte sind verpflichtet, zusätzliche Angaben zur familiären Situation beziehungsweise zur Versorgungseigenschaft der getöteten Person zu machen. Zu melden sind weiter, soweit bekannt, die Todesumstände. 1150

b. Wurde das **Rechtsgut Leib** verletzt, ist der Absender verpflichtet, die verletzte Person in der Schädigungsmeldung zu identifizieren (Rz. 1150) und die Art und Umstände der Körperverletzung anzugeben. 1151

c. Wurde das **Rechtsgut Eigentum** verletzt, ist der Absender verpflichtet, die beschädigte, zerstörte oder verlorene Sache (Mobilie oder Immobilie) in der 1152

2199 Da sich die nukleare Strahlenwolke bewegt, können Personen an verschiedenen Orten und an verschiedenen Tagen geschädigt werden.

2200 Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG.

Schädigungsmeldung zu spezifizieren und das Ausmass sowie die Umstände der Rechtsgutsverletzung zu beschreiben.

- 1153 Dieser Grundsatz (Rz. 1152) gilt jedoch nicht, wenn das Wasser und/oder die Feststoffe den ganzen Hausrat beschädigen oder zerstören. In diesem Fall ist es ausreichend, wenn der Absender die grobe Zusammensetzung des Hausrats angibt. Der Absender ist jedoch nach wie vor verpflichtet, wertvollere Mobilien (zum Beispiel Fahrzeuge oder Schmuck), das heisst solche mit einem Verkehrswert von zum Beispiel mindestens CHF 5000, in der Schädigungsmeldung zu spezifizieren (Rz. 1152). Diese Gegen Ausnahme ist gerechtfertigt, weil dank des Schädigungsverzeichnisses (Rz. 1167–1183) auch ein Überblick über das Ausmass des Schadens gewonnen werden soll (Rz. 1117). Es mag zwar zutreffen, dass man von einer Rechtsgutsverletzung nur bedingt auf das Ausmass des Schadens schliessen kann (Rz. 1142). Allerdings ist der (beschränkte) Aussagegehalt des Schädigungsverzeichnisses hinsichtlich des Ausmasses des Schadens deutlich höher, wenn statt eines Pauschalpostens «Hausrat» zum Beispiel ein «beschädigter Ferrari «F8Tributo»» oder eine «verlorene IWC-Uhr «Portofino Chronograph»» verzeichnet ist.
- 1154 **d.** Wurde das **Rechtsgut Vermögen** verletzt, ist der Absender verpflichtet, in der Schädigungsmeldung darzulegen, wodurch und inwieweit sich das Vermögen des Geschädigten verminderte. Sind private Schadenabwehrmassnahmen für die Vermögensverminderung ursächlich, ist der Absender verpflichtet, diese Schadenabwehrmassnahmen zu spezifizieren.
- 1155 **3.** Das StAG lässt offen, ob der Absender (Rz. 1159) verpflichtet ist, die in der Schädigungsmeldung gemachten Angaben²²⁰¹ zu belegen. Sinn und Zweck des Schädigungsverzeichnisses und seine Rechtswirkungen (Rz. 1180–1181) sprechen dafür, dass die Absender verpflichtet sind, ihre gemachten Angaben zu belegen oder mindestens zu plausibilisieren.
- 1156 **a.** Es ist ausreichend, wenn der Absender auf seine oder die des Geschädigten in Polizeirapporten gemachten Aussagen oder ganz generell auf Polizeirapporte, ärztliche Berichte oder andere Berichte (zum Beispiel einer Versicherung) verweist. Der Absender kann schliesslich auch auf amtliche Register (zum Beispiel Grundbuch oder Fahrzeugregister) verweisen. Der Absender ist

2201 Zu melden sind (i) die Rechtsgutsverletzung, (ii) das Datum und der Ort der Rechtsgutsverletzung und (iii) die Rechtsgutsträgereigenschaft des Geschädigten (Rz. 1145–1154).

verpflichtet, solche Belege (zum Beispiel Polizeirapporte oder ärztliche Berichte) zusammen mit der Schädigungsmeldung einzureichen. Damit wird nämlich die Arbeit der Behörden erleichtert, welche die gemachten Angaben überprüfen müssen (Rz. 1167–1174).

b. Der Absender (Rz. 1159) ist verpflichtet nachzuweisen, dass die Person verstorben ist.²²⁰² Diesen Beweis kann er durch einen Auszug aus dem Personenstandsregister erbringen.²²⁰³ Wurde der Tod im Personenstandsregister noch nicht eingetragen, kann der Absender den Tod auch auf andere Art, zum Beispiel durch Polizeiprotokolle, beweisen.²²⁰⁴ Es stellt sich die Frage, wie der Absender vorzugehen hat, wenn die Leiche nicht gefunden wurde. In einem solchen Fall ist die Eintragung in das Schädigungsverzeichnis vorzunehmen, wenn der Tod als erwiesen²²⁰⁵ oder als höchst wahrscheinlich²²⁰⁶ gilt. In diesen beiden Fällen hat der Absender lediglich zu belegen oder zu plausibilisieren, dass die «getötete» Person sich während des Stauanlagenunfalls in der Gefahrenzone befunden hat und bisher nicht aufgetaucht ist. Sollte die «getötete» Person wider Erwarten noch leben, wäre die fragliche Eintragung im Schädigungsverzeichnis als gegenstandslos anzusehen. Da die Eintragung im Schädigungsverzeichnis keine zivilstandsrechtlichen Wirkungen entfaltet, sollten die Eintragungen «getöteter» Personen im Zweifelsfall vorgenommen werden. 1157

4. Nachdem der Absender die Schädigungsmeldung fristgerecht abgesetzt hat, können sich die Umstände verändern.²²⁰⁷ In einem solchen Fall kann der ursprüngliche oder neue Absender (Rz. 1159) die Schädigungsmeldung ergänzen beziehungsweise korrigieren und zwar selbst nach Ablauf der 3-Monatsfrist (Rz. 1164). 1158

2202 Vgl. Art. 32 Abs. 1 ZGB.

2203 Art. 33 Abs. 1 ZGB (dazu im Allgemeinen: BSK ZGB I [2018]-GUGGENBÜHL, Art. 33 N 4).

2204 Art. 33 Abs. 2 ZGB (dazu im Allgemeinen: BSK ZGB I [2018]-GUGGENBÜHL, Art. 33 N 5 und 7).

2205 Art. 34 ZGB (dazu im Allgemeinen: BSK ZGB I [2018]-GUGGENBÜHL, Art. 34 N 3).

2206 Art. 35 Abs. 1 ZGB analog (dazu im Allgemeinen: BSK ZGB I [2018]-LARDELLI, Art. 35 N 4).

2207 *Beispiel:* Die verletzte Person stirbt nachdem der Absender die Schädigungsmeldung erstattet hat.

b. Absender

- 1159 In aller Regel wird der **Geschädigte** (Rz. 1139), das heisst der Rechtsgutsträger, die Schädigungsmeldung selbst absetzen. Die Schädigungsmeldung kann jedoch auch durch eine andere Person im Namen und im Auftrag des Geschädigten erstattet werden (zum Beispiel durch den gesetzlichen Vertreter urteilsunfähiger Kinder). Kann der Geschädigte als Träger des verletzten Rechtsgutes Leib die Schädigungsmeldung nicht absetzen (zum Beispiel weil er sich im Spital oder Koma befindet), können seine Angehörigen an seiner Stelle die Schädigungsmeldung absetzen.

c. Empfänger

- 1160 **1.** Das StAG äussert sich nicht dazu, wem die Geschädigten die Schädigung (Fn. 2201) melden sollen.²²⁰⁸ Unklar ist somit, wer Empfänger der Schädigungsmeldung ist.
- 1161 **2.** Der BOTSCHAFT StAG zufolge haben sich die Geschädigten (Rz. 1139) bei einer «bestimmten Stelle zu melden».²²⁰⁹ Bei seiner Entscheidung, bei welcher Stelle sich die Geschädigten melden müssen, kommt dem Bundesrat folglich ein grosses Ermessen zu. So kann der Bundesrat zum Beispiel eine zentrale Stelle bestimmen oder schaffen, die Empfängerin der Schädigungsmeldungen (Rz. 1141–1158) ist.²²¹⁰ Der Bundesrat kann aber auch – in Abstimmung mit den Kantonen – mehrere dezentrale Stellen bestimmen oder schaffen (zum Beispiel pro Einwohnergemeinde eine Stelle).
- 1162 Der Absender kann in der Schädigungsmeldung auf Polizeirapporte verweisen (Rz. 1156). Zudem ist die Polizei in die Aufräumarbeiten und die Untersuchungen involviert. Deswegen scheint mir die Polizei – mit ihren vielen dezentralen Einheiten – als Empfängerin der Schädigungsmeldung prädestiniert zu sein.

d. Form

- 1163 Das StAG und die StAV sowie die BOTSCHAFT StAG äussern sich nicht zur Form der Schädigungsmeldung. Dem Bundesrat kommt auch diesbezüglich

2208 Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG; anders Art. 22 Abs. 1 Satz 2 KHG, wonach sich die Geschädigten «bei einer bestimmten Stelle zu melden» haben.

2209 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

2210 Gl.M. KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 253 («zentrale Meldestelle»).

ein grosses Ermessen zu. So kann er zum Beispiel bestimmen, dass ein Geschädigter oder sein Stellvertreter verpflichtet ist, bei der zuständigen Stelle persönlich zu erscheinen. Der Bundesrat kann aber auch festlegen, dass die Geschädigten verpflichtet sind, die Schädigungsmeldung schriftlich (postalisch oder elektronisch) einzureichen. Sachgerecht scheint mir, wenn der Bundesrat den Geschädigten möglichst viele Optionen gäbe.

e. Frist

1. Die Schädigungsmeldung ist innert drei Monaten seit der öffentlichen Bekanntmachung zu erstatten.²²¹¹ Die 3-Monatsfrist endet an jenem Tag, der durch seine Zahl dem Tag der (ersten) öffentlichen Bekanntmachung im Bundesblatt (Rz. 1126) im dritten Monat seit der (ersten) öffentlichen Bekanntmachung im Bundesblatt entspricht.²²¹² Sollte dieser Tag im dritten Monat seit der öffentlichen Bekanntmachung fehlen, endet die 3-Monatsfrist am letzten Tag dieses Monats.²²¹³ Für die Fristberechnung irrelevant sind allfällige weitere öffentliche Bekanntmachungen in anderen Medien (Rz. 1128–1133).

2. Die 3-Monatsfrist ist gewahrt, wenn der Geschädigte am letzten Tag der Frist (Rz. 1164) persönlich bei der zuständigen Stelle erscheint oder die Schädigungsmeldung (Rz. 1163) den Poststempel des letzten Tages der Frist trägt. Sollte die Schädigungsmeldung elektronisch eingereicht werden können, muss die Schädigungsmeldung am letzten Tag der Frist vor Mitternacht auf dem Server der zuständigen Stelle registriert worden sein.²²¹⁴

Der Bundesrat ist nicht verpflichtet, verspätet eingegangene Schädigungsmeldungen in das Schädigungsverzeichnis aufzunehmen. Die Rechtsfolgen einer verspäteten Schädigungsmeldung entsprechen jenen einer unterlassenen Schädigungsmeldung (Rz. 1182).

²²¹¹ Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG.

²²¹² Art. 77 Abs. 1 Ziff. 3 OR analog i.V.m. Art. 77 Abs. 2 OR analog.

²²¹³ Art. 77 Abs. 1 Ziff. 3 OR analog i.V.m. Art. 77 Abs. 2 OR analog.

²²¹⁴ Siehe zum Empfangsprinzip im Allgemeinen z.B. BSK ZPO (2017)-BENN, Art. 143 N 16.

5. *Schädigungsverzeichnis*

a. *Pflicht zur Überprüfung der Schädigungsmeldungen*

- 1167 **1.** Das StAG äussert sich nicht dazu, was der Empfänger mit den eingegangenen Schädigungsmeldungen machen muss. Der Bundesrat kann den Sachverhalt nur erheben (Rz. 1109), wenn er Kenntnis von den Schädigungsmeldungen hat. Deswegen ist der Empfänger (Rz. 1161–1162) verpflichtet, die Schädigungsmeldungen dem Bundesrat weiterzuleiten. Der Bundesrat hat gestützt auf die rechtzeitig eingegangenen Schädigungsmeldungen ein Verzeichnis über alle gemeldeten Schädigungen zu erstellen.²²¹⁵ Dieses Verzeichnis bezeichne ich als «Schädigungsverzeichnis».
- 1168 **2.** Das Schädigungsverzeichnis gibt einen ersten Überblick über die Anzahl der Geschädigten und die verletzten Rechtsgüter. Damit können erste (bedingte) Rückschlüsse auf die Schadenshöhe gezogen werden (Rz. 1142 und 1153). Inhaltlich entspricht das Schädigungsverzeichnis den Schädigungsmeldungen: Im Schädigungsverzeichnis sind folglich die Geschädigten (1), ihre verletzten Rechtsgüter (2), das Datum und der Ort sowie gegebenenfalls weitere Umstände der Rechtsgutsverletzung (3) und weitere gemeldete zweckdienliche Informationen (4) einzutragen (Rz. 1145–1158).
- 1169 **3.** Im Zusammenhang mit dem KHG fordern OFTINGER/STARK, dass der Empfänger der Schädigungsmeldung die von den Geschädigten gemachten Angaben – soweit möglich und zumutbar – überprüft.²²¹⁶ Dies gilt auch für das StAG. Indem der Empfänger (Rz. 1161) nämlich die Schädigungsmeldungen überprüft, werden die Aussagekraft und damit auch der spätere Nutzen des Schädigungsverzeichnisses vor und im Zivilprozess erhöht. Der Empfänger ist verpflichtet, eine Schädigungsmeldung zum Beispiel wie folgt zu verifizieren:
- 1170 – Einsichtnahme in amtliche Register (zum Beispiel Grundbuch, Fahrzeugregister oder Personenstandsregister);
- 1171 – Einsichtnahme in Polizeiprotokolle, ärztliche Berichte oder andere Berichte;
- 1172 – Augenscheine;
- 1173 – Zeugenbefragungen.

2215 Wohl gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 509.

2216 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 509.

4. Es stellt sich die Frage, innert welcher Frist der Bundesrat das 1174
Schädigungsverzeichnis erstellen muss. Das StAG stellt richtigerweise keine
(Ordnungs-)Frist auf, da die Erstellung des Schädigungsverzeichnisses von
Fall zu Fall unterschiedlich lange dauert. Der Bundesrat kann das
Schädigungsverzeichnis erst erstellen, nachdem der Empfänger (Rz. 1161) die
Schädigungsmeldungen geprüft hat. Deswegen kann die Erstellung des
Schädigungsverzeichnisses je nach Schadensgrösse ohne Weiteres mehrere
Monate dauern.

b. Einsicht

Das StAG äussert sich nicht dazu, wer Einsicht in das Schädigungsverzeichnis 1175
nehmen darf. Ich prüfe daher nachfolgend, welchen Personen in welchem Um-
fang Einsicht in das Schädigungsverzeichnis zu gewähren ist:

- Den im Schädigungsverzeichnis aufgeführten **Geschädigten** ist das Schädigungsverzeichnis, soweit es sie betrifft, unaufgefordert auszugsweise zuzusenden. 1176
- Dem **Richter** ist auf Gesuch hin betreffend die bei ihm anhängig gemachten Zivilklagen uneingeschränkt Einsicht in das Schädigungsverzeichnis zu gewähren. 1177
- Es ist sachgerecht, dass das **Haftungssubjekt** auf Gesuch hin vollständige Einsicht in das Schädigungsverzeichnis erhält, damit es einen Überblick über die Schädigungen gewinnen kann.²²¹⁷ 1178
- Man kann die Auffassung vertreten, dass die **Öffentlichkeit** ein berechtigtes Interesse an der Veröffentlichung des Schädigungsverzeichnisses hat. Gegen eine solche Veröffentlichung spricht jedoch die Privatsphäre der eingetragenen Personen. Als Kompromiss könnte das Schädigungsverzeichnis anonymisiert und stellenweise geschwärzt veröffentlicht werden. Macht der Bundesrat das Schädigungsverzeichnis der Öffentlichkeit nicht zugänglich, ist zu prüfen, ob auf Gesuch hin gestützt auf das BGÖ eine (eingeschränkte) Einsicht gewährt werden kann.²²¹⁸ 1179

2217 Der Gesuchsteller muss im Gesuch darlegen, dass er als Haftungssubjekt gilt.

2218 Ein solches Gesuch dürfte wohl gutgeheissen werden. So wurde in BGE 144 II 77 einem Journalisten vollumfänglich «Einsicht in die in der NEDB erfassten Gefährdungen, Störungen und Sachschadenssummen» (Sachverhalt Teil A) gewährt (Sachverhalt Teile B, D und E).

c. *Rechtswirkungen*

- 1180 **1.** Zu untersuchen bleibt, welche Rechtswirkungen das Schädigungsverzeichnis zeitigt. Das Schädigungsverzeichnis unterstützt die Geschädigten dabei, den natürlichen²²¹⁹ Kausalzusammenhang zwischen Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem erlittenen Schaden zu beweisen (Rz. 643–648).²²²⁰ Das Schädigungsverzeichnis **erleichtert** den Geschädigten mit anderen Worten die **Beweisführung**. Aus dem Schädigungsverzeichnis geht nämlich hervor, dass die Rechtsgutsverletzungen (aufgrund derer der Schaden verursacht wurde) in der Nähe der Stauanlage und am Tag des Stauanlagenunfalls entstanden sind.
- 1181 Es ginge zu weit, es für die Zwecke des Zivilprozesses als erstellt anzusehen, dass die Rechtsgutsverletzung durch das austretende Wasser und/oder die Feststoffe verursacht worden ist.²²²¹ Deswegen ist das Schädigungsverzeichnis im Zivilprozess nicht wie ein gerichtliches Gutachten²²²² zu behandeln. Der Richter ist folglich nicht an das Schädigungsverzeichnis gebunden und kann von diesem abweichen.²²²³
- 1182 **2.** Setzt ein Geschädigter eine Schädigungsmeldung verspätet oder gar nicht ab, schliesst dies seine **Schadenersatz- und seine Genugtuungsansprüche** nicht aus.²²²⁴ Der Bundesrat ist verpflichtet, in der öffentlichen Bekanntmachung darauf hinzuweisen.²²²⁵ Den Geschädigten, welche die Schädigungen nicht (rechtzeitig) melden, wird es gegebenenfalls jedoch schwerfallen, den

2219 Ob der natürliche Kausalzusammenhang besteht, ist eine Tatfrage (Rz. 638). Das Vorhandensein des adäquaten Kausalzusammenhangs ist demgegenüber eine Rechtsfrage (Rz. 639), weshalb das Schädigungsverzeichnis hierfür keine «Beweiserleichterung» bieten kann.

2220 Im Anwendungsbereich von Art. 14 Abs. 2 StAG erleichtert das Schädigungsverzeichnis den Geschädigten jedoch die Beweisführung nicht, da der natürliche Kausalzusammenhang zwischen den Kosten privater Schadensabwehr und den indirekten behördlichen Schadenabwehrmassnahmen bestehen muss (Rz. 1044).

2221 Das Rechtsgut kann nämlich am Tag des Stauanlagenunfalls auch aus anderen Gründen (z.B. Rohrbruch im Keller) oder bereits vor dem Stauanlagenunfall verletzt worden sein.

2222 Art. 183–188 ZPO.

2223 Siehe zur Rechtslage bei einem Gerichtsgutachten: BSK ZPO (2017)-DOLGE, Art. 183 N 15.

2224 Art. 17 Abs. 2 Satz 2 StAG.

2225 Art. 17 Abs. 2 Satz 2 StAG.

natürlichen Kausalzusammenhang zwischen Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem erlittenen Schaden zu beweisen.

Eine unterlassene oder eine verspätete Schädigungsmeldung dürfte bei Stauanlagenunfällen nicht die gleichen drastischen Folgen wie bei Kernkraftwerkunfällen zeitigen. Im Gegensatz zur unsichtbaren Strahleneinwirkung nach einem Kernkraftwerkunfall sind die durch das Wasser und/oder die Feststoffe verursachten Rechtsgutsverletzungen (lange) sichtbar (zum Beispiel die Beschädigung eines Hauses oder die Verschlammung eines Feldes) und damit auch einfacher beweisbar. 1183

6. Kosten des Beweissicherungsverfahrens

1. Das StAG äussert sich – wie auch das KHG – nicht dazu, wer die Kosten trägt, die dem Bund²²²⁷ für die Sachverhaltserhebung entstehen. Es stellt sich daher die Frage, wer die effektiven Aufwendungen des Bundes zu tragen hat. Nach einer (nicht weiter begründeten) Lehrmeinung zum KHG hat die haftpflichtige Person diese Kosten zu tragen.²²²⁸ 1184

2. Veranlasst oder verursacht eine Privatperson durch ihr Verhalten eine Amtshandlung, schuldet sie in aller Regel eine **Verwaltungsgebühr**, also eine öffentliche Abgabe.²²²⁹ Besteht die Amtshandlung in einer Dienstleistung, trifft die Gebührenpflicht die Person, welche die Leistung beansprucht und aus ihr einen Nutzen zieht.²²³⁰ 1185

Der Bund kann eine öffentliche Abgabe (und damit auch eine Verwaltungsgebühr) nur dann erheben, wenn die BV und die darauf gestützte 1186

2226 Werden Feststoffe (Rz. 69) auf einer überfluteten Fläche abgelagert, spricht man von *Übersarung* (z.B. Kommentar GSchG/WBG [2016]-SUTTER/NORER, Art. 1 WBG N 31; BEELER, S&R 1/2008, S. 35).

2227 Delegiert der Bundesrat eine oder mehrere Aufgaben an kantonale oder kommunale Behörden oder zieht er solche kantonale oder kommunale Behörden (insbesondere die Polizei) bei (*Amtshilfe*), dürfte er die den Kantonen und Gemeinden entstandenen Kosten ersetzen müssen (vgl. im Allgemeinen: Kommentar VwVG [2019]-GÄCHTER/EGLI, Art. 43 N 11).

2228 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 510, die jedoch die haftpflichtige Person diese Kosten bei einem Grossschaden i.S.v. Art. 29 KHG und Art. 30 KHG nicht tragen lassen wollen.

2229 TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 57 Rz. 4 und 23.

2230 BOTSCHAFT EP 03 (2.7.2003), S. 5761.

Bundesgesetzgebung ihn dazu ermächtigt.²²³¹ Die Erhebung einer Abgabe setzt somit ein **Gesetz im formellen Sinn voraus**, das (i) den Kreis der abgabepflichtigen Personen, (ii) den Gegenstand der Abgabe, (iii) die absolute Höhe der Abgabe und (iv) die Ausnahmen von der Abgabepflicht umschreibt.²²³² Sind diese Kriterien nicht erfüllt, darf der Bund grundsätzlich²²³³ keine öffentlichen Abgaben erheben.²²³⁴

- 1187 **3.** Das Haftungssubjekt verursacht durch den Stauanlagenunfall eine Amtshandlung: Der Bundesrat ist von Gesetzes wegen verpflichtet, den Sachverhalt zu erheben (Rz. 1121–1122). Diese Sachverhaltserhebung liegt jedoch hauptsächlich im Interesse der Geschädigten (Rz. 1180). Es ist daher fraglich, ob dem Haftungssubjekt, das nur einen beschränkten Nutzen (Rz. 1142 und 1153) aus dem Schädigungsverzeichnis zieht, für die Sachverhaltserhebung eine Gebühr auferlegt werden kann (Rz. 1185).²²³⁵ Ich prüfe nachfolgend trotzdem, ob das Erfordernis der genügenden gesetzlichen Grundlage – eine der weiteren Voraussetzungen zur Gebührenerhebung (Rz. 1186) – erfüllt wäre.
- 1188 **a.** Das **StAG enthält keine gesetzliche Grundlage**, gestützt auf die der Bundesrat vom Haftungssubjekt eine Verwaltungsgebühr für den aufgrund der Sachverhaltserhebung entstandenen Aufwand verlangen kann. Art. 28 Abs. 1 StAG ist nicht einschlägig, weil darin nur die Aufsichtsabgabe geregelt wird. Ebenfalls nicht anwendbar ist Art. 21 StAG, der sich auf die Kosten behördlicher Schadensabwehr (Rz. 849–950) bezieht. Schliesslich ist auch Art. 27 Abs. 2 StAG nicht anwendbar, da der Bundesrat bei der Sachverhaltserhebung keine Sachverständigen beizieht. Zudem spricht Art. 27 Abs. 1 StAG von der Aufsichtsbehörde und nicht vom Bundesrat.
- 1189 **b.** Am 1. Januar 2005 ist Art. 46a **RVOG** in Kraft getreten, der eine allgemeine gesetzliche Grundlage für die Gebührenerhebung bei Verfügungen und bei Dienstleistungen der Bundesverwaltung enthält.²²³⁶ Es stellt sich daher die

2231 TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 57 Rz. 3; siehe auch Art. 5 Abs. 1 BV.

2232 BGE 144 II 454 E. 3.4 S. 461; BGE 143 II 87 E. 4.5 S. 93; BSK BV (2015)-WYTENBACH/WYSS, Art. 164 N 28; siehe auch HÄFELIN/MÜLLER/UHLMANN, Verwaltungsrecht (2020), Rz. 2762; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 59 Rz. 2–3.

2233 Siehe zu den Ausnahmen betreffend Kausalabgaben z.B. TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 59 Rz. 6–14.

2234 Siehe BGE 144 II 454 E. 3.4 S. 461.

2235 Siehe dazu im Allgemeinen: CHAULMONTET, Diss. FR (2009), Rz. 498–500.

2236 SHK RVOG (2007)-SÄGESESSER, Art. 46a N 9; BOTSCHAFT EP 03 (2.7.2003), S. 5760.

Frage, ob der Bund gestützt auf diese Bestimmung vom Haftungssubjekt eine Gebühr für die Sachverhaltserhebung verlangen kann.

- Das Bundesgericht befasste sich im Jahre 2018 in einem ähnlich gelagerten Fall mit Art. 46a RVOG.²²³⁷ Dem Bundesgericht musste die Frage beantwortet werden, ob der Bund die ihm aufgrund der prophylaktischen Verteilung von Jodtabletten erwachsenen Kosten nach Art. 46a Abs. 1 RVOG auf die Betreibergesellschaften der Kernkraftwerke Schweiz überwälzen kann. Es verneinte diese Frage. Dem Bundesgericht zufolge befasst sich Art. 46a Abs. 1 RVOG mit den Kosten, die den Behörden im Zusammenhang mit Verfügungen und Dienstleistungen entstehen. Deswegen, so das Bundesgericht, können die Behörden gestützt auf Art. 46a Abs. 1 RVOG nicht die Kosten des Inhalts einer Verfügung (in diesem Fall die Kosten der Notfallmassnahmen in Form von Verteilung der Jodtabletten) auf Private überwälzen.²²³⁸ 1190
- Im Anwendungsbereich des StAG stellt sich das gleiche Problem wie im erwähnten Bundesgerichtsurteil. Dem Bund entstehen primär Kosten aufgrund der Sachverhaltserhebung, nicht aber wegen des Erlasses einer Verfügung. Zudem stellt die Sachverhaltserhebung keine Dienstleistung dar, die zur Erhebung einer Gebühr gestützt auf Art. 46a RVOG berechtigt. Der Bund erbringt die Dienstleistung «Sachverhaltserhebung» nämlich nicht auf (direkte) Veranlassung des Haftungssubjekts.²²³⁹ 1191

4. Mangels einer gesetzlichen Grundlage kann der Bund die ihm infolge Sachverhaltserhebung entstandenen Kosten nicht auf das Haftungssubjekt überwälzen. Ergo trägt der Bund die Kosten der Sachverhaltserhebung. Dieses Ergebnis ist stossend. *De lege ferenda* ist daher im StAG eine gesetzliche Grundlage für die Überwälzung der Kosten einer Sachverhaltserhebung zu schaffen, zum Beispiel indem Art. 17 StAG durch einen dritten Absatz ergänzt wird. 1192

2237 BGE 144 II 454.

2238 BGE 144 II 454 E. 5.5.3 S. 470.

2239 Vgl. im Allgemeinen: SHK RVOG (2007)-SÄGESSER, Art. 46a N 9.

7. Rechtsschutz

- 1193 **1.** Das Schädigungsverzeichnis entbindet die Geschädigten zwar nicht davon, den natürlichen Kausalzusammenhang zwischen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem Schaden zu beweisen (Rz. 643–648). Allerdings unterstützt das Schädigungsverzeichnis die Geschädigten im Zivilprozess bei der Beweisführung und somit letztlich auch bei der Durchsetzung ihrer Schadenersatz- und ihrer Genugtuungsansprüche (Rz. 1180).²²⁴⁰ Das Schädigungsverzeichnis zeitigt aus Sicht der Geschädigten mit anderen Worten günstige beziehungsweise positive Rechtswirkungen. Es stellt sich daher die Frage, ob die Geschädigten einen allfälligen Entscheid des Bundesrates, den Sachverhalt nicht zu erheben, anfechten können (Rz. 1198–1201).
- 1194 **2.** Aus Sicht des Haftungssubjekts erschwert das Schädigungsverzeichnis die Abwehr von Schadenersatz- und von Genugtuungsansprüchen. Es stellt sich daher die spiegelbildliche Frage, ob das Haftungssubjekt einen allfälligen Entscheid des Bundesrates, den Sachverhalt zu erheben, anfechten kann (Rz. 1195–1197). Sollte der Bund künftig (Rz. 1192) die Kosten der Sachverhaltserhebung auf das Haftungssubjekt überwälzen können, hätte das Haftungssubjekt auch diesbezüglich ein Anfechtungsinteresse.

a. Durchführung einer Sachverhaltserhebung

- 1195 **1.** Der Entscheid des Bundesrates, eine Sachverhaltserhebung durchzuführen (beziehungsweise die Sachverhaltserhebung an sich), stellt einen **Realakt** dar.²²⁴¹ Die Sachverhaltserhebung ist nämlich ein tatsächliches Verwaltungshandeln, womit keine Rechtswirkungen beabsichtigt werden. Eine Sachverhaltserhebung bezweckt, dass der Schaden rationell erledigt und ein Überblick über das Ausmass des Schadens gewonnen werden kann (Rz. 1117).
- 1196 **2.** Realakte können nur ausnahmsweise angefochten werden.²²⁴² Diese Ausnahmevoraussetzungen sind betreffend eine Sachverhaltserhebung nicht erfüllt. Eine Sachverhaltserhebung berührt die Rechte und die Pflichten des Haftungssubjekts nicht.²²⁴³ Weder die Grundrechte noch ein Gesetz schützen das

2240 Gl.M. betreffend nKHG: BOTSCHAFT nKHG (8.6.2007), S. 5439 *in fine*.

2241 Vgl. im Allgemeinen: PK VwVG (2016)-HÄNER, Art. 25a N 7.

2242 Art. 25a Abs. 1 VwVG.

2243 Vgl. im Allgemeinen: PK VwVG (2016)-HÄNER, Art. 25a N 18.

Haftungssubjekt vor schlechteren Prozessaussichten und gegebenenfalls vor Schadenersatz- und vor Genugtuungszahlungen.²²⁴⁴

Selbst wenn der Bund künftig die Kosten einer Sachverhaltserhebung auf das Haftungssubjekt überwälzen könnte (Rz. 1192), könnte das Haftungssubjekt deswegen nicht die Sachverhaltserhebung an sich anfechten. Vielmehr könnte das Haftungssubjekt als Adressat einzig die sich auf die Sachverhaltserhebung beziehende Kostenverfügung anfechten.

b. Nicht-Durchführung einer Sachverhaltserhebung

1. «Ohne Verfügung kein direkter Rechtsschutz.»²²⁴⁵ Diesem verwaltungsrechtlichen Grundsatz zufolge kann ein verwaltungsrechtlicher Akt nur angefochten werden, wenn eine Verfügung vorliegt.²²⁴⁶ Nach einhelliger Auffassung kann das Verfahren auf Erlass einer Verfügung auch durch ein Gesuch eingeleitet werden. Auf Bundesstufe setzt ein solches Gesuch ein schutzwürdiges Interesse voraus²²⁴⁷ und kann auch gestellt werden, wenn eine Behörde eine gesetzlich vorgeschriebene Handlung unterlässt.²²⁴⁸

2. Der Entscheid des Bundesrates, keine Sachverhaltserhebung durchzuführen, kann folglich nur angefochten werden, wenn die Voraussetzungen von Art. 25a Abs. 1 VwVG erfüllt sind. Sind diese Voraussetzungen erfüllt und verweigert das Eidgenössische Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation UVEK (Rz. 1200) in einer Verfügung die Durchführung einer Sachverhaltserhebung, kann diese Verfügung – vorbehaltlich gesetzlicher Ausnahmen – beim Bundesverwaltungsgericht angefochten werden.²²⁴⁹

3. Akte des Bundesrates sind – vorbehaltlich gesetzlicher Ausnahmen – beim Bundesgericht nicht anfechtbar.²²⁵⁰ Beim Bundesverwaltungsgericht können Akte des Bundesrates nur ausnahmsweise angefochten werden.²²⁵¹ Folglich wäre der Entscheid des Bundesrates, den Sachverhalt nicht zu erheben, nicht anfechtbar. Damit trotzdem in Fällen wie dem vorliegenden ein Rechtsschutz

2244 Vgl. im Allgemeinen: PK VwVG (2016)-HÄNER, Art. 25a N 19.

2245 Vgl. betreffend die Bundesebene: Kommentar VwVG (2019)-MÜLLER, Art. 5 N 1 (Anm. 1).

2246 Kommentar VwVG (2019)-MÜLLER, Art. 5 N 8.

2247 Art. 25a Abs. 1 VwVG; JÄGER/BÜHLER, Umweltrecht (2016), Rz. 119.

2248 PK VwVG (2016)-HÄNER, Art. 25a N 11.

2249 Art. 31 VGG.

2250 Art. 189 Abs. 4 BV.

2251 Art. 33 lit. a und b VGG.

besteht, wird die Verfügungskompetenz des Bundesrates von Gesetzes wegen an das in der Sache zuständige Departement delegiert.²²⁵² Im Falle von Art. 17 StAG geht die Verfügungskompetenz von Gesetzes wegen vom Bundesrat auf das UVEK über.

- 1201 4. Die Sachverhaltserhebung ist eine gesetzliche Pflicht des Bundesrates (Rz. 1121). Die Geschädigten haben folglich ein schutzwürdiges Interesse am Erlass einer Verfügung: Das UVEK ist verpflichtet, auf Gesuch der Geschädigten die Nichtdurchführung der Sachverhaltserhebung zu verfügen (Rz. 1199).²²⁵³ Diese Verfügung können die Geschädigten anschliessend beim Bundesverwaltungsgericht anfechten.²²⁵⁴

III. Grossschadensregelung

- 1202 1. Verwirklicht sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 611–616), können viele Rechtsgüter verletzt werden. Deswegen kann gegebenenfalls ein grosser Schaden, das heisst eine grosse Gesamtschadenssumme, entstehen.²²⁵⁵ Diesen Fall behandeln Art. 19 StAG und Art. 20 StAG, die in diesem Zusammenhang von «Grossschaden» sprechen.²²⁵⁶ Ein Grossschaden ist aus zwei Gründen problematisch:
- 1203 – Erstens können die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, um den Schaden vollständig zu decken. In einem solchen Fall muss verhindert werden, dass die zuerst klagenden Geschädigten vollständig entschädigt werden und die später klagenden Geschädigten, deren Ansprüche noch nicht verjährt sind, ganz oder teilweise leer ausgehen.²²⁵⁷
- 1204 – Zweitens können aufgrund des Stauanlagenunfalls die Rechtsgüter sehr vieler Personen verletzt werden. Aufgrund der vielen Geschädigten kann

2252 Art. 47 Abs. 6 Satz 1 RVOG (siehe dazu im Allgemeinen: SHK RVOG [2007]-SÄ-GESSER, Art. 47 N 45).

2253 Art. 25a Abs. 1 und 2 VwVG.

2254 Art. 31 VGG, Art. 32 VGG *e contrario* und Art. 33 lit. d VGG.

2255 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 6, die davon ausgeht, dass bei einzelnen Stauanlagenunfällen die Gesamtschadenssumme CHF 10 Mia. übersteigen kann; siehe auch CERUTTI, NZZ¹ (4.6.1992), S. 20.

2256 Statt von «Grossschaden» wird auch von «Massenschaden» gesprochen (z.B. JÄGER, Masterarbeit BE [2017], Rz. 10, siehe auch Rz. 11–12; BUNDESRAT, VPB 2/2013, S. 68).

2257 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 654.

gegebenenfalls das ordentliche Zivilverfahren in seiner heutigen Ausgestaltung nicht durchgeführt werden.

2. Um diesen Problemen (Rz. 1203–1204) zu begegnen, stellen Art. 19 StAG 1205 und Art. 20 StAG besondere Vorschriften für den Fall eines Grossschadens auf. Einerseits kann (Rz. 1249) die Bundesversammlung in einer Verordnung eine Entschädigungsordnung aufstellen²²⁵⁸ und andererseits kann (Rz. 1331) der Bundesrat in einer Verordnung besondere versicherungsrechtliche Vorschriften erlassen²²⁵⁹ (Grossschadenordnung). Art. 19 StAG und Art. 20 StAG lehnen sich an das KHG²²⁶⁰ und damit auch an dessen Vorgängererlass, das AtG, an.

3. Art. 19 StAG und Art. 20 StAG sind anwendbar, wenn folgende Vorausset- 1206 zungen erfüllt sind:

- Die fragliche Stauanlage ist vom räumlichen Geltungsbereich der öffent- 1207 lich-rechtlichen Bestimmungen (Rz. 1209) von Art. 19 StAG und Art. 20 StAG erfasst (Rz. 356–357). Bei internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 365 und 1063–1107) können Schweizer Gerichte die Grossschadenordnung nur anwenden, wenn sie international direkt zuständig sind und in der Sache Schweizer Recht anwendbar ist. Die Grossschadenordnung ist auf alle Schadenersatz- und alle Genugtuungsansprüche von Geschädigten des Grossschadensfalls anwendbar und zwar unabhängig davon, auf welche Rechtsgrundlage sie ihre Ansprüche (zum Beispiel auf Art. 14 Abs. 1 StAG, Art. 58 Abs. 1 OR oder einen Vertrag) stützen.
- Ein Grossschaden tritt wegen Verwirklichung des charakteristischen Ri- 1208 sikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 611–616) einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage (Rz. 324–329) ein. Ein Grossschaden kann jedoch auch eintreten, weil sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage unmittelbar zu verwirklichen drohte (Rz. 913). Im Gegensatz zu Art. 17 StAG (Rz. 1112) schränken Art. 19 StAG und Art. 20 StAG den Anwendungsbereich der Grossschadensregelung nämlich nicht auf Stauanlagenunfälle ein, bei denen sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG tatsächlich verwirklichte. Dies ist aus Sicht des Geschädigtenschutzes sachgerecht. Denn auch «Beinahe-

²²⁵⁸ Art. 19 Abs. 1 StAG.

²²⁵⁹ Art. 20 Abs. 1 StAG.

²²⁶⁰ POLTIER, *Énergie* (2020), Rz. 607 *in initio*; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055–6056.

Stauanlagenunfälle» können als Grossschaden gelten und die Ergreifung von Massnahmen (Rz. 1205) erfordern.

- 1209 **4.** Die Entschädigungsordnung (Rz. 1249–1329) und die versicherungsrechtlichen Vorschriften (Rz. 1330–1335) sind öffentlich-rechtlicher Natur. Die Schadenersatz- und die Genugtuungsansprüche der Geschädigten bleiben jedoch zivilrechtlicher Natur,²²⁶¹ da das Haftungssubjekt auch bei einem Grossschaden gestützt auf Art. 14 Abs. 1 StAG – eine zivilrechtliche Haftungsnorm – gegenüber den Geschädigten haftet.
- 1210 **5.** Nachfolgend lege ich dar, wann ein Grossschaden vorliegt (Rz. 1211–1247). Weiter untersuche ich, welchen Inhalt die Grossschadenordnung aufweisen kann (Rz. 1248–1381) und wie die Grossschadenordnung rechtlich umgesetzt wird (Rz. 1382–1394).

A. Grossschaden

- 1211 **1.** Ein Grossschaden liegt vor, wenn bei einem Stauanlagenunfall damit zu rechnen ist, dass
- 1212 – die für die Deckung des Schadens verfügbaren Mittel der haftpflichtigen und der versicherungspflichtigen Personen nicht ausreichen, um alle Ansprüche zu befriedigen (Unterdeckung);²²⁶² oder
- 1213 – wegen der vielen Geschädigten das ordentliche Verfahren nicht durchgeführt werden kann (Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens).²²⁶³
- 1214 **2.** Bevor ich nachfolgend auf die zwei Tatbestandsvarianten Unterdeckung (Rz. 1217–1233) und Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) sowie den Sonderfall des Notstands infolge Unterdeckung (Rz. 1239–1247) eingehe, bringe ich noch zwei Präzisierungen an:

2261 **A.M.** betreffend AtG: HUG, Diss. ZH (1970), S. 122.

2262 Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG.

2263 Art. 19 Abs. 2 lit. b StAG.

a. Ein Grossschaden liegt vor, wenn aufgrund eines²²⁶⁴ **Schadensereignisses** 1215 eine der zwei Tatbestandsvarianten (Rz. 1212–1213) erfüllt ist.²²⁶⁵ Mit «einem Schadensereignis» meint das StAG den Schaden, der infolge der (unmittelbar drohenden) Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer Stauanlage verursacht wurde. Ein Schadensereignis liegt jedoch auch vor, wenn wegen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG eine oder mehrere andere im Unterliegergebiet (Fn. 167) befindliche Stauanlagen beschädigt oder zerstört werden. Ob die im Unterliegergebiet befindlichen Stauanlagen dem StAG unterstehen, ist unerheblich. Es handelt sich nämlich um einen einheitlichen Sachverhalt, da die «erste» Stauanlage für den Schaden ursächlich ist.

b. Unmittelbar nach einem Stauanlagenunfall kann sich das charakteristische 1216 Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer anderen Stauanlage verwirklichen oder unmittelbar zu verwirklichen drohen, die sich in räumlicher Nähe zur «ersten» Stauanlage befindet. Ist die «erste» Stauanlage nicht ursächlich für den zweiten Stauanlagenunfall, liegt kein einheitlicher Sachverhalt (Rz. 1215) und damit nicht *ein* Schadensereignis vor.²²⁶⁶ In einem solchen Fall ist für beide Stauanlagenunfälle einzeln zu ermitteln, ob ein Grossschaden vorliegt. Mit anderen Worten ist bei jedem Stauanlagenunfall zu untersuchen, ob eine der beiden Tatbestandsvarianten erfüllt ist. Ist dies nicht der Fall, ist es unstatthaft, einen Grossschaden zu behaupten, indem zum Beispiel der Schaden oder die Anzahl Geschädigter aus beiden Stauanlagenunfällen addiert werden.

1. Unterdeckung

«Ein Grossschaden liegt vor, wenn bei einem Schadensereignis (Rz. 1208 und 1215–1216) damit zu rechnen ist, dass die für die Deckung der Schäden zur Verfügung stehenden Mittel der haftpflichtigen und der versicherungspflichtigen Personen zur Befriedigung aller Ansprüche nicht ausreichen.»²²⁶⁷ Ob eine Unterdeckung vorliegt, kann nur ermittelt werden, indem – wie «in einer

2264 So die deutsche («bei einem Schadenereignis») und die französische («à la suite d'un événement dommageable») Fassung von Art. 19 Abs. 2 StAG. Die italienische Fassung von Art. 19 Abs. 2 StAG ist kürzer formuliert als die deutsche und die französische Fassung und erwähnt das Schadensereignis gar nicht («Vi è grande sinistro se è prevedibile che»).

2265 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

2266 Anders noch Art. 27 lit. b E-StAG (1997).

2267 Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG.

Art Kollokationsverfahren»²²⁶⁸ – alle Schadenersatzansprüche (Rz. 1218–1225) aufgelistet und den verfügbaren Mitteln (Rz. 1226–1233) gegenübergestellt werden. Die Liste von Schadenersatzansprüchen bezeichne ich als «Schadensaufstellung» und die Liste verfügbarer Mittel nenne ich «Mittelaufstellung».

a. Schadensaufstellung

- 1218 **1.** In der Schadensaufstellung ist jeder Schaden aufzulisten, der von Art. 14 Abs. 1 StAG (Personenschaden, Sachschaden und immaterieller Schaden)²²⁶⁹ und Art. 14 Abs. 2 StAG (Kosten privater Schadensabwehr)²²⁷⁰ gedeckt ist. Nicht zu berücksichtigen sind in der Schadensaufstellung hingegen die Kosten behördlicher Schadensabwehr, weil es sich nicht um Schaden im Rechtssinne handelt (Rz. 933).
- 1219 **2.** Unklar ist, ob neben den Kosten privater Schadensabwehr auch anderer reiner Vermögensschaden in der Schadensaufstellung aufzulisten ist, der zwar nicht von der StAG-Haftung gedeckt ist (Rz. 634–635), für den die Geschädigten vom Haftungssubjekt jedoch gestützt auf eine andere Haftungsnorm Ersatz verlangen können.
- 1220 **a.** Der Wortlaut von Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG spricht dafür, dass alle Schadensarten in der Schadensaufstellung aufzulisten sind. Alle drei Sprachfassungen sprechen nämlich von Schaden, ohne eine bestimmte Schadensart auszuschliessen.²²⁷¹
- 1221 **b.** Die Gesetzesmaterialien äussern sich nicht dazu, welche Schadensarten in der Schadensaufstellung zu berücksichtigen sind.
- 1222 **c.** Gegen die Auflistung von anderem reinen Vermögensschaden in der Schadensaufstellung spricht die systematische Stellung von Art. 19 StAG. Diese Bestimmung ist in das 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG eingebettet. Art. 19 StAG ist folglich nur anwendbar, wenn das Haftungssubjekt gestützt auf eine privatrechtliche Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG haftet (Rz. 1208). Dies spricht dafür, dass nur jene Schadensarten in der Schadensaufstellung aufzulisten sind, die von Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG gedeckt sind.

2268 Betreffend KHG: BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 196.

2269 Siehe Rz. 625–633.

2270 Siehe Rz. 982–1025.

2271 Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG spricht von «Schäden», «dommages» und «danni».

Reiner Vermögensschaden ist allerdings bei der Sachverhaltserhebung, die ihre Rechtsgrundlage ebenfalls im 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG hat, zu berücksichtigen (Rz. 1138 und 1154). Dies spricht dafür, den reinen Vermögensschaden auch in der Schadensaufstellung zu berücksichtigen. 1223

d. Sinn und Zweck von Art. 19 StAG ist unter anderem die gerechte Verteilung der Mittel sowie die gleiche Behandlung aller Geschädigten und damit auch aller Schadensarten (Rz. 1203). Wird reiner Vermögensschaden, für den vom Haftungssubjekt gegebenenfalls gestützt auf andere Haftungstatbestände Ersatz gefordert werden kann, nicht berücksichtigt, verfälscht dies die Aussagekraft der Schadensaufstellung. Mit anderen Worten kann nicht beurteilt werden, ob eine Unterdeckung und damit ein Grossschaden bestehen. Das teleologische Auslegungselement spricht folglich dafür, dass sämtliche Schadensarten in der Schadensaufstellung aufzulisten sind. 1224

e. Das grammatikalische, das teleologische und teilweise auch das systematische Auslegungselement sprechen dafür, dass **alle Schadensarten** in der Schadensaufstellung zu berücksichtigen sind. Folglich ist es irrelevant, ob der Schaden gestützt auf das StAG liquidiert werden kann. Es wäre aus Sicht des Geschädigtenschutzes nicht sachgerecht und widerspräche der *ratio legis* (Rz. 1224), den reinen Vermögensschaden – mit Ausnahme der Kosten privater Schadensabwehr – lediglich aufgrund der systematischen Stellung von Art. 19 StAG (Rz. 1222) nicht in der Schadensaufstellung aufzulisten. Aufgrund seiner Stellung im 3. Kapitel («Haftpflicht») des StAG kann einzig abgeleitet werden, dass Art. 19 StAG nur anwendbar ist, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage verwirklichte oder unmittelbar zu verwirklichen drohte (Rz. 1208). 1225

b. Mittelaufstellung

1. Das Gegenstück zur Schadensaufstellung (Rz. 1218–1225) ist die Mittelaufstellung (Rz. 1217). Es stellt sich die Frage, wessen Mittel (Rz. 1227–1229) und welche Mittel (Rz. 1230–1233) in der Mittelaufstellung aufzulisten sind. 1226

- 1227 **2.** In der Mittelaufstellung sind die Mittel der «haftpflichtigen und deckungspflichtigen Personen»²²⁷² zu berücksichtigen:
- 1228 – Zu den «haftpflichtigen Personen» zählt das Haftungssubjekt (Rz. 409–540). Als «haftpflichtige Personen» gelten aufgrund der fehlenden Kanalisierung der Haftung im StAG (Rz. 228–231 und 528–534) jedoch auch alle weiteren, nicht zum Haftungssubjekt zählenden Personen (Rz. 531), die gegenüber den Geschädigten bei einem Stauanlagenunfall gestützt auf andere Haftungstatbestände haften.
- 1229 – Unter den «deckungspflichtigen Personen» sind die Privatversicherer, insbesondere die Haftpflichtversicherungen,²²⁷³ und Sozialversicherer zu verstehen.
- 1230 **3.** Ich untersuche nachfolgend, welche Mittel der haft- und der deckungspflichtigen Personen (Rz. 1227–1229) in der Mittelaufstellung aufzulisten sind. Diese Mittel stellen das Haftungssubstrat dar.
- 1231 **a.** Als Mittel eines Haftpflichtigen gilt der **Aktivenüberschuss** seines Vermögens²²⁷⁴. Fällt ein der Konkursbetreibung unterliegender Haftpflichtiger in den Konkurs,²²⁷⁵ gilt die Konkurs- oder Aktivmasse, also die Gesamtheit der schuldnerischen Aktiven,²²⁷⁶ als Mittel dieses Haftpflichtigen.
- 1232 **b.** Ist ein Gemeinwesen haftpflichtig (Rz. 511–523), stellt sich die Frage, welche Mittel in der Mittelaufstellung zu berücksichtigen sind. Der BOTSCHAFT StAG zufolge können nicht alle Mittel eines Gemeinwesens als Haftungssubstrat gelten.²²⁷⁷ Ich teile diese Auffassung.²²⁷⁸ Pfändbar ist lediglich

2272 Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG.

2273 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

2274 Siehe zum Begriff «Vermögen»: BK (1945)-BECKER, Art. 181 OR N 7.

2275 Eine haftpflichtige Person i.S.v. Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG dürfte zumindest bei grösseren Stauanlagenunfällen in den Konkurs fallen (so betreffend KHG: BOTSCHAFT KHG [10.12.1979], S. 195–196; siehe auch OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 [1991], § 29 Rz. 704 [Anm. 475]).

2276 BSK SchKG II (2010)-HANDSCHIN/HUNKELER, Art. 197 N 5.

2277 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056.

2278 Die nachfolgenden Ausführungen stützen sich auf das SchGG. Dieses Gesetz ist lediglich auf Gemeinden und andere kantonale Körperschaften anwendbar (Art. 1 Abs. 1 SchGG). Diese Grundsätze sollten im Anwendungsbereich von Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG analog auch für den Bund, die Kantone und andere öffentlich-rechtliche Körperschaften oder Anstalten gelten, wenn diese als «haftpflichtige Person» i.S.v. Art. 19 Abs. 2 lit. a StAG gelten.

das **Finanzvermögen** eines Gemeinwesens,²²⁷⁹ das heisst alle Vermögenswerte, die nicht dem Verwaltungsvermögen angehören.²²⁸⁰ Dabei sind Steuerforderungen²²⁸¹ gar nicht und dingliche Rechte²²⁸² nur unter engen Voraussetzungen pfändbar. Ein Gemeinwesen dürfte daher oft kaum über (viel) vollstreckbares Vermögen verfügen.²²⁸³ Dies entbindet ein Gemeinwesen jedoch nicht davon, soweit zumutbar, die Steuern zu erhöhen oder andere Ausgaben zu senken.²²⁸⁴ Folglich kann auch eine Unterdeckung bestehen, wenn das Gemeinwesen ein/das Haftungssubjekt ist. Dies ist dann der Fall, wenn das Gemeinwesen «den Schadenersatz nur mit unzumutbaren Steuererhöhungen oder Sparmassnahmen finanzieren könnte»²²⁸⁵.

c. Als Mittel eines Versicherungspflichtigen gilt nur die gesetzlich vorgeschriebene oder vertraglich vereinbarte **Deckungssumme**, nicht aber sein gesamtes Vermögen.²²⁸⁶ 1233

2. *Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens*

1. Ein Grossschaden liegt auch vor, wenn bei einem Schadensereignis 1234 (Rz. 1208 und 1215–1216) damit zu rechnen ist, dass «wegen der grossen Zahl von Geschädigten das ordentliche Verfahren nicht durchgeführt werden kann»²²⁸⁷.

2. Als «ordentliches Verfahren» gilt einerseits das ordentliche Zivilverfahren 1235 nach ZPO. Damit ist der Forderungsprozess gemeint, mit dem die Schadenersatz- und die Genugtuungsansprüche – in der Regel im ordentlichen Verfahren²²⁸⁸ – durchgesetzt werden. Zum «ordentlichen Verfahren» zählt andererseits die Vollstreckung von Forderungen nach SchKG und SchGG.²²⁸⁹ Nicht

2279 Art. 7 Abs. 1 SchGG (analog).

2280 Art. 7 Abs. 2 SchGG (analog) und Art. 9 Abs. 1 SchGG (analog).

2281 Art. 9 Abs. 2 SchGG (analog).

2282 Art. 8 Abs. 1 SchGG (analog).

2283 Vgl. im Allgemeinen: WALDMEIER, Diss. SG (2018), Rz. 280 *in fine*.

2284 Vgl. im Allgemeinen: WALDMEIER, Diss. SG (2018), Rz. 280 (Anm. 1090).

2285 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056; E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 47 «Ab einer bestimmten Grenze wird es jedoch unzumutbar, wenn der Bund die Steuerzahler – möglicherweise während Jahrzehnten – mit der Finanzierung des Schadenersatzes belasten muss.»

2286 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

2287 Art. 19 Abs. 2 lit. b StAG.

2288 Art. 219–242 ZPO.

2289 Betreffend SchKG: BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055.

als «ordentliches Verfahren» gilt das Staatshaftungsverfahren. Denn das Gemeinwesen haftet als Haftungssubjekt – wie die privaten Schädiger – gestützt auf die privatrechtlichen Gefährdungshaftungen nach Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG (Rz. 511–523).

- 1236 **3.** Ab welcher Anzahl von Geschädigten das ordentliche Verfahren nicht durchgeführt werden kann, ist ein Ermessensentscheid. Laut BOTSCHAFT StAG sind es «Tausende von Personen».²²⁹⁰
- 1237 **a.** STARK/KNECHT zufolge ist es schwierig, einen Schadensfall zu liquidieren, wenn viele Geschädigte existieren. Dies ist laut STARK/KNECHT unter anderem auf folgende Punkte zurückzuführen: fehlender Zusammenhalt zwischen den Geschädigten (1), Anonymität der Geschädigten (2), Unkenntnis der genauen Schadenshöhe (3) und präjudizieller Charakter einzelner Vergleiche (4).²²⁹¹
- 1238 **b.** Trotz dieser Probleme (Rz. 1237) sollte man nicht vorschnell das Vorliegen vieler Geschädigter bejahen, da eine Grossschadenordnung stark in die Rechte der Geschädigten eingreifen kann.²²⁹² Insbesondere scheint es mir nicht sachgerecht, bei jedem Stauanlagenunfall ab einer bestimmten Anzahl von Geschädigten automatisch von einer grossen Anzahl von Geschädigten zu sprechen.²²⁹³ Die Anzahl von Geschädigten ist nur eines von mehreren Kriterien. Zu berücksichtigen sind auch die Komplexität der tatsächlichen Verhältnisse,

2290 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055 *in fine*; ebenso E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 47 «Tausende von Personen».

2291 STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 53–55 mit weiteren Gründen.

2292 Z.B. die Kürzung von Schadenersatzansprüchen (Rz. 1269).

2293 Wohl gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055 *in fine*; teilweise gl.M. im Allgemeinen: JEANDIN, Parties (2003), S. 160–161; ROMY, Habil. FR (1997), S. 279; KELLER, Haftpflicht II (1998), S. 50, der von Hunderten und Tausenden von Geschädigten spricht; **a.M.** im Allgemeinen: STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 61–62, die «im Sinne eines Vorschlags» das Vorliegen einer «Geschädigtengemeinschaft» bejahen, wenn 100 durch die gleiche Ursache Geschädigte mit einem Schadenersatzanspruch von mindestens je CHF 10 000 existieren.

die geschätzte Dauer der Gerichtsverfahren und die verfügbaren²²⁹⁴ Ressourcen²²⁹⁵ der Gerichte.

3. *Sonderfall: Notstand wegen Unterdeckung*

1. Ein schwerer Stauanlagenunfall belastet nicht nur die Haftpflichtversicherer, sondern auch andere Versicherungen, bei denen die Geschädigten versichert sind (zum Beispiel Unfallversicherer oder Krankenkassen).²²⁹⁶ Dies soll anhand der folgenden Beispiele illustriert werden:²²⁹⁷

- Die Krankenkassen tragen die Heilungskosten; 1240
- Die Sachversicherer erbringen Versicherungsleistungen wegen des zerstörten Hausrats; 1241
- Die Lebensversicherer zahlen bei Todesfällen Lebensversicherungen aus; 1242
- Wird eine Person wegen eines Stauanlagenunfalls invalid, entfällt gegebenenfalls ihre Prämienzahlungspflicht unter dem Lebensversicherungsvertrag. 1243

2. In der Regel dürften die Versicherungsgesellschaften und die öffentlichen Versicherungseinrichtungen diese Kosten tragen können.²²⁹⁸ Die Versicherungen können diese Kosten jedoch dann nicht mehr tragen, wenn wegen eines Grossschadens ein Notstand (Rz. 1245–1247) eintritt.²²⁹⁹ Ein Notstand kann

2294 Man kann auch argumentieren, der Staat sei in Grenzfällen verpflichtet, den Gerichten (sofort oder erst nach Antrag) für einen beschränkten Zeitraum zusätzliche Ressourcen zur Verfügung zu stellen, sodass der Erlass einer Entschädigungsordnung durch die Bundesversammlung vermieden werden kann.

2295 Vgl. im Allgemeinen: ROMY, Habil. FR (1997), S. 279, und JEANDIN, Parties (2003), S. 160–161, denen zufolge ein Grossschaden (Fn. 2256) vorliegt, wenn so viele Personen aufgrund des gleichen Sachverhalts geschädigt wurden, sodass eine Vereinigung der Klagen unpraktikabel ist. JEANDIN zufolge kann eine solche Situation z.B. wegen eines Stauanlagenunfalls entstehen (JEANDIN, Parties [2003], S. 161 [Anm. 793] «Il en irait ainsi d'une catastrophe induite par des toxiques ou l'anéantissement d'un barrage hydraulique [...]»).

2296 Betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563.

2297 Zu alledem betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563.

2298 Betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563; kritisch betreffend Krankenversicherung bei einem Grossschaden im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 271.

2299 Betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563.

folglich nur eintreten, wenn dieser durch einen Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) verursacht wurde.²³⁰⁰

- 1245 **3.** Bei einem Notstand werden dem Bundesrat weitreichende Kompetenzen auf dem Gebiet der Versicherung eingeräumt.²³⁰¹ Deswegen darf ein Notstand in den Schadensgebieten²³⁰² nur sehr zurückhaltend bejaht werden.²³⁰³ Die BOTSCHAFT AtG beschreibt den Notstand treffend «als eigentliche Landeskatastrophe im Sinne eines nationalen Notstandes»²³⁰⁴.
- 1246 **a.** Ein Notstand im Sinne von Art. 20 Abs. 1 StAG muss daher mit einem **Staatsnotstand infolge kriegerischer Ereignisse** vergleichbar sein (Rz. 1247).²³⁰⁵ Denn kriegerische Ereignisse durchkreuzen alle Wahrscheinlichkeitsrechnungen der Versicherungen, die sie aufgrund friedensmässiger Mortalitätstabellen aufstellen.²³⁰⁶ Aus diesem Grund können die Allgemeinen

2300 Die BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057, lässt offen, wann ein Notstand vorliegt; ebenfalls offengelassen in BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 206.

2301 Art. 20 Abs. 1 StAG; siehe auch betreffend KHG: BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 206.

2302 Betreffend KHG: BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 206 «Die sehr weitreichenden Kompetenzen dieses Artikels sind im Zusammenhang mit dem Notstand zu sehen, in welchem sich im Falle eines Grossschadens ein Teil der Schweizer Bevölkerung befindet.»; siehe auch Rz. 1119.

2303 Gl.M. betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563–1564 «Wir haben uns gefragt, ob eine solche Bestimmung tunlich ist; im Falle einer wirklichen Landeskatastrophe mit kriegsähnlichen Wirkungen muss die Bundesversammlung ohnehin zusammentreten und die gebotenen Notmassnahmen anordnen. Es ist auch kaum denkbar, dass eine Atomanlage je Schäden mit solch verheerenden Wirkungen verursachen könnte; auch die grösste Reaktoranlage birgt keineswegs ähnliche Gefahren wie eine Atombombe. Aber es ist anderseits klar, dass sich die Versicherungsgesellschaften mit allen, auch den ausgefallensten Risiken befassen müssen; deshalb haben wir ihrem Wunsch, einen derartigen Notstandsartikel aufzunehmen, entsprochen.»

2304 Betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563.

2305 Betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563; siehe auch im Allgemeinen: SG Komm. BV (2014)-SCHWEIZER/MOHLER, Vor Art. 57–61 N 14; siehe ferner zum Begriff «Staatsnotstand»: SCHÜLIN, Diss. BS (1990), S. 46–51.

2306 ODERMATT, Diss. ZH (1951), S. 33; BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563.

Versicherungsbedingungen *Kriegsrisikoklauseln*²³⁰⁷ enthalten,²³⁰⁸ die einen einmaligen Kriegsumlagebeitrag vorsehen.²³⁰⁹ Dieser einmalige Kriegsumlagebeitrag wird ein Jahr nach Kriegsschluss fällig, wenn die Schweiz einen Krieg führt oder in kriegsähnliche Handlungen hineingezogen wird.²³¹⁰

b. Nur wenn die Schadenssumme bei einem Stauanlagenunfall so hoch ist, ¹²⁴⁷ dass sie mit der Schadenssumme bei kriegerischen Ereignissen vergleichbar ist, darf der Bundesrat versicherungsrechtliche Vorschriften erlassen (zum Beispiel Massnahmen, die eine ähnliche Wirkung wie der Kriegsumlagebeitrag entfalten).²³¹¹ Diese Kompetenz des Bundesrates besteht unabhängig davon, ob in den jeweiligen Allgemeinen Versicherungsbedingungen eine Kriegsrisikoklausel oder eine ähnliche Klausel enthalten ist.²³¹²

B. Grossschadenordnung

Eine Grossschadenordnung (Rz. 1205) besteht immer aus der Entschädigungs- ¹²⁴⁸ ordnung (Rz. 1249–1329) und bei einem Notstand zusätzlich aus versicherungsrechtlichen Massnahmen (Rz. 1330–1335). Zusätzlich ist der Bundesrat verpflichtet, vorsorgliche Massnahmen vor Erlass der Grossschadenordnung zu ergreifen (Rz. 1336–1342). Die von einer Grossschadenordnung aufgeworfenen Sonderfragen beantworte ich in einem separaten Kapitel (Rz. 1343–1394).

2307 Z.B. Ziff. 5.3.3 AVB Helvetia: «Der Kriegsumlagebeitrag dient zur Deckung der durch den Krieg unmittelbar verursachten Schäden [...]. Die Feststellung dieser Kriegsschäden und der verfügbaren Deckungsmittel sowie die Festsetzung des Kriegsumlagebeitrages und dessen Tilgungsmöglichkeiten – gegebenenfalls durch Kürzung der Versicherungsleistungen – erfolgen durch die [Versicherung] im Einverständnis mit der schweizerischen Aufsichtsbehörde.»

2308 So bereits betreffend Lebensversicherungen: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563.

2309 Vgl. ODERMATT, Diss. ZH (1951), S. 34.

2310 Z.B. Ziff. 5.3.2 AVB Helvetia.

2311 Siehe auch RECHSTEINER, Diss. SG (2015), Rz. 901 *in fine*, wonach der «Bund jedoch nur subsidiär [von der Kompetenz gemäss Art. 20 Abs. 1 StAG] Gebrauch macht, wenn die Kantone den Notstand bzw. die ausserordentliche Lage nicht selbst bewältigen können»; siehe ferner BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6060–6061.

2312 Betreffend KKW-Unfall: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1563.

I. Entschädigungsordnung

- 1249 **1.** «Im Falle eines Grossschadens kann die Bundesversammlung durch Verordnung eine Entschädigungsordnung aufstellen.»²³¹³ Die Bundesversammlung ist bei einem Grossschaden somit – im Gegensatz zum KHG²³¹⁴ – lediglich ermächtigt, **nicht** jedoch **verpflichtet**, eine Entschädigungsordnung aufzustellen.²³¹⁵ Die E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998) begründet diese Abweichung vom KHG damit, dass es angesichts der Unberechenbarkeit von Katastrophen notwendig sei, flexible, dem Einzelfall angepasste Lösungen zu ermöglichen.²³¹⁶
- 1250 Dieser Ansicht (Rz. 1249) der E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998) kann nicht gefolgt werden. Die sich bei einem Grossschaden stellenden Probleme (Rz. 1203–1204) lassen sich nur lösen, wenn die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung erlässt. Aus diesem Grund ist es verfehlt, der Bundesversammlung diesbezüglich ein Ermessen einzuräumen. Ferner wird die Entschädigungsordnung dadurch zum politischen Spielball. Denn ist der Erlass der Entschädigungsordnung an sich fakultativ, ist nicht nur der Inhalt der Entschädigungsordnung, sondern auch der Grundsatzentscheid für den oder gegen den Erlass der Entschädigungsordnung Gegenstand des politischen Tauziehens. Dies ist angesichts der auf dem Spiel stehenden Interessen nicht sachgerecht. *De lege ferenda* sollte daher Art. 19 Abs. 1 StAG wie folgt angepasst werden: «Im Falle eines Grossschadens stellt die Bundesversammlung durch Verordnung eine Entschädigungsordnung auf.»
- 1251 **2.** Art. 19 Abs. 3 und 4 StAG bestimmen den Inhalt der Entschädigungsordnung. Entscheidet sich die Bundesversammlung dazu, eine Entschädigungsordnung zu erlassen, ist sie gemäss Wortlaut von Art. 19 Abs. 3 StAG *verpflichtet*, «in der Entschädigungsordnung die Grundsätze zur gerechten Verteilung aller verfügbaren Mittel zur Befriedigung der Geschädigten» festzulegen. Dem Wortlaut von Art. 19 Abs. 4 StAG zufolge *kann* sie in der Entschädigungsordnung zudem:

2313 Art. 19 Abs. 1 StAG.

2314 Art. 29 Abs. 1 Satz 1 KHG «Ist damit zu rechnen, dass die für die Deckung der Schäden zur Verfügung stehenden Mittel des Haftpflichtigen, des privaten Versicherers und des Bundes zur Befriedigung aller Ansprüche nicht ausreichen (Grossschaden), so stellt die Bundesversammlung in einem allgemeinverbindlichen, dem Referendum nicht unterstehenden Bundesbeschluss eine Entschädigungsordnung auf.»

2315 Gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 45.

2316 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 45.

- von den Bestimmungen des StAG²³¹⁷ oder von anderen schadenersatz- 1252
rechtlichen Bestimmungen abweichen;²³¹⁸
- vorsehen, dass der Bund zusätzliche Beiträge an den nicht gedeckten 1253
Schaden leistet und deren Zahlung von Leistungen des Kantons abhängig
macht, in dem die Stauanlage liegt;²³¹⁹ und
- das Verfahren zum Vollzug der Entschädigungsordnung regeln und eine 1254
unabhängige Instanz einsetzen, deren Entscheide ans Bundesgericht wei-
tergezogen werden können.²³²⁰

Diese Zusatzmassnahmen (Rz. 1252–1254) stehen gemäss Wortlaut von 1255
Art. 19 Abs. 4 StAG in keinem hierarchischen Verhältnis zueinander. Die
Bundesversammlung kann im Einzelfall folglich frei entscheiden, welche
Massnahmen sie ergreift. So kann sie zum Beispiel Verfahrensvorschriften
(Rz. 1254) erlassen, ohne zugleich eine unabhängige Instanz einzusetzen
(Rz. 1254) und *vice versa*.²³²¹

Anzufügen bleibt Folgendes: Das StAG zählt die Zusatzmassnahmen 1256
abschliessend auf.²³²² Die Bundesversammlung kann in einer Entschädigungs-
ordnung folglich lediglich Vorschriften erlassen, die sich an die Zusatzmass-
nahmen anlehnen (Rz. 1391).²³²³

2317 Die Bundesversammlung kann als Bundesgesetzgeber die von ihr erlassenen Gesetze
(und damit auch das StAG) ändern. Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG ist jedoch nicht als
Selbstermächtigung der Bundesversammlung zur Anpassung des StAG anzusehen.
Vielmehr ist Sinn und Zweck von Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG, dass gewisse Bestim-
mungen des StAG im Einzelfall nicht gelten oder modifiziert werden sollen
(Rz. 1263–1276). Dabei soll jedoch das StAG als *underlying* nicht angepasst werden
und nach wie vor generell-abstrakte Wirkung entfalten.

2318 Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG.

2319 Art. 19 Abs. 4 lit. b StAG.

2320 Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG.

2321 Daran ändert auch der Umstand nichts, dass nach Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG die Bun-
desversammlung «das Verfahren zum Vollzug dieser Ordnung regeln *und* eine unab-
hängige Instanz einsetzen [kann], deren Entscheide ans Bundesgericht weitergezogen
werden können». Das Wort «und» signalisiert lediglich, dass die Bundesversamm-
lung beide Massnahmen ergreifen kann; es dient mit anderen Worten als Bindeglied
zwischen den beiden Teilsätzen. Das StAG würde die beiden Massnahmen daher bes-
ser in zwei verschiedenen Littera auflisten.

2322 Art. 19 Abs. 4 lit. a–c StAG.

2323 Wohl gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056 «Die Absätze 3 und 4 umschreiben
den Inhalt einer Entschädigungsordnung und die zulässigen Abweichungen von scha-
denersatzrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes oder anderer Vorschriften [...]».

1257 **3. Zwischenfazit:** Gemäss Wortlaut von Art. 19 Abs. 3 StAG ist die Bundesversammlung bei jedem Grossschadensfall verpflichtet, in der Entschädigungsordnung die Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel festzulegen, sollte sie sich entscheiden, eine Entschädigungsordnung zu erlassen. Demgegenüber legt der Wortlaut von Art. 19 Abs. 4 StAG nahe, dass sie die Zusatzmassnahmen (Rz. 1252–1254) ergreifen kann, dazu aber nicht verpflichtet ist.²³²⁴

1258 Die *ratio legis* von Art. 19 Abs. 3 und 4 StAG spricht jedoch gegen ein solches Verständnis (Rz. 1257) dieser beiden Gesetzesbestimmungen. In der Entschädigungsordnung darf die Bundesversammlung nur Vorschriften erlassen, welche die beim jeweiligen Grossschaden sich typischerweise stellenden Probleme (Rz. 1202–1204) lösen. Bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) darf die Bundesversammlung daher nur Massnahmen ergreifen, um die Unterdeckung zu beseitigen und die gerechte Verteilung der Mittel sicherzustellen. Demgegenüber darf die Bundesversammlung bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) nur Vorschriften erlassen, mit denen das Verfahren und damit die Schadensabwicklung vereinfacht werden. Nachfolgend untersuche ich, welche Massnahmen die Bundesversammlung je nach Grossschaden zu ergreifen verpflichtet ist, sollte sie sich dazu entscheiden, eine Entschädigungsordnung aufzustellen.

1259 **a. Bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung** (Rz. 1217–1233) sollen die verfügbaren Mittel gerecht verteilt werden.²³²⁵ Aus diesem Grund ist die Bundesversammlung verpflichtet, in der Entschädigungsordnung Vorschriften

2324 So auch betreffend Bundesbeiträge im AtG: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561 «In der Expertenkommission gingen die Meinungen auseinander, ob der Artikel lediglich eine Ermächtigung an den Bund zur Entschädigung enthalten solle («Der Bund kann an den nicht gedeckten Schaden Beiträge leisten»), oder ob der Gesetzgeber eine Verpflichtung des Bundes aufstellen müsse («Im Rahmen einer Entschädigungsordnung sind Beiträge zu leisten»). Der Unterschied zwischen den beiden Fassungen darf nicht überschätzt werden; wenn wirklich geholfen werden muss, wird die Bundesversammlung Mittel zur Verfügung stellen, gleichgültig, ob die eine oder die andere Fassung gewählt wird. Wir glauben jedoch, dass die «Kann»-Formel weniger falsche Illusionen weckt; bei der «Imperativ-Fassung» entstehen allzu leicht Hoffnungen auf vollen Schadenersatz aus der Bundeskasse, auch wenn das Gesetz ganz klar nur von Beiträgen im Rahmen einer von der Bundesversammlung aufzustellenden Entschädigungsordnung spricht.»

2325 Vgl. Art. 19 Abs. 3 StAG.

nach Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG aufzustellen (Rz. 1263–1276). Die Bundesversammlung kann in der Entschädigungsordnung auch Bundesbeiträge sprechen (Rz. 1277–1291). Schliesslich kann die Bundesversammlung auch gewisse Verfahrensvorschriften erlassen (Rz. 1296–1298) und eine Eidgenössische Erledigungsinstanz einsetzen (Rz. 1318–1329). Die Schaffung einer unabhängigen Erledigungsinstanz drängt sich auf, weil die Erledigung eines Grossschadens komplex sowie zeit- und personalintensiv ist.²³²⁶ Deswegen dürfte es oftmals effizienter sein, eine Eidgenössische Erledigungsinstanz zu schaffen statt den kantonalen Gerichtsbehörden zusätzliche Mittel zu sprechen.²³²⁷ Damit wird gleichzeitig auch eine rechtsgleiche(re) Anwendung der StAG-Haftung gewährleistet.

b. Bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) hat die Bundesversammlung hingegen weder die Pflicht noch das Recht, die Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel zu regeln.²³²⁸ Es leuchtet nicht ein, wieso die Bundesversammlung Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel aufstellen sollte, wenn der Schaden gedeckt ist. Sind nämlich genügend Mittel vorhanden, werden diese aufgrund des im Haftpflichtrecht geltenden Grundsatzes der Totalreparation (Rz. 1264) automatisch «gerecht» verteilt. Die Bundesversammlung würde durch Erlass solcher «Grundsätze zur gerechten Verteilung aller verfügbaren Mittel» folglich unzulässigerweise vom Fundamentalprinzip der Totalreparation abweichen und damit in die Rechte der Geschädigten eingreifen. Ferner leuchtet es nicht ein, wieso die Bundesversammlung Bundesbeiträge sprechen sollte, wenn keine Unterdeckung besteht.²³²⁹ Damit würde der Staat letztlich nämlich einen Teil des Schadens tragen und das Haftungssubjekt finanziell entlasten.

Bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens ist es lediglich unabdingbar, dass die Bundesversammlung das ordentliche Verfahren anpasst beziehungsweise vereinfacht.²³³⁰ Die Bundesversammlung ist daher verpflichtet, das ordentliche Verfahren durch Erlass von gewissen Verfahrensvorschriften zu vereinfachen (Rz. 1299–1308). Weiter

2326 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 704.

2327 Siehe Fn. 2294.

2328 A.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056, der zufolge wohl bei jedem Grossschaden «Pauschalentschädigungen» gesprochen werden können, «um das Verfahren zu vereinfachen».

2329 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 698 *in fine*.

2330 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055–6056.

kann sich die Schaffung einer unabhängigen Erledigungsinstanz aufdrängen (Rz. 1318–1329). Häufig dürfte die Bundesversammlung nur auf diesem Weg sicherstellen können, dass sich die bei einem solchen Grossschaden stellenden Probleme (Rz. 1204 und 1234–1238) lösen lassen. Demgegenüber ist die Bundesversammlung aufgrund der *ratio legis* von Art. 19 Abs. 3 und 4 StAG (Rz. 1258 und 1260) weder ermächtigt noch verpflichtet, Massnahmen im Sinne von Art. 19 Abs. 4 lit. a und b StAG zu ergreifen.

- 1262 **c.** Ich halte zusammenfassend fest, dass Art. 19 Abs. 3 StAG den Minimalinhalt der Entschädigungsordnung bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) bestimmt. Demgegenüber bestimmt Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG den Minimalinhalt der Entschädigungsordnung bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238).

a. Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel

- 1263 **1.** Stellt die Bundesversammlung bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) eine Entschädigungsordnung auf, ist sie verpflichtet (Rz. 1259), «die Grundsätze zur gerechten Verteilung aller verfügbaren Mittel zur Befriedigung der Geschädigten» (Art. 19 Abs. 3 StAG) festzulegen. An diesen Grundsätzen beziehungsweise Leitplanken müssen sich die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz in der Folge orientieren.
- 1264 **a.** Es stellt sich die Frage, mithilfe welcher Grundsätze die Bundesversammlung die gerechte Verteilung der Mittel sicherstellen kann. Gemäss dem im Haftpflichtrecht – vorbehaltlich gesetzlicher Ausnahmen²³³¹ – geltenden Grundsatz der **Totalreparation**²³³² ist der ganze Schaden im Sinne der Differenzhypothese²³³³ zu ersetzen. Eine gerechte Verteilung der verfügbaren Mittel bei einer Unterdeckung setzt somit voraus, dass die Bundesversammlung vom Grundsatz der Totalreparation abweicht.
- 1265 **b.** Es stellt sich die Frage, wie die Bundesversammlung vom Grundsatz der Totalreparation abweichen kann. Sie kann dies nur, wenn sie gestützt auf Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG von schadenersatzrechtlichen Bestimmungen im

2331 Z.B. ZK (2007)-LANDOLT, Vor Art. 45/46 OR N 44.

2332 Z.B. BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 43 N 6; YUNG, *Principes* (1973), S. 135.

2333 Die Differenzhypothese (z.B. HONSELL/ISENRING/KESSLER, *Haftpflichtrecht* [2013], § 1 Rz. 28) wird auch Differenztheorie genannt (z.B. ROBERTO, *Habil. ZH* [1997], S. 9 *in fine*).

StAG²³³⁴ oder in anderen Gesetzen (zum Beispiel OR) abweicht (Rz. 1266–1276).²³³⁵ Art. 19 Abs. 3 und Abs. 4 lit. a StAG sind folglich eng ineinander verzahnt und können von der Bundesversammlung nur gleichzeitig angewandt werden. Aus diesem Grund sollten *de lege ferenda* diese beiden Bestimmungen – wie in Art. 29 Abs. 2 KHG – in einem Absatz oder einer Litera zusammengefasst werden.

2. Im Folgenden lege ich dar, welche Grundsätze – die gesetzgebungstechnisch als materiell-rechtliche Rechtssätze²³³⁶ gelten – die Bundesversammlung aufstellen kann, um die verfügbaren Mittel gerecht zu verteilen. Die Handlungsfreiheit der Bundesversammlung wird dabei doppelt eingeschränkt:

- Erstens ist die Bundesversammlung verpflichtet, den Grundsatz der Rechtsgleichheit zu beachten.
- Zweitens darf die Bundesversammlung nur von *schadenersatzrechtlichen* Bestimmungen des StAG oder von anderen Gesetzen (Rz. 1265) abweichen. Die Bundesversammlung darf im Umkehrschluss folglich nicht von anderen *haftpflichtrechtlichen* Bestimmungen im StAG oder in anderen Gesetzen abweichen.

a. Bei einer Unterdeckung ist es am einfachsten, alle Geschädigten den Fehlbetrag proportional tragen zu lassen, indem man **alle Schadenersatzansprüche proportional kürzt**.²³³⁷ Diese Massnahme können die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz einfach umsetzen, sobald der ungedeckte

2334 Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG spricht zwar davon, dass die Bundesversammlung «von den Bestimmungen dieses Gesetzes» und damit nicht nur von schadenersatzrechtlichen Bestimmungen abweichen kann. Allerdings ergibt sich aus dem zweiten Teil von Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG («oder von andern schadenersatzrechtlichen Bestimmungen abweichen»), dass die Bundesversammlung auch im StAG lediglich von schadenersatzrechtlichen Bestimmungen abweichen kann.

2335 Implizit gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055–6056. Die BOTSCHAFT StAG erläutert nicht, welches die «Grundsätze der gerechten Verteilung der Mittel» sind. Vielmehr erörtert die BOTSCHAFT StAG die Massnahmen nach Art. 19 Abs. 4 StAG und v.a. die Abweichungen von schadenersatzrechtlichen Bestimmungen.

2336 So betreffend AtG: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561 «Die der Bundesversammlung eingeräumte Kompetenz zur Aufstellung einer Entschädigungsordnung umfasst einerseits das Recht zum Erlass materiellrechtlicher Rechtssätze im Sinne einer Kürzung von Rechtsansprüchen, andererseits aber auch die Kompetenz zur Aufstellung betriebsrechtlicher Rechtssätze [...]».

2337 Betreffend AtG: HUG, Diss. ZH (1970), S. 122 *in fine*; siehe auch BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561.

Betrag bekannt ist. Ein weiterer Vorteil der proportionalen Kürzung aller Schadenersatzansprüche ist die gerechte Verteilung der vorhandenen Mittel. Denn alle Geschädigten tragen proportional den Fehlbetrag mit. Allerdings kann die Umsetzung dieser Massnahme aus Sicht der einzelnen Geschädigten ungerecht sein.²³³⁸ Denn alle Geschädigten müssen den ungedeckten Betrag mittragen, und zwar unabhängig davon, wie ihre finanzielle Situation ist und welchen Schaden in welcher Höhe sie erlitten haben.²³³⁹

- 1270 Aus diesem Grund (Rz. 1269) sollten die Schadenersatzansprüche aller Geschädigten nur dann proportional gekürzt werden, wenn trotz anderer Massnahmen (Rz. 1271–1276) und trotz der Zahlung von Bundesbeiträgen immer noch eine Unterdeckung besteht.²³⁴⁰ Versetzt die proportionale Kürzung des Schadenersatzanspruchs einzelne Geschädigte in eine Notlage²³⁴¹, stellt sich die Frage, wie die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz damit umgehen sollen.²³⁴² Richtig erscheint mir, den Schadenersatzanspruch dieser Personen nicht proportional zu kürzen, damit sie trotzdem den ganzen Schaden ersetzt erhalten.²³⁴³ Dies hat jedoch zur Folge, dass der Schadenersatzanspruch der anderen Geschädigten, die sich nicht in einer Notlage befinden, stärker proportional gekürzt wird.²³⁴⁴

2338 So bereits betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 683.

2339 Siehe betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 693–694.

2340 Wohl gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 694.

2341 Ob eine «Notlage» besteht, haben die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz unter Rückgriff auf die bundesgerichtliche Rechtsprechung zu Art. 11 Abs. 2 AHVG zu ermitteln (wohl gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 [1991], § 29 Rz. 692). Eine Notlage i.S. des AHVG liegt vor, wenn das Existenzminimum i.S. des SchKG nicht mehr gedeckt ist (z.B. BGE 120 V 271 E. 5a S. 274; KIESER, RBS [2012], Art. 11 AHVG N 7).

2342 So schon betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 692, die jedoch von einer «besonderen Notlage» sprechen.

2343 A.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 692, die solchen Personen eine «Ergänzungsleistung» zusprechen wollen, jedoch nicht erläutern, mit welchen Mitteln solche «Ergänzungsleistungen» bezahlt werden sollen.

2344 Die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz haben folglich in einem ersten Schritt festzustellen, welche Personen in eine Notlage versetzt würden. Sobald diese Personen und damit auch die Summe ihrer ungekürzten Schadenersatzansprüche feststehen, ist diese Summe in einem zweiten Schritt von den verbleibenden Mitteln abzuziehen. Der aufgrund dieser Subtraktion erhaltene Betrag zeigt auf, wie viel

b. Materieller und immaterieller Schaden sind in dem Sinne haftpflichtrechtlich gleichwertig, als der Schädiger – sofern die Haftungsvoraussetzungen erfüllt sind – Ersatz für beide Schadensarten zu leisten hat.²³⁴⁵ Immaterieller Schaden (Rz. 632–633) sollte bei einer Unterdeckung jedoch ausnahmsweise nicht gedeckt werden, das heisst, das Haftungssubjekt nicht dazu verurteilt werden, den Geschädigten **Genugtuung** zu zahlen.²³⁴⁶ So wird ein wichtiger Beitrag geleistet, damit mehr Mittel verfügbar sind, um den materiellen Schaden zu decken. Es erscheint mir wichtiger, dass der Personenschaden soweit wie möglich gedeckt wird und die Geschädigten in keine finanzielle Notlage geraten. Ferner sollen die verfügbaren Mittel auch prioritär für den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften verwendet werden können.

c. Weiter könnte man bei einer Unterdeckung die verschiedenen Arten von materiellem Schaden (Personenschaden, Sachschaden und reiner Vermögensschaden) unterschiedlich behandeln.²³⁴⁷ So könnte die Bundesversammlung zum Beispiel höhere Kürzungssätze bei einzelnen Schadensarten anordnen.²³⁴⁸ Sie könnte aber auch festlegen, dass gewisse Schadensarten (zum Beispiel Personen- und Sachschaden) vorrangig befriedigt werden sollen.²³⁴⁹ TERCIER weist jedoch richtigerweise darauf hin, dass der Personenschaden nicht zwangsläufig absoluten Vorrang vor dem Sachschaden genießt und dass auch

stärker die Schadenersatzansprüche der anderen Geschädigten proportional gekürzt werden müssen. Ein solches Vorgehen setzt eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Gerichten voraus und spricht letztlich für die Einsetzung einer Eidgenössischen Erledigungsinstanz. Die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz haben folglich so rasch wie möglich zu ermitteln, welche Personen in eine Notlage versetzt würden. Denn erst nachher können die anderen Fälle erledigt werden.

2345 Vgl. BGE 102 II 18 E. 2 S. 22 (= Pra 1976, Nr. 86, S. 196): «Au surplus, la réparation du tort moral est due indépendamment des conséquences économiques de l'accident, puisqu'elle est destinée à compenser non pas ces conséquences, mais une atteinte au bien-être moral.»; siehe auch LANDOLT, Genugtuungsrecht (2020), Rz. 1173; BSK OR I (2020)-KESSLER, Art. 47 N 4.

2346 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056; gl.M. im Ergebnis betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 684–686; gl.M. im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 262.

2347 In der Schadensaufstellung sind alle Schadensarten zu berücksichtigen (Rz. 1225). Die Bundesversammlung kann folglich zumindest die ungefähre Höhe der einzelnen Arten materiellen Schadens abschätzen.

2348 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 695.

2349 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056; siehe betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 695.

der Sachschaden nicht zwangsläufig absoluten Vorrang vor dem reinen Vermögensschaden genießt.²³⁵⁰ Denn: «A quoi servirait-il d'offrir une compensation complète aux victimes actuelles, en négligeant de recréer les conditions de vie nécessaires à leur développement futur?»²³⁵¹

- 1273 **d.** In Analogie zu Art. 7 Abs. 2 KHG²³⁵² und damit letztlich im Sinne der Solidarität zwischen allen Geschädigten und allen sozialen Schichten kann die Bundesversammlung auch eine **Einkommens- oder Vermögensgrenze** festlegen, ab der einem Geschädigten kein oder bloss reduzierter Schadenersatz zugesprochen wird.²³⁵³ Diese Massnahme verstösst nicht gegen den Grundsatz der Rechtsgleichheit²³⁵⁴, da die Ungleichbehandlung der betroffenen Personen aus den erwähnten Gründen sachlich begründet ist.²³⁵⁵
- 1274 **e.** Schliesslich kann die Bundesversammlung die Rückgriffsansprüche der Sozial- und der Privatversicherer kürzen.²³⁵⁶ Diese Massnahme kann mittelfristig dazu führen, dass die anderen bei der fraglichen Versicherung versicherten Personen, die keinen Schaden erlitten haben, mittelbar für die ungenügende Haftpflichtdeckung der haftpflichtigen Personen (Rz. 1228) aufkommen müssen, weil die Prämien ansteigen.²³⁵⁷ Eine solche Prämienhöhung wäre aus Sicht der anderen Versicherten stossend.
- 1275 **3.** Die Reduktion des Schadenersatzes wegen gewöhnlichen **Selbstverschuldens** dürfte in aller Regel nicht infrage kommen, da die Geschädigten wohl nur selten ein Mitverschulden trifft (Rz. 707–709).
- 1276 Die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz sollten den Schadenersatz bei einer **Notlage** des Haftungssubjekts nicht gestützt auf

2350 TERCIER, ZSR 1990 II, S. 263–264.

2351 TERCIER, ZSR 1990 II, S. 263.

2352 Art. 7 Abs. 2 KHG lautet: «Hatte der Getötete oder Verletzte ein ungewöhnlich hohes Einkommen, so kann der Richter die Entschädigung unter Würdigung aller Umstände angemessen herabsetzen.»; siehe dazu auch KELLER/GABI/GABI, Haftpflichtrecht (2012), S. 113.

2353 So bereits betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 691.

2354 Art. 8 Abs. 1 BV.

2355 Siehe zum Gleichbehandlungsgebot im Allgemeinen: KIENER/KÄLIN/WYTENBACH, Grundrechte (2018), § 35 Rz. 13–45; BSK BV (2015)-WALDMANN, Art. 8 N 26–37.

2356 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056.

2357 Siehe betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 682.

Art. 44 Abs. 2 OR reduzieren.²³⁵⁸ Im Falle einer Unterdeckung muss der gesamte Aktivenüberschuss (Rz. 1231) des Haftungssubjekts zur Tilgung des Schadens verwendet werden, damit die Unterdeckung möglichst klein ausfällt. Dies gilt selbst dann, wenn deswegen der Konkurs über das Haftungssubjekt eröffnet wird.

b. Bundesbeiträge

1. Stellt die Bundesversammlung bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) eine Entschädigungsordnung auf, kann sie «vorsehen, dass der Bund zusätzliche Beiträge an den nicht gedeckten Schaden leistet und deren Zahlung von Leistungen des Kantons abhängig macht, in dem die Stauanlage liegt»²³⁵⁹ («Bundesbeiträge»). Die Empfänger solcher Bundesbeiträge sind jene Geschädigten, die gemäss den in der Entschädigungsordnung aufgestellten Grundsätzen Anspruch auf Schadenersatz oder Genugtuung haben (Rz. 1263–1276). 1277

Solche Bundesbeiträge lenken nicht das Verhalten der Empfänger.²³⁶⁰ 1278 Sie sind folglich **keine Subventionen**.²³⁶¹ Vielmehr handelt es sich bei diesen Bundesbeiträgen um diskretionäre geldwerte Leistungen des Bundes an die Geschädigten bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung.²³⁶²

2. Gemäss Art. 19 Abs. 4 lit. b StAG kann der Bund «zusätzliche Beiträge» 1279 sprechen. Dieser Passus legt nahe, dass der Bund noch andere Beiträge leistet. Dem ist aber nicht so. Das StAG stellt mit dem Wort «zusätzlich» lediglich klar, dass neben den vorhandenen Mitteln der haftpflichtigen und der versicherungspflichtigen Personen (Rz. 1226–1233) auch Bundesbeiträge zur Deckung des Schadens verfügbar sein können.²³⁶³

2358 Art. 7 Abs. 1 Satz 2 KHG analog; siehe auch Rz. 245; gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 689.

2359 Art. 19 Abs. 4 lit. b StAG.

2360 Siehe zur Verhaltenslenkung im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 46 Rz. 1 und 5.

2361 Siehe zu Subventionen im Allgemeinen: LIENHARD/MÄCHLER/ZIELNIEWICZ, Finanzrecht (2017), S. 245–246.

2362 Gl.M. im Allgemeinen: LIENHARD/MÄCHLER/ZIELNIEWICZ, Finanzrecht (2017), S. 246, denen zufolge Geldleistungen, die «an den Eintritt bestimmter Risiken oder Ereignisse anknüpfen», keine Subventionen sind.

2363 Betreffend KHG: BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 194 «Beim Eintritt eines Grossschadens schliesslich, welcher eine ganze Region betreffen kann, soll der Bund im

- 1280 **3.** Es steht im Ermessen der Bundesversammlung, ob sie die Leistung von Bundesbeiträgen von der Zahlung von Beiträgen des Kantons («Kantonsbeiträge») abhängig macht, in dem die fragliche Stauanlage liegt («Lagekanton»).²³⁶⁴ Macht die Bundesversammlung die Zahlung der Bundesbeiträge von der Leistung von **Kantonsbeiträgen** abhängig, ähnelt diese Bundeszusage der Rechtsfigur der Koppelungssubvention.²³⁶⁵
- 1281 **a.** Im Vernehmlassungsverfahren wurde dieses Recht der Bundesversammlung kritisiert. Diese Kritik ist jedoch ungerechtfertigt.²³⁶⁶ Aufgrund der föderalistischen²³⁶⁷ Struktur der Schweiz soll bei einer Unterdeckung nämlich nicht nur der Bund einen Beitrag zur finanziellen Katastrophenbewältigung leisten, sondern auch der Lagekanton als souveräne²³⁶⁸, «politisch autonome [Gebietskörperschaft] von beschränkter Staatlichkeit»^{2369, 2370}
- 1282 *De lege ferenda* sollte die Bundesversammlung die Zahlung von Bundesbeiträgen nicht nur von der Leistung von Kantonsbeiträgen des Lagekantons abhängig machen dürfen, sondern auch von jenen Kantonen, in denen die Rechtsgüter durch das Wasser und/oder die Feststoffe verletzt wurden. Denn diese Kantone haben ein ureigenes Interesse daran, dass die verwüsteten Ortschaften wieder aufgebaut werden. Deswegen sollten auch sie einen Beitrag zur finanziellen Katastrophenbewältigung leisten.

Rahmen einer besonderen Entschädigungsordnung zusätzlich zu den anderen, vorhandenen Mitteln, Beiträge an den nichtgedeckten Schaden leisten können.»

2364 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056.

2365 Zur Koppelungssubvention im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 46 Rz. 17.

2366 Gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056 mit weiteren Argumenten; E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 48 «Diese Bestimmung ist in der Vernehmlassung [zum VE¹-StAG] von einer Minderheit der Stellungnahmen kritisiert worden. Sie trägt aber dem Umstand Rechnung, dass die Wasserzinsen den Kantonen oder Gemeinden zustehen, die die Konzession erteilt haben [...]. Diese wirtschaftlichen Vorteile können es rechtfertigen, dass der Kanton Mittel für die Deckung eines Grossschadens zur Verfügung stellt.»

2367 So bereits im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 274.

2368 Art. 3 BV.

2369 TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 16 Rz. 2 *in initio* (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

2370 So bereits im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 274 «Le principe du fédéralisme postule enfin que la Confédération puisse également exiger des cantons, voire des communes, une intervention complémentaire.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie entfernt).

b. Will die Bundesversammlung die Leistung der Bundesbeiträge von der Zahlung von Kantonsbeiträgen abhängig machen, hat sie dies in der Entschädigungsordnung festzulegen. Im Zeitpunkt der Verabschiedung der Entschädigungsordnung kann jedoch der Entscheid des Lagekantons noch ausstehen. In einem solchen Fall muss die Bundesversammlung jedoch nicht den Entscheid des Lagekantons abwarten. Sie kann in der Entschädigungsordnung festlegen, dass die Zahlung der Bundesbeiträge vom Entscheid des Lagekantons über die Leistung der Kantonsbeiträge abhängt, also diesbezüglich suspensiv bedingt ist. Sollen die Bundesbeiträge von einer Mindestzusage des Lagekantons abhängig sein oder soll deren Höhe von der Höhe der Kantonsbeiträge abhängig sein, kann die Bundesversammlung in der Entschädigungsordnung die Suspensivbedingung um Schwellenwerte²³⁷¹ ergänzen.

4. Die Höhe der Bundesbeiträge dürfte von folgenden Faktoren beeinflusst werden:

- Höhe der Kantonsbeiträge (Rz. 1283 und Fn. 2371); 1285
- Höhe der Versicherungssumme.²³⁷² 1286

Die Bundesversammlung sollte bei der Festlegung der Bundesbeiträge die Höhe der Versicherungssumme berücksichtigen. Es wäre nämlich aus Sicht des Steuerzahlers stossend, wenn der Bund Bundesbeiträge spräche und damit letztlich einen Grossteil des Schadens trüge, obwohl die haftpflichtigen Personen (Rz. 1228) keine (branchenübliche) Versicherung abgeschlossen haben.²³⁷³ Allerdings wäre es in einem solchen Fall aus Sicht der Geschädigten stossend, wenn der Bund keine Bundesbeiträge zahlte, weil damit noch weniger Mittel zur Deckung des Schadens zur Verfügung stünden.

²³⁷¹ *Beispiel:* Der Bund zahlt Bundesbeiträge von CHF 200 Mio., wenn der Lagekanton Kantonsbeiträge von mindestens CHF 50 Mio. spricht. Spricht der Lagekanton Kantonsbeiträge von mindestens CHF 70 Mio., zahlt der Bund Bundesbeiträge von CHF 250 Mio.

²³⁷² BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056.

²³⁷³ Das im Schweizer Haftpflichtrecht geltende Prinzip «*casum sentit dominus*» (statt vieler: REY/WILDHABER, Haftpflichtrecht [2018], Rz. 20) würde damit letztlich durch den Grundsatz «*casum sentit res publica*» ersetzt (dazu im Allgemeinen: WILDHABER, ZSR 4/2013 I, S. 404; siehe auch DEVRIENT, Diss. LA [1964], S. 87, der bereits zum AtG festgehalten hat, dass letztlich der Staat haftet; siehe ferner KÄLIN, HAVE 3/2017, S. 254; STEINER, Diss. BS [1999], S. 158).

- 1288 **5.** OFTINGER/STARK weisen im Zusammenhang mit dem KHG darauf hin, dass Bundesbeiträge nicht nur finanziell wichtig sind, sondern auch die Gesamtschadensabwicklung erleichtern.²³⁷⁴ Denn die Bundesversammlung kann bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) nur schwer vorhersehen, welche Wirkung die von ihr getroffenen Massnahmen im Sinne von Art. 19 Abs. 4 lit. a und c StAG (Rz. 1259) zeitigen.²³⁷⁵ Dies gilt aufgrund des langen Zeithorizonts insbesondere dann, wenn die Bundesversammlung die Verjährung und die Verwirkung von Schadenersatzansprüchen in der Entschädigungsordnung nicht regelt und folglich die «regulären» Verjährungsfristen nach Art. 60 Abs. 1, 1^{bis} und 2 OR (Rz. 756–778) anwendbar sind.²³⁷⁶
- 1289 **a.** Die von der Bundesversammlung bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) getroffenen Massnahmen (Rz. 1259) können weniger effektiv sein als von ihr angenommen. Dies kann zur Folge haben, dass das vorhandene Haftungssubstrat nicht ausreicht, um alle Geschädigten gleichmässig zu befriedigen. Es wäre in einem solchen Fall stossend, wenn die zuerst klagenden Geschädigten bessergestellt würden als die später klagenden Geschädigten. Deswegen sollten die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz während der Schadensabwicklung (nochmals) Bundesbeiträge bei der Bundesversammlung beantragen können dürfen (Rz. 1291).²³⁷⁷
- 1290 **b.** Dank der Bundesbeiträge können die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz zudem *definitive* Urteile fällen.²³⁷⁸ Die Urteile müssen mit anderen Worten keinen Anpassungsmechanismus enthalten, wonach die Geschädigten zum Beispiel (i) verpflichtet sind, den Schadenersatz oder die Genugtuung zurückzuzahlen oder (ii) erst viele Jahre nach Rechtskraft des Urteils noch weitere Schadenersatz- oder Genugtuungszahlungen erhalten. Die Bundesbeiträge stellen somit auch die Gleichbehandlung aller Geschädigten sicher.²³⁷⁹

2374 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 700.

2375 Siehe betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 700; siehe auch betreffend AtG: HUG, Diss. ZH (1970), S. 124.

2376 Vgl. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 700.

2377 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 700 *in fine*.

2378 Vgl. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 700

2379 Vgl. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 700–701.

6. Die Bundesversammlung kann bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) nur schwer vorhersehen, wie hoch der Schaden und wie effektiv die von ihr getroffenen Massnahmen (Rz. 1259) sind. Diesem Problem könnte die Bundesversammlung dadurch begegnen, indem sie anstelle eines Fixbetrags einen **Maximalbetrag** an Bundesbeiträgen festlegt. Während der Schadensliquidation könnten die Gerichte (oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz) innerhalb des von der Bundesversammlung gesteckten Rahmens Bundesbeiträge abrufen.²³⁸⁰ Dies würde ihnen einen gewissen Handlungsspielraum vermitteln und ihnen erlauben, die Schadensfälle effizient abzuwickeln. Die Bundesversammlung könnte in der Entschädigungsordnung nicht nur einen Maximalbetrag festlegen, sondern auch eine Regel für die Aufstockung der Bundesbeiträge vorsehen.

c. *Verfahrensvorschriften*

1. Die Bundesversammlung kann «das Verfahren zum Vollzug»²³⁸¹ in der Entschädigungsordnung regeln. Mit anderen Worten kann die Bundesversammlung besondere Verfahrensvorschriften, also prozessuale Vorschriften, erlassen. Sinn und Zweck dieser Verfahrensvorschriften ist die effiziente und kostengünstige Abwicklung des Grossschadensfalls.

2. Der Passus in Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG, wonach die Bundesversammlung in der Entschädigungsordnung «das Verfahren zum Vollzug dieser Ordnung regeln» kann, ist aus zwei Gründen missglückt:

- Erstens steht es nur bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) im Ermessen der Bundesversammlung, ob sie Verfahrensvorschriften erlässt (Rz. 1259). Bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) ist die Bundesversammlung – entgegen dem Wortlaut von Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG – nämlich verpflichtet, Verfahrensvorschriften zu erlassen (Rz. 1261).²³⁸² Der Minimalinhalt der Entschädigungsordnung besteht in diesem Fall aus Verfahrensvorschriften (Rz. 1261).

2380 So bereits betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 702.

2381 Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG.

2382 Dies gilt nur, wenn sich die Bundesversammlung dazu entscheidet, eine Entschädigungsordnung aufzustellen; eine solche Pflicht existiert nämlich nicht (Rz. 1249).

- 1295 – Zweitens ist die Formulierung «Verfahren zum Vollzug dieser [Entschädigungsordnung] regeln» unklar. Damit ist nicht etwa gemeint, die Bundesversammlung könne lediglich prozessuale Bestimmungen betreffend die Abwicklung und die Umsetzung der Entschädigungsordnung, das heisst die Erledigung der Schadensfälle durch ein (Schieds-)Urteil oder einen gerichtlichen Vergleich,²³⁸³ erlassen. Richtig besehen kann die Bundesversammlung alle Verfahrensvorschriften aufstellen, mithilfe derer die sich typischerweise beim jeweiligen Grossschaden stellenden Probleme lösen lassen (Rz. 1258). Ich zeige daher nachfolgend auf, welche Verfahrensvorschriften die Bundesversammlung in welcher Konstellation erlassen kann.

i. Grossschaden infolge Unterdeckung

- 1296 **1.** Die Bundesversammlung kann **besondere Tarife für die Prozesskosten**²³⁸⁴ erlassen.²³⁸⁵ Dank solcher Kostenregelungen ist mehr Haftungssubstrat verfügbar, um den Schaden zu decken, was sich letztlich zugunsten der Geschädigten auswirkt.²³⁸⁶
- 1297 **2.** Die gleichmässige Behandlung aller Geschädigten ist bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung nur sichergestellt, wenn keine **aussergerichtlichen Vergleiche** abgeschlossen werden und keine **Schiedsurteile** ergehen.²³⁸⁷ Die Bundesversammlung ist daher verpflichtet, in der Entschädigungsordnung anzuordnen, dass Schiedsurteile und aussergerichtliche Vergleiche nur mit der Genehmigung eines Gerichts beziehungsweise der Eidgenössischen Erledigungsinstanz gültig sind. Die Gültigkeit von Schiedsurteilen und aussergerichtlicher Vergleiche wäre folglich von der gerichtlichen Genehmigung abhängig (Suspensivbedingung).

2383 So bereits betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 703.

2384 Unter «Prozesskosten» verstehe ich die Gerichtskosten, d.h. die Kosten der Gerichte bzw. der Eidgenössischen Erledigungsinstanz einerseits und die Parteientschädigung andererseits (vgl. Art. 95 Abs. 1 ZPO; siehe zu Prozesskosten im Allgemeinen: BSK ZPO [2017]-RÜEGG/RÜEGG, Art. 95 N 1–23).

2385 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057 *in initio*, die von «besonderen Kostenregelungen zugunsten der Geschädigten» spricht.

2386 Vgl. zu alledem im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 256–257.

2387 Vgl. zur Problematik von Vergleichen betreffend AtG: GEIGY, Diss. BS (1959), S. 87–88.

3. Schliesslich kann die Bundesversammlung vollstreckungsrechtliche Bestimmungen (zum Beispiel die Privilegierung der Geschädigten im Konkurs) erlassen, das heisst das Konkursverfahren nach SchKG modifizieren.²³⁸⁸ 1298

ii. *Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens*

1. Die BOTSCHAFT StAG geht unter Berufung auf TERCIER²³⁸⁹ und JEAN- 1299
DIN²³⁹⁰ davon aus, dass die Bundesversammlung die Geschädigten in **Zwangsgemeinschaften** zusammenfassen kann.²³⁹¹ So könnten zum Beispiel Personen mit ähnlichen Interessen oder alle Geschädigten mit Wohnsitz im Ausland in je einer Gruppe zusammengefasst werden.²³⁹² Es stellt sich die Frage, was genau unter einer «Zwangsgemeinschaft» zu verstehen ist.

a. Aus Gründen der Prozessökonomie und der Entscheidungsharmonie können mehrere rechtlich an sich voneinander unabhängige, aber sachlich zusammenhängende Klagen in einem Prozess zusammengefasst werden (einfache Streitgenossenschaft nach Art. 71 ZPO).²³⁹³ Dies verbietet einem einfachen Streitgenossen allerdings nicht, den Prozess unabhängig von den anderen einfachen Streitgenossen zu führen.²³⁹⁴ 1300

b. Die BOTSCHAFT StAG kann unter einer Zwangsgemeinschaft somit keine 1301
einfache Streitgenossenschaft verstehen, da die einfachen Streitgenossen

2388 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 49; siehe im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 270.

2389 TERCIER, ZSR 1990 II, S. 253–254.

2390 JEANDIN, Parties (2003), S. 165–166.

2391 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056–6057.

2392 Vgl. dazu im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 253 («Ces communautés pourraient être différentes suivant la situation des victimes, car elles devraient en effet regrouper des personnes ayant des intérêts comparables autant par les types de préjudices qu'elles font valoir que par les sujets dont elles peuvent obtenir l'indemnisation.») und S. 254 («La formation de cette communauté spéciale s'imposerait à notre avis au cas où des personnes résidant à l'étranger feraient valoir des prétentions en Suisse.»).

2393 Statt vieler: KUKO ZPO (2013)-DOMEJ, Art. 71 N 1 *in initio*.

2394 Art. 71 Abs. 3 ZPO (siehe dazu im Allgemeinen: BSK ZPO [2017]-RUGGLE, Art. 71 N 30–40).

selbstständig handeln können.²³⁹⁵ Vielmehr muss es sich bei der in der BOTSCHAFT StAG erwähnten Zwangsgemeinschaft um eine an die notwendige Streitgenossenschaft²³⁹⁶ angelehnte Zwangsgemeinschaft *sui generis* handeln.

1302 Als Vorbild dienen für diese Zwangsgemeinschaft *sui generis* könnten die Gläubigergemeinschaft bei Anleiensobligationen²³⁹⁷ und die Gemeinschaft²³⁹⁸ der Abtretungsgläubiger im Sinne von Art. 260 SchKG^{2399, 2400}. So hätten die Geschädigten in der Versammlung der Geschädigten zu entscheiden, ob sie ein Gerichtsverfahren einleiten oder Vergleiche abschliessen möchten.²⁴⁰¹ Der in der Versammlung der Geschädigten bestellte Vertreter würde die Geschädigtengemeinschaft gegen aussen vertreten.²⁴⁰² Der einzelne Geschädigte könnte daher nicht mehr rechtsgültig handeln.²⁴⁰³

1303 2. Weiter kann die Bundesversammlung in der Entschädigungsordnung anordnen, dass in Gerichtsverfahren anstelle des Verhandlungsgrundsatzes der Untersuchungsgrundsatz und/oder anstelle des Dispositionsgrundsatzes der Offizialgrundsatz gilt.²⁴⁰⁴ Dank solcher Massnahmen kann der Sachverhalt effizienter erstellt und die Durchführung der Gerichtsprozesse beschleunigt werden.²⁴⁰⁵

2395 Siehe dazu im Allgemeinen: STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 55.

2396 Art. 70 ZPO.

2397 Art. 1157–1186 OR (siehe dazu im Allgemeinen: MEIER-HAYOZ/VON DER CRONE, Wertpapierrecht [2018], Rz. 1178–1189; siehe ferner BÖTSCHI, AJP 9/2019, S. 995–998).

2398 BGer 5A_344/2018 (18.9.2018) E. 3.2, nicht publiziert in: BGE 144 III 552, spricht von «communauté des créanciers cessionnaires».

2399 Siehe dazu im Allgemeinen: BSK ZPO (2017)-RUGGLE, Art. 70 N 19; LEUENBERGER, FS Spühler (2005), *passim*.

2400 STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 56–58 und 61, welche die Gläubigergemeinschaft bei Anleiensobligationen (S. 56–58) und die «Gläubigergemeinschaft im Konkurs» (S. 61) erwähnen. Einlässlich zur Zwangsgemeinschaft *sui generis*: STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 61–75; siehe ferner JEANDIN, Parties (2003), S. 165–166; TERCIER, ZSR 1990 II, S. 253.

2401 Siehe im Allgemeinen: STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 63.

2402 Siehe im Allgemeinen: STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 63–64.

2403 Siehe im Allgemeinen: STARK/KNECHT, ZSR 1/1978 I, S. 64.

2404 Vgl. im Allgemeinen: JEANDIN, Parties (2003), S. 166. Zu diesen Prozessgrundsätzen im Allgemeinen: BAUMGARTNER/DOLGE/MARKUS/SPÜHLER, Zivilprozessrecht (2018), § 25 Rz. 5–23 und 33–40.

2405 GORDON-VRBA, Diss. ZH (2007), S. 179.

3. Gemäss BOTSCHAFT StAG kann die Bundesversammlung in der Entschädigungsordnung auch **Pauschalentschädigungen** für «bestimmte Arten von Schäden oder bestimmte Gruppen von Geschädigten» vorsehen.²⁴⁰⁶ Solche Pauschalentschädigungen sind jedoch aus zwei Gründen problematisch:

- Erstens darf ein Richter im Haftpflichtprozess grundsätzlich keine Pauschalentschädigungen (beziehungsweise Pauschalsummen) zusprechen.²⁴⁰⁷ Der Richter ist wegen des Versicherungsregresses und der unterschiedlichen Besteuerung der einzelnen Schadensposten verpflichtet, im Urteil klar zwischen den verschiedenen Schadensarten und Schadensposten zu unterscheiden.²⁴⁰⁸ Ergo darf der Richter den Schaden nicht schätzen und damit auch keine Pauschalentschädigungen zusprechen, wenn der Kläger über entsprechende Belege verfügt.²⁴⁰⁹
- Zweitens verstossen Pauschalentschädigungen entweder gegen den Grundsatz der Totalreparation oder gegen das haftpflichtrechtliche Bereicherungsverbot. Denn in aller Regel dürfte ein Geschädigter im Vergleich zum wirklich erlittenen Schaden zu wenig oder zu viel Schadenersatz in Form der Pauschalentschädigung zugesprochen erhalten.

Wegen der Gefahr der Überentschädigung (Rz. 1306) und der ohnehin limitierten Mittel darf die Bundesversammlung bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) in der Entschädigungsordnung folglich keine Pauschalentschädigungen vorsehen. Die Bundesversammlung darf die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz daher nur bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–

2406 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056. Die BOTSCHAFT StAG erwähnt die Pauschalentschädigungen im Zusammenhang mit den schadenersatzrechtlichen Bestimmungen nach Art. 19 Abs. 4 lit. a StAG. Pauschalentschädigungen haben jedoch auch einen engen Bezug zum Zivilprozess. Aus diesem Grund handle ich diese unter Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG ab.

2407 ZK (2007)–LANDOLT, Vor Art. 45/46 OR N 80.

2408 ZK (2007)–LANDOLT, Vor Art. 45/46 OR N 80.

2409 Vgl. BGer 4A_77/2011 und 4A_571/2011 (20.12.2011) E. 5.3; PRIBNOW/GOGNIAT, Haftpflichtprozess (2013), S. 121–122.

1238) ermächtigen, den Geschädigten Pauschalentschädigungen zuzusprechen.²⁴¹⁰ Obwohl dank Pauschalentschädigungen die Gerichtsprozesse schematisiert und dadurch vereinfacht werden, sollten die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz den Geschädigten aus den bereits erwähnten Gründen (Rz. 1305–1306) bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens nur sehr zurückhaltend Pauschalentschädigungen zusprechen. Besonders problematisch sind Pauschalentschädigungen dann, wenn die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz gewissen Personengruppen Pauschalentschädigungen zusprechen und anderen wiederum nicht.

- 1308 **4.** Schliesslich kann die Bundesversammlung in der Entschädigungsordnung das Verfahren – wie von ROMY und JEANDIN in anderem Zusammenhang vorgeschlagen – in **zwei Phasen** aufteilen:²⁴¹¹ In der *ersten Phase* geht es darum, die Fragen betreffend den Sachverhalt, die Haftungsvoraussetzungen und allfällige Zwangsgemeinschaften (Rz. 1299–1302) zu klären. Im Urteil (beziehungsweise den Urteilen)²⁴¹² der ersten Phase würde folglich darüber entschieden, ob das Haftungssubjekt und gegebenenfalls andere Schädiger grundsätzlich ersatzpflichtig sind oder nicht.²⁴¹³ Sollten das Haftungssubjekt und gegebenenfalls andere Schädiger gemäss rechtskräftigem Urteil der ersten

2410 Wohl gl.M. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056 «Denkbar sind [...] Pauschalentschädigungen für bestimmte Arten von Schäden oder bestimmte Gruppen von Geschädigten, um das *Verfahren zu vereinfachen*.» (Hervorhebungen durch den Autor dieser Monografie hinzugefügt).

2411 Vgl. im Allgemeinen: JEANDIN, Parties (2003), S. 163–165; ROMY, Habil. FR (1997), S. 272–274, 292–293 und 312–314.

2412 JEANDIN, Parties (2003), S. 164, schlägt pro Zwangsgemeinschaft ein Urteil vor, das sowohl vom Schädiger als auch von den Geschädigten, die dieser Zwangsgemeinschaft angehören, angefochten werden kann.

2413 Vgl. im Allgemeinen: JEANDIN, Parties (2003), S. 164; ROMY, Habil. FR (1997), S. 273, 292–293 und 312–314.

Phase ersatzpflichtig sein, würde anschliessend in der *zweiten Phase* die Höhe der Entschädigung pro Geschädigten individuell²⁴¹⁴ festgelegt.²⁴¹⁵

iii. Einzelfragen

1. Es stellt sich die Frage, ob die Bundesversammlung anordnen kann, dass 1309 die Haftpflichtprozesse nicht im Zivilverfahren (nach ZPO) durchgeführt werden, sondern im **Verwaltungsverfahren** (nach VGG). Diese Frage ist sowohl bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) als auch bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) aus zwei Gründen zu verneinen:²⁴¹⁶

- Erstens handelt es sich um eine kontradiktorische Streitigkeit zwischen 1310 Privaten (und zwar selbst dann, wenn das Haftungssubjekt ein Gemeinwesen ist, Rz. 511–523)²⁴¹⁷ betreffend zivilrechtliche Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche (Rz. 1319–1323).²⁴¹⁸ Es scheint mir daher nicht sachgerecht, das vom StAG vorgesehene Zivilverfahren durch das Verwaltungsverfahren zu ersetzen.
- Zweitens lassen sich die typischerweise bei einem Grossschaden infolge 1311 Unterdeckung (Rz. 1217–1233) und bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) stellenden Probleme nicht lösen, indem das Zivilverfahren durch das Verwaltungsverfahren ersetzt wird.

2. Bei einem Stauanlagenunfall können das Wasser und/oder die Feststoffe 1312 Beweismittel zerstören. Aus diesem Grund können sich die Geschädigten in

2414 Die Festsetzung der Entschädigung gilt auch dann als individuell, wenn sie pro Zwangsgemeinschaft gefällt wird und die Entschädigung bei keinem Geschädigten oder nur bei einzelnen Geschädigten noch weiter individuell, z.B. wegen Selbstverschuldens (Rz. 1275), angepasst wird (vgl. im Allgemeinen: JEANDIN, Parties [2003], S. 165, der von «la possibilité de fixer une indemnisation selon des critères globaux» spricht).

2415 Vgl. im Allgemeinen: JEANDIN, Parties (2003), S. 164–165; ROMY, Habil. FR (1997), S. 274 und 314.

2416 **A.M.** BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057, der zufolge die Eidgenössische Erledigungsinstanz durch Verfügung entscheiden kann (siehe Rz. 1319–1324 zu meiner Kritik).

2417 Vgl. dazu im Allgemeinen: BSK ZPO (2017)-VOCK/NATER, Art. 1 N 3 m.w.N.

2418 Vgl. Art. 1 lit. a ZPO.

einem **Beweisnotstand**²⁴¹⁹ befinden.²⁴²⁰ Der BOTSCHAFT StAG zufolge darf die Bundesversammlung in einem solchen Fall das Beweisverfahren vereinfachen.²⁴²¹ Es stellt sich indes die Frage, mithilfe welcher Massnahmen das Beweisverfahren vereinfacht werden kann. TERCIER spricht in diesem Zusammenhang von Massnahmen, die dem Richter erlauben, die Fälle einfach, schematisch und praktikabel zu lösen.²⁴²² Dies läuft letztlich auf die Verallgemeinerung des Grundsatzes der freien Beweiswürdigung hinaus, sodass in Anlehnung an Art. 42 Abs. 2 OR nicht das Regelbeweismass²⁴²³ gilt, sondern das Beweismass der überwiegenden Wahrscheinlichkeit oder sogar des Glaubhaftmachens.²⁴²⁴ Laut TERCIER können die Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz gegebenenfalls sogar noch weitergehende schematische, objektive «Beweislösungen» akzeptieren.²⁴²⁵

- 1313 Diese Ansicht (Rz. 1312) der BOTSCHAFT StAG ist abzulehnen. Die Bundesversammlung darf weder bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) noch bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) Beweiserleichterungen anordnen. Der Umstand, dass das Wasser und/oder die Feststoffe viele Beweismittel zerstören können, ist nicht typisch für einen Grossschaden. Auch bei «kleineren» und «mittleren» Stauanlagenunfällen können das Wasser und/oder die Feststoffe viele Beweismittel zerstören. Da die Beweisnot kein

2419 Siehe zum Begriff «Beweisnot» z.B. PASQUIER, Diss. FR (2014), Rz. 62; PRIBNOW/GOGNIAT, Haftpflichtprozess (2013), S. 116; WALTER, FS SGHVR (2010), S. 681.

2420 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056. Siehe zu zerstörten Beweismitteln im Allgemeinen z.B. PASQUIER, Diss. FR (2014), Rz. 72.

2421 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056.

2422 Vgl. Im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 255 «La simplification proviendra principalement des règles de droit matériel, dans la mesure où celles-ci dicteront des solutions simples, schématiques et praticables.»

2423 Dazu z.B. FREY, Diss. ZH (2017), Rz. 35–42; WALTER, FS SGHVR (2010), S. 683.

2424 In diesem Sinne BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6056, siehe auch S. 6057 *in initio*. Zur Herabsetzung des Regelbeweismasses im Allgemeinen: FREY, Diss. ZH (2017), Rz. 110–112, 199 und 220–221; PASQUIER, Diss. FR (2014), Rz. 47, der jedoch die Herabsetzung auf das Beweismass des Glaubhaftmachens ablehnt (Rz. 48).

2425 Vgl. im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 256 «Le minimum serait de généraliser le principe de la libre appréciation des preuves, qui est d'ailleurs très généralement admis. L'arrêté d'indemnisation devrait cependant pouvoir aller plus loin et reconnaître à la commission d'indemnisation, si besoin, le droit de se contenter d'une simple vraisemblance, voire d'admettre des solutions schématiques à caractère strictement objectif.»

typisches Problem (Rz. 1258) eines Grossschadens ist, darf die Bundesversammlung keine Beweiserleichterungen anordnen.²⁴²⁶ Es wäre zudem stossend, die Geschädigten eines Grossschadens gegenüber den Geschädigten eines Stauanlagenunfalls, der nicht als Grossschaden gilt, zu privilegieren.²⁴²⁷

3. Hingegen kann die Bundesversammlung sowohl bei einem Grossschaden 1314 infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) als auch bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) besondere **Fristen** aufstellen.²⁴²⁸ So kann die Bundesversammlung in der Entschädigungsordnung zum Beispiel die Verjährungsfristen verkürzen oder *besondere Klagefristen* einführen.

Es steht im Ermessen der Bundesversammlung festzulegen, welche 1315 Folgen die Nichteinhaltung solcher besonderer Klagefristen zeitigen. Die Bundesversammlung könnte zum Beispiel anordnen, dass die Geschädigten in zwei Klägergruppen eingeteilt werden: So würden die Ansprüche jener Geschädigten, welche die besondere Klagefrist eingehalten haben, sofern möglich vollständig befriedigt, während die anderen Geschädigten, welche die Klagefrist nicht eingehalten haben, das Risiko der unvollständigen Befriedigung zu tragen hätten. Die Bundesversammlung könnte aber zum Beispiel auch festlegen, dass die Ansprüche verwirken, wenn die Geschädigten die Klagefrist nicht einhalten.²⁴²⁹

4. Die Bundesversammlung kann ferner bei einem Grossschaden infolge Un- 1316 durchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) die **Rechtsmittel** der Geschädigten und der haftpflichtigen Personen beschränken.²⁴³⁰ Sie kann zum Beispiel die Streitwertgrenze erhöhen, die Rechtsmittelfrist verkürzen, die Beschwerdegründe²⁴³¹ einschränken oder eine Rechtsmittelinstanz

2426 Dies schliesst natürlich nicht aus, dass ein Richter im Einzelfall gewissen Geschädigten Beweiserleichterungen gewährt.

2427 Diese Ungleichbehandlung lässt sich mangels gesetzlicher Grundlage auch nicht verhindern, indem bei jedem Stauanlagenunfall allen Geschädigten automatisch Beweiserleichterungen gewährt werden.

2428 Vgl. BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057 *in initio*.

2429 Siehe im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 255–256.

2430 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057 *in initio*.

2431 E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 49 «Ein Rechtsmittel an das Bundesgericht soll möglich sein, doch kann es auf die Anfechtung von Willkür beschränkt werden.»; vgl. im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 251.

streichen. Setzt die Bundesversammlung jedoch eine Eidgenössische Erledigungsinstanz ein (Rz. 1318–1329), müssen die Parteien zwingend ein Rechtsmittel an das Bundesgericht ergreifen können (Rz. 1326–1327).²⁴³²

- 1317 **5.** Schliesslich kann die Bundesversammlung sowohl bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) als auch bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) regeln, ob und in welchem Umfang (definitive oder provisorische) **Anzahlungen** an die Geschädigten ausbezahlt werden dürfen.²⁴³³

d. Eidgenössische Erledigungsinstanz

- 1318 **1.** Die Bundesversammlung kann bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) und einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) eine «unabhängige Instanz einsetzen, deren Entscheide ans Bundesgericht weitergezogen werden können»²⁴³⁴. Diese «unabhängige Instanz» bezeichne ich nachfolgend – der Terminologie von OFTINGER/STARK zum KHG folgend²⁴³⁵ – als «Eidgenössische Erledigungsinstanz». Die Bundesversammlung kann die Eidgenössische Erledigungsinstanz zusätzlich zu oder anstelle von Verfahrensvorschriften einsetzen (Rz. 1255). Setzt die Bundesversammlung die Eidgenössische Erledigungsinstanz ein, ist diese exklusiv zuständig, um zivilrechtliche Klagen zu beurteilen, die im Zusammenhang mit dem Grossschaden stehen.

2432 Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG.

2433 Vgl. im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 258 «Il conviendrait en conséquence d'autoriser la commission indépendante à effectuer des avances lorsque le besoin s'en fait sentir. Les montants ainsi versés, qui devraient couvrir des besoins élémentaires, seraient pris (de manière définitive ou à titre d'avance) soit sur les versements ultérieurement effectués par les assureurs, soit en dernière analyse par le biais des fonds publics.»

2434 Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG.

2435 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Titel zu Rz. 703–709.

2. Der BOTSCHAFT StAG zufolge kann die Bundesversammlung ein mit Fachleuten zusammengesetztes Gericht als Eidgenössische Erledigungsinstanz einsetzen.²⁴³⁶ Gemäss BOTSCHAFT StAG kann aber auch eine Verwaltungsbehörde als Eidgenössische Erledigungsinstanz eingesetzt werden, die durch Verfügung über die Ansprüche entscheidet.²⁴³⁷

a. Diese Auffassung (Rz. 1319) der BOTSCHAFT StAG ist abzulehnen. Die Eidgenössische Erledigungsinstanz kann aus zwei Gründen **keine Verwaltungsbehörde** sein:

- Erstens sind streitige zivilrechtliche Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche zu beurteilen, also streitige Zivilsachen (Rz. 1310). Es wäre folglich systemwidrig, wenn eine Verwaltungsbehörde durch Verfügung über diese Ansprüche entscheiden würde. Daran ändert auch der Umstand nichts, dass gegebenenfalls die Ansprüche teilweise durch Bundesbeiträge und Kantonsbeiträge gedeckt werden (Rz. 1277–1291).²⁴³⁸
- Zweitens spricht das StAG von «unabhängiger Instanz».²⁴³⁹ Damit räumt das StAG dem Einzelnen einen Anspruch auf organisatorische, das heisst objektive, Unabhängigkeit ein (Rz. 1325). Folglich kann es sich bei der Eidgenössischen Erledigungsinstanz nicht um eine Verwaltungsbehörde handeln.²⁴⁴⁰ Wenn man daher die Auffassung der BOTSCHAFT StAG (Rz. 1319) teilt, wonach Schadensfälle auch im Verwaltungsverfahren erledigt werden können, muss es sich bei der Eidgenössischen Erledigungsinstanz um eine «unabhängige Gerichtsinstanz in Verwaltungssachen»²⁴⁴¹

2436 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

2437 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057; siehe auch E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 49 «Als besondere Instanz zur Durchführung der Entschädigungsordnung könnte eine Verwaltungsbehörde oder eine Kommission der Haftpflichtversicherungseinrichtung eingesetzt werden, die durch Verfügung über mögliche Ansprüche entscheidet.»; siehe ferner im Allgemeinen: ROMY, Habil. FR (1997), S. 276, die von einer «commission fédérale» spricht; JEANDIN, Parties (2003), S. 162, der von einer «commission fédérale indépendante» spricht.

2438 A.M. betreffend AtG: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1562 «Werden Bundesmittel zur Verfügung gestellt, so verlieren die Ansprüche der Geschädigten ihren rein zivilrechtlichen Charakter.»

2439 Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG.

2440 Wohl gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 703, die von «besonderer verwaltungsunabhängiger Instanz» sprechen. Zur organisatorischen, d.h. objektiven Unabhängigkeit im Allgemeinen: BSK BV (2015)-WALDMANN, Art. 29 N 36.

2441 BSK BV (2015)-WALDMANN, Art. 29 N 36.

– analog den kantonalen Verwaltungsgerichten – handeln. Dies ändert jedoch nichts daran, dass es nicht sachgerecht wäre, streitige zivilrechtliche Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche im Verwaltungsverfahren beurteilen zu lassen (Rz. 1310 und 1321).

- 1323 **b.** Die Eidgenössische Erledigungsinstanz ist folglich zwingend ein **Zivilgericht**²⁴⁴² und erledigt die Schadensfälle durch ein Urteil oder einen gerichtlichen Vergleich^{2443, 2444}. Sie kann in Analogie zu den kantonalen Handelsgerichten²⁴⁴⁵ als Fachgericht konzipiert werden. In diesem Fall würde sich die Eidgenössische Erledigungsinstanz aus Juristen und Fachspezialisten²⁴⁴⁶ (zum Beispiel Planern) zusammensetzen. Die Eidgenössische Erledigungsinstanz könnte sich – wie das Handelsgericht des Kantons Zürich²⁴⁴⁷ – in verschiedene, für eine bestimmte Schadensregion zuständige Kammern gliedern.²⁴⁴⁸ Dies dürfte die speditive Erledigung der Schadensfälle erleichtern.
- 1324 **c.** Die Bundesversammlung bestellt die Eidgenössische Erledigungsinstanz. Sie ist aus diesem Grund eine richterliche Behörde des Bundes.²⁴⁴⁹ Die Eidgenössische Erledigungsinstanz stellt – wie das Bundesstrafgericht oder das Bundesverwaltungsgericht – eine richterliche Behörde im Instanzenzug unterhalb des Bundesgerichts dar. Die von der Bundesversammlung – wenn auch

2442 Unklar betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 703; **a.M.** betreffend KHG: ROMY, Habil. FR (1997), S. 257 (Schiedsgericht); TERCIER, ZSR 1990 II, S. 226 *in initio* (Schiedsgericht).

2443 Art. 241 Abs. 1 ZPO (siehe dazu im Allgemeinen: Kommentar ZPO [2016]-LEUMANN LIEBSTER, Art. 241 ZPO N 7–8).

2444 Gl.M. betreffend Erledigung der Schadensfälle unter der Herrschaft des KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 703, denen zufolge die Eidgenössische Erledigungsinstanz jedoch prozessfähig ist (§ 29 Rz. 705).

2445 Art. 6 Abs. 1 ZPO.

2446 Siehe auch betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 704.

2447 BSK ZPO (2017)-VOCK/NATER, Art. 6 N 5.

2448 Die Bundesversammlung muss bestimmen, wo der Sitz der Eidgenössischen Erledigungsinstanz ist. Der Sitz der Eidgenössischen Erledigungsinstanz könnte z.B. beim Obergericht des Lagekantons (Rz. 1280) oder beim Bundesgericht in Lausanne sein (vgl. im Allgemeinen: JEANDIN, Parties [2003], S. 162; vgl. betreffend KHG: ROMY, Habil. FR [1997], S. 259 «La LRCN prévient la dispersion géographique des procès en prévoyant un for impératif unique [...]»).

2449 Dazu im Allgemeinen: Art. 191a Abs. 3 BV; SG Komm. BV (2014)-KISS/KOLLER, Art. 191a N 32.

nur temporär – eingesetzte Eidgenössische Erledigungsinstanz ist somit ein erstinstanzliches Gericht des Bundes.²⁴⁵⁰

3. Da die Eidgenössische Erledigungsinstanz eine richterliche Behörde des Bundes ist (Rz. 1324), sind im Verfahren vor der Eidgenössischen Erledigungsinstanz die allgemeinen Verfahrensgarantien²⁴⁵¹ als Minimalgarantien anwendbar.²⁴⁵² Ergo besitzen die Parteien unter anderem einen Anspruch auf subjektive Unabhängigkeit: Die Eidgenössische Erledigungsinstanz muss unabhängig, das heisst unparteiisch, sein.²⁴⁵³ Es liesse sich nun einwenden, Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG hätte diesen Anspruch auf subjektive Unabhängigkeit nicht erwähnen müssen. Dem ist jedoch entgegenzuhalten, dass mit dem Passus «unabhängige Instanz» nicht (nur) der Anspruch auf subjektive Unabhängigkeit, sondern (insbesondere) der Anspruch auf organisatorische, das heisst objektive, Unabhängigkeit gemeint ist (Rz. 1322).²⁴⁵⁴

4. Gegen die Urteile der Eidgenössischen Erledigungsinstanz können die Parteien **Beschwerde in Zivilsachen**²⁴⁵⁵ erheben.²⁴⁵⁶ Denn die Eidgenössische Erledigungsinstanz stellt aufgrund der Entschädigungsordnung eine Vorinstanz im Sinne von Art. 75 Abs. 1 BGG analog dar.²⁴⁵⁷

Es stellt sich die Frage, ob die Parteien aufgrund der Formulierung von Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG in jedem Fall, das heisst unabhängig vom **Streitwert**, Beschwerde in Zivilsachen erheben können. Diese Frage ist zu verneinen. Der Passus «deren Entscheide ans Bundesgericht weitergezogen

2450 Dazu im Allgemeinen: SG Komm. BV (2014)-KISS/KOLLER, Art. 191a N 4–5; offenbar **a.M.** betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 707.

2451 Art. 29 BV.

2452 Dazu im Allgemeinen: BSK BV (2015)-WALDMANN, Art. 29 N 6 und 12.

2453 Dazu im Allgemeinen: BSK BV (2015)-WALDMANN, Art. 29 N 35.

2454 Vgl. dazu im Allgemeinen: BSK BV (2015)-WALDMANN, Art. 29 N 36.

2455 Art. 72–77 BGG.

2456 Vgl. Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG. **A.M.** betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 707, denen zufolge zuerst ein Rechtsmittel an eine kantonale Instanz i.S.v. Art. 24 KHG erhoben werden sollen kann.

2457 Vgl. dazu im Allgemeinen: BSK BGG (2018)-KLETT, Art. 75 N 2a.

werden können»²⁴⁵⁸ räumt den Parteien kein absolutes Recht ein, ein Rechtsmittel an das Bundesgericht zu ergreifen.²⁴⁵⁹ Vielmehr gelten grundsätzlich²⁴⁶⁰ die BGG-Vorschriften im Verfahren vor Bundesgericht, wozu unter anderem die Vorschriften betreffend die Streitwertgrenze, die Beschwerdegründe und die Beschwerdefristen zu zählen sind. Ansonsten bestünde die Gefahr, dass das Bundesgericht kollabiert, zumal dieses parallel auch noch alle anderen Rechtsmittel gegen Urteile, die nicht im Zusammenhang mit dem Grossschaden stehen, beurteilen muss.

- 1328 **5.** Die Gerichtskosten der Eidgenössischen Erledigungsinstanz sind nach Art. 65 BGG und Art. 66 BGG zu berechnen und zu verteilen.²⁴⁶¹ Eine analoge Anwendung der ZPO kommt nicht infrage, da es sich um ein Beschwerdeverfahren vor Bundesgericht handelt. Kein Argument gegen eine analoge Anwendung der ZPO ist, dass die Kantone die Tarife der Prozesskosten festsetzen²⁴⁶² und folglich unklar wäre, welcher kantonale Tarif anzuwenden ist. Denn die Bundesversammlung hat auch zu bestimmen, wo der Sitz der Eidgenössischen

2458 Art. 19 Abs. 4 lit. c StAG.

2459 Gl.M. betreffend Streitwerterfordernis im KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 707 (Anm. 476); a.M. betreffend Streitwerterfordernis im AtG: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1562 «Auch hinsichtlich des Verfahrensrechts soll der Bundesversammlung eine weitgespannte Kompetenz eingeräumt werden; sie kann insbesondere eine besondere unabhängige Instanz zur Durchführung der Grundsätze der Entschädigungsordnung einsetzen. In diesem Falle muss jedoch der Weiterzug der Entscheide an das Bundesgericht ohne Rücksicht auf den Streitwert möglich sein.» Zu beachten ist, dass die Ausnahmebestimmung von Art. 74 Abs. 2 lit. b BGG nicht anwendbar ist, weil die Eidgenössische Erledigungsinstanz nicht als «einzige kantonale Vorinstanz» gilt (zu dieser Ausnahmebestimmung im Allgemeinen, z.B. BSK BGG [2018]-HÄNNI/MEYER, Art. 74 N 20–25).

2460 Auch wenn die Bundesversammlung eine Eidgenössische Erledigungsinstanz einsetzt, kann sie das Rechtsmittel «Beschwerde in Zivilsachen» der Parteien an das Bundesgericht modifizieren (Rz. 1316), also z.B. beschränken, indem sie die Streitwertgrenze erhöht. Da die Parteien nur ein Rechtsmittel – d.h. Beschwerde in Zivilsachen oder allenfalls subsidiäre Verfassungsbeschwerde – gegen die Urteile der Eidgenössischen Erledigungsinstanz erheben können, sollte die Bundesversammlung das Rechtsmittel der Parteien an das Bundesgericht nur zurückhaltend einschränken.

2461 Vgl. dazu im Allgemeinen: BSK BGG (2018)-GEISER, Art. 65 N 4–27 und Art. 66 N 5–32.

2462 Art. 96 ZPO.

Erledigungsinstanz ist (Fn. 2448), sodass klar ist, welcher kantonale Prozesskostentarif anwendbar wäre. Die Parteientschädigung ist nach Art. 68 BGG festzusetzen.²⁴⁶³

6. Die Eidgenössische Erledigungsinstanz wird über viele Mittel verfügen. 1329 Dazu zählen die Mittel der haftpflichtigen und der versicherungspflichtigen Personen (Rz. 1226–1233) sowie die Bundes- und die Kantonsbeiträge (Rz. 1277–1291). OFTINGER/STARK weisen im Zusammenhang mit dem KHG richtigerweise darauf hin, die Eidgenössische Erledigungsinstanz sei verpflichtet, haushälterisch mit ihren Mitteln umzugehen.²⁴⁶⁴ Dies ist durch deren Unterstellung unter die Eidgenössische Finanzkontrolle²⁴⁶⁵ sichergestellt.²⁴⁶⁶ Laut OFTINGER/STARK muss der Bundesrat im Anwendungsbereich des KHG gegebenenfalls ermächtigt sein, die Urteile der Eidgenössischen Erledigungsinstanz anzufechten, um sicherzustellen, dass sie mit den Mitteln haushälterisch umgeht.²⁴⁶⁷ Ein solches Beschwerderecht des Bundesrates ist aufgrund des Umstands, dass die Eidgenössische Erledigungsinstanz der Eidgenössischen Finanzkontrolle unterstellt ist, jedoch systemwidrig sowie unpraktikabel und daher abzulehnen.

2. *Versicherungsrechtliche Massnahmen*

1. Im Falle eines Notstands wegen Unterdeckung (Rz. 1239–1247) können die 1330 Versicherer die Kosten nicht mehr tragen (Rz. 1244). Aus diesem Grund müssen die verfügbaren Mittel der versicherungspflichtigen Personen (Rz. 1233) zweckmässig und koordiniert eingesetzt werden.²⁴⁶⁸ Art. 20 StAG umschreibt – unter der Marginalie «Änderung der Leistungspflicht und Umlagebeiträge im Falle eines Grossschadens» – die versicherungsrechtlichen Kompetenzen

2463 Vgl. dazu im Allgemeinen: BSK BGG (2018)-GEISER, Art. 68 N 2–25.

2464 OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 706.

2465 Siehe Art. 1 Abs. 1 lit. a FKG und Art. 8 Abs. 2 FKG.

2466 Wohl gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 706; siehe dazu im Allgemeinen: LIENHARD/MÄCHLER/ZIELNIEWICZ, Finanzrecht (2017), S. 378–379 und 381.

2467 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 706.

2468 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057; siehe ferner betreffend KHG: BOTSCHAFT KHG (10.12.1979), S. 206 bezugnehmend auf Art. 28 AtG, die Vorbildnorm von Art. 30 KHG.

des Bundesrates.²⁴⁶⁹ Als Vorbild von Art. 20 StAG dienten Art. 30 KHG und Art. 28 AtG.²⁴⁷⁰

- 1331 **2.** Bei einem Notstand ist der Bundesrat **ermächtigt**, auf dem Gebiet der Privatversicherung (Rz. 1333), der Sozialversicherung (Rz. 1334) und der öffentlichen Versicherungen (Rz. 1334) Vorschriften zu erlassen über (i) die Änderung der Leistungspflicht der Versicherungseinrichtungen,²⁴⁷¹ (ii) die Erhebung von Umlagebeiträgen bei den Versicherungsnehmern²⁴⁷² und (iii) den Abzug der Umlagebeiträge von den Versicherungsleistungen²⁴⁷³ (Rz. 1335). Diese Ermächtigung umfasst jedoch nicht die Haftpflichtversicherung.²⁴⁷⁴
- 1332 **a.** Der Passus «auf dem Gebiet der Privatversicherung, der Sozialversicherung und der öffentlichen Versicherungen»²⁴⁷⁵ ist missverständlich. Gemeinhin wird zwischen Privatversicherungen (das heisst privatrechtlich organisierten Versicherungsträgern) und öffentlichen Versicherungen (das heisst öffentlich-rechtlich organisierten Versicherungsträgern) unterschieden.²⁴⁷⁶ Sozialversicherungen zählen nach dieser Unterscheidung zu den öffentlichen Versicherungen.²⁴⁷⁷
- 1333 **b.** Das VGG regelt die Privatversicherungen. Es unterscheidet zwischen Schadensversicherungen²⁴⁷⁸ und Personenversicherungen²⁴⁷⁹. Bei den Schadensversicherungen wird zudem zwischen Sach- und Vermögensversicherungen unterschieden.²⁴⁸⁰ Zu den Vermögensversicherungen wird unter anderem die

2469 Einzelne Vernehmlassungsteilnehmer stellten die Verfassungsmässigkeit von Art. 20 StAG teilweise infrage (BOTSCHAFT StAG [9.6.2006], S. 6057 und 6060–6061).

2470 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057 (betreffend KHG).

2471 Art. 20 Abs. 1 lit. a StAG.

2472 Art. 20 Abs. 1 lit. b StAG.

2473 Art. 20 Abs. 1 lit. c StAG.

2474 Art. 20 Abs. 2 StAG.

2475 Art. 20 Abs. 1 StAG.

2476 KUHN, Privatversicherungsrecht (2010), Rz. 52.

2477 FUHRER, Privatversicherungsrecht (2011), Rz. 2.34; KUHN, Privatversicherungsrecht (2010), Rz. 52; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 11 Rz. 1 (Anm. 3).

2478 Art. 48–72 VVG.

2479 Art. 73–96 VVG.

2480 Z.B. KUHN, Privatversicherungsrecht (2010), Rz. 437.

Haftpflichtversicherung gezählt.²⁴⁸¹ Auf dem Gebiet der Privatversicherung kann der Bundesrat somit Vorschriften erlassen betreffend (i) Personenversicherungen, (ii) Sachversicherungen und (iii) Vermögensversicherungen, mit Ausnahme der Haftpflichtversicherung.²⁴⁸²

c. Unklar ist, wieso das StAG die Sozialversicherung (zum Beispiel AHV, IV, KVG, UVG, AVIG und MV) – als Unterart der öffentlichen Versicherungen – aufzählt.²⁴⁸³ Neben der Sozialversicherung existieren in der Schweiz nur noch zwei weitere öffentliche Versicherungen: die kantonalen Gebäudeversicherungen und die Schweizer Exportrisikoversicherung.²⁴⁸⁴ Bei einem Stauanlagenunfall kommen neben Massnahmen betreffend die Sozialversicherung nur noch Massnahmen auf dem Gebiet der kantonalen Gebäudeversicherungen infrage.²⁴⁸⁵

3. Der Bundesrat kann bei einem Notstand Vorschriften erlassen, welche die gleiche Wirkung wie Kriegsrisikoklauseln entfalten (Rz. 1246). Diese vom StAG abschliessend aufgezählten versicherungsrechtlichen Massnahmen kann der Bundesrat beliebig kombinieren.²⁴⁸⁶ So kann der Bundesrat nachträglich, das heisst nach dem Stauanlagenunfall, die Leistungspflicht der Versicherungseinrichtungen ändern, diese also erhöhen oder vermindern.²⁴⁸⁷ Ferner kann der Bundesrat Umlagebeiträge, das heisst ausserordentliche Beiträge, bei

2481 KUHN, Privatversicherungsrecht (2010), Rz. 444–446; OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht I (1995), § 11 Rz. 97. Die Haftpflichtversicherung wird innerhalb der Vermögensversicherung zur Aufwandversicherung gezählt (KUHN, Privatversicherungsrecht [2010], Rz. 446).

2482 Art. 20 Abs. 1 und 2 StAG.

2483 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057, geht offenbar davon aus, dass die Sozialversicherung keine öffentliche Versicherung ist.

2484 FUHRER, Privatversicherungsrecht (2011), Rz. 2.34; siehe auch BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

2485 Gl.M. E-BOTSCHAFT StAG (15.1.1998), S. 49 *in fine* «Die Regelung betrifft die Privat- und Sozialversicherungen und die öffentliche Versicherung (Gebäudeversicherung).»

2486 Der Bundesrat kann auch nur eine der in Art. 20 Abs. 1 lit. a–c StAG aufgezählten Massnahmen ergreifen.

2487 Vgl. Art. 20 Abs. 1 lit. a StAG; BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057.

den Versicherungsnehmern erheben²⁴⁸⁸ oder diese direkt von den Versicherungsleistungen abziehen,²⁴⁸⁹ was einer Verrechnung²⁴⁹⁰ gleichkommt.²⁴⁹¹

3. *Vorsorgliche Massnahmen*

- 1336 **1.** Liegt möglicherweise²⁴⁹² ein Grossschaden vor, ist der Bundesrat **verpflichtet**, sofort²⁴⁹³ nach dem Stauanlagenunfall (Rz. 1206–1208) vorsorgliche Massnahmen (Rz. 1336–1342) zu ergreifen.²⁴⁹⁴ Dank diesen vorsorglichen Massnahmen behalten die Bundesversammlung und der Bundesrat ihre Entscheidungsfreiheit und werden nicht vor ein *fait accompli* gestellt. Zudem ist sichergestellt, dass alle Geschädigten rechtsgleich behandelt werden (Rz. 1203 und 1354).

2488 Art. 20 Abs. 1 lit. b StAG.

2489 Art. 20 Abs. 1 lit. c StAG.

2490 Art. 120 Abs. 1 OR.

2491 BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6057; siehe auch im Allgemeinen: TERCIER, ZSR 1990 II, S. 272.

2492 Vgl. Art. 19 Abs. 2 StAG.

2493 Der Entscheid, ob die Entschädigungsordnung aufgestellt wird (Bundesversammlung) oder versicherungsrechtliche Massnahmen ergriffen werden (Bundesrat), sollte erst gefällt werden, nachdem das Ergebnis der Sachverhaltserhebung vorliegt (Rz. 1356). Dies gilt nicht für die Anordnung von vorsorglichen Massnahmen i.S.v. Art. 19 Abs. 5 StAG. Der Bundesrat sollte die vorsorglichen Massnahmen *sofort* nach dem Stauanlagenunfall ergreifen. Bei der Beantwortung der Frage, was als «sofort» gilt, verweise ich auf meine Ausführungen zu Art. 17 StAG (Rz. 1123–1124). Liegt möglicherweise ein Grossschaden vor, gilt dieser Stauanlagenunfall nämlich als «grösseres Schadensereignis» i.S.v. Art. 17 StAG (Rz. 1115).

2494 Art. 19 Abs. 5 StAG («Der Bundesrat trifft vorsorgliche Massnahmen.»); siehe betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 656 und 658 (Anm. 450).

2. Der Bundesrat kann betreffend sämtliche gestützt auf das StAG oder andere Gesetze²⁴⁹⁵ (Rz. 1225) geltend gemachten, aber *noch nicht erfüllten*²⁴⁹⁶ Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen folgende vorsorgliche Massnahmen ergreifen:

- Zeitlicher Aufschub aller Klage- und Vollstreckungsrechte bis zum Entscheid der Bundesversammlung, ob sie eine Entschädigungsordnung erlässt oder nicht beziehungsweise bis zum Erlass der Entschädigungsordnung.²⁴⁹⁷ Wegen dieser vorsorglichen Massnahme können keine Schlichtungsgesuche, Klagen oder Zahlungsbefehle anhängig gemacht werden. Die Behörden sind während der Dauer dieser vorsorglichen Massnahme verpflichtet, diese Gesuche nicht zu bearbeiten. 1338
- Anweisung an die haftpflichtigen und die versicherungspflichtigen Personen, Leistungen an Geschädigte erst nach Genehmigung durch ein Gericht oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz zu erbringen.²⁴⁹⁸ 1339
- Beschränkung oder Aufhebung der Vollstreckbarkeit von Urteilen bis zum Erlass der Entschädigungsordnung.²⁴⁹⁹ Mit dieser vorsorglichen Massnahme würde sichergestellt, dass die Gerichte trotzdem ihre Arbeit aufnehmen könnten, auch falls unklar sein sollte, ob ein Grossschaden 1340

2495 Wohl a.M. betreffend AtG: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561 «Die vorsorglichen Massnahmen müssen alle Forderungen treffen können, die gegen den Haftpflichtigen und den Versicherer aus diesem Gesetz geltend gemacht werden können, und die im Augenblick des Inkrafttretens der vorsorglichen Massnahmen noch nicht erfüllt sind.»

2496 Gl.M. betreffend AtG: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561 «Die vorsorglichen Massnahmen müssen alle Forderungen treffen können, die gegen den Haftpflichtigen und Versicherer aus diesem Gesetz geltend gemacht werden können, und die im Augenblick des Inkrafttretens der vorsorglichen Massnahmen noch nicht erfüllt sind.»

2497 So bereits betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 656 *in fine* und 708; so bereits betreffend AtG: HUG, Diss. ZH (1970), S. 123; BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561 «In Betracht fällt [...] eine Beschränkung der Klage- und Vollstreckungsrechte der Geschädigten bis die Entschädigungsordnung aufgestellt ist.»

2498 So bereits betreffend AtG: HUG, Diss. ZH (1970), S. 123; BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561 «In Betracht fällt einerseits eine Anweisung an den Haftpflichtigen und dessen Versicherer, dass sie Leistungen an Geschädigte nur noch im Rahmen der Weisungen der zuständigen Behörde erbringen dürfen [...]»

2499 So wohl bereits betreffend AtG: BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1561 «In Betracht fällt [...] eine Beschränkung der Klage- und Vollstreckungsrechte der Geschädigten bis die Entschädigungsordnung aufgestellt ist.»

vorliegt oder nicht. So könnte die Höhe der Schadenersatz- und der Genugtuungsansprüche in einem ersten Schritt ohne Rücksicht auf die Entschädigungsordnung (und die Haftungsgrenze) ermittelt werden.

- 1341 – Anordnung der Ungültigkeit aussergerichtlicher Vergleiche und von Schiedsurteilen bis zur gerichtlichen Genehmigung. Andernfalls könnten die Geschädigten und die haftpflichtigen Personen die anderen Anordnungen (Rz. 1336–1340) umgehen. Diese vorsorgliche Massnahme stellt aber auch sicher, dass alle Geschädigten gleich behandelt und die Mittel gerecht verteilt werden.
- 1342 3. Der Bundesrat sollte die vorsorglichen Massnahmen zeitlich befristen. Soweit notwendig kann er die Laufdauer der Verordnung (Rz. 1394) ohne Weiteres (mehrfach) verlängern. Stellt die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung auf, sollte sie darin die vorsorglichen Massnahmen des Bundesrates aufheben oder diese darin überführen.

4. *Sonderfragen*

a. *Echte Rückwirkung der Grossschadenordnung*

- 1343 1. Ein Stauanlagenunfall stellt einen abgeschlossenen Sachverhalt dar, weil er sich unter der im Zeitpunkt der (unmittelbar drohenden) Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG (Rz. 1208) geltenden Rechtsordnung ereignet hat (altrechtlicher Sachverhalt).²⁵⁰⁰ OFTINGER/STARK halten im Zusammenhang mit dem KHG richtigerweise fest, dass die Grossschadenordnung (Rz. 1248) die Haftpflichtordnung, die zum Zeitpunkt des Stauanlagenunfalls und damit der Entstehung der Haftpflichtansprüche bestanden hat, nachträglich abändert.²⁵⁰¹ Dies stellt eine echte Rückwirkung des neuen Rechts (das heisst der Grossschadenordnung) dar, da es die vom alten Recht (das heisst die im Zeitpunkt des Stauanlagenunfalls geltende Haftpflichtordnung) betreffend die altrechtlichen Tatsachen (das heisst den Stauanlagenunfall) getroffenen Anordnungen nicht respektiert.²⁵⁰²
- 1344 2. Eine echte Rückwirkung des neuen Rechts auf altrechtliche Tatsachen ist nur zulässig, wenn die öffentlichen Interessen die privaten Interessen bei einer

2500 Vgl. im Allgemeinen: BSK ZGB II (2019)-VISCHER, Art. 1 SchlT ZGB N 5.

2501 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 664.

2502 Vgl. im Allgemeinen: BSK ZGB II (2019)-VISCHER, Art. 1 SchlT ZGB N 13; siehe auch MÜLLER, Rechtsgutachten (8.6.2016), S. 3.

Interessenabwägung nach Art. 2 Abs. 1 SchlT ZGB²⁵⁰³ überwiegen.²⁵⁰⁴ Vorliegend überwiegen die öffentlichen Interessen die privaten Interessen (insbesondere die der Geschädigten), das heisst, es sprechen wichtige Gründe für den Erlass einer Grossschadenordnung, welche die allgemeine Haftpflichtordnung nachträglich abändert (echte Rückwirkung):

- Bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) stellt die Grossschadenordnung die rechtsgleiche Behandlung beziehungsweise Befriedigung aller Geschädigten sicher (Rz. 1263–1276). 1345
- Bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) gewährleistet die Grossschadenordnung, dass das Schadensereignis durch die Justiz rationell und zeitnah bewältigt werden kann und dadurch rasch wieder der Rechtsfrieden hergestellt wird. 1346
- Der Bundesgesetzgeber behält sich bei einem Stauanlagenunfall vor, die im Zeitpunkt des Stauanlagenunfalls geltende Haftpflichtordnung in gewissen Fällen abzuändern.²⁵⁰⁵ Die Rechtsunterworfenen wussten oder hätten schon im Voraus wissen können, dass im Falle eines Grossschadens andere, das heisst von der Haftpflichtordnung abweichende Bestimmungen, gelten werden. OFTINGER/STARK sprechen betreffend das KHG betreffend davon, dass die Haftpflichtansprüche der Geschädigten hinsichtlich des Nichtvorliegens eines Grossschadens «bedingt» seien.²⁵⁰⁶ 1347

b. Im Zweifelsfall: Erlass der Grossschadenordnung

1. Die durch einen Grossschaden verursachten Probleme (Rz. 1203–1204) können durch Erlass einer Grossschadenordnung nur gelöst werden, wenn diese frühzeitig, also rasch nach dem Stauanlagenunfall in Kraft tritt.²⁵⁰⁷ 1348

2503 Diese Gesetzesbestimmung stellt materielles öffentliches Recht dar (BSK ZGB II [2019]-VISCHER, Art. 1 SchlT ZGB N 2 *in initio*).

2504 Gl.M. VISCHER/GALLI, Jusletter (24.9.2018), Rz. 90; a.M. die verwaltungsrechtliche Lehre (z.B. MÜLLER, Rechtsgutachten [8.6.2016], S. 4–5; TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht [2014], § 24 Rz. 26) und die I. öffentlich-rechtliche Abteilung des Bundesgerichts (z.B. BGE 138 I 189 E. 3.4 S. 193), die andere Kriterien bei der Interessenabwägung beiziehen.

2505 Art. 19 StAG und Art. 20 StAG.

2506 Betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 665.

2507 So bereits betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 656 und 658.

- 1349 Idealerweise wird die Grossschadenordnung folglich vor Einleitung von Schlichtungsgesuchen beziehungsweise Klagen oder der Aufnahme von Vergleichsverhandlungen in Kraft gesetzt. Auf jeden Fall sollte die Grossschadenordnung aber spätestens vor der (rechtskräftigen) Erledigung der Haftpflichtfälle gestützt auf die geltende Haftpflichtordnung in Kraft gesetzt werden (Rz. 1357–1361).²⁵⁰⁸ Aus diesem Grund kann die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung schon erlassen, wenn mit einem Grossschaden lediglich zu rechnen ist.²⁵⁰⁹
- 1350 **2.** Die Bundesversammlung entscheidet direkt nach dem Stauanlagenunfall, das heisst *ex ante*, ob ein Grossschaden vorliegt.²⁵¹⁰ Ebenso entscheidet der Bundesrat *ex ante*, ob ein Notstand wegen Unterdeckung vorliegt. Aufgrund des Zeitdrucks²⁵¹¹ und der (teilweise) ungesicherten Informationen (Rz. 1356) können sich die Bundesversammlung und der Bundesrat über die Höhe des Schadens und/oder die Anzahl der Geschädigten täuschen und daher die Grossschadenordnung irrtümlicherweise
- 1351 1. verspätet erlassen (Rz. 1357–1367);
- 1352 2. erlassen, obwohl sie – objektiv betrachtet – nicht notwendig gewesen wäre (Rz. 1368–1378).²⁵¹²
- 1353 **3.** Entscheiden sich die Bundesversammlung und der Bundesrat dazu, die Grossschadenordnung zu erlassen, sollten sie diese **im Zweifelsfall** (rasch) erlassen.²⁵¹³ Dafür sprechen zwei Gründe:

2508 So bereits betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 658.

2509 Vgl. Art. 19 Abs. 1 und 2 StAG.

2510 Vgl. zu dieser Problematik der *ex ante*-Beurteilung im Allgemeinen: BRGer/ZH (15.1.2016) E. 4.3.1, in: BEZ 2016, Nr. 23, S. 53.

2511 Dazu im Allgemeinen bei ausserordentlichen Lagen z.B. WILDHABER, ZSR 3/2015 I, S. 274.

2512 Zu diesen zwei Fallgruppen im Zusammenhang mit dem KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 657, die jedoch richtigerweise auch die Konstellation abhandeln, in der die Grossschadenordnung nicht erlassen wurde, obwohl sie – objektiv betrachtet – hätte erlassen werden sollen. Diese Problematik stellt sich jedoch im Anwendungsbereich des StAG nicht, da die Bundesversammlung und der Bundesrat nur ermächtigt, nicht aber verpflichtet sind, eine Grossschadenordnung zu erlassen (Rz. 1249 und 1331).

2513 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 658 *in fine*.

- Die nachteiligen Konsequenzen einer unrechtmässig aufgestellten Grossschadenordnung (Rz. 1368–1378) sind weniger gravierend als jene einer Grossschadenordnung, die verspätet erlassen wird (Rz. 1357–1367). 1354
- Eine Staatshaftung des Bundes wegen der Fehleinschätzung der Lage durch die Bundesversammlung und/oder den Bundesrat kommt nur bei verspätetem Erlass der Grossschadenordnung infrage (Rz. 1362–1367), nicht aber bei unrechtmässigem Erlass der Grossschadenordnung (Rz. 1378). 1355

4. Der Grundsatz, wonach die Grossschadenordnung im Zweifelsfall (rasch) in Kraft zu setzen ist, ist wie folgt zu präzisieren: Die Bundesversammlung und der Bundesrat sollten erst entscheiden, wenn ihnen hinreichende Informationen zum Schadensfall vorliegen. Dies dürfte dann der Fall sein, wenn das Ergebnis der Sachverhaltserhebung feststeht (Rz. 1108–1201).²⁵¹⁴ Aus diesem Grund ist der Bundesrat verpflichtet, vorsorgliche Massnahmen zu ergreifen, um seine Entscheidungsfreiheit und jene der Bundesversammlung zu wahren (Rz. 1336–1342). 1356

i. Verspäteter Erlass der Grossschadenordnung

1. Entscheiden sich die Bundesversammlung²⁵¹⁵ und der Bundesrat²⁵¹⁶ dazu, eine Grossschadenordnung aufzustellen, haben sie diese rechtzeitig zu erlassen. Die Grossschadenordnung gilt als verspätet erlassen, wenn bereits vor ihrer Inkraftsetzung gestützt auf die allgemeine Haftpflichtordnung Urteile ausgesprochen oder Vergleiche abgeschlossen worden sind. Dies ist dann der Fall, wenn der Bundesrat keine, zu wenige oder verspätet vorsorgliche Massnahmen ergriffen hat (Rz. 1336–1342). Es stellt sich die Frage, welche Rechtsfolgen eine verspätet erlassene Grossschadenordnung zeitigt betreffend die bereits durch ein Urteil oder einen Vergleich «erledigten» Fälle, die mindestens teilweise auf ungültigen Rechtsnormen beruhen.²⁵¹⁷ 1357

2514 A.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 658.

2515 Erlass einer Entschädigungsordnung (Rz. 1249–1329).

2516 Ergreifung von versicherungsrechtlichen Massnahmen (Rz. 1330–1335).

2517 Vgl. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 665.

1358 **2. Rechtskräftige Urteile, rechtskräftige Urteilssurrogate²⁵¹⁸ und rechtskräftige Schiedsurteile²⁵¹⁹** – die ich als «formell rechtskräftige Entscheide» bezeichne – dürfen, sofern überhaupt vorhanden,²⁵²⁰ nicht wieder aufgerollt und gestützt auf die Grossschadenordnung neu beurteilt werden.²⁵²¹ Die echte Rückwirkung der Grossschadenordnung ist zwar grundsätzlich zulässig (Rz. 1344). Bei formell rechtskräftigen Entscheiden überwiegen jedoch stets die privaten Interessen die öffentlichen Interessen. Dieses Vertrauen der Privaten ist zu schützen. Folglich können solche formell rechtskräftige Entscheide nur nochmals neu beurteilt werden, wenn die Voraussetzungen der Revision²⁵²² erfüllt sind. Mit anderen Worten sind formell rechtskräftige Entscheide nicht resolutiv bedingt²⁵²³ betreffend den Erlass einer Grossschadenordnung, das heisst, sie fallen bei Erlass einer Grossschadenordnung nicht automatisch dahin.

1359 Es wäre zudem problematisch, neu beurteilte, formell rechtskräftige Entscheide (Rz. 1358) zu vollstrecken. So dürfte den Geschädigten bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) neu weniger Ersatz zugesprochen werden. Infolgedessen wären die Geschädigten in einem solchen Fall verpflichtet, unter dem Titel «Schadenersatz und Genugtuung» bereits erhaltene Geldsummen zurückzuzahlen beziehungsweise der Staat müsste bei Nichtrückzahlung gegen diese Personen Forderungsprozesse einleiten oder SchKG-Vollstreckungsmassnahmen ergreifen.

2518 Darunter fallen gerichtliche Vergleiche, die Klageanerkennung und der Klagerückzug (Art. 241 Abs. 2 ZPO; siehe dazu im Allgemeinen: Kommentar ZPO [2016]-LEUMANN LIEBSTER, Art. 241 N 6–11 und 16–20).

2519 Art. 384 ZPO bzw. Art. 189 IPRG.

2520 Es dürfte sich hierbei mehr um eine theoretische Konstellation handeln. In der Praxis dürfte die Entschädigungsordnung oftmals während des Verfahrens erlassen werden oder sie dürfte gar nicht erst erlassen werden.

2521 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 658; betreffend AtG: offengelassen in BOTSCHAFT AtG (8.12.1958), S. 1562 «Fraglich mag sein, ob nachträglich noch in Ansprüche eingegriffen werden kann, die schon vor Erlass der vorsorglichen Massnahmen rechtskräftig gerichtlich zugesprochen waren. Doch kann auch dies offenbleiben; entscheidend ist angesichts der Ausnahmesituation, die durch einen Großschaden geschaffen wird, dass die Bundesversammlung zu gegebener Zeit in weitgehender Freiheit eine möglichst gerechte Entschädigungsordnung aufstellen kann.»

2522 Vgl. Art. 328–333 ZPO.

2523 Art. 154 Abs. 1 OR.

3. Das zu formell rechtskräftigen Entscheiden Ausgeführte (Rz. 1358) gilt auch für abgeschlossene **aussergerichtliche Vergleiche**. Zwar werden aussergerichtliche Vergleiche nicht rechtskräftig.²⁵²⁴ Allerdings kann der Beklagte – sollte der Kläger vom Vergleich umfasste Ansprüche gerichtlich durchzusetzen versuchen – die Einrede des Vergleichs (*res transacta*) erheben.²⁵²⁵ Es wäre nämlich stossend, nachträglich eine Parteivereinbarung aufzuheben und den fraglichen Sachverhalt einer neuen (gerichtlichen) Beurteilung zu unterwerfen.

4. Auf **hängige erstinstanzliche Verfahren, hängige Beschwerdeverfahren** und **hängige Schiedsverfahren** ist die Grossschadenordnung hingegen ohne Weiteres anwendbar.²⁵²⁶ Die öffentlichen Interessen überwiegen die Interessen Privater. Dadurch wird nämlich sichergestellt, dass alle Geschädigten, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen sind, rechtsgleich behandelt werden. Um Unklarheiten zu vermeiden, sollte in der Grossschadenordnung festgehalten werden, dass die Grossschadenordnung auch auf hängige erstinstanzliche Verfahren und Beschwerdeverfahren anwendbar ist.²⁵²⁷

5. Bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) können die Geschädigten, die wegen des verspäteten Erlasses (Rz. 1357) der Grossschadenordnung weniger Schadenersatz oder Genugtuung erhalten, gegebenenfalls vom Bund Schadenersatz im **Staatshaftungsverfahren** fordern.

a. Klageberechtigt sind jene Geschädigten, deren Ansprüche vor dem verspäteten Erlass der Grossschadenordnung noch bestanden, die aber noch keine Klage eingereicht hatten. Ferner sind jene Geschädigten klageberechtigt, auf deren hängiges erstinstanzliches Verfahren, Schiedsverfahren oder Beschwerdeverfahren die Grossschadenordnung anwendbar ist (Rz. 1361).

b. Die Höhe des Schadenersatzes kann dabei auf zwei Arten bestimmt werden:

– Den Geschädigten kann die Differenz zugesprochen werden zwischen dem erhaltenen Schadenersatz beziehungsweise der erhaltenen Genugtu-

2524 PLATZ, Diss. SG (2014), S. 70.

2525 PLATZ, Diss. SG (2014), S. 69 *in fine*.

2526 Gl.M. im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 24 Rz. 20 (erstes Lemma und erstes Sublemma des zweiten Lemmas).

2527 Siehe dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN/ZIMMERLI/MÜLLER, Verwaltungsrecht (2014), § 24 Rz. 19.

ung (= Ist-Ersatz) und dem Schadenersatz beziehungsweise der Genugtuung, den beziehungsweise die sie erhalten hätten, wenn die Grossschadenordnung von Anfang an in Kraft gewesen wäre (= Soll-Ersatz).

- 1366 – Den Geschädigten kann die Differenz zugesprochen werden zwischen dem Ist-Ersatz (Rz. 1365) und dem Schadenersatz beziehungsweise der Genugtuung, den beziehungsweise die sie erhalten hätten, wenn sie zu den Personen gezählt hätten, die den Schadenersatz beziehungsweise die Genugtuung vor Erlass der Grossschadenordnung erhalten haben (= Soll-Ersatz).
- 1367 Die zweite Variante (Rz. 1366) ist der ersten Variante (Rz. 1365) vorzuziehen. Es wäre mit dem Rechtsgleichheitsgrundsatz²⁵²⁸ nicht zu vereinbaren, wenn wegen eines Fehlers des Staates eine Gruppe von Geschädigten den vollen Schadenersatz und die volle Genugtuung und eine andere Gruppe Geschädigter keinen oder nur einen stark reduzierten Betrag unter dem Titel «Schadenersatz und Genugtuung» erhielte.

ii. *Unrechtmässiger Erlass der Grossschadenordnung*

- 1368 1. Wurde die Grossschadenordnung erlassen, obwohl diese *ex post* objektiv betrachtet gar nicht notwendig gewesen wäre, ist dies sowohl bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) als auch bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens (Rz. 1234–1238) problematisch.
- 1369 2. Stellt sich nachträglich heraus, dass gar kein²⁵²⁹ *Grossschaden infolge Unterdeckung* (Rz. 1217–1233) vorgelegen hat, ist die Bundesversammlung verpflichtet, die Entschädigungsordnung durch Erlass einer unselbstständigen Verordnung (Rz. 1389) aufzuheben.²⁵³⁰

2528 Art. 8 Abs. 1 BV (siehe dazu im Allgemeinen: BSK BV [2015]-WALDMANN, Art. 8 N 28–30).

2529 Dies kann auch gelten, wenn die Unterdeckung weniger gross ist als angenommen. In diesem Fall kann die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung modifizieren.

2530 Gleiches gilt, wenn irrtümlicherweise angenommen wurde, es liege ein Notstand wegen Unterdeckung vor. In diesem Fall ist auch der Bundesrat verpflichtet, die getroffenen versicherungsrechtlichen Massnahmen mittels einer unselbstständigen, gesetzvertretenden Verordnung aufzuheben (Rz. 1393).

a. Es stellt sich die Frage, ob formell rechtskräftige Entscheide (Rz. 1358) und aussergerichtliche Vergleiche, die auf der aufgehobenen Entschädigungsordnung basieren, nur nachträglich angepasst werden können (Rz. 1373), wenn die Bundesversammlung in der Entschädigungsordnung deren Änderung vorbehalten hat (Änderungsvorbehalt). Dies dürfte zu verneinen sein.²⁵³¹ Es ist zwar aus Gründen der Rechtssicherheit und damit zur Vermeidung von Streitigkeiten empfehlenswert, wenn die Bundesversammlung einen solchen **Änderungsvorbehalt** in der Entschädigungsordnung vorsieht. Allerdings dürften formell rechtskräftige Entscheide und aussergerichtliche Vergleiche auch ohne einen solchen Änderungsvorbehalt angepasst werden dürfen. Dafür sprechen zwei Gründe:

- Erstens ist eine solche Entschädigungsordnung hinsichtlich des Vorliegens eines Grossschadens infolge Unterdeckung implizit «bedingt» (siehe auch Rz. 1347). Die Entschädigungsordnung und damit auch die darauf basierenden formell rechtskräftigen Entscheide und aussergerichtlichen Vergleiche sollen mit anderen Worten nur gültig sein, wenn eine Unterdeckung existiert. Folglich verstösst die nachträgliche Anpassung von formell rechtskräftigen Entscheiden und aussergerichtlichen Vergleichen in dieser Konstellation nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze. 1371
- Zweitens werden die formell rechtskräftigen Entscheide (Rz. 1358) zugunsten der Geschädigten angepasst,²⁵³² wobei die Anpassung aus Sicht der haftpflichtigen Personen weder vorteilhaft noch nachteilig²⁵³³ ist. Eine solche Anpassung verstösst daher auch unter diesem Gesichtswinkel nicht gegen rechtsstaatliche Grundsätze. 1372

2531 A.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 661, die einen solchen Vorbehalt als notwendig erachten.

2532 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 661 (Anm. 453).

2533 *Prima vista* mag zwar die Anpassung von formell rechtskräftigen Entscheiden (Rz. 1358) und von aussergerichtlichen Vergleichen aus Sicht der haftpflichtigen Personen als nachteilig erscheinen, da die gegen sie geltend gemachten Ansprüche neu bzw. nochmals «unter Ausschaltung der vom allgemeinen Haftpflichtrecht abweichende[n] Sonderordnung» (OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 [1991], § 29 Rz. 661 [Anm. 453]) bzw. Entschädigungsordnung beurteilt werden. Allerdings verstösst diese Neubeurteilung nicht gegen Treu und Glauben, da sie gestützt auf die allgemeine Haftpflichtordnung (Rz. 1343) erfolgt und die haftpflichtigen Personen kein Recht haben, dass sie gegenüber den Geschädigten in unzulässiger Weise privilegiert werden (siehe auch Rz. 1373).

- 1373 **b.** Die Bundesversammlung hat die (Schieds-)Gerichte oder die Eidgenössische Erledigungsinstanz zu verpflichten, sämtliche gefällten Urteile innert einer bestimmten Frist von Amtes wegen²⁵³⁴ abzuändern, das heisst aufzuheben, und nach allgemeiner Haftpflichtordnung (Rz. 1343) neu zu entscheiden.²⁵³⁵ Gleiches gilt für Urteilssurrogate (Rz. 1358) und genehmigte aussergerichtliche Vergleiche, das heisst, eine Zustimmung beider Parteien ist nicht notwendig. Den Geschädigten ist der Schadenersatz und die Genugtuung in der Höhe zuzusprechen, den beziehungsweise die sie gestützt auf die allgemeine Haftpflichtordnung erhalten hätten.²⁵³⁶ Es wäre nämlich unhaltbar, wenn die haftpflichtigen Personen nicht den vollen Schadenersatz oder die volle Genugtuung nach allgemeiner Haftpflichtordnung zahlen und die Geschädigten sich mit einem tieferen Ersatz abfinden müssten.²⁵³⁷
- 1374 **3.** Stellt sich nachträglich heraus, dass gar kein *Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens* (Rz. 1234–1238) vorgelegen hat, ist die Bundesversammlung – sofern aufgrund der Verfahrensvorschriften (Rz. 1299–1308 und 1314–1317) keine Rechte Geschädigter verlustig gegangen sind – nicht verpflichtet, Massnahmen zu ergreifen. Wurden den Geschädigten hingegen der Schadenersatz oder die Genugtuung verwehrt oder reduziert, kommen in dieser Situation drei Vorgehensweisen infrage:
- 1375 – *Variante 1:* Die ganz oder teilweise verwirkten Schadenersatz- und Genugtuungsansprüche bleiben verwirkt.
- 1376 – *Variante 2:* Die Geschädigten können den Schaden, der in der Differenz zwischen dem erhaltenen Schadenersatz beziehungsweise der erhaltenen Genugtuung (= Ist-Ersatz) und dem Schadenersatz beziehungsweise der Genugtuung, den beziehungsweise die sie gestützt auf die allgemeine Haftpflichtordnung erhalten hätten (= Soll-Ersatz), in einem Staatshaftungsverfahren vom Bund einfordern.
- 1377 – *Variante 3:* Die Bundesversammlung kommt durch Erlass einer unselbstständigen Verordnung (Rz. 1389) auf ihre Entschädigungsordnung zurück. Indem die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung anpasst, ermöglicht sie den Geschädigten, ihre verlustig gegangenen

2534 Ein Tätigwerden der Geschädigten – in Analogie zur Revision (Art. 329 Abs. 1 ZPO) – ist mit anderen Worten nicht notwendig.

2535 Art. 333 Abs. 1 ZPO analog.

2536 Gl.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 659.

2537 Siehe auch betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 659.

Ansprüche nach der allgemeinen Haftpflichtordnung von den haftpflichtigen Personen einzufordern. In diesem Fall hat die Bundesversammlung gegebenenfalls die relative Verjährungsfrist (Rz. 757 und 759) speziell zu regeln. Andernfalls könnten die Geschädigten ihre Ansprüche gegebenenfalls gar nicht mehr durchsetzen.

Die Variante 1 (Rz. 1375) überzeugt nicht. Es wäre nicht sachgerecht, wenn 1378 die Geschädigten keinen Ersatz für ihren Schaden erhielten. Auch die Variante 2 (Rz. 1376) ist abzulehnen. Man mag zwar einwenden, dass die Bundesversammlung die Sachlage falsch eingeschätzt hat und deswegen ein Staatshaftungsverfahren sachgerecht sei. Allerdings wirkte sich die Fehleinschätzung der Bundesversammlung zugunsten der haftpflichtigen Personen aus. Diese sollen von der Fehleinschätzung nicht ökonomisch profitieren, sondern den ganzen Schaden tragen, den sie verursacht haben. Aus diesem Grund ist die Variante 3 (Rz. 1377) zu bevorzugen, das heisst, die Bundesversammlung sollte die Entschädigungsordnung anpassen und den Geschädigten ermöglichen, weiteren Schadenersatz und weitere Genugtuung zu fordern.

c. Kostenliquidation

1. Dem Staat entstehen im Zusammenhang mit der Grossschadenordnung verschiedene Kosten, die ich als «Staatskosten» bezeichne. Dazu zählen zum Beispiel die nicht durch die Gerichtskosten (Rz. 1328) gedeckten, aber dem Bund durch die Eidgenössische Erledigungsinstanz verursachten Kosten oder die Kosten, die dem Bund infolge Ergreifung vorsorglicher Massnahmen (Rz. 1336–1342) entstehen. 1379

2. Diese Staatskosten dürfen nur auf das Haftungssubjekt überwält werden, wenn die haftpflichtigen und deckungspflichtigen Personen über genügend Mittel verfügen, das heisst ein Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens vorliegt (Rz. 1234–1238).²⁵³⁸ In diesem Fall könnte ein gewisser Betrag zurückgestellt werden, mit dem nach Erledigung aller Schadensfälle die Staatskosten gedeckt werden. 1380

3. Bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung (Rz. 1217–1233) dürfen die Staatskosten nicht vom Haftungssubstrat abgezogen werden, sondern sind der 1381

2538 A.M. betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 708; siehe aber betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 696, die jedoch die Kosten von «Massnahmen der öffentlichen Hand zur Abwehr oder Verminderung der Schädigung» vom Haftungssubstrat abziehen wollen.

allgemeinen Bundeskasse zu belasten.²⁵³⁹ Damit werden zwar den haftpflichtigen Personen, die durch sie verursachten Staatskosten erlassen. Würden diese Staatskosten nämlich auch noch (wie zum Beispiel die Gerichtskosten) vom Haftungssubstrat abgezogen, stünden noch weniger Mittel für die Geschädigten zur Verfügung. Anzuführen ist, dass die Kosten der Sachverhaltserhebung *de lege lata* ohnehin der Staat trägt (Rz. 1192).

C. Umsetzung der Grossschadenordnung

- 1382 Der Bund setzt die Grossschadenordnung (Rz. 1248) rechtlich durch zwei Erlasse um:
- 1383 – Die Bundesversammlung stellt die Entschädigungsordnung in einer Parlamentsverordnung auf (Rz. 1386–1392).
- 1384 – Die versicherungsrechtlichen Massnahmen trifft der Bundesrat in Form einer Bundesratsverordnung (Rz. 1393).
- 1385 Zusätzlich trifft der Bundesrat vorsorgliche Massnahmen ebenfalls in Form einer Bundesratsverordnung (Rz. 1394).

I. Entschädigungsordnung

- 1386 1. Die sich bei einem Grossschaden typischerweise stellenden Probleme (Rz. 1203–1204) können nur effizient gelöst werden, wenn die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung rasch erlässt (Rz. 1348–1356).²⁵⁴⁰ Allerdings greift die Entschädigungsordnung teilweise stark in die Rechtsstellung der Privaten ein. Es stellt sich daher die Frage, ob es wirklich sachgerecht ist, dass die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung in Form einer Verordnung erlässt (Art. 19 Abs. 1 StAG).

2539 So könnten bei der Bundesversammlung – nach Erledigung des letzten Falls und damit bei Vorliegen der *Schlussrechnung* – weitere Mittel beantragt werden (vgl. zum Bundesgericht im Allgemeinen: BSK BGG [2018]-URSPRUNG/RIEDI HUNOLD, Art. 13 N 15; BSK BV [2015]-SEFEROVIC, Art. 188 N 50).

2540 Siehe BOTSCHAFT StAG (9.6.2006), S. 6055, wonach Art. 19 Abs. 1 StAG die Bundesversammlung befähigt, die Entschädigungsordnung rasch zu erlassen. Siehe auch betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 658.

2. Die Bundesversammlung ist verpflichtet, wichtige rechtsetzende Bestimmungen, also generell-abstrakte Rechtsnormen,²⁵⁴¹ in Form eines Bundesgesetzes zu erlassen.²⁵⁴² Wichtige Bestimmungen sind zum Beispiel solche, die Rechte und Pflichten von Personen im Zivil- oder im Sozialversicherungsrecht regeln.²⁵⁴³ 1387

Die Bundesversammlung kann rechtsetzende Bestimmungen aber 1388 auch in Form von Verordnungen – teilweise «Parlamentsverordnungen» genannt – erlassen.²⁵⁴⁴ Solche **Parlamentsverordnungen** kann die Bundesversammlung nur erlassen, sofern sie eine besondere Delegationsnorm in der BV oder in einem Bundesgesetz dazu ermächtigt.²⁵⁴⁵ Die Normstufe der Delegationsnorm ist insofern bedeutsam, als nur Parlamentsverordnungen gestützt auf eine Delegationsnorm in der BV wichtige Bestimmungen im Sinne von Art. 164 Abs. 1 BV enthalten dürfen (selbstständige Verordnungen)^{2546, 2547} Parlamentsverordnungen, die gestützt auf ein Bundesgesetz erlassen werden (unselbstständige Verordnungen)²⁵⁴⁸, dürfen mit anderen Worten keine wichtigen Bestimmungen im Sinne von Art. 164 Abs. 1 BV enthalten.²⁵⁴⁹

3. Da die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung möglichst rasch 1389 erlassen sollte (Rz. 1386), ist das schwerfällige Gesetzgebungsverfahren ungeeignet, um die Entschädigungsordnung in Form eines Bundesgesetzes oder einer Parlamentsverordnung zu erlassen.²⁵⁵⁰ Trotzdem schreibt das StAG vor,

2541 TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 45 Rz. 15.

2542 Art. 164 Abs. 1 BV; Art. 22 Abs. 1 ParlG.

2543 Art. 164 Abs. 1 lit. c BV (siehe dazu im Allgemeinen: BSK BV [2015]-WYTTENBACH/WYSS, Art. 164 N 27).

2544 Art. 163 Abs. 1 BV; Art. 22 Abs. 2 ParlG.

2545 Art. 22 Abs. 2 ParlG; TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 45 Rz. 38.

2546 TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 46 Rz. 11.

2547 TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 45 Rz. 39.

2548 TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 46 Rz. 14.

2549 TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 45 Rz. 38a.

2550 Bundesgesetz und Parlamentsverordnungen werden im gleichen Verfahren erlassen, d.h., Parlamentsverordnungen können weder rascher noch einfacher erarbeitet und in Kraft gesetzt werden als Bundesgesetze (dazu BSK BV [2015]-WYTTENBACH/WYSS, Art. 163 N 20).

dass die Bundesversammlung die Entschädigungsordnung in Form einer unselbstständigen²⁵⁵¹ Parlamentsverordnung zu erlassen hat.²⁵⁵²

- 1390 Ergo darf die Entschädigungsordnung keine wichtigen rechtsetzenden Bestimmungen (Rz. 1387) enthalten.²⁵⁵³ Allerdings sind die in der Entschädigungsordnung aufgestellten Regeln wichtiger Natur, da sie erheblich in die Rechte und die Pflichten der Geschädigten und der haftpflichtigen Personen eingreifen.²⁵⁵⁴ Es sprechen folglich **staatsrechtliche Bedenken** gegen den Erlass der Entschädigungsordnung in Form einer unselbstständigen Parlamentsverordnung, insbesondere weil die Entschädigungsordnung nicht einmal dem fakultativen Referendum untersteht.²⁵⁵⁵ Aus rechtsstaatlicher Sicht sollte die Entschädigungsordnung daher statt in Form einer Parlamentsverordnung in Form eines *dringlichen Bundesgesetzes* erlassen werden.²⁵⁵⁶ Damit könnten das schwerfällige Gesetzgebungsverfahren vermieden und die Entschädigungsordnung rasch erlassen werden.²⁵⁵⁷

- 1391 **4. Der Bundesgesetzgeber delegiert in Art. 19 Abs. 1 StAG Rechtsetzungsbefugnisse an sich selbst.** Aus diesem Grund sind die vom Bundesgericht entwickelten **Delegationsgrundsätze**²⁵⁵⁸ anwendbar.²⁵⁵⁹ Die in Art. 19 StAG umschriebenen Grundzüge der Entschädigungsordnung bilden daher die Leitplanke beziehungsweise den Rahmen für die Bundesversammlung als Verordnungsgeberin.²⁵⁶⁰

2551 Diese Parlamentsverordnung ist eine unselbstständige Verordnung, weil sich die Bundesversammlung beim Erlass der Entschädigungsordnung auf Art. 19 Abs. 1 StAG stützt (siehe dazu im Allgemeinen: BSK BV [2015]-WYTTEBACH/WYSS, Art. 163 N 16).

2552 Gl.M. betreffend KHG: JAGMETTI, SBVR VII (2005), Rz. 5827 (Anm. 1154).

2553 Vgl. im Allgemeinen: BSK BV (2015)-WYTTEBACH/WYSS, Art. 163 N 21.

2554 Siehe auch betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 663.

2555 Dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 45 Rz. 40.

2556 Vgl. dazu im Allgemeinen BSK BV (2015)-WYTTEBACH/WYSS, Art. 163 N 20.

2557 Siehe Fn. 2550.

2558 Dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 27 Rz. 27–34.

2559 Vgl. im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 27 Rz. 35; BSK BV (2015)-WYTTEBACH/WYSS, Art. 163 N 21.

2560 So schon betreffend KHG: OFTINGER/STARK, Haftpflichtrecht II/3 (1991), § 29 Rz. 663.

5. Der Erlass der Entschädigungsordnung in Form einer unselbstständigen 1392
Parlamentsverordnung bedarf der Zustimmung von National- und Ständerat.²⁵⁶¹ Dies setzt in jedem Rat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen voraus.²⁵⁶²

2. *Versicherungsrechtliche Massnahmen*

Der Bundesrat ergreift die versicherungsrechtlichen Massnahmen (Rz. 1330– 1393
1335) in Form einer unselbstständigen, gesetzvertretenden Verordnung.²⁵⁶³

3. *Vorsorgliche Massnahmen*

Der Bundesrat ergreift die vorsorglichen Massnahmen (Rz. 1336–1342) in 1394
Form einer unselbstständigen, gesetzvertretenden Verordnung.²⁵⁶⁴

2561 Art. 156 Abs. 2 BV i.V.m. Art. 163 Abs. 1 BV und Art. 83 Abs. 1 ParlG.

2562 Art. 159 Abs. 2 BV (dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht [2016], § 34 Rz. 75); betreffend die Beratung der Verordnung und das Differenzbereinigungsverfahren im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht (2016), § 34 Rz. 53–72.

2563 Art. 182 Abs. 1 BV (siehe dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht [2016], § 46 Rz. 14 und 22; BSK BV [2015]-KÜNZLI, Art. 182 N 23).

2564 Art. 182 Abs. 1 BV (siehe dazu im Allgemeinen: TSCHANNEN, Staatsrecht [2016], § 46 Rz. 14 und 22; BSK BV [2015]-KÜNZLI, Art. 182 N 23).

Fünfter Teil: Die wesentlichen Erkenntnisse

Die eingangs gestellten Forschungsfragen (Rz. 27–35) kann ich wie folgt beantworten: 1395

I. Deutsche Fassung

1. Was ist eine Stauanlage im Sinne des StAG?²⁵⁶⁵

1. Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition (Art. 3 Abs. 1 StAG) sind Bauwerke bestehend aus einem (mindestens teilweise) künstlichen Absperrbauwerk (Rz. 73) und einem (mindestens teilweise) künstlichen Stauraum (Rz. 74), die Wasser und Feststoffe (Rz. 69) aufstauen, speichern oder zurückhalten (Rz. 282–287). Die Nebenanlagen (Rz. 75–92) sind hingegen kein Bestandteil einer Stauanlage im Sinne der Legaldefinition. Irrelevant für die Qualifikation eines Bauwerkes als Stauanlage sind der Typ (Rz. 54–71) und die Grösse (Rz. 160–165) des Bauwerkes. 1396

a. Stauanlagen sind Werke im Sinne der Werkeigentümerhaftung (Art. 58 Abs. 1 OR). Denn das Absperrbauwerk ist ein stabiles Bauwerk, das dauerhaft mit dem Erdboden verbunden ist und von Menschen künstlich gebaut (beziehungsweise hergestellt) wird. Aber auch der (dauerhaft oder temporär) mit Wasser und Feststoffen gefüllte Stauraum gilt gemäss bundesgerichtlicher Rechtsprechung als Werk im Sinne von Art. 58 Abs. 1 OR. Der Stauraum wurde nämlich künstlich angelegt und kann infolge dauerhafter Bodenveränderung Personen schädigen. Die Nebenanlagen sind zwar kein Bestandteil einer Stauanlage im Sinne der Legaldefinition. Aber auch sie gelten, sofern vorhanden, als Werke im Sinne der Werkeigentümerhaftung. 1397

b. Ein Bauwerk, das kein Wasser und keine Feststoffe aufstauen, speichern oder zurückhalten kann, gilt nicht als Stauanlage. Stillgelegte Stauanlagen gelten solange als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition, als sie Wasser und Feststoffe aufstauen, speichern oder zurückhalten können. 1398

c. Als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition gelten folglich Talsperren (Rz. 56–57), Flusssperrren (Rz. 58–60), Pumpspeicherbecken (Rz. 62), Sedimentationsbecken (Rz. 63) und Beschneigungsbecken (Rz. 64). Aber zum Bei- 1399

²⁵⁶⁵ Rz. 281–306.

spiel auch Netze und andere leichte Verbauungen, Deiche, Anlagen des Siedlungswasserbaus und Schwimmbecken sowie Fisch- und Feuerwehrweiher gelten als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition.

- 1400 **2.** Durch die Natur (zum Beispiel infolge einer Lawine, eines Murgangs oder eines Erdbebens) geschaffene Zustände, die Wasser aufstauen, speichern oder zurückhalten, gelten nicht als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition. Auch natürliche Retentionsräume (zum Beispiel Seen, Teiche oder Überschwemmungsgebiete) gelten mangels Vorliegens eines Bauwerkes nicht als Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition. Wird hingegen der Stauraum eines natürlichen Retentionsraums durch ein Absperrbauwerk vergrössert, gelten dieses Absperrbauwerk und der natürliche Retentionsraum (Stauraum) als Stauanlage im Sinne der Legaldefinition.

2. Welche Stauanlagen unterstehen der StAG-Haftung?²⁵⁶⁶

- 1401 **1.** In *sachlicher* Hinsicht untersteht eine Stauanlage dem StAG-Haftungsregime, wenn zwei Voraussetzungen kumulativ erfüllt sind: Die Stauanlage untersteht dem StAG (Rz. 1402) und schützt nicht ausschliesslich vor Naturgefahren (Rz. 1403).
- 1402 **a.** Eine Stauanlage im Sinne der Legaldefinition (Rz. 1396–1400) untersteht automatisch dem StAG, wenn sie gewisse Grössenparameter erreicht oder überschreitet (Art. 2 Abs. 1 StAG), es sei denn die Aufsichtsbehörde des Bundes (Rz. 168) habe die Stauanlage durch Verfügung vom Geltungsbereich des StAG ausgenommen, weil sie kein besonderes Gefährdungspotenzial birgt (Art. 2 Abs. 2 lit. b StAG). Im Umkehrschluss unterstehen somit Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition nicht dem StAG und damit auch nicht dem StAG-Haftungsregime, wenn sie die gesetzlichen Grössenparameter nicht erreichen oder überschreiten. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt für Stauanlagen, die zwar die gesetzlichen Grössenparameter nicht erreichen oder überschreiten, aber ein besonderes Gefährdungspotenzial bergen und welche die Aufsichtsbehörde des Bundes durch Verfügung dem StAG unterstellt hat (Art. 2 Abs. 2 lit. a StAG).
- 1403 **b.** Stauanlagen im Sinne der Legaldefinition, die vom sachlichen Geltungsbereich des StAG erfasst sind, unterstehen auch dem StAG-Haftungsregime, es sei denn sie schützen ausschliesslich vor Naturgefahren (Art. 13 StAG). Als

2566 Rz. 307–329, 340–369 und 1063–1107.

Stauanlagen im Sinne von Art. 13 StAG gelten Stauanlagen mit einem Rückhaltebecken (Rz. 65–71). Sie dienen nämlich dazu, bei besonderen Witterungsverhältnissen Wasser und Feststoffe (Rz. 69) zurückzuhalten und schützen dadurch die Unterlieger (Fn. 167) vor Naturgefahren. Im Umkehrschluss unterstehen Stauanlagen mit einem Staubecken²⁵⁶⁷ (Rz. 56–64) dem StAG-Haftungsregime.

2. In örtlicher Hinsicht unterstehen Binnenstauanlagen (Rz. 340), binationale 1404 Stauanlagen (Rz. 342) und ausländische Stauanlagen (Rz. 341) dem Haftungsregime. Materielles Schweizer Privatrecht – und damit auch das StAG-Haftungsregime (Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG) – ist bei internationalen Stauanlagenunfällen (Rz. 365), in denen Schweizer Gerichte international direkt zuständig sind, anwendbar, wenn es die Geschädigten wählen (Art. 138 IPRG). Die öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung nach Art. 21 StAG ist auf Binnenstauanlagen automatisch anwendbar. Art. 21 StAG ist aufgrund des Auswirkungsprinzips aber auch auf binationale Stauanlagen und ausländische Stauanlagen automatisch anwendbar, wenn diese in der Schweiz befindliche Rechtsgüter unmittelbar bedrohen.

3. Untersteht die gesamte Stauanlage oder unterstehen bloss einzelne Anlageteile den StAG-Haftung?²⁵⁶⁸

Die gesamte Stauanlage (das heisst das Absperrbauwerk, der Stauraum und 1405 die Nebenanlagen) untersteht dem StAG-Haftungsregime. Es ist folglich irrelevant, ob sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer Stauanlage beim Absperrbauwerk, bei den Nebenanlagen oder sonst wo verwirklicht (oder zu verwirklichen droht).

4. Wie gewährleistet der Staat die Sicherheit von Stauanlagen und mit welchen Massnahmen minimiert er die einer Stauanlage innewohnenden Risiken?²⁵⁶⁹

1. Der Bau und der Betrieb von Stauanlagen ist risikobehaftet (Rz. 202–227). 1406 Der Staat erachtet das Stauanlagen innewohnende Risiko jedoch als annehmbar klein. Aus diesem Grund sind in der Schweiz der Bau und der Betrieb von Stauanlagen erlaubt. Allerdings ist der Staat verpflichtet, das Stauanlagen innewohnende Risiko zu minimieren.

²⁵⁶⁷ Siehe Fn. 129.

²⁵⁶⁸ Rz. 330–339.

²⁵⁶⁹ Rz. 126–176.

1407 **2.** Die Sicherheit von Stauanlagen (und damit den Schutz der Unterlieger, Fn. 167) gewährleistet der Staat mithilfe von drei Massnahmen. Erstens enthält das StAG ein Sicherheitskonzept für den Bau und den Betrieb von Stauanlagen, wozu insbesondere eine sichere Bauweise und die permanente Überwachung der Stauanlage gehören (Rz. 129–159). Zweitens gewährleistet die staatliche Aufsicht die Einhaltung der Sicherheitsvorschriften (Rz. 160–175). Drittens können die Behörden und die Privaten bei einem drohenden Stauanlagenunfall die Kosten von Schadenabwehrmassnahmen zur Verhinderung von Rechtsgutsverletzungen auf das Subjekt der StAG-Haftung überwälzen (Rz. 176).

1408 Diese Massnahmen (Rz. 1407) bezwecken zweierlei: Einerseits minimiert der Staat mithilfe des Sicherheitskonzepts das Stauanlagen innewohnende Risiko. Trotz dieses Sicherheitskonzepts bergen Stauanlagen aber ein Restrisiko. Da in der Schweiz der Bau und der Betrieb von Stauanlagen zulässig sind, versucht der Staat deshalb andererseits mithilfe verschiedener Massnahmen (zum Beispiel Notfallkonzept oder Schadenabwehrmassnahmen), das Stauanlagen innewohnende charakteristische haftungsbegründende Restrisiko zu beherrschen. Sollte sich das Stauanlagen innewohnende charakteristische haftungsbegründende Restrisiko verwirklichen, haftet das Subjekt der StAG-Haftung gestützt auf die Gefährdungshaftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG für den verursachten Personen- und Sachschaden.

5. Wer haftet für eine Stauanlage, die dem StAG-Haftungsregime unterliegt?²⁵⁷⁰

1409 **1.** Das Subjekt der StAG-Haftung im Sinne von Art. 14 Abs. 1 und 2 StAG sowie Art. 21 StAG (Haftungssubjekt) ist jene Person, die eine Stauanlage besitzt, baut oder betreibt (Betreiberin). Ist die Betreiberin nicht die Eigentümerin der Stauanlage, haftet die Eigentümerin solidarisch mit der Betreiberin. Eine Person gilt folglich entweder qua Betreiberstellung (Rz. 1410–1415) oder qua Eigentümerstellung (Rz. 1416) als Haftungssubjekt.

1410 **2.** Das StAG unterscheidet bei der Ermittlung der Betreiberin zwei Phasen: die Phase vor Inbetriebnahme der Stauanlage (Rz. 1411–1412) und die Phase ab Inbetriebnahme der Stauanlage (Rz. 1413–1415). Dabei können pro Phase mehrere Personen Betreiberinnen und damit ein/das Haftungssubjekt sein.

2570 Rz. 409–540.

a. Vor Inbetriebnahme der Stauanlage gilt jene Person, welche die Stauanlage baut, als Haftungssubjekt (Bauherrin). Als Bautätigkeit gilt nicht nur die Erstellung der Stauanlage, sondern jede bauliche Massnahme (zum Beispiel Umbau-, Anbau-, Unterhalts-, Wiederherstellungs-, Erneuerungs- oder Rückbauarbeiten). 1411

Bauherrin ist jene Person, die den Bau einer Stauanlage, das heisst die diesbezüglichen Planer- und Bauleistungen, veranlasst. Es handelt sich um jene Person, die auf der «obersten Vertragsebene» eine vertragliche Beziehung zu den in den Bau involvierten Personen (zum Beispiel Planer, Totalunternehmer oder Generalunternehmer) hat (direkte Bauherrin). Ist diese Person nicht die eigentliche Initiatorin des Baus der Stauanlage, ist die Person, die den Bau der Stauanlage indirekt (zum Beispiel via verschiedene Rechtssubjekte) veranlasste, das heisst in Auftrag gab, auch als Bauherrin anzusehen (indirekte Bauherrin). 1412

b. Ab Inbetriebnahme der Stauanlage gilt jene Person, welche die Stauanlage besitzt (Besitzerin) oder betreibt (Betreiberin im engeren Sinne) als Haftungssubjekt: 1413

- *Besitzerin* einer Stauanlage ist jene Person, welche die technischen Mittel besitzt, die ihr die tatsächliche Gewalt über die Stauanlage vermitteln (zum Beispiel Schlüssel oder Zugangscodes). Zusätzlich muss die Inhaberin der technischen Mittel wissen, über welche Stauanlage ihr die technischen Mittel die tatsächliche Gewalt vermitteln. Indizien für den Besitz an einer Stauanlage sind zudem das Unterhalten beziehungsweise Instandhalten (Rz. 150) und die Überwachung (Rz. 152) der Stauanlage. Bei kleineren Stauanlagen, die lediglich aus einem Absperrbauwerk und einem Stauraum bestehen, also über keine Nebenanlagen sowie Umzäunung und dergleichen verfügen, verschafft kein technisches Mittel die tatsächliche Gewalt über die Stauanlage. In diesem Fall gilt als Besitzerin, wer (i) weiss, wo sich der Standort der Stauanlage befindet und (ii) die Stauanlage unterhält beziehungsweise instand hält sowie überwacht. 1414
- *Betreiberin im engeren Sinne* ist jene Person, die aus der Stauanlage unmittelbar den wirtschaftlichen Nutzen zieht. Unter wirtschaftlichem Nutzen ist der (künftige) Geldzufluss (zum Beispiel in Form von Betriebseinnahmen) zu verstehen; dabei ist unerheblich, ob die Betreiberin im engeren Sinne gewinnstrebig ist. Auf wessen Gefahr die Stauanlage betrieben wird, ist irrelevant. Als Betreiberin im engeren Sinne gilt zudem 1415

auch jene Person, die darüber entscheiden kann, ob sie die Stauanlage betreiben will. Es handelt sich um jene Person, welche die Befehlsgewalt über die für den Betrieb notwendigen Personen und die tatsächliche Gewalt über die notwendigen Fahrnisgegenstände innehat.

- 1416 **3.** Als Eigentümerin einer Stauanlage gilt aufgrund des Akzessionsprinzips die Grundeigentümerin. Wird eine Stauanlage im Baurecht errichtet, ist nicht die Eigentümerin des Grundstücks, auf dem die Stauanlage steht, sondern die Inhaberin des Baurechts die Eigentümerin der Stauanlage (Werkeigentümerin). In beiden Fällen können mehrere Personen als Eigentümerinnen der Stauanlage und damit als Haftungssubjekt gelten.

6. Unter welchen Voraussetzungen haftet das Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 1 StAG für den durch eine Stauanlage verursachten Schaden?²⁵⁷¹

- 1417 **1.** Das Haftungssubjekt haftet für den Schaden (Personenschaden, Sachschaden und immateriellen Schaden) nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn dieser infolge Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG verursacht wird (Rz. 1418–1420) und wenn zwischen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG sowie dem Schaden ein (adäquater) Kausalzusammenhang besteht (Rz. 636–651). Die Widerrechtlichkeit der Rechtsgutsverletzung ist hingegen keine Haftungsvoraussetzung (Rz. 724).
- 1418 **2.** Das *charakteristische haftungsbegründende Risiko* einer Stauanlage (charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG) verwirklicht sich, wenn aus einer Stauanlage Wasser austritt und deswegen der Wasserstand im Unterliegegebiet (Fn. 167) plötzlich und unnatürlich stark ansteigt.
- 1419 **a.** Tritt Wasser irregulär (Rz. 110–116) aus einer Stauanlage aus, verwirklicht sich in aller Regel²⁵⁷² das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, da das Doppelkriterium «plötzlicher und unnatürlich starker Anstieg des Wasserstands im Unterliegegebiet» erfüllt ist. Hingegen verwirklicht sich nicht bei jedem regulären (Rz. 94–109) Wasseraustritt das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG. Es ist mithilfe des Doppelkriteriums

2571 Rz. 543–728.

2572 Ausgenommen sind z.B. die Sachverhalte i.S.v. Rz. 116.

«plötzlicher und unnatürlich starker Anstieg des Wasserstands im Unterliegergebiet» zu prüfen, ob sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG im Einzelfall tatsächlich verwirklicht hat.

b. Verwirklicht sich aufgrund eines Wasseraustritts das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG, haftet das Haftungssubjekt für den vom Wasser und/oder von den mitgeschwemmten Feststoffen (das heisst Schlamm oder anderen Materialien, Rz. 555–556) verursachten Schaden im Unterliegergebiet. 1420

3. Das Vorliegen des (*adäquaten*) *Kausalzusammenhangs* zwischen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem Schaden ist grundsätzlich zu bejahen, wenn Wasser aus einer Stauanlage austritt und deswegen der Wasserstand im Unterliegergebiet plötzlich und unnatürlich stark ansteigt und in der Folge Schaden durch das ausgetretene Wasser und/oder die ausgetretenen Feststoffe verursacht wird. 1421

Das Haftungssubjekt haftet jedoch nicht für Schaden nach Art. 14 Abs. 1 StAG, wenn es nachweist, dass der Schaden durch eines der in Art. 15 StAG aufgezählten Ereignisse (höhere Gewalt, grobes Verschulden des Geschädigten, Sabotage, Terrorismus oder kriegерische Ereignisse) verursacht wurde. 1422

7. Unter welchen Voraussetzungen haftet das Haftungssubjekt nach Art. 14 Abs. 2 StAG und Art. 21 StAG für Schadenabwehrkosten?²⁵⁷³

1. Das Haftungssubjekt haftet gemäss einem *dualen Haftungssystem* für Schadenabwehrkosten: 1423

- Art. 14 Abs. 2 StAG statuiert eine privatrechtliche Gefährdungshaftung für die Kosten privater Schadensabwehr (Rz. 1429–1430). 1424
- Art. 21 StAG statuiert eine öffentlich-rechtliche Gefährdungshaftung für die Kosten behördlicher Schadensabwehr (Rz. 1426–1428). 1425

2. Die gemäss Verwaltungsrecht für die Schadensabwehr zuständigen Behörden können nach Art. 21 StAG ihre infolge direkter (Rz. 874 und 886–887) und indirekter (Rz. 875 und 878–885) Schadenabwehrmassnahmen erlittenen Kosten (Kosten behördlicher Schadensabwehr) durch Verfügung auf das Haf- 1426

2573 Rz. 825–1059.

tungssubjekt überwälzen, wenn die ergriffenen behördlichen Schadenabwehrmassnahmen erforderlich und verhältnismässig sind. Die Schadensabwehr ist erforderlich, wenn sich das charakteristische Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG von einer dem StAG-Haftungsregime unterstellten Stauanlage zeitlich nahe zu verwirklichen droht und deswegen die Rechtsgüter Leib, Leben und/oder Eigentum der Unterlieger (Fn. 167) bedroht sind. Behördliche Schadenabwehrmassnahmen sind verhältnismässig, wenn sie geeignet, erforderlich und verhältnismässig im engeren Sinne sind.

- 1427 **a.** Eine weitere Haftungsvoraussetzung von Art. 21 StAG ist das Vorliegen eines (adäquaten) Kausalzusammenhangs zwischen der unmittelbar drohenden Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und den ergriffenen behördlichen Schadenabwehrmassnahmen. Dieser adäquate Kausalzusammenhang fehlt, wenn das Haftungssubjekt nachweist, dass die Kosten behördlicher Schadensabwehr durch eines der in Art. 15 StAG aufgezählten Ereignisse (höhere Gewalt, grobes Verschulden des Geschädigten, Sabotage, Terrorismus oder kriegerische Ereignisse) verursacht wurden. Keine Haftungsvoraussetzung ist hingegen ein widerrechtliches Verhalten des Haftungssubjekts.
- 1428 **b.** Gegen Verfügungen gestützt auf das StAG kann beim Bundesverwaltungsgericht Beschwerde geführt werden (Art. 29 Abs. 1 StAG). Das Haftungssubjekt kann folglich gegen Kostenverfügungen gestützt auf Art. 21 StAG Beschwerde (Art. 44 VwVG) beim Bundesverwaltungsgericht führen. Dies gilt jedoch nur, wenn eine Bundesbehörde eine solche Kostenverfügung erlässt. Erlassen hingegen kommunale oder kantonale Behörden solche Kostenverfügungen gestützt auf Art. 21 StAG, können das oder die vom kantonalen Verfahrensrecht vorgesehenen Rechtsmittel an eine kantonale Beschwerdeinstanz, nicht aber an das Bundesverwaltungsgericht erhoben werden. Sind die kantonalen Rechtsmittel ausgeschöpft, kann gegebenenfalls Beschwerde in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten (Art. 82–89 BGG) an das Bundesgericht ergriffen werden.
- 1429 **3.** Die Privaten, das heisst jene Personen, deren Rechtsgüter Leib, Leben und/oder Eigentum bedroht sind (Rechtsgutsträger), können die erlittenen Kosten verhältnismässiger privater Schadenabwehr (unter Ausschluss des entgangenen Gewinns) nur nach Art. 14 Abs. 2 StAG auf das Haftungssubjekt überwälzen, wenn der Staat sie mittels indirekter Schadenabwehrmassnahmen dazu verpflichtet hat, private Schadenabwehrmassnahmen zu ergreifen. Tat er

dies nicht und haben die Privaten auf eigene Initiative private Schadenabwehrmassnahmen ergriffen, können die Privaten die entstandenen Kosten privater Schadensabwehr nicht gestützt auf Art. 14 Abs. 2 StAG auf das Haftungssubjekt überwälzen. Demgegenüber muss der Richter nicht prüfen, ob die Schadensabwehr erforderlich war: Das StAG fingiert nämlich die Erforderlichkeit der privaten Schadenabwehrmassnahmen.

Eine weitere Haftungsvoraussetzung von Art. 14 Abs. 2 StAG ist das Vorliegen eines (adäquaten) Kausalzusammenhangs zwischen den vom Bedrohten erlittenen Kosten privater Schadensabwehr und den behördlichen indirekten Schadenabwehrmassnahmen. Ob die anordnende Behörde für die Ergreifung behördlicher Schadenabwehrmassnahmen zuständig oder ob die private Schadensabwehr überhaupt notwendig gewesen ist, ist irrelevant. Damit wird vermieden, dass das Haftungssubjekt sich von seiner Haftung mit der Begründung befreien kann, die behördlichen Schadenabwehrmassnahmen seien von einer unzuständigen Behörde ergriffen worden oder die privaten Schadenabwehrmassnahmen seien gar nicht notwendig gewesen. An diesem adäquaten Kausalzusammenhang fehlt es, wenn das Haftungssubjekt nachweist, dass die Kosten privater Schadensabwehr durch eines der in Art. 15 StAG aufgezählten Ereignisse (höhere Gewalt, grobes Verschulden des Geschädigten, Sabotage, Terrorismus oder kriegerische Ereignisse) verursacht wurden. Keine Haftungsvoraussetzung ist hingegen ein widerrechtliches Verhalten des Haftungssubjekts.

8. Welche besonderen Massnahmen muss der Staat bei grösseren Schadensereignissen und einem Grossschaden ergreifen?²⁵⁷⁴

1. Bei einem *grösseren Schadensereignis* (Rz. 1432–1434) – das wegen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage eingetreten ist – ist der Bundesrat verpflichtet, den Sachverhalt rasch nach dem Stauanlagenunfall zu erheben (Rz. 1435–1436, Art. 17 Abs. 1 StAG).

a. Ein «grösseres Schadensereignis» – das kein Grossschaden im Sinne von Art. 19 StAG und Art. 20 StAG sein muss – liegt vor, wenn eines der folgenden zwei Kriterien erfüllt ist:

- Die Rechtsgüter vieler Personen wurden verletzt, das heisst, es gibt viele Geschädigte. Dies dürfte meistens der Fall sein, wenn ganze Quartiere,

²⁵⁷⁴ Rz. 1108–1394.

Ortsteile oder Ortschaften verwüstet werden. Da die Schweiz dicht besiedelt ist, dürften bei einem Stauanlagenunfall häufig die Rechtsgüter vieler Personen verletzt werden.

- 1434 – Das Schadensgebiet ist gross oder erstreckt sich über das Territorium mehrerer Kantone.
- 1435 **b.** Den Sachverhalt erhebt der Bundesrat, indem er mittels öffentlicher Bekanntmachung (im Bundesblatt und in anderen Medien) alle geschädigten Personen auffordert, die Schädigung zu melden (Art. 17 Abs. 2 Satz 1 StAG). Die Geschädigten können die Rechtsgutsverletzungen (inklusive Datum und Ort) innert drei Monaten seit der öffentlichen Bekanntmachung in der vorgegebenen Form bei der vorgesehenen Stelle melden und belegen oder mindestens plausibilisieren (Schädigungsmeldung). Der Empfänger der Schädigungsmeldung ist verpflichtet, die rechtzeitig eingegangenen Schädigungsmeldungen zu verifizieren. Der Bundesrat ist verpflichtet, gestützt auf die rechtzeitig eingegangenen Schädigungsmeldungen ein Verzeichnis über alle gemeldeten Schädigungen zu erstellen (Schädigungsverzeichnis).
- 1436 Das Schädigungsverzeichnis unterstützt die Geschädigten, den natürlichen Kausalzusammenhang zwischen der Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG und dem erlittenen Schaden zu beweisen (Art. 17 Abs. 2 Satz 2 StAG). Das Schädigungsverzeichnis erleichtert den Geschädigten mit anderen Worten die Beweisführung. Daraus geht nämlich hervor, dass die Rechtsgutsverletzungen (aufgrund derer der Schaden verursacht wurde) in der Nähe der Stauanlage und am Tag des Stauanlagenunfalls entstanden sind.
- 1437 **2.** Bei einem *Grossschaden* (Rz. 1438–1440) – der wegen (drohender) Verwirklichung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG einer dem StAG-Haftungsregime unterstehenden Stauanlage verursacht wurde – kann die Bundesversammlung eine Entschädigungsordnung (Rz. 1441) aufstellen. Der Bundesrat kann gegebenenfalls besondere versicherungsrechtliche Vorschriften (Rz. 1442) erlassen; diese besonderen versicherungsrechtlichen Vorschriften gelten zusammen mit der Entschädigungsordnung als Grossschadenordnung (Art. 19 Abs. 1–4 StAG und Art. 20 Abs. 1 und 2 StAG). Der Bundesrat ist zudem verpflichtet, vorsorgliche Massnahmen zu ergreifen (Art. 19 Abs. 5 StAG).

a. Ein Grossschaden liegt vor, wenn bei einem Stauanlagenunfall damit zu rechnen ist, dass 1438

- die für die Deckung des Schadens (Personenschaden, Sachschaden, immaterieller Schaden und Kosten privater Schadensabwehr sowie jeder weitere reine Vermögensschaden) verfügbaren Mittel der haftpflichtigen und der versicherungspflichtigen Personen nicht ausreichen, um alle Ansprüche zu befriedigen (Unterdeckung); oder 1439
- wegen der vielen Geschädigten (und der Komplexität der tatsächlichen Verhältnisse, der geschätzten Dauer des Gerichtsverfahrens und der verfügbaren Ressourcen der Gerichte) das ordentliche Verfahren, das heisst, das ordentliche Zivilverfahren nach ZPO und die Vollstreckung von Forderungen nach SchKG sowie SchGG nicht durchgeführt werden können (Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens). 1440

b. In der *Entschädigungsordnung*, die eine unselbstständige Parlamentsverordnung ist, darf die Bundesversammlung nur Vorschriften erlassen, welche die beim jeweiligen Grossschaden sich typischerweise stellenden Probleme lösen. Bei einem Grossschaden infolge Unterdeckung darf die Bundesversammlung daher nur Massnahmen ergreifen, um die Unterdeckung zu beseitigen und die gerechte Verteilung der Mittel sicherzustellen. Sie ist verpflichtet, Vorschriften betreffend die gerechte Verteilung der Mittel aufzustellen, und sie kann gegebenenfalls gewisse Verfahrensvorschriften erlassen, eine Eidgenössische Erledigungsinstanz schaffen und Bundesbeiträge zahlen. Demgegenüber ist die Bundesversammlung bei einem Grossschaden infolge Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens verpflichtet, Vorschriften zu erlassen, um das Verfahren und damit die Schadensabwicklung zu vereinfachen. Sie kann weiter gewisse Verfahrensvorschriften aufstellen und eine Eidgenössische Erledigungsinstanz einsetzen. 1441

c. Im Falle eines Notstands wegen Unterdeckung – das heisst, wenn ein Stauanlagenunfall einen Notstand verursacht, der mit einem Staatsnotstand infolge kriegereischer Ereignisse vergleichbar ist – können die Versicherer die Kosten nicht mehr tragen. Aus diesem Grund müssen die verfügbaren Mittel der versicherungspflichtigen Personen zweckmässig und koordiniert eingesetzt werden. Bei einem solchen Notstand ist der Bundesrat ermächtigt, auf dem Gebiet der Privatversicherung (exklusive Haftpflichtversicherung) und der öffentlichen Versicherungen (Sozialversicherung und kantonale Gebäudeversicherungen) Vorschriften in einer unselbstständigen, gesetzesvertretenden Verordnung zu erlassen, welche die gleiche Wirkung wie Kriegsrisikoklauseln 1442

entfalten (Rz. 1246): die Änderung der Leistungspflicht der Versicherungseinrichtungen (1), die Erhebung von Umlagebeiträgen bei den Versicherungsnehmern (2) und den Abzug der Umlagebeiträge von den Versicherungsleistungen (3).

- 1443 **d.** Liegt möglicherweise ein Grossschaden vor, ist der Bundesrat verpflichtet, sofort nach dem Stauanlagenunfall vorsorgliche Massnahmen in Form einer unselbstständigen, gesetzvertretenden Verordnung zu ergreifen betreffend alle geltend gemachten, aber noch nicht erfüllten Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen. Dank diesen vorsorglichen Massnahmen behalten die Bundesversammlung und der Bundesrat ihre Entscheidungsfreiheit und werden nicht vor ein *fait accompli* gestellt. Zudem ist sichergestellt, dass alle Geschädigten rechtsgleich behandelt werden.

II. Version française

1. Qu'est-ce qu'un ouvrage d'accumulation au sens de la LOA ?²⁵⁷⁵

- 1444 **1.** Les ouvrages d'accumulation au sens de la loi (art. 3 al. 1 LOA) sont des constructions composées d'un ouvrage de retenue (au moins en partie) artificiel (ch. 73) et d'un bassin de retenue (au moins en partie) artificiel (ch. 74), qui accumulent ou retiennent (ch. 282–287) de l'eau et des matériaux solides (ch. 69). Les installations annexes (ch. 75–92) ne font pas partie d'un ouvrage d'accumulation au sens de la loi. Le type (ch. 54–71) et la taille (ch. 160–165) de la construction ne jouent aucun rôle pour sa qualification d'ouvrage d'accumulation.
- 1445 **a.** Les ouvrages d'accumulation sont des constructions qui relèvent de la responsabilité de leur propriétaire (art. 58 al. 1 CO). L'ouvrage de retenue est en effet une construction stable, durablement fixée au sol et fabriquée par la main de l'homme. Le bassin de retenue, rempli (temporairement ou durablement) d'eau et de matériaux solides, est aussi un ouvrage au sens de l'art. 58 al. 1 CO. En effet, le bassin de retenue a aussi fait l'objet d'un aménagement artificiel qui peut entraîner des préjudices à des personnes par suite d'une modification durable du terrain. Les installations annexes ne font certes pas partie intégrante d'un ouvrage d'accumulation au sens de la loi, mais elles sont aussi des ouvrages dont leur propriétaire répond.

2575 Ch. 281–306.

b. Une construction qui ne permet pas d'accumuler ou de retenir de l'eau et des matériaux solides n'est pas un ouvrage d'accumulation. Les ouvrages d'accumulation désaffectés sont considérés comme tels par la loi aussi longtemps qu'ils accumulent ou retiennent de l'eau et des matériaux solides. 1446

c. Sont par conséquent considérés comme des ouvrages d'accumulation les barrages (ch. 56–57), les barrages au fil de l'eau (ch. 58–60), les bassins d'accumulation par pompage (ch. 62), les bassins de sédimentation (ch. 63) et les bassins d'enneigement (ch. 64). La loi considère notamment aussi comme des ouvrages d'accumulation les filets et autres ouvrages légers, les digues, les installations d'adduction d'eau et les piscines ainsi que les bassins de pêche et les réservoirs d'eau pour la défense incendie. 1447

2. La loi ne tient pas pour des ouvrages d'accumulation qui accumulent ou retiennent de l'eau les états résultant de la nature (par exemple à la suite d'une avalanche, d'une lave torrentielle ou d'un glissement de terrain). Les espaces de rétention naturels (comme les lacs, les étangs ou les zones inondables) ne sont pas, en l'absence de construction, des ouvrages d'accumulation au sens de la loi. Lorsqu'en revanche, un ouvrage de retenue vient agrandir la zone de retenue d'un espace de rétention naturel cet ouvrage et l'espace de rétention naturel (zone de retenue) sont des ouvrages d'accumulation. 1448

2. Quels ouvrages d'accumulation relèvent-ils de la responsabilité prévue par la LOA ?²⁵⁷⁶

1. Sur un plan *matériel*, un ouvrage d'accumulation relève du régime de responsabilité de la LOA lorsque deux conditions sont remplies cumulativement: l'ouvrage d'accumulation relève de la LOA (ch. 1402) et il ne sert pas exclusivement à la protection contre les dangers naturels (ch. 1403). 1449

a. Un ouvrage d'accumulation au sens de la loi (ch. 1396–1400) relève automatiquement de la LOA s'il atteint ou dépasse certains paramètres de taille (art. 2 al. 1 LOA). Il en va différemment lorsque l'autorité de surveillance de la Confédération (ch. 168) a décidé d'exclure l'ouvrage d'accumulation du champ d'application de la LOA parce qu'il ne présente aucun risque potentiel particulier (art. 2 al. 2 let. b LOA). *A contrario*, les ouvrages d'accumulation au sens de la loi ne relèvent donc pas de la LOA ni de son régime de responsabilité lorsqu'ils n'atteignent pas ni ne dépassent les paramètres légaux. Une exception à ce principe concerne les ouvrages d'accumulation qui présentent 1450

2576 Ch. 307–329, 340–369 et 1063–1107.

un risque potentiel particulier et que l'autorité de surveillance de la Confédération a décidé d'assujettir à la LOA (art. 2 al. 2 let. a LOA).

1451 **b.** Les ouvrages d'accumulation au sens de la loi qui entrent dans le champ d'application matériel de la LOA relèvent du régime de responsabilité légale sauf lorsqu'ils servent exclusivement à la protection contre les dangers naturels (art. 13 LOA). Sont des ouvrages d'accumulation au sens de l'art. 13 LOA les ouvrages d'accumulation disposant d'un bassin de rétention (ch. 65–71). Ils servent en effet à retenir de l'eau et des matériaux solides (ch. 69), en cas de conditions météorologiques particulières, et à protéger ainsi les riverains en aval (note 167) des dangers naturels. Il en résulte *a contrario* que les ouvrages d'accumulation disposant d'un bassin d'accumulation²⁵⁷⁷ (ch. 56–64) relèvent du régime de responsabilité de la LOA.

1452 **2.** Sur le plan *géographique*, les ouvrages d'accumulation nationaux (ch. 340), binationaux (ch. 342) et étrangers (ch. 341) relèvent du droit suisse. Le droit privé suisse – et par conséquent aussi le régime de responsabilité au sens de la LOA (art. 14 al. 1 et 2 LOA) – s'applique lors d'accidents touchant des ouvrages d'accumulation internationaux (ch. 365) lorsque les tribunaux suisses sont compétents (art. 138 LDIP). La responsabilité de droit public de l'art. 21 LOA s'applique automatiquement aux ouvrages d'accumulation nationaux. L'art. 21 LOA s'applique également automatiquement aux ouvrages d'accumulation binationaux et étrangers lorsque ceux-ci menacent directement des biens juridiques se trouvant en Suisse.

3. La responsabilité prévue par la LOA couvre-t-elle l'ensemble de l'ouvrage d'accumulation ou seulement ses différentes parties ?²⁵⁷⁸

1453 L'ensemble de l'ouvrage d'accumulation (c'est-à-dire l'ouvrage de retenue, le bassin de retenue et les installations annexes) relève du régime de responsabilité de la LOA. Peu importe donc que le risque caractéristique d'un ouvrage d'accumulation au sens de l'art. 14 al. 1 LOA se concrétise (ou menace de se concrétiser) sur l'ouvrage de retenue, les installations annexes ou ailleurs.

2577 Voir note 129.

2578 Ch. 330–339.

4. Comment l'État garantit-il la sécurité des ouvrages d'accumulation et par quelles mesures réduit-il les risques inhérents à un ouvrage d'accumulation ?²⁵⁷⁹

1. La construction et l'exploitation d'ouvrages d'accumulation comportent des risques (ch. 202–227). L'État juge cependant le risque inhérent aux ouvrages d'accumulation faible et acceptable. C'est pourquoi la construction et l'exploitation d'ouvrages d'accumulation sont autorisées en Suisse. L'État est toutefois tenu de réduire le risque inhérent aux ouvrages d'accumulation. 1454

2. L'État garantit la sécurité des ouvrages d'accumulation (et par conséquent la protection des riverains en aval, note 167) à l'aide de trois mesures. La LOA contient premièrement un plan de sécurité pour la construction et l'exploitation d'ouvrages d'accumulation, englobant en particulier un mode de construction sûr et la surveillance permanente de l'ouvrage d'accumulation (ch. 129–159). La surveillance de l'État garantit deuxièmement le respect des consignes de sécurité (ch. 160–175). Les autorités et les particuliers peuvent troisièmement, en cas de danger imminent, faire porter au sujet de la responsabilité au sens de la LOA le poids des impenses des mesures prises pour prévenir des atteintes aux biens juridiques (ch. 176). 1455

Les mesures que l'État prend (ch. 1407) poursuivent deux buts : l'État entend d'une part réduire le risque inhérent à l'ouvrage d'accumulation avec son plan de sécurité. Ce plan n'empêche toutefois pas un risque résiduel de subsister. La construction et l'exploitation d'ouvrages d'accumulation étant autorisées en Suisse, l'État cherche d'autre part à maîtriser le risque caractéristique inhérent aux ouvrages d'accumulation, et fondant la responsabilité, à l'aide de différentes mesures (comme un plan d'intervention en cas d'urgence ou des mesures de prévention des dommages). Si le risque caractéristique résiduel inhérent aux ouvrages d'accumulation, qui fonde la responsabilité, devait se concrétiser, le sujet de la responsabilité répondrait des dommages corporels et matériels en vertu l'art. 14 al. 1 LOA. 1456

²⁵⁷⁹ Ch. 126–176.

5. Qui répond d'un ouvrage d'accumulation soumis au régime de responsabilité de la LOA ?²⁵⁸⁰

- 1457 **1.** Le sujet de la responsabilité au sens des art. 14 al. 1 et 2 LOA et art. 21 LOA (sujet de la responsabilité) est la personne qui possède, construit ou exploite un ouvrage d'accumulation (exploitant). Si l'installation ne lui appartient pas, le propriétaire de l'ouvrage répond solidairement du dommage. Une personne est en conséquence sujet de la responsabilité, soit de par son statut d'exploitant (ch. 1410–1415), soit de par son statut de propriétaire (ch. 1416).
- 1458 **2.** La LOA distingue deux phases dans la détermination de l'exploitant : la phase précédant la mise en service de l'ouvrage d'accumulation (ch. 1411–1412) et celle qui la suit (ch. 1413–1415). Dans chaque phase, plusieurs personnes peuvent revêtir la qualité d'exploitants et par conséquent celle de sujets de la responsabilité.
- 1459 **a.** Avant la mise en service de l'ouvrage d'accumulation, c'est la personne qui construit l'ouvrage d'accumulation qui est le sujet de la responsabilité (maître d'ouvrage). Le travail de construction englobe non seulement la construction de l'ouvrage proprement dit, mais aussi tous les travaux de construction (comme les travaux de transformation, d'extension, d'entretien, de restauration, de rénovation ou de démantèlement).
- 1460 Le maître d'ouvrage est la personne qui décide de la construction d'un ouvrage d'accumulation, autrement dit celle qui passe commande des travaux d'étude et de construction nécessaires. Il s'agit de la personne qui possède une relation contractuelle avec les personnes impliquées dans la construction (par exemple le planificateur, l'entrepreneur total ou l'entrepreneur général) au « niveau contractuel le plus élevé » (maître d'ouvrage direct). Lorsque cette personne n'est pas la véritable initiatrice de la construction de l'ouvrage d'accumulation, c'est la personne qui a indirectement décidé de la construction de l'ouvrage d'accumulation (par exemple via différents sujets de droit), autrement dit passé la commande, qui est considérée comme le maître d'ouvrage (le maître d'ouvrage indirect).

2580 Ch. 409–540.

b. À partir de la mise en service de l'ouvrage d'accumulation, la personne qui en est le propriétaire ou l'exploitant (au sens strict) est le sujet de la responsabilité :

- Le *propriétaire* d'un ouvrage d'accumulation est la personne qui possède les moyens techniques qui lui confèrent la maîtrise effective de l'ouvrage d'accumulation (par exemple la clé ou le code d'accès). Le propriétaire des moyens techniques doit en outre savoir de quel ouvrage d'accumulation les moyens techniques lui confèrent cette maîtrise. L'entretien (ch. 150) et la surveillance (ch. 152) de l'ouvrage d'accumulation sont également des indices de ce savoir. Pour ce qui est des plus petits ouvrages d'accumulation, composés seulement d'un ouvrage de retenue et d'un bassin de retenue, autrement dit qui ne disposent ni d'installations annexes ni de clôture ou de chose pareille, aucun moyen technique ne confère de maîtrise effective sur l'ouvrage d'accumulation. Dans ce cas, on considère comme propriétaire celui qui (i) sait où se situe l'ouvrage d'accumulation et (ii) l'entretient et le surveille.
- L'*exploitant au sens strict* est la personne qui tire directement l'utilité économique de l'ouvrage d'accumulation. On entend par utilité économique l'afflux (futur) de fonds (par exemple sous la forme de recettes d'exploitation). A cet égard, il importe peu que l'exploitant au sens strict poursuive un but lucratif ou non ; il en va de même de l'identité de la personne qui supporte le risque de l'ouvrage d'accumulation. L'exploitant au sens strict est aussi la personne qui peut décider si elle entend exploiter l'ouvrage d'accumulation. Il s'agit de la personne qui détient le pouvoir de commander les personnes nécessaires à l'exploitation et le pouvoir effectif sur les objets meubles nécessaires.

3. Est considéré comme le propriétaire d'un ouvrage d'accumulation en vertu du principe de l'accession le propriétaire du bien-fonds. Lorsqu'un ouvrage d'accumulation est construit en vertu d'un droit de superficie, le propriétaire de l'ouvrage d'accumulation (propriétaire d'ouvrage) n'est pas le propriétaire du bien-fonds sur lequel se situe l'ouvrage, mais le titulaire du droit de superficie. Dans les deux cas, on peut considérer plusieurs personnes comme propriétaires de l'ouvrage d'accumulation et par conséquent sujets de la responsabilité.

6. Dans quelles conditions le sujet de la responsabilité au sens de l'art. 14 al. 1 LOA répond-il des dommages causés par un ouvrage d'accumulation ?²⁵⁸¹

- 1465 **1.** Le sujet de la responsabilité répond des dommages (dommages corporels, matériels et immatériels) au sens de l'art. 14 al. 1 LOA lorsqu'il résulte de la concrétisation du risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA (ch. 1418–1420) et qu'il existe un lien de causalité (adéquat) entre la concrétisation de ce risque et le dommage (ch. 636–651). L'illicéité de l'atteinte portée au bien juridiquement protégé n'est en revanche pas une condition de la responsabilité (ch. 724).
- 1466 **2.** Le *risque caractéristique fondant la responsabilité* d'un ouvrage d'accumulation (le risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA) se concrétise lorsqu'un ouvrage d'accumulation laisse échapper de l'eau et que le niveau de l'eau dans la région en aval (note 167) s'élève soudain beaucoup et de manière artificielle.
- 1467 **a.** Lorsque de l'eau s'échappe anormalement (ch. 110–116) d'un ouvrage d'accumulation, on admettra en général que le risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA s'est concrétisé²⁵⁸², le double critère du « niveau de l'eau qui s'élève soudain beaucoup et de manière artificielle dans la région en aval » étant rempli. En revanche, tel ne sera pas le cas lorsque de l'eau s'échappe normalement (ch. 94–108). Il s'agit d'examiner, à l'aide du double critère du « niveau de l'eau qui s'élève soudain beaucoup et de manière artificielle dans la région en aval », si le risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA s'est effectivement concrétisé dans le cas d'espèce.
- 1468 **b.** Lorsque le risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA se concrétise parce que de l'eau s'échappe, le sujet de la responsabilité répond des dommages causés dans la région en aval par l'eau et/ou les matériaux solides qu'elle charrie (c'est-à-dire de la boue et/ou d'autres matériaux, ch. 555–556).
- 1469 **3.** Le *lien de causalité (adéquat)* entre la concrétisation du risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA et les dommages existe en principe lorsque de l'eau s'échappe d'un ouvrage d'accumulation et que le niveau de l'eau dans

2581 Ch. 543–726.

2582 Sont exclus par exemple les faits au sens du ch. 116.

la région en aval s'élève soudain beaucoup et de manière artificielle et que cette eau et/ou les matériaux solides qu'elle charrie causent un dommage.

Le sujet de la responsabilité ne répond toutefois pas des dommages au sens de l'art. 14 al. 1 LOA lorsqu'il prouve que les dommages résultent d'un des événements énumérés à l'art. 15 LOA (force majeure, faute grave du lésé ou actes de sabotage, de terrorisme ou de guerre).

7. Dans quelles conditions le sujet de la responsabilité au sens des art. 14 al. 2 LOA et art. 21 LOA répond-il aussi du coût des mesures de prévention du dommage ?²⁵⁸³

1. Le sujet de la responsabilité répond du coût des mesures de prévention du dommage en raison d'un *système de responsabilité double* :

- L'art. 14 al. 2 LOA prévoit une responsabilité de droit privé à raison du risque pour le coût des mesures de prévention du dommage prises par les particuliers (ch. 1429–1430).
- L'art. 21 LOA prévoit une responsabilité de droit public à raison du risque pour le coût des mesures de prévention du dommage prises par les autorités (ch. 1426–1428).

2. En vertu de l'art. 21 LOA, les autorités compétentes peuvent rendre une décision mettant les coûts des mesures prises directement (ch. 874 et 886–887) et indirectement (ch. 875 et 878–885) pour prévenir le dommage (coûts des mesures prises par les autorités pour prévenir un dommage) à la charge du sujet de la responsabilité si lesdites mesures sont nécessaires et proportionnées. La prévention du dommage est nécessaire lorsque le risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA d'un ouvrage d'accumulation soumis au régime de responsabilité de la LOA menace de se concrétiser sous peu et que les biens juridiques que sont l'intégrité corporelle, la vie et/ou la propriété des riverains en aval (note 167) sont menacés. Les mesures de prévention du dommage prises par les autorités sont proportionnées lorsqu'elles sont adéquates, nécessaires et proportionnées au sens strict.

a. Comme autre condition de la responsabilité, l'art. 21 LOA prévoit l'existence d'un lien de causalité (adéquat) entre la concrétisation imminente du risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA et les mesures de prévention du dommage prises par les autorités. Le lien de causalité adéquate fait

²⁵⁸³ Ch. 825–1059.

défaut lorsque le sujet de la responsabilité prouve que les coûts des mesures prises par les autorités pour prévenir un dommage relèvent d'un des événements énumérés à l'art. 15 LOA (force majeure, faute grave du lésé ou actes de sabotage, de terrorisme ou de guerre). Un comportement illicite du sujet de la responsabilité n'est pas une condition de la responsabilité.

1476 **b.** Les décisions prises en vertu de la LOA sont susceptibles de recours auprès du Tribunal administratif fédéral (art. 29 al. 1 LOA). Le sujet de la responsabilité peut donc recourir contre les décisions prises sur les coûts en vertu de l'art. 21 LOA (art. 44 PA) auprès du Tribunal administratif fédéral. Le recours n'est toutefois possible que si la décision en question est prise par une autorité fédérale. Lorsque ce sont des autorités communales ou cantonales qui prennent une décision, il n'est possible d'user des moyens de recours prévus par le droit procédural cantonal qu'auprès d'une instance de recours cantonale. Lorsque les moyens de recours cantonaux sont épuisés, un recours peut éventuellement être formé auprès du Tribunal fédéral contre les décisions rendues dans des causes de droit public (art. 82–89 LTF).

1477 **3.** Les particuliers dont les biens juridiques que sont l'intégrité corporelle, la vie et/ou la propriété sont menacés, ne peuvent faire porter par le sujet de la responsabilité les coûts induits par la prévention privée et proportionnée du dommage (en excluant le manque à gagner) (art. 14 al. 2 LOA), que si l'État les a obligés, au moyen de mesures de prévention indirectes, à prendre des mesures à titre privé. S'il ne l'a pas fait et que les particuliers ont pris ces mesures de leur propre initiative, ils ne peuvent pas en faire porter le coût par le sujet de la responsabilité. *A contrario*, le juge n'a pas à examiner si la prévention du dommage était nécessaire : la LOA considère en effet la nécessité des mesures privées de prévention du dommage comme indiscutable.

1478 Une autre condition de la responsabilité de l'art. 14 al. 2 LOA est l'existence d'un lien de causalité (adéquat) entre les coûts supportés par la personne menacée pour prévenir le dommage à titre privé et les mesures indirectes prises par les autorités pour prévenir le dommage. Peu importe que l'autorité qui ordonne les mesures administratives soit compétente ou que la prévention du dommage exécutée à titre privée soit vraiment nécessaire. On évite ainsi que le sujet de la responsabilité puisse se libérer de sa responsabilité en invoquant que les mesures administratives de prévention du dommage ont été prises par une autorité non compétente ou que les mesures privées n'étaient pas absolument nécessaires. Ce lien de causalité adéquat fait défaut quand le sujet de la responsabilité prouve que les coûts des mesures de prévention privées ont été engendrés par un des événements énumérés à l'art. 15 LOA (force

majeure, faute grave du lésé ou actes de sabotage, de terrorisme ou de guerre). Un comportement illicite du sujet de la responsabilité n'est pas en revanche une condition de la responsabilité.

8. Quelles mesures particulières l'État doit-il prendre en cas d'événement grave et de sinistre majeur ?²⁵⁸⁴

1. Après un *événement grave* (ch. 1432–1434) – dû à la concrétisation du 1479
risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA d'un ouvrage d'accumulation soumis au régime de responsabilité de la LOA –, le Conseil fédéral est tenu d'enquêter rapidement (ch. 1435–1436, art. 17 al. 1 LOA).

a. Il y a « événement grave » – qui n'est pas forcément un sinistre majeur au 1480
sens des art. 19 LOA et art. 20 LOA – lorsqu'un des deux critères suivants est rempli :

- Les biens juridiques d'un grand nombre de personnes ont été atteints. Tel 1481
est généralement le cas lorsque des localités ou quartiers entiers sont dévastés. La Suisse étant densément peuplée, un accident se produisant dans un ouvrage d'accumulation portera souvent atteinte aux biens juridiques d'un grand nombre de personnes.
- La région sinistrée est grande ou s'étend sur le territoire de plusieurs can- 1482
tons.

b. Le Conseil fédéral enquête sur les faits, en ce sens qu'il invite par publica- 1483
tion (dans la Feuille fédérale et d'autres médias) toutes les personnes lésées à annoncer leurs dommages (art. 17 al. 2 1^{re} phrase LOA). Les lésés peuvent le faire (avec la précision de la date et du lieu du sinistre) dans les trois mois suivant la publication et dans la forme prescrite auprès du service prévu à cet effet et fournir des preuves ou du moins rendre l'atteinte plausible (annonce de dommage). Le destinataire de l'annonce est tenu de vérifier les annonces reçues en temps utile. Sur la base des annonces reçues dans les délais, le Conseil fédéral est tenu d'établir une liste de tous les dommages annoncés (liste des dommages).

La liste des dommages aide les lésés à prouver le rapport de causalité 1484
naturelle entre la concrétisation du risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA et les dommages subis (art. 17 al. 2 2^e phrase LOA). En d'autres termes, elle facilite aux lésés l'administration des preuves. Il en ressort en effet

2584 Ch. 1108–1394.

que les atteintes portées aux biens juridiques (et qui sont à l'origine du dommage) l'ont été à proximité de l'ouvrage d'accumulation et le jour de l'accident.

- 1485 **2.** En cas de *sinistre majeur* (ch. 1438–1440) – provoqué par la (menace de) concrétisation du risque caractéristique au sens de l'art. 14 al. 1 LOA d'un ouvrage d'accumulation soumis au régime de responsabilité de la LOA –, l'Assemblée fédérale peut adopter un régime d'indemnisation (ch. 1441). Le Conseil fédéral peut le cas échéant arrêter des prescriptions particulières de droit des assurances (ch. 1442) ; ces prescriptions constituent, avec le régime d'indemnisation, le régime de sinistre majeur (art. 19 al. 1 à 4 LOA et art. 20 al. 1 et 2 LOA). Il est en outre tenu de prendre des mesures préventives (art. 19 al. 5 LOA).
- 1486 **a.** Il y a sinistre majeur, après un accident dans un ouvrage d'accumulation, lorsqu'il faut s'attendre à ce que :
- 1487 – les moyens financiers dont disposent les personnes auxquelles incombe la responsabilité des dommages (dommages corporels, matériels, immatériels et coûts des mesures de prévention privées et autres dommages) ou de leur couverture ne suffiront pas à satisfaire toutes les demandes de réparation (insuffisance de couverture); ou que
- 1488 – le grand nombre de lésés (et la complexité de la situation concrète, la durée estimée de la procédure et les ressources des tribunaux) ne permettra pas l'observation de la procédure ordinaire, c'est-à-dire à la procédure civile ordinaire au sens du CPC et aux créances au sens de la LP et de la loi fédérale réglant la poursuite pour dettes contre les communes et autres collectivités de droit public cantonal.
- 1489 **b.** Dans le *régime d'indemnisation*, qui fait l'objet d'une ordonnance parlementaire indépendante, l'Assemblée fédérale ne peut adopter que des prescriptions destinées à résoudre les problèmes qui se posent typiquement en cas de sinistre majeur. En cas de sinistre majeur dû à une insuffisance de couverture, l'Assemblée fédérale ne peut par conséquent prendre que des mesures pour éliminer l'insuffisance de couverture et assurer la juste répartition des moyens. Elle est tenue d'adopter des prescriptions concernant la juste répartition des moyens et peut, le cas échéant, adopter certaines prescriptions de procédure, créer une autorité fédérale d'application et verser des subventions fédérales. En cas de sinistre majeur entraînant l'inexécutabilité de la procédure ordinaire,

l'Assemblée fédérale est en revanche tenue d'adopter des prescriptions destinées à simplifier la procédure et par là même permettre la liquidation du sinistre. Elle peut en outre adopter certaines prescriptions de procédure et créer une autorité fédérale d'application.

c. En cas d'état d'urgence dû à une insuffisance de couverture – autrement dit lorsqu'un accident dans un ouvrage d'accumulation entraîne un état d'urgence comparable à un état de nécessité résultant de faits de guerre – les assureurs ne peuvent plus endosser les coûts. Pour cette raison, on doit utiliser les moyens dont disposent les personnes soumises à l'assurance obligatoire de manière appropriée et coordonnée. Dans un tel état d'urgence, le Conseil fédéral a le pouvoir d'arrêter des prescriptions dans les domaines de l'assurance privée (à l'exclusion de l'assurance responsabilité civile) et des assurances publiques (assurance sociale et assurances cantonales des bâtiments) dans une ordonnance de substitution indépendante qui comprend les mêmes effets que les clauses concernant le risque de guerre (ch. 1246) : (i) la modification de l'obligation de prêter des institutions d'assurance, (ii) la perception de primes de répartition auprès des preneurs d'assurance et (iii) la déduction des primes de répartition des prestations d'assurance. 1490

d. Lorsqu'il y existe un risque de sinistre majeur, le Conseil fédéral doit prendre des mesures préventives immédiatement après l'accident dans l'ouvrage d'accumulation sous la forme d'une ordonnance de substitution indépendante concernant toutes les créances pendantes relatives à des dommages-intérêts, compris en matière de tort moral. Grâce à ces mesures préventives, l'Assemblée fédérale et le Conseil fédéral conservent leur liberté de décision sans être mis devant le fait accompli. Elles permettant en outre de traiter tous les lésés à égalité. 1491

III. Versione italiana

1. Cosa s'intende per impianto di accumulazione ai sensi della LImA?²⁵⁸⁵

1. Per impianti di accumulazione ai sensi della definizione legale (art. 3 cpv. 1 LImA) s'intendono impianti per la ritenzione, l'accumulazione o il trattenimento (n. marg. 282–287) di acqua o materiale solido (n. marg. 69), composti da un'opera di sbarramento (almeno parzialmente) artificiale (n. marg. 73) e una ritenuta (almeno parzialmente artificiale). Gli impianti accessori 1492

2585 N. marg. 281–306.

(n. marg. 75–92) non fanno invece parte di un impianto di accumulazione ai sensi della legge. Il tipo (n. marg. 54–71) e la dimensione (n. marg. 160–165) sono irrilevanti per la qualifica di un'opera come impianto di accumulazione.

- 1493 **a.** Gli impianti di accumulazione sono opere ai sensi della responsabilità del proprietario di un'opera (art. 58 cpv. 1 CO). Infatti, l'opera di sbarramento è un'opera stabile connessa durevolmente con il suolo ed edificata (o fabbricata) artificialmente dall'uomo. Ma anche la ritenuta riempita (durevolmente o temporaneamente) con acqua o materiale solido è considerata, secondo la giurisprudenza del Tribunale federale, un'opera ai sensi dell'art. 58 cpv. 1 CO. La ritenuta è infatti impiantata artificialmente e può arrecare danni alle persone in seguito a modifiche permanenti del suolo. Pur non essendo parte di un impianto di accumulazione ai sensi della legge, anche gli eventuali impianti accessori sono considerati opere ai sensi della responsabilità del proprietario di un'opera.
- 1494 **b.** Non è considerato un impianto di accumulazione un'opera che non può ritenere, accumulare o trattenere acqua o materiale solido. Gli impianti di accumulazione messi fuori esercizio sono considerati impianti di accumulazione ai sensi della legge fintanto che ritengono, accumulano o trattengono acqua e materiale solido.
- 1495 **c.** Sono pertanto considerati impianti di accumulazione ai sensi della definizione legale le opere di sbarramento delle valli (n. marg. 56–57) e dei fiumi (n. marg. 58–60), i bacini di accumulazione per pompaggio (n. marg. 62), i bacini di sedimentazione (n. marg. 63) e i bacini per l'innevamento (n. marg. 64). Sono inoltre considerati impianti di accumulazione ai sensi della definizione legale anche reti e altre arginature leggere, traverse, sistemi idrici negli insediamenti nonché piscine, peschiere o stagni artificiali per i vigili del fuoco.
- 1496 **2.** Le situazioni venutesi a creare in seguito a eventi naturali (per esempio in seguito a una valanga, una colata detritica o una frana) che ritengono, accumulano o trattengono acqua non sono invece considerati impianti di accumulazione ai sensi della definizione legale. Anche i bacini di ritenzione naturali (per esempio laghi, stagni naturali o luoghi inondati) non sono considerati impianti di accumulazione ai sensi della legge, poiché non si tratta di opere edili. Se invece un bacino di ritenuta naturale è esteso per mezzo di un'opera di sbarramento, quest'ultima e il bacino di ritenuta naturale (ritenuta) sono considerati impianti di accumulazione ai sensi della definizione legale.

2. Quali impianti di accumulazione sottostanno alle norme sulla responsabilità della LImA?²⁵⁸⁶

1. Sotto il profilo *materiale* un impianto di accumulazione sottostà alle norme sulla responsabilità della LImA se sono soddisfatte due condizioni cumulative: l'impianto sottostà alla LImA (n. marg. 1401) e non serve esclusivamente alla protezione contro i pericoli naturali (n. marg. 1403). 1497

a. Un impianto di accumulazione ai sensi della definizione legale (n. marg. 1396–1400) sottostà automaticamente alla LImA se raggiunge o supera determinate dimensioni (art. 2 cpv. 1 LImA), a meno che l'autorità di vigilanza della Confederazione (n. marg. 168) abbia escluso, mediante decisione, l'impianto di accumulazione dal campo d'applicazione della LImA perché non presenta un potenziale di pericolo particolare (art. 2 cpv. 2 lett. b LImA). Viceversa, gli impianti di accumulazione ai sensi della definizione legale che non raggiungono o superano le dimensioni previste dalla legge non sottostanno alla LImA e quindi neppure alle norme sulla responsabilità della LImA. Un'eccezione a questo principio si applica agli impianti di accumulazione che, pur non raggiungendo o superando le dimensioni previste dalla legge, presentano un potenziale di pericolo particolare e che l'autorità di vigilanza della Confederazione ha assoggettato, mediante decisione, alla LImA (art. 2 cpv. 2 lett. a LImA). 1498

b. Gli impianti di accumulazione ai sensi della definizione legale che sono contemplati dal campo d'applicazione materiale della LImA sottostanno anche alle norme sulla responsabilità della LImA, tranne se servono esclusivamente alla protezione contro i pericoli naturali (art. 13 LImA). Sono considerati impianti di accumulazione ai sensi dell'art. 13 LImA quelli con un bacino di ritenuta (n. marg. 65–71). In caso di condizioni meteorologiche particolari servono infatti a ritenere acqua o materiale solido (n. marg. 69) e quindi proteggono le persone e la natura sottostante (nota 167) dai pericoli naturali. Per converso, gli impianti di accumulazione con un bacino di accumulazione²⁵⁸⁷ (n. marg. 56–64) sottostanno alle regole sulla responsabilità della LImA. 1499

2. Sotto il profilo *territoriale* sottostanno alle norme sulla responsabilità gli impianti di accumulazione nazionali (n. marg. 340), quelli binazionali (n. marg. 342) e quelli esteri (n. marg. 341). Se i danneggiati lo scelgono, il 1500

2586 N. marg. 307–329, 340–369 e 1063–1107.

2587 Vedi nota 129.

diritto materiale privato svizzero – e quindi anche le norme sulla responsabilità della LImA (art. 14 cpv. 1 e 2 LImA) – è applicabile agli incidenti internazionali di impianti di accumulazione (n. marg. 365) per i quali sono direttamente competenti su scala internazionale i tribunali svizzeri (art. 138 LDIP). La responsabilità di diritto pubblico per rischio secondo l'art. 21 LImA è applicabile automaticamente agli impianti di accumulazione nazionali. Inoltre, in virtù del principio dell'effetto, l'art. 21 LImA è applicabile automaticamente anche agli impianti di accumulazione binazionali e a quelli esteri, se questi costituiscono un pericolo diretto per beni giuridici ubicati in Svizzera.

3. Le norme sulla responsabilità della LImA si applicano all'intero impianto di accumulazione o soltanto a parti di esso?²⁵⁸⁸

- 1501 Le norme sulla responsabilità della LImA si applicano all'intero impianto di accumulazione (ossia all'opera di sbarramento, alla ritenuta e agli impianti accessori). È quindi irrilevante che i rischi di cui all'art. 14 cpv. 1 LImA di un impianto di accumulazione si realizzino (o minaccino di realizzarsi) nell'opera di sbarramento, negli impianti accessori o in un'altra parte dell'impianto.

4. In che modo lo Stato garantisce la sicurezza degli impianti di accumulazione e con quali misure riduce al minimo i rischi inerenti a un impianto di accumulazione?²⁵⁸⁹

- 1502 **1.** L'edificazione e la gestione di un impianto di accumulazione implica dei rischi (n. marg. 202–227). Poiché tuttavia lo Stato ritiene i rischi inerenti agli impianti di accumulazione accettabilmente esigui, in Svizzera è permessa l'edificazione e la gestione di impianti di accumulazione. Lo Stato è però tenuto a ridurre al minimo i relativi rischi.
- 1503 **2.** Lo Stato garantisce la sicurezza degli impianti di accumulazione (e quindi delle persone e della natura sottostanti, nota 167) per mezzo di tre misure. In primo luogo, la LImA contiene un piano di sicurezza per l'edificazione e la gestione degli impianti di accumulazione, di cui fanno parte in particolare un'edificazione sicura e la sorveglianza permanente dell'impianto (n. marg. 129–159). In secondo luogo, la vigilanza dello Stato garantisce il rispetto delle prescrizioni di sicurezza (n. marg. 160–175). In terzo luogo, in caso di rischio di incidente in un impianto di accumulazione, le autorità e i privati possono addebitare al soggetto della responsabilità secondo la LImA i

2588 N. marg. 330–339.

2589 N. marg. 126–176.

costi delle misure di prevenzione dei danni tese a impedire le lesioni di beni giuridici (n. marg. 176).

Le suddette tre misure (n. 1407) hanno due obiettivi. Da una parte, per mezzo di un piano di sicurezza lo Stato riduce al minimo i rischi inerenti agli impianti di accumulazione. Ma nonostante tale piano di sicurezza, gli impianti di accumulazione comportano un rischio residuale. Pertanto, poiché in Svizzera è permessa l'edificazione e la gestione di impianti di accumulazione, lo Stato cerca di contenere, mediante varie misure (per esempio piano d'emergenza o misure di difesa dai danni), il rischio residuale specifico inerente agli impianti di accumulazione su cui si fonda la responsabilità. Se tale rischio residuale specifico si realizza, il soggetto responsabile secondo la LImA risponde, in virtù della responsabilità per rischi di cui all'art. 14 cpv. 1 LImA, dei danni causati a persone e cose.

5. Chi risponde dei danni causati da un impianto di accumulazione soggetto alle norme sulla responsabilità della LImA?²⁵⁹⁰

1. Il soggetto della responsabilità della LImA ai sensi degli art. 14 cpv. 1 e 2 LImA e art. 21 LImA (soggetto responsabile) è la persona che possiede, costruisce o gestisce (gestore) un impianto di accumulazione. Se il gestore non è il proprietario dell'impianto di accumulazione, il proprietario risponde solidalmente con il gestore. Una persona è quindi considerata soggetto responsabile in quanto gestore (n. marg. 1410–1415) o in quanto proprietario (n. marg. 1416).

2. Nell'individuare il gestore la LImA distingue due fasi: la fase prima della messa in esercizio dell'impianto di accumulazione (n. marg. 1410–1411) e la fase a partire dalla messa in esercizio dell'impianto di accumulazione (n. marg. 1413–1415). In ciascuna fase possono essere considerati gestori e quindi soggetti responsabili più persone.

a. Prima della messa in esercizio di un impianto di accumulazione è considerato soggetto responsabile la persona che costruisce l'impianto (committente). Oltre alla costruzione stessa dell'impianto di accumulazione, è considerata attività di costruzione qualsiasi altro lavoro edile (per esempio lavori di ristrutturazione, ampliamento, manutenzione, ripristino, rinnovazione o smantellamento).

²⁵⁹⁰ N. marg. 409–540.

- 1508 Il committente è la persona che dispone la costruzione di un impianto di accumulazione, vale a dire i relativi lavori di pianificazione e di edificazione. Si tratta della persona (committente diretto) che al «livello più alto del contratto» ha un rapporto contrattuale con le persone coinvolte nella costruzione (per esempio pianificatore, appaltatore totale o generale). Se tale persona non è il vero promotore della costruzione dell'impianto di accumulazione, è considerata committente la persona che ha disposto indirettamente (per esempio tramite diversi soggetti di diritto) la costruzione dell'impianto, vale a dire la persona che ne ha dato l'incarico (committente indiretto).
- 1509 **b.** A partire dalla messa in esercizio dell'impianto di accumulazione è considerato soggetto responsabile la persona che possiede (possessore) o che gestisce (gestore in senso stretto) l'impianto di accumulazione:
- 1510 – *Il possessore* di un impianto di accumulazione è la persona che possiede gli strumenti tecnici che gli conferiscono il potere effettivo di disporre dell'impianto (per esempio chiavi o codici d'accesso). Inoltre, il possessore degli strumenti tecnici deve sapere quali sono gli impianti di accumulazione per i quali detti strumenti gli conferiscono il potere di disporre. Altri indizi per il possesso di un impianto di accumulazione sono ad esempio la manutenzione e la riparazione (n. marg. 150) nonché la sorveglianza (n. marg. 152) dell'impianto. Per gli impianti di accumulazione di piccole dimensioni, composti esclusivamente da un'opera di sbarramento e una ritenuta e che quindi non dispongono di impianti accessori e di recinzioni o simili, non vi sono strumenti tecnici che conferiscono il potere effettivo di disporre dell'impianto. In tal caso è considerato possessore la persona che (i) sa dove si trova l'impianto di accumulazione e (ii) provvede alla manutenzione e alla riparazione nonché alla sorveglianza dell'impianto.
- 1511 – *Il gestore in senso stretto* è la persona che trae direttamente un vantaggio economico dall'impianto di accumulazione. Per vantaggio economico s'intende un afflusso (futuro) di denaro (per esempio introiti d'esercizio); in tale contesto è irrilevante che il gestore in senso stretto persegua o meno un profitto. È pure irrilevante a rischio di chi è gestito l'impianto di accumulazione. È inoltre considerato gestore in senso stretto la persona in grado di decidere se intende gestire l'impianto di accumulazione. Si tratta della persona che ha il potere di impartire ordini al personale necessario per l'esercizio dell'impianto e il potere effettivo di disporre delle necessarie cose mobili.

3. In virtù del principio di accessione è considerato proprietario di un impianto di accumulazione il proprietario del fondo. Se un impianto di accumulazione è costruito in diritto di superficie, il proprietario dell'impianto non è quello del fondo su cui si trova l'impianto bensì il titolare del diritto di superficie (proprietario dell'opera). In entrambi i casi più persone possono essere considerate proprietarie dell'impianto di accumulazione e quindi soggetti responsabili. 1512

6. A quali condizioni il soggetto responsabile è chiamato a rispondere dei danni secondo l'art. 14 cpv. 1 causati da un impianto di accumulazione?²⁵⁹¹

1. Il soggetto responsabile risponde dei danni (danni a persone o cose o danni immateriali) secondo l'art. 14 cpv. 1 LImA se sono causati dalla realizzazione di un rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA (n. marg. 1418–1420) e se sussiste un nesso causale (adeguato) tra la realizzazione del rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA e il danno (n. marg. 636–651). L'illiceità della violazione del bene giuridico non è invece una condizione per la responsabilità (n. marg. 724). 1513

2. Il *rischio caratteristico* di un impianto di accumulazione *su cui si fonda la responsabilità* (rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA) si realizza se dall'impianto fuoriescono masse d'acqua che provocano in modo improvviso e innaturale un forte aumento del livello dell'acqua nelle aree sottostanti (nota 167). 1514

a. Se da un impianto di accumulazione fuoriescono masse d'acqua in modo irregolare (n. marg. 110–116) si realizza di norma²⁵⁹² il rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA, poiché è soddisfatto il duplice criterio «forte aumento improvviso e innaturale del livello dell'acqua nelle aree sottostanti». Il rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA non si realizza invece con ogni fuoriuscita regolare (n. marg. 94–108) di acque. Nel caso concreto, occorre esaminare per mezzo del duplice criterio «forte aumento improvviso e innaturale del livello dell'acqua nelle aree sottostanti» se il rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA si è effettivamente realizzato. 1515

b. Se, in seguito alla fuoriuscita di masse di acqua, si realizza il rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA, il soggetto responsabile risponde 1516

²⁵⁹¹ N. marg. 543–726.

²⁵⁹² Sono eccettuate per esempio le fattispecie ai sensi del n. marg. 116.

del danno causato nelle aree sottostanti dalle masse d'acqua e/o dal materiale solido da esse trascinato (fango e/o altro materiale n. marg. 555–556).

1517 **3.** In linea di massima sussiste un *nesso causale (adeguato)* tra la realizzazione del rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA e il danno se dall'impianto di accumulazione fuoriescono masse d'acqua che conducono a un forte aumento improvviso e innaturale del livello dell'acqua nelle aree sottostanti e che causano in seguito danni dovuti alla fuoriuscita dell'acqua e/o del materiale solido da questa trascinata.

1518 Il soggetto responsabile non è tuttavia chiamato a rispondere del danno secondo l'art. 14 cpv. 1 LImA se dimostra che quest'ultimo è stato causato da uno degli eventi elencati all'art. 15 LImA (forza maggiore, colpa grave del danneggiato o atti di sabotaggio, di terrorismo o di guerra).

7. A quali condizioni il soggetto responsabile è chiamato a rispondere secondo gli art. 14 cpv. 2 LImA e art. 21 LImA delle spese per prevenire i danni?²⁵⁹³

1519 **1.** Il soggetto responsabile risponde delle spese di prevenzione dei danni secondo un *sistema di responsabilità duale*:

1520 – l'art. 14 cpv. 2 LImA sancisce la responsabilità di diritto privato per le spese tese a prevenire i danni (n. marg. 1429–1430);

1521 – l'art. 21 LImA sancisce la responsabilità di diritto pubblico per le spese delle autorità tese a prevenire i danni (n. marg. 1426–1428).

1522 **2.** In virtù dell'art. 21 LImA, le autorità che secondo il diritto amministrativo sono competenti per la prevenzione dei danni possono accollare, mediante decisione, al soggetto responsabile le spese per le misure tese a prevenire direttamente (n. marg. 874 e 886–887) o indirettamente (n. marg. 875 und 878–885) i danni, se dette misure sono necessarie e proporzionali. La prevenzione dei danni è necessaria se il rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA di un impianto di accumulazione sottostante alle norme sulla responsabilità della LImA minaccia di realizzarsi a breve termine mettendo in pericolo i beni giuridici (vita, integrità fisica e/o proprietà) delle persone sottostanti (nota 167). Le misure delle autorità tese a prevenire i danni sono proporzionali se sono adeguate, necessarie e proporzionali in senso stretto.

2593 N. marg. 825–1059.

a. Un'ulteriore condizione per la responsabilità di cui all'art. 21 LImA è l'esistenza di un nesso causale (adeguato) tra il rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA che minaccia di realizzarsi e le misure adottate dalle autorità per prevenire i danni. Tale nesso causale adeguato non sussiste se il soggetto responsabile dimostra che le spese delle autorità per prevenire i danni sono causate da uno degli eventi enumerati dall'art. 15 LImA (forza maggiore, colpa grave del danneggiato o atti di sabotaggio, di terrorismo o di guerra). Un comportamento illecito del soggetto responsabile non costituisce invece una condizione della responsabilità. 1523

b. Le decisioni prese in virtù della LImA possono essere impugnate con ricorso al Tribunale amministrativo federale (art. 29 cpv. 1 LImA). Il soggetto responsabile può pertanto presentare ricorso (art. 44 PA) presso il Tribunale amministrativo federale contro una decisione sulle spese emanata in virtù dell'art. 21 LImA. Ma questo vale soltanto la decisione è emanata da un'autorità federale. Contro una decisione sulle spese in virtù dell'art. 21 LImA emanata da un'autorità comunale o cantonale l'interessato può invece avvalersi dei rimedi giuridici previsti dal diritto procedurale cantonale e impugnare la decisione dinanzi a un'autorità di ricorso cantonale, ma non dinanzi al Tribunale amministrativo federale. Se i rimedi giuridici cantonali sono esauriti, l'interessato può, all'occorrenza, presentare ricorso in causa di diritto pubblico (art. 82–89 LTF) dinanzi al Tribunale federale. 1524

3. I privati, ossia le persone i cui beni giuridici (integrità fisica, vita e/o proprietà) sono minacciati (titolari dei beni giuridici), possono accollare le spese risultanti dalle misure proporzionali private per prevenire i danni (eccettuato il mancato guadagno) al soggetto responsabile secondo l'art. 14 cpv. 2 LImA soltanto se lo Stato ha loro imposto, mediante misure indirette di prevenzione dei danni, di adottare siffatte misure. Se le misure sono state adottate su iniziativa privata, senza che lo Stato l'abbia ordinato, i privati non possono addebitare al soggetto responsabile le relative spese in virtù dell'art. 14 cpv. 2 LImA. Per contro il giudice non deve valutare la necessità delle misure di prevenzione dei danni, poiché la LImA finge tale necessità. 1525

Un'ulteriore condizione per la responsabilità secondo l'art. 14 cpv. 2 LImA è che vi sia un nesso causale tra le spese per le misure private tese a prevenire i danni e le misure indirette delle autorità tese a prevenire i danni. È invece irrilevante che l'autorità che ha ordinato le misure tese a prevenire i danni sia competente in materia o che la prevenzione privata dei danni sia stata necessaria. In tal modo si impedisce che il soggetto responsabile possa liberarsi dalla sua responsabilità adducendo che le misure di prevenzione dei danni 1526

sono state ordinate da un'autorità che non era competente o che le misure private non erano necessarie. Il nesso causale adeguato è assente se il soggetto responsabile dimostra che le spese delle misure private per prevenire i danni sono dovute a uno degli eventi enumerati dall'art. 15 LImA (forza maggiore, colpa grave del danneggiato o atti di sabotaggio, di terrorismo o di guerra). Un comportamento illecito del soggetto responsabile non costituisce invece una condizione della responsabilità.

8. Quali misure particolari deve adottare lo Stato in caso di sinistro di una certa gravità e di grande sinistro?²⁵⁹⁴

- 1527 **1.** In caso di *sinistro di una certa gravità* (n. marg. 1432–1434) – verificatosi a causa della realizzazione del rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA di un impianto di accumulazione sottostante alle norme sulla responsabilità della LImA – il Consiglio federale è tenuto ad accertare i fatti subito dopo l'incidente (n. marg. 1435–1436, art. 17 cpv. 1 LImA).
- 1528 **a.** Sussiste un «sinistro di una certa gravità» – che non deve costituire un grande sinistro ai sensi degli art. 19 LImA e art. 20 LImA – se è soddisfatto uno dei seguenti criteri:
- 1529 – sono stati violati i beni giuridici di molte persone ossia vi sono molti danneggiati. Ciò è solitamente il caso se sono devastati interi quartieri, intere parti di località o intere località. Poiché la Svizzera è densamente popolata, è verosimile che in caso di incidente in un impianto di accumulazione siano violati i beni giuridici di molte persone;
- 1530 – la regione sinistrata è grande o i danni si estendono sul territorio di più Cantoni.
- 1531 **b.** Il Consiglio federale accerta i fatti ingiungendo per diffida pubblica (nel Foglio federale e in altre pubblicazioni) a tutte le persone che hanno subito un danno di notificarlo (art. 17 cpv. 2 primo periodo LImA). I danneggiati possono notificare, dimostrare o almeno rendere plausibile al servizio competente, entro tre mesi dalla diffida pubblica e nella forma prevista, la violazione dei beni giuridici (notificazione del danno). Il destinatario della notificazione del danno è tenuto a valutarla entro i termini previsti. Il Consiglio federale è tenuto a compilare un elenco di tutti i danni notificati entro i termini previsti (elenco dei danni).

2594 N. marg. 1108–1394.

L'elenco dei danni aiuta i danneggiati a dimostrare il nesso causale naturale tra la realizzazione del rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA e il danno subito (art. 17 cpv. 2 secondo periodo LImA). In altre parole, l'elenco dei danni agevola l'adduzione delle prove da parte dei danneggiati. Ne risulta infatti che le violazioni dei beni giuridici (alla fonte del danno) si sono verificate nelle vicinanze dell'impianto di accumulazione e il giorno dell'incidente nell'impianto. 1532

2. In caso di *grande sinistro* (n. marg. 1438–1440) – verificatosi a causa della realizzazione (imminente) del rischio caratteristico ai sensi dell'art. 14 cpv. 1 LImA di un impianto di accumulazione sottostante alle norme sulla responsabilità della LImA – l'Assemblea federale può stabilire un ordinamento sulle indennità (n. marg. 1441). All'occorrenza, il Consiglio federale può emanare disposizioni particolari di diritto assicurativo (n. marg. 1442); insieme all'ordinamento sulle indennità, tali disposizioni particolari di diritto assicurativo costituiscono l'ordinamento sui grandi sinistri (art. 19 cpv. 1–4 LImA e art. 20 cpv. 1 e 2 LImA). Il Consiglio federale è inoltre tenuto ad adottare provvedimenti cautelari (art. 19 cpv. 5 LImA). 1533

a. Vi è grande sinistro se in caso di incidente in un impianto di accumulazione è prevedibile che: 1534

- i mezzi disponibili delle persone civilmente responsabili e di quelle tenute alla copertura dei danni (danni alle persone, danni alle cose, danni immateriali e spese per prevenire i danni nonché qualsiasi altro danno al patrimonio) non bastino a soddisfare tutte le pretese (copertura insufficiente); 1535
o
- la procedura ordinaria – ossia la procedura civile ordinaria secondo il CPC e l'esecuzione delle pretese secondo la LEF e la legge federale sull'esecuzione per debiti contro i Comuni e altri enti di diritto pubblico cantonale – non possa essere applicata (inattuabilità della procedura ordinaria) a causa del numero elevato di danneggiati (e della complessità dei fatti, della prevedibile durata del procedimento giudiziario e delle risorse disponibili dei tribunali). 1536

b. Nell'*ordinamento sulle indennità*, che costituisce un'ordinanza parlamentare dipendente, l'Assemblea federale può emanare soltanto disposizioni che risolvono i problemi che si pongono tipicamente nel caso di un grande sinistro concreto. In caso di grande sinistro in seguito a copertura insufficiente, l'As- 1537

semblea federale può pertanto solo adottare misure tese a eliminare la copertura insufficiente e a garantire un'equa ripartizione dei mezzi. È quindi tenuta a emanare disposizioni sull'equa ripartizione dei mezzi e può, all'occorrenza, emanare determinate disposizioni procedurali, istituire un'autorità federale di esecuzione e versare contributi federali. In caso di grande sinistro in seguito a inapplicabilità della procedura ordinaria, invece, l'Assemblea federale è tenuta a emanare disposizioni tese a semplificare la procedura e quindi anche il trattamento dei casi di danno. Anche in questo caso può prevedere determinate disposizioni procedurali e istituire un'autorità federale un'autorità federale di esecuzione.

- 1538 **c.** In caso di stato di necessità in seguito a copertura insufficiente – ossia se un incidente in un impianto di accumulazione crea uno stato di necessità paragonabile a quello di uno Stato – gli assicuratori non possono più farsi carico dei costi. Per tale motivo le risorse di cui dispongono le persone assoggettate all'obbligo di assicurazione devono essere impiegate in modo appropriato e coordinato. In un tale stato di necessità il Consiglio federale è autorizzato ad emanare in un'ordinanza dipendente sostitutiva di una legge disposizioni nell'ambito delle assicurazioni private (assicurazione di responsabilità civile esclusa) e delle assicurazioni di diritto pubblico (assicurazioni sociali e assicurazioni sugli immobili) che esplicano gli stessi effetti di una clausola di guerra (n. marg. 1254): (i) il mutamento dell'obbligo di prestazione degli assicuratori, (ii) la riscossione di premi di ripartizione dovuti agli stipulanti e (iii) la deduzione dei premi di ripartizione dalle prestazioni dell'assicurazione.
- 1539 **d.** In presenza di un potenziale grande sinistro, immediatamente dopo l'incidente nell'impianto di accumulazione il Consiglio federale è tenuto ad adottare in un'ordinanza dipendente sostitutiva di una legge delle misure riguardanti tutte le pretese di risarcimento dei danni e di riparazione avanzate ma non ancora soddisfatte. Grazie a tali misure preventive l'Assemblea federale e il Consiglio federale conservano la propria libertà decisionale e non si trovano di fronte a un fatto compiuto. È inoltre garantito che tutti i danneggiati siano trattati in modo equo sotto il profilo del diritto.

IV. English version

1. What is a water-retaining facility as defined by the WRFA?²⁵⁹⁵

1. According to the legal definition (Art. 3[1] WRFA), water-retaining facilities are installations consisting of a man-made (at least in part) structural barrier (para. 73) and man-made (at least in part) storage capacity (para. 74), that dam, store or retain (paras. 282–287) water and solid matter (para. 69). Under this legal definition, auxiliary works (paras. 75–92) do not form part of a water-retaining facility. The type (paras. 54–71) and size (paras. 160–165) of a structure are not relevant to its classification as a water-retaining facility. 1540

a. Water-retaining facilities are deemed to be structures for the purposes of property owner liability, as laid down in Art. 58(1) CO. This is because the structural barrier is a stable structure that is fixed permanently into the ground and constructed (or manufactured) artificially by human hand. However, according to Federal Supreme Court precedent the storage capacity that is filled (temporarily or permanently) with water and solid matter is also deemed to be a structure under Art. 58(1) CO. Specifically, the storage capacity is a man-made facility and may cause damage to persons as a result of permanent changes in the soil. Although, under the legal definition, auxiliary works do not form part of a water-retaining facility, where they exist, they are deemed to be structures for the purposes of property owner liability. 1541

b. A structure that cannot dam, store or retain water or solid matter is not classified as a water-retaining facility. Decommissioned water-retaining facilities continue to be deemed water-retaining facilities under the legal definition for as long as they are able to dam, store or retain water and solid matter. 1542

c. The legal definition of water-retaining facilities thus applies to dams across valleys (*Talsperren*, paras. 56–57), weirs (paras. 58–60), pumped-storage basins (para. 62), sedimentation basins (para. 63) and snowmaking basins (para. 64). However, nets and other light structures, embankments, facilities used for urban water systems and swimming pools, as well as fish and fire water ponds, are all classified as water-retaining facilities under the legal definition. 1543

2. Conditions created by nature, such as following an avalanche, mudslide or landslide, that dam, store or retain water are not classified as water-retaining 1544

²⁵⁹⁵ Paras. 281–306.

facilities under the legal definition. Owing to the absence of a structure, natural retention areas such as lakes, ponds and flood plains are not deemed water-retaining facilities, either. However, if the storage capacity of a natural retention area is increased by a structural barrier, it and the natural retention area (storage capacity) together are designated under the legal definition as a water-retaining facility.

2. What water-retaining facilities are subject to liability under the WRFA?²⁵⁹⁶

- 1545 **1.** *Objectively*, a water-retaining facility is subject to the liability regime determined in the WRFA if it satisfies two conditions simultaneously: the facility itself is subject to the WRFA (para. 1402), and it does not serve the sole purpose of protecting against natural hazards (para. 1403).
- 1546 **a.** Under the legal definition (paras. 1396–1400), a water-retaining facility is automatically subject to the WRFA if it corresponds to or exceeds certain size parameters (Art. 2[1] WRFA), unless the federal supervisory authority (para. 168) has excluded the facility by order from the scope of the WRFA because it does not hold any particular risk potential (Art. 2[2][b] WRFA). By implication then, water-retaining facilities that satisfy the legal definition are subject to neither the WRFA nor the WRFA liability regime if they do not correspond to or exceed the statutory size parameters. An exception to this principle applies to water-retaining facilities that do not correspond to or exceed such parameters but still hold particular risk potential, and which the federal supervisory authority has declared by order to be subject to the WRFA (Art. 2[2][a] WRFA).
- 1547 **b.** Water-retaining facilities as per the legal definition that fall within the objective scope of the WRFA are also subject to the WRFA liability regime unless they serve the sole purpose of protecting against natural hazards (Art. 13 WRFA). Water-retaining facilities as referred to in Art. 13 WRFA are those with a retention basin (paras. 65–71). Their specific purpose is to retain water and solid matter (para. 69) in the event of special weather conditions, and thereby protect those downstream (fn. 167) against natural hazards. By implication, water-retaining facilities with a retention basin²⁵⁹⁷ (paras. 56–64) are thus subject to the WRFA liability regime.

2596 Paras. 307–329, 340–369 and 1063–1107.

2597 See fn. 129.

2. In *geographical* terms, domestic water-retaining facilities (para. 340), bi-national water-retaining facilities (para. 342), and foreign water-retaining facilities (para. 341) are all subject to the WRFA liability regime. Substantive Swiss private law – and thus the WRFA liability regime (Art. 14[1] and [2] WRFA) – is applicable to international water-retaining facility failures (para. 365) over which Swiss courts have direct international jurisdiction should the injured parties so choose (Art. 138 IPLA). Strict liability under public law, as described in Art. 21 WRFA, applies automatically to domestic water-retaining facilities. Owing to the effects doctrine, however, Art. 21 WRFA also applies to bi-national and foreign water-retaining facilities if these present an imminent threat to legally protected interests in Switzerland. 1548

3. Is the entire water-retaining facility – or only individual parts thereof – subject to liability under the WRFA?²⁵⁹⁸

The entire water-retaining facility, i.e. the structural barrier, storage capacity and auxiliary works, is subject to the WRFA liability regime. It is thus irrelevant whether the characteristic risk of such a facility, as referred to in Art. 14(1) WRFA, materialises (or threatens to materialise) in the structural barrier, in the auxiliary works, or elsewhere. 1549

4. How does the government ensure the safety of water-retaining facilities, and what measures does it take to minimise the risks inherent in a water-retaining facility?²⁵⁹⁹

1. Risks are attached to the construction and operation of water-retaining facilities (paras. 202–227). The government nonetheless regards this inherent risk as acceptably small, which is why such facilities may be constructed and operated in Switzerland. That said, the government has an obligation to minimise the inherent risk involved. 1550

2. The government employs three measures to ensure the safety of water-retaining facilities, and thus to protect those downstream (fn. 167). Firstly, the WRFA contains a safety concept for the construction and operation of those facilities, which specifically includes safe construction methods and continuous monitoring (paras. 129–159). Secondly, government supervision ensures compliance with the safety regulations (paras. 160–175). Thirdly, in the event of an imminent threat of failure, the authorities and private individuals may 1551

2598 Paras. 330–339.

2599 Paras. 126–176.

pass the costs of measures to prevent damage or loss to legally protected interests on to the subject of liability under the WRFA (para. 176).

- 1552 These measures (para. 1407) have two objectives: the first is for the government to minimise the risk inherent in the water-retaining facility by means of the safety concept. Despite this concept, such facilities present a residual risk. Thus, secondly, since the construction and operation of water-retaining facilities is permitted in Switzerland, the government endeavours to control the characteristic, inherent residual risk that gives rise to the liability. It does so using a variety of measures, such as an emergency concept, or defence measures to protect against damage. Should the characteristic inherent residual risk in the water-retaining facility that gives rise to the liability materialise, the subject of liability under the WRFA is liable in accordance with the strict liability of Art. 14(1) WRFA for the personal injury and property damage caused.

5. Who is liable for a water-retaining facility that is subject to the WRFA liability regime?²⁶⁰⁰

- 1553 **1.** The subject of the WRFA liability regime according to Art. 14(1) and (2) WRFA and Art. 21 WRFA (subject of liability) is the person or entity²⁶⁰¹ which owns, constructs or operates a water-retaining facility (the operator). If the operator is not the possessor of the facility, the possessor and the operator are held jointly and severally liable. An entity is thus subject to liability either in its capacity as operator (paras. 1410–1415) or in its capacity as possessor (para. 1416).
- 1554 **2.** In establishing the operator, the WRFA distinguishes between two phases: that before the facility is commissioned (paras. 1411–1412) and that after it (paras. 1413–1415). At each phase, one or more entities may be deemed operators, and thus the/a subject of liability.
- 1555 **a.** Before the facility is commissioned, the subject of liability is the entity constructing it (the developer). Construction activity refers not only to the building of the water-retaining facility itself, but also to any other construction measures, such as conversion, extension, maintenance, rebuilding, renovation or dismantling work.

2600 Paras. 409–540.

2601 Translator's note: 'Entity' as used here refers to both natural persons and legal entities.

The developer is the entity that has a facility built, i.e. that instigates the corresponding planning and construction work. It is the entity that has a contractual relationship at the highest level with the entities involved in construction, such as planners, sole contractors or general contractors (i.e. the direct developer). If this entity is not the actual initiator of the facility's construction, the entity that initiated (ordered) its construction indirectly, e.g. via several different legal subjects, is also deemed to be the (indirect) developer. 1556

b. Once the facility has been commissioned, the entity which possesses (possessor) or operates (operator in the narrower sense) that facility is deemed subject to liability: 1557

- The *possessor* of a facility is the entity that possesses the technical means that effectively give them control over the facility, such as the keys or access codes. In addition, the holder of these technical means must know over which facility those technical means give them effective control. Further indicators of possession of a water-retaining facility are the maintenance and repair (para. 150) and monitoring (para. 152) of that facility. In the case of smaller facilities consisting only of a structural barrier and storage capacity, but no auxiliary works, perimeter fencing or similar, there are no technical means which confer effective control over the facility. In this case, the possessor is deemed to be the entity which (i) knows the location of the water-retaining facility, and (ii) maintains or repairs and monitors that facility. 1558
- The *operator in the narrower sense* is the entity that indirectly draws economic benefit from the water-retaining facility. 'Economic benefit' refers here to (future) inflows of funds, in the form of operating revenue, for example. Whether or not the operator in the narrower sense pursues a profit is immaterial. At whose risk the facility is operated is also irrelevant. Those entities that are able to decide whether or not they wish to operate the water-retaining facility are also deemed to be operators in the narrower sense. These are entities that have the authority to issue instructions to those individuals or entities required to operate the entity and that have effective control over the necessary moveable property. 1559

3. Based on the principle of accession, the possessor of a water-retaining facility is deemed to be the owner of the land. If a facility is erected on a leasehold basis, the possessor of that facility is not the owner of the land on which it stands, but the leaseholder (holder of building rights), i.e. the person or entity 1560

that possesses the structure. In both cases, several entities may be classified as the possessors of the facility, and thus be subject to liability.

6. Under what conditions is the subject of liability liable under Art. 14(1) WRFA for the damage caused by a water-retaining facility?²⁶⁰²

- 1561 **1.** The subject of liability is liable for damage under Art. 14(1) WRFA (personal injury, property damage and non-pecuniary loss) if that damage is caused by the materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA (paras. 1418–1420), and if there is (adequate) causality between the materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA and the damage in question (paras. 636–651). The unlawful nature of damage to a legally protected interest is not a condition of liability, however (para. 724).
- 1562 **2.** The *characteristic risk of a water-retaining facility that gives rise to liability* (the characteristic risk referred to in Art. 14[1] WRFA) materialises if water leaks from the facility, causing a sudden and unnaturally rapid rise in the water level in the downstream area (fn. 167).
- 1563 **a.** In the case of an abnormal leak (para. 110–116) from a water-retaining facility, the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA will in all probability materialise²⁶⁰³, because the dual criterion of a "sudden and unnaturally rapid rise in the water level in the downstream area" is fulfilled. By contrast, not every normal (para. 94–108) leak will result in the materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA. The dual criterion of a "sudden and unnaturally rapid rise in the water level in the downstream area" must be applied to determine whether or not the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA actually materialised in the case in question.
- 1564 **b.** If the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA materialises owing to a water leak, the subject of liability is liable for the damage in the downstream area caused by the water and/or the solid matter (i.e. mud and/or other materials, paras. 555–556) that is carried along with it.
- 1565 **3.** The presence of (*adequate*) *causality* between the materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA and the damage must fundamentally be accepted if water leaks from a water-retaining facility and the

2602 Paras. 543–726.

2603 Except for, e.g., fact patterns referred to in para 116.

water level in the downstream area experiences a sudden and unnaturally rapid rise as a result, leading to damage being caused by the water and/or solid matter that leaked.

However, the subject of liability is not liable for damage under Art. 14 (1) WRFA if it can prove that the damage was caused by one of the events listed in Art. 15 WRFA (force majeure, gross negligence on the part of the injured person, sabotage, acts of terrorism or acts of war).

7. Under what conditions is the subject of liability liable under Art. 14(2) WRFA and Art. 21 WRFA for the costs of defences against damage?²⁶⁰⁴

1. The subject of liability is liable for the costs of defence measures to protect against damage under a *dual system of liability*:

- Art. 14(2) WRFA codifies strict liability under private law for the costs of private defence measures (paras. 1429–1430).
- Art. 21 WRFA codifies strict liability under public law for the costs of defence measures taken by the authorities (paras. 1426–1428).

2. Under Art. 21 WRFA, the authorities responsible under administrative law for defence measures may pass on the costs they incur for direct (paras. 874 and 886–887) and indirect (paras. 875 und 878–885) defence measures, i.e. the costs of official defences, by order to the subject of liability, providing the official defence measures are both necessary and reasonable. Defence measures are deemed necessary if the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA that is attached to a water-retaining facility that is subject to the WRFA liability regime threatens to materialise imminently, thus putting at risk the legally protected interests of those downstream (fn. 167), i.e. life, limb and/or property. Measures on the part of the authorities to protect against damage are deemed reasonable if they are suitable, necessary and proportionate (reasonable in the narrower sense).

a. A further condition of liability under Art. 21 WRFA is the presence of (adequate) causality between the imminent threat of the materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA, and the official defence measures that have been taken. This adequate causal relationship does not exist if the subject of liability can prove that the costs of official defence measures

²⁶⁰⁴ Paras. 825–1059.

were caused by one of the events listed in Art. 15 WRFA, i.e. force majeure, gross negligence on the part of the injured person, sabotage, acts of terrorism or acts of war. Unlawful conduct on the part of the subject of liability does not constitute a condition of liability, however.

- 1572 **b.** Appeals against orders issued on the basis of the WRFA may be filed with the Federal Administrative Court (Art. 29[1] WRFA). The subject of liability may therefore appeal to the Federal Administrative Court against cost orders issued on the basis of Art. 21 WRFA (Art. 44 APA). This applies only if a federal authority has issued that cost order, however. If authorities at commune or cantonal level have issued such cost orders based on Art. 21 WRFA, the legal remedies provided for in cantonal procedural law may be pursued before a cantonal appellate authority, but not before the Federal Administrative Court. Once legal remedies at cantonal level have been exhausted, under certain circumstances an appeal in public law matters (Arts. 82–89 FSCA) may be lodged with the Federal Supreme Court.
- 1573 **3.** Private individuals, i.e. those whose legally protected interests in life, limb and/or property are under threat (the holders of the legal interest) are able to pass on the costs incurred for reasonable private defence measures (with the exception of lost profits) to the subject of liability under Art. 14(2) WRFA only if the government has obliged them by means of indirect defence measures to take private action to protect against damage. If the government has not done so, and the private individuals have taken measures to protect against damage on their own initiative, these individuals are not able to invoke Art. 14(2) WRFA to pass the costs incurred for private defence measures on to the subject of liability. However, the judge does not have to examine whether or not the defence measures were necessary, because the WRFA simply implies that this condition applies to private defence measures.
- 1574 A further condition of liability under Art. 14(2) WRFA is the presence of (adequate) causality between the costs of private defence measures incurred by the individual who is under threat, and the indirect measures to protect against damage taken by the authorities. Whether the ordering authority was competent to take measures to protect against damage, or whether private defence measures were at all necessary, is irrelevant. This avoids the subject of liability being able to evade its liability on the grounds that official measures to protect against damage were taken by an authority with no competence to do so, or that the private defence measures were entirely unnecessary. This adequate causal relationship does not exist if the subject of liability can prove that the costs of private defence measures were caused by one of the events

listed in Art. 15 WRFA, i.e. force majeure, gross negligence on the part of the injured person, sabotage, acts of terrorism or acts of war. Unlawful conduct on the part of the subject of liability does not constitute a condition of liability, however.

8. What special measures must the government take if there is a major event and large-scale damage?²⁶⁰⁵

1. If there is a *major damage event* (paras. 1432–1434) that occurred because of the materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA that is attached to a water-retaining facility subject to the WRFA liability regime, the Federal Council must order an investigation soon after the facility has failed (paras. 1435–1436, Art. 17[1] WRFA). 1575

a. A 'major damage event' – which need not necessarily result in large-scale damage as described in Art. 19 WRFA and Art. 20 WRFA – is deemed to have occurred when one of the following two criteria has been met: 1576

- The legally protected interests of many individuals have been violated, i.e. there are a large number of injured parties. This is often the case where entire neighbourhoods, districts or villages have been destroyed. With Switzerland being so densely populated, the failure of a water-retaining facility will commonly violate the legally protected interests of many people. 1577
- The area of the damage is large or extends across several cantonal territories. 1578

b. The Federal Council investigates the case by making a public announcement (in the Federal Gazette and other media) requesting every person who has suffered damage to report that damage (Art. 17[2] 1st sentence WRFA). Injured parties may report the violation of their interests (including the place and date) in the prescribed form to the prescribed office within three months of the public announcement. They must provide evidence or at least a credible case, such as a loss report. The recipient of the loss report must verify reports that are received in due time. Based on the loss reports that have been submitted by the three-month deadline, the Federal Council must draw up a schedule of all the damage claims that have been made. This is referred to as the damage register. 1579

²⁶⁰⁵ Paras. 1108–1394.

- 1580 The damage register helps the injured parties prove the natural causality between the materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14 (1) WRFA and the damage that has been incurred (Art. 17[2] 2nd sentence WRFA). In other words, the damage register makes it easier for the injured parties to provide evidence. Specifically, the register states that the violations of legally protected interests (on the basis of which the damage was caused) occurred in the proximity of the water-retaining facility and on the day the facility failed.
- 1581 **2.** In the event of *large-scale damage* (paras. 1438–1440) caused by the (imminent) materialisation of the characteristic risk referred to in Art. 14(1) WRFA that is attached to a water-retaining facility subject to the WRFA liability regime, the Federal Assembly may issue a compensation plan (para. 1441). Under certain circumstances, the Federal Council may also issue special regulations under insurance law (para. 1442). These special regulations then apply in parallel with the compensation plan as a large-scale damage plan (Art. 19[1]–[4] WRFA and Art. 20[1] and [2] WRFA). The Federal Council must also take precautionary action (Art. 19[5] WRFA).
- 1582 **a.** Large-scale damage is deemed to have occurred if the following can be expected should a water-retaining facility fail
- 1583 – The funds available to the persons who are liable and who are required to provide insurance cover for the damage (personal injury, property damage, non-pecuniary loss and the costs of private defence measures, as well as any other simply pecuniary loss) are insufficient to meet all claims (shortfall in cover); or
- 1584 – The large number of injured parties (and the complexity of the actual circumstances, the estimated length of legal proceedings and the resources available to the courts) makes it impossible to conduct ordinary proceedings. In other words, ordinary civil proceedings in accordance with the CPC, and the enforcement of claims in accordance with the Debt Enforcement and Bankruptcy Act (SchKG) and the Federal Act on Debt Enforcement against Communes and other Corporations under Public Cantonal Law (SchGG) cannot be held (ordinary proceedings are infeasible).
- 1585 **b.** In the *compensation plan*, which constitutes a dependent parliamentary ordinance, the Federal Assembly may only issue regulations which resolve the problems which typically arise with the large-scale damage in question. Thus, in the event of large-scale damage owing to a shortfall in cover, the Federal

Assembly may act only to eliminate that shortfall and to ensure the just distribution of funds. It must issue regulations concerning this just distribution of funds and may, as the circumstances warrant, also institute certain procedural regulations, establish a special federal court and pay federal contributions. By contrast, where large-scale damage has been incurred because ordinary proceedings are infeasible, the Federal Assembly is obliged to issue regulations to simplify proceedings and thus the handling of claims. It may also institute certain procedural regulations and establish a special federal court.

c. In the event of an emergency situation owing to a shortfall in cover – in 1586 other words should the failure of a water-retaining facility cause an emergency comparable to a state of emergency resulting from acts of war – insurers are no longer able to bear the costs. Consequently, the funds available to those required to provide insurance cover must be used in a coordinated and appropriate manner. In such an emergency situation, the Federal Council has the authority to issue regulations in a dependent substitute ordinance that has the same effect as war risk clauses. These regulations apply to both private insurance (excluding liability insurance) and public insurance (social security and cantonal buildings insurance (para. 1246): (i) modification of the payment obligation on the part of insurers, (ii) collection of apportionment contributions from the insured persons; and (iii) deduction of apportionment contributions from payments by insurers.

d. If it is possible that large-scale damage has occurred, the Federal Council is 1587 obliged to institute precautionary measures immediately after the water-retaining facility has failed. These measures take the form of a dependent substitute ordinance that applies to all claims for damages and compensation that have been filed but not yet settled. These precautionary measures enable the Federal Assembly and the Federal Council to retain freedom in their decision making, and avoid them being presented with a *fait accompli*. They also ensure that all injured parties receive equal treatment before the law.

Gesetzesregister

- * Die Verweisungen beziehen sich auf Randziffern («Rz.») oder Fussnoten («Fn.»).
- ** Im Gesetzesregister liste ich geltende und aufgehobene Rechtsnormen sowie Bestimmungen von Gesetzesentwürfen auf.

I. Internationale Erlasse

DoubsÜ

Art. 3	<i>Fn.</i> 831
Art. 6–12	<i>Fn.</i> 831

EmossonÜ

Art. 2–5	<i>Fn.</i> 831
Art. 7 Abs. 1	<i>Fn.</i> 983

IllmündungÜ (1892)

Art. 7–10	<i>Fn.</i> 831
Art. 16–17	<i>Fn.</i> 831

IllmündungÜ (1924)

Art. 8–12	<i>Fn.</i> 831
Art. 14–17	<i>Fn.</i> 831

IllmündungÜ (1954)

Art. 2–3	<i>Fn.</i> 831
Art. 9–13	<i>Fn.</i> 831
Art. 16–17	<i>Fn.</i> 831
Art. 32–33	<i>Fn.</i> 831

IndustrieunfälleÜ

Art. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 1825
Art. 2 Ziff. 2 lit. c	<i>Fn.</i> 1825

InnÜ

Art. 1	<i>Fn.</i> 818
--------	----------------

LugÜ

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2096
Art. 2 Ziff. 1	<i>Fn.</i> 791, 797, 2103
Art. 5 Ziff. 3	<i>Fn.</i> 797, 2100, 2102
Art. 5 Ziff. 4	<i>Fn.</i> 2104
Art. 22 Ziff. 1	<i>Fn.</i> 2159

LuganerseeÜ

Art. VI	<i>Fn.</i> 831
Art. X–XI	<i>Fn.</i> 831

NeuhausenÜ

Art. 5	<i>Fn.</i> 831
--------	----------------

Pougny-ChancyÜ

Art. 3 *Fn.* 831

Art. 6–9 *Fn.* 831

PÜ

Art. 1 lit. a Nr. x *Fn.* 1906

Art. 1 lit. a Nr. x Ziff. 1 *Fn.* 1723

Art. 1 lit. a Nr. vii Ziff. 6 *Fn.* 1745

Art. 6 lit. a *Fn.* 530, 540

Art. 6 lit. b *Fn.* 530, 537, 540

Reno di LeiÜ

Art. 3 *Fn.* 831

Art. 6–13 *Fn.* 831

SpölÜ

Art. 11–18 *Fn.* 831

Strassburg/IsteinÜ

Art. 6 *Fn.* 831

WasserläufeÜ

Art. 1 Ziff. 1 *Fn.* 836

II. Bundeserlasse

aGSchG (1971)

Art. 36 *Fn.* 800, 1956

AHVG

Art. 11 Abs. 2 *Fn.* 2341

aStAV

Art. 1 *Fn.* 423

Art. 1 Abs. 1 *Fn.* 711

Art. 1 Abs. 2 *Fn.* 732

Art. 2 Abs. 2 *Rz.* 458

Art. 17 *Fn.* 373

Art. 18 *Fn.* 373

Art. 19 *Fn.* 373

Art. 22 Abs. 1 *Fn.* 423

AtG

Art. 28 *Rz.* 1329

Fn. 2468

Art. 39 Abs. 2 *Fn.* 1846

BGF

Art. 15 Abs. 2	<i>Rz.</i> 631
Art. 21 Abs. 3	<i>Fn.</i> 817
Art. 25	<i>Fn.</i> 817

BGG

Art. 65	<i>Rz.</i> 1327
Art. 66	<i>Rz.</i> 1327
Art. 68	<i>Rz.</i> 1327
Art. 74 Abs. 2 lit. b	<i>Fn.</i> 2459
Art. 75 Abs. 1	<i>Rz.</i> 1325
Art. 72–77	<i>Fn.</i> 2455
Art. 82–89	<i>Rz.</i> 1427, 1475, 1523, 1571
	<i>Fn.</i> 1947

BSG

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 817
---------------	----------------

BV

Art. 1	<i>Fn.</i> 1083
Art. 3	<i>Fn.</i> 2368
Art. 5 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2231
Art. 5 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1831
Art. 8 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2354, 2528
Art. 29	<i>Fn.</i> 2451
Art. 57 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1351, 1420, 1458
Art. 76 Abs. 3	<i>Fn.</i> 479
Art. 156 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2561
Art. 159 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2562

Art. 163 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2544, 2561
Art. 164 Abs. 1	<i>Rz.</i> 1387
	<i>Fn.</i> 2542
Art. 164 Abs. 1 lit. c	<i>Fn.</i> 2543
Art. 182 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2563, 2564
Art. 189 Abs. 4	<i>Fn.</i> 2250
Art. 191a Abs. 3	<i>Fn.</i> 2449

BVG

Art. 67	<i>Fn.</i> 1234
---------	-----------------

BVV 2

Art. 42	<i>Fn.</i> 1234
---------	-----------------

BWIS

Art. 1	<i>Fn.</i> 1459
Art. 2 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1459

BZG

Art. 17	<i>Fn.</i> 396
---------	----------------

DBG

Art. 34 lit. a	<i>Fn.</i> 2053
----------------	-----------------

EBG

Art. 8d Abs. 1 lit. b	<i>Fn.</i> 620, 621
Art. 9 Abs. 2 lit. d	<i>Fn.</i> 621
Art. 40b Abs. 1	<i>Rz.</i> 607 <i>Fn.</i> 941, 953, 1162, 1166, 1167, 1301, 1344
Art. 40c Abs. 1	<i>Fn.</i> 1345, 1472
Art. 40e Abs. 1	<i>Fn.</i> 1507

E-KHG

Art. 1 Abs. 6	<i>Fn.</i> 879
---------------	----------------

EleG

Art. 27 Abs. 1	<i>Rz.</i> 791 <i>Fn.</i> 953, 1448
Art. 33	<i>Fn.</i> 1448
Art. 39	<i>Fn.</i> 1507

ERV

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 984
Art. 3	<i>Fn.</i> 984
Art. 14 Abs. 1	<i>Fn.</i> 984

E-StAG (2006)

Art. 15 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1146
----------------	-----------------

E-StAG (1997)

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 759
Art. 1 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1191, 1220
Art. 6 Abs. 1	<i>Fn.</i> 759
Art. 7 Abs. 1	<i>Rz.</i> 528
Art. 8 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1349
Art. 15 Abs. 1	<i>Fn.</i> 631
Art. 24 Abs. 1	<i>Fn.</i> 631
Art. 24 Abs. 2	<i>Fn.</i> 631
Art. 27 lit. b	<i>Fn.</i> 2266

FKG

Art. 1 Abs. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 2465
Art. 8 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2465

GSchG

Art. 4 lit. k	<i>Fn.</i> 236
Art. 4 lit. l	<i>Fn.</i> 233
Art. 37 Abs. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 166
Art. 40	<i>Fn.</i> 247, 360
Art. 41	<i>Fn.</i> 1160
Art. 41 Abs. 2	<i>Fn.</i> 360
Art. 54	<i>Fn.</i> 804, 1123, 1771, 1784, 1793, 1798, 1819, 1821, 1851, 1861, 1872, 1877, 1886, 1892, 1913, 1955, 1956

GTG

Art. 30 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1162, 1166
Art. 30 Abs. 2	<i>Fn.</i> 529, 533, 534, 536

Art. 30 Abs. 3	<i>Fn.</i> 536, 539
Art. 30 Abs. 4	<i>Fn.</i> 533, 534
Art. 31 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1291

HFG

Art. 19 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 1162, 1166
-----------------------	-----------------------

IPRG

Art. 129 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 791
Art. 129 Abs. 1 Satz 2	<i>Fn.</i> 2106
Art. 132	<i>Fn.</i> 2110
Art. 133	<i>Fn.</i> 789
Art. 133 Abs. 2 Satz 1	<i>Fn.</i> 789
Art. 133 Abs. 2 Satz 2	<i>Rz.</i> 1094
Art. 138	<i>Rz.</i> 1083, 1085, 1087, 1090, 1091, 1092, 1093, 1094, 1095, 1096, 1097, 1106, 1403, 1451, 1499, 1547 <i>Fn.</i> 2110, 2111, 2120, 2138, 2141, 2142
Art. 142 Abs. 2	<i>Rz.</i> 1098, 1100
Art. 189	<i>Fn.</i> 2519

KHG

Art. 2 Abs. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 2187
Art. 2 Abs. 1 lit. b	<i>Fn.</i> 2187
Art. 2 Abs. 1 lit. c	<i>Fn.</i> 1746, 1774, 1833, 1858, 1861, 1881, 2056, 2187
Art. 2 Abs. 7	<i>Rz.</i> 442 <i>Fn.</i> 877, 899, 941, 1115
Art. 3	<i>Fn.</i> 1780
Art. 3 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1115, 1162, 1166
Art. 3 Abs. 4	<i>Fn.</i> 535

Art. 3 Abs. 6	<i>Fn.</i> 1115
Art. 3 Abs. 6 Satz 1	<i>Fn.</i> 530, 1108
Art. 4	<i>Rz.</i> 854, 943 <i>Fn.</i> 1774, 1796, 1797, 1798, 1802, 1833, 1851, 1872, 1881, 1939
Art. 5	<i>Fn.</i> 1448
Art. 5 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1455
Art. 6	<i>Fn.</i> 538, 1116
Art. 7	<i>Fn.</i> 561
Art. 7 Abs. 1 Satz 2	<i>Fn.</i> 559, 2358
Art. 7 Abs. 2	<i>Rz.</i> 1272 <i>Fn.</i> 2352
Art. 8 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1507
Art. 11 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 620
Art. 11 Abs. 3	<i>Fn.</i> 633
Art. 12	<i>Fn.</i> 633
Art. 19 Abs. 1	<i>Fn.</i> 622
Art. 19 Abs. 2	<i>Fn.</i> 622
Art. 22	<i>Rz.</i> 1133, 1136 <i>Fn.</i> 2183
Art. 22 Abs. 1 Satz 2	<i>Fn.</i> 2208
Art. 24	<i>Fn.</i> 2456
Art. 26 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 2168, 2185
Art. 29	<i>Fn.</i> 2228
Art. 29 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 2314
Art. 29 Abs. 2	<i>Rz.</i> 1264
Art. 30	<i>Rz.</i> 1329 <i>Fn.</i> 2228, 2468
Art. 34	<i>Fn.</i> 801

KHV

Art. 11 Abs. 1 *Fn.* 1939

Art. 11 Abs. 2 *Fn.* 1946

LVG

Art. 46 Abs. 2 *Fn.* 1942

LwG

Art. 166 Abs. 2 *Fn.* 1942

MG

Art. 1 Abs. 1 lit. b *Fn.* 1420, 1458

Art. 1 Abs. 2 lit. c *Fn.* 1420

Art. 76 Abs. 1 lit. a *Rz.* 700

Art. 80 Abs. 5 *Fn.* 1423

Art. 125 Abs. 4 *Fn.* 1942

MStG

Art. 86a *Fn.* 1431

nKHG

Art. 1 Abs. 1 *Fn.* 530, 537, 540, 1723, 1745, 1906

Art. 3 Abs. 4 *Fn.* 1898

Art. 4 Abs. 2 *Fn.* 1448

Art. 17 *Fn.* 538

Art. 20 *Fn.* 2183

OR

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1557
Art. 1 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1558, 1559, 1560
Art. 6	<i>Rz.</i> 753 <i>Fn.</i> 1559, 1565
Art. 20 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1547
Art. 41–61	<i>Rz.</i> 233, 244 <i>Fn.</i> 444
Art. 41 Abs. 1	<i>Rz.</i> 809, 829, 1137 <i>Fn.</i> 1106, 1122, 1655, 1656
Art. 41 Abs. 2	<i>Rz.</i> 809, 829
Art. 42	<i>Rz.</i> 234
Art. 42 Abs. 2	<i>Rz.</i> 1311
Art. 43	<i>Rz.</i> 235 <i>Fn.</i> 548
Art. 43 Abs. 1 ^{bis}	<i>Fn.</i> 2032
Art. 44	<i>Rz.</i> 236
Art. 44 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1442
Art. 44 Abs. 2	<i>Rz.</i> 245, 1275 <i>Fn.</i> 561
Art. 45	<i>Rz.</i> 237, 626
Art. 46	<i>Rz.</i> 237, 626
Art. 47	<i>Rz.</i> 238, 633 <i>Fn.</i> 1296, 1297
Art. 49	<i>Rz.</i> 238, 633
Art. 49 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1297, 1299
Art. 50	<i>Rz.</i> 239
Art. 50 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1127
Art. 51	<i>Rz.</i> 239

Art. 51 Abs. 1	<i>Rz.</i> 537 <i>Fn.</i> 1000, 1113, 1125, 1127, 1135, 1137
Art. 51 Abs. 2	<i>Rz.</i> 540
Art. 52	<i>Rz.</i> 240, 726, 727, 728 <i>Fn.</i> 1491
Art. 53	<i>Rz.</i> 241
Art. 55 Abs. 1	<i>Rz.</i> 810 <i>Fn.</i> 1106, 1122, 1654, 1656
Art. 56 Abs. 1	<i>Fn.</i> 902
Art. 58	<i>Fn.</i> 672, 1019, 1643
Art. 58 Abs. 1	<i>Rz.</i> 40, 262, 269, 330, 780, 788, 824, 1206, 1396, 1444, 1492, 1540 <i>Fn.</i> 70, 450, 669, 676, 684, 1327, 1503, 1624, 1628, 1646, 1690
Art. 60	<i>Rz.</i> 242, 756, 1056, 1057
Art. 60 Abs. 1	<i>Rz.</i> 756, 757, 759, 778, 1058, 1287 <i>Fn.</i> 1578
Art. 60 Abs. 1 ^{bis}	<i>Rz.</i> 756, 759, 778, 1287 <i>Fn.</i> 1579
Art. 60 Abs. 2	<i>Rz.</i> 778, 1287 <i>Fn.</i> 1580, 1583
Art. 60 Abs. 2 Satz 1	<i>Rz.</i> 764
Art. 61 Abs. 1	<i>Rz.</i> 1097 <i>Fn.</i> 1680, 1682
Art. 61 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1686, 1689
Art. 77 Abs. 1 Ziff. 3	<i>Fn.</i> 2212, 2213
Art. 77 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2212, 2213
Art. 99 Abs. 2	<i>Fn.</i> 992
Art. 100	<i>Fn.</i> 1514
Art. 100 Abs. 1	<i>Rz.</i> 737, 740, 742, 745, 746

Art. 100 Abs. 2	<i>Rz.</i> 737, 741, 744, 746 <i>Fn.</i> 1522
Art. 101 Abs. 2	<i>Rz.</i> 737, 745, 746 <i>Fn.</i> 1514
Art. 101 Abs. 3	<i>Rz.</i> 737, 745, 746 <i>Fn.</i> 1514
Art. 120 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2490
Art. 143 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1050, 1131
Art. 143 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1051, 1130
Art. 154 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2523
Art. 164 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1973
Art. 324	<i>Rz.</i> 1028 <i>Fn.</i> 2050
Art. 324a Abs. 1	<i>Fn.</i> 2046, 2047
Art. 324b	<i>Fn.</i> 2045
Art. 327b Abs. 1	<i>Fn.</i> 2010
Art. 327b Abs. 2	<i>Fn.</i> 2010, 2011
Art. 419–424	<i>Fn.</i> 1750
Art. 422 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1972
Art. 530–551	<i>Fn.</i> 1001, 1002
Art. 544 Abs. 3	<i>Rz.</i> 537 <i>Fn.</i> 1134
Art. 622 Abs. 5	<i>Fn.</i> 2113
Art. 827	<i>Fn.</i> 1966
Art. 1157–1186	<i>Fn.</i> 2397

OR 2020

Art. 60	<i>Fn.</i> 107
Art. 60 Abs. 2	<i>Fn.</i> 107

OV-UVEK

Art. 9 Abs. 2 lit. c	<i>Fn.</i> 301
Art. 9 Abs. 3 lit. g	<i>Fn.</i> 414

ParlG

Art. 22 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2542
Art. 22 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2544, 2545
Art. 83 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2561

PrHG

Art. 6 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2009
Art. 8	<i>Fn.</i> 1507

PublG

Art. 13 Abs. 1 lit. g	<i>Fn.</i> 2179, 2180
Art. 13 Abs. 2 lit. b	<i>Fn.</i> 2180

PublV

Art. 22 lit. a	<i>Fn.</i> 2180
Art. 22 lit. b	<i>Fn.</i> 2180
Art. 22 lit. c	<i>Fn.</i> 2180

RLG

Art. 33 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1162, 1166, 1792
Art. 33 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 941
Art. 33 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1430, 1448, 1456

Art. 35 Abs. 1	<i>Fn.</i> 620
Art. 37 Abs. 1	<i>Fn.</i> 622
Art. 37 Abs. 2	<i>Fn.</i> 622

RVOG

Art. 46a	<i>Rz.</i> 1188, 1189, 1190
Art. 46a Abs. 1	<i>Rz.</i> 1189
Art. 47 Abs. 6 Satz 1	<i>Fn.</i> 2252

SchGG

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2278
Art. 7 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2279
Art. 7 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2280
Art. 8 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2282
Art. 9 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2280
Art. 9 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2281

SchKG

Art. 256 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1036
Art. 256 Abs. 3	<i>Fn.</i> 1036
Art. 260	<i>Rz.</i> 1301

SprstG

Art. 27	<i>Fn.</i> 1301
Art. 27 Abs. 1	<i>Rz.</i> 477
	<i>Fn.</i> 941, 953, 994, 1114, 1162, 1166
Art. 27 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1301
Art. 27 Abs. 3	<i>Fn.</i> 1690

StAG

Art. 1	<i>Rz.</i> 546, 610 <i>Fn.</i> 298, 765, 1144, 1186
Art. 2 Abs. 1	<i>Rz.</i> 1401, 1449, 1497, 1545 <i>Fn.</i> 116, 700
Art. 2 Abs. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 708, 709, 713
Art. 2 Abs. 1 lit. b	<i>Rz.</i> 318, 319 <i>Fn.</i> 709, 721
Art. 2 Abs. 2 lit. a	<i>Rz.</i> 1401, 1449, 1497, 1545 <i>Fn.</i> 701, 732
Art. 2 Abs. 2 lit. b	<i>Rz.</i> 1401, 1449, 1497, 1545 <i>Fn.</i> 115, 703
Art. 3 Abs. 1	<i>Rz.</i> 290, 291, 1395, 1443, 1491, 1539 <i>Fn.</i> 95, 638, 640, 641, 658, 681, 683, 698, 816
Art. 3 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 125, 648, 652
Art. 3 Abs. 1 Satz 2	<i>Fn.</i> 126, 649, 653, 663
Art. 3 Abs. 2	<i>Rz.</i> 167 <i>Fn.</i> 422
Art. 3 Abs. 2 lit. a	<i>Fn.</i> 402
Art. 3 Abs. 2 lit. b	<i>Fn.</i> 404
Art. 3 Abs. 2 lit. c	<i>Fn.</i> 406
Art. 3 Abs. 2 lit. d	<i>Fn.</i> 408
Art. 4	<i>Rz.</i> 355 <i>Fn.</i> 798, 834
Art. 4 Abs. 1	<i>Rz.</i> 399, 400, 401, 405 <i>Fn.</i> 811, 812, 836
Art. 4 Abs. 2	<i>Rz.</i> 390, 406 <i>Fn.</i> 813, 851

Art. 5 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1409
Art. 5 Abs. 2 Satz 1	<i>Fn.</i> 1065
Art. 5 Abs. 2 Satz 2	<i>Fn.</i> 668
Art. 5 Abs. 3 Satz 1	<i>Fn.</i> 1410
Art. 5 Abs. 3 Satz 2	<i>Fn.</i> 241, 242, 895
Art. 5 Abs. 4	<i>Fn.</i> 259, 314, 1409
Art. 6 Abs. 1	<i>Fn.</i> 317, 661, 1016
Art. 6 Abs. 3	<i>Fn.</i> 223
Art. 6 Abs. 7	<i>Fn.</i> 1462
Art. 6 Abs. 8	<i>Fn.</i> 318
Art. 7 Abs. 1	<i>Fn.</i> 322, 1013
Art. 7 Abs. 2	<i>Fn.</i> 324
Art. 8 Abs. 1	<i>Fn.</i> 346
Art. 8 Abs. 3 lit. a	<i>Fn.</i> 349
Art. 8 Abs. 3 lit. b	<i>Fn.</i> 353, 876
Art. 8 Abs. 6 Satz 1	<i>Fn.</i> 686
Art. 8 Abs. 6 Satz 2	<i>Rz.</i> 506
Art. 10	<i>Rz.</i> 153 <i>Fn.</i> 380, 390
Art. 10 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1467
Art. 10 Abs. 2	<i>Fn.</i> 377, 378, 1409, 1849
Art. 11	<i>Rz.</i> 153
Art. 11 Abs. 1	<i>Fn.</i> 396
Art. 11 Abs. 2	<i>Fn.</i> 399
Art. 11 Abs. 3	<i>Rz.</i> 878 <i>Fn.</i> 397, 1206
Art. 12	<i>Rz.</i> 153
Art. 12 Abs. 1	<i>Rz.</i> 878 <i>Fn.</i> 1819, 1845
Art. 12 Abs. 2	<i>Fn.</i> 401, 1422, 1466
Art. 13–21	<i>Rz.</i> 26, 309 <i>Fn.</i> 1, 799

Art. 13	Rz. 325, 326, 327, 1402, 1450, 1498, 1546 Fn. 745
Art. 14	Rz. 520
Art. 14 Abs. 1	Rz. 26, 33, 119, 128, 177, 207, 209, 211, 227, 262, 269, 328, 332, 333, 336, 337, 338, 339, 359, 363, 364, 366, 367, 368, 414, 440, 442, 450, 473, 478, 483, 484, 498, 500, 509, 510, 524, 529, 531, 532, 537, 542, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 553, 554, 557, 558, 559, 560, 561, 566, 567, 568, 569, 570, 572, 573, 574, 575, 576, 579, 581, 586, 587, 588, 589, 591, 595, 602, 606, 607, 608, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 623, 624, 625, 628, 631, 633, 634, 635, 636, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 649, 651, 655, 661, 692, 698, 699, 708, 709, 711, 714, 715, 719, 724, 726, 727, 728, 730, 731, 732, 733, 737, 739, 742, 743, 744, 747, 749, 750, 751, 752, 755, 756, 758, 763, 764, 779, 792, 794, 796, 797, 798, 804, 805, 806, 807, 813, 820, 821, 823, 824, 832, 875, 887, 901, 902, 909, 911, 913, 914, 915, 925, 931, 932, 938, 939, 941, 951, 955, 956, 957, 958, 972, 986, 987, 1000, 1005, 1028, 1044, 1048, 1051, 1053, 1066, 1067, 1068, 1069, 1070, 1071, 1072, 1073, 1074, 1078, 1080, 1082, 1092, 1095, 1096, 1099, 1103, 1111, 1115, 1137, 1145, 1179, 1181, 1192, 1201, 1206, 1207, 1208, 1214, 1215, 1217, 1221, 1224, 1234, 1342, 1403, 1404, 1407, 1408, 1416, 1417, 1418, 1419, 1420, 1421, 1425, 1426, 1430, 1435, 1436, 1451, 1452, 1455, 1456, 1464, 1465, 1466, 1467, 1468, 1469, 1473, 1474, 1478, 1483, 1484, 1499, 1500, 1503, 1504, 1512, 1513, 1514, 1515, 1516, 1517, 1521, 1522, 1526, 1531, 1532, 1547, 1548, 1551, 1552, 1560, 1561, 1562, 1563, 1564, 1565, 1569, 1570, 1574, 1579, 1580 Fn. 76, 107, 436, 772, 861, 900, 901, 925, 1067, 1104, 1112, 1140, 1141, 1142, 1143, 1148, 1153, 1164, 1165, 1166, 1170, 1181, 1225, 1251, 1253, 1268, 1453, 1575, 1660, 1779, 1813, 1965, 1978, 2004, 2076, 2077, 2088, 2138, 2188

Art. 14 Abs. 2	<p><i>Rz.</i> 26, 34, 120, 333, 359, 366, 367, 368, 483, 498, 524, 602, 725, 756, 758, 832, 836, 843, 845, 847, 860, 861, 889, 892, 900, 908, 909, 911, 927, 937, 941, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 960, 962, 967, 985, 986, 991, 1029, 1042, 1046, 1047, 1048, 1049, 1050, 1052, 1053, 1054, 1055, 1067, 1074, 1076, 1077, 1080, 1095, 1096, 1099, 1137, 1217, 1221, 1234, 1403, 1408, 1423, 1428, 1429, 1451, 1456, 1471, 1476, 1477, 1499, 1504, 1519, 1524, 1525, 1547, 1552, 1567, 1572, 1573</p> <p><i>Fn.</i> 435, 437, 768, 1067, 1104, 1305, 1453, 1487, 1575, 1746, 1775, 1776, 1779, 1810, 1854, 1859, 1921, 1935, 1967, 1997, 2003, 2040, 2056, 2063, 2076, 2188, 2220</p>
Art. 14 Abs. 3	<i>Fn.</i> 1019
Art. 14 Abs. 3 Satz 1	<p><i>Rz.</i> 419, 431, 432, 434, 456, 457, 458, 473, 490, 491, 500, 501, 520</p> <p><i>Fn.</i> 580, 859, 860, 861, 866, 867, 870, 920, 939</p>
Art. 14 Abs. 3 Satz 2	<p><i>Rz.</i> 457, 498, 499, 500, 501, 505</p> <p><i>Fn.</i> 861, 862, 869, 1027, 1044, 1130</p>
Art. 14 Abs. 4	<p><i>Rz.</i> 515, 516, 518, 520, 522, 523</p> <p><i>Fn.</i> 1079, 1082, 1095, 1693, 1710</p>
Art. 15	<p><i>Rz.</i> 636, 655, 661, 662, 663, 664, 710, 715, 716, 719, 720, 1046, 1047, 1048, 1049, 1050, 1051, 1421, 1426, 1429, 1469, 1474, 1477, 1517, 1522, 1525, 1565, 1570, 1573</p> <p><i>Fn.</i> 927, 928, 1124, 1197, 1935</p>
Art. 16	<p><i>Rz.</i> 233, 243, 244, 246, 700</p> <p><i>Fn.</i> 545, 553, 564, 1301, 1302, 1574</p>
Art. 17	<p><i>Rz.</i> 1061, 1107, 1108, 1109, 1110, 1112, 1116, 1133, 1136, 1191, 1199, 1207</p> <p><i>Fn.</i> 2170, 2493</p>
Art. 17 Abs. 1	<p><i>Rz.</i> 1108, 1114, 1115, 1123, 1430, 1478, 1526, 1574</p> <p><i>Fn.</i> 2167, 2174</p>

Art. 17 Abs. 2	<i>Rz.</i> 610, 1108
Art. 17 Abs. 2 Satz 1	<i>Rz.</i> 1135, 1136, 1142, 1434, 1482, 1530, 1578 <i>Fn.</i> 2176, 2189, 2192, 2194, 2196, 2200, 2208
Art. 17 Abs. 2 Satz 2	<i>Rz.</i> 546, 1111, 1142, 1435, 1483, 1531, 1579 <i>Fn.</i> 1144, 1187, 2224, 2225
Art. 18	<i>Rz.</i> 248, 256 <i>Fn.</i> 565
Art. 19	<i>Rz.</i> 1061, 1201, 1204, 1205, 1206, 1207, 1221, 1223, 1224, 1390, 1431, 1479, 1527, 1575 <i>Fn.</i> 2170, 2505
Art. 19 Abs. 1	<i>Rz.</i> 1249, 1385, 1390, 1436, 1484, 1532, 1580 <i>Fn.</i> 2258, 2313, 2509, 2540, 2551
Art. 19 Abs. 2	<i>Rz.</i> 1114, 1436, 1484, 1532, 1580 <i>Fn.</i> 2264, 2492, 2509
Art. 19 Abs. 2 lit. a	<i>Rz.</i> 1219 <i>Fn.</i> 2262, 2267, 2271, 2272, 2275, 2278
Art. 19 Abs. 2 lit. b	<i>Fn.</i> 2263, 2287
Art. 19 Abs. 3	<i>Rz.</i> 1250, 1256, 1257, 1260, 1261, 1262, 1264, 1436, 1484, 1532, 1580 <i>Fn.</i> 2325
Art. 19 Abs. 4	<i>Rz.</i> 1250, 1254, 1256, 1257, 1260, 1436, 1484, 1532, 1580 <i>Fn.</i> 2335
Art. 19 Abs. 4 lit. a	<i>Rz.</i> 1258, 1260, 1264, 1287 <i>Fn.</i> 2317, 2318, 2322, 2334, 2406
Art. 19 Abs. 4 lit. b	<i>Rz.</i> 1260, 1278 <i>Fn.</i> 2319, 2322, 2359
Art. 19 Abs. 4 lit. c	<i>Rz.</i> 1261, 1287, 1292, 1293, 1324, 1326 <i>Fn.</i> 2320, 2321, 2322, 2381, 2406, 2432, 2434, 2439, 2456, 2458

Art. 19 Abs. 5	Rz. 1436, 1484, 1532, 1580 Fn. 2493, 2494
Art. 20	Rz. 1061, 1201, 1204, 1205, 1206, 1207, 1329, 1431, 1479, 1527, 1575 Fn. 2170, 2469, 2505
Art. 20 Abs. 1	Rz. 1245, 1436, 1484, 1532, 1580 Fn. 2259, 2301, 2311, 2475, 2482
Art. 20 Abs. 1 lit. a	Fn. 2471, 2486, 2487
Art. 20 Abs. 1 lit. b	Fn. 2472, 2486, 2488
Art. 20 Abs. 1 lit. c	Fn. 2473, 2486, 2489
Art. 20 Abs. 2	Rz. 1436, 1484, 1532, 1580 Fn. 2474, 2482
Art. 21	Rz. 26, 34, 120, 333, 369, 483, 501, 524, 602, 841, 844, 845, 847, 848, 850, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 868, 876, 885, 888, 889, 892, 898, 899, 900, 908, 909, 910, 911, 913, 915, 918, 932, 933, 934, 936, 941, 942, 943, 944, 945, 947, 949, 962, 969, 1040, 1051, 1056, 1187, 1403, 1408, 1424, 1425, 1426, 1427, 1451, 1456, 1472, 1473, 1474, 1475, 1499, 1504, 1520, 1521, 1522, 1523, 1547, 1552, 1568, 1569, 1570, 1571 Fn. 435, 438, 768, 1045, 1737, 1770, 1773, 1778, 1782, 1798, 1800, 1813, 1814, 1826, 1836, 1850, 1852, 1859, 1883, 1922, 1937, 1939, 1965, 1974, 1976, 2063
Art. 22 Abs. 2	Fn. 413
Art. 22 Abs. 3	Fn. 413
Art. 23 Abs. 1	Fn. 416
Art. 23 Abs. 2	Fn. 427
Art. 24 Abs. 1	Rz. 168 Fn. 409, 410
Art. 24 Abs. 2	Fn. 750
Art. 27 Abs. 1	Rz. 1187
Art. 27 Abs. 2	Rz. 1187

Art. 28 Abs. 1	<i>Rz.</i> 1187
Art. 29 Abs. 1	<i>Rz.</i> 944, 1427, 1475, 1523, 1571
Art. 29 Abs. 2	<i>Rz.</i> 946, 947
Art. 29 Abs. 3	<i>Rz.</i> 946
Art. 30 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1593, 1598, 1604, 1620
Art. 30 Abs. 3	<i>Fn.</i> 1604

StAV

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 200, 760
Art. 1 Abs. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 194
Art. 1 Abs. 1 lit. b	<i>Fn.</i> 194
Art. 1 Abs. 1 lit. c	<i>Fn.</i> 682
Art. 1 Abs. 2	<i>Rz.</i> 298
Art. 1 Abs. 2 lit. a	<i>Fn.</i> 196, 1634
Art. 1 Abs. 2 lit. b	<i>Fn.</i> 196, 690, 1633
Art. 1 Abs. 2 lit. c	<i>Fn.</i> 139, 198
Art. 1 Abs. 3	<i>Fn.</i> 199, 679
Art. 1 Abs. 4	<i>Rz.</i> 92
	<i>Fn.</i> 221, 222, 771
Art. 1 Abs. 5	<i>Rz.</i> 491
	<i>Fn.</i> 325, 334, 340, 345, 347, 348, 350, 352, 354, 362, 364, 367, 375, 376, 379, 381, 384, 387, 392, 394, 398, 696, 697, 702, 704, 706, 730, 739, 740, 807, 808, 832, 868, 982, 1012, 1014, 1015, 1017, 1068, 1069, 1071, 1072, 1461, 1462, 1463, 1465, 1468
Art. 2	<i>Fn.</i> 708
Art. 2 Abs. 1	<i>Fn.</i> 735, 1170
Art. 2 Abs. 2	<i>Fn.</i> 734
Art. 3 Abs. 1	<i>Fn.</i> 703
Art. 4 Abs. 1	<i>Rz.</i> 389, 405
	<i>Fn.</i> 814, 823

Art. 4 Abs. 2	Rz. 389 Fn. 815, 824, 850
Art. 5	Fn. 895
Art. 5 Abs. 3 Satz 2	Fn. 761
Art. 9 Abs. 3	Fn. 328
Art. 10	Fn. 876
Art. 11 Abs. 1 lit. a	Fn. 332, 390
Art. 11 Abs. 1 lit. b	Fn. 333, 380
Art. 11 Abs. 2 Satz 1	Fn. 382, 393
Art. 12 Abs. 1 Satz 1	Fn. 335
Art. 13 Abs. 2 lit. a	Fn. 336
Art. 13 Abs. 2 lit. b	Fn. 336
Art. 13 Abs. 2 lit. c	Fn. 336
Art. 14 Abs. 1	Fn. 338
Art. 14 Abs. 2	Fn. 330, 341
Art. 16	Fn. 368
Art. 17	Rz. 531 Fn. 369
Art. 18	Rz. 531 Fn. 370
Art. 23	Fn. 371
Art. 25 Abs. 1	Fn. 383
Art. 25 Abs. 3	Fn. 385
Art. 26 Abs. 2	Fn. 399
Art. 28	Fn. 401, 1422, 1466
Art. 27	Rz. 878
Art. 29 Abs. 1	Fn. 414
Art. 29 Abs. 2 lit. a	Fn. 422
Art. 29 Abs. 2 lit. b	Fn. 414
Art. 29 Abs. 2 lit. c	Fn. 737
Art. 30 lit. b	Fn. 431

Art. 30 lit. c	<i>Fn.</i> 432
Art. 30 lit. d	<i>Fn.</i> 433

StBOG

Art. 69	<i>Fn.</i> 2177
---------	-----------------

StFV

Art. 2 Abs. 5	<i>Fn.</i> 1234
---------------	-----------------

StGB

Art. 97	<i>Rz.</i> 760
Art. 102	<i>Fn.</i> 1623
Art. 102 Abs. 1	<i>Rz.</i> 767, 771, 773, 778
Art. 102 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 1607
Art. 102 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1608
Art. 102 Abs. 4	<i>Rz.</i> 778
Art. 102 Abs. 4 lit. a	<i>Fn.</i> 1605
Art. 102 Abs. 4 lit. b	<i>Fn.</i> 1605
Art. 102 Abs. 4 lit. c	<i>Fn.</i> 1606
Art. 111	<i>Fn.</i> 1590, 1594
Art. 117	<i>Fn.</i> 87, 1590, 1594, 1600
Art. 122	<i>Fn.</i> 1591, 1594
Art. 123	<i>Fn.</i> 1591, 1594
Art. 125	<i>Fn.</i> 1591, 1594, 1601
Art. 141	<i>Fn.</i> 914
Art. 144	<i>Fn.</i> 1592, 1594
Art. 227	<i>Fn.</i> 1185, 1593, 1598, 1599, 1620
Art. 227 Ziff. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 88
Art. 227 Ziff. 2	<i>Fn.</i> 88, 1602

Art. 228	<i>Fn.</i> 1593, 1598, 1599, 1620
Art. 228 Ziff. 1	<i>Fn.</i> 139
Art. 228 Ziff. 2	<i>Fn.</i> 1603

StPO

Art. 88 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2177
----------------	-----------------

StromVG

Art. 6 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1704
Art. 6 Abs. 6	<i>Fn.</i> 1704

SVG

Art. 58 Abs. 1	<i>Fn.</i> 953, 1162, 1166, 1167
Art. 63 Abs. 1	<i>Fn.</i> 620
Art. 65 Abs. 1	<i>Fn.</i> 622
Art. 65 Abs. 2	<i>Fn.</i> 622
Art. 87 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1507

TSpV

Art. 1	<i>Fn.</i> 710, 732
--------	---------------------

USG

Art. 7 Abs. 1	<i>Rz.</i> 792
Art. 7 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2114
Art. 59	<i>Fn.</i> 802, 1123, 1798, 1851, 1872, 1955
Art. 59a	<i>Fn.</i> 1785
Art. 59a Abs. 1	<i>Fn.</i> 999, 1659, 1660

Art. 59a Abs. 1 Satz 1	<i>Rz.</i> 792 <i>Fn.</i> 1246, 1664
Art. 59a Abs. 2	<i>Fn.</i> 1665
Art. 59a ^{bis} Abs. 2	<i>Fn.</i> 531, 533, 534, 536
Art. 59a ^{bis} Abs. 3	<i>Fn.</i> 536, 539

VBSTB

Art. 2 Abs. 1	<i>Fn.</i> 401
---------------	----------------

VE HPG

Art. 50	<i>Fn.</i> 107
Art. 50 Abs. 2	<i>Fn.</i> 107

VG

Art. 1 Abs. 1 lit. f	<i>Fn.</i> 1677
Art. 3 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1684
Art. 3 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1689, 1691, 1711
Art. 10 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 1812
Art. 11 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1689
Art. 19 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1677

VGG

Art. 31	<i>Fn.</i> 2249, 2254
Art. 32	<i>Fn.</i> 2254
Art. 33 lit. a	<i>Fn.</i> 2251
Art. 33 lit. b	<i>Fn.</i> 2251
Art. 33 lit. d	<i>Fn.</i> 2254

Art. 33 lit. i *Rz.* 944
 Fn. 1942

Art. 48–72 *Fn.* 2478
Art. 73–96 *Fn.* 2479

VSHAB

Art. 1 *Fn.* 2181

VTÄ

Art. 7 Abs. 1 lit. a *Fn.* 400

VwVG

Art. 25a Abs. 1 *Rz.* 1198
 Fn. 2242, 2247, 2253

Art. 25a Abs. 2 *Fn.* 2253

Art. 44 *Rz.* 1427, 1475, 1523, 1571
 Fn. 1940

Wasserbaupolizeigesetz

Art. 3^{bis} *Fn.* 440

Art. 3^{bis} Abs. 7 *Fn.* 446

Art. 3^{bis} Abs. 10 *Rz.* 182

Art. 3^{bis} Abs. 11 *Fn.* 447

Art. 9 *Fn.* 448

Art. 10 *Fn.* 448

Art. 11 *Fn.* 448

Art. 12	<i>Fn.</i> 448
Art. 12 ^{bis} Abs. 1	<i>Fn.</i> 449

WBG

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 164
Art. 2	<i>Fn.</i> 164
Art. 3 Abs. 1	<i>Fn.</i> 165
Art. 3 Abs. 2	<i>Fn.</i> 166

WRG

Art. 6 Abs. 1	<i>Fn.</i> 814
Art. 7	<i>Rz.</i> 381
Art. 7 Abs. 1	<i>Fn.</i> 837
Art. 7 Abs. 1 lit. d	<i>Fn.</i> 814
Art. 38–71	<i>Fn.</i> 1018
Art. 72 Abs. 3	<i>Rz.</i> 944

ZG

Art. 4 Abs. 2	<i>Fn.</i> 817
Art. 107 Abs. 2	<i>Fn.</i> 817

ZGB

Art. 1 Abs. 2	<i>Fn.</i> 910, 1378, 1384, 1395
Art. 2	<i>Fn.</i> 1985
Art. 2 Abs. 2	<i>Rz.</i> 442
	<i>Fn.</i> 906
Art. 4	<i>Fn.</i> 910, 1378, 1384, 1395
Art. 7	<i>Fn.</i> 555

Art. 8	<i>Fn.</i> 1317, 1340
Art. 27 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1548
Art. 32 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2202
Art. 33 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2203
Art. 33 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2004
Art. 34	<i>Fn.</i> 2205
Art. 35 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2206
Art. 55 Abs. 2	<i>Rz.</i> 810
Art. 655 Abs. 3 Ziff. 1	<i>Fn.</i> 1057
Art. 655 Abs. 3 Ziff. 2	<i>Fn.</i> 904
Art. 667 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1053
Art. 667 Abs. 2	<i>Fn.</i> 1053
Art. 675 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1059
Art. 679 Abs. 1	<i>Rz.</i> 40, 262, 269, 1095 <i>Fn.</i> 73, 1067, 1650, 1690, 1863
Art. 684	<i>Rz.</i> 40, 262, 269 <i>Fn.</i> 73, 1067, 1650, 1690, 2119
Art. 779 Abs. 1	<i>Rz.</i> 503
Art. 919–921	<i>Fn.</i> 888
Art. 919 Abs. 1	<i>Rz.</i> 433 <i>Fn.</i> 889
Art. 920 Abs. 1	<i>Fn.</i> 929, 934
Art. 920 Abs. 2	<i>Fn.</i> 933, 934
Art. 921	<i>Fn.</i> 909
Art. 922 Abs. 1	<i>Fn.</i> 894
Art. 926 Abs. 1	<i>Fn.</i> 916
Art. 926 Abs. 2	<i>Fn.</i> 914, 916
Art. 927	<i>Fn.</i> 922
Art. 2 Abs. 1 SchlT	<i>Rz.</i> 1343

ZPO

Art. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 2418
Art. 6 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2445
Art. 70	<i>Fn.</i> 2396
Art. 71 Abs. 3	<i>Fn.</i> 2394
Art. 95 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2384
Art. 96	<i>Fn.</i> 2462
Art. 153 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2166
Art. 183–188	<i>Fn.</i> 2222
Art. 219–242	<i>Fn.</i> 2288
Art. 241 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2443
Art. 241 Abs. 2	<i>Fn.</i> 2518
Art. 328–333	<i>Fn.</i> 2522
Art. 329 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2534
Art. 333 Abs. 1	<i>Fn.</i> 2535
Art. 384	<i>Fn.</i> 2519

ZV

Art. 26	<i>Fn.</i> 817
---------	----------------

III. Kantonale Erlasse

BRSG/BE

Art. 15 Abs. 3 lit. c	<i>Fn.</i> 625
-----------------------	----------------

BWRG/GR

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 582
Art. 6 Abs. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 582
Art. 6 Abs. 1 lit. b	<i>Fn.</i> 582
Art. 23 Abs. 1 lit. h	<i>Fn.</i> 581
Art. 26 Abs. 1	<i>Fn.</i> 584
Art. 27	<i>Rz.</i> 258
Art. 27 Abs. 1	<i>Rz.</i> 258
	<i>Fn.</i> 583
Art. 27 Abs. 2	<i>Rz.</i> 258
Art. 27 Abs. 4	<i>Fn.</i> 585
Art. 28 Abs. 1	<i>Fn.</i> 584
Art. 29 Abs. 1 Satz 1	<i>Fn.</i> 584
Art. 29 Abs. 1 Satz 2	<i>Fn.</i> 584

Haftungsgesetz/ZH

§ 5 Abs. 1	<i>Fn.</i> 1713
------------	-----------------

HGG/BE

Art. 4 Abs. 1 lit. b	<i>Fn.</i> 624
----------------------	----------------

HGV/BE

Art. 14a Abs. 1 lit. b	<i>Fn.</i> 624
------------------------	----------------

Hundegesetz/BE

Art. 11 Abs. 1	<i>Fn.</i> 623
----------------	----------------

HWSchV/ZH

§ 1 lit. a *Fn.* 430

KSprstV/ZG

§ 3 Abs. 1 lit. b *Fn.* 628

OrV BVD/BE

Art. 10 Abs. 1 lit. b *Fn.* 428

PG/BE

Art. 100 Abs. 1 *Fn.* 1685, 1689

Art. 101 Abs. 1 *Fn.* 1677

Art. 105 Abs. 1 *Fn.* 1713

PolG/BE

Art. 2 Abs. 1 *Fn.* 1754

Art. 4 Abs. 1 *Fn.* 1754

Art. 6 *Fn.* 1766

Art. 7 Abs. 1 *Fn.* 1766

Sicherheitsverordnung/SG

Art. 3 Abs. 1 lit. g *Fn.* 627

Tierschutzgesetz/ZH

§ 6 Abs. 1 Satz 2 *Fn.* 626

VReg/GR

Art. 1 Abs. 1	<i>Rz.</i> 261 <i>Fn.</i> 587, 588, 589, 590
Art. 2 Abs. 1	<i>Fn.</i> 586
Art. 3 Abs. 1	<i>Fn.</i> 580
Art. 4 Abs. 1 lit. a	<i>Fn.</i> 594
Art. 4 Abs. 1 lit. b	<i>Fn.</i> 596
Art. 4 Abs. 2 lit. a	<i>Fn.</i> 597
Art. 4 Abs. 2 lit. b	<i>Fn.</i> 599
Art. 5	<i>Fn.</i> 595
Art. 6	<i>Fn.</i> 595
Art. 7 Abs. 1	<i>Fn.</i> 615, 617
Art. 7 Abs. 2	<i>Fn.</i> 615

VReg/VS

Art. 1 Abs. 1	<i>Fn.</i> 606
Art. 1 Abs. 2 lit. a	<i>Fn.</i> 608
Art. 1 Abs. 2 lit. b	<i>Fn.</i> 611
Art. 1 Abs. 3 lit. a	<i>Fn.</i> 612
Art. 1 Abs. 3 lit. b	<i>Fn.</i> 614
Art. 1 Abs. 4	<i>Fn.</i> 609
Art. 1 Abs. 5	<i>Fn.</i> 615
Art. 1 Abs. 5 Satz 1	<i>Fn.</i> 617
Art. 1 Abs. 6	<i>Fn.</i> 609

Wassergesetz/GE

Art. 32	<i>Fn.</i> 454
---------	----------------

Wassergesetz/TI

Art. 11 Abs. 1 *Fn.* 454

WBG/OW

Art. 39 Abs. 1 *Fn.* 600

Art. 39 Abs. 2 *Fn.* 600

WBSNV/TG

§ 1 Abs. 2 *Fn.* 429

WRG/VS

Art. 1 Abs. 1 *Fn.* 604

Art. 10 *Fn.* 601

Art. 46 Abs. 1 *Fn.* 602, 603

Art. 46 Abs. 3 *Fn.* 605


IV. Kommunale Erlasse

ewb-Reglement

Art. 4 Abs. 1 *Fn.* 1707

Art. 8 *Fn.* 1707

Sachregister



- * Die Verweisungen beziehen sich auf Randziffern («Rz.») oder Fussnoten («Fn.»). Verweise ich ausnahmsweise auf eine Seite, kennzeichne ich dies mit «S.».
- ** Mit dem Piktogramm «» referenziere ich andere (fettgedruckte) Stichworte. Mit dem Symbol « \Rightarrow » verweise ich auf synonyme oder verwandte Unterstichworte innerhalb des gleichen fettgedruckten Stichworts.

A


Absperrbauwerk

- Begriff *Rz.* 73
- Krone *Fn.* 7
- Wehr *Rz.* 59

amtliche vs. gewerbliche Verrichtung *Rz.* 814–818

andere Materialien  charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG
 Begriffe «Wassermassen», «Schlamm» und «andere Materialien»

Angriffsobjekt *Rz.* 1087

Anspruchskonkurrenz  Haftungskonkurrenz


Anwendbarkeit des OR *Rz.* 232–246

Anwendung des OR  Anwendbarkeit des OR

Aufsicht über Stauanlagen nach StAG *Rz.* 160–175

- Bundesaufsicht *Rz.* 168
- Kantonsaufsicht *Rz.* 169–175
- Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Kantonen *Rz.* 160–167

Aufwandminderungsobliegenheit *Rz.* 980–981, 1015–1025

Ausgleichsbecken  Staubecken  Ausgleichsbecken

B

«Beinahe-Stauanlagenunfälle»

- «Oroville-Talsperre» Rz. 22, Fn. 286
- Stauanlage «Melchsee» Fn. 279
- Talsperre «Zeuzier» Fn. 366
- «Whaley Bridge» Fn. 90

«Böschungsfall» Rz. 835

Bandenergie Rz. 60, Fn. 150

Beschneigungsbecken ▣ Staubecken ▣ Beschneigungsbecken

Betreiberin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG Rz. 412–491

- Abgrenzung von der Betreiberin im Sinne des 2. und 4. Kapitels des StAG Rz. 412
- Bauherrin Rz. 421–429
- Bedeutung von Bewilligungen ▣ Bewilligungen
- Begriff Rz. 409
- Besitzerin Rz. 430–457
- Betreiberin im engeren Sinne Rz. 458–468
- Ermittlung der Betreiberin mithilfe eines funktionalen Tests Rz. 413–419
- Mehrzahl von Betreiberinnen Rz. 472–479
- Solidarhaftung mit der ▣ Eigentümerin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG ▣ Solidarhaftung
- Wechsel der Betreiberin Rz. 480–484

betrieblicher Verhinderungsgrund ▣ Schadensabwehr ▣ nicht gedeckte Aufwendungen

Betriebsphase Rz. 147

Bewegungsenergie Rz. 208–209

Beweisnotstand ▣ Entschädigungsordnung ▣ Beweisnotstand

Beweissicherung bei grösserem Schadensereignis Rz. 1107–1200

- Begriff der Beweissicherung Rz. 1108
- Begriff des grösseren Schadensereignisses Rz. 1113–1118
- Kosten des Beweissicherungsverfahrens Rz. 1183–1191

- Methode *Rz.* 1124–1139
- Rechtsschutz *Rz.* 1192–1200
- Pflicht des Bundesrates *Rz.* 1120–1121
- Schädigungsmeldung *Rz.* 1140–1165
- Schädigungsverzeichnis *Rz.* 1166–1182
- Zeitpunkt *Rz.* 1122–1123

Bewilligungen

- Bestimmung der Betreiberin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG *Rz.* 490–491
- keine Haftungsbefreiung *Rz.* 732–734, 1100

Bundesbeiträge ▣ Entschädigungsordnung ▣ Bundesbeiträge

C

charakteristisches haftungsbegründendes Risiko ▣ charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG

charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 543–621

- Abgrenzung zum ▣ charakteristischen Risiko *Rz.* 227, 606–610
- Begriff *Rz.* 606–621
- Begriffe «Wassermassen», «Schlamm» und «andere Materialien» *Rz.* 551–556
- Kriterien zur Bestimmung des charakteristischen Risikos im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 569–594
- Kritik an der gesetzlichen Formulierung *Rz.* 595–610
- Problematik der gesetzlichen Formulierung *Rz.* 560–568
- Vergleich mit anderen Gefährdungshaftungen *Rz.* 557–559

charakteristisches Risiko *Rz.* 207–227

Cyberangriffe *Rz.* 697, 700, *Fn.* 1419

D

Deliktsstatut ─ internationale Stauanlagenunfälle ─ Schweizer Recht als Deliktsstatut

Drittverschulden Rz. 661–662

Druckleitungen ─ Nebenanlagen ─ Druckleitungen

E

Eidgenössische Erledigungsinstanz ─ Entschädigungsordnung ─ Eidgenössische Erledigungsinstanz

Eigentümerin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG Rz. 492–509

- Baurechtsinhaberin Rz. 503–506
- Ermittlung der Betreiberin mithilfe eines formellen Tests Rz. 507
- Grundeigentümerin Rz. 502
- Solidarhaftung mit der ─ Betreiberin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG ─ Solidarhaftung
- Wechsel der Eigentümerin Rz. 509

Elektrizitätserzeugung Rz. 46–47, 57, 60, 62

Emission Rz. 1086

Emissionsquelle Rz. 1086

Entschädigungsordnung Rz. 1248–1328

- Begriff Rz. 1248–1261
- Beschränkung von Rechtsmitteln Rz. 1315
- besondere Fristen Rz. 1313–1314
- besondere Tarife für die Prozesskosten Rz. 1295
- Beweisnotstand Rz. 1311–1312
- Bundesbeiträge Rz. 1276–1290
- Eidgenössische Erledigungsinstanz Rz. 1317–1328
- Einkommens- oder Vermögensgrenze Rz. 1272
- Grundsatz der Totalreparation Rz. 1263
- Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel Rz. 1262–1275

- Kantonsbeiträge *Rz.* 1279
- kein Verwaltungsverfahren *Rz.* 1308–1310
- keine aussergerichtlichen Vergleiche und Schiedsurteile *Rz.* 1296
- keine Genugtuung *Rz.* 1270
- Pauschalentschädigung *Rz.* 1303
- proportionale Kürzung von Schadenersatzansprüchen *Rz.* 1268
- Verfahrensvorschriften *Rz.* 1291–1316
- Zulässigkeit von Anzahlungen *Rz.* 1316
- Zwangsgemeinschaften *Rz.* 1298
- Zweiphasenverfahren *Rz.* 1307

Erfolgsort bei Stauanlagenunfällen ▣ internationale Stauanlagenunfälle
 ▣ Erfolgsort

E-StAG (1997) S. XCIX–CXXII

Evakuierung *Rz.* 878–879

Evakuierungskosten *Rz.* 987–1014

- Begriff *Rz.* 984
- Fahrtkosten *Rz.* 988–996
- Minderungsobliegenheit ▣ Aufwandminderungsobliegenheit
- Notschlachtung = Tierkosten
- Notverkauf = Tierkosten
- Tierkosten *Rz.* 1007–1014
- Transport- und Lagerungskosten *Rz.* 999–1006
- Unterkunftskosten *Rz.* 997–998

Evakuierungsschäden ▣ Evakuierungskosten

F

Feststoffe *Rz.* 69

Fluchtkosten ▣ Evakuierungskosten

Flussperren ▣ Stauanlagentypen ▣ Flussperren

Flutwelle *Rz.* 212–223

Freizeichnungsklauseln *Rz.* 735–755

G

Gefahr *Rz.* 603, 605, 894, 897

Gefährdung *Rz.* 604–605, 895–897

Gefährdungshaftung

- Begriff *Rz.* 202
- öffentlich-rechtlicher Natur für Stauanlagen *Rz.* 854–860
- privatrechtlicher Natur für Stauanlagen *Rz.* 542, 954–958

Gefahrenabwehr ▣ Schadensabwehr

Gefahrenquelle *Rz.* 907–909

Gefälligkeit *Rz.* 1005

Generalklausel für die Gefährdungshaftung *Fn.* 107

Geschieberückhaltebecken ▣ Stauanlagentypen ▣ Geschieberückhaltebecken

grösseres Schadensereignis ▣ Beweissicherung bei grösserem Schadensereignis

▣ Begriff des grösseren Schadensereignisses

Grossschaden *Rz.* 1210–1246

- Begriff *Rz.* 1210–1212
- Grossschadenordnung ▣ Grossschadenordnung
- Mittelaufstellung = Unterdeckung
- Notstand wegen Unterdeckung *Rz.* 1238–1246
- Problematik von Grossschadensereignissen *Rz.* 1201–1203
- Schadensaufstellung = Unterdeckung
- Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens *Rz.* 1233–1237
- Unterdeckung *Rz.* 1216–1232

Grossschadenordnung *Rz.* 1247–1393

- Begriff *Rz.* 1204, 1247
- echte Rückwirkung *Rz.* 1342–1346
- Entschädigungsordnung ▣ Entschädigungsordnung

- Kostenliquidation *Rz.* 1378–1380
- Umsetzung *Rz.* 1381–1393
- unrechtmässiger Erlass *Rz.* 1367–1377
- versicherungsrechtliche Massnahmen *Rz.* 1329–1334
- verspäteter Erlass *Rz.* 1356–1366
- vorsorgliche Massnahmen *Rz.* 1335–1341

Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel ▣ Entschädigungsordnung
 ▣ Grundsätze zur gerechten Verteilung der Mittel

H

Haftpflchtversicherung

- kein bundesrechtliches Obligatorium *Rz.* 249–256
- kantonale Obligatorien *Rz.* 257–275
- Kritik am fehlenden bundesrechtlichen Obligatorium *Rz.* 277–279
- Talsperren-Pool *Rz.* 276

Haftung für Stauanlagen

- aus Staatshaftung *Rz.* 793
- nach Art. 27 Abs. 1 EleG *Rz.* 791
- nach Art. 41 Abs. 1 OR *Rz.* 790
- nach Art. 55 Abs. 1 OR *Rz.* 790
- nach Art. 58 Abs. 1 OR *Rz.* 780–788
- nach Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 541–824
- nach Art. 14 Abs. 2 StAG *Rz.* 951–1054
- nach Art. 21 StAG *Rz.* 849–950
- nach Art. 59a Abs. 1 USG *Rz.* 792
- nach Art. 679 Abs. 1 ZGB in Verbindung mit Art. 684 ZGB *Rz.* 789
- nach kantonaler Wasserrechtsgesetzgebung *Rz.* 186
- nach Wasserrechtskonzession *Rz.* 186

Haftungsausschluss

- bei der Haftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG Rz. 652–720
- bei der Haftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG Rz. 1046–1051
- bei der Haftung nach Art. 21 StAG Rz. 940–941
- grobes Selbstverschulden Rz. 707–709
- höhere Gewalt Rz. 668–693
- kriegerische Ereignisse Rz. 694–700
- Kritik an Art. 15 StAG Rz. 710–720
- Sabotage Rz. 701–706
- Terrorismus Rz. 701–706

Haftungskonkurrenz

- zwischen Art. 14 Abs. 1 StAG und privatrechtlichen Haftungstatbeständen Rz. 799–807
- zwischen Art. 14 Abs. 1 StAG und der Staatshaftung Rz. 808–824
- zwischen Art. 14 Abs. 2 StAG und anderen Haftungstatbeständen Rz. 1054
- zwischen Art. 21 StAG und anderen Haftungstatbeständen Rz. 949–950

Haftungssubjekt Rz. 409–540

- Begriff Rz. 410
- Betreiberin ■ Betreiberin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG
- Eigentümerin ■ Eigentümerin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG
- Gemeinwesen Rz. 511–523
- Haftungssubjekt im Sinne von Art. 21 StAG Rz. 524
- Hilfspersonenhaftung Rz. 510
- Solidarhaftung von ■ Betreiberin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 1 StAG und ■ Eigentümerin im Sinne von Art. 14 Abs. 3 Satz 2 StAG ■ Solidarhaftung

Handlungsort bei Stauanlagenunfällen ■ internationale Stauanlagenunfälle ■ Handlungsort

Hochwasserpolder Fn. 168

Hochwasserrückhaltebecken ■ Stauanlagentypen ■ Hochwasserrückhaltebecken

Hochwasserschutzpolder *Fn.* 168

höhere Gewalt ▣ Haftungsausschluss ▣ höhere Gewalt

I

immaterielle Unbill ▣ Schaden ▣ immaterieller Schaden

immaterieller Schaden ▣ Schaden ▣ immaterieller Schaden

Immission *Rz.* 1087

Inbetriebnahmebericht *Rz.* 143–146

Inbetriebnahmebewilligung *Rz.* 137

Inbetriebnahmege such *Rz.* 138–142

Interessenprinzip ▣ Utilitätsprinzip

internationale direkte Zuständigkeit ▣ internationale Stauanlagenunfälle

▣ internationale direkte Zuständigkeit der Schweizer Gerichte

internationale Stauanlagenunfälle *Rz.* 1062–1106

- Art. 138 IPRG = Schweizer Recht als Deliktsstatut
- Begriff *Rz.* 365
- Erfolgsort *Rz.* 1074–1078
- Handlungsort *Rz.* 1065–1073
- internationale direkte Zuständigkeit der Schweizer Gerichte *Rz.* 1079–1082, 1102–1104
- Schweizer Recht als Deliktsstatut *Rz.* 1083–1100, 1105–1106
- Theorie der *local data* *Rz.* 1098–1099
- völkerrechtliche Immunität *Rz.* 1097

irregulärer Wasseraustritt

- Bruch des ▣ Absperrbauwerkes *Rz.* 110–114
- Überschwappen *Rz.* 115
- weitere Gründe *Rz.* 116

K

Kanalisierung der Haftung

- Begriff *Rz.* 228–230
- keine Kanalisierung der ▣ StAG-Haftung *Rz.* 231, 528–534

Kausalzusammenhang

- adäquater *Rz.* 639
- adäquater im Zusammenhang mit Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 641–642, 649–651
- adäquater im Zusammenhang mit Art. 14 Abs. 2 StAG *Rz.* 1042–1045
- adäquater im Zusammenhang mit Art. 21 StAG *Rz.* 938–939
- natürlicher *Rz.* 638
- natürlicher im Zusammenhang mit Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 641–648
- natürlicher im Zusammenhang mit Art. 14 Abs. 2 StAG *Rz.* 1042–1045
- natürlicher im Zusammenhang mit Art. 21 StAG *Rz.* 938–939
- «Unterbrechungsgründe» ▣ Haftungsausschluss

Körperschaden ▣ Schaden ▣ Personenschaden

Kraftwerkszentrale ▣ Nebenanlagen ▣ Kraftwerkszentrale

kriegerische Ereignisse ▣ Haftungsausschluss ▣ kriegerische Ereignisse

Kriegsrisikoklauseln *Rz.* 1245

L

Lageenergie *Rz.* 208

Lawinenrückhaltebecken ▣ Stauanlagentypen ▣ Lawinenrückhaltebecken

Lebenshaltungskosten ▣ Schadensabwehr ▣ nicht gedeckte Aufwendungen

Lohnfortzahlungspflicht ▣ Schadensabwehr ▣ nicht gedeckte Aufwendungen

N

Nahzone Rz. 158

Nebenanlagen Rz. 75–92

- Begriff Rz. 76
- Druckleitungen Rz. 78
- Flusskraftwerk = Laufwasserkraftwerk
- Kraftwerkszentrale Rz. 77
- Laufkraftwerk = Laufwasserkraftwerk
- Laufwasserkraftwerk Rz. 60
- Wasserschloss Rz. 82

Nichtstörer Rz. 840

Notfallreglement Rz. 155–156

Notstand wegen Unterdeckung ─ Grossschaden ─ Notstand wegen Unterdeckung

Nutzen-Risiko-Prinzip ─ Utilitätsprinzip

O

Oberlieger Fn. 167

obligatorische Haftpflichtversicherung ─ Haftpflichtversicherung

ökologischer Schaden ─ Schaden ─ Umweltschaden

OR 2020 ─ Generalklausel für die Gefährdungshaftung

P

Parlamentsverordnung ─ Grossschadenordnung ─ Umsetzung

Pauschalentschädigung ─ Entschädigungsordnung ─ Pauschalentschädigung

Personenschaden ─ Schaden ─ Personenschaden

Plangenehmigung Rz. 134

Polizeigut Rz. 837

polizeiliche Generalklausel Rz. 837

Polizeinotstand Rz. 838

proportionale Kürzung von Schadenersatzansprüchen ─ Entschädigungsordnung ─ proportionale Kürzung von Schadenersatzansprüchen

Pumpspeicherbecken ─ Staubecken ─ Pumpspeicherbecken

R

Realakt Rz. 839, 1194

Rechtfertigungsgründe Rz. 726–728

Rechtsgut Rz. 1088

Regenrückhaltebecken ─ Stauanlagentypen ─ Regenrückhaltebecken

regulärer Wasseraustritt bei Beschneiungsbecken Rz. 103

regulärer Wasseraustritt bei Flusssperren Rz. 102

regulärer Wasseraustritt bei Rückhaltebecken Rz. 104–109

regulärer Wasseraustritt bei Sedimentationsbecken Rz. 103

regulärer Wasseraustritt bei Talsperren Rz. 94–101

- Dotierwassermenge Rz. 95–96
- Grundablass Rz. 97
- Hochwasserentlastung Rz. 99–100
- Mittelablass Rz. 100
- Normalablass = Dotierwassermenge
- Restwassermenge = Dotierwassermenge
- Schwallwasser = Spülungen
- Spülungen Rz. 97
- Tosbecken Rz. 98

reiner Vermögensschaden ─ Schaden ─ reiner Vermögensschaden

Risiko Rz. 596–605

Risiko von Stauanlagen

- charakteristisches ─ charakteristisches Risiko
- charakteristisches haftungsbegründendes ─ charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG

- im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG ■ charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG
- Restrisiko *Rz.* 126, 128
- Risikobeherrschung *Rz.* 127
- Risikoquelle *Rz.* 558
- Sicherheitskonzept ■ Sicherheitskonzept

Rückhaltebecken

- keine StAG-Haftung *Rz.* 324–329
- mit Dauerstau *Rz.* 67, 71
- mit einem Trockenbecken *Rz.* 67, 71
- Typen ■ Stauanlagentypen

S

Sabotage ■ Haftungsausschluss ■ Sabotage

Sachschaden ■ Schaden ■ Sachschaden

Schaden

- Abgrenzung zu «Schäden» *Fn.* 109
- gedeckt von Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 625–633
- gedeckt von Art. 14 Abs. 2 StAG ■ Schadensabwehr
■ gedeckte Aufwendungen
- Genugtuung = immaterieller Schaden
- immaterieller Schaden *Rz.* 632–633
- nicht gedeckt von Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 634–635
- nicht gedeckt von Art. 14 Abs. 2 StAG ■ Schadensabwehr
■ nicht gedeckte Aufwendungen
- Personenschaden *Rz.* 626
- reiner Vermögensschaden *Rz.* 634
- Sachschaden *Rz.* 627
- sonstiger Schaden = reiner Vermögensschaden
- Umweltschaden *Rz.* 628–631, 635

Schadensabwehr

- Begriff *Rz.* 826–829
- behördliche Schadenabwehrmassnahmen *Rz.* 837–841
- duales Haftungssystem für ■ Schadenabwehrkosten *Rz.* 842–848
- gedeckte Aufwendungen *Rz.* 982–983, 987–1025
- gedeckte Kosten *Rz.* 933–934
- nicht gedeckte Aufwendungen *Rz.* 1026–1041
- nicht gedeckte Kosten *Rz.* 936–937
- private Schadenabwehrmassnahmen *Rz.* 830–836
- Überwälzung der Kosten behördlicher Schadensabwehr ■ Haftung für Stauanlagen ■ nach Art. 21 StAG
- Überwälzung der Kosten privater Schadensabwehr ■ Haftung für Stauanlagen ■ nach Art. 14 Abs. 2 StAG

Schadenabwehrkosten ■ Schadensabwehr

■ (nicht) gedeckte Aufwendungen/Kosten

Schadenabwehrmassnahmen ■ Schadensabwehr

■ behördliche/private Schadenabwehrmassnahmen

Schädigungsmeldung ■ Beweissicherung bei grösserem Schadensereignis

■ Schädigungsmeldung

Schädigungsverzeichnis ■ Beweissicherung bei grösserem Schadensereignis

■ Schädigungsverzeichnis

Schlamm ■ charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG

■ Begriffe «Wassermassen», «Schlamm» und «andere Materialien»

Schwebstoffe *Rz.* 69

Sediment *Rz.* 555

Sedimentationsbecken ■ Staubecken ■ Sedimentationsbecken

Selbstverschulden

- gewöhnliches *Rz.* 707
- grobes ■ Haftungsausschluss ■ grobes Selbstverschulden

SIA-Normen *Rz.* 135

Sicherheitskonzept Rz. 129–159

- konstruktive Sicherheit von Stauanlagen Rz. 133–148
- Notfallkonzept für Stauanlagenunfälle Rz. 153–159
- Überwachung und Unterhalt von Stauanlagen Rz. 149–152

Solidarhaftung Rz. 492–501, 525–527, 535–540

sonstiger Schaden ■ Schaden ■ reiner Vermögensschaden

Speicherbecken Fn. 128

Speicherkraftwerke Rz. 57, 83

StAG

- Gesetzgebungsgeschichte Rz. 178–201
- räumlicher Geltungsbereich Rz. 340–408, Rz. 1062–1106
- Initiative 17.467 «Änderung des Stauanlagengesetzes» Rz. 319
- persönlicher Geltungsbereich ■ Haftungssubjekt
- sachlicher Geltungsbereich Rz. 307–339
- Sicherheitskonzept ■ Sicherheitskonzept
- Unterstellungsmechanismus ■ Unterstellungsmechanismus
- Vorgängererlass ■ Wasserbaupolizeigesetz
- Zweck Rz. 124

StAG-Haftung

- Begriff Rz. 26
- für Stauanlagenunfälle ■ Haftung für Stauanlagen ■ nach Art. 14 Abs. 1 StAG
- für «Beinahe-Stauanlagenunfälle» = für Schadenabwehrkosten
- für Schadenabwehrkosten ■ Haftung für Stauanlagen ■ nach Art. 14 Abs. 2 StAG/Art. 21 StAG
- keine Haftung für Rückhaltebecken Rz. 324–329
- für alle Anlagenteile Rz. 330–339
- räumlicher Geltungsbereich ■ StAG ■ räumlicher Geltungsbereich
- persönlicher Geltungsbereich ■ Haftungssubjekt
- sachlicher Geltungsbereich ■ StAG ■ sachlicher Geltungsbereich

StAG-Haftungsregime ■ StAG-Haftung

Stauanlagen

- Absenkung *Rz.* 159
- Absperrbauwerk = Bestandteile
- an Grenzgewässern *Rz.* 370–408
- Anzahl *Rz.* 23, *Fn.* 96
- Aufsicht ▣ Aufsicht über Stauanlagen nach StAG
- ausländische *Rz.* 341
- Bauwerke (im Sinne der Werkeigentümerhaftung) = Legaldefinition
- Beinahe-Unfälle ▣ «Beinahe-Stauanlagenunfälle»
- Bestandteile ▣ Stauanlagenbestandteile
- binationale *Rz.* 342
- Binnenstauanlage *Rz.* 340
- Einrichtung = Legaldefinition
- grosse (im Sinne von Art. 3 Abs. StAG) *Rz.* 161–165
- Haftung ▣ Haftung für Stauanlagen
- Legaldefinition *Rz.* 281–306
- Nebenanlagen = Bestandteile
- Risiko ▣ Risiko
- Schadenspotenzial *Rz.* 204–206
- Sicherheit ▣ Sicherheitskonzept
- Stauraum = Bestandteile
- Synonyme *Rz.* 2
- Typen ▣ Stauanlagentypen
- Unfälle ▣ Stauanlagenunfälle
- Unterstellung unter das StAG *Rz.* 310–323
- Unterstellung unter das StAG-Haftungsregime *Rz.* 324–339
- Wasseraustritt ▣ Wasseraustritt
- Zweck *Rz.* 44–53

Stauanlagenbestandteile *Rz.* 72–92

- Absperrbauwerk ■ Absperrbauwerk
- Stauraum ■ Stauraum
- Nebenanlagen ■ Nebenanlagen

Stauanlagentypen

- Flusssperren *Rz.* 58–60
- Geschieberückhaltebecken *Rz.* 68–69
- Hochwasserrückhaltebecken *Rz.* 65–67
- Lawinenrückhaltebecken *Rz.* 70
- Regenrückhaltebecken *Rz.* 71
- Talsperren *Rz.* 56–57

Stauanlagenunfälle

- «Barrage de Malpasset» *Fn.* 284
- binationale *Rz.* 364
- «Cleuson-Dixence» *Rz.* 20–21
- «Drize» *Rz.* 17–18
- echte internationale *Rz.* 363
- internationale ■ internationale Stauanlagenunfälle
- «Möhnetalsperre» *Rz.* 10
- «Prätschsee» *Rz.* 16 oder *S.* CXXIII–CXXXV
- «Sammelkanal St. Gallen» *Rz.* 19 oder *S.* CXXXVI–CXL
- «South-Fork-Talsperre» *Rz.* 9
- Stauanlage «Sonzier» *Rz.* 14–15
- strafbares Verhalten *Rz.* 763–778
- «Teton-Staudamm» *Fn.* 285
- unechte internationale *Rz.* 360
- «Vajont-Talsperre» *Rz.* 11
- «Weissenstein-Alp» *Rz.* 13

Staubecken *Fn.* 127, 129

- Ausgleichsbecken *Rz.* 83
- Beschneiungsbecken *Rz.* 64
- Pumpspeicherbecken *Rz.* 62
- Sedimentationsbecken *Rz.* 63

Stauration *Rz.* 55, 74

Stausee *Rz.* 56

Staustufen *Rz.* 58

Stauteiche *Fn.* 131

Stauweiher *Fn.* 131

Störer *Rz.* 840

T

Talsperren ▣ Stauanlantentypen ▣ Talsperren

Talsperren-Pool ▣ Haftpflichtversicherung ▣ Talsperren-Pool

Terrorismus ▣ Haftungsausschluss ▣ Terrorismus

Theorie der *local data* ▣ internationale Stauanlagenunfälle ▣ Theorie der *local data*

U

Überallprinzip ▣ Ubiquitätsprinzip

überpersönlicher Verhinderungsgrund ▣ Schadensabwehr ▣ nicht gedeckte Aufwendungen

Überwachungsreglement *Rz.* 148

Ubiquitätsprinzip *Rz.* 1064

Umweltschaden ▣ Schaden ▣ Umweltschaden

Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens ▣ Grossschaden ▣ Undurchführbarkeit des ordentlichen Verfahrens

Unterdeckung ▣ Grossschaden ▣ Unterdeckung

Unterlieger *Fn.* 167

Unterliegergebiet *Fn.* 167

Unterstellungsmechanismus

- von Gesetzes wegen *Rz.* 314–320
- kraft Verfügung *Rz.* 321–323
- Überblick *Rz.* 311–313

Unterwasser *Fn.* 148

Utilitätsprinzip *Rz.* 203

V

VE HPG ▣ Generalklausel für die Gefährdungshaftung

Verfahrensvorschriften ▣ Entschädigungsordnung ▣ Verfahrensvorschriften

verfügungsvertretender Realakt *Rz.* 839

Verjährung

- der Schadenersatz- und Genugtuungsforderungen nach Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 756–778
- der Schadenersatzforderungen nach Art. 14 Abs. 2 StAG *Rz.* 1055
- der Ersatzforderungen nach Art. 21 StAG *Rz.* 1056–1058

Verursacher *Rz.* 841

Verursacherhaftung *Rz.* 851–853

Verweisung auf die allgemeinen Bestimmungen des OR ▣ Anwendbarkeit des OR

völkerrechtliche Immunität ▣ internationale Stauanlagenunfälle ▣ völkerrechtliche Immunität

W

Wasseralarmsystem *Rz.* 158

Wasseraustritt

- regulär ▣ regulärer Wasseraustritt
- irregulär ▣ irregulärer Wasseraustritt

Wasserbaupolizeigesetz *Rz.* 178–186

Wassermassen ▣ charakteristisches Risiko im Sinne von Art. 14 Abs. 1 StAG ▣ Begriffe «Wassermassen», «Schlamm» und «andere Materialien»

Wasserschloss ▣ Nebenanlagen

Wasserschwall *Rz.* 224

Wehr ▣ Absperrbauwerk ▣ Wehr

Wehrreglement *Rz.* 157

Widerrechtlichkeit

- Begriff *Rz.* 721–722
- keine Voraussetzung bei Gefährdungshaftungen *Rz.* 723
- keine Voraussetzung bei der Haftung nach Art. 14 Abs. 1 StAG *Rz.* 724
- keine Voraussetzung bei der Haftung nach Art. 14 Abs. 2 StAG *Rz.* 1052
- keine Voraussetzung bei der Haftung nach Art. 21 StAG *Rz.* 942
- Rechtfertigungsgründe ▣ Rechtfertigungsgründe

Z

Zwangsgemeinschaften ▣ Entschädigungsordnung ▣ Zwangsgemeinschaften

*In der gleichen Reihe
sind in den letzten Jahren erschienen:*

*Publiés ces dernières années
dans la même collection:*

275. *Andri Mengiardi*: Die Besteuerung der Investition in derivative Anlageprodukte («strukturierte Produkte») nach Schweizer Recht. LIX–508 S. (2008)
276. *Marco Reichmuth*: Die Haftung des Arbeitgebers und seiner Organe nach Art. 52 AHVG. XLI–337 S. (2008)
277. *Marc Engler*: Die Vertretung des beschuldigten Unternehmens. XLIV–198 S. (2008)
278. *Daniel Pascal Wyss*: Social Insurance Law and Statutory Interpretation: The Practicability Argument – The Swiss Approach in a Comparative Perspective. XLVI–437 p. (2008)
279. *Tannaz Esmailzadeh Jourabchi*: Mariage permanent et Mariage temporaire. Etude comparative du mariage en droit iranien et en droit suisse. LV–330 pp. (2010)
280. *Andrea Bäder Federspiel*: Wohneigentumsförderung und Scheidung – Vorbezüge für Wohneigentum in der güterrechtlichen Auseinandersetzung und im Vorsorgeausgleich. XLVII–355 S. (2008)
281. *Annick Achtari*: Le devoir du lésé de minimiser son dommage – Etude en droit des obligations. LXVI–440 pp. (2008)
282. *Frédéric Gisler*: La coopération policière internationale de la Suisse en matière de lutte contre la criminalité organisée – Concepts, état des lieux, évaluation et perspectives. LXIX–605 pp. (2009)
283. *Alain Bieger*: Die Mängelrüge im Vertragsrecht. XXXV–184 S. (2009)
284. *Andreas Abegg*: Der Verwaltungsvertrag zwischen Staatsverwaltung und Privaten – Grundzüge einer historisch und theoretisch angeleiteten Dogmatik öffentlichrechtlicher und privatrechtlicher Verwaltungsverträge. XXXVI–219 S. (2009)
285. *Federica De Rosa Gisimundo*: Il servizio pubblico, strumento di effettività dei diritti fondamentali del cittadino. XLV–360 pp. (2009)
286. *Alexis Leuthold*: Offertverhandlungen in öffentlichen Vergabeverfahren – Privatrechtliche und vergaberechtliche Aspekte. XLIII–282 S. (2009)
287. *Ursina Weidkuhn*: Jugendstrafrecht und Kinderrecht – Betrachtung des Schweizerischen Jugendstrafrechts im Lichte der Internationalen Rechte des Kindes und im Vergleich zu Südafrika. XLII–272 S. (2009)
289. *Marco Lucchini*: I piani dei Trasporti nel diritto svizzero. L'applicazione della Pianificazione sistemica. LXXXVI–586 S. (2010)

290. *Sébastien Chaulmontet*: Verursacherhaftung im Schweizer Umweltrecht. Eine Grundlagenstudie unter besonderer Berücksichtigung von Art. 32b^{bis} USG. LI–456 S. (2010)
291. *Mathias Boschung*: Der bodengebundene Rettungsdienst – Im Spannungsfeld zwischen Staatsaufgabe und regulierter privatwirtschaftlicher Tätigkeit. LXX–432 S. (2010)
292. *Nada Bakic*: Sprachliche Minderheiten in Serbien und in der Schweiz – Ein Vergleich im Bereich Bildung und Verwaltung. LXXX–578 S. (2010)
293. *Fabrice Robert-Tissot*: Les effets du concordat sur les obligations. Analyse en particulier des effets du concordat sur les contrats. CIX–907 pp. (2010)
294. *Gian Brändli*: Vermögensgestaltung in der eingetragenen Partnerschaft. Unter Berücksichtigung des Obligationen-, Erb- und Steuerrechts. XLII–324 S. (2010)
295. *Viviane Premand*: Les sociétés de famille dans les formes de la société anonyme et à responsabilité limitée. LIV–386 pp. (2010)
296. *Jean-Michel Brahier*: Maîtrise de l'aménagement du territoire à proximité des installations dangereuses. CXP–908 pp. (2010)
298. *Christoph Burri*: Tendenzen zur Stabilisierung des Schuldvertrags. Regeln und Entwicklungen, die das Zustandekommen, die Gültigkeit und Fortdauer des Vertrags begünstigen. XXXIV–234 S. (2010)
299. *Bernhard Stehle*: Der Versorgungsschaden. Dogmatik und Berechnung XLII–342 S. (2010)
300. *Nina Gammenthaler*: Diplomanerkennung und Freizügigkeit. Unter besonderer Berücksichtigung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen 2005/36/EG und ihrer möglichen Umsetzung in der Schweiz. LXXX–402 S. (2010)
301. *Valentin Monn*: Die Verhandlungsabrede. LXX–668 S. (2010)
302. *Juhani Kostka*: Harte Kartelle. Internationale Entwicklung und schweizerisches Recht. LXIII–634 S. (2010)
303. *Isaia D'Amelio*: Les placements collectifs en investissements alternatifs. Réglementation et surveillance des hedge funds en droit suisse et comparé. LXIV–436 pp. (2011)
304. *Andrea Beata Fäh*: Die Rechte des Verbrauchers im Arzneimittelmarkt der EU. Möglichkeiten und Grenzen des Individualrechtsschutzes im europäischen Binnenmarkt unter spezieller Berücksichtigung des Rechts auf Zugang, Sicherheit und Information. XLII–266 S. (2011)
305. *Christian R. Tappenbeck*: Das Bürgerrecht in der Schweiz und seine persönlichkeitsrechtliche Dimension. LVI–474 S. (2011)
306. *Felix Baumann*: Das Grundrecht der persönlichen Freiheit in der Bundesverfassung unter besonderer Berücksichtigung der geistigen Unversehrtheit. LII–398 S. (2011)
307. *Baptiste Allimann*: La péremption – Etude en droit privé suisse. XC–430 S. (2011)
308. *Jean-Baptiste Zufferey/Jacques Dubey/Adriano Previtali (éds)*: L'homme et son droit. Mélanges en l'honneur de Marco Borghi à l'occasion de son 65^e anniversaire. XI–652 pp. (2011)

310. *Franziska Grob*: Die Behandlung von Personen mit Erwerbsunterbrüchen im Schweizerischen Sozialversicherungsrecht. LXII–304 S. (2012)
311. *Markus Kern*: Kommunikationsgrundrechte als Gefahrenvorgaben. Umgang mit kommunikationsbedingten Gefahren in den Rechtsverordnungen der USA, Deutschlands und der Schweiz. LXIV–535 S. (2012)
313. *Jacques Dubey*: Espace – Temps – Propriété. Définition et restriction de la propriété privée du sol à l'heure du développement durable et de l'aménagement du territoire. LXXVI–518 pp. (2012)
314. *Lucie Mazenauer*: Internationale Kindesentführungen und Rückführungen – Eine Analyse im Lichte des Kindeswohls. XXXVIII–262 S. (2012)
317. *Martina Stocker*: Die Teilliquidation von Vorsorgeeinrichtungen. Unter besonderer Berücksichtigung der Härtefallproblematik bei Teilliquidationen in Unterdeckung. LII–262 S. (2012)
318. *Christophe A. Herzig*: Das Kind in den familienrechtlichen Verfahren. LXII–478 S. (2012)
319. *Andrea Ermotti*: La banque face à l'hypothèque légale des artisans et entrepreneurs – crédit de construction et surveillance du chantier. XLVIII–330 S. (2012)
320. *Isabelle Chabloz*: Actionnaires dans les sociétés cotées: actions légales et gouvernance. Etude comparée: Suisse, Australie, Allemagne. X–486 S. (2012)
321. *Giuseppa Ottimofiore*: Le droit de propriété, un droit fondamental entre inclusion et exclusion. LXXXVIII–695 pp. (2012)
322. *Roger König*: Die Gefährdungshaftung nach Eisenbahngesetz. Analyse und Kritik der neuen Haftungsregeln. XXXIV–226 S. (2012)
323. *Vanessa Rüegger*: Der Zugang zu Wasser als Verteilungsfrage. Das Verhältnis zwischen dem Menschenrecht auf Wasser und den Herrschafts- und Nutzungsrechten an Wasservorkommen. LXIV–228 S. (2013)
324. *Sandra Imbach*: Die vermögensrechtliche Vertretung der Ehegatten und eingetragenen Partner im Erwachsenenschutzrecht. XLVI–346 S. (2013)
325. *Cyril Galland*: Le contenu des servitudes foncières. Aspects de droits réels et obligations de faire rattachées à la servitude. LX–480 S. (2013)
326. *Géraldine Auberson*: Personnalités publiques et vie privée. Etude de droit privé suisse à la lumière du droit américain. LVI–478 S. (2013)
327. *Ambroise Katambu Bulambo*: La répression du négationnisme en droit congolais à la lumière du droit suisse. LXXX–266 S. (2013)
328. *Thomas Meier*: Verjährung und Verwirkung öffentlich-rechtlicher Forderungen. LXXIV–366 S. (2013)
329. *Raphaël Eggs*: Les « autres préjudices » de l'expropriation. L'indemnisation au-delà du modèle fondé sur la valeur vénale. XLVIII–478 S. (2013)

330. *Vera Beutler*: Für den mutmasslichen Täter gilt die Unschuldsumutung. Die Medien und ihr Verhältnis zur Unschuldsumutung in der Schweiz und England. CXVIII–448 S. (2013)
331. *Nadja Schwery*: Die Korrelation von Nutzen und Haftung im Vertragsrecht. LII–350 S. (2013)
332. *David Furger*: Völkerrechtliche Staatenverantwortlichkeit für internationale Waffentransfers. L–452 S. (2013)
333. *Stéphane Voisard*: L'auxiliaire dans la surveillance administrative. Du droit bancaire et financier au droit administratif général. LXXVIII–816 S. (2014)
335. *Yvonne Schleiss*: Zur Durchführung des EU-Rechts in Bundesstaaten. Ausgewählte Aspekte der Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie in Deutschland und Österreich. LXXXVIII–338 S. (2014)
336. *Raphaël Mahaim*: Le principe de durabilité et l'aménagement du territoire. Le mitage du territoire à l'épreuve du droit : utilisation mesurée du sol, urbanisation et dimensionnement des zones à bâtir. CII–644 S. (2014)
337. *James F. Reardon*: Consumer Collective Redress Mechanisms in Competition Law. Comparative Analysis of Swiss, American and European Union Laws & Proposals for Switzerland. LIV–637 S. (2014)
338. *Adrien Gabellon*: Le précontrat – Développements et perspectives. XLII–288 S. (2014)
339. *Bruno Pasquier*: Die Schätzung nach gerichtlichem Ermessen – unmittelbare und sinnemässe Anwendung des Art. 42 Abs. 2 OR. XXVIII–158 S. (2014)
340. *Michael Duttwiler*: Der Zugang zu Medikamenten im Spannungsfeld zwischen dem internationalen Patentschutz und dem Recht auf Gesundheit. LXIII–334 S. (2014)
341. *Mirco Anderegg*: Der Ersatz von Schadenabwehrkosten. Eine Analyse zum Recht der unerlaubten Handlungen. XXXVIII–204 S. (2014)
342. *Sévrine Knuchel*: Jus Cogens: Identification and Enforcement of Peremptory Norms. LXVIII–308 pp. (2015)
343. *Matthieu Carrel*: Le régime du sous-sol en droit suisse. LX–368 S. (2015)
344. *Mehdi Tedjani*: Offres publiques d'acquisition: Application internationale du droit suisse. XLVI–384 S. (2015)
345. *Andreas Büscher*: Die einvernehmliche Aufhebung von Schuldverträgen. LXXXII–381 S. (2015)
346. *Eleonor Kleber*: La discrimination multiple. LXX–592 S. (2015)
347. *Diana Oswald*: Verfahrensrechtliche Aspekte der internationalen Amtshilfe in Steuersachen. LXXVI–466 S. (2015)
348. *Gisela Kilde*: Der Persönliche Verkehr: Eltern – Kind – Dritte. LXXVI–253 S. (2015)
349. *Christina Gaist*: La communauté héréditaire: sa composition, ses biens et ses dettes en droit suisse. XLII–278 S. (2015)

350. *Jessica Aebi-Mabillard*: La rémunération de l'architecte. LVI–432 S. (2015)
351. *R. Selva Korkmazcan Işık*: The Monitoring and Enforcement of Commitments by way of Arbitration in EU Competition Law. LXXX–407 S. (2015)
352. *Filippo Lurà*: L'impôt anticipé. Ses origines, sa genèse et sa nature – Comparaison avec d'autres systèmes de retenue à la source et de communication de renseignements LVI–505 S. (2015)
353. *Arnaud Nussbaumer*: La cession des droits de garantie. LXXIV–419 S. (2015)
354. *Valentin Piccinin*: La propriété par étages en procès. LVIII–389 S. (2015)
355. *Jun Zheng*: Judicial Review of Fines in EU Competition Law. LVIII–385 S. (2015)
356. *Aleksander Grebieniow*: Rechtsfolgen der Übervorteilung. Eine rechtsvergleichende Untersuchung der modernen Figuren der laesio enormis und ihren historischen Grundlagen. CIV–326 S. (2015)
357. *Manuela Baeriswyl*: Aktienrechtliche Verantwortlichkeit und Verschulden. XLVI–304 S. (2015)
358. *Guillaume Braid*: L'individu en droit de la surveillance financière. Autorisation, obligations et interdiction d'exercer. LXII–533 S. (2016)
359. *Gaetan Blaser*: Les critères de durabilité environnementale de l'Union européenne. LXIV–256 S. (2016)
360. *Nathalie F. Adank*: Le contrat de planification – Utilité, admissibilité et régime du contrat d'aménagement du territoire. LXVIII–354 S. (2016)
361. *Christof Bergamin*: Unterbrechung der Verjährung durch Klage – Eine Untersuchung unter Mitberücksichtigung anderer Unterbrechungsgründe. XXXIX–283 S. (2016)
362. *Marie Cherubini*: Les droits fondamentaux des personnes âgées en EMS. LV–411 S. (2016)
363. *Roger Andres*: Die Normen der Arbeitssicherheit – System und Kritik am Beispiel des Bauens. LXXII–427 S. (2016)
364. *Ivano Ranzanici*: La riduzione dei premi dell'assicurazione malattia LXXII–649 S. (2016)
365. *Béatrice Hurni*: L'action civile en droit de la concurrence – Etude du droit suisse à la lumière du droit comparé et du droit de l'Union européenne. LVI–574 S. (2017)
366. *Roman Cincelli*: Der Common Law Trust – Grundlagen, rechtsvergleichende Entwicklung und Rezeptionsmöglichkeiten aus Sicht der Schweiz. LXIX–572 S. (2017)
367. *Nino Sievi*: Die negativen Feststellungsklagen des schweizerischen Rechts im Anwendungsbereich des Lugano-Übereinkommens. LIV–308 S. (2017)

368. *Tobias Fasnacht*: Die Einwilligung im Datenschutzrecht – Vorgaben einer völker- und verfassungsrechtlich konformen Ausgestaltung der datenschutzrechtlichen Einwilligung im schweizerischen Recht. XXXVI–290 S. (2017)
369. *Nadja Majid*: Die Geschäftsfähigkeit der urteilsfähigen minderjährigen Person im Bereich der Schönheitsoperationen – Rechtslage, Kritik und Postulat. LII–196 S. (2017)
370. *Sarah Bechaalany*: Les fondations de placement: du droit privé au droit public.
371. *Julien Francey*: La responsabilité délictuelle des fournisseurs d'hébergement et d'accès Internet. LXX–368 S. (2017)
372. *Alborz Tolou*: La forfaitisation du dommage. LXXX–518 S. (2017)
373. *Khalil Beydoun*: Beweisverwertungsverbote – Ein Vergleich zwischen der schweizerischen und der US-amerikanischen Handhabung der Beweisverwertungsverbote. XXXIV–222 S. (2017)
374. *Vincent Perritaz*: Le concours d'actions et la solidarité. XXX–220 S. (2017)
375. *Emilie M. Praz*: L'entreprise de l'un des époux en droit matrimonial. LIV–310 S. (2018)
376. *Maxence Carron*: Le mandat de durée. LII–256 S. (2018)
377. *Matthias-Christoph Henn*: Die Bauwesenversicherung. LI–388 S. (2018)
378. *Carlo Peer*: Das Leistungsverzeichnis bei Bauwerkverträgen. XLIII–302 S. (2018)
379. *Stefan Diezig*: Umweltvertriebene im flüchtlingsrechtlichen und menschenrechtlichen Kontext. LI–328 S. (2018)
380. *Daniel Oehri*: Der Sachwalter im Nachlassverfahren: Ein Diener zweier Herren. LII–296 S. (2018)
381. *Manuel Jaquier*: Le « gré à gré exceptionnel » dans les marchés publics – Etude de droit suisse et européen. LXX–598 S. (2018)
382. *Mathieu Zufferey*: La représentation indirecte – Etude d'une institution de droit suisse des obligations. LXIX–418 S. (2018)
383. *Alain Girard*: L'enquête préalable en droit de la concurrence. LXVII–406 S. (2018)
384. *Eva Maria Molinari*: Die Menschenwürde in der schweizerischen Bundesverfassung – Eine rechtsdogmatische und rechtsvergleichende Untersuchung der subjektiv-rechtlichen Grundrechtsfunktion. LVI–516 S. (2018)
385. *Joël Pahud*: Le séquestre et la protection provisoire des créances pécuniaires – Dans le contexte interne et international. XXXVIII–428 S. (2018)
386. *Milena Pirek*: L'application du droit public dans le temps: la question du changement de loi. LXXIII–474 S. (2018)
387. *Laurent Grobéty*: Le cumul objectif d'actions en procédure civile suisse. LII–350 S. (2018)

388. *Gaëlle Sauthier*: La violence des enfants envers leurs parents – Analyse juridique de droit suisse. XLX–244 S. (2018)
389. *Michel Heinzmann*: La procédure simplifiée – Une émanation du procès civil social. LXII–358 S. (2018)
390. *Shenbao Liang*: Einwilligung in medizinische Behandlungen – Eine rechtsvergleichende Analyse nach schweizerischem und chinesischem Privatrecht. XLV–200 S. (2018)
391. *Sybill Gassner*: Pflegeeltern im Dreieck zwischen Eltern, Kind und KESB – Rechtliche Rahmenbedingungen für das Gelingen eines Dauerfamilienpflegeverhältnisses. LVI–296 S. (2018)
392. *Franziska Waser*: La réduction de la zone à bâtir surdimensionnée selon l'art. 15 al. 2 LAT. LXX–347 S. (2018)
393. *Camille Joye-Yerly*: Le registre foncier – Le système, les écritures au grand livre et leurs effets. LII–326 S. (2018)
394. *Julia Henninger*: Die Pflichtteilsproblematik bei der Unternehmensnachfolge – Am Beispiel der Familienaktiengesellschaft. LXVII–389 S. (2019)
395. *Aurélien Barakat*: Les approches de la réalité économique en droit fiscal suisse. XLII–438 S. (2019)
396. *Etienne Trandafir*: Lex Koller: acquisitions indirectes – SA, fonds de placement contractuel, SICAV, SCPC, fondation de placement, société immobilière, trust. LIV–421 S. (2019)
397. *Lena Hehemann*: Die Genehmigung von Tierversuchen im Spannungsfeld von Tierschutz und Forschungsfreiheit – Ein Rechtsvergleich zwischen Deutschland, Österreich und der Schweiz. XVIII–382 S. (2019)
398. *Arnaud Constantin*: Le droit de réponse en ligne. LXXX–685 S. (2019)
399. *Bruno Pasquier*: Konkurs- und Schuldrecht. Grundfragen zum gegenseitigen Verhältnis – Gesetzliche Gründe und Folgen der Auflösung von Schuldverträgen im Konkurs, materiell-rechtliche Einwirkung des Konkurses auf Forderungen des Konkursgläubigers, Schranken der Wirksamkeit von Vertragsklauseln für den Konkursfall. XXXVII–322 S. (2020)
400. *Pascal Rey*: Mitwirkung und Mitwirkungsversäumnis des Bauherrn. LII–824 S. (2019)
401. *Marcel Lanz*: Die Haftung beim medizinischen Einsatz synthetischer Nanopartikel – Beurteilung nach allgemeiner Verschuldens- und Produkthaftung. LXVIII–387 S. (2020)
402. *Markus Wyssling*: Anforderungen des EU-Rechts an nationale Verwaltungsverfahren – Unter besonderer Berücksichtigung des Kartellverfahrens und des Nemo-tenetur-Prinzips. LXVLL–611 S. (2020)
403. *Bertrand Perrin*: La répression de la traite d'êtres humains en droit suisse. LXXVIII–813 S. (2020)

404. *Liliane Denise Minder*: Die Unverjährbarkeit von Ansprüchen aus Grundrechts- und Kerngehaltsverletzungen – Ein Beitrag zum Umgang mit sozialen Randgruppen in der Schweiz im 19. und 20. Jahrhundert am Beispiel fürsorglicher Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen. LXXXV–589 S. (2020)
405. *Teresia Gordzielik*: Sozialhilfe im Asylbereich – Zwischen Migrationskontrolle und menschenwürdiger Existenzsicherung. XLVI–648 S. (2020)
406. *Shirin Grünig*: Die Haftung nach Humanforschungsgesetz – Zugleich eine Untersuchung zum Recht der Gefährdungshaftung. LXXXIV–616 S. (2020)
407. *Lena Rutishauser*: Die Fahrnisbaute gemäss Art. 677 ZGB – Begriff und rechtliche Behandlung im Privatrecht. XLII–251 S. (2020)
408. *Tiffaine Stegmüller*: Procréation médicalement assistée transfrontière et filiation de l'enfant – Étude de droit suisse. LXXXVIII–392 S. (2020)
409. *Benedetta S. Galetti*: La mort provoquée – Les limitations de la réglementation légale, leurs fondements et des propositions d'alternatives. LXXXVII–777 S. (2020)
410. *Markus Patrik Tschudi*: Der Direktanspruch des Berechtigten gegenüber Dritten – Ein Beitrag zur rechtssystematischen Einordnung und dogmatischen Begründung von Direktansprüchen im schweizerischen Recht. LXXXVII–509 S. (2020)
411. *Philipp Klaus*: Aufdrängungsschutz in der Geschäftsführung ohne Auftrag. XXXIX–315 S. (2020)
412. *Valérie Bodevin*: Les « hôtels » en droit public de la construction – Lex Weber – Lex Koller – LAT. LIX–365 S. (2021)
413. *Hugo Porchet*: Le legs et son objet. XLI–277 S. (2021)
414. *Jean-Damien Meyer*: Le mandat pour cause d'incapacité – De l'anticipation de l'incapacité de discernement à la mise en œuvre. L–291 S. (2021)
415. *Sophie Laurent*: Prévisibilité et causalité adéquate – Analyse de droit suisse et de droit comparé des limites de la responsabilité contractuelle. LVII–507 S. (2021)
416. *Qianxiao Ren*: Die Ersatzvornahme im schweizerischen Zivilrecht – Unter Berücksichtigung der betreffenden Probleme im chinesischen Zivilrecht. XXIX–222 S. (2021)
417. *Patrick Schurtenberger*: Der Allianzvertrag – Vergütung und Haftung nach einem neuen Vertragsmodell. LVIII–379 S. (2021)